Jackson Library-UNCG
D531 .A42 1926 c.1 NGUU
Germany / Die Ursachen des deutschen Zusammen
3 0510 0648861 %

UNIVERSITY OF NORTH CAROLINA AT GREENSBORO

BOOK CARD

Please keep this card in book pocket

-DIE-URSACHEN-DES-

PART

University of North Carolina at
Greensboro, North Carolina 27412

Walter Clinton Jackson Library

Das Werk des Untersuchungsausschusses 1919–1928

Herausgegeben
im Auftrage des Deutschen Reichstages

DVPG

Das Werk des Untersuchungsausschusses der Verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung und des Deutschen Reichstages 1919—1928

Verhandlungen / Gutachten / Urkunden

Im Auftrage des Reichstages

unter Mitwirkung von

Dr. Eugen Fischer

als Generalsekretär

Dr. Walther Bloch / Dr. Berthold Widmann

als Sekretären des 3. und 4. Unterausschusses

herausgegeben von den Abgeordneten

Dr. Walter Schücking / Dr. Johannes Bell

als Vorsitzenden des Gesamtausschusses

Dr. Johannes Bell / Dr. Rudolf Breitscheid

Dr. Albrecht Philipp

als Vorsitzenden der Unterausschüsse

Vierte Reihe

Die Ursachen des Deutschen Zusammenbruches im Jahre 1918

1 9 2 8

DEUTSCHE VERLAGSGESELLSCHAFT FÜR POLITIK UND GESCHICHTE M. B. H. IN BERLIN W 8

Die Ursachen des Deutschen Zusammenbruches im Jahre 1918

Erste Abteilung
Der militärische und außenpolitische Zusammenbruch

Im Auftrage des Vierten Unterausschusses

unter Mitwirkung von

Dr. Eugen Fischer

als Generalsekretär

Dr. Walther Bloch

als Sekretär des 4. Unterausschusses

herausgegeben von

Dr. Albrecht Philipp, M. d. R.

Vorsitzendem des 4. Unterausschusses

Erster Band

Entschließungen des 4. Unterausschusses
und Verhandlungsbericht

1 9 2 8

DEUTSCHE VERLAGSGESELLSCHAFT FÜR POLITIK
UND GESCHICHTE M. B. H. IN BERLIN W 8

3.
Auflage
Alle Rechte,
besonders das der
Übersetzung, vorbehalten
Amerikanisches Copyright 1925
by Deutsche Verlagsgesellschaft für
Politik und Geschichte m. b. H. in Berlin W 8,
Wilhelmstraße 66 / Amerikanische
Schutzzollformel: Made in Ger-
many/Gesetzt und gedruckt
in der Spamerschen
Buchdruckerei
in Leip-
zig

D
531
A42
1926
v.1

Inhalt

Seite

Vorwort 1
Tafel der Sitzungen 7
Tafel der Mitglieder . . . . . zwischen Seite 12 u. 13
Tafel der Mitarbeiter 13
Entschließungen 15
Verhandlungsbericht 33
Vorbericht 35
Sitzungsberichte 43

412264

Vorwort

Nach nahezu sechsjähriger Tätigkeit ist der 4. Unterausschuß des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses über die Kriegsschuld in der Lage, mit einem Teil seiner Arbeiten über die „Ursachen des deutschen Zusammenbruchs im Jahre 1918" an die Öffentlichkeit zu treten. Die außergewöhnliche Verzögerung des Abschlusses der Untersuchungen ist im wesentlichen auf zwei Gründe zurückzuführen.

Erstens zwang der wechselreiche Gang der Politik den Ausschuß zu häufiger Unterbrechung seiner Arbeiten. Zwischen deren Beginn am 21. August 1919 und der hiermit erfolgenden ersten Veröffentlichung fanden drei Reichstagswahlen statt, die zu dreimaligem Abbruch und monatelangem Ruhenlassen der Arbeiten zwangen.

Das zweite Hindernis für einen raschen Abschluß der Untersuchungen lag in der Unbestimmtheit der gestellten Aufgabe. Erst nach monatelangem Suchen und Verhandeln mit dem 3. Unterausschusse gelang es, dem 4. Unterausschusse einen sachlich und zeitlich klar umrissenen Aufgabenkreis zuzuweisen.

Die Untersuchung der „Ursachen des deutschen Zusammenbruchs im Jahre 1918" bedeutete aber immer noch eine so weitgesteckte Aufgabe, daß der Unterausschuß sich von vornherein klar war, daß deren Bewältigung nicht in kurzer Frist möglich, sondern dazu jahrelange Arbeit notwendig sein würde.

Im Verlaufe der Untersuchung stellte sich, wie von Anfang an erwartet war, bald heraus, daß, wenn die Verhandlungen nicht ins Uferlose gehen sollten, der Aufgabenkreis stark verengt werden mußte. Erst nach Ausscheidung großer, an sich wichtiger Fragengruppen aus überwiegend praktischen Gründen, gelang es, entsprechend der Aufgabe des Untersuchungsausschusses, zu einer Reihe von Einzelfragen Stellung zu nehmen. Infolge dieser Beschränkung mag manchem das Ergebnis der Untersuchung im Hinblick auf die darauf verwandte große Mühe gering erscheinen. Auch die Mitglieder des Unterausschusses haben die Lücken der Untersuchung schmerzlich empfunden. Es darf jedoch nicht vergessen werden, daß die Aufgabe des Unterausschusses nicht darin bestand, eine geschichtliche Darstellung der „Ursachen des Zusammenbruchs 1918" zu bieten, sondern allein „Tatsachen" festzustellen, die die Verantwortlichkeit bestimmter Personen und Personengruppen für den unglücklichen Kriegsausgang betreffen.

Die Voraussetzung für die eigentlichen Untersuchungen bildeten eine Reihe von Gutachten berufener Fachgelehrter und Politiker. Diese Gutachten — die

einen mehr ausführlich aufbauend, die anderen mehr kritisch gerichtet — sind, soweit sie nicht mündlich erstattet und darum in den folgenden „Verhandlungsbericht" aufgenommen wurden, in zwei besonderen Bänden dieser Reihe des „Werkes des Untersuchungsausschusses" veröffentlicht.

Erst durch die Gutachten der Sachverständigen gelang es dem Ausschusse, eine gesicherte Grundlage für die „parlamentarischen" Untersuchungen zu bekommen. Es galt zunächst, die von den Sachverständigen bewiesenen Tatsachen und erkannten Zusammenhänge mit den Mitteln der parlamentarischen Untersuchung zu prüfen und zu ergänzen. Dabei hat der Unterausschuß es abgelehnt, das umständliche Verfahren der Beweiserhebung durch Vernehmung einzelner Personen sich dienstbar zu machen. Da über die wichtigsten verhandelten Vorgänge auf Grund der sorgfältigen Gutachten der Sachverständigen im allgemeinen volle Tatsachenklarheit bestand, konnte ohne Schaden auf die mündliche Beweiserhebung als Mittel der Untersuchung verzichtet werden. Für dieses Verhalten sprachen überwiegend praktische Gründe. Wenn, wie man es sich ursprünglich gedacht hatte, durch öffentliche Vernehmungen gewissermaßen der Anreiz zur Meldung von Zeugen und Auskunftspersonen gegeben werden sollte, war zu befürchten, daß bei der Eigenart der dem 4. Unterausschuß gestellten Aufgabe Tausende von Meldungen erfolgt wären und die Verhandlungen ins Uferlose gingen. Der Ausschuß hat daher, wenn es sich darum handelte, gewisse Tatsachen zu klären, über die die Meinungen der Sachverständigen auseinandergingen, sich darauf beschränkt, schriftliche Auskunft zu fordern, ohne natürlich grundsätzlich auf sein Vernehmungsrecht zu verzichten. Dieses zuerst von Oberst Schwertfeger und dem Schriftsteller Simon Katzenstein bei der Abfassung ihrer Gutachten erprobte Verfahren hat sich bewährt und vielleicht dem Fortgang der Arbeiten mehr genützt als es öffentliche Vernehmungen hätten tun können, die nur zu leicht in die Gefahr gerieten, mehr der politischen Sensation als der Aufklärung von Tatsachen zu dienen. Es sei zum Beweis der Nützlichkeit des anderen Verfahrens auf die Stellungnahme des Generals Wetzell zum ersten Entwurfe einer Entschließung des Unterausschusses (Dr. Deermann) verwiesen und auf die sich daran anknüpfenden mündlichen Erörterungen. Nützlich für den Fortgang der Arbeiten war auch die gelegentliche Heranziehung von Reichstagsabgeordneten, die nicht dem Untersuchungsausschusse angehörten.

Da zu den Sitzungen jedes Unterausschusses vereinbarungsgemäß auch die Mitglieder der anderen Unterausschüsse eingeladen wurden, war es allen Mitgliedern des Gesamtausschusses möglich, sich über den Fortgang der Arbeiten auf dem Laufenden zu halten und konnten die Ergebnisse der Untersuchungen der einzelnen Unterausschüsse wechselseitig verwertet werden. So hat der 4. Unterausschuß in der Frage der „Friedensmöglichkeiten" unmittelbar an Teilergebnisse der Untersuchungen des 2. Unterausschusses angeknüpft.

Bei dem Abschluß seiner Arbeiten hat der 4. Unterausschuß unter einem gewissen Druck gestanden. Laut vorangegangenem Beschlusse des Vorstandes des Reichstags und des Gesamtausschusses war als Termin für die Beendigung des ersten Teiles der Arbeiten der 1. April 1925 gesetzt. Infolge des

Todes des Reichspräsidenten Ebert und der darauffolgenden Reichspräsidentenwahl war es aber nicht möglich, bis dahin zum Abschlusse zu kommen. Der Unterausschuß erhielt daraufhin noch eine kurze Nachfrist bewilligt. Innerhalb dieser ist es gelungen, die Meinungen der Mitglieder des Unterausschusses in bestimmten Sätzen festzulegen. Diese werden im folgenden als „Entschließungen" bekanntgegeben.

Der Unterausschuß ist sich bewußt, daß die Ergebnisse seiner Untersuchung nur Stückwerk sind und alle die Mängel aufweisen, die sich aus der für einen „parlamentarischen" Untersuchungsausschuß teilweise unlösbaren Aufgabe ergeben. Immerhin glaubt der Unterausschuß, die öffentliche Kritik seiner Arbeit nicht fürchten zu müssen. Alle Beteiligten waren, ungeachtet ihrer parteipolitischen Einstellung, von dem Drange nach Wahrheit erfüllt. Ob die gemachten Feststellungen in allen Punkten von der kommenden Geschichtsschreibung anerkannt werden, muß die Zukunft lehren.

Ist so das Ergebnis der Untersuchung nach der historisch-wissenschaftlichen Seite mit den Mängeln aller geschichtlichen Untersuchungen über Vorgänge der jüngsten Vergangenheit behaftet, soweit sich diese Mängel aus dem Material der Untersuchung und dem kurzen zeitlichen Abstand von den Ereignissen ergeben, so darf daneben nicht vergessen werden, daß die Hauptaufgabe des Unterausschusses eine politische war: nämlich die Frage zu prüfen, wie die Verantwortlichkeit für den deutschen Zusammenbruch 1918 zu verteilen und ob gegen bestimmte Personen ein Schuldspruch zu fällen sei. Hier kam der Unterausschuß einstimmig zu dem negativen Ergebnis, daß es unmöglich ist, soweit der erste Fragenkreis der Ausschußarbeiten in Betracht kommt, gegen irgend jemand den Vorwurf der Pflichtversäumnis oder bewußter Schädigung der öffentlichen Interessen zu erheben. Über die Frage, wieweit eine moralische und historische Schuld von einzelnen und von Personengruppen sich feststellen läßt, war es nicht möglich, im Unterausschusse zu einer Einigung zu kommen. Es lag in der Natur der Dinge, daß hierbei aus Mangel an nachweisbaren Tatsachen die subjektiven Meinungen der Unterausschußmitglieder in den Vordergrund treten mußten.

Alles in allem glaubt der Unterausschuß, dessen Verhandlungen vom Geiste größter Sachlichkeit getragen waren, mit dieser Veröffentlichung dem deutschen Volke einen Dienst zu erweisen. Trotz aller gegensätzlichen Auffassungen hat der Verlauf der Untersuchungen gezeigt, daß es möglich war, in ruhiger Arbeit einer der umstrittensten Fragen unseres öffentlichen Lebens nachzugehen, darüber sich auszusprechen und in völliger Übereinstimmung zu gewissen Teilergebnissen zu kommen. Die Veröffentlichung des Unterausschusses kann daher mit Recht nicht bloß als ein Werk zur Aufklärung des deutschen Volkes bezeichnet werden, sondern auch in gewissem Sinne als ein Werk der Versöhnung. Der sachliche Austrag von Gegensätzen bei den Ausschußberatungen läßt erhoffen, daß die Veröffentlichung des Verhandlungsberichtes dazu beitragen kann, die öffentliche Meinung zu beruhigen und einen bisher aktuellen politischen Streit aus der Sphäre der Tagespolitik allmählich in die Sphäre der Wissenschaft zu tragen. In diesem Sinne können die bisherigen Ergebnisse

der Untersuchungen des 4. Unterausschusses als ein Mittel betrachtet werden zur Befreiung unseres öffentlichen Lebens von den Giftstoffen, mit denen der unglückliche Kriegsausgang 1918 unser Volk verseucht hat.

Zum Schluß danke ich den Männern, ohne deren Unterstützung und Mitwirkung die Arbeit des 4. Unterausschusses nicht hätte durchgeführt werden können. Herr Reichstagspräsident *Löbe* hat die Entwicklung des ganzen Untersuchungsausschusses stets mit wohlwollendem Interesse begleitet, ihn nach außen vertreten und für die Bereitstellung der erforderlichen Mittel gesorgt. Der Dank ist auszudehnen auf den Direktor beim Reichstage, Herrn Geheimrat *Galle*, auf dessen liebenswürdige Unterstützung die Geschäftsführung des Ausschusses mit ihren weitgehenden Ansprüchen an das Büro des Reichstags immer rechnen durfte.

Weiter ist den Herren *Sachverständigen*, deren Arbeit schon im vorhergehenden gewürdigt ist, für die großen Opfer an Zeit und Kraft zu danken, die sie nicht nur durch Erstattung von Gutachten, sondern auch durch die Teilnahme an den langwierigen Verhandlungen des 4. Unterausschusses gebracht haben.

Dank gebührt ferner den Herren *Vertretern der Reichsministerien*, die sich an den Verhandlungen beteiligt haben. Seiner Aufgabe entsprechend kam der Unterausschuß besonders häufig in die Lage, die Unterstützung des Reichswehrministeriums in Anspruch zu nehmen. Dieses war von 1919 bis April 1925 durch Herrn Oberstleutnant *Otto v. Stülpnagel*, seit dessen anderweitiger Verwendung durch Herrn Oberstleutnant *Koch* vertreten. Beide Herren haben durch ihre ausgezeichnete Sachkenntnis und große Hilfsbereitschaft den Arbeiten des Unterausschusses wertvolle Dienste erwiesen.

Endlich noch ein Wort über den *Aufbau* des „Werkes". Die Gesamtveröffentlichung zerfällt den 4 Unterausschüssen entsprechend in 4 Reihen. Die vorliegende 4. Reihe behandelt in 3 Bänden die Fragen des militärischen Zusammenbruches im Jahre 1918, ein 4. Band soll die Untersuchung über Heimatpolitik und Umsturzbewegung bringen.

Innerhalb der 4 Teile der Gesamtveröffentlichung des Untersuchungsausschusses gilt folgende Anordnung. An der Spitze stehen jedesmal die *Entschließungen*, zu denen der Unterausschuß am Schlusse seiner Beratungen gelangt ist. Wo dabei Einstimmigkeit nicht erzielt werden konnte, sind Minderheitsentschließungen oder Erklärungen einzelner Ausschußmitglieder, soweit solche abgegeben wurden, beigefügt.

Den Entschließungen ist der *Verhandlungsbericht* angereiht. Dieser enthält in der vorliegenden Reihe zunächst in Form eines *Vorberichtes* eine Übersicht über die Anfangsverhandlungen des Unterausschusses, dann ausführliche *Sitzungsberichte*, die teils wörtlich, teils im Auszuge gegeben sind. Am Schlusse der Veröffentlichung stehen die *Gutachten der Sachverständigen* samt urkundlichen *Anlagen*. Die Gutachten nehmen den breitesten Raum der Veröffentlichung ein und dürften auch als wissenschaftliche Arbeiten für sich Würdigung finden. Im Zusammenhang damit sei aber der Leser auch auf die Wichtigkeit

des Verhandlungsberichtes hingewiesen, denn in dem Verlaufe der Untersuchungen des Unterausschusses haben die Sachverständigen ihre gutachtlichen Ausführungen vielfach verdeutlicht und ergänzt, außerdem sind bei den Verhandlungen zahlreiche neue und wichtige Mitteilungen von anderer Seite gemacht worden.

Berlin, 3. Juli 1925

Albrecht Philipp
Vorsitzender des 4. Unterausschusses

Tafel der Sitzungen

Sitzungen des 4. Unterausschusses (1919—1925)

Nr. der Sitzung	Tag	Gegenstand der Verhandlung
15. Ausschuß der Verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung (1919—1920)		
1.	1919 Oktober 2.	Bildung des 4. Unterausschusses und Wahl der Vorsitzenden.
2.	„ 14.	Aufstellung eines Arbeitsplans. (Vgl. Vorbericht, S. 37.)
3.	„ 24.	Abgrenzung der Arbeiten des 4. Unterausschusses von denen des 3. Unterausschusses. (Vgl. Vorbericht, S. 39.) Berufung Dr. Widmanns als Sekretär.
4.	November 24.	Besprechung der Arbeiten des Unterausschusses. Bericht des Sekretärs Dr. Widmann über Aktenbeschaffung. Beschluß: Alsbaldige Beschaffung der amtlichen Unterlagen der Untersuchungen.
5.	1920 März 8.	Neue Aufstellung des Arbeitsplans. (Vgl. Vorbericht, S. 39.)
6.	„ 10.	Besprechung über den Fortgang und Erweiterung der Arbeiten. (Vgl. Vorbericht, S. 39.) Bestellung von Berichterstattern für die einzelnen Fragen.
7.	Mai 19.	Besprechung über den Fortgang der Arbeiten. Bericht des Sekretärs Dr. Bloch über das Sammeln von Material. Berufung von Oberst a. D. Schwertfeger und Privatdozent Dr. Hobohm zu Sachverständigen.
12. Ausschuß des Reichstags. I. Wahlperiode (1920—1924)		
1. (8)	1920 November 24.	Bildung des Unterausschusses. Bericht von Dr. Bloch über Arbeitsplan und die bisherigen Arbeiten.

Nr. der Sitzung	Tag	Gegenstand der Verhandlung
2. (9)	1920 November 30.	Besprechung über den Fortgang der Arbeiten. Bestellung von General a. D. v. Kuhl und Herrn Simon Katzenstein als Sachverständige, Oberst Schwertfegers und Dr. Hobohms Bericht über Umfang und Methode der Arbeiten des Ausschusses. Formulierung von den ersten drei Hauptteilen der Arbeiten des Ausschusses. (Vgl. Vorbericht, S. 40.)
3. (10)	Dezember 12.	Besprechung über Fortgang der Arbeiten. Formulierung des vierten Hauptteils. (Vgl. Vorbericht, S. 40.)
4. (11)	1921 Januar 14.	Berichterstatter-Ernennung und Abgrenzung der Arbeitsgebiete der Sachverständigen.
5. (12)	Juni 24.	Entgegennahme vorläufiger mündlicher Gutachten der Sachverständigen Schwertfeger, v. Kuhl und Katzenstein. (Vgl. Vorbericht, S. 40.)
6. (13)	„ 25.	Fortsetzung der Entgegennahme der Sachverständigengutachten. Beratung über weiteren Arbeitsplan. (Vgl. Vorbericht, S. 40.) Korreferent der drei Sachverständigen wird Prof. Delbrück, der an Stelle von Dr. Hobohm zum Sachverständigen bestellt wird.
7. (14)	November 19.	Fortsetzung der Entgegennahme der Gutachten der Sachverständigen Schwertfeger und v. Kuhl. (Vgl. Vorbericht, S. 40.)
8. (15)	1922 Juli 13.	Entgegennahme der Korreferate des Sachverständigen Prof. Delbrück sowie Bericht von Oberst Schwertfeger über seine weitere Arbeit. (Vgl. Sitzungsberichte, S. 45.)
9. (16)	„ 15.	Beschluß: die Gutachten sollen in drei Heften gleichzeitig veröffentlicht werden. (Vgl. Vorbericht, S. 40.)
10. (17)	1923 Januar 27.	Besprechung der weiteren Arbeiten des Ausschusses. Bestellung neuer Berichterstatter. (Vgl. Vorbericht, S. 41.)
11. (18)	März 21.	Berichterstattung des Abg. Dr. Deermann zu dem Gutachten des Sachverständigen Generals v. Kuhl und dem Korreferat des Sachverständigen Prof. Delbrück. (Vgl. Sitzungsberichte, S. 50.)
12. (19)	Juli 9.	Bericht des Sachverständigen Katzenstein. (Vgl. Sitzungsberichte, S. 76.)

Nr. der Sitzung	Tag	Gegenstand der Verhandlung
13. (20)	1923 Juli 10.	Fortsetzung des Berichts des Sachverständigen Katzenstein. Aussprache darüber. Ferner Entgegennahme des Berichts des Sachverständigen Generals v. Kuhl mit darauffolgender Aussprache. (Vgl. Sitzungsberichte, S. 84.)
14. (21)	„ 11.	Bericht des Sachverständigen Oberst Schwertfeger über den militärischen Zusammenbruch, Teil 2. (Vgl. Sitzungsberichte, S. 118.)
15. (22)	November 28.	Stellungnahme des Ausschusses zur Frage der mündlichen Vernehmung General Ludendorffs. (Vgl. Vorbericht, S. 41/42.) Sachverständiger Katzenstein legt kurze Zusammenfassung über die „Mißstände im Heere" vor. Von seiten des Ausschusses Auftragserteilung über ein Gutachten zur „Dolchstoß"-Frage an sämtliche Sachverständige sowie an Amtsgerichtsrat Dr. Herz. (Vgl. Vorbericht, S. 42.)
16. (23)	1924 Januar 22.	Entgegennahme des Berichtes des Abg. Dr. Deermann zu den Gutachten der Sachverständigen v. Kuhl, Teil 2, des Korreferats Prof. Delbrücks dazu, sowie Schwertfeger, Teil 1. (Vgl. Sitzungsberichte, S. 155.) Auf Antrag des Vorsitzenden Abg. D. Dr. Kahl einstimmiger Ausschußbeschluß: Ausscheiden der Hauptteile 2 und 3 aus den Verhandlungen des Unterausschusses. (Vgl. Vorbericht, S. 42.)
17. (24)	Februar 5.	Aussprache über den Bericht des Abg. Dr. Deermann zu den Gutachten v. Kuhl und Delbrück, Teil 2. (Vgl. Sitzungsberichte, S. 182.)
18. (25)	„ 12.	Bericht des Abg. Dr. Philipp zu dem Gutachten des Sachverständigen v. Kuhl zur „Dolchstoß"-Frage; ferner Gutachten der Sachverständigen Dr. Herz und Katzenstein. (Vgl. Vorbericht, S. 42.)
19. (26)	„ 13.	Bericht des Abg. Dr. Deermann zu dem Gutachten Schwertfeger, Teil 2. (Vgl. Sitzungsberichte, S. 216.)
20. (27)	„ 18.	Abgabe von Erklärungen der Sachverständigen Schwertfeger und v. Kuhl zu den Gutachten von Prof. Delbrück. Aussprache über den Bericht des Abg. Dr. Deermann. (Vgl. Sitzungsberichte, S. 257.)

Nr. der Sitzung	Tag	Gegenstand der Verhandlung
21. (28)	1924 Februar 19.	Besprechung über die weitere Arbeitsweise des Ausschusses: Die Berichterstatter werden beauftragt, mit kurzer Befristung Thesen zu formulieren, sodann Aussprache über den Bericht des Abg. Dr. Philipp zur „Dolchstoß"-Frage. (Vgl. Vorbericht, S. 42.)
22. (29)	April 15. (nichtoffiziell)	Stellungnahme des Ausschusses zu den Resolutionsentwürfen der Abgg. Dr. Deermann und Dr. Philipp. Beschluß: Drucklegung des Gesamtmaterials. (Vgl. Sitzungsberichte, S. 283.)

19. Ausschuß des Reichstags, II. Wahlperiode (1924).

	1924 September	Infolge der Auflösung des Reichstages unterblieb die Bildung des 4. Unterausschusses.

20. Ausschuß des Reichstags, III. Wahlperiode (1924—1925).

1. (30)	1925 Januar 21.	Bildung des 4. Unterausschusses.
2. (31)	„ 22.	Aussprache über den Arbeitsplan.
3. (32)	Februar 4.	Beratung einer Entschließung über den militärischen Zusammenbruch 1918. Beschluß: General Ludendorff und General Wetzell sollen zu der Resolution des früheren Abg. Dr. Deermann sowie dem übrigen Material des 4. Unterausschusses schriftlich Stellung nehmen. (Vgl. Sitzungsberichte, S. 299.)
4. (33)	„ 12.	Aussprache über die Bearbeitung der „Dolchstoß"-Frage. Bestellung des Abg. Dr. Dr. Bredt als Berichterstatter über die Frage des militärischen Zusammenbruchs. (Vgl. Sitzungsberichte, S. 305.)
5. (34)	März 7.	Besprechung der Geschäftslage und der Behandlung eines Schriftsatzes des Generals Wetzell. (Vgl. Sitzungsberichte, S. 305.)
6. (35)	„ 10.	Aussprache über den Schriftsatz des Generals Wetzell. (Vgl. Sitzungsberichte, S. 343.)
7. (36)	„ 18.	Bericht über eine Entschließung des Ausschusses betreffend die Ursachen des militärischen Zusammenbruchs. (Vgl. Sitzungsberichte, S. 374.)
8. (37)	April 1.	Entgegennahme der Thesen über die Frage des militärischen Zusammenbruchs (Berichterstatter Abg. Dr. Dr. Bredt). Aussprache. (Vgl. Sitzungsberichte, S. 388.)

Nr. der Sitzung	Tag			Gegenstand der Verhandlung	
9. (38)	1925	April	29.	Fortsetzung der Besprechung der Entschließung über die Frage des militärischen Zusammenbruchs 1918. (Es liegen zugrunde Thesenentwürfe Dr. Dr. Bredt, Dr. Philipp, Dr. Fischer und Dr. Bloch.) (Vgl. Sitzungsbericht, S. 415.)	
10. (39)		Mai	5.	Fortsetzung der Besprechung der Entschließung über die Frage des militärischen Zusammenbruchs 1918.	Sitzungsberichte, S. 436—487
11. (40)		„	6.	Fortsetzung der Besprechung der Entschließung über die Frage des militärischen Zusammenbruchs 1918.	
12. (41)		„	7.	Fortsetzung der Besprechung der Entschließung über die Frage des militärischen Zusammenbruchs 1918.	
13. (42)		„	25.	2. Beratung der Entschließung über den militärischen Zusammenbruch.	Sitzungsberichte, S. 488—499
14. (43)		„	26.	Fortsetzung und Beendigung der 2. Beratung der Entschließung über den militärischen Zusammenbruch. Beschluß über Berichterstattung an den Gesamtausschuß.	

Tafel de

Mitglieder des 4. Unt

Verfassunggebende Deutsche Nationalversammlung vom 6. Febr. 1919 bis 21. Mai 1920			Reichstag, I. Wahlperio vom 24. Juni 1920 bis 13. Mä	
15. Ausschuß			**12. Ausschuß**	
	Mitglied vom	bis		vom
Unabhängige Sozialdemokratische Partei:			**Unabhängige und Sozialdemokratische Partei:**	
Eichhorn	8. 3. 20	21. 5. 20	Hellmann, stellvertr. Vorsitzender	24. 11.
Sozialdemokrat. Partei:			an dessen Stelle trat	
Landsberg, Vorsitzend.	2. 10. 19	23. 1. 20	Dr. Radbruch	17. 1.
an dessen Stelle trat			Kaiser	24. 11.
Katzenstein, Vorsitzender	23. 1. 20	21. 5. 20	an dessen Stelle trat	
Kahmann	2. 10. 19	8. 3. 20	Franz	23. 6.
an dessen Stelle trat			Henke	24. 11.
Krüger (Mecklenburg)	8. 3. 20	21. 5. 20	an dessen Stelle trat	
Dr. Meerfeld	2. 10. 19	8. 3. 20	Mehrhof	23. 6.
an dessen Stelle trat			an dessen Stelle trat	
Hellmann	8. 3. 20	21. 5. 20	Dr. Moses	13. 7.
Deutsche Demokratische Partei:			**Deutsche Demokratische Partei:**	
Heile	9. 3. 20	21. 5. 20	Korell	27. 1.
Zentrum:			**Zentrum:**	
Diez	2. 10. 19	21. 5. 20	Dr. Spahn	24. 11.
Schwarz (Hessen-Nassau)	2. 10. 19	21. 5. 20	**Bayerische Volkspartei:**	
			Merck	24. 11.
			an dessen Stelle trat	
			Dr. Deermann	30. 11.
			Deutsche Volkspartei:	
			D. Dr. Kahl, Vorsitzender	24. 11.
Deutschnationale Volkspartei:			**Deutschnationale Volkspartei:**	
Dr. Philipp, stellvertr. Vorsitzender	2. 10. 19	21. 5. 20	Dr. Philipp	24. 11.

∗ bedeutet, daß die Herren noch im Unterausschuß tätig sind.

	Reichstag, II. Wahlperiode v. 27. Mai bis 20. Okt. 1924	Reichstag, III. Wahlperiode vom 5. Januar 1925 ab		
is	**19. Ausschuß** Infolge der Auflösung d. Reichstags unterblieb die Bildung des 4. Unterausschusses; vom Gesamtausschuß waren ihm folgende Mitglieder zugewiesen:	**20. Ausschuß**	Mitglied vom	bis
	Kommunistische Partei:	**Kommunistische Partei:**		
	Frölich (Westfalen)	Eichhorn	21. 1. 25	*
1. 23	**Vereinigte Sozialdemokratische Partei:**	**Sozialdemokratische Partei:**		
3. 24	Dr. Quessel	Dr. Quessel	21. 1. 25	*
6. 21	Dr. Moses	Dittmann	21. 1. 25	*
3. 24		Dr. Moses, stellv. Vorsitzender	21. 1. 25	7. 3. 25
6. 21		an dessen Stelle trat Schnabrich	7. 3. 25	8. 5. 25
7. 22		an dessen Stelle trat Dr. Moses	8. 5. 25	*
3. 24				
	Deutsche Demokratische Partei:			
3. 24	Dr. Goetz			
	Zentrum:	**Zentrum:**		
3. 24	Dr. Bell	Dr. Spahn (Berlin)	21. 1. 25	*
1. 20		**Wirtschaftliche Vereinigung:**		
3. 24		Dr. Dr. Bredt	21. 1. 25	*
	Deutsche Volkspartei:	**Deutsche Volkspartei:**		
	Dr. Schneider	Dr. Hoff	21. 1. 25	4. 5. 25
3. 24		an dessen Stelle trat Frhr. v. Rheinbaben	4. 5. 25	*
	Deutschnationale Volkspartei:	**Deutschnationale Volkspartei:**		
3. 24	Dr. Philipp	Dr. Philipp, Vorsitzender	21. 1. 25	*
	Graf v. Westarp	Graf v. d. Schulenburg	21. 1. 25	5. 5. 25
	Nationalsozialistische Freiheitspartei:	an dessen Stelle trat Graf zu Eulenburg	5. 5. 25	*
	Wulle			

Tafel der Mitarbeiter

Die Mitarbeiter des 4. Unterausschusses

	vom	bis
a) Sachverständige		
1. Privatdozent Prof. Dr. Martin Hobohm, Potsdam (Dr. Hobohm schied auf eigenen Wunsch als Sachverständiger aus dem Untersuchungsausschuß aus) Dafür trat ein	19. 5. 20	24. 6. 21
1a. Geheimer Regierungsrat Prof. Dr. Hans Delbrück, Berlin	24. 6. 21	*
2. Oberst a. D. Bernhard Schwertfeger, Hannover	19. 5. 20	*
3. General d. Inf. a. D. Dr. h. c. v. Kuhl, Berlin	30. 11. 20	*
4. Schriftsteller Simon Katzenstein, Berlin	24. 11. 20	*
5. Amtsgerichtsrat Dr. Ludwig Herz (früherer Geschäftsführer des Untersuchungsausschusses), Berlin	12. 2. 24	*
b) Vertreter der Reichsregierung		
Auswärtiges Amt:		
Konsul Max Müller	2. 10. 19	1. 4. 20
an dessen Stelle trat		
Konsul Rudolf v. Bülow	1. 4. 20	23. 11. 20
an dessen Stelle trat		
Konsul Dr. Weber	23. 11. 20	13. 7. 22
an dessen Stelle trat		
Vortragender Legationsrat Dr. Hermann Meyer	13. 7. 22	*
Reichswehrministerium:		
Oberstleutnant Otto v. Stülpnagel	8. 3. 20	31. 3. 25
an dessen Stelle trat		
Oberstleutnant Koch	1. 4. 25	*
General Wetzell (zur Auskunfterteilung)	7. 3. 25	10. 3. 25
Marineleitung:		
Kapitänleutnant Stephan	24. 11. 20	13. 3. 24
an dessen Stelle trat		
Kapitänleutnant Reimer	22. 1. 25	*

* bedeutet, daß die Herren noch im Unterausschuß tätig sind.

	vom	bis
c) Sekretäre		
Dr. Berthold Widmann (Dr. Widmann trat als Sekretär zum 3. Unterausschuß über)	24. 10. 19	18. 4. 20
Dr. Walther Bloch, Amtsrichter	18. 4. 20	*
Dr. Ludwig Herz, Amtsgerichtsrat, Generalsekretär	11. 10. 19	31. 12. 23
Dr. Eugen Fischer, Generalsekretär	1. 1. 24	*

* vgl. vorige Seite.

A

Entschließungen[1]

[1] Vgl. dazu „B Verhandlungsbericht“ unten S. 33 und „C Gutachten“ Bd. 2, S. 1. *Entwurf* einer Entschließung von *Dr. Deermann* unten S. 284.

Vorbemerkung

Vor dem Eintritt in die letzte Beratung einer Entschließung über die Ursachen des militärischen Zusammenbruchs im Jahre 1918 erklärte[1]) Abg. *Eichhorn* (Kommunist), die Entschließung sei in der Gestalt, die sie in der ersten Beratung erhalten habe, für ihn nicht annehmbar. Angesichts des Stimmenverhältnisses im Unterausschuß verzichte er aber auf Abänderungsanträge. Er wolle sich von jetzt ab an der Beratung nicht mehr beteiligen und eine eigene Erklärung zu Protokoll geben. Wo demnach bei den Sätzen der folgenden Entschließung Einstimmigkeit angemerkt ist, hat der Abg. Eichhorn nicht an der Abstimmung teilgenommen. Wo angemerkt ist: „mit Mehrheit angenommen", war das Stimmenverhältnis fast ausnahmslos 5 : 3 (DNV, DV, WV, Z gegen SPD; BV und DD waren in dem Unterausschuß stimmberechtigt nicht vertreten). Die von ihm in der Sitzung vom 26. Mai 1925 zu Protokoll gegebene Erklärung ist als Minderheitsentschließung angefügt[2]).

Die *sozialdemokratischen* Mitglieder des Unterausschusses haben sich an der zweiten Beratung der Entschließung des Unterausschusses beteiligt. Der Vermerk der einstimmigen Annahme schließt also die Stimmen der sozialdemokratischen Mitglieder des Unterausschusses ein. Soweit ihre Ansichten von der der Mehrheit abwichen, wurde dies in einer am 3. Juli 1925 eingereichten Minderheitsentschließung Dittmann, Dr. Moses, Dr. Quessel zum Ausdruck gebracht[3]).

Ph.

[1]) Siehe Verhandlungsbericht, unten S. 478.
[2]) S. 27.
[3]) S. 31.

Der 4. Unterausschuß hat in seiner Sitzung vom 26. Mai 1925 folgende Entschließung angenommen:

Ergebnisse der Untersuchung betreffend die Ursachen des deutschen Zusammenbruchs im Jahre 1918

Einleitung und erster Teil

Einleitung

Der 4. Unterausschuß hatte die Aufgabe, die Ursachen des deutschen Zusammenbruchs im Jahre 1918 klarzustellen. Er stellt zunächst die Grenzen fest, jenseits deren es nicht möglich war, zu klaren Ergebnissen zu kommen.

(*Einstimmig angenommen.*)

Der Unterausschuß hat auf ein Urteil über die rein strategischen und taktischen Maßnahmen der deutschen Kriegführung verzichtet. Hierzu fehlte angesichts der Meinungsverschiedenheiten der Sachverständigen die Grundlage. Er beschränkt sich in dieser Hinsicht darauf, auf die anbei veröffentlichten Gutachten hinzuweisen, zu deren Ausarbeitung alle amtlichen Archive zur Verfügung standen, sowie auf die Aussagen von Vertretern der früheren O.H.L., die im Verhandlungsbericht wiedergegeben sind.

(*Einstimmig angenommen.*)

Das Hauptgewicht der Untersuchung mußte der Unterausschuß als beauftragtes Organ der Volksvertretung auf die Klarstellung der *politischen* Verantwortlichkeit legen. Die Untersuchung richtete sich in dieser Hinsicht zunächst auf die Handlungen und Unterlassungen der politischen wie militärischen Leitung. Anschließend wurden das Verhalten des Reichstags und die Vorgänge in der Heimat untersucht. Dabei fanden die Bemühungen der nichtamtlichen Kreise zur Herbeiführung des Friedens und die Bestrebungen zur revolutionären Umgestaltung Deutschlands („Dolchstoß"-Frage) besondere Berücksichtigung.

(*Einstimmig angenommen.*)

Entsprechend dem erhaltenen Auftrag beschränkte sich der Unterausschuß auf die Stellungnahme zu *bestimmten* einzelnen Fragen. Diese sind in zwei Teile zusammengefaßt und, soweit das möglich war, nach der zeitlichen Folge der Begebenheiten gruppiert:

Erster Teil: Der militärische Zusammenbruch.
Zweiter Teil: Heimatpolitik und Umsturzbewegung.
(*Einstimmig angenommen.*)

Erster Teil

Der militärische Zusammenbruch

I. Das Verhältnis des Kaisers, der Reichsregierung und der O.H.L. zueinander.

In höchster Instanz war der Kaiser für alle militärischen und politischen Fragen entscheidend. Unter ihm trug die *politische* Verantwortung der Reichskanzler (Graf v. Hertling, Prinz Max v. Baden) mit seinem ressortmäßigen Stellvertreter, dem Staatssekretär des Äußeren (v. Kühlmann, v. Hintze, Dr. Solf); außerdem war die Stellung eines verantwortlichen Vizekanzlers (v. Payer) geschaffen.

(*Einstimmig angenommen.*)

Die Verantwortung für die Kriegführung trug der Chef des Generalstabs des Feldheeres (Generalfeldmarschall v. Hindenburg); ihm war als Mitarbeiter beigegeben der Erste Generalquartiermeister (General Ludendorff); diesem war bei seiner Berufung volle Mitverantwortlichkeit neben dem Chef des Generalstabes des Feldheeres zugesichert.

(*Einstimmig angenommen.*)

Organisatorische Unterlassungen in bezug auf die Verbindung zwischen der Reichsregierung und der O.H.L. oder einer dieser Stellen mit dem Kaiser sind nicht festgestellt worden.

(*Einstimmig angenommen.*)

Seit dem Abgang des Reichskanzlers v. Bethmann Hollweg hat sich die Überlegenheit der O.H.L. gegenüber der Reichsregierung in steigendem Maße weiterentwickelt. Diese Überlegenheit blieb auch bestehen, als im Januar 1918 eine Entscheidung des Kaisers zustande kam, welche die ausschließliche Leitung der politischen Angelegenheiten durch den Reichskanzler anerkannte und für die Zukunft festlegte.

(*Einstimmig angenommen.*)

II. Die deutschen Friedensziele und die Friedensmöglichkeiten Anfang 1918

In bezug auf die Kriegsziele herrschte in Deutschland keine einheitliche Auffassung. Bei einer Richtung ist der Gedanke des reinen Verteidigungskrieges niemals aufgegeben worden; hier hat daher immer grundsätzliche Bereitwilligkeit zu einem Verständigungsfrieden bestanden. Bei einer anderen Richtung bestand die Meinung, für die ungeheuren Opfer des Krieges müsse ein Ausgleich geschaffen werden durch positive Erfolge und erhebliche Erweiterung der politischen und wirtschaftlichen Machtstellung Deutschlands. Zwischen diesen

beiden Auffassungen stand eine dritte, welche je nach der Lage ihre Ziele enger und weiter stecken zu können glaubte.

Hinsichtlich der Frage der Friedensmöglichkeiten im Frühjahr 1918 wird auf die Verhandlungen des 2. Unterausschusses verwiesen[1]).

(*Einstimmig angenommen.*)

Der vom Obersten v. Haeften im März 1918 im Haag unternommene Versuch einer Anknüpfung mit amerikanischen Kreisen war ohne Bedeutung. Er wurde ohne Vorwissen der O.H.L. und der politischen Reichsleitung begonnen und nicht weiter verfolgt.

(*Einstimmig angenommen.*)

Die zunehmenden Wirkungen der Hungerblockade ließen bei den Feinden die Geneigtheit zu einem Verständigungsfrieden geringer werden, da man durch die Aushungerung einen Erfolg selbst für den Fall einer militärischen Niederlage erhoffte.

(*Mit Mehrheit angenommen.*)

III. Der Entschluß zur Offensive 1918

Die Reichsregierung stand Anfang 1918 vor der Frage, ob man weiterkämpfen oder versuchen solle, einen Frieden durch Opfer an deutschem Gebiet zu erkaufen. Sie hat letzteres im Hinblick auf die damalige Lage abgelehnt. Der Entschluß der O.H.L. zur Frühjahrsoffensive 1918, dem sich die Reichsregierung anschloß, beruhte also einerseits auf der Überzeugung, daß ein Friede ohne Opfer im Westen nicht zu erlangen sei, andererseits auf der Zuversicht der O.H.L., den Endsieg zu erringen. Der Reichskanzler hat seiner Genugtuung darüber Ausdruck gegeben, daß die Westmächte es abgelehnt hätten, sich an den Friedensverhandlungen auf Grund der russischen Vorschläge[2]) zu beteiligen.

(*Einstimmig angenommen.*)

Die O.H.L. hat das Eintreffen amerikanischer Truppen für das Frühjahr 1918 zutreffend vorausberechnet und bei ihrem Entschluß zu einer möglichst frühzeitigen Offensive berücksichtigt. Die Hoffnungen auf einen Erfolg mußten geringer werden, je weiter die Zeit fortschritt. Auch die schwierige Ersatzlage drängte zu schneller Entscheidung.

Der Geist der deutschen Truppen im Frühjahr 1918 berechtigte durchaus dazu, die Offensive zu wagen. Auch die mit den Abwehrschlachten verbundenen Verluste, sowie körperlichen und seelischen Leiden drängten zur Offensive.

(*Mit Mehrheit angenommen.*)

IV. Die Offensiven des Jahres 1918

Es haben sich keine Tatsachen ergeben, aus denen der Ausschuß eine Pflichtversäumnis der O.H.L. bei der Vorbereitung und Durchführung der Offensive

[1]) Die Ergebnisse des 2. Unterausschusses sollen in Reihe II dieses Werkes veröffentlicht werden.

[2]) Nach Abschluß des Waffenstillstandsvertrages der verbündeten Mittelmächte mit Rußland sind auf Vorschlag Rußlands die Verhandlungen über den Frieden vom 25. Dezember 1917 bis zum 4. Januar 1918 einschließlich unterbrochen worden, um *allen* im Kriege befindlichen Mächten Gelegenheit zu geben, sich an den Friedensverhandlungen zu beteiligen.

des Jahres 1918 herleiten könnte. Im einzelnen waren auf Grund der Gutachten der Sachverständigen des Ausschusses folgende Feststellungen möglich:

Obgleich infolge des Friedens von Brest-Litowsk und durch die Besetzung der Ukraine im Osten noch starke militärische Kräfte gebunden blieben, wurde an der Schlachtfront im Westen eine Überlegenheit an Mannschaften über den Gegner erzielt. Die weitere Heranziehung von wesentlichen für den Angriff geeigneten Streitkräften aus dem Osten kam in Hinblick auf die dortigen Schwierigkeiten nicht mehr in Frage.

Die Versorgung mit Waffen und Munition war für die Offensive ausreichend. An Pferden und Betriebsstoff bestand Mangel.

Mit Rücksicht auf die gesamte militärische Lage ist es im Frühjahr 1918 der O.H.L. nicht möglich erschienen, weitere österreichisch-ungarische Kräfte außer den schon vorhandenen schweren Batterien an die Westfront zu bringen.

Für die Ausbildung und Ausrüstung der deutschen Truppen im Hinblick auf die Offensive war das denkbar Mögliche geschehen.

Das Fehlen rückwärtiger Stellungen erklärt sich aus der Verwendung aller kampffähigen Truppen und aller militärischen Arbeitskräfte an der Front und der Unmöglichkeit, der Heimat weitere Arbeitskräfte zu entziehen.

Für den Verlauf der Offensive ist Mangel an Munition und sonstigem Kriegsmaterial bis in den Juli 1918 nicht entscheidend gewesen.

Der Ausbau der Tankwaffe wäre 1918 nur möglich gewesen unter Einschränkung der Herstellung von anderem Kriegsmaterial, insbesondere von solchem mit Motorenbedarf.

Die physische Leistungsfähigkeit der Truppen war gegenüber früher namentlich infolge der knappen Verpflegung zwar vermindert, entsprach aber den Erwartungen.

Der Fortschritt der Offensive ist durch unzulässigen Aufenthalt einzelner Truppenteile in Proviant- und Alkohollagern ohne Zweifel in einigen Fällen beeinträchtigt, aber im ganzen nicht entscheidend gehemmt worden.

(*Mit Mehrheit angenommen.*)

V. Der Rücktritt des Staatssekretärs v. Kühlmann

Der Rücktritt des Staatssekretärs v. Kühlmann ist unter starker Mitwirkung der O.H.L. erfolgt. Den Hauptanlaß gab die aus der Denkschrift des Obersten v. Haeften vom 3. Juni 1918 entnommene Äußerung des Staatssekretärs v. Kühlmann in dessen Reichstagsrede vom 24. Juni 1918, daß der Krieg mit den Waffen allein nicht entschieden werden könne.

(*Mit Mehrheit angenommen.*)

VI. Die Beurteilung der Lage im Juli 1918 und der Rückschlag in der Offensive

Mitte Juli 1918 vor Antritt seines Postens als Staatssekretär verstand Herr v. Hintze eine ihm auf seine Frage erteilte Antwort des Generals Ludendorff dahin, es werde gelingen, mit der jetzigen (Reims-) Offensive den Feind endgültig zu besiegen und hat diese Äußerung in seiner Politik zunächst berücksichtigt.

(*Einstimmig angenommen.*)

Bis zum 15. Juli 1918 hat die O.H.L. den Standpunkt abgelehnt, daß der Feldzug mit den Waffen nicht mehr gewonnen werden könne, und hat zu Friedensverhandlungen auf der Grundlage eines militärischen „Unentschieden" keine Anregung gegeben, obgleich General Ludendorff den Inhalt der von jener Voraussetzung ausgehenden Denkschrift des Obersten v. Haeften vom 3. Juni 1918 billigte. Die O.H.L. hielt jede öffentliche Betonung des Standpunktes der Haeftenschen Denkschrift für militärisch und politisch verhängnisvoll.

(*Einstimmig angenommen.*)

VII. Das Scheitern der Offensive des Jahres 1918 und die Beurteilung der Lage nach dem 8. August

Das durch die Niederlage vom 8. August deutlich gewordene Scheitern der Gesamtoffensive erklärt sich daraus, daß durch die unerhörten fortgesetzten Kämpfe die seelische und körperliche Leistungsfähigkeit der Truppen erschöpft wurde und daß an der Front der Mannschaftsersatz und die Vorräte an Kriegsmaterial nicht mehr ausreichten.

(*Einstimmig angenommen.*)

Graf v. Hertling hat auch noch nach der Besprechung in dem Kronrat vom 14. August 1918, die sich an eine vertrauliche Aussprache zwischen General Ludendorff und Staatssekretär v. Hintze vom 13. August anschloß, an einer optimistischen Auffassung der Gesamtlage festgehalten. Im Sinne der in diesem Kronrat gemachten Äußerung des Generalfeldmarschalls v. Hindenburg, „er hoffe, daß es dennoch gelingen werde, auf französischem Boden stehen zu bleiben und dadurch schließlich den Feinden unseren Willen aufzuzwingen", glaubte er auch damals noch an einen für Deutschland günstigen Kriegsausgang und bewirkte dementsprechend die Aufklärung der Öffentlichkeit.

(*Einstimmig angenommen.*)

Die nach dem 8. August von der Reichsregierung gemachten Versuche, noch zu einem Verständigungsfrieden zu kommen, standen im Zeichen der militärischen Ereignisse. Staatssekretär v. Hintze hat — seiner Auffassung der Gesamtlage entsprechend — vom 14. August 1918 ab alle diplomatischen Schritte zur Beendigung des Krieges getan. Er hat das Mögliche versucht, konnte aber angesichts der militärischen Lage zu keinem Erfolge gelangen.

(*Einstimmig angenommen.*)

VIII. Der militärische Zusammenbruch

Die Offensive, die im März, April und Mai große taktische Erfolge, aber keine operative Entscheidung gebracht hatte, kam im Juli 1918 zum Stehen nicht wegen ungenügender Leistungen der Truppen, sondern deshalb, weil bei abnehmender eigener Gefechtskraft die Stärke der Gegner an der Schlachtfront ständig wuchs.

(*Einstimmig angenommen.*)

Der Krieg war militärisch verloren, als während der Rückverlegung der deutschen Westfront im September 1918 der Zusammenbruch Bulgariens, dem

der Österreich-Ungarns folgte, auch die Lage des deutschen Feldheeres völlig verändert hatte. Von da an erschien jeder Versuch, mit nur militärischen Mitteln zum Frieden zu kommen, zwecklos.

(*Einstimmig angenommen.*)

IX. Die Waffenstillstandsforderung vom 29. September 1918 und ihre Folgen

Am 29. September war die O.H.L. auf dem Punkte angelangt, daß sie zur Rettung vor der militärischen Niederlage einen tunlichst *sofortigen* Waffenstillstand forderte.

(*Einstimmig angenommen.*)

Die Waffenstillstandsforderung der O.H.L. kam der Reichsregierung völlig überraschend; diese war aber außerstande nachzuprüfen, ob etwa die Beurteilung der militärischen Lage durch die O.H.L. zu ungünstig sei. Alle der Regierung außerdem zugegangenen Mitteilungen bestätigten das Urteil der O.H.L. Von da an erschien jede Tätigkeit der Reichsregierung zur Herbeiführung eines erträglichen Friedens aussichtslos.

(*Einstimmig angenommen.*)

Die Staatssekretäre v. Hintze und Graf Roedern handelten nach den ihnen vom Kaiser am 29. September 1916 in Spa gegebenen Weisungen und auch im Sinne der O.H.L., wenn sie sich in Berlin um die Bildung einer neuen Regierung auf der Grundlage des parlamentarischen Systems bemühten, um den baldigen Abgang einer Note an Wilson zu ermöglichen.

(*Einstimmig angenommen.*)

Der Reichskanzler Prinz Max v. Baden hat alle ihm zur Verfügung stehenden Mittel erschöpft, um den von ihm für falsch erachteten Schritt eines sofortigen Waffenstillstandsangebots zu vermeiden.

(*Einstimmig angenommen.*)

Nach Abgang des Waffenstillstandsangebotes berechtigte die militärische Lage im Hinblick auf die Schwierigkeiten, mit denen der vordringende Feind zu kämpfen hatte, trotz der mangelhaften rückwärtigen Stellungen zu der Hoffnung, an der Westfront noch einige Zeit in der Abwehr verharren zu können.

(*Mit Mehrheit angenommen.*)

X. Zusammenfassung

Die O.H.L. hat ihre Handlungen stets in dem guten Glauben begangen, damit dem Wohl des gesamten Vaterlandes zu dienen. Es entsprach ihrer militärischen Anschauungsweise, daß sie solange, als es irgend möglich erschien, den Gedanken an einen militärisch guten, später wenigstens erträglichen Frieden vertreten hat. Die deutsche Kampffront hat bis zuletzt alles geleistet, was in ihren Kräften stand.

(*Mit Mehrheit, letzter Satz einstimmig angenommen.*)

Die Reichsregierung hat sich auf das Urteil der O.H.L. verlassen, bis diese selbst die Unmöglichkeit des Sieges zugestand. (*Einstimmig angenommen.*)

Sie verfügte über keine Persönlichkeit, die sich gegen den Willen der O.H.L. durchzusetzen vermochte.

(*Mit Mehrheit angenommen.*)

XI. Schluß

Der Unterausschuß hat in bezug auf die von ihm behandelten Fragen des deutschen militärischen Zusammenbruchs 1918 keine Feststellungen getroffen, welche es rechtfertigen, nach irgendeiner Seite hin zu einem Schuldurteil zu gelangen[1]).

(*Mit Mehrheit angenommen.*)

[1]) Der S. 20, oben, erwähnte „zweite Teil" wird in Bd. 4 dieser Reihe veröffentlicht.

Minderheitsentschließung Eichhorn über die Ursachen des militärischen Zusammenbruchs im Jahre 1918

Der 4. Unterausschuß des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses hatte die Aufgabe, die Ursachen des militärischen Zusammenbruchs im Jahre 1918 festzustellen.

Da der Krieg nur eine besondere Erscheinungsform der allgemeinen Politik ist, durfte sich die Untersuchung nicht darauf beschränken, lediglich den *kriegstechnischen* Gründen für das Scheitern der militärischen Offensiven im Jahre 1918 nachzuforschen. Diese Beschränkung führt nur dazu, die letzten Ursachen des Zusammenbruchs zu verschleiern, die nicht so sehr in kriegstechnischen Fehlern, als in einem auf militärische Hierarchie gestützten und dem Interesse der Kapitalistenklasse dienendem System ungehemmter Machtpolitik beruhen.

Es steht fest, daß alle kapitalistischen Staaten sich auf militärische Gewaltpolitik eingestellt haben, um ihre wirtschaftliche und politische Macht zu erweitern, ihr Einflußgebiet zu vergrößern und andere konkurrierende Staaten zurückzudrängen oder unter ihre Botmäßigkeit zu bringen.

Auch der Krieg 1914—18 war ein Ausfluß dieser Gewaltpolitik. Der schließliche Zusammenbruch der deutschen Militärmacht im Jahre 1918 war nur eine Folge der Überspannung der Kriegsziele der O.H.L. und der Regierung; ein rechtzeitiger Abbruch des Krieges auf der Basis eines Verständigungsfriedens wurde von der O.H.L. verhindert.

Der Krieg war von *deutscher Seite von vornherein kein reiner Verteidigungskrieg.* Ganz offen trat diese Tatsache in Erscheinung schon im Jahre 1915 in den ungezügelten Annexionsforderungen der großen Wirtschaftsverbände, denen sich Vertreter der Wissenschaft und Wortführer großer bürgerlicher Parteien anschlossen. Diese Forderungen sind bis zum Zusammenbruch nicht aufgegeben worden, insbesondere hat sich die von Admiral v. Tirpitz geführte Vaterlandspartei unentwegt dafür eingesetzt, noch als der Zusammenbruch schon vor der Tür stand.

In der Regierung fanden diese Annexionsforderungen keinen Widerstand. Obwohl in allen offiziellen Reden der Regierungsvertreter das Wort vom Verteidigungskrieg wiederkehrte, ist von verantwortlichen Regierungsstellen niemals eine Erklärung gegen diese Annexionsforderungen abgegeben worden.

Die politischen Parteien und ihre Vertretungen im Reichstag schlossen sich fast ausnahmslos ebenfalls diesen Forderungen an. Selbst aus der Sozialdemo-

kratischen Partei kamen Stimmen, die sich für offene oder verschleierte Annexionen aussprachen.

Die O.H.L. war Schrittmacherin der Eroberungspolitik. Als eine starke Reichstagsmehrheit im Juli 1917 nach dreijähriger Kriegsdauer sich endlich zu einer bescheidenen Entschließung aufraffte, die auf einen Verständigungsfrieden abzielte, antwortete die O.H.L. mit der erneuten Forderung auf vollständige Annexion Belgiens (Kreuznacher Konferenz vom 9. August 1917).

Im Kronrat von Bellevue (11. September 1917) verlangte General Ludendorff die Wegnahme des französischen Erzbeckens und weiter belgischer Gebiete, sowie die einer völligen Annexion gleichkommende wirtschaftliche Angliederung und militärische Besetzung Belgiens. Im Osten richteten sich seine Annexionspläne auf Kurland und große Teile Polens.

Unter dem Druck der Kriegslage entschied sich der Kaiser für Verzicht auf Belgien. Die O.H.L. verlangte indessen von der Reichsregierung, daß dieser Verzicht nicht veröffentlicht werde.

Im Dezember 1917 erklärte die O.H.L., der Verzicht auf Belgien sei hinfällig geworden, da bis zum Schlusse des Jahres 1917 ein Frieden nicht zustandegekommen sei. Die Forderung von Kreuznach, also die Annexion von Belgien, müsse aufrechterhalten werden.

In der Linie dieser Eroberungspolitik lag der Friede von Brest-Litowsk, der wenige Monate später Rußland aufgezwungen wurde. Auch der unter dem Vorwand besserer Lebensmittelversorgung Deutschlands unternommene Einbruch in die Ukraine stellte sich als ein Akt der Eroberungspolitik dar. Die Lebensmittelzufuhr aus der Ukraine nach Deutschland war völlig bedeutungslos.

Die militärische Leitung hatte sich von vornherein mit Hilfe des Belagerungszustandes ein starkes Übergewicht über die politische Reichsleitung und die Zivilbehörden gesichert. Im Laufe der Zeit maßte sich die O.H.L. unumschränkte diktatorische Gewalt an. Auf ihr Verlangen erfolgte die Entlassung Bethmann Hollwegs und des Staatssekretärs Kühlmann; sie bestimmte, welche Männer in die Regierung zu berufen seien. Jeder in den Regierungsstellen etwa auftauchende Widerstand gegen die Eroberungspläne der O.H.L. wurde schonungslos unterdrückt. Das Auswärtige Amt war ausgeschaltet. Es konnte und durfte selbständig für die Herbeiführung eines Friedens nichts unternehmen. Die O.H.L. forderte entscheidenden Einfluß auf die Friedensverhandlungen.

Die Reichsregierung, der Reichstag und die Bevölkerung Deutschlands wurden von der O.H.L. systematisch über den wahren Stand der Kriegslage getäuscht. Presseäußerungen, die von den Instruktionen der O.H.L. abwichen, wurden rücksichtslos durch schärfste Zensurmaßnahmen unterdrückt. Gegner des Eroberungskrieges verfielen der polizeilichen und gerichtlichen Verfolgung; Befürworter eines Verständigungsfriedens wurden als Landesverräter behandelt. Oberst v. Haeften, der sich um einen Verständigungsfrieden bemühte, wurde als „Flaumacher" verdächtigt; das Kriegsministerium versuchte, ihn aus seiner Stellung zu entfernen.

Es wird mit Unrecht bestritten, daß Friedensmöglichkeiten bestanden hätten. Als die Russische Sowjetregierung im November 1917 die Hand zum Frieden

bot, wäre Gelegenheit zu einem allgemeinen Verständigungsfrieden gewesen, wenn die O.H.L. sich zu einem ehrlichen und vollständigen Verzicht auf Annexionen bereitgefunden hätte. Friedensmöglichkeiten haben auch später noch bestanden, wie das Gutachten des Sachverständigen Prof. Delbrücks nachweist. Aber für General Ludendorff war schon der Gedanke eines Verständigungsfriedens ein „Verbrechen". Bemühungen, die Oberst v. Haeften im März 1918 im Haag unternahm, um mit amerikanischen Kreisen zum Zwecke der Friedensförderung in Verbindung zu kommen, wurden von der O.H.L. der Reichsleitung unterschlagen.

So wurden alle Versuche, zu einem Verständigungsfrieden zu kommen, von der O.H.L. sabotiert, gleichzeitig aber erklärte sich General Ludendorff Vertrauten gegenüber mit einem Verständigungsfrieden einverstanden. Diese Doppelzüngigkeit ergab sich aus der Absicht der O.H.L., die Verantwortung für einen Verständigungsfrieden der Reichsregierung aufzubürden und sich selbst als die unentwegten heldenhaften Kämpfer für Deutschlands Größe hinzustellen.

Lehnte die O.H.L. ab, die Voraussetzungen für einen Verständigungsfrieden zu schaffen und sich für einen solchen einzusetzen, so blieb keine andere Alternative, als die gegnerischen Kriegsmächte so vollständig zu vernichten, daß ihnen ein Diktatfriede aufgezwungen werden konnte.

Der O.H.L. mußte bei pflichtgemäßer Würdigung der Sachlage klar sein, daß es, angesichts der völligen Erschöpfung der Heimat und Front nach vierjährigem Kriege, außer dem Bereich der Möglichkeit lag, den durch Truppenzuzug stetig wachsenden und durch die deutschen Kriegsziele aufs äußerste aufgepeitschten Widerstand der gegnerischen Mächte zu brechen.

Statt dies einzusehen und die einzig mögliche Schlußfolgerung zu ziehen — rechtzeitiges Friedensangebot unter Verzicht auf Eroberungen —, spekulierte die O.H.L. auf einen Zufallssieg und führte den Krieg auch dann noch fort, als sie selbst bekannte, daß eine für Deutschland günstige Entscheidung durch die Waffen nicht mehr herbeigeführt werden könne. Tausende von Soldaten wurden durch diesen verbrecherischen Unfehlbarkeitsdünkel der O.H.L. frivol in den Tod getrieben.

Das Schlußurteil kann demnach nur lauten:

Neben den bis Ende 1917 von Reichsregierung und Reichstag gebilligten und später in selbstverschuldeter Ohnmacht gegenüber der O.H.L. geduldeten Annexionskriegszielen trägt die O.H.L. die Hauptschuld am Zusammenbruch Deutschlands.

Minderheitsentschließung Dittmann, Dr. Moses, Dr. Quessel über die Ursachen des militärischen Zusammenbruchs 1918

I

Die Untersuchungen des 4. Unterausschusses betreffend die Ursachen des deutschen Zusammenbruchs im Jahre 1918 haben ergeben, daß das ungeheuerliche *Annexionsprogramm*, das die sechs großen Unternehmerverbände der Industrie und der Landwirtschaft (Zentralverband der Industriellen, Bund der Industriellen, Mittelstandsverband, Bund der Landwirte, Deutscher Bauernbund, Christliche Bauernvereine) im Mai 1915 der Reichsregierung unterbreiteten, auch im Jahre 1918 noch das politische Denken der O.H.L. beherrschte. Belgien in möglichst starke militärische und politische Abhängigkeit von Deutschland zu bringen, war noch immer das Kriegsziel der kaiserlichen Heerführer. Auch die Absicht, das an Belgien grenzende Küstengebiet bis etwa zur Somme mit Hinterland und die Erzgebiete von Briey zu annektieren, war von der Mehrzahl der kaiserlichen Generale noch nicht aufgegeben worden.

Noch unheilvoller für das deutsche Volk als die westlichen Annexionspläne war der Frieden, der im Osten unter starkem Druck der O.H.L. der Russischen Sowjetrepublik brutal aufgezwungen worden war. Polen, Litauen, Lettland und Kurland waren von Rußland losgelöst worden, um sie mit militärischer Gewalt unter deutsche Oberhoheit zu bringen, wobei neben dem imperialistischen Ziel, Deutschlands Hegemonie über Osteuropa zu errichten, auch dynastische Absichten eine große Rolle spielten. Besonders verhängnisvoll sowohl in politischer als auch in militärischer Hinsicht war der Umstand, daß nach der Unterzeichnung des Friedens von Brest-Litowsk kein wirklicher Friedenszustand im Osten eintrat, sondern Rußland im Norden bis zur Düna, im Süden bis zu den östlichen Grenzen der Ukraine von deutschen Truppen besetzt blieb.

II

Die Untersuchung hat klargestellt, daß nach der gesamten wirtschaftlichen Lage Deutschlands, die die Bevölkerung der Städte und industriellen Ortschaften zu einer furchtbaren Unterernährung zwang, sowie angesichts der durch das Hungerdasein von Frauen und Kindern stark erschütterten Kampf-

kraft der Truppen der letzte große Schlag nur gewagt werden durfte *mit freiem Rücken nach Osten*, d. h. auf Grund eines Friedensvertrages mit Rußland, der nur geringfügige Grenzkorrektionen vorsah und im übrigen den besetzten Gebieten Rußlands ihre volle Freiheit wiedergab. Eine weitere politische Voraussetzung für einen Erfolg der Offensive im Sinne der Herbeiführung eines Verständigungsfriedens mit den Westmächten war die Preisgabe aller Annexionsabsichten im Westen, insbesondere der offene Verzicht Deutschlands auf Belgien. Selbst bei einem Mißlingen der Offensive wäre unter diesen beiden politischen Voraussetzungen (Verständigungsfrieden im Osten und Freigabe Belgiens) noch ein erträglicher Frieden möglich gewesen, weil es dann den feindlichen Regierungen sehr schwer gewesen wäre, mit ihren kriegsmüden Truppen, die nach dem Zeugnis französischer Militärs nur noch im „Schatten der Tanks" zum Angriff vorwärtszubringen waren, den Kampf länger fortzusetzen.

III

Die Untersuchungen des Unterausschusses haben ferner den Beweis erbracht, daß die Haupthindernisse für die Verwirklichung jener beiden politischen Voraussetzungen General Ludendorff und Generalfeldmarschall v. Hindenburg waren. Beide erstrebten, im Banne des obenerwähnten Annexionsprogramms der großen Wirtschaftsverbände stehend, eine wirtschaftliche Angliederung Belgiens an Deutschland, wozu sie eine mehrjährige Besetzung der belgischen Gebiete nach dem Friedensschluß als unumgänglich ansahen. Generalfeldmarschall v. Hindenburg sah außerdem in der dauernden militärischen Besetzung Lüttichs eine Notwendigkeit. Wie hartnäckig die beiden Heerführer an ihren Forderungen festhielten, zeigen die Bekundungen des Generals Hoffmann, wonach Ludendorff vom Kaiser seine (Hoffmanns) Entlassung gefordert habe, weil er sich für einen Verständigungsfrieden mit Rußland und für die Freigabe Belgiens als den einzigen Weg zur Rettung Deutschlands eingesetzt hatte.

IV

Was die militärische Vorbereitung der Offensive anbelangt, so macht sich der Unterausschuß hier das Urteil derjenigen militärischen Sachverständigen zu eigen, die sowohl in der Tagespresse als auch in Büchern und Broschüren die Ansicht vertreten haben, daß der mangelnde Abbau der Ostfront, der Verzicht auf die angebotene Heranziehung österreichisch-ungarischer Truppen, die Unterlassung der Herstellung starker Stellungen für den Fall eines Mißerfolges der Offensive und der Verzicht auf den Bau von Tanks für den Angriff wie für die Abwehr 1918 *schwere Verfehlungen* des Generalfeldmarschalls v. Hindenburg und seines Generalquartiermeisters darstellen, denen es zuzuschreiben ist, daß der Mißerfolg der Offensive sich zu einer Katastrophe des deutschen Heeres auswuchs

B

Verhandlungsbericht[1)]

[1)] Vgl. dazu „A Entschließungen“ oben S. 15 und „C Gutachten“ Bd. 2, S. 1.

Der Verhandlungsbericht zerfällt in:

Vorbericht . . . . . 35—42
Sitzungsberichte . . . . . 43—499

Vorbericht

Auf Grund des Artikels 34 der Reichsverfassung wurde gemäß einem Antrage des 8. (Verfassungs-) Ausschusses (Drucksache 946) durch die Verfassunggebende Deutsche Nationalversammlung in deren 84. Sitzung am 20. August 1919 ein Untersuchungsausschuß von 28 Mitgliedern eingesetzt zur Feststellung:

1. welche Vorgänge zum Ausbruch des Krieges geführt, seine Verlängerung veranlaßt und seinen Verlust herbeigeführt haben, insbesondere·
2. welche Möglichkeiten sich im Verlauf des Krieges geboten haben, zu Friedensbesprechungen zu gelangen, und ob solche Möglichkeiten ohne die erforderliche Sorgfalt behandelt worden sind;
3. ob im Verkehr der politischen Stellen der Reichsleitung unter sich, zwischen der politischen und militärischen Leitung und mit der Volksvertretung oder deren Vertrauensmännern Treue und Glauben gewahrt worden sind;
4. ob in der militärischen und wirtschaftlichen Kriegführung Maßnahmen angeordnet oder geduldet worden sind, die Vorschriften des Völkerrechts verletzt haben oder über die militärische und wirtschaftliche Notwendigkeit hinaus grausam und hart waren.

Dieser trat als 15. (Untersuchungs-) Ausschuß der Verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung am 21. August 1919 erstmals zusammen und beschloß in seiner 2. Sitzung am 30. September 1919, die ihm zugewiesenen Aufgaben auf 4 Unterausschüsse zu verteilen. Dem Antrage des Ausschusses vom 14. Oktober 1919 (Drucksache Nr. 1187) entsprechend genehmigte die Verfassunggebende Deutsche Nationalversammlung in der 100. Sitzung am 16. Oktober 1919 die Einsetzung der geplanten Unterausschüsse.

Entsprechend diesem Beschlusse wurde vom 15. Ausschusse dem aus diesem zu bildenden 4. Unterausschusse folgende Aufgabe gestellt:

> „Aufklärung über die wirtschaftlichen Kriegsmaßnahmen an der Front, im besetzten Gebiete, die völkerrechtswidrig waren oder deren Durchführung, ohne einen besonderen militärischen oder wirtschaftlichen Vorteil zu versprechen, eine für die betreffende Bevölkerung und deren Land nicht zu rechtfertigende Härte mit sich bringen mußte."

Der 4. Unterausschuß wurde am 2. Oktober 1919 mit folgender Besetzung: Kahmann [S.P.D.], Dr. Meerfeld [S.P.D.], Landsberg [S.P.D.], Diez [Z.], Schwarz (Hessen) [Z.], Dr. Philipp [D.N.V.] gebildet und wählte zum Vorsitzenden den Abg. Landsberg. An dessen Stelle trat am 15. März 1920 der Abg. Katzenstein[1]). Infolge der Auflösung der Verfassunggebenden Deutschen

[1]) Das weitere über die Änderungen im Mitgliederstand des Unterausschusses ist mitgeteilt in der „Tafel der Mitglieder", zwischen S. 12 u. 13.

Nationalversammlung am 21. Mai 1920 wurden die Arbeiten des Untersuchungsausschusses abgebrochen. Nach der Wahl des Reichstags (1920—24) am 6. Juni 1920 wurde aber in der 7. Sitzung am 3. Juli 1920 ein neuer Untersuchungsausschuß eingesetzt, und die begonnenen Arbeiten wurden in der bisherigen Weise wiederum 4 Unterausschüssen zugewiesen.

Der neue 12. (Untersuchungs-) Ausschuß bildete sich am 27. Juli 1920; der neue 4. Unterausschuß trat am 24. November 1920 erstmals zusammen und wählte zum Vorsitzenden den Abg. D. Dr. Kahl. Auch in dem Reichstag 1920—24 kamen die Arbeiten des 4. Unterausschusses zu keinem Abschluß. Die Auflösung des Reichstags am 13. März 1924 zwang zu deren vorzeitigem Abbruch. Ihre Wiederaufnahme wurde aber, wie die der Arbeiten des 1. und 3. Unterausschusses, von dem neuen Reichstage (1924) in der 18. Sitzung am 25. Juli 1924 beschlossen. Am 30. August 1924 wurde der Gesamtausschuß als 19. (Untersuchungs-) Ausschuß neu gebildet und dessen Mitglieder wie vordem auf die Unterausschüsse verteilt. Wegen der Auflösung dieses „kurzen" Reichstags am 20. Oktober 1924 kam es nicht mehr zur Bildung des 4. Unterausschusses.

Nach der Neuwahl des Reichstags am 6. Dezember 1924 wurde wiederum der Antrag auf Einsetzung des Untersuchungsausschusses mit denselben Aufgaben wie das letzte Mal gestellt und in der 5. Sitzung des Reichstags am 14. Januar 1925 angenommen. Demzufolge wurde am 21. Januar 1925 der 4. Unterausschuß neu gebildet. Er wählte zum Vorsitzenden den Abg. Dr. Philipp.

Gemäß dem Arbeitsplane des Untersuchungsausschusses (Drucksache Nr. 2 des 15. Ausschusses der Verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung) war diesem die Aufgabe gestellt, die Untersuchung auf die Beantwortung „bestimmter Fragen" zu richten. Es wurde ausdrücklich als „verfehlt" bezeichnet, wenn der Untersuchungsausschuß versuchen würde, „in chronologischem Zusammenhang eine umfassende wissenschaftliche Untersuchung aller Geschehnisse vorzunehmen". Es wurde eine „Enquete", nicht eine wissenschaftliche Abhandlung gefordert. Die Feststellung der Fragen und die Reihenfolge ihrer Beantwortung sollte nach politischen Gesichtspunkten erfolgen, da das Volk ein Recht darauf habe, „bestimmte Fragen zu klären, um die sich das politische Interesse gruppiert". War mit dieser Aufgabe des Untersuchungsausschusses dessen Tätigkeit eindeutig als eine politische gekennzeichnet, so sollte doch bei der Untersuchung mit wissenschaftlicher Gründlichkeit vorgegangen werden. Der Arbeitsplan des Untersuchungsausschusses forderte die Behandlung der gestellten Fragen „in leidenschaftsloser Sachlichkeit und in erschöpfender Ermittlung des gesamten, den ursächlichen Zusammenhang der Dinge erweisenden Tatbestandes, soweit dafür in Deutschland die Voraussetzungen gegeben sind".

Die Aufgabe des Untersuchungsausschusses und seiner Unterausschüsse war durch diese „Richtlinien" auf eine breite Grundlage gestellt, die, wenn man in absehbarer Zeit zu greifbaren Ergebnissen der Untersuchung kommen wollte, einer gewissen Einschränkung bedurfte. Außerdem mußte verhindert werden, daß die Arbeiten der einzelnen Unterausschüsse ineinander übergriffen. Diese

Gefahr bestand zuerst besonders für den 3. und 4. Unterausschuß. Der erstere sollte Aufklärung bringen über „kriegerische Maßnahmen, die völkerrechtlich verboten waren oder, ohne daß sie völkerrechtlich verboten waren, doch unverhältnismäßig grausam oder hart waren". Es lag auf der Hand, daß die Untersuchung dieser Dinge sich eng mit der vom 4. Unterausschusse verlangten Untersuchung der wirtschaftlichen Kriegsmaßnahmen im Feindesland berühren mußte. Deswegen wurde zufolge eines Beschlusses des 4. Unterausschusses vom 14. Oktober 1919 eine neue Abgrenzung der Arbeiten des 3. und 4. Unterausschusses vorgenommen. In der Sitzung des letzteren vom 24. Oktober 1919 wurde der Arbeitsplan dahin bestimmt, daß die Vorgänge in Belgien vom 4. Unterausschusse untersucht werden, die im übrigen Kriegsgebiete aber dem 3. Unterausschusse besonders vorbehalten sein sollten. Aus den Vorgängen in Belgien wurden folgende herausgegriffen:

1. Der Franktireurkrieg.
2. a) Zerstörung von Ortschaften usw., Erschießung von Zivilpersonen z. B. in Tamines, Dinant, Aerchot.
   b) Schädigung der belgischen Industrie und des belgischen Wirtschaftslebens.
3. Kontributionen.
4. Spionageprozesse.
5. Abtransport belgischer Zivilbevölkerung.
6. Verletzung der Haager Akte durch willkürliches Vorgehen gegen die Organisation der belgischen Zivilbehörden, Aufteilung in zwei Verwaltungsgebiete, Flamenpolitik usw.

Aber auch jetzt kamen die Arbeiten des 4. Unterausschusses noch nicht in Fluß. Es stellte sich bald heraus, daß die zwischen dem 3. und 4. Unterausschuß getroffene Trennung der Arbeiten nach räumlichen Gesichtspunkten nicht aufrechterhalten werden konnte, da hier wie dort die gleichen Fragen des internationalen Rechtes zur Erörterung kommen mußten. Infolgedessen wurde beschlossen, alle Fragen betreffend Völkerrechtsverletzungen dem 3. Unterausschuß zu überweisen und dem 4. Unterausschuß die neue Aufgabe zu stellen, die Vorgänge während des letzten Halbjahres des Krieges zu untersuchen. Auf Anregung des neugewählten Vorsitzenden Abg. Katzenstein einigte sich daraufhin der 4. Unterausschuß in der Sitzung vom 8. März 1920, seine Untersuchungen künftig innerhalb des gesteckten Zieles insbesondere zu erstrecken auf:

a) die militärischen Machtverhältnisse;
b) das Verhältnis zwischen Vorgesetzten und Mannschaften;
c) die Einwirkungen der Mißstände in der Heimat auf Armee und Marine;
d) die Einflüsse der revolutionären Propaganda.

In einer weiteren Sitzung vom 10. März 1920 wurde noch beschlossen, neben den Einflüssen der revolutionären Propaganda auch die Wirkungen der annexionistischen Propaganda in das Bereich der Untersuchungen zu ziehen und dafür besondere Berichterstatter zu bestellen. An dieser Arbeitseinteilung wurde in der Folge im wesentlichen festgehalten.

Die endgültige Formulierung der durch die Untersuchungen zu beantworten-

den Fragen fand aber erst durch den 4. Unterausschuß des 1920 gewählten Reichstags statt. In der Sitzung vom 30. November 1920 beschloß der 4. Unterausschuß für seine Arbeiten folgende Einteilung:

1. Hauptteil: Entstehung, Durchführung und Zusammenbruch der Offensiven im Jahre 1918. (Berichterstatter Abg. Dr. *Deermann.*)
2. Hauptteil: Sind Rückschläge in den Kampfhandlungen des Jahres 1918 auch auf Mißstände im Heere zurückzuführen? (Berichterstatter Abg. *Hellmann.*)
3. Hauptteil: Wirtschaftliche, soziale und sittliche Mißstände in der Heimat und ihre Rückwirkung auf Heer und Marine. (Berichterstatter Abg. *Kaiser.*)

Dazu trat zufolge eines Beschlusses des 4. Unterausschusses vom 12. Dezember 1920:

4. Hauptteil:
   a) Haben innerpolitische Vorgänge die Widerstandskraft von Front und Heimat benachteiligt? (Berichterstatter Abg. *Henke.*)
   b) Wieweit haben die propagandistischen Einwirkungen (revolutionäre und annexionistische) zersetzend gewirkt? (Berichterstatter Abg. Dr. *Philipp.*)

Auf Grund dieser Arbeitseinteilung wurden Anfang 1921 für die einzelnen Fragen die erwähnten Berichterstatter des Ausschusses und außerdem Sachverständige für die Abgabe von Gutachten bestellt.

General ***v. Kuhl*** erhielt den Auftrag, die militärischen Grundlagen der Offensiven im Jahre 1918 zu prüfen; Oberst ***Schwertfeger*** sollte die Frage der politischen Verantwortlichkeit für die Maßnahmen der O.H.L. und der Reichsregierung in der letzten Zeit des Krieges untersuchen. Die Gutachten beider Sachverständiger wurden als Grundlage für die Untersuchungen innerhalb des ersten Aufgabenkreises des 4. Unterausschusses in Aussicht genommen.

Zum Sachverständigen für die Hauptteile 2 und 3 der Untersuchungen wurde der Vorsitzende des vorangegangenen Unterausschusses Schriftsteller Simon ***Katzenstein*** bestellt; die Frage der Gutachten über den 4. Hauptteil der Untersuchungen blieb hingegen zunächst offen. Das Korreferat für alle Gutachten wurde Geheimrat Prof. Dr. ***Delbrück*** übertragen.

Die erste Hälfte der Gutachten der Sachverständigen Oberst Schwertfeger, General v. Kuhl und Katzenstein kam am 24. und 25. Juni 1921 mündlich zum Vortrag. Diese Berichte der Sachverständigen wurden am 19. November 1921 fortgesetzt und nach Entgegennahme der Korreferate des Sachverständigen Geheimrat Prof. Dr. Delbrück in der Sitzung vom 13. Juli 1922 für die Veröffentlichung fertiggestellt. Zufolge des Beschlusses des Unterausschusses vom 15. Juli 1922 erschienen im Herbst desselben Jahres als Drucksache des Reichstags 3 Hefte mit den ersten Teilen der Gutachten von Oberst Schwertfeger, General v. Kuhl und Geheimrat Prof. Dr. Delbrück. Herausgegeben vom Vorsitzenden des 4. Unterausschusses D. Dr. Kahl[1]).

[1]) „Ursachen des Zusammenbruchs; Entstehung, Durchführung und Zusammenbruch der Offensive von 1918." Verlag Reimar Hobbing, Berlin.

In den folgenden Monaten war es dem Unterausschuß nicht möglich, mit seinen Arbeiten vorwärts zu kommen, da die Arbeiten der Sachverständigen noch nicht abgeschlossen waren. In einer Sitzung am 27. Januar 1923 erklärte der Sachverständige Katzenstein, daß seine Arbeiten sich bisher nur auf die „Mißstände im Heer" beschränkt hätten, er die „Zustände in der Heimat" aber noch nicht untersucht habe. Sein Bericht fand am 9. und 10. Juli 1923 statt[1]) und rollte eine unübersehbare Menge von Fragen auf, die neuen Stoff für jahrelange Untersuchungen zum 2. und 3. Hauptteil der Arbeiten des Unterausschusses boten.

Die Untersuchungen des 4. Fragenkreises betreffend die Wirkungen der revolutionären und annexionistischen Propaganda wurden zunächst zurückgestellt.

Infolge der in der Natur seiner Aufgabe liegenden Schwierigkeiten hat sich im Jahre 1923 der Unterausschuß im wesentlichen darauf beschränkt, den 1. Hauptteil seiner Untersuchungen, betreffend die Frage des militärischen Zusammenbruchs, zu fördern. Nach Fertigstellung der Gutachten der Sachverständigen erstattete darüber der Abg. Dr. Deermann in der Sitzung vom 21. März 1923 erstmalig Bericht; dabei zeigte sich, daß die Aussicht, zu positiven Ergebnissen der Untersuchungen zu kommen, äußerst gering war, wenn es nicht gelang, bestimmte Sätze aufzustellen, die dem Unterausschusse zur Nachprüfung bzw. zur Beschlußfassung vorgelegt werden konnten.

Eine zweite Schwierigkeit für den Fortgang der Arbeiten bildete die Frage, ob der Ausschuß Vernehmungen anstellen müsse. An sich lag es im Wesen des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses, daß er nötigenfalls auf dem Wege der öffentlichen eidlichen Vernehmungen die Wahrheit zu finden versuchte. Wollte der 4. Unterausschuß den Weg der Vernehmungen beschreiten, so war insbesondere, was die Frage der Mißstände in Heer und Heimat betraf, mit der Vorladung und freiwilligen Meldung einer unverhältnismäßig großen Anzahl von Auskunftspersonen zu rechnen. Der Unterausschuß nahm daher nach eingehender Beratung von diesem Verfahren als unausführbar Abstand. Dagegen haben die Sachverständigen durch Anfragen bei einzelnen Persönlichkeiten, Sammeln von Briefen, Versendung von Fragebogen das urkundlich und gedruckt vorliegende Material an den für sie wesentlichen Punkten erfolgreich ergänzt. Der Unterausschuß sah in diesem Verfahren im allgemeinen einen ausreichenden Ersatz für öffentliche Vernehmungen. Solche konnten aber in Frage kommen

---

Heft 1: Gutachten des Obersten a. D. Schwertfeger: Die Frage der politisch-militärischen Verantwortlichkeit. 1. Teil: Bis zum Beginn der Offensive von 1918 (21. März 1918). 152 Seiten.

Heft 2: Gutachten des Generals d. Inf. a. D. v. Kuhl: Die militärischen Grundlagen der deutschen Offensive im Jahre 1918. 86 Seiten.

Heft 3: Gutachten des Geheimrat Prof. Hans Delbrück: 1. Die Offensive im Jahre 1918. 2. Ausführungen im Anschluß an das Gutachten des Herrn Obersten Schwertfeger. 30 Seiten.

Reichstag — 12. Ausschuß. Beilage zu den stenographischen Berichten über die öffentlichen Verhandlungen des Untersuchungsausschusses (4. Unterausschuß).

[1]) Vgl. Verhandlungsbericht, S. 76 u. 84.

für die leitenden verantwortlichen Persönlichkeiten des amtlichen Deutschlands von 1918, insbesondere für die Männer der früheren O.H.L., da die Untersuchungen des Unterausschusses über den militärischen Zusammenbruch schließlich nach irgendeiner Richtung auf die Feststellung hinausliefen, ob über das Verhalten der früheren O.H.L. ein Schuldurteil zu fällen sei. Doch auch hinsichtlich dieser Persönlichkeiten wurden Vernehmungen für entbehrlich gehalten, nachdem die Sachverständigen übereinstimmend das gedruckte und urkundliche Material zur Beurteilung der Handlungen der früheren O.H.L. für ausreichend erklärt hatten. Der Vorschlag, den Leitern der früheren O.H.L. die fertigen Gutachten der Sachverständigen zur Kenntnisnahme und Äußerung vorzulegen, fand gleichfalls zunächst keine Annahme[1]).

Im Hinblick auf die im Jahre 1924 fällige Neuwahl des Reichstags bemühte sich Ende 1923 der Unterausschuß, nunmehr auch an den 4. Hauptteil seiner Arbeiten heranzugehen. Der Einfachheit halber wurde der zu behandelnde Fragenkreis unter den Begriff „Dolchstoßfrage" zusammengefaßt. In der Sitzung vom 28. November 1923 erhielten die Sachverständigen General v. Kuhl, Oberst Schwertfeger, Amtsgerichtsrat Dr. Herz, Geheimrat Prof. Dr. Delbrück und Herr Katzenstein den Auftrag, Gutachten über die Dolchstoßfrage vorzulegen, und der Abg. Dr. Philipp wurde erneut mit der Berichterstattung darüber betraut[2]).

Anfang Januar 1924 zwang der nahende Schluß des Reichstags und damit das mutmaßliche Ende des Untersuchungsausschusses zu schleunigem Abschluß der Arbeiten. Der 4. Unterausschuß widmete in der Folge seine ganze Kraft den Fragen des militärischen Zusammenbruchs. Um bei deren Untersuchung vorwärts zu kommen und wenn möglich noch die „Dolchstoßfrage" zu behandeln, schied in der Sitzung vom 22. Januar 1924 auf Grund eines Antrages des damaligen Vorsitzenden Abg. D. Dr. Kahl der Unterausschuß die weitere Bearbeitung der in Hauptteil 2 und 3 angeschnittenen Fragen betr. die Mißstände in Armee und Heimat aus seinen Arbeiten durch einstimmigen Beschluß aus. Dem Unterausschusse gelang es nun in einer Anzahl Sitzungen seine Arbeiten betr. den militärischen Zusammenbruch und die Dolchstoßfrage so weit zu fördern, daß er am 19. Februar 1924 die Berichterstatter mit der Abfassung von Thesen betrauen konnte, die der Beschlußfassung des Ausschusses zugrunde gelegt werden sollten. Die plötzliche Auflösung des Reichstags am 13. März 1924 machte eine Stellungnahme des Unterausschusses zu den Thesen der beiden nunmehr alleinigen Berichterstatter Dr. Deermann und Dr. Philipp über die Frage des militärischen Zusammenbruchs und über die Dolchstoßfrage nicht mehr möglich.

Über die Verhandlungen im einzelnen seit 13. Juli 1922 und der Abschluß des ersten Teiles der Arbeiten des 4. Unterausschusses unterrichten die folgenden Sitzungsberichte.

Albrecht Philipp
Vorsitzender des 4. Unterausschusses

[1]) Über die spätere Annahme des wieder eingebrachten Antrages s. u. S. 299.
[2]) Vgl. o. S. 40, 4, b.

Sitzungsberichte

Sitzung, Donnerstag, den 13. Juli 1922

Erste Aussprache über das Korreferat des Sachverständigen Geheimrat Prof. Dr. Delbrück zu den ersten Teilen der Gutachten der Sachverständigen Oberst a. D. Schwertfeger und General d. Inf. v. Kuhl

Sachverständiger *v. Kuhl:* Herr Geheimrat Prof. Dr. Delbrück hat ein Korreferat abgegeben, aber vielfach über Dinge, über die ich selbst ein Referat noch nicht erstattet habe. Die Lage wäre jetzt eigentlich umgedreht, da ich genötigt wäre, ein Gegengutachten zu dem Gutachten des Herrn Geheimrats zu geben. Ich persönlich hatte mir mit Genehmigung des Herrn Vorsitzenden die Aufgabe gesetzt, die militärische Grundlage der Offensive zu erörtern, um darzulegen, ob die Offensive überhaupt möglich war. Als zweiter Teil käme dann die Durchführung der Offensive. Das Gutachten des Herrn Geheimrats bezieht sich aber nun großenteils auf die Durchführung der Offensive, wozu ich mich noch gar nicht geäußert habe.

Zur Sache selbst möchte ich aber doch einiges — vorbehaltlich einer ausführlichen Behandlung in dem noch von mir abzugebenden Gutachten — sagen. Ich stehe grundsätzlich auf einem anderen Standpunkt als der Herr Korreferent. Ich stehe auf dem Standpunkt, daß wir mit *Teilschlägen* nichts erreicht hätten, sondern daß der Standpunkt Ludendorffs richtig war, einfach zu sagen: wir wollen siegen. Ob *Clausewitz* hier und da zu diesem Ausspruch sich anders geäußert hat, würde nicht in Betracht kommen. Ich stehe auf dem Standpunkt, daß wir nicht alles, was wir getan haben, aus Sätzen von Clausewitz belegen müssen, sondern es handelt sich lediglich darum, ob die militärische Lage so war, daß wir so handeln konnten oder nicht. Ich bin auch der Ansicht, daß der Feind nicht auf eine Verständigung im Frühjahr 1918 eingegangen wäre. Von Lloyd George war uns bekannt, daß er immer schon dazu neigte, den Schwerpunkt der englischen Operationen nach dem Orient zu verlegen. Das änderte aber nichts daran, daß die Entente im übrigen doch erkannt hatte, wo der Schwerpunkt lag. Lloyd George war und ebenso die Franzosen waren nur der Ansicht, daß es im Westen *noch nicht soweit* sei. Die Operationspläne des Marschalls *Pétain* sind uns ja völlig bekannt. Die Entente stand auf dem Standpunkt, im Sommer 1918 kommen die *Amerikaner.* Das französische Material, insbesondere die schwere Artillerie, mit der sie sehr im Rückstande waren, war noch lange nicht soweit. Vor allem sollten auch die *Tanks,* die sie in außerordentlich hoher Zahl in Bestellung gegeben hatten, erst im Sommer 1918 fertig sein. Die Entente hat sich also sorgfältig überlegt, daß der Umschwung in der

Kriegslage 1918 kommen müsse und wollte bis dahin ihre Offensive verschieben. Sie wußte ganz genau, daß wir aus dem Osten unsere Kräfte heranzogen und erwartete mit Sicherheit unsere Offensive im Frühjahr. Man muß sagen, daß, wenn auch der Feind unbedingt der Ansicht war, daß wir angreifen würden, dies auch das Richtige war. Clemenceau ist, glaube ich, doch anders zu taxieren, als es eben dargestellt worden ist.

(Widerspruch des Prof. Dr. Delbrück.)

Clemenceau hat in jenen Tagen gesagt: Ich kämpfe vor Paris, in Paris und hinter Paris. Es ist völlig klar, was er wollte, nämlich die *Vernichtung* Deutschlands. Ebenso war es das Programm Frankreichs, Elsaß-Lothringen wiederzugewinnen. Wenn damals ein Unterhändler gesagt hat, es handle sich nur um die Selbständigkeit Elsaß-Lothringens, so war das, glaube ich, kaum ehrlich gemeint.

Wie die militärische Lage war, *war nach meiner Ansicht die Absicht von Ludendorff richtig, den Feind zu schlagen.*

Ich habe in meinem Gutachten untersuchen wollen, wie die Grundlage im einzelnen war, ob wir uns verteidigen oder ob wir angreifen sollten. Man war sich im ganzen Heere darüber klar, daß die Verteidigung auf die Dauer nicht durchzuführen war. Die furchtbaren Abwehrschlachten gingen auf die Nerven und verbrauchten Ungeheures an Material und Menschen. Wenn wir warteten, bis die Franzosen mit ihrem Material, mit ihren Tanks, der schweren Artillerie fertig würden und bis die Amerikaner kamen, wäre die Verteidigung nicht mehr durchzuführen gewesen. Es blieb also nur der Angriff.

Ich habe nun die Grundlagen des Angriffs entwickelt und darf mich da auf mein Gutachten berufen. Es kann sich jeder danach ein Bild machen. Es ist natürlich manches damals schwierig gewesen. Wir waren nach meiner Ansicht stark genug, nachdem wir die Verstärkung aus dem Osten herangezogen hatten. Die Frage, ob wir genug aus dem Osten herangezogen hatten, habe ich eingehend erörtert. Ich möchte nur noch einmal bemerken, daß wir aus der Ukraine Kampftruppen nicht herausziehen konnten.

Bezüglich der *Österreicher* wurde auch dargelegt, wir hätten von ihnen noch etwas Unterstützung bekommen können. Das war aber immerhin eine zweifelhafte Hilfe.

Was die *Ersatzlage* angeht, so war sie gewiß schwierig, und wir mußten damit rechnen, daß wir im Sommer oder Herbst zu Ende waren. Ich habe daraus den umgekehrten Schluß gezogen und gesagt, wenn wir wissen, daß wir im Herbst mit dem Ersatz zu Ende sind, kann uns ein Verteidigungskrieg nicht zum Ziele führen, sondern dann mußten wir zum Angriff die Zeit ausnutzen. Mit Waffen und Gerät waren wir genügend ausgerüstet. Die Tankfrage war schwierig. Hier sind wir zweifellos etwas ins Hintertreffen geraten.

Im ganzen bin ich zum Ergebnis gekommen, daß unsere Offensive *durchführbar* war. Die ganze Ausführung der Offensive soll in einem zweiten Teil erörtert werden.

Nun habe ich zu einzelnen Punkten, die in dieser Beziehung eben schon vorgreifend vom Herrn Korreferenten erörtert worden sind, einiges hinzuzusetzen.

Der Herr Korreferent hat dem General Ludendorff zum Vorwurf gemacht, daß er seinerzeit den Abschied habe nehmen und damit eine Entscheidung in einer bestimmten Richtung habe herbeiführen wollen. Ähnliche Fälle sind auch anderwärts vorgekommen. Moltke hat auch einmal im Kriege seinen Abschied nehmen wollen, weil nicht nach seinem Sinne gehandelt wurde. Er hat es allerdings nachher nicht getan, hatte aber sein Abschiedsgesuch bereits geschrieben, hat es dann liegenlassen, es nach ein paar Tagen wieder herausgenommen und schließlich fallen lassen; denn Moltke war eine verbindliche Natur. Die Lage war damals auch nicht so kritisch, wie sie unter Ludendorff war, wir waren damals die Sieger. Natürlich war es 1918 schwer, mit Sicherheit zu sagen, ob wir, wenn man die Offensive unternahm, auch siegen würden. Obwohl manches bei uns nicht zum besten bestellt war, mußten wir den Angriff unbedingt wagen. Der Feind hat es auch als sicher angenommen, daß wir angreifen würden. Den Ausgang weiß im Kriege niemand. Ich erinnere daran, daß Napoleon im Februar 1814 mit seiner Handvoll Leuten um ein Haar erreicht hätte, daß die gesamten Verbündeten wieder über den Rhein zurückgegangen wären. Es hing an einem seidenen Faden.

Dann hat der Herr Korreferent über die Märzoffensive gesprochen. Ich möchte dazu, obwohl ich, wie gesagt, mein Gutachten darüber noch nicht abgegeben habe, doch einiges bemerken, weil ich nicht möchte, daß es unwidersprochen bleiben soll. Es ist dem General Ludendorff vorgeworfen worden, er hätte nur taktisch gedacht, er hätte eine Stelle zum Angriff ausgewählt, wo man *nur taktische* Erfolge hätte erreichen können, wo aber nicht sicher war, daß ein großer operativer Erfolg, eine Ausbeutung in operativer Richtung möglich war. Ludendorff hat allerdings immer gesagt, wir müssen an einer Stelle angreifen, wo wir durchkommen. Denn sonst nütze uns die ganze Offensive nichts. Darin hatte er recht. Man mußte mit der taktischen aber natürlich auch die *operative* Absicht verbinden und so angreifen, daß man nachher eine Ausbeutung des Erfolges in operativer Richtung erzielen konnte. Das ist damals von uns auch reichlich besprochen worden. Ich persönlich, wie schon bemerkt wurde, bin damals für eine andere Angriffsrichtung gewesen. Aber der Beschluß zum Angriff in St. Quentin ist gefaßt worden, weil man dabei nicht bloß einen taktischen Erfolg erzielen wollte, sondern weil man eine *große operative Idee* im Auge hatte. Eingehend ist damals auch zwischen Ludendorff und mir erörtert worden, daß wir an der Naht der Engländer und Franzosen angriffen. Gerade darauf ist Gewicht gelegt worden. Wir wußten — das ist in unseren Denkschriften aus der Zeit ausführlich auseinandergesetzt worden —, daß die Engländer ihre Massen auf ihrem äußersten linken Flügel in Flandern hatten, weil sie sich unter keinen Umständen von dem Kanal abdrängen lassen wollten. Die Franzosen haben, wie aus allen Erörterungen jetzt hervorgeht, das natürliche Bestreben gehabt, Paris zu decken. Das war eine Sache, wie sie bei einer Koalition überall vorkommt, wie sie schon 1796 in Oberitalien sich ereignete. Man hat gesagt, wir hätten an der Naht nicht angreifen dürfen, weil dann Engländer und Franzosen am schnellsten ihre beiderseitigen Reserven dort hätten vereinigen können. Das Gegenteil ist der Fall. Die Engländer waren immer in Besorgnis

um ihren linken Flügel, und die Franzosen dachten an Paris. Infolgedessen hat Feldmarschall *Haig* seine Stärke in der Mitte und am linken Flügel gehabt. Wir wußten, daß sein rechter Flügel schwach war. Es war geplant, da durchzubrechen und dann unter Anlehnung unseres linken Flügels an die Somme die Engländer nach Nordwesten hinauf aufzurollen. Das war ein unbedingt großer operativer Gedanke. Es würde zu weit führen, hier auseinanderzusetzen, warum er nicht ausgeführt worden ist. Es sind in der *Ausführung* Fehler gemacht worden, und Fehler sind in einer so schwierigen Lage sehr leicht zu machen. Die Offensive ist aber nach meiner Ansicht nicht an der eigenen Unmöglichkeit gescheitert, sondern, wie ich glaube, an anderen Verhältnissen. Daß die nächsten Angriffe schwieriger waren, war mit Sicherheit zu erwarten, wie ich überhaupt auf dem Standpunkt stand: wenn uns der ganze Angriff mißlang, auch nachdem er einige Male wiederholt war, ist der Krieg verloren. Wenn wir uns aber auf die Verteidigung beschränkt hätten, war er erst recht verloren.

Ich darf noch auf eins eingehen, worin ich mit dem Herrn Korreferenten ganz auseinandergehe, auf die *Teilangriffe*. Ich kann natürlich eine Verteidigung verschieden führen. Ich kann mich auf die reine Abwehr beschränken. Das meint der Herr Korreferent auch nicht, sondern er hat auch immer die Ansicht vertreten, daß es sich nicht um eine reine Abwehr, sondern auch um kräftige Teilschläge handelt. Kräftige Teilschläge konnten den Feind aber m. E. unbedingt nicht mürbe machen. Ich wüßte nicht wie. Der Feind war weitaus eher imstande als wir, die Verluste an Material und Menschen zu ersetzen. Mit jedem Tage, mit dem die Amerikaner näher kamen, wurden die Verluste für ihn weniger ausschlaggebend. Also mit Teilschlägen wären wir nicht weitergekommen. Teilschläge hätten die Leute wie Clemenceau und Lloyd George und die französischen Führer Foch und Pétain, die nur den Moment abwarten wollten, wo sie im Sommer 1918 mit ihrem Material fertig waren, nicht mürbe gemacht, auch nicht in Verbindung mit Friedensangeboten. Meine ganze, nicht unbeträchtliche Kenntnis der feindlichen Literatur hat mich immer mehr dazu geführt, daß alle *Friedensangebote* und Friedensresolutionen den Kriegswillen des Feindes nur gestärkt haben, weil er sich immer dabei sagte: es muß da drüben nicht zum besten bestellt sein. Es gibt auch keinen Fall in der ganzen Kriegsgeschichte, daß jemand einen Frieden angeboten hätte, wenn er nicht dringende Gründe dazu gehabt hätte. So war es auch bei Napoleon im Jahre 1797.

Ich darf schließlich noch die Frage bezüglich der Besetzung der *Ukraine* berühren. Die Frage ist schwer zu entscheiden. Ich bitte aber aus dem Gutachten, das ich abgegeben habe, zu entnehmen, was doch alles auf unsere O.H.L. eingewirkt hat. Wir waren noch gar nicht in der Ukraine, wir traten mit Rußland in die ersten Verhandlungen ein, da meldete sich schon gleich der Staatssekretär des Kriegsernährungsamtes und sagte: die Hauptsache ist, daß wir Verpflegung aus der Ukraine bekommen. Alles drängte. Nun meldete sich auch Österreich: Wir sind am Verhungern, wenn wir nichts aus der Ukraine bekommen. Es war schwer vorauszusagen, was wir nun wirklich daraus bekommen würden. Die Aussichten und Hoffnungen, die uns gemacht wurden, waren außerordentlich hoch. Wir haben nachher nicht soviel bekommen, wie wir erwartet haben. Das

lag an verschiedenen schwierigen Umständen. Die Österreicher haben uns auch manchmal erheblich gestört. Man muß aber doch aus dem beigebrachten Material erkennen, daß wir im Herbst 1918 erst so weit waren, daß die geschaffenen Organisationen funktionieren konnten und daß mehr herausgezogen werden konnte. Niemand konnte doch mit Sicherheit sagen, daß der Krieg im Herbst 1918 schon zu Ende war. Es mußte doch damit gerechnet werden, wie es auch der Feind getan hat, daß er sich noch bis 1919 hinzog. Dann wäre doch der Besitz der Ukraine von außerordentlicher Wichtigkeit gewesen. Wir wären sonst nach allem, was der Staatssekretär des Kriegsernährungsamtes und alle maßgebenden Leute sagten, mit der Verpflegung zu Ende gewesen.

Sachverständiger *Schwertfeger:* Sachlich sehe ich das Korreferat des Geheimrats Prof. Dr. Delbrück als ein die Referate zeitlich und sachlich überschneidendes an. Es geht über die zeitlichen Grenzen, die General v. Kuhl und ich in unserem Gutachten uns gesetzt haben, hinaus, insofern, als es schon die Vorgänge des Frühjahrs und Sommers mit heranzieht, auch insofern, als die Gesamtkonstellation des Krieges in dem Korreferat besprochen wird. Ich würde also an den Ausschuß die Bitte richten, daß wir das Korreferat des Geheimrats Delbrück, das eigentlich ein selbständiges Referat darstellt, als neues Material ansehen, zu dem wir nun unsererseits Stellung nehmen.

Ich bin auch der Meinung, daß ich speziell die Möglichkeit der *Friedens*ziele nicht ganz außer acht lassen kann. Denn das gehört unbedingt zur politisch-militärischen Verantwortlichkeit, zu sagen: jetzt ist es möglich, jetzt muß die militärische Leitung der politischen das Mittel an die Hand geben, zu sagen: jetzt ist es Zeit, zum Frieden zu kommen. Ich sehe darin die Hauptaufgabe des zweiten Teiles meines Gutachtens.

Militärisch stehe ich, um das vorwegzunehmen, rückhaltlos auf dem Boden der Anschauungen, die Exzellenz v. Kuhl hier dargelegt hat. Auch ich bin der Anschauung, daß die Offensive gemacht werden mußte, daß die Defensive, die Abwehrschlachten nichts entscheiden konnten zu unseren Gunsten und viel vernichtender ausfallen mußten für Menschen und Material als der Angriff. Ich bin aber auch der Meinung, daß diese Tätigkeit des Angriffs gepaart werden mußte mit gewissen *politischen* Schritten, und für diese politischen Schritte mußten die Männer der O.H.L. die Männer der politischen Leitung in die Lage setzen. Dafür mußten sie ihnen das nötige Material an die Hand geben; insbesondere mußte eine ständige Fühlung zwischen den Trägern der politischen Entschlüsse und zwischen der militärischen Leitung dahin eingerichtet werden, daß namentlich der Staatssekretär — anfangs v. Kühlmann, nachher v. Hintze — in jedem einzelnen Moment der Handlung wußten: steht die militärische Lage so, daß wir uns die weitere Kriegführung gestatten können? können wir noch das große Ziel der Niederwerfung des Feindes im offenen Felde erreichen oder ist die Lage so, daß wir einen Pflock zurückstecken müssen, daß wir an den Verhandlungstisch zu kommen suchen müssen unter einem gewissen *Verzicht* auf unsere militärischen Hoffnungen?

Also in diesem Sinne wird sich der zweite Teil meines Gutachtens erstrecken. Ich meine, daß gerade, wenn es sich um die politisch-militärische Verantwortlich-

keit handelt, diese Frage: wieweit ist die politische Leitung jeweilig über den Stand der militärischen Dinge unterrichtet gewesen, unbedingt mit geprüft werden muß.

Es wird ganz besonders, um die paar kritischen Punkte zu bezeichnen, dabei zu untersuchen sein, wieweit sind der Staatssekretär des Auswärtigen Amts, der Reichskanzler, der Kaiser über die Möglichkeit des großen militärischen Sieges unterrichtet gewesen? Von welchem Moment ab ist diesen Männern Klarheit darüber gegeben, daß mit den Mitteln des militärischen Kampfes allein nicht mehr vorwärtszukommen war? Insonderheit: wie stellen sich die Dinge von dem berüchtigten schwarzen Tage des *8. August 1918* ab, wieweit ist der Staatssekretär v. Hintze damals in die Meinung versetzt worden, es wäre nun Zeit, zum Frieden zu kommen, wieweit konnte und mußte er noch in den Gedankengängen sich wiegen, als sei noch ein großer militärischer Erfolg zu erhoffen?

Diese Dinge gehören meines Erachtens zwingend zu meinem zweiten Gutachten.

Ich möchte nur noch anführen, daß in der letzten Zeit drei Bücher erschienen sind, die gerade auf diese Fragen von verschiedenen Seiten her ein helles Licht werfen. Das sind die vielumstrittenen Erinnerungen des *Kronprinzen*, das Buch von Oberstleutnant *Hans Eggert*: „Ludendorff als Soldat und Politiker" und drittens und hauptsächlich das Buch von Oberstleutnant *Niemann*: „Kaiser und Revolution." Gerade dieses Buch zeigt uns, wieweit speziell der Kaiser und der Staatssekretär des Äußern in den wirklichen Stand der militärischen Dinge eingeweiht waren.

Es kommt dann — das darf ich voraus bemerken — als Wesentliches für meine Untersuchungen in Betracht: *Wieweit ist die öffentliche Meinung in Deutschland zutreffend informiert worden und wieweit ist in dieser öffentlichen Meinung und deren vielleicht nicht genügenden Information der Grund zu erblicken für den katastrophalen Ausgang des Krieges, wie hat insbesondere das Waffenstillstands-Angebot im September 1918 auf die öffentliche Meinung gewirkt, wie hat es wirken müssen, was für Wirkungen sind daraus gezeitigt worden?*

Auch diese Dinge gehören meines Erachtens in den Bereich meines zweiten Gutachtens.

Sitzung, Mittwoch, den 21. März 1923

Bericht und Aussprache über das Gutachten des Sachverständigen General d. Inf. v. Kuhl, I. Teil

Berichterstatter Abg. Dr. *Deermann:* Meine sehr verehrten Herren! Ich bin mir durchaus bewußt, daß das, was ich hier unternehmen soll, einer gewissen Unzulänglichkeit nicht entbehren kann, weil einerseits der Zeitabstand noch zu gering ist und andererseits auch die Durchsicht des gesamten deutschen und feindlichen Materials noch nicht hat stattfinden können. Trotzdem will ich mich meiner Aufgabe hier nicht entziehen, mich über die *militärische Grundlage der deutschen Offensive im Jahre 1918*, d. h. den ersten Teil des Gutachtens des Herrn

General v. Kuhl, als Berichterstatter zu äußern. Ein Urteil über diesen ersten Teil des Gutachtens ist nach meiner Auffassung zur Zeit im großen und ganzen schon möglich, wenn auch Einzelheiten noch umstritten sind.

Ich möchte folgendes sagen: Mit 192 Divisionen im März und mit 204 Divisionen im Mai waren wir den alliierten 178 bis 188 Divisionen im Westen in der Zahl der Divisionen überlegen; aber infolge der größeren Stärke der einzelnen feindlichen Divisionen und ihrer besseren Ersatzmöglichkeiten war die *deutsche Gesamtgefechtsstärke* an Mannschaften der feindlichen wohl kaum überlegen.

Die Kriegführung war von der rumänischen Zufuhr an Getreide, Lebens- und Futtermitteln, sowie Mineralölen abhängig. Die Zufuhren waren sehr bedeutend. Ohne eine weitere militärische Besetzung auch nach dem Vorfrieden von Buftea am 6. März und dem endgültigen Frieden vom 7. Mai wäre die notwendige starke Ausfuhr aus Rumänien außerordentlich gefährdet worden. Die Absendung der entbehrlichen Truppen an die Westfront hätte sofort nach dem unglücklicherweise verzögerten Frieden von Buftea, nicht erst im Mai nach dem Mißerfolg der Offensive, und nur nach dem Westen, nicht auch nach dem Osten erfolgen müssen.

Die Belassung von 40 095 Offizieren, 1 004 955 Mannschaften und 281 770 Pferden — nach dem Stand am 21. März 1918 — *im Osten* war ein schwerer militärischer Fehler. Es lag im dringenden Interesse der deutschen Kriegführung, im Osten zu einem endgültigen Abschluß des Krieges und zu klaren, sicheren Verhältnissen mit Rußland zu gelangen. „Hätten wir den Rücken gegen Rußland völlig frei gehabt und alle Kräfte im Westen vereinigen können, so wären die Aussichten unserer Offensive erheblich günstiger gewesen." Diesen Worten des Herrn Gutachters muß ich durchaus zustimmen.

Nachdem 1916 die Ausschaltung Rußlands aus der Reihe unserer Feinde nicht genügend angestrebt war, wurde dies auch in Brest-Litowsk nicht schnell und sicher genug erreicht. Die Schuld kann nach meiner Ansicht nicht einseitig dem mangelnden Friedenswillen der Sowjet-Regierung und ihrer Vertreter aufgebürdet werden. Infolge des harten Friedensdiktates war Rußland unser Feind geblieben. Durch Art und Ziele, welche die O.H.L. den Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk gab, hemmte sie die Konzentration aller deutschen materiellen und seelischen Kräfte auf die von der O.H.L. beschlossene Entscheidungs-Offensive über Sieg oder endgültige Niederlage. Der Schutzwall gegen den drohenden Bolschewismus und das Polentum war nahe an unseren Grenzen ebenso sicher wie wirkungsvoll aufzurichten als durch das weitgesteckte Vordringen in Rußland hinein, ganz abgesehen von der politisch-psychologischen Schwächung der Heimatfront durch diese Okkupation.

Obwohl es nicht zu dem dringend notwendigen raschen und dauerhaften Verständigungsfrieden mit Rußland gekommen war, hätten trotzdem bis auf die notwendigen Grenzsicherungstruppen *alle* Kräfte für den Westen sowohl für die Front als auch besonders für den Ausbau stärkster rückwärtiger Stellungen, vor allem in der Antwerpen-Maas-Linie herangezogen werden müssen.

Nach oft bekundeter eindeutiger Auffassung der O.H.L. war nur durch einen Vernichtungssieg im Westen der Frieden zu erringen. Dieser war nach der

O.H.L. nur durch eine Offensive im Frühling möglich, später wegen der Kräfteverschiebung durch die eigenen Ersatzschwierigkeiten und die amerikanische Verstärkung der Gegner nicht mehr. Die O.H.L. setzte Deutschlands Geschick auf eine Karte, *unterließ* es aber, dafür *alle* Kräfte an Menschen, Pferden und Material aus dem Osten rechtzeitig heranzuziehen. Insbesondere war das *ukrainische und kaukasische Unternehmen* eine in dieser Lage nicht gerechtfertigte Kräftezersplitterung. Dadurch wurde die Entscheidung im Westen wesentlich beeinträchtigt. Eine rücksichtslose Einschränkung unserer Ziele im Osten und eine *völlige* Zusammenfassung unserer ganzen Kräfte an der Westfront mußte von der O.H.L. durchgeführt werden, nachdem sie die Beendigung des Krieges auf die eine Karte des Zerschmetterungssieges im Westen zu setzen sich entschlossen hatte. Stach diese Karte nicht, so war der Krieg nach ihrer eigenen Kenntnis infolge der äußerst gefährlich anwachsenden innerpolitischen, Ernährungs- und Ersatzschwierigkeiten in Deutschland und besonders bei den Verbündeten und der gleichzeitigen moralischen und materiellen außerordentlichen Kräftesteigerung der Westmächte verloren. Die O.H.L. hat durch die Verzettelung der Streitkräfte im Osten sowie durch die Außerachtlassung der Vorbereitung und Einstellung der öffentlichen Meinung der breiten Massen des Volkes auf die Notwendigkeit der Offensive *als einzigen Mittels* zur Erhaltung der Unversehrtheit des Reiches den Erfolg der Offensive stark gefährdet und ihren Fehlschlag desto katastrophaler gestaltet.

Eine schwere, verhängnisvolle Verkennung ist es weiterhin gewesen, daß die O.H.L. nicht sofort nach dem Fehlschlagen der großen Offensive im Frühjahr diejenigen Divisionen im Osten frei machte, die sie erst im September und Oktober heranzog, um damit von ihnen sofort und rechtzeitig die Hermann- und die Antwerpen-Maas-Linie als Aufnahmestellungen zur Defensive auszubauen, was zu unserem Verderben aus Mangel an Arbeitskräften unterblieb.

Der Friede wurde mit den Vertretern der Ukraine vor allem aus politischen Gründen geschlossen, um die Russen zu spalten, nicht in erster Linie und hauptsächlich wegen der notwendigen Ernährungshilfe. Er brachte nicht einmal die Verpflichtung der Ukraine zur sofortigen und bestimmten Getreidelieferung. Die Zustände in der Ukraine waren bei Friedensschluß ganz ungeordnet. Erst seit August 1918 kamen die Lebensmittellieferungen in Gang. Sie waren für die Ernährung im Sommer 1918 nicht entscheidend. Das Durchhalten wurde auch ohne sie ermöglicht.

Durch Schmuggel kam halb soviel wie durch den militärischen amtlichen Apparat aus dem ehemaligen Rußland. Durch einen mit allen Mitteln geförderten freien Handel und Schmuggel hätte sich das gleiche Ergebnis wie durch die Okkupation bis zur neuen Ernte erzielen lassen, besonders in der Vieh- und Pferdelieferung.

Der Staatssekretär des Kriegsernährungsamts v. Waldow hielt die Einfuhr aus Rußland — Schreiben vom 19. Dezember 1917 — „für dringend erwünscht, aber nicht für absolut notwendig". Wenn letzteres der Fall gewesen wäre, so wäre eine andere Art und Zielsetzung der Friedensverhandlungen und eine mit allen vorhandenen Kräften zu unternehmende Entscheidung vor Juni 1918

erst recht notwendig gewesen. Jede Begründung der ukrainischen usw. Unternehmungen mit Rücksicht auf das Jahr 1919 steht mit der Begründung für die Offensive im Frühjahr 1918 in kontradiktorischem Widerspruch.

Die Hoffnungen auf die Ukraine sind enttäuscht worden. Die Organisation der Ausfuhr aus der Ukraine kam erst zur vollen Auswirkung, als wir die Ukraine im Herbst räumen mußten (v. Kuhl, Bd. 3, S. 41).

Nach dem Scheitern der Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk erscheint die Unternehmung gegen die Ålandsinseln und Finnland durch die schwache Ostseedivision militärisch und politisch gerechtfertigt.

Über die österreichisch-ungarische Hilfe erlaube ich mir folgendes vorzutragen: Am 21. Juni schrieb Hindenburg an Generaloberst v. Arz: „Das Herbeiführen der Gesamtentscheidung gegen einen sich in Frankreich dauernd verstärkenden Feind bedingt, daß auch wir alles an anderer Stelle irgendwie Entbehrliche hier zusammenfassen und da, wo wir nicht um die Gesamtentscheidung kämpfen, in die Abwehr fallen, sonst zersplittern wir unsere Kraft."

Dieser richtige Gedanke ist nicht in die Tat umgesetzt worden. Die Herbeiziehung österreichisch-ungarischer Truppen an die Westfront wurde von der O.H.L. zuerst lässig, mit halbem Herzen und mit einer die berechtigten Ehrgefühle der k. u. k. Armee und Regierung nicht gehörig beachtenden Form betrieben. Bei richtiger Behandlung der Imponderabilien und energischem und geschicktem Drängen wäre der rechtzeitige Einsatz einer k. u. k. Armee von mindestens 10 Divisionen z. B. in den Vogesen durchaus möglich gewesen. Das allgemeine Mißtrauen — ich betone, daß ich den Nachdruck auf das „allgemeine" lege — der O.H.L. gegen die k. u. k. Armee war unberechtigt und in seiner öffentlichen Bekundung für die mehr als je notwendige Zusammenarbeit sehr schädlich. Es wird im übrigen schon am 15. März 1918 durch die Aufforderung zu einer Entlastungsoffensive gegen das völlig reorganisierte und mit gewaltigem, bestem Material ausgerüstete italienisch-französisch-englische Heer widerlegt. Die Aufforderung zu derselben war ein fundamentaler Verstoß gegen die Idee einer Entscheidungsoffensive an der Westfront. (Vgl. das Schreiben der O.H.L. vom 21. Juni 1917.)

„So leichten Herzens auf die österreichisch-ungarischen Divisionen zu verzichten" (von Cramon, zitiert bei v. Kuhl, Bd. 3, S. 47) war eine Selbstüberschätzung der O.H.L., die den Erfolg der Offensive schwer beeinträchtigen mußte und nach dem Mißerfolg die O.H.L. zu immer dringenderen, freilich zu späten Bitten um österreichisch-ungarische Truppen zwang.

Das Eingreifen der Amerikaner auf dem westlichen Kriegsschauplatz wurde bei dem Entschluß zur Offensive und ihrer Vorbereitung im wesentlichen richtig eingeschätzt, ihre Stärke im Westen im Frühjahr wurde sogar überschätzt. Die außerordentliche Steigerung der Transporte vom Mai 1918 ab und die moralische Wirkung der amerikanischen Kampftruppen auf die gesunkene französische Stimmung wurde dagegen nicht vorausgesehen.

Desto richtiger erscheint es — die politische und militärpolitische Einstellung der O.H.L. als gegeben vorausgesetzt —, daß der Entschluß zur Offensive im Frühjahr 1918 gefaßt wurde. Während aber *Lloyd George alle anderen Rück-*

sichten auf Ernährung und Beschaffung von Rohstoffen sofort nach der ersten deutschen Offensive *zurückstellte*, um angesichts des erkannten Entscheidungskampfes möglichst rasch und zahlreich amerikanische Hilfe heranzuschaffen, setzte die *O.H.L. nicht von vornherein mit der gleichen Konsequenz und Rücksichtslosigkeit alle Kraft* an die beschlossene Entscheidung im Frühjahr 1918. Wenn nach Ansicht der militärischen Führer, auch des Herrn Gutachters (Bd. 3, S. 58) eine Beschränkung auf die Defensive durch das Eintreffen der Amerikaner schließlich mit Sicherheit zu einer deutschen Niederlage führen mußte, so erst recht eine Defensive nach dem Mißglücken der geplanten Entscheidungsoffensive.

Die *Pferdeersatzlage* war zu Anfang 1918 äußerst ungünstig. Die ungenügende Ernährung setzte die Leistungsfähigkeit der Pferde in einer für die Operationen bedrohlichen Weise herab. Im Februar war der Kräftezustand der Pferde der Angriffsdivisionen größeren Anstrengungen nicht gewachsen. Erst vom 1. März an gab es eine Futterzulage. Die Verhältnisse waren wegen der Futternot in der k. u. k. Armee noch weit schlimmer.

Aus der *Ostfront* wurden starke — ich möchte die Frage stellen, wieviel, in dem Gutachten ist eine Zahl nicht angegeben — Abgaben nach dem Westen gemacht. Angesichts der Feststellung des Sachverständigen, General v. Kuhl, „daß nur durch Anspannung aller Kräfte und Mittel es gelang, die für die Offensive erforderlichen Pferde in einem notdürftig ausreichenden Zustande bereitzustellen", erweist sich die Beibehaltung und Ausdehnung der Ostfront mit einem Pferdebestand von 281 770 Pferden gegenüber 710 827 an der Westfront am 21. März 1918 als ein folgenschwerer Fehler. Nicht bloß „bereits bei dem Aprilangriff bei Armentières machte sich die unzureichende Bewegungsfähigkeit der Divisionen geltend", sondern in entscheidender Weise schon bei der Märzoffensive vor Amiens (v. Kuhl, Bd. 3, S. 77).

Über die *Ersatzfrage* ist folgendes zu sagen: Selbst unter Zugrundelegung der östlichen Maßnahmen der O.H.L. als notwendig hätte die *Ostfront* sowohl zur Offensive wie besonders zum Stellungsbau vor August 1918 *rechtzeitiger* und noch mehr Truppen abgeben können, wenn auch die Zahl der noch weiter frei zu machenden Kampftruppen unter den gegebenen Bedingungen natürlich nicht besonders groß gewesen wäre. Der O.H.L. war die ernste Ersatzlage vor Beginn der Offensive 1918 bekannt. Eine Krisis in der Ersatzbeschaffung im Sommer war vorauszusehen. Die Ersatzlage mußte zu beschleunigtem und konzentriertestem Handeln, somit, abgesehen von innen- und außenpolitischen Maßnahmen, auch zur Offensive veranlassen. Mißlang der Angriff, so war der Krieg verloren.

Ich möchte hierzu nebenbei noch bemerken, daß die militärische Offensive nicht die einzige Möglichkeit, den Krieg abzukürzen, darstellte.

Ob die O.H.L. in dem Widerspruch zwischen Bedarf an Heeresersatz und an Material und Lebensmitteln noch wesentlich mehr und eher zurückgestellte kv.-Mannschaften für die Front erhalten konnte, ist zweifelhaft. Vielleicht hätte bei der klaren Erkenntnis der geplanten Offensive als einer Entscheidung über ein glückliches oder unglückliches Kriegsende die Heimatarbeit für die Ernte 1918 und für länger dauernde Materialerzeugung z. B. von Schiffsbauten wesentlich eingeschränkt werden können zugunsten der Stärkung der Angriffs-

front und zum Bau von hinreichend starken Abwehrstellungen. Zu beiden Zwecken wäre eine noch rücksichtslosere Auskämmung der Garnisonen, Generalgouvernements und Etappen vor Beginn der Offensive möglich und notwendig gewesen. Ich lege hier natürlich auch den Ausdruck auf „rücksichtslosere", so wie es ja später im Sommer geschehen ist.

Beim Vorhandensein starker Abwehrstellungen hätte die Herausziehung von einer halben Million Leute aus den Heimatbetrieben im Oktober 1918 Zweck gehabt. Man hätte sich für eine beschränkte Zeit helfen können, und das deutsche Heer hätte in einer Verfassung dagestanden, die auf die Waffenstillstandsverhandlungen von größtem Einfluß gewesen wäre.

Die Ersatzschwierigkeiten sind im Laufe des Jahres durch die ständig zunehmende Zahl der Deserteure, Überläufer und Drückeberger erschreckend erhöht worden.

Mangel an Geschützen, Gewehren, Maschinengewehren, Minenwerfern, Munition und Pioniergerät hat die Operation im Jahre 1918 nicht beeinträchtigt. Betriebsstoffe waren allerdings knapp. Ein fühlbarer, die Offensive beeinträchtigender Mangel wird aber in dem Gutachten nicht festgestellt.

Die überaus große Wichtigkeit der *Tanks* als neues Kriegsmittel ist lange Zeit, auch noch bei der Vorbereitung der Offensive 1918, nicht von der O.H.L. erkannt worden. An den ersten Versuchen waren zuviel Behörden — 4 im ganzen — beteiligt. Die gestellte Doppelaufgabe für die Tanks, sowohl als Geländetransportwagen wie als Kampfwagen zu dienen, war falsch. Erst im Laufe des Jahres 1918 kamen 90 Tanks (15 deutsche, 75 erbeutete) an der Front zur Verwendung. Ihr Einsatz übte einen günstigen Einfluß auf die Truppen aus und erzielte örtliche Erfolge.

Die Herstellung von kleinen, schnellen Kampfwagen, die sich zu Massenlieferung eigneten und deren Lieferung März 1918 hätte beginnen können, wurde Ende Dezember 1917 vom Feldkraftfahrchef empfohlen, aber von der O.H.L. im Januar 1918 abgelehnt. Zweifellos hätte die Industrie die Herstellung von Tanks geleistet, wie der Herr Gutachter sagt, insbesondere bei Unterstützung durch die Marinewerften und Einschränkung der übergroßen Erzeugung von Feldgeschützen, Maschinengewehren und Gewehren, wenn ihr rechtzeitig und nachdrücklich die Aufgabe bezeichnet worden wäre. Das geschah nicht.

Zur Offensive 1918 hätten andernfalls genügend Kampfwagen bereitgestellt werden können. Wir hätten Ende März einen Keil zwischen das englische und französische Heer treiben können, bevor die französischen Truppen zur Unterstützung der völlig geschlagenen Engländer herankamen, wenn uns 2—3 Kavalleriedivisionen oder 600 Tanks zur Verfügung gestanden hätten. Auch wäre der 17. Armee bei Arras mit Hilfe von Tanks, wie der Herr Gutachter sagt, voraussichtlich der Durchbruch gelungen.

Zum Schluß möchte ich über das Gutachten des Herrn General v. Kuhl *folgende Zusammenfassung* geben:

Die Offensive 1918 war nach der ganzen Lage der Dinge, wie sie in diesem Bericht einfach als gegeben angenommen werden muß, geboten. Das Heer wünschte dringend die Offensive, um aus den Gräben und Trichtern herauszu-

kommen. Es hat nach sorgfältigster Vorbereitung glänzenden Angriffsgeist bewiesen — ich möchte mir erlauben hinzuzufügen: der allerdings nicht mehr überall so ausdauernd und selbstverleugnend diszipliniert war wie 1914. Aber das ist ja auch nach den 4 Jahren selbstverständlich. Die Stärkeverhältnisse konnten sich auf unserer Seite nicht mehr günstiger als im Frühjahr 1918 gestalten. Wir waren damals dem Feinde im Westen zum mindesten an Kampfstärke gleich. Wir hätten, wenn die notwendige konsequente und rücksichtslose Konzentration aller Kräfte stattgefunden hätte, sogar eine wesentliche Übermacht gehabt. Es fand aber durch die Ostpolitik und durch die Unterlassung der rechtzeitigen Heranziehung einer österreichisch-ungarischen Armee und aller irgendwie in Etappen und Heimat verfügbaren Kräfte zu dem einen großen Schlage eine verhängnisvolle Verzettelung der Kräfte und Ziele statt. Die Material- und Waffenvorbereitung war hinreichend, bei Feldgeschützen, Maschinengewehren und Gewehren sogar überreichlich. Aber die entscheidende Bedeutung der Tanks wurde viel zu spät erkannt und ihre Massenherstellung in geeigneter Form nicht entschieden von der O.H.L. gefördert.

Dies alles in Verbindung mit dem großen Mangel an Pferden, der nicht durch die Heranziehung der großen Pferdebestände der Ostarmeen ausgeglichen wurde, haben das hart bis an den Durchbruchssieg herangeführte Heer stecken und die Offensive scheitern lassen. Infolge der ungenügenden moralischen, politischen und propagandistischen Vorbereitung und Unterstützung der Offensive und der Unterlassung des rechtzeitigen Ausbaus von gewaltigen, sicheren Aufnahmestellungen in der Hermann- und Antwerpen-Maas-Linie wandten sich die anfänglichen großen örtlichen Erfolge im Laufe des Sommers in eine katastrophale, schließlich unaufhaltbare Niederlage.

Dabei dürfen die großen Wirkungen der revolutionären und antimilitaristischen Strömungen und der feindlichen Propaganda nicht verkannt werden.

Dafür, daß die Fehler in der militärischen Vorbereitung der Offensive von der O.H.L. oder einer der verantwortlichen Personen in ihr wider besseres Wissen begangen sind und daher eine moralische Verschuldung darstellen, haben sich stichhaltige Beweise nicht ergeben.

Zu dem Gutachten des Herrn Prof. Dr. Hans Delbrück kann nach meiner Auffassung jetzt nur insoweit ein abschließender Bericht gegeben werden, als es nicht über den Rahmen des ersten vorliegenden Abschnittes des von Kuhlschen Gutachtens hinausgeht, da die sachlichen Grundlagen noch nicht weiterreichen. Ziele und Mittel der Offensive waren von der O.H.L. — ich lasse entgegen dem Herrn Gutachter die Frage, ob die O.H.L. mit Ludendorff gleichzusetzen ist, hier in der Schwebe, weil sie nicht hierher gehört — nicht richtig gegeneinander abgewogen. Es scheint zum mindesten zweifelhaft, daß daran, wie das Delbrücksche Gutachten es darstellt, das Bewußtsein Ludendorffs, für die selbstgesteckte Aufgabe zu schwach zu sein, schuld war. Eher scheint mir dies in einer allgemeinen Führerunsicherheit und dem Mangel an genialem Überblick und Erfassen des strategischen und politischen Problems begründet zu sein.

Wir hätten eine Anzahl österreichischer Divisionen haben können, wenn die O.H.L. sie mit Entschiedenheit und in rechter Form verlangt hätte. Hierbei

legt der Herr Gutachter nur den Wert auf die Entschiedenheit, mit der die O.H.L. hätte vorgehen müssen. Das andere ist eine Bemerkung von mir.

„Daß alle zuständigen Behörden darin einig waren, daß wir ohne die Besetzung der Ukraine verhungern müßten", kann ich entgegen dem Herrn Gutachter nicht anerkennen. Ich verweise da auf meine vorhergehenden Ausführungen. Dringend erwünscht waren die Zufuhren aus der Ukraine nach meiner Überzeugung für den Frühsommer 1918, notwendig für das Jahr 1919. Auf das Jahr 1919 durfte — so sagte der Herr Gutachter mit Recht — keine Rücksicht genommen werden. Ich persönlich glaube — allerdings nur bedingt —, daß es nachher doch geschehen ist und möchte die Frage stellen, ob nicht schon vom Anfang des Unternehmens an dabei an das Jahr 1919 gedacht worden ist. Das bedarf der Aufklärung. Die Berechnungen betreffs der Ukraine sind — darin stimme ich dem Herrn Gutachter zu — fehlgeschlagen. Ebenso pflichte ich ihm bei, daß der freie Handel und Schmuggel mindestens ebenso viele Pferde und Rinder herangeschafft hätten wie die militärische Okkupation. Prof. Dr. Delbrück übersieht aber, daß erst im August die Lebensmittelzüge kamen, wenigstens in irgendeiner bedeutsamen Menge. Es ist überhaupt in den beiden Gutachten die Zeit der Ankunft der Lebensmittel, die hierbei außerordentlich entscheidend ist, nicht angegeben worden. Wir dürfen doch nicht den Wert auf die Lebensmittelzüge legen, die nach August gekommen sind; denn da hätte uns die Ernte schon zur Verfügung gestanden, und auf das Jahr 1919 konnte und durfte keine Rücksicht genommen werden, wenn man schon auf die eine Karte alles setzte.

Man hätte gute Aussicht gehabt, sagt der Herr Gutachter — nach meiner Überzeugung mit Recht —, die ganze italienische Armee zu vernichten. Prof. Dr. Delbrück verzichtet leider darauf, den Spuren zu den Gründen der Ablehnung der italienischen Vernichtungsoffensive nachzugehen. Ich bedaure das; denn es scheint mir notwendig zu sein. Der Herr Gutachter sagt weiter — auch wohl mit Recht —, daß der italienische Feldzug außerdem nicht in die Grundvorstellung Ludendorffs paßte, vor Ankunft der Amerikaner eine unbedingte Entscheidung im Westen herbeizuführen.

Ich erlaube mir hier zur Klärung, nicht als meine Meinung, folgende Fragen zu stellen: Haben nicht auch politische Gründe, haben nicht auch Ehrgeiz und Eifersucht bei der Ablehnung der vollständigen Durchführung der Offensive gegen die Italiener im Herbst 1917 eine Rolle gespielt? Das muß geklärt werden.

„Der italienische Feldzug wäre nur eine Nebenoperation geblieben, eine Hauptentscheidung konnte nur an der Westfront fallen", sagt der Herr Gutachter. Demgegenüber möchte ich folgendes ausführen: Sowohl für die Herbeiführung des Verständigungsfriedens wie für eine Entscheidung im Westen wäre der nach Conrad v. Hötzendorfs Plänen im Herbst 1917 begonnene, aber ohne Zwang nicht durchgeführte militärische Vernichtungsfeldzug in Italien sehr wichtig, wenn nicht entscheidend gewesen. Hier sowohl wie vor Saloniki, in Rumänien und in Südrußland wurde der Feldzug nach meiner Auffassung verhängnisvoll zu früh abgebrochen.

Damit habe ich die Übersicht, die Zusammenfassung und die Stellungnahme, die mir nach meiner Auffassung als Berichterstatter zufiel, beendet. Ich stelle

fest, daß es mir persönlich sehr unangenehm ist, in alle diese Dinge nochmals hineinzusteigen, besonders in der heutigen Zeit, bin aber andererseits der Auffassung, daß, wenn man es einmal tut, man so kalt und so objektiv wie möglich, ohne Rücksicht auf Prestige, ohne Rücksicht auf Personen, ohne Rücksicht auf Traditionen, ohne Rücksicht auf eigene Einstellung nur dem einen Ziele der Wahrheit und der Lehre aus der Wahrheit zustreben soll.

Vorsitzender Abg. D. Dr. *Kahl* dankte dem Berichterstatter und fuhr fort: Ich fasse den Sinn der Aussprache so auf, daß insbesondere die beteiligten Herren Sachverständigen gebeten werden, nun noch einmal mündlich in Ergänzung ihrer schriftlichen Ausführung darauf einzugehen, als Unterlage für die spätere Stellungnahme des Ausschusses selbst, die ihre Grundlage ja in dem hier Vorgetragenen finden wird.

Berichterstatter Abg. Dr. *Deermann*: Zur Aufklärung möchte ich noch einige Fragen stellen, die mir im Laufe dieser Arbeit nebenbei eingefallen sind und die ich infolgedessen hier nicht geordnet vortragen kann. Zunächst ist es die Frage nach dem Verhältnis der Heeresleitungen und Verbindungsstellen Deutschlands und Österreich-Ungarns zueinander. Ich glaube, es ist für die Beurteilung der italienischen Offensive, sowie der Heranziehung der Truppen für die Ostpolitik doch notwendig, in dem Punkte manches klarzustellen.

Ferner die Frage nach den beiderseitigen und gemeinsamen Leistungen sowohl der Leitung wie der Unterführung der Truppen der deutschen und der österreichisch-ungarischen Armeen. Denn man weiß ja, daß gerade darüber auch heute noch ein sehr starker Streit besteht und daß man auf diese Dinge einen großen Teil der Schuld für gewisse Unterlassungen schiebt.

Dann die Frage nach der Zahl der Pferde, die vom Osten abgegeben worden sind. Diese Frage habe ich schon oben gestellt. Die Zahl der Pferde, die abgegeben wurden, ist nicht im ganzen und den Zeitabschnitten nach — beides kommt ja in Frage — angegeben worden und kann vielleicht auch nicht angegeben werden.

Weiter die Frage: sind Betriebsstoffe aus dem Gebiet von Baku in irgendwelchen wesentlichen Mengen nach Deutschland oder Österreich-Ungarn oder nach den Balkankriegsschauplätzen, also nach irgendeinem Kriegsschauplatz geschafft worden? Oder hatte man wenigstens berechtigte Hoffnung, sie heranzuschaffen? Das ist für die Begründung dieses Unternehmens natürlich ausschlaggebend.

Dann die Frage, die ich schon vorher stellte: warum wurde nicht bereits 1916 oder wenigstens im Herbst 1917 der Plan Conrad v. Hötzendorfs ausgeführt, Italien endgültig zu erledigen? Das wäre damals, allem Anscheine nach, durchaus möglich gewesen, und man hätte die Front damit an Südfrankreich herantragen können. Auch politisch hätte das eine sehr große Bedeutung gehabt und hätte vor allem dann auch natürlich den Zufluß der italienischen Divisionen zur französischen Armee im Westen verhindert und andererseits österreichisch-ungarische Truppen frei gemacht.

Ich habe auch die Frage gestellt, ob Prestigegründe, Gründe des Ehrgeizes mitgespielt haben. Die Frage aufwerfen heißt nicht, sich hinter die Frage stellen.

Aber sie muß aufgeklärt werden; denn ich weiß, daß solche Behauptungen umgehen. Wir müssen ihnen, wenn sie unberechtigt sind, den Hals umdrehen.

Endlich die Frage nach dem Ergebnis des Kronrats vom 11. September 1917! In dem Schreiben, das Hindenburg später aus dem Hauptquartier an den Reichskanzler richtete, worin er sagte, daß die Abmachungen des Kronrats vom 11. September 1917 nicht mehr gelten könnten, weil die Vorbedingungen weggefallen seien, spricht er nur von der am 11. September 1917 erfolgten Aufgabe der flandrischen Küste. Es ist wichtig, ob in diesem Kronrat endgültig und restlos und ohne Hintergedanken die Freigabe Belgiens beschlossen wurde, wie dies heute doch vielfach als Grundlage der weiteren Erörterungen angenommen wird. Dies scheint mir, da es in dem Gutachten des Generals v. Kuhl vorkommt, geklärt werden zu müssen, während ich über die anderen politischen Fragen nicht sprechen will und nicht sprechen kann, weil das nicht hierher gehört.

Vorsitzender Abg. D. Dr. *Kahl*: Sie denken nur an das große Problem der Stellung Deutschlands zu Belgien?

Berichterstatter Abg. Dr. *Deermann*: Gewiß! Nur um die Frage der Stellung zu Belgien aufzuklären und der sich daraus ergebenden Vorbereitung der Soldaten, überhaupt aller Soldaten auf die Notwendigkeit der Offensive und damit der Erzielung der höchsten seelischen Leistung. Die Frage der Erzielung der höchsten seelischen Leistung muß angeschnitten werden. Sie gehört unbedingt mit zur militärischen Vorbereitung, und in der Beziehung scheinen mir Fehler vorgekommen zu sein.

Geschäftsführer Dr. *Herz*: Die Tankfrage ist nur für die letzte Zeit des Krieges behandelt worden. Es ist mir aber bekannt, daß schon ziemlich bei Beginn des Krieges Tank-Modelle vorgeführt worden sind und daß diese — wenigstens nach den Mitteilungen, die von den Erfindern gemacht worden sind — nicht von Technikern untersucht, sondern lediglich von jüngeren Offizieren mit einer Handbewegung abgelehnt worden sind. Was daran richtig ist, weiß ich nicht.

Mich hat selten etwas so erschüttert wie das Gutachten, das Exzellenz v. Kuhl gegeben hat. Es ergibt sich daraus, daß die Offensive vom militärischen Standpunkt notwendig und unvermeidlich war, und aus dem Schluß des Gutachtens ergibt sich, daß die Chancen der Offensive eigentlich sehr gering waren. Nun möchte ich die Frage aufwerfen: sind die politische Leitung und die militärische Leitung irgendwie in ein Einvernehmen getreten, damit klargemacht worden ist, wie gering oder wie groß die Chancen der Offensive sind, und ist von der militärischen die politische Leitung darauf hingewiesen worden, in irgendeiner Art auf den Verständigungsfrieden hinzuarbeiten?

Abg. Dr. *Moses*: Ich darf mir über die rein militärischen Fragen kein Urteil erlauben. Aber einige Punkte in der Zusammenfassung des Herrn Berichterstatters geben mir doch Anlaß zu Fragen. Der Herr Berichterstatter hat gemeint, bei rücksichtslosester Konzentration aller Kräfte würden wir eine *wesentliche* Übermacht gehabt haben. Ich würde es mit Freuden begrüßen, wenn die Herren Gutachter darauf eingingen.

Ferner ist gesagt worden, wir hätten hinreichend, sogar *überreichlich Material*

gehabt. Soweit ich informiert bin, ist uns immer gesagt worden: auch an dem Material hat es ganz kolossal gehapert.

Es ist weiter von der ungenügenden moralischen Unterstützung gesprochen worden und zum Schluß auf die seelischen Leistungen hingewiesen worden. Ich als Arzt, der ich mich mit diesen Fragen sehr eingehend befaßt habe, vertrete den Standpunkt, daß alle diese Dinge wenigstens zum großen Teil auf *ungenügende Verpflegung* zurückzuführen sind, auf ungenügende Kräfte, die den Menschen und damit dem Heere zugeführt wurden und daß damit ganz von selbst eine Erschütterung des moralischen, des sittlichen Niveaus herbeigeführt wurde und daß die Kräfte nach einem vierjährigen Kriege dann nicht mehr ausreichend gewesen sind. Ich glaube, man hat in der Richtung viel zu wenig Wert auf die Folgeerscheinungen gelegt, die die schlechte Verpflegung, Ernährung usw. herbeigeführt haben. Der österreichische General Kawerau z. B. legt Wert auf die Feststellung, daß die allmähliche Untergrabung des Heeres gerade durch den Mangel an Zufuhr, an Verpflegung und Ernährung herbeigeführt wurde. Es wäre mir sehr lieb, wenn die Herren Sachverständigen auf diese Dinge etwas näher eingehen würden.

Sachverständiger *v. Kuhl:* Ich darf vorausschicken: es ist vom Herrn Berichterstatter eine ganze Anzahl schwerer Fehler festgestellt worden. Ich bin persönlich durch meine theoretischen und meine praktischen Kriegserfahrungen dazu gekommen, mit dem Vorwurf eines schweren Fehlers sehr vorsichtig zu sein. Gewiß sind Fehler gemacht worden, alle kriegführenden großen Männer haben sie gemacht, und es sind auch in diesem Kriege Fehler, auch Fehler schwerer Natur, vorgekommen. Ich bin aber doch der Ansicht, daß man in der absoluten Entscheidung darüber, ob ein schwerer Fehler vorgelegen hat, sehr vorsichtig sein muß.

Ich darf nun auf eine Anzahl einzelner Punkte eingehen. Es ist vom Herrn Berichterstatter gesagt worden — wenn auch nicht gerade mit dem Ausdruck des Vorwurfs —, es sei 1918 alles auf eine Karte gesetzt worden. Alles auf eine Karte setzen, das müssen wir im Kriege recht oft, und das ist kein Fehler! Es bleibt sehr oft nichts anderes übrig.

Berichterstatter Abg. Dr. *Deermann:* Ganz richtig! Das muß häufig geschehen. Es ist von mir auch nur einfach als Tatsache hingestellt worden.

Sachverständiger *v. Kuhl:* Ich wollte das nur noch einmal feststellen. Ich befinde mich also mit dem Herrn Berichterstatter in Übereinstimmung, was ich ausdrücklich sehr gern feststelle.

Ich komme nun zu dem Ostheer und zu der sehr wesentlichen Frage, die eben aufgeworfen worden ist, ob wir eine entscheidende Überlegenheit hätten bekommen können, wenn wir aus dem Osten mehr und rechtzeitiger herangezogen hätten. Ich muß diese Frage verneinen und kann nur auf die ausführlichen Darlegungen in meinem Gutachten verweisen. Was im Osten geblieben ist, ist derartig ausgekämmt gewesen, daß nur eine minderwertige Truppe zurückblieb: es waren nur ganz alte Leute oder Leute, die den Anforderungen des Krieges im Westen überhaupt nicht gewachsen waren. Ich glaube, ich kann sagen, es war im ganzen Osten kaum ein Mann, der im Westen an der Front zu brauchen

gewesen wäre, und das glaube ich im Gutachten auch nachgewiesen zu haben. Dagegen muß ich zugeben, daß wir Arbeitskräfte wohl noch hätten heranziehen können. Wir haben auch nachträglich noch Truppen herangezogen, aber, wie ich zugeben muß, reichlich spät. Die Formationen, die also im Osten geblieben sind, waren im Westen an der Front nicht zu gebrauchen. Sie waren, wenn wir überhaupt im Osten stehenblieben, wenn wir die Ukraine brauchten, eben hinreichend, um dort die Ausnutzung des Gebietes zu sichern und um den Grenzwall gegen den Bolschewismus zu bilden. Ich möchte doch große Zweifel hegen, ob wir diesen Grenzwall gebildet hätten, wenn wir an die deutsche Grenze zurückgegangen wären und wenn wir die Flut so nahe an uns hätten herankommen lassen. Was die Ausnutzung der Ukraine betrifft, so ist vom Herrn Berichterstatter gesagt worden, man hätte durch freien Handel vielleicht dasselbe oder noch mehr bekommen können. Es widerspricht das sämtlichen Gutachten, sämtlichen Äußerungen aller Sachverständigen, die mir vorgelegen haben. Ich habe nicht ein einziges Gutachten, nicht einen einzigen Bericht, nicht eine einzige Meldung gefunden, worin diese Ansicht ihre Bestätigung gefunden hätte, wohl aber zahlreiche umgekehrten Sinnes, in denen immer gesagt wird: nur durch militärische Verwaltung und militärische Besetzung des Landes kommen wir zu irgendeinem Ergebnis. Der freie Handel hätte nach allen Ansichten, die mir vorgelegen haben, völlig versagt. Ich kann mich dabei auf Sachverständige berufen, die doch allgemein Anerkennung finden, z. B. auf General Groener, der zweifellos auf dem Gebiete des Nachschubs ein ganz außerordentlich zuverlässiger Sachverständiger ist und von dem gerade Gutachten vorliegen, daß die militärische Besetzung viel zu gering sei, sie müßte verstärkt werden, wenn wir wirklich aus dem Lande etwas haben wollten. Daß die Ausnutzung der Ukraine so, wie wir sie gehofft haben, sich nicht in vollem Maße erfüllt hat, ist richtig; aber wir haben ihr auch nicht die Zeit dazu gelassen. Im Herbst 1918 war der Krieg zu Ende.

Wir haben im Jahre 1918 nicht derartig alles auf eine Karte gesetzt, daß wir der Ansicht gewesen wären, der Krieg wäre unbedingt nach der Offensive zu Ende. Wenn die Offensive mißlang, so kam immer noch ein zweiter Teil, in dem man hinhaltend kämpfen mußte, um günstige Bedingungen zu erlangen, nachdem die Offensive gescheitert war und, wie ich zugebe, der Krieg verloren war. Wie lange das dauern würde, war nicht vorauszusehen. Die Franzosen haben zweifellos mit einem Kriege im Jahre 1919 gerechnet. Sie sind also in dieser Hinsicht, nachdem unsere Offensive gescheitert war, in keiner Weise ihrer Sache so sicher gewesen. Wir mußten also auch mit einer Fortsetzung des Krieges rechnen. Die ganze Organisation des Nachschubs aus der Ukraine fing erst an zu wirken, als im Herbst 1918 unser großer Zusammenbruch kam. Es wäre nach menschlichem Ermessen voraussichtlich recht viel aus der Ukraine zu haben gewesen. Ich möchte aber auch nicht das unterschätzen, was wir wirklich aus der Urkraine bekommen haben. Es ist recht viel gewesen an Pferden und Vieh und auch an sonstiger Verpflegung.

Ich darf auf die Österreicher übergehen. Das ist eine schwierige Frage! Sachverständige behaupten — z. B. der General v. Cramon, der Bevollmächtigter

bei der österreichischen O.H.L. war —, wir hätten eine Anzahl Divisionen bekommen können. Ich darf aber darauf hinweisen: die Österreicher waren durchaus nicht geneigt, bedingungslos darauf einzugehen. Sie haben zunächst die Bedingung gestellt, daß sie eine geschlossene Armee einsetzten. Ich darf jeden, der an der Westfront gestanden hat, fragen, ob er damit einverstanden gewesen wäre, wenn — ich muß mich hier ganz offen darüber aussprechen — eine geschlossene österreichische Armee einen großen Abschnitt an der Westfront übernommen hätte. Wir hätten keine ruhige Nacht mehr gehabt, denn wir wären jeden Augenblick des Einbruchs gewärtig gewesen, nach den erschütternden Erfahrungen, die wir im Osten 1916 bei Luck und 1917 bei Tarnopol gemacht haben. Es ist dies kein Vorwurf für die österreichisch-ungarische Wehrmacht. Das liegt mir fern! Es lag an den unglücklichen Staatsverhältnissen der österreichisch-ungarischen Monarchie, die sich aus allen möglichen Nationalitäten zusammensetzte und die die Veranlassung war, daß die Slawen und Tschechen regimenter- und divisionenweise im geeigneten Augenblick überliefen. Da war kein Halten mehr. Die braven deutsch-österreichischen Truppen sind ausgezeichnet gewesen! Zum Anfang und zum Schluß! Selbst bei der letzten Offensive der Italiener im Herbst 1918 bei Vittorio Veneto haben sie sich noch tapfer ihrer Haut gewehrt. Was ich also gegen die Österreicher sage, bezieht sich nicht auf die deutsch-österreichischen Truppen, sondern auf die unglückliche Zusammensetzung der Monarchie, die sich in dem Konglomerat von allen möglichen Nationalitäten auch in der Armee widerspiegelte und den Keim des ganzen Unglücks in sich trug. Die Österreicher waren also für einen geschlossenen Einsatz nicht geeignet. Sie wollten aber auch keine Arbeitstruppen stellen. Sie wollten auch nicht an eine ruhige Front. Sie wollten, wenn sie kamen, an der Offensive teilnehmen. Es war recht schwer, ihnen das zu bewilligen; denn wir selbst haben unsere besten Divisionen, die wir den ganzen Winter ausgebildet und mit allem Notwendigen dafür versehen haben, eingesetzt. Es waren 56 besondere Angriffsdivisionen; mit denen haben wir hauptsächlich den Angriff gemacht. Wir haben mit unseren eigenen Stellungsdivisionen nur teilweise den Angriff mitmachen können. Es war daher den Wünschen der Österreicher nur sehr schwer nachzukommen. Die Gewährung unserer Bitte war an viele Bedingungen geknüpft. Nachher haben wir, wie ich zugeben muß, im Sommer, als bei uns die Lage ungünstig wurde, recht dringliche Bitten an die Österreicher geschickt; es sind dann auch einige Divisionen gekommen. Zum Teil waren sie brauchbar, zum Teil nicht. Aber wir hätten etwas mehr wohl von österreichischer Seite doch bekommen können. Es ist schwer, darüber zu urteilen. Ich kann mich nur auf das Urteil des Generals v. Cramon in dieser Frage beziehen.

Es ist nun vom Herrn Berichterstatter auf die Offensive von 1917 eingegangen worden, und es ist gesagt worden, General Conrad v. Hötzendorf habe 1917, wie er es schon 1916 gewollt hat, darauf gedrückt, eine Entscheidung in Italien herbeizuführen, nicht weil dort die Kriegsentscheidung läge, sondern weil es die Vorbedingung für die Entscheidung im Westen sei. Das hat Conrad v. Hötzendorf 1916 ausgesprochen, und der Gedanke ist sehr beachtenswert. Daß wir aber bei der Offensive im Oktober und November 1917 in Italien eine solche

Entscheidung hätten herbeiführen können, halte ich für ausgeschlossen. Ich persönlich bin damals Chef der Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht gewesen. Wir standen in der furchtbaren Flandernschlacht, wo wir von einem Tag zum andern in eine Krisis fielen und wo uns an allen Ecken die Truppen fehlten, die Artillerie und die Divisionen. Es war eine große Kühnheit, um diese Zeit 7 deutsche Divisionen nach Italien zu schicken. Ich entsinne mich ganz genau, daß ich mit General Ludendorff darüber gesprochen habe und wir beide der Ansicht waren, daß das eine große Kühnheit war. Sie mußte aber gewagt werden, weil die Österreicher der nächsten Isonzoschlacht zweifellos nicht gewachsen waren und ein Zusammenbruch der italienischen Front für uns katastrophal gewesen wäre. Es handelte sich um eine Unterstützung, die dringend nötig war, zu der wir das Äußerste hingegeben haben, was bei der Lage der Flandernschlacht möglich war. Ich möchte doch daran erinnern, was die Flandernschlacht für uns bedeutet hat. Der Boden erzitterte ja meilenweit unter dem Donner dieser furchtbaren Artillerie. Wer die Truppen gesehen hat, wie sie aus der Schlacht, wenn sie abgelöst waren, zurückkamen: bleich und von oben bis unten mit einer Lehmkruste bedeckt, völlig apathisch — und wie sie sich hinwarfen, der wird mir zugeben, daß wir in der Lage, in der wir damals waren, unmöglich starke Truppen nach Italien schicken konnten, wo wir selbst mit der äußersten Kraft in Flandern um unser Dasein gerungen haben.

Vorsitzender Abg. D. Dr. *Kahl:* Darf ich den Herrn Sachverständigen vielleicht bitten, in diesem Zusammenhange die aufgeworfene Frage der Verbindungsbeziehungen zwischen Deutschland und Österreich zu beantworten.

Berichterstatter Abg. Dr. *Deermann:* Darf ich eine Ergänzungsfrage stellen? Es ist die Frage, auf die es mir wesentlich angekommen ist. Daß die Deutschen damals nicht mehr Truppen abgeben konnten, hat auch mir ohne weiteres eingeleuchtet. Aber wenn man die österreichischen Berichte über jene Zeit liest, so kommt es mir vor, als ob die österreichisch-ungarische Heeresleitung in der Lage gewesen wäre, den Plan Conrad v. Hötzendorfs auch aus sich heraus auszuführen, ohne weitere Hilfe als die 7 deutschen Divisionen, wenn sie gewollt hätte. *Ihr* vor allem ist natürlich der Vorwurf zu machen und sollte auch der Vorwurf von mir gemacht werden. Nun zur Frage der Zusammenarbeit der beiden Heeresleitungen und der Möglichkeit der Erzielung eines einheitlichen Gesamtwirkens! War es der Obersten deutschen Heeresleitung möglich, auf die österreichisch-ungarische Heeresleitung, die durch Kaiser Karl — das ist meine Überzeugung — sehr in Unordnung gebracht war, einen solchen Druck auszuüben, daß sie ihrerseits die vorhandenen Truppen so einsetzte und so rücksichtslos gebrauchte, daß trotzdem der Plan Hötzendorfs durchgeführt wurde?

Sachverständiger Dr. *Delbrück:* Ich möchte nur eine Bemerkung dazu machen. 7 deutsche Divisionen haben wir nur gegeben und damit diese ungeheuren Erfolge erreicht. Es standen aber noch einige 60 Divisionen im Osten, und es ist die Frage, ob von da nicht noch eine Anzahl Divisionen hätte nach Italien gebracht werden können.

Sachverständiger *v. Kuhl:* In Rußland waren wir um diese Zeit noch im Kriege begriffen und waren unserer Sache dort durchaus noch nicht sicher,

als wir uns entschlossen, die Offensive der Österreicher in Italien zu unterstützen.

Der Plan Conrads bezieht sich ja auf frühere Verhältnisse. Conrad war seit Februar 1917 nicht mehr Chef des Generalstabes der Armee, sondern Oberbefehlshaber in Tirol. Er hat auch 1917 und 1918 darauf gedrungen, den Angriff auch von Tirol aus durchzuführen. Ich muß aber bemerken, daß 1918 die Lage durchaus nicht mehr so war wie 1916. 1916 standen die Italiener am Isonzo, und ihre ganze Flanke war von Tirol aus außerordentlich gefährdet. Sie standen aber im Jahre 1918 an der Piave.

Berichterstatter Abg. Dr. *Deermann:* Nein, 1917 meinte ich!

Sachverständiger *v. Kuhl:* Ich dachte, Sie meinten die Offensive von 1918. Denn die von 1918 ist auch erwähnt worden.

Berichterstatter Abg. Dr. *Deermann:* Diese habe ich nur erwähnt, um darauf hinzuweisen, daß man die Österreicher nachher doch noch in den Kampf geschickt habe, als wir eine Entlastung der Offensive nötig hatten. Die Frage hatte damit nichts zu tun.

Sachverständiger *v. Kuhl:* Dann darf ich 1918 zuerst erledigen. Damals war die Flankierung von Tirol gar nicht so leicht zu machen. Man hätte vom Gardasee her den Angriff machen müssen. Dieser Vorschlag ist allerdings auch gemacht worden. Wir wußten, daß die Österreicher eine große Offensive allein kaum durchführen konnten. Das hatte sich 1917 schon gezeigt; ohne unsere Hilfe wäre der Angriff damals nicht gelungen. Aber da die Österreicher nicht im Westen eintrafen, blieb nur noch eine Teiloffensive in Italien übrig. 1917 hat Conrad darauf gedrungen, daß rechtzeitig umgruppiert wurde, daß nach dem Durchbruch bei Tolmein alle verfügbaren Kräfte nach Tirol kamen, um von da aus anzugreifen. Das hätte nur durch eine Umgruppierung gemacht werden können. Dies ist aber damals außerordentlich schwierig gewesen, auch mangels Eisenbahnen. Es wäre vielleicht möglich gewesen, wenn frühzeitig damit begonnen worden wäre. Die Umgruppierung ist jedenfalls nicht zur Zeit gekommen, und die Offensive, die Conrad von Tirol aus unternommen hat, hat keinen Erfolg gehabt. Inzwischen waren auch, wie die Herren wissen, die französischen und englischen Divisionen — es waren im ganzen 11 Divisionen — eingetroffen, und die stellten sich natürlich sofort bereit gegen den drohenden Flankenangriff von Tirol, den man auf italienischer Seite vorausahnte.

Wenn ich richtig verstanden habe, ist auch die Frage aufgeworfen worden, ob nicht auch andere Gründe dafür vorgelegen hätten, daß kein großer Angriff in Italien zustande kam. Auch die Frage des Oberkommandos ist berührt worden. Es ist 1916 öfter eine große Offensive in Italien zwischen Falkenhayn und Conrad besprochen worden, und wie Sachverständige versichern, war doch eine der Fragen, die dabei ausschlaggebend waren: Wer führt den Oberbefehl? Wir konnten unmöglich, wenn wir starke Kräfte dahin abgaben, um dort eine Entscheidung herbeizuführen, den ganzen Oberbefehl an die Österreicher abgeben. Das wäre sehr schwer gewesen. Umgekehrt verlangte es das Prestige der Österreicher unter allen Umständen, daß sie in Italien den Oberbefehl führten, und Conrad hätte niemals eingewilligt — niemals! —, daß ein deutscher

Oberbefehl in Italien stattgefunden hätte. Das war doch etwas, was hinter den Kulissen gespielt hat und einer großen entscheidenden deutsch-österreichischen Offensive in Italien hinderlich gewesen ist.

Es ist die Frage erörtert worden, wir hätten die Etappen rücksichtsloser auskämmen müssen. Ich glaube, da ist alles geschehen, was geschehen konnte. Es sind Kommissionen unter Generalen herumgereist und haben jeden einzelnen Mann in der Etappe nachgeprüft. Das ist soundsooft geschehen, und ich bin überzeugt: es war wirklich dort nichts mehr zu holen. Auch meine persönlichen Erfahrungen als Chef der Heeresgruppe Kronprinz von Bayern, der ein großer Teil der Westfront unterstanden hat, gehen dahin.

Es ist erwähnt worden, wir hätten im Herbst einen Überschuß an Material gehabt. Es ist das insofern richtig, als unsere Geschütz- und Gewehrherstellung reichlich gewesen ist. Insbesondere haben wir einen Überschuß an Gewehren gehabt. Dagegen ist der ungeheure Verbrauch an Munition nicht berücksichtigt worden. Bei unserer ganzen Offensive und auch nachher bei unserer ganzen Rückzugsdefensive haben wir immer Rücksicht auf die Munition nehmen müssen, und unsere strategischen und taktischen Erwägungen sind dauernd durch die Rücksicht auf die Munition beeinflußt worden. Im allgemeinen aber war unsere Herstellung von Munition ausreichend, die Fertigung von Geschützen und Gewehren aber so groß, daß sie eingeschränkt werden konnte.

Abg. Dr. *Moses:* Sie würden also einem Ausspruch, daß das Material reichlich, ja überreichlich da war, nicht zustimmen? Denn schließlich ist die Munition doch das wichtigste.

Sachverständiger *v. Kuhl:* Unter keinen Umständen. Das Hindenburgprogramm setzte eine monatliche Herstellung von soundsoviel Gewehren und Geschützen fest. Es hat sich nachher ergeben, daß man mehr herstellte, als der Abgang betrug, und dann trat eine Einschränkung ein. Aber hinsichtlich der Munition war eher Mangel als Überfluß.

Berichterstatter Abg. Dr. *Deermann:* In dem Gutachten (v. Kuhl, Bd. 3, S. 77) wird von einem Mangel an Munition und Munitionszügen nichts gesagt. Wenn man den Abschnitt 2 liest, kommt man zu dem Eindruck, daß genügend Munition vorhanden war. Es läßt sich ja nicht bestreiten, daß das Heranschaffen der Munition Schwierigkeiten gemacht hat. Darum habe ich in meinem Bericht die Frage gestellt, ob sich nicht doch Betriebsstoffmangel lokal oder im allgemeinen fühlbar gemacht hat. Ich wollte nur darauf hinweisen, vielleicht kann das noch ergänzt werden.

Sachverständiger *v. Kuhl:* Ich gebe zunächst durchaus zu, daß der Betriebsstoff im Laufe des Jahres 1918 ungeheuer knapp wurde, derart knapp, daß das Benzin von General Ludendorff persönlich auf die Heeresgruppen verteilt wurde und von mir z. B. innerhalb der Heeresgruppe jedesmal jedes Quantum auf die einzelnen Armeen je nach der Kampflage verteilt wurde. Ebenso haben wir mit der Munition gearbeitet. Die Herstellung der Munition haben wir durch die außerordentliche Zahl der Rüstungsarbeiter — wir haben ja 2 Millionen Zurückgestellte in der Heimat gehabt, von denen vielleicht 1 Million kriegsbrauchbar war — im Jahre 1918 tatsächlich geschafft. Wir haben durch

Munitionsmangel niemals eine Beeinträchtigung des Kampfes erfahren. Wohl aber haben wir ständig die größte Rücksicht auf die verfügbare Munition nehmen müssen und haben auch unsere Operationen in ihrer Ausdehnung wiederholt danach bemessen müssen, wie weit uns die verfügbare Munition das gestattete. Die Heranschaffung der Munition war natürlich bei der Vorbereitung der Offensive von der größten Wichtigkeit. Sie hat uns außerordentliche Schwierigkeiten bereitet. Man muß sich vergegenwärtigen, was für ungeheures Material in der Vorbereitungszeit für die Märzoffensive an die Front herangeschafft werden mußte. Da mußten die Züge für Verpflegung, für Pioniermaterial, für Munition usw. genau verteilt werden, es stand nur eine beschränkte Zahl von Zügen zur Verfügung, und auch da ging die Munition allem voran. Es mußte aber die Munitionszuführung von der Zahl der insgesamt verfügbaren Eisenbahnzüge abhängig gemacht werden. Die Bahn war aufs äußerste belastet. Wir haben aber die Munition für die Märzoffensive rechtzeitig heranbekommen. Beispielsweise betrug sie für eine Armee allein 1 Million Geschosse. Wir haben sie auch im weiteren Verlaufe der Offensive doch immer noch rechtzeitig und ausreichend bekommen, so daß man wohl sagen kann: der Verlauf der Offensive und der späteren Kämpfe ist durch Munitionsmangel nicht wesentlich beeinträchtigt worden; nur erforderte die Munition immer die größte Rücksicht und hat uns auch wiederholt gezwungen, unsere strategischen und taktischen Maßnahmen danach einzurichten. Eine Einschränkung der Munitionsanfertigung wäre also katastrophal gewesen. Wenn ich richtig verstanden habe, hat der Herr Berichterstatter gemeint, es wäre möglich gewesen, in der Heimat die Rüstungsindustrie einzuschränken, wenn man doch einmal alles auf eine Karte gesetzt hätte.

Berichterstatter Abg. Dr. *Deermann:* Das ist ein Irrtum. Ich habe gefragt, ob es nicht angebracht gewesen wäre, wenn man schon alles auf diese Offensive setzen mußte, die Materialarbeiten, die eine längere Fertigungsdauer beanspruchten, zurückzustellen, z. B. Schiffsbauten, die doch nicht vor Herbst oder Winter fertig wurden oder auch die Anfertigung von Pioniergeräten oder im Kraftfahrwesen diejenigen Sachen, die Monate brauchten, bis sie fertig wurden.

Sachverständiger *v. Kuhl:* Wir waren keineswegs sicher, bis zum Herbst fertig zu werden, sondern mußten uns unbedingt auch auf 1919 einrichten. Das konnte niemand im Kriege voraussagen. Ich beziehe mich auf die Gegner, die mit Sicherheit auf den Kampf 1919 gerechnet haben. Man konnte also nicht ohne weiteres einen Teil der Rüstungsindustrie einstellen in dem Gedanken, daß sie nicht mehr rechtzeitig vor Schluß der Offensive zur Wirkung kommen werde. Der Herr Berichterstatter hat z. B. auf die Kraftwagen verwiesen. Kraftwagen waren mit das Dringlichste, was wir brauchten; wir hatten eine Dringlichkeitsliste für die Industrie aufgestellt. Es war immer ein Kampf; jeder glaubte, der Dringlichste zu sein. Es war schwer, zu entscheiden, was das Dringlichste war. Es ist gesagt worden, es seien Tankmodelle schon sehr frühzeitig bei Beginn des Krieges von Erfindern vorgeführt worden. Es ist mir bekannt, daß Erfinder alles mögliche im Laufe des Krieges vorgebracht

haben. Das kann auch der Fall sein in bezug auf Tankmodelle. Ich glaube aber, daß die Frage der Tanks doch ganz klar liegt. Der Feind ist uns zuvorgekommen. Wir haben die Tanks beim Feinde zu einer Zeit kennengelernt, wo der Feind selbst noch nicht recht etwas damit anzufangen wußte. Der Feind hat sie zuerst in der Sommeschlacht vorgeführt, dort haben sie nicht viel erreicht. Die Engländer und Franzosen behaupten gerade, daß der Umstand, daß ihre eigenen Tanks in der Sommeschlacht nichts geleistet hätten, uns veranlaßt hätte, den Wert der Tanks gering zu schätzen, und daran ist auch etwas Richtiges. Die Feinde haben aber unterdessen weitergebaut und sind nachher mit besseren Modellen herausgekommen. Ihnen stand ja auch die ganze Industrie der Welt zur Verfügung. Für uns war es ungeheuer schwer, sie herzustellen, wir hätten andere Rüstungszweige zurückstellen müssen. Es ist aber im ganzen wohl zuzugeben, daß die Industrie es geleistet hätte, wenn rechtzeitig der Wert erkannt und dann angefangen worden wäre, rücksichtslos zu bauen. Ich kann aber nur immer wieder sagen: es war ständig ein Kampf wegen der Dringlichkeit. Jeder kämpfte um das, was er für dringlich hielt. Ob da nun ein Erfinder schon früher einmal ein Modell gebracht hat, ändert wohl an der ganzen Sache nicht viel.

Weiter ist gesagt worden, die Aussicht der Offensive 1918 sei gering gewesen. Ich kann das nicht zugeben. Man braucht bloß die feindlichen Veröffentlichungen zu lesen über die Wirkung, die unsere Offensive im März 1918 gehabt hat, in welchen Schrecken der Feind geraten ist, wie die Engländer im Begriff waren, auf die Küste zurückzugehen, und die Franzosen auf Paris zurückzuschwenken. Es war, wie von englischer Seite zugegeben worden ist, die schwerste Niederlage, die die Engländer in der Geschichte je erlitten haben. Ich werde im zweiten Teil meines Gutachtens darauf näher eingehen, weil es für die Beurteilung unserer Offensive sehr wesentlich ist. Es hing an einem Haar, dann wären wir durchgekommen. Das wird durch die Veröffentlichungen von Feindesseite immer mehr bestätigt.

Es ist dann noch von der Einwirkung des Mangels an Verpflegung auf die Truppen gesprochen worden. Das spielte natürlich mit. Die Verpflegung wurde knapp und auch eintönig, was natürlich auf die Stimmung mitwirkte. Man muß bedenken, daß das einzige, was der Mann im Graben hatte, die Verpflegung und die Post war. Wenn die Post nicht kam und das Essen nicht gut war, dann war es nichts. Wir waren aber nicht in der Lage, mehr zu leisten. Das wirkte auf die Stimmung ein, war aber bei weitem nicht der einzige Grund, weshalb die Armee in ihrer ganzen Haltung im Sommer nachgelassen hat. Es liegen dafür eine ganze Reihe von Gründen vor, die wohl im zweiten Teil der verschiedenen Gutachten zur Sprache kommen werden.

Berichterstatter Abg. Dr. *Deermann:* In bezug auf die Verpflegung noch eine Frage! Es ist ja bekannt, daß, als bei der Offensive Regimenter und Divisionen in große Depots der Engländer hineinkamen, die in ihrer durch die knappe Ernährung geförderten Stimmung mit großer Freude auf die Vorräte losgingen und dabei immerhin Stunden verloren haben. Auf diesen Punkt wird, nach meiner Meinung allerdings von unberufener Seite, hier und dort in

der öffentlichen Meinung die Schuld geschoben, es wird gesagt: Die ausgehungerten, schlecht gekleideten, den Genüssen des Lebens ganz entfremdeten Soldaten haben sich Stunden oder halbe Tage lang hier und da gütlich getan, dadurch sind Stockungen eingetreten, es hat einen Wirrwarr im Nachschub gegeben, und das war auch schädlich für den Erfolg.

Sachverständiger *v. Kuhl:* Gewiß ist das vorgekommen, so z .B. ist bei Gouzaucourt eine gute Angriffstruppe von uns, die den Ort gestürmt hat, auf einen gerade einfahrenden englischen Verpflegungszug gestoßen und hat sich nun damit beschäftigt, in der Eile von den Vorräten sich so viel anzueignen, wie es ging. Auch anderwärts sind bei unserer Offensive derartige Dinge vorgekommen. So sind wir im April bei Armentières in den eroberten kleinen französischen Städten auf große Weinvorräte gestoßen, die Leute haben sich dieser Vorräte bemächtigt und sich betrunken. Es ist das ja keine besondere Erscheinung des Weltkrieges, sondern eine alte Kriegserscheinung, die jeder Kriegskundige aus der Kriegsgeschichte kennt. Ich kenne einen Fall vom Grafen York von Wartenburg, der doch eine eiserne Disziplin in seiner Truppe hatte. Er hatte — ich glaube bei Châlons — einen Ort mit einer Truppe gestürmt, auf einmal kommt eine Ordonnanz zu ihm und sagt: da vorne ist alles tot, und als man hinging und nachsah, fand man, daß alles betrunken war. Die Truppe hatte Champagner gefunden, hatte ihn für Weißbier gehalten und sich vollständig betrunken. Einzelne sind mit leeren Sektflaschen in der Hand auf den Feind gestürmt, die anderen haben in der Ecke mitten im feindlichen Feuer gesessen und ruhig getrunken. Dadurch ist die ganze Truppe völlig kampfunfähig geworden und mußte abgelöst werden. Solche Erscheinungen kommen im Kriege immer vor. Dabei muß man bedenken, wie unsere Truppe doch strapaziert war und was sie alles ausgestanden hat. Wenn sie einmal in einem solchen Moment aus der Rolle fiel, so ist das wohl zu verstehen. Man muß aber auch bedenken, in welche kolossale Erregung ein Ortskampf die Truppe bringt, wenn sie in jedem Hause, in jeder Ecke Feinde sieht und überall beschossen wird. In einem solchen Augenblick sind die Leute ihrer Sinne nicht mehr mächtig. Das sind Kriegserscheinungen.

Sachverständiger Dr. *Delbrück:* Ich möchte zunächst meine ausdrückliche Zustimmung zu dem Satze von Exzellenz v. Kuhl erklären, daß man den Feldherrn nicht nach einzelnen Fehlern beurteilen dürfe, da auch die allergrößten Feldherren, wie Napoleon, Friedrich, Moltke sehr viele Fehler gemacht haben. Aber es gibt zuletzt eine Grenze zwischen fähigen und unfähigen Feldherren, und es kommt auf die Art der Fehler an, die gemacht worden sind, wie man den Feldherrn einschätzt, und da hat der Herr Berichterstatter geglaubt, den General Ludendorff noch besonders in Schutz nehmen zu sollen gegen den etwaigen Vorwurf, daß er mala fide gehandelt habe. Ich wüßte nicht, daß ein solcher Vorwurf irgendwo gegen ihn erhoben worden ist oder erhoben werden könnte; denn damit würde er ja gegen seinen eigenen Ruhm und seine eigene Stellung gearbeitet haben. Das muß natürlich vollständig ausschalten. Aber etwas anderes ist es doch, ob General Ludendorff — und auf den kommt es an, und ich möchte nicht von der O.H.L. sprechen, sondern immer von General

Ludendorff —, ob er das volle sittliche Verantwortlichkeitsbewußtsein für das, was er unternahm, gehabt hat, ob er wirklich die absolute Zuversicht in den Sieg gehabt hat, die ihm von anderer Seite nachgerühmt worden ist, oder ob er im Grunde seines Herzens gewußt hat, wie schwach wir standen und wie gering unsere Aussichten waren. Ich habe aus dem, was auch Vertraute von ihm gesagt haben, die Überzeugung gewonnen, daß er im Grunde seines Herzens sehr zufrieden gewesen wäre, wenn wir einen Verständigungsfrieden geschlossen hätten, daß er aber diese absolut notwendige Ergänzung seiner Strategie nicht selbst vorschlagen wollte, weil die Nachgiebigkeit auf die Diplomatie fallen sollte, weil er wünschte, daß er als der große Soldat, der Führer des Degens, der tapfer durchhaltende Mann dastehen und es der Diplomatie überlassen wollte, nachher den unpopulären Frieden, der der Schlappheit, der ungenügenden Kraft der Federführer zugeschrieben wurde, zu schließen. Damit hängt auch sehr die Frage zusammen, die nicht ganz mit Unrecht hier zurückgestellt worden ist, die Frage des Angriffspunktes. Der Herr Berichterstatter ist wesentlich auf die Frage eingegangen, ob in Italien oder an der Westfront angegriffen werden sollte. Es handelt sich aber an der Westfront doch sehr darum, an welcher Stelle hier angegriffen werden konnte. Darauf wird Exzellenz Kuhl im zweiten Teil seines Gutachtens wohl eingehen, und wir können das zurückstellen. Ich mache nur von vornherein darauf aufmerksam, daß die Frage nicht so gestellt ist: Angriff oder nicht, sondern der Angriff kann einen sehr verschiedenen Sinn haben. Der Angriff, wie ihn General Ludendorff angesetzt hat, konnte gar nicht zu einem wirklich großen strategischen Erfolge führen, sondern nur zu einem wesentlich taktischen Erfolge, wie er es getan hat, und dieser Erfolg ist sehr groß geworden infolge wahrhaft ungeheuerlicher Fehler, die unsere Feinde gemacht haben. Nicht etwa haben wir den letzten Erfolg nicht erreicht, weil uns irgendein Unglück oder ein Versagen daran gehindert hätte, sondern wir sind dem Erfolge nahe gekommen, weil wir auf ganz unberechenbar günstige Verhältnisse gestoßen waren.

Sehr wesentlich scheint mir als Ergänzung des in dem Gutachten des Generals v. Kuhl Vorgetragenen zu sein, was er uns heute über die Munition gesagt hat, in dem Sinne, daß auch operative, strategische Erwägungen durch die ungenügende Menge von Munition beeinträchtigt und beeinflußt worden sind. Davon habe ich selbst bisher nicht die richtige Vorstellung gehabt, und das wird auch für die zukünftige Betrachtung sehr herangezogen werden müssen.

Auf weitere Einzelheiten will ich nicht eingehen, aber noch eine prinzipielle Frage an den Herrn Berichterstatter stellen, nämlich, ob er feststellen könnte, daß zwischen dem sachlichen Inhalt unserer verschiedenen Gutachten wesentliche Differenzen sind. Wenn das der Fall wäre, müßte doch auf diese Differenzen eingegangen werden. Im einzelnen hat der Herr Berichterstatter hervorgehoben, daß ich in meinem Gutachten nicht genügend die Zeit festgestellt hätte, in der aus der Ukraine dieses oder jenes hätte geleistet werden können oder geleistet worden ist. Ganz richtig; ich möchte nur ausdrücklich bemerken, daß das, was der Herr Berichterstatter ausgeführt hat, meine Aufstellung nicht abschwächt, sondern verstärkt. Meine Aufstellung ging dahin, daß wir aus der

Ukraine in der Tat im großen und ganzen wenig bekommen haben, und nun stellt sich noch heraus, was ich nicht genügend beachtet habe, daß die wesentliche Leistung erst eingetreten ist zu einer Zeit, wo sie gar nicht mehr ins Gewicht fiel. Über diese Frage, ob zwischen dem Gutachten der Sachverständigen wesentliche Verschiedenheiten sind, abgesehen von der Verschiedenheit des Urteils, der Verschiedenheit des Tons und der Akzente, sollte der Herr Berichterstatter sich wohl noch besonders äußern; denn das muß wohl auch für die Wirkung nach außen von Bedeutung sein.

Sachverständiger *v. Kuhl:* Ich komme im zweiten Teil meines Gutachtens ja auf die Durchführung der Offensive, und dabei wird der ganze Angriffsplan besprochen, ob man da oder da hätte angreifen können. Es ist ja das Verhältnis umgedreht worden. Der Herr Geheimrat Delbrück sollte ein Korreferat zu meinem Gutachten erstatten. Ich muß jetzt ein Korreferat zu dem Gutachten des Herrn Geheimrats geben, und ich werde das auch tun und werde meine Meinung über die Offensive 1918, die mit der des Herrn Geheimrats in keiner Weise übereinstimmt, zum Ausdruck bringen und begründen, so gut ich kann. Ich darf aber einen Punkt schon jetzt nicht unwidersprochen lassen. Der Herr Geheimrat sagte, General Ludendorff sei, wie auch Vertraute von diesem gesagt hätten, wohl für einen Verständigungsfrieden gewesen, aber er hätte die Anbahnung eines Verständigungsfriedens auf die Diplomatie abschieben wollen, um selbst als der große Mann dazustehen. Ich glaube, daß ich auch sagen kann, daß ich ein Vertrauter von Ludendorff gewesen bin, insofern, als ich als Chef der Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht jeden Tag persönlich oder am Telephon mit ihm gesprochen und verhandelt und alle Angriffsentwürfe mit ihm durchgesprochen habe. Gewiß war er jederzeit für einen Frieden zu haben, der sich einigermaßen mit unserer Ehre vertrug. Davon aber, daß er die Anbahnung eines solchen Friedens auf die Diplomatie abgeschoben hätte, ist mir nichts bekannt. Er war nur der Meinung, der wir alle gewesen sind, daß unsere Gegner nicht im geringsten daran dachten, einen Verständigungsfrieden mit uns abzuschließen, daß sie, wie sie jetzt auch selbst überall in ihren Veröffentlichungen sagen, zu Beginn des Jahres 1918, als sie sich überlegten, was wohl an Operationen im Jahre 1918 in Frage käme, samt und sonders auf dem Standpunkt standen, daß sie im Laufe des Jahres 1918 durch die ungeheuren Materialbestellungen, die sie gemacht hatten und die im Sommer fertig werden mußten, ferner durch das Eintreffen der Amerikaner die Überlegenheit erlangen würden. „Darauf warten wir, und dann werden wir die Offensive beginnen, mit der sicheren Aussicht auf Erfolg"; „von einer Verständigung ist keine Rede"; „der Krieg kann nur mit dem Sieg der einen und der unbedingten Niederlage der anderen Partei endigen"; das sind die militärischen Äußerungen, die ich kenne, und mir ist keine einzige militärische Äußerung bekannt, die sich anders ausdrückte. Auf diesem Standpunkt haben auch wir gestanden: Der Feind will keine Verständigung; er weiß, daß er im Sommer die Überlegenheit bekommt; darauf wartet er, und dann will er uns niederwerfen; für uns bleibt also nichts anderes übrig, als ihm zuvorzukommen, ehe er diese Überlegenheit hat, ihn anzugreifen und den Sieg zu erringen. Bis

zu welchem Grade der Sieg möglich sein würde, ob es gerade ein Zerschmetterungssieg werden würde, das war uns selbst nicht sicher. Ob wir einen solchen absolut entscheidenden Sieg erringen würden oder nicht, das konnte niemand vorauswissen. Es war aber auch möglich, eine solche Wendung im Kriege herbeizuführen, daß der Feind friedenswillig wurde. Auch den Gedanken haben wir erwogen. Über den Grad des Sieges also konnte niemand etwas voraussagen, der Versuch aber mußte gemacht werden, durch den Sieg der Zerschmetterungsabsicht des Feindes zuvorzukommen, die er unbedingt für den Sommer hatte, wenn die Überlegenheit, die er zu bekommen erwartete, eingetreten war.

Es ist ferner vom Herrn Geheimrat gesagt worden, wir hätten unseren Erfolg bei der Märzoffensive nur den ungeheuerlichen Fehlern des Gegners zu verdanken.

(Sachverständiger Dr. *Delbrück:* So ganz habe ich das nicht gesagt! Nicht den Erfolg als solchen, sondern den ungeheuren Grad des Erfolges, daß wir uns dem absoluten Sieg so genähert haben — das verdanken wir den Fehlern. Das ist ein großer Unterschied.)

Ich habe mir aufgeschrieben: „den ungeheuerlichen Fehlern der Gegner". Ich stehe doch auf dem Standpunkt, daß wir den Erfolg zum größten Teil den ungeheuren Leistungen unseres Heeres zu verdanken haben,

(Sachverständiger Dr. *Delbrück:* Dem widerspreche ich gar nicht!)

das in einer Weise für den Kampf vorbereitet worden ist, die meiner Ansicht nach die größte Leistung des Generals Ludendorff im Weltkrieg bedeutet. Wie er es verstanden hat, die Truppe, die $3^1/_2$ Jahre im Graben gestanden hat, wieder für diesen Angriff zusammenzuarbeiten, sie auszurüsten, sie für ihre große Aufgabe vorzubilden, wie er es verstanden hat, sie aus der jahrelangen Defensive des Stellungskrieges zur Offensive umzustellen — das ist eine ungeheure Leistung gewesen. Auch der strategische Gedanke ist, wenn man hier und da auch darüber streiten kann, was besser oder nicht besser gewesen wäre — hinterher ist das leicht zu sagen —, auch die Führung ist im großen und ganzen bei der Offensive so gewesen, daß sie einen besseren Erfolg, als sie ihn wirklich gehabt hat, wohl verdient hätte. Ich muß also ohne Einschränkung sagen, daß unser Heer und unsere Führung sich diese Leistungen und diesen großen taktischen Erfolg selbst zuzuschreiben haben.

Über die Fehler des Gegners werde ich mich im II. Teil des Gutachtens ausführlich aussprechen. So ungeheuerlich sind die Fehler nicht gewesen, durchaus nicht. Es sind Fehler gewesen, wie sie in jedem Kriege der Koalitionen gemacht wurden. Wir haben an der Naht die Engländer und Franzosen angegriffen, wie Napoleon 1796 auch auf der Naht die Piemontesen und Österreicher angriff. Wir haben in der Mitte durchgestoßen, und darauf wollten die Engländer auf die Küste, die Franzosen auf Paris zurückgehen. Das ist eine ganz naturgemäße Erscheinung, mit der wir gerechnet haben. Das sind nicht ungeheuerliche Fehler, sondern die Fehler, die noch in jedem Koalitionskrieg pünktlich eingetroffen sind, und wir haben mit ihnen gerechnet.

Nicht gerechnet haben wir mit einem großen, für den Feind vorteilhaften

Ereignis, daß nämlich diese schwere Niederlage, die er erlitten hatte, zu einem einheitlichen Oberbefehl geführt hat. Das ist für uns der Wendepunkt gewesen. Wenn dieser einheitliche Oberbefehl durch den General Foch nicht am 26. März in Doullens durchgesetzt worden wäre, wäre es bei den auseinandergehenden Interessen der Engländer und Franzosen geblieben, und es wäre nicht gelungen, bei Amiens den Widerstand in der Lücke so zu versteifen. Es ist das das ausdrückliche Verdienst des einheitlichen Oberbefehls durch General Foch, wobei man nur bedauern kann, daß wir niemals zu einem solchen einheitlichen Oberbefehl gekommen sind. Meiner Ansicht nach war das, wie gesagt, der Wendepunkt des Krieges. Sonst wären wir durchgebrochen. Das ist meine felsenfeste Überzeugung. Nicht durch ungeheure Fehler des Feindes ist unser Erfolg entstanden, sondern im Gegenteil war es für den Feind ein ungeheurer Vorzug, zur rechten Zeit den einheitlichen Oberbefehl eingeführt zu haben. Das hat uns an der letzten Ausbeutung unseres großen taktischen Sieges verhindert.

So stehen sich die Ansichten gegenüber, Herr Geheimrat.

Vorsitzender Abg. D. Dr. *Kahl:* Es wünscht nun Herr Geheimrat Delbrück das Wort. Ehe ich es Ihnen erteile, möchte ich mir erlauben, selbst eine Frage an Sie zu richten, die Sie bei Ihren Ausführungen vielleicht freundlichst mit berücksichtigen. Sie betrifft die vielumstrittene Person Ludendorffs, von der ja noch viel die Rede sein wird. Ich kann hier feierlich und gewissenhaft erklären: ich stehe ihm mit dem Wunsche absoluter Objektivität gegenüber, ich bin ihm gegenüber weder von Haß noch viel weniger von Liebe erfüllt, und ich wünsche, auch ihm gegenüber lediglich das rein objektive geschichtliche Resultat hier festzustellen. Aber eines ist mir doch unklar. Sie haben ausgeführt, Ludendorff sei an sich durchaus auch einem Verständigungsfrieden geneigt gewesen. Ludendorff hätte die Schwäche der deutschen Position doch sehr wohl gekannt, und trotzdem seien, wenn ich Sie richtig verstanden habe, für ihn — ich möchte es mit einem Wort kurz ausdrücken — Momente persönlichen Ehrgeizes maßgebend gewesen, d. h. der Gedanke, daß er als der große Sieger hervorgehen solle. Aus diesen Gründen habe er sich trotz der Erkenntnis entschlossen, schließlich die Offensive zu ergreifen.

(Sachverständiger Dr. *Delbrück:* Nein, so nicht!)

Wollen Sie das dann nachher richtigstellen!

Nun sage ich: Diese Momente sind doch innerliche Gefühle, dem Auge nicht erkennbar. Welches sind die Tatsachen, aus denen der Herr Sachverständige glaubt schließen zu dürfen oder zu müssen, daß dies der innerste Grund und die Seelenstimmung Ludendorffs war? Denn ich würde, wenn sich das als wahr erweist, darin allerdings eine ungeheure Pflichtwidrigkeit erkennen müssen, wenn er als militärische Autorität sich gesagt hätte: Ich kann es vielleicht nicht erzwingen, aber trotzdem: ich will als der große Sieger erscheinen, wenn ich es erzwungen habe.

Ich bitte Sie also, diese meine Gedankengänge bei Ihrer Antwort zu berücksichtigen und erteile Ihnen das Wort.

Sachverständiger Dr. *Delbrück:* Ich glaube, das bereits in meinem Gutachten

ausgeführt zu haben, wo ich aus den eigenen Veröffentlichungen des Generals Ludendorff nachgewiesen habe, daß er an die Möglichkeit des Verständigungsfriedens, des Wilson-Friedens, geglaubt hat. Das sagt er mit runden Worten. Der Öffentlichkeit und dem Auswärtigen Amt gegenüber hat er das nicht vertreten; er wäre verpflichtet gewesen, das dem Auswärtigen Amt mitzuteilen und darauf zu dringen, daß ein Verständigungsfrieden eingeleitet würde. Ob Herr von Kühlmann und Graf Hertling das fertiggebracht hätten, ist eine andere Frage. Es fragt sich, ob der General Ludendorff diese seine Meinung dem Auswärtigen Amt und der Öffentlichkeit gegenüber, wenn er das Presseamt so walten ließ, wie er es für richtig hielt, mit der genügenden Klarheit, Festigkeit und Bestimmtheit zum Ausdruck gebracht hat, daß er einen Verständigungsfrieden für möglich halte.

Exzellenz v. Kuhl sagt: Mir ist keine einzige militärische Stimme von der Gegenseite bekannt, die einen Verständigungsfrieden gewollt hätte; die Gegner haben immer unsere vollkommene Niederkämpfung im Auge gehabt. Ich mache Exzellenz v. Kuhl darauf aufmerksam, daß es nicht auf die militärischen, sondern auf die politischen Stimmen ankommt. Und da haben wir doch die Äußerungen von Asquith und Leo Maxse, daß Lloyd George noch im Frühjahr 1918 zu einer Verständigung bereit gewesen sei. Das sind am Ende Zeugnisse, auf die man sich sehr wohl berufen kann.

Berichterstatter Abg. Dr. *Deermann:* Ich muß, da die Gutachter sich nicht einig sind, auch Exzellenz v. Kuhl mit in meine Antwort hineinziehen. Ich möchte auf die Frage des Gutachters Prof. Delbrück, ob ich sachliche Differenzen zwischen seinem und dem Gutachten von Exzellenz v. Kuhl gefunden habe, folgendes sagen: Sachliche Differenzen, abgesehen von denen, die ich vorgetragen habe, habe ich nicht gefunden. Sie sind auch kaum zu finden aus dem Grunde, weil das Gutachten des Herrn Prof. Delbrück über die Tatsachen, die Exzellenz v. Kuhl angeführt hat, sachlich kaum hinausgeht. Vorhanden ist eine Differenz z. B. bezüglich der Ukraine, wo Herr Prof. Delbrück sagt, daß nach einem Sachverständigen, den er kennenlernte, der Schmuggel aus der Ukraine besonders bei Pferden und Rindern hätte Erfolg haben müssen. Aber sonst ist im ganzen aus dem Grunde, weil ein selbständiges Ausarbeiten der militärischen Grundlagen neben und über die Arbeit des Herrn General v. Kuhl bei Herrn Prof. Dr. Delbrück, soweit ich sehe, nicht stattgefunden hat, auch keine Differenz festzustellen.

Ich möchte über diese Tatsache hinaus zu der Ukraine und den Schmuggelleistungen noch folgendes anführen: In dem Buche des Grafen Czernin über den Krieg wird ausgeführt, daß durch Schmuggel und freien Handel 15000 Waggons Lebensmittel nach Österreich-Ungarn bzw. Deutschland gekommen sind. Infolgedessen und infolge der Feststellung des Herrn Prof. Delbrück habe ich geglaubt, annehmen zu sollen, daß durch den freien Handel und durch den Schmuggel besonders dann, wenn wir zu einem anderen Verhältnis zu Rußland gelangt wären, doch etwas Wesentliches zu erreichen gewesen wäre, und zwar vor dem August und vor allem an Rindvieh und Pferden, die bis August den Hauptbestandteil der Einfuhr gebildet haben.

Grundsätzlich möchte ich folgendes sagen: Post festum sind die Fehler leicht zu erkennen. Für mich wären sie vorher — das muß ich natürlich ohne weiteres zugeben — überhaupt kaum zu erkennen gewesen, wohl für die meisten von uns nicht. Aber ihre Feststellung, soweit sie als Tatsachen vorliegen, ist notwendig.

Dieses bedeutet aber, weil die Fehler in der militärischen Grundlegung der Offensive von 1918 heute viel leichter festgestellt werden können, für die O.H.L. noch nicht ein so niederschmetterndes Ergebnis. Allein aus den hier festgestellten Fehlern in der militärischen Grundlage der Offensive kann ein Gesamturteil über die Qualitäten der Führer nicht ausgesprochen werden. Das gebe ich ohne weiteres zu und möchte auch ein solches Urteil durchaus hier verhindern, zumal auf der andern Seite die großen Leistungen in der Vorbereitung und Durchführung hier gar nicht in gleichem Maße hervorgehoben worden sind. Wenn wir uns bei der Beurteilung auf diese Fehler, die wir jetzt erkennen, beschränken wollten, käme ein ganz falsches Bild der Führer heraus. Ihre Feststellung ist aber notwendig, denn wir tun es um der Wahrheit willen und um für die Zukunft zu lernen. Ich fasse unsere Stellung hier ähnlich so auf wie die des Thukydides, welcher, nachdem Athen den peloponnesischen Krieg im wesentlichen schon verloren hatte, sein Volk für die Zukunft aufklären wollte.

Der Schlußsatz in meinem Antrage war doch wohl nötig. Ich habe damit bezüglich dieses ersten militärischen Teils — ich scheide den Operationsteil grundsätzlich aus — feststellen wollen, daß eine sittliche Verfehlung der O.H.L. sich hier in keiner Weise beweisen läßt. Ich halte diesen Satz um so mehr hier für notwendig, als ja von einem Herrn Gutachter eine solche sittliche Verfehlung angenommen wird und sein Gutachten die beiden Teile ineinander verschlungen hat.

Die Äußerung von Exzellenz v. Kuhl über Doullens und den Wendepunkt, der hier durch die Herstellung des einheitlichen feindlichen Oberbefehls herbeigeführt wurde, trifft nach den Erinnerungen des Generals Haig zu. Aber ich möchte doch sagen, daß die Herstellung des einheitlichen Oberbefehls nach meiner Auffassung zu spät gekommen wäre oder in ihrer ersten Wirkung hätte überwunden werden können, wenn auf der deutschen Seite genügend Truppen sowie genügend Beweglichkeit derselben und hinreichendes Material vorhanden gewesen wäre. Es fehlte uns an gut berittenen und ausgerüsteten Kavalleriedivisionen und Fuhrparks, an Tanks und Benzin.

Sachverständiger Dr. *Delbrück:* Es rückt nach meiner Meinung immer wieder in den Mittelpunkt jeder strategischen Erwähnung, welchem Zwecke die Offensive dienen sollte, ob Niederwerfungssieg oder ein Verständigungsfrieden. Darum ist die Frage des Verständigungsfriedens auch aus unseren Erwägungen schlechterdings nicht auszuscheiden. Da will ich noch ausdrücklich hinzufügen, daß so häufig falsch argumentiert wird, die Erzbergersche Friedensresolution habe auf der Gegenseite anfeuernd gewirkt oder habe den Eindruck hervorgerufen, als ob Deutschland schwach würde. Herr Dr. Herz hat ausführlich aus den englischen und französischen Parlamentsakten nachgewiesen, daß die Erzbergersche Friedensresolution die entgegengesetzte Wirkung gehabt hat, daß sie drauf und

dran war, die Kriegstüchtigkeit und den Kriegswillen auf der Gegenseite wenn nicht zu brechen, so doch wesentlich zu schwächen, als die Wirkung der Friedensresolution durch die unselige Erklärung v. Michaelis wieder aufgehoben wurde.

Sachverständiger *Katzenstein:* Ich will nur zu wenigen Punkten dieser Diskussion einiges bemerken. Es ist jedenfalls nützlich, daß durch die Feststellung des Herrn General v. Kuhl eine Aufklärung über die tatsächlichen Machtverhältnisse verbreitet worden ist. Man hört und liest ja von Leuten, die eigentlich unterrichtet sein sollten, bei uns immer noch, daß Deutschland gegen eine 7—8fache Übermacht gekämpft habe und unterlegen sei. Daß tatsächlich die Kräfte einigermaßen oder nahezu in entscheidenden Punkten gleichwertig gewesen sind, ist eine überaus wichtige Erkenntnis.

Zu den Fragen, die hier behandelt worden sind, möchte ich etwas ergänzend bemerken. Es war davon die Rede, ob es möglich gewesen wäre, unsere Truppenzahl ebenbürtig oder stärker als die des Feindes hinzustellen, und es sind auch die Menschenmassen, die dafür in Frage kommen konnten, erwähnt worden. Nicht erwähnt ist eine andere Frage. Es wird von gewichtiger Seite — mir sind da eine Reihe von Dingen bekannt — darauf hingewiesen, daß man bei uns — und nicht etwa in der letzten Zeit; da vielleicht am wenigsten, sondern früher — mit dem Menschenmaterial zum Teil überaus unvorsichtig umgegangen ist. Es ist ja eine bekannte Tatsache, die auch amtlich von seiten der O.H.L. und ihrer Freunde sehr häufig betont wird, daß das Offizierkorps in den ersten Kriegsjahren ungeheure Verluste erlitten hätte und vollständig zusammengeschmolzen sei. Ähnliches läßt sich in bezug auf die Verwertung der Truppen feststellen. Es ist an manchen Stellen — ich glaube, nicht an den maßgebenden, aber doch an manchen Stellen — in geradezu frivoler Weise das Menschenmaterial eingesetzt worden. Es hat sich so eine Art Ehrbegriff herausgebildet, als ob große Blutopfer gewissermaßen eine Art Verpflichtung der Truppen darstellten und den Führer nicht etwa schwer belasteten, sondern ihm unter Umständen zur Ehre gereichten.

In bezug auf die Technik möchte ich folgendes bemerken: Herr General v. Kuhl hat gegenüber der Frage des Herrn Dr. Herz darauf hingewiesen, daß in jedem Kriege sich alle möglichen Erfinder bemerklich machen. Ich glaube, die Frage ist damit doch nicht entschieden. Es liegen gewichtige Angaben dafür vor, daß tatsächlich brauchbare Vorschläge vorgelegen haben, und daß auf diesem Gebiete, wie auch auf einigen anderen, so auch in der Frage der Flugzeuge, die technische Leitung der Heeresverwaltung im Anfang nicht auf der Höhe gestanden hat; wie es ja auch von militärischen Sachverständigen zugegeben wird, daß das Verständnis und selbst das Interesse für die Technik in weiten und maßgebenden Kreisen gefehlt habe. Ich will nur auf den Obersten Bauer verweisen, der gerade in der Frage der Tanks im Gegensatz zu Herrn General v. Kuhl erklärt: Der Kraftwagen war nicht das dringlichste, sondern Lastwagen und dergleichen Dinge. Er weist darauf hin, daß der Mann, der in der O.H.L. die technischen Fragen zu erledigen hatte, diesen durchaus nicht gewachsen gewesen sei.

Es ist von General v. Gleich und verschiedenen anderen darauf hingewiesen

worden, daß man der Technik nicht das genügende Interesse und Verständnis entgegengebracht habe.

Was die Frage der Verpflegung betrifft, so ist es ja selbstverständlich, daß unter den damaligen Verhältnissen von einer guten Verpflegung auch des Heeres nicht mehr die Rede sein konnte. Ich glaube, man wird hier auf das zuletzt gebrauchte Wort von der sittlichen Verfehlung kommen müssen, weniger bei den obersten leitenden Personen, als bei weiten Schichten maßgebender Kreise, die trotz der überaus mangelhaften Versorgung ihre eigene Versorgung in keiner Weise eingeschränkt, sondern teilweise sogar üppig gestaltet haben, und wir werden — das wird ja beim zweiten Teil der Offensive, beim Mißlingen der Offensive sehr stark ins Gewicht fallen — finden, wie diese Verhältnisse, wie der Gegensatz zwischen Mannschaft und Offizier und Mannschaft und anderen Kreisen nach der seelischen Seite überaus niederdrückend und aufreizend auf die Mannschaft gewirkt hat, und daß das, was als Wirkung revolutionärer und sonstiger Agitation hingestellt wird, sich, glaube ich, zum größten Teil auf diese Quellen zurückführen läßt.

Die Frage, ob der Durchbruch an äußeren Dingen, die nicht notwendig waren, gescheitert ist, will ich in dem Zusammenhange auch berühren; denn ich weiß nicht, ob es eine unabweisbare Kriegsnotwendigkeit immer gewesen ist, daß Vorräte und namentlich Vorräte an Getränken eine so starke Einwirkung auf vordringende Truppen ausüben mußten, wie das bei uns der Fall gewesen ist. Ich erinnere mich einer Äußerung, die ich natürlich nicht als autoritativ mir zu eigen machen kann, die aber doch kennzeichnend ist, daß jemand im Felde berichtet: Man braucht bloß ein paar Fässer Wein auf die Straße hinzustellen, um jede deutsche Offensive aufzuhalten. Ich glaube, die ganze Einstellung zu diesen Dingen hing offenbar auch mit diesem Ergebnis zusammen. Ich wollte das nur angedeutet haben, weil es in der heutigen Auseinandersetzung eine Rolle gespielt hat.

Nur noch das eine über die Stellung Ludendorffs zum Verständigungsfrieden! Ich erinnere mich doch, daß der Vertreter der O.H.L., der Oberst v. Haeften, nach der damaligen Auffassung maßvolle Forderungen für den Frieden aufgestellt hat. Ich habe aus dem Ganzen mehr den Eindruck gewonnen, als ob Ludendorff an sich mit nicht zu weitgehenden Errungenschaften sich würde begnügt haben, daß er es aber aus einer falschen psychologischen Einstellung für notwendig gehalten hat, dem Volke, den breiten Schichten große Zukunftsziele vor Augen zu stellen, um auf diese Weise nach seiner Meinung ihre Fähigkeit und ihren Willen zum Durchhalten zu stärken. Das Ergebnis ist meines Erachtens das entgegengesetzte gewesen.

Sitzung, Montag, den 9. Juli 1923

Gutachten des Sachverständigen Katzenstein

Sachverständiger *Katzenstein* gab zunächst die Richtlinien an, denen er bei Abfassung seines Gutachtens über die Frage: „Sind Rückschläge in den Kampf-

handlungen des Jahres 1918 auf Mißstände im Heer zurückzuführen?" gefolgt ist. Er führte aus:

Wenn mir die wenig angenehme Aufgabe geworden ist, als eine Art Totenrichter über Anklagen gegen ein gestürztes System hier zu berichten, so ergibt es sich ganz von selbst, daß meine Arbeit in einem gewissen Sinne eine einseitige Richtung nehmen mußte, natürlich nicht in dem Sinne einer Voreingenommenheit in irgendwelcher Richtung, aber doch insoweit, als es meine Aufgabe ist, Anklagen zu prüfen; und wenn ich zu dem Ergebnis komme, daß diese Anklagen in einem bestimmten Umfange gerechtfertigt sind, so ist damit ein abschließendes Urteil über die Zustände des Heeres, dessen Mißstände ich hier zu prüfen habe, noch nicht gegeben. Die Tatsache, daß dieses Heer in Führung und Mannschaft auch unter den Umständen, unter denen es gearbeitet hat, große Taten vollbracht hat, daß überaus bedeutsame Leistungen geistiger und materieller Art von ihm vollbracht worden sind, wird dadurch nicht aus der Welt geschafft, daß — wie meines Erachtens sich ergeben wird — eine beträchtliche Reihe sehr ernster Mißstände dieses Heeres festzustellen sein wird.

Wenn ich es hier nicht unternommen habe, den ganzen Bericht, den ich Ihnen vorzutragen habe, schriftlich niederzulegen, so werden die Herren bald erkennen, daß das eine besondere Schwierigkeit deswegen geboten hätte, weil meine Aufgabe es erfordert, zahlreiche Einzelheiten, gewissermaßen kleine Steine zu einem Mosaik zusammenzutragen; und es wird sich wohl erst im Laufe der Aussprache zeigen, inwieweit dieser ganze Stoff in den Bericht oder etwa in Anmerkungen oder Anlagen aufzunehmen sein wird.

Die Arbeitsteilung, die der Unterausschuß beschlossen hat, stellt die Frage nach der Mitwirkung von Mißständen im Heere neben eine Reihe anderer Fragen. Schon daraus ergibt sich, daß sie nicht darauf gerichtet ist, ob vorhandene Mißstände *die* Ursache des Kriegsausganges gewesen seien, es handelt sich vielmehr um eine Mitwirkung neben wirkenden Kräften anderer Art, als welche vornehmlich Stärke und Ausrüstung des Heeres, die Entschlüsse der militärisch und politisch maßgebenden Personen, die Einwirkungen von Mißständen wirtschaftlicher und sonstiger Art in der Heimat, schließlich mit oder gegen den Willen ihrer Träger auf das Versagen der Heereskraft einwirkende politische Einflüsse in Betracht kommen.

Die Frage, die hier zur Beantwortung steht, ist indes auch in dieser Einschränkung überaus umfassend. Sie bezieht sich auf ein Millionenheer, auf dessen körperliche und seelische Betätigung in mannigfachster Art. Wenn z. B. an sich die Stärke und die Ausrüstung des Heeres nicht in den Bereich der hier zu behandelnden Aufgaben gehört, so wird sie doch berührt durch die Prüfung, ob etwa durch eingewurzelte Verfehlungen, Versäumnisse oder Vorurteile allgemeine Schwächung wichtiger Kraftquellen erfolgt ist. Ebenso gehört an sich die Untersuchung der Truppenverpflegung, die Versorgung mit Unterkunft, Heilmitteln usw. in der Hauptsache in andere Zusammenhänge; dennoch ist sie hier insoweit zu behandeln, als dabei nach dem Vorhandensein von Mißständen, d. h. vermeidbaren pflicht- und vernunftwidrigen Handlungen oder Unterlassungen allgemeiner Art gefragt wird.

Da unsere Aufgabe nicht strafrechtlicher, sondern geschichtlicher Art ist, richtet sich die Prüfung an sich nicht auf schuldhaftes Verhalten einzelner, vielmehr kommen Einzelfälle nur so weit in Betracht, als aus ihnen Schlüsse auf Zustände, allgemeine oder doch häufige Erscheinungen zu ziehen sind. In der Hauptsache ist danach zu prüfen, ob allgemeine oder weitverbreitete Zustände festzustellen sind, die der Aufgabe, der Kampfesfähigkeit oder dem Kampfwillen des Heeres nachteilig waren und die dabei nicht auf unabwendbaren Verhältnissen beruhten, sondern dem schlimmen oder unzugänglichen Willen oder der mangelnden Einsicht wesentlicher Bestandteile des Heeres zuzumessen sind. Danach kommt nicht jeder etwa vorhandene Mißstand hier in Betracht, vielmehr nur solche Mißstände, die irgendwie auf das Endergebnis von Einfluß gewesen sind. Die Frage lautet ja nicht, ob überhaupt Mißstände festzustellen sind, sondern, ob auf solche Mißstände Rückschläge in den Kampfhandlungen zurückzuführen sind. Ein Zusammenhang muß vorliegen, doch darf er nicht zu eng gefaßt werden. Bedenkt man, daß die ungeheuren Leistungen, die von dem deutschen Heere dauernd und namentlich im letzten Halbjahre zu vollbringen waren, von einer inneren Kraft getragen sein mußten, die nicht zu trennen ist von allen Betätigungen des leiblichen wie des Seelenlebens, daß eine Anspannung und Überspannung aller Kräfte, wie sie hier gefordert wurde, gefördert oder gehemmt werden mußte, nicht weniger durch die ganze Geistes- und Gemütsverfassung als durch den körperlichen Zustand und die zu Angriff und Abwehr taugliche Ausstattung des Heeres, so ist es klar, daß auch manche Dinge, deren Zusammenhang mit den Vorgängen seit Juli 1918 nicht unmittelbar ins Auge fällt, doch letzten Endes von mitentscheidender Bedeutung sein mußten.

Die Bedeutung festgestellter Mißstände würde nicht erschüttert, wenn festgestellt wäre, daß sie auch in früheren Kriegen bestanden haben, ohne deren Erfolg zu verhindern, ebensowenig durch etwa in den feindlichen Heeren und Ländern festgestellte Mißstände. Alle Verhältnisse sind zeitlich und örtlich so verschieden, daß eine einfache Gleichsetzung irgendwelcher Tatbestände untunlich ist. Man kann mit Sicherheit sagen, daß bestimmte Dinge, wie etwa Übergriffe von Vorgesetzten, Gegensätze in der Verpflegung und anderes, je nach dem Volkscharakter, den in Betracht kommenden Volksschichten, den sozialen und politischen Verhältnissen, der absoluten Verpflegungsmenge und -beschaffenheit eine ganz verschiedene Tragweite haben. Der Vergleich aber mit ausländischen Heeren ist schon darum nur in ganz beschränktem Maße statthaft, weil in einem Heere, das zahlenmäßig wie in Ausrüstung und Verpflegung seinen Gegnern nach den Bevölkerungs- und Versorgungsverhältnissen auf die Dauer im steigenden Maße nachstehen mußte, die persönliche Leistung und das persönliche Verhältnis der einzelnen Glieder und Gruppen zueinander von ganz besonderer Bedeutung war. Manche Dinge, die unter anderen Verhältnissen bedeutungslos sein mochten, konnten unter den Umständen der letzten Monate eines erschöpfenden, mit dem Aufgebot der letzten Kräfte eines ausgehungerten Volkes geführten Vernichtungskrieges von verhängnisvoller Wirkung sein.

Es handelt sich dabei um die Untersuchung von Erscheinungen nicht vereinzelter, sondern wenigstens in gewissem Umfange allgemeiner und dauernder Art. Sachlich werden zu scheiden sein: Erstens die Dinge, die den äußeren Stand und die äußere Leistungsfähigkeit über das Maß des Unvermeidbaren hinaus nachteilig beeinflußt haben, soweit sie aus militärischen Quellen hervorgehen, z. B. die Heeresstärke, insoweit sie durch unsachgemäße Verwendung verfügbarer Kräfte oder durch vermeidbare Verluste beeinflußt worden sind, die Ausrüstung, soweit Mängel der richtigen Einschätzung, wie etwa unzureichende Wertung der technischen Arbeit usw. ihre vollkommene Ausgestaltung verhindert haben, ebenso Mängel in der körperlichen Kraft und Leistungsfähigkeit der Truppen, die auf vermeidbaren Ursachen beruhen. Dahin gehören auch nutzloser Kräfteverbrauch oder Hemmungen durch unzweckmäßige Kraftvergeudung, durch zweckwidrige Verwaltungseinrichtungen, Mängel der Geheimhaltung, der Berichterstattung und ähnliches mehr. Nicht minder wichtig, sogar in mancher Hinsicht bedeutungsvoller sind aber Beziehungen innerlicher, seelischer Art, die auf den Ausgang ungünstig eingewirkt haben und auf nicht unvermeidlichen, also in irgendwelchem Betracht schuldhaften Ursachen beruhen. Hier wird zu fragen sein, ob das Verhältnis des Soldaten zum Vorgesetzten, zur ganzen Kriegführung und zu dem Kriegszweck beeinträchtigt, in einer dem Erfolg nachteiligen Richtung bestimmt worden ist durch Tatsachen, die geeignet waren, seinen Kampfeswillen zu lähmen, ihm das Bewußtsein von der Gerechtigkeit der von ihm zu verteidigenden Sache zu nehmen, ja, ihn zum Gegner des eigenen Heeres- und Staatssystems zu machen. Dahin gehört nicht nur alles, was im engsten Sinne militärischer Art ist, jedoch auf ungerechte Schädigung der Mannschaft, auf Verkümmerung ihrer Rechte und Lebensansprüche hinausläuft, sondern auch solche Dinge, die die Gesamtheit oder einen erheblichen Teil des Heeres von einem anderen als dem rein militärischen Standpunkt aus als Staatsbürger, als Angehörige bestimmter gesellschaftlicher Schichten, politischer, nationaler oder Glaubensrichtungen oder auch ganz allgemein als denkende und empfindende Menschen in einen solchen Gegensatz zu den im Heere maßgebenden Personen und Auffassungen bringen mußten, daß die notwendige Übereinstimmung im Denken und Handeln, die als Ergänzung der zwangsmäßig geübten Disziplin unentbehrliche freiwillige, womöglich begeisterte Hingabe an das Ziel der kriegerischen Unternehmungen zerstört, ja, ins Gegenteil bis zur bewußten Förderung feindlicher Kriegszwecke verkehrt werden konnte. Es kommen hierbei solche Übelstände in Frage, die mehr noch als äußere Beziehungen das Rechtsgefühl der Soldaten kränken, ihr sittliches Empfinden empören, ihre Achtung vor den Vorgesetzten und dem ganzen militärischen oder staatlichen Gebäude zerstören, das ganze Getriebe von Heer und Krieg einem größeren oder geringeren Teile des Heeres als feindliche, unter Umständen mehr als der Kriegsfeind verhaßte Macht erscheinen lassen mußten. Wenn in den Schriften mancher militärischen Betrachter der Kriegsereignisse das den Zusammenbruch entscheidende Gewicht im Verhalten eines Teiles des Heeres und zahlreicher Dienstpflichtiger gesucht wird, so wird nach Feststellung des Tatbestandes zu scheiden sein, inwieweit etwa hier un-

vermeidliche Wirkungen der Kriegsvorgänge und ihrer Beeinflussung der heimischen Zustände vorliegen, inwieweit es sich um reine Pflichtvergessenheit und sonstige Verschulden der betreffenden Personen, inwieweit aber auch um die Folgen des Verschuldens anderer Teile, um üble Vorbilder zur Führung berufener Personen, um die Wirkung militärischer oder sonstiger Mißbräuche und Mißstände handelt.

Tatsachen erhalten ihre Bedeutung und ihren Erkenntniswert erst durch den Zusammenhang, durch ihre Verwurzelung im ganzen Lauf des Geschehens. Sollte tatsächlich ein Verschulden breiter Schichten des Soldatenstandes festzustellen sein, so ergibt sich die weitere Frage, ob es nicht durch Verschulden anderer herbeigeführt worden ist und damit gerade diese eine besonders schwere Schuld trifft. Dabei darf von vornherein nicht auf eine vollkommene Lösung der Aufgabe, eine alle Zweifel ausschließende Beantwortung der Fragen gerechnet werden. Das Tatsachengebiet, das in Frage kommt, ist unendlich groß, wäre selbst von einer größeren Zahl unermüdlicher Forscher nicht zu erschöpfen. Begrenzt sich die Zahl der Beobachter auf eine Person, die zu einem Ergebnis kommen soll, so kann von Vollständigkeit noch viel weniger die Rede und das Ziel einzig die Erfassung der hauptsächlich wirkenden Kräfte in kennzeichnenden Erscheinungen und Einzelfällen sein. Besteht hierbei immer eine gewisse Gefahr des Hineintragens vorgefaßter Meinungen, unzuläßlicher Verallgemeinerung nicht allgemein kennzeichnender Erscheinungen, so gilt es im Bewußtsein dieser Gefahr, durch ernsten, der Eidespflicht entsprechenden Willen zur gewissenhaften Erforschung der wirklich entscheidenden Tatsachen, nach Möglichkeit die Gewinnung des notwendigen Maßes von Unvoreingenommenheit und reiner Sachlichkeit zu sichern.

Dennoch wird schwerlich zu erwarten sein, daß die Darstellung allein ausreichen wird, den Streit der Parteien zu beenden, alle vorher gebildeten Meinungen und Vorurteile durch die Macht unanfechtbarer Tatsachen zunichte zu machen. Soweit hier noch weitere Zweifel bestehen, wird es dann notwendig sein, die vorbereitende Verwertung schriftlich niedergelegter Bekundungen durch die beeidigte Aussage von Zeugen zu ergänzen, deren Auswahl aus Millionen mitbetroffener Männer wieder große Anforderungen an Urteil und Unbefangenheit der zur Entscheidung Berufenen stellen wird. Schließlich muß es einer nur auf ernste Erforschung und rücksichtslose Aussprache der Wahrheit gerichteten Untersuchung doch möglich sein, bei allen nicht von vornherein zur unbedenklichen Behauptung ihrer vorgefaßten Meinung entschlossenen Zeitgenossen ein gewisses Maß von Übereinstimmung wenigstens über die wesentlichen Tatsachen herbeizuführen. Diese aber ist die Vorbedingung der inneren Entspannung nutzlosen Erinnerns und vergeblichen Zwists, die zur Förderung der dringend notwendigen Gemeinsamkeit sachlicher und innerlicher Aufbauarbeit unseres Volkes notwendig ist. Sowenig es möglich ist, die Auskämpfung tiefster Gegensätze der gesellschaftlichen Kräfte und der Weltanschauungen zu verhindern, so sehr ist es möglich und notwendig, das innere Leben des Volkes zu entgiften, es zu befreien vom Streit über die Tatfragen, die bei ernster Bemühung der sachlichen, unparteiischen Feststellung zugänglich sind. Damit

würde die Bahn der politischen Aufbauarbeit befreit von einem großen Maße ohne genügenden Tatsachenstoff, dafür aber mit um so größerer Leidenschaft und Gehässigkeit geführter Streitigkeiten parteipolitischer und persönlicher Art. Durch die Aufdeckung des Tatsächlichen aber wie durch die sachliche Feststellung und Kennzeichnung vorliegender Irrtümer und Verfehlungen würde die zur Schaffung neuer und gesunder Zustände erforderliche Selbsterkenntnis, als Mittel der Selbstläuterung, gewonnen.

Auch die Besorgnis, es könnte durch die hier gebotene Rücksichtslosigkeit der Feststellung das Ansehen des deutschen Volkes bei anderen Völkern geschädigt werden, ist nicht durchschlagend. Nachdem einmal von der Vertretung des deutschen Volkes diese Untersuchung beschlossen worden ist, muß ihr einziges Ziel die Wahrheit sein. Die Einsetzung des Untersuchungsausschusses hat dargetan, daß das deutsche Volk entschlossen ist, nichts als die Wahrheit zu suchen, und daß es fähig ist, sie zu ertragen. Sollte die Aufdeckung der Wahrheit Ergebnisse zutage fördern, die dem Ansehen unseres Volkes in der Welt nachteilig sein könnten, so sind wir gewillt, keinen Ruhm zu beanspruchen, der nicht in der Wirklichkeit begründet ist, und keine Feststellung, sei sie auch peinlicher Art, zu scheuen, wenn die Ermittlung der Wahrheit sie erheischt. Schließlich sind wir ja in dem parteiisch beeinflußten Urteil der Welt so sehr mit Schuld und Schande beladen worden, daß eine freimütige Aufhellung der Wirklichkeit, mag sie auch einige Schuldbehauptungen verstärken, doch im ganzen nur läuternd und befreiend wirken kann. Von dem Volke, das im Unglück noch den sittlichen Mut aufbringt, auch die schuldhaften Wurzeln seiner Not rückhaltlos zu enthüllen, werden aufrichtige ausländische Beurteiler, deren Stimme neben dem Mißgetön des Hasses und der Lüge sich doch allmählich durchzusetzen beginnt, mit mehr Vertrauen auch die Tatsachen entgegennehmen, die seiner Entlastung dienen. Gleich weit entfernt von unwürdiger Selbstpreisgabe wie von unbelehrbarer Hartnäckigkeit der Selbstverherrlichung wird das deutsche Volk, das nach dem Richterwort „sich selbst richtet mit unbefangener Stirn", auch vor dem Dichterspruch der Geschichte und des Weltgewissens ein unbefangenes Urteil fordern können. Und seine Stimme wird, solange sie vereinzelt ist, um so stärker gehört werden, solange die Mächte, die ihm im Friedensvertrag ein einseitiges Schuldbekenntnis abgepreßt haben, selbst nicht den sittlichen Mut finden, ihre eigenen Taten und Zustände durch Öffnung ihrer Urkunden und rücksichtslose Feststellung der Wahrheit dem freien Tageslicht des Welturteils zu enthüllen. Daß auch dort vieles ist, was zum Schuldbekenntnis herausfordert, ist schon heute durch manche ernste Feststellung in Wissenschaft und Dichtung zweifelsfrei dargelegt worden.

Die zu beantwortende Frage teilt sich notwendig in eine große Zahl Unterfragen. Dabei wird die vorgenommene allgemeine Teilung in Einflüsse äußerer und Einflüsse seelischer Art nicht überall bestehen können, da Erscheinungen beider Arten in vielen einzelnen Fragen ineinanderfließen. Ich will nicht die Einteilung im einzelnen hier vortragen; sie wird sich aus der Darstellung selbst ergeben. Ich will nur bemerken: Die Anführung eines Mißstandes in der Über-

schrift bedeutet natürlich noch keine Vorwegnahme des Urteils. Eigentlich müßten alle Titelworte mit einem Fragezeichen versehen werden.

Bei der Behandlung der Fragen wird es vielfach nicht möglich sein, sich auf das letzte Kriegshalbjahr zu beschränken, handelt es sich doch um Zustände, die sich fortgesetzt entwickelt haben, vielfach um Wirkungen aus Wurzeln, die bis in die Friedenszeit hineinragen. Oft genug hört man bei Klagen über Übelstände schon vom Ende 1915 an die Besorgnis äußern, daß ihre Fortdauer mit der Zeit bedenkliche Folgen zeitigen müsse. Seit 1916 liegen an maßgebende Stellen gerichtete Denkschriften mit ernsten, mitunter eingehend belegten Beschwerden vor. Während in einzelnen Punkten die Beschwerden in der letzten Zeit wesentlich nachgelassen haben, sind sie in der Mehrzahl der Fragen immer stärker geworden, zum Teil auch schließlich als hoffnungslos verstummt. So werden vielfach Klagen aus früherer Zeit zur Begründung allgemeiner Urteile heranzuziehen sein.

Wieweit schließlich der Zusammenhang zwischen solchen Mißständen, soweit sie als erwiesen anzusehen sind, mit dem Endergebnis festzustellen ist, wieweit dieses ohne irgend jemandes Verschulden einfach aus der Ungleichheit der Ausrüstungs- und Stärkeverhältnisse oder aus zufälligen Umständen, wieweit es ohne Verschulden führender Personen und Schichten aus schuldhaftem Versagen des Heeres abzuleiten ist, das wird erst am Ende unserer Feststellungen zu beurteilen sein. Von vornherein aber darf vorausgesetzt werden, daß wirkliche ernste Mißstände, namentlich unter den erschwerenden Bedingungen, unter denen die deutschen Heere kämpften, nicht ohne Einfluß auf die Leistungen des Heeres bleiben konnten.

Die Quellen zur Erkenntnis dieser Fragen sind unendlich reich und mannigfaltig, so daß es völlig ausgeschlossen ist, sie auch mit dem ausgedehntesten Aufwand von Arbeitskräften völlig zu sammeln und zu erschöpfen. Es wäre auch überflüssig, da sie zahllose Wiederholungen enthalten und da die Herausschälung des Wesentlichen und Zuverlässigen aus der übergroßen Masse mehr Zeit erfordern würde, als dem Ertrag an brauchbaren Ergebnissen entspräche. Es erscheint daher zweckmäßiger, sich von vornherein zu beschränken und nach Möglichkeit nur Wesentliches zu sammeln. Nach einem Worte Kants haben mehrere Uhren, die, ohne aufeinander eingestellt zu sein, die gleiche Zeit angeben, die Vermutung der Richtigkeit für sich. Ebenso darf auf einem Gebiet, wo allgemeine Erscheinungen auf Grund vielfältiger Beobachtungen festgestellt werden sollen, aus der Übereinstimmung zahlreicher unabhängig voneinander vorgehender und unbefangener Beurteiler verschiedener geistiger und politischer Richtung auf die Richtigkeit ihres Urteils geschlossen werden. Die Kritik dieser Unbefangenheit, die Kontrolle und nötigenfalls Berichtigung der einen Quelle durch andere, vielleicht in entgegengesetzter Richtung Befangene, ist daher eine Hauptaufgabe unserer Betrachtung.

So erschien es sachgemäß, als Ausgangspunkt meiner Feststellung den amtlichen Bericht über die Verhandlungen der Körperschaft zu wählen, die in jenen Jahren wie ein Brennspiegel, mehr als wohl irgendeine andere in unserem Lande, die verschiedensten Berichte empfangen und Urteile ausgesprochen hat,

in der zugleich durch die Gegensätzlichkeit der politischen Meinungen und das Zusammenarbeiten mit den Vertretern der Regierung die weitestgehende Möglichkeit zum Ausgleich der Auffassungen und zur Bildung des zutreffenden Urteils gegeben war: die Protokolle des Haushalts-, des sog. Hauptausschusses des Reichstags, die in 37 Bänden für die Zeit vom 1. Dezember 1914 bis Oktober 1918 vorliegen und, soweit sie nicht ausschließlich finanztechnische Fragen oder Gegenstände der Außenpolitik behandeln, unserer Untersuchung eine Fundgrube reichen und schon durchgearbeiteten Materials bieten. Liegt es dabei auf der Hand, daß dort neben allgemeinen Lobsprüchen überwiegend Kritik, Beschwerden irgendwelcher Art zur Sprache gekommen sind, deren alleinige Wiedergabe kein völlig ausgeglichenes Bild der Zustände geben würde, so ist das für den besonderen Zweck unserer Untersuchung, die unter Ausscheidung sonstigen Stoffes gerade auf Feststellung von *Mißständen* gerichtet ist, weniger störend. Natürlich kann nicht behauptet werden, daß dieses Bild von Mißständen nun den Zustand des Heeres nach jeder Richtung hin erschöpfend wiedergebe, vielmehr wird nur eine Zusammenstellung von Mängeln gegeben, die, ihre Nachweisbarkeit vorausgesetzt, seien sie nun allgemein menschlicher Art oder gerade diesem Heere eigen, seien sie durch besondere Zeitumstände hervorgerufen oder zum Wesen dieses Heeres gehörig, jedenfalls seine Vollkommenheit beeinträchtigen und dem Gelingen seiner großen Unternehmung entgegenstehen mußten.

Zum guten Teil aber erschöpfen die Verhandlungen des Ausschusses den Gegenstand noch nicht. Sie bieten oft nur, dem Parteistandpunkt oder der Regierungsauffassung entsprechend, Behauptungen und Bestreitungen, deren Beweismittel anderswo gesucht werden müssen. Als Beweisstücke kommt hier zunächst schriftlicher Stoff, handschriftlicher oder gedruckter, in Frage: Briefe, die mir in der Urschrift vorgelegen haben, Berichte von von mir ersuchten Kriegsteilnehmern, in erster Linie aber Bücher und Aufsätze, aus deren unversieglicher Fülle nach bestimmten Gesichtspunkten auszulesen war. Dabei stand in erster Linie die Forderung des Berichts selbsterlebter Tatsachen oder aus solchen abgeleiteter Urteile Selbstbeteiligter.

Für unsere Frage teilen sich die Beurteiler in zwei Gruppen. Die einen sehen in dem Kriegsergebnis eine Wirkung nüchtern zu wertender Ursachen, als welche das verschiedene Maß der miteinander ringenden Kräfte und die Sachgemäßheit der strategischen Maßnahmen in erster Linie in Betracht kommen. Für sie scheidet die Frage nach Mißständen im Heere wie in der Heimat zwar nicht völlig aus, steht aber in der Erwägung, daß nichts Menschliches von Mängeln frei ist und daß dasselbe Heer unter anderen Bedingungen große Erfolge erzielt hat, durchaus im Hintergrund. Die anderen schieben diese Frage in den Vordergrund, ob sie nun den Mißständen die überwiegende oder nur eine stark mitwirkende Stelle zuweisen. Da sich hierbei die Auffassungen schroff gegenüberstehen, ergibt sich eine Leidenschaftlichkeit der Behandlung, die nicht nur die Bildung eines objektiven Urteils, sondern schon die Feststellung der Tatsachen selbst erschwert, um so mehr als jede der beiden einander schroff bekämpfenden Auffassungen den tatsächlichen Feststellungen der anderen

die Glaubwürdigkeit in weitem Umfange abspricht. Voraussetzung beider aber ist die Ableitung des endgültigen Mißerfolges, mindestens in weitem Umfang, aus dem Versagen entscheidender Teile des Heeres oder der Heimat, ob sich die Anklage nun, wie es von den Mitgliedern der O.H.L. und den ihnen nahestehenden Kreisen aus geschieht, gegen die behauptete Vernachlässigung oder nachteilige Beeinflussung des Heeres durch die Zivilbehörden, voran die verschiedenen Reichskanzler, gegen die Mehrheitsparteien des Reichstags, die führende Presse, vor allem aber gegen revolutionäre Umtriebe, oder ob sie sich umgekehrt gegen weite Teile des Offizierkorps, insbesondere die höheren Stäbe und die von maßgebenden Stellen in Heer und Heimat hinsichtlich des Heeres verfolgten Verwaltungsgrundsätze richten. So stehen in dieser wichtigen Frage die Auffassungen einander schroff entgegen.

Es folgt in etwa sechsstündigen Darlegungen, die auch die Vormittagssitzung vom 10. Juli größtenteils in Anspruch nehmen, eine Darstellung der wesentlichen Mißstände nach den Auszügen aus dem Material des Berichterstatters. Er schließt mit dem Erlaß der O.H.L., gez. v. Hindenburg, vom 22. Oktober 1918, der nach Aufzählung der schweren, gegen das Offizierskorps in der Öffentlichkeit und unter den Mannschaften erhobenen Beschuldigungen „strenge Selbstzucht, Enthaltsamkeit und ein sittlich einwandfreies Leben" der Offiziere sowie Gleichmäßigkeit der Verpflegung von Mannschaften und Offizieren fordert. Dieser Erlaß gelangte am 8. November 1918 an die Regimenter! – Der Berichterstatter faßt sein Urteil in den Worten von Walter Lambach („Die Ursachen des Zusammenbruchs", 1919) zusammen: „Deutschland brach zusammen, ohne daß seine herrschenden Kreise auch nur geahnt hätten, daß und in welcher Weise sie selbst das Zerstörungswerk vollbracht haben. Sie wissen es heute noch nicht."

Sachverständiger *v. Kuhl*: Aus dem Vortrage des Herrn Katzenstein müßte man annehmen, daß es im deutschen Heere eigentlich nur Mißstände gegeben habe, denen zum Trotz hier und da etwas geleistet worden sei. Gegen diese Darstellung protestiere ich. Gerade das Umgekehrte ist richtig.

Sitzung, Dienstag, den 10. Juli 1923

Gutachten des Sachverständigen Generals d. Inf. v. Kuhl, II. Teil, und Aussprache über dieses Gutachten

Sachverständiger *v. Kuhl:* Ich darf wohl auf das schriftliche Gutachten, das inzwischen gedruckt ist, hinweisen und mich hier kürzer fassen, indem ich mich auf die wesentlichen Gesichtspunkte beschränke. Ich muß das auch deshalb, weil man die militärische Darstellung der Offensive in Ruhe lesen muß.

Ich darf davon ausgehen, daß ich im I. Teil meines Gutachtens darzulegen versucht habe, daß wir genötigt waren, anzugreifen, wenn auch manche Bedenken dagegen vorlagen. Die größten Bedenken waren die, daß der Ersatz knapp wurde und uns im Laufe des Sommers und Herbstes zum großen Teil ausgehen würde. Auch war die Beweglichkeit der Truppen nicht mehr so, daß

die Divisionen für den Bewegungskrieg ausreichten. Wir konnten nur eine beschränkte Anzahl dafür ausstatten. Die übrigen waren Stellungsdivisionen und mußten dauernd in ihren Stellungen belassen werden, bekamen keinen Ersatz und brannten dann auf die Dauer aus. Ich stehe in der Beurteilung der gesamten Offensive 1918 auf dem Standpunkt, daß wir angreifen mußten, daß aber, wenn die Offensive mißlang, der Krieg verloren war.

Wichtig war die Wahl der Angriffsstelle. Darüber ist viel gestritten worden. Es war entscheidend, wo wir angriffen. Es ist davon die Rede gewesen, man hätte in Italien angreifen können; ich komme später noch darauf zurück. Wir sind zu dem Entschluß gekommen, im Westen anzugreifen, was unsere Gegner auch erwartet haben. Es handelte sich nun darum, wen von unseren Gegnern wir angreifen sollten, die Engländer oder die Franzosen? Die Ansichten darüber gingen erheblich auseinander. Es kamen die Heeresgruppe Kronprinz Wilhelm, die den Franzosen gegenüberstand, und die Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht, die den Engländern gegenüberstand, in Betracht. Die Heeresgruppe Kronprinz Wilhelm war für einen Angriff gegen die Franzosen, die Heeresgruppe Kronprinz von Bayern für einen Angriff gegen die Engländer. In der O.H.L. waren die Meinungen geteilt. Der Chef der Operationsabteilung, der Oberstleutnant Wetzell, war für einen Angriff gegen die Franzosen, hielt aber auch einen Angriff gegen die Engländer für sehr wirksam. Der General Ludendorff entschloß sich, in Übereinstimmung mit der Ansicht der Heeresgruppe Kronprinz von Bayern, die Engländer anzugreifen aus verschiedenen militärischen Gründen, die ich hier nicht alle anzuführen brauche. Wir waren der Ansicht, daß eine entscheidende Wirkung erreicht würde, wenn es uns gelänge, die Engländer gegen das Meer zu werfen und uns in den Besitz der Küstenhäfen am Kanal zu setzen. Auch glaubten wir, daß die Engländer, wenn wir zu einer Operation kämen, ungewandter wären als die Franzosen, so daß wir uns auch in dieser Richtung einen größeren Erfolg versprachen. Ehe es im Spätherbst 1917 zum Waffenstillstand mit Rußland kam, waren die Engländer noch ganz im nördlichen Flandern massiert, wo sie im Sommer und Herbst 1917 den großen Angriff durchgeführt hatten, der unter der Bezeichnung „Flandernschlacht" bekannt ist. Sie hatten offenbar die Absicht, im Jahre 1918 dort weiter anzugreifen, um sich in den Besitz der Küste zu setzen und uns von Ostende und Zeebrügge zu verdrängen. Als nun aber der Friede mit Rußland allmählich in die Wege kam, kamen wir zu der Überzeugung, daß die Franzosen und Engländer im Jahre 1918 zunächst nicht angreifen würden, sondern unseren Angriff erwarteten. Dies ging aus mehreren Anzeichen hervor. Diese unsere Überzeugung war richtig und hat sich nachher bestätigt. Es war nicht mehr mit Sicherheit damit zu rechnen, daß die Engländer mit ihren Hauptkräften im nördlichen Flandern zur Fortsetzung des Angriffes bereit standen. Die Gelegenheit, sie dort umfassend anzugreifen, wo sie die Küste dicht hinter sich hatten, war nicht mehr so sicher, sondern man mußte annehmen, daß der Feind sich nun in breiter Aufstellung zur Verteidigung gruppierte. Immerhin ging aus unseren Nachrichten hervor, daß die Engländer doch den Schwerpunkt auf ihren linken Flügel legten, um nicht vom Kanal und von ihren Ver-

bindungen zur See abgedrängt zu werden, und daß ihr rechter Flügel, der weiter nach Süden verlängert wurde bis zur Oise, schwach war. Die Heeresgruppe Kronprinz von Bayern blieb aus diesen Gründen bei ihrem Vorschlag, die Engländer anzugreifen, und zwar in der Gegend von Armentières, also ziemlich weit nördlich, in Flandern. Der General Ludendorff erkannte die strategischen Vorzüge dieser Operation durchaus an. Aber er drängte immer auf frühzeitigen Angriff, ehe die Amerikaner kamen. Dieser frühzeitige Angriff war in dem wasserreichen Flandern nicht mit Sicherheit möglich. Es konnte sein, daß wir bis in den April, vielleicht sogar bis in den Mai mit dem Beginn des Angriffs warten mußten. Das war dem General Ludendorff zu lange und er war daher für den Angriff bei St.-Quentin.

Der Angriff bei St.-Quentin hatte viel für sich und auch gegen sich. Wenn wir dort durchdrangen und den rechten Flügel der Engländer schlugen, dann hatten wir die Möglichkeit, uns links an die Somme anzulehnen und die ganze englische Front nach Norden aufzurollen und die Engländer gegen das Meer zu werfen. Das war eine Operation mit sehr weiten und bedeutenden operativen Zielen; aber sie erforderte auch sehr starke Kräfte. Es sprach aber auch einiges andere noch dagegen. Man kam in das Gelände, das zum Teil durch die Somme-Schlacht verwüstet war, zum Teil von uns bei unserem Rückzug im März 1917 durch die sog. Alberich-Bewegung, den Rückzug in die Siegfried-Stellung, zerstört war. Schließlich mußte aber, wie bei allen Unternehmungen im Kriege, trotz aller Bedenken ein Entschluß gefaßt werden. Der General Ludendorff blieb aus den erwähnten Gründen bei dem Angriff beiderseits St.-Quentin. Der Angriff wurde mit dem Decknamen Michael bezeichnet, während der Angriff in Flandern mit dem Decknamen St. Georg bezeichnet wurde. Ich darf wohl diese Bezeichnungen der Kürze halber im weiteren Verlauf meiner Ausführungen anwenden.

Der Entschluß des Generals Ludendorff ist nach langen Erwägungen und Prüfungen gefaßt worden. Ich darf bemerken, über vieles, was damals verhandelt wurde und wichtig war, ist in den Büchern und auch in den Kriegsakten nichts gesagt. Das Wichtigste ist meist mündlich besprochen worden, teils am Fernsprecher, teils in den Besprechungen, die alle paar Tage zwischen dem General Ludendorff und den Chefs der beiden hauptsächlich in Frage kommenden Heeresgruppen, Kronprinz Wilhelm und Kronprinz von Bayern, also dem Obersten Graf Schulenburg und mir stattgefunden haben. Der Entschluß des Generals Ludendorff zum Angriff bei St.-Quentin wurde gefaßt, nachdem wir drei Tage lang die einzelnen Armeen nochmals abgefahren waren und bei jeder Armee das Für und Wider sorgfältig besprochen hatten. Ich darf ausdrücklich darauf hinweisen, daß das operative Ziel klipp und klar zwischen uns ausgemacht worden ist, daß niemand darüber im unklaren war und die Armeen genau darüber Bescheid wußten.

Dies große operative Ziel ist wiederholt klar und deutlich festgelegt worden. Es steht auch in meinem Gutachten, wo im einzelnen angegeben wird, wie es besprochen worden ist. Natürlich gehört das nicht in den taktischen Befehl hinein, der für den Beginn des Angriffes an die Truppe gegeben wird. Das

wird sehr oft mißverstanden. Der Befehl, der für den 21. März zum Angriff gegeben worden ist, enthält nur die nächsten taktischen Anordnungen. Man kann in einem solchen Befehl nicht die weitreichenden Ziele darlegen, daß man z. B. die Engländer aufrollen wolle usw. Aus diesem Befehl, der veröffentlicht worden ist, hat man irrtümlich geschlossen, es wäre überhaupt kein operatives Ziel vorhanden gewesen und der Angriffsentschluß sei nur aus taktischen Rücksichten gefaßt worden.

Ich darf diese Frage hier im Zusammenhang erörtern. Der General Ludendorff hat einmal gesagt: Man mußte da angreifen, wo ein schwacher Punkt war, und man mußte die Taktik über die reine Strategie stellen. Darüber war auch damals niemand im unklaren. Auch die Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht hat in ihren Denkschriften immer gesagt: Selbstverständlich muß ich da angreifen, wo ich überhaupt durchkomme. Im Stellungskrieg ist das gar nicht anders möglich. Es nutzt mir die größte strategische Kombination nichts, wenn ich nicht durch die feindlichen Stellungen hindurchkomme. Davon mußte man ausgehen und mußte gleichzeitig erwägen, daß man damit den größtmöglichen operativen Vorteil verband, daß man eine möglichst große operative Ausbeutung mit dem taktischen Durchbruch in Verbindung bringen konnte. Es war also ein Kompromiß. Ich kann natürlich nicht da angreifen, wo ich ein großes operatives Ziel zu erreichen glaube, wenn ich an der Stelle überhaupt nicht durchkomme. Darüber kann kaum ein Irrtum bestehen.

Ich darf auch noch darauf hinweisen, daß kein Zweifel darüber besteht, daß mit diesem Angriff im März die Absicht verknüpft war, eine große Entscheidung herbeizuführen, nicht etwa nur einen Angriff im taktischen Sinne mit einem mehr oder weniger beschränkten Ziele zu unternehmen, sondern einen möglichst entscheidenden Sieg herbeizuführen und diesen Sieg in operativer Richtung so weit als irgend möglich auszubeuten. Um dies klar zu machen, habe ich mir erlaubt, in dem Gutachten die ungeheuren Vorbereitungen, die für diesen Angriff nötig waren, kurz zu skizzieren, um ein Bild von dem zu geben, was alles zu leisten war und geleistet worden ist. Wenn man dies prüft, wird man, glaube ich, sicher zu dem Ergebnis kommen, daß tatsächlich alle Kraft, die wir hatten, daran gesetzt worden ist, um die große Entscheidung im Kriege herbeizuführen.

Sehr mißlich war es, daß wir nicht in der Lage waren, den Feind vorher an einer anderen Stelle durch einen Ablenkungsangriff über die wirkliche Hauptangriffsstelle zu täuschen und seine Reserven von der Hauptangriffsstelle abzulenken. Die Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht hat immer betont, daß das nötig sei, und es hat sich auch im Laufe des Krieges herausgestellt, daß es durchaus erwünscht gewesen wäre. Auch General Ludendorff war dieser Ansicht. Aber wir haben die Kräfte nicht dazu gehabt. Ich berühre dabei einen Punkt, der nun immer wieder in der weiteren Besprechung hervortreten wird. Es hat doch immer etwas bei uns an Kräften gefehlt. Wir waren immer eingeengt und konnten nicht alles so machen, wie wir wollten. Schließlich mußte bei jedem Angriff in dieser oder jener Richtung etwas eingeschränkt werden. So mußte hier von einem Täuschungsangriff, der in Flandern z. B. außerordent-

lich günstig gewesen wäre, aus Mangel an Kräften Abstand genommen werden.

Ganz Außerordentliches ist auch in der Organisation und in der Ausbildung der Truppe für den Angriff geleistet worden. Die Truppe mußte vollständig von der Verteidigung zum Angriff umgestellt werden, nachdem sie ein paar Jahre im Schützengraben gelegen hatte. Die Organisation der Divisionen mußte geändert werden. Sie mußten wieder für die Bewegung mit den nötigen Kolonnen und Trains ausgestattet werden. Die Bespannung der Fahrzeuge, der Artillerie, der Minenwerfer usw. mußte geregelt werden. Ich habe mir erlaubt, auch diese Verhältnisse in meinem Gutachten zu skizzieren, die im allgemeinen wenig beachtet werden, die aber doch ganz außerordentlich bedeutungsvoll sind und zeigen, was alles geleistet wurde. Ich habe auch darauf hingewiesen, daß gerade diese Umstellung der Truppe von der Verteidigung auf den Angriff, die Bereitstellung des ganzen Heeres für den Angriff, die entsprechende Organisation der Divisionen das eigenste Werk des Generals Ludendorff ist, und daß dies alles eine staunenswerte organisatorische und taktische Leistung bedeutet.

Die Truppe ist natürlich nicht mehr das gewesen, was sie im Jahre 1914 war. Es trifft aber nicht zu, was vorhin der Herr Referent Katzenstein als Äußerung eines Kritikers zur Sprache gebracht hat, daß ein Angriffsgeist nur gezüchtet worden sei. Wer die Truppe damals gesehen hat, wird einen unauslöschlichen Eindruck von dem Angriffsgeist gehabt haben, der in der Truppe steckte.

Ich darf nun zur März-Offensive selbst übergehen. Ich habe in meinem Gutachten nur kurz die großen Wandlungen in den Entschlüssen insofern geschildert, als sich daraus die Gründe für den Verlauf ergaben. Auch bei der März-Offensive, die sich von Arras über St.-Quentin südlich bis La Fère ausdehnte, fehlte uns wieder etwas. Wir konnten den Angriff nach rechts bis Arras nicht genügend ausdehnen. Die Divisionen hätten wir zur Not gehabt, aber nicht die Artillerie. Die Breite des Angriffs richtete sich immer nach der verfügbaren Artillerie und dann erst nach den Divisionen. Man brauchte soundsoviel auf den Kilometer, und wenn es nicht reichte, mußte man den Angriff einschränken. Der rechte Flügel des Angriffs blieb also etwas südlich Arras. Ich kann nicht auf die Einzelheiten eingehen, man müßte auch eine Karte dazu haben. Es war aber so gedacht, daß der linke Flügel sich an die Somme und den Crozatkanal anlehnte, nachdem wir bis dahin vorgegangen waren. Nach Südwesten sollte die Front defensiv gegen die Engländer und Franzosen gerichtet sein, während weiter nördlich zwei Armeen von der Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht den Angriff gegen die Engländer ausführen sollten mit der ausgesprochenen Absicht, die ganze englische Front in nordöstlicher Richtung aufzurollen. Zu dem Zwecke wäre es dringend erwünscht gewesen, daß wir, da der Schwerpunkt auf dem rechten Flügel lag, den rechten Flügel auch etwas weiter in die Gegend von Arras hätten ausdehnen können. Das war leider nicht möglich. Bei Arras waren starke feindliche Stellungen. Wenn wir den rechten Flügel nicht bis Arras ausdehnten, war die Gefahr, daß wir südlich Arras mit dem rechten Flügel hängen blieben. Leider ist es auch so gekommen. Der Verlauf war so,

daß wir bei den zwei Armeen, die den Hauptangriff nördlich der Somme durchführen sollten, zunächst langsam vorwärts kamen und vor allem der rechte Flügel, wie wir befürchtet hatten, südlich Arras hängen blieb. Dagegen hatten wir links, wo wir mit der 18. Armee der Heeresgruppe Kronprinz Wilhelm nur bis zur Somme und zum Crozatkanal vorgehen wollten, einen enormen Erfolg. Dort war der Feind schwach.

Nun ist da eine Verschiedenheit in den Anschauungen hervorgetreten. Die 18. Armee von der Heeresgruppe Kronprinz Wilhelm, die ursprünglich nach Erreichen ihres Angriffsziels eine defensive Aufgabe hatte, hielt es für zweckmäßig, diese Aufgabe taktisch durch einen Angriff zu lösen. Sie sagte: Die Franzosen werden den Engländern zu Hilfe kommen und an uns vorbeimarschieren, um nördlich der Somme gegen die Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht einzugreifen. Wir werden am besten tun, wenn wir über die Somme und den Crozatkanal vorgehen, um die Franzosen, wenn sie vorbeimarschieren, in der Flanke anzugreifen und starke französische Kräfte auf uns zu ziehen. Das widersprach dem Grundgedanken der ganzen Offensive, die auf die Überlegung berechnet war: Wir haben nicht soviel Kräfte, daß wir nach allen Richtungen hin angreifen können; wir müssen uns nach der einen Seite auf die Defensive beschränken, um an den Entscheidungspunkten mit aller Kraft durchzudrücken.

Diese Ansicht der 18. Armee ist anscheinend nicht ohne Einwirkung geblieben. Jedenfalls ist die 18. Armee an Divisionen tatsächlich etwas stärker ausgestattet gewesen, als es ihr ursprünglicher defensiver Zweck erforderte und es wohl auch die gesamte Anlage der Operation nötig gemacht hätte. Durch den großen Erfolg der 18. Armee sah sich nun die O.H.L. vor die Notwendigkeit gestellt, nach einigen Tagen einen neuen Entschluß zu fassen. Sollte man nun da, wo der Haupterfolg errungen wurde, aufhören und rechts, wo man weniger vorwärts kam, versuchen, mit aller Kraft nachzudrücken, oder sollte man links den Erfolg bei der 18. Armee ausnutzen? Die O.H.L. hat, glaube ich, in dieser Zwangslage nichts anderes tun können, als die Lage auszunutzen. Daraus ergab sich, daß zunächst die 18. Armee über ihr defensives Ziel hinaus eine Angriffsoperation unternahm, gleichzeitig aber auch auf dem rechten Flügel der Angriff weiter durchgeführt werden sollte. Wir kamen also aus einem Angriff, der ursprünglich nur gegen die Engländer geplant war, zu einem Angriff gegen Engländer und Franzosen nach drei Richtungen, ungefähr geradeaus auf Amiéns, halbrechts auf Doullens und St.-Pol gegen die Engländer, nach links in Richtung Montdidier gegen die Franzosen. Ich kann den weiteren Verlauf nicht schildern und darf auf meine Darstellung im Gutachten verweisen. Jedenfalls ist es uns nicht gelungen, einen so weit gespannten Angriff durchzuführen. Die Kräfte haben dazu nicht gereicht. Wir sind aus dem ursprünglichen Rahmen herausgekommen und in zu weite Ziele hineingeraten. Schließlich ist der Widerstand des Feindes überall so versteift worden, daß die Operation zwar einen außerordentlich bedeutenden taktischen Erfolg herbeigeführt hat, aber nicht die erhoffte operative Ausbeutung und auch nicht den völligen Durchbruch. Daß wir sehr nahe oder hart am Ziele gewesen sind, geht jetzt aus allen feindlichen Veröffentlichungen hervor. Ich habe mir auch erlaubt, einige davon

anzuführen. Die Beurteilung der ganzen Offensive im März habe ich dann noch einmal in meinem Gutachten zusammengefaßt und die einzelnen Gründe, die ich eben für das Mißlingen angeführt habe, ausführlicher auseinandergesetzt.

Im April sind wir dann zu dem Angriff bei Armentières in Flandern geschritten, der sich folgendermaßen entwickelt hat. Der Oberstleutnant Wetzel im Großen Hauptquartier war, wie gesagt, ursprünglich schon der Ansicht, man würde bei einem großen Angriff voraussichtlich nicht durchdringen, man müsse erst an einer anderen Stelle angreifen, dann, nachdem man die Reserven des Gegners dorthin gezogen hat, schnell umgruppieren und den Hauptangriff an anderer Stelle führen. Er war also ursprünglich dafür, wir hätten bei St.-Quentin nur bis zu einer beschränkten Linie vorgehen sollen, dann gleich abbrechen und eiligst nach Flandern umgruppieren und dort den Hauptangriff führen sollen. Der Grundgedanke war insofern richtig, als es erwünscht gewesen wäre, vorher die Reserven des Gegners durch einen Nebenangriff abzulenken. Dann erst hat man Aussicht, mit dem Hauptangriff durchzubrechen.

Nur war die Frage die: Hat man die Kräfte, um diesen ersten Ablenkungsangriff und getrennt davon den großen Angriff auszuführen? Die hatten wir nicht. Deshalb war Oberstleutnant Wetzel auf den Gedanken gekommen: Wir greifen mit allen Kräften bei St.-Quentin an, hören auf der und der Linie auf und dann gruppieren wir einen großen Teil der Kräfte um und greifen in Flandern an. Der Gedanke ist sehr gut gewesen, aber es zeigte sich hier bei dem Angriff bei Armentières, daß das seine großen Schwierigkeiten hatte. Wir haben einen großen Teil unserer Divisionen in dem Kampf bei St.-Quentin verbraucht, bei dem sog. Michael-Angriff. Wir mußten den größeren Teil der Artillerie auch von dort nehmen und nun schnell nach Flandern umwerfen. Das alles geht nicht so schnell. Außerdem kann man den bisherigen Kampf nicht so abbrechen wie man will. Dazu gehört auch der Gegner. Habe ich einen Angriff gemacht, dann zieht der Gegner seine Reserven dahin, seine Artillerie und seine Divisionen. In dem Augenblick, wo ich abbreche, ist er gerade stark geworden und geht zum Gegenangriff über. Wir konnten also nicht alles wegziehen, wir mußten bei St.-Quentin einen großen Teil der Artillerie stehen lassen. Wir mußten Kolonnen und Trains dalassen, auch Kraftwagenkolonnen, weil wir bei St.-Quentin sehr weit vorgedrungen waren, wo natürlich alle Eisenbahnen usw. zerstört waren und die Armee, die vorne stand, auf die Kraftfahrerkolonnen angewiesen war.

Der Versuch, dem Michael-Angriff bei St.-Quentin möglichst schnell den Angriff in Flandern anzuschließen, zeigte, daß es doch nur in unvollkommenem Maße möglich war, die Kräfte umzugruppieren. Wir haben den Angriff bei Armentières doch nicht mit solcher Wucht ausführen können, wie es erwünscht gewesen wäre. Der Angriff ist nach anfänglichen großen taktischen Erfolgen doch stecken geblieben.

Ich darf nun kurz die weitere Entwicklung des Angriffgedankens skizzieren. General Ludendorff hielt an seinem Grundgedanken, die Engländer zu schlagen, fest. Es war im März nicht gelungen durchzubrechen. Es war auch bei Armentières nicht gelungen. Aber es war ersichtlich und wir wissen es jetzt aus allen

Quellen, daß die Engländer schwere Verluste gehabt haben, und daß sie in der größten Not waren, den notwendigsten Ersatz herbeizuführen. Eine Armee war vollständig zertrümmert.

Die Engländer waren zunächst in der schwierigsten Lage. Aber es waren starke französische Reserven zu ihrer Unterstützung eingetroffen. Es erschien aus diesem Grunde und da wir außerdem selbst eine Pause brauchten, um unsere Kräfte wieder zu sammeln und zu ordnen, nötig, zunächst die Reserven der Franzosen, die in Flandern und in der Gegend von Amiéns zur Unterstützung der Engländer herangezogen waren, von dieser Front abzulenken und dann erst später den großen geplanten entscheidenden Schlag gegen die Engländer zu führen.

Der General Ludendorff beschloß also einen Ablenkungsangriff. Ich habe vorhin gesagt: Wir waren nicht in der Lage, einen Ablenkungsangriff zu führen und dann den Hauptangriff unmittelbar hinterher. Wir hatten nicht die getrennten Kräfte für beide Angriffe. Deshalb mußten wir es zum Teil mit denselben Kräften machen. So war es auch hier, wenigstens zum Teil, was die Artillerie, die Flieger usw. anbetraf. Dann mußten sie nachher umgruppiert werden für den Hauptangriff. Ich habe vorhin gesagt, das ging nicht schnell. Wir mußten uns also dazu Zeit nehmen. Die Folge von diesen Erwägungen war, daß wir am 27. Mai an der Aisne angriffen, um die französischen Reserven, die in Flandern standen, dorthin zu ziehen, und dann sollte nach einiger Zeit, nachdem wir alles umgruppiert hatten, der große Angriff gegen die Engländer wieder in Flandern stattfinden. Natürlich war die Folge bei diesem Zeitverlust, daß der Feind sich auch inzwischen erholen konnte. Das ließ sich aber nicht vermeiden.

Der Angriff am 27. Mai über die Aisne sollte ursprünglich nur, wie gesagt, dazu dienen, die französischen Reserven dorthin zu ziehen. Der Angriff überraschte den Feind vollständig und führte zu einem so großen Ergebnis, daß die O.H.L. wiederum vor der Frage stand: Sollte sie mitten in diesem großen Erfolge aufhören und sich beschränken auf das Ziel, das sie sich gesetzt hatte, oder sollte man den Erfolg, der sich bot, ausnutzen. Ich glaube, hier war das militärisch Gebotene, den Erfolg auszunutzen. Aber die Folge war, daß wir bis an die Marne kamen und schließlich dort stehen blieben. Und nun hatte sich nach jedem der drei großen Angriffe, die wir ausgeführt hatten, überall ein großer Bogen gebildet, dessen Flanken von beiden Seiten angreifbar waren. Es war das eine außerordentlich ungünstige Linienführung. Also bei Armentiéres, bei Montdidier ein großer Bogen, und jetzt der Bogen, der zur Marne vorsprang.

Der General Ludendorff meinte nun, es sei immer noch nicht angängig, den geplanten Hauptentscheidungsangriff in Flandern durchzuführen, weil der Feind dort immer noch zu stark war. Es hat dabei außerdem der Umstand mitgespielt, daß es nicht ratsam war, mit unseren Hauptkräften jetzt nach Flandern umzugruppieren, während die Linienführung unserer Stellungen bei Montdidier, an der Marne, bei Château-Thierry so außerordentlich ungünstig war. Es waren lauter Bogen, die konnte der Feind von beiden Seiten umklammern.

Der General Ludendorff wollte den südlichen Bogen an der Marne bei Château-Thierry und Dormans erst ausgleichen durch Angriffe beiderseits. Er beschloß daher nochmals im Juli, beiderseits Reims anzugreifen, und es sollte demnächst noch auch bei Compiègne an der anderen Seite der Bogen ausgeglichen werden.

Dieser Angriff ist gescheitert aus verschiedenen Gründen. Die Überraschung ist uns diesmal nicht gelungen. Das ist der Hauptgrund gewesen. Wenn das aber auch nicht der Fall gewesen wäre, so kann man doch die Frage aufwerfen, ob wir in der Lage waren, nochmals einen Ablenkungsangriff zu führen und dann erst die Hauptentscheidung in Flandern zu suchen. Unser Ersatz wurde immer knapper, die Stärke der Divisionen, der Bataillone immer geringer. Ich habe in meinem Gutachten darüber ganz genaue Angaben gemacht. Es ist zweifelhaft, ob wir, auch wenn der Juliangriff beiderseits Reims gelungen wäre, doch noch die große Entscheidung in Flandern hätten herbeiführen können, ob uns die Kraft noch dazu zur Verfügung gestanden hätte. Es wird daher der Juliangriff vielfach auch von der militärischen Kritik angegriffen.

Es wäre vielleicht eine Lösung gewesen, daß man diese ungünstig vorspringenden Bogen bei Montdidier und Château-Thierry zur Räumung vorbereitet hätte, um sie im Falle eines feindlichen Angriffes zu räumen. Man hätte sich dann vielleicht den Juliangriff ersparen können und statt dessen in Flandern angreifen können. Doch ist dies nur ein Vorschlag, der nachträglich, nach Kenntnis des Verlaufes, gemacht worden ist.

Der Juliangriff hätte gelingen können. Und unsere Gegner sagen: Wenn er gelungen wäre, wäre es eine sehr entscheidende Operation geworden. Das Kriegsglück ist damals gegen uns gewesen. Ich glaube aber nicht, daß man die Fortsetzung des Angriffs überhaupt, nachdem bisher der Durchbruch nicht gelungen war, tadeln kann. Der Feldherr muß, ehe er kleinmütig sein Ziel aufgibt, doch das Letzte, was möglich war, versucht haben.

Wir kommen nun zu dem Umschwung des Krieges, der durch diesen gescheiterten Juliangriff und den kurz danach am 18. Juli erfolgten großen französischen Gegenangriff bezeichnet wird. Der französische Gegenangriff traf diesen Bogen, der an die Marne bei Château-Thierry usw. vorsprang, in der Flanke, aus den Waldungen von Villers-Cotterêts heraus. Der Vorstoß hat uns überrascht hauptsächlich dadurch, daß er im wesentlichen mit Tanks geführt worden ist. Die Bedeutung der Tanks tritt jetzt mit jedem Tage mehr hervor, je dünner unsere Linie wurde, je angestrengter und allmählich auch erschöpfter unsere Truppe wurde.

Ich habe die Gründe für das Gelingen des feindlichen Angriffs im Gutachten auseinandergesetzt. Mit dem Augenblick, wo bei Reims unsere Offensive mißglückt war und der französische Gegenstoß am 18. Juli den großen Erfolg hatte, war die Initiative uns aus der Hand genommen.

Wir hatten ja noch den großen Angriff in Flandern geplant, er war aber nicht mehr ausführbar. Das ganze Heer mußte auf die Verteidigung eingestellt werden. Wir waren nunmehr wieder auf die Abwehr angewiesen. Nun trat die große Frage an die Heeresleitung heran: Wie soll die Abwehr geführt werden? Zunächst war die O.H.L. noch der Meinung: Der Feind ist auch erschöpft, er

kann keine großen Angriffe machen, er kann nur Teilangriffe machen, und wir werden doch wohl wieder strategische Aushilfen finden, um dem zu begegnen und unsere Lage zu halten. Man sah — und ich kann das aus eigener Erfahrung sagen — damals die Lage nicht so, wie man sie jetzt übersieht, wo man den Umschwung Mitte Juli übersehen kann. Damals war noch die Ansicht: Wir werden die Lage wieder halten, der Feind ist auch erschöpft, wir werden Aushilfen finden. Diese Ansicht wurde auch von den Heeresgruppen ganz energisch vertreten — bis zum 8. August, wo bei Amiéns ein erneuter großer englisch-französischer Angriff einsetzte, der bewies, daß der Gegner doch fähig war, nicht bloß Teilangriffe zu unternehmen, sondern eine große Offensive. Auch der Angriff am 8. August bei Amiéns, der einen sehr großen Erfolg hatte, beruhte wiederum hauptsächlich auf der starken Verwendung von Tanks. Dadurch war es dem Gegner möglich, ohne große Artillerievorbereitung, die man immer rechtzeitig erkennen konnte, überraschend anzugreifen.

Nach diesem 8. August, sagt der General Ludendorff, hätte er nicht mehr die Hoffnung gehabt, strategische Aushilfen zu finden und damit die Lage wieder zu unseren Gunsten zu festigen. Kurz danach, am 14. August, fand die denkwürdige Besprechung im Großen Hauptquartier in Spa unter dem Vorsitz des Kaisers statt. Ich habe nun hier nicht die Aufgabe, zu untersuchen, inwieweit Friedensmöglichkeiten gegeben waren. Ich habe hier nur zu untersuchen, ob die Heeresleitung an diesem 14. August der politischen Leitung eine klare, einwandfreie Beurteilung der Lage gegeben hat.

Da ist nun eine Verschiedenheit vorhanden. Der General Ludendorff hat, wie gesagt, geäußert: Ich kann jetzt nicht mehr die Hoffnung hegen, eine strategische Aushilfe zu finden, der Krieg muß beendigt werden. Der Staatssekretär v. Hintze entwickelte nun zunächst in der Besprechung die Ansicht, die Kriegsführung müsse sich jetzt als Ziel setzen, durch eine strategische Defensive den Kriegswillen des Feindes allmählich zu lähmen. Das ist schon eine günstigere Ansicht. Der Kaiser und auch der Reichskanzler Hertling sprachen sich zum Schluß dahin aus, man müsse allmählich zu diplomatischen Schritten übergehen, aber man müsse auf geeignete Zeitpunkte achten, wo wir uns mit dem Feinde zu verständigen hätten, und zwar in einem Moment, sagte der Reichskanzler, nach dem nächsten Erfolge im Westen. Das stimmt nicht ganz zu dem, was der General Ludendorff gesagt hatte, nämlich, daß er nicht mehr die Hoffnung hätte, durch strategische Aushilfen die Lage zu unseren Gunsten zu festigen.

Noch günstiger sprach sich der Generalfeldmarschall v. Hindenburg aus. Er sagte, es werde gelingen, auf französischem Boden stehen zu bleiben und dadurch schließlich dem Feinde unseren Willen aufzuzwingen. Das ging nun noch erheblich weiter. Der General Ludendorff hat selbst gesagt, daß der Feldmarschall die Kriegslage günstiger beurteilt habe.

Es geht also aus diesen Verhandlungen eine Verschiedenheit der Ansichten hervor. Der General Ludendorff hatte vorher nicht mehr die Hoffnung auf eine Besserung und war der Ansicht, der Krieg müsse beendet werden, während der Feldmarschall die Lage günstiger ansah und glaubte, daß wir uns behaupten

könnten auf französischem Boden und dadurch schließlich dem Feinde unseren Willen aufzwingen würden. Die politische Leitung steht in der Mitte dieser beiden Ansichten, indem sie doch die Konsequenz zog, man müsse nunmehr zu diplomatischen Schritten übergehen und eine Verständigung herbeiführen. Aber sie hielt die Verständigung nicht für so dringend und wollte einen günstigeren Zeitpunkt nach unserem nächsten Erfolge abwarten.

Ich muß doch sagen, daß hier die politische Leitung nicht ganz richtig ins Bild gesetzt worden ist. Es mag sein, daß das an dieser verschiedenen Auffassung zwischen dem General Ludendorff und dem Feldmarschall v. Hindenburg liegt. Aber wir wissen heute ja auch, daß die Aussicht, den Krieg jetzt noch zu gewinnen oder dem Feinde den Willen aufzuzwingen, nicht mehr begründet war aus all den Gründen, die ich früher in dem ersten Gutachten schon entwickelt habe. Jetzt war der Ersatz fast zu Ende und was uns noch alles fehlte: Pferde, Hafer und alles mögliche. Es ist bedauerlich, daß hier die politische Leitung doch nicht ganz zutreffend ins Bild gesetzt worden ist. Es sind die diplomatischen Schritte ja auch nicht rechtzeitig getan worden, sondern erst erheblich später, zu einem Zeitpunkt, wo sich schon alles zu überstürzen drohte.

Das Weitere zu behandeln, was nun von politischer Seite geschehen ist, ist nicht meine Aufgabe. Was aber zu meiner Aufgabe gehört, ist die Erledigung der Frage: Was sollte nun militärischerseits geschehen? Es hängt dies nach meiner Ansicht eng mit den politischen Verhältnissen zusammen. Wenn Aussicht war, daß die diplomatischen Verhandlungen gleich begonnen wurden, und wenn Aussicht war, daß sie zum Ziele führten, dann war es meiner Ansicht nach geboten, vorn, wo man stand, mit allen Mitteln standzuhalten und jeden Fuß breit Boden zäh zu verteidigen. Wenn aber das Anspinnen der diplomatischen Verhandlungen sich hinauszog oder wenn die Aussicht auf Erfolg dabei gering war, dann war es doch wohl geboten, nicht vorn um jeden Fuß breit zu kämpfen und das Heer hier aufzureiben, sondern dann kam es darauf an, eine Katastrophe zu vermeiden, das Heer in rückwärtige Stellungen zurückzuführen, wo man in verkürzter Linie Reserven aufsparen konnte; Reserven, die sich erholen konnten. Man konnte dann, wenn es nötig war, später den Kampf in anderen rückwärtigen Stellungen weiterführen.

General Ludendorff hat damals den Entschluß gefaßt, vorn standzuhalten. Es läßt sich darüber streiten. Aber er ist zweifellos bei diesem Entschluß nicht ganz in Einklang gewesen mit den politischen Maßnahmen. Denn die Verhandlungen sind damals nicht gleich eingeleitet worden, und insofern stellte sich im weiteren der Nachteil heraus, daß wir doch vorn durch das Standhalten in den augenblicklichen Linien und das Kämpfen um jeden Fuß breit Boden unsere Kräfte stark verzehrt haben. Nachher wurden wir gezwungen, in die rückwärtigen Stellungen zurückzugehen. Es wäre doch wohl besser gewesen, wenn wir rechtzeitig in große Stellungen zurückgegangen wären, um die erwähnten Vorteile zu haben.

Weshalb ist das nun nicht geschehen? In die Siegfried-Stellungen konnten wir zurückgehen, und dahin sind wir auch Anfang September zurückgegangen. Aber wir hatten keine weiteren rückwärtigen Stellungen. Das ist der Grund

gewesen. Und weshalb hatten wir keine? Weil wir keine Arbeiter hatten. Ich glaube, aus allem, was ich über die Offensive gesagt habe — ich habe deshalb wiederholt die Schwierigkeiten des Angriffs auseinandergesetzt, den Umfang aller Vorbereitungen, die dazu nötig waren —, aus alledem geht hervor, welch außerordentlichen Bedarf wir bei den bisherigen Angriffsoperationen an Arbeitskräften hatten. Wir hatten keinen Mann übrig, das kann ich auf das Bestimmteste versichern. Es war die größte Not, diese ungeheuren Angriffsvorbereitungen auszuführen und die Armeen rechtzeitig mit den nötigen Arbeitskräften auszustatten. Es wurden immer dieselben Kräfte von einer Stelle zur andern geschoben, dorthin, wo der Angriff erneut gemacht werden sollte.

Ich habe in meinem früheren Gutachten im I. Teil darauf hingewiesen. Wir hätten doch wohl aus Rußland noch einige Divisionen als Arbeitskräfte herausziehen können, nicht als Kampftruppen. Als Kampftruppen hätten wir aus dem Osten nichts mehr herausziehen können. Es waren da nur ganz alte oder nicht völlig verwendungsfähige Leute. Wir hatten alles herausgezogen aus den Divisionen, was irgend möglich war. Aber als Arbeitstruppe hätten wir doch die eine oder andere Division heranziehen können, die uns dann im Westen von größtem Wert gewesen wäre. Ganz abgesehen davon, haben wir aber, das muß ich auch zugeben, unterlassen, rechtzeitig die Stellungen, die in Frage kamen, hinter der Siegfried-Stellung zu erkunden. Ich habe im Gutachten genau die Zeitpunkte angegeben, wann wir erst dazu übergegangen sind, die fraglichen Stellungen zu erkunden.

Es kamen zwei Stellungen in Betracht. Das waren die sog. Hermann- und die Hunding-Brunhilde-Stellung, von denen die letztere hinter der Heeresgruppe Kronprinz Wilhelm lag. Die war aus früherer Zeit ganz gut ausgearbeitet. Dagegen war die sog. Hermann-Stellung hinter der Heeresgruppe Rupprecht überhaupt noch nicht erkundet. Diese haben wir erst im letzten Augenblick im Herbst erkundet. Die Antwerpen-Maas-Stellung, die als weitere Stellung in Betracht kam, ist auch erst im letzten Augenblick erkundet worden. Wir haben zuletzt noch an Arbeitskräften zusammengekratzt, was irgend möglich war. Aber wir sind nicht mehr dazu gekommen, die Stellungen einigermaßen auszubauen. Das ist der Grund gewesen, weshalb wir nicht planmäßig von großer Stellung zu großer Stellung zurückgehen konnten.

Es kam aber auch hinzu, daß, als die diplomatischen Verhandlungen wirklich eingeleitet waren und die erste Note an Wilson abging, nun der Gesichtspunkt betont wurde, nicht zurückzugehen, nicht Gelände aufzugeben, sondern in der Hoffnung, daß es schnell gehen würde mit den Verhandlungen, möglichst vorn stehen zu bleiben, möglichst viel Boden zu behaupten, um dadurch in einer günstigeren Lage beim Abschluß des Waffenstillstandes zu sein. Bekanntlich ist das nicht geglückt. Es ist aber bis zum letzten Augenblick dieser Grund angegeben worden und noch Anfang November von der O.H.L. festgehalten worden.

Wir sind erst Anfang November in die Antwerpen-Maas-Stellung zurückgegangen. Der Waffenstillstand ist gekommen, ehe wir überhaupt die Stellung erreicht hatten. Immer war auch da der Grund: Die Verhandlungen werden

ungünstig beeinflußt, wenn wir jetzt große Rückzüge machen. Der Gesichtspunkt war zweifellos auch sehr zu beachten.

Ich habe die einzelnen Punkte in meinem Gutachten auch mit Angabe der verschiedenen Schreiben usw. belegt. Ich habe dann noch einmal die Gründe des Niederganges — das ist ja das Hauptkapitel der ganzen Untersuchung — kurz zusammengefaßt. Unsere Kräfte waren eben doch, nachdem die Offensive gescheitert war, stark erschöpft. Ich kann hier nur noch ganz kurz einmal daran erinnern: Der Ersatz ging vollständig zu Ende, die Bataillone wurden schwach, die Stellungsdivisionen, die wir zu lange in den Stellungen lassen mußten, brannten vollständig aus. Sehr wesentlich haben in dieser zweiten Hälfte des Jahres 1918 die Tanks mitgespielt. Der Geist der Truppe litt erheblich. Es ist nicht zu bezweifeln, daß das zum großen Teile durch das Mißglücken unserer Offensive herbeigeführt worden ist. Jeder Mann im Schützengraben war sich klar darüber, daß der Kampf einmal ein Ende nehmen mußte, daß bei der Offensive 1918 das letzte daran gesetzt werden mußte, um dem Kampf ein Ende zu machen. Als dann die Offensive, die mit so frohen Hoffnungen begonnen war, mißglückte, sank die Stimmung, wie ja sehr leicht zu erklären ist.

Ich muß aber darauf hinweisen, daß eine starke revolutionäre Wühlarbeit im Heere betrieben worden ist. Dies kann durch Tatsachen unwiderleglich bewiesen werden und ist bewiesen worden. Die Leute sind zum Überlaufen veranlaßt worden, sie sind auch nach rückwärts desertiert. Die Urlauber, die von der Heimat kamen, waren ungünstig beeinflußt, der Ersatz war verseucht, so verseucht, daß, wenn die Leute aus der Heimat ankamen, sie sich an den Bahnhöfen im belgischen und französischen Gebiet zu Hunderttausenden herumdrückten und nicht ihren Truppenteil aufsuchten. Die Zahl der Überläufer wuchs mit jedem Tag.

Um die Gründe unseres Zusammenbruchs zu erläutern, wäre nun noch zu untersuchen, ob wir im Herbst noch hätten weiterkämpfen können oder ob wir den Waffenstillstand so, wie er war, abschließen mußten. Ich bin der Ansicht, daß wir wohl noch hätten weiterkämpfen können, natürlich nicht um den Sieg. Ich habe immer den Standpunkt vertreten: Wenn die Offensive mißglückte, dann war der Krieg verloren. Aber wir waren doch noch nicht entscheidend geschlagen. Der Feind hat es nirgendwo auf dem ganzen Rückzug zustande gebracht, unsere Front zu durchbrechen. Wir haben die Reihen immer wieder geschlossen. Er hat uns nirgendwo umfassen können, nirgendwo ist uns eine entscheidende Niederlage beigebracht worden. Aus allem, was wir jetzt vom Feinde wissen, geht hervor, daß er im November auch fertig war. Das stützt sich auf ganz bestimmte Feststellungen, die auf feindlicher Seite gemacht werden. Der Feldmarschall Haig hat bei den Beratungen über die Waffenstillstandsbedingungen in Paris erklärt: Wir sind auch fertig; der Feind — die Deutschen — ist in guter Ordnung zurückgegangen, er ist militärisch durchaus noch nicht niedergebrochen; wir aber können nicht mehr, wir müssen daher nicht zu scharfe Bedingungen stellen. Der General Pétain war für scharfe Bedingungen, aber er setzte hinzu: Die Deutschen werden sie nicht annehmen.

Wir wissen jetzt ganz genau, daß der Feind uns nicht mehr folgen konnte. Unsere Truppe hätte einer Atempause bedurft, um sich einigermaßen wieder zu erholen. Diese Atempause hätten wir zweifellos bekommen. Wir wissen von den französischen Eisenbahnfachmännern, daß die Eisenbahnen nicht in dem Maße hatten wiederhergestellt werden können, wie die Franzosen und Engländer uns nachdrängten. Wir hatten sie überall zerstört. Die heutigen Millionenheere können nur von der Bahn leben. Wenn die Bahn versagt, hört das Vorgehen auf. Kommt man weiter, ist man etwa 100—120 km von der Endstation der Bahn entfernt, so ist die Versorgung des Heeres mit Munition, Gerät, Lebensmitteln usw. nicht mehr durchführbar, auch nicht mit Kraftwagenkolonnen, wie sich hier gezeigt hat. Die Engländer waren fertig und konnten nicht mehr weiter vorgehen, wie sie zugeben. Die Amerikaner hatten, wie festgestellt worden ist, einen völligen Niederbruch ihres ganzen Transportwesens, waren überhaupt auf den Bewegungskrieg in diesem Maße nicht vorbereitet und kannten diese Organisation der Heeresversorgung, die sehr kompliziert ist und sehr geschickte Organisatoren erfordert, nicht. Die Franzosen geben in den eisenbahntechnischen Werken zu, daß die Verbindungen völlig abgerissen waren, und daß sie zunächst nicht weiter hätten vorgehen können. Die französischen Eisenbahnsachverständigen behaupten, wenn wir weiter auf den Rhein zurückgegangen wären und in demselben Maße die Eisenbahnen hinter uns weiter zerstört hätten, dann hätte eine monatelange Pause eintreten müssen. Die Engländer konnten nach dem Waffenstillstand noch nicht antreten, sondern konnten es erst 6 Tage danach, am 17. November, und auch nur mit einem Drittel ihrer Kräfte; die anderen Divisionen konnten sie nicht mitnehmen, weil sie sie nicht versorgen konnten; und Anfang Dezember mußten sie schon wieder haltmachen, obwohl wir gar keinen Widerstand leisteten, auch nichts weiter zerstört hatten; sie konnten das Heer nicht versorgen.

Ein Weiterkämpfen wäre also möglich gewesen, selbstverständlich nicht um den Sieg, aber um bessere Bedingungen; denn der Feind stand auch vor der Frage, ob er es unter diesen Verhältnissen auf eine Fortsetzung des Krieges bis ins Jahr 1919 hinein ankommen lassen wollte. Die Ansichten darüber waren beim Feinde verschieden.

Vorsitzender Abg. D. Dr. *Kahl*: Darf ich mir, Exzellenz, ehe Sie dazu übergehen, eine Zwischenfrage gestatten. Woher die stürmische Forderung Ludendorffs auf sofortigen Abschluß des Waffenstillstandes?

Sachverständiger *v. Kuhl*: Ich bin darauf hier nicht eingegangen, weil militärische Gründe weiter nicht vorliegen. Die militärische Lage hat sich allmählich so gestaltet, wie ich sie hier zum Schluß geschildert habe. Das andere ist eine politische Frage.

Ich darf nun dazu übergehen, zu dem Gutachten Stellung zu nehmen, das Geheimrat Prof. Dr. Delbrück abgegeben hat. Ich lasse Einzelheiten außer Betracht. Man kann über verschiedene Einzelheiten auch verschiedener Ansicht sein, und vielleicht ist in dem, was ich hier gesagt habe, an Einzelheiten auch noch einiges nach Besprechung mit dem Herrn Geheimrat zu modifizieren. Ich komme nur auf die Hauptsache, auf den wesentlichen Gegensatz in unseren

Ansichten. Herr Prof. Delbrück ist immer in der Hauptsache der Ansicht, daß ein unbedingter Sieg der Mittelmächte, durch den Frankreich und England völlig niedergeworfen würden, ausgeschlossen gewesen sei. Er meint, man hätte, weil eine endgültige Entscheidung nicht möglich gewesen wäre, im Jahre 1918 keine andere Möglichkeit mehr gehabt, als den Feind durch einzelne Teilschläge mit beschränkten Zielen, also mehr durch taktische Angriffe, friedenswillig zu machen unter gleichzeitigem Friedensangebot und Herabsetzung der Bedingungen, die man sich gesetzt hatte.

(Sachverständiger Dr. *Delbrück*: Unter gleichzeitiger öffentlicher Erklärung des vollkommenen Verzichts auf Belgien! Nicht Friedensangebot; das ist etwas anderes!)

— Es ist ausdrücklich das Wort „Friedensangebot" gebraucht worden. Ich habe mich genau nach Ihrem Text gerichtet.

Nun sagt Herr Prof. Delbrück, der General Ludendorff hätte das auch erkannt und hätte gar nicht so angegriffen, daß sich aus dem Kampf eine große strategische Operation entwickeln sollte, sondern er hätte da angegriffen, wo er taktisch am leichtesten durchzubrechen hoffte. Das wären also solche taktischen Teilschläge. Der General Ludendorff hätte also selbst nicht an die Möglichkeit einer entscheidenden Niederlage aller Feinde geglaubt und einen Verständigungsfrieden wohl für angängig gehalten. Herr Prof. Delbrück sagt: „Die von ihm unternommene Offensive, wenigstens ihre Fortsetzung nach dem mißlungenen März-Angriff, war daher unberechtigt. Er hat geglaubt, dem Heere hohe Ziele zeigen zu müssen, wollte aber die Herbeiführung des ihm im Grunde willkommenen Verständigungsfriedens auf die Diplomaten abschieben. Sein Handeln im Feldzug 1918 ist wesentlich durch einen ungezügelten Ehrgeiz mit bestimmt worden."

Ich habe nun dazu folgendes zu bemerken, lediglich zu dieser Hauptfrage. Ob wir zu einem ehrenvollen Frieden gekommen wären, wenn wir es so gemacht hätten, wie Herr Prof. Delbrück es vorschlägt, nämlich gleichzeitig möglichst schwere Schläge zu führen — das steht ausdrücklich da — und dem Gegner so gemäßigte Bedingungen zu bieten, daß die Völker den Friedensschluß einer Fortsetzung des Blutvergießens vorgezogen hätten, scheint sehr zweifelhaft. Wir hätten nur einen Angriff mit beschränkten Zielen unternehmen und ihn mit einem ehrlichen und offenen Friedensangebot verbinden müssen, sagt Herr Geheimrat Delbrück. Eine Verständigung sei im Frühjahr 1918 nicht ausgeschlossen gewesen. Präsident Wilson wie Lloyd George hätten im Januar 1918 Reden gehalten, die von früheren Äußerungen erheblich abstachen. Lloyd George habe eine ganz freundliche Miene gemacht. Darauf kann ich nur bemerken: Was wir von den Versprechungen Wilsons und was wir von den Reden und der freundlichen Miene des Lloyd George zu halten haben, das haben wir inzwischen zur Genüge erfahren.

(Sachverständiger Dr. *Delbrück*: Nachdem wir seine Anerbietungen zurückgewiesen haben!)

— Jedenfalls wissen wir, was wir von Wilson und auch von Lloyd George zu halten haben. Ich habe dem gegenübergestellt, wie damals, 1917/18, die An-

sichten von feindlicher Seite waren. Ich brauche nur auf Clemenceau und dessen Aussprüche zu verweisen, die aufs schärfste und bestimmteste den Willen ausdrücken, den Krieg bis zum endgültigen Siege durchzuführen. Er hat das wiederholt auch in den schwierigsten Lagen geäußert, auch als wir im März Paris bedrohten und auch als schon die Panik in Paris einzureißen begann. Sein Siegeswille ist selbst durch die schweren Niederlagen im März und Mai nicht erschüttert worden. Er sagt: Wir werden den Sieg davontragen, wenn die öffentlichen Gewalten auf der Höhe ihrer Aufgaben stehen: ich schlage mich vor Paris, ich schlage mich in Paris und ich schlage mich hinter Paris. So hat er im Juni, nach unserem außerordentlichen Mai-Erfolg, gesagt. Das sieht doch sicherlich nicht nach der Neigung zu einem Verständigungsfrieden aus.

(Sachverständiger Dr. *Delbrück*: Das habe ich auch von Clemenceau nie behauptet!)

— Ich habe auch nicht gesagt, daß Herr Geheimrat das behauptet hätte, sondern ich sage nur, daß die Aussicht auf einen Verständigungsfrieden zu Beginn des Jahres 1918 äußerst gering war und führe dafür diese Zeugnisse an. Ich kann mich auch darauf beziehen, daß, wie wir jetzt ganz genau wissen, diese Ansicht beim Feinde auf militärischer Seite im Winter 1917/18 vom Marschall Pétain vertreten worden ist: Wir bekommen Mitte 1918 die Überlegenheit durch das Eintreffen der Amerikaner, wir bekommen ferner die Überlegenheit durch die außerordentlich massenhaften Bestellungen an schwerer Artillerie, an Fliegern, an Tanks, Bestellungen, die die Industrie spätestens bis Mitte 1918 alle ausgeführt haben wird; dann haben wir die Überlegenheit, bis dahin werden wir defensiv bleiben, dann ist die Zeit zum Angriff gekommen. Das hat er schon im Dezember 1917 gesagt als strikte Verhaltungsmaßnahme für die französische Heeresleitung im Jahre 1918. Ich darf bemerken, daß Pétain der Oberbefehlshaber der französischen Armee war. Foch hat sich dem angeschlossen.

Ich habe ferner auszuführen versucht, daß das Friedensangebot, das wir Anfang 1918 hätten machen können, vom Feinde als Zeichen von Schwäche aufgefaßt worden wäre. Ich habe dafür die Zeugnisse beigebracht, wie die bisherigen Friedensbestrebungen von uns im Auslande aufgefaßt worden sind, das Zeugnis, wie Wilson sich darüber geäußert hat, was der russische Chef des Generalstabes dazu gesagt hat usw. Danach ist unsere Friedensresolution, auch unser Friedensangebot von früher, als Schwäche gedeutet worden. Zu derselben Zeit, als hier im Sommer 1917 die Friedensresolution angenommen wurde, haben die französische Kammer und der französische Senat eine Resolution in entgegengesetztem Sinne angenommen, in der festgestellt wird, daß der Feind durch Waffengewalt niedergeschlagen werden müßte, und daß nur durch den Sieg der verbündeten Armeen ein dauerhafter Frieden erreicht werden könne. Frankreich werde den Krieg durchführen, bis es die Rückgabe von Elsaß-Lothringen, die Sühne für die Verbrechen, den Ersatz der Kriegsschäden usw. erreicht haben würde. Ich bin auf Grund dessen der Ansicht, daß die deutsche Heeresleitung auf dem richtigen Standpunkt war, wenn sie sagte: Es gibt hier nur Sieg oder Niederlage.

Nun ist darin ein Widerspruch gefunden worden. Ob wir dazu kamen, einen so entscheidenden Sieg zu erringen, daß dem Feinde der Frieden und seine Bedingungen diktiert werden konnten, mußte dahingestellt bleiben. Es wurde im Laufe des Frühjahrs 1918 allmählich unwahrscheinlicher. Es mußte dann versucht werden, durch möglichst entscheidenden Sieg und möglichst operative Ausbeutung des Sieges den Feind wenigstens friedenswillig zu machen.

(Sachverständiger Dr. *Delbrück*: Genau, was ich gesagt habe!)

— Nicht aber durch taktische Teilschläge mit beschränkten Zielen, sondern im Gegenteil durch möglichst starken Angriff mit möglichst großem, operativem Ziel, um den Feind niederzuwerfen. Erreichten wir das nicht und war der Sieg begrenzter, so waren wir demgegenüber machtlos. Aber erstreben mußte meiner Ansicht nach die O.H.L. einen möglichst entscheidenden Sieg und nicht taktische Teilschläge mit beschränktem Ziel. Damit war dem Feinde nie und nimmer zu imponieren, und mit Friedensangeboten noch viel weniger. Der Feind hätte die Friedensangebote ebenso beantwortet wie die früheren. Ich muß bei meiner Ansicht bleiben, solange nicht klar erwiesen wird, daß der Feind tatsächlich vor Beginn unserer Offensive zu einer wirklichen Verständigung bereit war — darunter verstehe ich aber nicht Bedingungen, wie sie in der Resolution der französischen Kammer und des Senats angegeben worden sind, die ich eben verlesen habe; das war keine Verständigung, sondern das waren Friedensbedingungen, wie sie uns im Versailler Diktat auferlegt worden sind. —

Ich muß auch der Vermutung entgegentreten, als wenn der General Ludendorff die März-Offensive nicht mit einem klar bezeichneten großen strategischen operativen Ziel unternommen hätte, als ob er hier nur ein taktisches Ziel verfolgt hätte. Es ist klar und kein Mensch bei uns ist darüber im Zweifel gewesen, daß das die große Entscheidung war, daß wir mit diesem großen Schlage ein großes operatives Ziel, das ich vorhin bezeichnet habe, erreichen und damit die Entscheidung des Krieges herbeiführen wollten. Ich vermag mir nicht zu erklären, wie man aus all diesen ganz bestimmten Angaben, aus den Besprechungen, aus den Vorbereitungen usw. den Schluß ziehen kann, hier sei kein großes operatives Ziel erstrebt worden, sondern Ludendorff habe nur taktisch angreifen wollen oder, wie Herr Prof. Delbrück sagt, Ludendorff habe überhaupt nur bald hier, bald da angreifen wollen. Das hat er nicht gewollt. Hier ist alles auf die große Entscheidung gesetzt worden. Darüber war jeder von uns sich im klaren. Ich muß das doch auch wissen, denn die beiden Armeen, die den Angriff ausgeführt haben, haben unserer Heeresgruppe unterstanden.

Ich wiederhole, daß Herr Prof. Delbrück sagt, wir hätten Teilangriffe mit beschränkten Zielen unternehmen sollen. Solche Angriffe wären etwa ein Angriff in Rußland oder in Italien gewesen. Auf Rußland wird wohl weniger Wert gelegt, es handelt sich hauptsächlich um Italien. Nun hätte ja ein Angriff in Italien sehr viel Bestechendes gehabt. Die Lage war aber nicht mehr wie im Jahre 1917. Im Jahre 1917 standen die Hauptkräfte der Italiener am Isonzo, unter Deckung gegen Tirol. Da hätte man sie leicht von Tirol aus abschneiden und in den venezianischen Kessel zusammentreiben können. So stand es nicht

mehr. Die Italiener standen jetzt hinter der Piave und man hätte viel weiter westlich ausholen müssen, beiderseits des Gardasees, wie vorgeschlagen worden ist. Dem stand sehr vieles entgegen. Wir mußten starke Kräfte hinschicken und die Westfront davon entblößen. Das hatte große Bedenken. Es war ferner die Frage, was aus einem solchen Angriff in Italien wurde. Zweierlei war möglich. Entweder schickten die Franzosen und Engländer Verstärkungen nach Italien, wie sie es 1917 getan hatten, dann entwickelten sich aus dem Angriff in Italien schwere Kämpfe, deren Verlauf und Dauer wir unbedingt nicht voraussehen konnten. Inzwischen gestaltete sich auf dem französischen Kriegsschauplatz die Lage so, daß mit jedem Monat die Amerikaner in größerer Stärke kamen und wir dann doch dem überwältigenden Angriff schließlich ausgesetzt waren, ohne die nötigen Truppen an der Westfront zu haben. Die andere Möglichkeit war die, daß die Franzosen und Engländer keine Unterstützung nach Italien schickten, sondern daß sie mit einem Entlastungsangriff gegen unsere stark geschwächten Armeen in Belgien und Frankreich antworteten, was für uns natürlich außerordentlich ungünstig gewesen wäre.

Herr Geheimrat Delbrück sagt nun, das wäre nicht zu befürchten gewesen, denn wir wären in der glücklichen Lage gewesen, daß wir den englischen Kriegsplan durch einen Zeitungsartikel von Repington gekannt hätten. Repington hat damals einen Zeitungsartikel geschrieben — es war am 11. Februar —, in dem er etwas sagte, was wir längst wußten, nämlich, daß unsere Gegner sich im wesentlichen im Westen auf die Verteidigung beschränken würden. Das war daraus zu entnehmen, und es war ferner darin gesagt, daß sie eine Nebenoperation in der Türkei unternehmen wollten, um die Türkei vollständig zum Zusammenbrechen zu bringen.

Herr Geheimrat sagt nun, wir hätten daraus ersehen, daß der Feind uns im Westen Ruhe gelassen hätte, und daß wir also ungestört hätten uns gegen Italien wenden können. Ich glaube nicht, daß dieser Grund stichhaltig ist. Daß der Feind sich zunächst defensiv verhalten würde, hatten wir ohnedies angenommen. Das beruhte aber darauf, daß der Feind unseren Angriff erwartete. Griffen wir im Westen nicht an oder griffen wir in Italien an, so war es selbstverständlich, daß der Feind andere Dispositionen ergriff. Keinesfalls hätten wir mit Sicherheit darauf rechnen können, daß wir im Westen nicht angegriffen würden, wenn wir mit starken Kräften nach Italien fuhren.

(Sachverständiger Dr. *Delbrück*: Das nehme ich auch an!)

— Das steht aber so drin, wie ich es eben gesagt habe. So steht es in dem Gutachten von Herrn Geheimrat drin.

Wir haben diesen Zeitungsartikel von Repington übrigens gekannt. Er ist auch der O.H.L. damals vorgelegt worden. Wir haben ihm aber gar kein Gewicht beigelegt.

Der Herr Geheimrat sagt ferner, unsere Offensive hätte überhaupt keine Aussicht gehabt, und die großen Erfolge der März-Offensive, die uns hart an das Ziel geführt habe, hätten wir hauptsächlich den unglaublichen, gar nicht zu erwartenden Fehlern des Feindes zu verdanken. Das kann ich nicht gelten lassen. Die unglaublichen Fehler des Feindes sollen darin bestanden haben,

daß Engländer und Franzosen zunächst ihre verschiedenen Interessen vorangestellt hätten. Ich glaube, daß das eine Erscheinung ist, die bisher in jedem Koalitionskrieg, der mir bekannt ist, hervorgetreten ist; ob das nun Piemontesen und Österreicher 1796 waren oder ob es Österreicher und Süddeutsche im Jahre 1866 waren, es ist immer dieselbe Erscheinung: die Verbündeten haben, wenn sie auf einem Kriegsschauplatz zusammentreten, immer zunächst ihre eigenen Interessen im Auge. Die englischen gingen dahin, daß sie ihre Kanalküste sicherten und die Franzosen dachten an Paris. Damit haben wir auch gerechnet. Ich glaube nicht, daß das so ungeheure Fehler vom Feinde waren, die man gar nicht erwarten konnte. Dagegen ist etwas anderes eingetreten, was wir nicht erwartet haben, was kein ungeheurer Fehler der Feinde, sondern das Gegenteil war. Das ist nämlich, daß sie gerade in dem Moment zum erstenmal im Kriege einen einheitlichen Oberbefehl zustande gebracht haben. Das war etwas, was für uns sehr verhängnisvoll war. Also es ist nicht etwa die Operation dadurch zu dem Erfolg gekommen, daß der Feind gar nicht zu erwartende ungeheuerliche Fehler gemacht hat, sondern wir sind in unserem Siegeszug dadurch behindert worden, daß der Feind unerwarteterweise eine für ihn äußerst glückliche und wirkungsvolle Maßnahme getroffen und dadurch den Widerstand bei Amiéns so versteift hat. Dort war der Berührungspunkt der Engländer und Franzosen; da gingen bisher ihre Interessen auseinander. Daß sie nun zusammenliefen, daß hier gerade der Angriff an diesem wichtigen Punkt versteift wurde, ist dem Eingreifen von Foch zu verdanken, der die beiden Parteien dazu veranlaßt hat, hier ihre Kräfte zusammenzuziehen. Das haben wir nicht erwartet und das ist allerdings eingetreten.

Ich muß zum Schluß noch darauf kommen, daß Herr Geheimrat dem General Ludendorff ein doppeltes Gesicht zuschreibt. Er stützt sich dabei auf eine Aussage des Generals v. Haeften hier im Untersuchungsausschuß. General v. Haeften hat gesagt, Ludendorff wäre wohl für einen Verständigungsfrieden zu haben gewesen, aber er hätte das nicht dem Heere zeigen dürfen, er hätte dem Heere große Ziele zeigen müssen, um seinen Siegeswillen zu erhalten. Im Grunde aber wäre er doch damit einverstanden gewesen, wenn die Diplomatie einen Verständigungsfrieden zustande gebracht hätte; dann hätte Ludendorff sagen können: Ja, ich habe es nicht verhindern können. Er hätte also gewissermaßen die Schuld auf die politische Leitung abgeschoben. Herr General v. Haeften hat etwas Derartiges gesagt. Das steht fest. Aber er hat nachher ausdrücklich seine Aussage dahin erläutert, daß General Ludendorff sich nicht so geäußert habe, sondern daß dies seine, des Generals v. Haeften, Annahme sei. Er sagt: Es wäre möglich gewesen, daß General Ludendorff, wenn es nachher zu einem Verständigungsfrieden durch die Diplomatie gekommen wäre, gesagt hätte: Ja, das habe ich nicht verhindern können. General v. Haeften sagt: Ich habe es mir so konstruiert, daß es so hätte kommen können; er sagt aber nicht: So hat General Ludendorff gesagt und sich verhalten. Ich kann nur sagen: Ich gebe in einem dem Herrn Geheimrat vollständig recht. Es wäre nicht nötig gewesen, dem Heere große Ziele, wie die Eroberung Belgiens und der flandrischen Küste, zu zeigen, um seinen Siegeswillen aufrechtzuerhalten. Wenn wir dem

Heer sagten: Wir müssen uns in unserem Besitzstand behaupten gegen eine Welt von Feinden, so war das ein großes Kriegsziel, das jeden Mann begeistern mußte und das vollständig ausreichte, um der Front bekanntgegeben zu werden. Da stimme ich vollständig bei. Aber daß Ludendorff so gehandelt hätte, wie behauptet worden ist, daß er hinterrücks auf die Diplomatie den Verständigungsfrieden hätte abschieben wollen, vor dem Heere aber den starken und großen Patrioten spielen wollte, muß ich nach meiner genauen Kenntnis der ganzen Vorgänge und des ganzen Gedankenganges von Ludendorff zurückweisen. Ich kann nur sagen — ich bitte um Entschuldigung, wenn ich von meiner Person spreche; ich muß es aber in diesem Fall —, ich habe in meiner Eigenschaft als Chef des Generalstabs der Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht einen großen Anteil an den Kämpfen im Westen; ich habe mit Ludendorff jeden Tag ein-, zwei- oder dreimal am Telephon gesprochen und bin alle zwei bis drei Tage persönlich mit ihm zusammengekommen. Wir sind tagelang miteinander an der Front entlang gefahren und haben alles besprochen. Dabei ist mir niemals die leiseste Hindeutung auf ein solches doppeltes Verhalten aufgefallen. Was General v. Haeften gesagt hat, ist eine Erklärung, die er sich selbst zurechtgemacht hat, der ich nicht beitreten kann und die er nachher ja auch in der Presse erläutert hat. Wenigstens hat er deutlich erklärt: General Ludendorff hat das nicht gesagt; ich habe mir das zurechtgemacht. Ich muß also dagegen Einspruch erheben — denn es handelt sich hier darum, wer an dem Zusammenbruch schuld ist —, wenn Herr Geheimrat hier sagt:

„Wenn das wirklich, wie es nach der Aussage des Generals v. Haeften kaum zu bezweifeln ist, die innerste Auffassung des Generals Ludendorff gewesen ist, so dürfte kein Ausdruck der Verdammung für dieses Verhalten zu hart erscheinen."

Der Herr Geheimrat spricht von Unehrlichkeit und schließt damit:

„daß keineswegs das reine Motiv der Vaterlandsliebe, sondern ein ungezügelter Ehrgeiz das Handeln des Generals im Februar 1918 mitbestimmt habe."

Ich weiß sehr wohl: ich stehe hier nicht als Anwalt des Generals Ludendorff. Zu dem Zwecke bin ich nicht hierher berufen. Ich bin hierher berufen, um die Wahrheit zu sagen über die Offensive 1918, so gut ich kann und vermag. Und ich muß das, was ich aussage, auf meinen Eid nehmen. Auf Grund dessen sage ich hiermit auf das Allerbestimmteste aus, daß auch nicht das leiseste Anzeichen für ein solches Doppelgesicht und für ein so unehrliches Verhalten mir bekannt gewesen ist. Ich kenne den General Ludendorff ganz genau. Man mag ihm Irrtümer nachweisen. Man wird das allen Feldherren nachweisen können. Man mag ihm mehrere Irrtümer nachweisen. Aber daß an der Ehrlichkeit seines Charakters in der Weise gezweifelt und solche Anschuldigungen gegen ihn erhoben werden, muß ich entschieden zurückweisen. Ich mußte auf diese persönlichen Verhältnisse eingehen, weil das Gutachten des Herrn Geheimrat Delbrück im wesentlichen ein persönlicher Angriff, ein ausgesprochener persönlicher Angriff gegen Ludendorff ist, der im wesentlichen die Schuld tragen soll. Deshalb mußte ich auch auf diesen Abschnitt ganz persönlich eingehen.

Sachverständiger Dr. *Delbrück*: Ich würde Wert darauf legen, wenn Herr

Dr. Herz, der darin Spezialist ist, über den Eindruck der Friedensresolution einige Worte sagte.

Geschäftsführer Dr. *Herz*: Was die Frage des Eindrucks der Friedensresolution vom Jahre 1917 auf das feindliche Ausland angeht, so ist es richtig, daß aus den Berichten der Gesandten gelegentlich hervorgeht, daß es als Zeichen der Schwäche ausgelegt worden ist. Es haben nun aber in der Zeit nach dem Friedensangebot — und das scheint mir das Wichtigste und Erheblichste zu sein — sehr entscheidende Verhandlungen sowohl im französischen Parlament, das vor einer Ministerkrise stand, als auch im englischen Parlament stattgefunden. Im französischen Parlament ist damals von dem Friedensangebot überhaupt nicht gesprochen worden. Da ist es ignoriert worden. Als von einem Mitglied der äußersten Linken darauf hingewiesen wurde, man könne doch zum Frieden kommen, da wurde vom Ministertisch aus geantwortet, man solle sich doch nicht durch die ewigen Listen des Feindes fangen lassen.

Ganz ausführlich wurde die Friedensresolution in den Verhandlungen des englischen Parlaments behandelt. Dort ist nicht ein Wort gefallen, daß es als ein Zeichen der Schwäche angesehen würde, sondern es ist auch darauf hingewiesen worden: Laßt euch durch diese List nicht betören; was hat dieses ganze Friedensangebot für eine Bedeutung? Das Parlament in Deutschland ist machtlos, das Parlament ist nicht die Regierung, was das Parlament sagt, ist gleichgültig. Im übrigen kann man das, was die Regierung selbst will, aus der Äußerung des Reichskanzlers Michaelis: „Wie ich es auffasse" ersehen. Darauf hat man hingewiesen und hat immer gesagt: Das sind alles Vorwände, um euren Kriegswillen zu schwächen. Man hat mit diesem Friedensangebot — wenn ich das gleich hinzusetzen darf — nicht beabsichtigt, mit den jetzigen Machthabern zum Frieden zu kommen. Daß mit Clemenceau kein Friede zu machen war, war klar. Es kam darauf an, dadurch die Opposition so zu stärken, daß sie eventuell an die Regierung kam. Es ist möglich, daß in der Presse andere Äußerungen gestanden haben, aber in den sehr wichtigen Verhandlungen ist davon, daß man es als Schwäche auffaßte, niemals die Rede gewesen.

(Zuruf des Abg. Dr. *Philipp*: Sie werden gerade im Parlament sagen, ob sie es als Schwäche auffassen!)

— Eben gerade! Gerade ein Ministerium, das schwankend ist, kann doch da sagen: Wir sind doch die großen Leute, die Deutschen werden schon schwach. Auch im englischen Parlament hat man ausdrücklich betont: Laßt euch dadurch nicht betören; das ist hier ein Vorwand der Deutschen, um euch friedenswillig zu machen; bleibt fest! Das sind die Ergebnisse der Parlamentsverhandlungen. Und in Frankreich und namentlich in England galten die parlamentarischen Verhandlungen in der öffentlichen Meinung mehr als bei uns. Denn die französische und englische Regierung sind von der öffentlichen Meinung weit mehr abhängig, als unsere Regierung es damals war.

Sachverständiger Dr. *Delbrück*: Ich möchte das noch dadurch ergänzen, daß ich hinzufüge: Exzellenz v. Kuhl beruft sich auf die Aussage, die Oberst House dem Grafen Bernstorff gegenüber gemacht hat: das Friedensangebot vom Dezember 1916 sei ein Zeichen der Schwäche. House hat das zu Bernstorff

gesagt und Bernstorff hat so ausgesagt: das ist richtig, aber House hat das gesagt, weil ihm das deutsche Friedensangebot sehr ungelegen kam. Er ist kein ganz unbefangener Zeuge. Nicht auf Grund eines deutschen Angebotes sollte nach Wilson und House der Friede zustande kommen, sondern durch die amerikanische Vermittlung.

Es ist ein wesentlicher Punkt, der auf die Strategie zurückwirkte, wieweit Friedensmöglichkeiten vorhanden gewesen sind. Darauf wird noch zurückzukommen sein.

Die Herren wissen aus früheren Tagungen, was für ein fundamentaler Gegensatz zwischen dem Sachverständigen Exzellenz v. Kuhl und mir in bezug auf die Beurteilung des Generals Ludendorff besteht, der auch heute mit voller Schärfe zum Ausdruck gebracht wurde. Ich erkenne das vollkommen an. Es führt nach meiner Meinung nicht zum Ziel, von der O.H.L. zu sprechen, und wir dürfen nicht bei der offiziellen Verantwortung des Kaisers stehenbleiben, wir müssen zu dem Manne kommen, der die wirkliche Verantwortung getragen hat, weil er die Macht in seine Hand genommen hatte. Das war Ludendorff. Und darum hatte ich in der Tat mein ganzes erstes Gutachten auf die Persönlichkeit des Generals Ludendorff zugespitzt. Hier ist ein fundamentaler Gegensatz zwischen General v. Kuhl und mir. Aber ich bitte die Herren, nicht zu übersehen, daß bei diesem fundamentalen Gegensatz in dem letzten Ausklang unserer Gutachten und bei mancherlei Widersprüchen in der Auffassung dieser oder jener Einzelheiten doch, wie ich das vorige Mal auch schon ausgeführt habe, eigentlich in der Auffassung der grundlegenden Tatsachen bei uns eine sehr weitgehende Übereinstimmung herrscht.

Exzellenz v. Kuhl meint, wir hätten die Erklärung über Belgien abgeben sollen. Das war für mich ein Fundamentalsatz, ein Satz, der von der anderen Seite immer bestritten worden ist. Es ist also von erheblicher Bedeutung, daß Exzellenz v. Kuhl und ich darüber einig sind. Die Konsequenz ist: Hätten wir diese Erklärung von der Reichstagstribüne oder sonstwo in irgendeiner Form absolut rückhaltlos abgegeben, dann wäre die Tür zu Verhandlungen geöffnet gewesen. Ob die Verhandlungen zum Ziel geführt hätten, ist natürlich noch eine andere Frage.

Exzellenz v. Kuhl meint, der Angriff im März 1918 sei falsch angesetzt gewesen. Das hat er heute hier nicht so ausführlich dargelegt.

(Sachverständiger *v. Kuhl*: Das habe ich nie gesagt!)

— Das steht aber in Ihrem Gutachten.

(Sachverständiger *v. Kuhl*: Nein!)

— Dann weiß ich nicht, wie ich das verstehen soll.

(Sachverständiger *v. Kuhl*: Den Ausdruck „falsch" gebrauche ich überhaupt nicht; denn es ist ungeheuer schwer, von einer Operation zu sagen, sie sei falsch.)

— Der Ausdruck „falsch" mag nicht gebraucht sein. Aber Sie sagen doch auch, daß Sie mit der Stelle, wo angegriffen wurde, nicht einverstanden waren, und daß der Angriff zu sehr in die Weite ging, und daß er deshalb zu seinem Ziele nicht geführt hat.

(Sachverständiger *v. Kuhl*: Ich habe nicht gesagt, daß ich nicht einverstanden gewesen wäre; das steht nicht im Gutachten.)

— Aber Sie kritisieren es doch. Sie weisen doch nach, daß infolgedessen der Angriff nicht zum Ziele geführt hätte. Sie haben ausdrücklich gesagt, die 18. Armee wäre für den Gesamtzusammenhang zu stark gemacht worden.

Sachverständiger *v. Kuhl*: Ich kann für meine Person sagen, daß ich in Flandern angreifen wollte. Ludendorff hat sich aus den von mir angeführten Gründen nicht zu dem Angriff entschlossen. Ich kann aber unmöglich sagen, der Angriff, den Ludendorff gewählt hat, sei falsch. Es sprachen außerordentlich viel Gründe dafür. Er sagte immer: Ja, ich kann nicht warten. Wenn Sie mir garantieren, daß wir im April in Flandern angreifen können, dann werden wir den Angriff in Flandern machen. Er ist operativ ausgezeichnet. Ich konnte das aber nicht. Ich kenne Flandern ganz genau von der Flandernschlacht. Das ist ein so nasser Boden, und wenn wir ein nasses Frühjahr bekamen, konnte es sich weit bis in den April hineinziehen. Da sagte er: So lange kann ich nicht warten; da kommen uns die Amerikaner über den Hals. Das ist ein Grund gewesen, gegen den wir unter keinen Umständen etwas sagen konnten. Wie soll ich dazu kommen, zu sagen, das sei falsch gewesen. Ich kann nur sagen: So sind die Ansichten gewesen; das sind die Gründe dafür und das die dagegen. Ich erlaube mir nie zu sagen, eine Operation sei falsch.

Sachverständiger Dr. *Delbrück*: Dann will ich mich so ausdrücken: Es war nicht die zu weite Ausdehnung nach Süden, sondern der Fehler bestand darin, daß die 18., die südlichste Armee, zu stark gemacht wurde, die beiden nördlicheren, namentlich die 17., zu schwach.

Nun entwickelte sich daraus, daß die 18. Armee, die ohnehin sehr stark war für ihre Aufgabe, großen Erfolg hatte und daß Ludendorff nun, durch die Anlage genötigt, wie Sie auch auseinandersetzten, die 18. Armee weiter nach Süden vorgehen ließ bzw. nach Südwesten, wo sie ihre weiteren größeren Erfolge hatte, und daß dadurch der Angriff so sehr in die Weite ging, daß schließlich für die eigentliche Operation, auch als sie auf den Angriff auf Amiens beschränkt wurde, nicht die genügenden Kräfte vorhanden waren. Dafür habe ich den Ausdruck gebraucht: Der Angriff ging ins Leere. Sie sagen, er ging ins Weite. Das ist praktisch wohl dasselbe. Ich habe den Ausdruck gebraucht, weil nach der Aussage des Generals Mangin eine Lücke von nicht weniger als 2 Meilen entstanden ist, wo kein feindlicher Soldat stand. Trotzdem konnten wir nichts machen, weil der Angriff falsch angesetzt war. Die falsche Ansetzung hat sich nachher zu dem schweren strategischen Fehler ausgewachsen, weil Ludendorff dem Angriff die Richtung ins Weite gab, wo er gar keinen strategischen Erfolg haben konnte. Dadurch, daß Ludendorff da angriff, wo die feindliche Linie am schwächsten war, weil wir da am leichtesten durchdringen konnten, aus taktischen Gründen, die er über die Strategie stellte, sah es so aus, als ob gar kein operativer Gedanke vorhanden war. Gewiß, wenn es möglich war, die Sache operativ auszugestalten, konnte es geschehen — warum soll das mit meiner Auffassung in Widerspruch stehen? Angriff mit beschränktem Ziel und möglichst großem operativen Erfolg und Angriff zum Zweck einer

strategischen Entscheidung ist doch nur ein relativer Unterschied und kein absoluter. Und nun sage ich allerdings: General Ludendorff hat von Anfang an gewußt, daß wir für die Aufgabe der entscheidenden Operation zu schwach seien, und deshalb hat er diesen Fehler gemacht, das Taktische in der Weise zu übertreiben, daß das Taktische und Strategische schließlich in Widerspruch miteinander traten. Und daran ist der Angriff gescheitert.

Ich sage: Ungeheure, kaum vorauszusetzende Fehler sind von seiten des Feindes gemacht worden. Nein, sagt Exzellenz Kuhl, diese Fehler konnten wir wohl voraussetzen, denn die Erfahrung lehrt, daß eine Koalition immer schlecht zusammen arbeitet. Das weiß ich auch sehr wohl von Wellington und Gneisenau her. Aber es kommt darauf an, wie groß die Fehler in dem Verhalten des Feindes waren, und sie waren ungeheuerlich. Erst im letzten Augenblick ist der Fehler korrigiert worden; erst am 26. März bekam Foch den Oberbefehl, eine Maßnahme, durch die, wie Exzellenz Kuhl eben einleuchtend dargelegt hat, die Verbündeten gerettet worden sind. Genau das steht auch in meinem Gutachten und in meiner Broschüre.

Ich gehe weiter und will noch mehr Momente feststellen, wo unsere Ansichten übereinstimmen oder sehr wenig auseinandergehen. Exzellenz Kuhl betont sehr, wie Ausgezeichnetes Ludendorff im einzelnen geleistet habe durch seine glänzende Organisationskraft oder seine taktische Geschicklichkeit. Alles das unterschreibe ich gern. Das schließt aber durchaus nicht ein — und darauf kommt es an —, daß er auch der überragende Stratege war, für den ihn die öffentliche Meinung gehalten hat und noch heute hält. Und das ist für das deutsche Volk von der allergrößten Wichtigkeit, zu wissen, daß er in Wirklichkeit der großen Aufgabe, die ihm gestellt war, die einen schöpferischen Geist erforderte, der die Aufgabe in ihrem Zusammenhang mit der großen politischen Aufgabe ergriff, nicht gewachsen war.

Das muß erst herausgearbeitet werden. Dann werden wir auch sehen, ob es nur intellektuelle Mängel waren oder auch Mängel des Charakters, wie ich es am Schluß mit stärkster Betonung ausgesprochen habe.

General v. Kuhl meint dann, bei den späteren Angriffen seien die Chancen schlechter geworden. Das habe ich auch gesagt. Später sogar waren sie wohl völlig hoffnungslos. Exzellenz v. Kuhl zweifelt, ob der Juliangriff berechtigt war — ich auch. Er meint, daß Ludendorff am 14. August das Auswärtige Amt nicht deutlich genug aufgeklärt habe — ganz meine Meinung. Er sagt dann, daß der Rückzug im Oktober nicht richtig im Einklang mit der Politik geordnet worden sei — auch meine Meinung. Er meint, daß wir die Kräfte für rückwärtige Stellungen aus Rußland hätten haben können. Auch ich habe großen Wert auf die Feststellung gelegt, daß das richtig ist. Er betont außerdem, daß wir vorher nicht genügend Erkundungen angestellt hätten, wo die Stellungen anzulegen seien. Exzellenz v. Kuhl meint, wir hätten im November noch weiter kämpfen können — das habe ich auch dargelegt. Er meint weiter, es sei nicht nötig gewesen, der Armee hohe Ziele, Eroberungsziele zu zeigen, um ihren Kriegswillen aufrechtzuerhalten — ein Punkt, den auch ich immer betont habe. Schließlich glaubt Exzellenz Kuhl aus meiner Broschüre und

meinem Gutachten herauslesen zu können, daß ich mich mit unbedeutenden taktischen Siegen, mit bloßen Teilschlägen hätte begnügen wollen. Ich betone, daß es natürlich durchaus nicht im Widerspruch mit meiner Auffassung steht, wenn diese Schläge so schwer gemacht wurden wie irgend möglich und so gut als möglich operativ ausgebeutet wurden. Wie weit ging aber die Möglichkeit? Man darf nicht so weit gehen, daß das Operative und das Taktische miteinander in Widerspruch treten, so daß keines erreicht wird. Exzellenz v. Kuhl gebraucht einmal in seinem Gutachten den Ausdruck: Wir mußten die Offensive groß anlegen; und wenn dann weniger erreicht wurde, mußte man sich damit begnügen. Da glaube ich doch widersprechen zu dürfen. Einfach groß anlegen und sich dann mit weniger begnügen, damit ist das Problem nicht gelöst. Wenn man z. B. eingesehen hätte, die große operative Auswirkung ist unmöglich, dann hätte man im Anschluß an die März-Offensive von St. Quentin nicht mehr den Angriff an der Scarpe gemacht (28. März), sondern hätte die Kräfte, die dort vergebens geopfert wurden, bei Amiens eingesetzt. Man darf durchaus nicht den Satz aufstellen: Möglichst groß operativ anlegen und mit weniger sich begnügen, sondern man mußte es sehr überlegen, ob man nicht weiter kam, wenn man von vornherein das beschränkte Ziel ins Auge faßte, das man mit Sicherheit erreicht haben würde. Während ich vorher lauter Punkte festzustellen hatte, wo wir übereinstimmen, ist hier ein wesentlicher Punkt, wo wir differieren.

Sachverständiger *v. Kuhl*: In bezug auf Spa am 14. August ist hier wieder gesagt worden, Ludendorff hat nicht rechtzeitig und richtig aufgeklärt, und Ludendorff hat in Spa kaum das Wort ergriffen. In Spa hat der Feldmarschall gesprochen und das gesagt, was ich eben angeführt habe. Wenn der Feldmarschall, der verantwortliche Vorgesetzte, etwas Derartiges sagt, ist der Untergebene in einer solchen Besprechung nicht befugt, ihm entgegenzutreten. Nach militärischen Grundsätzen ist das unmöglich. Der Feldmarschall hat seine Ansicht klipp und klar ausgesprochen.

Sachverständiger Dr. *Delbrück*: Der Generalfeldmarschall hat nach dem ursprünglichen Wortlaut des Protokolls ausgeführt, er *hoffe*, daß es dennoch gelingen werde, auf französischem Boden stehenzubleiben und dann schließlich dem Feinde unseren Willen aufzuzwingen. Statt dessen hat Ludendorff mit eigener Hand geschrieben: „führt aus, daß es gelingen werde", hat das also außerordentlich verschärft, was der Feldmarschall nach dem Protokoll gesagt hat.

Sachverständiger *Schwertfeger*: Ich darf bemerken, daß diese Frage der Aufklärung der Reichsleitung durch die O.H.L. einen Hauptpunkt in meinem Gutachten bildet. Es würde also unpraktisch sein, diese Dinge heute zu erörtern.

Sachverständiger Dr. *Delbrück*: Ein besonders wertvoller Teil in dem jetzigen Gutachten von Exzellenz v. Kuhl ist für meine Belehrung gewesen, worauf wir eigentlich unsere Hoffnung auf Erfolge im Jahre 1918 gründeten. Man konnte vorher immer sagen: Die Engländer und Franzosen sind bei annähernd doppelter Überlegenheit in soundso vielen Angriffen vollkommen gescheitert. Wir

haben kaum eine Überlegenheit; welche Aussicht können wir haben? Da hat General Ludendorff sich gesagt: Wir müssen etwas ganz Neues machen und unser Ziel erreichen auf dem Wege der Überraschung. Exzellenz v. Kuhl hat heute nur angedeutet, daß die Absicht war, durch die Überraschung, ohne lange artilleristische Vorbereitung zum Durchbruch zu gelangen. Nur ein sehr kunstvolles kurzes artilleristisches Vorbereiten sollte den Sturm einleiten. Dazu ist aber doch zu bemerken, daß die Überraschung ein überaus unsicheres Element im Kriege ist, was glänzend wirkt und häufig durchgreift, aber auch versagen kann. Das letztemal, bei Reims, sind wir daran gescheitert, daß die Überraschung nicht gelang. Das soll kein Vorwurf sein, sondern ich will nur hervorheben, auf was für eine unsichere Karte alles gesetzt wurde. Sie ist ein paarmal sehr glücklich für uns geschlagen, weil das Ganze so glänzend vorbereitet war. Als die Karte aber einmal gegen uns schlug, waren wir verloren.

Sachverständiger *v. Kuhl*: Im Kriege ist alles unsicher, also auch, ob die Überraschung gelingen würde. Sie ist uns ausgezeichnet gelungen im März. Im April ist sie uns ebenfalls gelungen. Im Mai ist sie uns wiederum gelungen. Wenn sie in drei großen Angriffen gelungen ist und einmal nicht, so glaube ich, kann man einen solchen Vorwurf nicht aufrechterhalten. Auch Napoleon ist in seinen Annahmen häufig widerlegt worden.

Sachverständiger Dr. *Delbrück*: Unsicher sind natürlich auch Zeitungsartikel. Exzellenz v. Kuhl hat etwas geringschätzig gesagt: Was sollen wir auf einen Zeitungsartikel geben? Oberst Repington war Vertrauensmann beim Chef des englischen Generalstabes. Die Operation in Syrien, gegen die er sich wandte, war keine Nebenoperation, sondern der Schwerpunkt der Kriegführung sollte dorthin verlegt werden. Mit Worten ist dies dort natürlich nicht ausgedrückt; aber wer es recht nachliest, sagt sich: Es ist so. Man weiß doch, daß die große Rechtsschwenkung nach Sedan 1870 auch auf einen Zeitungsartikel hin von Moltke gemacht worden ist.

Sachverständiger *v. Kuhl*: Diese Nachricht über Sedan haben wir bekommen, ohne daß der Feind es wußte. Hier dagegen wußten die Engländer, daß wir den Zeitungsartikel kannten. Wenn ich eine geheime Nachricht über den Feind habe, so hat sie nur dann Wert, wenn der Feind nicht weiß, daß ich sie bekommen habe. Weiß er es aber, so wird er entweder etwas anderes machen, oder vielleicht tut er es doch. Jedenfalls weiß ich aber nicht mehr, was er machen will, es ist also völlig unsicher. Wenn Herr Geheimrat Delbrück gesagt hat, wir hätten eine beispiellos glückliche Lage gehabt und Ludendorff hätte aus dem Geschenk der Fortuna nichts zu machen gewußt, was also wiederum ein Beweis für seine Unfähigkeit wäre,

(Sachverständiger Dr. *Delbrück*: Das halte ich aufrecht!)

— dann stehen die Ansichten des Herrn Geheimrat Delbrück zu allen militärischen Ansichten in direktem Gegensatz. Denn wenn der Feind den Artikel gelesen hat, wird er sich doch überlegen, was er tut.

Sachverständiger Dr. *Delbrück*: Er hat es doch nicht getan. Repington wurde sogar verurteilt, und man hat trotzdem an dem Plan festgehalten. Daß eine solche Nachricht keine absolute Sicherheit gibt, weiß ich auch. Dennoch war

sie ungeheuer wertvoll, und ich halte aufrecht, daß man nicht genügend erwogen hat, was daraus zu machen sei.

Sachverständiger *v. Kuhl*: Das war nur für den Fall, daß wir angriffen. Die Gegner wollten sich dann auf die Verteidigung beschränken. Sowie wir nicht angriffen, war die Lage anders, und man muß dem Feinde zutrauen, daß er, wenn wir nicht angriffen und in Italien vorgingen, seine Entschließungen änderte.

Sachverständiger Dr. *Delbrück*: Wir hatten die Erfahrung gemacht, daß wir, selbst wenn wir eine ganze Reihe von Divisionen nach Italien schickten, immer stark genug blieben, einen feindlichen Angriff zurückzuweisen. Das hatten die vorigen Feldzüge gezeigt. Es war also möglich, dies zu erwägen. Ich meine, man hätte die Bekanntmachung des feindlichen Planes viel mehr in Betracht ziehen müssen, als es geschehen ist.

Sachverständiger *Katzenstein*: Mußte man denn mit Sicherheit annehmen, daß der Artikel Repingtons ernst gemeint war? Konnte er nicht ein feindliches Ablenkungsmanöver sein?

Sachverständiger Dr. *Delbrück*: Es war bekannt, wie spinnefeind Lloyd George und Repington waren.

Sachverständiger *v. Kuhl*: Er wollte Lloyd George stürzen und brachte zu diesem Zweck alles mögliche vor: Lloyd George müsse beseitigt werden, er habe im Kriegsrat in Versailles eine Torheit gemacht usw.

Sachverständiger Dr. *Delbrück*: Er hat auch tatsächlich das Geheimnis des englischen Kriegsrats ausgeplaudert.

An einer anderen Stelle stellt General v. Kuhl den Satz auf, als die Frage aufgeworfen wurde, ob wir die Angriffe fortsetzen sollten, daß ein Feldherr nicht gleich kleinmütig werden darf, sondern, auch wenn es einmal schlecht geht, fest bleiben muß. Das war ungefähr der Sinn. „Nicht kleinmütig", habe ich mir dazu notiert. Ganz richtig, aber er soll doch auch kein Wagnis ohne zwingenden Grund unternehmen. Nun war, wie Ludendorff selber zugibt — darin stimme ich mit Exzellenz v. Kuhl überein —, unsere Chance nach dem Mißglücken des Angriffs im März ungünstiger geworden.

Sollten wir nun trotzdem die Angriffe fortsetzen? Nach meiner Meinung war von unserer Seite alles aufgeboten worden. Der Feind aber hatte jetzt seinen Hauptfehler ausgeglichen: er hatte einen einheitlichen Oberbefehl geschaffen. Massenhafte Reserven waren aus England herübergekommen. Es war Zeit verloren. Die Hilfe der Amerikaner rückte mehr heran. Wir hatten den schlechtest besetzten Teil der englischen Front überrannt und dadurch einen sehr großen Erfolg errungen. Alles, was irgendwie in Betracht kommen konnte, wandte sich jetzt zu unsern Ungunsten. Trotz allem, was bis dahin günstig gewesen war, hatten wir den strategischen Erfolg nicht gehabt. Ist es da nun recht, zu sagen, man durfte aber doch nicht kleinmütig werden, sondern mußte, obgleich die Chancen sehr viel schlechter waren, die Angriffe fortsetzen? Unter gewissen Umständen ja, nämlich, wenn gar nichts anderes möglich war. Da kommt man immer wieder auf den Hauptpunkt, ob denn nicht durch die Erklärung über Belgien die Friedensmöglichkeit herbeigeführt werden konnte. Ob wir den Frieden bekommen hätten, ist natürlich eine andere Frage. Ich

habe aber schon in meinem Gutachten gesagt: So darf die Frage gar nicht gestellt werden. Herr General v. Kuhl hat vorhin gesagt, man solle ihm erst einmal beweisen, daß wir den Frieden haben konnten. So etwas kann man nie beweisen. Die Frage muß so gestellt werden, ob wir alles getan haben, was in unsern Kräften stand, um einen Verständigungsfrieden herbeizuführen, und ob wir alle die Chancen, die sich boten, auch wirklich ausgenutzt haben, wie Herr Dr. Herz das vorhin auseinandergesetzt hat. Nicht darauf kommt es an, was Clemenceau und die Franzosen sagten, sondern es kam auf die Engländer an, darauf, ob in England eine Partei für den Zweck groß und stark genug war. Darauf wird ja Herr Schwertfeger nachher kommen, das will ich nur andeuten. Hier ist das Strategische von dem Politischen nicht zu trennen. Wenn irgendwelche Möglichkeiten eines leidlichen Friedens vorhanden waren, dann würde ich diese erneuten Angriffe, wo wir *nur* auf die Überraschung gestellt waren, durchaus verwerflich finden.

General v. Kuhl hat es scharf zurückgewiesen, daß ich die Redewendung mit dem doppelten Gesicht von dem General v. Haeften aufgenommen habe. Der General v. Haeften habe das doch nur als eine Möglichkeit, als seine eigene Auslegung des Ludendorffschen Denkens hingestellt, ich stellte es nun als Tatsache hin. Ja, meine Herren, ich habe mich nicht bloß auf die Aussage des Generals v. Haeften berufen, sondern ich gehe davon aus, daß in den Ludendorffschen Äußerungen ein absoluter Widerspruch vorhanden ist. Ludendorff selbst hat an einen Verständigungsfrieden geglaubt. Der Widerspruch, das doppelte Gesicht, liegt darin, daß er immer wieder sagt, ein Verständigungsfrieden wäre ein Verbrechen, und daß er dann wieder sagt: Ich glaubte, daß auf Grund der Wilsonschen Punkte der Frieden zu haben war und daß Wilson ihn auch bei den anderen Verbündeten durchgesetzt hätte. Das gesteht er selber zu. Darin finde ich das doppelte Gesicht, und ich habe mich gefragt: Ist das nun bloß so, daß dieser Mann niemals weiß, was er will, und hin und her schwankt in seinen Ansichten, wie man es ihm vielfach vorgeworfen hat, oder liegt darin eine gewisse Absicht, so daß er beide Ziele gleichzeitig gehabt hat? Da kam mir die psychologische Äußerung des Generals v. Haeften zu Hilfe. Das ist die Erklärung seines sonst ganz unbegreiflichen Verhaltens. Es ist ganz ebenso wie in seiner Strategie: daß er erst alles auf eine große Operation abstellt und diese dann doch so anlegt, daß sie mit einem inneren Widerspruch behaftet ist. Das kommt immer wieder darauf hinaus, daß man in Übereinstimmung mit einem Mann, der ihn doch wohl sehr genau gekannt hat, sehr wohl von einem doppelten Gesicht sprechen kann.

Ich habe damit meine vielfach weitgehende Zustimmung und meinen großen Widerspruch gegen Exzellenz v. Kuhl allgemein dargelegt. Die Hauptsachen würden erst dann hervortreten, wenn man das schriftlich formuliert, weil solche Formulierungen zugleich vorsichtiger und präziser gefaßt werden. Ich habe Exzellenz v. Kuhl schon den Vorschlag gemacht, daß wir unsere Gutachten vorher unter vier Augen besprechen, damit man nachher nicht aneinander vorbeiredet, sondern erst genau feststellt, was der andere gemeint hat. Jedenfalls werde ich nun wohl wieder mein Gegengutachten auszuarbeiten haben.

Abg. *Rosemann*: Bei den Ausführungen des Herrn Generals v. Kuhl hatte ich den Eindruck, als ob sich Widersprüche darin gefunden hätten. Der Herr General sagte, daß Anfang 1918 die Feinde absolut nicht bereit gewesen seien, auf irgendeinen Frieden einzugehen. Er zitierte verschiedene Männer, z. B. Clemenceau, und sagte, daß sie erst einen vollständigen Sieg haben wollten, ehe sie überhaupt auf die Friedensfrage eingehen würden. Er sagte weiter: Es gab nur Sieg oder Niederlage. Vorher hat der Herr General aber gesagt, Ende 1918 hätten wir noch länger aushalten und dadurch einen besseren Waffenstillstand bekommen können. Ich sehe darin einen Widerspruch und bitte den Herrn General, mich darüber aufzuklären, ob diese meine Auffassung berechtigt ist oder nicht.

Sachverständiger *v. Kuhl*: Daß wir im Herbst 1918 eine Niederlage erlitten hatten, war klar. Es handelt sich jetzt nur noch um die Bedingungen. Ich war der Meinung, daß wir jetzt noch nicht unbedingt alles aufzugeben brauchten, sondern daß wir noch weiter kämpfen konnten und den Feind, der augenblicklich auch erschöpft war und uns nicht folgen konnte, vor die Frage stellten, ob er vielleicht mäßigere Bedingungen stellen wollte, wie es der Feldmarschall Haig durchaus als nötig erkannt hatte, oder ob er es noch auf einen Kampf bis in das Jahr 1919 hinein ankommen lassen wollte, um schärfere Bedingungen zu erlangen. Mit Sieg oder Niederlage hat das nichts mehr zu tun. Diese Frage war entschieden.

Abg. *Rosemann*: Ich sehe den Widerspruch darin, daß immer noch behauptet wird, wir hätten, wenn wir 1918 noch länger gekämpft hätten, einen besseren Waffenstillstand bekommen können, als wir ihn tatsächlich bekommen haben. Wenn aber, wie Herr General sagte, schon 1918 die Feinde auf dem Standpunkt standen, daß sie erst einen vollständigen Sieg über uns erringen müßten, ehe sie auf einen Frieden eingehen würden, so sehe ich wirklich nicht ein, wieso die Niederlage eine geringere werden konnte dadurch, daß wir noch weiterkämpften und wieso wir dadurch einen besseren Waffenstillstand bekommen hätten.

Vorsitzender Abg. D. Dr. *Kahl*: Darf ich auch meine Laienmeinung dazu äußern. Es handelte sich wohl dann, wenn Sie vom Weiterkämpfen sprachen, nicht mehr um die Möglichkeit von Offensiven, sondern nur darum, daß das Heer sich in eine Stellung zurückzog, in der es sich verteidigend halten konnte und durch diese Verteidigung statt der — ich möchte fast sagen — planlosen Auflösung sich in eine Lage bringen konnte, in der wir vom Feinde günstigere Waffenstillstandsbedingungen erlangten?

Sachverständiger *v. Kuhl*: Darf ich noch einmal darauf hinweisen, was General Haig, unser Gegner, gesagt hat. Das ist doch der beste Beweis. Er wußte doch, daß wir unterlegen waren. Er sagte: „Die Deutschen sind in guter Ordnung zurückgegangen. Sie sind durchaus noch kampffähig. Wir kommen jetzt vor starke Stellungen. Der Krieg kann noch länger dauern. Wir sind erschöpft. Unsere Verbindungen sind abgerissen. Wir müssen monatelang Pause machen." Als Foch bei der Besprechung in Paris gefragt wurde: Wie lange kann der Krieg noch dauern?, da sagte er: „Das kann ich nicht wissen; das kann Monate dauern".

Und darauf sagte Haig: „Dann wollen wir mäßigere Bedingungen stellen!" Damit ist doch der Beweis geliefert, daß die Möglichkeit gegeben war, bessere Bedingungen zu erhalten. Auch die Überlegung, daß Belgien bei Fortsetzung des Kampfes zerstört werden könnte — der König von Belgien hat sich das auch klar gemacht —, spielte natürlich eine Rolle. Eine solche Zerstörung wäre ein unberechenbares Unglück gewesen. Die Franzosen sagten sich: Wir müssen nach Lothringen hineinmarschieren. Das Land, das wir nehmen wollen, wird auch in die Zerstörung hineingezogen. Alle diese Gründe sind erörtert worden. Schließlich hat die schärfere Form obgesiegt. Aus alledem geht aber doch hervor, daß die Möglichkeit vorhanden war, daß mildere Bedingungen gestellt wurden.

Abg. *Rosemann*: Der Herr General sagte doch ausdrücklich, daß durch das Kommen der Amerikaner in immer stärkerem Maße unsere Lage an und für sich schwieriger wurde. Sind Sie da wirklich der Meinung, daß wir noch längere Zeit hätten aushalten können, zumal doch, wie Sie vorhin gesagt haben, die Feinde selbst auf einen vollständigen Sieg nicht verzichten wollten. Die Engländer sagten doch auch: Die Zeit ist für uns! Und besonders zu Ende des Jahres 1918 hat doch die Zeit bestimmt nur für den Gegner, niemals mehr für uns gearbeitet.

Abg. *Franz*: Eine Zwischenfrage dazu. Der Herr General glaubte, daß wir, wenn wir rückwärts kämpfend zurückgegangen wären, mildere Bedingungen erlangt hätten. Daran zweifle ich nicht: ein Soldat, ein Militär kann darüber nicht im Zweifel sein. Deshalb möchte ich da die Frage stellen: Glaubt der Herr General, daß das wirtschaftliche Deutschland in der Lage war und es uns ermöglichte, uns kämpfend zurückzuziehen, bis mildere Bedingungen erreicht waren?

Sachverständiger *v. Kuhl*: Ich muß einem Irrtum vorbeugen, als wenn ich der Ansicht gewesen wäre, wir hätten noch lange Krieg führen können. Das war ausgeschlossen. Es konnte sich nur um eine beschränkte Zeit handeln. Wir waren in der Lage, noch zu kämpfen, auch in bezug auf die Ausrüstung des Heeres mit Munition und auch in bezug auf den Ersatz von Geschützen und Gewehren usw. Das kann ich statistisch erweisen. Wir hätten auch noch Ersatz haben können. Der Kriegsminister hat uns damals 600 000 Mann angeboten. Wir mußten allerdings einen Teil aus der Industrie nehmen. In der Industrie waren über 2 Millionen Zurückgestellte beschäftigt. Davon waren über 1 Million kriegsverwendungsfähig. Wir hätten 600 000 Mann herausnehmen können, auf einige Zeit auch mehr, allerdings dann unter Beschränkung der Leistungen der Industrie. Das war alles nur auf eine gewisse Zeit durchführbar. Das gebe ich unbedingt zu. Ich sage auch: Wir konnten keinen langen Krieg mehr führen; unterlegen waren wir; es konnte sich nur darum handeln, daß wir von dem Feind, der auch erschöpft war, wie ich glaube nachgewiesen zu haben, der auch nicht mehr folgen konnte und viele Bedenken zu überwinden hatte, in diesem oder jenem Punkte Zugeständnisse erhielten. Die Ansicht der Engländer habe ich angeführt. Die Franzosen haben darauf verzichtet, in Deutschland einzumarschieren, was ihnen sehr schwer geworden ist. Mar-

schall Foch ist gefragt worden und hat gesagt: Wenn wir die und die Bedingungen erreichen, dann können wir auf einen Einmarsch in Deutschland verzichten. Die Franzosen haben darauf verzichtet, um zu Ende zu kommen, und es wird den französischen Führern jetzt sehr vorgeworfen, daß sie vorzeitig den Waffenstillstand geschlossen hätten und die Sache nicht bis zum äußersten gebracht haben. Dafür ist der Grund auch der gewesen, daß sie sich sagten: Wir sind auch sehr erschöpft. Der Krieg zieht sich noch bis zum Beginn des neuen Jahres hin. Der Einmarsch nach Deutschland ist für uns soviel nicht wert; wir können uns mit dem, was wir gefordert haben, begnügen; dann haben wir alles erreicht, was wir wollen.

Geschäftsführer Dr. *Herz*: Darf ich noch ein paar Fragen stellen? Es ist gesagt worden: Die Waffenstillstandsbedingungen wären vielleicht ohne den Zusammenbruch milder geworden, wenn wir weiter gekämpft hätten, wobei allerdings zu bemerken ist, daß die Nachricht von der Revolution erst eintraf, als die Waffenstillstandsbedingungen bereits festgesetzt waren.

(Sachverständiger *v. Kuhl*: Bei Hindenburg nicht!)

— Aber die von der Entente festgesetzten Waffenstillstandsbedingungen sind doch nicht erst infolge der Revolution abgeändert worden!

(Sachverständiger *v. Kuhl*: Wir haben erst zugestimmt, nachdem die Nachricht von der Revolution eingetroffen war. In dem Moment waren alle Bande der Ordnung und der Disziplin im Heere auf einen Schlag zerrissen. Mit einem Heere, in dem Soldatenräte sich der Herrschaft bemächtigten und in dem Soldatenräte die Heeresversorgung durchführen sollten, Leute, die keinen Schimmer hatten und alles in Unordnung brachten, war alles vernichtet. Da hat Hindenburg telegraphiert: Jetzt müssen wir zustimmen)

— Das ist mir bekannt. Meine Frage geht dahin: Die Waffenstillstandsbedingungen hätten vielleicht so gemildert werden können, aber sie wären jedenfalls nicht so milde geworden, daß die Friedensbedingungen anders geworden wären. Wenn man dem Ludendorffschen Satz zustimmt, ein Verständigungsfriede wäre nicht möglich gewesen, so war er erst recht nicht möglich, nachdem Deutschland vollständig geschlagen war.

Ganz unerklärlich ist mir aber, daß General Ludendorff, der immer gesagt hat, ein Verständigungsfriede sei nicht möglich, dann plötzlich am 14. August, nachdem die Partie verloren war, einen solchen Frieden habe schließen wollen.

Eine andere Frage: Exzellenz v. Kuhl sagte, die Franzosen konnten nicht nachrücken. Es ist in der feindlichen Presse behauptet worden, es sei ein feindlicher Angriff über Metz geplant gewesen. Metz sei vollkommen von Geschützen entblößt gewesen, und man hätte so einen großen Teil des Heeres abschließen können.

Ich weiß nicht, was an diesem Gerücht wahr ist. Ich muß also annehmen, wenn es wahr ist, daß auf der lothringischen Seite die Schwierigkeit des Nachschubs nicht akut war. Vielleicht ist es gar nicht beabsichtigt worden; aber es hat in der feindlichen und in der deutschen Presse gestanden.

Sie geben die Zahl der Drückeberger auf mehrere Hunderttausend an. Mehrere

hunderttausend Mann ist die Bevölkerung einer ziemlich großen deutschen Stadt. Gibt es dafür statistische Unterlagen? Wie ist es möglich, daß diese Leute Platz gefunden haben?

Sachverständiger *v. Kuhl*: Der Angriff über Metz ist geplant gewesen, wenigstens behauptet es Foch. Der General Mangin sollte ihn unternehmen. Ich meine damit, richtig ist, daß die Franzosen dies behaupten. Ob man den Angriff wirklich durchgeführt hätte und hätte durchführen können, muß dahingestellt bleiben. Foch hat gesagt, er hätte ihn für den 14. November geplant. Jetzt läßt sich natürlich nicht mehr sagen, was daraus geworden wäre. Wir hatten aus den Festungen einen großen Teil der Artillerie herausgenommen.

Abg. Dr. *Philipp*: In dem Buche von Köster spielt diese Frage eine große Rolle. Wenn ich mich recht erinnere, spricht er davon, daß durch den Abschluß des Waffenstillstandes die große Katastrophe einer umfassenden Schlacht von Sedan vermieden worden sei. Das ist die Basis, auf der die ganze Tendenz dieser Schrift beruht. Es wäre natürlich sehr wertvoll, wenn darüber noch etwas Sicheres gegeben werden könnte. Daß die Absicht zu einer solchen Schlacht auf französischer Seite bestanden zu haben scheint, ist ja wohl durch Herrn General v. Kuhl jetzt festgestellt worden. Waren aber auf unserer Seite die strategischen Voraussetzungen vorhanden, daß eine derartige katastrophale Niederlage ohne den Waffenstillstand hätte kommen müssen?

Sachverständiger *v. Kuhl*: Das ist eine Behauptung, die Herr Köster aufgestellt hat, daß dies ein größeres Sedan hätte geben können. Tatsache ist, daß von französischer Seite behauptet wird, Marschall Foch hätte noch einen großen Angriff zum 14. November durch Lothringen beiderseits Metz geplant. Von der französischen Militärkritik wird gesagt, der Angriff hätte auch seine großen Bedenken gehabt. Von unserer Seite kann ich nur sagen, daß wir immer mit einem Angriff in Lothringen gerechnet haben — das lag sehr nahe — und selbstverständlich unsere Front dort ebenso festgelegt hatten wie an den übrigen Fronten. Ich kann nur sagen, daß es Marschall Foch vom 18. Juli bis zum 11. November an keiner einzigen Stelle der Front gelungen ist, durchzubrechen, geschweige denn eine Umfassung zuwege zu bringen. Wir waren der Ansicht, ein Angriff in Lothringen kann kommen, ebenso wie Foch in Flandern umfassen wollte. Vorgesehen haben wir uns dort wie anderwärts auch. Was daraus geworden wäre, kann niemand sagen.

Dann hat Herr Dr. Herz nach einer Statistik über die Drückeberger hinter der Front gefragt. Eine solche haben wir nicht. Ich kann aber aus eigener Anschauung sagen: Hinter unserer Heeresgruppe, die zeitweise 4—5 Armeen umfaßte, hatten sich an jedem einzelnen der größeren Bahnhöfe hinter der Front, z. B. Maubeuge, viele Tausende, ja Zehntausende angesammelt. Ich habe selbst überallhin Generalstabsoffiziere geschickt, um Ordnung hineinzubringen. Diese haben mir in ihren Berichten die großen Zahlen gemeldet. An den großen Endbahnhöfen war eine wilde Verwirrung. Das einzige Mittel wäre gewesen, eine gute Truppe dorthin zu nehmen, um Ordnung zu schaffen. Wir brauchten aber jeden Mann an der Front. Ich habe verständige ältere Generalstabsoffiziere hingeschickt, die mit den Leuten gesprochen haben. Mit

Güte war aber da nichts zu machen. Die Leute hatten sich zusammengeballt und waren nicht vom Fleck zu bewegen. Sie haben sich neu einkleiden und verpflegen lassen und sind dageblieben. Ich habe mit einzelnen Herren, die ich damals hingeschickt habe, noch vor kürzerer Zeit gesprochen. Sie haben mir das alles noch einmal bestätigt. Wir waren machtlos dagegen.

Abg. Dr. *Philipp*: Ich möchte noch einmal auf die nicht geschlagene Schlacht bei Sedan zurückkommen. In dem Kösterschen Buche wird, wenn ich mich nicht sehr täusche, behauptet, daß damals ein Loch in der deutschen Front bestanden hätte zwischen Dun und den Argonnen. Damit begründet Köster seine ganze Theorie von einer zweiten Schlacht bei Sedan.

Sachverständiger *Schwertfeger*: Das geht auf eine französische Propagandaschrift zurück, die ich seinerzeit deutsch herausgegeben habe unter der Überschrift „Der Irrtum des Marschall Foch". Aus dieser Propagandaschrift hat Herr Köster hauptsächlich sein Material entnommen. Da wird davon gesprochen, daß die Amerikaner in der Gegend von St. Mihiel umfassen sollten; den deutschen Truppen sollte ein großes Sedan bereitet werden, und zwar etwa am 14. November. Diese ganze Propagandaschrift des französischen Generalstabs ist in sehr vielen Punkten angreifbar. Was darüber zu sagen ist, habe ich in meiner Schrift selbst ausführlich dargelegt. Gleichzeitig wurde diese Schrift auch vom Oberst a. D. Gädke, aber in ganz anderer Beleuchtung herausgegeben. Das war im Jahre 1919.

Wenn ich jetzt noch ein Wort dazu sagen darf, so möchte ich den Standpunkt des Herrn Generals v. Kuhl, daß wir noch hätten kämpfen können, wie ich es in der Schrift getan habe, nachdrücklich unterstreichen. Aber nur unter gewissen Voraussetzungen war es möglich, weiterzukämpfen, wenn nämlich rechtzeitig eine vollständige Einheit zwischen der kämpfenden Front und der Heimat hergestellt wurde, wenn ganz klare Kriegsziele vorhanden waren, wenn es der ganzen Front und der ganzen Heimat klargemacht wurde: Es handelt sich nicht um Sieg, um Belgien usw., sondern um den Deichschutz für die gefährdete Heimat. Wenn ungefähr so der Gedankengang der Levée en masse rechtzeitig gepredigt wurde, konnte dieser Gedanke noch etwas erreichen.

Abg. Dr. *Philipp*: Ein Loch in unserer Front westlich der Maas ist jedenfalls nicht nachweisbar. Herr General v. Kuhl sagte ja, daß die Front noch lückenlos bestanden habe.

Sachverständiger *v. Kuhl*: Herr Köster meint, die Antwerpen—Maas-Stellung wäre schon von den Amerikanern in der Gegend von Dun umgangen gewesen. Unsere Stellung lief aber in der Gegend von Stenay von der Maas in der Richtung auf Etain nach Lothringen hinein. Gewiß waren die Amerikaner weiter südlich von unserer Stellung über die Maas gekommen; aber wir waren dadurch weder umschlossen noch umgangen.

Sachverständiger *v. Kuhl*: Es ist von den französischen Reserven gesprochen worden. Ich habe das Wort einmal gebraucht. Ich habe gesagt, daß im Mai noch starke französische Reserven in Flandern gewesen seien, daß wir diese durch einen Angriff von Flandern hätten abziehen wollen, um dann in Flandern anzugreifen. Niemand hat damals bezweifelt, daß starke französische Reserven

dagewesen wären. Ich wüßte nicht, wo da irgendein Gegensatz vorhanden sein soll. Gerade deshalb haben wir den Angriff im Mai gemacht, um die französischen Reserven abzuziehen, und haben den Angriff im Juli noch einmal wiederholt. Nun haben wir, wie das ja leider öfter bei uns der Fall war — und das ist einer der Hauptgründe, weshalb unsere Offensive nicht so vorwärts gekommen ist —, warten müssen, bis wir wieder alles für die neue Offensive aufgebaut hatten. Inzwischen haben die Franzosen auch wieder neue Reserven herausgezogen, wie wir es auch gemacht haben. Die Franzosen haben für den Angriff am 18. Juli Reserven im Walde von Villers-Cotterêts bereitgestellt. Ich gebe zu, daß von der Heeresleitung die Gefahr dieser Reserven nicht so hoch eingeschätzt worden ist. Ich habe im Gutachten ausgeführt, weshalb der französische Gegenangriff am 18. Juli den Erfolg gehabt hat. Der General Ludendorff hat geglaubt, wenn wir am 15. Juli beiderseits von Reims angriffen, würden wir alles, was an französischen Reserven vorhanden war, dahin abziehen, so daß der Gegner nichts anderes machen könnte. Aber er hat es doch gekonnt; er hat unsere Angriffe am 15. Juli pariert und hatte doch noch soviel Reserven im Walde von Villers-Cotterêts, daß er am 18. Juli den Angriff machen konnte. Daraus der O.H.L. einen Vorwurf zu machen, ist hinterher sehr leicht. Wer weiß aber im Kriege, wieviel Reserven der Feind hat? Das war sehr schwer festzustellen.

Noch einige Bemerkungen über die Frage, ob wir im Herbst noch hätten weiterkämpfen können. Was daraus hätte werden können, war zweifelhaft. Es hätte auch schlecht gehen können. Das weiß im Kriege niemand. Ich habe nur gesagt: Die Möglichkeit lag vor, noch weiterzukämpfen, nicht um zu siegen, sondern um nicht so schwere Bedingungen auf uns zu nehmen. Daß diese Milderung der Bedingungen möglich war, geht aus den Äußerungen des Feindes hervor, der lange geschwankt hat, ob er nicht mit Rücksicht auf unseren weiteren Widerstand die Bedingungen ermäßigen sollte.

Dann ist die Gefahr, die im Süden im Herbst entstand, hervorgehoben worden. Die war vorhanden, nachdem die bulgarische Front in Mazedonien zusammengebrochen war. Nachdem dort der Waffenstillstand mit Bulgarien abgeschlossen war, soll nun die französische Orientarmee in der Lage gewesen sein, ohne weiteres über die Donau nach München und nach Berlin zu marschieren. Das ist wiederholt gesagt worden. Dagegen kann man nur dasselbe sagen, was ich vorhin schon anführte. Inzwischen wissen wir ganz genau, wie die Verhältnisse gelegen haben. Es waren ja damals sehr wenig deutsche Truppen an der bulgarischen Front. Die sind aber geordnet zurückgegangen, und sämtliche Bahnen sind zerstört worden. In so schwierigem Gelände ohne Bahnen zu folgen, ist ganz undenkbar. Es hätte eine sehr lange Verzögerung eintreten müssen, bis die Bahnen hergestellt worden wären, ohne die ein Vorgehen nicht möglich war. Im November ist der Feind bis zur Donau, bis Belgrad gekommen. Für das Weitermarschieren lagen viele Hindernisse vor. Die Interessen gingen auch schon auseinander. Die Engländer hatten die Tendenz nach Konstantinopel und wollten ihre Macht in der Türkei befestigen. Die Franzosen waren mißtrauisch und sagten: Wir hätten auch lieber gleich nach Konstantinopel ab-

biegen sollen, um den Engländern nicht die Herrschaft dort zu lassen. Eine Gefahr ist vorhanden gewesen, sie war aber nicht so dringend, sondern es hätte viele Monate gedauert. Auf die Dauer — das gebe ich unbedingt zu — war der Krieg nicht durchzuführen. Darüber ist gar kein Zweifel. Es konnte sich aber nur um die Zeit über den Winter bis zum Frühjahr handeln, und nur darum, daß der Feind sich sagte: Es gibt noch einen schweren Kampf, dann wollen wir lieber unter den und den Bedingungen abschließen.

Geschäftsführer Dr. *Herz*: In der großen Sitzung der Staatssekretäre wurde ausdrücklich hervorgehoben, die Lage würde sich grundlegend ändern, wenn Österreich zusammenbricht. Das ist ausdrücklich gesagt worden.

Sachverständiger *v. Kuhl*: Die Generale v. Mudra und v. Gallwitz sind bestellt worden und haben ausgesagt. Sie waren vertrauensvoll, waren ihrer Sache sehr viel sicherer. Das war im Oktober. Diese Generale waren, wie gesagt, noch vertrauensvoller, als wir es jetzt sein können nach der Kenntnis, die wir jetzt von den Dingen haben. Sie sagten allerdings: Wenn Österreich zusammenbricht, können wir das Zutrauen nicht mehr so ganz aufrechterhalten. General Mudra hat das nachher aber wieder abgeschwächt: Wenn die Österreicher zusammenbrechen, dann können wir uns schließlich auch noch helfen. Die Einwendungen wegen der Österreicher haben sie nur gemacht mit Bezug auf ihre vorher sehr vertrauensvolle Kundgebung.

Sitzung, Mittwoch, den 11. Juli 1923

Gutachten des Sachverständigen Oberst a. D. Schwertfeger, II. Teil, und Aussprache über dieses Gutachten

Sachverständiger *Schwertfeger:* Aus den Darlegungen, die uns gestern Herr General v. Kuhl gemacht hat, geht m. E. wohl ganz unzweifelhaft hervor, daß unsere militärische Lage im Anfang des Jahres 1918 zwar durch das Ausscheiden Rußlands aus der Reihe unserer Gegner wesentlich verbessert, aber doch immerhin angesichts der immer mehr anwachsenden Streitkräfte der Entente sehr schwierig war. Es mußte sich im Laufe der Zeit eine Erschöpfung der deutschen Machtmittel ergeben, wo wir in der Hauptsache auf uns selbst und unsere schwachen Bundesgenossen gestützt waren, wo es uns immer schwerer werden mußte, das Fehlende zu ersetzen, ganz besonders auch das schon fehlende, das noch immer mehr dahinschwindende Menschenmaterial. Aber auch die technischen Dinge kamen hinzu. Es war doch schon etwas der Kampf des armen Mannes gegen den reichen zu Anfang des Jahres 1918. Ich möchte, um diese Ansicht zu begründen, nochmals die Lage in ganz großen Strichen zeichnen, um dann den politisch-militärischen Entschluß zur Offensive in die Beleuchtung zu rücken, die meiner Meinung nach nötig ist.

Ich muß dabei etwas weiter zurückgreifen, weil sonst das Fundament für die Beurteilung der Offensive von 1918 nicht tragfest genug ist. Die Hoffnung, den Krieg *so* zu beenden, *wie wir ihn 1914 gedacht hatten*, ihn im schnellen Laufe zu Ende zu bringen und womöglich noch im Jahre 1914 zu beendigen,

war bereits an der Marne im September 1914 endgültig gescheitert. Damals wurde der Krieg *so, wie er geplant war* — das unterstreiche ich besonders —, so, wie er erhofft war, verloren, und zwar durch den Mangel an der obersten Führung. Sämtliche Kritiker des Weltkrieges sind sich übereinstimmend darüber klar. Es besteht keine ernstliche Kontroverse darüber, daß es an einer obersten Leitung damals, wo unsere Armee auf der höchsten Höhe der Vollendung stand, gefehlt hat, und daß darin der größte und schwerste Grund für das Scheitern unseres ersten Feldzuges zu erblicken ist.

Was dann kam, die zweite O.H.L., repräsentiert durch General v. Falkenhayn, galt zunächst der Wiederherstellung einer schon sehr schwierig gewordenen strategischen Lage. Durch die ganz ungewöhnliche Tatkraft und Energie des Generals v. Falkenhayn, die man nicht verkleinern darf, durch die außerordentliche generalstäblerisch organisatorische Leitung, durch die willige Hingabe und die unvergleichliche Tapferkeit der ganzen Armee — ich glaube nicht zu übertreiben, wenn ich das sage — und den Opferwillen der ganzen Nation ist es dann gelungen, den Krieg *wiederherzustellen* und ihn lange Zeit hindurch zu fristen, bis schließlich nach der Offensive von Verdun sich die Notwendigkeit eines Wechsels in der O.H.L. gebieterisch ankündigte und dann ein solcher unter Berücksichtigung verschiedener Unterströmungen, die sich da geltend gemacht haben, auch zustande kam.

Nunmehr übernahm die dritte O.H.L., also das Feldherrnpaar Hindenburg und Ludendorff, die Oberste Heeresleitung und damit auch die oberste Leitung im Westen, dem sie anfangs ganz fremd gegenüberstand; alle ihre Erfolge hatte sie auf dem östlichen Kriegsschauplatz errungen, für den andere strategische und taktische Bedingungen galten als für den Westen.

Im Jahre 1917 erfolgte der Zusammenbruch Rußlands und damit vollzog sich zum erstenmal während des Krieges ein entscheidender Kräfteumschwung in dem Sinne, daß wir vielleicht doch hoffen durften, die festgefügte Westfront offensiv zu durchbrechen. Diese Hoffnung ist damals von den meisten maßgebenden Persönlichkeiten des Großen Hauptquartiers gehegt worden, und man kann, wenn man sich die Dinge rückwärts rekonstruiert, diesen Erwägungen auch nicht unrecht geben; denn wenn wir die einzige Armee gewesen waren, der es überhaupt gelang, damals in Tarnow-Gorlice im Mai 1915 einen taktischen Durchbruch, einen offensiven Durchbruch nachher zu einer großen strategischen Operation zu erweitern, so konnte es vielleicht auch gelingen, auf der Westfront einen solchen Durchbruch zunächst taktisch zu erreichen, ihn dann operativ zu erweitern, und zwar noch ehe das Eintreffen der Amerikaner auf dem westlichen Kriegsschauplatze sich fühlbar machen konnte. Vom rein militärischen Standpunkt aus mußte diese Strategie als die einzig mögliche erscheinen, wenn es nicht gelang, auf anderem Wege zum Frieden zu kommen.

Dies zu untersuchen, war nicht Sache der Männer der O.H.L., sondern der Männer der politischen Reichsleitung. Mein Gutachten hat sich im besonderen mit der Frage zu beschäftigen, wen die oberste Verantwortlichkeit dafür trifft, daß die Dinge sich 1918 vom Beginn der Offensive bis zum Zusammenbruch so entwickelten, wie es nachher tatsächlich der Fall gewesen ist.

Ich wiederhole also nochmals: Die *militärische* Auffassung mußte nach dem Ausscheiden Rußlands aus der Reihe unserer Gegner dahin gehen, daß es vielleicht möglich sein würde, offensiv an der Westfront einen Durchbruch zu erzielen, dadurch eine operative Auswirkung zu erlangen, diese operative Auswirkung nachher durch Herausdrängen, Herausstoßen eines unserer Gegner aus der Koalition vielleicht zu erweitern und dadurch zum Frieden zu kommen. Rein militärisch gesehen, war also die Lage gegen Ende 1917 erheblich verbessert. Sie war zwar immer noch sehr ernst, und es war keineswegs damit zu rechnen, daß es etwa in einem Anlauf gelingen könne, gegen die so ungeheuer stark ausgebaute Front im Westen, die mit allen neuzeitlichen Kampfmitteln versehen war, durchzustoßen und nun binnen kürzester Frist die Entente friedenswillig zu machen, sie etwa derart zu erschüttern, daß sie auf den Knien liegend uns um Frieden und um unsere Bedingungen bitten mußte. Ein so weitgehender Optimismus hat damals nach Ausweis der verschiedenen Denkschriften, die über diese Angelegenheit durch ihrer Verantwortung bewußte Männer bearbeitet worden sind, nicht bestanden. Die Offensive wurde als sehr schwer angesehen. Wenn es nun vielleicht möglich war, auf die Offensive zu verzichten und statt der Offensive eine Friedensoffensive mit den Mitteln der Diplomatie zu unternehmen, hinter der als Druck die ja jeden Augenblick mögliche militärische Offensive gestanden hätte, so war dies Sache der politischen Leitung, und ich beginne das Eintreten in meine eigentlichen Untersuchungen damit, daß ich prüfe, ob die politische Leitung sich in diesem Sinne zu betätigen gesucht hat.

Der politische Leiter war nach dem Obersten Kriegsherrn der Reichskanzler Graf Hertling und ihm zur Seite der Staatssekretär des Äußeren v. Kühlmann. Man hatte den vielleicht nicht glücklichen Weg gewählt, den Staatssekretär v. Kühlmann persönlich zur Leitung der Friedensverhandlungen nach dem Osten, nach Brest-Litowsk zu senden. Er wurde dadurch der zentralen Leitung der Dinge entrückt, wurde mit einem Einzelproblem, zwar einem sehr wichtigen, aber doch immerhin mit einem Einzelproblem beschäftigt und konnte sich gemeinsam mit dem Reichskanzler und gegenüber der O.H.L. nicht hinreichend betätigen. Eine solche Betätigung schien aber um so notwendiger, als der Reichskanzler Graf Hertling durchaus der Mann der O.H.L. war. Er ist — und das möchte ich den Herren im einzelnen begründen — nicht etwa im Sinne politischer Mäßigung auf den Plan getreten, um die O.H.L. von ihren Wünschen auf eine militärische Beendigung des Krieges abzubringen, sondern im Gegenteil: er hat sich jeden politischen Einflusses selbst begeben und der O.H.L. plein pouvoir gegeben. Hierzu möchte ich nochmals auf eine Anlage zurückkommen, die in meinem ersten Gutachten enthalten war, auf den Brief des Reichskanzlers Grafen Hertling an den Feldmarschall v. Hindenburg vom 7. Januar 1918. Damals schrieb Graf Hertling an Hindenburg. Er hatte die Ansicht, daß General Ludendorff seinen Rücktritt in Erwägung ziehe. Das war damals wegen dieser Streitigkeiten um Brest-Litowsk. Dieses Gerücht, daß der General Ludendorff seinen Rücktritt in Erwägung ziehe, hatte große Beunruhigung in die öffentliche Meinung hineingebracht.

Wie tief ein solcher Entschluß, heißt es in dem Schreiben vom 7. Januar, *auf die Stimmung des Volkes einwirken würde, zeigt sich darin, daß schon die bedauerlicherweise in der Öffentlichkeit verbreiteten Gerüchte in allen vaterländisch gesinnten Kreisen die größte Aufregung hervorgerufen haben. Ich verstehe dies Gefühl und gebe mich der festen Hoffnung hin, daß im Interesse des glücklichen Ausganges des Krieges ein befriedigender Ausweg aus den entstandenen Schwierigkeiten sich wird finden lassen.*

(Zuruf: Von wann ist der Brief?)

Vom 7. Januar 1918! — Also hierin wird schon der glückliche Ausgang des Krieges sozusagen mit dem Verbleiben des Generals Ludendorff an seiner Stelle identisch gesetzt, und zwar durch den Reichskanzler. Im Interesse des glücklichen Ausganges des Krieges sollte unbedingt General Ludendorff an seiner Stelle erhalten bleiben.

Nun — und das ist die Hauptsache — betont der Reichskanzler Graf Hertling seine Freude darüber, daß die an die Westmächte ergangene Aufforderung, binnen 10 Tagen sich den Friedensverhandlungen, die im Osten eingeleitet waren, ihrerseits anzuschließen, erfolglos geblieben und daß diese zehntägige Frist abgelaufen sei. Wörtlich heißt es in dem Schreiben:

Das Wichtigste aber ist, daß die zehntägige Frist abgelaufen und eine Antwort der Westmächte auf die von russischer Seite ausgegangene Einladung, sich an den Friedensverhandlungen auf der Grundlage der russischen Vorschläge zu beteiligen, nicht eingegangen ist. Dies bedeutet für uns, daß wir nunmehr den Westmächten gegenüber vollkommen frei und an jene Vorschläge in keiner Weise mehr gebunden sind. ... Wenn also mit Gottes gnädiger Hilfe die in Aussicht genommene neue Offensive unter Eurer Exzellenz bewährter Führung, gestützt auf den Heldenmut und Siegeswillen unserer Soldaten zu dem erhofften durchschlagenden Erfolge führen wird, so sind wir in der Lage, für einen mit den Westmächten zu schließenden Frieden diejenigen Bedingungen zu stellen, welche von der Sicherung unserer Grenzen, unserer wirtschaftlichen Interessen und unserer internationalen Stellung nach dem Kriege erfordert wird. Ich hoffe, daß es gelingen wird, hiervon auch den Reichstag, mit Ausnahme der Sozialdemokraten, zu überzeugen. An Bemühungen nach dieser Richtung wird es nicht fehlen.

Dieser Brief, meine Herren, beweist ganz unzweifelhaft, daß in keiner Weise hier die politische Reichsleitung etwa einen Druck in dem Sinne auf die O.H.L. ausgeübt hat, auf die Offensive zu verzichten, sondern daß sie im Gegenteil der O.H.L. plein pouvoir gegeben hat, die Offensive zu unternehmen. Die politische Verantwortlichkeitsfrage wird gerade durch dieses Schreiben, dem ich noch eine Reihe anderer an die Seite zu stellen imstande wäre, ganz unzweideutig dahin beantwortet, daß die politische Reichsleitung auf die Offensive sogar Wert legte und sich freute, daß die Westmächte nicht etwa in die Falle hineingegangen wären, sich nun an dem Ostfrieden zu beteiligen. Es wird hier ausdrücklich der O.H.L. ein Freibrief für das Unternehmen der großen Offensive ausgestellt.

Nun gab es noch einen weiteren Faktor, hätte es wenigstens geben sollen, der die schwere Situation, in der Deutschland sich befand, ernst erwog. Dieser

Faktor war — und an der Erörterung dieses Punktes kann man nicht vorbeigehen — der Oberste Kriegsherr. Wie die Dinge bei uns in Deutschland verfassungsrechtlich sich entwickelt hatten, ruhte nun einmal die höchste und letzte Verantwortlichkeit auf dem Obersten Kriegsherrn. Der Oberste Kriegsherr mußte sich, wenn er anderer Meinung war, zur Geltung zu bringen verstehen. Er mußte also die Instanz bilden zwischen der tatkräftigen O.H.L. und der weniger tatkräftigen politischen Leitung.

Ich habe in meinem ersten Gutachten bereits ausgeführt und damit manchen Widerspruch gefunden, bleibe aber unverrückbar bei meiner Meinung: daß die größte politische Potenz während des Weltkrieges immer noch auf der Seite des Reichskanzlers v. Bethmann-Hollweg gewesen ist. Der Reichskanzler v. Bethmann-Hollweg hat es gelegentlich immer noch fertiggebracht, seinen der O.H.L. zuwider gerichteten Standpunkt zu vertreten, Konflikte aufzunehmen, wenn er sie auch aus einem bedauerlichen Mangel an Entschlußkraft heraus nicht immer bis zum letzten durchgeführt hat. Aber die vollständige Entsagung, die Abnegation jedes politischen Wollens und diese grundsätzliche Zustimmung zu allem, was die O.H.L. wollte, beginnt schon in katastrophaler Weise mit Michaelis und setzte sich fort in dem greisen Reichskanzler Grafen Hertling, der vollständig — um dies Bild zu gebrauchen — in die „strategische Hoffnungsbarke" der O.H.L. sich hineinbegeben hatte. Eine politische Willensmeinung war nicht mehr vorhanden, und sie machte sich niemals und nirgends geltend.

Wie aber stand nun der Oberste Kriegsherr zu dieser Frage? Hierüber habe ich zwei außerordentlich interessante Belege, die ich den Herren doch mitteilen möchte. Der Kaiser las, wie die Herren wissen, ja viel und versah es dann mit Randbemerkungen, die mitunter seine innerste Anschauung enthüllten. Ich habe hier ein Schreiben vom 8. Januar 1918 vom Großen Hauptquartier vom Chef des Generalstabes des Feldheeres vor mir. Generalfeldmarschall v. Hindenburg überreicht dem Kaiser einen Bericht des Generalfeldmarschalls v. Mackensen über die politische Lage in Rumänien. Der Kaiser schreibt dazu:

Diese Begutachtung des anliegenden Berichtes ist wieder ein neuer Beweis für das totale Fehlen des Verständnisses für Politik.

Nun kommen verschiedene Vorschläge, die in dem Briefe enthalten sind, und die der Kaiser mit Randbemerkungen versieht. Die eigentliche Materie ist für uns hier gleichgültig. Aber was der Kaiser am Schluß schreibt, ist wieder wichtig:

Diese Stellungnahme (der O.H.L.!) *verhindert jede Lösung im Sinne der von Generalfeldmarschall Mackensen vorgetragenen Wünsche, die sich ganz mit meinen decken. Ich habe sie bisher dem Chef des Generalstabs gegenüber nicht durchzudrücken vermocht.* (Das ist unterstrichen!)

Die Lösung hängt mit der polnischen Grenzfrage zusammen, deren Lösung der Chef des Generalstabs gleichfalls Widerstand entgegensetzt. Auf diese Weise ist es dem Großen Generalstab gelungen, jedwede wünschenswerte politische Entwick-

lung in Rumänien und auf dem Balkan lahmzulegen. Schon im September (1917) *hat Oberst Hentsch sich mir gegenüber bitter darüber beschwert.*

Namenschiffre des Kaisers.

Dieses Schriftstück beweist — wie sehr viele andere auch —, daß der Kaiser in manchen Dingen wohl sah, daß unpolitisch verfahren wurde, daß er es aber durchaus daran hat fehlen lassen, seine Meinung zur Geltung zu bringen. Wenn das Schicksal einem Menschen die Rolle in die Wiege gelegt hat, in schwerer Zeit oberste Verantwortung tragen zu müssen, dann darf es auf Konflikte nicht ankommen, dann müssen diese Konflikte erledigt werden in irgendeiner Form, aber nicht nur in Randbemerkungen, aus denen nichts Positives wird, sondern durch wirklichen Ausgleich des politischen und militärischen Wollens in kontradiktorischem Verfahren, wobei der eine sagt: „Das will ich" und der andere sagt: „Ich halte das für falsch." Wie bei uns in Deutschland die Dinge konstruiert waren, konnte es nur der Oberste Kriegsherr sein, der dieses kontradiktorische Verfahren leitete.

Ich habe mich in der letzten Zeit viel mit den Akten der Bismarck-Zeit beschäftigt und habe mit tiefster menschlicher Erschütterung die schweren Kämpfe verfolgt, die Bismarck mit Kaiser Wilhelm I. auszufechten gehabt hat, besonders in der Frage des deutsch-österreichischen Bündnisses und in der Frage des russischen Rückversicherungsvertrages. Was sind das für tiefgehende nervenverzehrende Erschütterungen, denen sich dieser alte Herr, der schon im Greisenalter stand, ausgesetzt gesehen hat! Wie mußte er mit Bismarck ringen und umgekehrt: wie mußte Bismarck, um das durchzusetzen, was er für notwendig hielt, mit dem Monarchen ringen! Diese Gegensätze sind mit langen Schriftstücken und vielfachen persönlichen Besprechungen ausgetragen worden. Aber das Verantwortlichkeitsgefühl Kaiser Wilhelms I. hat ihn befähigt, diese Dinge bis zum letzten Rest auszutragen; damals gab es eine politische Meinung und dann wurden in kontradiktorischer Art politische Bedenken, militärische und staatsmännische Erwägungen und monarchische Rücksichten gegeneinander ausgeglichen, und was sich dann ergab, war wirklich etwas, war etwas, worauf zu fußen war, war ein politisches Ergebnis, ein weltgeschichtliches Ergebnis.

Dieses Schriftstück, mit dem wir es hier zu tun haben, beweist gewisse aufdämmernde Erkenntnisse, aber einen vollen Mangel an eigenem tatkräftigen Hineingreifen. Damals schon, im Januar 1918, hatte der scharfe Kampf gegen den Staatssekretär v. Kühlmann begonnen, der aus verschiedenen Gründen, die zum Teil auch in seiner Persönlichkeit liegen mochten, in der ganz anderen Artung des Staatssekretärs, von militärischer Seite befehdet wurde. Aber Staatssekretär v. Kühlmann war nun einmal Staatssekretär des Äußeren, und sollte er für das Deutsche Reich den Frieden im Osten schließen, so mußte die öffentliche Meinung hinter ihm stehen, und er durfte nicht in der Öffentlichkeit rückwärts und unterirdisch kompromittiert werden. Das war ein Gebot der Stunde. Aus solchen Erwägungen kam man damals in der Presse dem Staatssekretär zu Hilfe. Ich habe hier einen interessanten Artikel der Berliner

Börsenzeitung vom 9. Januar 1918, „Herr v. Kühlmann" überschrieben, mit Randbemerkungen des Kaisers vor mir. Ich gehe auf den Inhalt des Artikels nicht ein. Er kommt darauf hinaus, daß der Staatssekretär entweder Staatssekretär bleiben soll — dann soll man ihn stützen — oder nicht bleiben soll — dann soll man ihn stürzen —; aber ein Mittelding gebe es nicht. Daß man ihn angreift, während er vor dem Feinde um den Frieden kämpfe, das sei unmöglich! In dem Artikel heißt es:

Immer von neuem wird in der deutschen Öffentlichkeit der Ruf nach einem Staatsmanne, der uns führen soll, laut, und doch sind leider die bei uns herrschenden Verhältnisse sehr wenig dazu geeignet, einen Staatsmann groß werden zu lassen. Ob Herr v. Kühlmann das Zeug dazu hat, wissen wir nicht.

Der Kaiser schreibt dazu die Bemerkung an den Rand:

Richtig! Entweder er mißfällt dem Reichstag oder Kreuznach oder beiden.

Dann:

Zur Führung eines Krieges bedarf ein Volk eigentlich zweier von seinem Vertrauen getragener Gewalten: der politischen und der militärischen.

Sie wirkt geradezu rührend, beinahe naiv, diese Feststellung im Anfang des Jahres 1918, daß eigentlich zwei Gewalten notwendig sind: auch eine politische und nicht bloß eine militärische. „Richtig!" schreibt der Kaiser an den Rand. Dann kommt aber zum Schluß:

Durch den bei uns herrschenden Zustand ist es gekommen, daß das Gleichgewicht der Kräfte sich verschiebt und daß von dem an sich natürlichen Übergewicht des Auswärtigen Amts in politischen Fragen kaum die Rede sein kann.

Daneben steht am Rand der Satz von der Hand des Kaisers:

Weil von beiden Seiten der Kaiser ignoriert wird! („Der Kaiser" besonders unterstrichen!)

Ich glaube, daß man ohne jede weitere Schlußfolgerung doch hier das eine aus diesen Schriftstücken ersieht: daß der Oberste Kriegsherr sich seines politischen Einflusses völlig begeben hatte.

Er war vollständig zurückgetreten, und er ließ die Kräfte, die sich einander entgegengestellt hatten, sich gegeneinander auswirken, zum Schaden der Sache. Wenn nun damals die Entschlüsse für die große Offensive gefaßt worden sind und dem Kaiser schließlich zur Genehmigung vorgelegt wurden, so trägt für die große militärische Offensive, politisch gesehen, der Oberste Kriegsherr und die politische Reichsleitung die volle Verantwortung. Für die militärtechnische Frage bleibt selbstverständlich die hierfür allein sachverständige O.H.L. verantwortlich. Für die Unternahme der militärischen Offensive 1918 trägt also nicht die O.H.L., sondern die politische Reichsleitung die volle Verantwortung vor der Geschichte. Wäre darüber noch ein Zweifel möglich, so würde er durch dies eine Dokument behoben sein, das ich den Herren auszugsweise vorzulesen mir erlauben werde.

(Sachverständiger Dr. *Delbrück:* Haben Sie sich nicht versprochen? Sie sagten, die politische Leitung trage die Verantwortung. Sie haben aber doch eben bewiesen, daß sie es tatsächlich nicht tut.)

Nein, die politische Leitung — das ist gerade das Kernstück meiner Deduktion — trägt die volle Verantwortung dafür, daß 1918 eine militärische Offensive unternommen worden ist. Es wird gelegentlich, von einer nicht tiefgreifenden Beurteilung der Dinge ausgehend, gefolgert, die militärische O.H.L. hätte ihrerseits den Frieden anbieten sollen oder können. Das war durchaus nicht ihre Sache. Die militärische O.H.L. hatte den Krieg zu führen.

Politisch gesehen war meiner Überzeugung nach die Lage Deutschlands Anfang 1918 so, daß man sie als sehr ernst bezeichnen mußte, trotz des Erfolges im Osten. Diese politische Einsicht mußte bei den Männern der politischen Leitung vorhanden sein. Von den Militärs ist es nicht zu verlangen, daß sie, mit den Sorgen des Tages und den ganz ungewöhnlichen militärischen Dingen vollauf beschäftigt, auch noch dieses Maß politischen Wissens und Gesamtüberblicks aufbringen, um sehen zu können, wie die politische Lage im ganzen war. Hier mußte die politische Leitung, wenn überhaupt eine da war: Bitte, Herr Feldmarschall v. Hindenburg, bitte Exzellenz Ludendorff, Sie sagen, wir müssen die Offensive machen. Ich sage zu Ihnen: Wir wollen sie nicht machen, denn wenn wir das letzte auf eine Karte stellen und wir gewinnen die Offensive nicht, so ist der Krieg verloren. Ist das geschehen? Nein, niemand, weder der Reichskanzler Graf Hertling, noch der Staatssekretär des Äußeren, noch der Oberste Kriegsherr haben gesagt: Die Offensive soll nicht gemacht werden, und daß die O.H.L. diesen divergierenden Meinungen gegenüber ihren Willen durchgesetzt hätte, ist historisch unrichtig. Es ist überhaupt gegen den Willen zur Offensive keinerlei politischer Widerspruch geltend gemacht worden. Es sind wohl Denkschriften geschrieben, gutgemeinte Eingaben gemacht worden, ich habe ja selbst eine Reihe derartiger Dinge in meinem ersten Gutachten publiziert; aber alle diese Dinge waren doch nichts Entscheidendes. Schließlich mußte der politische Entschluß gefaßt werden: die Offensive soll sein oder sie soll nicht sein. Mit dem Moment, wo aber die Ermächtigung zur Offensive von dem Obersten Kriegsherrn formell gegeben worden war, die Oberste Reichsleitung sich jeden Einflusses begeben hatte, zugestimmt hatte, gab es für die O.H.L. nur noch eins, die Offensive so gut wie irgendmöglich vorzubereiten und sie dann auf jede Konsequenz hin zum erhofften Erfolge zu bringen.

Das Gutachten des Herrn Generals v. Kuhl vom gestrigen Tage hat uns wohl alle davon überzeugt, daß bei der Vorbereitung der militärischen Offensive deutscherseits alles geschehen ist, was überhaupt nach Menschenmöglichkeit militärisch noch geschehen konnte, militärisch, denn politisch hatte die O.H.L. nichts zu sagen. Das war eine Frage, die sie in diesem Augenblick nichts anging. Militärisch ist die Offensive so gut vorbereitet gewesen, wie es nach Maßgabe der vorhandenen Menschenkräfte und materiellen Mittel aller Art überhaupt geschehen konnte. Aber in diesem Zusammenhang möchte ich auf eine andere Verantwortungsfrage eingehen. Der Herr Sachverständige Dr. Delbrück hat gestern ausgeführt: Ich sehe von den Nebenfiguren und Statisten — das Wort fiel nicht, ich nehme es aber einmal an — ganz ab, und ich sage: „*Ludendorff*"; die O.H.L. das ist Ludendorff, also ich beschäftige mich mit der Strategie Ludendorffs während des ganzen Feldzuges. Ich selbst habe während

meines militärischen Berufslebens stets geschichtliche Studien getrieben, soweit es möglich war, und stehe durchaus auf dem Boden der Kriegsgeschichte. Ich halte den Standpunkt für historisch unrichtig, bei der jetzigen Entwicklung der Kriegsverhältnisse eine *einzige* Person als Träger des Geschehens und der Verantwortlichkeit herauszunehmen. In den Kriegen der Vergangenheit, der friederizianischen, aber auch noch der napoleonischen Epoche, war die Vereinigung politischen und militärischen Wollens und Denkens unter einer Hirnschale vielleicht noch möglich. Napoleon brauchte nur seinen Gehilfen Berthier, der ihm seine strategischen Konzeptionen in Befehlsform übersetzte. der Feldherrngedanke entstand bei ihm, von ihm ging es aus, zu sagen: Ich ziehe die zwei Korps auf den Flügel und das eine Korps in der Mitte nehme ich zurück, und dann entstanden wohl so glänzende strategische Konzeptionen wie z. B. bei der Gefangennahme der österreichischen Armee bei Ulm und derartige Dinge. Von alldem ist in den neuzeitlichen Kriegen, besonders im Weltkrieg, gar nicht mehr die Rede. Ich behaupte, daß man überhaupt nicht mehr von einem *Einzel*verdienst, sondern vielmehr von einem Kollektivverdienst sprechen muß, und auch nicht so sehr von einer *Einzel*verantwortung, als von einer Kollektivverantwortung. Die Herren haben ja gestern aus den Darlegungen des Herrn Generals v. Kuhl, dem ich mich in dieser Beziehung rückhaltlos anschließe, entnommen, wie die Offensive doch etwa aus der Keimzelle des Gedankens des Generals Ludendorff erwachsen ist, sondern aus gemeinsamen und einzelnen Überlegungen des Chefs der Operationsabteilung, des Oberstleutnants Wetzell, aus langwierigen, eingehenden Eingaben der Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht, der Heeresgruppe Kronprinz Wilhelm und vieler für die Beurteilung zuständiger Offiziere. Diese Gutachten über die Wahl des Angriffes, über die zweckmäßigste Art, eine Offensive zu machen, war nicht das Werk des Kronprinzen Rupprecht oder eines anderen Heerführers, war nicht das alleinige Werk des einen oder anderen Stabschefs, sondern dafür sind Besprechungen und Erkundungen an Ort und Stelle und wiederholtes Durchdenken und gemeinsame Bereisungen der Stabschefs die Vorbedingung gewesen, so daß schließlich der Entschluß zu der Offensive 1918 ein Kompromißwerk ist, indem man etwa folgendermaßen schloß: Ich möchte wohl die große Flandernoffensive machen; kann ich sie machen? Oder bin ich in Rücksicht auf die Bodenverhältnisse in Flandern vielleicht genötigt, meine Offensive anderswo anzufangen? Es war also eine kollektive Verantwortung und ein Kollektivverdienst. Es wäre eine lohnende Aufgabe, festzustellen, wie bei den strategischen Konzeptionen schon der Jahre 1914 und 1915 einzelne, mitunter nachgeordnete Persönlichkeiten eine Idee ihrerseits in die strategischen Erwägungen mit hineingeworfen haben. Ich halte es also nicht für richtig, eine solche militärische Offensive und ihren Gesamtverlauf an einen einzigen Namen zu knüpfen und gegen diesen zu polemisieren. Ich halte es für meine eigentliche Pflicht als Sachverständiger, das hier rückhaltlos auszusprechen. Dadurch wird auch etwas anderes klar werden, daß ich nämlich diese ganze Polemik gegen den General Ludendorff persönlich als für die Arbeit unseres Ausschusses nicht förderlich angesehen habe. Ich muß darüber ganz offen sein.

Im ersten Teil meines Gutachtens hatte ich einen Unterbau zu errichten versucht, der ein politisch gemäßigtes Urteil ermöglichen sollte; denn meiner Meinung nach dürfen keinerlei Parteimeinungen, auch keinerlei persönliche Gereiztheit gegen einzelne Persönlichkeiten hier zur Sprache kommen, sondern wir müssen versuchen, ein Urteil zu finden, auf das sich besonnene, vaterlandsliebende Männer aus sachlichen Erwägungen heraus einigen können. Wenn aber nun aus dem ersten Teilgutachten, das ja überhaupt mit strategischen Dingen weder bei Exzellenz v. Kuhl noch bei mir auch nur das geringste zu tun hatte, schon Schlüsse auf das Feldherrntum des Generals Ludendorff gezogen und in der Öffentlichkeit erörtert wurden, in Aufsätzen des In- und Auslandes, die Aufsehen erregt haben, so empfand ich das damals als eine Vorwegnahme von Urteilen, die nicht die meinigen waren und die mich der Öffentlichkeit gegenüber in einem bestimmten Sinne binden konnten, während ich gerade den größten Wert darauf legte, vollständig ungebunden als ehrlicher deutscher Mann meine Meinung so zu sagen, wie ich sie habe. Aus diesem Grunde ist es auch dahin gekommen, daß ich mich einer Verwahrung des Generals v. Kuhl im Militärwochenblatt mit meinem Namen angeschlossen habe, dahingehend, daß wir die Schlußfolgerungen aus dem ersten Teil unseres Gutachtens, wie sie Herr Geheimrat Delbrück damals gezogen hatte, für unsere Person ablehnen müßten. Ich habe das derartig breit ausgeführt, um den Herren zu sagen, warum ich diesen Begriff der Kollektivverantwortlichkeit hier so zum Ausdruck habe bringen müssen.

Abg. Dr. *Spahn*: Ich will zu diesem ersten Abschnitt Ihrer Ausführungen, in dem Sie auf die Verantwortlichkeit des Kanzlers eingehen, eine Bemerkung machen. Nicht im Ergebnisse, sondern in der Art der Begründung bin ich abweichender Ansicht. Ich kann mich auf persönliche Äußerung von Hertling beziehen.

Sachverständiger Oberst *Schwertfeger*: Es ist natürlich klar, daß es für jede Persönlichkeit außerhalb der O.H.L. schwer geworden ist, nachdem die öffentliche Meinung bedingungslos mit den Heerführern ging, ihren abweichenden Standpunkt geltend zu machen. Das habe ich aber auch in meinem Gutachten ausführlich begründet. Also meine erste Feststellung geht dahin: Die politische Verantwortlichkeit dafür, daß 1918 eine Offensive gemacht worden ist und nicht etwa Friedensschritte eingeleitet worden sind, trägt die politische Leitung.

Nun kommt die Entwicklung der Offensive. Alles kam — damit habe ich mein erstes Gutachten ausklingen lassen — darauf an, daß nun eine innige Fühlung zwischen politischer und militärischer Führung bestand, daß diese Fühlung niemals abbrach, daß die leisesten Veränderungen in der Kriegslage den Männern der politischen Leitung zur Kenntnis gebracht wurden. Hierfür haben zunächst die Reichsleitung und die O.H.L. personell organisatorisch alles getan, was möglich war. Da der Kaiser meist vom Orte der Regierung entfernt war und sich im Hauptquartier aufhielt, mußte eine Persönlichkeit da sein, die den Kaiser über die Lage informierte. Eine solche Persönlichkeit war in einem besonders ausgesuchten Generalstabsoffizier gefunden, vom

Sommer 1918 ab in der Person des Majors Niemann, der über seine Erfahrungen und seine Tätigkeit das sehr lesenswerte Buch „Kaiser und Revolution" geschrieben hat. Man kann dabei tageweise feststellen, was Niemann gewußt und was er dem Kaiser gesagt hat. Ich selbst habe im Reichsarchiv Potsdam die Berichterstattung gegenüber dem Obersten Kriegsherrn nachgeprüft und aus den umfangreichen Aktenstücken, die im Reichsarchiv darüber vorhanden sind, ersehen, daß für den Kaiser diesem Generalstabsoffizier alles Material über die Kriegslage seitens der O.H.L. rückhaltlos zur Verfügung gestellt worden ist. Dieses Material war natürlich so ausführlich, daß er schon in Berücksichtigung der Persönlichkeit des Monarchen Kürzungen vornehmen mußte, um ihn nicht zu ermüden und um das Gesamtbild richtig erstehen zu lassen.

Für die Verbindung des Reichskanzlers, der sich ja meist in Berlin aufhielt, mit der O.H.L. war dadurch Sorge getragen, daß Oberst v. Winterfeld zum Reichskanzler kommandiert war, eine Persönlichkeit, die dieser schwierigen Aufgabe in jeder Weise gewachsen war. Es war dies der gleiche Oberst v. Winterfeld, der vor dem Kriege als Militärattaché in Paris war und der 1913 das schwere Unglück im Auto gehabt hat. Dieser Oberst v. Winterfeld hat jederzeit das Ohr des Reichskanzlers Grafen Hertling gehabt und sich mit dem Staatssekretär v. Radowitz in der Reichskanzlei und dem Reichskanzler Grafen Hertling persönlich über die Kriegslage ausgesprochen auf Grund der Mitteilungen, die er bekam. Diese konnte er natürlich nicht in der Ausführlichkeit haben, schon wegen des weiten Weges von der Front hierher, sie waren etwas gekürzt. Vorenthalten ist ihm niemals etwas worden, auch hat er sich persönlich gelegentlich an der Front vom Stande der Dinge überzeugt.

Die Verbindung vom Auswärtigen Amt zum Kaiser wurde durch Legationsrat v. Grünau gewährleistet, vom Auswärtigen Amt zur O.H.L. durch den Freiherrn v. Lersner, der im Großen Hauptquartier war. Als Vertreter der O.H.L. für politische Dinge war in Berlin der Oberst v. Haeften, der anfangs eine Stelle im Auswärtigen Amt innehatte, nachher aber vom Auswärtigen Amt auszog und Unter den Linden seine eigene Verbindungsstelle schuf. Oberst v. Haeften vertrat den General Ludendorff in Berlin und hatte dadurch eine persönliche und sachlich sehr wichtige Stellung. Also personell-organisatorisch ist keine Stelle unbesetzt geblieben, die etwa hätte geschaffen werden müssen. Es waren die geeigneten Persönlichkeiten da, es war also auf diesem Gebiete nichts versäumt, weder von der politischen noch von der militärischen Leitung. Es waren auch die Mittel und Wege da, um überall Informationen zu schaffen.

Nun begann die Offensive. Ich enthalte mich absichtlich jeden Eingehens auf ihren Verlauf. Es geht aus dem Gutachten des Herrn Generals v. Kuhl klar hervor, und es wird auch von keiner Seite versucht, es anders darzustellen, daß im Strategischen alle diese Offensiven nicht zu dem höchsten Effekt gekommen sind, den wir wünschten und erhofften. Es ist sogar eins bei der ganzen Offensive sehr bedauerlich gewesen, daß sich nämlich mit dem Moment, wo sie einmal begonnen war, eine gewisse taktisch-strategische Zwangslage ergab, diese Ausbauchungen nach der feindlichen Front, die Verlängerungen unserer Linie darstellten, ausreichend zu besetzen und immer wieder eine neue

Offensive zu unternehmen, um die Linien dadurch in eine taktisch mögliche Form zu bringen. Außerdem war für uns sehr übel, daß bei jeder Offensive große personelle Verluste eintraten, und wir brauchten für die länger werdende Linie doch noch mehr Menschen als vorher. So ergab sich ein innerer Zwang, nachdem einmal die Offensive ausgelaufen war und sich mit wunderbaren taktischen Erfolgen — das gilt besonders für die erste Offensive — ausgewirkt hatte, anschließend an diesen Erfolg nun eine neue Offensive vorzubereiten, zu der es uns natürlich immer mehr an Menschen und Material fehlte. Eine Zwangsläufigkeit des strategischen und des militärischen Geschehens tritt jetzt ein, die schon von der ersten Offensive an bedenklich war. Schon die großen Pausen, von denen uns Herr General v. Kuhl berichtet hat, die dazu führten, dem Gegner wieder Luft zu geben und Zeit, sich neu zu sammeln, waren sehr bedenklich. Aber es war der Kampf des armen Mannes gegen den reichen, wir hatten bald nicht mehr genug, um gegenüber der immer mehr anwachsenden Übermacht der Gegner die Offensive so zu führen, wie wir es rein militärisch wohl gern getan hätten. Also von Beginn der Offensive an durfte man sich durch die taktischen Erfolge über die schwere strategische Notlage, in der wir uns befanden, nicht hinwegtäuschen lassen. Das ist aber zum Teil geschehen, indem aus den wirklich überwältigend großen Erfolgen gleich Vorschußlorbeeren verteilt wurden und gleich dieser erste wunderbare Erfolg der Schlacht in einer Art und Weise ausgewertet wurde, die im Volke die Meinung aufkommen lassen mußte, als wäre nun der Krieg in der Hauptsache gewonnen. Ich rechne hierher besonders auch die Verleihung höchster Ordensauszeichnungen gleich in den ersten Tagen an die Heerführer. Am 25. März bereits bekam Feldmarschall Hindenburg das eigens für ihn gestiftete Eiserne Kreuz mit goldenen Strahlen. Es hieß in dem Überreichungsschreiben:

Lieber Feldmarschall!

In wohl der größten Schlacht der Weltgeschichte ist in diesen 3 Tagen ein großer Teil des englischen Heeres aus seinen Stellungen geworfen und von unseren heldenmütigen Truppen geschlagen worden. Ihre hohe Feldherrnkunst hat sich hierbei wieder auf das Glänzendste bewährt. Für den Sieg von Belle-Alliance erhielt der Feldmarschall Fürst Blücher das besonders für ihn gestiftete Eiserne Kreuz mit goldenen Strahlen. Dieses nur einmal verliehene höchste Ordenszeichen Ihnen heute zu verleihen, ist mir eine ganz besondere Herzensfreude. Mit dem gesamten Vaterlande weiß ich mich eins, daß diese hohe Auszeichnung niemandem mehr gebührt als Ihnen, dem auch heute wieder alle deutschen Herzen in Dankbarkeit, Verehrung und Vertrauen entgegenschlagen.

Ihr dankbarer König Wilhelm R.

An diesem selben Tage erhielt Ludendorff das Großkreuz des Eisernen Kreuzes mit folgendem Anschreiben:

Mein lieber General Ludendorff!

Die unvergleichlichen herrlichen Erfolge, welche unsere heldenmütigen Truppen in diesen Tagen gegen das englische Heer errungen haben, sind ein glänzendes

Zeugnis für Ihre unübertroffene klare Voraussicht und nie versagende Tatkraft, mit der Sie in zielbewußter Arbeit die Grundlagen für diese Siege geschaffen haben. In dankbarer Anerkennung Ihrer hohen, dem Vaterlande erneut in treuester selbstloser Hingabe geleisteten Dienste, verleihe ich Ihnen mit besonderer Freude das Großkreuz des Eisernen Kreuzes.

Ihr dankbarer König Wilhelm R.

Nach den Auffassungen und den militärischen Traditionen, die wir in der preußisch-deutschen Armee hatten, mußte so etwas wie der Gedanke auftauchen: dies war also der entscheidende Sieg, der Krieg ist im großen und ganzen gewonnen, hier ist sozusagen das abschließende Dokument des Verleihens der höchsten militärischen Auszeichnungen schon erfolgt. Dadurch wurde die öffentliche Meinung, von der ich noch ausführlich sprechen muß, auf einen Weg festgelegt, der verhängnisvoll war. Die öffentliche Meinung ist ja schließlich durch die Dinge, wie sie sich nachher herausstellten, in katastrophaler Weise überrascht worden.

Die Offensive war militärisch so gut angelegt, wie es überhaupt möglich war. Aber es erwuchs die eine zwangsläufig aus der anderen, und die militärische Lage Deutschlands wurde nicht wesentlich gebessert, sie wurde sogar erschwert; denn immer mehr kam nun der von der O.H.L. gefürchtete Zeitpunkt heran, wo amerikanische Divisionen an der Front festgestellt wurden.

Wie stellte sich nun die Information der politischen Leitung über diese Dinge? Ich habe schon erwähnt, daß m. E. falscherweise der Staatssekretär v. Kühlmann persönlich zu den Friedensschlüssen in Brest-Litowsk und nachher in Bukarest delegiert gewesen ist. Er war dadurch dem Ort der Tat fern. Er konnte den Reichskanzler im Durchsetzen seiner politischen Wünsche gegenüber der O.H.L. nicht unterstützen. Welche scharfe Klinge er auf dem diplomatischen Gebiet zu schlagen wußte, ist ja in der aus seiner Feder stammenden Denkschrift, die ich bereits mitgeteilt habe[1]), deutlich zu sehen. Diese Denkschrift führte zu einem Papiersiege der politischen Leitung. Jetzt war aber der Staatssekretär v. Kühlmann fern, an seinen Namen knüpfte sich ganz unberechtigt Klatsch niedrigster Art, und er wurde sehr bald persona ingratissima.

Nun begab sich etwas sehr Eigentümliches, was in seinem historischen Zusammenhange bis jetzt fast überall mißverstanden worden ist, wenigstens noch nicht hinreichend hat aufgeklärt werden können. Oberst v. Haeften hatte, wie ich bereits andeutete, die Verbindung zwischen der O.H.L. und den politischen Stellen in Berlin. Oberst v. Haeften gehört zu denjenigen Offizieren, die aus der historischen Erkenntnis heraus Deutschlands Kampf immer als einen sehr schweren ansahen und der Meinung waren, es würde niemals gelingen, unsere sämtlichen Gegner so entscheidend niederzuwerfen, daß sie um Frieden bitten mußten. Er hielt also eine politische Offensive, nennen wir sie

[1]) Anlage 4 zu meinem ersten Gutachten.

einmal eine Friedensoffensive, zur Unterstützung der militärischen Kriegshandlung für angezeigt.

Nun ist es aufs äußerste bezeichnend, daß ein solcher Offizier, den man im Militärjargon wohl als Diplomaten oder als Pessimisten oder als Schlappmacher oder wie die schönen Worte heißen, bezeichnen würde, doch der Vertreter des Generals Ludendorff in Berlin gewesen und geblieben ist. General Ludendorff wußte ganz genau wie der Oberst v. Haeften dachte. Der Oberst v. Haeften hat zwei große Denkschriften über Friedensmöglichkeiten, Friedensoffensiven ausgearbeitet, dem General Ludendorff übersandt, und der General Ludendorff hat diese Schriftstücke der Obersten Reichsleitung mit warmer Empfehlung zugestellt. In diesen Schriftstücken, die beide in den Urkunden der O.H.L., die General Ludendorff herausgegeben hat, enthalten sind, ist ein ganz deutliches Abrücken von extremen militärischen Zielen zu erkennen. Ludendorff hat, wie gesagt, diese Schriftstücke selber signiert, seine Zustimmung erklärt und dafür gesorgt, daß sie an die Oberste Reichsleitung gekommen sind.

In dieser einen Denkschrift, die ich in meinem Gutachten unbedingt noch einmal mitteilen muß, ist der Passus enthalten — sie ist vom 8. Juni 1918 —, es würde uns nicht gelingen, allein mit den Mitteln des Krieges den Krieg zu beenden. Ich möchte diesen Passus vorlesen:

Zweifellos haben unsere Waffenerfolge, namentlich die jüngsten, eine große Wirkung auf unsere Feinde bereits ausgelöst. Das Vertrauen zur politischen und militärischen Führung der Entente hat einen schweren Stoß erlitten. Diese Erfolge allein werden uns aber nicht den Frieden bringen. Dazu bedürfen wir eines politischen Sieges hinter den feindlichen Fronten.

Die Denkschrift ist sehr ausführlich. Ich lasse alles weg, um die Hauptsache recht klar herauszuheben. Ich bemerke dazu, daß General Ludendorff dieses Schreiben mit folgenden Worten an die Oberste Reichsleitung gegeben hat:

Großes Hauptquartier *8. Juni 1918*

Die seit Ende März sich abspielenden Kämpfe auf der Westfront haben sich zu einem großen siegreichen Schlage gegen die französisch-englische Streitmacht ausgestaltet. Es liegt in der notwendigen Ökonomie der Kräfte begründet, daß diese Kämpfe zeitweise abflauen werden, ehe wir zu einem neuen Schlage ausholen. Zu welchen weiteren Ergebnissen dieser führen wird, ist nicht zu übersehen. Der ganze Kampf mit Englands und Frankreichs Wehrmacht erstreckt sich somit über eine weite Zeitspanne, die Höhepunkte und Ruhepausen umschließt.

Zeitlich und sachlich muß neben unserer militärischen die politische Handlung schreiten. Besonders in den Kampfpausen, die Gelegenheit geben, den Erfolg militärischer Siege politisch auszunutzen, muß die politische Handlung zielbewußt einsetzen.

Ich hatte den Chef der militärischen Stelle beim Auswärtigen Amt, Oberst v. Haeften, gebeten, zu der Frage einer großzügigen Auswertung der militärischen Ereignisse durch politische Propaganda in der Heimat und den neutralen Ländern Stellung zu nehmen, einer Propaganda, die letzten Endes die Heimatfront unserer

Feinde schwächen soll und damit als politische Offensive neben die militärische treten würde.

Die Ausführungen, die Oberst v. Haeften zu diesen Gedanken gemacht hat, beehre ich mich Euerer Exzellenz in der Anlage sehr ergebenst beizufügen. Euer Exzellenz bitte ich, diese Ausführungen zu prüfen und ihnen, ebenso wie ich, in den wesentlichen Punkten beizutreten. Ich glaube, Euer Exzellenz Zustimmung sicher zu sein, daß wir den militärischen Kampf politisch unterstützen und die in ihm erzielten Erfolge politisch auswerten müssen. Hierzu scheint mir der vom Obersten v. Haeften vorgeschlagene Weg gangbar zu sein. Bei der Bedeutung, welche diese Frage für die Oberste Heeresleitung hat, und bei der Wechselwirkung zwischen militärischem und politischem Vorgehen bei der Ausführung würde Euer Exzellenz ich sehr ergebenst bitten, mich in umfassender Weise über beabsichtigte Maßnahmen durch den Obersten v. Winterfeld zu unterrichten, den ich anhalten würde, in Zusammenarbeit mit dem Obersten v. Haeften und dem Chef des Kriegspresseamts, Major Würtz, die diesen Stellen verfügbaren Kräfte zur Förderung der von uns gemeinsam gebilligten Maßnahmen einzusetzen.

An den Reichskanzler in Berlin

I. A. gez. Ludendorff

Mit diesen Worten, die eine warme Empfehlung darstellen, wurde dieses Schreiben dem Reichskanzler übersandt. Der Reichskanzler stellte es dem Staatssekretär v. Kühlmann zur Verfügung, und Kühlmann nahm aus den Darlegungen hauptsächlich diesen einen Satz heraus, den ich eben gekennzeichnet habe. Bei der Prüfung im Auswärtigen Amt hat allerdings Herr Ministerialdirektor Deutelmoser diesen Gedanken der militärisch-politischen Offensive etwas abgeschwächt, indem er meinte, daß das nicht ohne Beteiligung der Parlamentarier gehen würde. Er versprach sich nicht viel von der ganzen Sache, und vor allem glaubte er, daß es notwendig sei, auch die Wahlrechtsfrage gleich mit hineinzunehmen, um die innere Einigkeit aufrechtzuerhalten. Aber folgender Passus steht in dem Schreiben Deutelmosers, das er dem Reichskanzler überreichte:

Das Bemerkenswerteste an der Denkschrift der militärischen Stelle ist, daß ihr Verfasser — also v. Haeften — anscheinend nicht an die Möglichkeit glaubt, den Krieg durch bloße Waffengewalt zu beenden. Diese Auffassungsweise von militärischer Seite ist neu. Wäre sie schon früher vorhanden gewesen, so hätte die O.H.L. wohl zu der Reichstagsresolution vom 19. Juli 1917 eine andere Haltung eingenommen und auch bei mancher anderen Gelegenheit in außenpolitischer Hinsicht weniger schroff den reinen Machtgedanken vertreten.

Hier ist die sehr bezeichnende Tatsache festzustellen, daß die Friedensoffensive sogar mit dem nachher so sehr inkriminierten Satze „mit den Waffen *allein* wäre es nicht möglich, den Krieg zu beenden" von der O.H.L. ausgegangen ist, von ihr dem Reichskanzler zugeschickt worden ist, und daß das Auswärtige Amt in diesem Gedanken die wesentlichste Feststellung des ganzen Schriftstückes erblickte. Nun kommt eine sehr merkwürdige, um nicht zu sagen tragische Auswirkung dieser Friedensoffensive. Der Staatssekretär

v. Kühlmann studierte das Schriftstück, nahm hauptsächlich den von Deutelmoser besonders herausgestochenen Absatz des Eingeständnisses der Unmöglichkeit eines rein militärischen Sieges heraus und brachte gerade diesen Passus in seiner Reichstagsrede an, die nachher den Ausgang für seinen Sturz bildete, zumal er am nächsten Tage ja die Schwäche hatte, von dem abzurücken, was er am Tage vorher gesagt hatte. Er hatte sich wirklich als politisch etwas labil, möchte ich mich einmal ausdrücken, erwiesen. Insofern wurde er schließlich mit Recht gestürzt; denn er konnte nicht heute dies sagen und morgen in der großen Polemik mit dem Grafen Westarp alles das, was er gestern gesagt hatte, mit großen Verklausulierungen zurücknehmen.

Die Wirkung war die, daß die O.H.L. über die Formulierung auf das äußerste erbost war, die Kühlmann gerade aus der Denkschrift herausgenommen hatte, und über dieses Eingeständnis vor dem versammelten Europa, daß es mit den Waffen allein nicht ginge. Sie arbeitete nun ihrerseits mit allen Mitteln auf den Sturz des Staatssekretärs v. Kühlmann hin, den sie auch erreichte. Darüber besteht kein Zweifel; die notwendigen Belege finden die Herren nachher in meiner Denkschrift. Eine Zeitlang hatte er noch die Hoffnung, er könnte bleiben; auch der Kaiser hatte gelegentlich daran gedacht. Es ging nicht, Kühlmann mußte weg.

Was aber tragischer war, war folgendes. Haeften war gerade in jenen Tagen ins Hauptquartier gereist, um die Friedensoffensive nun noch in persönlicher Besprechung mit den Männern der O.H.L. auszuwerten. Er kam gerade in die Siegeshochstimmung hinein, die damals der erstaunliche Erfolg der Wegnahme des Chemin des Dames auslöste. In diesem Augenblick war natürlich bei den Männern der O.H.L. wenig Neigung, diese Friedensoffensive zu machen. Das militärische Hochgefühl überwucherte die frühere Anschauung, und nachdem Kühlmann seine bekannte Rede im Reichstage gehalten hatte, hat General Ludendorff dem Obersten v. Haeften jede Mitwirkung an dieser Friedensarbeit strikte verboten.

Das war die Wirkung. Also ursprünglich, um das noch einmal zu rekapitulieren, hat im Auftrage Ludendorffs, allerdings auf Anregung v. Haeftens, v. Haeften die Friedensoffensive gemacht, die große Denkschrift ausgearbeitet. Sie ist mit warmer Empfehlung vom General Ludendorff der Reichsleitung zugestellt worden. Nachher hat Kühlmann aus dieser Denkschrift den erwähnten wichtigen Satz herausgenommen und ihn coram publico verwendet. Dadurch wurde Kühlmann der O.H.L. gegenüber unmöglich, er wurde von seinem Platze gedrängt, und Haeften wurde jede Mitwirkung an der Friedensoffensive verboten, so daß es nun mit dieser Möglichkeit des Kampfes hinter den Fronten aus war. So endete eine Unternehmung, an der verschiedene Patrioten teilgenommen hatten, die sich etwas davon versprachen.

Nun ging es auf die Suche nach einem neuen Staatssekretär des Äußeren. Anfangs Juli wurde Hintze ins Große Hauptquartier berufen. Ich möchte mir hier zu meiner Arbeitsmethode eine Bemerkung erlauben. Da der ganze Kampf in der bisherigen Literatur darum geht, von welchem Tage ab ist Klarheit gegeben worden und wer hat wen informiert oder nicht informiert, habe ich

das synchronistische Verfahren gewählt und werde eine Tabelle beigeben[1]), woraus zu ersehen ist: was hat Reichskanzler v. Hertling, was hat Herr v. Hintze, was hat Ludendorff an dem und dem Tage gemacht und von welchem Tage ist die Klarheit gegeben worden. Ich glaube, daß es mir durch diese synchronistische Methode möglich sein wird, eine ganze Fülle von Gegensätzen, über die jetzt erbittert in der öffentlichen Meinung gestritten worden ist, auszuschalten und sie durch eine wirklich einwandfreie historische Feststellung zu ersetzen, an der die einzelnen Persönlichkeiten nicht mehr werden vorbeigehen können.

Ich darf in diesem Zusammenhange erwähnen, daß diese Auseinandersetzungen zwischen der politischen und der militärischen Leitung bereits zu den peinlichsten Weiterungen geführt haben, so seinerzeit zu einer Duellforderung des Staatssekretärs v. Hintze an den General v. Ludendorff, die dieser abgelehnt hat. Ich plaudere damit keine Geheimnisse aus; das ist in Artikeln der „Vossischen Zeitung" deutlich ausgeführt. Die Konflikte zwischen den beiden Männern hatten sich derartig verschärft, daß versucht wurde, auf dem Wege des persönlichen Ehrenaustrages den Ausgleich zu schaffen; es ist aber nicht gelungen. Ich glaube aber, daß die Feststellungen dieses Ausschusses hier beruhigend wirken werden, indem an die Stelle des unruhigen Geredes Tatsachen gesetzt werden. Darin würde ich, von meinem persönlichen Standpunkte ausgehend, einen großen Vorteil erblicken.

Hintze wird also ins Große Hauptquartier berufen und wird dort Anfang Juli vom General Ludendorff empfangen und spricht mit ihm über die ganze Lage. Er kommt — das ist ein entscheidender Ausgangspunkt; das Datum steht nicht ganz fest, ob am 8. oder 9., das spielt auch keine Rolle, jedenfalls vor dem Rückschlag des 18. Juli bei Reims — Hintze kommt also am 5. Juli nach Spa, am 7. Juli wird ihm zunächst noch Moskau angeboten, am 9. wurde darum verhandelt, daß der Kaiser Hintze gern zum Staatssekretär machen wollte, und zwar deshalb, weil Hintze der Ruf des starken Mannes voraufging. Er hatte durch seine Tätigkeit im Kriege den Ruf erworben, der auch durch alle Telegramme, die zwischen Hintze und Ludendorff bis in die letzten Tage des Zusammenbruchs gewechselt worden sind, bestätigt wird, eine tatkräftige, vaterländisch besonders wertvolle Persönlichkeit zu sein. Diesen Standpunkt hat Ludendorff bis nach dem Zusammenbruche der Offensive bekundet.

Also in diesen Tagen, noch vor dem 15. Juli, hat Hintze Ludendorff gefragt, ob er hoffe, den Gegner mit seiner Offensive zu besiegen. Darauf hat Ludendorff gesagt: Ja, ich habe diese Hoffnung — und hat keinerlei Einschränkung dabei gemacht. Daraufhin hat Herr v. Hintze sich gesagt: Gut, ich übernehme das Amt des Staatssekretärs des Äußeren, einer muß es doch machen, und dann bleibt mir das verhältnismäßig leichte Amt, bei einer guten Situation auf allen Fronten die diplomatischen Schritte einzuleiten. Seine ganze Auffassung gipfelt darin, daß es diplomatisch nur möglich sei, zu Erfolgen zu kommen, solange die Fronten stehen. Ich glaube, da kann ihm niemand unrecht geben. Mit dem

---

[1]) Von der damals beabsichtigten Beigabe einer Tabelle konnte später abgesehen werden.

Augenblick der niedergehenden Konjunktur an der Front hat der Gegner nicht das leiseste Interesse, über den Frieden mit sich sprechen zu lassen, sondern sein ganzes Interesse erfordert im Gegenteil, jede Negoziation auszuschalten und die militärische Lage für sich so weit auszunutzen wie nur irgend möglich.

Hintze hatte diese beruhigende Erklärung des Generals Ludendorff erhalten und reiste nach Berlin. Am 20. Juli übernahm er die Geschäfte. Inzwischen war der Rückschlag bei Reims. Am 27. ist Hintze wieder in Spa. Am 28. sind dort Besprechungen, am 29. fährt er nach Avesnes, spricht dort mit Hindenburg und Ludendorff und fängt jetzt schon an, Zugeständnisse in bezug auf den Friedensschluß von den Heerführern zu erbitten.

Es ist m. E. ganz falsch gewesen, daß die politischen Führer immer nur als Bittende auftraten. Das ist aber eine historisch gewordene, ich möchte beinahe sagen, gottgegebene Abhängigkeit dieses Krieges gewesen, über deren Genesis ich mich im ersten Teil meines Gutachtens ausgesprochen habe. Das ist eben unser deutsches Schicksal gewesen, daß die politische Leitung keinerlei Vertrauen genoß und die militärische Leitung alles Vertrauen. Die öffentliche Meinung ging mit der O.H.L. und gegen die Diplomaten. Ich möchte in diesem Zusammenhange noch einmal auf das Schreiben des Ministers Drews hinweisen, der den General Ludendorff in eine innere Kompetenzfrage hineinzog, um ein politisches Ziel zu erreichen. Die Dinge hatten sich unheilvoll entwickelt.

Anfang August bereits verlor der Staatssekretär v. Hintze jeden Glauben daran, daß es noch möglich wäre, siegreich aus dem Kriege herauszukommen. Es haben dann eine Reihe von Sitzungen in Berlin stattgefunden, z. B. unter dem Vizekanzler v. Payer, von dem auch Bekundungen hierüber vorliegen, bis nun schließlich nach dem schweren Tage am 8. August es notwendig wurde, „die ungeschminkte Bilanz des Krieges zu ziehen". Diese Bilanz des Krieges sollte am 13. und 14. August in Spa gezogen werden.

Hier kommt nun eine sehr wichtige Kontroverse. Hier steht nämlich Behauptung zum Teil gegen Behauptung. Ich habe mit Ermächtigung des Herrn Vorsitzenden unseres Untersuchungsausschusses an solche Persönlichkeiten, die etwas bekunden konnten, Fragen gerichtet, die sie mir auch überall entgegenkommend beantwortet haben. Diese Fragen und die Antworten darauf erscheinen in dem Druck des Gutachtens als Material des Untersuchungsausschusses. Es ist also vollständige Klarheit darüber erbracht, wie diese Besprechung am 13. und 14. August 1918 zustande gekommen ist.

Der Verlauf war folgender, um ihn jetzt nur kurz zu skizzieren — ich möchte kein Wort sagen und auch nicht in dem Stenogramm niederlegen, was ich nicht mit unleugbaren Belegen bestätigen kann; es ist immerhin möglich, daß einmal irgendein Datum oder irgendeine Bezugnahme nicht ganz den Dokumenten entspricht, die ja gedruckt noch nicht vorliegen. Also am 13. August hat zunächst Hintze mit Ludendorff unter vier Augen gesprochen. Da ist Ludendorff mit sehr ernster Miene auf den Staatssekretär Hintze losgegangen: Exzellenz, ich habe Ihnen vor vier Wochen gesagt, ich hoffte den Gegner durch unsere Siege zu besiegen, diese Hoffnung habe ich nicht mehr. Da hat Hintze die Achseln gezuckt und hat gesagt: Dann wird es notwendig sein, politisch nach

Mitteln zu suchen, um den Krieg auf andere Weise zu beenden. Dieses Gespräch ist aber nur kurz gewesen; denn gleich hinterher hat die Besprechung zwischen dem Generalfeldmarschall, dem General Ludendorff, dem Kanzler und Staatssekretär v. Hintze stattgefunden. Es handelt sich hier um eine Besprechung am 13. und nachher um die große Sitzung am 14. August, über die in dem Weißbuch „Waffenstillstand" das ausführliche Protokoll vorliegt.

Nun hat sich die Sache am 14. August insofern eigentümlich abgespielt, als die Männer der O.H.L. die Definition der militärischen Lage dem Staatssekretär des Äußeren überlassen haben. Ludendorff hatte unter vier Augen dem Staatssekretär v. Hintze gesagt, die Sache stehe schlecht, und der Staatssekretär v. Hintze hat aus dieser Erkenntnis heraus nun ein politisch gehaltenes, aber sehr ernstes Bild entrollt. Die O.H.L., von der er annahm, daß sie ihrerseits diese militärischen Dinge noch einmal unterstreichen würde, hat dies nicht getan, sondern hat die gesamte Kriegslage offenbar durch Hintze als hinreichend klar gekennzeichnet angesehen und ihrerseits geschwiegen; ein Hauptgegenstand der Kontroverse zwischen Ludendorff und Hintze. Sie hat aber nichts Ernstliches dagegen vorgebracht, sondern nur nachher diese Formulierungen gefunden, von denen Exzellenz v. Kuhl in seinem Gutachten spricht: „Staatssekretär v. Hintze hatte die kriegerische Situation dahin definiert, daß wir den Kriegswillen unserer Feinde durch kriegerische Handlungen nicht mehr zu brechen hofften und daß unsere strategische Kriegführung als Ziel setzen müsse, durch eine strategische Defensive den Kriegswillen des Feindes allmählich zu lähmen."

Den Kriegswillen allmählich zu lähmen! Hier ist nun etwas ganz Entscheidendes festzustellen. Wenn ich den Kriegswillen des Feindes entscheidend lähme, dann siege ich also doch. Das ist nämlich der strategische Defensivsieg, der Abwehrsieg. Ich bleibe also so stehen, daß es dem anderen leid wird und er aus dem Kriege allmählich ausscheidet. So argumentierte Staatssekretär v. Hintze: „Es wird also möglich sein, den Gegner strategisch im Abwehrsiege zum Ausscheiden aus dem Kriege schließlich zu veranlassen. Es steht jetzt zwar sehr viel schlechter, aber siegen werden wir immer noch, nur die Methode ändert sich. Strategische Abwehr, das ist jetzt die Parole."

Diese Auffassung des Staatssekretärs v. Hintze wird nun entscheidend für Deutschlands ganzes Schicksal im Jahre 1918. Dadurch hat diese Frage die Bedeutung eines weltgeschichtlichen Problems. Der Staatssekretär v. Hintze findet die O.H.L. immer noch in dem Glauben, als wäre es möglich, den strategischen Abwehrsieg zu erringen, zumal aus einer gewissen menschlichen Einstellung heraus der Generalfeldmarschall v. Hindenburg, wie er das gern tat, die Teilnehmer dieser Sitzung durch einige trostreiche Worte wieder aufzurichten und emporzuheben sich bemühte. Es würde doch schließlich gelingen, in Frankreich stehenzubleiben und so den Gegner allmählich friedenswillig zu machen.

(Sachverständiger *v. Kuhl:* Nein, den Willen aufzwingen!)

Ich werde den Wortlaut verlesen: Zum Schluß führte Generalfeldmarschall Hindenburg laut Weißbuch zum Waffenstillstande aus, „daß es gelingen werde,

auf französischem Boden stehenzubleiben und dadurch schließlich den Feinden unseren Willen aufzuzwingen". Das ist die Korrektur, die der General Ludendorff in dem Stenogramm nachher an der protokollarischen Aussage des Generalfeldmarschalls v. Hindenburg gemacht hat.

(Sachverständiger Dr. *Delbrück:* Er hat das Wort „hoffen" herausgestrichen.)

Darauf folgte die m. E. ganz unglückselige Formulierung, eine Möglichkeit zu derartigen diplomatischen Schritten böte sich nach unseren nächsten Erfolgen im Westen. Wenn nun aber die Erfolge ausblieben, wann bot sie sich dann? Nach allem, was uns gestern Exzellenz v. Kuhl auseinandergesetzt hat, war mit wirklichen Erfolgen im Westen in dieser Zeitspanne eigentlich kaum noch zu rechnen. Wir waren also in der niedergehenden Konjunktur, und in dieser Konjunktur ist ein Anspinnen von diplomatischen Verhandlungen außerordentlich schwer, jedenfalls ist gar keine Gewähr dafür gegeben, daß der Gegner darauf eingeht. Es ist ja sein Interesse, nicht darauf einzugehen, sondern die Dinge sich auswirken zu lassen. Nachdem man einmal die Amerikaner monatelang in Lagern ausgebildet hatte, da sollten diese Leute kommen und die Feinde über den Haufen rennen und ihnen ein großes Sedan bereiten.

Ich bin also der Überzeugung, daß in einer militärisch niedergehenden Konjunktur es keiner noch so hohen politischen Kunst gelingen konnte, einen günstigen Ausgang aus dem Kriege zu finden. Diese Gelegenheit war unglücklicherweise verpaßt, und noch jetzt — am 14. August 1918 — war Staatssekretär v. Hintze nicht völlig klar. Daß hier nicht völlige Klarheit gegeben ist, das bedeutet eine schwere Verantwortung. Exzellenz v. Kuhl hat die Frage auch aufgeworfen. Er vermißt auch die restlose Klärung. Oberstleutnant Niemann in seinem in mancher Beziehung sehr guten Buch „Kaiser und Revolution" sagt auch, er vermisse die Klarheit, und in einer Denkschrift, die auch in meinem Gutachten als sehr interessante Beilage erscheinen wird, betont Niemann, es wäre in erster Linie nötig gewesen, den Männern des politischen Geschäfts die volle Klarheit zu geben.

(Zuruf: Von welchem Datum ist die Denkschrift?)

Als Niemann die Stellung beim Kaiser antrat. Am 1. August 1918 wurde er zum Kaiser gerufen. Gleich am 3. August hat er seine Denkschrift mitgebracht. — Die Denkschrift ist schon vom 20. Juli datiert. Die Denkschrift ist ganz ausgezeichnet und das sehr Charakteristische dabei ist, daß der Oberst Bauer im Großen Hauptquartier verschiedene Bemerkungen dazu gemacht hat, auf die ich nachher noch zurückkommen muß.

Nun ist bei der häßlichen Polemik über die Gründe des Zusammenbruchs behauptet worden, besonders von Oberst Bauer, daß die O.H.L. Tag für Tag vom 14. August bis zum 29. September 1918 gewartet hätte, daß die politische Leitung etwas tun möge, es wäre aber gar nichts geschehen. Dieser Vorwurf ist durchaus unberechtigt. Ich bin dieser Frage so nachgegangen, wie etwa ein Untersuchungsrichter der Aufklärung einer schwierigen Frage nachgehen würde. Ich habe tageweise zusammengestellt, was der Staatssekretär v. Hintze getan hat. Er hat weit über das bekannte Maß hinaus vom 14. August an sofort

ganz neue Direktiven für die Behandlung der Außenpolitik gegeben. Er hat z. B. am 15. August schon die Freigabe von Belgien in einer Form, die weit über die Formulierung der O.H.L. hinausging, zugestanden. Er hat gesagt: Das ist die Forderung der O.H.L., damit ist gar nichts mehr zu machen, wir müssen Belgien ganz freigeben. Er hat seine Vertrauensleute in Amerika und in Holland in diesem Sinne instruiert.

Auf eine Schwierigkeit muß ich hinweisen. Unsere Heerführer haben aus dem Gefühl heraus, daß sie zu Unrecht angegriffen würden, rückhaltlos ihre Kriegserinnerungen publiziert. Das ist ihr gutes Recht. Sie haben gesagt: Sollen wir die Prügelknaben der öffentlichen Meinung für all das sein, was im Kriege geschehen ist? Es sind also die bekannten Kriegserinnerungen, zum Teil mit starken Angriffen gegen andere Persönlichkeiten, erschienen. Die Männer des politischen Geschäfts haben das nicht getan, sie haben es auch zum Teil nicht gekonnt. Deshalb ist die Untersuchungskommission des Reichstags das richtige Forum, diese Dinge, soweit sie politisch mitteilbar sind, zu untersuchen und dafür zu sorgen, daß diesen Persönlichkeiten — es sind doch auch treue Söhne ihres Vaterlandes, die das Beste gewollt, die uns doch auch alle nahestehen —, zur Anerkennung verholfen wird für das, was sie getan haben. Wo Verfehlungen sind, müssen sie klargelegt werden. Aber es darf nicht der Zustand einreißen, daß auf der einen Seite alles mitgeteilt wird und auf der anderen Seite nichts.

Herr Staatssekretär v. Hintze hat also ausführliche Aufzeichnungen für den Untersuchungsausschuß gemacht, und die werden zum Teil als Anlage zu diesem Gutachten erscheinen. Sie sind natürlich daraufhin sehr sorgfältig überlegt, daß nicht andere Mächte dabei kompromittiert werden dürfen. Das ist das Interesse des Auswärtigen Amts, auch des heutigen Auswärtigen Amts an den Dingen. Denn wir können unmöglich auf einmal wie der Elefant im Porzellanladen herumtrampeln und beispielsweise die Königin von Holland oder den König von Spanien oder andere Persönlichkeiten durch Mitteilungen von damals kompromittieren. Aus meinem Gutachten wird sich ergeben, daß seitens des Staatssekretärs v. Hintze alles geschehen ist, was überhaupt damals geschehen konnte. In dieser Beziehung wird eine gewisse Revision der öffentlichen Meinung eintreten müssen.

Nun entwickeln sich die Dinge ja nachher in der katastrophalen Weise, die den Herren allen bekannt ist. Die Tätigkeit des Staatssekretärs v. Hintze wurde noch dadurch sehr belastet, daß er genötigt war, Österreich an der Stange zu halten. Das war nur dadurch zu machen, daß er in den kritischen Tagen für seine Person nach Wien fuhr und in Wien die Verhandlungen persönlich führte, um nämlich den Burianschen Schrei an alle zu verhindern. Österreich wollte doch aus dem Kriege heraus und wollte durch diesen Schrei an alle vor aller Welt erklären, daß es nicht mehr konnte. Wenn wir noch irgendwelche Aussicht haben wollten, den Krieg annehmbar zu beendigen, mußte verhindert werden, daß Österreich vorher schon aus der Reihe der Kämpfer ausschied. Es war daher die wichtigste Pflicht des Staatssekretärs, ob er Hintze oder wie er sonst hieß, die Dinge persönlich in Österreich in Ordnung zu bringen.

Deshalb mußte er in diesen kritischen Tagen auch selber nach Wien und mußte dort noch mehrere Tage verweilen. Am 2. September, am 3., am 4. und 5. September war dann die entscheidende Besprechung mit Burian, der darauf bestand, den Schrei an alle zu erlassen. Er hat es auch 8 Tage später getan.

Dann war Hintze am 7. September wieder in Berlin. Er ging zum Reichskanzler Grafen Hertling und besprach mit ihm in tiefster Sorge einen Fragebogen, den er der O.H.L. persönlich mitnehmen wollte. Am 8. September setzte er sich mit diesem ausführlichen Fragebogen auf die Bahn. Am 9. September war er in Spa. Er hat dann am 10. September bei der O.H.L. die erstmalige Erklärung des Einverständnisses der O.H.L. extrahiert, ohne Aufschub jetzt an den Gegner heranzugehen. Also jetzt, am 10. September, war die Aufnahme diplomatischer Verhandlungen an keinen Vorbehalt mehr gebunden. Von nun an hat er alles getan, was möglich war.

Am 11. September sind die entscheidenden Telegramme nach Wien, nach Sofia, nach Konstantinopel usw. gegangen. Das wird alles tageweise in meinem Gutachten erscheinen. Es hat keinen Zweck, wenn ich die Herren mit diesen Einzelheiten aufhalte.

Nun tagte hier in Berlin damals am 25., 26. und 27. der Hauptausschuß, und am 27. September — dahin bitte ich gleich einmal in der Darlegung jetzt springen zu dürfen — teilte hier im Hauptausschuß — ich war in der Sitzung zugegen — Staatssekretär v. Hintze mit, daß Bulgarien aus der Reihe der Kämpfer ausgeschieden wäre und daß also die Lage auf dem Balkan für uns damit eigentlich zu Ende wäre. An diesem selben 27. fanden noch Besprechungen im Auswärtigen Amt statt. Am 28. entstand die Formulierung des Schriftstückes Nr. 12 in dem Weißbuch zum Waffenstillstand, wonach es wohl notwendig wäre, einen diplomatischen Schritt gegenüber Amerika zu unternehmen und eine Verbreiterung der Regierung durch Heranziehung von Parlamentariern zu schaffen, um den ganzen weiteren Schritten nunmehr eine größere Tragkraft zu geben.

An demselben Tage war im Großen Hauptquartier der General Ludendorff zu der Überzeugung gekommen, es wäre nunmehr notwendig, den Krieg, und zwar sofort, zu beenden, und am 29. September verdichtete sich diese Überzeugung zu dem Entschlusse der Forderung eines sofortigen Waffenstillstandes. Der Staatssekretär v. Hintze war aus eigenem Antrieb in das Große Hauptquartier gefahren. Der Reichskanzler Graf Hertling kam einen Zug später nach. Also die maßgebenden Faktoren der politischen Leitung waren nun im Großen Hauptquartier versammelt. Nun muß festgestellt werden, daß diese Lage der Dinge, also die sozusagen katastrophale Lage, die einen Waffenstillstand in kürzester Frist notwendig machte, für alle beide, den Reichskanzler sowohl wie für den Staatssekretär des Äußern, ein vollständiges Novum gewesen ist. Sie hat auf alle beide wie ein Donnerschlag gewirkt. Sie sind von dieser Tatsache, daß sich inzwischen die Dinge so verschoben hätten, daß es die O.H.L. jetzt für notwendig hielt, den Waffenstillstand in kürzester Frist zu fordern, vollständig erschlagen gewesen. Darüber ist kein Zweifel. Auch die Persönlichkeiten, die hier in Berlin für die Verbindung vorhanden waren,

z. B. der Major Würtz vom Kriegspresseamt, dem die Information der öffentlichen Meinung in Berlin oblag, war vollständig wie aus allen Himmeln gestürzt. Weinend hat er im Auswärtigen Amt mit dem Ministerialdirektor Deutelmoser darüber gesprochen und gesagt: Ist das möglich? — Ich habe ja gar nichts davon gewußt! Genau so hat auch Deutelmoser, Oberst v. Haeften und alle Persönlichkeiten, die hier in dieser Weise tätig waren, von einem derartigen Stand der Dinge und von der Notwendigkeit eines solchen Entschlusses nichts gewußt.

Also die sofortige Forderung des ohne Frist abzusendenden Waffenstillstands- und Friedensangebots . . .

(Abg. *Franz:* Und ohne Bedingungen!)

Von Bedingungen ist dabei nicht viel die Rede gewesen, da müßte man noch einmal den genauen Wortlaut haben!

(Vorsitzender Abg. D. Dr. *Kahl:* Frist- und bedingungslos!)

(Abg. *Franz:* Ich erinnere mich: „Bedingungsloser Waffenstillstand!")

Diese sofortige Forderung des Friedens- und Waffenstillstandes ist der wohl am schwersten vertretbare Schritt in dieser ganzen schwierigen Zeit. Auch hier, meine Herren, möchte ich, da es sich hier wirklich um jede Silbe und um jedes Wort handelt, die Herren nicht durch Vorlesen der Dokumente beanspruchen, die zum Teil schon gedruckt sind. Gerade in dem Weißbuch über den Waffenstillstand sind ja die hier in Betracht kommenden Dokumente bereits abgedruckt. Ich möchte jetzt darauf verzichten, die Herren im einzelnen noch mit dem Wortlaut zu quälen. Diese Dinge erscheinen unter Mitteilung jedes einzelnen in Betracht kommenden Dokuments in dem Gutachten.

Es ist hier ganz zweifellos eine psychologische Erklärung durchaus notwendig, um sich überhaupt klarmachen zu können, wie es zu dieser Forderung eines sofortigen Waffenstillstands gekommen ist. Diese Erklärung habe ich in meinem Gutachten in schriftlicher Form ausführlich gegeben. Worauf es mir heute ankommt, ist nur, festzustellen, daß die Oberste Reichsleitung sowohl wie das Auswärtige Amt von diesem Schritte damals getroffen, von dieser Tatsache berührt worden sind als von einem völligen Novum und daß sie wie aus allen Himmeln gefallen waren und daß nun daraus sich gewisse katastrophale Entwicklungen in der öffentlichen Meinung vollzogen haben, die nachher gar nicht mehr zu bremsen gewesen sind. Ich persönlich stehe auf dem Standpunkt, daß mit dieser Forderung des Waffenstillstands der Krieg beendet war, daß das die Zäsur für unsere Untersuchungen ist, also der Krieg insofern beendet war, daß es sich jetzt nur noch um Liquidation der Konkursmasse sozusagen handeln konnte. Diese Liquidation mußte natürlich nun in einer Form geschehen, daß, wie wir gestern in der Diskussion anschließend an den Vortrag von Exzellenz v. Kuhl schon ausgeführt haben, eine möglichste Einheit des ganzen deutschen Kampfwillens im Volk, in der Heimat, im Heer hergestellt wurde, und dafür war keine Stunde mehr zu verlieren. Ich bin der Ansicht, daß es schon sehr spät war, wenn man am 29. oder 30. September eine derartige Einheit erst noch schaffen wollte. Immerhin bin ich der Meinung: Wenn jetzt die oberste Stelle mit der ganzen Macht ihrer Verantwortlichkeit, gestützt auf

einen gemeinsamen Schritt des Obersten Kriegsherrn, des Reichskanzlers, der O.H.L. gesagt hätte: Carte blanche, so steht es, wir gehen auf die und die Stellung zurück, oder wir machen dies oder das — wie es im einzelnen strategisch gemacht werden soll, ist eine andere Frage —, es handelt sich um nichts mehr als um einen Deichschutz für unsere mit der Überflutung bedrohte Heimat, alle Mann als Schutzmannschaft auf den Deich, — dann wäre es vielleicht sogar noch in diesem Moment zu halten gewesen.

(Vorsitzender Abg. D. Dr. *Kahl:* Das ist meine feste Überzeugung! Da wäre noch soviel Opferwilligkeit in Deutschland vorhanden gewesen.)

Ich muß hier anführen, daß z. B. der „Vorwärts" damals das erste Blatt gewesen ist — das machte damals noch im Auswärtigen Amt, in dem ich damals gerade zu Besprechungen anwesend war, einen fabelhaften Eindruck —, das zur nationalen Verteidigung aufrief. Ich habe mir diese Nummer vom 26. oder 28. September 1918 damals besonders bei den Akten aufbewahrt. Und dann kamen nachher die Vorschläge von Rathenau über die Levée en masse und die verschiedenen anderen Vorschläge. Aber wir können uns doch darüber nicht hinwegtäuschen, daß in dem lähmenden Entsetzen über diese Mitteilungen gar nichts geschehen ist.

Nunmehr wurde der Prinz Max als Konkursverwalter berufen. Heutzutage gehört es mit zu den üblen Erscheinungen unserer Zeit, daß jeder Mann, der in der damaligen Zeit irgendeinen Posten innegehabt hat, jetzt dafür in der fürchterlichsten Weise beschimpft wird. Ob Reichsleitung oder Heeresleitung, einerlei: zumal wenn noch parteipolitische Einstellung dazukommt, dann werden die Leute geschlachtet. So finde ich auch die ganze Behandlung, die man dem Prinzen Max für die Übernahme dieser Tätigkeit jetzt zuteil werden läßt, im höchsten Grade ungerecht und unhistorisch. Ich lebe jetzt in der Provinz — ich darf vielleicht diese wenigen persönlichen Worte dazu sagen —, es ist unglaublich, was einem jetzt von sog. gebildeten Leuten an Klatsch erzählt und aufserviert wird, z. B. über den Prinzen Max, der Deutscher Kaiser oder mindestens Reichsverweser hätte werden wollen, und daß er aus dem Grunde, weil seine Gemahlin eine Tochter des Herzogs von Cumberland war, das von ihm verhaßte Hohenzollern-Haus hätte stürzen wollen. Alle diese Sachen werden im Ton der größten Überheblichkeit erörtert und sind unausrottbar.

Ich möchte mein Gutachten abschließen mit dem Moment, wo die O.H.L. die sofortige Hinaussendung des Waffenstillstandes verlangt, weil ich darin das Ende sehe, und das weitere in einem Epilog, sozusagen als Liquidation der Konkursmasse, bringen. Aber an der Feststellung kann ich nicht vorbeigehen, daß auch der Prinz Max in dieser fürchterlichen Situation, die er übernahm, wenigstens versucht hat, daraus zu machen, was möglich war. Ich glaube, daß ein Fürst, der angestammter zukünftiger Herrscher eines schönen deutschen Landes war, hundert Möglichkeiten gehabt hätte, zu sagen: Ich will nicht, macht diese Sache allein unter Euch aus, ich will eine derartige Liquidation nicht übernehmen. Ich finde, daß man auch auf diesem Gebiete außerordentlich ungerecht ist.

Wenn ich meine Darlegungen jetzt noch auf die Frage der öffentlichen Mei-

nung ausdehnen wollte, so würde ich dadurch wohl die Zeit des Ausschusses zu stark in Anspruch nehmen.

(Vorsitzender Abg. D. Dr. *Kahl:* Bitte, beschränken Sie sich nicht!)

In einer Viertelstunde könnte ich allerdings das Wesentlichste sagen, was zu sagen wäre.

Meine Herren, für die letzte katastrophale Entwicklung der Lage in Deutschland ist natürlich die öffentliche Meinung, die Führung der öffentlichen Meinung mit verantwortlich. Wenn auf einem Gebiete Fehler gemacht worden sind, so ist es zweifellos auf diesem gewesen. Die Führung der öffentlichen Meinung im Kriege ist von vornherein bei uns schlecht gewesen. Sie ist auch von vornherein auf eine ganz falsche Grundlage gestellt worden. Darin sind sich auch die Männer der verschiedensten Parteirichtungen einig.

Ich möchte hier z. B. aus dem Buche des Generals v. Bernhardi — „Eine Weltreise 1911/12 und der Zusammenbruch Deutschlands" — einige Zeilen vorlesen. Er sagt:

Des weiteren ist zu beklagen, daß das deutsche Volk niemals in ernster Weise über die Bedeutung und den Ernst dieses Krieges aufgeklärt worden ist. Niemals ist den Leuten gesagt worden, worum es sich eigentlich handelte; niemals sind sie über die Bedeutung der einzelnen Kriegshandlungen unterrichtet worden. Ich gebe gern zu, daß gewichtige Gründe vorlagen, die Tragweite der einzelnen Ereignisse zu verschweigen. Die Rücksicht auf den Feind zwang zu einer gewissen Zurückhaltung: im allgemeinen jedoch wäre eine Aufklärung des Volks darüber wohl möglich gewesen, daß es sich bei dem ganzen Charakter des Krieges um Sein oder Nichtsein aller Deutschen handelt.

Und in ähnlicher Weise äußert sich der deutsche Kronprinz in seinem Buch, und zwar finde ich, daß gerade die Darlegungen, die er darüber bringt, mit zu dem Wertvollsten gehören, was er in seinem Buche ausführt.

Da die Frage sehr wichtig ist, ob etwa in den Heeresberichten „gelogen" wurde, ob diese Vorwürfe berechtigt sind, bin ich auch diesen Fragen ernst nachgegangen. Das ist unbedingt nicht der Fall. Heeresberichte unterliegen gewissen strategischen Anforderungen, Rücksichten auf den Feind, auf das eigene Heer. Eine ausführliche Bekundung des Obersten Wetzell darüber werden die Herren in meinem Gutachten finden. Ich brauche mich daher hier nicht darüber zu äußern. Ich finde, daß auf dem Gebiete der sog. Schönfärberei der Heeresberichte durchaus nichts verschuldet worden ist. Man muß auch anerkennen, daß mit dem Moment, wo die dritte O.H.L. kam, die ganze Sprache der Heeresberichte sehr viel ernster geworden ist als vorher. Am meisten ist die Heeresberichterstattung — eigentlich naturgemäß — in den ersten unklaren und widerspruchsvollen Tagen mißverstanden worden, besonders bei Lüttich, wo die Berichte den Verhältnissen teilweise voraufgingen. Damals schon, als erst Lüttich genommen wurde, hat sich die Heeresleitung in feierlicher Weise dafür eingesetzt, daß die deutsche Berichterstattung niemals etwas verschweigen, niemals etwas beschönigen werde; und wenn einmal wieder Kleinmut in die deutschen Herzen einziehen würde — so ähnlich hieß es —, dann möchte man sich nur an Lüttich erinnern. Also damals wurde jeder

Zweifel an der Berichterstattung und an ihrer damals sehr optimistischen Form sozusagen im Keime erstickt. Ganz besonders unter der dritten O.H.L. sind die Heeresberichte ernst und würdig gewesen.

Aber etwas ganz anderes ist ja die Information der öffentlichen Meinung in Deutschland. „Die Wurzel des Übels lag dort, wo der deutschen Presse das Material zugewiesen wurde", so formuliert es der deutsche Kronprinz (S. 222 „Erinnerungen des Kronprinzen Wilhelm"). Welches ist aber die Quelle der deutschen öffentlichen Meinung gewesen? Die Quellen, die die deutsche öffentliche Meinung erhielt, sind die Nachrichten, die ausstrahlen von der sog. Abteilung IIIb der O.H.L., also sozusagen der Verbindungsstelle für die geistige Nachrichtenübermittlung, die hier in Berlin im Kriegspresseamt ausmündete. Die Heeresberichterstattung konnte nicht anders sein. Ich glaube, wir werden da zu einem einstimmigen Votum kommen können, daß der Oberst Wetzell mit seinen Darlegungen recht hat, daß die O.H.L. so berichten mußte, wie sie es in den Heeresberichten getan hat. Aber in der andern Sache gebe ich vieles preis. Da ist von Anfang an dilettiert worden. Die Führung der Presse ist häufig in ungeeignete Hände gelegt worden. Wir hatten im Frieden in der Landarmee keine Einrichtung für Presse. Wenn der Generalstab, der so viele Dinge ausgezeichnet und geradezu vorbildlich gemacht hat, vielleicht auch im Frieden schon sich mit der Beherrschung der Presse im Kriege, mit der Führung der Presse beschäftigt hätte, so würde aus der verantwortungsvollen Arbeit des Generalstabs auch da etwas Gutes erwachsen sein. Davon bin ich fest überzeugt. So aber hatten wir 1914 einen einzigen Offizier, der mit Pressedingen praktisch beschäftigt gewesen war, das war der Major Deutelmoser. Der sollte eine Presseeinrichtung schaffen und wurde zu diesem Zweck vor dem Kriege vom Generalstab an das Kriegsministerium abgegeben, während andere Behörden — ich erwähne nur den großen Apparat des Reichsmarineamts — eine vollständige, ich möchte fast sagen, allmächtige Pressepropaganda schon seit Jahren aufgebaut hatten und dadurch alles durchsetzen konnten, was sie wollten, während die Armee für ihre Forderungen immer nur auf den dienstlich korrekten Weg angewiesen blieb. Bekanntlich hat die Flottenpropaganda gerade aus dieser Entwicklung ihre große Stärke gezogen.

Kurz und gut, es ist auf dem Gebiete der Führung der öffentlichen Meinung vieles versehen worden, so daß schließlich ein Mann wie der Oberstleutnant Niemann, wie er zum Kaiser kommt, sich darüber in dem Zusammenhange beklagt, daß keine richtige Auseinandersetzung zwischen Politik und Kriegführung herrsche, und sagt:

Wir müssen unsere militärische Kraft als Druckmittel ausnutzen, solange wir die militärische Überlegenheit noch besitzen. Treten wir im Zeichen des Abstiegs an den Verhandlungstisch, dann spielen wir ohne Atouts. Das Druckmittel wird dann von Tag zu Tag wirkungsloser. ...

Das war doch auch ein Offizier, und er hat diese Dinge völlig klar übersehen. Er schreibt weiter:

Die diplomatischen Offensiven müssen mit militärischen Offensiven in Einklang gebracht werden. Jeder diplomatische Annäherungsversuch wird uns zunächst als

Schwäche ausgelegt. Der militärische Erfolg muß den Beweis des Gegenteils bringen. . . .

Die Notwendigkeit, unsere Presse und Propaganda einheitlich zu organisieren, tritt immer mehr in die Erscheinung. Hinter den Erfolgen des Heeres muß eine einheitliche Volksmeinung stehen. Diese Meinung ist nicht da, sie ist von der Leitung der Presse abhängig. Noch ist es möglich, den Kampf gegen eine Welt der Lüge und der Verleumdung aufzunehmen. Zu diesem Kampfe muß die gesamte Presse zusammengefaßt werden. Bisher haben wir bei der Einwirkung auf die Presse zu negativ gearbeitet. Man gebe der Presse Material, statt sie durch Zensurverfügungen und Zensurverbote zur Opposition zu treiben.

Geschrieben am 20. Juni 1918.

Dazu schreibt der Oberst Bauer damals im Großen Hauptquartier:

Wir müssen wieder wahrheitsgetreu werden. Das Streben, es den anderen an Propaganda gleichzutun, hat uns zur Unwahrhaftigkeit geführt, die unserem inneren Wesen widerspricht und infolgedessen ungeschickt und unwirksam war. Bei uns lügt die offizielle Berichterstattung über dem Strich, während die Presse wahr und objektiv blieb. (Wenigstens zum großen Teil.) Bei unseren Feinden lügt man unter dem Strich und ist über dem Strich verhältnismäßig wahr. Wir sollten wieder zu unserer Objektivität zurückkehren, wenn auch auf manches Propagandamätzchen deshalb verzichtet werden muß. Das bei uns vielfach verlorengegangene Vertrauen in die eigene Berichterstattung wird dann wiederkehren. Eine wirksame Propaganda im Innern und Beeinflussung der Presse ist bei uns nur erreichbar, wenn wir die Wahrheit sagen, die Öffentlichkeit rechtzeitig orientieren und so Volk und Presse tatsächlich an den Geschehnissen teilnehmen lassen. Im übrigen sollten wir es unterlassen, im Ausland um die Gunst zu werben. Das liegt uns nicht und ist auch nicht nötig. Auch im Ausland macht schließlich Wahrheit und Offenheit den größten Eindruck.

Das ist die Auffassung des Obersten Bauer.

Ich möchte sagen — gerade weil der Name Bauer gestern auch von Herrn v. Kuhl erwähnt worden ist —: der Oberst Bauer ist ja einer der Exponenten der militärischen und der politischen Nebeneinflüsse im Großen Hauptquartier gewesen. Oberst Bauer hat tatsächlich einen erheblichen politischen Einfluß ausgeübt, der sich hauptsächlich darauf bezog, Persönlichkeiten, die er für Schädlinge hielt, zu beseitigen. Er war ein ausgezeichneter artilleristischer Organisator, hat den ganzen Krieg im Großen Hauptquartier mitgemacht und von seinem Standpunkt aus — das fühle ich mich verpflichtet zu sagen — doch durchaus immer das Beste gewollt. Aber ich glaube, man kann sogar eine gewisse körperliche Entschuldigung bei ihm mit heranziehen, denn er berichtet selbst in seinem Buche, daß er einen schweren Automobilunfall, eine schwere Gehirnerschütterung erlitt, gerade im Frühjahr 1918, und manches in seinem Buche und in seinem Verhalten im Kapp-Putsch deutet doch darauf hin, daß er doch unter den Kriegseinflüssen ganz erheblich gelitten hat. Eins aber hat er klar und deutlich gesehen, und er hat sich damit als guter Patriot erwiesen, daß es uns nämlich an einer zielkräftigen Oberleitung fehlte. Alle seine Bestrebungen, mögen sie hundertmal unangebracht und nicht seines

Amtes gewesen sein, gingen darauf hinaus, dieses Vakuum, von dem auch Herr Major v. Schweinitz spricht, zu beseitigen. Das hat ihn schließlich dazu geführt, mit Hilfe des Kronprinzen den Reichskanzler v. Bethmann Hollweg zu beseitigen, den Ratgeber des Kaisers, v. Valentini, zu verdrängen und schließlich, als er erkannte oder zu erkennen glaubte, daß das Versagen an der höchsten Spitze lag, darauf auszugehen, den Kaiser selbst zum Rücktritt zu bringen. Er hat in seinem Buche darüber keinen Zweifel gelassen, daß er mit derartigen Vorschlägen an den Kronprinzen herangetreten ist, ihn aber dazu nicht mitbekommen hat. Auch diesen Versuch hat er gemacht im Interesse einer Konzentrierung unserer Oberleitung. Auch daß er sich gegen den Reichskanzler Graf Hertling eingesetzt hat, wie aus den Zeilen, die ich eben vorlas, zweifellos hervorgeht, daß ihn der Wunsch geleitet hat, eine oberste Spitze zu schaffen und dieser obersten Spitze eine so große Machtfülle zu geben, wie irgend möglich, steht fest. Ich gebe vollständig zu, daß das nicht seines Amtes war, daß hier eine nachgeordnete Persönlichkeit zu einem großen Einfluß gelangt ist, und daß dieser Einfluß sich schädlich ausgewirkt hat. Ich betone aber, daß die Gedanken auch dieses Mannes letzten Endes von vaterländischen Interessen getragen gewesen sind. Auch er wollte handeln, statt schweigend zuzusehen.

Hiermit möchte ich meine Darlegungen in der Hauptsache schließen und in bezug auf die Einzelheiten auf das gedruckte Gutachten verweisen, in dem jedes der ausgesprochenen Urteile dokumentarisch bekräftigt ist.

Abg. Dr. *Spahn*: Darf ich eine kurze Bemerkung zu den Ausführungen des Herrn Oberst Schwertfeger machen? Ich halte die theoretische Beurteilung des Verhaltens des früheren Reichskanzlers Hertling nicht für sachlich richtig. Hertling hat mir persönlich gesagt, daß seine Beziehungen zu der O.H.L. im Gegensatz zu mancherlei Äußerungen in bezug auf gegensätzliche Beziehungen zwischen Bethmann Hollweg und der O.H.L. gut seien, daß er sich in Übereinstimmung mit ihr befinde, so daß man nicht folgern darf, weil er nicht die politische Offensive ergriffen hätte, habe er seine Pflicht nicht voll erfüllt. Im Gegenteil, ich habe ihn dahin verstanden, daß er sich in Übereinstimmung mit der O.H.L. befand, so daß er es für richtig hielt, aus politischen Gründen nicht gegen ihre Auffassung Stellung zu nehmen. Ich möchte Herrn Oberst Schwertfeger bitten, diesen Gedanken zu erwägen.

(Sachverständiger *Schwertfeger*: In dieser Beziehung besteht keine Divergenz!)

Meine Auffassung würde sich also von seiner kritischen Auffassung insofern unterscheiden, als ich sage: Hertling hatte nicht eine von der militärischen abweichende politische Auffassung, er befand sich in Übereinstimmung mit der militärischen, er hatte also keinen Anlaß, aus politischen Gründen eine Stellung gegen die Heeresleitung einzunehmen.

Sachverständiger *Schwertfeger*: Ich sehe allerdings in dem allen eine erhebliche Entlastung der O.H.L. und eine ziemlich erhebliche politische Impotenz. Das politische Denken mußte sich über die rein militärische Betrachtungsweise erheben Daran hat es m. E. etwas gefehlt.

Abg. Dr. *Spahn*: Das ist schwer zu sagen. Gerade der Ausgang des Krieges zeigt, wie schwer es für den Politiker ist, Stellung zu nehmen, da er die Ereignisse nicht genügend kennt. Wir sind über die Forderung des Abschlusses eines Waffenstillstandes sehr überrascht gewesen. Unser Kriegsminister Stein ist vorher im Hauptquartier gewesen und ist mit der Überzeugung zurückgekommen, daß unsere Stellung nicht hoffnungslos sei. Er hat dann nicht gedacht, daß dieser Ausgang bevorstände.

(Sachverständiger Dr. *Delbrück*: Das war noch Ende September?)

Nein, die Krise war wohl im August.

(Sachverständiger Dr. *Delbrück*: Prinz Max kam aber erst Ende September!)

Als die erste Nachricht vom Reichskanzler an das preußische Staatsministerium kam, war Prinz Max schon im Amt. Verhandlungen haben zwischen dem Prinzen Max und dem Hauptquartier stattgefunden über die Frage, ob noch einmal eine Verstärkung der Truppen einen Zweck habe. Diese haben sich einige Tage hingezogen, bis man sich entschieden hat.

Sachverständiger *Schwertfeger*: Diese Frage habe ich bereits mit behandelt. Ich hatte nur, offen gestanden, den Eindruck, ich sollte sie nicht zu sehr ausdehnen, weil sie ein ganz neues Problem war und in meinem Gutachten von damals ausführlich davon die Rede ist. Das Gutachten geht bis zur Übernahme des Reichskanzleramtes durch Prinz Max am 3. Oktober und bis zur Absendung des Waffenstillstandsangebots. Das würde die Zäsur sein. Ich habe den Grafen Hertling dabei gar nicht angreifen wollen, Exzellenz.

(Abg. Dr. *Spahn*: So habe ich das auch nicht aufgefaßt!)

Ich habe nur den Gedanken zum Ausdruck bringen wollen, daß die Lage nicht nur militärisch gesehen werden mußte, sondern in dem gesamten großen politischen Rahmen.

(Abg. Dr. *Spahn*: So habe ich das auch verstanden; es kommt mir nur auf das psychologische Moment an!)

Sachverständiger Dr. *Delbrück*: Im allgemeinen bin ich, wie ich schon in bezug auf das Gutachten von Exzellenz v. Kuhl sagen konnte, in den Grundlagen, im Tatsächlichen mit Herrn Oberst Schwertfeger in hohem Maße einig. Nur in der Beurteilung der Persönlichkeiten wie Beurteilung gewisser Ereignisse gehen wir sehr stark auseinander. Aber die Hauptsache ist die Feststellung der Tatsachen. Wir haben über die Verantwortung gestritten. Wir haben darüber gestritten, wieweit sie auf die O.H.L., wieweit sie auf die Reichsleitung fällt. Schließlich ist das Ganze ein Streit um des Kaisers Bart. Wir sind ja vollkommen einig darüber, daß die Oberste Reichsleitung natürlich die politische Verantwortung hatte. Wenn wir aber gleichzeitig feststellen, daß, wenn die Vertreter der Obersten Reichsleitung nicht so handelten wie die O.H.L. es wollte, Oberst Bauer kam und sie fortjagte, was bleibt dann von der Verantwortung der Obersten Reichsleitung übrig? Nun haben wir eben von Exzellenz Spahn gehört, daß Graf Hertling mit der O.H.L. einverstanden war. Wie waren denn eben Michaelis und Graf Hertling an die Stelle gekommen, an der bisher ein Staatsmann gestanden hatte, der wirklich eine politische Meinung hatte,

wenn er sie auch nicht sehr kraftvoll vertrat? Eben durch die O.H.L.! Das ist doch das historisch und politisch Entscheidende. Hier liegt die wahre Verantwortung. Diese Verantwortung wollen und sollen wir feststellen.

Nun sagte Herr Oberst Schwertfeger wiederholt: Es waren Leute, die das Beste gewollt haben, die sich für das Vaterland eingesetzt haben; ihnen soll man doch nichts Böses nachsagen, ihnen soll man doch nicht böse Motive unterstellen. Das scheint mir doch eine sehr schwache Verteidigung zu sein. Es wäre ja noch schöner, wenn sie nicht einmal das Beste gewollt hätten und nicht von vaterländischer Gesinnung erfüllt gewesen wären. Das ist das Allerwenigste. Das muß jeder Offizier und jeder Mann tun und hat er getan und hat es oft genug mit seinem Tode bezahlt. Die Verantwortung, die wir feststellen wollen, steht viel höher; sie besteht darin, ob die Herren der Aufgabe, die ihnen gestellt war und die sie sogar gewaltsam an sich gerissen haben, gewachsen waren oder ob vor der Öffentlichkeit festgestellt werden muß, daß sie es nicht waren. Darum habe ich damals das Wort ergriffen und habe das auch heute getan, weil es für die öffentliche Meinung und für das Wohl unseres Vaterlandes von höchster Wichtigkeit ist, gerade über General Ludendorff aufgeklärt zu werden, da er immer noch eine Rolle spielt und spielen wird, da er einen so ungeheuren Anhang hat und ein überaus gefährlicher Mann ist, ein Mann, in dem ich den sehe, der Deutschland ins Verderben gestürzt hat und der noch heute Verderben über uns herabziehen kann. Es gibt für mich keinerlei Rücksicht, irgend etwas zurückzuhalten oder zu verhehlen; ich muß das offen aussprechen, auch deshalb, weil niemand mehr als General Ludendorff in der rücksichtslosesten Behandlung seiner politischen Gegner bis zum äußersten gegangen ist. Sie haben heute erwähnt, daß v. Hintze sich nicht anders hat helfen können, als daß er Ludendorff gefordert hat. Es ist auch bekannt, daß der Kriegsminister Scheuch denselben Weg beschritten hat. Ich kenne noch zwei andere Fälle, in denen General Ludendorff die Leute so weit gebracht hat, daß sie ihn gefordert haben. Die Duelle sind nicht zustande gekommen; aber man sieht, wie Ludendorff mit seinen Gegnern umgeht. Das ist für mich nun nicht das Entscheidende — ich habe keine Rache für andere Leute zu üben —, sondern entscheidend ist für mich die Frage: Haben wir irgendeinen Grund, einen Mann, wenn er auch viel als Techniker geleistet hat, wenn er als solcher Glänzendes geleistet hat, unermüdlich gearbeitet und ein großes Ziel ins Auge gefaßt hat, deshalb zu schonen? Haben wir deshalb zurückzuhalten mit dem Nachweis, daß er für die Funktion, die er ausübte, nämlich die strategische Leitung, unfähig war und daß er sich eine Stellung erworben hat, die ihm nach der Struktur unseres Staates nicht zukam, daß er die ganze Gewalt in seine Hand genommen hat und daß er nun die doppelte Verantwortung dafür zu tragen hat, daß er nicht fähig war, das Richtige zu erkennen? Das ist aus dem gestern gehörten Gutachten und aus dem heute gehörten Gutachten nach meiner Meinung, obgleich die Gutachter die allerschonendsten Ausdrücke gebrauchten und nicht mehr haben sagen wollen als schlechterdings notwendig war, abermals mit absoluter Evidenz hervorgegangen. Ich verstehe ja sehr wohl, daß es Exzellenz v. Kuhl, der so intim mit Ludendorff in diesen Monaten verkehrt

hat, wie er uns in für mich und für Sie eindrucksvoller und erschütternder Weise vorgetragen hat, sehr nahegeht, wenn solche Dinge hier und auch in der Öffentlichkeit hier ausgesprochen werden. Aber ich kann nicht anders; ich muß in dieser Weise sprechen. Je mehr Zeugnisse und Urteile herauskommen, um so mehr wird mein strenges Urteil über Ludendorff bestätigt, das Urteil, daß ihn nicht reine Vaterlandsliebe leitete, sondern daß ein unheimlicher Ehrgeiz dahinterstand, der sich nicht entschließen konnte, im rechten Augenblick das zu tun, was notwendig, aber unpopulär war. Denn das ist die wahre Größe des großen Mannes. Bloß draufzugehen mit Tapferkeit und Tüchtigkeit ist schließlich eine Art subalternen Verdienstes. Nein, der wahre Staatsmann ist der, der auch den rechten Augenblick erkennt, in dem er zurückweichen muß. Bismarck hat gesagt: „Der physische Mut, die militärische Bravour ist im deutschen Volke sehr weit verbreitet; aber an Zivilcourage fehlt es uns." Das ist die Zivilcourage, die er bewährte, als die Generale nach der Schlacht von Königgrätz vor ihm ausspuckten, weil er einen gemäßigten Frieden machen wollte. Diese Zivilcourage, der Mut, sich vor der öffentlichen Meinung unpopulär zu machen, sich namentlich auch vor seinen Mitarbeitern im Großen Hauptquartier unpopulär zu machen und zu sagen: „Es geht nicht; wir müssen zurückweichen", hat General Ludendorff nicht gehabt. Das ist das Entscheidende. Oberst v. Haeften hat das ja auch in seinem Zeugnis zum Ausdruck gebracht. Er sagt ganz offen: Ludendorff hatte ein doppeltes Gesicht; auf der einen Seite mutiges Draufgehen, forsch und zuversichtlich; das war echt; dann doch wieder die innere Unsicherheit, weil er wußte: es steht nicht so, wir haben die Kräfte nicht, der Feind ist zu stark; und dann nicht die Konsequenz, seinen Gedanken zu Ende zu denken. Das ist der wahre sittliche Mut, der sich nicht scheut, auch eine unangenehme Konsequenz vor sich selbst zu ziehen und dann die Folgerungen praktisch herauszuholen und dafür in der Welt einzutreten. Das hat General Ludendorff nicht getan. Herr Oberst Schwertfeger hat ihn zu entschuldigen gesucht und mir gegenüber gesagt: du sprichst immer von Ludendorff; es gab doch eine Art Kollektivverantwortung der O.H.L. Das leugne ich. Am allerwenigsten würde, glaube ich, General Ludendorff selber einen Kollektivruhm und eine Kollektivverantwortung annehmen. Die gibt es weder in der hohen Staatsleitung noch in der Heeresleitung, wenn sie sich auf irgendeinem höheren Niveau bewegen soll. Daß auch Ludendorff sich beraten ließ, daß er den Chef der Operationsabteilung und die Chefs der verschiedenen Heeresgruppen gehört hat, ist selbstverständlich. Dann hat er aber doch schließlich selbst entschieden. Sich hinter dem Feldmarschall zu verstecken hilft gar nichts. Wir wissen sehr genau, wie der Feldmarschall geistig von ihm abhängig war. Es ist auch nicht richtig, daß Friedrich der Große und Napoleon immer nur aus sich ihre Idee genommen und nicht mir ihren Marschällen und ihren Generalen konferiert hätten. Vor dem großen Feldzug 1813 hat Napoleon von Marmont und Anderen Gutachten eingefordert, sich dann aber selbst entschieden, wie er den Feldzug führen wollte. Genau so hat es Ludendorff gemacht. Große Entschlüsse werden eben von *einem* entscheidenden Manne gefaßt. Dieser entscheidende Mann war Ludendorff. Darum muß das deutsche

Volk in unseren Gutachten über ihn aufgeklärt werden. Dazu sind wir hier berufen, und das sehe ich als unsere wesentlichste Aufgabe an. Ich freue mich, feststellen zu können, in wie hohem Maße, obgleich wir uns hier fortwährend widersprechen, doch über die sachlichen Grundlagen dieses Urteils eine weitgehende Einigung erzielt worden ist.

Freilich gibt es auch zwischen uns große sachliche Unterschiede, wenn z. B. Herr Oberst Schwertfeger uns gesagt hat: Die O.H.L. hatte, nachdem sie mit der Obersten Reichsleitung einig darüber war, daß die Offensive stattfinden sollte, nichts weiteres zu tun als diese Offensive auszuführen. Nein, sage ich, sie hatte mehr zu tun; sie hatte auch die Reichsleitung darauf aufmerksam zu machen, daß die Chancen für die Offensive sehr bedenklich waren. Das hätte sie schon im März 1918 tun müssen. Wir wissen heute, wie lange sie das hinausgezogen hat. Ich habe noch Zeugnisse dafür im Hintergrunde — ich werde sie ungern bringen —, wie sehr Ludendorff sich dessen bewußt gewesen ist, daß er die Reichsleitung nicht richtig informierte.

Schließlich noch ein Wort darüber, ob es richtig ist, daß in der niedergehenden Konjunktur keine Politik zu machen ist. Dem ist zuzustimmen, aber mit einem Vorbehalt. Wenn die Konjunktur nun so sehr im Niedergehen war, daß mit jedem Tag noch weniger Politik zu machen war — Ludendorff hat es gewußt, daß das unser Zustand war und der Kaiser hat ihm auch gesagt: „Das hätten Sie mir drei Wochen früher sagen sollen"; drei Wochen ist natürlich viel zu wenig, drei Monate, drei Jahre wäre das Richtige gewesen —, wenn man in einer niedergehenden Konjunktur ist, dann aufs Geratewohl warten und, ohne daß man irgendwelche vernünftigen Chancen hat, sagen: „Es wird schon besser werden, tun wir jetzt nichts", das ist eben der Mangel an dem wahren sittlichen Mut der Verantwortung, den ich Ludendorff vorwerfe. Mangel an sittlichem Mut, der einen Schluß nicht finden konnte, der sich nicht dazu durchringen konnte, die entscheidende Stelle — das war in diesem Falle die politische Reichsleitung — darüber aufzuklären, daß sie so handelte, wie es notwendig war, wenn noch das Letzte für das Vaterland gerettet werden sollte. Es lag nicht so, daß man sagen mußte: entweder Sieg oder Niederlage, ein Drittes gibt es nicht. Zwischen Sieg und Niederlage liegen sehr verschiedene Stufen. Wir hätten einen schlechten Frieden machen können, der immer noch unendlich viel besser war als der, der uns nachher in Versailles gegeben worden ist. Wir hätten aber auch einen sehr viel besseren Frieden, einen Verständigungsfrieden, noch im Frühjahr 1918, noch im Juni 1918 haben können; denn wir wissen, namentlich nach dem Zeugnis von Leo Maxse, daß selbst Lloyd George noch im Juni 1918 bereit gewesen ist, auf vernünftige Bedingungen einzugehen. Wir kennen die Mission Haeftens im März, der die Bedingungen brachte, die Ludendorff in seinem Buch als völlig unannehmbar bezeichnet. Lesen Sie sie noch einmal nach und legen Sie sich die Frage einmal vor, ob sie wirklich als Basis für uns so unannehmbar waren. Wir wissen doch auch, daß, wenn solche Bedingungen als Basis angenommen werden, doch dies und jenes — solange die Front sich hält — noch abzuhandeln ist[1]).

[1]) Vgl. Bd. 3, S. 259.

Also ich kann nicht davon abgehen, in Ludendorff den eigentlichen Verantwortlichen für unsere Katastrophe zu sehen, trotz aller seiner großen Leistungen als Taktiker, trotz seiner Unermüdlichkeit, trotz seines glücklichen Gedankens, eine neue Methode des Angriffs durch die artilleristische Überraschung zu schaffen. Die Vorbereitungen hat uns ja General v. Kuhl in einer so beredten und anschaulichen Weise dargelegt, daß es eine Art künstlerischen Genusses gewesen ist, sich in diese Tätigkeit, in dieses Zusammenwirken hineinzuversetzen, zu sehen, wie dieses ungeheure Instrument ausgearbeitet wurde. Um so schrecklicher war der Zusammenbruch, weil das Letzte und Entscheidende fehlte. Wir haben in unserer preußischen Geschichte, ich möchte beinahe sagen, das Gegenstück zu Ludendorff in einem Staatsmanne, der genau im entgegengesetzten Sinne das nicht leistete und das leistete, von dem ich hier spreche. Ich meine den Fürsten Hardenberg, der miserabel war in den Einzelheiten seiner Politik, der aber den großen Gesichtspunkt immer richtig ansah. Auf diesen letzten großen entscheidenden Gesichtspunkt kommt es an. Ludendorff hat in den Einzelheiten glänzend gearbeitet. Aber den großen, entscheidenden Gesichtspunkt hat er nicht gehabt, und er hat ihn nicht bloß deshalb nicht gehabt, weil seine Intelligenz dafür nicht ausreichte, weil er keine politische Bildung hatte, sondern hauptsächlich deshalb, weil er — darauf komme ich immer wieder zurück — nicht das genügende sittliche Verantwortlichkeitsgefühl hatte. Deshalb war er auch ein so mangelhafter Stratege.

Geschäftsführer Dr. *Herz*: Ich möchte auf ein paar Einzelheiten eingehen. Da ist zunächst die Frage, die ich schon einmal berührt habe: daß die öffentliche Meinung eine Entlassung Ludendorffs nicht akzeptiert hätte. Nach meiner Kenntnis der Dinge — die sich allerdings nur auf einen beschränkten Teil Deutschlands bezieht — hätte die öffentliche Meinung weiter Volkskreise die Entlassung Ludendorffs mit Begeisterung begrüßt. Ich habe aus meiner Erfahrung im Aufklärungsdienst und aus meiner praktischen politischen Arbeit den Eindruck gewonnen, daß nicht nur in Arbeiterkreisen, sondern weit in bäuerliche Kreise hinein der Name „Ludendorff" wie ein rotes Tuch wirkte.

(Vorsitzender Abg. D. Dr. *Kahl*: Wann?)

Zur Zeit der Ludendorff-Spende schon! Mein spezielles Tätigkeitsfeld lag ja im Hannoverschen, und ich habe daher diese Auffassung zuerst auf welfische Einflüsse zurückgeführt. Aber der Abg. Deermann hat es bestätigt: Ludendorff galt als das Hindernis aller innerpolitischen Entwicklung. Daher glaube ich — wieweit Ludendorff militärisch zu entbehren war, kann ich nicht beurteilen —, für die öffentliche Meinung wäre der Rücktritt Hindenburgs katastrophal gewesen; der Rücktritt Ludendorffs wäre aber mit großer Gleichgültigkeit oder gar mit Befriedigung aufgenommen worden.

Sachverständiger *v. Kuhl*: Die Frage ist allerdings belanglos, da Hindenburg jedem Versuch einer Trennung entschiedensten Widerstand geleistet hätte.

Geschäftsführer Dr. *Herz*: Nun komme ich zu der bekannten Rede Kühlmanns. Nowack hat in seinem Buch darüber verfängliche Andeutungen gemacht. Ich habe Gelegenheit genommen, Exzellenz v. Kühlmann gelegentlich seiner Vernehmung in einem anderen Ausschuß zu fragen, ob irgendwelche

Beziehungen zwischen ihm und Smuts bestanden hätten. Das hat Herr v. Kühlmann in Abrede gestellt. Die Darstellung in dem Buche von Nowack ist schief. Aber v. Kühlmann hat die Rede von Smuts als eine Hand angesehen, die ergriffen werden müsse. Deshalb hat auch die zweite Rede v. Kühlmanns so katastrophal auf das Ausland gewirkt.

Wenn man das Buch Niemanns in seiner ganzen Bedeutung schätzen will, dann darf man sich nicht nur an das Buch halten, sondern auch an den Vor-Abdruck im „Tag". Im Buch sind wichtige Stellen ausgelassen und es ist von allen Stellen bereinigt worden, die gegen Ludendorff und verschiedene andere Persönlichkeiten Vorwürfe enthalten.

Von Herrn Oberst Schwertfeger ist der Brief nicht erwähnt worden, den der junge Hertling veröffentlicht hat: ein Brief des Kronprinzen Rupprecht, in dem es heißt, daß bereits im Juni Ludendorff nur noch auf ein Wunder gehofft haben soll. Das muß doch richtig sein, denn der Brief ist ohne Kenntnis der späteren Dinge geschrieben. Also es müssen damals schon Zweifel in Ludendorffs Brust gewesen sein.

Im übrigen gebe ich Herrn Oberst Schwertfeger durchaus zu, daß man das Volk aufklären mußte. Wie ist das geschehen? Ich bin lange im Aufklärungsdienst tätig gewesen und habe von vornherein, als ich eingetreten bin, erklärt: Ich kümmere mich nicht um das Material, das mir vom Generalkommando zugeteilt wird, ich rede, was ich will, und Sie müssen es meinem Takt überlassen, was ich sage, und was ich für richtig halte. Das ist mir zugestanden worden. Am 8. Oktober 1918 hat ein Herr Spiekernagel, der auch Bücher über Bülow und Ludendorff geschrieben hat, in einer großen öffentlichen Versammlung in Harburg, die offiziell vom Aufklärungsdienst einberufen war, ausgeführt: Wer sich hier über die Rückzüge aufregt, hat aus der Geschichte der Hindenburgischen Rückzüge nichts gelernt. Das war unerhört. Ich bin am nächsten Tage hingegangen und habe gesagt: Wenn das noch einmal vorkommt, trete ich zurück. Dann kam bald der Umsturz, der ganze Aufklärungsdienst wurde eingestellt. Ich nehme an, daß so etwas nicht bloß in einem Falle geschehen ist, sondern auf einer Instruktion beruhte. So ist die öffentliche Meinung eigentlich systematisch von den verschiedenen Pressestellen, den Generalkommandos usw. getäuscht worden, und ich glaube, daß der Zusammenbruch zum größten Teil auf die Enttäuschung zurückzuführen ist.

Im übrigen kann man, um auf Ludendorff zurückzukommen, nicht außer acht lassen, in welcher Weise Ludendorff in den Heften, die er bei Scherl hat erscheinen lassen, die Verantwortung für das Waffenstillstandsangebot zu verschieben versucht hat. Wir haben aber die berühmte Unterhaltung, die Hertling wiedergibt: Ludendorff dringt beim Kaiser ein und sagt: „Das Kabinett muß sofort gebildet werden." Der Kaiser erwidert: „Ich kann nicht zaubern." Darauf sagt Ludendorff: „Die Armee kann nicht mehr warten" und der Kaiser: „Das hätten Sie mir vor 14 Tagen sagen müssen." Gegen die auch von Niemann aufgestellte Behauptung, daß er vielleicht im Augenblicke eines Nervenzusammenbruches das Waffenstillstandsangebot gefordert habe, hat sich Ludendorff besonders mit Entrüstung gewandt. Wenn Herr Oberst Schwertfeger

sagte, daß er sich nicht als Prügelknabe habe hergeben wollen, so ist das menschlich zu verstehen; aber ich erinnere daran, daß Benedek bis an sein Lebensende alle Schuld auf sich genommen hat.

Nun zu der Frage, die Herr Geheimrat Dr. Delbrück angeschnitten hat, der Frage, die ich schon beim ersten Gutachten gestellt habe: Haben jemals Beratungen zwischen militärischer und politischer Leitung über die Möglichkeiten und Aussichten der Offensive stattgefunden? Ich glaube, die Frage muß jetzt mit Nein beantwortet werden, und das ist doch der Kardinalpunkt, wenn man die Frage der Offensive beurteilen will. Die politische Leitung will ich damit gar nicht freisprechen, sie durfte sich nicht damit begnügen, wenn es ihr nicht freiwillig gesagt wurde, sondern sie mußte fragen: Wie ist eigentlich die Lage?

(Abg. Dr. *Spahn*: Das ist geschehen!)

Das ist eben die Frage, um die es sich handelt. Und da Ludendorff in die Öffentlichkeit gegangen ist, dann wird die Sache eben auf Ludendorff konzentriert, genau wie man von der politischen Leitung eines Holstein spricht. Das sind die Leute, die die Sache gemacht haben. Ich lege den Hauptnachdruck auf die Frage: Was hat die O.H.L. der politischen Leitung gesagt, und wenn sie ihr nichts gesagt hat, was hat die politische Leitung von der O.H.L. verlangt, ehe sie sich mit dieser Offensive einverstanden erklärte.

Sachverständiger *Schwertfeger*: Ich muß gegenüber den Ausführungen des Herrn Geheimrats Dr. Delbrück betonen, daß ich die Frage der Verantwortlichkeit ganz anders beurteile und auch nicht eine Nuance in meinem Urteil modifizieren kann. Für mich ist die Frage der Verantwortlichkeit nicht eine Frage Ludendorff, wobei alles andere gleichgültig bleibt, sondern ich sehe die Dinge, wie ich es schon in meinem ersten Gutachten betont habe, ganz anders. Wir können keine entschlußlosen Diplomaten an der Spitze des Heeres brauchen, die Diplomatie ist eine Sache für sich. Die oberste Spitze ist der Oberste Kriegsherr. Wenn wirklich einmal ein tatkräftiger Soldat an der Spitze des Heeres steht, sei es nun Hindenburg oder Ludendorff oder ein anderer Offizier, so ist das an sich das Vortrefflichste, was möglich ist. Wenn sich die Sache zum Schaden ausgewirkt hat, dann ist es gewesen, weil die anderen Faktoren versagt haben. Die oberste Stelle hat versagt, daran hat es gefehlt. Das ist Deutschlands Schicksal. Insofern befinden wir uns alle heute in einer Notgemeinschaft, die durch den Krieg geschaffen worden ist. Ich halte es aber für unhistorisch und tue von meinem persönlichen Standpunkt alles dagegen, was ich kann, daß man alle Verantwortung auf eine einzige Persönlichkeit konzentrieren könne. Wo bleiben die anderen Persönlichkeiten, die ihr Amt hatten? Man kann hierbei natürlich an der Persönlichkeit des Obersten Kriegsherrn nicht vorbeigehen, das war der Deutsche Kaiser. Dieser Oberste Kriegsherr war eben seiner schweren Aufgabe nicht gewachsen, die er ja nicht heraufbeschworen hatte, in die er hineingeraten war. Aber nun zu sagen: Es ist ja General Ludendorff gewesen, der alles an sich gerissen, allen Leuten vor den Bauch getreten, ganz allein geherrscht, uns in Grund und Boden ruiniert hat, wozu ihn Ehrgeiz und alle möglichen Motive veranlaßt haben, das halte ich für falsch. Ich werde diese Meinung bekämpfen, nicht aus persönlicher Voreingenommenheit

für Ludendorff, sondern als ehrlicher unabhängiger Mann; denn ich halte diesen Standpunkt nicht für vertretbar. Wo ist die Oberste Reichsleitung gewesen? Sie war niemals da.

(Zuruf.)

Es ist genau dasselbe, als wenn in einer Familie ein Mann unter dem Pantoffel seiner Frau steht. Wo ist der Mann, der sich durchsetzt? Er muß sich doch selbst durchsetzen, und wenn die politische Reichsleitung das nicht kann, dann soll sie gehen. Hier durfte der Oberste Kriegsherr die Peinlichkeit nicht scheuen, die Führer zur richtigen Zeit in ihre Schranken zurückzuweisen und zu sagen: Du hältst den Mund, du hast nichts zu sagen, jetzt spricht die Politik. Daran hat es gefehlt. Wenn jemand aus der Betätigungsmöglichkeit heraus, die ihm gegeben wird, sich betätigt, so ist das entschuldbar und erklärlich. Deshalb ist es nicht richtig, die Sache so aufzufassen, wie es geschehen ist.

(Sachverständiger Dr. *Delbrück*: Darin stimme ich vollkommen zu. Wenn der Oberste Kriegsherr den General Ludendorff im Juli 1917 wegen Meuterei vor ein Kriegsgericht stellen ließ, waren wir gerettet.)

Wenn etwas Derartiges nicht geschehen ist, so ist das doch nicht die Schuld des Generals Ludendorff. Man verschiebt doch den wahren Verantwortungsbegriff, wenn man immer auf einer einzelnen Person herumreitet. Wenn General Ludendorff eine zielbewußte politische Leitung über sich sah, hätte er sofort eingelenkt. Ich teile darin absolut den Standpunkt des Majors v. Schweinitz: Ludendorff sah sich einem Vakuum gegenüber und hat mit eigner Tatkraft, mit der Tatkraft des Militärs, dieses Vakuum zu ergänzen versucht. Wenn der Oberste Kriegsherr in der Besprechung vom 14. August 1918 auf einmal feststellt: Von nun an müssen die Reichsbehörden miteinander und nicht gegeneinander arbeiten, dann mußte man das schon lange Jahre vorher wissen. Wenn sich die Dinge konstruktiv so falsch entwickelten, ist das sehr bedauerlich.

Gegenüber Herrn Dr. Herz möchte ich noch folgendes sagen: Der Kronprinz Rupprecht hat allerdings den Brief an den Reichskanzler Grafen Hertling geschrieben und gesagt, er sehe die Kriegslage sehr besorgt an. Es ist aber bezeichnend, daß Hertling sich mehrere Wochen Zeit gelassen hat, ehe er nach Brüssel gefahren ist und mit dem Kronprinzen gesprochen hat. Wenn dem Reichskanzler die Sache wirklich so bedenklich schien, brauchte er nicht Wochen zu warten. Der Kronprinz Rupprecht hat das seine getan.

Was die Änderungen in dem Niemannschen Buche anlangt, so habe ich das Buch Niemanns in der ursprünglichen Form wiederhergestellt.

So kommen wir im ganzen doch auf eine Schicksalsfrage hinaus und nicht auf eine Persönlichkeitsfrage.

(Sachverständiger Dr. *Delbrück*: Das ist kein Widerspruch, Herr Oberst.)

Abg. Dr. *Spahn*: Die Frage, ob wir ohne den Durchmarsch durch Belgien mit den Engländern in Konflikt gekommen wären oder nicht, sehe ich zwar als erledigt an, aber sie wird noch in der Öffentlichkeit erörtert werden, weil sich Grey nachträglich gewehrt hat, daß Belgien von England hätte preisgegeben werden können. Die Frage hatte uns zwei Jahre vorher, wo ja die kriegerischen Momente schon zur Erörterung kamen, im Haushaltsausschuß be-

schäftigt, sie war von sozialdemokratischer Seite zur Erörterung gebracht worden, ob wir nicht mit Bestimmtheit erklären könnten, daß im Falle des Ausbruchs eines Krieges mit Frankreich und Rußland, Belgien von uns nicht angegriffen werde. Der Kriegsminister lehnte eine bestimmte Erklärung ab. Er erklärte nur, wir hätten nicht die Absicht, einen Krieg zu führen, wir hätten nicht die Absicht, im Falle eines Kriegsausbruches, Belgien in den Krieg hineinzuziehen. Unausgesprochen blieb, daß er sagen wollte: Eine bestimmte verpflichtende Erklärung nach der Richtung hier abzugeben, ist unmöglich, das hängt von den Umständen des Falles ab.

Das veranlaßte mich, ihn privatim zu fragen, wie er sich diese Umstände des Falles denke, ob er es für möglich halte, daß wir direkt aus Elsaß-Lothringen in Frankreich eindringen, so daß Belgien nicht berührt werde. Er hielt es nicht für unmöglich. Die Befestigungen Frankreichs schlössen nicht aus, daß ein Eindringen deutscherseits nach Frankreich von Elsaß-Lothringen erfolgen könne. Ich habe dann, wie der Einmarsch nach Belgien kam, mir zu erklären versucht, wie unsere Heeresverwaltung zu verstehen sei, wenn die Auffassung v. Heeringens damals richtig war. Ich möchte jetzt, nachdem so viele Jahre militärischer Forschung dahingegangen sind, gern hören, wie der Einmarsch nach Belgien heute beurteilt wird.

Sachverständiger *v. Kuhl*: Es kommt nicht in Frage, ob wir besser im Osten oder im Westen angegriffen hätten — das kann ich ausscheiden —, sondern nur, ob, wenn wir im Westen angriffen, wir durch Belgien gehen mußten oder ob wir die befestigte französische Front angreifen konnten. Ich kann darüber ganz genau Auskunft geben, weil dieser Plan ja vom Grafen Schlieffen stammt. Der Graf Schlieffen hat sich entschlossen, im Westen anzugreifen und nicht mehr im Osten, wie es bisher im Aufmarschplan vorgesehen war. Er wollte zunächst die französische Front angreifen und sie gleichzeitig nördlich umfassen, aber ohne Belgien zu betreten. Diese Umfassung holte nicht weit genug aus, und man mußte sich um die belgische Provinz Luxemburg, südlich Arlon, herumdrücken und bei Mezières versuchen, eine Umfassung einzuleiten.

(Sachverständiger Dr. *Delbrück*: Sie versprechen sich wohl, Sie meinen wohl, ohne Holland zu berühren.)

Nein, ohne Belgien zu berühren.

(Sachverständiger Dr. *Delbrück*: An Diedenhofen vorbei?)

Ja, über Diedenhofen und dann hart südlich der belgischen Provinz Luxemburg und dann etwa über Mezières ausholend über die Maas. Aber es ist dies keine ausreichende Umfassung. Der Graf Schlieffen entschloß sich daher bald, die befestigte Front, die nebenbei immer weiter ausgebaut wurde, mit den Hauptkräften zu umgehen. Das konnte nur durch Belgien geschehen. Dann fiel der Angriff in der Front ganz weg.

Wenn ich wiederholen darf: Ursprünglich wollte er die befestigte Front angreifen und zugleich eine Umfassung unter Schonung Belgiens versuchen. Das erwies sich aber als unzureichend, erstens, weil die französische Front immer weiter verstärkt wurde und damals auch gegen Brisanzmunition mit Panzer

und Beton usw. ausgebaut wurde, so daß der Angriff immer mehr ein Belagerungsangriff geworden wäre.

Darauf konnten wir uns nicht einlassen; denn wenn wir vor der Front festlagen und sie belagerungsmäßig angreifen mußten, dann war eine schnelle Entscheidung nicht zu erreichen; unterdes kamen uns die Russen in den Rücken. Der Graf Schlieffen sagte immer: Wir müssen versuchen im Zweifrontenkriege auf einer Seite eine schnelle Entscheidung zu erreichen. Er ging dann dazu über, die Front gar nicht mehr anzugreifen, sondern den Flügel in Lothringen zu versagen und Elsaß sich selbst zu überlassen und mit den Hauptkräften in Belgien anzugreifen.

Trotzdem ist aber immer noch einmal der Gedanke aufgetaucht: Können wir nicht doch den Durchmarsch durch Belgien uns ersparen, weil wir die schweren politischen Folgen voraussahen. Die Frage kann ich ausscheiden, ob England nicht auf alle Fälle auf die Seite unserer Gegner getreten wäre. Euere Exzellenz wollten darüber ja auch nicht Bescheid wissen. Wir haben also trotzdem immer noch einmal versucht, ob wir nicht doch die Front angreifen konnten. Ich bin selbst vom General v. Moltke im Jahre 1909 hingeschickt worden, um die ganze Front von Toul bis Belfort in bezug auf die Angriffsmöglichkeit zu erkunden. Ich bin damals zu dem Ergebnis in einer Denkschrift gekommen, daß es ganz ausgeschlossen sei, diese Front anzugreifen, es sei denn, daß wir es auf einen belagerungsmäßigen, langwierigen Angriff ankommen lassen wollten. In dem Gutachten steht, wir würden dann auf längere Zeit vor den Festungen festliegen und inzwischen kämen die Russen uns in den Rücken. Es ist nachher davon endgültig Abstand genommen. Der Angriff ist ganz undurchführbar, sowohl durch die Vogesen gegen die Front Belfort-Epinal und über die Mosel durch die Lücke zwischen Epinal und Toul, wie auch von Lothringen aus gegen Toul, das ein großer, befestigter Rayon war, der mit Hilfe von verstärkter Feldbefestigung in weitem Umfange ausgestaltet war und ebenso weiter nördlich zwischen Toul und Verdun. Wir hätten tatsächlich vor den Festungen festgelegen, wir hätten vielleicht hie und da einen Erfolg erzielt, aber jedenfalls war es ausgeschlossen, irgendwie in kurzer Zeit hier durchzubrechen.

(Abg. Dr. *Spahn*: Sie bejahen also die Notwendigkeit des Durchmarsches durch Belgien?)

Ja, wir kamen zu keinem anderen Ergebnis.

Sitzung, Dienstag, den 22. Januar 1924

Bericht und Aussprache über das Gutachten des Sachverständigen General d. Inf. a. D. v. Kuhl, II. Teil, und die erste Hälfte des Korreferats des Sachverständigen Geheimrat Prof. Dr. Delbrück zu diesem Gutachten

Der Vorsitzende, Abg. D. Dr. *Kahl*, erklärt im Anschluß an das Gutachten des Geheimrats Delbrück, daß die Frage der Möglichkeit eines Verständigungs-

friedens und etwaiger versäumter Gelegenheiten in Verbindung mit dem zweiten Unterausschuß, der für diese Frage besonders eingesetzt sei, geprüft werden müsse. Als Hauptfrage für den 4. Unterausschuß kristallisiere sich immer mehr die Frage der persönlichen Schuld oder Nichtschuld des Generals Ludendorff, und zwar nach der militärischen Seite hin, heraus.

In der sich anschließenden Geschäftsordnungsdebatte führt der Abg. Dr. *Deermann* aus:

Die Frage der Friedensmöglichkeiten darf hier nicht unberücksichtigt bleiben; denn auf der Ansicht von der Friedensmöglichkeit und von der Friedensart ist ohne Zweifel das militärische Vorgehen des Jahres 1918 aufgebaut worden. Dabei ist es wohl nicht notwendig, eingehend festzustellen, ob alle Friedensmöglichkeiten voll ausgenutzt worden sind. Wir müssen nur ein klares Bild davon haben, welche Stellung General Ludendorff sich bildete und welche Stellung er sich mit Recht hätte bilden müssen.

Sekretär Dr. *Bloch:* Ich habe in der Haeftenschen Aktion eine Rücksprache mit General v. Haeften gehabt. General v. Haeften hat dem 2. Unterausschuß eine Denkschrift überreicht, in der er einzelne Phasen seiner Verhandlungen mit der betreffenden amerikanischen Mittelspersönlichkeit dargestellt, aber erklärt hat, daß er lediglich dem General Ludendorff von dieser Vermittlungstätigkeit, die er im Haag ausgeübt habe, Mitteilung gemacht habe. Die Untersuchung, die der 2. Unterausschuß anzustellen hat, geht dahin, ob das Auswärtige Amt über diese Haeftensche Aktion in irgendeiner Form durch Exzellenz Rosen oder durch General v. Haeften oder auf einem anderen Wege in Kenntnis gesetzt worden ist.

Sachverständiger General *v. Kuhl* gab zunächst folgende Erklärung zu dem Korreferat des Sachverständigen Dr. Delbrück ab:

Ich habe meine Ansicht ausführlich in meinem Gutachten begründet. Sie steht der Ansicht des Herrn Geheimrat Dr. Delbrück in vielen Punkten unmittelbar entgegen, und ich muß es nun den Herren überlassen, daraus die nötigen Schlüsse zu ziehen. Wenn Herr Geheimrat Dr. Delbrück meine Ausführungen vielfach für unrichtig erklärt, so ist damit noch lange nicht erwiesen, daß sie unrichtig sind. Herr Geheimrat Dr. Delbrück hat mir z. B. vorgeworfen, in bezug auf die Möglichkeit eines Verständigungsfriedens mich nicht genügend ausführlich geäußert zu haben. Wie der Herr Vorsitzende eben hervorgehoben hat, war das auch meine Aufgabe nicht. Ich hatte lediglich die militärische Seite zu behandeln. Ich gebe aber zu, es war auch für die Beurteilung der militärischen Seite sehr wichtig, ob von militärischer Seite der Verständigungsfriede für möglich gehalten wurde oder nicht, nicht aber die Frage, ob er tatsächlich möglich war oder nicht; denn das hätte ein ganz anderes Gutachten und eine ganz andere Arbeit erfordert, zu der ich gar nicht imstande gewesen wäre. Ich habe nur wiedergegeben, wie damals von militärischer Seite die Lage nach meiner genauen persönlichen Kenntnis und nach meiner wiederholten ausführlichen Rücksprache mit dem General Ludendorff aufgefaßt worden ist. Wir sind der Ansicht gewesen: Eine Verständigung ist nicht möglich — wenn ich unter einer Verständigung verstehe, daß verständige Bedingungen erreicht

wurden, also ein Status quo ante, was ich im Frühjahr 1918, als wir die Offensive unternahmen, für gänzlich unmöglich gehalten habe.

Herr Geheimrat Dr. Delbrück hat mir vorgehalten, ich hätte die englischen Friedensstimmen nicht genügend berücksichtigt. Wir haben sie damals wohl nicht so gekannt. Ich darf den Vorwurf aber zurückgeben: Herr Geheimrat Dr. Delbrück hat die französischen entgegengesetzten Stimmen nicht erwähnt. Der Name Clemenceau ist gar nicht gefallen. Clemenceau ist die Seele des Widerstandes gewesen, und daß Clemenceau friedenswillig gewesen sei und auf einen Verständigungsfrieden im Frühjahr 1918 eingegangen sein würde, glaube ich durch seine eigenen Aussagen widerlegt zu haben.

Bei der militärischen Führung der Entente ist von Friedensstimmung keine Rede gewesen. Ich glaube nachgewiesen zu haben — und das war meine Aufgabe —, daß die militärische Führung der Entente, General Pétain, der Oberbefehlshaber der französischen Armee, gar nicht an eine Verständigung gedacht hat. Die Feinde glaubten, ihrer Sache sicher zu sein, nachdem sie mit den Amerikanern für das Frühjahr oder den Sommer mit Sicherheit rechnen konnten, und nachdem sie die überwältigende Überlegenheit ihres Materials bis zum Sommer 1918 hergestellt hätten.

Im übrigen muß ich mich auf meine Aussagen im Gutachten beziehen. Ich möchte aber zum Schluß noch einmal meinem Bedauern Ausdruck geben, wie ich es schon in meinem schriftlichen Gutachten getan habe, daß die Angriffe gegen den General Ludendorff in dieser persönlichen Schärfe erfolgen. Wenn auch hier wieder davon die Rede gewesen ist, daß die militärische Führung „sinnlos" gewesen sei, und wenn man dem General Ludendorff auch wieder persönlich in bezug auf seinen Charakter solche Vorwürfe macht wie „verschlagene Hinterhältigkeit", so kann ich das von meinem Standpunkte aus nur bedauern. Ich kenne den General Ludendorff ganz genau, und ich halte die Vorwürfe für völlig unberechtigt.

Darauf erteilte Vorsitzender Abg. D. Dr. *Kahl* dem Berichterstatter Abg. Dr. *Deermann* zu seinem Bericht über den II. Teil des Gutachtens von Exzellenz v. Kuhl und das Korreferat von Herrn Geheimrat Delbrück das Wort.

Berichterstatter Abg. Dr. *Deermann:* Es wird sehr schwer sein, auch das heute zu Beginn der Sitzung mündlich vorgetragene umfangreiche Korreferat des Herrn Geheimrat Prof. Dr. Delbrück schon jetzt mit zu berücksichtigen. Ein einmaliges Anhören so wichtiger Tatsachen, Beweisführungen und Schlußfolgerungen genügt dafür nicht. Nunmehr müssen meine Ausführungen *noch mehr vorläufig sein*, als ich sie mir als solche bereits gedacht hatte.

Mein Ziel ist nach wie vor allein die Erkenntnis der historischen Wahrheit, ohne Haß und Liebe, ohne Rücksichten und in möglichst weitem Umfange, damit das deutsche Volk sich selbst und seine Führer erkennt, und Tatsachen sehen und würdigen lernt, um daraus für die Schaffung einer besseren Zukunft Gewinn zu ziehen.

Es ist heute infolge der unzureichend bekannten Quellen noch nicht möglich, ein endgültig und vollständig abschließendes Urteil zu fällen. Dazu muß das Material, besonders das feindliche, erst viel eingehender veröffentlicht und kri-

tisch geklärt sein. Aber auch die deutschen Beteiligten sollten die Pflicht erkennen, die nur mündlich erledigten, oft überaus wichtigen Beratungen und Anordnungen lückenlos und ohne durch Auswahl oder unsachliche Färbung besondere Darstellungszwecke zu verfolgen, wahrheitsgetreu der Mitwelt und Nachwelt zu überliefern.

Zu dem v. Kuhlschen Gutachten und dem Delbrückschen Korreferat habe ich nun folgendes zu bemerken, wobei ich durchgehends auf eine Bejahung oder Verneinung verzichte und vielfach, ohne es besonders zu betonen, zitiere.

Da die beiden Gutachten aber in der Beurteilung der Personen, in den Schlußfolgerungen aus den Tatsachen und in der Form soweit von einander sich entfernen, halte ich eine Aussprache im Ausschuß zur Klärung noch für notwendig. Darum kann ich auch meine Formulierungen, trotz ihrer weitgehenden Bestimmtheit, mit der ich eine aufklärende Aussprache herbeiführen will, noch nicht als endgültige ansehen, zumal sie jetzt noch mehr für mich überholt sind, nachdem ich das Gutachten des Herrn Prof. Dr. Delbrück und die Erklärung von Exzellenz v. Kuhl dazu gehört habe. Infolgedessen und wegen der Kürze der Zeit — 2 Tage — die mir für die Durcharbeitung nur des ersten Teils des Korreferats und den Vergleich desselben mit dem v. Kuhlschen Gutachten zur Verfügung stand, habe ich auch von einer Thesenaufstellung als verfrüht noch abgesehen.

Nicht auf die formelle, sondern auf die tatsächliche Verantwortung für die Offensive 1918 kommt es an. Darin stimme ich mit Prof. Dr. Delbrück überein.

Das Schwertfegersche Gutachten stellt aber fest, daß General Ludendorff im höchsten Maße die tatsächliche Oberleitung sowohl der Politik wie des Krieges an sich gerissen hatte.

Die gesamte Lage drängte im Winter 1917/18 zu einem zielbewußten, energischen Versuch, den Krieg bis zum Sommer 1918 in einer erträglichen Form zu beenden. Das mußte und konnte *nicht nur allein* durch einen Angriff geschehen, wie Exzellenz v. Kuhl meint. Nach dem Zusammenbruch Rußlands mußte aber das für einen Angriff freilich nur relativ günstige Stärkeverhältnis sobald wie möglich ausgenutzt werden.

Mißlang die Offensive, dann war der Krieg nur dann tatsächlich verloren, wenn wir uns nicht alsbald nach dem Scheitern der ersten beiden großen Offensiven auf eine in vorausschauender, resoluter Vorsicht durch große strategische rückwärtige Stellungen vorbereitete, tätige Defensive und entsprechende politisch-diplomatische Maßnahmen umstellten.

Siegreicher, leidlich abgeschlossener und verlorener Krieg sind sehr relative Begriffe, welche im Kriege auf deutscher Seite auf sehr verschiedene Tatsachenkomplexe angewandt wurden. Es gibt viele Zwischenstufen zwischen gewonnenem und verlorenem Krieg, wie z. B. einen Frieden auf der Grundlage des Status quo ante, der 14 Wilsonschen Punkte oder einer teilweisen Annahme derselben, oder auf der Grundlage, die Oberst v. Haeften Anfang März 1918 aus dem Haag mitbrachte.

Der Standpunkt des Generals Ludendorff, daß „es in diesem Kriege allein um Sieg oder Niederlage ging; ein Mittelding gab es bei dem Vernichtungswillen der Feinde nicht", ist irrig. Zwischen Sieg und Niederlage gibt es viele Zwischen-

stufen; Sieg und Niederlage selbst werden sehr verschieden aufgefaßt. Ludendorff freilich erstrebte einen *vernichtenden* Sieg, der allein seine weitreichenden Friedenspläne ermöglichte. Für eine Zermürbungsstrategie aber fehlten uns angesichts der eigenen Ersatzlage und des Eintreffens der Amerikaner Zeit und Kräfte. Daß der Standpunkt der O.H.L. zu Beginn des Jahres 1918, so wie Ludendorff ihn ausgedrückt hat, so weit vollauf berechtigt war, ist nach meiner Ansicht zu bestreiten. Da die politische Leitung nicht unabhängig beim Reichskanzler und Reichstag lag, sondern entscheidend von der O.H.L., d. h.von Ludendorff, beeinflußt wurde, ist auch der Satz: „der Feldherr konnte vom militärischen Standpunkt gar nicht anders denken und handeln, wenn ihm nicht ein anderer sichererer Weg, um den Krieg zu beenden, gewiesen wurde", abzulehnen.

Nach der Schrift Jean de Pierrefeus „Plutarque a menti", journalistischen Redakteurs der französischen Heeresberichte von 1915—1918, erwartete man im Winter 1917/18 in Frankreich ein deutsches Friedensangebot; die öffentliche französische Meinung würde die Prüfung derselben verlangt haben. Prof. Webster, Leiter des Intelligence Departement des Generalstabes in London während des Krieges, bestätigte mir eine noch günstigere Lage in England. In England war die öffentliche Meinung schon im Sommer 1917 stark kriegsmüde. Meine Ansicht geht dahin, daß zwar Frankreich am wenigsten friedenswillig in dieser Zeit war, daß aber der Friedenswille in England und die Friedensbereitschaft in den Vereinigten Staaten wesentlich größer und für uns aussichtsvoller war. Dafür kann ich noch ein neues Zeugnis beifügen. Ich hatte Gelegenheit, mich eingehend mit dem eben genannten englischen Prof. Webster über diese Frage zu unterhalten, also mit dem Manne, der am intimsten auf englischer Seite mit diesen Dingen vertraut ist. Prof. Webster hat mir bestätigt, daß weite einflußreiche Kreise der öffentlichen Meinung in England seit dem Sommer 1917 für einen Frieden günstig gestimmt waren. Man befürchtete bei einem geschickten Angebot Deutschlands auf der Grundlage des Status quo ante und der Wiederherstellung Belgiens und seiner Entschädigung, sowie der Erledigung der Elsaß-Lothringischen Frage auf Grund der Sprachgrenze ein Auseinanderfallen der Entente und ein Abschwenken Englands. Man fürchtete, an den Ententeabmachungen zugrunde zu gehen. Er sagte mir weiter, und zwar als Historiker und Geschichtsprofessor, mit aller Objektivität und Beherrschung des Stoffes, daß diese Furcht sehr begründet gewesen sei und die größte Aussicht vorhanden gewesen wäre, die Entente an ihren eigenen Abmachungen zugrunde gehen zu sehen, wenn von deutscher Seite entsprechend gehandelt worden wäre und entsprechende Angebote vorgelegen hätten. (Zuruf: 1917?) Jawohl, schon 1917 und im Winter 1917/18 bis weit in das Jahr 1918 hinein! — Erst die Auslegung des Kanzlers Michaelis zu der Friedenresolution des Reichstags, die der englischen Leitung außerordentlich wirksam und klar zeigte, wie man sich an maßgebender Stelle in Deutschland die Zukunft Belgiens dachte, und dann die deutsche Stellungnahme gegenüber Rußland bei den Friedensverhandlungen und gegenüber Belgien im Herbst und Winter seitens der militärischen und politischen Führung hätten sie aller Sorgen enthoben.

Ein Friede auf Grund der Wiederherstellung Belgiens und der Teilung Elsaß-

Lothringens nach der Sprachgrenze war m. E. wohl zu erhalten. In den Reden der englischen Koalitionsführer und in den englischen Bedingungen vom März 1918 war die Abtretung Elsaß-Lothringens nicht enthalten, ebensowenig in den 14 Punkten Wilsons. Ludendorff hat offen zugestanden, daß er gewußt habe, Deutschland könne den Frieden auf Grund der 14 Wilsonschen Punkte haben.

Die O.H.L. schlug die Offensivoperationen vor, weil sie zur Erreichung bestimmter militärpolitischer Ziele nötig waren (Schreiben vom 7. Januar 1918), nicht weil eine Verständigung von vornherein ausgeschlossen war oder Ludendorff sie unbedingt für ausgeschlossen gehalten hätte. Die Basis, auf der der Verständigungsfriede möglich erschien, war Ludendorff nicht annehmbar. Er wollte keinen Abschluß nach Art des Hubertusburger Friedens. Er wollte bis in den Juli 1918 das Kriegsziel: „bis Belgien für ein Schutz- und Trutzbündnis reif ist, muß es in deutscher Kontrolle stehen"; ohne eine völlig vernichtende Niederlage der Gegner war weder dies noch das Zugeständnis Lüttichs und der Maasgrenze zu erreichen.

Es kann der Behauptung v. Kuhls: „Ein Verständigungsfriede war auf dem Wege des Angebots und der Verhandlungen nicht zu erreichen, es sei denn unter Bedingungen, die dem Versailler Vertrag ähnlich waren", nicht zugestimmt werden *als einer unbedingten* Grundlage für die Kämpfe im Jahre 1918. Dem widersprechen die von Prof. Dr. Delbrück erwähnten sowie die sonst bekanntgewordenen Tatsachen, deren eine ich eben noch neu beibrachte (Prof. Webster), sowie die ganze v. Kuhlsche Darstellung über Operationen und Frieden vom Ende Juli 1918 an. Ebenso muß dem Satze v. Kuhls: „Ein Abschluß des Krieges war für uns, wenn wir uns nicht unterwerfen wollten, nur durch Niederwerfung des Gegners, bis wir ihm den Frieden diktieren konnten, zu erreichen, oder, wenn dies nicht möglich war, dadurch, daß wir ihn durch unsere Siege friedenswillig machten", widersprochen werden. Das ist nur richtig nach meiner Ansicht für einen Frieden, wie Ludendorff ihn wollte. Wir durften keine Kriegsziele aufstellen oder uns innerlich von solchen leiten lassen, die nur durch Niederwerfung des Feindes zu erreichen waren. Deutschland mußte von vornherein und dauernd auf Belgien klipp und klar verzichten, und zwar nicht nur die politische Leitung, sondern ebensosehr die militärische, da das Ausland wußte, daß diese wirklich ausschlaggebend in Deutschland war.

General Ludendorff hielt an seinem Kriegsziel in bezug auf Belgien innerlich bis in den Sommer 1918 fest. Von diesem Gedanken war allem Anschein nach seine fortgesetzte Offensive geleitet. Das konnte dem Feinde nicht verborgen bleiben. So verdarb Ludendorff die Friedensmöglichkeiten der ersten Hälfte des Jahres 1918 und setzte in militärisch verfehlter und sittlich nicht verantwortlicher Weise die Offensive bis zum Zusammenbruch fort. Ich muß hier einfügen: wenn hier in meinem Referat von sittlicher Verantwortung und Moral die Rede ist, so kommt es natürlich sehr darauf an, welche Stellung man weltanschaulich überhaupt zur Staatsmoral einnimmt. Mein Standpunkt in der Beziehung ist klar: Ich halte den Staat für moralisch ebenso verantwortlich wie die Einzelperson. Der Staat ist nach meiner Ansicht im vollen Umfange ebensosehr an die christlichen Gebote gebunden wie eine Einzelperson.

Wenn man in Deutschland auch mehr als genug vom Frieden und von Verständigung geredet hatte, so war dies sicher nicht in der rechten Form geschehen und hatte nicht zuletzt deswegen keinen Anklang gefunden. Wenn *alle maßgeblichen Kreise* und besonders auch die O.H.L. *von Anfang an eindeutig* für einen Verständigungsfrieden auf dem Status quo ante eingetreten wären, dürfte der Erfolg doch wohl ein besserer gewesen sein. Und wenn auch nicht, seit Ende April spätestens mußte doch der Friede durch Angebote erstrebt werden, da wir sonst sicher in den Abgrund stürzten wegen unserer Ersatzlage und wegen des schnellen Auftretens der Amerikaner, wie es denn auch nachher geschah. Dem ehrlichen Friedenswillen Deutschlands, der auf den Status quo ante nebst einer Wiederherstellung und Entschädigung Belgiens sehr wahrscheinlich in England zum Erfolg geführt hätte, traute man 1917 nicht infolge der unglücklichen, unter dem Einfluß der O.H.L. zustande gekommenen Auslegung des Kanzlers Michaelis dazu. Unsere Verhandlungen und unser Frieden mit den Russen verstärkten dieses Mißtrauen. Die Kriegsziele der O.H.L., soweit sie Belgien betrafen, waren nicht nur überspannt, sondern — und da verweise ich auf meine weltanschauliche Einstellung — gegen die christliche Moral und die öffentliche Meinung der ganzen Welt gerichtet und höchst unklug. Die O.H.L. aber verhinderte eine Verzichterklärung der politischen Leitung unter Berufung auf ihr Einverständnis (Ludendorff, Militärwochenblatt 21. XI. 1922). Ein ehrliches, von allen maßgebenden Stellen vor und nach den März- und April-Offensiven erfolgtes deutsches Friedensangebot unter zuverlässiger neutraler Vermittlung hätte wohl Aussicht auf Erfolg gehabt. Freilich hätte dem Kaiser und den Kabinettchefs die autokratische Kriegsmacht wahrscheinlich vorher genommen werden müssen, da man zum Kaiser und seiner Umgebung wegen der oft erfahrenen Unstetigkeit kein Vertrauen hatte, und weil man der militärischen Leitung nicht den Verständigungswillen zutraute, den man voraussetzen mußte. Jedenfalls erforderte unsere Lage ein Angebot. Eine gleichzeitige, in wohlvorbereiteten, verkürzten, festen rückwärtigen Stellungen durchgeführte kraftvolle Defensive hätte sehr wohl zum Erfolg führen können. Freilich hätten wir den englischen und Wilsonschen Bedingungen als Grundlage entgegenkommen müssen. Der Feldherr, der Ende April den Kampf aufgab, wäre von der Geschichte nicht an den Pranger gestellt worden. Denn mit der Aufgabe der offensiven Führung des Krieges war derselbe durchaus noch nicht verloren gegeben. Man vergleiche die Führung des Siebenjährigen Krieges nach 1760 durch Friedrich den Großen. Freilich, ein anderer als ein Hubertusburger Frieden war dann aussichtslos. Er wäre für uns 1918, wie 1763 für Preußen, glänzend gewesen, aber Ludendorff hatte nicht die Erkenntnis und Beherrschung Friedrichs des Großen.

Die Beschränkung auf die *reine Verteidigung* war ausgeschlossen. Es blieb aber *nicht nur* der entschlossene *fortgesetzte* Angriff, zu dem Zweck, den *entscheidenden Sieg* zu erringen. Das Mittel, den Feind zu zerschmettern oder ihn friedenswillig zu machen, ist nicht dasselbe, es sei denn, daß man einen Frieden will wie Ludendorff, der nur durch Zerschmetterung zu erreichen ist. Wenn, wie Exzellenz v. Kuhl darlegt, die Zerschmetterung nur durch einen — doch stets zweifelhaften — Glücksfall zu erreichen war, so war es mehr als

kühn, die eine Karte, auf welche die O.H.L. alles setzte, für dieses Ziel auszuspielen.

Die Organisierung und Vorbereitung der März-Offensive 1918 war eine glänzende Tat. Es war eine bewundernswerte organisatorische und taktische Leistung, 3 Armeen von der Verteidigung auf den Kampf einzustellen und am 21. März vorzüglich ausgebildet und bewaffnet und gut ausgerüstet zum Kampf bereitzustellen. Dieses persönliche Verdienst des Generals Ludendorff soll und darf nicht verkannt werden. Seine große Arbeitskraft, seine ganz außergewöhnliche organisatorische Begabung, seine rücksichtslose Willenskraft nicht verschwiegen werden.

Jedoch nur in der artilleristischen Überraschung waren wir dem Feinde sicher überlegen. Die ganze Zukunft Deutschlands aber war auf diese Karte der März-Offensive gesetzt, ohne ebenso tatkräftige diplomatische Friedensvorbereitungen, ohne Sicherung der Defensive für den Fall des Mißglückens, ohne entsprechende Aufklärung der politischen Leitung und des ganzen Volkes. Die O.H.L. durfte nicht nur kühn wagen, sie mußte ebensosehr wägen. Es sollte und mußte nach den Äußerungen Ludendorffs mit der beabsichtigten Offensive im Westen alles auf eine Karte gesetzt werden. Trotzdem wurden nicht nur nicht alle erreichbaren Kräfte, besonders von Österreich-Ungarn und aus Rußland, rechtzeitig herangezogen (siehe mein Referat zum I. Teil des Gutachtens), sondern auch noch die vorhandenen durch gleichzeitige Vorbereitung von Georg I (bei Armentières) und Georg II (bei Ypern) zersplittert. Die Heeresgruppenführung, die Offiziere und Mannschaften haben sich mit rühmenswerter Hingabe bemüht, sich in die Gedanken der O.H.L. hineinzuleben und die erhaltenen Aufgaben vorzubereiten und durchzuführen.

Freilich war nach so schweren $3^1/_2$ Kriegsjahren nicht mehr die Heeresqualität von 1914 vorhanden. Gefährliche Zersetzungskeime begannen in das Heer einzudringen. Die seelische Vorbereitung der Offensive war vernachlässigt bzw. nicht richtig betrieben worden. Im ganzen war die Truppe im Frühjahr 1918 noch ausgezeichnet. Das Gelände bot beim Michaelangriff entgegen Ludendorffs Behauptungen (Kriegserinnerungen S. 474) sehr große Schwierigkeiten, da es ja durch das beim Rückzug 1917 zerstörte Gebiet und durch das Trichtergelände der Sommeschlacht führte. (Vgl. auch Wetzells und Kronprinz Rupprechts Denkschriften.) Entscheidend sind diese Schwierigkeiten aber nicht gewesen.

Auch die Überraschung gelang vor allem durch die von Ludendorff erfundene neue, überraschende und kurze, sehr wirksame Artillerievorbereitung, besonders bei den Franzosen, nicht im gleichen Umfange bei den Engländern. Das Verschieben des Angriffsschwerpunktes vom rechten zum linken Flügel kurz vor Beginn und verstärkt während der Operation stieß den strategischen Grundgedanken unglücklicherweise um. Es kam zu einem Auseinanderstreben der Operation in 3 Richtungen, wofür die Kräfte nicht ausreichten. Am 23. März war die Bedingung, an die General Ludendorff *die* Ausführungen einer solch strahlenförmigen Operation knüpfte, ein *großer* Erfolg, nicht erfüllt, da die zu schwache 17. Armee hängenblieb. Trotzdem entschloß sich die O.H.L. an

diesem Tage zu einer völligen Änderung des Operationsplanes. Bisher lag der Schwerpunkt noch der Grundidee nach auf dem Angriff der 2. und 17. Armee gegen die Engländer. Die 18. Armee sollte diesen Angriff gegen die Franzosen decken. Jetzt sollten die Franzosen und Engländer voneinander getrennt und beide gleichzeitig angegriffen und geschlagen werden. So liefen die Angriffsrichtungen der Armeen strahlenförmig nach Nordwesten, Westen und Südwesten auseinander. Die Operation ging jetzt tatsächlich zu weit; die Kräfte reichten dafür nicht aus. Die Kriegsabsicht Ludendorffs, die Feinde zu zerschmettern, ließen ihn die Lage zu rosig erscheinen, das Ziel weit überspannen und die Begrenztheit der Mittel verkennen. Allerdings befand sich die O.H.L. auch in einer gewissen Zwangslage infolge der verschobenen Anlage der Operation durch die immer stärkere Kräfteabgabe während der Vorbereitung der Operation und gleich nach Beginn derselben nach dem linken Flügel. Trotz des durchaus begründeten Antrages des Chefs des Generalstabes der Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht erhielt die 17. Armee für ihre sehr schwere und operativ wichtigste Aufgabe schon beim Aufmarsch nicht die genügende Stärke, während der 18. Armee trotz der auch Ludendorff bekannten Schwäche der dortigen feindlichen Front 5 Divisionen mehr zugewiesen wurden. Sie war für ihre defensive Aufgabe: Deckung der Stoßgruppe nach Süden, zu stark. „Die 18. Armee bedurfte keiner besonders starken Kräfte", wie sie selbst schon richtig am 16. Januar schriftlich meldete. Der ursprüngliche Gedanke, die Kräfte an einer Stelle zusammenzufassen, während an anderer Stelle durch Beschränkung auf die Verteidigung gespart werden konnte, war fallengelassen worden. Es wäre vielleicht doch wohl möglich gewesen, der 17. Armee eine ausreichende Angriffsartillerie und Mannschaft zu geben, indem man sie bei der 18. Armee ersparte bzw. nicht einsetzte. So fand der für die strategische Auswirkung entscheidende Stoß gegen Arras nicht breit und stark genug und zu spät statt und mißglückte.

Der Schwerpunkt des Angriffs war eben nicht genügend auf den rechten Flügel zwischen Arras und Peronne gelegt. Die Kräfteverteilung entsprach nicht der von der O.H.L. richtig geschätzten gegenüberstehenden feindlichen Kräfteanordnung und auch nicht dem strategischen Wollen und Können.

Der Fehler der Märzoffensive lag, wie Prof. Delbrück richtig ausführt, nicht in der Wahl der Angriffsstelle an sich, sondern in der den Verhältnissen nicht entsprechenden Ausstattung dieses Frontabschnittes mit Truppen. Dem beabsichtigten Hauptangriff werden Kräfte, die vorhanden sind, vorenthalten für einen anderen noch unbestimmten strategischen Zweck, der sich aus der zu erhoffenden Freiheit der Bewegung ergeben soll. Der Feldherr will den eigentlichen Hauptschlag im Norden, bei Cambrai, führen, hat aber kein volles Vertrauen in den Erfolg. Statt nun mit entschlossenem und konsequentem Wagemut alle Kräfte auf den entscheidenden Punkt zu konzentrieren oder aber eine bessere, den Mitteln angepaßtere Schlachtidee anzunehmen („St. Georg"), hält er an jenem Angriff fest, verfolgt aber gleichzeitig eine zweite Idee, die mit jener ersten insofern in Widerspruch steht, als sie Kräfte in Anspruch nimmt, die jene nötig gehabt hätte. Diese Zweiteilung der Idee und der Kräfte finden

wir bei allen weiteren Offensiven. Dies offenbart offensichtlich den Fehler in Ludendorffs Denkweise: er will stets das Größte, fühlt, daß seine Kräfte dafür nicht ausreichen, und gerät dadurch in innere Widersprüche. Die strategische Auswirkung der Schlacht war gering, da sie unter taktischen Gesichtspunkten angelegt war; taktisch aber war sie ein überwältigender Erfolg.

Die nicht der Grundidee des Angriffs entsprechende Kräfteverteilung bei der Märzoffensive war allem Anscheine nach auch durch dynastisch-politische Gründe verursacht, indem die 18. Armee von der Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht abgetrennt und der Heeresgruppe Deutscher Kronprinz zugeteilt wurde, damit der erwartete populäre Sieg nicht allein unter dem Kronprinzen von Bayern erfochten wurde! Ohne die Abtrennung der 18. Armee wäre unter der einheitlich und klar denkenden und sehenden Leitung der Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht (21. Januar Abtrennung, 24. Januar Planänderung) die Verschiebung der Anlage und die Zerflatterung des Angriffs sehr wahrscheinlich vermieden worden. Die erneute Fortsetzung des „Michael-Angriffs" am 4. April, nachdem er am 30. März überall sich festgelaufen hatte, steht im Widerspruch zu dem vor Beginn der Offensive wohlüberlegt gefaßten Entschluß. Für den Fall, daß der Angriff steckenblieb, war richtig vorgesehen, „nicht in nutzlosen verlustreichen Kämpfen die Kräfte zu verbrauchen". Die Überraschung war jetzt ausgeschlossen, da eine dem Feinde sehr vorteilhafte viertägige Vorbereitung nötig war. Wirklich frische Kräfte standen nicht zur Verfügung. Dieser erneute Angriff hatte das folgenschwere Ergebnis weiterer starker Abnutzung der Kräfte und dadurch eine schwere Gefährdung des Erfolges der nächsten, schon angeordneten St.-Georg-Offensive.

Der Abschluß der Kämpfe beließ unsere Truppen in sehr ungünstigen Stellungen, die zu einem außerordentlichen Kräfteverbrauch führten. „Strategisch war der große Angriff nicht gelungen." Das taktische Ergebnis war zwar außerordentlich groß, hatte aber auch schwere Opfer gekostet, etwa 90 Divisionen waren eingesetzt worden. Ob „nur ein Geringes fehlte, und wir wären endgültig durchgebrochen" steht nicht zweifellos fest, doch hat dieser Satz sehr vieles für sich. Ist er richtig, so sind die gemachten Fehler und Unterlassungen desto schwerwiegender: die Unterlassung des Tankbaues, die Heranziehung noch verfügbarer großer Pferdemassen und von Truppen aus dem Osten und aus Österreich-Ungarn, die Überspannung und Umstellung des Operationsplanes, die Zerlegung des Oberbefehles über die Operationstruppen.

Mit der Herstellung einer einheitlichen Leitung der feindlichen Operationen mußte die O.H.L. rechnen, sie kann nicht als besonderes Unglücksmoment angesehen werden. „Aus Mangel an Munition ist trotz der Schwierigkeit des Nachschubs die Offensive nicht gescheitert", wohl aber kamen Geschütze, Material und Truppen nicht rasch genug vorwärts.

Zweifellos war der Angriff bei St.-Quentin als der entscheidende Hauptangriff gedacht, durch den nach gelungenem Durchbruch das große Operationsziel, Trennung der Engländer von den Franzosen und Aufrollen der englischen Front nach Norden, erreicht werden sollte. Die operative Auswirkung der März-Offensive war so weit angelegt, daß die eigenen Kräfte dabei überspannt wurden.

Diese Überspannung der Kräfte war veranlaßt durch den Versuch, den Feind zu zerschmettern, sie führte in ihrer Fortsetzung zu Mißerfolg, Rückschlag und Verderben. Den Feind zu zerschmettern, erfordert ganz andere Mittel, als ihn friedenswillig zu machen, falls der Friede eben ein wirklicher Verständigungsfriede, ein gegenseitiges Nachgeben sein soll. Für das letztere beschränktere Ziel hätten die Kräfte wohl gereicht, selbst für den „St.-Georg-Angriff" wohl schon. Aus dem besonnen beschränkten Kriegsziel hätte sich auch sofort das besonnen beschränkte Friedensziel ergeben. Strategische Überspannung hat uns den Sieg versagt. Der Feldzug scheiterte an der mangelnden Einsicht, unzureichenden strategischen Begabung und Selbstbescheidung des Generals Ludendorff, der wohl zu wagen, aber nicht in gleichem Maße zu wägen verstand, nach dem ersten taktischen Erfolg hier wie an der Aisne aus dem Gleichgewicht kam und die Operationen überspannte. Die künstliche Kombination der verschiedenen Angriffe mit deren Ziel, die Gegner völlig niederzuwerfen, erweist sich angesichts der deutschen Kräfte und der Ersatzlage als Phantom. Es kam nur darauf hinaus, daß wir bald an dieser, bald an jener Stelle angriffen, naturgemäß mit einem Anfangserfolg, aber schließlich doch steckenblieben. Wenn die erste Offensive nicht durchdrang, konnten es die nachfolgenden erst recht nicht. Diese aufeinanderfolgenden Offensiven waren kein rechter strategischer Gedanke mehr angesichts der zur Verfügung stehenden Mittel. Die O.H.L. hoffte nach Hindenburgs Memoiren, daß das feindliche Gebäude „gelegentlich doch einmal" zusammenbreche. Das letzte Motiv für diese Strategie der wiederholten Versuche scheint in der Tatsache zu suchen zu sein, daß General Ludendorff sich dessen bewußt war, für eine entscheidungsuchende Strategie zu schwach zu sein, und doch nicht die Selbstüberwindung hatte, diese Schwäche einzugestehen und Heerführer, Politik und Leitung der öffentlichen Meinung ihr anzupassen.

Prof. Delbrück sagt wohl mit Recht: „Möglichst schwere Schläge mit dem Ziel eines möglichst schnell abzuschließenden Verständigungsfriedens war eine strategische Idee." Aufeinanderfolgende Angriffe an verschiedenen Stellen mit der Parole „Sieg oder Niederlage, ein Mittelding gibt es nicht" bedeutete die deutsche Niederlage.

„Der Angriff in Flandern, bei Armentières (St. Georg) war dem Angriff bei St.-Quentin (Michael) vorzuziehen. Dort konnte man hoffen, auf eine schwache Stelle zu treffen und durchzubrechen. Ein großes operatives Ziel winkte... Das Ziel war groß, aber auch greifbar, nicht zu weit gespannt und stand im richtigen Verhältnis zu den verfügbaren Kräften und der Bewegungsfähigkeit des Heeres"... Die Zeit drängte zwar, aber da der Feind nicht angreifen wollte, wie man wußte, nicht so sehr, daß es im April oder Anfang Mai zu spät war. Die Amerikaner konnten dann noch nicht hinderlich sein. Außerdem setzte die O.H.L. ja nachher noch vom Mai bis Juli die Offensive fort.

„Der Michael-Angriff hatte das größere (von General Ludendorff erstrebte) Ziel. Er konnte eine kriegsentscheidende Wirkung haben" im Sinne, wie General Ludendorff sie politisch wollte.

Im Falle des Mißlingens war der Michael-Angriff eine äußerst gefährliche

Operation (vgl. Moser, Strategischer Überblick über den Weltkrieg S. 100). Ja, sie bedeutete die Niederlage.

Unter den gegebenen Umständen und der verfügbaren Zeit ist alles geschehen, was zur Verstärkung des Georg-Angriffs möglich war. Es mußten aber erhebliche Nachteile in Kauf genommen werden. Eine größere Anzahl der 36 Angriffsdivisionen waren abgekämpfte Divisionen der Michaelfront oder Stellungsdivisionen. Die letzteren waren nur im geringen Grade beweglich. Es gelang nur mit großen Schwierigkeiten, eine ausreichende Ausstattung für die 6. Armee, eine knappe für die 4. Armee mit den erforderlichen Kolonnen zu erreichen. Der Nachschub an Verpflegung, Munition usw. war schwierig. Aus der Heimat kam in den letzten Tagen vor der Georg-Offensive etwa nur die Hälfte des Bedarfs. Es fehlte an Hartfutter. Infolge des Zustandes der Wege und der großen Anstrengungen, die alle Kolonnen in der letzten Zeit durchgemacht hatten, konnte allgemein die Leistungsfähigkeit derselben nur noch die halbe der normalen sein.

Der Georg-Angriff blieb stecken. „Zu dem feindwärts ausspringenden Bogen bei Montdidier, dem Ergebnis der März-Offensive, war bei Armentières ein neuer Bogen entstanden. Die Linienführung unserer Stellungen gestaltete sich ungünstig." Durch die flankierenden Angriffe des Gegners fand dauernd ein starker Kräfteverbrauch statt.

Bei der Erneuerung des Angriffes waren erhebliche Schwierigkeiten und Schwächen hervorgetreten, welche sich bei jedem neuen Angriff angesichts unserer Ersatzlage verstärkt fühlbar machen mußten. Weitere Durchbruchsversuche mußten daher erfolglos sein.

Die Truppe war (beim Georg-Angriff) im allgemeinen noch ausgezeichnet, wenn auch nicht alle Divisionen auf derselben Höhe standen. Daß Unregelmäßigkeiten vorkamen, wenn die Truppen unversehens auf große Vorräte stießen, kann nicht als Zeichen des Nachlassens aufgefaßt werden."

Die Worte des Generals Ludendorff (Kriegserinnerungen S. 472): „Wenn es nicht beim ersten Angriff gelang (das Ziel zu erreichen), so mußte es bei späteren gelingen; allerdings war die Lage dann schon ungünstiger" enthalten daher einen Widerspruch in sich und enthüllen durch das Wort „mußte" = „ich will es, also muß es" oder „ich spiele so lange, bis der Zufall das Gelingen bringt", eine verhängnisvolle Überheblichkeit und Kurzsichtigkeit, sowie, in Verbindung mit den östlichen und westlichen Kriegszielen Ludendorffs betrachtet, einen Mangel an Selbstzucht und an sittlicher Verantwortung dem deutschen Volke gegenüber. Es mußte General Ludendorff klar sein und war ihm auch bewußt, daß nach dieser Offensive das Kräfteverhältnis sich zu unseren Ungunsten stark verschob, vor allem aber die operative Bewegungsfähigkeit sich noch verhängnisvoller verminderte.

General Hoffmann schreibt in seinem Buch „Der Krieg der versäumten Gelegenheiten" richtig: „In dem Moment, in dem die O.H.L. sah, daß sie Amiens nicht bekam, daß der Durchbruch nicht gelungen war, mußte sie einsehen, daß entscheidender Sieg auf der Westfront nicht mehr zu erwarten war. War dieser erste mit den besten Kampfmitteln unternommene Versuch nicht geglückt,

so mußte sie sich sagen, daß weitere Angriffe, die stets nur mit immer geringer werdenden Kräften unternommen werden konnten, gleichfalls keine Aussicht auf Erfolg hatten. An demselben Tage, an dem die O.H.L. die Einstellung der Offensive auf Amiens befahl, hatte sie die Pflicht, die Reichsleitung darauf aufmerksam zu machen, daß es Zeit sei, Friedensverhandlungen anzuknüpfen und daß keine Aussicht vorhanden sei, den Krieg auf der Westfront mit einem entscheidenden Siege zu beendigen."

Der am 29. und 30. April gefaßte Entschluß der O.H.L. zum Angriff am Chemin des Dames entsprach nicht mehr der tatsächlichen Lage. Die Absicht, durch die Offensive dem Feinde den Willen aufzuzwingen, war jetzt *nicht* mehr durchzuführen, da unsere Kräfte nicht mehr annähernd zu der Stoßkraft vom März 1918 aufgefüllt und erneuert werden konnten, während der Feind Zeit behielt, um unter einheitlichem Oberbefehl sich zu erholen und durch das beschleunigte Eintreffen amerikanischer Mittel und Kräfte moralisch und materiell sich zu stärken. Der Angriff am Chemin des Dames sollte ein Angriff zur Ablenkung der feindlichen Reserven, zugleich aber auch ein Versuch des Glücks sein, ob es nicht doch noch durch einen Zufall der O.H.L. Durchbruch und Sieg in den Schoß warf.

Die gleichzeitige Vorbereitung des Hauptstoßes gegen die Engländer (Neugeorg) zeigt wieder die Kräftezersplitterung, entstanden aus dem übergroßen Kriegs- und Friedensziel des Generals Ludendorff und seinem inneren Gefühl, zu schwach für den notwendigen *einen* großen Schlag zu sein.

General Ludendorffs Schreiben vom 15. Mai zeigt, daß er bei dem Plan einer späteren nochmaligen großen Offensive gegen die Engländer eine Verringerung der Breite des Angriffs, ein abschnittweises Vorgehen und eine Begrenzung des Zieles für nötig hielt, um schwere Verluste zu vermeiden, die nicht mehr zu ertragen seien.

Der Angriff war erst Ende Mai möglich. Frühestens im Laufe des Juni konnte dann der große Schlag gegen die Engländer geführt werden. Inzwischen konnten die Engländer sich erholen und Ersatz heranziehen. Auch mußte dann mit den Amerikanern gerechnet werden.

Zu zwei schnellen Schlägen hintereinander waren wir jetzt noch weniger als im April imstande. Unsere Ersatzlage wurde bedenklich. Die ungünstige Lage, unsere weit vorspringenden Stellungen bei Montdidier und Armentières verzehrte uns viele Kräfte, sie mußte sehr bedrohlich werden, sobald unsere Offensivkraft sich durch ihre rücksichtlose Fortsetzung verausgabt hatte. Dieser Zeitpunkt konnte nicht mehr fern sein. Das war auch General Ludendorff bekannt. Damit wurde es Pflicht der O.H.L., im Mai nicht mehr die Offensive fortzusetzen, sondern nach dem Scheitern des St.-Georg-Angriffs sich auf die Verteidigung einzurichten und die politische Reichsleitung über die Lage ungeschminkt aufzuklären und den Frieden zu suchen, wenn auch unter Opfern. Jetzt konnten wir noch eine starke und lange Verteidigung in rückwärtigen Stellungen führen. Daß diese nicht rechtzeitig ausgebaut wurden, ist nicht aus absolutem Mangel an Arbeitskräften (ich habe mich darüber schon ausgesprochen),

sondern wesentlich auch aus dem ausschließlich auch 1918 noch auf den Siegfrieden eingestellten Willen Ludendorffs zu erklären.

Selbst wenn der Angriff an der Aisne noch gemacht werden sollte, so durfte er doch nicht mehr als Ablenkung betrachtet und die Flandernoffensive auch noch vorbereitet werden. Frontverkürzung und Defensive mußten die Folge eines Scheiterns der Aisne-Offensive sein.

Die innere Unsicherheit des Generals Ludendorff, hervorgerufen aus der Differenz zwischen seinem politischen und militärischen Wollen einerseits und der Erkenntnis der unzureichenden Mittel andererseits, zeigt sich auch aus der dreimaligen Planerweiterung der Aisne-Offensive, welche Ablenkung und Glücksversuch auf eine Durchbruchsoffensive zugleich sein sollte. Da General Ludendorff infolge seiner inneren Unsicherheit und wegen der unzureichenden Kräfte gleichzeitig den Flandernangriff vorbereiten ließ, so mußte er den Aisne-Angriff in zwei Teile zerlegen. Der zweite Akt der Offensive mußte aber schon auf feindliche Reserven stoßen, er war verfehlt und scheiterte. Als dann der Angriff auf einen, wie vermutet, schwachen Widerstand stieß, die Überraschung glückte, fehlte für die jetzt versuchte vollständige Erweiterung der Ablenkungsoffensive in eine Durchbruchsoffensive infolge der Teilung der Kräfte wie überhaupt ihrer Unzulänglichkeit die nötige Vorbereitung und konzentrierte Wucht und Breite des Angriffs. Der unzulängliche Versuch endete als Zielüberspannung eines Ablenkungsangriffs mit sehr ungünstigen, keilförmig weit vorspringenden neuen Stellungen.

Die Überspannung des Zieles in der gleichzeitigen Vorbereitung einer Ablenkungs- und Durchbruchsoffensive, die, trotz der erkannten Notwendigkeit, mit den vorhandenen menschlichen Kräften sehr sparsam umzugehen, von Ludendorff veranlaßte Fortsetzung des Kampfes weit über das gesteckte Ziel hinaus bis zur völligen Erschöpfung wurden für die Fortsetzung der Offensive verderblich. Ob kein Mann in der Front und kein Unterführer das Zurückhalten der vordringenden Truppen verstanden hätte oder nicht, ist für die Entscheidung der O.H.L., welche allein die Lage überschaute und zu verantworten hatte, belanglos. Gerade die Selbstbeherrschung, die Selbsterkenntnis und der Tatsachenblick machen neben der Intuition erst den Feldherrn aus. Die Hoffnung auf einen der Lage in keiner Weise mehr entsprechenden Glücksfall, zumal für dessen Ausnutzung die Vorbereitungen und Kräfte nicht gegeben waren, ist keine Entschuldigung, wenn von dem Erfolg einer, auf Grund einer solchen Glückshoffnung mit unzureichenden Mitteln über das Ziel bis zur Erschöpfung hinaus getriebenen Offensive das Schicksal eines Volkes abhängt.

Die Fortsetzung der Offensive statt der entschlossenen Umstellung auf die Defensive, auch noch nach dem mißglückten Aisne-Angriff, war noch verhängnisvoller; die Unterlassung der Aufklärung der Reichsleitung ist jetzt noch mehr zu tadeln. Exzellenz v. Kuhl ist nicht recht zu geben, wenn er sagt: „Auf die Dauer mußten wir in der reinen Abwehr unterliegen, auch wenn sie mit Teilschlägen verbunden gewesen wäre.“ Die reine Abwehr befürwortet auch Prof. Delbrück nicht. Durch eine Fortsetzung der *nur uns* völlig erschöpfenden Offensiven, die mit immer unzulänglicheren Kräften unternommen wurden,

während auf der feindlichen Seite jetzt, wie der O.H.L. bekannt war, die Amerikaner immer zahlreicher in bester Verfassung auftraten, mußten wir aber bald rettungslos zusammenbrechen. Die inneren Schwierigkeiten hätte man eher in Rechnung stellen und durch eine andere militärpolitische Haltung, durch wahrheitsgetreue Aufklärung und durch festes Zupacken abdämmen müssen. Nachdem man sich so weit festgerannt hatte, mochten sich allerdings nur ein Sieg, ein Verzichtfriede oder die vom Kronprinzen Wilhelm vorausgesagte Revolution als Alternativen ergeben. Zum Verzichtfrieden in mäßigen Grenzen war es noch Zeit (siehe Delbrück), aber dazu fehlte General Ludendorff die moralische Stärke. Durch weitere siegreiche Operationen, insbesondere einen nochmaligen Sieg über die Engländer, den Feind friedenswillig zu machen, war jetzt unmöglich, da zu dem bis dahin erstrebten Frieden die Kräfte zum Siege jetzt endgültig fehlten.

Der Satz von Exzellenz v. Kuhl: „Solange dem Feldherrn keine greifbaren Aussichten auf Verhandlungen geboten wurden", fällt in sich zusammen; denn nach Delbrücks Ausführungen und meiner eigenen Kenntnis aus der Unterredung mit Prof. Webster waren diese wiederholt gegeben. Aber General Ludendorff wollte diese nicht annehmen. Ganz abgesehen davon war aber General Ludendorff der bestimmende Leiter der Kriegspolitik, nicht der viel zu alte Kanzler Graf Hertling. Ludendorff und seine Leute machten die Kanzler und die Politik, wie auch aus dem Schwertfegerschen Gutachten und aus den heutigen Darlegungen des Prof. Delbrück hervorgeht.

Der Juli-Angriff bei Reims war wieder durch die gleichzeitige weitere Vorbereitung des Flandern-Angriffs geschwächt. Als hier die Überraschung fortfiel, mißlang er gänzlich. Die Absicht der O.H.L., falls nach dem Marne-Reims-Angriff auch „Hagen" in Flandern die Entscheidung nicht brachte, durch eine Offensive in Richtung Amiens oder Paris die siegreiche Entscheidung noch Mitte September oder später zu suchen, zeigt die Tatsachenblindheit und das Vabanque-Spiel des Generals Ludendorff, da er auch jetzt noch nicht die Reichsleitung richtig aufklärte und energisch Friedensverhandlungen erstrebte. Auch Exzellenz v. Kuhl sagt (Bd.3, S.176) zur Vorbereitung der Marne-Reims-Offensive: „Ob es auf die Dauer möglich war, durch wuchtige Schläge die Vorhand zu wahren und den Gegner an seiner wachsenden Überlegenheit zu hindern, war keineswegs sicher. Es mußte sich zeigen, ob nicht dadurch eine Überspannung der Kräfte hervorgerufen wurde, die dann gerade vom überlegenen Gegner hemmungslos ausgenutzt wurde." Exzellenz v. Kuhl sagt auch: Das Abrollen der Transporte von Reims nach Flandern, nachdem am 16. Juli der Reims-Angriff gescheitert war, entsprach wohl nicht mehr der Lage; dem Juli-Angriff hätten schon erhebliche Bedenken entgegengestanden. Nach ihm sei ein entscheidender Erfolg in Flandern aber kaum erzielbar gewesen. Das soll doch heißen, die weitere Offensive sei aussichtslos gewesen.

Mit dem französischen Gegenangriff am 18. Juli trat auch äußerlich der Wendepunkt des Jahres 1918 ein. Tatsächlich war er schon mit dem Scheitern des Michael-, spätestens des St.-Georg-Angriffs erfolgt. Die Schuld für den Einbruch der Franzosen am 18. Juli trifft nicht die Truppe, aber man kann doch

die O.H.L. nicht ganz freisprechen, da sie sowohl infolge der taktischen Lage wie rechtzeitiger und zuverlässiger Nachrichten mit einem Angriff in der Richtung Villers-Cotterêts rechnen mußte, aber trotzdem die erbetenen Verstärkungen wegen der Marne-Reims-Offensive nicht abgab. Auch erkannte der Oberbefehlshaber der 9. Armee die Lage trotz der Nachrichten nicht richtig. Zwei wichtige Nachrichten — in der Nacht vorher war Motorgeräusch, das auf Tanks schließen ließ, gehört worden, und die Meldung zweier Überläufer frühmorgens, daß bestimmt an diesem Morgen der Angriff komme — drangen nicht mehr durch.

Exzellenz v. Kuhl sagt dann: Der Krieg war Anfang August verloren, wenn wir auch noch auf lange Zeit zu nachhaltigem Widerstand imstande waren. Jetzt wollte General Ludendorff Verhandlungen einleiten. Exzellenz v. Kuhl sagt: „Freilich wurde dies erst recht nötig, wenn die Front sich nicht als widerstandsfähig erwies. Auf alle Fälle mußte man sich darauf einrichten, daß der Feind bei Verhandlungen harte Bedingungen stellen würde ... Jedoch durften die in Aussicht genommenen politischen Verhandlungen nicht hinausgeschoben werden. Daß der Ersatz zu Ende ging und dadurch im Laufe des Sommers die größten Schwierigkeiten entstehen würden, war bekannt.“ Kronprinz Wilhelm sah auch damals (Ende Juli) in seiner Eingabe an den Kaiser die Lage viel richtiger als die O.H.L. — „Solange die politische Leitung nicht Verhandlungen einleitete oder diese Verhandlungen keinen Erfolg hatten, mußte an sich von militärischer Seite gehandelt werden.“ Aber die politische Leitung stand ganz unter Ludendorffs Einfluß, und sie war und wurde keineswegs annähernd richtig über die Lage aufgeklärt. Erst am 4. Oktober erwartete General Ludendorff auf einmal, daß die Verluste des Feindes bei den starken Angriffen und unsere politischen Vorschläge die feindlichen Angriffe allmählich schwächen.“ Diese Stellung hätte er spätestens Ende April einnehmen müssen.

Die O.H.L. hatte sich in der Beurteilung der Feindstärke Anfang August nach dem großen deutschen Rückschlage sehr geirrt. Er war zu einem Großangriff wohl in der Lage. Daher überraschte dieser am 8. August so sehr, obwohl er vorher den gegenüberliegenden Truppen angesagt worden war.

Ich möchte auch hier eine Bemerkung einflechten. Mein Bruder, der damals bei einer Scharfschützen-Maschinengewehrabteilung ganz vorn lag, schrieb mir schon Anfang August in einem Briefe, die gegenüberliegenden Truppen hätten ihnen wiederholt Nachrichten zugeworfen, daß sie bis dann und dann — sie haben genau den Tag angegeben — die und die sächsischen Divisionen selbst ablösen würden, wenn sie nicht von uns aus abgelöst würden. Sie haben den deutschen Truppen wiederholt zu verstehen gegeben: wir kommen und werden euch diesen Abschnitt fortnehmen, wir werden einen großen Angriff machen. Ich habe den Brief bekommen, als der Schlag erfolgt war — er war lange unterwegs gewesen —, und ich war ganz überrascht über die Richtigkeit seines Inhalts. Mein Bruder hat dann weiterhin darauf hingewiesen, daß die Divisionsleitungen der Lage damals nicht Rechnung getragen haben, daß gerade die Führer kleinerer Verbände damals nicht auf der Höhe gewesen sind. Ich würde es für sehr erwünscht halten, wenn auf diese Tatsache näher eingegangen würde. Der Schlag

wäre ja auch wohl dann nicht verhindert worden; ob er aber so heftig gewesen wäre, kann man vielleicht bezweifeln.

General Ludendorff sagt selbst: „Der 8. August stellte den Niedergang unserer Kampfkraft fest und nahm mir bei solcher Ersatzlage die Hoffnung, eine strategische Aushilfe zu finden, welche die Lage wieder zu unseren Gunsten festigte ... Der Krieg war zu beenden." Zu demselben Ergebnis kam der Kaiser bei einer Besprechung kurz nach dem 8. August in Avesnes.

Die O.H.L. sah ein, daß wegen des Niederganges der Kampfkraft des Heeres und der Abnahme des Ersatzes der Krieg zu beenden sei. Sie klärte trotzdem die politische Leitung nicht über die Lage und die daraus sich ergebenden notwendigen politischen Schritte hinreichend auf. Der Kanzler durfte nicht bei der Ansicht belassen werden, daß erst im geeigneten Augenblick, nach den nächsten Erfolgen im Westen, diplomatische Fäden zu einer Verständigung angesponnen werden durften. Obwohl General Ludendorff am Tage vor dem Kronrat dem Staatssekretär des Äußern v. Hintze gegenüber sich klar dahin geäußert hatte, daß wir weder durch Angriffe noch durch Verteidigung allein den Feind friedenswillig machen könnten, wir demnach die Beendigung des Krieges auf diplomatischem Wege herbeiführen müßten, ließ er im Kronrat v. Hintze ohne Einspruch den Willen der O.H.L. dahin definieren, „daß unsere Kriegsführung sich als Ziel setzen muß, durch eine strategische Defensive den Kriegswillen des Feindes allmählich zu lähmen". Ja, General Ludendorff änderte im Protokoll sogar die Worte Hindenburgs, er hoffe, daß es gelingen werde, durch Wegstreichen des „hoffe" um in: „führt aus, daß es gelingen werde" den Feinden schließlich unseren Willen aufzuzwingen, verschärfte also den Sinn dieser Worte noch erheblich. Diese Unwahrhaftigkeit der O.H.L., besonders des Generals Ludendorff, der politischen Leitung gegenüber bedeutete eine schwere verhängnisvolle Verfehlung.

Ebenso ist der entsprechende Entschluß des Generals Ludendorff, „keinen Fußbreit Boden ohne zähen Kampf aufzugeben", eine Inkonsequenz und ein strategischer Fehler. Dieser Entschluß war nur gerechtfertigt angesichts sofortiger diplomatischer Schritte zur Anbahnung eines Friedens. Diese wurden aber von der O.H.L. verhindert, und zwar infolge der mangelhaften Aufklärung der politischen Leitung. Ein baldiger Abmarsch in rückwärtige Stellungen wäre daher notwendig gewesen. Jetzt zeigte es sich, wie verhängnisvoll es war, daß man nicht einmal mit der Erkundung und Festlegung großer strategischer rückwärtiger Stellungen, geschweige denn mit ihrem Ausbau schon im Winter oder wenigstens nach dem Scheitern der März-April-Offensive mit Hilfe von in Rußland stehenden Kräften begonnen hatte. Aber das lag nicht in Ludendorffs militär-politischem, überspanntem und hartnäckig festgehaltenem Ziel.

„Der Versuch, die nach Beendigung unserer Offensive erreichten Stellungen zäh zu behaupten und dem Gegner jeden Fußbreit Boden streitig zu machen, mußte auf die Dauer zu einem Verbrauch der Kampfkraft unserer Truppen führen, der für die weitere Fortsetzung des Widerstandes verhängnisvoll werden konnte" und mußte. Es wäre daher geboten gewesen, jetzt wenigstens sofort ein abschnittweises Zurückführen des Heeres in große Zwischenstellungen vor-

zubereiten. Erst Anfang September wurden Maßnahmen zur Erkundigung und zum Ausbau der rückwärtigen Stellungen (Hermann-Stellung, dann Antwerpen-Maas-Linie) getroffen. Am 12. September wurde erst der Befehl zum Ausbau der Hermann-Stellung, also viel zu spät, gegeben. In die noch gar nicht vorbereitete Antwerpen-Maas-Stellung konnte das Heer gleich nach den Augustkämpfen nicht zurückgeführt werden. Erst Anfang Oktober waren die ersten Anordnungen zur beschleunigten Erkundung der Antwerpen-Maas-Stellung getroffen worden. Am 15. Oktober konnten erst die näheren Anweisungen zum Bau der Stellungen gegeben werden. Daher gelang es nicht mehr, eine brauchbare Stellung zu schaffen.

Die Verzögerung der Rückführung des Heeres in rückwärtige Stellungen von August bis Oktober hat die von General Ludendorff gewünschte Wirkung nicht gehabt, aber die Kampfkraft des Heeres nahezu erschöpft. Die Verzögerung ist nicht von der politischen Leitung verlangt oder verursacht worden, sondern von General Ludendorff und durch den von ihm zu verantwortenden Mangel fester rückwärtiger Stellungen. Bei den Waffenstillstandsverhandlungen aber würde es von erheblicher Bedeutung gewesen sein, wenn das Heer durch rechtzeitige freiwillige Zurückführung in frühzeitig vorbereitete rückwärtige Stellungen in größerer Kampfkraft dagestanden hätte. Daraus ergibt sich eine Mitverantwortung des Generals Ludendorff für den schlimmen Ausfall des Waffenstillstandes von selbst.

Der Geist der Truppe hatte im Sommer und Herbst 1918 ohne Zweifel immer mehr gelitten. Täglich nahm die Zahl der Mannschaften, die in Gefangenschaft gerieten, zu. Hinter der Front ballten sich Hunderttausende von Drückebergern zusammen. Der junge Ersatz war stark verseucht. Die internationalen, antimilitaristischen Bestrebungen, die gesteigerte feindliche Propaganda und die revolutionäre Unterwühlung des Heeres tragen mit Schuld an unserem Zusammenbruch, aber nicht die allein entscheidende. Denn bei der März- und April-Offensive waren diese Kräfte noch nicht fühlbar. Aber mit dem Schwinden des Vertrauens auf den Erfolg der Offensive und ihrer dennoch erfolgten Fortsetzung, ferner infolge der mangelhaften Aufklärung des Heeres und der Heimat über die Lage und der unverständlichen Überspannung der militärischen und politischen Ziele der O.H.L. wurden in steigendem Maße diese Wühlarbeit und die seelische Ermattung gefördert. Damit ist die revolutionäre und hochverräterische Wühlarbeit keineswegs von ihrer schweren Schuld freigesprochen.

Im Herbst 1918 hätten wir wohl noch um bessere Waffenstillstandsbedingungen weiterkämpfen können, wenn starke rückwärtige Stellungen vorhanden und rechtzeitig beziehbar gewesen, wenn Heer und Heimat rechtzeitig und richtig auf einen solchen Verzweiflungskampf vorbereitet worden wären und die Garnison- und Etappenführer sowie das Bürgertum nicht versagt hätten. Aber auch die O.H.L., insbesondere General Ludendorff, hätten Ende September nicht die Nerven verlieren und das überstürzte Waffenstillstandsangebot herausbringen sollen. Ob unter den gegebenen Bedingungen der weitere Kampf noch längeren Erfolg gehabt hätte, ist zweifelhaft. Die unzuverlässigen Elemente wäre man meines Erachtens nicht losgeworden, wie Exzellenz v. Kuhl meint.

Sie wären hinter der Front und auch in der Front durch zwangsweise Wiedereinstellung sowie durch die heranzuziehenden 600 000 Mann aus der Heimat dauernd erneuerte Zersetzungskeime geblieben.

Die französische Offensive gegen Metz hätte wohl ein übriges getan. Nachhaltig und fest konnte der Widerstand unter den gegebenen Verhältnissen keinesfalls mehr sein. Die Revolution hat dann allerdings jeden weiteren Widerstand endgültig unmöglich gemacht.

Sachverständiger *v. Kuhl:* Es ist für mich kaum möglich, auf alle Punkte jetzt einzugehen. Ich möchte mir nur erlauben, allgemein auf folgendes aufmerksam zu machen: Die Kriegführung im Jahre 1918 war nach meiner Meinung außerordentlich schwierig. Die Entschlüsse waren so schwerwiegender Natur, und wir sind in solch schwierige Lagen gekommen, daß wir geradezu mit dem Entschluß gerungen haben. Herr Geheimrat Prof. Dr. Delbrück meinte, es wäre nicht so schwierig gewesen.

(Sachverständiger Dr. *Delbrück*: Unter einer gewissen Voraussetzung!)

Ich kann nur sagen: uns ist es sehr schwer geworden.

Sachverständiger Dr. *Delbrück:* Es ist kein Widerspruch. Ich muß das aufklären. Ich habe mich so ausgedrückt: Die Aufgabe war allerdings ungeheuer schwer, ja sogar unmöglich, wie General Ludendorff sie auffaßte. Die Aufgabe wäre eben nach meiner Auffassung nicht so schwer gewesen, wenn er die richtige Einstellung, nämlich für Verständigungsfrieden, gehabt hätte. Dann war die Aufgabe sogar relativ einfach, abgesehen von der Maschine, die bewegt werden mußte, welche Aufgabe immer riesenhaft bleibt.

Sachverständiger *v. Kuhl*: Die militärischen Entschlüsse waren ungeheuer schwierig. Wir standen z. B. im Verlauf der Märzoffensive mehrfach vor der Frage, was nun geschehen soll. Darüber ist hier jederzeit scharf geurteilt worden. Es ist wiederholt das Wort gefallen, es wäre unverantwortlich, gänzlich falsch, es wäre unsinnig gewesen. Ich kann nur sagen: ich halte es nicht für richtig, wenn man über solche schwierigen Fragen in dieser Weise abspricht. Selbst hinterher ist es außerordentlich schwer, jetzt über diese Fragen sich klar zu werden. Ich möchte doch glauben, daß wir, wenn wir hier solche Urteile wie „unsinnig" und „unverantwortlich" und dergleichen fällen, damit doch auch eine große Verantwortung auf uns nehmen.

Ich möchte dann noch darauf hinweisen, daß ich in vielen Punkten in dem, was der Herr Referent gesagt hat, gänzlich anderer Ansicht bin, und daß ich glaube, daß sehr vieles auch zu widerlegen ist.

Es ist in bezug auf den 8. August gesagt worden, wir hätten uns überraschen lassen, und wenn ich es richtig verstanden habe, ist behauptet worden, daß das eigentlich nicht nötig gewesen wäre, weil Nachrichten vorgelegen hätten.

Berichterstatter Abg. Dr. *Deermann*: Ja, weil mehrere Tage vorher immer mit Angriff gedroht oder direkt der Tag vorausgesagt wurde.

Sachverständiger *v. Kuhl*: Ich darf dazu folgendes bemerken: Wir standen damals, nach dem 18. Juli 1918, wenn ich von meiner Heeresgruppe ausgehen darf, auf der ganzen Front vor der Fortsetzung der feindlichen Angriffe. Es kamen Nachrichten an allen Punkten, daß ein feindlicher Angriff bevorstände.

Der Feind war damals in der glücklichen Lage, daß er die Tanks bis zu diesem Augenblick derartig vermehrt hatte, daß er überall überraschend angreifen konnte. Der Wert der Tanks lag hauptsächlich darin, daß der Feind ohne Artillerievorbereitung angreifen konnte. Es war also sehr schwer, vorher zu erkennen, wo ein Angriffspunkt war. Früher konnte man es erkennen: der Feind mußte seine Artillerie aufbauen. Das war nun nicht mehr nötig. Der Angriff am 8. August, den Haig geleitet hat, ist hauptsächlich auf die Tanks basiert worden. Die Vorbereitung und die Versammlung der Tanks ist geradezu mit einem Raffinement geheimgehalten worden, was man jetzt in den englischen und französischen Berichten genau nachlesen kann. Wir waren daher an keinem Punkt der Front sicher, daß nicht ein überraschender Angriff kam. Diese Überraschung ist lediglich durch das Vorgehen der Tanks ohne vorheriges Artillerieschießen erreicht worden. Dagegen waren wir damals machtlos.

Ich greife nur diesen Punkt heraus, um darauf hinzuweisen, daß es doch nötig ist, auch die militärischen Sachverständigen in diesen Punkten zu hören, ehe gesagt wird: das und das ist sinnlos, ist unverantwortlich gewesen. Ich beschränke mich auf die militärischen Sachen, auf die anderen gehe ich nicht ein.

Berichterstatter Abg. Dr. *Deermann*: Darf ich gerade zu dem Fall des 8. August noch sagen, daß damals mein Bruder vor allem auch darauf Wert legte, daß die Divisionsführer auf diese Nachrichten nicht hören wollten, sie nicht für glaubhaft hielten und die Bereitschaft gegenüber dem Feinde nicht in der sonst für solche Fälle gewohnten Weise durchführten, sich auch selbst nicht in der für solche Fälle sonst üblichen Bereitschaftsstellung hielten. Das ist, wie er mir bestimmt versicherte, dort von wenigstens einigen lokalen Unterführern, Divisionsführern, zu sagen gewesen. Ich selbst kann es natürlich nicht nachprüfen.

Sachverständiger *v. Kuhl*: Das mag wohl an einer lokalen Stelle gewesen sein. Im ganzen — das war gerade in der Heeresgruppe, wo ich Chef gewesen bin — bin ich über diese Lage genau in allen Punkten orientiert gewesen.

Vorsitzender Abg. D. Dr. *Kahl*: Es ist auch unwichtig. Ich glaube, daß bei unserem Gesamturteil diese ganze Frage nicht das Gewicht haben wird, das ihr jetzt etwa in der Diskussion beigelegt wird.

Sachverständiger *v. Kuhl*: Ich habe mir erlaubt, darauf hinzuweisen; es ist doch nötig, ehe man in solchen Punkten so absprechend urteilt, auch die militärische Seite genau zu kennen und zu berücksichtigen.

Sachverständiger Dr. *Delbrück*: Mir als Kriegshistoriker ist es natürlich ganz geläufig, daß es lange dauert, bis ein Befehl durchkommt. Ich möchte aber daran eine Frage knüpfen, die mir nicht ganz klar ist. Wie funktionierte eigentlich der Befehlsorganismus? Ging von der O.H.L. der Befehl zunächst zu den beiden Heeresgruppen und dann an die Armeen oder direkt an die Armeen? Mit anderen Worten: ging er von General Ludendorff direkt zu General v. d. Marwitz oder erst über Heeresgruppe Rupprecht?

(Sachverständiger *v. Kuhl*: In welchen Lagen?)

Nicht in einem besonderen Fall, sondern wie war das regelmäßige Funktionieren?

Sachverständiger *v. Kuhl*: Es war so, daß wir unsere allgemeine Anweisung bei der Heeresgruppe hatten, die gewöhnlich auf mündliche Besprechungen zwischen General Ludendorff und mir beruhte, und daß wir darauf selbständig befohlen haben. Wenn der General Ludendorff eingreifen wollte, richtete er sich an die Heeresgruppe. Es ist natürlich nicht ausgeschlossen, daß er in dringlichen Fällen sich auch direkt an die Unterinstanz gewendet hat, aber unter nachheriger Benachrichtigung an uns. Es ist auch klar, daß er sich sehr oft an die Unterinstanz gewendet hat, um sich über die Lage dort zu orientieren. Das war ihm unbenommen.

Sachverständiger Dr. *Delbrück*: Noch ein weiteres! Woran ist eigentlich der Mars-Angriff gescheitert? Wir hatten den riesigen Aufbau von schwerster Artillerie und sind doch nicht durchgekommen.

Sachverständiger *v. Kuhl*: Der Mars-Angriff ist daran gescheitert, daß die Überraschung nicht gelang.

(Sachverständiger Dr. *Delbrück*: Trotz der riesenhaften Artillerie?)

Ja, nach meiner festen Überzeugung war kein Angriff durchzuführen, wenn die Artillerie noch so riesenhaft war, falls man nicht überraschte; und die Überraschung war am 21. März zu erreichen, aber wenn wir am 28. März darnach noch einmal bei Arras angriffen, war sie nicht mehr zu erreichen.

Sachverständiger Dr. *Delbrück*: Jetzt ist es mir ganz klar. Meine Frage ist beantwortet.

Nun möchte ich den Herrn Berichterstatter auf zwei Kleinigkeiten aufmerksam machen. War das richtig, daß Sie meinten, Georg I und Georg II waren gleichzeitig vorbereitet, und dadurch waren Hemmungen entstanden? Ich habe das nicht so aufgefaßt. Ich habe nur gemeint, durch die gleichzeitige Vorbereitung von Georg und Michael seien gewisse Kräfte gebunden gewesen.

Sachverständiger *v. Kuhl*: Das trifft aber nicht zu.

Sachverständiger Dr. *Delbrück*: Das habe ich aus Ihren Darlegungen, Exzellenz, entnommen, um es offen zu sagen.

Sachverständiger *v. Kuhl*: Daß der Michael-Angriff dadurch beeinträchtigt worden sei, daß wir gleichzeitig den Georg-Angriff vorbereitet hätten, trifft nicht zu. Wir haben natürlich allen Armeen, die nicht am Angriff beteiligt waren, die genügende schwere Artillerie lassen müssen und auch gewisse Reserven dahinterstellen müssen, weil, wenn wir bei St.-Quentin angriffen, doch der Feind in Flandern einen Gegenangriff, einen Entlastungsangriff machen konnte. Wir haben sorgfältig überlegt, wie viele Divisionen wir allen Armeen hinter der Front zur Reserve bereitstellen müßten, die nicht am Angriff beteiligt waren, und haben ihnen auch die nötige schwere Artillerie lassen müssen. Hier neben mir sitzt übrigens der Generalstabsoffizier der 6. Armee (Oberstleutnant v. Stülpnagel), der den Georg-Angriff hauptsächlich mitvorbereitet hat, und der bestätigen kann, daß nichts dagewesen ist, als was eben für die ganze Lage nötig gewesen ist. Wir haben dann nachher angefangen umzugruppieren, sowie wir am 21. März weit genug vorgekommen waren. Nun wird ja sofort ein Teil der Artillerie entbehrlich, sowie der erste Schlag gefallen ist. Denn die Artillerie ist für einen großen ersten Schlag aufgebaut. Sowie er gelungen ist und man

durch die ersten und zweiten Stellungen durch ist, braucht man diese ganze Artillerie nicht mehr für die Fortsetzung des Angriffs, sondern man kann sofort einen Teil davon umgruppieren, und das ist geschehen, teils für den Mars-Angriff.

Sachverständiger Dr. *Delbrück*: Das bezieht sich auf die schwere Artillerie. Wenn ich mich recht erinnere, sprechen Sie in Ihrem Gutachten aber auch von der Feldartillerie.

Sachverständiger *v. Kuhl*: Es handelt sich in der Hauptsache allerdings um schwere Artillerie. Feldartillerie ist leichter zu bewegen und war auch mehr vorhanden. Wir waren mit der schweren Artillerie auch immer gebunden. Wir hatten eine bestimmte, beschränkte Zahl, und man rechnete aus: ich brauche auf einer Front so und soviel schwere Artillerie für einen Angriff. Das war immer bei den Angriffserwägungen die Hauptsache. Wir gingen immer von der Artillerie aus. Wir fragten uns: haben wir so viel Artillerie, daß wir von da bis da angreifen können oder nicht?

Sachverständiger Dr. *Delbrück*: Noch eine kleine Ergänzung! Herr Berichterstatter, Sie sprachen noch von den Pferdemassen, die zur Verfügung gewesen wären, und die hätten da sein können. Das ist wohl ein Mißverständnis aus meinem Referat.

Berichterstatter Abg. Dr. *Deermann*: Es ist festgestellt, daß später noch Tausende von Pferden aus Rußland nach dem Westen gebracht worden sind. Diese hätten auch sofort weggezogen werden können.

Sachverständiger *v. Kuhl*: Wir hatten natürlich keine Pferde mehr zur Verfügung. Es ist mir gänzlich unbekannt. Wenn wir aus Rußland hunderttausend Pferde hätten wegziehen können, so wäre uns allen geholfen gewesen. Das ist ganz ausgeschlossen!

Berichterstatter Abg. Dr. *Deermann*: Das kommt auf die ganze Beurteilung der russischen Sache an. Ob man nicht in Rußland hätte rücksichtslos abbauen sollen, die Front bis nahe an die Grenze zurücknehmen sollen oder nicht, das war die Streitfrage, die bei dem ersten Teil des Gutachtens schon vorlag, und darauf habe ich mich dabei bezogen. Da gehen die Meinungen eben ganz auseinander. Nicht aus dem anderen Grunde, als wenn man beides wollte, und dann gleichzeitig wegnehmen konnte.

Sachverständiger *v. Kuhl*: Darüber läßt sich streiten. Aber selbst dann hätte man nicht soviel Pferde herausnehmen können.

Dr. *Herz*[1]): Nach Pierrefeu: „Plutarque a menti" war der Angriff vom 18. Juli für den 12. Juli vorbereitet und erwartet. Pierrefeu hat eine ganz eigenartige Einstellung. Er sagt: Die ganze Offensive konnte erst Erfolg haben, wenn der Gegner abgekämpft war, und es war ein besonderes Glück für die französische O.H.L., daß durch irgendwelche Zufälle der Angriff nicht am 12. Juli stattfinden konnte, wo er geplant und erwartet wurde, sondern erst am 18. Juli, und daß dadurch die Überraschung gelang.

---

[1]) Anm. des Herausgebers: Bis 31. Dezember 1923 Geschäftsführer des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses, von da an ehrenamtlich in ihm tätig.

Sachverständiger *v. Kuhl*: Sie überschätzen Pierrefeu bedeutend. Sein Buch ist ganz amüsant geschrieben und wird viel gelesen. Aber es gibt eine Unmenge kriegsgeschichtlich außerordentlich wertvoller französischer Literatur, aus der wir über diese Frage längst genau orientiert sind. Der Angriff ist für den 18. Juli geplant gewesen und am Tage des 18. erfolgt. Es ist ein langer Streit zwischen Pétain und Foch gewesen, weil unsere Gegenoffensive am 15. Juli nun dazwischen kam. Da haben sie überlegt: sollen wir trotzdem am 18. Juli angreifen? Pétain wollte nicht, Foch hat es durchgesetzt. Das ist längst kriegsgeschichtlich bis in jede kleinste Einzelheit dargelegt, so daß ich auch hier widersprechen muß, wenn auf Grund eines noch so amüsant geschriebenen Buchs, wie das von Pierrefeu es ist, diese kriegsgeschichtlichen Tatsachen plötzlich anders dargestellt werden. Das Buch von Pierrefeu hat eine Tendenz. Der Mann ist nicht etwa Verfasser der Heeresberichte im Krieg gewesen; er ist Journalist gewesen und hat den Heeresberichten, die von der Heeresleitung aufgestellt wurden, die redaktionelle Fassung für das große Publikum gegeben, wobei sich, nebenbei bemerkt, ergibt, wie die Heeresleitung das große Publikum in Frankreich betrogen hat. Das gibt er offen zu! Wenn bei uns immer gesagt wird, wir hätten falsche Heeresberichte herausgegeben, so kann ich nur darauf verweisen, daß Pierrefeu das mit ganz zynischer Offenheit zugibt. Ich könnte Ihnen viele Fälle anführen.

Vertreter des Reichswehrministeriums Oberstleutnant *Otto v. Stülpnagel*: Exzellenz v. Kuhl hatte schon die Bemerkungen über Georg I zu widerlegen versucht. Ich war Ia[1]) dort und kann wiederholen, daß wir die letzten Kräfte für den März-Angriff hergegeben hatten, die für die O.H.L. erforderlich waren. Das ging so weit, daß ich als Ia sogar schon in Sorge war; denn man mußte doch damit rechnen, daß in dem Moment, wo die März-Offensive losging, der Gegner, der starke Reserven oben versammelt hatte, sofort mit dem Gegenangriff gegenüber der 6. Armee vorging. Da mußten wir Reserven haben. Ich war also in Sorge, ob wir überhaupt soviel abgeben sollten, wie es geschehen ist. Ich bin wiederholt bei der O.H.L. und bei Exzellenz v. Kuhl nach dieser Richtung vorstellig geworden. Wir hatten also tatsächlich in diesem Zeitpunkt nichts zurückgehalten. Es war alles eingesetzt, was überhaupt an Kräften verfügbar war. Das war der große Kampf, den wir an der Front auch durchgefochten haben.

Weiterhin ist vom Herrn Berichterstatter gesagt worden, man hätte den Angriff Georg I durchführen sollen, das wäre entscheidender gewesen. Wir haben wochenlang Erwägungen darüber gehabt. Ich als Ia hätte gern aus dem Herzen heraus diesen Angriff durchgeführt. Er hätte uns für die Armee Ruhm bringen können. Ich habe mich nachher nach langen Erörterungen, nachdem ich mit Exzellenz v. Kuhl und Exzellenz Ludendorff die ganze Angriffsfront, die überhaupt im Westen in Frage kommt, abgefahren war, überzeugen müssen, daß der Angriff so, wie er nachher angesetzt war, bei der damaligen Situation der einzig richtige und zweckmäßige war.

(Sachverständiger Dr. *Delbrück*: Sie meinen den Märzangriff?)

Den großen Michael-Angriff, den März-Angriff und nicht Georg I.

---

[1]) Anm. des Herausgebers: Erster Generalstabsoffizier.

(Sachverständiger Dr. *Delbrück*: Also sind Sie im Widerspruch mit Exzellenz v. Kuhl!)

Insofern, als Exzellenz v. Kuhl zuerst den Georg-Angriff vorgeschlagen hat. Wir sind aber nachher die Front gemeinsam abgefahren, und wir haben uns selbst als Führer der 6. Armee dafür eingesetzt, daß die Situation für den Georg-Angriff im damaligen Zeitpunkt nicht reif war. Das Gelände war überaus feucht. Wir konnten den Angriff nicht durchführen. Es ging auch nicht, wie gesagt worden ist, etwa nach 14 Tagen, sondern es mußten Wochen vergehen.

(Sachverständiger Dr. *Delbrück*: Nach 3 Wochen haben Sie es gemacht!)

Dann war es so weit. Aber im damaligen Zeitpunkt hätte man nichts erreichen können.

Sachverständiger Dr. *Delbrück*: Das ist auch nicht behauptet worden.

Berichterstatter Abg. Dr. *Deermann*: Ich habe gesagt: der Einwand der zu späten Zeit wäre nicht zutreffend gewesen, da man mit einem Angriff der Feinde nicht rechnete und also im April oder Anfang Mai auch noch die Zeit dafür gewesen wäre. Die Amerikaner waren dann auch noch nicht ein Hindernis. Es ist dann so wie so später im Mai und Juni zu weiteren Offensiven, die die Entscheidung bringen sollten, geschritten worden. Also war die Zeit nicht ausschlaggebend. Man hätte eben warten müssen, was man konnte.

Vertreter des Reichswehrministeriums Oberstleutnant *Otto v. Stülpnagel*: Über diese Frage kann man streiten. Tatsächlich ist General Ludendorff der Ansicht gewesen, daß kein Verzug ertragbar war.

Sachverständiger Dr. *Delbrück*: Das machen wir ihm zum Vorwurf; das war ein Irrtum.

Sachverständiger *v. Kuhl*: Ich gebe zu, ich persönlich bin der Vertreter des Angriffsgedankens in Flandern gewesen. Aber der General Ludendorff sagte mir immer: ich kann darauf nicht warten, können Sie mir garantieren, daß Sie jetzt im März angreifen? Das habe ich verneinen müssen. Und wenn man jetzt hinterher sagt: wir haben doch am 9. April in Flandern angegriffen, so kann man dem entgegnen: ja, das konnte man damals aber nicht wissen, es konnte erheblich anders kommen. Flandern ist ein sehr schwieriges Gelände. Ich muß die andere Ansicht von General Ludendorff als berechtigt anerkennen, und der Erfolg konnte allein entscheiden.

(Sachverständiger Dr. *Delbrück*: Das ist sehr selbstlos!)

Vertreter des Reichswehrministeriums Oberstleutnant *Otto v. Stülpnagel*: Aber Herr Geheimrat Delbrück, inwiefern kann man darüber heute eine Entscheidung fällen, daß es hätte anders kommen können? Wenn tatsächlich nach 8 Tagen von französischer Seite angegriffen worden wäre, hätte man gesagt: wir haben einen großen Irrtum begangen. Ich bitte Sie, wenn man sich über die Anlage von Schlachten entscheidet, kann man immer nur abwägen, ohne den Erfolg vorauszusehen.

Ich darf einen zweiten Punkt anführen, den der Berichterstatter vorgebracht hat. Er sagte, wir hätten den großen Fehler gemacht, daß wir starke Kräfte nicht auf Arras angesetzt hätten, sondern diese Kräfte der 18. Armee zugeführt hätten. Meine Herren, wer jemals bei Arras gewesen ist, weiß, wie unendlich

schwierig dieser Angriff bei Arras war. Wir waren von vornherein klar, daß bei Arras kein großer Erfolg erzielt werden würde.

Sachverständiger Dr. *Delbrück*: Der Angriff, der am 28. März gemacht worden ist, hätte durch eine andere Verteilung der Kräfte am 21. gemacht werden müssen. Die schwere Artillerie, die in so ungeheurem Maße bei der 18. Armee war, hätte von vornherein am 21. März bei Arras sein müssen. Das ist meine Ansicht.

Vertreter des Reichswehrministeriums Oberstleutnant *Otto v. Stülpnagel*: Das möchte ich aus Kenntnis der Tatsachen und des Geländes heraus bezweifeln.

(Sachverständiger Dr. *Delbrück*: Wenn es am 28. ging!)

— Der Angriff wäre so unendlich schwer gewesen, daß ich bezweifle, daß auch eine Zuführung schwerer Artillerie uns einen Vorteil hätte erringen können. Der Ansicht waren damals auch die Truppe vorn und alle Führer, die früher den Angriff im Arrasgelände gemacht haben. Sie kannten das Gelände genau, und aus dieser Auffassung heraus hat General Ludendorff die Kräfte bei der 18. Armee eingesetzt.

Berichterstatter Abg. Dr. *Deermann*: Die Grundidee der Operation war doch, nördlich der Somme anzugreifen und die 17. und 2. Armee den Vorstoß machen zu lassen, während die 18. Armee nur die Deckung ausüben sollte. Dann war dieser Grundgedanke in der Anlage nach Ihrer Ansicht falsch. Man hätte von vornherein das Hauptgewicht auf den Angriff südlich der Somme legen müssen. Dann hätte man diese Schwierigkeiten bei Arras umgangen. Herrn Prof. Dr. Delbrück und mir scheint doch eine gewisse Unstimmigkeit, ein gewisses Durchkreuzen der Anlage vorhanden gewesen zu sein, und darüber wollen wir gern aufgeklärt werden. Ich habe mich so bestimmt ausgedrückt, um damit die Aufklärung direkt zu provozieren.

Sachverständiger *v. Kuhl*: Ich kann darüber genau Auskunft geben. Ich gebe zu, daß hier eine gewisse Unstimmigkeit vorhanden ist. Die 18. Armee hatte den Auftrag, ursprünglich nur die Flanke des Angriffs zu decken, indem sie bis an die Somme und den Crozat-Kanal vorging. Der Angriff sollte von den beiden anderen Armeen gemacht werden, der 17. und 2. Armee. Ich habe das auch in meinem Gutachten nicht unterdrückt, daß dem meiner Ansicht nach die Kräfteverteilung nicht ganz entsprochen hat. Das kann ich auch nicht bestreiten, denn die Tatsache liegt vor: für diese Aufgabe der Defensive war die 18. Armee stark, und das ist dadurch gekommen, daß die 18. Armee nachher erklärte: ich werde die Aufgabe der Defensive am besten lösen, wenn ich mich nicht in der und der Linie bereitstelle, und ruhig stehenbleibe und die Franzosen an mir vorbeimarschieren lasse, die zur Unterstützung der Engländer abmarschieren, sondern ich gehe über den Crozat-Kanal und greife die Franzosen, die vorbeimarschieren, an; dazu muß ich aber stark sein, sagte die 18. Armee, und dieser Gedanke hat sich, wohl noch unterstützt durch die Heeresgruppe Deutscher Kronprinz, Bahn gebrochen. Wir hätten also wohl einige Divisionen dort sparen und auf dem rechten Flügel zur Verlängerung des Angriffs einsetzen können.

Die Verhältnisse bei Arras sind mir auch ganz genau bekannt. Der Angriff

bei Arras ist allerdings ungeheuer schwierig, aber er mußte gemacht werden, wenn man die nötige Breite für den Vorstoß der 17. und 2. Armee haben wollte, wenn man verhindern wollte, daß die 17. Armee mit dem rechten Flügel nicht bei Arras hängen blieb. Da hat uns vor allem die schwere Artillerie gefehlt, um den Angriff auch weiter nördlich der Scarpe zu verbreitern, so daß man Arras von beiden Seiten hätte angreifen können. Es hat hauptsächlich an der Artillerie gelegen. Die 18. Armee ist nicht so stark an Artillerie gewesen, wie es eben geschildert worden ist. Sie hat viel Artillerie gefordert, sie hatte eine ungeheure Rechnung aufgemacht, was sie an Artillerie brauchte. Davon ist ihr aber nur ein Teil bewilligt worden.

Sachverständiger Dr. *Delbrück*: Sie hatte mehr als die beiden anderen Armeen zusammen genommen.

(Sachverständiger *v. Kuhl*: Das ist ausgeschlossen!)

Das steht bei Wolfgang Förster!

(Sachverständiger *v. Kuhl*: Es ist ausgeschlossen!)

Dann würde ich dankbar sein, wenn das korrigiert würde. Ich habe die Seitenzahl von Förster zitiert.

Sachverständiger *v. Kuhl*: Ich werde mir das noch persönlich geben lassen. Aber so ist es nicht. Es hat an der schweren Artillerie gelegen. Divisionen hätten wir noch freimachen können. Die Verschiebung ist so gekommen, wie ich es eben erzählt habe. Meiner Ansicht nach — da bin ich allerdings nicht ganz in Übereinstimmung — hätte man den Angriff rechts bei Arras verlängern müssen, und das wollten wir auch. Aber, wie gesagt, es fehlten die Kräfte dazu. Wenn wir Arras selbst nicht angreifen konnten, mußten wir den Punkt von beiden Seiten angreifen, und dazu fehlte uns allerdings vor allem die Artillerie, und ohne schwere Artillerie war das unmöglich. Wir hätten sie in großer Stärke brauchen müssen, weil Arras eben ein sehr starker Punkt war. So ist das gekommen. Divisionen hatten wir genügend zur Verfügung.

Nach kurzer geschäftlicher Aussprache über die weitere Behandlung der Referate und den Termin der nächsten Sitzungen erhält Sachverständiger *Katzenstein* das Wort zur Begründung eines Antrages, Zeugen über die von ihm behandelten Tatfragen zu vernehmen. Er führt dazu aus, sein Gutachten werde sehr kurz sein und aus einer Reihe von zahlenmäßig aneinandergehefteten Sätzen bestehen, zu denen die Belege im Anhang unter Anmerkung hinzugefügt würden. Auch die Belege würden so zusammengefaßt und ausgewählt, daß das ganze Gutachten räumlich wenig ausgedehnt sei. Das ergebe sich schon daraus, daß der Stoff ein so umfassender sei, daß er zur gründlichen und erschöpfenden Behandlung die Fähigkeit eines einzelnen übersteige. Eine in die Breite gehende Darstellung sei nicht am Platze. „Da, trotz aller Bemühungen einer unparteiischen und eindringenden Beurteilung, die Darstellung so umfassender und verwickelter Dinge für einen einzelnen notwendig das Wesen der Unzulänglichkeit und einer persönlichen Färbung an sich hat, ergibt sich die Notwendigkeit, die Ergänzung durch persönliche Vernehmungen a) von ausgewählten Kriegsteilnehmern, an deren Sachkenntnis und Urteilsfähigkeit kein Zweifel ist, in erster Linie Abgeordneten und Verfassern von Schriften

über den Krieg, b) von solchen Vertrauensmännern, die in besonderem Grade Darstellungen der Feldsoldaten, sei es als Abgeordnete oder Schriftsteller, bearbeitet haben. Ihre Vernehmung hätte sich auf Feststellung bedeutsamer Einzeltatsachen und auf die allgemeine Beurteilung der hier behandelten Fragen zu erstrecken."

Es gebe eine Anzahl von Kriegsteilnehmern, die als Abgeordnete sehr eingehend an den Verhandlungen über diese Kriegsfragen teilgenommen, Tatsachen mitgeteilt und Urteile gefällt hätten, wie die Abgeordneten v. Graefe, Nehbel, Dr. Haas, Davidsohn; andere hätten mit Kriegsteilnehmern in engster Fühlung gestanden, ein reiches Material gesammelt und verarbeitet, zum Teil bereits während des Krieges, so die Abgeordneten Lambach, Gothein, Stücklen, ferner Prof. Kantorowicz, Generalmajor v. Wrisberg. Aus diesen Vorschlägen ergebe sich, daß alle Parteirichtungen vertreten seien, und daß dadurch die Gewähr für eine objektive Behandlung und Erforschung der Tatsachen gegeben sei.

Der Vorsitzende Abg. D. Dr. *Kahl* äußert Bedenken gegen die Anregung des Sachverständigen Katzenstein. Das von diesem behandelte Problem könne in der dem Ausschuß zur Verfügung stehenden Zeit und mit den ihm zur Verfügung stehenden Mitteln und Kräften überhaupt nicht gelöst werden. Wenn man der Wahrheit auch nur nahekommen wolle, müsse man eine Zeit aufwenden, die in gar keinem Verhältnis zu dem stehe, was der Ausschuß bewältigen könne.

Der Vorsitzende stellt deshalb den *Antrag*, die vom Sachverständigen Katzenstein behandelten Fragen aus den vom Ausschuß zu lösenden Aufgaben auszuscheiden. Der Ausschuß sei Herrn Katzenstein für die Vorarbeit dankbar, aber gerade diese Arbeiten führten zu dem Ergebnis, daß die Lösung des Problems für den Ausschuß unmöglich sei. Der Ausschuß werde seinen Beschluß bei der Erstattung des Rechenschaftsberichts an den Gesamtausschuß rechtfertigen.

Sachverständiger Dr. *Delbrück* schließt sich als Korreferent der Auffassung des Vorsitzenden an.

Sachverständiger *Katzenstein*: Es sei nicht so unmöglich, wie es der Vorsitzende ausgeführt habe, Ergebnisse, die der Wahrheit dienen und sie in der Hauptsache auch ermitteln, zu erzielen. Die Frage, ob Rückschläge in der Kriegführung auch auf Mißstände im Heere zurückzuführen seien, könne nach dem vorliegenden Material mit ziemlicher Bestimmtheit beantwortet werden.

Der Sachverständige erklärt, sie bejahend zu beantworten, womit aber noch kein endgültiges Ergebnis erzielt sei. Wenn eine Anzahl sachkundiger Beurteiler vom Ausschuß vernommen würden, so werde dieser ein Urteil fällen können, das zwar nicht jede Einzelheit aufdecke, aber doch den Zusammenhang mit ziemlicher Sicherheit klarlegen könne.

Abgeordneter Dr. *Philipp* stimmt dem Vorschlage des Vorsitzenden zu, ebenso die Abgeordneten Dr. Spahn und Dr. Deermann.

Vorsitzender Abg. D. Dr. *Kahl* stellt fest, daß, nachdem die anwesenden Ausschußmitglieder sich ablehnend ausgesprochen haben, die Frage entschieden ist.

Sitzung, Dienstag, den 5. Februar 1924

Fortsetzung der Aussprache über den Bericht des Abg. Dr. Deermann

Vor Eintritt in die Tagesordnung führt Abg. Dr. *Philipp* aus: Herr Geheimrat Dr. Delbrück hat gelegentlich erwähnt, daß auch von konservativer Seite zugegeben worden sei, die O.H.L. habe in unverantwortlicher Weise gelogen. Diese Behauptung wurde mit dem Hinweis begründet, daß in einer Sitzung der konservativen Partei der Abg. v. Heydebrand einen Zusammenbruch erlebt habe. Ich habe mich mit Herrn v. Heydebrand in Verbindung gesetzt. Er hat mir folgendes über das, was die konservative Fraktion damals mit dem General Ludendorff und der O.H.L. besprochen habe, geschrieben:

„General Ludendorff und die O.H.L. haben der Führung der konservativen Partei mit der durch die Kriegsverhältnisse gebotenen Reserve stets loyale Aufklärung über die jeweilige militärische Lage gegeben. Daß sie dabei in mancher Hinsicht menschlichen und militärischen Irrtümern unterworfen waren, ist nicht zu leugnen und hat naturgemäß auch unser Urteil beeinflußt. Doch kann von einem Zusammenbruch unserer moralischen Gesamtauffassung in der von Delbrück jetzt geschilderten theatralischen Weise nicht die Rede sein. Wenn ich mich nicht irre, sind seiner Zeit auch ähnliche Sensationsnachrichten in der Presse dementiert worden."

Ich hatte später Gelegenheit, noch mit verschiedenen Mitgliedern der konservativen Fraktion des Reichstags zu sprechen, sie versicherten mir alle, daß ihnen von einem solchen Zusammenbruch und dem Eindruck, daß die O.H.L. gelogen habe, nichts bekannt sei. Ich berufe mich auf Herrn Arnstadt, einem Herrn, der sich mit den Dingen vielleicht weniger beschäftigt hat, ihnen also ganz unbefangen gegenüberstand, außerdem auf den Grafen Westarp.

Graf Westarp hat mich dabei darauf hingewiesen, daß er in seiner Schrift „Die Regierung des Prinzen Max von Baden und die konservative Partei" auch darauf hingewiesen hat, daß diese Sensationsnachrichten falsch sind. — Einen Sonderabdruck aus der „Konservativen Monatsschrift" vom Jahre 1921 stelle ich hiermit Herrn Dr. Delbrück gern zur Durchsicht zur Verfügung.

Sachverständiger Dr. *Delbrück*: Ich habe nicht von einem Zusammenbruch der Auffassung, sondern von einem Zusammenbruch des Herrn v. Heydebrand gesprochen, der unter der Erschütterung dieser fürchterlichen Enthüllung in der Fraktion zusammengebrochen ist — eine Art Verzweiflung, wie sie uns alle ergriffen hat, was nicht etwa ein Vorwurf sein sollte. So ist damals erzählt worden.

In der Fortsetzung der Besprechung über den Bericht des Abg. Dr. Deermann über die Gutachten der Sachverständigen General v. Kuhl, II. Teil, und Prof. Delbrück, II. Teil, erhält zunächst das Wort Sachverständiger *v. Kuhl*:

Die Verhandlungen nähern sich ja jetzt ihrem Ende, ich möchte daher noch einmal meinen Standpunkt im Gegensatz zu einigen anderen Referaten klarlegen. Der Herr Berichterstatter sagt in seinem Bericht, sein Ziel wäre „Die

Erkenntnis der historischen Wahrheit ohne Rücksicht und in möglichst weitem Umfange, damit das deutsche Volk sich selbst und seine Führer erkennt und Tatsachen sehen und würdigen lernt." Das ist eine sehr schwierige Aufgabe. Es ist ungeheuer schwer, die Kriegführung im Jahre 1918 endgültig zu beurteilen. Ich habe mir schon wiederholt erlaubt, darauf aufmerksam zu machen, daß man gut tut, sich starker Ausdrücke zu enthalten und nicht von einer „unsinnigen Kriegführung" zu sprechen oder gar persönlich den Charakter des Generals Ludendorff anzugreifen, wie es hier in der schärfsten Form wiederholt geschehen ist, indem von „Hinterhältigkeit" sowie davon gesprochen worden ist, daß er das Vaterland seinem Ehrgeiz geopfert hätte. Ich habe mir wiederholt erlaubt, den schärfsten Widerspruch dagegen auszusprechen, und möchte das zum Schluß noch einmal tun. Wir nehmen doch eine große Verantwortung auf uns mit dem, was wir hier abschließend äußern werden. Ich weiß nicht, ob es nötig ist, vor der ganzen Welt unsere Heerführer in dieser Weise herabzusetzen.

Die Kriegführung an sich ist außerordentlich schwer allgemein zu beurteilen, wie jeder weiß, der sich viel mit Kriegsgeschichte befaßt hat. Ganz besonders aber sind über das Jahr 1918 so viele strittige Fragen vorhanden, daß es nach meiner Ansicht nur in seltenen Fällen möglich ist zu sagen: das war falsch und das war richtig, geschweige denn, daß man sagt: das war unsinnig. Unsinnig ist selten etwas im Kriege. Geht man — das haben erfahrene Kriegshistoriker gesagt — der Sache etwas näher auf den Grund und prüft, wovon die Führer ausgegangen sind, welche Absichten und Gedanken sie gehabt haben, so kommt man immer dahinter, daß sie etwas Verständiges gedacht haben. Lediglich nach dem Erfolg zu urteilen, daß wir den Krieg verloren haben, lediglich danach auch unsere Führer zu verurteilen, halte ich für unbedingt ungerecht. Es liegen eine ganze Menge Gründe vor, die unseren Zusammenbruch verursacht haben. Zweifellos haben wir militärisch auch Fehler gemacht, und ich bitte, mir den Feldherrn namhaft zu machen, dem man keine schweren Fehler nachweisen kann, einschließlich Friedrich den Großen und Napoleon. Daher werden wir uns hüten, gleich von Unsinnigkeit usw. zu sprechen.

Ich habe meine Ansicht in meinem Gutachten ganz ausführlich begründet und kann in den meisten Punkten nichts mehr hinzusetzen. Wenn andere Herren zu einem anderen Urteil kommen, so kann ich das hiernach nicht mehr verhindern.

Über die Friedenswilligkeit und Friedensmöglichkeit zu sprechen, kann ich unterlassen. Das war nicht meine Aufgabe; das wird ja auch von anderer Seite geprüft. Ich persönlich kann nur feststellen, daß wir damals — die O.H.L. und wir anderen, die an höherer Stelle standen — felsenfest überzeugt waren, daß ein Friede auf dem Status quo ante — denn das verstehe ich unter einem Verständigungsfrieden — im Frühjahr 1918 unter keinen Umständen zu erreichen war. Unsere Gegner glaubten, ihrer Sache sicher zu sein, wie jetzt auch aus allen Veröffentlichungen hervorgeht. Sie warteten auf die Amerikaner, und sie warteten auf die ungeheuren Bestellungen von Material, Artillerie, Tanks usw., die sie seit längerer Zeit in Auftrag gegeben hatten und die alle im Früh-

jahr oder Sommer 1918 fertig werden sollten. Damit — wie klar von der französischen O.H.L. ausgesprochen worden ist — glaubten sie, der Überlegenheit sicher zu sein und den Sieg erringen zu können.

Insbesondere möchte ich bestreiten, was der Herr Berichterstatter auf S. 161 sagt, daß nach den März- und April-Offensiven ein deutsches Friedensangebot Aussicht auf Erfolg gehabt hätte. Um diese Zeit glaube ich es noch weniger als vor unserer Offensive. Nachdem wir im März nicht durchgebrochen waren und auch im April nicht, war keine Aussicht auf einen Verständigungsfrieden.

Der Herr Berichterstatter — ich greife nur einzelne Punkte heraus und kann das Große und Ganze nicht wiederholen — sagt, die Zerschmetterung des Feindes wäre nur durch einen Glücksfall zu erreichen gewesen, und es wäre mehr als kühn gewesen, alles auf diese eine Karte zu setzen und diese Karte auszuspielen. Wenn wir Friedrich dem Großen und Napoleon nachgehen, so werden wir zahlreiche Fälle finden, wo sie auch alles auf eine Karte gesetzt haben, und auch, wo die Karte fehlschlug. Dann ist gegen die März-Offensive gesagt worden, wir wären dem Feinde nur in der artilleristischen Überraschung überlegen gewesen. Das muß ich bestreiten. Unser ganzes Angriffsverfahren war in der sorgfältigsten Weise ausgearbeitet — ich darf in dem Punkte auf die eingehenden Ausführungen in meinem Gutachten hinweisen. Diese sehr sorgfältige Vorbereitung, die meiner Ansicht nach das Glänzendste gewesen ist, was organisatorisch im Feldzug geleistet worden ist, war so ausgezeichnet, daß wir sehr wohl auf einen Erfolg, auch auf einen strategischen Erfolg, rechnen konnten. Dabei haben wir nicht allein unseren Erfolg auf die artilleristische Überraschung aufgebaut; es war dies nur einer von den vielen Punkten, die wir uns überlegt hatten und auf die wir gebaut haben. Wir haben aber auch noch unendlich viel andere Dinge vorbereitet: wir haben ein sorgfältiges System der Täuschung vorbereitet und durchgeführt, um den Feind auch an anderen Stellen über unsere Angriffsabsichten irrezuleiten. Bekanntlich ist uns das am 21. März glänzend gelungen, und zwar nicht bloß bei den Franzosen, sondern auch bei den Engländern, was hier bestritten worden ist.

Abg. Dr. *Deermann*: Darauf kommt es hier sehr an. Also auch bei Arras am rechten Flügel?

Sachverständiger *v. Kuhl*: Bei dem großen Angriff. Die Engländer haben tatsächlich ihre Reserven auf dem linken Flügel, d. h. im Norden, in Flandern, und hinter der Mitte gehabt, und der Feldmarschall Haig hat uns in seinen Ausführungen klar dargelegt, weshalb er das getan hätte, obwohl die Nachrichten über unseren bevorstehenden Angriff bei St.-Quentin kamen. Er hat es nicht gewagt, seine Kräfte auf den rechten Flügel zu ziehen, weil wir ihm immer auch in Flandern mit einem Angriff gedroht haben, weil wir in Flandern ein ganz sorgfältig ausgearbeitetes Täuschungssystem angewandt haben. Ich habe mir erlaubt, das in meinem Gutachten ausführlich auseinanderzusetzen. Wir haben auch Truppen dazu verwendet. Wir haben den ganzen Aufbau zum Angriff darzustellen versucht. Wir haben mit Funkentelegraphie, mit allen möglichen Mitteln dem Feinde einen Angriff vorgetäuscht. Das ist aber nur eins von den Mitteln gewesen. So könnte ich eine ganze Reihe von Dingen an-

führen, die uns das Zutrauen gegeben haben, daß wir mit unserem Angriff am 21. März Erfolg haben würden. Ich kann aber immer wieder nur darauf verweisen, daß das alles ausführlich in meinem Gutachten steht.

Berichterstatter Abg. Dr. *Deermann*: Darf ich hier eine Zwischenfrage stellen? Ihre Ausführungen sind mir außerordentlich wertvoll. Mir war das unklar geblieben. Denn die Nachrichten hatten die Engländer ja wohl zum Teil bekommen; sie hatten etwas über die Offensive erfahren, über die Zeit und auch über die Örtlichkeit, wo sie nachher erfolgt ist. Sie waren sich also demnach nur nicht klar darüber, ob diese Nachrichten richtig waren, und haben daher nicht die Konsequenzen aus den Beobachtungen gezogen, die sie bei Arras und südlich Arras gemacht hatten. Das wollen Sie sagen?

Sachverständiger *v. Kuhl*: Nachrichten kommen im Kriege zahllos. Steht jemand in der Verteidigung, so bekommt er die Nachricht: bei Belfort oder bei Arras wird angegriffen. Der Angreifer setzt auch absichtlich Nachrichten in die Welt durch Agenten, um den Feind zu täuschen und so ist hier weder auf englischer noch auf französischer Seite volle Klarheit gewesen. Haig hat Nachrichten gehabt über den bevorstehenden Angriff, allerdings ziemlich spät, so daß er dann die Reserven gar nicht mehr so rechtzeitig verschieben konnte.

(Abg. Dr. *Moses*: Diese Methode ist bei allen gleich gültig?)

— Das haben wir überall gemacht, auch die Feinde haben es getan. Wenn man angreift, täuscht man an einer möglichst weit entfernt liegenden Stelle mit allen Mitteln den Feind. Das beste und zweckmäßigste ist, man greift an einer anderen Stelle an, man täuscht nicht nur, sondern man führt an einer anderen Stelle einen wirklichen Nebenangriff aus, zieht die feindlichen Reserven dorthin, und greift dann an der Hauptstelle an. Das haben wir am 21. März auch gewollt, aber nicht die Kräfte dazu gehabt, und wir haben uns in Flandern und anderwärts auf einen großen Täuschungsversuch beschränken müssen. Ich habe bis jetzt nur von den Engländern gesprochen. Daß aber auch die Franzosen getäuscht worden sind, habe ich in meinem Gutachten nachgewiesen. Die Franzosen befanden sich noch, nachdem schon bei St.-Quentin gekämpft wurde, im unklaren darüber, ob wir nicht bei Reims angriffen.

Sachverständiger Dr. *Delbrück*: Ich kann nicht finden, daß das, was Exzellenz *v. Kuhl* eben ausgeführt hat, etwas verändert. Es steht virtuell, praktisch schon in seinem Gutachten.

(Sachverständiger *v. Kuhl*: Das sage ich ja auch!)

— Daraus habe ich nur entnommen und wiedergegeben in Verbindung mit der englischen Nachrichtenquelle, daß die Engländer es sehr wohl gewußt haben, daß sie an dieser Stelle, in der Gegend von St.-Quentin — auch ziemlich genau den Tag — angegriffen würden. Die Franzosen allerdings nicht! Der Fehler lag nicht daran, daß unsere glänzenden Überraschungsvorbereitungen — zur Überraschung gehören diese glänzenden Vorbereitungen; das ist nur Ausführung des Begriffs der Überraschung — bei den Engländern insofern nicht von Erfolg gewesen sind, als sie doch auf den Angriff gefaßt waren. Aber sie haben nicht die richtigen Gegenmaßregeln getroffen, weil sie mit den Franzosen jenes merkwürdige gegenseitige Abkommen getroffen hatten, daß erst in einer gewissen

Zahl von Tagen, die sie viel zu lang bemessen hatten, die Franzosen Hilfe bringen sollten. Daran ist die Verteidigung der Engländer gescheitert: an dem schlechten Zusammenwirken des französischen und englischen Oberkommandos, das so merkwürdig zuversichtlich war: wir werden es schon rechtzeitig erfahren und 5—6 Tage haben wir dann Zeit. Darauf war alles abgestellt, und dann kam die glänzende Ausführung, und die Überraschung kam mit so ungeheurer Wucht! Darüber sind wir ganz einig.

Sachverständiger *v. Kuhl*: Haig hat Nachrichten gehabt. Nachrichten bekommen wir im Kriege außerordentlich viel. Niemals oder fast nie wird der Verteidiger aber sicher sein, daß die Nachricht richtig ist. Haig hat es auch nicht mit Sicherheit gewußt, und er hat auch immer noch einen Angriff in Flandern erwartet, und weil er auf diesen Angriff wartete, und weil er dort getäuscht worden ist, hat er nicht gewagt, seine Reserven dort wegzuziehen, sondern hat sie trotz der eingehenden Nachrichten, die aber auch von Flandern eingingen, am linken Flügel und in der Mitte gelassen. Er hat gesagt: hier in Flandern kann auch ein Angriff kommen, und wenn er kommt, bin ich verloren! — Das haben wir alles vorher sorgfältig berechnet und in Rechnung gestellt. Wir haben also dabei ganz richtig gerechnet, und das ist ein großes Verdienst der Heeresleitung gewesen.

Berichterstatter Abg. Dr. *Deermann*: Ich muß doch anerkennen, was Exzellenz v. Kuhl eben gesagt hat. Ich bin ihm für die Aufklärung sehr verbunden.

Sachverständiger Dr. *Delbrück*: Ich finde keine wesentliche Differenz darin.

Sachverständiger *v. Kuhl*: Herr Geheimrat Delbrück will es immer so darstellen, als ob Haig gewußt habe, wo wir angriffen, er habe aber aus bestimmten Gründen doch nicht seine Reserven dort hingeschickt. Ich behaupte: er hat verschiedene Nachrichten gehabt, aber nicht mit Sicherheit gewußt, daß der Angriff dort kam. Er hat auch Nachrichten über einen Angriff in Flandern gehabt und seine Reserven nicht weggezogen. Das ist ein Unterschied!

Dann muß ich dem Herrn Berichterstatter auch widersprechen, wenn er mehrfach sagt, wir hätten unseren Angriff dadurch abgeschwächt, daß wir gleichzeitig Vorbereitungen für mehrere Angriffe getroffen hätten. Wir hätten also gleichzeitig mit dem März-Angriff auch den Georg I und Georg II bei Armentières und Ypern vorbereitet und dadurch die Kraft des Angriffs am 21. März geschwächt. Das ist nicht richtig. Ich habe mir erlaubt, schon das vorige Mal darauf hinzuweisen: wir konnten, wenn wir im März bei St.-Quentin unsere Hauptkräfte zusammenfaßten, doch nicht die übrigen Fronten entblößen. Es ist sorgfältig berechnet worden, welche Reserven hinter jeder anderen Armee zurückbleiben mußten, weil der Gegner irgendwo einen Gegenangriff, einen Entlastungsangriff machen konnte. Auch konnten wir keine Armee von schwerer Artillerie völlig entblößen. Ein Mindestmaß davon mußte überall bleiben. Wir haben also durch die gleichzeitige Vorbereitung von Georg I und vom Michael-Angriff, wie ich aufs bestimmteste versichern kann, den Michael nicht geschwächt. Wir haben tatsächlich alles für den Michael-Angriff zusammengezogen, was wir irgendwie zusammenbringen konnten. Die Vorbereitungen für den Georg-Angriff die wir gleichzeitig mit dem Michael-Angriff gemacht haben,

sind zum großen Teil theoretischer Natur; sie bestehen in vielen Arbeiten und Ausführungen, die man sehr wohl nebenher betreiben kann. Das im einzelnen hier auszuführen, würde zu sehr ins Einzelne führen. Z. B. wird die Vorbereitung für den ganzen Einsatz der Artillerie gemacht, indem jede einzelne Batteriestellung vermessen und vorbereitet wird, die Vorbereitung für die Munition usw., die ganze Einteilung in Abschnitte, das Vorbereiten des Fernsprechnetzes und der Verbindungen — das alles sind Dinge, die man für einen Angriff vorbereitet, ohne daß man schon die Divisionen und die schwere Artillerie selbst dahin stellt. Es war so geplant, daß wir, wenn wir im März den Angriff durchgeführt hatten, die schwere Artillerie, sobald sie entbehrlich wurde, nach Flandern hinauffuhren und in sorgfältig vorbereitete Batteriestellungen einsetzen. Man braucht ja die gesamte schwere Artillerie, die man beim ersten Angriff einsetzt, nicht mehr bei der Fortsetzung des Angriffs. Wenn der große Schlag gefallen ist, die Stellungen durchbrochen sind, ist ein großer Teil der schweren Artillerie entbehrlich und kann wegfahren.

Berichterstatter Abg. Dr. *Deermann:* Ihre Ausführungen, Exzellenz v. Kuhl, haben mich natürlich überzeugt; ich kann Ihnen folgen und tue es gern. — Die Frage, die ich noch zu stellen habe, ist die: waren auch die Kolonnen, die Transportmittel, nicht geteilt worden? Transportkolonnen waren ja im größten Umfange nötig und leider immer verhältnismäßig knapp bei der ersten Offensive. Wurden nun diese beweglichen Kolonnen schon bei der Vorbereitung vom Georg I und II außer den Kolonnen, die natürlich jeder Abschnitt haben muß, herangezogen oder nicht? Waren dafür Spezialkolonnen, wenn ich so sagen soll, eingesetzt, oder nur die notwendigen Kolonnen jedes Abschnittes?

Sachverständiger *v. Kuhl*: Die Kolonnen spielten bei der Angriffsvorbereitung eine große Rolle. Schwere Artillerie, Flugzeuge und Kolonnen, das waren die Hauptdinge beim Angriff, und wir hatten nur eine beschränkte Anzahl von Kolonnen. Die Vorbereitung von St. Georg hat keine Kolonne mehr in Anspruch genommen, als absolut für den gewöhnlichen Verkehr notwendig war. Alles, was irgendwie entbehrlich war, haben wir herangezogen.

Berichterstatter Abg. Dr. *Deermann*: Dann darf ich zu den anderen Offensiven noch einiges sagen! So überzeugend hier die Ausführungen sind, so habe ich noch Zweifel, ob nicht z. B. bei der Vorbereitung der letzten Juli-Offensive und der gleichzeitigen Vorbereitung des Hagen-Angriffs Kräftezerteilungen stattgefunden haben. Es sind doch, wie auch in Ihrem Gutachten steht, Truppen- und Kampfmittel nachträglich noch von der Hagen-Front weggezogen und nach Reims gebracht worden, als man sah, daß dort die Mittel nicht reichen würden. Dasselbe ist, glaube ich, wenn auch nicht in dem Umfange, so doch schon zu einem Teil für die Mai-Offensive an der Vesle geschehen. Ist da nicht vielleicht die Zersplitterung eher deutlich? Ich bin erst bei der Bearbeitung dieses Abschnitts auf den Gedanken mehr eingegangen. Ich hatte ihn ja schon früher bei Prof. Delbrück gelesen und habe mir alles rückwärts noch einmal überlegt und habe dann meine Stellungnahme mit Absicht derart pointiert vorgetragen, um diese wichtige Frage hier zur klärenden Aussprache zu bringen. *Meine Stellungnahme hier wie an verschiedenen anderen Stellen meines Berichtes*

konnte und sollte nur eine vorläufige, für die Aussprache im Ausschuß mit den Herren Sachverständigen berechnete sein, wie ich schon allgemein bei Erstattung meines Berichtes betonte.

Sachverständiger *v. Kuhl*: Dann darf ich das an dem Beispiel des Juli-Angriffes klarmachen. Der Juli-Angriff sollte nur eine Ablenkung sein. Inzwischen wurde der große Flandernangriff, den wir mit dem Namen Hagen bezeichnen, vorbereitet, und zwar in derselben Weise, wie ich vorhin schon die gleichzeitige Vorbereitung des anderen Angriffs geschildert habe. Im übrigen habe ich gerade diese Verhältnisse ganz eingehend in meinem Gutachten bearbeitet, um darzulegen, wieweit unsere Kräfte reichten, und worin die Schwierigkeiten lagen. Ich habe gerade auf das Umgruppieren vom Juli-Angriff zum Hagen, so wie wir es gedacht haben, den größten Wert gelegt, um zu zeigen, wie es hätte gemacht werden können, und welche Schwierigkeiten dem entgegenstanden. Wir haben gewiß Divisionen gehabt, die für den Hagen-Angriff bereitstanden; das waren aber Divisionen, die aus der Front herausgezogen wurden und nun sich ausruhen und ausbilden sollten für den Hagen-Angriff. Wir hatten für den 15. Juli bei Reims Divisionen genug. Sie standen bereit, und wir waren auch in der Lage, außerdem in Flandern aus der Front Divisionen herauszuziehen, die für den späteren Hagen-Angriff gebraucht werden sollten. Sie waren natürlich nicht sofort verwendbar. Divisionen aus der Stellung herauszuziehen, sie mit allem, was zur Beweglichkeit notwendig war, auszustatten, mit Pferden, Fahrzeugen usw., ihnen Ersatz zu geben und ihnen Gelegenheit zu bieten, den Ersatz mit den alten Mannschaften zu verschmelzen, die Leute auszuruhen und sie im Angriffskrieg vorzubilden, das alles dauert eine gewisse Zeit; das war die Zeit, die wir brauchten, während der Juli-Angriff gemacht wurde. Dann wären die Hagen-Divisionen etwa im August für den Angriff bereit gewesen. Nun mißlang der Reims-Angriff. Da haben wir sofort von den für den Hagen-Angriff bereitgestellten Divisionen eine Anzahl nehmen müssen, so gut oder so schlecht sie waren, und sie nach der Gegend von Reims hinunterfahren müssen, um die Lage dort wiederherzustellen.

Berichterstatter Abg. Dr. *Deermann*: War das ursprünglich nicht beabsichtigt, und ist es erst durch den Fehlschlag hervorgerufen?

Sachverständiger *v. Kuhl*: Das ist durch die Lage entstanden. Der Hagen-Angriff wurde ja dann auch aufgegeben.

Berichterstatter Abg. Dr. *Deermann*: Ich möchte dann noch auf eine Grundfrage kommen, nämlich den Wetzellschen Operationsplan, hier ablenkend anzugreifen und danach dort entscheidend anzugreifen. Das ist ja die Idee von Oberst Wetzell gewesen. Die Frage muß doch lauten: haben wir die Kräfte dazu gehabt? Der Streitpunkt bei diesem Plan ist dann überhaupt der, ob sich der Plan angesichts unserer Ersatzlage, unserer Bewegungsmittel usw. durchführen ließ. Diese Frage wird wohl immer eine Streitfrage bleiben: hätte man den Wetzellschen Plan durchführen sollen oder nicht?

Sachverständiger Exzellenz *v. Kuhl*: Ich darf dazu sagen: das richtige wäre gewesen, wir hätten zuerst einen Ablenkungsangriff gemacht und möglichst schnell hinterher den Hauptangriff. Dazu braucht man gesonderte Kräfte.

da kann man nicht umgruppieren. Wenn ich einen Ablenkungsangriff mache, muß ich Artillerie und Divisionen dafür bereithalten und gleichzeitig für den unmittelbar anschließenden Hauptangriff Artillerie, Flieger, Kolonnen usw. auch noch. Dazu waren wir nicht stark genug. Nun hätte man es durch Umgruppieren machen können. Das war der Gedanke von Oberst Wetzell, der sagt: wir greifen bei St.-Quentin an, aber nur mit einem beschränkten Ziel dann gruppieren wir sofort um nach Flandern und greifen dort an. Dieses schnelle Umgruppieren haben wir schließlich auch gemacht, nachdem der Angriff im März steckenblieb; wir haben damals nach Flandern umgruppiert. Ich habe aber in meinem Gutachten nachgewiesen, daß wir eben doch nicht in der Lage waren, so schnell nach dem Angriff bei St.-Quentin, der nun doch über die Grenzen eines Ablenkungsangriffes weit hinausging und auch im Wetzellschen Sinne schon ein großes Ziel hatte, sofort umzugruppieren und gleichzeitig mit starken Kräften in Flandern anzugreifen. Dazu waren wir nicht stark genug. Das ist damals auch alles erörtert worden. Wir haben leider immer, wenn wir wirklich einen großen neuen Angriff machen mußten, Zeit nötig gehabt, um die notwendigen Divisionen bereitzustellen, sie auszuruhen und vorzubereiten, wie ich es eben geschildert habe, die Artillerie wieder umzugruppieren. Die Artillerie kann auch nicht so ununterbrochen von einer Stelle zur anderen versetzt werden und arbeiten, ebensowenig die Flieger. Das Umgruppieren erfordert Zeit. Will man einen Ablenkungsangriff machen, dem der große Angriff schnell folgen soll, muß man für beides die Kräfte bereit haben. Das ist meine Ansicht damals gewesen, und dieser Ansicht bin ich auch heute noch.

Sachverständiger Dr. *Delbrück*: Zu diesen Fragen, was die Ausstattung mit Artillerie beim ersten Aufmarsch betrifft, habe ich noch folgende Anmerkung meinem Gutachten hinzugefügt, die ich hier vortragen muß, damit sie nicht übersehen wird: nach einer Auskunft von Exzellenz v. Kuhl.

Sachverständiger *v. Kuhl*: Ich darf dazu etwas sagen. Die Artillerieverteilung und die Kräfteverteilung an Divisionen beim März-Angriff ist ja vielfach angegriffen worden. In der letzten Sitzung wurde hier — ich glaube, von Herrn Geheimrat Delbrück — geäußert, die 18. Armee habe so viel schwere Artillerie gehabt wie die beiden anderen Armeen zusammen. Das trifft nur insofern zu, als die schwerste Artillerie gemeint ist. Das sind die ganz weittragenden schwersten Kaliber, die nicht zu der eigentlichen Vorbereitung des Angriffs dienen, sondern die den Zweck haben, weithin zu flankieren, weithin Bahnhöfe, Stabsquartiere und dergleichen zu beschießen, um den Verkehr weit hinter der Front zu unterbrechen. Für die eigentliche Vorbereitung des Angriffs dient hauptsächlich die schwere Artillerie, nicht die schwerste. Im ganzen hatten wir, wenn ich nicht irre, damals 1700 Batterien für den Angriff, und die ganze schwerste Artillerie bestand aus 28 Batterien. Man sieht also daraus, wie wenig Bedeutung diese schwersten Batterien für die Vorbereitung des Angriffs hatten. Mit diesen schwersten Batterien ist allerdings die 18. Armee erheblich stärker ausgestattet gewesen als die beiden anderen Armeen, und zwar aus dem angegebenen Grunde, teils um flankierend hinüber zu wirken, teils um weithin den Verkehr hinter der Front zu unterbrechen, wo wir damit rechnen mußten,

daß die Franzosen dort vorbeifuhren, um die Engländer zu unterstützen. Ich glaube also, aus dieser Verteilung der 28 Batterien im Verhältnis zu den 1700 Angriffsbatterien kann man keine großen Schlüsse ziehen.

Nun ist ja auch die Kräfteverteilung im übrigen zwischen den einzelnen Armeen hier besprochen worden. Tatsächlich verhielt es sich so: wir hätten den Angriff sehr gern nach rechts bei Arras verbreitert, weil sonst die 17. Armee, die auf dem rechten Angriffsflügel war und deren rechter Flügel südlich Arras vorgehen sollte, leicht mit dem rechten Flügel an den starken Stellungen von Arras hängen bleiben konnte — wie es auch gekommen ist. Wir hätten also sehr gern weiter nördlich Arras umfassend auch nördlich der Scarpe angegriffen. Dazu fehlte es an schwerer Artillerie. Divisionen hätten wir verfügbar machen können, aber nicht schwere Artillerie. Wir haben deshalb zuerst den Angriff am 21. März gemacht und dann später erst die schwere Artillerie für den Angriff bei Arras zu gewinnen gesucht. Nun war nachher natürlich der Angriff bei Arras, der an sich schon außerordentlich schwer war, um so schwieriger geworden, als inzwischen die englischen Reserven herangekommen waren. Nun ist aber gesagt worden, die 18. Armee wäre von vornherein nicht bloß an schwerster, sondern überhaupt an schwerer Artillerie zu stark gemacht worden. Die 18. Armee hat allerdings eine sehr große Rechnung aufgemacht und sehr viel schwere Artillerie verlangt; sie ist ihr aber nicht zugestanden worden. Sie hat übrigens nicht bloß eine defensive Aufgabe gehabt, wie eben gesagt worden ist, sondern sie mußte zunächst die feindlichen Stellungen auf sehr breiter Front durchbrechen, ebensogut wie die anderen Armeen, und mußte dann bis zur Somme und zum Crozat-Kanal vordringen. Diese Aufgabe hat sie auch durchgeführt. Dann sollte sie dort eine Verteidigungsflanke bilden. Das ist richtig. Die schwere Artillerie, die sie nun bekommen hat, ist für die große und breite Front, die sie innehatte, kaum übermäßig stark gewesen. Wenn man es in Kilometern nachrechnet, ist die Angriffsfront der 18. Armee außerordentlich breit, breiter als die der 17. z. B. Man kann also wohl kaum sagen, daß sie übermäßig mit Artillerie ausgestattet gewesen ist. An Divisionen ja, das gebe ich unbedingt zu. Auf Divisionen kam es uns aber nicht an. Wie die Zuteilung der Divisionen gekommen ist, glaube ich schon entwickelt zu haben — oder wird gewünscht, daß ich nochmals darauf eingehe? — Die 18. Armee wollte die Aufgabe offensiv lösen. Das war an sich ein guter Gedanke, aber er erforderte starke Kräfte, die ihr auch zum Teil durch die Heeresgruppe „Deutscher Kronprinz" zugewiesen worden sind, die mit ihrer ganzen Front in Betracht kam, um die 18. Armee entsprechend auszustatten.

Sachverständiger Dr. *Delbrück*: Noch zwei Fragen sind es, die wir zu behandeln haben: ob im allgemeinen die Angriffsfront noch stärker hätte gemacht werden können, und wie es mit der Umgruppierung nach Norden steht, die schon während der Schlacht stattgefunden hat, ob die sich bloß auf schwere und schwerste Artillerie bezog, die in der Schlacht nicht mehr recht nützlich waren, oder ob sie weitergegriffen hat. Darüber können die Anschauungen auch von Fachmännern auseinandergehen. Ich muß sagen, daß ich auf diese meine Kritik durch einen anderen Herrn in der O.H.L. hingewiesen bin, der mich darauf auf-

merksam gemacht hat. Man kann darüber verschiedener Ansicht sein. Mir scheint nach den Angaben im Gutachten von Exzellenz v. Kuhl selber, der auch von Feldartillerie spricht, die nach Norden umgruppiert sei, nicht bloß von schwerer Artillerie, daß auch damit, was ich psychologisch verständlich finden würde, früher begonnen worden ist, als die Entscheidung definitiv auf dem Schlachtfelde noch nicht gefallen war.

Abg. Dr. *Moses*: Ich habe die Empflndung, als ob hier allzusehr die streng militärisch strategischen Gesichtspunkte in den Vordergrund gerückt würden, als ob wir so eine Art rein militärisches Tribunal wären. Ich glaube nicht, daß wir überhaupt dazu in der Lage sind, derartige Urteile zu fällen. Ich persönlich muß sagen: ich kann mich weder für die eine noch für die andere Seite einsetzen; ich habe gar kein Urteil über diese Dinge, weil ich militärisch und strategisch überhaupt keine Erfahrung habe. Wer ein solches Urteil zu fällen unternimmt, mag es auf seine Kappe tun. Ich glaube nicht, daß das im Rahmen der Aufgaben unseres Ausschusses liegt.

Ganz etwas anderes ist es z. B., wenn Exzellenz v. Kuhl in der Einleitung auf die Katzensteinschen Ausführungen kam und sich dagegen wandte, daß Mißstände hervorgehoben worden sind. Ich bin der festen Überzeugung, daß auch Exzellenz v. Kuhl nicht leugnen wird, daß massenhaft Mißstände vorhanden gewesen sind und vorhanden sein mußten. Aber ich glaube nicht, daß wir in der Lage sind, diese ganz rein militärischen strategischen Gesichtspunkte aufzuklären.

Vorsitzender Abg. D. Dr. *Kahl*: Auch ich stehe auf dem Standpunkt, daß ich niemals über eine militärische Operation, ihre Zweckmäßigkeit und dgl. urteilen kann. Das ist auch nicht unsere Aufgabe. Was ich jetzt sage, ist insbesondere eine Bitte, die ich an den Herrn Sachverständigen Geheimrat Delbrück richte mit dem Ersuchen, sich bei seinen Ausführungen gelegentlich über diese Frage zu äußern. Es ist kein militärisches Problem, es ist eine psychologisch-ethische Frage, die ich jetzt aufwerfen will. Denn von diesem Zentrum aus werde ich schließlich gewissenhaft meine Stellung zu all diesen Fragen nehmen. Das militärische Material kann natürlich nicht entbehrt werden. Das ist eine tatsächliche Unterlage, um die herum wir die Hauptfragen gruppieren müssen. Die Hauptfrage ist dabei die Schuldfrage: trifft diesen oder jenen eine Schuld? Sie haben, Herr Geheimrat, in Ihrem Gutachten insbesondere in der Richtung auf Ludendorff das Wort Schuld hundert und aber hundert Male gebraucht und messen ihm also die Verantwortlichkeit da zu. Da erhebt sich — und ich glaube bei allen Mitgliedern des Ausschusses — die Frage: was heißt Schuld? Wir können nicht an diesem psychologisch-ethischen Problem vorübergehen. Das müssen wir Mitglieder uns klarmachen. Kann man dann, wenn der Feldherr die Möglichkeit mehrerer Entscheidungen hat und pflichtgemäß dann die ihm richtig dünkende Entscheidung getroffen hat, die sich dann allerdings zu einem Mißerfolg ausgestaltete, ihm gegenüber von einer Schuld reden? Liegt für den Feldherrn Schuld vor, wenn er alles wagt? Wir müssen und können nicht ableugnen, daß unter Umständen ein großer Feldherr auch etwas wagen muß. Gestatten Sie mir aber, die Sorgen, die mich bewegen — und ich glaube

nicht mich allein, sondern auch die anderen Mitglieder des Ausschusses —, ganz offen vorzutragen: bin ich in der Lage, einen Feldherrn, wenn sich seine technisch-militärisch-strategischen Erwägungen als solche herausstellen, daß er sich fürchten muß, schließlich zu unterliegen und er dann unterlegen ist, ihm eine Schuld vorzuhalten? Können kleinere Fehler in der ursprünglichen Anlage, die sich in der weiteren Entwicklung der Dinge in einer unendlichen Kausalreihe anders darstellen, anders entwickeln, als ursprünglich gedacht war, schließlich irgendwie zu einem Schuldfaktor konstruiert werden? Das sind alles Fragen, die ich aus dem sorgfältigen Studium Ihres Gutachtens gewonnen habe und die mir Satz für Satz dort aufgestoßen sind. Der Mißerfolg liegt vor. Ist der Mißerfolg auch nur irgendwie als Schuldbeweis heranzuziehen? Ist es insbesondere schuldhaft, wenn der Feldherr nicht in allem die Ziele, Absichten und Zwecke der politischen Leitung innerhalb des Staates berücksichtigt? Ist der Feldherr verpflichtet — ich weiß nicht, wo der Satz steht — unbedingt in jeder Lage seine militärischen Operationen dem politischen Ziel zu unterstellen?

(Sachverständiger Dr. *Delbrück*: Unbedingt!)

— Da erwarte ich eben die Nachweise. Quellennachweise gibt es darüber nicht. Das ist auch wieder ein Freigebiet menschlichen Erwägens. A ist dieser Auffassung, B jener. Ein außerordentliches Freigebiet! Ich stehe nicht auf dem Standpunkt, daß der Feldherr, der draußen vor eine ungeheuer schwierige aktuelle Entscheidung gestellt ist, unter allen Umständen unter der Verpflichtung steht, die politischen Ziele auch unbedingt zu den Unterlagen für seine militärischen zu machen. Denn hier handelt es sich um ein Operieren mit so außerordentlichen Größen, daß ich mir schon menschlich gar nicht vorstellen kann, wie das möglich ist. Speziell hier: war unter allen Umständen die Heeresleitung verpflichtet, jedem Gerücht — denn es waren in der Mehrzahl der Fälle nur Gerüchte — von der Erlangung einer Friedensmöglichkeit unbedingt auch nachzugeben und bei der ganzen Anlage der militärischen Operationen lediglich darauf Rücksicht zu nehmen? Sie hat, nehme ich an, von langer Hand einen Plan entworfen. Und nun kommt plötzlich dies und jenes Gerücht. Der Gesandte hat dies, jener Gesandte jenes gesagt. Und da soll ich den von zwei Monaten oder noch länger her überlegten bis ins einzelne durchgeführten Plan wieder umstellen? Wo ist mit einem Worte die Grenze der Freiheit, wo ist die Grenze der Schuld? Von wo an kann ich sagen: Du Feldherr bist schuldig, weil du das unterlassen hast, weil du es so gemacht hast u. dgl. mehr. Das ist die ungeheure Sorge, die mich quält, Tag und Nacht, wenn ich an den Untersuchungsausschuß denke. Ich habe bisher in Ihren Erörterungen diese Frage — was ich nicht etwa zum Vorwurf mache, sondern ich bitte um Aufklärung — nicht erörtert gefunden. Der Ausschuß muß sich aber diese Frage gewissenhaft vorlegen. Das wird in den Sitzungen des Ausschusses eine der allerersten Fragen sein: wir sollen da über Schuld urteilen. Da müssen wir uns ganz klar sein über die psychologisch-ethische Frage: welchen Schuldbegriff können wir hier zugrunde legen? Ich bin als Kriminalist gewohnt, sehr stark mit dem Schuldbegriff zu arbeiten und bin mir dessen bewußt, in welch verschiedenartiger Weise man von Schuld reden kann. Man kann nicht den normalen Schuld-

begriff hier ohne weiteres anwenden. Die allgemeinen Kausalgesetze ergeben für einen Feldherrn noch lange nicht, daß er irgendwie Schuld zu verantworten hat. Wir haben eine außerordentliche Verantwortlichkeit in diesem Ausschuß, größer als in jedem anderen Ausschuß, in bezug auf das Endresultat. Ehe man sich entschließt zu sagen: „schuldig sind die", bedarf es eines ungeheuren Entschlusses. Ich würde es aussprechen, wenn ich zu dem Ergebnis komme. Aber das muß mir weggeräumt werden: kann man in allen Fällen, die ich bezeichnet habe, von Schuld sprechen? Meine Bitte geht dahin, bei den Antworten, die Sie zu geben, bei den gutachtlichen Äußerungen, die Sie zu machen haben, diese Erwägungen freundlich berücksichtigen zu wollen.

Berichterstatter Abg. Dr. *Deermann*: Grundsätzlich möchte ich sagen: es kommt auf die seelische und moralische Einstellung der einzelnen Menschen, der einzelnen Kräfte und unseres ganzen Volkes zum Problem Krieg und Frieden und der Art der militärischen und politischen Kriegführung im allgemeinen und in ihren Einzelheiten an. Und da wären wir, wenn uns die einzelnen Personen wirklich genau beichten würden, wie sie sich zu diesen Problemen innerlich eingestellt haben, sehr schnell zu Ende. Nun aber wird die klare, eindeutige Erkenntnis schwierig, zum Teil unmöglich für uns sein. So muß ich z. B. bezüglich des Generals Ludendorff fragen: Er sah den Vernichtungswillen der Feinde, er sah die große Schwierigkeit der Aufgabe, wie sie sich ihm vor und nach der März-Offensive darstellte. Warum hat er dann nicht sich schon damals gesagt, was er sich später sagte: wir müssen gleichzeitig diplomatisch mit allem Nachdruck arbeiten, um noch so eben aus dem Krieg herauszukommen? — Warum ist er gleichzeitig der Führer in der belgischen Frage gewesen? — Warum hat er dermaßen in die Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk eingegriffen? — Das sind nach meiner Ansicht unvereinbare Dinge. Warum hat er dabei mitgewirkt, den Reichskanzler Bethmann Hollweg, der nur einen Frieden auf dem Status quo ante wollte, zu stürzen? Warum hat er die politische Leitung tatsächlich in die Hand genommen? Warum hat er sich dermaßen gegen seinen obersten Kriegsherrn, der nicht so weit gehen wollte, aufgelehnt, obschon er selbst die Lage prekär ansah? Warum hat er nicht früher bekannt: wir können nicht weiter? Warum hat er die Dinge laufen lassen? Das sind innere seelische Probleme. Da liegen innere Hemmungen vor, die natürlich schwierig zu beurteilen sind, die aber entscheidend für die ganze Entwicklung der Dinge waren. Und da taucht die schwere Frage von Schuld und Nichtschuld erst auf. Da hört man auch den Hinweis, warum Ludendorff nicht erkannt habe, daß die Truppen übermüdet sein mußten. Da fallen einem die Worte ein, die man wiederholt von höherer Stelle gehört hat: Ludendorff hat da, wo andere Menschen ein Herz besitzen, einen Stein. Aus dem Unvermögen, seelische Kräfte klar zu erkennen und ihre Tragfähigkeit bei den einzelnen Menschen im Kriege richtig einzuschätzen, ist auch eine Schwäche entstanden. Das braucht keine Schuld Ludendorffs zu sein. Das mag eben eine psychologische Einstellung von ihm gewesen sein. Ich will nicht Stellung dazu nehmen. Wir können auch dazu kommen, daß Ludendorff große Vorzüge, aber daneben große Schwächen gehabt hat und daß angesichts der katastrophalen Lage, in der wir waren, diese

Schwächen uns schließlich in den Abgrund geführt haben. Die Stellungnahme von Oberst Schwertfeger ist aber abwegig, wenn er alles darauf zuspitzt: wir hatten Unglück mit unserem Kaiser; hätten wir einen anderen gehabt, wäre alles gut gegangen. Wenn man die Geschichte eines Volkes auf den Erbzufall *allein* setzen will, hat man eine Geschichtsauffassung, die schon an sich anfechtbar ist.

Sachverständiger *v. Kuhl*: Ich darf mich lediglich an das Gutachten des Herrn Berichterstatters halten und nur die wenigen Fragenpunkte einzeln berühren, die ich hier zu bemerken habe. Ich muß auf einige militärische Sachen eingehen, weil in dem Bericht des Herrn Berichterstatters ganz bestimmte Punkte angegeben sind und ganz bestimmte Vorwürfe gemacht werden. Der Berichterstatter hat an diese Punkte, die er getadelt hat, Urteile geknüpft, die in ihrer Schärfe meines Erachtens doch sehr weit gehen. Ich möchte die Bitte unterbreiten, daß wir doch mit solchen absprechenden Urteilen vorsichtig sind. Es ist so ungeheuer schwer, Krieg zu führen, und es ist ebenfalls so schwer, nachher den Krieg zu beurteilen, daß ich mich in meinem ganzen Gutachten immer mit Vorsicht ausgedrückt habe. Ich habe immer gesagt: man konnte dies und jenes tun. Es sprach dies und jenes dafür. Das gilt auch für den Märzangriff, ob man besser in Flandern oder bei St.-Quentin angegriffen hätte. Für das eine sprach dies und für das andere das. Ganz bestimmte Gründe lagen vor, die den Entschluß herbeigeführt haben, bei St.-Quentin anzugreifen. Ob der Georg-Angriff in Flandern besser gewesen wäre und ein besseres Ergebnis gehabt hätte, ist hinterher nicht zu beweisen, denn der Angriff ist nicht gemacht worden. Hier knüpft aber der Herr Berichterstatter z. B. an die Betrachtung der März-Offensive das Urteil und spricht von einem Entschluß aus Hartnäckigkeit, der einen bedauerlichen Mangel an Beherrschung zeige. Das sind doch so schwerwiegende Urteile, daß ich unbedingt dagegen hier Stellung nehmen muß und nur die Bitte aussprechen kann, daß wir uns dessen enthalten.

Berichterstatter Abg. Dr. *Deermann*: Das wollte ich gerade wissen, Exzellenz. Ich habe diese Urteile mit Absicht so gestellt, um Klarheit darüber zu schaffen. Wäre ich darüber hinweggegangen, dann hätten wir uns gar nicht darüber ausgesprochen. Ich wollte Sie nur fragen, wie Sie sich zu der Fortsetzung des Angriffs Ende März stellen. Das ist das, was Sie angeschnitten haben. Nachdem man sah, daß man festsaß am 26. oder 27. März, hat nochmals ein erneuter Angriff Anfang April dort stattgefunden, obwohl vorher für diesen Fall der Abbruch des Kampfes als eines zwecklosen und gefährlichen Kräfteverbrauchs beschlossen war. In bezug darauf hatte ich diese Schlußbemerkung gemacht. Ebenso möchte ich Ihre Meinung zu der Fortsetzung und Erweiterung des Angriffes Ende Mai haben. Das sind zwei Punkte, die für mich sehr wichtig sind, und ich möchte von Ihnen das militärische Urteil zu meiner Stellungnahme haben. Wenn Sie dazu auch jetzt Stellung nehmen, glaube ich, bekomme ich die rechte Ansicht.

Sachverständiger *v. Kuhl*: Ich darf noch eben auf das, was Herr Geheimrat gefragt hat, ob wir alles zum Märzangriff herangezogen hätten, Antwort geben. Wir haben alles herangezogen. Als wir im Verlaufe des Angriffs erkannten, daß wir einen großen Erfolg hatten und daß der Feind voraussichtlich alle

Kräfte an die Angriffsstelle ziehen müßte, also an anderen Stellen wahrscheinlich keine großen Kräfte zum Gegenangriff mehr haben würde, haben wir auch noch herangezogen, was wir heranziehen konnten. Wenn ich nicht irre, haben wir im ganzen 9 Divisionen auf der ganzen großen übrigen Heeresfront hinter der Front gehabt. Das ist sehr minimal. Einen bloßen Schleier konnten wir nicht stehenlassen.

(Sachverständiger Dr. *Delbrück*: Das ist nicht viel mehr als ein Schleier!) — Das ist doch mehr gewesen! Wenn dem Feind der geringste Durchbruch an einer anderen Stelle mit schwächeren Kräften gelungen wäre, hätte uns das die größten Schwierigkeiten bereitet. Es ist das schon in der Flandernschlacht z. B. unser Glück gewesen, daß wir an den übrigen Stellen nicht angegriffen wurden. Dadurch haben wir die Flandernschlacht durchführen können. Ein einziges Mal ist bei Lens ein kleiner Gegenangriff des Feindes erfolgt. Der hat uns unsere ganzen Dispositionen umgeworfen.

Der Vergleich mit Tannenberg stimmt nicht. Das war eine ganz andere Lage. Da waren wir im Bewegungskrieg und waren auf der inneren Linie zwischen 2 Armeen. Hier war es eine große Front vom Meer bis zur Schweizer Grenze. Jeder Punkt war gleich empfindlich. An jedem Punkte konnte mit schwachen Kräften ein Angriff erfolgen, der alles umgeworfen hätte.

Berichterstatter Abg. Dr. *Deermann*: Warum wurde Anfang April bei Amiens erneut angegriffen, obwohl vorher der Angriff stehengeblieben war und das Überraschungsmoment fortfiel und man sich vorher überlegt hatte: wenn der Angriff stehenbleibt, wollen wir sofort Schluß machen und an einer anderen Stelle angreifen, damit nicht die so kostbaren und knappen Kräfte unnötig verbraucht wurden? Warum hat man im Mai viel weiter angegriffen, als man sich ursprünglich vorgenommen hatte, obwohl das nicht in den Plan paßte, sehr viel Menschen kostete, die man notwendig brauchte, und die Stellung nur sehr ungünstig erweiterte? Ich habe die Frage deswegen aufgestellt, weil dadurch jeder spätere Angriff so außerordentlich gefährdet wurde durch den Verlust an Material und vor allem an menschlichen Kampfkräften und dann auch wegen der Gefährdung der Stellung, wenn nämlich einmal die Angriffe gescheitert waren und nun die weitvorspringenden Bogen als wenig günstige Stellungen übrigblieben.

Sachverständiger *v. Kuhl*: Warum man im April noch einmal bei Amiens angegriffen hat, ist eine Frage, die schwer zu entscheiden ist. Man hatte das Gefühl: Vielleicht reicht eine letzte Anstrengung doch noch hin, um die wenigen Kilometer zu gewinnen, die uns noch von Amiens trennten. Der Gewinn von Amiens hätte eine entscheidende Bedeutung gehabt, weil es die Hauptlinie war, die die Franzosen mit den Engländern verband. Es ist nicht geglückt, und man kann hinterher sagen, man hätte es unterlassen können. Das ist aber lediglich nach dem Erfolg geurteilt. Damals hatte man das Gefühl: vielleicht gelingt es, und es ist ungeheuer schwer für den Führer, zu sagen: wird es gehen oder nicht.

Berichterstatter Abg. Dr. *Deermann*: Also Sie sind der Überzeugung, daß

dieses Wagnis wirklich unternommen und verantwortet werden konnte, daß es nicht, um ein ominöses Wort zu gebrauchen, unsinnig war,

(Sachverständiger *v. Kuhl*: Keineswegs!)

— daß also wirklich eine gute Quote Aussicht auf Erfolg bestand?

Sachverständiger *v. Kuhl*: Aussicht ist vorhanden gewesen. Die Ansichten waren verschieden. Der Führer hatte das Gefühl, daß es vielleicht noch zu machen ist, und dann war der Gewinn so hoch, daß man den Einsatz noch einmal wagte. Wie oft im Kriege ist es vorgekommen, daß schließlich, wenn man glaubte, es geht nicht mehr, ein letzter Einsatz doch plötzlich noch die ganze Lage wendete.

Nun der Maiangriff! Der Maiangriff sollte ein Entlastungsangriff sein, ein Ablenkungsangriff. Ich habe das in meinem Gutachten ausführlich auseinandergesetzt. Wir hatten nur ein bestimmtes Ziel; wie weit es gesteckt war, brauche ich hier nicht zu erörtern, es steht alles in meinem Gutachten. Nun bot sich plötzlich ein großer Erfolg. Wir hatten den Feind wiederum völlig überrascht und drangen vor. Der Führer stand vor der schwierigen Aufgabe, wie ich auch da entwickelt habe: soll er den ganzen Erfolg fahren lassen und stehenbleiben? Meiner Ansicht nach war das unmilitärisch und ganz unmöglich. Einen Erfolg, den ich habe, auszunutzen, wird Sache jedes Führers sein. Wie weit er führte, war nicht abzusehen. Er konnte ungeheuer viel weiter führen. Wir haben aber nicht, wie der Herr Berichterstatter gesagt hat, von vornherein die Absicht gehabt, durchzubrechen.

Berichterstatter Abg. Dr. *Deermann*: Zu dieser Auffassung bin ich aus den Äußerungen des Generals Ludendorff gekommen, die er wiederholt kundgegeben hat. Man wollte versuchen, irgendwo doch durchzubrechen, und ich habe aus diesen Äußerungen entnommen, daß er dabei den Hintergedanken hatte: nun gut, wenn ein Ablenkungsangriff bessere Chancen zeigt, dann wollen wir ihn auch auf jeden Fall zum Durchbruch erweitern. Diese Auffassung habe ich aus den verschiedenen Äußerungen, die von seiten Ludendorffs und anderer, auch von seiten des Generalfeldmarschalls v. Hindenburg, gefallen sind, gewonnen. Das ist auch der Grundgedanke, den ich bei Delbrück finde.

Sachverständiger *v. Kuhl*: Da darf ich auf das Gutachten verweisen, wo die Befehle wiedergegeben sind. Das ist maßgebend, nicht was der eine oder andere gesagt hat. Da sind die Befehle, die Angriffsziele, die Absichten klipp und klar ausgesprochen. Es ist dort gesagt, daß wir bis zur Aisne-Vesle angreifen wollten. Es ist im Gutachten nachgewiesen, wie sich das Angriffsziel mit den Erfolgen erweitert hat, schrittweise zögernd zuerst, wie dann weitergehend die Zügel freigelassen wurden. Es ist ganz genau nach den gegebenen Befehlen nachgewiesen. Danach ist gar kein Zweifel, daß wir nicht beabsichtigt haben, hier und da einen Durchbruch zu versuchen, sondern daß dieser Angriff eine bestimmte Absicht gehabt hat, bis zur Aisne-Vesle durchzudrücken, um den Feind zu zwingen, seine Reserven heranzuziehen. Ludendorff sagte, in Flandern sind die Reserven noch zu stark, die müssen weggezogen werden. Das ist der Grund gewesen. Wenn der Herr Berichterstatter die Güte hat, in meinem Gut-

achten noch einmal die schrittweise gegebenen Befehle nachzulesen, dann wird sich das meiner Ansicht nach ganz klar ergeben.

Berichterstatter Abg. Dr. *Deermann*: Mußte sich nicht Exzellenz Ludendorff bewußt sein, daß, wenn er diesen Ablenkungsangriff nun zu einem großen Offensivstoß erweiterte, dadurch die späteren Angriffe in Flandern und anderswo erheblich an Aussicht verloren, weil wir ja die Menschen und das Material, das dabei jetzt eingesetzt und verloren wurde, nicht wieder ersetzen konnten? War es nicht doch ein sehr großes Wagnis, ein übergroßes Wagnis, den wohlüberlegten Plan nun angesichts eines besonderen Glückfalles umzustoßen? War das nicht doch unverantwortlich? Hätte er da nicht die kühle Selbstbeherrschung haben müssen, die ein Feldherr auch in solchen Lagen haben muß? Ein Feldherr muß ja auch dem Glück gegenüber kühl bleiben und sich nicht versuchen lassen, wo es dem Plane und den Kräften nicht entspricht. Hätte er da nicht trotzdem sagen müssen: nein, denn hier ist es außerordentlich gewagt und zweifelhaft, ob ich durchkomme, weil ich die Vorbereitungen nicht genügend getroffen habe; gehe ich vor, verliere ich so viele Menschen und Kräfte und kann dadurch viel weniger bei Hagen durchkommen?

Hätte er zweitens, nachdem er es gewagt hatte, nicht dann doch wieder die Linie zurücknehmen müssen aus der Erkenntnis heraus, daß er doch dort nicht in der Lage sein würde, links oder rechts durchzukommen, zumal der zweite Schlag rechts sofort steckenblieb — der Angriff war ja zweigeteilt worden; hätte er sich nicht sagen müssen: Ich muß zurück, um meinem Ziel, in Flandern durchzubrechen, treu zu bleiben?

Sachverständiger *v. Kuhl*: Ich darf auf die beiden Punkte antworten. Je größer der Erfolg bei Reims, an der Aisne war, um so besser wurde der Angriff nachher in Flandern vorbereitet. Das ist doch wohl kein Zweifel. Je mehr wir den Feind dort schlugen, je mehr wir ihn zwangen, seine letzten Reserven dorthin zusammenzuziehen, desto leichter mußte der Angriff in Flandern werden. Denn die Divisionen für den Angriff in Flandern standen bereit oder wurden herausgezogen und vorgebildet. Die Divisionen, die an der Aisne angriffen, waren nicht dafür bestimmt, und die Artillerie, die wir von der Aisne später nach Flandern ziehen wollten, wurde durch die Fortsetzung des Angriffs nicht berührt. Je weiter wir den Erfolg ausbeuteten, um so glänzender waren die Aussichten auf den späteren Hauptangriff in Flandern. Das leuchtet an sich ein. Der Herr Berichterstatter sagt: Dadurch, daß wir keilförmig bis zur Marne vordrangen, sind wir in eine schwierige Lage gekommen, die Stellung war rechts und links zu flankieren. Das ist leider der Fall gewesen. Das ist dadurch gekommen, daß wir rechts bei Soissons und links bei Reims steckenblieben, während die Mitte keilförmig auf die Marne vordrang. Wir hatten bei der Fortsetzung des Angriffs gehofft — und diese Hoffnung war durchaus berechtigt — daß der Angriff sich verbreiterte und Soissons fiel und vielleicht auch Reims. Dann hätten wir einen großen Schlag geführt. Die Stellung wäre rechts und links zweckmäßig angelehnt gewesen, und dann war der Flandern-Angriff außerordentlich erleichtert. So ist das gekommen, und es war, glaube ich, doch nicht richtig, nun über den Führer, der in dem Moment des großen Erfolges versucht,

aus dieser Lage herauszuschlagen, was irgend möglich ist, nachher ein so scharfes Urteil zu fällen.

Berichterstatter Abg. Dr. *Deermann*: Der Punkt, der mich bei der ganzen Geschichte bewegte, war die prekäre Ersatzlage. Ein großer Menschenverlust und eine Schwächung war doch dort eingetreten. Nachdem Sie aber rundheraus erklären, daß der Flandern-Angriff dadurch nicht geschwächt wurde, also Menschen und Material, die dafür in Aussicht genommen waren, nachher nicht fehlten, fällt dieser Punkt weg. Das gebe ich ohne weiteres zu. Ich wollte, wie ich sagte, die Aufklärung gerade über diesen Punkt haben; denn das ist nachher sehr wichtig zu wissen.

Sachverständiger *v. Kuhl*: Dann freut es mich doch, daß wir durch die Erörterung hier zu einer Klärung in ganz wichtigen Fragen kommen, denn das sind doch die Schuldfragen, die aufgeworfen werden.

Berichterstatter Abg. Dr. *Deermann*: Das ist ohne Zweifel ein Teil wichtiger Schuldfragen.

Sachverständiger *v. Kuhl*: Nun kommt die zweite Frage. Es ist gesagt worden, nachdem wir bei Reims links und bei Soissons rechts steckengeblieben sind, hätte man die Front wieder zurücknehmen sollen. Dieser Vorschlag ist nachträglich vielfach gemacht worden, auch von bedeutenden Militärkritikern. Darüber läßt sich streiten. Zweifellos konnten wir so nicht stehenbleiben, wie wir standen, und es war nur die Wahl: Sollen wir nun den Flandern-Angriff gleich anknüpfen, oder sollen wir die Stellung an der Aisne, also bei Dormans und bei Château-Thièrry, zurücknehmen, oder drittens: sollen wir sie durch einen neuen Angriff rechts und links verbreitern, so daß die Flanken gesichert waren? Diese drei Dinge waren möglich. Der General Ludendorff hat sich zu dem letzteren Vorschlag entschlossen, erst noch einmal einen Angriff an der Aisne zu machen, beiderseits Reims zunächst, um wenigstens auf der linken Flanke dieses keilförmigen Vorsprunges einen Ausgleich der Linienführung herbeizuführen. Ich gebe zu, daß damit nun doch der Bogen sehr straff gespannt wurde, denn das beeinflußte die Ersatzlage auf die Dauer sehr. Wir waren dadurch doch genötigt, wieder starke Kräfte bei Reims zu verwenden, die Divisionen durch Ersatz aufzufrischen, und auf die Dauer wußten wir ja doch, daß der Ersatz zu Ende ging. Es sind daher in diesem Punkte viele andere Vorschläge nachher gemacht worden. Es ist gesagt worden, man hätte auf diesen nochmaligen Angriff am 15. Juli verzichten sollen, sondern hätte lieber die Front etwas zurücknehmen und dann den Flandern-Angriff machen sollen.

Nun muß man ja dabei sehr wohl die Seele der Truppe berücksichtigen. Ich glaube der Herr Berichterstatter hat an einer Stelle einmal gesagt, das wäre nicht nötig. Ich hatte gesagt, die Truppe würde das und das niemals verstanden haben, wenn wir das getan hätten. Der Herr Berichterstatter sagt: das wäre denn doch Sache des Feldherrn, sich kühl zu entscheiden, und es spielte keine Rolle, ob die Truppe das verstanden hätte oder nicht. Da möchte ich doch sagen: Das ist nicht richtig. Wir mußten sehr große Rücksicht darauf nehmen, ob die Truppe einen Angriff auch verstand oder nicht. Sie muß im Bilde sein.

Es wurde so unendlich viel von der Truppe verlangt, so daß man doch sagen muß: die Truppe muß wissen, das, was geschieht, ist nötig.

Abg. Dr. *Moses*: Darf ich eine Frage dazwischenwerfen: Es ist mir nicht klar: „ob die Truppe den Angriff versteht oder nicht", was versteht der Herr General darunter? Die Mannschaften usw. kommen doch kaum dabei in Frage. Es ist mir nicht ganz klar, ob das Ziel der Truppe bekannt ist oder dergleichen.

Sachverständiger *v. Kuhl*: Natürlich weiß die Truppe nicht, wie weit der Angriff geht, sie weiß auch nicht die Ziele. Sie weiß: wenn angegriffen wird, hast du hier deine Schuldigkeit zu tun, solange wie es angeordnet und befohlen wird. Aber sie muß mit der vollen Überzeugung beim Angriff dabei sein. Der Märzangriff ist so geschafft worden. Die Truppe war völlig im Bilde. Die Truppe war für ihre Aufgabe begeistert. Das konnte man bei dem letzten Trainfahrer hinter der Front sehen. Jeder war begeistert dafür: jetzt endlich greifen wir an, jetzt muß es geschafft werden; und diesen Geist mußten wir im Jahr 1918 bei jedem Angriff nach Möglichkeit herbeizuführen suchen. Wir sind von der Truppe abhängig. Die Truppe ist das Instrument, mit dem wir bei der Führung arbeiten.

Ich gebe also zu: Es läßt sich über diesen Fall streiten, ob der Angriff am 15. Juli vielleicht über unsere Kräfte ging, ob es vielleicht besser gewesen wäre, die Front zurückzunehmen, wobei ich aber auch wieder bemerken muß, daß wir auf die Seele der Truppe die größte Rücksicht nehmen mußten. Die Truppe hätte das vielleicht auch nicht verstanden, wenn man einen Angriff gemacht hat und dann die Truppe unmittelbar darauf weithin zurücknimmt. Wenn es nötig war, hätte man es in Kauf nehmen müssen. Ich gebe zu, es liegt eine Streitfrage vor. Man kann sagen, es wäre vielleicht zweckmäßig gewesen, nicht noch einmal einen Ablenkungsangriff zu machen, sondern gleich zum Flandern-Angriff überzugehen. Der Ablenkungsangriff vom 15. Juli und mit ihm der folgende Gegenangriff Fochs vom 18. Juli haben uns allerdings so ungeheuer starke Kräfte gekostet, daß wir nachher den Flandern-Angriff nicht haben machen können. Ich habe das, was dafür und dagegen sprach, im Gutachten ausgeführt. Ich brauche deshalb vielleicht nicht weiter darauf einzugehen.

Berichterstatter Abg. Dr. *Deermann*: Ich möchte noch etwas fragen, Exzellenz! Hätte man nicht der Truppe klarmachen können, daß die Stellung so sehr flankiert würde, daß sie sehr viele Menschen an den Winkelstellen kostete, so daß die Truppe es wohl verstanden hätte, wenn sie zurückgenommen worden wäre, wenn man ihr gleichzeitig gesagt hätte: es wird noch andere Angriffe geben, dafür wollen wir uns jetzt einrichten.

Ich will die andere Frage auch gleich stellen. Es ist immer wieder gesagt worden, daß gerade das Terrain infolge der Zerstörungen beim Rückzug nach der Somme-Schlacht und infolge der Zerstörungen während der Somme-Schlacht für den Michael-Angriff recht schlecht gewesen wäre, und daß das Wetter sehr stark eingewirkt hat. Es war ja ein furchtbarer Dreck infolge des Regenwetters. Nun möchte ich gern ein maßgebendes militärisches Urteil, das die Gesamtlage übersieht, darüber hören, ob dieses schlechte Terrain beim Michael-Angriff und das nun unglücklicherweise auch einsetzende Regenwetter das Vorwärts-

kommen des Angriffs wesentlich behindert haben und also der dritte Grund war, neben dem Fehlen von Tanks und Kavalleriedivisionen, der uns den Erfolg versagt hat?

Sachverständiger *v. Kuhl*: Wenn wir nach dem Maiangriff, der uns bei Dormans und Château-Thièrry bis an die Marne führte, die ganze Front zurückgenommen hätten, so hätte das den anderen großen Nachteil gehabt, daß wir die Karten ohne weiteres aufgedeckt hätten: der Feind hätte gewußt, hier kommt kein Angriff mehr, jetzt ist was anderes geplant. Das kam auch außerdem, was ich eben gesagt habe, in Betracht.

Dann gebe ich zu, daß der Michael-Angriff bei St.-Quentin zum Teil in das Gelände führte, wo die Somme-Schlacht gewütet hatte, zum Teil auch in Gelände, das wir beim Rückzug zerstört hatten. Ich gebe zu: das ist eine der Schwierigkeiten des Angriffs gewesen, die vorher eingehend erörtert worden ist. Es stand ja zur Frage: sollen wir bei St.-Quentin oder in Flandern angreifen? In Flandern standen wieder ganz andere Schwierigkeiten, die mindestens ebenso groß waren, entgegen. Flandern ist ein nasser Boden, durchzogen von tausenden nassen Gräben. Das war ebenso schwierig. Man steht im Krieg eben immer vor großen Schwierigkeiten, und es handelt sich darum, sich zu entscheiden, was man in Kauf nehmen will. Ich kann immer nur sagen: es war für den Flandern-Angriff und für den Picardie-Angriff viel dafür und viel dagegen zu sagen. Der Führer mußte sich aber schließlich entscheiden. Er hat sich für das eine entschieden. Was aus dem Flandern-Angriff geworden wäre, wenn wir ihn statt dessen gemacht hätten, kann niemand sagen.

Berichterstatter Abg. Dr. *Deermann*: Ich hatte noch die eine Frage gestellt, ob nicht wirklich das Wetter uns auch damals geschadet hat, wie ja leider schon bei anderen Gelegenheiten des Weltkrieges. Das ist etwas, wofür niemand verantwortlich ist. Aber ich möchte gern einmal wissen, ob das von großem Einfluß gewesen ist. Das ist für die Beurteilung der Führung nicht ganz nebensächlich, denn dafür ist kein Mensch verantwortlich.

Sachverständiger *v. Kuhl*: Einen sehr großen Einfluß hat es wohl nicht ge habt.

Berichterstatter Abg. Dr. *Deermann*: Ich meine auch, daß das nicht der Fall ist. Es wird nämlich im Laienpublikum immer wieder behauptet, und darum wollte ich gern eine Antwort darüber von Ihnen haben.

Sachverständiger *v. Kuhl*: Ich darf noch einmal auf die scharfen Urteile zurückkommen. Hier ist die Rede von „Tatsachenblindheit" und dem „Vabanquespiel" des General Ludendorff. Ich darf nochmals meine Bitte daran knüpfen, daß wir doch solche Urteile nicht endgültig hier feststellen, das wäre doch im höchsten Maße zu bedauern.

Auf eine Frage des Dr. Herz erklärt Sachverständiger *v. Kuhl*: Nach dem 8. August war die Frage: Sollen wir jetzt in große rückwärtige Stellungen zurückgehen oder uns hier vorn behaupten und jeden Fußbreit Boden verteidigen? Damals habe ich gesagt: ja, wenn Friedensverhandlungen in Aussicht waren, war es besser, vorn jeden Fußbreit Boden zu verteidigen, um eine entschlossene Haltung einzunehmen und die Verhandlungen nicht zu

schädigen. Wenn aber keine Friedensverhandlungen eingeleitet wurden, oder wenn sie keine Aussicht boten, war es besser, gleich in rückwärtige Stellungen zu gehen.

Berichterstatter Abg. Dr. *Deermann*: Ich habe dann als Berichterstatter noch etwas zu fragen, was mit der Stellungnahme von Exzellenz v. Kuhl zusammenhängt. Es kommt mir darauf an zu wissen, wie Exzellenz v. Kuhl über den geplanten französischen Angriff im November gegen Lothringen denkt. Es ist doch bekannt geworden, daß Foch im November gegen Lothringen vorstoßen wollte, um damit endgültig unsere ganze Stellung aus den Angeln zu heben. Ich möchte gern über die Aussichten dieses Angriffs etwas hören.

Sachverständiger *v. Kuhl*: Die Aussichten für die Fortsetzung der Offensive habe ich in dem Gutachten über den Dolchstoß ausführlich auseinandergesetzt, und auf die Frage betreffend den Angriff in Lothringen bin ich wenigstens ganz kurz eingegangen. Der Feind war mit seinen Verbindungen zu der Zeit, als wir den Waffenstillstand schlossen, zu Ende. Das ist durch unwiderlegliches Zeugnis der Feinde selbst, der Engländer und der Franzosen, festgestellt, und zwar durch technische Gutachten auch der Eisenbahnsachverständigen. Wir hatten die Eisenbahnen zerstört, und man kann, ohne Eisenbahnen dahinter zu haben, mit unseren großen heutigen Heeren nur über eine bestimmte Grenze hinaus vorgehen, sagen wir, etwa 100 km. Entfernt man sich weiter von der Bahn, dann reißt die Verbindung ab, und sie konnte auch mit Kraftwagen damals nicht aufrechterhalten werden. Die Engländer konnten nicht mehr folgen. Die Amerikaner brachen mit ihrem Transportwesen zusammen, so daß unweigerlich feststeht, daß eine Pause eingetreten wäre.

Was nun den Angriff der Franzosen in Lothringen anbetrifft, so hat tatsächlich — man muß wohl den Äußerungen Fochs glauben — die Absicht vorgelegen, einen großen Angriff beiderseits Metz in Lothringen zu machen. Das sollte am 14. November durchgeführt werden. Wir haben bis zum 11. November jede Frontlinie gehalten. Es ist dem Feinde an keiner einzigen Stelle gelungen, durchzubrechen oder uns zu umfassen, so daß wir, wie auch von feindlicher Seite vermutet wird, auch in Lothringen wohl Mittel und Wege gefunden hätten, einen Durchbruch zu verhindern.

Vertreter des Reichswehrministeriums Oberstleutnant *v. Stülpnagel*: Ich bin zu diesem Zeitpunkt erster Generalstabsoffizier der Heeresgruppe Herzog Albrecht gewesen. Dieser voraussichtliche Angriff der Amerikaner, der von Franzosen unterstützt werden sollte — im wesentlichen waren es Amerikaner —, war gerade gegen die Front Metz und südlich geplant. Wir haben aus den photographischen Fliegeraufnahmen diesen Angriff kommen sehen und uns naturgemäß dementsprechend vorbereitet. Auf Metz selbst war der Angriff nicht einfach. Südlich Metz waren wir in der glücklichen Lage dadurch, daß viele Abschnitte dort vorhanden waren, auch Kanalabschnitte, die Dispositionen so zu treffen, daß wir vor allem den so gefürchteten Tankangriff nicht zu scheuen brauchten. Wir hatten schon Monate vorher große Anstauungen vorgenommen. Außerdem hatten wir, da die O.H.L. uns für diesen Angriff keine allzu großen Kräfte zuführen konnte, selbständig aus der Heeresgruppe alles herausgezogen,

was überhaupt herauszuziehen war, und an dieser Stelle vereinigt. Ich glaube, die Vorbereitungen waren so getroffen, daß nach menschlichem Ermessen dieser amerikanische Angriff keinen großen Erfolg gehabt hätte.

Sachverständiger Dr. *Delbrück*: Exzellenz v. Kuhl sagte, daß das amerikanische Transportwesen zusammengebrochen sei. Ist das wirklich beglaubigt?

Sachverständiger *v. Kuhl*: Es steht so in dem Buche von Maurice, der im Wortlaut sagt: Bei den Amerikanern konnte man von einem Zusammenbruch des Nachschubs und Transportwesens sprechen, die Amerikaner waren in dem Punkt nicht vorbereitet; sie kommen jetzt noch zu uns, um zu lernen, wie man im Bewegungskrieg das Transportwesen einrichtet.

Berichterstatter Abg. Dr. *Deermann*: Ich hätte dann noch eine Frage zu stellen. Die Truppen waren durch diese Offensivkämpfe ohne Zweifel außerordentlich erschöpft worden, sie waren schließlich seelisch sehr hart mitgenommen, sie waren über die Rückschläge enttäuscht. Welche Wirkung hat nun auf diese so hart körperlich und seelisch mitgenommenen Truppen die politische Stellungnahme der O.H.L., ihre Stellungnahme zum Friedensziele, ihre Stellungnahme zu den Friedensverhandlungen gehabt? Sie verstehen mich wohl, Exzellenz! Es hat damals doch sehr enttäuscht, soweit auf dem Wege über die Heimat bekannt wurde, daß die Kriegsziele bezüglich Belgien usw. im Juni, Juli und August noch aufrechterhalten wurden. Ich will diese Monate mal herausgreifen. Welche Wirkung hat das nach Ihrer Ansicht auf die Kampfkraft der Truppe gehabt? Es ist das ein außerordentlich wichtiges seelisches Problem, das auch hier angeschnitten werden muß, und das neben den materiellen Kräften eine große Rolle spielt.

Sachverständiger *v. Kuhl*: Ich möchte zunächst sagen, daß ich glaube — mit Sicherheit glaube —, daß die Truppe von diesen Kriegszielen gar nichts gewußt hat.

(Berichterstatter Abg. Dr. *Deermann*: Auf dem Wege über die Heimat!) — Da kamen ganz unsichere und unklare Nachrichten. Ich möchte sogar glauben, daß auch die Armeeführer von diesen Kriegszielen nichts gewußt haben.

(Sachverständiger Dr. *Delbrück*: In concreto!)

Berichterstatter Abg. Dr. *Deermann*: In concreto! Aber ich habe damals besonders in Brüssel oft von Offizieren und Mannschaften Klagen gehört: die Leute haben das Empfinden, wir könnten Frieden haben, wenn wir nicht so viele Eroberungen und Vorteile herausschlagen wollten. Das war das eine Leitmotiv, das auf dem Wege über die Heimat, aber auch aus der Etappe kam. In dieser Beziehung haben ja die Urlauberteilungen nach Brüssel unheilvoll gewirkt. Ich war bestürzt über diese Wirkung.

Sachverständiger *v. Kuhl*: Daß von der Heimat aus eine unheilvolle Wirkung ausgeübt worden ist, das ist das, was ich immer behaupte. Dagegen waren wir an der Front machtlos. Wir haben versucht, aufzuklären und dagegen zu wirken, aber gegen diese Einwirkung aus der Heimat waren wir, wie gesagt, machtlos.

Berichterstatter Abg. Dr. *Deermann*: Die O.H.L. aber nach meiner Ansicht nicht; denn die O.H.L. war in der Lage, auf die Stellungnahme in der Heimatpresse, die ja doch ganz unheilvoll gewesen ist, und auf die Stellungnahme in den Ver-

sammlungen, die abgehalten wurden, um das Durchhalten und den Kriegswillen zu stärken, und die auch auf die kämpfenden Truppen sehr unheilvoll gewirkt haben, einzuwirken. Die Truppen hatten aus diesen Nachrichten über die Heimat und die Stellungnahme der Presse, die doch vom Kriegspresseamt abhängig war, nicht den Glauben, daß man für einen bescheidenen Verteidigungskrieg focht, sondern daß man eben vor allem Belgien haben wollte. Belgien war auch dort immer der springende Punkt. Für Belgien aber wollten die Soldaten nach 4 Kriegsjahren meist nicht mehr kämpfen.

Sachverständiger *v. Kuhl*: Die belgische Frage ist an der Front ungeheuer wenig erörtert worden. Bezüglich der Heimat aber — das muß ich sagen — bin ich nicht kompetent. Ich bin dauernd an der Front gewesen und möchte als Sachverständiger kein Urteil über die Zustände in der Heimat abgeben. Das vermag ich nicht. An der Front — kann ich nur sagen — habe ich unendlich wenig von Kriegszielen und Belgien gehört. Wir haben an der Front zu kämpfen gehabt, wir haben — das ist kein Zweifel — festgestellt, daß der Rückschlag im Juli auf die Stimmung der Truppe außerordentlich nachteilig einwirkte. Wir haben an der Front auch festgestellt, daß eine starke ungünstige Einwirkung aus der Heimat stattfand. Wir haben dem durch Aufklärungstätigkeit an der Front entgegenzuwirken versucht. Diese Aufklärungstätigkeit erstreckte sich vor allem auf folgendes: Wir haben den Leuten gesagt: der Feind will uns vernichten! Welche Folge hat das für unsere Wirtschaft; für das ganze Deutschtum?! Wir müssen uns zur Wehr setzen, solange wir es können. — Das war das einzige, was wir den Leuten sagen konnten. Von Kriegszielen konnten wir ihnen nicht viel sprechen und haben es auch nicht getan.

Sachverständiger Dr. *Delbrück*: Ich möchte diesen letzteren Ausführungen von Exzellenz v. Kuhl aufs allerentschiedenste widersprechen, daß nämlich die O.H.L. nicht imstande gewesen sei, dieser Einwirkung auf die Stimmung zu begegnen. Sie hätte das aufs allerleichteste gekonnt, nämlich, wenn sie erklärt hätte: wir führen wirklich nur einen Verteidigungskrieg! — was sie erst nach der Niederlage getan hat. Wir wissen, wie verderblich die so geschäftig betriebene „Aufklärung" im Heere gewirkt hat, weil sie unwahr war, indem sie behauptete, daß wir nur kämpften, weil der Feind uns vernichten wollte. Gewiß gab es sehr viele drüben, die so dachten, aber man wußte auch, daß im Frühjahr und bis in den Sommer hinein die entgegengesetzte Richtung auf der Gegenseite sehr stark war. Man glaubte nicht und mit Recht nicht, daß Verständigung unmöglich sei, und eine „Aufklärung", die das behauptete, mußte also die Stimmung um so mehr verderben. Daran trägt die Hauptschuld die O.H.L., und darum trägt sie auch politisch eine wesentliche Schuld an der kommenden Revolution, weil bei dieser „Aufklärung" die Stimmung von vornherein so bearbeitet wurde, daß jedes Vertrauen verloren ging. Dafür, daß die Front mit der Haltung der O.H.L. nicht einverstanden war, haben wir Zeugen genug, sogar den General Ludendorff selber, der sagt, bei seinen Fahrten an der Front habe er sehen müssen, wie weich — in seinen Augen — so viele auch höhere Stäbe in bezug auf die Friedensbedingungen geworden seien, und auch das Zeugnis von General v. Deimling und sehr vielen anderen. Was der Berichterstatter vorhin gesagt hat über die all-

gemeine Stimmung betrifft nicht gerade Belgien in concreto, aber die Stimmung war: wir müssen kämpfen für Kriegsziele, die wir gar nicht wollen, denn die ungeheure Mehrheit des deutschen Volkes wollte nur einen Verteidigungskrieg führen, General Ludendorff aber hat daraus einen Eroberungskrieg gemacht und diesen sogar im August noch nicht fallen lassen. Im Juli sind noch Bedingungen festgestellt worden, daß Belgien auf lange Zeit okkupiert werden sollte. Und dafür sollten die Deutschen kämpfen! Das wollten sie nicht, und alle die Bemühungen — Aufklärungsdienst, und wie es heißt vaterländischer Unterricht, konnten gegen diese entscheidende Tatsache nicht aufkommen. Darin liegt die große Versündigung der O.H.L.

Abg. *Korell*: Ich bin in den schrecklichen Tagen selbst in der Gegend gewesen, von der die letzte Diskussion gehandelt hat. Meine Division war von Flandern, wo sie für den Angriff bereitgestellt war, in Eiltransporten nach Château-Thièrry abtransportiert und eingesetzt worden. In diesem Punkte bin ich nun anderer Auffassung als Exzellenz v. Kuhl, dem ich bezüglich der großen Gesichtspunkte der anderen Offensiven durchaus zustimme. Hätte nicht der Feldherr voraussehen müssen, welches entsetzliche Débacle bei der vorgeschobenen Stellung über die Vesle und Marne hinaus eintreten mußte, als am 21. Juli meine Division dort eingesetzt wurde? Der Erfolg war dann auch der, daß sie von den von Dormans und Château-Thièrry zurückflutenden Truppen dort mitgerissen worden sind, daß ein Bataillon meiner Division sofort abgelöst und aus der Kampffront weggeschickt werden mußte, weil das Débacle ein so furchtbares war, daß auch eine Truppe, die frisch hineinkam, sofort versagte. Ich wollte nur sagen: konnte eine derartige Überlegung nicht vorher angestellt werden? Ich bin überzeugt, daß der schädliche Einfluß auf unsere Truppe ein geringerer gewesen wäre, wenn die Truppen von der Vesle und Marne rechtzeitig zurückgenommen worden wären.

Wenn Exzellenz v. Kuhl meint, daß vielleicht aus der Heimat ein schädlicher Einfluß gekommen wäre, so will ich diese Behauptung durch zwei Erfahrungen belegen. Ich bin immer mit Leib und Leben im Aufklärungsdienst tätig gewesen. Ich habe dafür besondere Gaben, die in der Armeeführung bekannt waren — und ich habe meine ganze Kraft zur Aufmunterung der Truppe bereitgestellt und mit allen Mitteln, die mir zur Verfügung standen, dahingewirkt. Was aber tatsächlich auf uns gelastet hat, und was jeden Abend in unserem Kasino besprochen worden ist, das war z. B. die Stellungnahme der von der O.H.L. so stark beeinflußten „Kölnischen Volkszeitung". Als wir dort nach den verlustreichen Gefechten auf den Romainhügel zurückgegangen waren und in die verhältnismäßig ruhige Stellung am linken Ufer der Aisne gekommen waren, setzten die Zeitungstransporte von der Heimat ein. Sie wurden offiziell von der Truppe aus geleitet, und die „Kölnische Volkszeitung" hat damals mit unverminderter Kraft an Belgien als unserem Kriegsziel festgehalten, so daß wir uns, als der 8. August kam und wir abends mit tränendem Auge die Einbruchsstelle bei Château-Thièrry mit Nadeln auf unserer Karte markierten, uns an den Kopf gegriffen haben und erschüttert waren, daß man uns Belgien als Kriegsziel verkündete, wo wir den Marne-Rückzug mitgemacht und diesen

Schlag bekommen hatten. Dabei war meine Division eine westpreußisch-litauische Division, so frei von jeder revolutionären Gesinnung, und doch sind die Leute bei uns plötzlich fassungslos geworden. Es ist das nur das Erlebnis eines einzelnen, aber es ist vielleicht ganz interessant, es einmal zu Ihrer Kenntnis zu bringen.

Sachverständiger *v. Kuhl*: Zu der Frage, weshalb wir nicht rechtzeitig von Dormans und Château-Thièrry zurückgegangen seien, will ich nur sagen: Der Rückzug war schon am 17. angeordnet. Bevor der große Gegenangriff von Foch kam, hatte sich General Ludendorff überzeugt, daß diese vorgeschobene Stellung unhaltbar sei, und hatte den Rückzug am 17. angeordnet. Er ließ sich aber nicht so schnell ausführen, weil wir zum Teil über die Marne zurückgehen mußten und dieser Rückzug vorbereitet werden mußte. Der Rückzug ließ sich technisch nicht so schnell bewerkstelligen. Dann kam unglücklicherweise am 18. der Gegenangriff von Foch dazwischen. Daß wir dabei in eine außerordentlich schwierige Lage gekommen sind, daran ist gar kein Zweifel.

Über die „Kölnische Volkszeitung" und was im Zusammenhang damit angeführt worden ist, kann ich keine Auskunft geben. Ich bin nur Militär, wie gesagt, und meine Aufgabe ist auch nur so präzisiert worden. Militärpolitisch hat der Oberst Schwertfeger sein Gutachten abzugeben. Ich habe ein rein militärisches Gutachten abzugeben, und ich kann das auch nur.

Berichterstatter Abg. Dr. *Deermann*: Im Gutachten von Herrn Oberst Schwertfeger habe ich die Abschlußbemerkung *zur zweiten Offensive* gefunden: frische Kräfte standen für eine neue Offensive nicht in genügender Zahl zur Verfügung. Um die Mitte des Monats Mai hat Herr Oberst v. Haeften mit General Ludendorff gesprochen, und General Ludendorff hat ihm damals die außerordentlich ernste Ersatzlage dargelegt, so daß Herr v. Haeften den Eindruck hatte: der Krieg ist allein mit militärischen Mitteln nicht mehr zu gewinnen, wir müssen schleunigst Frieden zu erlangen suchen. Diese Äußerungen im Gutachten, teils als eigene Meinung des Obersten Schwertfeger, teils als Mitteilung von General Ludendorff, lassen wiederum die Ansicht aufkommen, General Ludendorff hätte damals die Offensive nun doch nicht mehr wagen dürfen, wenigstens nicht mehr nach der Flandern-Offensive. Es ist das eine Stützung für meine Ansicht, daß General Ludendorff nicht richtig handelte, als er dann noch weitere Offensiven machte und nicht in die Defensivstellung zurückging und mit allen angebrachten Mitteln auf die Erzielung des Friedens und eine richtige Aufklärung der politischen Leitung und der Heimat hinwirkte. Das ist der springende Punkt, auf den man da kommen kann und kommen muß: warum ist damals nicht rechtzeitig das Steuer herumgeworfen worden?

Nun möchte ich an Sie, Exzellenz, die Frage richten: beurteilen Sie die Ersatzlage auch so schwer, wie General Ludendorff das dem Obersten v. Haeften gegenüber getan hat, und beurteilen Sie sie auch so schwer, wie Oberst Schwertfeger es rundheraus erklärte: neue Kräfte standen nicht zur Verfügung?

Sachverständiger *v. Kuhl*: Die Ersatzlage war außerordentlich schwierig. Das war ja das schwerwiegendste in der ganzen Kriegsführung 1918. Wir mußten nachher immer einschränken: wir mußten die Stärke der Bataillone

von vier auf drei Kompagnien heruntersetzen, Divisionen auflösen. Wir waren im Sommer mit dem Ersatz zu Ende, das habe ich ausführlich dargelegt.

Berichterstatter Abg. Dr. *Deermann*: Ich meine Ende April. Oberst Schwertfeger sagt schon: frische Kräfte standen nicht zur Verfügung für eine neue Offensive, er hält sie in seinen Worten zum mindesten für außerordentlich erschwert, nachdem die Flandern-Offensive gescheitert war. Dem Obersten v. Haeften legt General Ludendorff Mitte Mai den außerordentlichen Ernst der Ersatzlage vor Augen, so daß v. Haeften daraus die Folgerung zog: mit militärischen Mitteln allein ist der Krieg nicht mehr zu gewinnen, wir müssen uns umstellen auf baldige Friedensverhandlungen und Erzielung eines Friedens, solange die Front noch hält, mit militärischen Druckmitteln, welche diplomatisch ohne Verzug ausgenutzt werden.

Sachverständiger *v. Kuhl*: Die Ersatzfrage war schon bei Beginn der Offensive schwierig. Das haben wir uns auch überlegt, und ich habe es auch in meinem Gutachten ausführlich auseinandergesetzt, auch im ersten Gutachten, daß von vornherein klar war: unser Ersatz wird im Sommer zu Ende gehen. Wir haben daraus den Schluß gezogen: wir müssen gerade deshalb eine schnelle Entscheidung herbeiführen.

(Zuruf: Auch noch nach April?)

Wir hätten den Angriff auch noch durchführen können. Zweifelhaft wird es mir Mitte Juli. Der Ablenkungsangriff Mitte Juli, der nochmals durchgeführt worden ist, nahm so starke Kräfte in Anspruch, daß es mir zweifelhaft ist, ob wir dann noch genügend Kräfte für den Flandern-Angriff hatten.

Berichterstatter Abg. Dr. *Deermann*: Exzellenz, machen Sie sich als Militär nicht Gedanken darüber, wie es denn nun werden sollte, wenn man immer nur angreift und nur auf den Angriff die Karte setzt und nun einmal, wie Sie selber sagten, diesen Angriff an der eigenen Ohnmacht scheitern sehen mußte, wenn bis dahin kein Erfolg erzielt war? Haben Sie sich keine Gedanken darüber gemacht, daß man nicht gleichzeitig die politische Leitung aufklärte und gleichzeitig wenigstens auf anderem Wege das Ende vorbereitete? Erscheint es nicht als blind, wenn man nur mit diesem einen Mittel bei schwindenden Kräften immer noch das Ende zu erzwingen versucht?

Sachverständiger *v. Kuhl*: Solange sich Aussicht bot, durch einen Angriff unser Ziel noch zu erreichen, solange bin ich der Ansicht, mußte der Feldherr sich dazu entschließen. Wann der Augenblick gekommen war, wo er sich sagen mußte: dieses Ziel ist nicht mehr durch Angriff zu erreichen, das ist schwer zu sagen. Ich persönlich habe meine Ansicht dahin ausgesprochen, daß, wenn unsere große Offensive — ich meine damit den ganzen Komplex der Offensiven — gescheitert war, in dem Augenblick, wo wir uns auf die Verteidigung umstellen mußten, der Krieg verloren wäre, und daß in dem Augenblick eine Entscheidung getroffen werden mußte: was hat nun zu geschehen? Ich habe mich auch darüber ganz deutlich in dem Gutachten ausgesprochen, daß am 14. August die militärische Lage so geschildert werden mußte, wie ich sie schildere. Wenn es nicht geschehen ist, so liegt da wohl eine Unklarheit vor. Das habe ich aber auch zugegeben.

Berichterstatter Abg. Dr. *Deermann*: Dann fasse ich die Sachlage dahin zusammen, daß Sie sagen: vom *rein militärischen* Führerstandpunkt aus konnte man bis Mitte Juli so handeln, ohne sich einen Vorwurf daraus machen lassen zu müssen, daß man nicht verantwortlich gehandelt hätte. Vom *rein militärischen* Standpunkt aus!

(Sachverständiger *v. Kuhl*: Ich bin der Ansicht!)

— Das ist mir vollkommen klar, und das Ganze wird für uns nur dadurch kompliziert, daß die O.H.L. — das gehört schon nicht mehr hierher — nicht nur militärisch, sondern auch politisch geführt hat.

Sachverständiger *v. Kuhl*: Ich schließe den Angriff vom 15. Juli aus. Darüber kann man streiten. Nach dem 15. Juli und 8. August, da bin ich allerdings der Meinung, war der Krieg verloren, worunter ich nicht verstehe, daß man nun die Flinte ins Korn wirft, sondern daß man nun sagen mußte: der Krieg ist nicht mehr zu gewinnen, was muß nun geschehen? Rückwärtige Stellungen und, was ja am 14. August tatsächlich geschehen ist, Einleitung von diplomatischen Schritten. Nur hätte es bestimmter und klarer ausgesprochen werden müssen.

Vertreter des Reichswehrministeriums Oberstleutnant *v. Stülpnagel*: Ich habe nach den ausführlichen Erläuterungen von Exzellenz v. Kuhl nur ganz wenige Punkte noch zu erörtern. Der Herr Berichterstatter sagt in seinem Referat — ich zitiere wörtlich: „Die nicht der Grundidee des Angriffs entsprechende falsche Kräfteverteilung bei der März-Offensive war allem Anschein nach auch durch dynastisch-politische Gründe verursacht, indem die 18. Armee von der Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht abgetrennt und der Heeresgruppe Deutscher Kronprinz zugeteilt wurde." Meine Herren, ich habe mit dem damaligen Ia der O.H.L., dem jetzigen General Wetzell, über diesen Punkt gesprochen, und ich bin autorisiert worden, hier zu erklären, daß derartige dynastische Gründe für die O.H.L. niemals vorwaltend gewesen sind.

Die zweite Frage, zu der ja schon Exzellenz v. Kuhl eingehend Stellung genommen hat, ist die Frage: hat bei der März-Offensive die 18. Armee tatsächlich zu große Kräfte zuungunsten der 17. und 2. Armee an Artillerie und Infanterie gehabt? Meine Herren, ich bin in der Lage, Ihnen eine kurze Statistik vorzulegen, die ich jetzt im Reichsarchiv zusammengestellt habe, und die klar darüber vollen Aufschluß ergibt, daß die 18. Armee nicht zu starke Artillerie erhalten hat. Ich darf diese Statistik hier vortragen. Die 17. Armee hatte als reine Angriffsfront 18 km Breite, die 2. Armee 22 km, die 18. Armee rund 40 km Breite, also das Doppelte der 17. Armee und fast das Doppelte der 2. Armee. An Artillerie haben die Armeen zugewiesen erhalten — diese Zahlen können sich noch in geringem Maße ändern; es wird noch immer im Reichsarchiv an dieser Statistik gearbeitet — an Feldkanonen die 17. Armee 1050, die 2. Armee 1075, die 18. Armee mit 40 km Frontbreite 1478. Setzt man das um auf den Kilometer Angriffsfront, so errechnet man sich, daß die 17. Armee auf den Kilometer 59 Feldgeschütze hatte, die 2. Armee nur 49 und die 18. Armee sogar nur 37. Auf den Kilometer kam also bei der 17. Armee ein erhebliches Plus.

Dieselbe Lage zeigt sich, wenn wir die schwere Artillerie beurteilen. Dafür sind die Zahlen folgende: Die 17. Armee hatte 750 schwere Geschütze, die

2. Armee 696, die 18. Armee 940. Danach kommen auf den Kilometer Angriffsfront bei der 17. Armee 42 schwere Geschütze, bei der 2. Armee 32 und bei der 18. Armee nur 23.

Bei der schwersten Artillerie liegen die Verhältnisse folgendermaßen: die 17. Armee hatte 25, davon waren 14 Flachfeuerbatterien. Exzellenz v. Kuhl hat vorhin bereits erläutert, daß diese Flachfeuerbatterien ganz besonderen Zwecken dienten. Die 2. Armee erhielt an schwerster Artillerie 18, davon 13 Flachfeuerbatterien, die 18. Armee 30, davon 19 Flachfeuerbatterien. Exzellenz v. Kuhl hat gleichfalls bereits gesagt, daß gerade die 18. Armee wegen der flankierenden Wirkung und aus besonderen Gründen mit schwersten Flachfeuerbatterien ganz besonders gestärkt werden mußte. Demnach kamen auf den Kilometer Angriffsfront an schwerster Artillerie bei der 17. Armee 1,4, bei der 2. Armee 0,8 und bei der 18. Armee 0,75. Ich meine, diese Übersicht illustriert klar, daß tatsächlich die 18. Armee an Artillerie nicht übermäßig ausgerüstet war.

Es kommt noch hinzu, daß, abgesehen von den 40 km Angriffsfront — die von der 18. Armee doch erst genommen werden mußten! — auch der Angriff aus St.-Quentin überaus schwierig war. Dort waren die Hauptkräfte an Infanterie konzentriert. Wenn dann nach dem Angriff der Crozat-Kanal und die Somme erreicht waren, mußte ferner bei der 18. Armee noch eine Erweiterung der Front vorgenommen werden, die sich dann auf 47 km belief. Letzten Endes kam hinzu, daß die 18. Armee befehlsgemäß hinter ihrem rechten Flügel noch starke Kräfte für das Eingreifen bei der 2. Armee bereithalten mußte. Für alle diese Aufgaben ist die Artillerie der 18. Armee nicht übermäßig stark gewesen.

Nun ist es mir aber auch geglückt, die Bedarfsanforderungen der Armeen an Artillerie herauszusuchen. Leider habe ich bisher das Material nur für die 18. Armee finden können. Aber daraus geht klar hervor, daß die O.H.L. außerordentlich scharf erwogen hat, was man den einzelnen Armeen zuteilen müßte und könnte. Die 18. Armee hatte einen beträchtlich erhöhteren Bedarf aufgestellt, als er ihr tatsächlich von der O.H.L. zugewiesen wurde, d. h. an Zuschußartillerie neben der Artillerie, die die Angriffsdivisionen mitbrachten, und die bereits in Stellung war. Die Anforderung lautet: bei der 18. Armee an Feldkanonen 156 Batterien — zugewiesen hat sie erhalten nur 76; an schwerer Artillerie 247 — zugewiesen erhalten hat sie nur 124, an schwerster Artillerie 15 — zugewiesen sind nur 13. Also man sieht, in welch außerordentlich scharfer Weise die O.H.L. hier die Anforderungen der 18. Armee beschnitten hat. Ich glaube, es wird kein Zweifel sein, daß sich dasselbe Verhältnis auch, was die infanteristischen Kräfte betrifft, ergibt. Die 17. Armee hatte 9 Divisionen, die 2. Armee 9 Divisionen, die 18. Armee mit 40 km Front 12 Divisionen in erster Linie. Exzellenz v. Kuhl hat es bereits vorhin gesagt. Daraus können Sie ersehen, daß der Überschuß an Infanterie bei der 18. Armee nicht allzu groß gewesen ist. Dasselbe gilt auch für die Reserven. Ich glaube, damit ist festgestellt worden, daß die 18. Armee nicht zu ungunsten der 2. und 17. an artilleristischer und infanteristischer Kraft übervorteilt worden ist.

Der letzte Punkt, den ich noch erwähnen wollte, war dieser: Der Herr Berichterstatter sagt: „Das Verschieben des Angriffsschwerpunktes vom rechten zum linken Flügel kurz vor Beginn und verstärkt während der Operation stieß den strategischen Grundgedanken unglücklicherweise um." Damit meint der Herr Berichterstatter wohl, daß man am 23. zu dem Entschluß hätte kommen müssen, an dem ersten Operationsplan festzuhalten und ihn weiter durchzuführen. Exzellenz v. Kuhl hat bereits in seinem Gutachten und auch hier in der Besprechung erörtert, daß, nachdem die Lage nun einmal so geworden war, daß die 17. Armee hängen geblieben war, es nicht unrichtig gewesen sei, am 23. den Schwerpunkt nach Süden zu verschieben. Um zu einem klaren Urteil zu kommen, habe ich zu Hause das Ganze noch einmal durchdacht und durchstudiert und mir die Frage vorgelegt, wie es wohl gekommen wäre, wenn man am 23. trotz der veränderten Lage bei der 17. Armee an dem ersten Operationsplan festgehalten hätte. Ich habe dabei den deutschen Truppen außerordentlich günstige Bedingungen zugebilligt und bin trotzdem zu dem Schluß gekommen, daß vor der Front der 2. Armee so rechtzeitig starke französische Kräfte hätten erscheinen können, daß dort ein großer Erfolg nicht zu erreichen war. Wenn es Herrn Dr. Deermann interessiert, könnte ich ihm die einzelnen Situationen vorlegen und sie mit ihm durchsprechen.

Weiter habe ich nichts zu erörtern. Ich möchte nur den Ausführungen des Abg. Dr. Moses durchaus zustimmen: es ist für die Herren vom Zivil — das muß ich noch einmal ganz besonders betonen — außerordentlich schwer, sich in diese militärischen Gedankengänge und Situationen hineinzufinden. Wir, die wir doch jahrzehntelang als Generalstabsoffiziere geschult und ausgebildet worden sind, und die wir die reichen praktischen Erfahrungen — was unbedingt notwendig ist — des Weltkrieges besitzen, ringen auch heute noch, wie Exzellenz v. Kuhl sehr richtig ausgeführt hat, täglich, ob wir richtige Schlußfolgerungen ziehen. Deshalb hat Exzellenz v. Kuhl auch mit Recht gesagt, daß er dauernd vorsichtig in seinem Referat gewesen ist.

Sachverständiger Dr. *Delbrück:* Der Herr Vorsitzende hat vorhin an mich die allgemeine Frage gerichtet, wo die Grenze zwischen Fehlern, die auch die größten Staatsmänner und Feldherren machen, und Schuld zu suchen sei. Eine solche theoretische Grenze festzustellen ist unmöglich, aber für unseren Zweck gar nicht nötig, denn ich beurteile das Verhalten des Generals Ludendorff durchaus nicht bloß als Fehler oder gar als abzumessen an dem mangelnden Erfolg, sondern ich sehe eine Schuld in der ganzen Anlage.

(Vorsitzender Abg. D. Dr. *Kahl:* In der Anlage wovon?)

— Des Feldzuges. Wo ist das Wagnis dem Feldherrn zu gestatten? Er muß wagen, er muß oft viel wagen, und große Feldherren sind gerade dadurch groß, daß sie viel gewagt haben. Aber es fragt sich doch immer, ob in dem betreffenden Falle ein solches Wagnis nötig war. Wenn es nicht nötig ist und das Schicksal des Staates oder des Vaterlandes auf ein solches Wagnis gestellt wird, so gibt es natürlich Übergänge und verschiedene Stufen. Aber man kommt endlich auf einen Punkt, wo man sagt: hier ist das Wagen zur Frivolität geworden. Wenn man die höchsten Interessen des Staates auf einen Glücksfall einstellt,

muß man sich vorher fragen, ob das schlechterdings geboten ist, ob in der eigenen Überzeugung des Feldherrn das unbedingt geboten ist. Sonst ist ein derartiges Wagen — ich scheue den Ausdruck nicht — eine Frivolität. Wenn Exzellenz v. Kuhl uns in sehr schönen Worten gesagt hat, wir sollten doch gar zu scharfe Worte über einen Mann wie Ludendorff lieber unterlassen, so kann ich mich dem nicht anschließen. Ich muß mit aller Schärfe mein Urteil aussprechen. Es steht fest aus den Aussagen des Generals Ludendorff in seinen Büchern selbst, aus einer Reihe von Tatsachen, aus einer Reihe von Äußerungen von Vertrauten von ihm, daß er an die Möglichkeit eines Wilson-Friedens, der im wesentlichen ein Verständigungsfriede war, geglaubt hat. Ob wir diesen Frieden hätten bekommen können, ist eine andere Frage, aber er selber hat daran geglaubt. Und dies wäre ein durchaus ehrenvoller Friede für uns gewesen, ein Friede, der die großen Interessen Deutschlands durchaus befriedigte, ein Friede, über den wir gar nicht einmal wesentlich hinausgehen durften im Interesse der allgemeinen Menschheitskultur. Ludendorff hat gewußt oder wenigstens geglaubt, daß das möglich sei. Weshalb hat er nun nicht seine Strategie darauf eingestellt? Das ist das Entscheidende, daß sich Strategie letzten Endes nicht von der Politik trennen läßt; nicht daß das unmittelbar politische Ziel — ob ich z. B. Paris nehmen soll oder nicht —; aber das große, letzte entscheidende Ziel muß der Feldherr im Auge haben. Es ist ganz unmöglich, daß er, ohne ein solches Ziel vor sich zu haben, einen Feldzugsplan macht. Das hat Clausewitz entwickelt, ist allgemein anerkannt und hat Ludendorff selber gewußt. Es kommt also darauf an, daß er das Schicksal aufs Spiel gesetzt hat, um gewissen Eroberungsabsichten in Belgien, die er manchmal etwas weiter und manchmal etwas enger gefaßt hat, aber immer so, daß sie für die anderen ganz unannehmbar waren, nachzugehen. Da spreche ich allerdings aus, daß es die allerschwerste moralische Schuld einschließt, wenn er das tat, wobei ich nicht davon spreche, ob er es durfte vom rein militärischen Standpunkt aus.

Daraus folgt noch nicht, daß ich beantragen möchte, daß die Kommission sich dem anschließt. Ich verstehe durchaus, was Herr Dr. Moses sagte, daß das für einen parlamentarischen Ausschuß sehr schwierig ist, weil das in spezifisch militärische Fragen hineinführt, wo ich mir ein Urteil zutraue, da ich ein Leben lang in Kriegsgeschichte gearbeitet habe, was naturgemäß andere sich weniger zutrauen können. Das Wichtigste an unseren Arbeiten wird immer sein, daß die einzelnen Gutachten der Öffentlichkeit vorgelegt werden. Es ist damit noch nicht gesagt, daß diese Gutachten die Ansicht des Ausschusses darstellen. Damit könnte sich meines Erachtens der Ausschuß begnügen. Wir haben uns hier gemeinsam ausgesprochen und uns gegenseitig zu überzeugen gesucht. Ich betone immer wieder, daß wir uns in der Sache gar nicht so fern stehen. Wir unterscheiden uns nur in den moralischen Schlüssen.

(Vorsitzender Abg. D. Dr. *Kahl:* Das ist für mich der Schwerpunkt!) — Da braucht der Ausschuß gar nicht Stellung zu nehmen. Damit wäre ich für meine Person einverstanden, wenn mein Gutachten, so wie ich es modifizieren werde nach dem, was ich gehört habe, veröffentlicht wird. Es kommt für mich

nicht so sehr auf das Topographische, nicht darauf an, ob der Angriff besser hier oder besser da angesetzt würde. Das Entscheidende ist immer der Zusammenhang der Strategie des Generals Ludendorff mit seinem politischen Denken, wo er also — ich muß den Ausdruck gebrauchen — ein doppeltes Gesicht gehabt hat, wo ich gar keine andere Erklärung finde, als daß er im Innern ganz gut gewußt und schließlich gewünscht hat, wir sollten einen Verständigungsfrieden suchen, daß er aber nicht die Verantwortung auf sich nehmen wollte, und daß er sehr gut gewußt hat, daß ohne ihn und seine Zustimmung bei den Verhältnissen der öffentlichen Meinung in Deutschland der Verständigungsfriede von keiner Regierung gemacht werden konnte. Keine Regierung konnte einen Frieden schließen, wenn man hörte, Ludendorff und das Hauptquartier sagen: wir hätten ganz andere Bedingungen herausbringen können. Er hat es gewußt, daß es so war, und hat trotzdem den Feldzug unternommen, immer mit der Absicht, er wolle den Feind friedenswillig machen, obwohl die Feinde immer wieder zu erkennen gegeben hatten, daß sie friedenswillig seien, aber nicht auf unsere Bedingungen hin, sondern auf die Bedingungen, die Wilson laut und deutlich kundgab und die sehr wohl als Basis hätten angenommen werden können. Daß das nicht geschehen ist, ist die sittliche Verantwortung, die ihn, den General, trifft, nicht die Anhängerschaft im Volke, die ihn vorwärtstrieb. Das ist psychologisch eine gewisse Entschuldigung; aber ein Mann, der eine Stellung hat wie Ludendorff, darf sich nicht beeinflussen lassen. Ich weise auf folgendes hin: Dietrich Schäfer schrieb einen begeisterten Brief: „Unter keinen Umständen Belgien herausgeben! Unter keinen Umständen ein selbständiges Polen!“ Wenn ich einen solchen Brief bei den Akten der O.H.L. finde, so sage ich: Dietrich Schäfer ist ein sehr braver Mann, von Politik versteht er aber nichts. Ludendorff hätte nicht so viel darauf geben und den Brief feierlich zu den Akten nehmen und jene Stelle mit roter Tinte anstreichen sollen. Er hätte sagen sollen: ich weiß besser, wie es steht. Er hat gewußt, daß unsere Aussichten nicht so günstig waren. Er hat gewisse Chancen erhofft. Das muß der Soldat. Er hat aber gewußt, wie schwach die Situation war. Das geht aus seinen Widersprüchen hervor. Er hatte den Plan, die englische Front zu durchbrechen, die französische Armee außerdem noch zu schlagen, und doch sagte er sich wieder: ich kann diesen Plan nicht durchführen, ich muß erst einmal sehen, wo ich durchbreche, damit ich Freiheit der Bewegung habe. Das hat seinem eigenen strategischen Handeln diese innere Unsicherheit gegeben. Ich mache noch speziell darauf aufmerksam, wie Ludendorff immer mit einer gewissen Hinterhältigkeit gehandelt hat, indem er sich beim Auswärtigen Amt durch General v. Haeften vertreten ließ, der bei ihm als Mießmacher angeschwärzt wurde, weil er Vertreter des Verständigungsfriedens war. Auch Ende Juli hat er zum Kaiser wieder einen Mann geschickt, den Major Niemann, der auch zur gemäßigten Richtung gehörte. Gerade da ließ er sich durch Männer vertreten, die der Stellung, die er äußerlich einnahm, gar nicht konform waren, anders dachten und sich nur an ihn bis auf einen gewissen Grad assimilierten als Untergebene. So hat er nach beiden Seiten gespielt, weil er nicht den sittlichen Mut hatte, sich das klarzumachen, daß er etwas

vertreten müsse, was ihn in den Kreisen, auf die er Wert legte, in der Vaterlandspartei und was alles dazu gehörte, furchtbar unpopulär gemacht haben würde. Das hätte er auf sich nehmen müssen. Das verlangt man von einem Mann, der in der Geschichte eine solche Stellung eingenommen hat, wie sie Ludendorff einnahm.

Abg. Dr. *Moses*: Wenn ich Geheimrat Dr. Delbrück recht verstanden habe, so meinte er, der Ausschuß braucht gar keinen Schluß zu ziehen. Ich weiß nicht, ob das die Aufgabe des Ausschusses ist. Irgendwelche Schlüsse zu ziehen, ist doch schließlich der ganze Zweck unserer Arbeit hier gewesen. Auf die militärische Seite möchte ich gar nicht eingehen. Es handelt sich, wie der Herr Vorsitzende richtig gesagt hat, um die Feststellung einer gewissen Schuld in irgendeiner Form, die die O.H.L. hat. Da möchte ich die Herren Sachverständigen fragen, ob ihnen nicht die Äußerungen bekannt sind, die damals Dr. Stresemann im Herbst 1918 im Reichstag gemacht hat. Es war damals, als im Hauptausschuß die Regierung zum ersten Male ganz offen von dem militärischen Zusammenbruch sprach. Da war es Stresemann, der die Vertrauensleute der Nationalliberalen Partei telegraphisch nach Berlin berief und eine große Rede hielt, die vor 2 Jahren zum ersten Male in der „Freiheit" erschien und von da in die „Vossische Zeitung" übergegangen ist (nach der „Vossischen Zeitung"): „Der Abg. Dr. Stresemann hat im Oktober 1918 in einer Versammlung der Funktionäre der Nationalliberalen Partei festgestellt, daß dem Fraktionsvorsitzenden von militärischen und politischen Stellen bis in den August 1918 durchaus beruhigende Mitteilungen gemacht worden seien; erst am 21. August 1918 seien ihm durch Mitteilungen des Staatssekretärs v. Hintze Bedenken aufgestiegen, ob der Krieg zu einem guten Ende geführt werden könne." Ich meine, auch das ist etwas, was vielleicht in den Kreis unserer Betrachtungen gezogen werden muß. Wenn ein Mann von der Bedeutung Stresemanns unter dem Eindruck der tatsächlichen Verhältnisse damals die Schuld an dem Zusammenbruch bzw. an der Erschütterung des letzten Restes einzig und allein der O.H.L. zuschiebt und nicht dem Parlament oder sonst irgendwem, so ist das doch etwas, woran der Untersuchungsausschuß nicht wird vorübergehen können. Die Äußerung ist Anfang Oktober gefallen und enthält doch eine so scharfe Verurteilung der O.H.L., daß man nicht daran wird vorübergehen können.

Vertreter des Reichswehrministeriums Oberstleutnant *v. Stülpnagel*: Herr Prof. Delbrück, Sie haben, wie schon so oft, schriftlich und mündlich auch jetzt wiederum dem General Ludendorff Mangel an sittlichem Mut und Mangel an Verantwortlichkeitsgefühl vorgeworfen. Es geht mir tief ans Herz, wenn ich das höre. Ich bin ein alter Schüler Ludendorffs. Ich habe jahrelang vor dem Kriege in der Aufmarschabteilung mit ihm zusammen gearbeitet. Ich kenne seine Person und seinen Charakter ganz genau. Ich kann auch heute, nachdem ich die Ausführungen des Geheimrats Delbrück gehört habe, nur bestätigen: Ich wünschte zu Gott, daß jeder einzelne Deutsche ein solches Verantwortlichkeitsgefühl hätte, wie es General Ludendorff in seinem Leben immer bewiesen hat.

(Abg. *Korell*: Immer? Voriges Jahr nicht!)

Sagen wir: bis zum Abschluß des Krieges. Denn nur über diese Zeit haben wir hier zu urteilen. Denken Sie an die Tatsache, daß General Ludendorff es war, der, ohne daß ihm die Aufgabe gestellt war, vor Lüttich selbständig eingriff, sich mit Generalstabsoffizieren an die Spitze setzte und sein Leben riskierte, um den Grundgedanken durchzusetzen.

(Sachverständiger Dr. *Delbrück*: Den militärischen Mut unterscheide ich sehr!)

Ich kann mir nicht denken, daß ein Mann, der vor dem Kriege seine ganze Arbeitskraft und sein ganzes Wesen dafür einsetzte, um die Truppen und den Generalstab auf den Krieg vorzubereiten, den er kommen sah, im Kriege einen anderen Charakter haben sollte. Ich würde außerordentlich dankbar sein, wenn Sie in dieser Beziehung etwas zurückhaltender sein würden. Meiner Überzeugung nach trifft das Bild, daß Herr Geheimrat Delbrück entrollt, nicht zu.

Sachverständiger *v. Kuhl*: Ich habe mich eingehend in meinem Gutachten aufs schärfste gegen die Ansicht des Geheimrats Delbrück ausgesprochen und habe dies auch mündlich hier getan. Ich muß noch einmal darauf zurückkommen, daß General Ludendorff nach meiner Ansicht in keiner Weise ein doppeltes Gesicht gehabt hat. Ich habe ihn während des ganzen Jahres 1918 alle 2—3 Tage persönlich lange gesprochen. Daß er hinterhältig gewesen sei und in Wirklichkeit etwas anderes gewollt hatte, als er nach außen zur Schau getragen hat, halte ich für gänzlich ausgeschlossen. Er hat im Jahre 1918 die Offensive mit voller Kraft gemacht. Er war überzeugt, daß sie gelingen würde. Wir alle haben geglaubt, daß sie gelingen würde. Ich bin auch dieser Überzeugung gewesen. Ich muß dem aufs entschiedenste widersprechen, als wenn er im Grunde des Herzens der Überzeugung gewesen wäre, er könne es doch nicht machen, er hätte es bloß nach außen hin zur Schau getragen, sondern hätte der Diplomatie die unangenehme Aufgabe zuschieben wollen, doch einen Verständigungsfrieden zu machen. Daß er mit seinem Ziele geschwankt hat, je nach der Lage, ist durchaus verständlich. Das ist in jedem Kriege der Fall gewesen. Was seinen Charakter betrifft, so habe ich mich darüber auch ausgesprochen. Ich kenne ihn aus seiner Leutnantszeit bis zum Schluß des Krieges ganz genau. Er ist in seinem Charakter untadelig. Ob er immer das Richtige getroffen hat, darüber mag die Geschichte richten. Es werden jedem Mann Fehler nachgewiesen werden. Aber an seinem Charakter, an seiner Zuverlässigkeit, an seinem sittlichen Verantwortungsgefühl kann man nicht zweifeln. Er hat immer nur für das Vaterland gearbeitet. Er hat seine ganze Person und seine Riesenkraft dafür eingesetzt. Ist es nicht gelungen, dann wollen wir nicht richten, einen großen Stein nehmen, um ihn auf ihn zu werfen, und ihm die ganze Schuld aufbürden. Fehler, die er gemacht hat, wird er auch selbst eingestehen. Darüber mag die Geschichte richten. Aber seinen Charakter dürfen wir ihm in dieser Beziehung nicht absprechen.

Berichterstatter Abg. Dr. *Deermann*: Ich hatte noch einige sachliche Fragen zu stellen, die ich mir beim Schwertfegerschen Gutachten angeschrieben hatte. Gibt es militärische Gründe dafür, daß General Ludendorff erst am 28. und 29. September zu der Ansicht gekommen ist, der Friede müsse politisch ge-

schlossen werden, und zwar nun auch bald? Er hat ja damals gesagt: sofort! Gibt es militärische Gründe dafür, daß General Ludendorff diese Stellungnahme in mäßigem Umfange, nicht so, wie er sie am 29. September dann schließlich fand, nicht schon am 13. und 14. August gefunden hat? Gibt es militärisohe Gründe dafür, die den General Ludendorff darin entlasten?

Sachverständiger *v. Kuhl*: Ich habe ja schon gesagt, daß ich der Ansicht bin, man hätte am 14. August klar entscheiden müssen in dieser Frage. Danach zogen sich die Verhandlungen hin. Es ist ja auch nichts daraus geworden. An diesem Oktobertage — ich entsinne mich noch heute ganz genau — hat General Ludendorff mich gefragt: Müssen wir jetzt Schluß machen oder nicht — —?

Berichterstatter Abg. Dr. *Deermann*: Ich hatte die Frage so präzisiert: Gibt es militärische Gründe dafür, daß General Ludendorff die Auffassung, die er am 28. und 29. September in einem alles Maß überschreitenden Umfange bekommen hat, nicht bereits Anfang August, spätestens am 13. und 14. August, bekam, daß nun mit aller Energie bei der politischen Leitung und bei der öffentlichen Meinung Deutschlands aufgeklärt werden müsse, damit eine andere öffentliche Meinung herbeigeführt wird und man Frieden macht, so wie Sie es selbst, Exzellenz, für richtig gehalten haben? Ludendorff ist nicht dazu gekommen, sondern erst am 29. September in dieser furchtbaren Weise. Gibt es militärische Gründe, die das erklären? Das ist für mich eine Frage, die man, wenn man jemandem sein Recht geben will, stellen muß.

Sachverständiger *v. Kuhl*: Er hat mich an dem Tage Ende September gefragt. Er hat es auch in seinen Schriften gesagt, er habe vorher die Chefs der Heeresgruppen befragt und ich hätte ihm zugestimmt, daß es jetzt unbedingt Zeit wäre, Schluß zu machen. Der Zusammenbruch der bulgarischen Front war für uns ja erschütternd und zwang uns, Schluß zu machen, wenn es auch noch nicht so war, daß die Franzosen völlig freie Hand mit der Orientarmee hatten. Ich habe damals unbedingt zugestimmt. Das ist auch meine Überzeugung gewesen. Ob die Form, wie Ludendorff das damals gefordert hat, richtig war, oder was da alles dazwischengekommen ist, entzieht sich meinem Urteil.

Abg. Dr. *Moses*: Ich möchte die eine Frage stellen: Wenn Sie persönlich den Eindruck schon Mitte August hatten, daß jetzt, um einen Berliner Ausdruck zu gebrauchen, Schluß gemacht werden müßte, hatten Sie da nicht das Gefühl, daß Sie vielleicht von sich aus dem General Ludendorff nahegelegt hätten, daß es jetzt Zeit sei, und nicht erst 4—5 Wochen später.

Sachverständiger *v. Kuhl*: Eine heikle Frage! Zunächst sage ich das, was ich über den 14. August sage, vom heutigen Standpunkte aus. So wie ich es heute beurteile, muß ich sagen: Am 14. August wäre es besser gewesen, man hätte nicht gesagt: Wir wollen abwarten, bis die Situation sich wieder bessert und dann erst Friedensverhandlungen einleiten, wie es Graf Hertling gesagt hat, sondern, wenn man gesagt hätte: Es ist jetzt Zeit, es muß unverzüglich angefangen werden. Auch wenn ich über die Fortsetzung des Krieges gesprochen habe, daß wir in Abschnitte hätten zurückgehen müssen, so sage ich das hinterher. Damals war ich nicht in der Lage, etwas Derartiges zu sagen. Ich muß aber auch bemerken: Es ist sehr schwer für einen Unterstellten, in Entschlüsse

der O.H.L. einzugreifen, die doch allein die ganze Lage auf allen Schauplätzen im Osten wie im Westen übersieht. Man enthält sich auch nach militärischem Gebrauch dessen vollständig, wenn nicht ganz zwingende Gründe vorliegen und man seiner Sache nicht völlig sicher ist.

Berichterstatter Abg. Dr. *Deermann*: Ich hatte die Frage auch deswegen gestellt, weil doch im Juli 1918 der deutsche Kronprinz dem Herrn v. Heydebrandt, der ihn besuchte, die Lage sehr düster schilderte und auch die richtigen Konsequenzen damals durchaus gezogen hat. Nun fragt man sich als Berichterstatter: Wie kommt es, daß General Ludendorff, der doch eine viel bessere Kenntnis der Dinge haben mußte als der Deutsche Kronprinz, nicht zu dieser Stellungnahme gekommen ist? Ich wollte gern militärische Gründe haben, die dafür vorlagen. Oder können Sie darüber als militärischer Gutachter nichts sagen? Das mag ja sein. Denn es ist eine Frage, die dermaßen in das Hauptquartier hineinspielt, daß Sie vielleicht gar nicht dazu in der Lage sind.

(Sachverständiger *v. Kuhl*: Darf ich fragen, ob es der Bericht des Kronprinzen ist, den er, wenn ich mich nicht irre, auch an den Kaiser eingereicht hat?)

Es war ein Besuch Heydebrandts beim Kronprinzen.

Sachverständiger *v. Kuhl*: Das ist etwas anderes. Der Kronprinz hat sich wiederholt — schon 1917 und 1918 — sehr pessimistisch geäußert. Ich habe alles genau durchgelesen, aber nirgends eine Andeutung gefunden, was wir hätten machen sollen. Davon steht nie etwas drin. Er sieht die Folgen voraus, sagt aber nicht, was wir hätten machen sollen.

Berichterstatter Abg. Dr. *Deermann*: Ich wollte noch ein paar technische Fragen stellen. Die Kriegführung nach dem 29. September war doch außerordentlich gefährdet. Die Frage: Konnten wir schließlich noch weiter Widerstand leisten oder nicht, hängt von der Lage nach dem 29. September sehr stark ab. Oberst Schwertfeger kommt zu dem Schluß, daß nach der Erschütterung, die durch dieses plötzliche Verlangen nach Waffenstillstand und Frieden seitens der O.H.L. hervorgerufen war, ein Widerstand aus seelischen Gründen auf die Dauer nicht mehr zu leisten war, daß unter diesem plötzlichen Erwachen, unter diesem Sturz Heimat, Etappe und Front so litten, daß der Widerstand und damit der Krieg tatsächlich jetzt zu Ende war, weil die Kräfte jetzt vor Erschrecken erlahmten. Einen anderen Grund, warum wir damals nicht Widerstand leisten konnten, findet Oberst Schwertfeger darin, daß wir jetzt von dem Ölbezug abgeschnitten waren und infolgedessen es uns sehr bald an dem nötigen Benzin fehlte. Zwang dies uns nicht auch, den Krieg jetzt zu beenden? Gibt das nicht auf die Frage, ob wir noch weiterkämpfen konnten, die Antwort: Nein? Ich möchte gerade zu dieser Frage noch Ihr Urteil hören: Konnten wir unter diesen psychologischen und materiellen Bedingungen wirklich noch mit einiger Aussicht weiterkämpfen? Die anderen Gründe, die dagegen oder dafür sprachen, haben Sie schon erwähnt.

Sachverständiger *Schwertfeger*: Ich bin der Meinung, und habe diese auch in meiner Schrift „Der Irrtum des Marschalls Foch“ (Reimar Hobbing, Berlin,

1919) ausgesprochen, daß wir sehr wohl noch einige Monate hätten Widerstand leisten können.

Sachverständiger *v. Kuhl*: Um den Sieg konnten wir selbstverständlich nicht mehr weiterkämpfen. Der Krieg war verloren. Es hätte sich nur noch darum gehandelt, ob wir den Widerstand den Winter hindurch bis zum Frühjahr eventuell hätten verlängern können, um weniger ungünstige Bedingungen zu erzielen. Ich bin zu dem Ergebnis gekommen nach dem, was wir jetzt vom Feinde wissen: Es wäre uns eine Atempause gewährt worden, innerhalb deren wir unsere Kräfte hätten so weit herstellen können, daß wir noch eine geraume Zeit — sagen wir bis zum Frühjahr — den Kampf hätten hinhalten können. Mehr aber nicht. Marschall Foch hat es auch angenommen, daß der Krieg, wenn wir Widerstand leisteten, wohl noch bis 5 Monate dauern könnte. Aber Ersatz hatten wir nur, wenn wir aus der Rüstungsindustrie die Kriegsverwendungsfähigen zum Teil herauszogen und dann den allerjüngsten Jahrgang einstellten. Sonst war nichts mehr vorhanden. Es wäre also nur so viel an Ersatz zu haben gewesen, daß wir den Krieg noch hätten auf einige Monate hinhalten können. Aber weil wir eine Atempause bekommen hätten, weil der Feind wegen seiner abgerissenen Verbindungen nicht folgen konnte, hätte das vielleicht zu einer Änderung der schwersten Bedingungen führen können. Ob es gelungen wäre, muß dahingestellt bleiben. Es ist auf der feindlichen Seite befürchtet worden, wir würden nicht darauf eingehen. Aus den Verhandlungen geht das absolut sicher hervor. Deshalb ist z. B. General Haig für erheblich mildere Bedingungen eingetreten, weil wir andere wahrscheinlich nicht annehmen würden, und weil wir in der Lage wären, noch länger Widerstand zu leisten. Pétain und Foch sind für schärfere Bedingungen gewesen, sie glaubten aber, wir würden sie nicht annehmen.

Berichterstatter Abg. Dr. *Deermann*: Konnten wir trotz der Beschränktheit im Bezuge von Benzin noch länger Widerstand leisten?

Sachverständiger *v. Kuhl*: Das habe ich auch im Gutachten nachgewiesen. Wir hatten noch für einige Monate vollen Betrieb für Kraftfahrzeuge und auch für Flieger. Aber die Marine hatte erheblich mehr, und es war beschlossen worden, daß die Marine ausgleichen sollte.

Berichterstatter Dr. *Deermann*: Dann wirkt das Ereignis des 29. September und der folgenden Tage desto katastrophaler. Denn das hat die Grundlage jedes Widerstandes, nämlich die seelische Kraft, außerordentlich beeinflußt. Das steht aber hier nicht mehr zur Behandlung.

Sitzung, Mittwoch, den 13. Februar 1924

Bericht des Abgeordneten Dr. Deermann über die zweite Hälfte des Korreferats des Sachverständigen Geheimrat Prof. Dr. Delbrück zu den Gutachten der Sachverständigen General d. Inf. a. D. v. Kuhl und Oberst a. D. Schwertfeger, II. Teil

Berichterstatter Abg. Dr. *Deermann*: Es ist vielleicht mit Recht nach Prof. Delbrücks Ansicht einer der folgenschwersten strategischen Irrtümer Ludendorffs

im Weltkriege gewesen, daß er die Offensive gegen die Italiener im November 1917, welche einen so schnellen und glänzenden Erfolg hatte, nur als einen kurzen Entlastungsstoß anlegte und nicht, entsprechend dem genialen Grundplan des österreichischen Feldmarschalls v. Hötzendorf, zu einem Vernichtungsfeldzug ausbaute. Divisionen hätten aus Rußland für einen derart wichtigen und entscheidenden Schlag doch wohl, wie auch General Hoffmann in seinem neulich erschienenen Werke sagt, noch herbeigezogen werden können. Immerhin ist das eine Streitfrage, die möglichst noch geklärt werden muß.

Im Frühjahr 1918 hat die O.H.L. leider aus politischen Gründen auf die Offensive in Italien, die günstigste Offensivmöglichkeit verzichtet, weil ein Sieg über die Italiener nur ein Teilsieg gewesen wäre und nur zu einem Verständigungsfrieden, aber nicht zu einem Frieden im Sinne Ludendorffs hätte führen können, weil außerdem eine verhängnisvolle Stärkung der Neigung zum Sonderfrieden bei Österreich-Ungarn als Ergebnis der völligen Niederwerfung Rußlands und Italiens befürchtet wurde.

Die ungeheure Schwierigkeit, vor der General Ludendorff bei der Offensive 1918 stand, ergab sich wohl nicht in dem Umfange aus der Aufgabe selbst, wie aus der Vorstellung, welche Ludendorff sich von derselben gebildet hatte. Gegen eine solch gewaltige Übermacht, wie sie uns gegenüberstand, kann ein tapferes Volk sich wohl, wie die Geschichte lehrt, kämpfend und geschickt verhandelnd behaupten, es kann aber nicht die Feinde niederwerfen und ihnen einen Siegfrieden aufzwingen.

Im Sinne von schweren Teilschlägen, denen dann ein Friedensangebot wahrer Verständigung mit *eindeutigem, vollem* Verzicht auf Belgien, wie es vermutlich Oberstleutnant Wetzell gemeint hat, folgte, wären die verschiedenen Offensiven eine rationelle Strategie gewesen; im Sinne einer großen entscheidenden Operation, wie Ludendorff es wollte, entsprachen die Mittel nicht mehr dem überspannten Ziel. Denn einmal lag eine zu große Zeitspanne zwischen der Ablenkungs- und der Durchbruchsoffensive; zum anderen wurde unsere Ersatzlage immer schlechter, die feindliche aber, wie die O.H.L. wußte, besser; zum dritten wurde die so überaus wichtige Überraschung immer unwahrscheinlicher und blieb das viertemal ja auch zu unserem Verderben aus.

General Ludendorff hat bei den Offensiven des Jahres 1918 die Absicht gehabt, einen Siegfrieden zu erringen. Die März-Offensive war als eine entscheidende Operation gedacht. Als dieselbe als solche gescheitert war, ging Ludendorff noch während derselben zu dem System schwerer Einzelschläge über. Er hoffte auf einen gelegentlichen Glücksfall — trotz der stetig aussichtsloser werdenden und sich der Katastrophe nähernden Lage —, statt das Kriegsziel zu mäßigen und die Methoden zu ändern. — Über diesen Punkt wird sich gewiß noch eine Debatte entspinnen. Ich wünsche das auch; denn man kann über diese Auffassung von der strategischen Meinung Ludendorffs sich wohl noch streiten. —

Eine absolute Verzichterklärung der politischen Reichsleitung auf Belgien unter ausdrücklicher und rückhaltloser Billigung der O.H.L. und die Politik des Verständigungsfriedens sind praktisch dasselbe. *Ohne diese Erklärung war*

ein Verständigungsfriede unmöglich. Mit dieser konsequent festgehaltenen Erklärung wäre zum mindesten in England, wenn nicht auch in Frankreich, die Vernichtungsfriedenspartei aus der Macht gedrängt worden.

Die Gutmachung der belgischen Kriegsschäden hätte seitens der O.H.L. und der politischen Reichsleitung angesichts der Notwendigkeit, zu einem erträglichen Frieden zu kommen, nicht abgelehnt werden dürfen. Die beiden für England und die Vereinigten Staaten maßgebenden Kundgebungen Wilsons und Lloyd Georges im Januar 1918 waren *nicht* so gehalten, daß Deutschland sie unmöglich oder auch nur unter schwersten Bedenken in seiner damaligen tatsächlichen Lage als Basis von Friedensverhandlungen annehmen konnte. Noch weniger abweisbar waren die vom Obersten v. Haeften aus dem Haag einige Wochen später mitgebrachten Bedingungen, welche das Schicksal Elsaß-Lothringens nicht mehr unklar ließen, sondern nur dessen Autonomie forderten.

Noch mehr wichen die Engländer nach den Erfolgen unserer Offensive zurück. „Es ist schwer zu bezweifeln, daß, wenn wir nach der Rede von Smuts am 17. Mai 1918 die notwendige autoritative Erklärung über Belgien abgegeben und die Einladung zu der zwanglosen Konferenz angenommen hätten, ein für uns annehmbarer Friede zustande gekommen wäre."

General Ludendorff suchte aber mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln immer wieder die Reichsleitung auf große Kriegsziele in Belgien festzulegen. Gleichzeitig ließ er sich jedoch bei ihr durch einen Offizier vertreten, der mit Entschiedenheit den Verständigungsfrieden und den Verzicht auf Belgien vertrat. In seinen Schriften behauptet nun Ludendorff bald, daß der Verständigungsfriede eine Unmöglichkeit und ein Verbrechen gewesen sei, bald, daß er einen solchen Frieden, einen Wilson-Frieden, für möglich gehalten habe. Wolfgang Foerster, der die Akten des Reichsarchivs studierte, behauptet (Graf Schlieffen und der Weltkrieg III, S. 128): „Hindenburg und Ludendorff stellten die Frage auf Sieg oder Untergang." Oberst Bauer, Ludendorffs intimster Mitarbeiter, sagt, daß die O.H.L. auf einen Frieden mit dem Status quo ante jederzeit glatt eingegangen wäre. Die Widersprüche der O.H.L. betreffs Kriegsziel und Friedensmöglichkeit sind nach diesen Handlungen und Äußerungen augenfällig.

Dieses sog. „doppelte Gesicht" Ludendorffs hat mit dem doppelten Gesicht eines Truppenführers dem Kerne nach wenig zu tun. Die Schneidigkeit, welche die O.H.L. markieren wollte, ging auf Kosten der Regierung und zuletzt auch des Kaisers. Nicht nur zur Hebung der Stimmung der Truppen hat die O.H.L. die ungeheuerlichen Kriegsziele in Belgien und im Osten gefordert, sondern sie hat mit den allerstärksten moralischen Druckmitteln auch die Reichsleitung zu zwingen versucht, diese Ziele tatsächlich zu verfolgen, und General Ludendorff spricht mit Verachtung von ihr, weil sie das nicht getan hat.

Eine erwünschte Rechtsopposition kann man das nicht nennen. Denn der Staatsmann blieb nicht Herr im Hause. Die O.H.L. zwang den Kaiser, gegen seinen Willen, Kanzler, Kabinettsrat und Minister zu entlassen, wenn sie ihr nicht gefielen. Dazu wurde die öffentliche Meinung derart durch das Kriegspresseamt, Zensur und das offiziöse W.T.B. beeinflußt, daß sie ein nur schwer überwindbares Hindernis für einen Verständigungsfrieden wurde.

Wenn die O.H.L. glaubte, dadurch würden Volk und Heer zum Weiterkämpfen angefeuert, so konnte sie Natur und Denkungsart des deutschen Volkes nicht schlimmer verkennen. Durch die andauernd geschärfte Einsicht, daß es einen reinen Verteidigungskrieg führe, hätte man seinen Willen zum Ausharren befestigt.

General Ludendorff hat übrigens selbst (Militärwochenblatt 1922, Spalte 378) zugegeben, daß er bei seinen vielen Frontfahrten gesehen habe, daß hochgesteckte Kriegsziele nicht einmal die Stimmung in einem großen Teil der höheren Stäbe aufrechterhalten haben.

Angenommen, daß die O.H.L. die hohen Kriegsziele für die Aufrechterhaltung der Stimmung notwendig hielt, aber doch ein Friede ungefähr auf dem Status quo ante beschlossen werden sollte, so war das dann nicht ohne wesentliche Mitwirkung der O.H.L. möglich. Denn der Gedanke, daß der Reichskanzler bei Meinungsverschiedenheiten durch Stellung der Kabinettsfrage den Kaiser zur Entlassung der O.H.L. oder wenigstens Ludendorffs hätte veranlassen können oder sollen, „wäre" — nach dem Zeugnis des Vizekanzlers v. Payer — „lächerlich gewesen". Bethmann Hollweg hat sich verschiedentlich unter Hinweis auf den zu erwartenden Sturm der — ganz falsch vom Militär unterrichteten — öffentlichen Meinung im gleichen Sinne ausgedrückt. „Auch eine rücksichtslose Kampfnatur wäre nicht durchgedrungen", sagt v. Payer.

Die O.H.L. verlangte am 7. Januar 1918, an den Friedensverhandlungen verantwortlich teilzunehmen. Die spätere Unterscheidung Ludendorffs zwischen staatsrechtlicher und moralischer Verantwortung ist nichts als eine nachträgliche Ausrede. General Ludendorff machte, als der Kaiser formell gegen die Generale entschied, aktenkundig, daß auch die Entscheidung Seiner Majestät die Generale vor ihrem Gewissen nicht entlasten könne. Die deutsche Diplomatie stand dauernd unter dem Druck, daß die Heerführer ihren Abschied einreichen würden, wenn man ihre politischen Forderungen, sei es im Osten, sei es im Westen, nicht vertrete. In die Friedensverhandlung von Brest-Litowsk hat General Ludendorff nach eigenem Zeugnis direkt und erfolgreich eingegriffen. Dadurch hat er auf die Friedensaussichten im Westen eine schwere Rückwirkung ausgeübt, und die Behauptung, die O.H.L. sei kein politischer Faktor gewesen, selbst widerlegt. Wenn auch die Politik amtlich Sache des Reichskanzlers und des Staatssekretärs des Auswärtigen war, so hat dieselbe doch direkt und indirekt wesentlich unter dem beherrschenden Einfluß der O.H.L., besonders seit dem Sturz Bethmann Hollwegs, gestanden. Die Verantwortung dafür, daß es nicht zu Verhandlungen über einen Verständigungsfrieden gekommen ist, fällt daher in hohem Maße auf die O.H.L. „Gewiß war die Finasserie des Staatssekretärs v. Kühlmann falsch. Aber es ist anzunehmen, daß ohne das wiederholte Eingreifen der O.H.L. und ihren dauernden Druck die verschiedenen Reichskanzler anders gehandelt hätten und die Leitung der Geschäfte weder an Michaelis noch an Hertling und Kühlmann gelangt wäre." Angesichts der Haltung der O.H.L. gegenüber Belgien und Briey-Longwy vermochte die deutsche Diplomatie für die „Friedensoffensive" nichts zu tun. Wenn sie etwas

getan hätte, konnte es nichts nützen; denn die O.H.L. war als die entscheidende Autorität bei der Entente bekannt.

Man war aber in der O.H.L., wie aus den Denkschriften v. Haeftens vom 14. Januar und 3. Juni hervorgeht, darüber unterrichtet, daß es im englischen Volke und bei seinen Führern eine starke Friedenspartei gab. Die O.H.L. mußte, wenn sie schon künstlich das deutsche Volk in Nebel hüllen ließ, den Verständigungsfrieden billigen und für die Anbahnung desselben von Anfang an eintreten. Sie wußte, daß unser Sieg nicht so sicher war, wie man der öffentlichen Meinung gesagt hatte. Sie wußte dies erst recht nach dem strategischen Mißerfolg der ersten und größten Offensive vom 21. März. Unter keinen Umständen durfte die O.H.L. auch sich selbst mit diesen Illusionen einlullen, sondern mußte sich gestehen, wie die Lage in Wirklichkeit war und ganz danach handeln, auch dem Kaiser und der von ihr beherrschten politischen Reichsleitung gegenüber.

Die Friedensresolution vom Juli 1917 hat nicht bei unseren Feinden schädlich gewirkt, weil sie etwa als Zeichen der Schwäche aufgefaßt wurde. Das geschah nicht. Die feindlichen Staatsmänner erkannten in ihr eine Gefahr für ihre Politik, da sie befürchteten, ihre Völker möchten nicht weiterkämpfen, wenn Deutschland tatsächlich gemäß diesen Grundsätzen den Frieden wollte. Sie konnten aber bald ihren Völkern zeigen, daß die militärische Richtung in Deutschland die Durchführung der Politik der Resolution verhinderte. Wilson wies auf den offenen, hoffnungslosen Gegensatz hin, in dem sich in Deutschland die Anhänger der Friedensresolution zu denen befinden, „die den Geist und die Absicht der Eroberung und Unterwerfung verkörperten". Der Friede von Brest-Litowsk war ihm mit Recht der Ausdruck dieses Gegensatzes.

Die Frage der Kriegsziele und des Verständigungsfriedens wurde nicht als Parteisache behandelt, wie General Ludendorff sagt. Daß das deutsche Volk sich nicht in einmütiger Einheitsfront hinter die Regierung und die O.H.L. stellte, hat diese selbst verschuldet. Ludendorff brauchte nur mit aller Entschiedenheit und Rückhaltlosigkeit zu erklären, daß das deutsche Volk einen Verteidigungskrieg führe und durch Wort und Tat zu bekräftigen, daß nur ein Frieden auf dem Status quo ante verlangt würde, und die Einheitsfront wäre geschaffen gewesen. Die Kämpfe des Jahres 1918 sind in der Art und dem Umfang, wie sie geführt wurden, wesentlich von den Kriegszielen der O.H.L. beeinflußt worden.

Es hat im Laufe des Weltkrieges mehrere Zeitpunkte gegeben, die für einen Verständigungsfrieden besonders günstig waren: um die Wende des Jahres 1916/17, als Wilson den Frieden zu vermitteln wünschte, und dieser Wunsch durch die Erklärung des unbeschränkten U-Boot-Krieges auf Betreiben des Admiralstabes in der O.H.L. zerstört wurde; im Sommer 1917, als die französische Front durch schwere Meutereien erschüttert war, der Papst zu vermitteln suchte und der Reichstag die Friedensresolution annahm. Erst durch die auf Grund der Kreuznacher Beschlüsse der O.H.L. von Michaelis gegebene Auslegung derselben: „wie ich sie auffasse" und die Nichtbeantwortung der wiederholten öffentlichen Frage von Asquith im Unterhause: „Wie denkt Deutschland

über Belgien?" gewann die Kriegspartei im englischen Kabinett und Volk wieder die Oberhand. Nachdem im Januar 1918 Wilson seine 14 Punkte aufgestellt und Lloyd George ähnlich gesprochen, bald darauf Oberst v. Haeften die bekannten Bedingungen aus dem Haag mitgebracht hatte und der Entente vor der deutschen Offensive bangte, war ein anderer guter Augenblick für das Angebot eines wahren Verständigungsfriedens gegeben. Als der Sturm losgebrochen und gewaltige Schrecken verbreitet hatte, war der Moment noch günstiger, da der Feind seine Lage unterschätzte und nun erfahren hätte, daß der Gegner friedlicher gesinnt war als man annahm. England würde auch einen leidlichen Frieden der Rettung durch die Amerikaner wohl vorgezogen haben. Und dann erst die Friedensrede des Generals Smuts am 17. Mai 1918.

Ludendorff aber erklärte zu den v. Haeftenschen Bedingungen, nur ein geschlagenes Deutschland könne sie annehmen. Ludendorff hat nach einem bestimmten Zeugnis Prof. Dr. Delbrücks sogar gesagt: „Einen Verständigungsfrieden kann ich alle Tage haben, ich will aber nicht die Verständigung, ich will Gewalt." — Hierzu muß ich bemerken, daß ich es gern gesehen hätte, wenn die Quelle hierfür genau angegeben worden wäre; dann hätte das Zeugnis ohne Zweifel an Wert gewonnen. (Die Quelle ist mir privatim nachher angegeben worden und erscheint mir durchaus glaubhaft.)

Die Forderung der Einführung des parlamentarischen Regierungssystems in Deutschland in den v. Haeftenschen Friedensbedingungen hatte keine ausschlaggebende Bedeutung. Denn die Parlamentarisierung war schon in vollem Zuge, und die Regierung des Reichskanzlers Hertling, der mit seinem Staatssekretär v. Kühlmann sich gegen Ludendorff und die Kriegspartei nicht durchsetzen konnte oder wollte, erschien Wilson begreiflicherweise als nicht genügend verhandlungsfähig.

Die Gegner stellten Bedingungen, die für Deutschland eine annehmbare Verhandlungsbasis bedeuteten. Unter dem Einfluß und unter der Führung der O.H.L. ist das Eingehen auf Verhandlungen auf dieser Basis abgelehnt worden. Der Staatssekretär v. Kühlmann wollte allerdings darauf eingehen, aber der einzige Weg dazu, die öffentliche und unwiderrufliche Erklärung über die völlige Herausgabe Belgiens, war ihm durch die O.H.L. versperrt.

Die Meinung, daß unsere Gegner insgesamt niemals, besonders 1918 nicht, friedenswillig gewesen seien, ist unbegründet und irrig. Die O.H.L. hat das auch gewußt. Es handelte sich nicht um die Friedenswilligkeit, sondern um die Friedensbedingungen, welche Ludendorff ablehnte, obwohl sie als Verhandlungsbasis annehmbar waren. Wenn Ludendorff noch heute erklärt, jene Bedingungen (Wilsons, Lloyd Georges, v. Haeftens) seien derart gewesen, daß nur ein geschlagenes Deutschland sie annehmen konnte, so bekräftigt er noch nachträglich jene Ansicht unter unseren Feinden, daß es unmöglich gewesen sei, mit Deutschland zu einem vernünftigen Frieden zu gelangen. Ludendorff hat über die 14 Punkte Wilsons aber auch schon das Gegenteil geäußert.

So wie man die Verhältnisse 1918 in der O.H.L. ansehen mußte, hätte die v. Kuhlsche Offensividee den Vorzug vor dem Michael-Angriff wohl verdient, da sie in Ziel und Anlage wesentlich besser den vorhandenen deutschen Mitteln

entsprach. Ludendorff wählte das größte Ziel, den Michael-Angriff und scheiterte, weil die Kräfte dazu nicht ausreichten. Ziel und Mittel waren also nicht zutreffend abgeschätzt worden. Dies ist, wie ich bemerken möchte, ein Streitpunkt. Überhaupt stelle ich hier fest, daß ich diese Ausführungen vor unserer letzten Besprechung zurechtgelegt habe. — Der Plan Ludendorffs hatte die Aufrollung der ganzen englischen Armee, in seiner Erweiterung auch den Sieg über die Franzosen zum Ziel, und konnte im Falle des Gelingens die Herrschaft über Belgien und Briey bringen. Die Pläne v. Kuhls und Wetzells hatten das beschränktere Ziel erfolgreicher schwerer Einzelschläge und konnten die Friedenswilligkeit des Feindes, aber nicht Belgien bringen. *Die O.H.L. aber hat das Siegziel ohne zwingende Notwendigkeit und in Erkenntnis der selbst bei der ersten, größten Offensive nur geringen Überlegenheit angestrebt, weil sie einen Siegfrieden um Belgiens und Brieys willen verlangte.* — Auch hierüber wird noch eine Diskussion notwendig sein, um die Ansichten noch weiter zu klären. — *Sie hat dies Ziel trotz stark gestiegener Aussichten für einen Verständigungsfrieden und stetig und erheblich sich mindernder eigner Kräfte weiter verfolgt und dadurch die furchtbare militärische Katastrophe wenigstens mit herbeigeführt.*

Die letzten Aussichten auf einen nicht allzu schweren Frieden hat Ludendorff durch sein plötzliches, rücksichtsloses und nicht begründetes Verlangen nach sofortigem Waffenstillstand zerstört.

Es ist nicht richtig, daß es 1918 vor und nach der März-Offensive nur Sieg und Niederlage für uns gab. Dazwischen gab es für uns viele und günstige Übergangsstufen. Die feindliche Friedenswilligkeit, zum mindesten in England, war nicht von vornherein durch Verständigungs-Friedensangebote in Verbindung mit Teilangriffen mit beschränktem Ziel unerreichbar. Wenn unsere Kräfte zu möglichst entscheidenden, operativ sich auswirkenden Siegen nicht reichten, so blieb uns, auch nach v. Kuhls und selbst Ludendorffs Meinung (vgl. die Darlegungen über die Zeit vom August 1918 an), durchaus nicht nur noch der Versailler Diktatfriede, besonders solange unsere Kräfte nicht für das allzu große Siegziel verbraucht waren. Daß die O.H.L. eine andere Wahl als die Waffenentscheidung gehabt hätte, steht auch mit dem eigenen Willen der O.H.L., daß trotzdem nach der Niederlage Verhandlungen eingeleitet werden sollten, *von denen sie einen Erfolg erhoffte*, in Widerspruch. Warum war dies dann nicht erst recht früher möglich?

Der Friede wurde in der ersten Hälfte 1918 nicht nur durch den Vernichtungswillen in den Reihen der Feinde verhindert, sondern auch durch die gänzlich überspannten Kriegsziele, welche die O.H.L. für deutsche Lebensnotwendigkeiten erklärte. Für diese Bedingungen sind Hunderttausende in den Tod geschickt worden. Die ganze überwiegende Mehrheit des Volkes und des Heeres wäre damals dem Feldherrn dankbar gewesen, der auf die v. Haeftenschen Vorbedingungen hin auf Anbahnung von Friedensverhandlungen gedrungen hätte.

Das Unterbleiben der absoluten Verzichterklärung auf Belgien ist auch der politischen Reichsleitung, insbesondere dem Kaiser und den Kanzlern Michaelis und Hertling zur Last zu legen, wenn auch nicht in dem Maße wie der O.H.L., welche die Reichsleitung tatsächlich beherrschte.

Die Verhältnisse lagen in der ersten Hälfte 1918 günstig, um Deutschland in seiner unversehrten Großmachtstellung aus dem Kriege herauszubringen; die Ursache, daß dies nicht gelungen ist, ist auf deutscher Seite vor allem in der Persönlichkeit Ludendorffs, im übrigen natürlich durchaus nicht nur auf deutscher Seite zu suchen.

Sachverständiger *v. Kuhl*: Es sind von Herrn Geheimrat Delbrück Äußerungen von Ludendorff erwähnt worden ohne Quellenangabe. Ich kann sagen: Mir hat Ludendorff das Gegenteil gesagt. Ich habe mit ihm gesprochen, als er in die O.H.L. kam, Ende August 1916. Anfang September hatten wir in Cambrai eine Besprechung, und ich habe ihm allerdings gesagt: Ob wir einen solchen Sieg erreichen werden, daß wir den Frieden diktieren können, das ist mir zweifelhaft; wir werden also versuchen müssen, wenn sich eine gute Gelegenheit zu einem annehmbaren Frieden findet, den Frieden zuwege zu bringen. Dem hat Ludendorff in jeder Weise zugestimmt. Wir sind nur im Jahre 1918 der Ansicht gewesen, daß wir einen solchen Verständigungsfrieden, d. h. einen verständigen Frieden, gar nicht zuwege bringen konnten.

Ferner ist gesagt worden, die Friedensresolution sei nicht als Zeichen der Schwäche aufgefaßt worden, ebensowenig wie unser vielfaches Reden vom Frieden. Ich habe die entgegengesetzten Zeugnisse ausführlich in meinem Gutachten gebracht und kann nur darauf hinweisen.

Wenn hier vom deutschen Militarismus die Rede gewesen ist, so brauche ich nur auf den französischen Militarismus hinzuweisen, der damals in viel höherem Maße vorhanden war, und der auch heute vorhanden ist, was ich nicht zu beweisen brauche.

Dann ist das Wort gefallen, die O.H.L. hätte die Reichsleitung beherrscht. Wenn das der Fall gewesen ist, so stelle ich die Frage, wen denn dafür die Hauptschuld trifft. Meiner Auffassung nach den, der sich beherrschen läßt, und nicht den, der den anderen beherrscht. Wenn einer nichts tut, dann muß der andere die Zügel ergreifen; der erstere darf sich dann aber nicht beschweren.

Ich möchte dann noch kurz auf einige militärische Punkte eingehen. Es ist gesagt worden, es sei ein schwerer militärischer Fehler gewesen, daß die Offensive gegen Italien im Herbst 1917 nicht zu einer entscheidungsuchenden Operation ausgestaltet worden sei. Ich habe mich darüber in meinem Gutachten ausgelassen und habe ausführlich die Gründe dargelegt, weshalb das nicht möglich war. Die Dinge sind auch hier mündlich zur Sprache gekommen, ich habe die Sache ausführlich noch einmal begründet, und das ist auch damals anerkannt worden. Wenn also jetzt die gegenteilige Behauptung aufgestellt wird, dann bitte ich um den Beweis. Einen Beweis für seine Ansicht habe ich in den Darlegungen des Herrn Berichterstatters vermißt. Ich kann nur noch einmal auf mein Gutachten verweisen und darum bitten, es nachzulesen. Wir standen damals in der Flandernschlacht. Ich habe die Flandernschlacht hier im einzelnen behandelt. Ich habe dargelegt, wie der Boden weithin unter diesen furchtbaren Kämpfen erzittert hat, wie wir mit der größten Mühe die Divisionen aufgebracht haben, um den Kampf in Gang zu halten. Wenn wir nicht dauernd hinter jeder Division, die im Kampfe stand und die höchstens 14 Tage vorn aushalten

konnte, eine Ablösungsdivision rechtzeitig stehen hatten, war der Durchbruch nicht zu verhindern. Wir haben die ganze Westfront in Tätigkeit setzen und ausplündern müssen, um den Kampf in Flandern durchzuführen. Als mir Ludendorff sagte, er wolle die Offensive in Italien machen und wolle 6 bis 7 Divisionen von der Westfront dazu nehmen, habe ich ihn ob seiner Kühnheit angestaunt. Ich entsinne mich noch dieses Ausdrucks, den ich gebraucht habe. Es war das Äußerste, was zu leisten war, es war eine außerordentliche Kühnheit. Mehr war nicht beizubringen, aber damit war eine entscheidungsuchende Offensive nicht durchzuführen. Es war sehr bedauerlich; aber es war nicht anders.

Nun ist gesagt worden, man hätte aus dem Osten noch Divisionen heranziehen können. Das ist nicht zutreffend. General Hoffmann hat in seinem Buch auch darauf angespielt. General Hoffmann hat aber damals nichts davon gesagt, daß er Divisionen abgeben könnte. Ich möchte das noch einmal ausdrücklich feststellen. Seine jetzigen Darlegungen sind post festum gemacht. Er konnte aber auch keine Division abgeben, denn im Herbst 1917 waren wir im Osten, wie bekannt ist, keineswegs fertig. Ich brauche das hier nicht näher auszuführen. Der Krieg konnte jeden Augenblick wieder beginnen, und er war nicht so ohne weiteres kurzerhand zu erledigen. Das hat ja die Kerenski-Offensive gezeigt. Wir kamen damals in große Schwierigkeiten. Die Österreicher waren nun einmal mit ihren Kräften fertig. Wir konnten nicht ohne weiteres Kräfte wegnehmen.

(Sachverständiger Dr. *Delbrück*: Es kam auf die Friedensbedingungen an!)

Um die Friedensbedingungen handelte es sich im September 1917 noch gar nicht. Im September 1917 war der Zeitpunkt, an dem wir die Divisionen nach Italien schicken mußten. Damals war von einem Frieden noch gar keine Rede im Osten.

Berichterstatter Abg. Dr. *Deermann*: Ich habe nochmals die Ausführungen nachgelesen, die früher[1]) über diese Frage gemacht worden sind. Damals ist die Frage der absoluten Unmöglichkeit einer Heranziehung deutscher oder österreichischer Kräfte aus dem Osten nicht vollständig behandelt worden. Wohl aber die Frage, daß es vom Westen aus nicht möglich war, mehr Kräfte heranzuziehen. Darum habe ich diesmal die Gelegenheit benutzt, um diese Sache noch einmal ganz klarstellen zu lassen. Denn dann kommt es darauf hinaus, was ich schon in meinem Bericht zu dem I. Teil des v. Kuhlschen Gutachtens gesagt habe, daß die Nichtdurchführung der Offensive im Jahre 1917 in Italien den Österreichern zuzuschieben ist, weil die Österreicher damals, nachdem Conrad aus der leitenden Stellung entlassen worden war, nicht dafür sorgten, daß alles getan wurde, um nach Möglichkeit mit ihren eigenen menschlichen und materiellen Kräften doch den genialen Plan Conrads zu erfüllen. Es liegt also wesentlich auf der österreichischen Seite, daß sie ihre Kräfte nicht im vollen Umfange und in der Zeit eingesetzt haben, wie Conrad es wollte. Ich

[1]) Vgl. S. 63.

bin durchaus befriedigt über die Aufklärungen und trete denselben gern bei. Damit fällt die Auffassung, daß Ludendorff damals nicht das getan hätte, was er tun mußte, in sich zusammen.

Sachverständiger *v. Kuhl*: Ich darf dazu bemerken, daß auch die Österreicher nicht mehr tun konnten. Aber das ist ja in diesem Falle unwesentlich und kann infolgedessen hier außer Betracht bleiben.

Berichterstatter Abg. Dr. *Deermann*: Das sind Kritiken, die die Österreicher unter sich aufgeworfen haben, die wir aber nicht entscheiden können und sollen.

Sachverständiger *v. Kuhl*: Dann ist das Urteil gefällt worden, die ganze Offensive von 1918 sei im Sinne einer entscheidungsuchenden Operation verfehlt gewesen. Das ist ein sehr hartes Urteil. Wir sind anderer Ansicht gewesen. Wir haben geglaubt, die Entscheidung zu erzielen. Das ganze Heer hat das geglaubt. Die Entscheidung ist nicht gelungen. Es ist ja auch Napoleon vieles nicht gelungen.

(Abg. Dr. *Deermann*: Sie war ein Irrtum!)

Deshalb darf man aber noch nicht ohne weiteres sagen: Sie war verfehlt.

(Abg. Dr. *Deermann*: Ich habe das aber damit gemeint; der Ausdruck ist vielleicht nicht ganz glücklich! — Sachverständiger Dr. *Delbrück*: Ich habe das allerdings gesagt und halte es auch vollkommen aufrecht!)

Ich stelle nur fest, daß meine Ansicht der des Geheimrats Delbrück auf das bestimmteste entgegensteht. Dabei muß ich immer bleiben in bezug auf die ganze Auffassung unserer Offensive. Es ist auch jetzt wieder von dem Herrn Berichterstatter gesagt worden, der General Ludendorff sei nachher zu einem System von Einzelschlägen übergegangen; er habe dann noch geschwankt, ob er eine Entscheidung suchen oder Einzelschläge anwenden solle. Ich habe geglaubt, in meinem Gutachten den roten Faden, der sich durch die ganzen Operationen vom April bis zum Juli hindurchzieht, so klargelegt zu haben wie möglich. Auch ich habe das Reichsarchiv durchstudiert und außerdem weiß ich ja alles aus eigener persönlicher Erfahrung ganz genau. Es ist ein ganz klarer Offensivgedanke vorhanden gewesen. Wir waren im März und April nicht zum Ziel gekommen. Weshalb nicht, ist ja klargelegt. Dann war von Ludendorff der Gedanke erwogen worden, den Hauptschlag später nochmals in Flandern zu führen. Dieser Gedanke ist nach meiner Auffassung unbedingt richtig gewesen. Aber die Reserven des Feindes waren in Flandern noch zu stark. Daher ist dann der Ablenkungsangriff im Mai gemacht worden. Das ist ein ganz klarer Gedanke. Warum der Ablenkungsangriff weiter geführt worden ist, ist hier auch lang und breit besprochen worden. Nun wurde das Ziel des Ablenkungsangriffs im Mai nach Auffassung des Generals Ludendorff nicht erreicht. Es waren noch zu starke Reserven in Flandern. Außerdem war die Lage der Armee, die im spitzen Winkel bei Dormans und Château Thièrry zur Marne vorgedrungen war, zu ungünstig; sie war in den Flanken bedroht. Das ist der Grund gewesen, weshalb nochmals im Juli ein Ablenkungsangriff gemacht worden ist. Dann sollte der große Schlag in Flandern erfolgen. Ob das richtig war, ob zuviel Ablenkungsangriffe gemacht worden sind oder

nicht, steht hier nicht zur Debatte, sondern nur die Frage, ob ein klarer Gedanke vorherrschte oder ob es sich um ein System von Einzelschlägen gehandelt hat. In Wirklichkeit sind diese Teilangriffe nur die Vorbereitung für den später zu führenden Hauptschlag gewesen. Das wollte ich beweisen. Die Beweise sind in meinem Gutachten in aller Ausführlichkeit gegeben; sie sind auch aktenmäßig belegt, und ich muß dem, was Herr Geheimrat Delbrück immer sagt, und was auch heute wieder zum Ausdruck gekommen ist, widersprechen, daß Teilschläge hier und da geführt worden seien und daß man auf einen unberechenbaren Glücksfall gehofft habe. Das ist nicht richtig. Ob die ganze Operation richtig war oder nicht, steht hier nicht zur Erörterung. Ich wollte nur beweisen, daß ein klarer Gedanke vorgeherrscht hat.

Berichterstatter Abg. Dr. *Deermann*: Ich habe jetzt den Eindruck, *daß ein klarer Plan durchaus vorgelegen hat.* Man kann allerdings, wenn man sich den Ablauf der Dinge vor Augen führt, zu einer anderen Auffassung kommen, nämlich zu der Auffassung, als ob doch ein Schwanken vorgelegen hätte. Aber das Zeugnis des Sachverständigen und Teilnehmers Exzellenz v. Kuhl muß den Vorrang für sich beanspruchen, und ich stimme ihm deswegen auch in dieser Beziehung zu. Ob nicht dann und wann Ludendorff für sich anders gedacht hat, kann ja trotzdem dahingestellt bleiben.

Sachverständiger *v. Kuhl*: Ich danke dem Herrn Berichterstatter dafür, daß ich die Gelegenheit bekommen habe, diese Frage zu klären. Ich habe ja damals mit Ludendorff ununterbrochen in Verbindung gestanden, und sein Gedankengang ist mir immer ganz klar gewesen. Er hat mir seine Gedanken immer so auseinandergesetzt, wie ich sie hier entwickle, so daß für mich gar kein Zweifel bestehen kann.

Ich möchte dann noch einmal feststellen, daß ich niemals behauptet habe, ein Angriff St. Georg in Flandern sei im März besser gewesen als ein Angriff in der Picardie bei St.-Quentin. Ich habe die Gründe für und gegen möglichst sachlich auseinandergesetzt und kann zum Schluß nur sagen: Wenn jemand behauptet, der Angriff in Flandern wäre besser gewesen, so ist der Beweis dafür nicht zu erbringen; denn dieser Angriff ist nicht gemacht worden. Das kann man daher immer sagen. Es sprach dies und jenes dafür. Meine persönliche Meinung habe ich auch auseinandergesetzt. Der General Ludendorff sagte immer: „Wenn Sie garantieren, daß Sie rechtzeitig in Flandern angreifen können, dann wollen wir den Angriff machen." Da wir das nicht konnten, sind seine Gründe in jeder Weise beachtenswert.

Sachverständiger Dr. *Delbrück*: Ich komme noch einmal auf den Ausdruck zurück, der hier gebraucht worden ist und den ich wohl auch ungefähr so gebraucht habe, daß die ganze Offensive im März verfehlt gewesen sei. Ich berufe mich dafür, daß sie verfehlt war, darauf, daß General Ludendorff selbst seinen Grundgedanken nicht konsequent durchgeführt hat, sondern daß er seinen Defensivflügel viel zu stark gemacht hat und, als infolgedessen der Defensivflügel den großen Erfolg hatte, der Offensivflügel aber nicht durchdrang, in dieser Richtung vorgegangen ist, so daß nunmehr die ganze Offensive auseinanderlief und nirgends eine wirkliche Überlegenheit vorhanden war. Der

Fehler liegt in der Anlage, und das hat der Generalstabschef der Armeegruppe Rupprecht von vornherein erklärt. General Ludendorff hat ihm darauf erwidert: „Ich tue es aber doch, um die Freiheit der Bewegung zu erlangen." Also seinen eigentlichen Plan, durchzubrechen und die englische Front dann aufzurollen, durchkreuzte er durch einen ganz anderen Gedanken, durch den Gedanken, die Freiheit der Bewegung zu erlangen, woraus sich dann irgendeine andere Operation entwickeln sollte. An dieser inneren Inkonsequenz ist der Angriff gescheitert. Wenn wir uns vorstellen, was nicht bloß ich, sondern auch andere Kritiker gesagt haben, daß der Defensivflügel hätte schwächer gemacht werden sollen und dafür der Angriff nach Norden um ein größeres Stück verlängert worden wäre, dann wäre eine Einheit der Operation dagewesen. Ob sie zum Erfolge geführt hätte, kann man natürlich nicht wissen. Nur daß von Anfang an in diesem Offensivplan ein innerer Widerspruch war und an diesem inneren Widerspruch die Schlacht tatsächlich verloren ging, ist rein sachlich festzustellen. Das habe ich festgestellt, und das ist auch nicht widerlegt worden.

(Sachverständiger *v. Kuhl*: O ja!)

Diesen Widerspruch haben Sie ja selber zugegeben. Darum handelt es sich.

Sachverständiger *v. Kuhl*: Ich habe schon früher ausführlich erörtert und habe nachgewiesen, daß es uns an Artillerie gefehlt hat.

(Sachverständiger Dr. *Delbrück*: Das ist ja ganz meine Meinung!)

Es ist aber nicht die Schuld Ludendorffs, daß wir nicht so viel Artillerie hatten. Wir haben nicht so viel Artillerie gehabt, um den Angriff nördlich so weit zu verbreitern, wie es erwünscht gewesen wäre. Das haben wir auch alle betont, vor allem die 17. Armee hat dauernd darauf hingewiesen. Die 17. Armee ist jeden Tag vorstellig geworden und hat gesagt: Wir bleiben bei Arras hängen. Wir konnten aber den Angriff nach Norden nicht weiter ausdehnen, weil wir keine Artillerie hatten. Divisionen haben wir genug gehabt. Deshalb spielt es gar keine große Rolle, ob bei der 18. Armee eine Anzahl Divisionen mehr oder weniger verwendet worden sind. Wir haben den Angriff so führen wollen, daß wir nachher, nachdem der Ansturm am 21. März ausgeführt war, die entbehrliche Artillerie herausgezogen und sie nach rechts, nach Arras beförderten, um nachträglich noch den Angriff bei Arras zu verbreitern. Das ist aus den Gründen nicht gelungen, die ich das vorige Mal erörtert habe. Es liegt also nicht der Umstand vor, daß Ludendorff seinen ursprünglichen Plan selbst verdorben hätte, sondern es hat an einer Unzulänglichkeit der Mittel gelegen, an der wir ja so oft gekrankt haben, nicht an einem Fehler Ludendorffs.

Sachverständiger Dr. *Delbrück*: Damit kann ich mich nicht einverstanden erklären. Obgleich Herr Oberstleutnant v. Stülpnagel uns neulich auseinandergesetzt hat, daß geographisch betrachtet die Armee Hutier mit weniger Artillerie ausgerüstet gewesen wäre als die beiden anderen Armeen, weil ihre Front etwas länger war als die der anderen, so bleibt doch immer die Aufgabe, die Wichtigkeit eines Angriffs, der nur von einem Defensivflügel unternommen werden sollte, gegen die Wichtigkeit der Verlängerung des Offensivflügels nach Norden abzuwägen. In dieser Beziehung hat der General v. Kuhl schon damals darauf

aufmerksam gemacht: die sind drüben (18. Armee) reichlich stark. Haben Sie damit wirklich nur Divisionen gemeint? Es heißt immer wieder: Der linke Flügel ist stärker, als nötig ist. Ich kann mir nicht denken, daß sich das bloß auf die Divisionen bezogen hat. Nicht bloß aus dieser Aussage, sondern auch aus der Natur der Dinge folgt das, weil von Anfang an der Gedanke vorschwebte: Machen wir diese Defensive in Offensivform, und wenn es gut geht, können wir dann daraus eine Offensive entwickeln. Allerdings wurde dabei die Klausel gemacht: wenn es gut geht. Psychologisch ist das sehr wohl verständlich. Aber der Fehler bleibt. Wir haben zuviel schwere Artillerie auf dem Teil der Front eingesetzt, der im Prinzip doch nur eine Defensivaufgabe hatte, und wir vernachlässigten darüber den entscheidenden Punkt, nämlich den Angriff zwischen Cambrai und Arras. Davon kann ich nicht los.

Sachverständiger *v. Kuhl*: Noch einen Punkt möchte ich besprechen. Es ist vielleicht übersehen worden, daß die 18. Armee nicht bloß einen Defensivauftrag hatte, sondern daß sie, um diesen Defensivauftrag zu erfüllen, ebenso gut wie die beiden anderen Armeen das ganze feindliche Stellungssystem durchbrechen und den Feind über den Haufen werfen mußte, um bis zur Somme und bis zum Crozatkanal vorzudringen. Das war eine Aufgabe, die in größerer Breite zu lösen war, als den beiden anderen Armeen aufgetragen war. Deshalb hätte sie diese Aufgabe nie und nimmer erfüllt, wenn sie nicht von vornherein ihrer Breite entsprechend die erforderliche Artillerie bekommen hätte. Divisionen spielten, wie gesagt, nicht eine solche Rolle. Ich kann immer wieder nur dasselbe sagen.

Vertreter des Reichswehrministeriums Oberstleutnant *v. Stülpnagel*: Ich möchte doch dieser Frage eine außerordentliche Bedeutung beimessen. Wir dürfen nicht vergessen, daß sich Herr Geheimrat Delbrück in seinem Referat bei der Beurteilung der ganzen Sachlage auf diese Frage eingestellt hat. Ich erinnere noch einmal an einen Satz seines Referats, in dem Herr Geheimrat Delbrück gegenüber Exzellenz v. Kuhl sagt: „Wir werden uns darüber jetzt einigen können. Der Fehler lag nicht — davon hat mich das Kuhlsche Gutachten überzeugt — in der Wahl der Angriffsstelle, der Ausdehnung der Angriffsfront südlich La Fère, sondern in der den Verhältnissen nicht entsprechenden Ausstattung dieses Frontabschnitts mit Truppen.“ Er sagt dann später: „Das Ergebnis ist also, daß dem beabsichtigten Hauptangriff Kräfte, die an sich zur Verfügung gestanden hätten, vorenthalten wurden für einen anderen, noch unbestimmten strategischen Zweck, der sich erst aus der zu erhoffenden Freiheit der Bewegung ergeben sollte.“ Wir sehen also, welche Bedeutung Herr Geheimrat Delbrück gerade der Kräfteverteilung beimißt. Nun habe ich schon das letztemal an Hand einer Statistik[1]) — ich wies schon damals darauf hin, daß diese Statistik auf den neuesten Forschungen des Reichsarchivs beruht — darzulegen versucht, daß wir tatsächlich nur das notwendigste Maß von Artillerie gehabt haben. Herr Geheimrat Delbrück sagt, dann hätte man es anders machen müssen, man hätte der 18. Armee einen geringeren Abschnitt zuweisen

[1]) Vgl. S. 207 f.

und die freiwerdenden Kräfte im Norden der 17. Armee zur Verfügung stellen müssen. Das ging nicht; darüber müssen wir uns ganz klar sein. Die 18. Armee hatte die Aufgabe, sich an die Somme anzulehnen. Nur unter dieser Bedingung war überhaupt ein Durchbruchsangriff möglich. Einige Kritiker haben vorgeschlagen, die Angriffsfront der 18. Armee auf die Strecke bis zum Omignonbach zu verkürzen. Das wäre taktisch wiederum nicht zweckmäßig gewesen, denn dann hätte die 18. Armee nur eine schwache Flankenanlehnung besessen und wäre außerordentlich von den Franzosen flankiert worden. Ich bin außerdem der festen Überzeugung: Wenn wir auf Kosten des linken Flügels der 18. Armee die 17. Armee verbreitert hätten, wären wir sowohl oben hängen geblieben wie auch bei der 18. Armee. Dann hätte die Möglichkeit für einen Durchbruch überhaupt nicht bestanden. Diese Frage ist von ganz entscheidender Tragweite.

Wenn ich das Gutachten des Herrn Geheimrat Delbrück eingehend durchstudiere, und zwar lediglich auf die militärischen Punkte hin, so finde ich nach pflichtmäßigem Ermessen, daß wir in der Forschung noch recht stark an der Oberfläche schwimmen. Wenn man dieses Referat eingehend bis zum Schluß durchstudiert, dabei die Akten berücksichtigt und es dabei so macht, wie ich es getan habe, daß man die einzelnen für die Operationen maßgeblichen Persönlichkeiten, wie General Wetzell usw., selber hört, dann kommt man zu anderen Schlüssen.

Dann darf ich noch auf einen anderen grundlegenden Punkt eingehen. Die Herren zitieren Bücher von Ludendorff, Foerster, Bauer usw., wie auch Herr Dr. Deermann es eben getan hat. Wie haben wir solche Bücher zu bewerten? Vergessen Sie doch eines nicht. Die Ludendorffschen Bücher sind kurze Zeit nach dem Kriege geschrieben; sie erschöpfen bei weitem nicht alle Fragen, die sich der Untersuchungsausschuß vorlegen muß. Manche Fragen können aber heute schon absolut geklärt werden, wenn man es so macht wie ich. Ich bin in eine eingehende Aussprache mit dem General Wetzell über diese Dinge eingetreten, der ja der intimste Mitarbeiter des Generals Ludendorff gewesen ist. Manche Fragen, die hier erörtert worden sind, müssen aus weiterer Perspektive betrachtet werden. Das trifft z. B. zu, wenn wir die ganze Anlage der Operation auf der Westfront betrachten. Wir dürfen hier nicht immer nur Abschnitte herausnehmen. Die Gedanken Ludendorffs waren ganz anders eingestellt. Er nahm den gesamten Kriegsschauplatz als Ganzes, und aus der Betrachtung des ganzen Kriegsschauplatzes gingen seine Gedankengänge hervor. Das wird hier gänzlich übersehen und vergessen. Um noch einmal auf die Bücher zurückzukommen, so hat Herr Dr. Deermann schon einen Gegensatz zwischen dem Foersterschen Buch und dem Bauerschen Buch festzustellen geglaubt. Wir wissen aber genau, daß das Bauersche Buch etwas tendenziös gehalten ist, was psychologisch durchaus verständlich ist. Herr Geheimrat Delbrück hat sich auf die Darlegungen des Majors Fehr in der Beurteilung der strategischen Lage bezogen. Ich bitte zu diesem Punkte Ihnen folgendes vor Augen führen zu dürfen. Herr Fehr ist ein junger Generalstabsoffizier der 17. Armee gewesen. Ich habe mich mit ihm und dem Ia der 17. Armee, Oberst

v. Willisen, lange Zeit vor der Offensive der 17. Armee offen ausgesprochen, und wir waren gänzlich anderer Ansicht. Daß natürlich Herr Fehr heute, nachdem der Angriff der 17. Armee nicht gelungen ist, etwas pro domo spricht und nach Gründen sucht, warum die 17. Armee nicht hat vorwärts kommen können, ist psychologisch durchaus verständlich. Ich möchte also auch warnen, daß wir unsere Schlußfolgerungen lediglich auf solche Bücher aufbauen. Ich bin der Ansicht, man müßte die Herren selber hören. Dann wird man zu einem ganz anderen Resultat kommen.

Schließlich ist hervorgehoben worden, daß Kräfte aus Rußland für den italienischen Feldzug hätten freigemacht werden können. Exzellenz v. Kuhl hat diese Ansicht schon zurückgewiesen. Ich darf aber darauf hinweisen, daß der Waffenstillstand mit Rußland erst am 15. Dezember geschlossen worden ist. Man konnte unmöglich zu einem Zeitpunkte, zu dem man keineswegs sicher war, ob der Kampf an der russischen Front nicht wieder aufleben würde, schon Kräfte für die Operationen in Italien herausziehen. Das war ausgeschlossen. Ich könnte auch über den italienischen Feldzug im November noch näheren Aufschluß geben. Das würde aber über den Rahmen, der von dem Herrn Vorsitzenden gesteckt worden ist, hinausgehen.

Berichterstatter Abg. Dr. *Deermann*: Auf den italienischen Feldzug — das sagten wir ja eben schon — braucht man wirklich nicht näher einzugehen. Die Frage der Teilnahme und der Ansichten Ludendorffs erscheint geklärt und damit ist unsere Aufgabe erfüllt.

Ich möchte aber zu der Behandlung der Bücher noch etwas sagen. Herr Oberstleutnant v. Stülpnagel mag darin recht haben, daß man bezüglich der statistischen, der technischen und der rein materiellen Grundlagen und Vorgänge diesen Büchern nicht immer trauen darf, weil sie der Ausdruck einer persönlichen Meinung oder Kenntnis sind. Für die intellektuelle und moralische Seite, für die Beurteilung der Personen aber sind sie vollwertige Zeugnisse; denn sie sind unter dem vollen Eindruck der Ereignisse geschrieben worden und sind darum nach historisch-kritischer Methode die besten Zeugnisse, viel besser, als wenn man dieselben Herren über diese Dinge jetzt nachträglich hören würde. Das nachträgliche Zeugnis muß ich als Historiker in den meisten Fällen sehr kritisch behandeln, wenn nicht gar ablehnen.

Sachverständiger Dr. *Delbrück*: Das, was uns Herr Oberstleutnant v. Stülpnagel gesagt hat, müßte ja in seiner letzten Konsequenz dahin führen, daß wir sagen: Wir sind vor eine unmögliche Aufgabe gestellt, wir wollen die Sache aufgeben, das kann die künftige Wissenschaft einmal klarlegen.

(Abg. D. Dr. *Kahl*: Das ist in diesem Punkte auch der Fall!)

So steht die Sache aber nicht. Es ist natürlich richtig, daß in Einzelfällen technische Dinge hier korrigiert werden können. Was ich in dem I. Teile meines Gutachtens zum Ausdruck gebracht habe, habe ich in einigen Punkten auch schon auf Einwendungen von Exzellenz v. Kuhl hin korrigieren müssen. Es handelt sich aber darum, ob so viel zuverlässiges Material vorliegt, daß wir gewisse entscheidende Punkte auch heute schon mit der genügenden historischen Sicherheit feststellen können. Das ist nach meiner Auffassung durch-

aus der Fall. Natürlich ist es ohne eine genaue Untersuchung sehr schwer, festzustellen, ob noch eine Anzahl schwerer Geschütze bei der Armee Hutier hätte entbehrt werden können und ob sie der Armee Below hätte zugeführt werden können. Darauf habe ich aber auch gar nicht das entscheidende Gewicht gelegt. Das Entscheidende ist für mich, worüber die Herren sich nicht weiter geäußert haben, daß der General Ludendorff nach seinem eigenen Zeugnis seinen Schlachtgedanken nicht durchgehalten, sondern ihn durch einen zweiten Gedanken durchkreuzt hat, nämlich durch den Gedanken: Wir müssen *irgendwo* durchbrechen. Das ist etwas anderes als der Gedanke: Wir müssen nördlich von St.-Quentin vorgehen, durchbrechen und dann die englische Armee aufrollen. Das letztere ist ein positiver Gedanke. Aber Ludendorff hat ihn nicht festgehalten, sondern sich zugleich gesagt: Wir müssen irgendwo durchbrechen; darum mache ich die 18. Armee so stark, weil ich irgendwo durchbrechen will, um dann die Freiheit der Bewegung zu gewinnen. In diesem Sinne hat sich Ludendorff selber gegenüber dem Einwand von Exzellenz v. Kuhl ausgesprochen. Das sind Gedanken, die sich notwendig kreuzen mußten. Daraus habe ich auch diese erstaunliche und auffallende Stärke der Armee Hutier abgeleitet, oder vielmehr General Ludendorff motiviert sie damit selbst. Das ist ein Zeugnis, an dem man unter keinen Umständen vorübergehen kann. Der Verlauf der Schlacht ist doch der gewesen, daß sie nicht einem einheitlichen Gedanken gemäß durchgeführt worden ist. Das ist heute ganz klar und sicher festzustellen und ist ein wesentliches Ergebnis meines Gutachtens. Die Frage, ob soviel schwerer oder schwerster Artillerie mehr hierhin oder dorthin hätte gebracht werden können, ist eine Ausführung dieses Gedankens, aber nicht das Ursprüngliche dieses Gedankens.

Abg. Dr. *Moses:* Wenn Herr Oberstleutnant v. Stülpnagel sagt, daß wir noch einige Militärs hören müßten, so sage ich Ihnen, Herr Oberstleutnant, ganz offen: Was mich betrifft — und wenn wir auch noch ein halbes Dutzend oder ein Dutzend hören würden —, mir wird von alledem so dumm, als ging mir ein Mühlrad im Kopf herum.

Nun kommt noch eins hinzu. Ich kann nicht darüber entscheiden, ob nicht hier im Stillen ein Kampf zwischen dem Historiker und dem Militär, dem Strategen stattfindet. Ich weiß nicht, ob ein Historiker auch in militärischen und in strategischen Dingen so urteilen kann wie ein Militär selbst, wie ein Stratege und umgekehrt. Ich weiß nicht, ob nicht z. B. auch in der Strategie, wie bei der Geschichte beim Historiker schon ein gewisser Abstand von den Dingen vorhanden sein muß, um ein endgültiges Urteil zu fällen. Auch der Historiker ist nicht in der Lage, ein objektives Urteil zu fällen, wenn er noch unter dem Eindruck der Ereignisse steht. Wir sehen, daß die geschichtliche Forschung immer erst dann klar wird, wenn der nötige Abstand gegeben ist. Ich weiß nicht, ob das auch in der Strategie und beim Militär der Fall sein muß. Darum ist es für uns, die wir hier eine Entscheidung treffen sollen, wenigstens für mich, eine pure Unmöglichkeit, zu sagen, wie es Herr Dr. Delbrück tut: So hätte es gemacht werden müssen, dann wären wir durchgedrungen.

(Sachverständiger Dr. *Delbrück*: Nein, das habe ich nicht gesagt!)

— Exzellenz v. Kuhl sagte: Die Anlage war richtig. Das kann ich nicht entscheiden. Wenn die Angelegenheit nachher im Ausschuß zur Entscheidung kommt, sage ich nicht ja und nicht nein. Ich bin da ein weißes Blatt und weiß überhaupt nichts von diesen Dingen. Das muß ich ganz offen und klar gestehen.

Vorsitzender Abg. D. Dr. *Kahl*: Ich hatte mir erlaubt, mich selbst zum Wort aufzuschreiben, um eine ganz kurze sachliche Bemerkung zu machen. Ich halte mich nicht für berechtigt, sachlich etwa im Namen des Ausschusses irgendeine Äußerung zu tun oder Vermutungen auszusprechen. Das wird der Ausschuß später beschließen. Ich stimme, obwohl es scheinbar ein Widerspruch war, ganz mit den Ausführungen des Herrn v. Stülpnagel überein. Ich lege dieser Frage objektiv die allergrößte Bedeutung bei. Die Frage ist selbstverständlich die, ob unser Ausschuß — und es ist auch von Interesse, daß die Herren Sachverständigen sich ein Urteil darüber bilden — die Aufgabe hat, hier eine positive Entscheidung zu treffen; und diese Frage verneine ich. Sie schienen sie zu bejahen, Herr Geheimrat Dr. Delbrück.

(Sachverständiger Dr. *Delbrück*: Nein, ich habe sie immer verneint!)

— Ich kann mir keinen Ausschuß im Reichstag denken, der auszusprechen in der Lage ist: Die Anlage der März-Offensive war in ihrer Grundidee eine verfehlte — u. dgl. m. In diesem Sinne scheidet für mich die Bedeutung der Frage etwas aus und in diesem Sinne wollte ich die sämtlichen Herren Redner bitten, sich soweit wie möglich zu beschränken; denn ich glaube nicht, so wichtig objektiv die Sache ist, daß sie eine solche sein wird, daß sie in den uns zuständigen Antworten und Entscheidungen letztlich eine große Rolle spielt.

Vertreter des Reichswehrministeriums Oberstleutnant *v. Stülpnagel*: Ich stelle zunächst fest: Herr Geheimrat Delbrück legt jetzt nicht mehr den Wert auf die Kräfteverteilung bei der ersten Anlage der Michael-Operation, sondern den entscheidenden Wert auf die Abänderung der Grundidee, d. h. auf die Abänderung der Grundidee am 23. März.

Sachverständiger Dr. *Delbrück*: Nicht auf die Abänderung, sondern daß von vornherein ein Widerspruch in der Anlage ist, darauf lege ich entscheidenden Wert.

Vorsitzender Abg. D. Dr. *Kahl*: Ludendorff sei in Widerspruch mit seinem ursprünglich vertretenen Plan getreten.

Sachverständiger Dr. *Delbrück*: Von Anfang an! Als Konsequenz hieraus leite ich diese Verteilung der Kräfte ab.

Vertreter des Reichswehrministeriums Oberstleutnant *v. Stülpnagel*: Ich sehe da eigentlich keinen Widerspruch. Wir haben aus der Statistik gesehen, daß die Kräfteverteilung für die Durchführung des ersten Operationsgedankens Ludendorffs, jedenfalls meiner Überzeugung nach, eine angemessene gewesen ist. Er ist von seinem ersten Gedanken erst am 23. März abgegangen und — das hat Exzellenz v. Kuhl schon klar dargelegt — dieser Gedanke hat sich aus der Tatsache heraus entwickelt, daß die 17. Armee nun einmal hängengeblieben war.

Sachverständiger *v Kuhl*: Ich möchte mich in vielen Punkten dem anschließen, was Herr Dr. Moses gesagt hat. Ich persönlich habe in meinen Ausführungen immer den Standpunkt vertreten, daß man nicht solche entscheidenden Urteile

fällen kann, daß man nicht sagen kann: das ist falsch. Meine ganzen Ausführungen in meinem Gutachten gehen immer davon aus, daß ich betont habe: Es ist ungeheuer schwer, Krieg zu führen, und es ist ungeheuer schwer, den Krieg nachher zu beurteilen. Es ist selten möglich, zu sagen: Das ist unbedingt falsch, das ist unbedingt richtig. Ich habe immer gegenübergestellt, was für die einzelnen Operationen und was dagegen sprach. Ich habe zu erklären versucht, weshalb die Ausführung so und so gemacht worden ist, weshalb die Operation gescheitert ist. Von Herrn Geheimrat Prof. Dr. Delbrück ist hier in vielen Dingen ein Urteil aufs schärfste ausgesprochen worden, es ist hier aufs schärfste verurteilt worden, was der General Ludendorff gemacht hat; es ist als verfehlt, die Kriegführung ist hier als unsinnig bezeichnet worden, es ist von Hinterhältigkeit und von allem möglichen die Rede gewesen. Wenn also so scharfe Urteile ausgesprochen werden, muß man doch dagegen Stellung nehmen. Das ist doch gar nicht zu vermeiden. Ich gebrauche solche Ausdrücke nicht; ich verurteile keine Operation in diesem Sinne, weil ich weiß, wie schwer das ist, und ich habe immer davor gewarnt. Aber wenn solche Urteile hier ausgesprochen werden, dann kann ich als Sachverständiger doch nicht daran vorbeigehen und muß sie zu widerlegen suchen. Der Fehler liegt also nicht bei mir als Sachverständigem, insofern ich hier bestimmte feststehende Urteile habe aussprechen wollen, sondern der Fehler liegt auf der Gegenseite, die sich in so scharfer Weise verurteilend ausspricht, so daß ich mich unbedingt dagegen wenden muß.

Abg. Dr. *Spahn*: Es ist ein Unterschied zwischen der Meinung der Sachverständigen und den Beschlüssen der Kommission. Was wir in der Kommission beschließen, werden unsere Besprechungen feststellen. Ich halte es für richtig und halte es für Ihre Pflicht, daß Sie als Sachverständiger sich äußern, wenn Sie glauben, daß ein Urteil abgegeben ist, das nicht mit Ihrer Überzeugung übereinstimmt. Doch ist auch Ihre Ansicht für uns nicht bindend. Das möchte ich nur betonen. Wir sprechen unsere Ansicht in besonderer Beratung aus.

Sachverständiger Dr. *Herz*: Ich glaube, daß wir uns hier in dieser Aussprache vielleicht insofern auf einer falschen Bahn bewegen, als wir immer von dem Standpunkt ausgehen, daß das Gesetz des Handelns bei der großen Offensive auf deutscher Seite lag. Tatsächlich lag aber nach den Ausführungen von Exzellenz v. Kuhl das Gesetz des Handelns beim Feinde. Immer vorausgesetzt, daß kein Verständigungsfriede geschlossen werden konnte, mußten wir angreifen, weil wir Abwehrschlachten nicht mehr ertrugen, und infolgedessen mußten die Operationen eben mit den Mitteln gemacht werden, die vorhanden waren. Die Offensive mußte gemacht werden und als sie gemacht wurde, blieb sie hängen, weil, wie Exzellenz v. Kuhl z. B. sagte, die Artillerie nicht ausreichte. Wir müssen uns über diesen Punkt klar werden, daß die Offensive mit ungenügenden Kräften oder jedenfalls nicht ausreichenden Kräften gemacht werden *mußte*, weil wir die Abwehrschlachten nicht aushielten. Die deutsche Heeresleitung befand sich daher in einer Zwangslage, irgendetwas zu machen, wenn wir keinen Verständigungsfrieden haben konnten. Aber die O.H.L. — das müssen wir doch zugestehen, darauf kommt es doch lediglich an — war der Überzeugung, daß der Verständigungsfriede nicht möglich war. Sie war in einer

Zwangslage. Sie mußte die Offensive mit den ungenügenden Kräften machen, und ich glaube, daß die ganze Diskussion von dem falschen Standpunkt ausgeht, daß das Gesetz des Handelns bei uns lag, während das Gesetz des Handelns im letzten Ende beim Feinde lag.

Berichterstatter Abg. Dr. *Deermann:* Meine Auffassung ist die, daß es gar nicht die Aufgabe des Untersuchungsausschusses ist, militärkritische Urteile hier zu fällen. Der Sinn unserer Untersuchungen ist ein ganz anderer, er bewegt sich nach der Seite der politischen Verantwortlichkeit, nach der Verantwortlichkeit dem Volke gegenüber, nicht danach, ob diese oder jene Offensive vom rein militärischen Standpunkt aus das Richtigere oder Bessere gewesen wäre. Darum ist auch die Frage, die Herrn Geheimrat Dr. Delbrück wohl bewegt hat, ob nämlich General Ludendorff bei seinem Entschluß, die Michael-Offensive und nicht eine andere zu machen, nur von rein militärischen Gedanken, von dem Zeitpunktgedanken geleitet gewesen war oder aber auch innerlich im Unterbewußtsein oder im Oberbewußtsein von seinem Kriegsziele, *mathematisch schlüssig von uns nicht* zu lösen; denn dazu wäre es nötig, genau die Gedanken Ludendorffs, die ihn damals bewegt haben, zu kennen, und die werden wir wohl niemals erfahren.

Vorsitzender Abg. D. Dr. *Kahl:* Ich bitte nunmehr zu dem *Bericht über das Gutachten des Sachverständigen Oberst a. D. Schwertfeger, II. Teil* überzugehen.

Berichterstatter Abg. Dr. *Deermann: Die Verantwortung für die Offensive des Jahres 1918 trägt formell neben* dem *Obersten Kriegsherrn* der für die Führung der Politik *verantwortliche Reichskanzler.* Inwieweit der Kaiser und der Reichskanzler auch eine tatsächliche Verantwortung zu tragen haben, ergibt sich aus den späteren Darlegungen. Der Kaiser war 1918 infolge des großen Druckes, dem die O.H.L. ihn sowohl in der Kriegszielfrage wie bei den Friedensverhandlungen im Osten und in Rumänien und bei der Auswahl der höchsten politischen Beamten wie selbst seines Kabinettchefs aussetzte, nicht in der Lage, die innere Gegensätzlichkeit der politischen und militärischen Führer zu beherrschen und richtig auszugleichen. Er besaß nicht die außerordentliche Willensstärke, welche notwendig war, um gegenüber diesem moralischen Drucke die Führerschaft ausüben zu können. Er zog sich von der großen Offensive schließlich resigniert fast ganz von der eigentlichen Führung zurück.

Daraus erwuchs aufs neue ein starkes Übergewicht der O.H.L., und die Stellungnahme des Kaisers in der Verantwortlichkeitsfrage gegen die O.H.L. im Januar 1918 konnte an dem *tatsächlich politischen Übergewicht der O.H.L.* nur wenig mehr ändern.

Die militärische Vorbildung und die Gesamtstruktur unserer Heereshierarchie waren indessen sehr wenig geeignet, das politische Urteilsvermögen zu bilden und zu schärfen. *„Beide Generale waren sich dessen vollauf bewußt, daß sie unpolitische Naturen und außerdem politisch nicht vorgebildet waren.“*

Es wäre aufs beste bestellt gewesen, wenn über der militärischen Führung ein zielsicherer und starker Politiker sich hätte geltend machen können. „Ein solcher konnte“, nach meiner Ansicht, aber nicht nur „in der Person des von einem klugen Kanzler beratenen, selbst die oberste Führung ausübenden

Monarchen gefunden werden." Das ist wirklich zuviel von dem System des in der männlichen Erstgeburt erblichen Kaisertums verlangt. Nicht alle Erstgeborenen können Herren des Willens und der Einsicht sein. Der Monarch hätte jedoch soviel Einsicht haben müssen, daß er den rechten Mann für die politische Leitung erkannte und ihm unbedingtes Vertrauen auch gegen die O.H.L. schenkte.

Es ist außerordentlich bedauerlich, daß die erste Kraftprobe Hindenburgs und Ludendorffs sich gegen die zivile Leitung richtete und mit Hilfe der vom Militär geleiteten öffentlichen Meinung dem Kaiser dabei die Zügel aus der Hand genommen wurden.

Bei der überragenden Stellung der O.H.L. war fortan ein Einfluß auf sie nur dadurch möglich, daß die politische Leitung ihr vertrauensvoll gegenübertrat. Sowohl *unter der kurzen Kanzlerschaft von Michaelis, wie auch unter derjenigen des bereits allzu alten Grafen Hertling*, eines Patrioten und Parlamentariers bester Art, *spielte die politische Leitung gegenüber der militärischen dauernd eine subalterne Rolle.* Sie verhielt sich insbesondere allzu passiv gegenüber der Frage: Entscheidung durch Waffengewalt allein oder nicht? — und ließ die O.H.L. ihren politischen und militärischen Willen durchsetzen. Oberst Schwertfegers Ausdruck (Bd. 2, S. 179) ist nach meiner Ansicht doch reichlich schwach.

Ebenso hat Oberst Schwertfeger nur formell mit dem Satze nach meiner Ansicht recht: „Ob die Offensive 1918 politisch möglich war und ob sie daher überhaupt gemacht werden durfte, das unterlag nicht ihrer Entscheidung."

Tatsächlich hatte die *O.H.L. damals bereits die politische Leitung wesentlich in ihre Hände gebracht.* Gegen ihren Willen wurden weder die politischen Leiter des Reiches berufen noch blieben *sie im Amt. Gegen ihren Willen konnten wesentliche politische Entschlüsse damals nicht mehr durchgesetzt werden.*

Daher mußte nicht nur eine überlegene politische Leitung, *sondern ebensosehr die O.H.L. sich pflichtgemäß die Frage vorlegen*, „ob angesichts der sich immer mehr verstärkenden Feinde und der hinschwindenden Machtmittel Deutschlands nicht ein anderes Verfahren eingeschlagen werden mußte, das als Hauptdruckmittel die Möglichkeit einer bevorstehenden starken und für den Gegner sehr verlustreichen Offensive in Rechnung stellte."

Die O.H.L. hat diese Erwägungen angestellt: General Ludendorff hat die von Wilson, Lloyd George und in den v. Haeftenschen Bedingungen gebotenen *Verhandlungsmöglichkeiten ausgeschlagen;* er hat die Frage zugunsten der Offensive und des Siegfriedens entschieden; er allein kannte genau die politische und die militärische Lage. *General Ludendorff ist daher zwar nicht formell, aber tatsächlich für die Offensive des Jahres 1918 und ihre Fortsetzung bis zum Zusammenbruch in erster Linie mitverantwortlich.*

Es ist bezeichnend, daß noch vor Beginn der großen Offensive, im Januar 1918, die O.H.L. vom Reichskanzler Grafen Hertling die öffentliche und ausdrückliche Zurücknahme der Friedensresolution vom Juli 1917 durch eine Erklärung im Reichstag verlangte, was Hertling verweigerte.

Daß General Ludendorff dem Vorgehen der Reichsregierung in der Friedens-

frage vor Mai 1918 erhebliche Schwierigkeiten durch seine *Haltung in der belgischen Frage* gemacht hat, kann auch aus der Bekundung des jetzigen Generals a. D. v. Haeften vom 5. August 1922 geschlossen werden. v. Haeften hat Anfang Mai 1918 v. Kühlmann, der jede Friedensaussprache mit Ludendorff für überflüssig hielt, solange er in der belgischen Frage einen so ablehnenden Standpunkt einnehme, geantwortet: „Ludendorff werde bei einem energischen Vorgehen der Reichsregierung in der Friedensfrage *jetzt keine* Schwierigkeiten *mehr* machen." Daraus ist der Schluß zu ziehen, daß seitens der politischen Reichsleitung wohl der Gedanke von Friedensverhandlungen oder Friedensangeboten unter Verzicht auf Belgien vor oder während der ersten beiden Offensiven ernstlich erwogen, aber von Ludendorff unterdrückt worden ist.

Die Bekundung des Obersten v. Haeften vom 5. August 1922 fehlt leider jetzt in der Anlage. Ich hatte sie zuerst zitiert. Ich muß das sehr bedauern, denn diese Bekundung des Obersten v. Haeften scheint mir doch auf manches ein besonderes Licht zu werfen.

Überhaupt ist m. E. die Frage der Behandlung der Friedensziele, der Friedensmöglichkeiten, der Art und Zielsetzung der Offensive, ihrer diplomatischen Unterstützung, die Art der Entstehung des Entschlusses zur Offensive, nicht ausreichend in dem Gutachten des Obersten Schwertfeger aufgeklärt. Ich glaube, in der Beziehung brauchen wir noch mehr Aufklärung.

Hertling und Kühlmann äußerten Bedenken über die Möglichkeit der Durchführung der Haeftenschen Friedenspropaganda vom Juni 1918, solange zwischen der Reichsregierung und der O.H.L. keine Einigkeit in der belgischen Frage bestehe. Auch daraus folgere ich, daß die *Reichsregierung schon vorher ein Friedensangebot oder ein Eingehen auf mögliche Verhandlungen gewünscht hat*, aber wegen der Stellung der O.H.L. zur belgischen Frage nicht vorwärts kommen konnte.

Nachdem die O.H.L. tatsächlich die Reichsleitung in die Hand genommen hatte und durch Empfänge usw. von bedeutenden Persönlichkeiten und durch ihre Presseabteilung die öffentliche Meinung beherrschte, mußte sie wenigstens den Kaiser und die politische Reichsleitung mit allem Ernst und aller Klarheit auf die militärischen Schwierigkeiten der Lage bei allen Besprechungen und Entschließungen hinweisen. Eine völlige Verkennung der soldatischen Geistesrichtung liegt in dieser Forderung, wie Oberst Schwertfeger (Bd. 2 S. 180) meint, nicht, sondern dieselbe ist in der Beherrschung und Richtunggebung der politischen Reichsführung durch die soldatische, politisch nicht befähigte O.H.L., insbesondere Ludendorff, zu finden.

Die politische Abhängigkeit und die Sorglosigkeit trotz des Ernstes der militärischen Lage auf Seiten der politischen Führer ist in hohem Maße von der O.H.L. verursacht und mitzuverantworten.

Der Reichskanzler Hertling und der Staatssekretär des Auswärtigen v. Kühlmann haben sich wiederholt kräftig gegen die Bevormundung durch die O.H.L., besonders während der Verhandlungen in Brest-Litowsk und Bukarest, gewehrt, aber erfolglos. Angesichts der dauernden Schwierigkeiten, welche die O.H.L. bereitete, hat v. Kühlmann sich dann entschlossen, dieselbe möglichst nur

so weit zu hören und heranzuziehen, als rein militärische Interessen in Frage kamen. Dieser Gegensatz war sehr bedauerlich und nachteilig.

Die Verleihung des Eisernen Kreuzes mit goldenen Strahlen an Hindenburg und des Großkreuzes des Eisernen Kreuzes an Ludendorff bereits am 25. März konnte im Volk nicht anders verstanden werden, als ob die Hauptschwierigkeiten in Frankreich nun überwunden seien. Diese Auszeichnungen wurden sehr übereilt verliehen und angenommen. Die dadurch erzeugte irrige öffentliche Meinung mußte später verhängnisvoll werden.

Nach dem strategischen Mißerfolg der zweiten Offensive „standen frische Kräfte und neue Angriffsmittel für eine neue Offensive nicht in genügender Zahl zur Verfügung. Trotz taktischer Erfolge hatte sich unsere Gesamtlage verschlechtert." (Ludendorff, S. 25.) Selbst Ludendorff sprach sich Mitte Mai sehr ernst über die Ersatzlage aus. *„Nur wenn die Heimat bald noch etwa 200 000 Mann brauchbaren Ersatz dem Feldheere zur Verfügung stelle, bestände eine Aussicht, die Entscheidung des Krieges militärisch herbeizuführen." General Ludendorff hat hinzugefügt, daß der Reichskanzler und der Kriegsminister trotz der ihnen gegebenen Aufklärung über den Ernst der Ersatzlage keine Abhilfe schaffen könnten.*

Während aber v. Haeften nach diesen Äußerungen Ludendorffs klar die dringende Notwendigkeit einer baldigen Kriegsbeendigung erkannte und einsah, daß der Krieg allein mit militärischen Machtmitteln nicht mehr zu entscheiden sei, es hierzu vielmehr der politischen und diplomatischen Unterstützung bedürfte, *hat General Ludendorff selbst diese logische Schlußfolgerung praktisch damals nicht gezogen und nicht schon damals, wie es nach meiner Ansicht seine Pflicht war, den Kanzler und den Staatssekretär des Auswärtigen sowie den Kaiser über den ihm bekannten sehr großen Ernst der militärischen Lage aufgeklärt, auch nicht das Hindernis zu jedem Verständigungsfrieden, nämlich seine belgischen Forderungen, weggeräumt,* vielmehr daran festgehalten und eine allmähliche Umstellung der öffentlichen Meinung von ihrem Sieg- und Eroberungstaumel nicht veranlaßt.

General Ludendorff setzte das Schicksal des deutschen Volkes auf seine Hoffnung, auf die rettende Hilfe eines *Deus ex machina,* nämlich auf den plötzlichen inneren Zusammenbruch einer der Westmächte nach Art des Zusammenbruchs des Russischen Reiches (vgl. den Brief des Kronprinzen Rupprecht an den Kanzler Hertling vom 1. Juni 1918), statt die notwendigen Konsequenzen aus der erkannten Lage zu ziehen. *Wenn General Ludendorff im Mai an so starke Friedensströmungen in Frankreich und England glaubte, daß sie bald ihre Regierungen zu Verhandlungen auf Grundlage der damals von General Ludendorff noch festgehaltenen Forderungen betreffs Belgiens und Brieys und Longwys zwingen würden, um wieviel mehr mußte dann in seinen Augen damals ein Friedensangebot auf der Grundlage des Status quo ante und eventuell einer Entschädigung Belgiens und Regelung der elsaß-lothringischen Frage auf Grund der Sprachengrenze aussichtsreich sein!* Daß General Ludendorff ein solches damals nicht wollte, sondern seinem Eroberungsziele zuliebe dem Glücksfall eines Deus ex machina das Schicksal des deutschen Volkes anvertraute und das Leben Hunderttausender opferte, hat er zu verantworten.

Ich möchte hierzu noch einiges einfügen, was mir gerade einfällt: Die Forderung von Briey und Longwy wurde nach mir im Anfang 1918 persönlich bekannt gewordenen Äußerungen aus führenden industriellen Kreisen von der O.H.L. propagiert; diese, wie mir damals von einer sehr zuständigen industriellen Stelle gesagt wurde, hatte die Industriellen gedrängt, einen Propagandafonds für Artikel und Reden auszuwerfen, die Briey und Longwy als absolut notwendig für die deutsche Lebensexistenz forderten.

(Sachverständiger Dr. *Delbrück:* War die Industrie Objekt oder Subjekt?) — Sie war Objekt. Die O.H.L. hat Industrielle, die sie damals zu sich ins Hauptquartier bat, darauf hingewiesen, daß mehr für den Gedanken, daß wir Briey und Longwy haben müßten, getan werden müßte, und hat auf sie eingewirkt, unter Vermittlung auch des Kaisers, daß sie einen Propagandafonds dafür aussetzten, wie das auch damals tatsächlich geschehen ist.

Kronprinz Rupprecht zog in seinem *Briefe vom 1. Juni 1918* an den Reichskanzler Hertling trotz inneren Widerstrebens die richtige Konsequenz aus der Lage und hielt den *Zeitpunkt für die Anbahnung von Friedensverhandlungen für gekommen.* Jetzt hätten wir noch Trümpfe, nämlich die neuen in Vorbereitung begriffenen Angriffe, in der Hand. Nach diesen nicht mehr. *Zu mehr als einem Frieden auf dem Status quo ante im Westen reichten unsere Kräfte nicht,* wie Kronprinz Rupprecht zutreffend schrieb.

Unter dem Druck der Kriegszielforderungen der O.H.L. und infolge der gänzlich anders lautenden Information derselben hat der Kanzler leider nicht dem Appell Rupprechts entsprochen. Hertling hielt die Offensivschläge für vernichtend und glaubte an eine baldige Auflehnung in Frankreich und England gegen ihre Regierungen zum Zweck der Anbahnung von Friedensverhandlungen.

Auch in der unter voller Billigung Ludendorffs verfaßten Propagandadenkschrift v. Haeftens von Anfang Juni fehlte leider der Verzicht, ja sogar eine entgegenkommende Erklärung der O.H.L. über Belgien. „Es war (außerdem) sehr wesentlich, daß der Ententepropaganda ihr wirkungsvolles Mittel, den Frieden von Brest-Litowsk als einen annexionistischen Machtfrieden hinzustellen, entzogen wurde." Aber die in der Denkschrift v. Haeftens angegebenen Richtlinien konnten das nach meiner Ansicht gar nicht erreichen — entgegen der Meinung des Obersten Schwertfeger —, denn der Friede von Brest-Litowsk war tatsächlich ein solcher Machtfriede. Die O.H.L. hat nach dem Zeugnis des Ministerialdirektors Deutelmoser, Pressechef des Reichskanzlers, zu der Reichstagsresolution vom 19. Juli 1917 eine so stark ablehnende Haltung eingenommen, weil sie damals an die Möglichkeit, den Krieg durch bloße Waffengewalt zu beenden, glaubte. Sie hat nach demselben Zeugnis bis zur Überreichung der Haeftenschen Denkschrift vom 8. Juni 1918 „bei mancher anderen Gelegenheit in außenpolitischer Hinsicht . . . schroff den reinen Machtgedanken vertreten." Die O.H.L. hat ferner nach dem gleichen Zeugnis nicht vertrauensvoll mit den für die äußere Politik verantwortlichen Stellen zusammengewirkt. — *Der Reichstag wurde fast völlig von der O.H.L. als Verfassungs- und politischer Faktor ignoriert.* Der Reichstag wurde z. B. von der O.H.L. in der v. Haeften-

schen Denkschrift gar nicht erwähnt, also von der O.H.L. ganz übersehen, obwohl seine vertrauensvolle Heranziehung für den Erfolg unbedingt notwendig war.

Der Reichskanzler Graf Hertling war im Juni vom Kronprinzen Rupprecht, vom Obersten v. Haeften unter Berufung auf die Ansicht der O.H.L. und vom Staatssekretär Helfferich darauf aufmerksam gemacht, daß *eine rein militärische* Beendigung des Krieges nicht mehr zu erwarten sei. *Daraus hat Graf Hertling leider keine weiteren Schlüsse gezogen als die O.H.L.*, nämlich nur die Notwendigkeit einer Friedenspropaganda beim Feinde. Da er ganz unter dem Banne der O.H.L. stand, diese aber selbst die Gefährlichkeit der Lage nicht eingestehen wollte und nicht die notwendige Erklärung über Belgien abgab, so ist das Unterbleiben neuer, weitreichender Entschlüsse des Kanzlers zu verstehen. *Trotzdem ist diese Abhängigkeit und Verkennung der Lage seitens des Kanzlers zu bedauern.* Eine Schuld trifft ihn aber nicht, zumal er die eigentlichen Gedanken der O.H.L. richtig einschätzte, wie deren Stellungnahme zur Erklärung Kühlmanns vom 24. Juni 1918, daß wir „durch rein militärische Entscheidung allein" ein Ende des Krieges kaum erwarten könnten, gar bald bewies.

v. Kühlmann war nach der ausführlichen Aussprache zwischen Graf Hertling, Vizekanzler v. Payer, Unterstaatssekretär v. Radowitz, Oberst v. Haeften und ihm und insbesondere auf Grund der v. Haeftenschen Denkschrift „vollauf berechtigt, den leitenden Grundgedanken dieser Friedensoffensive herauszugreifen und damit die durchaus notwendige Umstellung der öffentlichen Meinung von ihrer übertriebenen Siegeszuversicht behutsam einzuleiten. Eine solche Umstellung aber war dringend nötig; denn aus dem überstiegenen Optimismus des deutschen Volkes über die Kriegslage erwuchsen die annexionistischen und uferlosen Kriegsziele, die damals zügellos erörtert und in einem großen Teil der deutschen Presse dem urteilslosen Leserkreis eingehämmert wurden. Eine derartige Erklärung konnte auch nur die Zuversicht an der Front steigern, daß auch von seiten der Politik alles geschehe, um den Krieg zu einem günstigen Abschlusse zu bringen."

Die Entrüstung und Überraschung der O.H.L. über die Kühlmannsche Erklärung vom 24. Juni 1918 war unberechtigt und widersprach ihrer eigenen eindeutigen bisherigen Stellungnahme. Die O.H.L. teilte nicht nur im großen und ganzen den Standpunkt der Haeftenschen Denkschrift, wie Schwertfeger (Bd. 2, S. 195 u. 330) sagt, sondern „in den wesentlichen Punkten". (Schreiben Ludendorffs vom 8. Juni 1918.) Ludendorff sagte auch in diesem Begleitschreiben nichts davon, daß er die öffentliche Betonung des Standpunktes dieser Denkschrift für militärisch und politisch verhängnisvoll halte, wie Schwertfeger das (Bd. 2, S. 330) behauptet. Auch sonst bringt Schwertfeger nichts für diese Behauptung bei. Da eine Friedenspropaganda öffentlich geschehen muß, war die gegenteilige Schlußfolgerung von Kühlmann berechtigt.

Zu der unberechtigten und sich widersprechenden Entrüstung über Kühlmanns Erklärung kam am 25. Juni das Verbot Ludendorffs an Oberst v. Haeften, an der Durchführung der Friedensoffensive mitzuwirken. *Die Friedensoffensive war von Ludendorff damit im Keime erstickt, obwohl er unsere sehr gefährdete Lage*

erkannt hatte. „Zu einer Zeit, wo die eigenen Angriffs- und Verteidigungskräfte bereits in erschreckendem Maße dahinschwanden", ließ General Ludendorff es bewußt darauf ankommen, „Deutschlands zahlreiche und sich täglich immer mehr verstärkende Gegner mit den Waffen friedenswillig zu machen." Dies alles aus Haß gegen Kühlmann, von Brest-Litowsk und Bukarest her und aus Mangel an Selbstbescheidung in den Zielen! *Die unberechtigte und sich widersprechende Entrüstung der O.H.L. über die Kühlmannsche Erklärung vom 24. Juni 1918, die Verhinderung der Friedensoffensive durch General Ludendorff, das Vorgehen gegen v. Kühlmann und sein Sturz, die dadurch hervorgerufene Wirkung auf die irregeleitete, von verstiegenem Optimismus und Annexionismus erfüllte öffentliche Meinung Deutschlands, sowie auf die im Haag mit englischen Vertretern angesponnene Unterhaltung, der weitere Appell allein an die Waffen trotz der erkannten sehr schwierigen militärischen Lage Deutschlands und die gleichzeitige Aufstellung unerhörter, nur durch den Sieg erreichbarer Forderungen hinsichtlich Belgiens am 2./3. Juli stellen einen bedauerlichen Mangel an Tatsachenblick bei der O.H.L. dar.* Sie hat die Verantwortung für die Folgen gegenüber dem deutschen Volke zu tragen. Nach diesem Vorgehen der O.H.L. gegen v. Kühlmann und nach der Aufstellung solcher Kriegsziele betreffs Belgiens seitens der O.H.L. bei den Besprechungen in Spa am 2./3. Juli 1918 mußte der Kanzler zu der Ansicht gelangen, es werde doch gelingen, den Feinden durch Waffenentscheidung unsern Willen aufzuzwingen. *Der Kanzler trägt insofern nicht die Verantwortung für die Entlassung v. Kühlmanns, die Einstellung der Friedensoffensive und den Appell an die Waffen allein und dessen Folgen.*

Auch der Kaiser war gegenüber der O.H.L. machtlos. Ihre Entlassung war für ihn unmöglich. Der Kaiser war nur noch formell für v. Kühlmanns Entlassung verantwortlich, nicht mehr auch sachlich, wie Oberst Schwertfeger es (Bd. 2, S. 330) darstellt. Der Rücktritt v. Kühlmanns ist von der O.H.L. damals erzwungen worden, nicht bloß unter starker Mitwirkung derselben erfolgt, wie Schwertfeger entgegen seiner vorhergehenden Darstellung (Bd. 2, S. 330) schlußfolgert. *Die politische Führung war völlig in die Abhängigkeit der O.H.L. geraten.*

Die O.H.L. zeigte in den Monaten der ersten Offensive m. E. ein *„doppeltes Gesicht" gegenüber dem Gedanken, mit dem Mittel der Politik in Verbindung mit militärischen Schlägen zum Frieden zu gelangen.* Dafür hat schon Prof. Dr. Delbrück Tatsachen beigebracht. Dafür spricht auch die Tatsache, daß Ludendorff einerseits die v. Haeftensche Friedensoffensive-Denkschrift billigte, welche den Gedanken enthielt, daß mit militärischen Mitteln allein der Friede nicht zu erreichen sei, andererseits aber innerlich an dem Siegfrieden festhielt und bald darauf der Öffentlichkeit gegenüber mit allen Konsequenzen jene Friedensoffensive und ihre Begründung ablehnte. Oberst Schwertfeger ist der Beweis, daß der Gegensatz nur scheinbar sei, noch nicht gelungen. Immerhin glaube ich auch, daß wir uns gerade über diesen Punkt noch eingehend werden unterhalten müssen.

Entgegen Oberst Schwertfeger (Bd. 2, S. 330) ist festzustellen, daß die O.H.L. während der Amtszeit v. Kühlmanns nicht einmal äußerlich an ihrer Siegeszuversicht festgehalten hat. Das beweist allein schon Ludendorffs ausdrückliche Zustimmung

zur v. Haeftenschen Denkschrift über eine Friedenspropaganda und ihre Begründung, aber auch Ludendorffs Äußerungen zu v. Haeften über die Ersatzlage Anfang Juni und der Brief des Kronprinzen Rupprecht vom 1. Juli 1918 an den Grafen Hertling, ganz abgesehen von der Beweisführung Prof. Delbrücks.

General *Ludendorff* vermochte entweder aus Mangel an Menschenkenntnis nicht zu begreifen, daß die seelischen und leiblichen Kräfte der Fronttruppen sich erschöpfen mußten, obwohl nach Oberst Schwertfeger und General v. Kuhl die Übermüdung der Truppen im Juni bereits unbestreitbar war, da sie immer wieder neu eingesetzt werden mußten, um an den Hauptbrennpunkten des Kampfes die notwendige örtliche Überlegenheit zu schaffen; oder er kannte keine Rücksicht auf den Menschen in der Front und wollte ihn mit seinem Willen zu allem zwingen. *Jedenfalls wurde es verhängnisvoll, daß er die Erschöpfung der Truppen nicht berücksichtigte, bevor sie sich in einem breiteren Versagen der Widerstandskraft äußerte.* Während der Kaiser und der Kronprinz nach dem verhängnisvollen 8. August erklärten, daß der Truppe zuviel zugemutet würde, wollte Ludendorff eine Übermüdung unserer Divisionen nicht als Entschuldigung gelten lassen. Ludendorff konnte oder wollte nicht einsehen, daß es eine Grenze menschlicher Kraft und Duldungsfähigkeit gibt; ein wirklicher Feldherr muß das aber einsehen. — Auch hierüber wäre eine Aussprache erwünscht, wie überhaupt zu manchen anderen Stellen. Ich verweise auf das, was ich schon in meinem Bericht über das v. Kuhlsche Gutachten gesagt habe.

Dem neuen Staatssekretär des Auswärtigen v. Hintze antwortete Ludendorff auf die bestimmte Frage, ob er sicher sei, den Feind mit der jetzigen Offensive endgültig und entscheidend zu schlagen, mit einem *runden begründeten Ja.* Nach der von der O.H.L. erzwungenen Entlassung v. Kühlmanns, weil dieser am Sieg mit den Waffen allein gezweifelt hatte, mußte die Siegeszuversicht Ludendorffs desto tiefer auf v. Hintze wirken. Über die verhängnisvollen Wirkungen einer solchen, den tatsächlichen Verhältnissen nicht entsprechenden Aufklärung und Beeinflussung des bisher in Christiania gesessenen v. Hintze hätte Ludendorff sich klar sein sollen. Jenes „Ja" Ludendorffs ist nach dem oben von mir Ausgeführten entweder ein Zeichen seiner Zwiespältigkeit oder eines sehr starken Hin- und Herschwankens infolge eines unklaren militärpolitischen Denkens. Selbst nach dem jede weitere größere Offensive auf deutscher Seite zerstörenden schweren französischen Schlage vom *18. Juli* hielt die O.H.L. es noch nicht für angezeigt, die Männer der politischen Leitung anders als sehr zuversichtlich über die militärische Lage aufzuklären. Vizekanzler v. Payer folgerte daraus damals mit Recht, „daß am 1. August jedenfalls die O.H.L. noch weit von der Auffassung entfernt und noch viel weniger zu einer Erklärung bereit war, der Krieg könne mit den Waffen nicht mehr gewonnen werden".

Obwohl *Major Niemann* nach dem Beginn des deutschen Abstiegs am 18. Juli in *seiner von Ludendorff am 26. Juli gelesenen Denkschrift Klarheit* seitens der Politik und Kriegsführung darüber für notwendig hielt, ob die Politik nunmehr noch auf das Zwangsmittel oder aber auf das Druckmittel des Waffenerfolges einzustellen sei und *obwohl er die alsbaldige Ausnutzung unserer militärischen*

Kraft als Druckmittel der Diplomatie verlangte, da es bald zu spät sein würde, *hat General Ludendorff vom 28. bis 30. Juli die politischen Leiter des Reiches derart aufgeklärt,* daß sie der Überzeugung waren, *die O.H.L. glaube und stehe dafür ein, daß der Krieg mit den Waffen gewonnen werden könne.*

Wenn nach Schwertfeger General Ludendorff selbst den Meinungen des Majors Niemann und seines vertrauten Mitarbeiters, des Obersten Bauer beitrat und sogar der Überzeugung war, nach diesen Ansichten werde bereits gearbeitet, so wäre das demnach ein schlagender Beweis für das doppelte Gesicht Ludendorffs. Mit der militärischen Begründung, die Stimmung der Truppen und der Heimat müsse aufrecht erhalten werden, kann nach meiner Ansicht die eigenartige falsche Aufklärung der politischen Reichsleitung nicht entschuldigt werden. Geschieht es aber, so wird es ein Beweis für das gänzlich verfehlte militärpolitische Denken Ludendorffs und für einen außerordentlichen Mangel an Tatsachenblick, den ja auch Helfferich später bei Ludendorff annehmen zu müssen glaubte. Innerlich kann Ludendorff kaum an einen so günstigen Stand der Dinge geglaubt haben, wie ich schon oben nachwies, wie aber auch aus der am 3. August dem Major Niemann im Hauptquartier gegebenen Aufklärung über die Ersatzlage hervorgeht, welche seine schlimmsten Erwartungen übertraf. Ludendorff selbst beurteilte am 3. August gegenüber Major Niemann die militärische Lage überraschend günstig. Niemann war zum Verbindungsoffizier der O.H.L. beim Kaiser ernannt, „um dessen schwankend gewordenes Vertrauen zu stärken". Darum zeigte Ludendorff ihm vielleicht ein anderes Gesicht — wofür es den militärischen Grund der Hebung der Kampfstimmung nicht gibt, denn der Kaiser war der oberste militärische und politische Leiter —, um den Kaiser für die Friedensziele der O.H.L. festzuhalten. Oder Ludendorff war infolge mangelhafter Urteilskraft durch eine augenblickliche Besserung der Lage einmal wieder in eine andere Auffassung der Dinge und Möglichkeiten hineingeschwankt; doch ist dies angesichts der am gleichen Tage von Major v. Bockelberg in der O.H.L. geschilderten Ersatzlage, die Ludendorff also bekannt war, eigentlich kaum glaublich. Auch Oberst Bauer hielt am anderen Tage die militärische Lage für so ungünstig, daß er einen baldigen Friedensschluß für nötig hielt. Niemanns Gesamteindruck im Hauptquartier war, daß seine Ansichten nicht denjenigen der O.H.L. entsprächen. Die innere, nichtöffentliche Zustimmung Ludendorffs zu seinen Ansichten in den Akten war ihm nicht bekannt. — Auch hierüber muß unbedingt Klarheit geschaffen werden, denn es mußten General Ludendorff die Wirkungen seiner Aufklärungen klar sein. Daß der Kaiser oder die politische Leitung unter solchen Aufklärungen zu falschen Schlüssen und Stellungnahmen kamen, ist dann weiter nicht verwunderlich. Darüber mußte sich Ludendorff aber doch rechtzeitig die notwendigen Gedanken machen. Bei meiner Beweisführung habe ich die vom Obersten Schwertfeger angeführten Darlegungen übernommen und aus den deutlich hervortretenden Widersprüchen die mir daraus sich ergebenden Schlußfolgerungen gezogen. Es gibt entweder das eine oder das andere. Eine Entscheidung für das eine oder das andere habe ich nicht getroffen; das war mir natürlich auch nicht möglich.

Es ist bezeichnend für Ludendorff, daß er nach dem Scheitern seiner von ihm festgehaltenen Siegespläne zurücktreten wollte. Hindenburg dagegen verlangte mit Recht das Verbleiben. Das war jetzt moralische Pflicht.

Während auch noch nach der Katastrophe vom 8. August die beiden militärischen Träger des Siegeswillens sich scheuten, die notwendige Bilanz zu ziehen, tat das endlich der Kaiser, indem er erklärte: „Wir sind an der Grenze unserer Leistungsfähigkeit. Der Krieg muß beendet werden."

Einer eingehenden Prüfung bedürfen die Besprechungen in Spa am 13. und 14. August 1918. Vor der Besprechung am 13. August vormittags 10 Uhr nahm Ludendorff den Staatssekretär v. Hintze zu einer Unterredung unter vier Augen beiseite und sagte ihm ziemlich wörtlich: „Mitte Juli habe ich Ihnen gesagt, ich wäre sicher, mit der gegenwärtigen Offensive den Kriegswillen des Feindes zu brechen und ihn zum Frieden zu nötigen. Diese Sicherheit habe ich nicht mehr." Auf die Frage Hintzes, wie der General sich die militärische Weiterführung des Krieges denke, erwiderte Ludendorff: „Wir würden durch eine strategische Defensive den Kriegswillen allmählich lähmen." Nach der kurzen Sonderbesprechung zwischen Ludendorff und Hintze begann die Besprechung zwischen Hindenburg, Ludendorff, Hertling und Hintze. In dieser erklärten die Heerführer, daß wir durch eine im großen und ganzen defensive Kriegführung ihrer Überzeugung nach den Kriegswillen des Gegners brechen und ihn zum Frieden zwingen könnten. Hintze faßte das so auf, daß es sich lediglich um eine Änderung der Strategie handele. „Mit keinem Wort, mit keiner Silbe," schreibt Hintze in seiner Darlegung, „mit keiner Andeutung ließen der Generalfeldmarschall oder General Ludendorff erkennen oder ahnen, daß sie aus ihrer Bewertung der militärischen Lage die Folgerung zögen, es müßten diplomatische Schritte zur Herbeiführung des Friedens unternommen werden." Die Wirkung dieser Ausführungen war denn auch, daß der Reichskanzler über die Eröffnungen der Heerführer durchaus nicht betroffen oder alarmiert war.

Auch dem Oberst v. Haeften gegenüber hatte sich Ludendorff sehr ernst geäußert. Haeften hatte in der Nacht vom 12. zum 13. August dem General einen Vortrag zu erstatten. Dabei enthüllte ihm Ludendorff mit rückhaltloser Offenheit den Ernst der militärischen Lage. Als Haeften am 13. August gegen 9 Uhr vormittags dem General in einer anderen Sache Vortrag hielt, erschien der Generalfeldmarschall, der Ludendorff fragte, was er dem Reichskanzler und dem Staatssekretär v. Hintze bei der auf 10 Uhr vormittags angesetzten Besprechung über die militärische Lage sagen solle. General Ludendorff erwiderte, man müsse den Herren absolut reinen Wein einschenken. Der General schilderte die Lage dem Feldmarschall mit dem gleichen Ernst und der gleichen rückhaltlosen Offenheit wie dem Obersten v. Haeften in der vorhergehenden Nacht. Oberst Schwertfeger hat in der letzten Korrektur seines Gutachtens die Ausführungen, daß der Generalfeldmarschall Ludendorff fragte, was er sagen solle, umgeändert, so daß diese Abhängigkeit Hindenburgs nicht mehr zu erkennen ist. Darin liegt eine für die Beurteilung nicht unwesentliche Abschwächung.

Auch Oberst v. Merz erhielt am 13. August 1918 bei seiner Abmeldung auf Urlaub vom General Ludendorff die Mitteilung, „daß er über die jetzige Front-

lage der Reichsleitung vollen und rückhaltlosen Aufschluß gegeben habe". Tatsächlich stimmt diese Äußerung aber *nicht* mit dem Verlaufe der Besprechungen überein.

Den Hauptteil der Besprechung zu Vieren bildeten Klagen der O.H.L. über die Stimmung in der Heimat und über deren Rückwirkung auf die Front, über das Schwächerwerden der Regierungsautorität, über Mängel bei der Versorgung, über ungenügenden Mannschaftsersatz u. a. m. Hintze brachte die belgische und polnische Frage zur Sprache, da hierüber Klarheit herrschen mußte, wenn diplomatische Friedensschritte notwendig würden. Bei der Erwähnung Belgiens zog sich General Ludendorff auf das Protokoll vom 3. Juli 1918 zurück, dessen weitgehende Forderung nur im Falle eines Sieges verwirklicht werden konnte. Im Osten verlangte er auch weites polnisches Gelände, eine Militärkonvention und ein Wirtschaftsbündnis mit Polen. „Nach Auffassung Hintzes kam in diesen Forderungen nicht zum Ausdruck, daß die O.H.L. aus der militärischen Lage eine Verminderung ihrer Kriegsziele herleiten zu müssen glaubte." Dieser Auffassung ist beizustimmen. Es war auch nicht davon die Rede, daß Friedensfühler durch eine neutrale Macht ausgestreckt werden müßten. Hintze drängte im Augenblick nicht weiter, weil die O.H.L. noch der Überzeugung war, „den Kriegswillen des Gegners brechen und ihn zum Frieden zwingen zu können". „Er selbst schilderte die politische Lage aber sehr schwarz. General Ludendorff hielt diese Auffassung für schwarzseherisch."

Im Kronrat am 14. August sprach zuerst der Reichskanzler über die innere Lage. Darauf trug General Ludendorff einige Beschwerden vor. Über die Kriegslage äußerte er aber nichts. Darauf ergriff Hintze das Wort und schilderte die außenpolitische Lage sehr schwarz. Die militärische Lage schilderte eigentümlicherweise auch der Staatssekretär des Auswärtigen v. Hintze, nicht die O.H.L. Doch hat General Ludendorff später diese Darlegung als von beiden Seiten unangefochten festgestellt. Hintze sagte: „Der Chef des Generalstabes des Feldheeres hat die kriegerische Situation dahin definiert, daß wir den Kriegswillen unseres Feindes durch kriegerische Handlungen nicht mehr zu brechen hoffen dürfen, und *daß unsere Kriegsführung sich als Ziel setzen muß, durch eine strategische Defensive den Kriegswillen des Feindes mählich zu lähmen.* Die politische Leitung beugt sich vor diesem Ausspruch der größten Feldherren, die dieser Krieg hervorgebracht hat und zieht daraus die politische Konsequenz, daß militärisch wir außerstande sein würden, den Kriegswillen des Gegners zu brechen, und daß wir daher gezwungen seien, dieser Kriegslage in der Führung unserer Politik hinfort Rechnung zu tragen."

Mit der von Hintze gegebenen Charakteristik der politischen Lage erklärte sich der Kaiser einverstanden: „Es müsse auf einen geeigneten Zeitpunkt geachtet werden, wo wir uns mit dem Feinde zu verständigen hätten." Darauf äußerte sich der Reichskanzler wie folgt: „Diplomatisch müßten Fäden, betreffend eine Verständigung mit dem Feinde, in einem geeigneten Moment angesponnen werden; *ein solcher Moment böte sich nach dem nächsten Erfolge im Westen.*" Auch hier also wurden diplomatische Schritte nicht als sofort nötig bezeichnet oder in Aussicht gestellt, sondern sie wurden von einer offen-

bar mit Sicherheit erwarteten Besserung der Lage abhängig gemacht. Der Sohn des Reichskanzlers versichert, daß sein Vater aus den Besprechungen des 13. und 14. August *nicht das Eingeständnis des verlorenen Krieges herausgehört habe*, daß der Kanzler zwar die Weiterführung des Krieges für zwecklos halten mußte, daß er es aber für *unerläßlich ansah, das Abflauen und endliche Stillstehen der feindlichen Defensive abzuwarten.* Der Oberste Kriegsherr widersprach dieser Auffassung nicht, noch weniger der Generalfeldmarschall v. Hindenburg, der zum Schluß der wichtigen Besprechung das Wort nahm. Hindenburg sagte nach dem Protokoll: „Generalfeldmarschall v. Hindenburg hofft, daß es dennoch gelingen werde, auf französischem Boden stehenzubleiben und dadurch schließlich den Feinden unseren Willen aufzuzwingen." Ludendorff hat die protokollarische Zusammenfassung der Äußerungen Hindenburgs bei der Unterschrift wie folgt geändert: „Generalfeldmarschall führt aus, daß es gelingen werde, auf französischem Boden stehenzubleiben und dadurch schließlich den Feinden unseren Willen aufzuzwingen." Das bedeutete aber doch den militärischen Sieg, den strategischen Abwehrsieg. Es änderte sich dann in der Tat nur die Form der Kriegführung insofern, als Offensiven nicht mehr unternommen wurden. Bei dieser Lage der Dinge war für die politische Reichsleitung keinerlei Veranlassung für sofortige Friedensschritte gegeben, „die vom Feinde nur als Zeichen der Schwäche hätten gedeutet werden können und infolgedessen ohne praktischen Erfolg hätten bleiben müssen". „Dies ist auch tatsächlich die Ansicht des Feldmarschalls gewesen. Er hielt die Zeit, an einem befriedigenden Abschluß des Krieges zu zweifeln, Mitte August noch nicht für gekommen und hoffte bestimmt, ‚daß die Armee trotz betrübender Einzelerscheinungen auf dem letzten Schlachtfelde doch imstande sein würde, zunächst einmal auszuhalten'. Er bekennt rückhaltlos, daß er gegen Hertlings Auffassung nichts einzuwenden gehabt habe."

Die Prüfung der Besprechungen ergibt also, daß die Darlegungen über die militärische Lage im Kronrat viel klarer und offener hätten sein müssen, daß offensichtlich Widersprüche und Unklarheiten zurückblieben. Die politische Leitung hätte nicht darüber im Zweifel gelassen werden dürfen, daß sofort die nötigen, aus der sehr ernsten Lage sich ergebenden Schritte unternommen werden mußten.

Major Niemann sagt in seinem Buch ganz richtig, daß das Ergebnis der Besprechungen des 13. und 14. August nicht ausreichend gewesen sei. „Der Verteidigungscharakter des Krieges mußte festgestellt werden, mußte in allen militärischen und politischen Maßnahmen zum Ausdruck kommen." ... „Das gesamte deutsche Volk war für den Schlußkampf mobil zu machen."

Ich stimme mit einer Einschränkung dem Gutachter Oberst Schwertfeger zu, „daß es für erfolgreiche Friedensschritte, wie sie nur unsere unerschütterte Machtstellung im Westen erlaubt hätte, nach den Vorgängen des 18. Juli, ganz besonders aber nach der schweren Niederlage des 8. August überhaupt schon zu spät war". In den wenigen seit Amtsantritt des Staatssekretärs v. Hintze vergangenen Tagen „war die so zuversichtlich erwartete Reims-Offensive gescheitert, war der schwere Rückschlag des 18. Juli erfolgt. Damals schon war

es zu spät für erfolgversprechende diplomatische Schritte. Jetzt vollends, nachdem die schwere Niederlage des 8. August eingetreten war, konnte von diplomatischen Schritten ein entscheidender Erfolg nicht mehr erwartet werden." — „Erfolgversprechende diplomatische Schritte" und „ein entscheidender Erfolg" konnten, wie Schwertfeger mit Recht meint, nicht mehr im Sinne eines Friedens auf dem Status quo ante als möglich angesehen werden, wohl aber nach meiner Meinung noch im Sinne eines einigermaßen erträglichen Friedens.

Oberst Schwertfeger schließt seine Betrachtungen über die Besprechungen vom 13. und 14. August 1918 mit Recht mit der „Feststellung, daß den Männern der politischen Leitung aus ihrer damaligen Auffassung und den daraus gezogenen Schlußfolgerungen ein Vorwurf nicht gemacht werden darf. Sie unterlagen den Irrtümern und Unklarheiten, die bei den Besprechungen verblieben waren."

Diese Irrtümer konnten aber m. E. vom Kaiser nicht beseitigt werden. Er war der Natur der Sache nach ganz von dem Urteil und den Auskünften der O.H.L. abhängig, stand überhaupt völlig unter dem Bann derselben. Er trägt m. E. nur eine formelle Verantwortung für die Ergebnisse des 13. und 14. August 1918. Hinsichtlich des Verhaltens der O.H.L. an diesen beiden schicksalsvollen Tagen komme ich zu dem Ergebnis, daß Ludendorff den Ernst der Lage wohl erkannt hatte. Wenn er auch vielleicht geglaubt hat, den Staatssekretär v. Hintze in der sehr kurzen Besprechung unter vier Augen vor Beginn der ersten Konferenz hinreichend über den Ernst der Lage aufgeklärt zu haben, so durfte er doch nicht in den Besprechungen am 13. August und im Kronrat am 14. August schweigen, ja noch im Protokoll den Sinn der Worte Hindenburgs derart ändern, daß die politischen Leiter den Eindruck bekamen, die O.H.L. rechne bestimmt mit einem strategischen Abwehrsieg. Ludendorff hat durch sein Verhalten am 13. und 14. August 1918 eine falsche Aufklärung der politischen Leiter bewirkt. Dabei war Ludendorff bereits am 26. Juli 1918 durch die Denkschrift des Majors Niemann darüber aufgeklärt, daß wir versuchen mußten, zum Frieden zu kommen, solange wir noch stark waren. Ludendorff hatte der Denkschrift Niemanns zugestimmt. Politische Unwissenheit kann ihn daher kaum entschuldigen. In der Fortlassung des Hinweises auf Major Niemanns Ansicht in der letzten Korrektur des Obersten Schwertfeger kann man in diesem Zusammenhang eine Abschwächung zugunsten Ludendorffs sehen. Durch das Verschweigen, ja die gegenteilige Darstellung der wahren, so außerordentlich ernsten Lage an der Front seitens Ludendorffs sind sehr kostbare sechs Wochen für eine energische Anbahnung von Friedensverhandlungen, eine Umstellung der deutschen öffentlichen Meinung und eine Zusammenfassung aller Kräfte zur Verteidigung des Vaterlandes verlorengegangen.

Durch die Mitteilungen der Österreicher am 14. und 15. August hatte sich Deutschlands Lage noch weiter verschärft. Dieser Tatsache trug Staatssekretär v. Hintze sofort Rechnung, indem er von sich aus am 14. August in den Richtlinien, die er einem Unterhändler Belgiens gab, und in seiner Richtlinie, die er am 15. August zur Vermittlung an die Regierung in Washington herausgab, weit über die Ermächtigung und die belgischen Absichten der O.H.L. hinausging.

Am 19. August berichtete v. Hintze sinngetreu dem Vizekanzler v. Payer, am 21. August den Parteiführern über die Besprechungen in Spa vom 13. und 14. August. v. Payer glaubte, „daß an irgendwelche Friedensmöglichkeiten nicht zu denken war, solange die O.H.L. an den früher für den Fall eines Diktat- oder Siegfriedens in Aussicht genommenen Kriegszielen festhielt". Auf Hintzes Anfrage antwortete Ludendorff am 21. August, er könne sich mit dem Status quo ante *nicht* einverstanden erklärt haben.

Am 24. August stellten Kanzler und Vizekanzler eine Erklärung der Reichsleitung und der O.H.L. auf, *welche den runden Verzicht auf Belgien enthielt*, allerdings noch verlangte, daß kein anderer Staat Belgien gegenüber militärisch, politisch und wirtschaftlich besser gestellt werden dürfe als Deutschland.

Ludendorff aber setzte noch die Hinzufügung einer scharfen Erklärung gegen England und *vor allem einen Vorbehalt über die Flamenfrage durch*, wodurch der Wert der Erklärung stark vermindert wurde.

Leider äußerte sich *Hindenburg auch jetzt noch recht zuversichtlich über die militärische Lage*, so daß v. Payer keinen Anlaß zu Besorgnissen bekam.

Der Unterhändler für Belgien erhielt die am 26. August nach Washington mitgeteilte Richtschnur des Status quo ante vom 15. August nicht mehr, nur die vom 14. August: „Alles diskutabel und offen." Schon darüber war der Empfänger Y sichtlich erfreut, in der Hauptsache decke sich das mit den bisher von der belgischen Regierung geäußerten Wünschen, „die dauernde Verschlechterung der deutschen Kriegslage veranlaßte aber die belgische Regierung, auf Verhandlungen überhaupt nicht mehr einzugehen, da sie nunmehr auf Sieg rechnen konnte".

Major Niemanns Befürchtungen erfüllten sich. Das von Ludendorff noch im Juni erzwungene Festhalten an dem Appell an die Waffen allein, seine großen belgischen Siegfriedensziele vom 3. Juli, welche der auch von Ludendorff als sehr ernst erkannten militärischen Lage nicht mehr entsprachen, die Unterlassung der rechten Aufklärung der politischen Leitung am 13. und 14. August, ja die Umänderung derselben durch Ludendorffs Protokolländerung trugen ihre verderblichen Früchte.

Der Kaiser beobachtete die weitere Entwicklung der Lage seit dem 14. August sorgenvoll. Er brach unter der Hiobspost vom 2. September seelisch und körperlich fast zusammen. Eine Wiederaufnahme der politisch-militärischen Führung, die ihm entglitten war, vermochte er in keiner Weise mehr vorzunehmen.

Selbst am 9. September erhielt v. Hintze in Spa von der O.H.L. auf seinen schriftlichen Fragebogen *kein Wort des Zweifels, der Befürchtung, keine Warnung schriftlich und mündlich zur Antwort.* Nur Zuversicht wurde ihm entgegengetragen. Diese Haltung der O.H.L. auch jetzt noch gegenüber dem Leiter der auswärtigen Politik ist nicht zu billigen. Die O.H.L. mußte sich über die furchtbare Wirkung ihrer unsachlichen Aufklärung klar sein. Auch Oberst v. Winterfeldt meldete dem Kanzler von dem Besuch an der Front, daß die Lage zufriedenstellend, Stimmung und Haltung der Truppen ausgezeichnet sei.

Erst am 10. September erklärte sich die O.H.L. mit der Herbeiführung einer

Aussprache durch eine neutrale Macht ohne Aufschub einverstanden, und zwar auf Grund der persönlichen Besprechungen des Staatssekretärs v. Hintze bei der O.H.L. Diese Zustimmung erfolgte nur, um dem Friedensschritt der Österreicher vorzubeugen; freilich auch zu spät.

v. Hintze wandte sich sofort nach der Zustimmung der O.H.L. an die Königin von Holland um Vermittlung. Er war entschlossen, auch ohne die Verbündeten zu handeln, da ihm Eile geboten schien.

v. Hintze hatte jetzt aber keinen Erfolg mehr, da ihm viel zu spät Handlungsfreiheit gegeben war. Der Feind hatte nämlich gar keine Eile. Die Zeit mußte für ihn arbeiten, da er die schwierige militärische und innenpolitische Lage Deutschlands längst erkannt hatte. Er konnte auch warten.

Die Kritik von Oberst Schwertfeger (Bd. 2, S. 248) an dem *Reichstag* ist einseitig und auch ungerecht. Daß die Kriegslage am 24. September nicht im Vordergrund des Interesses im Reichstage stand, hatte die O.H.L. durch ihre falsche Aufklärung sowohl der politischen Leitung wie der öffentlichen Meinung selbst verschuldet. Der Satz: „Die Front stand, also konnte man sich, wie man wähnte, unbekümmert der Parteipolitik hingeben", enthält also einen nicht berechtigten Vorwurf. Außerdem handelte es sich nicht um bloße Parteipolitik. Die Parlamentarisierung war längst notwendig, um durch eine andere Machtverteilung die politische Autorität der O.H.L. gegenüber besser durchzusetzen, den Widerstand des Volkes durch Übertragung der Verantwortung zu stärken, die schwärende preußische Verfassungsfrage zu erledigen und eine den Gegnern genehme Verhandlungsstelle zu schaffen.

Noch am 1. September hatte General Ludendorff dem Chef in der Operationsabteilung Oberst v. Mertz nach dessen Rückkehr vom Urlaub *die Lage sehr trüb geschildert.* Trotzdem lehnte Ludendorff auf eine entsprechende Frage seitens v. Mertz es entschieden ab, den Staatssekretär v. Hintze oder dessen Vertreter v. Lersner über diesen Stand der Dinge offen aufzuklären. Wegen der pessimistischen Grundstimmung v. Hintzes war das anfangs sehr gute Verhältnis Ludendorffs zu diesem „in einen vollständigen Mangel vertrauensvoller Verbindung" mit ihm umgeschlagen, wie Herr Oberst Schwertfeger hier sagt.

Die O.H.L. wollte sich und anderen die von ihr erkannte Tatsache, daß das Heer einer Katastrophe entgegeneile, selbst am 25. und 26. September noch nicht eingestehen. General Ludendorff äußerte sich am 25. September, daß er sich an die Nachricht von der Lungenpest im französischen Heere, wie der Ertrinkende an einen Strohhalm klammere. Die O.H.L. hat damit nicht der Lage entsprechend gehandelt.

Sobald v. Hintze im September auf Grund von Nachrichten „aus der Armee, nicht von der O.H.L.", die Überzeugung gewann, daß wir einer militärischen Katastrophe entgegeneilten, traf er sofort die notwendigen Vorbereitungen zur Abschwächung der beim Umschwung von Siegeszuversicht zu offenbarer Niederlage zu erwartenden Erschütterung von Volk und Heer und zur Einleitung etwa notwendig werdender Friedensschritte.

Als wichtigste Voraussetzung für die Einleitung des Friedens und zur Zusammenfassung aller Kräfte des Volkes für die Verteidigung wurde die Parla-

mentarisierung seitens v. Hintzes und seiner Mitarbeiter im Auswärtigen Amt angesehen. Nicht sofort, erst „im gegebenen Moment", sollte an Präsident Wilson das Ersuchen um Frieden auf Grund der 14 Punkte gerichtet werden. Von sofortigem Waffenstillstand war nicht die Rede; dieser sollte ganz von den Wünschen der O.H.L. abhängig gemacht werden. *Am 28. September verlangte dann die O.H.L. vom Kanzler plötzlich die Umbildung der Regierung oder den Ausbau derselben auf breiterer Grundlage.*

Über das nach dem 18. Juli weiter einzuschlagende Verfahren bestanden zwischen den Armeeführern in der Front und der O.H.L. nicht unerhebliche Gegensätze. Sie beruhten in der Hauptsache darauf, daß die Heeresgruppen- und Armeeführer die Dinge hauptsächlich vom Standpunkte der militärischen Möglichkeit ansahen, während die O.H.L. sich aus eigenem Entschluß dauernd von ihren eigenen politischen Zielen mitbestimmen ließ. Dadurch entfernten sich ihre Entschlüsse zugunsten politischer Hoffnungen vom Boden des militärisch Wünschenswerten und der erkannten militärischen Tatsachen und Notwendigkeiten.

„Für die O.H.L. konnte es nach dem endgültigen Scheitern der großen Offensive *kein wichtigeres Ziel als die Erhaltung der deutschen Kampfkraft geben.*"

Die Zurücknahme der Truppen in stark verkürzte, verteidigungsfähige rückwärtige Stellungen brauchte ebenso wie 1914 in Rußland und 1917 an der Somme keine üblen Wirkungen auf Heer und Heimat auszuüben, wenn man diese offen und geschickt aufklärte. Dadurch wäre auch der so notwendige erste Schritt zur Schaffung einer klaren Anschauung über Deutschlands Kriegsziele in der Heimat getan, die Umkehr von verstiegenem Optimismus und Annexionismus eingeleitet und die Grundlage für eine Einheitsfront geschaffen worden. Für die belgischen Kriegsziele der O.H.L. und der Vaterlandspartei war dann aber kein Platz mehr. Um dieser willen wurde der Kampf um die vorderen Stellungen geführt, ohne daß dadurch der Feind eingeschüchtert oder getäuscht wurde. Im Gegenteil, ihm wurde dadurch die Erreichung des Sieges leichter gemacht, als wenn er gegen verkürzte, starke rückwärtige Stellungen hätte anrennen müssen.

Der Staatssekretär des Auswärtigen v. Hintze, der Kaiser und der Reichskanzler Graf v. Hertling *wurden am 29. September* nacheinander aufs tiefste betroffen und erschüttert von der bestimmten und mit großem tragischen Ernst gestellten plötzlichen *Forderung der O.H.L. nach einem sofortigen Waffenstillstandsangebot.* Nach v. Hintzes berechtigter Auffassung standen die Einzelheiten des Waffenstillstandsangebots und des Friedens unter dem Zeichen: „Jede Stunde Verzuges bedeutet Gefahr!" Bei der so überragenden Stellung der O.H.L. konnten Zweifel daran, ob die Kriegslage wirklich so katastrophal sei, nicht aufkommen.

„Damals herrschte volle Einmütigkeit darüber, daß die Kriegslage nur von der O.H.L. zutreffend beurteilt werden könne, daß sie sehr ernst sei, daß sie alsbaldigen Waffenstillstand erfordere, daß aber die sich hieraus ergebende schwere innerpolitische Belastung nur von einer durch eine Revolution von oben verbreiterten Regierung getragen werden könne."

„Es ist zwar bedauerlich, daß am 29. September der O.H.L. nicht unter Hinweis auf die schweren politischen Wirkungen ihr hartnäckiges Verlangen nach sofortigem Waffenstillstand ausgeredet wurde." Aber Hintze faßte die Lage jetzt mit Recht so auf, daß es nur noch gelte, eine befürchtete nahe Katastrophe abzuwenden. *Ein Verschulden trifft die politischen Leiter nicht.*

Das starke Mißtrauen der O.H.L. gegen die politische Leitung, insbesondere v. Hintze (s. Bd. 2, S. 249), die Bekundungen des Obersten v. Mertz, welche direkt der Behauptung Schwertfegers in Band 2, Seite 263, daß der Staatssekretär v. Hintze damals bei den Männern der O.H.L. volles persönliches Vertrauen genoß, widerspricht), die unterlassene rückhaltlose Aufklärung auf die formulierten Fragen der politischen Leitung am 13. und 14. August, am 3. und 9. September an die O.H.L. rächten sich jetzt bitter. v. Hintze mußte, nachdem er schon früher das Gefühl hatte, die O.H.L. sehe zu optimistisch, sie wolle das Ungünstige nicht eingestehen, desto mehr menschlich an die Wahrheit ihres jetzigen tragischen Geständnisses glauben. Auch der Kaiser mußte sich für die Beurteilung der Kriegslage ganz auf die O.H.L. verlassen. Ein derart dringend vertretenes Verlangen der O.H.L. nach Waffenstillstand bei den Besprechungen mußte für ihn jetzt entscheidend sein. Er trägt die formelle, keineswegs aber, wie Oberst Schwertfeger (Bd. 2, S. 274) entgegen seiner Schlußfolgerung (Bd. 2, S. 332) sagt, die volle materielle Verantwortung für die Billigung des Entschlusses der O.H.L.

Der Reichskanzler und auf seinen Rat hin der Kaiser glaubten die Bildung der neuen Regierung und den Friedensschritt am 29. September nachträglich noch hinauszögern zu können. v. Hintze aber hatte General Ludendorff auf dessen Frage nach dem Termin der Regierungsbildung und der Absendung der Note an Wilson den 1. Oktober angegeben. Darum bewog er auch den Kaiser noch am 29. September zur Aufgabe der Verzögerung.

Die O.H.L. bestand in den Tagen nach dem 29. September auf der Regierungsbildung und der Absendung der Note bis zum 1. Oktober, wie aus Telephongesprächen und Telegrammen und aus der Entsendung des Majors v. d. Bussche nach Berlin hervorgeht. Noch in der Nacht vom 29. zum 30. September wurde mit der Absendung eines Telegramms von Spa an die Deutschen Botschafter in Wien und Konstantinopel zwecks Information der Verbündeten über unsere Absichten ein unwiderruflicher Schritt getan. Durch die Absendung des Majors v. d. Bussche nach Berlin tat die O.H.L. den stärksten Schritt, um den Ernst der Lage bei der Kanzler- und Regierungssuche nicht verwischen zu lassen. Jeder neue Kanzler mußte also ganz von dem Votum der O.H.L. für die Beurteilung der Kriegslage abhängig sein. Die Monopolstellung der O.H.L. und die kaiserlich-militärische Autokratie im Kriege zeigten sich jetzt in ihrer ganzen Gefährlichkeit. An eine Befragung der Armeeführer über die Möglichkeit einer weiteren schrittweisen Verteidigung dachte noch niemand.

Entschloß man sich Ende September zur „Revolution von oben", um das Vertrauen und die Widerstandskraft des Volkes zu stärken, so mußte die Forderung der O.H.L. nach Waffenstillstand bis nach dieser „Revolution" zurückgestellt werden. Handelte es sich nur um einen reinen militärischen Waffen-

stillstand, so hätte die O.H.L. ihn selbst direkt dem Gegner antragen können. Beides verhinderte die O.H.L. „Nichts" aber „forderte", nach General Ludendorffs eigener Erklärung in jenen kritischen Tagen Ende September, „zu plötzlichen Entschließungen auf." Diese Erklärung hat General Ludendorff nach dem Kriege abgegeben. Die O.H.L. war eben in ihrem Widerstand gegen längst von ihr erkannte militärische Tatsachen und die politisch sich daraus ergebenden Notwendigkeiten plötzlich zusammengebrochen. Sie, besonders General Ludendorff, trifft die Verantwortung für den äußerst verhängnisvollen Entschluß des 29. September. Wie unpolitisch Feldmarschall Hindenburg war, geht auch daraus hervor, daß er am 29. September noch die Annexion von Briey und Longwy wollte, was Ludendorff sofort abschnitt. General Ludendorff wiederholte am 30. September seinen Standpunkt und betonte, daß Hindenburg und er ihren Entschluß mit voller Überlegung, nicht im Affekt gefaßt hätten.

Die Verantwortung des Kaisers und des Kanzlers für die Entschließungen des 29. September ist dagegen nur formeller Art. (Die neue Fassung des Oberst Schwertfeger in Band 2, S. 332 ist nach meiner Meinung abschwächend und geeignet, irrezuführen. Die ursprüngliche Fassung ist klarer und zutreffender.)

An klarem politischem Rat hat es General Ludendorff dabei nicht gefehlt. Man braucht nur auf die äußerst klare und zutreffende Denkschrift Major Niemanns zu verweisen, welche Ludendorff am 26. Juli las und mit „gut" bezeichnete.

Auf Grund der von mir *bisher gegebenen Tatsachen und Beweise muß ich Oberst Schwertfeger* (Bd. 2, S. 276) *widersprechen, daß „den Männern der O.H.L. der Vorwurf bewußter Irreführung oder wenigstens absichtlich nicht genügender Orientierung der Reichsleitung nicht gemacht werden darf". Das Gegenteil* ist der Fall. Oberst Schwertfeger widerspricht damit auch seinen eigenen vorhergehenden Ausführungen. Die Bekundung des Generals v. Bartenwerffer ist ein Irrtum, trifft auch nicht den Kern der Sache. Danach müßten ja die Vertreter des Kanzlers und des Auswärtigen Amts bei der O.H.L. pflichtwidrig geschwiegen haben. Aber auch die Verschweigung bzw. Fälschung der militärischen Lage seitens Ludendorffs am 13. und 14. August, am 3. und 9. September allein besagen in dieser Richtung genug.

Die O.H.L. unterlag auch nicht — entgegen der Ansicht des Oberst Schwertfeger —, „in ähnlicher Weise wie die öffentliche Meinung, die ja zum größten Teil von ihr abhängig war" — wie Oberst Schwertfeger sagt —, nur „einem verhängnisvollen Mißverständnis über Deutschlands wahre Lage". Tatsächlich hat wenigstens General Ludendorff, wie ich oben zeigte und auch Prof. Delbrück nachweist, lange vorher die militärische Lage anders, als er der politischen Leitung gegenüber tat, gefühlt und gekannt.

Schwere Mißverständnisse und falsche Einschätzungen der Tatsachen und der Menschen, sowohl der eigenen wie der feindlichen, sind der O.H.L. daneben auch unterlaufen. Dabei war der Kriegszielwunsch der O.H.L. vielleicht oft der Vater des Gedankens. Nach Oberst Schwertfegers obiger Erklärung aber müßten in der O.H.L., nämlich wenn sie wie die öffentliche Meinung einem verhängnisvollen Mißverständnis über Deutschlands wahre Lage unterlegen wäre, mittelmäßige und unklare Köpfe gesessen haben.

Bei dem *Kanzler Hertling* bestand bis zum 29. September und bei den *meisten Parteiführern und der öffentlichen Meinung in Berlin* noch bis zum 2. Oktober das *Dogma von der Unbesiegbarkeit der deutschen Westfront.* Nunmehr brach durch das plötzliche, überstürzte und hartnäckig verlangte Waffenstillstandsangebot des Generals Ludendorff mit dem Glauben an den Sieg auch der Glaube an die O.H.L. und die Führereigenschaften des alten Staates zusammen. Diese Erschütterung machte der seit mehreren Jahren gewissenlos vorbereiteten Revolution das Tor auf.

Die *falsche Aufklärung und Beeinflussung der öffentlichen Meinung für Sieg und Eroberungen*, die Unterdrückung jeder anderen ehrlichen, sich bescheidenden Meinung, die *Unterlassung der rechtzeitigen Umstellung der Aufklärung im Sommer 1918* laden den verantwortlichen Kreisen, besonders der O.H.L., eine schwere Verantwortung auf.

Der als Kanzler in Aussicht genommene *Prinz Max von Baden* wurde am 1. Oktober von den Nachrichten aus der O.H.L. völlig überrascht. Trotzdem sah er das Waffenstillstandsangebot als verhängnisvoll und überstürzt an. Er erkannte, daß dem Waffenstillstandsangebot ein Friedensangebot vorhergehen müsse. Aus den Darlegungen der aus dem Großen Hauptquartier kommenden Persönlichkeiten, aus den Tag und Nacht eintreffenden, sehr stark drängenden Telegrammen und Telephongesprächen der O.H.L. mußte aber Prinz Max entnehmen, daß der Druck der militärischen Lage unvermindert fortbestand, daß es in Rücksicht auf die bedrohte Lage der Armee auf jede Stunde ankam. Prinz Max übernahm mit gebundener Marschroute das Kanzleramt.

Die Aufklärung, welche den Parteiführern am 2. Oktober zuteil wurde, hat geradezu nervenerschütternd auf sie gewirkt. „Auf einen derartigen Stand der Dinge war damals in der Heimat niemand vorbereitet. Um so gewaltiger mußte sich der ganz unvermittelte plötzliche Übergang von immer noch gehegten Siegeshoffnungen zur Erkenntnis des vollkommen verlorenen Krieges nunmehr auswirken. Die weitere Entwicklung der Dinge vom Oktober und November 1918 ist von diesen Tatsachen auf das Stärkste beeinflußt worden."

Durch die Teilnahme des Polen Seyda und des unabhängigen Sozialisten Haase, welche über Verbindung mit Paris bzw. Moskau verfügten, an der Aufklärung der Parteiführer durch den speziell beauftragten und instruierten Vertreter der O.H.L. mußte „unser Friedens-, namentlich aber unser Waffenstillstandsangebot von katastrophalem Schaden für Deutschland werden". Es ist bedauerlich, daß die Teilnahme dieser beiden Herren damals im Reichstage nicht verhindert worden ist.

Der Kaiser trat bei der Besprechung im Reichskanzlerpalais am 2. Oktober dem Wunsche des Prinzen Max, das Waffenstillstandsangebot nicht abgehen zu lassen, nicht bei. Entscheidend war aber diese Sitzung darüber nicht — entgegen der Darstellung des Obersten Schwertfeger —, sondern nach Schwertfegers eigener Darstellung die schriftliche Stellungnahme der O.H.L. zu Punkt 3 der formulierten Fragen an sie vom 3. Oktober und die nachträgliche telephonische Bestätigung der Notwendigkeit eines sofortigen Waffenstillstandsangebots seitens Ludendorffs. Auch verfassungsrechtlich war der Kaiser

kaum noch am 2. Oktober verantwortlich, nicht einmal formell, sondern der neue Kanzler.

Am Nachmittag des 3. Oktober fand unter Teilnahme Hindenburgs unter dem Vorsitze des Prinzen Max die entscheidende Besprechung statt. „Das Bemerkenswerteste an dieser Sitzung war, daß der Prinz sich mit allem Nachdruck gegen eine übereilte Absendung des Angebots überhaupt wendete, vor allen Dingen aber das Waffenstillstandsangebot rückgängig zu machen suchte." „Dem Prinzen Max war es völlig klar, daß das Ersuchen um Frieden und Waffenstillstand mit der von der O.H.L. geforderten Eile Deutschlands Lage gegenüber der Entente sehr ungünstig beeinflussen mußte, und daß für diesen Schritt eine politische Verantwortlichkeit nur dann übernommen werden konnte, wenn die einzig und allein von der O.H.L. zu beurteilende militärische Lage einen anderen Weg nicht mehr gestattete."

Mit der schriftlichen Beantwortung der schriftlich formulierten Frage des Kanzlers, ob die militärische Lage sofort Waffenstillstands- und Friedensangebot verlange, in bejahendem Sinne und der nochmaligen fernmündlichen Bekräftigung dieser Antwort durch Ludendorff *übernahm die O.H.L. am 3. Oktober die volle Verantwortung für die Hinaussendung des Waffenstillstands- und Friedensangebots.* Die *politische Leitung hat pflichtgemäß gehandelt, sie trifft in dieser Hinsicht kein Vorwurf.*

„Von einem so ernsten Stande der Dinge, daß ein sofortiges Waffenstillstandsangebot notwendig würde, haben auch der Vertreter Ludendorffs in Berlin, Oberst v. Haeften, der Pressechef des Reichskanzlers, Ministerialdirektor Deutelmoser, und der Pressechef beim Kriegspresseamt, Major Würtz, vor dem 29. September 1918 nichts gewußt. Sie alle waren aufs äußerste betroffen." Auf dem Gebiete der Umstellung und Verbreitung der öffentlichen Meinung war noch nicht das geringste geschehen. „Hierfür war spätestens nach dem Mißlingen der 4. Offensive — auf Reims — ein zwingender Anlaß für die O.H.L. gegeben." Sie hat aber nichts in dieser Richtung getan, vielmehr durch ihr Verhalten am 13./14. August auch die Beeinflussung der öffentlichen Meinung im anderen Sinne verhindert.

Für die nicht rechtzeitige Umstellung der öffentlichen Meinung, für das folgenschwere Versagen auf diesem Gebiete hat ohne Zweifel die O.H.L. die Hauptverantwortung zu tragen. „Mangel an Augenmaß", wie Helfferich sagt, und das hartnäckige Festhalten Ludendorffs an seinen Kriegszielen sind wohl der Hauptgrund dafür gewesen. Oberst Schwertfegers undeutlicher, ausweichender Darstellung (Bd. 2, S. 311) muß ich auf Grund der vorliegenden Tatsachen widersprechen. Oberst Schwertfeger sagt selbst (Bd. 2, S. 312), daß in den kritischen Sommermonaten 1918 die notwendige Umsteuerung der öffentlichen Meinung zu bescheideneren Zielen nicht erfolgte. Das aufklärende Wort über die grundlegende Verschlechterung der Kriegslage habe nur von der O.H.L. gesprochen werden können. Das geschah in keiner Weise. Im Gegenteil, wie die im August und September von der O.H.L. gewünschte Propaganda für das Durchhalten des näheren beweist, nicht die Propaganda für das Durchhalten überhaupt, sondern die Art, wie diese Propaganda aufgezogen werden sollte.

Nachdem v. Kühlmann infolge seiner aufklärenden Rede vom 24. Juni durch die O.H.L. gestürzt worden war, „konnte es kein Staatsmann mehr mit irgendeiner Aussicht auf Erfolg unternehmen, die öffentliche Meinung anders zu unterrichten als es der O.H.L. erwünscht erschien". (So Schwertfeger, Bd. 2, S. 323.)

Das am 4. Oktober an Wilson abgesandte Waffenstillstands- und Friedensangebot kam zu spät. Die Feinde konnten darauf warten, bis die Saat der jetzt ganz klar erkannten Zersetzung aufging, um dann Deutschland einen Vernichtungsfrieden aufzuzwingen. „Mit dem Beginn der *Verhandlungen über Waffenstillstand und Frieden* war ein so einschneidender Entschluß gefaßt und aller Welt kundgetan worden, daß *seine Wirkungen, weniger auf den Kampfwillen der Front, aber auf die Stimmung in der Etappe und der Heimat kaum übertrieben werden können.* Das Gefühl, es gehe jetzt zum Frieden und jedes weitere Blutopfer sei überflüssig, verbreitete sich überall. Das *Vertrauen* aber zu einer richtigen Beurteilung der Lage durch die O.H.L., jedenfalls durch General Ludendorff, war bei den führenden Staatsmännern *verlorengegangen.* Damit fehlte leider ein für die Aufrufung und Zusammenfassung der letzten Widerstandskräfte Deutschlands außerordentlich wichtiges Moment."

„Die *Waffenstillstandsforderungen vom 29. September bedeuteten das Hissen der weißen Flagge.* Nunmehr wußten unsere Feinde, daß die deutschen Heerführer den Kampf als verloren ansahen, daß sie zu retten suchten, was noch möglich war. Sie selbst bestätigten der Entente ihren Sieg", wie Oberst Schwertfeger sagt. Tatsächlich stand die Katastrophe einer Vernichtung aber gar nicht so nahe bevor.

„Die Masse des deutschen Heeres befand sich am 5. November im gesicherten Rückzuge auf die Maaslinie und die belgischen Ardennen. Die Beurteilung der Lage, die am 29. September zur Forderung eines sofortigen Waffenstillstandsangebotes durch die O.H.L. geführt hatte, war also durch den Gang der Ereignisse widerlegt worden. Die Wirkungen dieses Schrittes aber waren nicht wieder gutzumachen." — „Inzwischen war die Auflösung der österreichisch-ungarischen Front erfolgt. Nunmehr mußte auch mit einer Gefährdung Deutschlands vom Süden und Südosten her gerechnet werden. Damit schwanden die letzten Voraussetzungen für eine längere und entscheidende Fristung des Widerstandes auf der Westfront."

„In diesem schwersten Augenblicke zerbrach die in Kiel zuerst aufflammende, von dort aus sich überall hin verbreitende *revolutionäre Bewegung* die letzte Hoffnung auf einen deutschen Widerstand. Der 9. November und unmittelbar darauf der Waffenstillstand von Compiègne besiegelten Deutschlands Untergang."

Zu der Zusammenfassung des Obersten Schwertfeger möchte ich nun noch einiges sagen.

Die *O.H.L. hat die politische Führung* zu Anfang des Jahres 1918 doch tatsächlich an sich gebracht. Sie hat die von Wilson, Lloyd George und durch v. Haeften gebotenen Friedensmöglichkeiten ausgeschlagen, um ihrer Siegziele willen und daher schon vor Beginn der Offensive die Friedensmöglichkeiten

zunichte gemacht. Die v. Haeftenschen Bedingungen, die günstigsten, hat sie der politischen Leitung vorenthalten, soweit ich unterrichtet bin. Ich widerspreche also darin dem Herrn Gutachter Obersten Schwertfeger.

Die politische Leitung mußte nicht und konnte nicht den strategischen Mißerfolg der Einzeloffensiven des Jahres 1918 „ohne weiteres *erkennen*". Angesichts der militärischen und politischen Sonderstellung der O.H.L. kann man der politischen Leitung keinen Vorwurf daraus machen, daß sie sich von der O.H.L. nach dem Scheitern der Offensiven noch in dem Glauben an einen Siegfrieden einwiegen ließ. Der Reichskanzler war durch und durch Zivilist. Es ist darum dem Obersten Schwertfeger in dieser Auffassung zu widersprechen.

Es ist sehr schwer, mit Oberst Schwertfeger in Anwendung auf das Scheitern der Offensive im Jahre 1918 zu sagen, daß die Erfahrungen auf dem östlichen Kriegsschauplatz im Jahre 1914 die O.H.L. berechtigten, im Sommer 1918 mit der Möglichkeit unerwarteter Erfolge zu rechnen. Die Verhältnisse lagen doch 1914 im Osten ganz anders, wie Oberst Schwertfeger selbst an einer früheren Stelle sagt. Dazu hatten Hindenburg und Ludendorff damals die wertvolle Hilfe v. Hötzendorffs und das Glück, die russischen Befehle drahtlos aufzufangen. Psychologisch mag ein solcher Gedankengang erklärlich sein; das gebe ich zu. Unbedingt recht hat aber Oberst Schwertfeger, wenn er von ihm sagt: „*Er mußte gefährlich werden, wenn das erhoffte Wunder des Sieges ausblieb.*" (Schwertfeger II. Teil, Bd. 2, S. 329). Ich muß die Frage hinzufügen: Mußte und durfte die O.H.L. 1918 bis zum bitteren Ende, dem Hissen der weißen Flagge am 29. September, das Schicksal des deutschen Volkes nur auf ein Wunder stellen?

Die *Entschuldigung des Obersten Schwertfeger* (Bd. 2, S. 321) *für die Stellungnahme der O.H.L. am 13./14. August 1918 ist nach meiner Ansicht künstlich und keinesfalls stichhaltig.* Die O.H.L. war nicht kleinmütiger als die Männer der Politik, „die sie so oft wegen gerade dieser Eigenschaft getadelt hatte", wenn sie der politischen Reichsleitung die so notwendige Wahrheit über die militärische Lage sagte, welche nur sie allein kannte. Die O.H.L. schwieg, ja erweckte einen durchaus günstigen Eindruck, besonders Ludendorff. Wenn die O.H.L. tatsächlich so dachte, wie Oberst Schwertfeger es annimmt, wenn sie meinte, „man konnte weiter sehen, wie sich alles entwickelte", nachdem die Erlaubnis zur Anspinnung diplomatischer Schritte von ihr erteilt war, so war das *entweder sehr kurzsichtig oder eine absichtlich schuldhafte Unterlassung.* Ich kann die Frage hier nicht entscheiden; ich stelle sie aber zur Diskussion.

Der Staatssekretär des Auswärtigen v. Hintze hat nicht, soweit es in seiner Macht lag, wertvolle Zeit durch Abwarten nach dem 14. August verloren.

Es ist Oberst Schwertfeger zu widersprechen, wenn er (Bd. 2, S. 325) meint, alle Mißverständnisse während der Verhandlungstage Anfang Oktober in Berlin hätten sich vielleicht vermeiden lassen, wenn Ludendorff selbst in Berlin gewesen sei. Da der Feldmarschall auf dem in Spa mit Ludendorff vereinbarten Standpunkt in der maßgebenden Besprechung mit dem neuen Reichskanzler am 3. Oktober beharrt hatte, sei Prinz Max ihm beigetreten. Das trifft nicht ganz das Richtige. Schwertfeger selbst sagt, daß Hindenburg die betreffende schriftliche Ant-

wort nach Rücksprache mit Ludendorff gegeben habe. Und nach Empfang derselben hat Prinz Max noch selbst telephonisch bei Ludendorff nachgefragt und eine sehr klare und dringende bejahende Antwort von Ludendorff erhalten. Dann erst stimmte Prinz Max endgültig dem Verlangen der O.H.L. zu.

Es ist der Zusammenfassung des Obersten Schwertfeger darin durchaus zuzustimmen, daß „die Waffenstillstandsforderung vom 29. September 1918 das Hissen der weißen Flagge bedeutete". „Sie (die deutschen Heerführer) selbst bestätigten der Entente den Sieg." „Ohne jeden Übergang zeigte die O.H.L. den erschütterten Staatsmännern statt der bisherigen taktischen Beruhigung über die Westfront die völlige Hoffnungslosigkeit des strategischen Gesamtbildes. Daraus ergab sich ein in seinen zerstörenden Folgen nicht wieder zu beseitigender Wettersturz der öffentlichen Meinung." „Nur die O.H.L. konnte die Lage verantwortlich beurteilen. Für die *Friedens- und Waffenstillstandsforderung muß daher die O.H.L. die sachliche Verantwortung allein tragen*, wenn auch der Oberste Kriegsherr ihr zugestimmt hat." Dieser Auffassung des Obersten Schwertfeger stimme ich durchaus zu.

Die Pflicht, bis zur völligen Hingabe der eigenen Person für das Vaterland das Äußerste zu leisten, haben die Männer der O.H.L. stets voll und ganz erfüllt.

Es ist Oberst Schwertfeger *zuzustimmen*, daß *„der Krieg nunmehr verloren war, weil rein militärisch die Leistungsfähigkeit des deutschen Widerstandes überdehnt war"*, *nicht aber seiner Meinung*, daß dies auch deswegen der Fall war, *„weil es staatsmännisch nicht möglich gewesen war, rechtzeitig zu einem Frieden, der nur ein Frieden der Verständigung sein konnte, zu gelangen"*. Unmöglich war das im Jahre 1918 nicht von vornherein gewesen, es wurde aber unmöglich durch das geschilderte ablehnende Verhalten Ludendorffs und die subalterne Rolle des Kaisers und des Kanzlers gegenüber der O.H.L., die in keiner Weise zu verteidigen ist.

Oberst *Schwertfeger hat recht*, *„rein militärisches Denken und Wollen haben obgesiegt"*. Das *deutsche Volk* selbst aber hat *diese Rolle nicht der O.H.L.*, die derselben nicht gewachsen war, *zugeschoben*, wie Oberst Schwertfeger meint. Das hieße doch die bekanntlich so außerordentlich willensstarken und selbstbewußten Männer der O.H.L. zu Werkzeugen der öffentlichen Meinung des Volkes herabwürdigen. Tatsächlich ist aber auch die öffentliche Meinung bei uns, wie überall, von oben her geleitet und bestimmt worden, d. h. bei uns durch Besuche im Großen Hauptquartier, vom Kriegspresseamt und dem W.T.B.

Freilich war das deutsche Volk durch seine Verfassung und Verwaltung, durch den starken militärischen Einschlag seines öffentlichen Lebens, durch die geschichtliche Entwicklung und die Mittel des öffentlichen Unterrichts weder zur Freiheit und kritischem, selbstständigem Urteil, noch zu tief empfundenem und bewußt gewolltem Korpsgeist im besonderen Maße erzogen worden. So konnte es leichter als z. B. die Engländer gedankenlosem Schwelgen in Extremen und wirklichkeitsfremden Ideen verfallen. Das ist meine Auffassung vom *Schicksal des deutschen Volkes.*

Diesen Fehlern verfiel auch der Reichstag, der doch ein urteilsfähiger und

kritischer Führer hätte sein sollen. *Insofern hat das Volk auch Schuld am Zusammenbruch der Offensive des Jahres 1918.*

Das gesellschaftliche und staatliche System, besonders dessen autokratische Gestaltung für den Kriegsfall, hatte sich überlebt und *ging,* als in schwerster Schicksalsbedrängnis der Zufall der Erstgeburt einem Manne die autokratische Kriegführung in die Hand legte, der weder die notwendige Menschenkenntnis noch die erforderliche Stetigkeit und Willensstärke besaß, *zugrunde.* Daß der Träger der Macht *sich* vorher die ihm verfassungsmäßig gegebene Führung allzu deutlich in weitestem Umfange zumaß und in der Feuerprobe trotz erkannter eigener Unzulänglichkeit nicht rechtzeitig die verfassungsmäßigen Folgen resolut daraus zog und durchsetzte, ist seine Schuld und sein tragisches Verhängnis geworden.

Der tragische *Verlust des Krieges bedeutete nicht einen Zusammenbruch des militärischen Systems im engeren Sinne,* im Gegenteil; darin pflichte ich Oberst Schwertfeger durchaus bei. Aber er stellte wohl einen Zusammenbruch des militärischen Systems dar, insofern damit die überwiegende Beeinflussung des ganzen öffentlichen Lebens und der Führung des Volkes durch das Militär gemeint ist.

Ebenso muß ich Oberst Schwertfeger widersprechen, wenn er sagt, daß der Zusammenbruch „auch nicht das Ergebnis politischer Unfähigkeit war". Ich glaube, am Ende meiner verschiedenen Berichte das genaue Gegenteil sagen zu dürfen. *Die politische Unfähigkeit des deutschen Kaisers, der deutschen Diplomatie und führender Schichten in Gesellschaft und Parlament vor dem Kriege und großenteils auch im Kriege, die politische Unfähigkeit der O.H.L.,* die in der Person Ludendorffs nach dem Sturze von Bethmann Hollweg im Juli 1917 auch bald die politische Führung tatsächlich in ihre Hand brachte und ihren politischen Willen durchsetzte, *haben sehr großen Anteil am Verlust des Krieges.*

Sitzung, Montag, den 18. Februar 1924

Aussprache über den Bericht des Abg. Dr. Deermann über das Gutachten des Sachverständigen General d. Inf. a. D. v. Kuhl II. Teil

Vor Eintritt in die Tagesordnung erhielt das Wort Sachverständiger *Schwertfeger:* Am Anfange seines Korreferates betont Herr Geheimrat Prof. Delbrück, daß in der sachlichen Kritik der Ludendorffschen Strategie zwischen ihm und dem General v. Kuhl kaum ein Unterschied bestehe; auch der selbständigen Schwertfegerschen Untersuchung — das ist also mein großes Gutachten, Teil II — könne er nicht nur in allem Wesentlichen sachlich zustimmen, sondern treffe sich auch in den Formulierungen mit ihm — also mit mir — in noch höherem Grade als mit General v. Kuhl. Damit ist ausgesprochen, daß Herr Geheimrat Prof. Delbrück an den sachlichen Feststellungen, die Herr General v. Kuhl und ich in jahrelanger und, wie ich hinzufügen darf, außerordentlich mühsamer und schwieriger Quellenarbeit durch erstmalige Schaffung einer zusammenhängenden

Darstellung über die in Frage stehenden Vorgänge gemacht haben, nichts Wesentliches auszusetzen findet, daß er sie also historisch zuverlässig übernimmt.

Wenn ich mich nun aber den Bemerkungen zuwende, die Herr Geheimrat Prof. Delbrück zu meinem Gutachten gemacht hat, so muß ich zu meinem lebhaften Bedauern feststellen, daß ich mich in der Kritik — ich meine: in der *sachlichen* Kritik, eine *persönlich* gefärbte Kritik könnte ich überhaupt nicht anerkennen — grundlegend von dem Herrn Korreferenten unterscheide. Ich habe geradezu den Eindruck, als ob die Haupt- und Kernfrage des ganzen Problems von dem Herrn Korreferenten ganz anders beurteilt würde als von mir, und kann mir das nur dadurch erklären, daß der quellenkritische Sammler des gesamten Materials schon durch diese Monate, in diesem Falle sogar Jahre dauernde Beschäftigung mit seinem Stoff auf eine ganz andere Weise mit seinem Problem und allen einschlägigen Fragen innerlich zusammenwächst, als ein Korreferent, der in der Lage ist, die fertigen historischen Ergebnisse von seinem persönlichen Standpunkte aus zu glossieren.

Für mich ist in meinem ganzen Gutachten die Hauptfrage — und das ist auch meine Stellungnahme zu dem Referat des Herrn Dr. Deermann —, wer im letzten und höchsten Sinne für die Verschiebung der obersten Gewalt im Kriege nicht etwa nur die formale, sondern die tatsächliche Verantwortung zu tragen hat. Wenn Herr Geheimrat Professor Dr. Hans Delbrück (Bd. 3, S. 359) einen Vergleich mit den preußischen Verhältnissen in den Befreiungskriegen zieht, so bin ich der Meinung, daß die Stellung des preußischen Königs, des Staatskanzlers und der damaligen Heerführer gegenüber den in den preußisch-deutschen Einigungskriegen geschaffenen Verhältnissen seit der Mitte des 19. Jahrhunderts eine völlig andere war, daß sie kaum zum Vergleich herangezogen werden kann. Damals gab es noch keine konstitutionelle Monarchie, damals kannte man in Preußen vor allem noch nicht in unserem Sinne den Begriff des Obersten Kriegsherrn, der sich erst in der Bismarckschen Epoche entwickelt hat. Diese Dinge können m. E. daher gar nicht miteinander verglichen werden. Herr Geheimrat Prof. Delbrück sagt: „Der Monarch muß genommen werden, wie ihn seine Geburt gegeben hat; die Verantwortung fällt auf seine Diener." Dieses Urteil scheint mir — ich muß das leider aussprechen — etwas an der Oberfläche zu bleiben. Wenn der Herr Korreferent mit diesem Urteil recht hätte, dann wäre es ganz grundfalsch, den erblichen Monarchen ohne weiteres mit der Funktion des Obersten Kriegsherrn zu betrauen, dann müßte vielmehr eine weise Staatskunst schon im Frieden Vorsorge treffen, daß nicht etwa im Kriege die wichtigste Stelle der obersten Leitung des Krieges ausfällt. Nur wenn man die Verhältnisse einer parlamentarischen Monarchie, etwa der englischen, zugrunde legt, könnte ich das Urteil des Herrn Korreferenten in dieser Frage übernehmen. Das war aber bei uns nicht der Fall. Dem Monarchen verbleib vielmehr bei uns unter allen Umständen die persönliche Verantwortung für die Wahl seiner obersten politischen und militärischen Berater. Ihm lag es ob, den Reichskanzler zu wählen oder zu entlassen, Heerführer zu berufen oder von ihrer Stellung zu entheben. Das glaube ich im I. Teile meines Gutachtens mit solcher Deutlichkeit ausgeführt

zu haben, daß ich mich darüber wundern muß, wie der Herr Korreferent (Bd. 3, S. 359) zu seiner Deduktion auf Grund meines Gutachtens gelangen kann.

Der Herr Korreferent geht so weit, in meinen Ausführungen (Bd. 3, S. 359) „einen Mangel an rechtem monarchischem Denken und auch eine historisch unzutreffende Einstellung" sehen zu wollen. Gegen diese Formulierung, die m. E. nicht zur Sache gehört, lege ich aus verschiedenen Gründen Verwahrung ein. Der Herr Korreferent will nichts von einer Verantwortlichkeit anderer Persönlichkeiten als einzig und allein des Generals Ludendorff wissen; dieser habe Deutschland ins Unglück geführt, und die Entschuldigung, daß er immer nur das Beste für das Vaterland im Auge gehabt habe, könne er ihm nicht zubilligen; aus seinen Schriften und Taten spreche ungezügelter Ehrgeiz und Überhebung. Ich habe bereits neulich in meiner vor Eintritt in die Tagesordnung des 12. Februar abgegebenen Erklärung zum Ausdruck gebracht, daß ich die Aufgabe des Untersuchungsausschusses in der Hauptsache als eine *feststellende*, nicht als eine *aburteilende* ansehe. Hierbei bleibe ich stehen und glaube durchaus auf dem richtigen Wege zu sein, wenn ich alles hervorhebe, was zur psychologischen Erklärung der Geschehnisse von 1918, besonders soweit es das Handeln der Heerführer betrifft, beitragen kann. Gerade diese psychologische Vertiefung scheint mir die Hauptsache zu sein, und ich bleibe, auch nachdem ich das ganze Referat des Herrn Dr. Deermann und das Korreferat des Herrn Geheimrat Prof. Delbrück genau durchgearbeitet habe, im vollen Gefühl meiner schweren Verantwortung gerade für diese Arbeit bei meinen Formulierungen, wie sie in dem Gutachten enthalten sind. Ich betone ausdrücklich, daß ich bis jetzt nicht in einem einzigen Punkte auch nur die allerleiseste Veranlassung empfinde, von meinen Formulierungen abzuweichen.

Da der Herr Korreferent schon aus meinem ersten Gutachten Schlußfolgerungen gezogen hat, die in der Öffentlichkeit den Eindruck erwecken mußten, als wären meine Darlegungen „für den Feldherrnruf des Generals Ludendorff vernichtend" gewesen und als könne aus ihm abgeleitet werden, daß der General Ludendorff „das Vaterland seinem Ehrgeiz geopfert" habe, so betone ich ausdrücklich noch einmal, daß ich nicht der Ansicht des Herrn Korreferenten bin, General Ludendorff habe die Führung der Gesamtpolitik „an sich gerissen", die O.H.L. habe die politische Reichsleitung sowie den Kaiser selbst als Faktoren der Reichspolitik so gut wie ausgeschaltet und die Führung selber in die Hand genommen, ohne dafür auch die Verantwortung zu übernehmen (Korreferat Delbrück Bd. 3, S. 279). Wie ich wirklich zu dieser Frage stehe, ergibt sich m. E. mit gar nicht mißzuverstehender Deutlichkeit aus meinem Gutachten. Ich kann dies alles hier, zumal auch für den Untersuchungsausschuß die Zeit drängt und mein Gutachten sehr ausführlich gehalten ist, nicht alles noch einmal entwickeln. Ich glaube, mich auf den Inhalt meines Gutachtens beziehen zu dürfen.

Von einer „Vergewaltigung des Kriegsherrn" (Bd. 3, S. 358) des Delbrückschen Referats) darf man m. E. nicht sprechen. Sehr richtig hat Major Wilhelm v. Schweinitz, den auch der Herr Korreferent einmal anführt (vgl. mein erstes Gutachten), ausgeführt, General Ludendorff sei am „Vakuum" gescheitert.

Zum Vergewaltigen gehört doch auch immer jemand, der sich vergewaltigen läßt. Wenn ferner der Herr Korreferent dem General Ludendorff (Bd. 3, S. 358) „wahres soldatisches Empfinden" abspricht, so überschreitet er —

(Sachverständiger Dr. *Delbrück*: Nein, das habe ich nicht getan!)

— Auf S. 358 heißt es: „Noch viel weniger war es wahres soldatisches Empfinden, das ihm die Forderung unverzüglichen Waffenstillstandes am 29. September diktierte."

Sachverständiger Dr. *Delbrück*: Das ist doch ganz etwas anderes. Ich habe ihm doch nicht wahres soldatisches Empfinden abgesprochen, sondern habe nur gesagt: für diese Handlung —

Sachverständiger *Schwertfeger*: Schön, also in bezug auf diese Handlung!

Sachverständiger Dr. *Delbrück*: Nicht für diese Handlung, sondern ich habe dagegen protestiert, daß diese Handlung dem wahren soldatischen Empfinden entsprungen sei.

Sachverständiger *Schwertfeger*: Dann ist die Formulierung jedenfalls so, daß sie mißverstanden werden kann. Hier steht: „Noch viel weniger war es wahres soldatisches Empfinden, das ihm die Forderung unverzüglichen Waffenstillstandes am 29. September diktierte." Zu dieser Formulierung würde ich dann bemerken müssen, daß das Absprechen eines wahren soldatischen Empfindens m. E. die sachliche und persönliche Zuständigkeit von uns Gutachtern überschreiten würde. Wenn der Herr Korreferent diese Formulierung anders verstanden haben will, dann nehme ich davon Notiz und damit fällt auch mein Urteil. Die Formulierung soll also nicht so verstanden werden, daß die Waffenstillstandsforderungen nicht wahrem soldatischen Empfinden entsprochen hätten.

Sachverständiger Dr. *Delbrück*: Das habe ich auch wieder nicht gesagt. Daß es nicht wahrem soldatischen Empfinden entsprochen hätte, davon ist in meinem Gutachten gar nicht die Rede, sondern lediglich davon, ob diese Handlung daraus entsprungen ist oder nicht. Das ist ganz etwas anderes.

Sachverständiger *Schwertfeger*: Dann bitte ich, freundlichst formulieren zu wollen, wie es nun heißen soll.

(Sachverständiger Dr. *Delbrück*: Wie es dasteht, das ist ganz unmißverständlich!)

Es soll also heißen: „Noch viel weniger war es wahres soldatisches Empfinden, das ihm die Forderung unverzüglichen Waffenstillstandes am 29. September diktierte."

(Sachverständiger Dr. *Delbrück*: Sondern irgendein anderes Motiv!)

— Sondern irgendein anderes Motiv! Ich habe aus der Formulierung entnommen, daß für diese Handlungsweise, nämlich die Forderung des Waffenstillstandes, dem General Ludendorff wahres soldatisches Empfinden abgesprochen würde.

(Sachverständiger Dr. *Delbrück*: Nein!)

Gegen diese Formulierung, so wie ich sie aufgefaßt hatte, habe ich mich gewandt.

Auch kann ich die Formulierung (Bd. 3, S. 358) nicht annehmen, daß Luden-

dorff am 14. August 1918 den Staatssekretär des Auswärtigen v. Hintze über die militärische Lage „bewußt getäuscht" habe. Ich habe mich in meinem Gutachten sehr ausführlich über diese Frage geäußert und glaube, daß von einer bewußten Täuschung des Staatssekretärs nicht die Rede sein darf.

Schließlich widerspreche ich der Schlußfolgerung des Herrn Korreferenten, daß dem General Ludendorff das Bewußtsein der vollen Verantwortung gefehlt habe, und daß er seine Volkstümlichkeit „gemißbraucht" habe, um die deutsche Politik in eine Richtung zu drängen, deren Ziel ihm selber weder klar gewesen noch sicher erreichbar erschienen sei.

Zusammenfassend muß ich zu dem Korreferat nochmals sagen, daß ich die scharfen persönlichen Angriffe des Herrn Korreferenten gegen den General Ludendorff als sachlich aus meinem Gutachten heraus sich ergebend nicht anerkennen kann. Das Hauptstück meiner ganzen Beweisführung, die psychologisch vertiefte Erklärung für das Handeln und Unterlassen der in schwerster Zeit für das Vaterland tätigen Männer, ist von dem Herrn Korreferenten nicht angenommen worden. Er hat sich nur, wie ich glaube, meine sachlich geschichtlich feststehenden Ergebnisse zu eigen gemacht, entfernt sich aber im Urteil so weit von mir, daß ich die im ersten Absatz seines Korreferats ausgesprochene wesentliche Übereinstimmung mit meinem Gutachten als durch die tatsächlichen Verhältnisse nicht bestätigt ablehnen muß.

Sachverständiger *v. Kuhl*: Ich möchte auch um die Erlaubnis bitten, eine ganz kurze Erklärung abzugeben. Ich schließe mich dem, was Herr Oberst Schwertfeger gesagt hat, völlig an. Herr Geheimrat Delbrück hat in dem zweiten Teil seines Korreferats die Sache so dargestellt, als wenn auch ich in vielen Punkten völlig mit ihm übereinstimmte. Ich muß feststellen, daß ich in allen Punkten in bezug auf die Beurteilung Ludendorffs, der ja nach Ansicht des Herrn Korreferenten hier hauptsächlich in Betracht kommt, vollständig anderer Ansicht bin. Ich habe dies auch immer aufs schärfste zum Ausdruck gebracht. Herr Geheimrat Delbrück sagt, er könne die letzten Abschnitte meines Gutachtens völlig akzeptieren. Ich nehme an, daß Herr Geheimrat Delbrück dabei auch den Abschnitt eingeschlossen hat, der sich ausdrücklich gegen die sämtlichen Thesen des Herrn Geheimrat Delbrück in bezug auf General Ludendorff richtet.

(Sachverständiger Dr. *Delbrück*: Nein, den habe ich nicht eingeschlossen! Heiterkeit.)

Es steht aber so darin.

(Sachverständiger Dr. *Delbrück*: Die Auseinandersetzung mit mir habe ich nicht zum eigentlichen Gutachten gerechnet!)

Das ist gerade der Hauptabschnitt. Dann stehen wir uns also in diesem Punkte aufs schärfste gegenüber, was ich hier noch einmal ausdrücklich feststellen möchte.

Sachverständiger Dr. *Delbrück*: Ich habe nichts dazu zu bemerken. Ich halte alles, was ich geschrieben habe, durchaus aufrecht. Ich habe meine Folgerungen aus den beiden Gutachten der Herren Mitsachverständigen gezogen und halte diese Folgerungen für konkludent. Wenn die Herren subjektiv zu einer anderen

Ansicht kommen, so mögen sie sie nur öffentlich aussprechen. Das Urteil können wir der Nachwelt überlassen.

In der Aussprache über den Bericht des Abg. Dr. Deermann erklärt Sachverständiger *Schwertfeger*: Die O.H.L. hat die für den Entschluß zur Offensive maßgebenden Erwägungen dem Obersten Kriegsherrn und seinem politischen Berater, dem Reichskanzler, rechtzeitig unterbreitet. Der Reichskanzler hat nicht nur nichts gegen die Offensive eingewendet, sondern sogar seiner Genugtuung darüber Ausdruck gegeben, daß die Westmächte es abgelehnt hätten, sich an den Friedensverhandlungen auf der Grundlage der russischen Vorschläge zu beteiligen. Der Oberste Kriegsherr hat die Offensive gutgeheißen, so daß sie in seinem Namen befohlen werden konnte. In dieser Beziehung ist die O.H.L. von jeder politischen Verantwortung frei. Das war die These 1. Dies ist von Herrn Dr. Deermann in dem Sinne eingeschränkt worden, daß immerhin eine gewisse politische Mitverantwortlichkeit der O.H.L. in Frage käme. Ich muß betonen, daß in dem ganzen Korreferat des Herrn Dr. Deermann zu meinem Referat die Frage der politischen Verantwortlichkeit der O.H.L. der springende Punkt ist. Ich habe hier dasselbe noch einmal auszuführen, was ich vorhin Herrn Geheimrat Delbrück erwidern mußte. Nach der Struktur, wie sie sich bei uns in den preußisch-deutschen Kriegen für die Oberste Leitung im Kriege herausgebildet hatte, war der Oberste Kriegsherr ein schlechthin entscheidender Faktor, und die ganze oberste Maschinerie des Krieges konnte nur dann richtig funktionieren, wenn unter ihm sich ein zielsicherer politischer Wille und gleichzeitig militärisches Sachverständnis geltend machte. Nun hat die ganze Entwicklung der Dinge mit einer gewissen Zwangsläufigkeit dazu geführt, daß die militärischen Verhältnisse zwar mit den militärischen Persönlichkeiten mehr in den Vordergrund traten und die Politiker sich mit einem bescheideneren Platze im Hintergrunde abfanden. Sie haben sich in den Hintergrund drängen lassen und nichts getan, um dieses Verhältnis zu beseitigen. Ich gebe vollständig zu, daß es, wie die Dinge im Weltkriege sich nun einmal entwickelt hatten, für die Männer des politischen Handelns schwer gewesen ist, ihren Einfluß wiederzuerlangen. Sie hätten das nur gekonnt, wenn sie ihre Stütze an dem zielsicheren Willen des Obersten Kriegsherrn fanden. Da aber der Monarch aus den Gründen, die ich glaube sehr eingehend im I. Teil meines Gutachtens entwickelt zu haben, sich von der tatsächlichen Leitung resigniert immer mehr zurückgezogen hatte und seinen Platz zum Teil der O.H.L., zum Teil der politischen Leitung eingeräumt hatte, so fehlte es bei einer Divergenz zwischen militärischen und politischen Wünschen an dem Ausgleich. Diesen Ausgleich konnte — bei dem Urteil muß ich durchaus stehenbleiben — niemand außer dem Obersten Kriegsherrn schaffen, und wenn jetzt bei der politischen Leitung ein „Vakuum" entstand, das vorher schon erwähnte „Vakuum" des Majors Wilhelm v. Schweinitz, so war es unausbleiblich, daß, damit doch irgend etwas geschah und die Dinge weitergingen, die überreiche Tatkraft der O.H.L. sich auch auf Gebiete ausdehnte, wo sie ursprünglich gar nicht die Absicht gehabt hatte zu wirken. Dadurch ist allmählich ein politischer Einfluß der O.H.L. entstanden, der von ihr ursprünglich keineswegs gewollt war.

Ich muß mich hier wieder auf mein Gutachten und auf die Schriften der beiden Heerführer beziehen. Sowohl der Generalfeldmarschall v. Hindenburg wie der General Ludendorff, dem es außerdem der Oberst Bauer noch ausdrücklich bestätigt, haben immer wieder zum Ausdruck gebracht, daß sie unpolitische Naturen seien, daß ihnen die Politik nicht lag; so drückte sich beispielsweise der Oberst Bauer aus: Die Politik lag ihm, dem General Ludendorff, nicht, deshalb habe ich — also der Oberst Bauer — einen gewissen Anteil an den Dingen nehmen müssen. Sie fühlten sich nicht als politische Naturen, und nur da sie das Gefühl hatten, daß hier ein Vakuum entstand, haben sie allmählich auf das politische Gebiet, was gewiß in mehrfacher Beziehung zu bedauern ist, mit übergegriffen. Es ist aber nicht so, wie es in der ersten Formulierung des Herrn Geheimrats Delbrück erschien, daß sie die politische Leitung „an sich gerissen" hätten. Gegen diesen Ausdruck habe ich schon einmal Verwahrung eingelegt, zumal er auch in das Korreferat des Herrn Dr. Deermann als Zitat übergegangen war, und ich muß das noch einmal wiederholen. Nicht „an sich gerissen", sondern diese Dinge sind allmählich aus einer gewissen Subalternität der politischen Leitung heraus so geworden. Man kann nur mit Erschütterung die Akten jener Zeit und die Schriftstücke durchsehen, die in Sonderheit auch von dem greisen Reichskanzler Grafen Hertling an den Generalfeldmarschall v. Hindenburg gerichtet worden sind. Sie alle erweisen, daß die Männer der Politik sich mit einer zweiten Rolle begnügten; und wenn — das ist das Kernstück meiner Beweisführung zu These 1 — insbesondere der Reichskanzler Graf Hertling seiner Genugtuung darüber Ausdruck gibt, daß die Westmächte die Frist zur Teilnahme an den Friedensbedingungen hätten verstreichen lassen, und daß es nun möglich sei, nach mit Gottes Hilfe wohlgelungener Offensive nachher denjenigen Frieden zu erringen, der der deutschen Zukunft notwendig sei, so drückt sich doch darin ein vollständiges Pleinpouvoir für die Männer der O.H.L. aus, nunmehr ihre Offensive zu machen. Die politische Reichsleitung hat nichts dagegen einzuwenden gehabt. Der Oberste Kriegsherr hat auf den ihm gehaltenen Vortrag die Offensive befohlen. Meiner Ansicht nach liegt es ganz evident klar, daß darnach von einer *politischen* Verantwortlichkeit der O.H.L. für die Offensive nicht die Rede sein kann. Eine größere Deckung für diesen Entschluß im politischen Sinne für die O.H.L. kann es nicht geben als den ausdrücklichen Verzicht der politischen Reichsleitung und den ausdrücklichen Befehl des Obersten Kriegsherrn. Deshalb würde ich die These 1 so, wie sie ist, aufrechterhalten.

Vorsitzender Abg. D. Dr. *Kahl*: Sie sprechen also nur von einer formalen Verantwortlichkeit?

Sachverständiger *Schwertfeger*: Die sachliche Verantwortlichkeit und politische Verantwortlichkeit für die Offensive trägt der Oberste Kriegsherr auf Grund seiner Information durch die politische Reichsleitung. Da war die O.H.L. m. E. nichts als das ausführende militärische zuständige Organ.

Abg. Dr. *Deermann*: Soweit eine formelle Verantwortung hier stipuliert wird, muß ich natürlich zustimmen. Das habe ich auch in meinem Bericht getan. Sobald wir aber auf die moralische Verantwortung kommen, kann ich dieselbe

nicht anerkennen. Die militärischen Führer haben nicht gezwungen, sondern aus freiem Entschluß, ja aus stärkstem eigenem Drängen die politische Oberleitung bezüglich der Kriegsziele und Friedensverhandlungen an sich gebracht. Ich muß auch hier nochmals sagen: an sich gebracht. Man braucht nur die Vorgänge noch einmal kurz zu wiederholen, die dazu führten, daß Bethmann Hollweg gestürzt wurde. Man braucht nur auf die Vorgänge in Kreuznach im August 1917 hinzuweisen, wo die O.H.L. den schärfsten Einfluß auf die bevorstehende Stellungnahme des Kanzlers Michaelis zur Friedensresolution ausgeübt hat, auf die weiteren Stellungnahmen der O.H.L. zu der Kriegszielfrage im Jahre 1917, auf ihre Stellungnahme zu den Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk und Bukarest, ja auch auf die Frage: Wer soll Kanzler sein? — Wer soll Außenminister sein? — Wer soll Kabinettschef sein? Daraus geht hervor, daß die O.H.L. konsequent darauf ausgegangen ist, auf die Kriegszielsetzung und auf die Frage: Friedensverhandlungen oder nicht? — einen maßgebenden Einfluß auszuüben und es fertig gebracht hat, — mit Hilfe der vom Militär gelenkten und gezüchteten öffentlichen Meinung sich auch durchzusetzen. Es ist ein Unglück, daß Bethmann Hollweg eben unter dem Druck der öffentlichen Meinung, die wieder ihrerseits kausal von der militärischen Seite beeinflußt war und unter dem Druck der O.H.L. gehen mußte. So muß ich zwar sagen: Die politische Führung hat nicht das getan, was sie tun mußte, denn sie ihrerseits durfte nicht schließlich einfach die Segel streichen; aber auf der anderen Seite hat *sehr positiv* die O.H.L. ihren Willen in den springenden Punkten des deutschen Schicksals durchzusetzen versucht und auch durchgesetzt. Wenn wir nachher solche Kanzler wie den viel zu alten Grafen Hertling hatten, so haben wir ihn nicht ohne wesentlichen Einfluß der O.H.L. bekommen. Wenn v. Kühlmann gehen mußte, so ist das gerade durch die O.H.L. in einem so unglücklichen Moment erzwungen. Wenn der Kabinettschef v. Valentini gehen mußte, dessen Gehen doch sehr bedauerlich für die weiteren Stellungnahmen des Kaisers gewesen ist, so ist das nur durch die O.H.L. erzwungen worden, weil er ein Freund Bethmann Hollwegs gewesen ist.

Wenn ich das alles betrachte und noch darauf hinweise, wie Bethmann Hollwegs Stellung langsam erschüttert wurde, dann kann ich nicht umhin zu sagen: Die O.H.L. hat *mit Bewußtsein* auf die entscheidenden Fragen der Politik Einfluß genommen und ihren Willen dabei auch durchgesetzt. Die politische Führung war nicht stark genug, sie hat Schwäche gezeigt. Das ist ihre Verantwortung; ich spreche sie auch gar nicht los und ledig von jeder Verantwortung.

Der Kaiser, der nun einmal verfassungsmäßig diese Stellung hatte und, wie ich auch in meinem Schlußurteil sagte, bewußt sie vor dem Kriege im weitesten Umfange an sich genommen hatte und im Kriege, als er selbst erkannte, daß er hierzu nicht fähig war, nicht den Entschluß fand, sich dieser Verantwortlichkeit zu entledigen, trifft insofern auch die Verantwortung, so daß man immerhin sagen muß: Die Verantwortung ist dreigeteilt, besonders dem Inhalte nach. Wie nun die drei Stücke der Größe nach bemessen und verteilt werden sollen, das ist sicher eine Streitfrage und wir werden darüber wohl auch

niemals, besonders jetzt so kurz nach dem Krieg, zu einer Einigung kommen können.

Dr. *Herz*: Ich möchte etwas richtigstellen. Ich stimme im allgemeinen mit dem überein, was Herr Dr. Deermann sagt. Aber Michaelis' Stellung war anders. Nach dem Kronrat in Bellevue war die O.H.L. zurückgewichen, und daraufhin schrieb Michaelis — das ist im 2. Unterausschuß festgestellt — den Brief, der der O.H.L. ihren Rücken in der Aufstellung der Kriegsziele wieder stärken mußte. Im Kronrat war eine Einigung erzielt, wenigstens hatte man die Sache so geschoben, daß es aussah wie ein Verzicht auf Belgien.

(Sachverständiger Dr. *Delbrück*: Aber erst bei Friedensschluß und nicht als Vorbedingung!)

— Daraufhin hat Michaelis den Privatbrief an die O.H.L. geschrieben, der nicht einmal zur Kenntnis der offiziellen Stellen gekommen ist, von dem der Staatssekretär gar nichts wußte. Dadurch hat er der O.H.L. den Rücken gestärkt, nicht auf Belgien zu verzichten. Das ergibt sich aus diesem Brief ganz klar.

Sachverständiger Dr. *Delbrück*: Das Ergebnis ist gewesen, daß General Ludendorff der Rücken gestärkt worden ist. Die Absicht war es aber keineswegs. Die Absicht war die Hoffnung, die O.H.L. auf einen verständigen Weg herüberzubringen. Darin hatte er sich leider vollkommen verrechnet.

Dr. *Herz*: Die Meinung kann auch dahin gehen, daß Michaelis sich damals selbst im Innern auf den Standpunkt der O.H.L. stellte.

Sachverständiger Dr. *Delbrück*: Nein.

Dr. *Herz*: Nun kommt die andere Frage bezüglich der staatsrechtlichen Verantwortung. Der Kaiser hatte verfassungsmäßig überhaupt keine Verantwortung. Die ganze staatsrechtliche Verantwortung lag beim Reichskanzler, und der „Oberste Kriegsherr" war eine rein militärische Auffassung. Staatsrechtlich konnte also die Stellung des Kaisers gar nicht durch irgendwelche Vereinbarungen geändert werden, durch die er nun die letzte Entscheidung hatte. Das ist nach meiner Auffassung in den Gutachten gar nicht zum Ausdruck gekommen. Bethmann Hollweg oder Michaelis waren die formell Verantwortlichen. Der Kaiser als „Oberster Kriegsherr" trug lediglich eine militärische Verantwortung. So habe ich die Verantwortung immer ausgelegt. Nur tatsächlich ist es so gemacht worden, daß die gesamte Verantwortung ungeteilt ihm übertragen worden ist, eine Verantwortung, die er staatsrechtlich nicht zu tragen hatte, die er höchstens intern zu tragen hatte. So liegen doch die Dinge.

Abg. Dr. *Philipp*: Es hat keinen Zweck, die Frage in dieser Allgemeinheit aufzurollen. Ich möchte deswegen anregen, daß wir uns streng an die These des Herrn Obersten Schwertfeger halten. Es handelt sich doch nur um die Verantwortung für den Entschluß zur Offensive. Herr Oberst Schwertfeger kommt, wenn ich ihn richtig verstehe, zu dem Ergebnis, daß in formaler Hinsicht alles völlig in Ordnung ist. Die zweite Frage, die der moralischen Verantwortung, können wir mit allen Mitteln der Wissenschaft und der Untersuchung hier nicht zu einer Lösung bringen. Wir kommen dann immer wieder

auf das Gebiet der Vermutung. Deswegen möchte ich von meinem Standpunkt aus auch den zweiten Satz des Herrn Obersten Schwertfeger beanstanden: „In *dieser* Beziehung ist die O.H.L. von jeder politischen Verantwortung frei." Jeder fragt sich doch dann: Also in *anderer* Beziehung nicht? Ich habe das Gefühl, daß Herr Oberst Schwertfeger hier sagen will: Über die Verantwortung in moralischer Hinsicht haben wir kein greifbares Ergebnis bekommen. Dann ist es vielleicht richtiger, wir lassen diese Seite der Verantwortung überhaupt aus dem Spiel und beschränken uns bei den Feststellungen auf das, was als tatsächlich erwiesen gelten kann und sagen: In bezug auf die Frage der moralischen Verantwortung ist keine Schuld nachweisbar.

Vorsitzender Abg. D. Dr. *Kahl*: Ich wollte die Grenzlinie nicht so stark ziehen, weil es sich um eine Aussprache, gewissermaßen um eine Instruktion für uns handelt.

Sachverständiger Dr. *Delbrück*: Herr Oberst Schwertfeger legt so großes Gewicht darauf, wieviel Verantwortung die Reichsleitung bei der Offensive, die nach allen Seiten hin beraten worden ist, im Jahre 1918 hatte. Ich lege auf diese ganzen Untersuchungen gar kein Gewicht, weil vorhin von Herrn Oberst Schwertfeger selbst festgestellt worden ist, daß dem Kaiser das Rückgrat durch die Meuterei des Generals Ludendorff gebrochen war, als er am 16. Juli den Kaiser gegen seinen Willen zwang, den Reichskanzler, dem er vertraute, zu entlassen. Von da ab hatten wir praktisch das ganze bisher herrschende Verfassungssystem nicht mehr. Herr Oberst Schwertfeger ist zu dem Schluß gekommen, der Graf Hertling habe nur noch eine subalterne Rolle gespielt. Wozu soll ich, wenn ich das feststelle, daß der Reichskanzler überhaupt nur noch eine subalterne Stellung hat, noch große Untersuchungen machen, ob er diese oder jene Verantwortung hat? Er war eben nur noch ein Subalterner. Da mag das Formelle so oder so sein, er mag zugestimmt haben oder sich gar an die Spitze gestellt haben, das bedeutet nichts mehr. Der Kaiser wiederum war innerlich völlig gebrochen. Ich weiß das aus Äußerungen seines Schwiegersohns, die er zu einem meiner Freunde darüber gemacht hat. Das ist das Entscheidende. Alles andere ist nebensächlich. Es kommt nicht darauf an, das im einzelnen zu untersuchen. Es hatte wirklich die O.H.L. die höchste Leitung des Staates an sich gerissen. Das ist der einzig richtige Ausdruck, wenn ihn Oberst Schwertfeger auch nicht gebraucht hat. Er ist das Ergebnis seiner Untersuchung, der er jetzt selbst nicht zustimmen will. Das ist das Ergebnis, und darum habe ich das mit aller Entschiedenheit ausgesprochen und wiederhole es hier.

Sachverständiger *Katzenstein*: Nach meiner Ansicht wäre die *staatsrechtliche* Verantwortlichkeit des Kaisers oder des Kanzlers etwa in einer Verhandlung vor einem Staatsgerichtshof zu erwägen. Hier, wo ein *geschichtliches* Urteil zu fällen ist, muß sie m. E. zurücktreten hinter der Frage der tatsächlichen Verantwortlichkeit, die sich aus den tatsächlichen Machtverhältnissen ergibt. Es hatte sich bei uns in Deutschland niemals so gestaltet, daß der Buchstabe der Verfassung und der Verantwortlichkeit des Reichskanzlers eine Wahrheit gewesen wäre. Bismarck hatte, nicht weil er diese verfassungsmäßige Grundlage hatte, sondern durch seine ganze politische und persönliche Stellung die Macht,

die tatsächlich über die seines kaiserlichen Herrn weit hinausging. Unter Wilhelm II. hatte sich die Sache vollständig umgekehrt. Er hatte auch entgegen dem Buchstaben der Verfassung sich eine Macht angemaßt, die aber der Reichskanzler, der Reichstag und das deutsche Volk sich haben gefallen lassen, für die also insofern alle, die damals zugestimmt haben, mitverantwortlich sind. Wenn nun diese Macht schließlich durch die O.H.L. gebrochen worden ist, so hat sich auch hier nur die tatsächliche Machtverteilung gegenüber der formellen staatsrechtlichen durchgesetzt. Hier ist die merkwürdige Erscheinung: Wir haben in allen kriegerischen Großmächten eine derartige diktatorische Ausgestaltung gehabt, wir haben sie ebenso bei den Westmächten wie bei den Mittelmächten, und offenbar, nach dem Ergebnis zu urteilen, hat sich doch das System, das die Westmächte eingeführt hatten, das System der parlamentarischen Demokratie, selbst für die Zwecke der Kriegführung wesentlich besser bewährt als das System der früheren monarchischen und späteren militärischen Selbstherrschaft, das sich in Deutschland durchgesetzt hatte. Das Wort vom „Militarismus" ist so oft als Schlagwort bezeichnet worden, man hat dem von militärischer Seite entgegengehalten, daß andere Länder mehr Geld- und mehr Menschenaufwand für Militärzwecke getrieben haben als Deutschland. Das ist aber nicht das Entscheidende. Das Entscheidende ist nur die Frage: Wer ist im Staate maßgebend, die Zivilgewalt oder die Militärgewalt? Clemenceau, der als so ungeheuer kriegerisch gesinnter und tätiger Staatsmann die Oberhoheit der Zivilgewalt aufs schärfste durchgesetzt hatte, war also in diesem Sinne nicht Militarist, sondern er beherrschte den Militarismus, den er zum Werkzeug seiner Politik zu machen wußte. Das ist das Wesentliche und hier Entscheidende. Das System der parlamentarisch verbrämten, aber in Wirklichkeit absoluten Herrschaft des Monarchen hat sich auf dem Gebiete der großen, der äußeren, der kriegerischen Politik als undurchführbar, als ungeeignet erwiesen, insofern als, was kein Zufall, sondern der normale Verlauf der Entwicklung ist, kein großer Heerführer und Staatsmann auf dem Throne gesessen hat, und schließlich hat sich auch, wie das Ergebnis gezeigt hat, das System der Militärdiktatur selbst in Gebieten der rein militärischen und kriegerischen Politik ebenfalls als minderwertig erwiesen.

Sachverständiger *Schwertfeger*: Herr Geheimrat Dr. Delbrück erwähnte vorhin, daß gerade aus meinem Gutachten sich ja ergebe, daß die Politik von den Militärs entrechtet worden sei: Abgang Bethmann Hollwegs, Abgang Valentinis, Entlassung Kühlmanns. Die Tatsachen sind richtig. Ich habe ja gerade in meinem Gutachten ausgeführt, wie bedauerlich es war, daß die Politik hier ganz in eine subalterne Rolle zurücktrat. Es handelt sich aber um die Frage, wen dafür die Verantwortung trifft, und in dieser Beziehung glaube ich, daß wir durchaus mit unserem Urteil an der Oberfläche bleiben, wenn wir immer die Schuld nur bei der tatkräftigen, arbeitsfrohen und arbeitsenergischen O.H.L. suchen und ganz außer acht lassen, daß doch der innersten Natur militärischen und politischen Handelns ein solcher Gegensatz in Kriegszeiten eigen ist. Ich habe mich doch darüber mit einer solchen Deutlichkeit in meinem Gutachten

ausgesprochen, daß es Eulen nach Athen tragen hieße, wenn ich diese ganze Deduktion den Herren nochmals ausführen würde.

(Sachverständiger Dr. *Delbrück*: Das bestreiten wir nicht, Herr Oberst!) — Herr Dr. Delbrück hat gesagt, jetzt wollte ich zu meinem Ergebnis nicht stehen. — Ich stehe zu meinem Ergebnis, und ich muß dies wiederum als eine neue Offensive ansehen, die Herr Geheimrat Delbrück als Korreferent gegen die Arbeit der Sachverständigen, seiner Referenten, hier richtet. Ich bin in meinem ganzen Leben gewohnt gewesen, zu meinen Taten und zu meinem Urteil zu stehen und muß es durchaus ablehnen, daß hier eine derartige Beschuldigung erhoben wird.

Ich würde die Geduld der Herren des Untersuchungsausschusses über Gebühr in Anspruch nehmen, wenn ich meinen wohlerwogenen, nach jeder Seite hin durchdachten Worten hier jetzt noch langatmige Auseinandersetzungen folgen ließe. Das schiene mir wirklich den Herren zuviel zugemutet. Ich habe alles gesagt, was dazu gesagt werden kann, und stehe zu meinen Ergebnissen. Ich bedaure, daß die politische Leitung so gut wie nicht vorhanden gewesen ist. Aber zum Vergewaltigen gehören zwei, einer, der sich vergewaltigen läßt, und einer, der vergewaltigt. Und wenn auf der einen Seite nichts geschieht, dann kann man es der anderen Seite nicht verdenken, wenn sie, ut aliquid fiat, nun so handelt, wie sie es eben nur kann.

Was übrigens die Frage des Obersten Kriegsherrn betrifft, die vorhin Herr Katzenstein auch aufgeworfen hat, so habe ich im Gutachten I genau ausgeführt: Wie steht zu dieser Frage die erste O.H.L., die zweite O.H.L., die dritte O.H.L.? Denn nicht nur der General v. Falkenhayn, auch General Ludendorff und Generalfeldmarschall v. Hindenburg haben sich in ihren Kriegsbüchern ausführlich darüber geäußert. Ich habe das mit ausführlicher Breite in meinem Buche ausgeführt. Bei der Bearbeitung schien mir mein Gutachten zu ausführlich zu sein, da es ja ein Buch geworden ist; ich sehe jetzt, es hätte noch ausführlicher sein müssen, denn die verschiedenen Dinge, die man darin lesen kann und die wirklich als „Cause déjà jugée" betrachtet werden könnten, werden immer wieder zum Gegenstande der Erörterung gemacht. Das hat m. E. keinen Wert. De facto steht es so: Im *Kriege* regiert der Oberste Kriegsherr, natürlich gestützt auf seine verantwortlichen Ratgeber. Daß im Frieden der Reichskanzler *allein* verantwortlich ist, spielt im Kriege gar keine Rolle. Der Oberste Kriegsherr ist da der Verantwortliche, er hat den Reichskanzler zu ernennen und zu entlassen, und die O.H.L. befolgt die Befehle des Obersten Kriegsherrn. Genau so ist es unter General v. Falkenhayn gewesen, der in dieser Beziehung außerordentlich korrekt verfuhr und stets das Votum des Obersten Kriegsherrn zu jeder wichtigen Frage eingeholt hat. Also darüber kann kein Zweifel bestehen, daß der Monarch im Kriege in eine ganz andere Verantwortlichkeit hineinwuchs, eben infolge der Konstruktion der Obersten Kriegsleitung. Ich glaube, wir bleiben nur zu sehr an der Oberfläche, wenn wir nur immer die „Schuld" einseitig bei einer Seite suchen wollen.

Sachverständiger Dr. *Delbrück*: Herr Oberst Schwertfeger sagt: Zu Vergewaltigungen gehören zwei, einer, der vergewaltigt, und einer, der sich vergewaltigen

läßt. Ich habe noch nie gehört, daß, wenn ein ungeheuer Starker einen viel Schwächeren vergewaltigt, dann auch ein Teil der Schuld auf den Schwachen fällt.

Abg. *Korell*: Herr Geheimrat Delbrück hat mir die Apostrophierung dieses schon oft gebrauchten Vergleichs vom Vergewaltiger und Vergewaltigten schon aus dem Munde genommen. Ich wollte, als ich mich zum Worte meldete, genau dasselbe sagen. Wenn jemand vergewaltigt wird, so beruht das in der Hauptsache darin, daß der Vergewaltiger zu stark ist und daß der Vergewaltigte auch beim besten Willen keinen Widerstand leisten kann.

Die Frage ist für mich bei Ludendorff doch die: Hat Ludendorff dieses Vakuum als einen Notstand hingenommen oder entspricht dieses Vakuum, das Fehlen einer starken politischen Leitung, seiner eigenen persönlichen Auffassung und seiner Auffassung von der Kriegsführung? Da neige ich zu dem zweiten. Ich bin der Überzeugung, daß Ludendorff einmal das Vakuum geschaffen hat auch gegenüber Starken, die sich verhältnismäßig stark gewehrt haben, wie es Kühlmann war. Wenn ich alle anderen Fälle, wenn ich insbesondere Bethmann Hollweg ausscheide, so kann ich um den Fall Kühlmann nicht herumkommen. Ich kann im Falle Kühlmann nur sagen: hier zeigte sich ein ganz bewußt starker politischer Wille, und der ist durch die O.H.L. gebrochen worden.

Ich bin aber der Überzeugung, daß sich auch ein Beweis aus dem Gegenteil führen läßt. Wenn Ludendorff wirklich das Interesse gehabt hätte, wenn er der Meinung gewesen wäre, daß zu der glücklichen Beendigung des Kriegs auch eine starke politische Leitung gehöre — sollte dieser Mann nicht imstande gewesen sein, einen starken Willen in die Politik hineinzusetzen? Ich bin überzeugt, daß sich solche Leute in Deutschland gefunden hätten, und kann nur sagen: es entsprach nicht seinen Auffassungen.

Ich gestehe auch, daß ich diese Beweisführung im Kriege eigentlich allgemein auch als die meinige angesehen habe. Im Kriege waren wir doch draußen im Felde der Meinung, daß doch *εἷς κοίρανος ἔστω*, und wir haben immer wieder gesagt: Ludendorff scheint die Sache zu schmeißen, indem er auch die politischen Dinge macht. Dieser Meinung sind wir im Kriege eigentlich alle miteinander gewesen, und ich gestehe, daß ich mich ein wenig nicht des Verdachts erwehren kann, als ob man jetzt versuchte, Ludendorff von diesem Teile seiner Verantwortung zu entlasten. Ich bemerke ausdrücklich, daß ich einem starken Willen, wie es Ludendorff war, ein weitgehendes Recht für die Durchführung seiner Persönlichkeit auf allen Gebieten zusprechen muß. Aber dann erkläre ich, daß, wenn sich diese seine starke Durchsetzung nicht bewährt, er dafür die Schuld, die Last, zu tragen hat, die ihm gebührt.

(Sachverständiger Dr. *Delbrück*: Sehr richtig!)

Berichterstatter Abg. Dr. *Deermann*: Den letzten Worten muß ich zustimmen. Ludendorff war so stark und hatte sich außerdem eine so mächtige öffentliche Meinung in der Kriegszielfrage und in der Frage der Friedensverhandlungen geschaffen, daß ein Politiker, der nicht Ludendorffs Meinung hatte, gar nicht hochkommen konnte und nach Ludendorffs Willen, wie das Beispiel v. Kühlmann zeigt, nicht hochkommen sollte. Da also Ludendorff mit allen ihm zu

Gebote stehenden Mitteln diese Kriegsverhandlungen, die Stellungnahme zu Belgien, zu Brest-Litowsk usw., mit Absicht durchgesetzt hat und keinem anderen staatlichen Willen sich beugen wollte, eben um dieser Grundsätze, dieser Absichten willen, so muß er auch für das Scheitern der von ihm durchgesetzten Ziele die Verantwortung tragen. Er hätte sich ja einem Mann, der *politisch* gedacht hätte — er mußte ja anders denken als Ludendorff dachte — nicht gebeugt; das haben wir doch gesehen.

Sachverständiger *Schwertfeger*: In den Darlegungen der Herren erscheint Ludendorff als der schlechthin allmächtige Mann. Aber ich muß doch gerade als alter Militär folgendes sagen. Es gab für ihn doch eine Instanz, vor der er ohne weiteres die Segel gestrichen hätte. Diese Instanz war der Oberste Kriegsherr.

(Sachverständiger Dr. *Delbrück*: Das hat er nicht getan! — Berichterstatter Abg. Dr. *Deermann*: Bellevue!)

Das ist gerade das Entscheidende. Wenn der Oberste Kriegsherr sich selbst ausschaltet und seine Funktionen nicht wahrnimmt, dann fällt eben diese eine Oberinstanz aus, und dann muß ein Ausgleich zwischen politischem und militärischem Denken und Wollen auf anderen Wegen geschaffen werden. Dann war die Konstruktion unserer obersten Gewalt falsch und hat sich im Kriege nicht bewährt. Das ist ja dasjenige, wozu ich als Schlußergebnis auch komme. Aber ich meine, wir bleiben an der Oberfläche, wenn wir die Möglichkeit nicht in Erwägung ziehen, daß doch der General Ludendorff jederzeit vom Obersten Kriegsherrn auf Grund eines 5 Minuten dauernden Gesprächs entlassen oder zur Ordnung gerufen werden konnte. Es war doch nicht so, daß ein Mann schlechthin das ganze Deutsche Reich befehlen und kommandieren konnte; es war doch ein Wille über ihm, und unter der Gewalt, unter dem Schirm dieses Willens hat er sich doch nur betätigen können und sich betätigen zu müssen geglaubt. Gewiß war seine Einstellung vielleicht in manchen Punkten irrig; das gebe ich vollständig zu, und das hat vor allem der Verlauf der Dinge erwiesen. Aber es heißt doch die Dinge allzusehr von oben ansehen, wenn man außer Betracht läßt, daß eine obere Gewalt, eine obere Instanz auch für den General Ludendorff da war, und die hat eben in diesem Sinne nicht funktioniert.

Abg. Dr. *Philipp*: Der Vergleich mit der Vergewaltigung ist nicht ganz richtig. Oberst Schwertfeger hat recht: Zu allen diesen Entscheidungen haben zwei oder vielleicht drei Faktoren gehört, und deswegen scheint es mir unmöglich, eine Alleinschuld oder Hauptschuld Ludendorffs zu konstruieren.

Typisch sind die Vorgänge beim Sturze Bethmann Hollwegs: Wen trifft da die größere Schuld, die O.H.L., die vielleicht intellektueller Urheber des Sturzes ist, oder die Männer hier im Reichstage, die bis zu den Sozialdemokraten schließlich dazu gekommen sind, den Rücktritt v. Bethmanns zu fordern?

(Sachverständiger *Schwertfeger*: Sehr richtig!)

Das ist eine komplizierte Materie, bei der man zu einem glatten Ergebnis, wie es vielleicht manchen Kreisen in bezug auf die Person Ludendorffs erwünscht sein kann, unmöglich kommen kann. Der Fall Kühlmann liegt wesentlich

anders; das gebe ich dem Herrn Kollegen Korell zu. Es handelt sich hier um eine strittige Frage, von der Herr Geheimrat Delbrück ausgegangen ist, und diese gehört m. E. gar nicht in unsere jetzigen Betrachtungen hinein. In welches Licht stellen Sie denn die Parteiführer, die zum Kronprinzen und zu anderen Stellen gekommen sind und gesagt haben: Bethmann ist unmöglich, und zwar nachdem er ihrem Wunsche gemäß sich mit der Friedensresolution einverstanden erklärt hat!

(Zuruf: Erzberger hat doch bei der Entlassung Bethmanns den Ausschlag gegeben!)

Sachverständiger *v. Kuhl*: Ich darf in bezug auf Herrn v. Kühlmann ein paar Worte vom militärischen Standpunkt aus sagen. Bekanntlich hat Kühlmann das Wort gebraucht, daß mit den Waffen eine Entscheidung nicht herbeizuführen sei. Das war, wenn ich nicht irre, während unserer Offensive.

(Sachverständiger Dr. *Delbrück*: Nein, am 24. Juni 1918!)

— Ja wir waren damals doch noch mitten im Kampfe. Es war gerade in jenem Moment eine äußerst unangebrachte Bemerkung vom militärischen Standpunkte aus, während wir noch mit den Waffen um die Entscheidung kämpfen, öffentlich zu sagen: Mit den Waffen werden wir es nicht schaffen! Das tut doch niemand. Das war eine Sache, die unbedingt militärische Bedeutung hatte und gegen die sich General Ludendorff unbedingt verwahren mußte.

Dann ist Brest-Litowsk genannt worden. Der Friede von Brest-Litowsk hatte hauptsächlich den Zweck, Verhältnisse zu schaffen, auf Grund deren wir unsere Offensive im Westen machen konnten. Es waren also dabei auch vorwiegend militärische Verhältnisse zu berücksichtigen, und daß dabei General Ludendorff ein bedeutendes Wort mitsprechen mußte, war doch vom militärischen Standpunkte aus ganz klar.

Abg. Dr. *Spahn*: Was die Kühlmannsche Äußerung betrifft, so brachte sie sachlich nichts Neues, sondern war nur der Ausdruck eines Gedankens, der vorher schon durch die Reihen lief. Die Frage war nur, ob sie in diesem Augenblick in seinem Munde richtig war. In der Sache selbst war das Ergebnis bereits feststehend. Ich glaube, Sie selbst haben das vorher gesagt.

(Sachverständiger *v. Kuhl*: Man durfte es nur nicht so öffentlich sagen!)

Ich kann dem Herrn Obersten Schwertfeger nicht ersparen, zu sagen, daß sein Gutachten auf mich einen deprimierenden Eindruck gemacht hat. Bei der Art, wie er deduziert, kommt er zu dem Ergebnis: der Kaiser hat genehmigt, daß dieser Angriff gemacht werde, damit war für den Militär die Frage entschieden. — Nein, das war sie nicht. Wie sieht es denn mit der Stellung zwischen Kanzler und O.H.L. dem Kaiser gegenüber aus? Der Kanzler hat politisch die Vertretung. Die O.H.L. hat im Kaiser ihre Spitze. Für das Militär ist aber der Kaiser doch nicht eine Spitze in dem Sinne, daß er persönlich einen Heeresangriff bestimmen kann; das kann er nur auf Grund der Beratungen und der Vorschläge, die ihm von den militärischen Instanzen gemacht werden. Das Moment, das ich in dem Gutachten nicht genügend gewürdigt finde, ist dies: Waren die Ratschläge, die dem Kaiser in diesem Moment von Hindenburg und Ludendorff gemacht wurden, und zwar speziell mit Rücksicht auf

die Offensive, die hier nochmals ergriffen wurde, sachlich gerechtfertigt, waren sie die richtigen? Ich bin bisher das Bedenken nicht losgeworden, ob diese Ratschläge damals noch die richtigen waren, und deswegen kann ich mich nicht damit beruhigen, daß der Kaiser die Offensive genehmigt und damit die Sache in Ordnung sei. — Das ist sie nicht: Das deutsche Volk muß den Schaden tragen, daß damals die Offensive ergriffen worden ist.

(Zuruf.)

— Ich spreche von der Offensive im März 1918. Ich will kein Urteil über sie selbst fällen, ich halte nur die Stellung im Gutachten nicht für zutreffend, daß, nachdem und weil der Kaiser die Genehmigung erteilt hatte, sie durchgeführt werden mußte. Ich frage mich, ob die Beratung des Kaisers und die Herbeiführung seines Befehls der Offensive richtig war. Das kann ich nicht bejahen. Die politische Verwaltung hat mit der Frage nichts zu tun, sondern die Heeresleitung hat die Entscheidung herbeigeführt, sie trägt deshalb auch die Verantwortung für den kaiserlichen Befehl. Ich betone nochmals: Ich habe kein sachliches Urteil, aber nach dem, was durch unsere Verhandlungen klargestellt wird, kommt man als Laie zu der Auffassung: die Offensive war eine gewagte Sache. Ich glaube, auch die O.H.L. hat den Erfolg als zweifelhaft angesehen.

(Sachverständiger *v. Kuhl*: Nein, im Gegenteil!)

Die Verantwortung darf nicht auf den Kaiser oder den Kanzler abgeschoben werden, sondern sie tragen zunächst die Herren, die den Kaiser damals beraten haben.

Sachverständiger Dr. *Delbrück*: Exzellenz v. Kuhl hat das Eingreifen der O.H.L. in die Verhandlungen von Brest-Litowsk damit verteidigt, daß dort Mittel für die Offensive im Westen geschaffen werden sollten. Ich glaube, die Differenzen zwischen Kühlmann und General Ludendorff in betreff der Offensive haben hiermit nicht das geringste zu tun, sondern man hätte genau dieselben Mittel für die Offensive im Westen gewinnen können — vielleicht sogar bessere —, wenn man den Frieden in Brest-Litowsk auf Grund der Bestrebungen und Wünsche Kühlmanns abgeschlossen hätte.

Sachverständiger *v. Kuhl*: Ich habe nur gesagt, daß beim Frieden von Brest-Litowsk militärische Interessen außerordentlich wesentlich mitsprachen, und daß deshalb General Ludendorff ein Recht hatte, dabei mitzusprechen. Ob das, was gesagt wurde, richtig war oder nicht — des Urteils darüber habe ich mich vollständig enthalten. Hier ist nur immer gesagt worden, Ludendorff hätte überall eingegriffen, wo es nicht angebracht gewesen sei, und ich habe nur mehrere Fälle feststellen wollen, wo er aus militärischen Rücksichten in politische Verhältnisse unbedingt eingreifen mußte.

Dann hat Exzellenz Dr. Spahn gesagt, die O.H.L. hätte die Offensive im März 1918 als eine zweifelhafte Sache angesehen. Wir haben die Offensive mit dem vollen Bewußtsein unternommen, daß sie schwierig war, aber in der vollen Überzeugung, die überall, bei den Führern und im ganzen Heere durchgedrungen war, daß sie gelingen müßte. Daß sie nachher nicht gelungen ist, das ist kein Gegenbeweis. Aber die Überzeugung ist bei Ludendorff, bei allen

Führern und Heeresgruppenführern, bei allen Armeeführern und in der ganzen Truppe gewesen, wir waren alle durchdrungen davon: wir werden es diesmal schaffen.

Sachverständiger Dr. *Delbrück*: Ich zweifle nicht daran, Exzellenz, daß bei der Truppe und bei den Führern allenthalben diese Überzeugung war, aber ich muß nochmals darauf hinweisen, daß unmittelbar bevor die große Offensive ausgeführt wurde, Ludendorff selber seinen eigenen Plan aufgegeben hat und durch einen zweiten Plan durchkreuzt hat, was sich gar nicht anders erklären läßt, als daß er an den eigentlichen Plan — Durchbruch bei Cambrai und Aufrollung der englischen Armee — selber nicht geglaubt hat, sonst hätte er nicht gleichzeitig den zweiten Plan, der nachher ins Leere führte, in Szene setzen können.

Sachverständiger *v. Kuhl*: Ich muß offen sagen, ich habe das nicht verstanden. Mir sind keine zwei Pläne bekannt. Ich habe die ganze Offensive mitgemacht und kenne nur einen einzigen Plan und den haben wir durchgeführt. In der Ausführung selbst haben wir modifizieren müssen. Ich kenne kaum eine Schlacht, jedenfalls kaum eine große Schlacht, die nach einem Plane durchgeführt worden ist — mit wenig Ausnahmen — vielleicht Austerlitz u. dgl. Aber im übrigen hat jeder Heerführer, auch in einer eintägigen Schlacht sogar, seine Dispositionen je nach der Lage ändern müssen. So ist es auch hier gewesen. Wir haben einen klaren Plan gehabt; nicht zwei Pläne, davon ist mir jedenfalls nichts bekannt, und es hätte mir doch bekannt sein müssen. Wir haben diesen Plan durchführen wollen. Nachher in der Ausführung kam es taktisch anders, so daß wir modifizieren mußten. Ich kann auch heute nur sagen: Daß wir geändert haben, war durchaus unerwünscht, war aber, wie die Verhältnisse lagen, gar nicht anders zu machen. Das ist mein militärisches Urteil, und ich kann mich von Herrn Geheimrat nicht überzeugen lassen, daß es militärisch falsch gewesen sei.

Berichterstatter Abg. Dr. *Deermann*: Wenn also die O.H.L. auch damals die feste Überzeugung gehabt hat, daß diese ihre Offensive siegreich sein und den Erfolg haben würde, den sie von ihr erwartete, so gibt das für mich — unter dem ersten Eindruck wenigstens — einen Schlüssel zum psychologischen Verständnis Ludendorffs in seinem Verhalten gegenüber den Friedensmöglichkeiten vor der Offensive. Er hat — so denke ich mir jetzt — die Überzeugung gehabt: Wir werden siegreich sein, infolgedessen erübrigt es sich, auf anderem Wege zum Frieden zu kommen, und deswegen kann ich auch meine Kriegsziele bezüglich Belgiens aufrechterhalten und brauche keine Rücksicht zu nehmen und auch keine rückwärtigen Stellungen zu bauen.

Sachverständiger Dr. *Delbrück*: Exzellenz v. Kuhl fragt, worin denn der zweite Plan, der den ersten störte, bestanden habe. Nun, es steht doch in seinem eigenen Gutachten ganz ausführlich und ausdrücklich, daß, als er auf die nicht dem Plan gemäße Verteilung der Kräfte hinwies, der General Ludendorff ihm geantwortet hat: wir müssen erst mal sehen, an irgendeiner Stelle durchzubrechen. Das ist ein ganz anderer Plan als: wir müssen *hier* durchbrechen, und weil nun das An-irgendeiner-Stelle-Durchbrechen gar nicht zum

ersten Plan paßte, darum nenne ich es zwei Pläne, die sich gekreuzt haben, und das ist eine durchaus zutreffende Bezeichnung, die ich aus dem Material schöpfte, das Exzellenz v. Kuhl uns unterbreitet hat.

Vorsitzender Abg. D. Dr. *Kahl*: Bei der Bewertung der Frage, ob der Kaiser richtig beraten worden sei, wie Exzellenz Spahn anführt, bleibt aber denn doch auch noch die andere Frage übrig, die jetzt ja nicht erörtert wird und auch nicht eingehend erörtert zu werden braucht — ich wollte nur darauf hinweisen —: Wie war schließlich der Erfolg? Es kommt da doch das in Betracht, was ich neulich mal angedeutet habe: Inwieweit ist eine O.H.L. berechtigt, selbst dann, wenn unter Umständen der Erfolg zweifelhaft erschiene, etwas zu wagen? Denn daß da eine O.H.L. anders steht als jeder Zivilist, der ein Unternehmen in Szene zu setzen hat, das ist mir von vornherein nicht zweifelhaft. Es ist eben gerade die Sache des Feldherrn und des Heeres, auch einmal etwas zu riskieren und zu wagen, selbst wenn es schlimm ausgeht. Unter diesem Gesichtspunkt die Frage der Verantwortlichkeit gewertet, kann man jedenfalls nicht ratsam aus dem Mißerfolg auf eine Verantwortlichkeit schließen.

(Abg. Dr. *Spahn*: Das tue ich auch nicht!)

Berichterstatter Abg. Dr. *Deermann*: Punkt 2. „Die Verbindung zwischen der politischen Reichsleitung und der O.H.L." ist in Abs. 1 und 2 nicht zu beanstanden; die Punkte geben eine allgemeine staatsrechtliche Tatsache wieder. Abs. 3 bringt eine spezielle Frage zur Lösung: die Verbindung zwischen der O.H.L., der politischen Leitung und dem Kaiser. Diese Verbindung war auch nach meiner Meinung durchaus gut. Gegen diese Fassung ist nichts einzuwenden. Wir können also ohne weiteres zum 3. Punkt übergehen.

Sachverständiger *Schwertfeger*: Ich meine, daß zu Punkt 3 der Thesen des Herrn Berichterstatters keine weitere Diskussion nötig ist. — Daß die öffentliche Betonung der militärischen Gesamtlage in einer Reichstagsrede vielleicht politisch bedenklich war, auch darin werden wir vielleicht übereinstimmen in dem Sinne, wie es ja auch gesagt worden ist: „Die O.H.L. teilte im ganzen den Standpunkt der Haeftenschen Denkschrift, hielt aber dessen öffentliche Betonung für militärisch und politisch verhängnisvoll."

Berichterstatter Abg. Dr. *Deermann*: Ich halte die Diskussion für nötig; denn ich habe diesen Satz in meinem Bericht angegriffen. Die Haeftensche Denkschrift über die Friedenspropaganda ist von Ludendorff doch in einem eigenen Handschreiben eingehend in allen wesentlichen Punkten gebilligt und befürwortet worden. Die Denkschrift setzt die Geheimhaltung der Auffassung von der Möglichkeit, den Krieg zu beendigen, nicht voraus, im Gegenteil, es sollte von prominenten Persönlichkeiten im Sinne der Denkschrift gesprochen werden. Es war keine Einschränkung gemacht, daß dieser wesentliche Gesichtspunkt: *mit den Waffen allein* ist der Krieg nicht zu gewinnen, der die Grundlage für die Denkschrift überhaupt abgab, verschwiegen werden sollte. Es ist auch nichts dafür beigebracht worden, daß die O.H.L. durch eine besondere nachträgliche Stellungnahme den Wunsch, diese Auffassung nicht an die Öffentlichkeit kommen zu lassen, ausgesprochen hat. Infolgedessen ist dieser Satz indirekt durchaus zu widerlegen.

(Zuruf des Sachverständigen *Schwertfeger*.)

— Der Satz ist ohne Begründung. Sie haben nichts von seiten der O.H.L. für diese Ansicht beigebracht. Es läßt sich aber aus dem Wesen der Denkschrift v. Haeftens, aus dem Begleitschreiben Ludendorffs, das eine eingehende Kenntnis und Billigung dieser Denkschrift seitens Ludendorffs voraussetzt, der ja auch mit v. Haeften mündlich vorher die Denkschrift besprochen hatte, nichts dafür finden, daß er etwa eine solche Ansicht vertreten hätte. Im Gegenteil muß aus der Denkschrift geschlossen werden, daß diese Begründung der Öffentlichkeit nicht vorzuenthalten war.

Sachverständiger *Schwertfeger*: Ich glaube, man muß Punkt 3 und 4 zusammennehmen; denn das gibt die Erklärung für das, was unklar erscheinen könnte. Die O.H.L. hat nachher die Auffassung gehabt, daß die öffentliche Bekundung dieses v. Haeftenschen Satzes ungünstig auf den Kampfwillen der Front wirke, und hat auf diese Weise den Sturz des Staatssekretärs v. Kühlmann durchgesetzt. Wie ich zu diesem Sturze des Staatssekretärs v. Kühlmann stehe, geht ja aus meinem Gutachten hinreichend klar hervor. Ich gebe hier nur die Erklärung dafür, wie es geschehen ist. Die Sache selbst ist wohl hinreichend klar. Ich bedaure den Sturz v. Kühlmanns gleichfalls, weil alle möglichen — *vielleicht* möglichen! — Friedensaussichten dadurch gefährdet worden sind. Aber ich glaube, die Verhältnisse liegen klar, und ich hätte weiter nichts dazu zu bemerken als das, was ich in meinem Gutachten gesagt habe.

Berichterstatter Abg. Dr. *Deermann*: Daß Herr v. Kühlmann einige Wochen nachher diese Wahrheit öffentlich aussprach, die ihm schriftlich in der v. Haeftenschen Denkschrift und auch mündlich von führenden Seiten zugetragen war, das widerspricht in keiner Weise der Stellungnahme der O.H.L. bei der Überreichung der Denkschrift. Die O.H.L. hat sich — das habe ich ja auch festgestellt — in ihren Ansichten widersprochen. Sie hat einmal den Standpunkt: mit den Waffen allein ist der Krieg nicht zu gewinnen, klipp und klar vertreten, ihn schriftlich überreicht und begründet und darauf eine Friedenspropaganda aufbauen lassen. Als aber nachher Herr v. Kühlmann im Reichstage so redete und darauf ein heftiger politischer Sturm in der öffentlichen Meinung einsetzte — ich erinnere an die Rede des Reichstagsabgeordneten Grafen Westarp —, als auch im Militär daheim und draußen die Wogen der Empörung hochgingen, hat die O.H.L. eben diese öffentliche Bekanntmachung mißbilligt. Daraus geht noch gar nicht hervor, daß sie es auch vorher tat, daß sie die Veröffentlichung dieser von ihr gebilligten Meinung nicht wollte. Sie hatte genügend Gelegenheit, einen solchen Willen vorher kundzugeben. Es handelte sich um eine Friedenspropaganda, die öffentlich von Führern des Volkes ausgeübt werden sollte, welche auf diesen Kerngedanken der Friedensoffensive hinweisen mußten. Ich finde in dieser Stellungnahme der O.H.L. einen ganz deutlichen Widerspruch. Ich will nicht sagen: eine bewußte und beabsichtigte Unwahrhaftigkeit, aber immerhin einen merkwürdigen Widerspruch.

Sachverständiger *Schwertfeger*: Ich glaube, daß dabei persönliche Gründe mit entscheidend waren. Staatssekretär v. Kühlmann war den Männern der O.H.L. aus verschiedenen Gründen schon suspekt — wenn ich diesen Ausdruck wählen

darf. Die O.H.L. hat dann diese Gelegenheit offenbar ganz gern benutzt, um den Staatssekretär, als sie seine öffentliche Rede mit der Bekundung dieses Satzes für unangebracht hielt, zu beseitigen.

Dr. *Herz*: Als Herr v. Kühlmann zum Staatssekretär ernannt wurde, sind eine ganze Anzahl Depeschen von militärischer Seite an die O.H.L. gerichtet worden, der Mann sei unmöglich, man solle doch die Vorgänge in Bukarest benutzen, um ihn beiseitezubringen. Die Depeschen haben irgendeinem Ausschuß vorgelegen; ich weiß nicht, wo sie geblieben sind.

(Vorsitzender Abg. D. Dr. *Kahl*: Es waren einfache Warnungen!)

— Aber in häßlicher Form, und das schlimme war, daß Kühlmann in seiner zweiten Rede abschwächte. Die Rede von Kühlmann war eine Antwort auf eine Rede von Smuts, die gerade gehalten worden war. In dem Buche von Nowak ist das ziemlich unklar ausgedrückt. Ich habe Exzellenz Kühlmann gefragt, er sagte, die Rede hätte ihm vorgelegen, sie sei ihm im letzten Moment vor der Reichstagsrede mitgeteilt worden, und auf diese Rede Smuts' hin habe er seine Rede gehalten.

Berichterstatter Abg. Dr. *Deermann*: Nun, zum Punkt 4: „Rücktritt des Staatssekretärs v. Kühlmann" habe ich auch eine Ausstellung gemacht, und zwar zu dem ersten Satz, wo gesagt wird, daß der Rücktritt des Staatssekretärs v. Kühlmann unter starker Mitwirkung der O.H.L. erfolgt sei. Ich habe dagegen nachgewiesen, daß es heißen müßte: unter *entscheidender* Mitwirkung, denn tatsächlich geht aus Ihrem Gutachten hervor, daß die O.H.L. die Entscheidung gebracht hat. Das beweisen auch die Worte des Kaisers selbst. Nur die O.H.L. allein hat den Rücktritt entschieden, niemand anders.

Sachverständiger *Schwertfeger*: Gegen diese Änderung, statt „starker" zu setzen „entscheidender" Mitwirkung, hätte ich nichts einzuwenden.

Es würde dann folgen Punkt 5: Die Beurteilung der Gesamtlage durch den Reichskanzler Grafen Hertling und den Stellvertreter des Reichskanzlers v. Payer. — Diese Formulierung, die ich hier gewählt habe, entspricht ganz und gar der Darstellung, die Vizekanzler v. Payer selbst in seinem Buche gegeben hat. Darüber wird wohl eine Diskussion von Herrn Dr. Deermann nicht gewünscht?

(Berichterstatter Abg. Dr. *Deermann*: Nein!)

— Soweit die Beurteilung der Gesamtlage durch den Grafen Hertling in Frage kommt, lag ja auch das vollgültige Zeugnis seines Sohnes, des Rittmeisters Grafen Hertling, vor.

Berichterstatter Abg. Dr. *Deermann*: Darf ich dazu eine Zwischenbemerkung machen. Ich habe gegen Punkt 5 nichts einzuwenden; er stellt Tatsachen dar, die nicht abzustreiten sind. Ich habe allerdings in meinem Bericht noch die Frage gestellt: Warum hatte er diese Auffassung? Es würde uns aber hier zunächst zu weit führen, wenn wir darauf die Diskussion einstellen würden. Ich habe das getan und die Frage eingehend beantwortet, möchte aber bitten, daß wir an der Hand der Punkte weitergehen.

Sachverständiger *Schwertfeger*: Punkt 6: Die Beurteilung der Gesamtlage durch Staatssekretär v. Hintze — lehnt sich in der Formulierung, die ich hier

gegeben habe, genau an die ausführliche Bekundung des Staatssekretärs v. Hintze an, die als Anlage meinem Gutachten beigegeben ist. Ich möchte fragen, ob Herr Dr. Deermann dazu etwas zu bemerken hat.

Berichterstatter Abg. Dr. *Deermann*: Ich habe auch hier etwas eingeschaltet. Was ich bei Ihnen als These vermisse, ist die Zusammenfassung der Kritik an dem Verhalten der O.H.L. am 13. und 14. August 1918.

Sachverständiger *Schwertfeger*: Punkt 7 der Thesen: Das Scheitern der Hintzeschen Friedensbemühungen. — Hierzu ist zu bemerken, daß dieses Verhalten des Staatssekretärs v. Hintze bereits den Gegenstand leidenschaftlicher Kontroversen gebildet hat. Ich möchte deshalb Wert darauf legen, daß wir darüber zu einer Klarheit kommen, ob meine Formulierung angenommen wird. Meiner Meinung nach hat Staatssekretär v. Hintze alles getan, was für einen Politiker in einer solchen militärischen Niedergangskonjunktur überhaupt möglich war. Man kann unmöglich mit den Mitteln der Politik etwas aufrecht halten, was militärisch abwärts gleitet.

Mit der Übernahme des Amtes durch Staatssekretär v. Hintze beginnen die Rückschläge an der Front. Er kam in die denkbar ungünstigste Zeit, und ich habe es für meine Pflicht gehalten, der Frage nachzugehen, ob dem Staatssekretär v. Hintze, wie es verschiedentlich geschehen ist, am leidenschaftlichsten im Buche des Obersten Bauer, Vorwürfe gemacht werden dürfen. Ich verneine das und finde, daß Staatssekretär v. Hintze alles getan hat, was in seinen Kräften stand.

Berichterstatter Abg. Dr. *Deermann*: Ich stimme dem zu und habe das auch ausdrücklich in meinem Bericht getan. Zu Punkt 8 der Thesen: „Die Waffenstillstandsforderungen vom 29. September 1918" möchte ich darauf hinweisen, daß ich auch das Verhalten der anderen verantwortlichen Persönlichkeiten in dieser Zeit, zwischen dem 14. August und dem 29. September, geprüft habe. Bei ihnen komme ich nicht zu einer glatten Auffassung. Ich habe das im einzelnen dargelegt. Diese anderen Persönlichkeiten sind der Reichskanzler Graf Hertling und besonders die O.H.L. Ich will hier nur anspielen auf die Formulierung der belgischen Forderungen, die im August aufrechterhalten und im September trotz des bulgarischen Zusammenbruchs usw. doch nicht ganz aufgegeben wurden. General Ludendorff hat damals im September noch die flämische Frage in die neue belgische Formel der politischen Reichsleitung hineingebracht.

Sachverständiger *Schwertfeger*: Dann kommt die Kardinalfrage in Punkt 8: „Die Waffenstillstandsforderung vom 29. September 1918". Ich komme zu dem Ergebnis, daß die O.H.L. dafür die sachliche Verantwortung allein zu tragen hat, daß sie insofern auch für die Schlußfolgerungen aus der Waffenstillstandsforderung die Verantwortung allein übernehmen muß. Ich möchte Herrn Dr. Deermann fragen, ob er mit der Formulierung, wie ich sie hier aufgestellt habe, sich einverstanden erklären könnte. Die Formulierung lautet: „Zwar hat sich der Oberste Kriegsherr diesem Urteil angeschlossen; er war aber nicht in der Lage, ein anderes Urteil zu haben als das, das ihm hier entgegengetragen wurde."

Berichterstatter Abg. Dr. *Deermann*: Im Sinne der letzten Ausführungen des Herrn Gutachters stimme ich auch diesem Punkte bei. Der Nachsatz „wenn auch der Oberste Kriegsherr sich ihrem Urteil angeschlossen hat", hat damit wohl die richtige Erklärung gefunden. Ich halte die Verantwortung auch nur für rein formell. Der Oberste Kriegsherr mußte sich ebenso wie die politische Leitung, was ich des näheren ausgeführt und bewiesen habe, ganz und gar auf das Urteil der O.H.L. verlassen. Ihm allein war es glatt unmöglich, sich ein Urteil zu bilden.

Abg. Dr. *Philipp*: Ich glaube, es wäre besser, wenn in die Feststellung zu Punkt 8 nicht die innerpolitische Frage mit hineingebracht würde. Im zweiten Absatz heißt es: „Die Verquickung der Hinaussendung des Waffenstillstandsangebotes mit der dazu als nötig erachteten Bildung einer neuen Regierung." Ja, von wem war diese als nötig erachtet? Das ist ja doch durchaus nicht communis opinio. Wir würden hier natürlich zu einer Differenz kommen. Vielleicht läßt sich noch einfügen, von wem die Bildung einer neuen Regierung als nötig erachtet wurde. Ob es als erwiesen gelten kann, daß sie von der O.H.L. als notwendig erachtet wurde, kann ich augenblicklich nicht beurteilen.

Was im dritten Absatz die „erwähnten Folgeerscheinungen" anbetrifft, so scheint doch Herr Oberst Schwertfeger damit die gesamten Folgeerscheinungen innerpolitischer, außenpolitischer und militärischer Art zu verstehen. Oder beschränkt er sich darauf, nur die militärischen Folgeerscheinungen des Waffenstillstandes ins Auge zu fassen. Es scheint mir nicht angängig, die O.H.L. für die innen- und außenpolitischen Folgeerscheinungen in dieser Form verantwortlich zu machen und ihr die alleinige sachliche Verantwortung zuzuschieben. Sollen wir also in dieser Beziehung zu einer Übereinstimmung kommen, dann möchte ich vorschlagen, den ganzen Zusammenhang mit den innerpolitischen Fragen, falls wir überhaupt zu einem Werturteil kommen, hier auszuscheiden oder einen besonderen Punkt dafür zu machen; denn die Dinge scheinen mir noch nicht genügend geklärt.

Vorsitzender Abg. D. Dr. *Kahl*: Es heißt nur „die erwähnten Folgeerscheinungen". Die waren rein militärischer Art, so daß ich diesen Passus nicht auf innerpolitische Katastrophen bezogen habe.

Abg. Dr. *Philipp*: Aber wie ist die Sache praktisch? Diese Feststellungen sind wahrscheinlich das einzige, was in das breitere Licht der Öffentlichkeit treten wird. Sie sind gewissermaßen die Ergebnisse der Untersuchung, die der Ausschuß sich zu eigen machen soll.

(Abg. Dr. *Moses*: Sie sind nur eine Grundlage!)

Wir sind erfreulicherweise in 7—8 Punkten zu einer vollständigen Übereinstimmung gekommen, und ich möchte deshalb hier diese Frage einmal anregen.

Berichterstatter Abg. Dr. *Deermann*: Ich sehe in diesen Formulierungen nicht das Gefährliche, was Herr Kollege Philipp darin sieht; denn diese Formulierungen werden ja doch nicht ohne weiteres demnächst als die unsrigen hinausgehen. Wir wollen nur feststellen, ob wir gegen diese Schlußfolgerungen an sich etwas einzuwenden haben. Ich habe an sich nichts dagegen einzuwenden; denn die Folgeerscheinungen, die Herr Oberst Schwertfeger meint, sind in

seinem Gutachten ganz genau umrissen worden. Er stellt die militärischen Folgeerscheinungen und zu einem Teile auch solche innerpolitischer Art fest, z. B. daß die Forderung des Waffenstillstandes wie ein eiskaltes Sturzbad wirkte, welches zu einem sehr großen Teile, wie Herr Oberst Schwertfeger im einzelnen darlegt, die Widerstandskraft und die Nervenkraft der Heimatfront, der politischen Führer, auch vielfach der Garnisonen usw. erschüttert hat. Diese Wirkung ist genau umrissen worden, ist auch nicht abzustreiten. Die O.H.L. ist von dem Prinzen Max auf diese Wirkungen aufmerksam gemacht worden. Trotzdem ist sie bei ihrer Forderung geblieben. Die Bildung einer neuen Regierung ist sowohl von der O.H.L. wie auch vom Auswärtigen Amt unter den gegebenen Umständen als notwendig erachtet worden.

Sachverständiger *Schwertfeger*: Ich könnte gerade im Sinne der Ausführungen des Herrn Abg. Dr. Philipp und des Herrn Abg. Dr. Deermann vielleicht die Formulierung noch etwas klarer fassen und ich bitte, mir das für die nächste Sitzung vorbehalten zu dürfen. Wir kämen dann zu Punkt 9. Die Tätigkeit des Staatssekretärs v. Hintze und des Grafen Roedern ist auch in den einzelnen Schriften, die hierzu vorliegen, verschieden beurteilt worden. Ich habe es deshalb für notwendig gehalten, auszuführen, daß beide Herren, sowohl Staatssekretär v. Hintze wie Graf Roedern, nichts anderes getan haben, als daß sie sich nach den Weisungen des Obersten Kriegsherrn in der Heimat nun wirklich für das eingesetzt haben, was ihnen in Spa als notwendig bezeichnet worden war. Beide Herren kann also eine Verantwortung oder eine Schuld an irgendwelchen Dingen, die sich nun daraus entwickelt haben, nicht treffen. Eine solche Schuld ist aber besonders in oberflächlichen Zeitungsaufsätzen verschiedentlich behauptet worden. Deshalb hielt ich es für einen Akt historischer Gerechtigkeit, diese Frage zu klären.

Berichterstatter Abg. Dr. *Deermann*: Ich stimme diesen Ausführungen zu.

Sachverständiger *Schwertfeger*: Punkt 10: Die Absendung des Waffenstillstandsangebotes durch den Reichskanzler Prinz Max. — Da bleibe ich bei der Auffassung, daß der Prinz Max alle ihm zur Verfügung stehenden Mittel erschöpft hat, um den von ihm für falsch erachteten Schritt nicht tun zu müssen. Er hat schließlich das Angebot mit seinem Namen gedeckt und ich glaube, daß das einer der schwersten Schritte ist, die jemals von einem Staatsmanne verlangt worden sind, ganz besonders, wenn man noch in Betracht zieht, daß er deutscher Fürst, Thronfolger, preußischer General und ein naher Verwandter des Kaisers war. Der Oberste Kriegsherr selber hat diesen für den Prinzen Max sehr schweren Entschluß auch seinerseits mit gefördert, indem er ihm am 2. Oktober 1918 persönlich gesagt hat: „Du darfst der O.H.L. bei dieser schweren Lage jetzt nicht Schwierigkeiten machen, du mußt jetzt deinen Namen dazu hergeben." Ich glaube also, daß der Prinz Max gar nicht anders handeln konnte, als er gehandelt hat. Ihm blieb eins übrig, zurückzutreten und zu sagen: Ich nehme die Kanzlerschaft nicht an, mag diesen Schritt tun, wer will, ich tue ihn nicht. Das hat er nicht getan, weil er der Meinung war, daß sein Name n der Deutschland feindlichen Welt vielleicht noch einen gewissen Aktivposten bedeutete und daß das Angebot, wenn es schon einmal unterzeichnet werden

mußte — und dafür setzte sich die O.H.L. ja ein —, am besten von ihm unterzeichnet würde und nicht von irgendeiner beliebigen anderen Persönlichkeit, die im Auslande nicht über eine so große Resonanz verfügte.

Abg. Dr. *Spahn*: Ich möchte fragen, warum die Frage, ob eine Auskämmung noch möglich war, nicht behandelt worden ist. Man hat damals davon gesprochen, daß noch 600 000 Mann in Deutschland herausgenommen werden könnten, um an der Front verwendet zu werden.

Sachverständiger *Schwertfeger*: Das war später. Hier handelt es sich nur um die Vorgänge bis zum 4. Oktober. Die Frage der Auskämmung von 600 000 Mann ist, wenn ich nicht irre, in einer Sitzung vom 17. Oktober 1918 behandelt worden.

Abg. Dr. *Spahn*: Also das ist der Grund. Ich wollte Sie fragen, ob Sie das bejahen oder verneinen.

Sachverständiger *Schwertfeger*: Ich bin auf diese Frage nicht eingegangen, weil sie nach diesem Termin liegt.

Berichterstatter Abg. Dr. *Deermann*: Auch in diesem Punkte stimme ich dem Herrn Gutachter durchaus zu. Ich möchte noch hinzufügen, daß für den Prinzen Max auch die Frage von großer Bedeutung war: Kann ich es verantworten, daß die Bildung einer neuen Regierung mit meinem Rücktritt wieder sehr in Frage gestellt wird? Prinz Max bekam schriftlich und mündlich von der O.H.L. Tag für Tag und Nacht für Nacht die dringendsten Aufforderungen, sofort das Waffenstillstandsangebot herauszugeben. Er mußte, wie Herr Oberst Schwertfeger richtig nachwies, glauben, daß man wirklich keine Stunde mehr verlieren dürfte, damit nicht die Katastrophe eintrat. Also abgesehen von den anderen angeführten Gründen ist das Handeln des Prinzen Max auch aus diesem Grunde durchaus gerechtfertigt.

Sachverständiger *Schwertfeger*: Dann würde Punkt 11, das Kernstück meiner ganzen Auffassung, kommen, nämlich die Darlegung darüber, daß die Konstruktion der obersten politischen und militärischen Leitung, wie sie sich bei uns entwickelt hatte, im Weltkriege bei uns ihre personelle Erfüllung nicht gefunden hat und daß dies eine schicksalhafte Entwicklung gewesen ist. Die Versuche einzelner, auch der O.H.L., hierin Abhilfe zu schaffen, sind gescheitert.

Berichterstatter Abg. Dr. *Deermann*: Gegen diese Fassung habe ich auch nichts einzuwenden. Ich möchte aber hieran noch eine Frage knüpfen, die ich in meinem Bericht leider vergessen habe, obwohl ich mir vorgenommen hatte, sie zu stellen. Welche Versuche, außer den bereits erwähnten, die sich ja, soweit ich mich erinnere, besonders auf die Zeit Ende September 1918 beziehen, sind von einzelnen gemacht worden, um Abhilfe zu schaffen? Ein anderer Fall wird entweder vom Herrn Geheimrat Delbrück oder von Ihnen in einer Fußnote erwähnt, nämlich, daß man bereits im Februar 1918 durch Vermittlung des Kronprinzen versucht hat, den Kaiser zur Abdankung zu bringen. Meinen Sie noch andere Bemühungen einzelner oder beschränken Sie sich auf diesen Punkt?

Sachverständiger *Schwertfeger*: Meine Bemerkungen beziehen sich hauptsächlich auf die Versuche, von denen Herr Oberst Bauer in seinem Buch „Der große Krieg in Feld und Heimat" spricht. Sie erschöpfen sich hauptsächlich auch in der Schaffung einer starken politischen Gewalt. Oberst Bauer spricht in seinem Buch sehr eingehend darüber, daß er im Februar 1918 — das findet sich in meinem Gutachten — auch die Frage erwogen hat, ob es nicht gut wäre, mit Hilfe des Kronprinzen den Kaiser zum Rücktritt zu zwingen oder in irgendeiner Form zur Ausschaltung zu bringen. Das sind Versuche gewesen, die über tastende Vorversuche nicht hinausgelangt sind. Sie mußten natürlich scheitern und sind auch gescheitert. Es ist so geblieben, daß dieses Vakuum vorhanden war, dieses Vakuum, das ich als etwas Schicksalhaftes ansehe, so daß mein Hauptergebnis ist, daß von einer vertretbaren Schuld einzelner Persönlichkeiten, pflichtwidrig oder aus unbefugtem Ehrgeiz oder aus sonstigen unlauteren Motiven gehandelt zu haben, überhaupt nicht gesprochen werden kann, daß es eben das deutsche Schicksal gewesen ist, daß es uns an der besten, in früheren Kriegen bewährten, Konstruktion der obersten Gewalt im Weltkriege gefehlt hat. Bei diesem Urteil möchte ich stehen bleiben.

Berichterstatter Abg. Dr. *Deermann*: In diesem Sinne stimme ich der These nicht zu. Ich habe in meinen Schlußfolgerungen zur Genüge dargelegt, daß ich *allein* in der falschen deutschen Verfassung und ihrer Auswirkung unser Schicksal *nicht* zu finden vermag. Ich habe wohl dargelegt, daß auch darin ein wesentlicher Grund für unser böses Schicksal im Jahre 1918 zu suchen ist, aber nicht der einzige und nicht der hauptsächliche.

Sachverständiger *Schwertfeger*: Das habe ich auch nicht behauptet, sondern ich habe den ganzen Komplex der Fragen herausgearbeitet, bei dem eine ganze Reihe von Faktoren zusammengewirkt hat. Napoleon I. hat einmal gesagt: „Im Kriege sind die Menschen nichts, ein Mann ist alles." Dieser an der Spitze stehende große politische Heerführer ist also bei uns nicht vorhanden gewesen. Wir hatten eine aufs beste konstruierte, starke militärische Gewalt; es fehlte aber die oberste politische Spitze. Darin sehe ich das Schicksalhafte, aber nicht irgendeine vertretbare Schuld einzelner Persönlichkeiten, besonders nicht die Schuld der Generale, der O.H.L.

Außerdem — das darf ich doch wohl noch einmal betonen — finde ich, daß man den Dingen des Weltkrieges einen falschen Beurteilungsmaßstab aufzwingt, wenn man sie aus unserer heutigen Einstellung heraus beurteilt, ganz besonders wenn man Vorgänge der letzten Zeit, auch innerpolitische bedauerliche Vorgänge der letzten Zeit, für die Urteilsbildung in bezug auf bestimmte Persönlichkeiten des Weltkriegs mit heranzieht. Ich finde hierin auch ein Hysteronproteron, von dem Herr Dr. Herz in seinem Referat über den Dolchstoß spricht. Im Jahre 1918 hat es sich niemals um die Frage gehandelt, ob der Generalfeldmarschall v. Hindenburg, von dem heute gar nicht gesprochen worden ist, ob General Ludendorff irgendwie die Gewalt an sich gerissen, ob sie etwas Unrechtes getan hätten. Im Gegenteil, sie durften sich im vollsten Sinne des Wortes als die Vollstrecker des nationalen Willens für die Kriegführung ansehen. In diesem Sinne haben sie gehandelt. Ihnen ist der Gedanke meilenweit

entfernt gewesen, daß der Tag kommen könnte, an dem in geschlossenen Sälen des Reichstages über die Schuldhaftigkeit ihres Verhaltens im Kriege geurteilt werden könnte. Ich glaube, wir dürfen diesen Gesichtspunkt nicht außer acht lassen.

Sachverständiger *Katzenstein*: Es ist zuviel gesagt, wenn Herr Oberst Schwertfeger die O H.L. auch in ihrer politischen Betätigung als Willensausdruck des deutschen Volkes, als Ausdruck des nationalen Willens, bezeichnet. Selbst bürgerliche Politiker — ich erinnere z. B. an Theodor Wolff und an manche andere — haben das Übergreifen der Heeresleitung auf das politische Gebiet dauernd bekämpft. Die Sozialdemokratische Partei hat das ständig getan. Ich entsinne mich eines Falles, in dem der Abg. Heine, der doch auf dem rechten Flügel stand, selbst mit dem Präsidenten des Reichstages einen scharfen Zusammenstoß gehabt hat, weil er in sehr scharfen Worten die Einmischung Hindenburgs in politische Fragen zurückgewiesen hat. Heine sagte damals: „Er ist da, um zu handeln, nicht, um zu schwätzen."

Noch ein zweites! Herr Oberst Schwertfeger sagt: Unser Schicksal war es, daß wir den gewissermaßen prädestinierten Mann auf dem Thron nicht gehabt haben. Ja, haben denn die Gegner einen solchen Mann gehabt?

(Sachverständiger *Schwertfeger*: Ja!)

— Nein, als Heerführer nicht.

(Sachverständiger *Schwertfeger*: Clemenceau!)

— Clemenceau war kein Heerführer.

Sachverständiger *Schwertfeger*: Aber Clemenceau war die höchste einheitliche Spitze der politischen und militärischen Gewalt. In Frankreich war das richtige Verhältnis vorhanden. In Frankreich gab es einen höchsten politischen Willen, der auch über das Heer verfügte. Wir haben es dazu nicht gebracht. Bei uns fehlte der politische Wille, der auch über das Heer bestimmte. Clemenceau konnte die Generale der französischen Armee in die Wüste schicken und hätte das auch bedenkenlos getan. Deshalb gab es in Frankreich diesen kräftigen politischen Willen, an dem es uns gerade gefehlt hat. Das ist das Kernstück meiner Gesamtauffassung.

Sachverständiger *Katzenstein*: Infolge der Unterordnung der Militärgewalt unter die Zivilgewalt, also infolge des Militarismus, wie ich ihn vorhin kennzeichnete.

Zwischenbericht über die Zeit vom 13. März 1924 bis zum 21. Januar 1925

Am 13. März 1924 wurde der Reichstag aufgelöst. Vorher hatten sich der Ältestenrat des Reichstags und der Untersuchungsausschuß dahin geeinigt, daß der Präsident im Benehmen mit den Vorsitzenden der Unterausschüsse bzw. des Gesamtausschusses, auch nach der Auflösung des Reichstags, die Geschäfte des Untersuchungsausschusses im Gange halten und insbesondere für die Durchführung der Publikationen Sorge tragen solle. Um hierfür die nötigen Unter-

lagen zu schaffen, trat die Mehrheit der Mitglieder des früheren 4. Unterausschusses am 15. April 1924 zu einer Sitzung zusammen. Es lagen bei dieser ein Resolutionsentwurf des Berichterstatters Dr. Deermann über die Ursachen des militärischen Zusammenbruchs von 1918, sodann ein Resolutionsentwurf des Berichterstatters Dr. Philipp zur Frage des sog. „Dolchstoßes" vor. Zu dem letztgenannten Entwurf nahm der Ausschuß nicht mehr Stellung. Vom Resolutionsentwurf Dr. Deermann wurde die Einleitung einstimmig angenommen. Zu den übrigen Vorschlägen Dr. Deermanns beschlossen die anwesenden Mitglieder des früheren Untersuchungsausschusses, sich zunächst schriftlich zu äußern; sodann sollte der Berichterstatter seinem Entwurfe die endgültige Fassung geben und die Mitglieder des Ausschusses, soweit sie es wünschten, dazu schriftlich Stellung nehmen. Darauf sollte das gesamte beim 4. Unterausschuß vorliegende Material veröffentlicht werden[1]). Nach diesem Beschlusse erklärte der Vorsitzende Abg. D. Dr. Kahl „die Arbeiten des Ausschusses für beendet, wenngleich infolge der Auflösung des Reichstags sachlich nicht abgeschlossen".

Zu dem vorläufigen Resolutionsentwurf Dr. Deermann gingen Bemerkungen ein von den Herren Dr. Spahn (Berlin) (3. Mai 1924), D. Dr. Kahl (4. Mai 1924) und Dr. Philipp (5. Mai 1924). Weitere Äußerungen sind nicht erfolgt. Die Bemerkungen von Dr. Spahn (Berlin) bezogen sich auf bestimmte Einzelheiten und wurden vom Berichterstatter sämtlich berücksichtigt. D. Dr. Kahl äußerte allgemein den Wunsch, „daß diejenigen Stellen gestrichen oder gemildert werden, welche allgemeine persönliche scharfe Urteile über Ludendorff enthalten" und bemerkte: „Es handelt sich in diesen Fällen nicht um sachliche Differenzen, sondern um Wünsche, die den Eindruck der vollen Objektivität sicherstellen." Außerdem behielt sich D. Dr. Kahl vor, „soweit es sich um eine sachlich abweichende Beurteilung der Gesamtlage handelt, diese in der vorbehaltenen Schlußerklärung zum Ausdruck zu bringen". Eine weitere Stellungnahme D. Dr. Kahls ist nicht erfolgt. Die Bemerkungen von Dr. Philipp wurden vom Berichterstatter Dr. Deermann teilweise berücksichtigt.

Auf Grund der ihm zugegangenen Bemerkungen gab der Berichterstatter Dr. Deermann in der endgültigen Fassung vom 3. und 12. Juli seinem „*Entwurf einer Entschließung des 4. Unterausschusses über die Ursachen des militärischen Zusammenbruchs 1918*" folgenden Wortlaut:

---

[1]) Dieser Beschluß bezog sich auch auf die Gutachten und den Resolutionsentwurf des Abg. Dr. Philipp zum „Dolchstoß". Der Beschluß wurde später in der Sitzung des Gesamtausschusses vom 21. Januar 1925 dahin abgeändert, daß zunächst das Material über den militärischen Zusammenbruch von 1918, das den „Dolchstoß" betreffende jedoch erst nach Durchberatung der ganzen Frage veröffentlicht werden solle.

Entwurf einer Resolution des 4. Unterausschusses über die Ursachen des deutschen Zusammenbruches im Jahre 1918

Von Berichterstatter Abg. Dr. Deermann

Einleitung

Der 4. Unterausschuß des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses ist sich bewußt, daß die Ursachen und Gründe des deutschen Zusammenbruchs, insbesondere das mit der deutschen Offensive von 1918 zusammenhängende Fragengebiet, noch nicht in vollem Umfange objektiv aufgeklärt sind, in mancher Beziehung auch wohl nie Tatsachenklarheit geschaffen werden wird. Besonders werden der Mitwelt und Nachwelt die sehr wichtigen Überlegungen der leitenden Personen und die seelischen Beweggründe und Ziele ihrer Entschlüsse und Handlungen wohl nie in ihrem ganzen Umfange und völlig objektiv bekannt werden.

Daher hat der 4. Unterausschuß sich in seinen Entschließungen jeden Schuldurteils enthalten und verweist in dieser Hinsicht auf die Gutachten der Sachverständigen und die Berichte und Diskussionen des Ausschusses.

In rein militärischen Fragen hat der Ausschuß in allen noch strittigen Punkten auf einen Beschluß verzichtet.

I

War die Offensive notwendig oder nicht?

Die gesamte militärische, wirtschaftliche und politische Lage drängte im Winter 1917/18 zu einem zielbewußten, energischen Versuch, den Krieg bis zum Sommer 1918 in einer für Deutschland erträglichen Form zu beenden.

Entgegen stand der haßerfüllte, ungebeugte, durch den Brest-Litowsker Frieden noch angestachelte Kriegswille Frankreichs. Ein Verständigungsfriede wurde aber auch durch die östlichen und besonders die belgischen Kriegsziele des Generals Ludendorff unmöglich gemacht. Eine absolute Verzichterklärung der politischen Reichsleitung auf Belgien wurde dem Staatssekretär v. Kühlmann durch die O.H.L. versperrt, sie war außerdem ohne die rückhaltlose Billigung der O.H.L. wertlos.

Es ergaben sich keine Tatsachen dafür, daß die O.H.L. — unter Aufrechterhaltung ihrer eigenen Kriegsziele im Osten und Westen — eine Friedensbereitschaft der Feinde oder einer führenden feindlichen Macht ohne den Zwang einer siegreichen Offensive für möglich hielt.

Einen wahren Verständigungsfrieden aber wollte General Ludendorff nicht, obwohl er ihn auch vor der Offensive nicht für aussichtslos hielt.

Durch die Verbreitung ihrer östlichen und westlichen Kriegsziele hat die O.H.L. Heimat und Heer nicht zum Weiterkämpfen angefeuert und gestärkt. Der

Wille zum Ausharren hätte im Volk nur durch die andauernd aufrecht erhaltene Einsicht, daß wir einen reinen Verteidigungskrieg führten, gefestigt werden können; diese Einsicht hätte auch die Einheitsfront geschaffen.

Nach den großen taktischen Erfolgen der März- und Apriloffensiven hätte Deutschland einen erträglichen Frieden noch mit Aussicht auf Erfolg anstreben können. Da General Ludendorff sich des strategischen Mißerfolges und der unlösbar schwierigen Ersatzlage bewußt war, wäre es seine Pflicht gewesen, die politische Reichsleitung über die wahre Lage zwecks Anbahnung eines Verständigungsfriedens aufzuklären und gleichzeitig seine Absichten auf Briey und Longwy sowie hinsichtlich Belgiens vollständig aufzugeben.

Spätestens Ende Mai oder Anfang Juni, als Ludendorff nach dem Zeugnis des Kronprinzen Rupprecht und des Obersten v. Haeften sich innerlich über unsere tatsächliche militärische Lage klar war und seine Hoffnung nur noch auf ein unvorhergesehenes Ereignis setzte, hätte er so handeln müssen. Damals hatten wir noch Trümpfe in der Hand, nämlich die in Vorbereitung begriffenen Angriffe.

General Ludendorff hielt sogar noch am 3. Juli an seinen Forderungen in bezug auf Belgien fest und gab diese auch nach der Niederlage vom 8. August, im wesentlichen bei den Beratungen vom 13./14. August 1918, noch nicht auf.

II

Vorbereitung der Offensive

Die deutsche Gesamtgefechtsstärke zu Beginn der Offensive war der feindlichen nicht wesentlich überlegen. Die Überlegenheit wurde durch die ganz ausgezeichnete Organisation und Vorbereitung der Offensive, den glänzenden Angriffsgeist der Truppen und das Überraschungsmoment erzielt.

Hätten wir uns den Rücken gegen Rußland völlig frei gemacht und alle Kräfte im Westen vereinigt, so wären die Aussichten unserer Offensive erheblich günstiger gewesen. Man hätte z. B. mit einem Teile der an der Ostfront verbliebenen 281 770 Pferde der deutschen Offensive eine wesentlich größere Beweglichkeit geben können.

Durch die Art und die Ziele, welche die O.H.L. den Brest-Litowsker Friedensverhandlungen gab, wurde dies verhindert.

Der Schutzwall gegen den Bolschewismus und das Polentum hätte nahe der Grenze die notwendigen Erfolge haben können. Das weitgesteckte Vordringen in Rußland, besonders in die Ukraine und in den Kaukasus hinein, war ein Mißgriff.

Die Hoffnungen auf die Ukraine sind enttäuscht worden. Durch einen gut bezahlten freien Handel und Schmuggel hätte sich das gleiche Ergebnis bis zur neuen Ernte, besonders in der Vieh- und Pferdelieferung, erreichen lassen.

Wie die Tatsachen im Osten sich aber nun einmal entwickelten, ist an für den Westen geeigneten Kampftruppen im wesentlichen alles Entbehrliche rechtzeitig vom Osten nach dem Westen gebracht worden.

Von österreichischer Seite hätte die O.H.L. bei richtiger und nachdrücklicher Behandlung der Sache sowohl rechtzeitig, d. h. vor Beginn der großen Offensive, als auch während derselben mehr brauchbare Truppen und Artillerie bekommen können.

Die Material- und Waffenvorbereitung für die Offensive wurde mit allem möglichen Nachdruck und bestem, teilweise überreichlichem Erfolge betrieben.

Schwere Geschütze waren allerdings für die erforderliche Breite der Offensive über Arras hinaus nicht hinreichend vorhanden.

Betriebsstoff wurde im Jahre 1918 sehr knapp, besonders Benzin.

Der Wert der Tanks wurde nicht rechtzeitig erkannt, andernfalls hätte die Industrie bei rücksichtslosem Bau die Herstellung wohl geleistet.

Die Bahn war aufs äußerste überlastet, hat aber trotzdem ihre Aufgabe vollständig und rechtzeitig für die Offensive erfüllt.

Der Verlauf der Offensive und der späteren Kämpfe ist durch Munitionsmangel nicht wesentlich beeinträchtigt worden; nur erforderte die Munition immer die größte Rücksicht und hat die O.H.L. wiederholt gezwungen, die strategischen und taktischen Maßnahmen danach einzurichten. Außerdem mußten zwei Millionen Mann zur Erzeugung von Kriegsmaterial zurückgestellt werden, darunter vielleicht eine Million Kriegsbrauchbare.

Die Verpflegung der Truppen vor und während der Offensive war knapp und eintönig, aber wir waren nicht in der Lage, mehr zu leisten. Die Offensive ist nicht durch Plünderung von eroberten Lebensmittel- und Alkohollagern gescheitert oder auch nur wesentlich beeinträchtigt worden.

Die Pferdeersatzlage war im Westen zu Anfang 1918 äußerst ungünstig.

Zur Ausweitung des großen taktischen Erfolges der ersten großen Offensive fehlte es uns an schwerer Artillerie, an weiteren 5 bis 6 gut berittenen und ausgerüsteten Kavalleriedivisionen und Fuhrparks und an Tanks.

Man war sich im Großen Hauptquartier der ungeheuren Schwierigkeiten der Offensive wohl bewußt und sich darüber klar, daß unsere Westgegner in der Gesamtausrüstung, besonders in der Ausstattung mit Flugzeugen und Tanks, Bekleidungsgegenständen und Munition, vor allem aber mit Lebens- und Futtermitteln uns überlegen waren.

III

Durchführung der Offensive

Die Märzoffensive war als eine entscheidende Operation gedacht.

Die glänzende Organisierung und Vorbereitung der Offensivehandlung war eine äußerst bewunderswerte organisatorische und taktische Leistung des Generals Ludendorff.

Stimmung und Leistung der Heeresgruppenführung, der Offiziere und Mannschaften verdienen höchstes Lob, im ganzen waren die Truppen im Frühjahr 1918 noch unversehrt und ausgezeichnet.

Die Überraschung gelang sehr gut.

Die operative Auswirkung der Märzoffensive war so weit angelegt, daß die eingesetzten Kräfte schließlich dabei überspannt wurden.

Wenn auch vieles dafür spricht, daß das besonnen beschränkte Angriffsziel des St.-Georg-Angriffes erreicht worden wäre, wenn man ihn, was möglich gewesen wäre, statt des Michael-Angriffes zuerst ausgeführt hätte, so läßt sich das doch nachträglich nicht unbedingt beweisen. Jedenfalls konnte General Ludendorff nicht aktenmäßig nachgewiesen werden, daß er aus anderen als strategischen Rücksichten den Michael-Angriff vorzog.

Die Fortsetzung der Offensive statt der Umstellung auf die Defensive und ohne gleichzeitige Bemühungen um Friedensverhandlungen auch noch nach dem Aisne-Angriff entsprach nicht mehr der militärischen Lage, auch nicht General Ludendorffs eigener Erkenntnis derselben.

Durch die rücksichtslose Fortsetzung der Offensive bis in den Juli hinein trotz der immer bedenklicher werdenden eigenen Ersatzlage wurde eine Überspannung unserer Kräfte hervorgerufen, welche dann vom überlegenen Gegner hemmungslos ausgenutzt werden konnte.

General Ludendorff fehlte es am wirklichen Verständnis für die Seele des Volkes und seines eigenen Heeres. Es wurde verhängnisvoll, daß er die Übermüdung der Truppen, die bereits im Juni unbestreitbar und gemeldet war, nicht einsehen konnte oder wollte, bevor sie sich in einem breiteren Versagen der Widerstandskraft äußerte.

Unter dem Druck der Kriegszielforderungen der O.H.L. und im Banne der gänzlich anders lautenden Informationen derselben hat der zu schwache Reichskanzler Dr. Graf v. Hertling bedauerlicherweise nicht dem durchaus sachgemäßen Brief des bayerischen Kronprinzen Rupprecht vom 1. Juni 1918 entsprochen, in welchem dieser die Zeit für die Anbahnung von Friedensverhandlungen unter Bescheidung auf den Status quo ante für unbedingt gekommen hielt.

Die große Entrüstung und Überraschung der O.H.L. über die Erklärung des Staatssekretärs v. Kühlmann vom 24. Juni 1918 widersprach ihrer eigenen bisherigen Stellungnahme. Die Entlassung v. Kühlmanns wurde durch die O.H.L. allein erzwungen. Der Kaiser war gegen die O.H.L. machtlos, er trägt nur die formelle Verantwortung für die Entlassung v. Kühlmanns. Durch diese Entlassung sind alle vielleicht vorhandenen Friedensaussichten zerstört worden.

Obwohl General Ludendorff unsere außerordentlich gefährdete Lage erkannt hatte, verhinderte er nun die von ihm vorher als notwendig befundene Friedensoffensive.

Der, im Gegensatz zu der von Ludendorff anfangs Juni gebilligten Überzeugung, am 25. Juni von der O.H.L. beschlossene weitere Appell an die Waffen allein, sowie die Aufstellung sehr weitgehender, nur durch einen entsprechenden Sieg erreichbarer Forderungen hinsichtlich Belgiens am 2./3. Juli entsprachen nicht mehr der damaligen Lage Deutschlands.

Da der Reichskanzler durch das Verhalten der O.H.L. betreffs v. Kühlmann sowie der Kriegführung und der Kriegsziele falsch über die Lage informiert war, trifft ihn für diesen Beschluß der O.H.L. keine Verantwortung.

IV

Zusammenarbeit der militärischen und der politischen Führung

Sollte die Offensive 1918 den Krieg zu einem für Deutschland günstigen oder auch nur erträglichen Ende bringen, so war von ihrem Beginn an die denkbar engste Fühlung zwischen der O.H.L. und den Männern der politischen Leitung erforderlich.

Die wechselseitige Verbindung zwischen dem Obersten Kriegsherrn, der militärischen und der politischen Leitung war durch sorgfältig ausgesuchte und ihrer Aufgabe gewachsene Männer gewährleistet.

Damit die deutsche politische Reichsleitung richtige Politik machen konnte, mußte sie *stets aufs genaueste* von der O.H.L. über die militärische Lage unterrichtet werden. Die O.H.L. hat ihr solche Kenntnis nicht gegeben, sondern sie hat sie ihr mit voller Absicht vorenthalten (wie Ludendorffs Äußerung zu Oberst v. Mertz am 1. September 1918 beweist).

Die O.H.L. hat mit den für die äußere Politik verantwortlichen Stellen nicht vertrauensvoll zusammen gearbeitet, selbst nicht mit dem Staatssekretär v. Hintze, mit dem sie während des größten Teils seiner Amtsführung ein gutes persönliches Verhältnis verband.

Obwohl nach dem Scheitern der Apriloffensive General Ludendorff eine Aussicht, die Entscheidung des Kriegs militärisch herbeizuführen, nur dann noch als gegeben ansah, wenn die Heimat bald noch 200 000 Mann brauchbaren Ersatz dem Feldherrn zur Verfügung stellte, diese Bedingung aber nicht erfüllt werden konnte, und obwohl Oberst v. Haeften, General Ludendorffs Vertrauter, auf Grundlage der sehr ernsten Äußerungen Ludendorffs ihm gegenüber erkannte, daß der Krieg allein mit militärischen Machtmitteln nicht mehr zu entscheiden sei und politische und diplomatische Schritte nun dringend notwendig würden, hat die O.H.L. die politische Reichsleitung und den Kaiser über den nur ihr bekannten sehr großen Ernst der militärischen Lage nicht aufgeklärt und eine allmähliche Umstellung der öffentlichen Meinung von ihrem Sieges- und Eroberungstaumel durch das Kriegspresseamt nicht veranlaßt.

Obwohl General Ludendorff über die militärisch-politische Lage nach dem Rückschlage am 18. Juli und die daraus sich ergebenden Konsequenzen durch die Denkschrift des Majors Niemann klar und zutreffend informiert war und er dieselbe lobend anerkannte, hat er in den Besprechungen vom 28. bis 30. Juli die politischen Leiter des Reiches derart aufgeklärt, daß sie die Überzeugung erhielten, die O.H.L. glaube und stehe dafür ein, daß der Krieg mit den Waffen gewonnen werden könne.

Der Krieg war Anfang August 1918 endgültig verloren. Jetzt durften politische Verhandlungen nicht mehr hinausgeschoben werden.

Die O.H.L. hat aber trotz General Ludendorffs besserer eigener Erkenntnis am 13./14. August den Kaiser und die politische Reichsleitung nicht annähernd zutreffend aufgeklärt, ja, General Ludendorff hat die militärische Lage noch durch eine den Sinn der Worte des Generalfeldmarschalls v. Hindenburg wesent-

lich verschärfende Protokolländerung als durchaus günstig und hoffnungsvoll dargestellt und an den belgischen Kriegszielen festgehalten. Mit militärischem Denken kann dieses Verhalten nicht entschuldigt werden.

Die O.H.L. durfte den Reichskanzler am 13./14. August nicht bei der Ansicht belassen, die er aus ihrer ganz unzutreffenden Darstellung der militärischen Lage gewann, daß erst im geeigneten Augenblick, nach den nächsten Erfolgen im Westen, diplomatische Fäden angesponnen werden dürften.

Daher trägt allein die O.H.L., insbesondere General Ludendorff, die Verantwortung dafür, daß die letzten sechs kostbaren Wochen für eine energische Anbahnung von Friedensverhandlungen, für eine rechtzeitige Umstellung der deutschen öffentlichen Meinung und eine Zusammenfassung aller Kräfte zum letzten Verzweiflungskampf verlorengingen.

Am 1. September 1918 hatte General Ludendorff dem vom Urlaub zurückgekehrten Oberst v. Mertz, einem der vier Abteilungschefs, die Lage als sehr trübe geschildert.

Es ist daher nicht zu billigen, daß selbst am 9. September 1918 noch der Staatssekretär v. Hintze in Spa von der O.H.L. auf seinen schriftlichen Fragebogen über die militärische Lage weder mündlich noch schriftlich ein Wort des Zweifels oder der Warnung erhielt, daß ihm nur Zuversicht geäußert wurde.

Erst am 10. September gab die O.H.L., um dem Friedensschritt der Österreicher in letzter Minute vorzubeugen, dem Staatssekretär v. Hintze ihr Einverständnis, eine Aussprache mit dem Feinde durch eine neutrale Macht herbeizuführen. Aber es war jetzt zu spät.

Der Kaiser und die politische Reichsleitung haben am 13./14. August auf Grund der ihnen gewordenen Aufklärung pflichtgemäß gehandelt, und auch nachher kann ihnen keine Versäumnis nachgewiesen werden.

Staatssekretär v. Hintze hat, entsprechend der ihm von der O.H.L. gewordenen Aufklärung über die militärische Lage und seinen politischen Informationen, vom 14. August 1918 ab alle diplomatischen Schritte getan, zu denen er in der Lage war. Der gegen ihn erhobene Vorwurf der schuldhaften Versäumnis ist ungerechtfertigt.

„Für das Scheitern der Bemühungen des Staatssekretärs v. Hintze um Friedensvermittlung durch eine neutrale Macht war die vom 14. August 1918 ab dauernd und infolge des Fehlens fester rückwärtiger Stellungen aussichtslos sich verschlechternde Kriegslage entscheidend. Seine Versuche konnten nur dann Erfolg haben, wenn die militärische Lage sich wenigstens nicht verschlechterte. Da die politische Leitung auf die Besserung der militärischen Lage keinen Einfluß hatte, ist sie von jeder Verantwortung für den Mißerfolg ihrer Friedensbemühungen frei“ (Gutachten des Sachverständigen Schwertfeger, Bd. 2, S. 332).

Der Reichstag wurde fast völlig von der O.H.L. als Verfassungs- und politischer Faktor ignoriert, obwohl seine vertrauensvolle Heranziehung und Mitarbeit für den guten Ausgang eines solchen Krieges erforderlich war.

V

Rückwärtige Stellungen und Möglichkeit der Fortsetzung des Kampfes

Der Entschluß, den General Ludendorff kurz nach der Niederlage vom 8. August faßte, „keinen Fußbreit Boden ohne zähen Kampf aufzugeben", wäre militärisch nur gerechtfertigt gewesen angesichts sofortiger diplomatischer Schritte zur Anbahnung des Friedens, nicht aber, nachdem die O.H.L. diese hatte hinausschieben lassen. Dadurch wurde die Kampfkraft unserer Truppen in einer für die Fortsetzung des Widerstandes verhängnisvollen Weise verbraucht.

Nachdem die Offensive endgültig gescheitert war, galt es, die deutsche Kampfkraft zu erhalten und die feindlichen Heere von den deutschen Landen fernzuhalten.

Hierfür waren stark ausgebaute und sehr verkürzte rückwärtige Stellungen die Vorbedingung.

Der Ausbau stark verkürzter rückwärtiger Stellungen war aber gar nicht vorbereitet worden.

Die O.H.L. hatte es unterlassen, gegen Ende des Winters und im Frühjahr Divisionen aus dem Osten zum rechtzeitigen Ausbau solcher Stellungen heranzuziehen, obwohl „wir Arbeitskräfte noch hätten heranziehen können" (Sachverständiger General v. Kuhl in der Sitzung des 4. Unterausschusses vom 21. März 1923, o. S. 61).

Erst Anfang September wurden von der O.H.L. Maßnahmen zur Erkundung rückwärtiger Stellungen getroffen, obwohl sie längst auf deren Notwendigkeit hingewiesen war. Am 12. September wurde der Befehl zum Ausbau der Hermannstellung und erst Anfang Oktober der Befehl zur Erkundung und am 15. Oktober 1918 zum Ausbau der Antwerpen—Maas—Metz-Linie gegeben, also viel zu spät, um diese letztere noch in Angriff zu nehmen.

Die Verzögerung der Rückführung des Heeres in starke rückwärtige Stellungen von Anfang August bis in den Oktober hinein hat die Kampfkraft des Heeres nahezu erschöpft. Diese Verzögerung ist nicht von der politischen Reichsleitung verlangt oder verursacht worden, sondern von der O.H.L.

Das Fehlen starker, rückwärtiger Stellungen ist von der O.H.L. zu verantworten.

Für die Waffenstillstands-Verhandlungen und den Geist der Heimat würde es von größtem Wert gewesen sein, wenn das Heer durch rechtzeitige Rückführung in eine fest ausgebaute Antwerpen—Maas—Metz-Linie in starker Kampfkraft dagestanden hätte.

Für die überstürzte Forderung des Waffenstillstands- und Friedensangebotes, die Hinaussendung desselben am 3. Oktober und die daraus entstandenen Folgeerscheinungen trägt die O.H.L. allein die sachliche Verantwortung.

„Die Waffenstillstandsforderungen der O.H.L. vom 29. September bedeuteten das Hissen der weißen Flagge". „Die deutschen Heerführer selbst bestätigten der Entente ihren Sieg" (Gutachten des Sachverständigen Schwertfeger, Bd. 2, S. 324).

Das Vertrauen zur O.H.L., besonders zu General Ludendorff, und der Glaube an die Führereigenschaften des alten Staates brachen zusammen. Infolge dieser Erschütterung vermochte die seit mehreren Jahren gewissenlos vorbereitete Revolution das Tor zum Erfolg aufzustoßen.

Die Beurteilung der militärischen Lage durch die O.H.L., die am 29. September zu ihrer Forderung eines sofortigen Waffenstillstandsangebotes führte, ist durch den Gang der Ereignisse widerlegt worden, doch waren die Wirkungen dieses Schrittes nicht mehr gutzumachen.

Rein technisch gesprochen hätte der Abwehrkampf wohl noch einige Zeit länger fortgesetzt werden können, keinesfalls aber länger als bis zum Ende des Winters.

Die Voraussetzungen für eine längere und erfolgreiche Fristung des Widerstandes auf der Westfront: das Vertrauen zur O.H.L., das Halten der österreichisch-ungarischen Front, starke rückwärtige Stellungen, rechtzeitige und richtige Vorbereitung von Heimat und Heer auf einen solchen Verzweiflungskampf, waren aber *nicht* mehr gegeben.

Dann zerbrach die Revolution, in ihrem Erfolg wenig gehemmt durch das Verhalten der zentralen militärischen Leitung in Berlin und von Garnison- und Etappenkommandeuren, die letzte Hoffnung auf einen deutschen Widerstand, und der Waffenstillstand von Compiègne wurde unvermeidlich.

Die internationalen antimilitaristischen Bestrebungen, die gesteigerte feindliche Propaganda und die revolutionäre Unterwühlung des Heeres, der Etappe und der Heimat tragen mit Schuld am Zusammenbruch der Westfront 1918, aber keineswegs die entscheidende. Denn bei der März- und Apriloffensive waren diese Kräfte noch nicht fühlbar, bei der Aisne-Offensive auch noch nicht in nennenswertem Umfange. Erst nach dem Zusammenbruch der Offensive wurden sie wirksam.

VI

Verantwortung für die Offensive und den Zusammenbruch

Die O.H.L. übte den stärksten Einfluß auf die Entlassung und Ernennung der politischen Leiter des Reiches und der Berater des Kaisers aus.

Sowohl unter der kurzen Kanzlerschaft von Dr. Michaelis, als auch unter derjenigen des Dr. Grafen v. Hertling spielte die politische Reichsleitung dauernd gegenüber der O.H.L. eine subalterne Rolle. Der Machtwille und die Stellung der O.H.L. waren so stark, und sie hatte sich mit Hilfe des von ihr abhängigen Nachrichtendienstes eine so mächtige öffentliche Meinung geschaffen, daß seit dem Sturze des Reichskanzlers v. Bethmann Hollweg ein Politiker, der andere Meinungen und Ziele als die O.H.L. vertrat, gar nicht hochkommen und sich durchsetzen konnte, wie das Beispiel des tatkräftigen, aber trotzdem gegenüber der O.H.L. erfolglosen und gestürzten Staatssekretärs v. Kühlmann zeigt.

Der Reichskanzler Dr. Graf v. Hertling hat sich im Winter 1917/18 wiederholt gegen die Bevormundung durch die O.H.L. gewehrt.

Rein formell trägt die Verantwortung für die Offensive des Jahres 1918 neben

dem Obersten Kriegsherrn der für die Führung der Politik verantwortliche Reichskanzler.

Die Ansicht, daß die Offensive 1918 durchgeführt werden mußte und durfte, nachdem und weil der Kaiser die Genehmigung dazu erteilt hatte, ist nicht zutreffend.

Die Frage nach der Art der Beratung des Kaisers und der politischen Reichsleitung und der Herbeiführung des kaiserlichen Befehles zur Offensive durch die O.H.L. ist noch nicht genügend geklärt.

Auf jeden Fall hat nicht die politische Reichsleitung, sondern die Heeresleitung die Entscheidung für die Offensive herbeigeführt; sie trägt deshalb auch die sachliche Verantwortung für den kaiserlichen Befehl.

Das Unterbleiben der absoluten Verzichterklärung auf Belgien ist auch von der politischen Reichsleitung, insbesondere den Kanzlern Dr. Michaelis und Dr. Graf v. Hertling, zu verantworten, wenn sie auch unter dem übermächtigen Druck der O.H.L. standen.

Das deutsche Volk hat der O.H.L. die alles beherrschende, der Verfassung nicht entsprechende Stellung nicht gegeben, sondern nur eine Minderheit. Die große Mehrheit des Volkes und seine Vertreter im Reichstage tragen nur insofern eine Verantwortung dafür, als sie ihren Willen nicht energisch genug zum Ausdruck brachten. Es ist dabei aber zu bedenken, daß das ganze Volk und seine parlamentarischen Vertreter infolge der mangelhaften und anders gerichteten Aufklärung die wahre Lage auch nicht annähernd richtig erkannten.

Nachdem v. Kühlmann durch die O.H.L. gestürzt war, „konnte kein Staatsmann mehr mit irgendeiner Aussicht auf Erfolg unternehmen, die öffentliche Meinung anders zu unterrichten, als es der O.H.L. erwünscht erschien“ (Gutachten des Sachverständigen Schwertfeger, Bd. 2, S. 323).

Für die der militärischen Lage widersprechende, falsche Aufklärung und Beeinflussung der öffentlichen Meinung auf Sieg und Eroberungen und für die Unterlassung der rechtzeitigen Umstellung der Aufklärung im Sommer 1918 hat die O.H.L. die Verantwortung zu tragen.

Das politische und staatliche System und dessen autokratische Gestaltung für den Kriegsfall hatte sich überlebt und ging, als in schwerster Schicksalsbedrängnis ein Mann die autokratische Kriegführung in der Hand hatte, der weder ihn richtig beratende und entsprechend handelnde Diener zur Seite hatte, noch selbst die notwendige Menschenkenntnis besaß, zugrunde.

Der Kaiser ist nicht frei von jeder Verantwortung, da er vor dem Kriege die ihm verfassungsmäßig gegebene Führung allzu deutlich und weitgehend sich zumaß und in der Feuerprobe trotz erkannter eigener Unzulänglichkeit nicht rechtzeitig die verfassungsmäßigen Folgen daraus zog und durchsetzte.“

Zu diesem Entwurfe des Berichterstatters Dr. Deermann ging dem Büro des Untersuchungsausschusses innerhalb der gesetzten Frist vonseiten des Abg. Dr. Philipp dessen Stellungnahme zu. Sie hatte folgenden Wortlaut:

„Stellungnahme zum Resolutionsentwurf Dr. Deermanns über den Zusammenbruch 1918

Von Abg. Dr. Philipp

Den in der letzten Besprechung der Mitglieder des 4. Unterausschusses am 15. April 1924 gemachten ‚Vorschlägen' des Berichterstatters über die Ergebnisse der Untersuchungen, betreffend die Ursachen des Zusammenbruchs, konnte ich weder im ganzen noch in der Mehrzahl der Einzelfälle zustimmen. Das habe ich in meinen ‚Bemerkungen zu den Vorschlägen des Berichterstatters' vom 5. Mai 1924 deutlich zum Ausdruck gebracht. Der Berichterstatter hat darauf zu seinen ‚Vorschlägen' zweimal Änderungen mitgeteilt, die unter dem 3. und dem 12. Juli 1924 den Mitgliedern des ehemaligen Unterausschusses bekanntgegeben wurden. In diesen Änderungen hat der Berichterstatter mehrfach seine Urteile abgeschwächt und hat damit teilweise von mir erhobene Einwände gegenstandslos gemacht. Trotzdem bleibt meine Gesamtstellungnahme zu den Vorschlägen des Berichterstatters im Wesen unverändert. Unter Berücksichtigung der nunmehr endgültig vorliegenden ‚Vorschläge' des Berichterstatters fasse ich meine ‚Bemerkungen' zu diesen wie folgt zusammen:

Entgegen der in der Einleitung niedergelegten Auffassung, daß der Unterausschuß in seinen Entschließungen sich jedes Schuldurteils zu enthalten habe, werden vom Berichterstatter zahlreiche Werturteile gefällt, die meiner Meinung nach unberechtigt sind. Trotz aller Anerkennung des Bestrebens des Berichterstatters, rein wissenschaftlich den Kern der Dinge zu ergründen, glaube ich doch in der Art seiner Vorschläge für die Zusammenfassung der Untersuchungsergebnisse an vielen Stellen eine persönliche Einstellung zu den Dingen zu erkennen, die aus bestimmten Auffassungen der heutigen Zeit geboren ist. Das soll kein Vorwurf gegen den Berichterstatter sein; ein anderer Berichterstatter, der in einem Lager mit entgegengesetzten Anschauungen über die strittigen Dinge steht, würde vermutlich zu ganz anderen Ergebnissen in all den schwierigen Schuldfragen gekommen sein, bei denen aus Mangel an zwingenden Beweismitteln die subjektive Auffassung in den Vordergrund getreten ist. Daraus ergibt sich meines Erachtens, daß die dem parlamentarischen Untersuchungsausschuß gestellte Aufgabe zum großen Teile unlösbar ist und teilweise noch jahrelang, auch für die Wissenschaft, wenn nicht gar für immer, unlösbar bleiben wird. Zeitlicher Abstand und Loslösung aus dem politischen Rahmen müssen die ersten Voraussetzungen für eine wirklich gerechte und erschöpfende Untersuchung in allen solchen Fragen sein. Bis diese Voraussetzungen vorliegen, wird der bleibende Wert aller derartigen ‚Untersuchungen' parlamentarischer Stellen weniger in sogenannten Schuldurteilen bestehen als vielmehr in der Sammlung und Sichtung neuen Tatsachenstoffes für die zukünftige Geschichtsforschung. Die auf Grund von Mehrheitsbeschlüssen etwa gefällten Schuldurteile eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses, der bei seiner Tätigkeit den Arbeiten der Geschichtsforschung vorgreift, können daher ledig-

lich vorläufigen Charakter haben und bedeuten weniger bleibende Endergebnisse einer abgeschlossenen Untersuchung, als wie den Spiegel der zur Zeit herrschenden Auffassungen über Ereignisse und Personen, deren geschichtliche Stellung und Bedeutung noch den Mittelpunkt des politischen Streites bildet.

A. Allgemeines

Der Berichterstatter spricht in seinen Leitsätzen des öfteren von angeblichen Fehlern, Unterlassungen bzw. der Schuld der Obersten Heeresleitung (O.H.L.); andererseits redet er in manchen Fällen — in der ersten Fassung der „Vorschläge" waren es zahlreiche — allein von Maßnahmen und Auffassungen des Generals Ludendorff, die als Schuld zu deuten seien. Diese Gegenüberstellung von O.H.L. und Ludendorff hat in ihrer Gesamtwirkung zur Folge, daß, sofern überhaupt einigermaßen berechtigt von einer „Schuld" gesprochen werden kann, letzten Endes sich — ohne daß dies offen ausgesprochen wird — eine moralische Hauptschuld des Generals Ludendorff für den unglücklichen Ausgang des Krieges ergibt. Demgegenüber bin ich der Auffassung, daß es nicht angängig ist, in einer ganzen Reihe von Fällen eine Alleinschuld des Generals Ludendorff anzunehmen oder anzudeuten und andererseits in zahlreichen anderen Fällen lediglich auf die Verantwortlichkeit der O.H.L. hinzuweisen. Letztere ist nach meiner Auffassung als Einheit zu betrachten und für alle scheinbar selbständigen Handlungen des ersten Generalquartiermeisters nicht nur formell, sondern auch moralisch gesamtverantwortlich. Man kann nicht eine Schuld des Generals Ludendorff konstruieren, ohne den Generalfeldmarschall v. Hindenburg mit zu treffen. Letzteren gewissermaßen frei von Schuld zu sprechen — ohne daß dies ausdrücklich gesagt ist — und ersteren zu verurteilen, bedeutet eine Herabsetzung der Persönlichkeit des Feldmarschalls, die meines Erachtens sachlich nicht begründet ist. Tatsächlich bildeten die beiden Männer in den Handlungen der O.H.L. eine Einheit; wie dieser in der O.H.L. verkörperte gemeinsame einheitliche Wille beider Männer zustande kam, ist durch die Verhandlungen des Untersuchungsausschusses in keiner Weise geklärt worden, um so ungerechtfertigter ist es daher, für gewisse Einzelhandlungen der O.H.L. den General Ludendorff allein verantwortlich zu machen.

B. Einzelheiten

I

Offensive notwendig oder nicht?

1. Die vom Berichterstatter ursprünglich vertretene und in der letzten Fassung seiner Vorschläge zwischen den Zeilen zu lesende Auffassung, daß auch durch diplomatische Aktionen sich ein für Deutschland erträgliches Kriegsende hätte erreichen lassen, halte ich nicht für begründet. Der Feind wollte keinen Frieden auf der Grundlage des Status quo ante, sondern die Zerschmetterung Deutschlands, das bezeugen viele Äußerungen aus Feindes Mund; daher war meines

Erachtens die erfolgreiche Offensive das einzige Mittel, zum Frieden zu kommen. Nach der Meinung mancher militärischer Sachverständiger kann der O.H.L. höchstens ein Vorwurf gemacht werden, daß sie sich erst zu spät zur Offensive entschlossen hat. Das ist aber eine rein militärische Frage; über eine solche zu urteilen, hat der Parlamentarische Untersuchungsausschuß gemäß der Erklärung in der Einleitung zum Resolutionsentwurfe Dr. Deermanns grundsätzlich abgelehnt.

2. Die Behauptung: ein Verständigungsfriede sei auch durch die östlichen und die belgischen Kriegsziele der O.H.L. unmöglich gemacht worden, ist meines Erachtens nicht erwiesen. Der Glaube gewisser Kreise in Deutschland, daß der Verzicht auf Belgien den Weg zum Verständigungsfrieden frei gemacht hätte, beweist nichts. Im Gegenteil, eine solche Erklärung hätte als Schwächezeichen vermutlich nur den Kriegswillen der Gegner verstärkt. Die vereinzelten Stimmen aus den Lagern der Feinde, daß der Verzicht auf Belgien das wichtigste Friedenshindernis wegräume, waren ebenso Sirenenklänge wie die 14 Punkte Wilsons, auf die ein großer Teil der öffentlichen Meinung in Deutschland dem Wunsche unserer Feinde gemäß hereingefallen ist. Die spätere Entwicklung der Dinge zeigte doch deutlich, daß die Feinde nicht daran dachten, sich irgendwie an das zu halten, was sie der Welt als Ziel des Verständigungsfriedens vorgegaukelt hatten.

3. Die O.H.L. und das deutsche Volk hatten bei der großen Offensive das eine gemeinsame Ziel, den Feind niederzuringen. Was nach dem Erfolg kommen würde, beschäftigte erst in zweiter Linie die Gemüter. Daß diese für die damalige militärische Kriegführung untergeordnete Frage vorzeitig benutzt wurde, um einen Gegensatz zwischen der O.H.L. und dem deutschem Volke zu schaffen, ist das Verbrechen jener Kreise, denen schon damals an einem Siege Deutschlands nichts gelegen war.

4. Daß die Kriegsziele der O.H.L. entsprechend der militärischen Lage weiter oder enger gesteckt wurden, kann ihr nicht zum Vorwurf gemacht werden. Sie hatte vor der Geschichte die Pflicht, aus dem uns aufgezwungenen Kriege für das deutsche Volk und seine Zukunft so viel als möglich herauszuholen. Sie hätte sich am deutschen Volke versündigt, wenn sie trotz aller Erfolge sich von vornherein festgelegt hätte, keinen Grenzstein zu verändern. Das ist auch lange die Auffassung jener Kreise gewesen, die später die O.H.L. deswegen angegriffen haben, weil sie nicht den Gedanken des reinen Verteidigungskrieges vertreten habe. Die Annahme, daß ein Bekenntnis zu diesem die Einheitsfront des deutschen Volkes geschaffen hätte, ist irrig; es gab weite Schichten, die von dem Kriege die Angliederung verlorenen deutschen Landes forderten und in dem programmatischen Bekenntnis zum reinen Verteidigungskriege das Bekenntnis zum Verlust des Krieges sahen, als noch Aussicht darauf bestand, diesen zu gewinnen.

5. Als nach dem Scheitern der Frühjahrsoffensive 1918 ein Gewinnen des Krieges für das Deutsche Reich unwahrscheinlich geworden war, konnte die O.H.L. bei der Unsicherheit jeder militärischen Lage immer noch mit einer Wendung zum Besseren rechnen. Wenn es damals nicht zu Friedensaktionen

gekommen ist, trifft die Schuld daran weniger die O.H.L. als die politische Leitung, die in ihrer Schwäche sich gegenüber der O.H.L. nicht durchzusetzen wagte.

6. Die O.H.L. bekannte sich mit Recht erst dann zu einem Verständigungsfrieden im September 1918, als infolge der veränderten militärischen Lage jede Aussicht geschwunden war, den Krieg zu gewinnen.

II

Vorbereitung der Offensive

7. Die Möglichkeit, 1918 mehr österreichische Truppen nach dem Westen zu ziehen, bestand zweifellos. Andererseits erwuchs damit die Gefahr eines früheren Zusammenbruchs der Österreicher an der italienischen Front und des Abfalls der Bundesgenossen.

8. Dem Urteil, daß durch den Frieden von Brest-Litowsk größere militärische Kräfte im Osten gebunden wurden, die bei einem Rückgang auf die deutsche Grenze sich hätten frei machen lassen, kann ich nicht beipflichten. Die dazu notwendige Preisgabe der Randstaaten, Polens und der Ukraine hätte im Osten sicherlich zum Vordringen der Bolschewisten bis an die Reichsgrenze geführt und zahllose neue Verwicklungen hervorgerufen. Damit wären auch die vom Berichterstatter erwähnten Aussichten durch ‚gut bezahlten freien Handel und Schmuggel' aus der Ukraine Vieh und Pferde heranzuziehen, hinfällig geworden. Die Besetzung der weiten Gebiete im Osten war notwendig, um die Ruhe dort aufrecht zu erhalten.

III

Durchführung der Offensive

9. Über die Frage, ob es zweckmäßig war, im Sommer 1918 die Offensive fortzusetzen, anstatt zur Defensive überzugehen, erlaube ich mir kein Urteil, da es sich um eine rein militärische Frage handelt.

10. Die beleidigende Behauptung, General Ludendorff ‚fehlte es an wirklichem Verständnis für die Seele des Volkes und eigenen Heeres', ist lediglich ein persönliches Werturteil und in keiner Hinsicht durch Tatsachen belegt.

11. Wenn die Entlassung v. Kühlmanns durch die O.H.L. allein erzwungen wurde, so liegt hier zweifellos eine Mitschuld der politisch verantwortlichen Stellen vor, die, falls die Entlassung ein Fehler war — was ich bestreite —, von ihren verfassungsmäßigen Rechten, selbständig den Staatssekretär des Äußern zu bestellen, keinen Gebrauch machten. Mit Urteilen, wie dem, daß durch die Entlassung v. Kühlmanns ‚alle vielleicht möglichen Friedensaussichten' zerstört worden sind, ist der Aufklärung nicht gedient.

Daß die O.H.L. die politische Reichsleitung falsch über die Lage informiert hat, erscheint mir unbegründet. Daß bei der sich ewig ändernden militärischen Lage hier und da Widersprüche in der Auffassung gewisser Äußerungen der

O.H.L. vorgekommen sind, ist kein Beweis für eine bewußte Irreführung der Reichsregierung durch die O.H.L.

IV

Zusammenarbeit der militärischen und politischen Führung

13. Es ist ferner geradezu ungeheuerlich, wenn der O.H.L. die Verantwortung dafür zugeschoben wird, daß die letzten 6 Kriegswochen nicht für Friedensverhandlungen, für eine Umstellung der öffentlichen Meinung und für eine Zusammenfassung aller Kräfte zum letzten Verzweiflungskampf benutzt wurden. Maßnahmen in allen drei Richtungen waren nicht vorwiegend Sache der O.H.L., sondern der Reichsregierung. Als sich diese Anfang Oktober im Sinne des Parlamentarismus umbildete, ist von ihr der Gedanke der nationalen Verteidigung zwar wohl proklamiert, aber bald praktisch sabotiert worden.

14. Die Ausschaltung des Reichstags durch die O.H.L. ist tatsächlich nicht in der Weise erfolgt, wie es im Hinblick auf eine erfolgreiche Kriegführung erwünscht gewesen wäre. Die Quertreibereien mancher Parlamentarier (Erzberger), die Verhätschelung der Sozialdemokraten von oben, und die Beteiligung von Männern, die Hoch- und Landesverrat betrieben, an den Verhandlungen des Hauptausschusses, haben einen glücklichen Ausgang des Krieges wesentlich mit verhindert. Eine vertrauensvolle Heranziehung und Mitarbeit des Reichstags durch die O.H.L. kam nach der Friedensentschließung nicht in Frage, wenn die O.H.L. an einen glücklichen Ausgang des Krieges glaubte.

V

Rückwärtige Stellungen und Möglichkeit der Fortsetzung des Kampfes

15. Ob es richtiger gewesen wäre, Ende Sommer 1918 in eine rückwärtige Stellung auf einmal zu gehen, statt Schritt für Schritt sich jeden Fußbreit Boden abringen zu lassen, kann ich als rein militärische Frage nicht beurteilen. Wegen des Fehlens starker rückwärtiger Stellungen eine Schuld der O.H.L. festzustellen, muß ich ablehnen. Auch einige Arbeitskräfte aus dem Osten hätten diesen Übelstand nicht beseitigen können, ganz abgesehen von der moralischen Gefahr, die dem Westen aus dem Zuwachs bolschewistisch verseuchter Truppen aus dem Osten erwachsen wäre.

16. Die Waffenstillstandsforderung der O.H.L. vom 29. September bedeutete wohl den Verlust des Krieges, aber keinesfalls ‚das Hissen der weißen Flagge', d. h. die Kapitulation. Diese wurde erst notwendig, als die neue Regierung des Prinzen Max von Baden sich der nationalen Verteidigung versagte und die Revolution ausbrach.

VI

Verantwortung für die Offensive und den Zusammenbruch

17. Das im Sinne der Gutachten vom Professor Delbrück fühlbare Bestreben, in möglichst zahlreichen Fällen eine Schuld der O.H.L. bzw. des Generals Luden-

dorff festzustellen oder anzudeuten, ist meines Erachtens völlig abwegig. Wenn wirklich die Männer der politischen Verantwortung nur ‚eine subalterne Rolle' gespielt haben, oder gar Werkzeuge des Generals waren, trifft sie zum mindesten moralisch die gleiche Schuld, die sie formal in vielen Fällen allein zu tragen haben. Deutschlands Verhängnis war nicht allein die Tatsache, daß die politisch verantwortlichen Stellen mit unzureichenden Persönlichkeiten besetzt waren, sondern daß, je länger der Krieg dauerte, die Angst vor einem deutschen Siege von gewissen Parteien und Personen förmlich gezüchtet wurde, weil ein voller Erfolg der deutschen Armeen die innenpolitischen Hoffnungen der deutschen Revolutionäre zu zerstören schien.

18. Der Auffassung, daß das alte System überlebt war und daher zugrunde gegangen sei, möchte ich die Tatsache gegenüberstellen, daß für den Verlust des Krieges in erster Linie außerhalb unserer Macht liegende Dinge entscheidend waren, die Übermacht der Gegner und der Abfall unserer Bundesgenossen. Hätte der Kaiser aus der vom Berichterstatter behaupteten ‚erkannten eigenen Unzulänglichkeit' rechtzeitig die ‚verfassungsmäßigen' Folgen gezogen und zur Demokratisierung im Sinne des westlichen Parlamentarismus die Hand gegeben oder gar abgedankt, der Krieg wäre wohl kaum im Ergebnis anders verlaufen; wohl aber wäre es möglich geworden, daß der Feind die innere Umgestaltung Deutschlands als Schwäche erkannte und der Krieg früher für Deutschland verloren ging. Andererseits war es nicht unwahrscheinlich, daß die rechtzeitige siegreiche Beendigung des Krieges das ‚alte System' auf unabsehbare Zeit hätte festigen können. Es ist eine alte Erfahrung, daß siegreiche Kriege den bestehenden Staat in seinem inneren Aufbau, stärken, dagegen Mißerfolge das herrschende System sturzreif machen. Das Kaiserreich und Kaiser Wilhelm II. waren Opfer des verlorenen Krieges und der deutschen Revolution.

Wenn ich die Ursachen für den unglücklichen Kriegsausgang im Herbst 1918 zusammenfassen soll, so liegen dieselben m. E.

1. in dem Zerfall des deutschen Bündnissystems;
2. in der militärischen wie wirtschaftlichen Übermacht unserer Feinde;
3. und in der Wühlarbeit derjenigen Kreise, die die Not des Vaterlandes zu innerpolitischen Veränderungen ausnutzten.

Trotz einzelner — zweifelsohne hier und da gemachter — Fehler kann meines Erachtens an der Hand des vorliegenden Tatsachenstoffes von einer allgemeinen Schuld oder gar Alleinschuld der O.H.L. oder des Generals Ludendorff am Zusammenbruch 1918 nicht die Rede sein. Die Frage, inwieweit die für Deutschland unglückliche Entwicklung der Dinge auf das Versagen ziviler Stellen, auf die Reichsregierung und den Reichstag zurückzuführen ist, bedarf meines Erachtens noch gründlicher Prüfung; daß auch dort nach der Auffassung vieler Deutscher, ‚schuldige' Stellen, Personen und Personengruppen vorhanden waren, ist bekannt."

Von dem am 6. Mai 1924 gewählten Reichstag wurde der Untersuchungsausschuß zum Abschluß der Arbeiten des 1., 3. und 4. Unterausschusses wieder eingesetzt: Die am 20. Oktober 1924 vollzogene Auflösung auch dieses Reichstages verhinderte den 4. Unterausschuß, sich zu bilden. Der am 5. Januar

1925 zusammengetretene jetzige Reichstag wiederholte den zuletzt gefaßten Beschluß, indem er wiederum den 1., 3. und 4. Unterausschuß zum Abschluß ihrer Arbeiten im Rahmen der bisherigen Arbeitspläne einsetzte. (Beschluß vom 14 Januar 1925).

Die Geschäftsführung des Untersuchungsausschusses hatte im Sommer 1924 die Ausführung des durch den Präsidenten Löbe bestätigten Beschlusses der obenerwähnten nichtoffiziellen Sitzung vom 15. April 1924 in die Wege geleitet und wollte zunächst die Gutachten des 4. Unterausschusses veröffentlichen. Dagegen erhob das Reichsministerium des Innern Bedenken, und der bis zum Zusammentritt des am 6. Dezember gewählten Reichstags amtierende Präsident Wallraf verfügte, daß bis zur Prüfung dieses Einspruches durch den neuen Reichstag die Veröffentlichung unterbleibe. Diese Verzögerung führte im November und Dezember 1924 anläßlich der Vorbereitung der Dezemberwahlen zu Erörterungen in Parteiversammlungen und in der Presse und beschäftigte sofort den am 14. Januar 1925 wieder eingesetzten Untersuchungsausschuß. Dieser beschloß in seiner Sitzung vom 21. Januar 1925, die Gutachten betreffend den militärischen Zusammenbruch nicht für sich, sondern zusammen mit dem Verhandlungsbericht und den Entschließungen des Ausschusses zu veröffentlichen.

Am 21. Januar 1925 erfolgte die Wiedereinsetzung des 4. Unterausschusses, der zum Vorsitzenden den Abg. Dr. Philipp (DNV), zum stellvertretenden Vorsitzenden Abg. Dr. Moses (SPD) wählte und dem als Mitglieder die Abg. Graf v. d. Schulenburg (DNV), Dr. Spahn (Berlin) (Z), Dr. Hoff (DV), Dr. Quessel (SPD), Dittmann (SPD), Dr. Dr. Bredt (WV) und Eichhorn (KP) angehören.

Am 22. Januar 1925 erfolgte eine Aussprache über den Arbeitsplan.

Sitzung, Mittwoch, den 4. Februar 1925

Beratung einer Entschließung über den militärischen Zusammenbruch im Jahre 1918

Vorsitzender Abg. Dr. *Philipp:* Es war das letztemal die Frage aufgeworfen worden, ob im Anschluß an den Ihnen vorliegenden Resolutionsentwurf Dr. Deermanns noch Vernehmungen stattfinden sollten. Historisch möchte ich feststellen, daß der Ausschuß bisher in seiner Mehrheit der Auffassung war, daß dies nicht geschehen sollte. Die Frage ist, ich glaube Ende 1922, besprochen worden, ehe die Gutachten der Sachverständigen vollständig vorlagen. Damals kamen Anregungen seitens des Obersten Nicolai, aber auf Grund der Einwände des Sachverständigen Oberst Schwertfeger sah man davon ab, eine Heranziehung des Obersten Nicolai zu beschließen. Man hat auch später nochmals, während über die Gutachten verhandelt wurde, die Frage angeschnitten, ob eine Persönlichkeit der früheren O.H.L. zur Auskunfterteilung in Frage kommen könnte. Auch damals hat die Mehrheit sich entschieden, nicht zu solchen Verhandlungen zu kommen. Ich stelle ausdrücklich fest, es waren das damals „ad hoc" gefaßte Beschlüsse. Man sagte, erst wenn

der Ausschuß einigermaßen gesicherte Ergebnisse habe, könnten vielleicht weitere Auskunftspersonen heranzuziehen sein. Jetzt sind wir in einer gewissen Zwangslage. Auf Grund der früheren Beschlüsse müssen wir einen Abschluß herbeiführen. Dem Geist der früheren Beschlüsse würde es nicht entsprechen, durch größere Vernehmungen die Untersuchung noch einmal von Grund auf aufzurollen. Es scheint mir aber wichtig, festzustellen, wie sich der Ausschuß jetzt dazu stellt und ob etwa Wünsche anderer Stellen auf Vernehmungen in Frage kommen.

Abg. Dr. *Moses:* Diese Vernehmungen würden dem widersprechen, was wir beabsichtigt hatten, nämlich: so schnell wie möglich der Öffentlichkeit von unseren Arbeiten Kenntnis zu geben. Wenn wir jetzt wieder Verhandlungen vornehmen, würde nach meiner Überzeugung wieder ein Jahr drauf gehen.

Abg. Graf *v. d. Schulenburg:* Ich habe das ganze Material durchgearbeitet und stehe der ganzen Angelegenheit noch unbefangener gegenüber, als die Herren, die früher Mitglieder des Ausschusses waren. Die Schlußresolution von Dr. Deermann sagt im Anfang, daß die einschlägigen Fragen zum größten Teil nicht geklärt werden konnten, infolgedessen müßte man sich jeden Schuldurteils enthalten, und lehnt es ab, in den militärisch strittigen Punkten sich zu äußern. Dann aber wird eine Resolution vorgeschlagen, die von Anfang bis zu Ende eine schwere Anklage der O.H.L. und besonders des Generals Ludendorff darstellt. Es werden militärische Punkte berührt, die zum Teil auch noch falsch sind. Wenn die Resolution z. B. sagt, der St. Georg-Angriff wäre möglich gewesen, so ist das unrichtig. Wir mußten früh angreifen, der St. Georg aber war nur bei trockenem Wetter möglich. Das war ein unsicherer Faktor. Ich glaube, daß nach dem Rechtsempfinden im Volk und in der Welt es ganz ausgeschlossen ist, daß ein Untersuchungsausschuß dieses Hohen Hauses mit solchem Material vor die Welt tritt, ohne die Hauptbeteiligten, die O.H.L., gehört zu haben. Ich bin der Ansicht, daß unbedingt der O.H.L. oder einem Herrn derselben, wie z. B. General Wetzell, Gelegenheit gegeben werden muß, zu den Fragen Stellung zu nehmen. Ich glaube auch nicht, daß darüber ein Jahr vergeht, sondern daß es in relativ kurzer Zeit nachgeholt werden kann.

Abg. Dr. Dr. *Bredt:* Ich bin in der Sache neu, habe aber jetzt in den acht Tagen das Material genau studiert. Wenn das, was Dr. Moses sagte, nötig ist, nämlich möglichst bald eine Veröffentlichung herauszubringen, so darf das doch nicht geschehen auf Kosten der Sache und des Ansehens des Ausschusses.

Wenn weitere Vernehmungen gewünscht werden, möchte ich eine neue Frage aufwerfen, die bis jetzt ganz fehlt. Das ist die Stellung des Reichstags bei der ganzen Sache. Ich bin während des Krieges nicht Reichstagsabgeordneter, aber preußischer Landtagsabgeordneter gewesen. Der Reichstag hat eine viel größere Rolle gespielt, als die meisten Leute wissen, und zwar mehr nach der negativen, als nach der positiven Seite. In ganz entscheidenden Momenten ist das negative Gewicht des Reichstags mit Wucht in die Wagschale gefallen, und der Reichstag hat den Ausschlag gegeben. Nehmen Sie nur die Friedensresolution und den Frieden von Brest-Litowsk.

(Zwischenruf: Es handelt sich nur um 1918.)

Aber das steht doch auf der Grundlage der früheren Ereignisse. Die Frage, wie der Reichstag sich verhalten hat, sollte meines Erachtens besonders untersucht werden.

Vorsitzender Abg. Dr. *Philipp:* Die Frage der innenpolitischen Verantwortlichkeit ist in dem zweiten Referat, dem sog. Dolchstoß-Referat, hier und da gestreift. Was Herr Dr. Bredt sagt, ist richtig. Ich habe mich vier Jahre lang vergeblich bemüht, auch diesen Teil der komplizierten Schuldfrage in die Debatte zu werfen, aber man war der Auffassung, daß es sich bei diesem Unterausschuß in erster Linie darum handle, die militärischen Fragen in den Vordergrund zu stellen. Meines Erachtens ist in dem ersten Referat des Obersten Schwertfeger die Frage der politischen Verantwortlichkeit auf zu breiter Grundlage bearbeitet worden. Wir sollten uns zunächst ausschließlich mit der Frage beschäftigen: welche Gründe haben zu der militärischen Katastrophe geführt? und der Plan war, daß ganz im Sinne des Herrn Dr. Bredt den politischen Dingen in Sonderreferaten nachzugehen sei. Schließlich hat man gesagt, wir bearbeiten nur noch die Fragen, bei denen Aussicht besteht, zu Ende zu kommen. Da blieb das militärische Fragengebiet und was man über den „Dolchstoß" zusammengefaßt hat. Auch diese Formulierung wurde erst später angewandt. 1919 waren vier Aufgabenkreise gedacht: Militärische, innenpolitische Schuld, Mißstände in der Armee, schließlich Einfluß der annexionistischen bzw. revolutionären Propaganda auf den Ausgang des Krieges. Die letzteren Untersuchungen wurden die Plattform für das Dolchstoßgebiet. Daß die Gedanken des Herrn Dr. Bredt in unserer Untersuchung eine Rolle gespielt haben, beweist der letzte Satz meiner Abänderungsvorschläge zu der Resolution Deermann. Ich sage da ausdrücklich:

> „Die Frage, inwieweit die für Deutschland unglückliche Entwicklung der Dinge auf das Versagen ziviler Stellen, auf die Reichsregierung und den Reichstag zurückzuführen ist, bedarf meines Erachtens noch gründlicher Prüfung; daß auch dort nach der Auffassung vieler Deutscher ‚schuldige' Stellen, Personen und Personengruppen vorhanden waren, ist bekannt."

Würden wir den Weg Bredt beschreiten, so müßten wir beim Gesamtausschuß den Antrag stellen, die Lebensdauer des Ausschusses zu verlängern. Das widerspricht dem im Plenum des Reichtsags angenommenen Antrag, der nur die Aufarbeitung des vorhandenen Materials im Rahmen der festgesetzten Arbeitspläne vorsieht. Dieser Ausweg scheint mir zunächst also nicht gangbar.

Vertreter des Reichswehrministeriums Oberstleutnant *Otto v. Stülpnagel:* Ich möchte auf die Frage der Vernehmungen zurückkommen. Ich hatte, wie ich in der Sitzung vom 21. Januar 1925 im Gesamtausschuß ausführte, schon vor Jahren Bedenken erhoben über die Art des Vorgehens im Ausschuß und darauf hingewiesen, daß das sachliche Material nicht erschöpft war, daß auch die Sachverständigen zu sehr nur auf private Bücher sich gestützt hatten und daß die handelnden Herren nicht Gelegenheit bekamen, ihre Motive zu äußern. Von diesen Bedenken kann ich auch heute nicht abgehen. Es ist schon gesagt, das Votum Deermann sei nur eine Summe von Anklagen. Kommen wir damit

heraus, so wird in der Öffentlichkeit die Frage aufgeworfen: Es fehlt ja eigentlich die Grundlage jedes Prozesses. Wie kann man solche Anklagen erheben, ohne die Angeklagten zu hören? Wenn Ludendorffs Vernehmung nicht opportun erschien, warum dann nicht etwa die des Generals Wetzell? Es wurde bei der Gründung des Ausschusses festgestellt, daß die Herren in öffentlicher Sitzung zu vernehmen und die Ergebnisse sofort herauszubringen seien, damit weitere Zeugen sich melden könnten. Davon wurde abgewichen, wohl mit Recht. Aber den Grundgedanken muß man doch festhalten. Ich mache diese Ausführungen nur, um die Objektivität des Ausschusses wahren zu helfen.

Abg. *Eichhorn:* Ich bin nicht dagegen, daß Ludendorff gehört wird, damit er sich mit den Sachverständigen und Mitgliedern kontradiktorisch auseinandersetzen könnte. Ich hätte auch nichts dagegen, daß andere Herren der O.H.L. vernommen werden. Aber darüber müssen wir uns einig sein: wenn wir die Verhandlungen im Sinne des Herrn Dr. Bredt ausdehnen wollen, müssen wir uns gefaßt machen, nicht ein Jahr, sondern ein halbes Dutzend Jahre zu sitzen, und auch dann geht es aus wie das Hornberger Schießen. Es kommt doch schließlich auf den Standpunkt an. In dem Vorschlag Deermann ist wiederholt ausgesprochen, daß die O.H.L. die politische Leitung fast vollständig ausgeschaltet habe. Das haben wir ja miterlebt. Der Reichstag war das fünfte Rad am Wagen. Im Plenum sind wichtigere Fragen überhaupt nicht verhandelt worden, in den Ausschüssen wurde alles begraben, und was da vorging, war keine Einflußnahme des Parlamentes, sondern nur unverbindliche Erörterungen. Deswegen würde die innenpolitische Verantwortung gegenüber der Verantwortung der O.H.L. sehr zusammenschrumpfen. Es ist uns aber für unsere Aufgabe überhaupt ein enger Rahmen gegeben. Wir sollten über die Ursachen des Zusammenbruchs von 1918 ein Urteil fällen. Kommt man zu Ansichten wie der Abg. Dr. Philipp gegen die Resolution Deermann, so wird man überhaupt kein Urteil abgeben können. Dann ist aber auch jeder sonstige Richterspruch auf Grund von Sachverständigen und Zeugen unmöglich. Wir sind genau in derselben Lage wie irgendein Gericht. Ich bin allerdings der Meinung, daß ganz konkrete militärische Urteile herausgelassen werden können, z. B. die Frage, ob diese oder jene Angriffsstelle richtig oder falsch, diese oder jene Offensive so oder anders anzusetzen war. Darüber könnte man sich vielleicht einigen. Wollen wir das nicht ohne weiteres, so wäre notwendig, daß man Ludendorff und seine militärischen Ratgeber hier noch hörte im Beisein der Sachverständigen. Das wäre aber der Rahmen, in dem wir uns zu halten haben.

Abg. Dr. Dr. *Bredt:* Wir haben gewiß die Aufgabe festzustellen, warum es im Jahre 1918 zum Zusammenbruch kam. Die Sachverständigen v. Kuhl und Schwertfeger sagen, daß die Offensive mißglückt ist. Aber hinter den Gutachten schwebt die Ansicht: Es gab nichts anderes als die Offensive.

(Zwischenruf: Es steht sogar wörtlich darin.)

Nun sagt der Sachverständige Prof. Dr. Delbrück: Aber, wenn im Jahre 1918 die O.H.L. nicht Belgien hätte behaupten wollen, hätten wir Frieden bekommen. Da möchte ich die Frage stellen: Wer hat denn über Belgien zu entscheiden

gehabt? Warum hat damals der Reichstag geschwiegen? Warum hat er sich schweigend hinter die Forderung von Belgien gestellt? Diese Verantwortung kann doch nicht ausgeschaltet werden und fällt in den bisherigen Untersuchungen ganz unter den Tisch. Weiter, gegenüber Herrn Eichhorn. Die Angriffe gegen Ludendorff kommen von Prof. Delbrück, und die Resolution Deermann ist nicht viel mehr als ein Auszug aus Delbrück. Herr Eichhorn sagt, daß wir nicht besser und nicht schlechter urteilen können als irgendein Gericht. Das ist doch nicht zutreffend. Nach seiner eigenen Erklärung handelt es sich zuletzt um Auffassungen und Standpunkte. Denn wir haben keinen Gesetzeskodex, nach dem zu urteilen wäre. Den Richterspruch über den Zusammenbruch von 1918 fällt irgendein großer Historiker vom Format Rankes oder Treitschkes erheblich nach dem Jahre 2000. Es kommt für uns nur darauf an, daß wir der Nachwelt das Material möglichst einwandfrei überliefern. Der Vorschlag, den General Wetzell zu vernehmen, scheint mir das einzig Richtige zu sein.

Abg. Dr. *Moses:* Ich habe wiederholt betont, daß ich auch nach Vernehmung von zwanzig weiteren Generälen nicht in der Lage bin, ein Urteil über rein militärische Fragen abzugeben. Aber ich meine, wir könnten vielleicht beide Dinge vereinigen, d. h. noch neue Untersuchungen veranstalten und doch schnell arbeiten. Die letzten Vorgänge in der Frage der Veröffentlichung haben doch unliebsames Aufsehen erregt. Ich würde vorschlagen, wir vernehmen noch Ludendorff selbst. Kommt bloß Wetzell, dann wird von Gegnern betont werden, auch dieser habe nicht alles gewußt. Was den Reichstag anbelangt, so ist allerdings in den Ausschüssen hier und da von den Dingen gesprochen worden. Ich bin aber der Überzeugung, daß wirklich eine Schuld des Reichstags vorliegt, und daß das untersucht werden soll. Noch im August 1918 hätte sich der Reichstag aufraffen können. Dann bitte ich aber, daß wir alle anderen Arbeiten weglassen, um möglichst schnell vorwärts zu kommen. Der Öffentlichkeit wäre ein Kommuniqué zu geben. Ich bin also einverstanden, die genannten zwei Punkte zu prüfen.

Vertreter des Reichswehrministeriums Oberstleutnant *Otto v. Stülpnagel:* Ich glaube, die Sache ist nicht so schwierig. Wir können wirklich schnell arbeiten. General Wetzell, der über alles, was General Ludendorff wollte und getan hat, unterrichtet ist, würde schon genügen, um über strittige militärische Fragen Aufschluß zu geben.

Was den Schuldspruch betrifft, so muß ich auf den Ursprung des Untersuchungsausschusses zurückgehen. Die Herren Dr. Quidde und Dr. Sinzheimer haben von Anfang an stark betont, daß es sich nur um Feststellung von Tatsachen handle, nicht um Werturteile. Noch auf einen Punkt möchte ich hinweisen. Die Friedensmöglichkeiten während des Krieges, die der 2. Unterausschuß untersuchte, stehen im engsten Zusammenhang mit den Entschlüssen zur Offensive. Ich glaube, wenn wir die Ergebnisse des 2. Unterausschusses und die Ansichten von Geheimrat Delbrück vergleichen, so werden sich Friktionen ergeben. Geheimrat Delbrück hat, soviel ich weiß, in einem Anhang zu seinem Gutachten zu der Resolution des 2. Unterausschusses Stellung genommen.

Abg. Dr. *Hoff:* Ich bin mit Dr. Bredt der Meinung, daß es nicht möglich ist, das Fazit hier im Sinne eines Urteils zu ziehen. Dazu fehlen alle Voraussetzungen. Es ergibt sich aber dann die Frage, unter welchem Gesichtspunkt das Ergebnis unserer Beratungen festgestellt werden soll. Herr Dr. Bredt sagt: Wir können nur Material sammeln. Soweit möchte ich mich seiner Auffassung nicht anpassen. Dazu sind wir doch nicht seit vier Jahren zusammen. Wenn wir schon keinen Urteilsspruch fällen, von dem wir glauben, daß er für die Jahrhunderte der Geschichte Geltung hat, so dürfen wir uns doch nicht scheuen, unsere Meinung auszusprechen. Davon können wir nicht Abstand nehmen. Wir sollen die Auffassung der deutschen Volksvertretung formulieren, so wie sie sich auf Grund der jetzt bekannten Tatsachen herausgebildet hat. Deswegen: kein Urteil fällen, aber auch nicht bloß Material sammeln, sondern auf Grund des gesammelten Materials unsere Meinung sagen.

In tatsächlicher Hinsicht bin ich der Auffassung, daß man den Herren, denen bisher die Schuld am Zusammenbruch ausdrücklich oder stillschweigend beigemessen ist, Gelegenheit geben muß, sich auszusprechen und daß es ein Versäumnis wäre, wenn man das nicht tun wollte. In der Öffentlichkeit würde es sofort heißen: Das geht nicht an. Auch wenn die Tatsachen sehr deutlich sprechen, muß dem Beklagten die Möglichkeit gegeben werden, sich zu äußern. Wenn wir nun aber schon einmal die Herren vernehmen, dann in erster Linie General Ludendorff. Es nützt in diesem Sinne nichts, den General Wetzell zu vernehmen. Denn dann erklärt Ludendorff: *Ich* war der Mann und ich allein hätte Auskunft geben können. Er hätte auch recht damit.

Dann aber bin ich auch der Meinung, daß wir uns weiterer Bedenken nach Möglichkeit entschlagen sollen. Es werden auch nach der Vernehmung noch Schwierigkeiten kommen.

Vorsitzender Abg. Dr. *Philipp:* Ich kann den gemachten Ausführungen im wesentlichen nur beistimmen. Ich vermisse aber noch praktische Vorschläge, wie vorwärts zu kommen ist. Mir wäre am liebsten gewesen, wenn eine Stellungnahme der Mitglieder zu den vorliegenden Unterlagen hätte festgestellt werden können. Es ist mißlich, wenn wir jetzt jemand vernehmen, auf Grund der Vorschläge des Herrn Dr. Deermann, der nicht mehr Mitglied des Reichstags ist. Nur Herr Abg. Eichhorn hat seine Zustimmung zur Entschließung Dr. Deermann bisher bekanntgegeben. Es scheint mir aber notwendig, daß die Mitglieder des Ausschusses sich schriftlich oder durch Verhandlungen, die wir stenographisch aufnehmen, zu diesem Bericht des Herrn Dr. Deermann bzw. den dazu gemachten Bemerkungen äußern. Dann erst bekommen wir die Grundlage für die Abschlußarbeiten.

Abg. Dr. *Moses:* Ich halte den umgekehrten Weg für richtig. Warum sollen wir jetzt Gutachten abgeben und dann Zeugen vernehmen? Lieber vorher die Zeugen vernehmen und nachher auf Grund der Aussagen durch weitere Verhandlungen zu einer Resolution kommen.

Abg. *Eichhorn:* Da Dr. Deermann nicht mehr Mitglied des Hauses ist, wird nichts übrig bleiben, als einen Berichterstatter aus dem Ausschuß zu ernennen. Die neuen Verhandlungen werden vielleicht ein neues Bild geben, und man

kommt zu anderen Auffassungen. Es würde sich vielleicht auch für Dr. Deermann ändern. Ich meine also mit Dr. Moses, es sollten zuerst Vernehmungen angestellt werden.

Die überwiegende Meinung des Ausschusses geht dahin, daß zunächst den Generälen Ludendorff und Wetzell das bisherige Material des Ausschusses zuzusenden ist mit der Aufforderung, sich in einer angemessenen Frist, die der Vorsitzende fixieren soll, zu äußern. Über die Frage, ob nachdem mündliche Vernehmungen der beiden Herren stattfinden sollen, wird noch nichts entschieden. Es wird vorgeschlagen, daß im Sinne der Ausführungen des Abg. Eichhorn ein neuer Berichterstatter fungieren soll.

Sitzung, Donnerstag, den 12. Februar 1925

1. Mitteilung des Antwortschreibens des Generals Ludendorff auf das Anheimstellen des Untersuchungsausschusses, zu dem Material des 4. Unterausschusses schriftlich Stellung zu nehmen:

„Ich bitte, mir das in Aussicht gestellte Material nicht zuzustellen, da ich nicht beabsichtige, zu ihm Stellung zu nehmen. Die schwerwiegenden Gründe, die mich dazu veranlassen, sind so zahlreiche, daß ich darauf verzichte, sie anzuführen."

2. Der Abg. Dr. Dr. Bredt wird in Nachfolge des früheren Abg. Dr. Deermann zum Berichterstatter über die Frage des militärischen Zusammenbruchs 1918 bestellt.

Sitzung, Sonnabend, den 7. März 1925

Bekanntgabe der Denkschrift des Generalmajors Wetzell zu dem ihm übersandten Material des 4. Unterausschusses

Die Denkschrift hat folgenden Wortlaut:

„Bevor ich in die rein sachliche Betrachtung einzelner von mir zu klärender Punkte eintrete, möchte ich mir wenige allgemeine Bemerkungen zuvor erlauben.

1. Verantwortlichkeit der beiden führenden Persönlichkeiten der Obersten Heeresleitung für die Offensive 1918

Als einstiger Gehilfe des Generalfeldmarschalls von Hindenburg und des Generals Ludendorff im Weltkriege habe ich es bitter empfunden, daß sowohl in dem ‚Entwurf einer Resolution des 4. Untersuchungsausschusses' wie auch in manchen Gutachten die Verantwortlichkeit des Herrn Generalfeldmarschalls für die Anlage und Durchführung der Offensive 1918 ganz zurücktritt gegenüber der, die dem General Ludendorff für alles zugeschoben wird.

Damit wird man weder der geschichtlichen Wahrheit, noch den beiden handelnden Persönlichkeiten gerecht.

Der Herr Generalfeldmarschall war im Jahre 1918 im Vollbesitz seiner geistigen und körperlichen Fähigkeiten.

Sein durch Lebensalter, reiche militärische Erfahrungen im Kriege und Frieden abwägendes Urteil hat auf die tatfrohe, zäh vorwärtstreibende Energie des Generals Ludendorff ausgleichend gewirkt.

Die ritterliche, durch abgeklärte Lebensweisheit und Kriegsruhm geadelte, verehrungswürdige Persönlichkeit des Generalfeldmarschalls hat der ganzen O.H.L. bei ihrer sachlichen Arbeit sowie in persönlicher Beziehung den Stempel aufgedrückt.

Gewiß ist mit der in der höchsten Not des Krieges im Jahre 1916 erfolgten Ernennung des Generalfeldmarschalls und des Generals Ludendorff, zum Chef des Generalstabes bzw. Generalquartiermeister, in dem Verhältnis zwischen dem Kaiser, als oberstem Kriegsherrn, dem Generalfeldmarschall und dem General Ludendorff eine gewisse Änderung in der Rollenverteilung der O.H.L. eingetreten, die nicht in dem Titel Chef des Generalstabes und Generalquartiermeister ihren zutreffenden Ausdruck findet. Besser läßt sich das Verhältnis charakterisieren, wenn man den Generalfeldmarschall als neben dem obersten Kriegsherrn stehenden Oberbefehlshaber der deutschen Armee und den Generalquartiermeister als seinen und des Heeres Chef des Generalstabes bezeichnet.

General Ludendorff ist sich sehr wohl über die Grenze seiner Stellung, wie über die Verantwortlichkeit des Herrn Generalfeldmarschalls und über die eigene, vor Kaiser und Volk völlig im klaren gewesen. Es hat tagtäglich ein längerer, manchmal mehrfacher persönlicher Gedankenaustausch zwischen den beiden Feldherren allein, ohne Hinzuziehung von Gehilfen, stattgefunden. Alles, was der Entscheidung und der Zustimmung des Feldmarschalls bedurfte, auch besondere Details, sind ihm pflichtmäßig unterbreitet worden, manches auch durch die ressortmäßigen Referenten. Jedem, der die Zusammenarbeit in der O.H.L. kennengelernt hat, muß es ganz selbstverständlich erscheinen, daß der Feldmarschall ein bedingungsloses Vertrauen in die großen Fähigkeiten, den Tatwillen und in die ganz ungewöhnliche Arbeitskraft seines Generalquartiermeisters setzte, mit dem er ja seit dem größten Siege des Weltkrieges bei Tannenberg aufs innigste persönlich und geistig verbunden war.

Daß General Ludendorff daher in allen Fragen eine entscheidende und mitverantwortliche Rolle spielte, ergibt sich somit nicht nur aus dem rein persönlichen Verhältnis der beiden Feldherren, sondern auch aus der ressortmäßig dienstlichen Stellung zueinander ganz von selbst.

Ich kann deshalb als Abschluß dieses ersten Punktes nur hervorheben:

Vor der Geschichte und dem deutschen Volke tragen beide Feldherren die gleiche Verantwortung des Geschehens im Jahre 1918. Es heißt die verehrungswürdige, ruhmgekrönte Persönlichkeit des greisen Feldmarschalls nicht hinreichend würdigen, wenn man ihn von der von ihm aufrichtig und gern getragenen Verantwortung im Kriege jetzt nachträglich zu entbinden versucht.

Das alte Heer in seiner Gesamtheit aber, und, so meine ich, auch das ganze deutsche Volk würde eine solche *unhistorische* Darstellung nicht verstehen!

Ich bin der Meinung, wir brauchen uns vor dem eigenen Volke und noch weniger vor unseren einstigen Gegnern durchaus nicht dessen zu schämen, was

das deutsche Heer und seine O.H.L. unter der Führung Hindenburgs-Ludendorffs Tatsächliches geleistet haben.

Der oberste Kriegsherr, der Kaiser, trat als oberste militärische Spitze gegenüber den beiden Feldherren etwas zurück. Aber auch dies ist ganz natürlich zu erklären. Es lag an der Ungeheuerlichkeit des Ausmaßes dieses gewaltigsten Krieges, den je die Geschichte gesehen und an der Fülle der verschiedenartigsten Kriegsmittel, die in diesem furchtbaren Ringen vielfach zum ersten Male (Flieger, Gas, Maschinengewehre, Tanks usw.) Verwendung fanden.

Daß den beiden Feldherren — zunächst ganz ungewollt — schließlich auch in politischen Dingen eine besondere Rolle zufiel, ergab sich meines Erachtens ebenso zwangsläufig durch die engen Wechselbeziehungen, die nun einmal im Kriege zwischen Politik und Heerführung bestehen.

2. Die Grundeinstellung der O.H.L. zur Offensive 1918

In dem Entwurf einer ‚Resolution des 4. Untersuchungsausschusses' wird die Notwendigkeit der Offensive mit den durchaus zutreffenden Worten zum Ausdruck gebracht:

> ‚Die gesamte militärische, wirtschaftliche und politische Lage drängte im Winter 17/18 zu einem zielbewußten, energischen Versuch, den Krieg bis zum Sommer 1918 in einer für Deutschland erträglichen Form zu beenden.'

Wenn man sich mit der der O.H.L. im Jahre 1918 gestellten ungeheuren Aufgabe eindringlich beschäftigt, so muß man sich zunächst darüber ganz klar werden, daß die Lage der Mittelmächte einer durch gewaltige Befestigungslinien abgeschlossenen Festung glich. Wollten wir dem Gegner das Gesetz diktieren, d. h. ihn friedenswillig machen, so mußten wir also aus dieser Festung heraus zu einer Operation kommen. Erfahrungen früherer Kriege, wie in einer solch eigenartigen Lage zu verfahren sei, die nun einmal der Weltkrieg durch den Übergang zum Stellungskriege geschaffen hatte, gab es nicht. Wir waren auf die Erfahrungen angewiesen, die wir im Weltkriege selbst gemacht hatten. Im Jahre 1915 war es uns bei Gorlice, durch Einsatz von zunächst nur etwa 10 deutschen Divisionen, gelungen, ein gewaltiges Loch in den russischen Festungswall zu schlagen und durch Einsatz weiterer Kräfte zu einer großzügigen Operation zu kommen. Eine schwere Erschütterung des ganzen russischen Heeres und eine Vorverlegung der Linien der Mittelmächte um fast 200 km, von den Karpathen bis an den Rigaischen Busen, war ihr Abschluß.

Der rumänische Feldzug zeigte ein ähnliches Bild. Durch den Einsatz verhältnismäßig geringer Kräfte an dem entscheidenden und schwächsten feindlichen Punkte (Scszurdzuk-Paß) wurde eine nachfolgende große Operation möglich, die mit der Inbesitznahme ganz Rumäniens ihr Ende fand.

Noch drastischer trat im Spätherbst 1917 bei dem Durchbruchsangriff von Tolmein der Erfolg von nur 6 deutschen Divisionen im schwierigen Alpenkampfgelände in Erscheinung. Auch dieser Durchbruchsangriff mit zunächst ganz schwachen deutschen Stoßkräften an entscheidender schwacher feindlicher Stelle wuchs sich zu einer großen Operation aus, die an der Piave endete.

Bei diesen Durchbruchsangriffen hatte also der Einsatz verhältnismäßig geringer deutscher Kräfte an entscheidender Stelle, gegen die Schwäche des Gegners, genügt, um anschließend zu einer Operation zu kommen.

Auf der Westfront kamen nur die Erfahrungen von Verdun in Betracht. Im Endergebnis war die Verdun-Offensive negativ. Das Positive des großen Anfangserfolges, der die deutschen Kräfte gegenüber der wohl am stärksten befestigten Stelle der ganzen französischen Westfront rasch bis zu dem Besitz der Panzerfeste Douaumont führte, war aber auch mit nur 6—8 Angriffsdivisionen erreicht worden. Der Mißerfolg des Verdunkampfes wurde von uns darin erkannt, daß der ersten Angriffswelle nicht hinreichend frische Kräfte nachgeführt, der Angriff nicht in hinreichender Breite, d. h. nicht auf beiden Seiten der Maas, durchgeführt wurde und daß die deutsche Armee vorher für den schweren Kampf nicht hinreichend und nach einheitlichen Gesichtspunkten vorgebildet worden war. Die kleine Episode des Cambrai-Angriffes im November 1917, bestimmt, die durch den englischen Tankangriff in die deutschen Linien hineingeschlagene Ausbeulung wieder zu glätten, zeigte uns dann, daß bei richtiger Vorbereitung und energischem Wollen auch auf der *Westfront* Angriffshandlungen mit Erfolg, trotz der starken materiellen Gegenwehr des Gegners, durchführbar waren. Die O.H.L. zog im Winter 17/18, nachdem der Wegfall der Ostfront ihr die Möglichkeit schuf, sich nunmehr auch mit dem Gedanken einer Westoffensive zu beschäftigen, aus den bisherigen Erfahrungen folgendes Gesamtergebnis für eine Durchbruchsoffensive an der Westfront:

1. Die gesamte Armee muß für die ungeheuer schwierige Aufgabe bis ins kleinste nach einheitlichem Grundsatz *ausgebildet* werden.
2. Es muß der Ausfall aus der großen Festung der Mittelmächte an einer Stelle versucht werden, an der der Gegner *schwach* ist und die Möglichkeit besteht, zu einer anschließenden Operation zu kommen.
3. Die erste Grundlage für einen Erfolg, die *Überraschung*, muß mit allen Mitteln angestrebt werden.

General von Kuhl hat in seinen eingehenden Ausführungen klar auseinandergesetzt, daß der schwierigste Teil der Überraschung, die artilleristische, dadurch ermöglicht wurde, daß ein vorheriges Einschießen der für den Angriff nötigen ungeheuren Artilleriemassen im Frühjahr 1918 durch ein wissenschaftliches Schießverfahren unnötig geworden war.

Es ist von dem Sachverständigen Prof. Hans Delbrück nun hervorgehoben worden, daß es doch bei dem Stärkeverhältnis der beiden Armeen sehr fraglich erschien, ob das groß angelegte Unternehmen einer deutschen Offensive überhaupt Aussicht auf Erfolg haben würde, da doch die Durchbruchsversuche der Franzosen und Engländer in den vorhergegangenen drei Jahren trotz Einsatz vor allem gewaltigster materieller Mittel stets gescheitert seien. Hierzu möchte ich bemerken, daß die O.H.L. glaubte, trotz der ziemlich gleichen Stärkeverhältnisse durch eine dem bisherigen Ententeverfahren gegenüber ganz *andersartige Führung* des Durchbruchsangriffs ihr Ziel erreichen zu können.

Die Gedankengänge der O.H.L. finden sich in den für die Ausbildung der

Truppen im Winter herausgegebenen Führungsgrundsätzen. Ich führe diese hier ihrer allgemeinen Bedeutung halber wörtlich an:

‚Als Führungsgrundsatz muß bei den Übungen klar zum Ausdruck kommen, daß der Erfolg eines Angriffs nicht im sorgsamen Einsetzen und Bereitstellen der Angriffsgruppen allein und in dem planvoll durchdachten Abrollen des Angriffs besteht, sondern daß hierzu die *geschickte, der jeweiligen taktischen Lage angepaßte niedere und höhere Truppenführung während des Angriffs selbst zu treten hat.* Unser Angriff muß sich gerade darin *grundsätzlich von dem gegnerischen* unterscheiden. Die Engländer (und Franzosen) glaubten an die Güte ihrer kunstvollen, aber starren Artilleriefeuerwalze, die den ohne eigenen Schwung vorschreitenden Infanterieangriff vorwärtstragen sollte. Die bei den Ententeangriffen oft weitgehenden taktischen Anfangserfolge wurden nicht erfaßt, ebenso nicht zweckentsprechend ausgenutzt. Die niedere, noch mehr die höhere Führung, schied damit völlig aus. Ein Mißerfolg war das Endergebnis dieser einseitigen feindlichen Kampfführung! Wie im *Bewegungskampf*, so muß auch bei dem *deutschen Durchbruchsangriff* noch unter der ersten Feuerglocke unserer Artillerie der weitgehendsten *Selbsttätigkeit und taktischen Gewandtheit der unteren Führer vom Komp.- bzw. Batls.-Führer* aufwärts freier Spielraum gelassen werden. Die *niederen Truppenführer* werden vielfach die *Entscheidung* in der Hand haben. Noch bedeutsamer ist bei dem Angriff die höhere Führung (Division, Gruppen, Armeen); für diese Kommandostellen tritt vor allem das Haushalten mit den Kräften und der richtige Einsatz der Reserven am schärfsten in den Vordergrund. *Diese werden im allgemeinen nicht dort einzusetzen sein, wo der Angriff sich an Stützpunkten und Widerstandsnestern festgesetzt hat,* wo es unnütze Blutopfer kostet, sondern dort, *wo der Angriff im Rollen ist* und nach vorwärts getragen werden kann, um dann den feindlichen Widerstand bei dem Nachbarabschnitt durch *Aufrollen von der Flanke* und vom Rücken her zu brechen.

Von wesentlicher Bedeutung ist der Platz der Führer; sämtliche Stäbe, auch die der Generalkommandos und A.O.K.s, *gehören auf das Gefechtsfeld, die Divisionsstäbe weit nach vorn.*‘

Diese grundlegenden Führergedanken verdienen besondere Beachtung, weil sie gerade für das Verhalten der O.H.L. bei der Durchführung der Märzoffensive besonders hervortreten und bei der Beurteilung der der O.H.L. teilweise gemachten Vorwürfe über die Führung der Märzoffensive von Bedeutung sind.

Die O.H.L. stellte also dem *starren*, kunstvoll aufgezogenen Material-Durchbruchsangriff der Gegner den *Angriff des selbständig denkenden und handelnden deutschen Soldaten und Führers* gegenüber, mit andern Worten: *den Geist über das Material.*

Die deutsche O.H.L. glaubte auch im Jahre 1918 noch in dem ihr anvertrauten Instrument diese deutsche *geistige Überlegenheit* zur Geltung bringen zu können. Ich glaube wohl sagen zu dürfen, daß wir uns im allgemeinen darin auch nicht geirrt haben.

Ich komme nun zu den einzelnen Punkten des ‚Entwurfs einer Resolution des 4. Untersuchungsausschusses über die Ursachen des deutschen Zusammenbruchs im Jahre 1918'.

1. Belassung deutscher Kräfte im Osten

Unter Abschnitt II ‚Vorbereitung der Offensive' wird im zweiten Absatz gesagt: ‚Hätten wir uns den Rücken gegen Rußland völlig frei gemacht, alle Kräfte im Westen vereinigt, so wären die Aussichten unserer Offensive erheblich günstiger gewesen.' Es wird dann noch weiter behauptet, wir hätten von den im Osten verbliebenen 280 000 Pferden noch mehr nach dem Westen ziehen können, und schließlich wird bezüglich des Angriffs in die Ukraine hinein behauptet, daß man durch einen freien Handel und Schmuggel vielleicht das gleiche Ergebnis, besonders in der Vieh- und Pferdelieferung, erreicht haben würde.

Vom Standpunkte der O.H.L. und der von ihr wahrzunehmenden Gesamtüberlegungen aus muß dem widersprochen werden. Was die Belassung von deutschen Kräften in Rußland anbelangt, so muß ich darauf hinweisen, daß während der Brest-Litowsker Waffenstillstandsverhandlungen die Bolschewisten stets versuchten, möglichst viele deutsche Divisionen im Osten zu fesseln. Die O.H.L.-Akten werden darüber Aufschluß geben.

Die Vertreter der Weltrevolution hatten ja letzten Endes auch kein Interesse daran, es Deutschland zu ermöglichen, sich der Westmächte siegreich zu erwehren. Es hat der Energie der O.H.L. bedurft, sich in dieser Beziehung freie Hand zu schaffen. Hierbei möchte ich darauf hinweisen, daß der Prozeß des französischen Hauptmanns Sadoul in allerneuester Zeit erkennen läßt, daß selbst die Bolschewisten vielleicht doch dazu zu haben gewesen wären, bei der Entente zu bleiben. Jedenfalls mußte die deutsche O.H.L. nach den Erfahrungen mit Kerenski im Jahre 1917 damit rechnen, daß nach einer gewissen Zeit der Ruhe es selbst einer bolschewistischen Regierung möglich sein könnte, verwendbare Kräfte unter die Fahne zu bringen. Der Kampf der Sowjetregierung gegen die russischen Generäle hat dies ja auch gezeigt. Hätten die Ententeregierungen durch Einstellung von Munitions- und Geldsendungen den Widerstand Deninkins, Koltschaks usw. früher abgeblasen, so konnten die freiwerdenden bolschewistischen Kräfte uns sehr wohl im Osten noch im Sommer 1918 unangenehme Überraschungen bereiten, wie wir es ja ein Jahr vorher bei Kerenski erlebt hatten.

Vom Standpunkte der O.H.L. war also im Winter 17/18 nicht nur eine gründliche Bereinigung der Ostfront, wie es durch den Brest-Litowsker Frieden geschah, sondern auch eine Belassung hinreichender Deckungskräfte im Osten aus der militärischen Lage geboten.

Der Angriff gegen die Ukraine

Was den Angriff gegen die Ukraine anbelangt, so war er mir vom Standpunkte der Operationsabteilung durchaus unwillkommen. Der Entschluß der O.H.L. wurde aber bestimmt durch das ewige Klagelied des Grafen Czernin und der gesamten österreichisch-ungarischen Regierung, die ja schon im Früh-

jahr 17 erklärt hatte, daß aus Ernährungsrücksichten Österreich nur noch eine bedingt kurze Zeit durchhalten könne. Im Winter 17/18 verstärkten sich die österreichischen Pressionen. Ich würde empfehlen, auch diesen Dingen einmal aktenmäßig nachzugehen. Es ist mir doch erinnerlich, daß wir trotz unserer eigenen ernsten Ernährungslage im Winter 18 Getreide nach Wien schickten, nur um die Österreicher an der Stange zu halten. Daß dieses seit Frühjahr 1917 ewige österreichische Klagelied bitter auf den Herzen und Entschließungen der deutschen Feldherren lastete, habe ich leider allzuoft miterlebt, und so ist es mir durchaus begreiflich, daß die Rücksichten auf die Erhaltung der Kampfkraft und des Durchhaltewillens der Österreicher den verantwortlichen deutschen Feldherren es nötig erscheinen ließen, mit einer Handvoll Landwehr- und Landsturmdivisionen sich in den Besitz der Ukraine zu setzen, um unbedingt die Ernährung Österreichs sicherzustellen. Wenn heute gesagt wird, daß dasselbe Ergebnis durch den freien Handel und Schmuggel zu erreichen gewesen wäre, so ist es leicht, nachträglich dies zu behaupten, unmöglich aber, es zu beweisen. Mir erscheint es dagegen aber sicher, daß die Österreicher, bei ihrer ungewöhnlichen Gewandtheit auf diesem Gebiete, *hinter* unseren Truppen aus dem von uns besetzten Ukrainegebiet mehr herausgeholt haben als uns offiziell je bekannt geworden ist. Die ihnen hierfür zur Verfügung stehende Händlerschicht Galiziens besaß darin zweifellos große Erfahrung!

Pferdefrage

Was die hohe Zahl der im Osten belassenen Pferde anbelangt, so ist darauf hinzuweisen, daß bei den ungeheuerlichen Ausdehnungen der Ostfront, bei dem Mangel an Bahnen und für Kraftwagen geeigneten Wegen sie sicherlich nicht zu entbehren waren. Im Westen konnten Pferde eher durch Ausnutzung des ausgedehnten Eisenbahn-, Klein- und Förderbahnnetzes und durch Einstellung aller irgendwie verfügbar zu machenden Kraftwagen, wie es ja auch geschah, ersetzt werden. Im übrigen glaube ich, daß unter den 280 000 Pferden sicher eine überaus große Anzahl nur halb- oder viertelleistungsfähige Pferde gewesen sein werden. Soweit mir aus der Tätigkeit der Organisationsabteilung der O.H.L. bekannt, ist eine ganz außerordentlich große Zahl leistungsfähiger Pferde der Ostfront rücksichtslos weggenommen worden. Auch darüber dürften eingehende Aktenstudien ein zutreffendes Bild ergeben.

2. Verwendung österreich-ungarischer Divisionen auf der Westfront

In dem Resolutionsentwurf heißt es: ‚Von österreichischer Seite hätte die O.H.L. bei richtiger und nachdrücklicher Behandlung der Sache sowohl rechtzeitig, d. h. vor Beginn der großen Offensive, als auch während derselben mehr brauchbare Truppen und Artillerie bekommen können.‘ Dieser Auffassung muß ich schärfstens widersprechen. Sie ist anscheinend auf Grund des Gutachtens des militärischen Sachverständigen, Generals von Kuhl, entstanden. Ich möchte dazu sagen, daß auch Exz. von Kuhl als Heeresgruppenchef der Westfront während des Krieges die Gesamtlage doch nicht so übersehen konnte, wie es bei der O.H.L. möglich war.

Im Winter 17/18 ist bei der O.H.L. der Gedanke des Herüberziehens öster-

reichischer Kräfte nach der Westfront *eingehend* behandelt worden. Es ist darüber auch mit dem General von Arz, dem Chef des österreichischen Generalstabes, verhandelt worden. Ich persönlich hielt ein Herüberziehen österreichischer Kräfte von der italienischen Front für sehr gefährlich und aus der Gesamtlage für durchaus untunlich. Ich habe mich immer gegen sie ausgesprochen aus folgenden Gründen: Die Entente hatte nach unserer glücklichen Offensive im Herbst 17 zehn englisch-französische Divisionen nach Oberitalien unter dem Befehl des Generals Facholle geworfen. Sie standen im Winter 17/18 und auch im Frühjahr noch dort in Reserve. Schon im ganzen Sommer 17 lastete auf der O.H.L. der Alp einer durch Ententekräfte unterstützten italienischen Offensive gegen die Österreicher. In der gespannten Lage des Jahres 1917 hätte dort die Entente eine Entscheidung des Krieges tatsächlich herbeiführen können, da wir nicht in der Lage gewesen wären, nach einer österreichischen Niederlage die dann zum Auffangen nötige Zahl deutscher Divisionen an die italienische Front zu werfen. *Dieselbe Sorge lastete* aber auch trotz des Erfolges des Herbstes 17 und der zweifellos gehobenen Stimmung der österreichischen Armee auch noch im Winter und Frühjahr 18 auf uns, wenn jetzt mit Unterstützung der Ententekräfte in Oberitalien ein Schlag gegen die Österreicher geführt wurde. Es muß dabei bedacht werden, daß die Entente ohne Schädigung starke Kräfte auch von der für die Gesamtlage unwichtigen Palästina- und Saloniki-Front unschwer wegziehen und nach Oberitalien werfen konnte. Der Gedanke einer gemeinsamen Ententeoffensive in Oberitalien ist, wie wir heute wissen, wiederholt von dem italienischen General Cadorna, der im Kriegsrat der Entente saß — allerdings zu unserem Glück erfolglos —, vorgebracht worden.

Ich war immer überzeugt, daß die österreichische Armee einem von französisch-englisch-italienischen Kräften und den technischen Hilfsmitteln der Westfront (Tanks, Artillerie, Flieger usw.) ausgeführten Angriffsstoß nicht standhalten würde. Ein Wegziehen ihrer *besten* Kräfte — denn nur solche hätten wir an der Westfront gebrauchen können — und starker Artillerie bedeutete damit ein Inkaufnehmen einer überaus großen Gefahr an der italienischen Front der Mittelmächte. Bei dem leider allzu reichlichen Überlaufen tschechischer und anderer Elemente der österreich-ungarischen Armee wäre diese Schwächung der italienischen Front sicherlich sehr bald den Gegnern bekannt geworden. Die Folgen wären unübersehbar und wahrscheinlich nicht mehr in Ordnung zu bringen gewesen. Zweitklassige österreich-ungarische Truppen aber konnten wir an der Westfront gar nicht gebrauchen, da wir durch Herübernahme von Reserve- und Landwehrtruppen aus der Ostfront auch deutscherseits eigentlich schon überreichlich mit solchen Verbänden, die nur für den reinen Stellungskrieg und an den ruhigsten Fronten verwandt werden konnten, belastet waren. Richtig war, wie es die O.H.L. auch tat, die Österreich-Ungarn in Italien zu belassen und sie dort ebenfalls angriffsweise einzusetzen. Auf dem italienischen Kriegsschauplatz leisteten sie Tüchtiges. In Frankreich wären selbst die besten österreich-ungarischen Divisionen nur mit größter Vorsicht zu verwenden gewesen.

Daß wir später, nach dem Scheitern der österreichischen Offensive, einige

wenige österreichische Divisionen an die Westfront herüberzogen, lag daran, daß die im Herbst 1917 nach Oberitalien entsandten Ententedivisionen nach unseren erfolgreichen Schlägen im Westen im Sommer 1918 wieder auf der französischen Westfront erschienen und auch italienische Divisionen dahin gezogen wurden, so daß die Gefahr eines gemeinsamen Ententeangriffs in Oberitalien im Sommer 1918 nicht mehr bestand.

3. Angriff in Italien

Auch den in dem Referat des Prof. Delbrück gemachten Vorschlag, die deutsche O.H.L. hätte den ‚*Hauptschlag*' in Oberitalien im Frühjahr 18 führen müssen, muß ich vom Standpunkte der O.H.L. als abwegig bezeichnen. Ein großer gemeinschaftlicher Angriff in Italien konnte nur so, wie er auch später von der österreichischen Armee geführt worden ist, aus der Tiroler- und Piave-Front erfolgen, und zwar zeitlich nicht vor Mitte Mai bis Anfang Juni. Er hätte, wenn man ihn führen wollte, erheblicher Vorbereitungen und des Herüberschiebens starker deutscher Kräfte, vielleicht doppelt so vieler wie im Jahre 17 (also etwa 15—20 Divisionen) bedurft. Es ist kaum anzunehmen, daß eine solche Umgruppierung bei dem ausgezeichneten Nachrichtendienst der Entente dort unbekannt geblieben wäre. Es ist mit Sicherheit darauf zu rechnen, daß die entsprechende Gegenmaßnahme durch Verschieben französisch-englisch-amerikanischer Kräfte erfolgt sein würde.

Ein Angriff in Italien, den auch ich immer für richtig gehalten und empfohlen habe, war nur im Gesamtrahmen der Angriffsunternehmungen der Westfront, die meines Erachtens von der Nordsee bis zum Adriatischen Meere reichte, in erfolgreicher Weise dadurch zu gestalten, daß man ihn in die Gesamtangriffshandlungen zu geeigneter Zeit einfügte, so wie es ja mit dem österreichischen Angriff auch geplant war. Allerdings muß ich es als nicht glücklich bezeichnen, daß die österreichische Offensive nicht deutscherseits durch einige wenige Divisionen, vor allen Dingen aber Artillerie und Kommandostäbe (Generalkommandos), unterstützt wurde. Diese Unterstützung hielten die beiden Feldherrn mit Rücksicht auf unsere große Inanspruchnahme in Frankreich, entgegen meinem Vorschlage, für nicht angängig. Ich glaube, daß diese Unterlassung letzten Endes die Ursache des österreichischen Mißerfolges im Juni 1918 gewesen ist, wie es ja General von Cramon in seinem Buche, meines Erachtens ganz zutreffend, als die Ansicht österreichischer höherer Führer darstellt.

4. Nicht ausreichende Zahl schwerer Geschütze

In dem Resolutionsentwurf wird behauptet, daß nicht hinreichend schwere Geschütze für die erforderliche Breite der Offensive im Westen vorhanden gewesen wären. ‚Geschütze' waren schon hinreichend vorhanden, nur fehlte es an Personal, *d. h. also an hinreichend ausgebildeten Artillerie-Einheiten.* Mehr an Neuaufstellung von Artillerieverbänden aller Art, wie dies unter der dritten O.H.L. tatsächlich geschah, konnte ohne Schädigung der anderen gleich wichtigen Waffen nicht geleistet werden.

Der Ausdruck ‚Geschütze' kann leicht mißverstanden werden.

5. St.-Michael- oder St.-Georg-Angriff im Westen?

Im Abschnitt III ‚Durchführung der Offensive' wird der O.H.L. ein schwerwiegender Vorwurf bezüglich Auswahl der Angriffsfront gemacht. Es heißt dort: „Wenn auch vieles dafür spricht, daß das ‚besonnen beschränkte' Angriffsziel des *St.-Georg*-Angriffs erreicht worden wäre, wenn man ihn, was möglich gewesen wäre, statt des *Michael*-Angriffs zuerst ausgeführt hätte, so läßt sich das doch nachträglich nicht unbedingt beweisen." Ich möchte hierzu ganz generell bemerken, daß der Parlamentarische Untersuchungsausschuß trotz Anhörens eines besonders ausgezeichneten militärischen Sachverständigen, Generals von Kuhl, meines Erachtens nicht in der Lage sein dürfte, diese schwierige militärische Frage sachlich zu entscheiden. Dies muß füglich der fürsorglich schürfenden, vorsorglich abwägenden, aktenmäßigen Kriegsgeschichtsforschung vorbehalten bleiben.

Der Untersuchungsausschuß scheint auch in dieser Frage auf Grund des Gutachtens des Generals von Kuhl zu seiner vorerwähnten Auffassung gekommen zu sein.

Vom Standpunkte der O.H.L. ist hierzu folgendes zu sagen. Die beiden verantwortlichen Feldherren der O.H.L. hatten sich entschlossen, den Angriff durch *einen* großen einheitlichen *Hauptschlag* einzuleiten. Hierfür gab es an der ganzen Westfront nur zwei Möglichkeiten. Die *eine* war der Angriff beiderseits Verdun an der französischen Front, den die Heeresgruppe Kronprinz Wilhelm vorschlug und den auch ich für besonders günstig hielt. Die zweite war an der englischen Front der Michael-Angriff. Er allein bot vom Gesichtspunkte des die Entscheidung suchenden Durchbruchsangriffs an der englischen Front Aussicht auf Erfolg und die Möglichkeit, zu der vom General Ludendorff geforderten *Operation* zu kommen. Als einzelner *Haupt*angriff an der englischen Front kann der St.-Georg-Angriff aus vielerlei Gründen, die ich noch näher erläutern werde, garnicht in Parallele mit dem St.-Michael-Angriff gestellt werden.

Für den St.-Michael-Angriff sprachen folgende *Hauptgründe*, die ja auch General von Kuhl zugibt:

1. Der Feind hatte dort schlecht ausgebaute *Stellungen* erster, noch ungünstigere zweiter und dritter Linie.
2. Die *feindliche Besetzung* der vordersten Stellungen war sehr dünn.
3. *Reserven* standen nur ganz geringe hinter der Cambrai-Front, südlich von St. Quentin fehlten solche völlig.
4. Der *Feind* rechnete hier überhaupt *nicht* mit einem deutschen Angriff.
5. Der deutsche Angriff war an dieser Front schon im *März* möglich und versprach bei dem für Fliegererkundung meist ungünstigen Frühjahrswetter und den kurzen Tagen die Möglichkeit der Überraschung sicher zu gewährleisten.

General von Kuhl hat in seinem Gutachten die möglichen Erfolgsergebnisse des von ihm vorgeschlagenen St.-Georg-Angriffs besonders hervorgehoben: Erreichen der Flandernküste, der geringere Kräfteverbrauch u. a. m. Die Haupt-

gründe, die aber *grundsätzlich gegen* diesen Angriff als alleinigen Großangriff an der englischen Front sprachen, mußten eingehender behandelt werden. Ich sehe mich im Interesse der O.H.L. veranlaßt, diese Lücke in dem von Kuhlschen Gutachten zu beseitigen. Die Hauptgründe, die generell gegen den St.-Georg-Angriff sprachen, waren:

1. *Die Engländer erwarteten hier bestimmt den deutschen Hauptangriff*

Der deutschen O.H.L. war diese Einstellung der englischen Armee, seit der Jahreswende 17/18 etwa, durch Agenten- pp. Nachrichten bekannt. Die englische oberste Führung wurde in ihren Gedankengängen von uns auch darin noch bestärkt, daß in militärisch inspirierten Aufsätzen der deutschen Tagespresse auf die Bedeutung der Inbesitznahme der Flandernküste durch die deutsche Armee immer wieder hingewiesen wurde.

2. *Die Hauptmasse der englischen Heeresreserven (Infanterie-Divisionen, gewaltige Artillerie- und Fliegerreserven) stand hinter dieser Front*

Auch dies war der O.H.L. dank der vortrefflichen Arbeit der Abteilung ‚Fremde Heere', man kann fast sagen verblüffend genau, bekannt.

3. *Die Engländer besaßen an der St.-Georg-Front starke, hintereinander liegende, gut ausgebaute Stellungen erster und eine Fülle von Aufnahme- und Riegelstellungen aller Art zweiter und dritter Linie*

Eine in den Kriegsakten des Reichsarchivs sicher noch vorhandene Stellungskarte der englischen Front wird das bestätigen. Der Kemmel, Armentières und verschiedene in oder dicht hinter der Front liegende Ortschaften, wie z. B. Givenchy — das auch bei dem Aprilangriff trotz Einsatz schwerster Kaliber (32 und 42 cm) nicht genommen wurde —, glichen betoniert ausgebauten Festungen.

4. *Das für den Hauptstoß in Frage kommende Kampfgelände zwischen Armentières—La Bassée war durch das Sumpfgelände und den dahinter liegenden Lys-Abschnitt, die vielen Ortschaften und Hecken pp. für eine geordnete Kampfführung überaus schwierig*

Es ist bemerkenswert, daß es in der an die O.H.L. eingereichten Denkschrift der Heeresgruppe Rupprecht über den St.-Georg-Angriff heißt: ‚Gerade wegen der vorhandenen *Schwierigkeiten* wird der Gegner den Angriff hier nicht erwarten.' (Gutachten des Generals von Kuhl, Bd. 2, S. 104.)

Tatsächlich war das sumpfige Gelände und der Lys-Abschnitt die Ursache des unzureichenden Erfolges des Aprilangriffs in Flandern. Die Begleitartillerie, Munition u. a. m. kamen hier nicht schnell genug vorwärts, trotzdem die Engländer im April durch den deutschen Angriff völlig überrascht wurden, ihre Reserven an der Sommefront stehen hatten und ihre Stellungen nur durch abgekämpfte Divisionen und Portugiesen besetzt waren.

5. *Die Heeresgruppe Rupprecht hatte gemeldet, daß der Angriff nicht vor Mitte April durchführbar sei*

Zeitweise hatte sie sogar betont, daß bei regnerischem Frühjahrswetter der Zeitpunkt des Angriffs unter Umständen noch bis in den Mai verschoben werden müsse.

Eintretendes Regenwetter, womit an der der See so nahe gelegenen Flandernfront immer gerechnet werden mußte, konnte also den St.-Georg-Angriff im letzten Augenblick unmöglich machen, wie wir ähnliches im Frühjahr 1916 vor Verdun erlebten. Die Witterungsgrundlage baute schon den St.-Georg-Angriff auf sehr fragwürdigem Boden auf.

Der gegen den Michael-Angriff verspätete Angriffstermin des St.-Georg-Angriffes oder dessen vielleicht notwendige Verschiebung in den Frühsommer würde außerdem die Möglichkeit einer unbedingt erforderlichen Überraschung an dieser Front doch überaus eingeschränkt haben. Die Engländer, die dort den Angriff erwarteten (Erinnerungen des englischen Obersten Repington, Kapitän Wright u. a. m.), konnten in dieser für Fliegeraufklärung günstigen Zeit die Angriffsvorbereitungen leichter entdecken als es ihnen im Februar und März 18 bei dem ungünstigen Frühjahrswetter an der Michael-Front möglich wurde. Man ist berechtigt zu behaupten, daß das für die Vorbereitung des Michael-Angriffs günstige Märzwetter recht eigentlich unsere Überraschung ermöglicht hat.

Ich fasse das von mir angeführte ‚Für' und ‚Wider' zusammen und komme zu dem Ergebnis, daß *alle grundsätzlichen Erwägungen* eines *Haupt*angriffs an der englischen Front *für* den Michael- und *gegen* den St.-Georg-Angriff sprachen! Letzterer hatte überhaupt nur Aussicht auf Erfolg, wenn er an zweiter Stelle geführt wurde, nachdem durch einen Angriff an anderer Stelle die englischen Reserven weggezogen waren, wie ich es bei Ausführung eines *kombinierten Angriffs* an der Westfront in meiner vom General von Kuhl angezogenen Denkschrift vom 12. Dezember 1917 der O.H.L. auch empfohlen hatte.

Die Richtigkeit dieser Auffassung wird ja auch vom General von Kuhl in seinem Gutachten (Bd. 2, S. 113) anerkannt, wo er eine Stelle der Kriegsdenkschrift der Heeresgruppe Rupprecht anführt, in der es heißt: ‚Aber auch bei Armentieres und La Bassée wird der Durchbruch nur dann gelingen, *wenn die Masse der feindlichen Reserven anderweit gebunden ist.*' Die Masse der englischen Reserven stand nun aber *hinter der St.-Georg-Front*!

Die Masse der französischen Reserven war durch einen deutschen Angriff überhaupt nicht zu binden, da uns hierzu neben dem St.-Georg-Angriff die infanteristischen uud artilleristischen Kräfte fehlten. Demonstrationen und Teilunternehmungen reichten hierzu nicht aus. Die französischen Reserven wären bei einem großen deutschen Erfolg an der St.-Georg-Front in Flandern, dem sich zunächst die starken englischen Reserven entgegengestellt hätten, ebenso in die Erscheinung getreten, wie dies an der Michael-Front bei dem Märzangriff der Fall war.

Die *schwächste Stelle der englischen Front*, das wiederhole ich noch einmal, war die St.-Quentin-Front! Hier bestand aus den eingehend angeführten Gründen *allein* Aussicht auf einen durchschlagenden Erfolg eines *Haupt*angriffes. Schon ein einfacher Blick auf eine Operationskarte des Frühjahrs 1918 mit eingezeichneten feindlichen Reserven würde selbst dem Laien ein klares Bild über das von mir Gesagte und die gegnerische Schwäche geben.

General Ludendorff hat im Kriege und auch in seinen Kriegsbüchern sich

kürzer und knapper über die Gründe der Wahl der Michael-Front ausgedrückt. Ich tat dies hier etwas eingehender, um die tatsächlichen Unterlagen und Auffassungen der O.H.L. auch für die Beurteilung durch den im wesentlichen mit Laien besetzten Untersuchungsausschuß schärfer hervorzuheben.

Die *Angriffsfront* war zweifellos von der O.H.L. *richtig erkannt und ausgewählt worden.* Maßgebende sachverständige Gegner treten diesem Urteil, wie wir heute wissen, bei!

Aus den Anfangserfolgen des Angriffs in Flandern am 9. April ist nachträglich die Folgerung gezogen worden, daß dieser, als Hauptangriff geführt, das ‚besonnen beschränkte Ziel' der Kanalhäfen doch vielleicht erreicht haben würde. Diese Schlußfolgerung ist aber falsch. Der Aprilangriff in Flandern hatte nur deshalb Erfolg, weil die verfügbaren englischen und französischen Reserven, insbesondere auch die an Artillerie und Fliegern, in die Einbruchsstelle des Michael-Angriffs hineingeworfen waren und weil die in äußerster Spannung befindlichen beiden feindlichen Heeresleitungen wie hypnotisiert auf diese Front blickten, wo sie die alsbaldige Fortsetzung des deutschen Angriffs erwarteten! Die Flandernfront war englischerseits entblößt und größtenteils durch abgekämpfte Divisionen besetzt, man hatte sogar die beiden unzuverlässigen portugiesischen in erster Linie stehen lassen müssen.

Meines Erachtens kann man mit viel mehr Recht aus den Erfahrungen des Michael-Angriffs bei der 17. Armee folgern, daß jeder Flandernangriff, *ohne vorheriges Wegziehen der feindlichen Reserven,* wie es ja auch die Heeresgruppe Rupprecht forderte, genau so stecken geblieben wäre wie der Angriff der 17. Armee. Der Engländer hatte nun einmal in Flandern gute Stellungen, engere Besetzungen und stärkere Reserven aller Art zur Hand.

Ein nachträglicher Vergleich der Erfolgsaussichten des Michael- und St.-Georg-Angriffes kann an diesen tatsächlichen Feststellungen der Wirklichkeit nichts ändern.

Das, was die beiden Feldherren durch einen groß angelegten Hauptschlag erstrebten, zu einer Operation zu kommen, war durch den *St.-Michael-Angriff* vielleicht erreichbar, durch den *St.-Georg-Angriff* (nach den Erfahrungen des Weltkrieges) *sicherlich nicht*!

6. Verbreiterung des Michael-Angriffes bis zur Scarpe

General von Kuhl führt in seinem Gutachten aus, daß die Aufgabe der 17. Armee: Abschnürung des Cambrai-Bogens in Verbindung mit 2. Armee, Vorstoß in Richtung Bapaume und anschließendes Eindrehen gegen die Front Arras—Albert schwierig gewesen sei und daß er bei der O.H.L. im Februar den Antrag gestellt habe, den Angriff bis zur Scarpe zu erweitern und die 17. auf Kosten der 18. Armee, deren Aufgabe mehr defensiv gewesen sei, zu verstärken.

Der Chef der Heeresgruppe Rupprecht war sogar noch weiter gegangen. Er hatte vorgeschlagen, den linken Flügel des St.-Michael-Angriffs am Omignon-Bach anzulehnen. Damit wäre der Michael-Angriff auf die beiden Armeen der Heeresgruppe Rupprecht allein beschränkt geblieben. Die 18. Armee wäre

ausgeschieden, die Absicht der O.H.L. nicht erreicht worden, und der Enderfolg dieses Michael-Angriffs der Heeresgruppe Rupprecht würde, nach den Märzerfahrungen, der gewesen sein, daß er, wie es bei der 17. und dem größten Teil der 2. Armee geschah, *schon am ersten Tage stecken geblieben wäre*!

Die O.H.L. lehnte mit vollem Recht diesen Ausdehnungsvorschlag nach Norden bis Arras ab. General von Kuhl sagt selbst, daß es hierzu in erster Linie an Artillerie gefehlt habe. Sie konnte, wie die notwendigen Kampfdivisionen der 17. Armee, nur auf Kosten der 18. zugeführt werden. Die Angriffsvorbereitungen der letzteren Armee wären völlig umgeworfen worden. Schließlich wäre mit dieser Ausdehnung nach Norden auch nichts Besonderes erreicht worden, denn der Angriff auf dem Verlängerungsstück — späterer Mars-Angriff, gegen dessen Ausführung ich persönlich mich stets ausgesprochen habe — führte gegen einen der allerstärksten Abschnitte der Feindfront im Westen, nämlich das hochliegende, festungsartig ausgebaute, dem Fort Douaumont vergleichbare *Dorf Monchy*. Er mußte daran, wie es in Wirklichkeit am 28. März auch geschah, zerschellen. Außerdem kam hinzu, daß der Angriff auf Arras mit der Hauptstoßrichtung der 17. Armee auf Bapaume völlig divergierte und sich deren Hauptaufgabe — Abschnürung des Cambrai-Bogens im Verein mit 2. Armee — nicht anpaßte, sondern den gesamten Michael-Angriff von vornherein strahlenartig ‚ins Weite geführt' hätte.

Also auch dieser Einwurf gegen die Angriffsbegrenzung des Michael-Durchbruchsangriffs nach Norden durch die O.H.L. hält nicht stand. Ich hebe dabei noch hervor, daß gerade die örtlichen Kommandostellen, die Generalkommandos, die an der Arrasfront eingesetzt waren, bei den mündlichen Vorbesprechungen auf die ungewöhnlichen Schwierigkeiten des Arras-Angriffes hinwiesen und ihn *nicht* befürworteten! Ich selbst kannte die dortigen Stellungen seit 1915, sie waren seitdem noch *stärker* geworden!

Daß wir den Mars-Angriff später trotzdem als letzten Akt des Michael-Durchbruches doch noch versuchten, hielt ich schon im Kriege für nicht glücklich. General Ludendorff, bestärkt durch die Heeresgruppe Rupprecht und das örtliche A.O.K. 17, die denselben empfahlen, glaubte ihn jedoch nicht unversucht lassen zu wollen, da es nicht unwahrscheinlich schien, daß die dortigen Stellungen infolge der Beanspruchung der englischen Kräfte an der Michael-Einbruchsfront beiderseits der Somme nur schwach besetzt und keine unmittelbaren Reserven bei Arras zur Hand sein würden.

7. Durchführung des Michael-Angriffes

Ich sehe mich veranlaßt, auch zu diesem Punkte Stellung zu nehmen, weil das Gutachten des Generals von Kuhl die Gedankengänge der O.H.L. doch nicht so ausreichend herausschält, wie es mir zur klaren Urteilsbildung nötig erscheint und der O.H.L. damit auch nicht ausreichend gerecht wird.

Der St.-Michael-Angriff zerfiel nach dem Plan und Befehl der O.H.L. in *zwei Kampfabschnitte* nebeneinander und *zwei Kampfakte* hintereinander. Der *erste* Akt sollte darin bestehen, daß der *Kampfabschnitt* der Heeresgruppe Rupprecht, d. h. die 17. und 2. Armee mit zusammen 39 Divisionen, in kon-

zentrischem Angriff — 17. Armee durch Stoß auf Bapaume in südwestlicher, 2. Armee durch Stoß in Richtung Péronne in rein westlicher Richtung — den englischen Cambrai-Bogen zerbrachen. Die 18. Armee sollte im *ersten* Akt in unmittelbarem Anschluß an die Front der Heeresgruppe Rupprecht, und zur Deckung deren Angriffs, in breiter Front bis zur Linie Somme—Crozat-Kanal vorstoßen.

Wir rechneten bei günstigem Verlauf schon in diesem *ersten* Akt mit einem schnellen Eingreifen der englischen Reserven von Norden, der Franzosen vom Süden. In einem im Februar 1918 zwischen dem Chef der Abteilung ‚Fremde Heere' und mir auf dem Plan durchgespielten Kriegsspiel waren wir zu dem Ergebnis gekommen, daß die Franzosen mit der Bahn und ihren ungezählten Kraftwagenkolonnen aus dem uns genau bekannten Aufstellungsraum ihrer Kampfreserven etwa 20—22 Divisionen in 8—10 Tagen an die Einbruchsfront werfen konnten. Ihr Einsatz mußte dort angenommen werden, wo unser Druck am schärfsten sich auswirkte.

Die Unterlagen für den im Ausgangsbefehl der O.H.L. ebenfalls enthaltenen *zweiten* Kampfakt bauten sich auf dem Gedanken auf, daß der Durchbruch *aller 3 Armeen sich gleich erfolgreich* gestalten würde. In *dieser* Voraussetzung sollte dann die Heeresgruppe Rupprecht mit der 17. und 2. Armee (39 Divisionen) sich nördlich der Somme mit Hauptangriff gegen die Linie Arras—Albert richten, die an der Somme angelangte 18. Armee sollte die dortigen Übergänge in die Hand nehmen und sich auf ihrem rechten Flügel bis Péronne *ausdehnen*, d. h. also ganz wesentlich verbreitern, um dadurch Kräfte der 2. Armee für die Hauptaufgabe des Vorgehens gegen Arras—Albert freizumachen. Ob auch Kräfte der 18. Armee hierfür frei gemacht werden konnten, war vorher nicht zu übersehen, das hing ganz allein von den feindlichen, insbesondere von den französischen Gegenmaßnahmen ab.

Nun sagt schon Feldmarschall Graf Moltke, ‚nur der Laie glaube, daß eine Operation genau nach dem vorher gedachten Plane abrollen würde, in Wirklichkeit sei aber die Strategie ein System von Aushilfen'. Das Gleiche gilt von dem taktischen Schlachtverlauf. General Ludendorff hat vollkommen recht, wenn er in sinngemäßer Übernahme des Moltkeschen Gedankens sagt: ‚Auch die Taktik ist ein System von Aushilfen' und wenn er für den Durchbruch verlangt, ‚daß die Taktik über die Strategie zu stellen sei'. ‚Vor dem taktischen Sieg schweigt die Forderung der Strategie, sie fügt sich der neu geschaffenen Sachlage an', das war die Lehre des Feldmarschalls Graf Moltke, den doch wohl jeder Kritiker als wirklichen Sachverständigen ansehen wird.

Diese Gedankengänge hatte die O.H.L. in dem von mir schon erwähnten Grundsatze für den modernen Durchbruchsangriff dahin zusammengefaßt, daß sie verlangte, daß die Reserven nicht dort einzusetzen seien, wo der Angriff sich an Stützpunkten usw. festgelaufen hatte und unnütze Blutopfer kostete, sondern dort, wo der Angriff im Rollen ist und nach vorwärts getragen werden kann, um dann den feindlichen Widerstand bei dem Nachbarabschnitt durch Aufrollen von der Flanke und vom Rücken her zu brechen.

Der Michael-Angriff verlief nun ganz unplanmäßig und anders als die O.H.L.

und die unterstellten Kommandobehörden, einschließlich *Heeresgruppe Rupprecht*, erwartet hatten. An Stelle eines raschen Zerbrechens des Cambrai-Bogens durch den konzentrisch angesetzten Angriff der beiden Armeen der Heeresgruppe Rupprecht, blieb dieser in den ersten beiden Tagen vor der 17. Armee fast völlig, aber auch auf dem Nordflügel der 2. Armee, stecken. Die Engländer konnten sich dort der ihnen zugedachten Schlinge leider entziehen. Ihre dort besseren Stellungen, ihre engere Besatzung und die dort vorhandenen Reserven hielten dem starken Angriff stand. Der Angriff der 18. Armee und des Südflügels der 2. Armee griff, wie von der O.H.L. vermutet, mangels feindlicher Reserven an dieser Front, rascher aus und gab dem Gesamtangriff seinen Impuls.

Die O.H.L. stand jetzt am 23. März vor einer ganz *neuen Lage*! Sie war aber auch für diesen Fall dadurch gerüstet, daß der 18. Armee die Inbesitznahme der Somme- und Crozat-Übergänge durch den Ausgangsbefehl befohlen worden war. Es trat jetzt der Fall ein, daß die *Forderungen der Strategie* sich dem *taktischen Erfolg* einzufügen hatten.

Sollte man in der völlig veränderten Kampflage den ursprünglichen Plan festhalten, die 18. Armee an der Somme und dem Crozatkanal anhalten und unter Verschiebung von Kräften nach Norden den geplanten Hauptstoß doch noch gegen die Linie Arras—Albert richten? Vereinzelte militärische Sachverständige haben dies als richtig bezeichnet!

Ich glaube dagegen, die englische O.H.L., vor allem aber der Oberbefehlshaber der zerschlagenen englischen 5. Armee, hätte sich für *diesen* deutschen *‚Liebesdienst'* sehr dankbar erwiesen. Es wäre ihm dann, gestützt auf einige französische Divisionen, unschwer möglich gewesen, die Trümmer seiner durcheinandergewürfelten Divisionen baldigst hinter der Somme zu retablieren. Die mit der Eisenbahn und auf unzähligen Kraftwagenkolonnen in größter Eile vom Süden her anrollenden *nicht aufgehaltenen* französischen, wie die von Norden kommenden englischen Reserven hätten dann sehr bald, an und nördlich der Somme, dem deutschen, nur langsam vorwärts schreitenden Angriff spätestens an der Ancre ein baldiges Ende bereitet!

Was hätte die Nachkriegskritik dann wohl der deutschen O.H.L. — und mit vollem Recht — vorgeworfen? Sicherlich das eine, daß sie trotz unplanmäßigen Verlaufs des Gesamtangriffs eine überaus *günstige taktische Kampflage* nicht dazu ausgenutzt habe, um doch noch das gesteckte Ziel, den *Durchbruchserfolg* und die *Bewegungsoperation*, wenn auch auf einem anderen Wege, zu erreichen!

Dies war auch die Auffassung der O.H.L. am 23. März, entsprechend ihrer vorher schon gekennzeichneten Grundeinstellung, dort, wo ein Erfolg errungen war, den Angriff im Rollen zu lassen, um so den Nachbarn vorwärts und dem Gesamtangriff zum Enderfolg zu verhelfen.

General von Kuhl hat in seiner kritischen Beurteilung der Märzoffensive noch besonders hervorgehoben, daß die nach Südwesten gerichtete Ausgangsstellung des Michael-Angriffs in einem ungünstigen Verhältnis zu der operativen Richtung des nach Nordwesten beabsichtigten Hauptangriffsstoßes gestanden

habe. Diese Basierung des Michael-Angriffs wirkte sich aber nur dadurch ungünstig aus, daß der *erste* Schlag der beiden Armeen der *Heeresgruppe Rupprecht*, die Zertrümmerung der Engländer im Cambrai-Bogen, mißlang. Wäre dieser Stoß aber, wie von der O.H.L. und der Heeresgruppe beabsichtigt, gelungen, so hätten die beiden Armeen durch das in die Feindfront geschlagene Loch dieselbe Freiheit des Vorkommens gefunden, wie sie zeitweise die 18. Armee hatte!

Ich möchte als Parallele hierzu noch den wohlgelungenen Gorlice-Angriff im Osten heranziehen. Seine Stoßrichtung wurde in fortgesetzten Kampfhandlungen aus der zunächst östlichen, bald in eine nordöstliche, schließlich sogar in eine rein nördliche Richtung mit *vollem Erfolg* abgedreht!

Es hängt eben bei dem Durchbruchsangriff alles von dem *ersten Kampferfolg* ab!

Auch die weitere Bemängelung des Generals von Kuhl, daß es ‚dringend notwendig gewesen wäre, den Angriff in der Art zu beschränken, daß die Hauptkräfte für den Stoß in der entscheidenden Richtung nach Nordwesten zusammengefaßt wurden, während man gegen Südwesten durch Anlehnung der Flanke an die Somme mit Kräften sparte', halte ich für sachlich nicht zutreffend. Eine Verlängerung der Michael-Front kam, wie ich schon eingehend bewiesen habe, vom Standpunkte der O.H.L. nicht in Frage. An Kampftruppen war die 17. Armee für ihre Front völlig hinreichend ausgestattet. Daß ihr Angriff nicht vorwärts kam, lag an den schon erwähnten Gründen und außerdem daran, daß den Divisionen der ersten Welle zu enge, kampftaktisch ungünstige Angriffsstreifen für den ersten Angriff zugewiesen waren, wie es ja auch General Ludendorff in seinem Kriegswerk erwähnt. Es hätte der 17. Armee auch nichts geholfen, wenn sie auf Kosten der 18. noch einige Divisionen mehr an Reserven gehabt hätte, den Angriffsschwung der 18. Armee aber hätte das Wegziehen von Kräften ganz wesentlich geschädigt.

Entscheidend für den Erfolg bleibt eben der Stoß der *ersten* Angriffswelle. Die Divisionen zweiter und dritter Welle sind im wesentlichen zum Ausnutzen des ersten Durchbruchsstoßes bestimmt. Diese Grundlage muß sich der Nichtsoldat scharf klar machen, um sich über das Wesen eines solchen Angriffes klar zu werden. Auch die stärksten Kräfte zweiter und dritter Linie nützen nichts, wenn der *Anfangserfolg*, der *Durchbruch durch die Hauptkampflinie* des Gegners, nicht gelingt, sie sind vielmehr meist die Ursache unnützer Blutopfer.

Was endlich die von General von Kuhl erwähnte Gefahr anbetrifft, daß ein Durchbruch schließlich in einer großen Ausbuchtung unserer Linien feindwärts endet, so muß eben jeder Durchbruch, wo er auch immer versucht wird, damit rechnen. Die Kriegserfahrungen haben uns gelehrt, daß, je breiter die Grundbasis des Gesamtdurchbruchsangriffes ist, desto wahrscheinlicher besteht die Möglichkeit, wirklich durchzubrechen. Letzten Endes kommt es doch bei dem Durchbruchsangriff darauf an, die Feindfront derart auseinanderzureißen, daß auch jedes Hineinwerfen schnell herangefahrener und ebenso rasch im Kampf verbrauchter Reserven nicht mehr ausreicht, sondern die Feindlinien an den Hauptdruckstellen auseinanderbersten, so wie dies im Verlaufe des Angriffs in

Rußland 1915, in Italien 1917, tatsächlich auch geschah und wie es von der O.H.L. für den Märzangriff 1918 durch die Weiterführung des erfolgreichen Angriffs der 18. und 2. Armee beabsichtigt war.

Daß eine solche Durchbruchsoperation ‚ins Weite' geht, wie General Ludendorff sagt, ist ganz zwangsläufig, ebenso, daß ihr Erfolg letzten Endes allein davon abhängt, ob es dem zertrümmerten Gegner gelingt, das geschlagene Loch durch neue Kräfte bald zu schließen. Je spitzer und schmaler ein Durchbruchsangriff gehalten wird, desto sicherer *scheitert* er! Verdun ist deutscherseits, die verschiedenen Durchbruchsangriffe in Flandern, bei Arras, an der Somme, Aisne und in der Champagne sind auf der Ententeseite die klassischen Schulbeispiele hierfür!

Auch die an dieser Stelle der kritischen Beurteilung der Märzoffensive von General von Kuhl erneut erfolgte Gegenüberstellung des Michael- und St.-Georg-Angriffes wirkt nicht klärend. Der St.-Georg-Angriff, als alleiniger Großangriff an der englischen Front ausgeführt, war, wie ich glaube bewiesen zu haben, völlig aussichtslos. Die O.H.L. ist seiner Ausführung nicht allein deshalb nicht näher getreten, weil er zeitlich später in Gang gesetzt werden mußte, sondern mehr noch deshalb, weil ihm die *Erfolgsaussichten als Hauptangriff mangelten*!

Ich bleibe also nach wie vor bei meiner Meinung, daß es als Großangriff an der englischen Front nur *einen* erfolgversprechenden gab, den die O.H.L. wählte, *den St.-Michael-Angriff*!

Von allen Herren, die im Winter 1917/18 an den Vorbereitungsarbeiten für eine Durchbruchsoffensive beteiligt waren, darf ich wohl für mich beanspruchen, entsprechend meinen Erfahrungen in verantwortlicher Stelle bei dem Verdun-Angriff, am schärfsten auf die Schwierigkeiten eines Durchbruchsangriffs im Westen in meiner Denkschrift vom 12. Dezember 1917 hingewiesen zu haben. Dort heißt es: ‚Man darf sich über die Schnelligkeit eines Durchbruchsangriffs im Westen keinen zu weitgehenden Hoffnungen hingeben. Handeln unsere Gegner nur einigermaßen planmäßig und schnell, wie wir es bisher trotz oft schwierigster Lage taten, so wird es auch ihnen gelingen, unsere Offensive nach einer gewissen Zeit abzufangen.' In diesem Zusammenhang trat ich für einen eingehend vorbereiteten kombinierten St.-Michael-St.-Georg-Angriff ein, da wir nun einmal mangels artilleristischer Kräfte nicht zwei große Angriffe an zwei verschiedenen Fronten gleichzeitig führen konnten. Trotzdem bin ich aber auch heute noch der Meinung, daß die beiden deutschen Feldherrn am 23. März 1918 richtig handelten, die günstige Lage der 18. und des Südflügels der 2. Armee zum weit ausholenden Schlage über die Somme und den Crozatkanal ausnutzten, um auf diesem geänderten operativen Wege ihr Endziel, zu einer Operation zu kommen, anzustreben.

Bis zum 26. März schien das Ziel erreichbar. Die Kampferfolge waren verblüffend, die Meldungen über den Zustand der durcheinandergewürfelten französischen und englischen Reserven vielversprechend. Am 27. trat eine durchgreifende Änderung der Lage ein. Es war den Franzosen an und südlich der Somme, den Engländern nördlich dieses Flusses, trotz schwerer Erschütte-

rung ihrer Linien, doch gelungen, eine durchgehende, auf stärkste artilleristische Kräfte gestützte Verteidigungslinie aufzubauen.

Es wäre der Kampflage entsprechend wohl richtiger gewesen, am 27. März, wie ich es vorschlug, den Kampf auf der ganzen Linie abzubrechen, den Mars-Angriff abzusagen und schnell alles nach Norden zu dem St.-Georg-Angriff umzugruppieren. Dann hätte dieser früher stattfinden, noch überraschender wirken, und, mit besseren Kampfkräften ausgeführt, noch weitreichenderen Erfolg als der Angriff am 9. April zeitigen können. Auch der letzte Angriffsversuch in Gegend Amiens, am 4. April in Richtung Villers—Bretoneux, dessen Nichtausführung ich anriet, mißglückte. Der Mars-Angriff, wie dieser letzte an der Sommefront, haben Kräfte verbraucht, die wir in Flandern besser verwandt hätten. Sie hatten allerdings den einen *großen* Erfolg, daß die französische und englische O.H.L. wie hypnotisiert die weitere Fortsetzung des deutschen Angriffs beiderseits der Somme erwartete, die Flandernfront unbeachtet ließen und uns damit die Möglichkeit eines schönen, wenn auch nicht durchgreifenden Erfolges dort oben verschafften.

Daß unsere Märzoffensive mißglückte, trotzdem ihr Erfolg eine Reihe von Tagen hindurch auf des Messers Schneide stand, liegt meines Erachtens weit weniger in der strategischen Zielsetzung des Gesamtangriffes als daran, daß es den Franzosen durch geschickte Ausnutzung ihrer Eisenbahnen, noch mehr aber durch eine geradezu ungeahnte Leistungsfähigkeit ihres gewaltigen Kraftwagenparks und ihrer motorisierten Artillerieverbände im letzten Augenblick noch gelang, die Lücke an der Somme, an der Avre und bei Montdidier zu schließen und daß auf deutscher Seite bei der Truppe schon damals mancherlei Mängel hervortraten, und daß gerade an entscheidenden Punkten einzelne Korps- und Divisionsführer es nicht verstanden, sich von den Fesseln und lieb gewordenen Gewohnheiten des Stellungskrieges frei zu machen. ‚Die Furcht, die dauernde Verbindung mit den Korps zu verlieren, war bei manchen Divisionen größer als der Drang, im Gelände auf Grund eigener Anschauungen das Gefecht zu leiten', sagt ganz zutreffend ein kritischer Beobachter der Vorgänge, die uns im letzten Augenblick um die Früchte des Erfolges brachten.

8. Bemerkung zu dem Gutachten des Prof. H. Delbrück

Ich muß mich hier noch mit einigen besonders markanten Punkten der Delbrückschen Gutachten auseinandersetzen.

Es ist dem Sachverständigen Prof. Delbrück vorbehalten geblieben, 6 Jahre nach dem Kriege die Entdeckung zu machen, daß die rückwärtigen Verbindungen der englischen Armee auf die Flandernküste, die der Franzosen aber auf Paris gerichtet gewesen seien, was der O.H.L. scheinbar entgangen wäre und daß hierauf, wie auf den unbegreiflichen Fehlern des Gegners, der bemerkenswerte Erfolg der Märzoffensive der O.H.L. schließlich beruhe.

Das ist ja nun einmal so bei jedem Kampf, sei er militärischer oder anderer Art, daß der eine Fehler macht, die dem andern zugute kommen. Es kommt aber nur darauf an, daß sie richtig erkannt und ausgenutzt werden.

In seinem zweiten Gutachten hat Prof. Delbrück der O.H.L. auf Grund des

von Kuhlschen Gutachtens konzediert, daß die O.H.L. die feindlichen Fehler vorausgesehen hätte. Immerhin *eine* Anerkennung aus dem Munde des Prof. Delbrück.

Ich glaube in meinen bisherigen Ausführungen schon hervorgehoben zu haben, wie sehr die O.H.L. bei der Wahl der Angriffsrichtung, an der Naht der beiden feindlichen Armeen, auf die hieraus für die taktische Verteidigung entspringenden Schwierigkeiten der Gegner von vornherein maßgebend gerechnet hat.

Prof. Delbrück führt gelegentlich als Kronzeugen auch den englischen Kapitän Wright an, der geschrieben hätte, daß der deutsche Angriff eigentlich den Engländern nicht überraschend gekommen sei. Die Ausführungen dieses, nicht gerade sehr taktvollen früheren Angehörigen der englischen O.H.L., sind nun nur mit Vorsicht aufzunehmen. Wenn dem aber wirklich so gewesen ist, wie Wright schreibt, so wird die Richtigkeit der Auffassung der O.H.L. über die starre und unzureichende Kriegführung der englischen obersten Führung doch erst recht bestätigt. In das gleiche Licht setzt der französische, nicht minder taktvolle Kronzeuge Delbrücks, der französische Heeresjournalist Pierrefeu, die militärische Fähigkeit und Entschlußkraft des französischen obersten Führers Pétain! Gerade mit diesem uneinheitlichen Handeln der Gegner rechneten wir und, wie ich es noch einmal hervorheben will, wir hatten alles getan, um die Augen der englischen Führung auf die Flandernfront, die der Franzosen auf die Champagne und Verdun, ja selbst Lothringen zu richten.

Prof. Delbrück hat sich dann auch die These von der Verlängerung der Michael-Angriffsfront bis zur Scarpe zu eigen gemacht und versucht, das von Kuhlsche Gutachten ganz in seinem Sinne auszulegen. Darauf näher einzugehen muß ich mir nach meinen früheren Ausführungen versagen. Wenn dann Prof. Delbrück für seine Auffassung den Aufsatz des Majors Fehr über ‚Die Märzoffensive 18, Strategie oder Taktik' anführt, so möchte ich demgegenüber betonen, daß die in dieser Schrift enthaltenen kritischen Betrachtungen doch nicht den Dingen derartig auf den Grund gehen, wie sie es verlangen. Auch die Fehrsche Auffassung findet in dem, was ich früher gesagt habe, ihre meines Erachtens ausreichende Richtigstellung. Ihr gegenüber gilt, was General Ludendorff und auch General von Kuhl einmal sagen: ‚Es ist hinterher viel leichter etwas zu behaupten, wie es sachlich zu beweisen.' —

Ordnung des Oberkommandos

Was die Bemängelung des Prof. Delbrück bezüglich ‚Ordnung des Oberkommandos' anbelangt, so möchte ich, außer dem hierfür schon eingehend von General von Kuhl behandelten ursächlichen Zusammenhange, noch eines erwähnen: Ein Heranziehen der Heeresgruppe Kronprinz Wilhelm war auch schon aus dem Grunde geboten, weil die O.H.L. nicht nur mit einem wahrscheinlichen Eingreifen der Franzosen bei einem gelungenen deutschen Angriff an der Somme-Durchbruchsstelle, sondern mit einem gleich naheliegenden Entlastungsangriff der Franzosen aus der Aisne-Front, gegen die Flanke des Michael-Angriffs, unbedingt rechnen mußte. Daß in diesem Falle die Kommandoführung der 18., 7. und 1. Armee in der einheitlichen Hand der Heeresgruppe Kronprinz

Wilhelm *richtigerweise* liegen mußte, braucht wohl, auch dem Laien, nicht näher auseinandergesetzt zu werden.

Schließlich bemerke ich, daß selbst wenn die O.H.L. der Heeresgruppe Rupprecht den gesamten Angriff allein in die Hand gedrückt hätte, die oberste Führung durch die O.H.L., bei der Verantwortung, die sie nun einmal für den Ausgang dieses entscheidenden Unternehmens trug, die gleiche hätte bleiben müssen, wie sie bei der Führung des Angriffs durch *beide* Heeresgruppen in Erscheinung trat! Politische Motive irgendwelcher Art dieser ‚Ordnung der Kommandoführung' zugrunde zu legen, ist vollständig abwegig.

Was nun die vielerlei Bemängelungen des Prof. Hans Delbrück bezüglich der Durchführung der Offensive anbelangt, so muß ich es mir versagen, darauf in den einzelnen Punkten einzugehen. Prof. Delbrück stellt der aus den Vorgängen des Weltkrieges entstandenen Erfahrungsstrategie der O.H.L. seine Papierstrategie gegenüber, wobei hinzukommt, daß ihm aus Mangel praktischer militärischer Kenntnisse und Erfahrungen die grundlegendsten Irrtümer unterlaufen. Ich verstehe es durchaus, daß General von Kuhl es ablehnt, von Prof. Delbrück als Kronzeuge für die Richtigkeit Delbrückscher Strategie und Taktik in Anspruch genommen zu werden. Wenn Prof. Delbrück an einer Stelle einmal behauptet, ‚daß es bei der Gleichheit der Kampfmittel doch fraglich gewesen sei, ob mit den deutschen Kräften ein Durchbruchserfolg zu erlangen gewesen wäre', so sagt er sich selbstbelehrend an einer anderen Stelle ganz treffend: ‚Das Letzte und Höchste in der Strategie ist niemals zahlenmäßig zu berechnen und auf der Landkarte abzuzirkeln. Ein kühnes Wagen muß das, was in allen Berechnungen unsicher bleibt, ersetzen. Ein Fehlschlag bei einem solchen Wagen gereicht einem Feldherrn noch nicht zum Vorwurf.' Dem Feldherrnpaar Hindenburg-Ludendorff macht er aber die *schwersten Vorwürfe*, die er mit folgendem Satz zu begründen sucht: ‚Zum Vorwurf aber gereicht ihm (dem Feldherrn), wenn er seinen eigenen Plänen nicht konsequent geblieben ist.' Diese papierene Gelehrtenkonsequenz lehnen aber alle wirklichen Feldherren von Friedrich dem Großen bis zu Hindenburg vollkommen ab, am schärfsten der Altmeister deutscher Feldherrnkunst, Feldmarschall Graf Moltke! Seine Lehre, wie die, die wir im Kriege aus unseren vielerlei Erfahrungen zogen, war die, daß die strategische wie taktische Führung ein *System von Aushilfen* darstellt, das sich immer dem Einzelfalle anpassen muß!

Auf Grund seiner Strategie kommt Prof. Delbrück dann zu dem Vorschlage, die gesamte Westfront an den nicht beteiligten Fronten zugunsten eines einheitlichen großen Angriffs derartig zu schwächen, daß eine noch größere Zahl an Divisionen für den Hauptangriff freigemacht werden sollte. Das scheint, am *grünen Tisch* betrachtet, sehr schön.

Dieser kühne Gedankenflug ist hinterher sehr leicht! Die verantwortliche O.H.L. aber mußte im Kriege mit realeren Verhältnissen, einem ernst zu nehmenden *tätigen* Gegner und *verständigen Gegenmaßnahmen* rechnen.

Lockerte man die Westfront noch weitgehender als es die O.H.L. schon tat — was dem Gegner bei seinen verschiedenen kleineren und größeren Unternehmungen nicht verborgen geblieben wäre —, so konnte es eintreten, daß

schon während der Vorbereitungen zu dieser genialen Strategie ein einziger Angriffsstoß der Franzosen oder der Engländer den losen Faden der deutschen Aufstellung auseinanderriß und das ganze Kartenhaus zusammenbrach. Eine verantwortliche Heeresleitung konnte sich mit einer derartigen *Kriegführung* nicht befassen!

In dem Abschnitt 14 seines Gutachtens sagt dann Prof. Delbrück noch als Erwiderung auf die von General von Kuhl gegen sein erstes Gutachten erhobenen Einwände unter Ziffer 5: ‚Taktische Teilschläge mit beschränktem Ziel konnten allerdings kaum genügende Wirkung haben, solange man Ludendorffsche Kriegsziele im Auge hatte. Für einen Verständigungsfrieden aber hätten sie zweifellos die allerstärkste Wirkung ausgeübt!' Auch dieser Auffassung muß schärfstens entgegengetreten werden.

Der rote Faden, der die Fülle der Delbrückschen Bemängelungen an der Heerführung der O.H.L. durchzieht, ist die Unterstellung, daß General Ludendorff seinen militärischen *Überlegungen* utopische *Kriegsziele* zugrunde gelegt hätte. Ich will mich damit nicht weiter befassen, da diese These des Prof. H. Delbrück nach meiner Kenntnis der Zusammenhänge völlig abwegig ist. Militärisch möchte ich aber dem Prof. Delbrück doch erklären, daß es ein grober Trugschluß ist, sich einzubilden, daß taktische Teilerfolge auf die Entente auch nur den geringsten Einfluß ausgeübt hätten. Aus der Fülle der *Kriegserfahrungen* der vier Kriegsjahre läßt sich das einwandfrei behaupten. Jeder deutsche Teilerfolg wäre durch die propagandistische Berichterstattung der Entente nach außen wie innen zu einem *Mißerfolg* der Deutschen umgebogen worden. Man hätte im Gegenteil auf der Ententeseite bestimmt behauptet, daß *diese* deutschen *Versuche* eben klar erwiesen, daß unsere Kraft zu Ende und zu einem wirklich *durchschlagenden Erfolg* nicht mehr ausreichte!

Die Folgerungen für die Aussichten der Ententeseite ergeben sich damit ganz von selbst. Die politische wie militärische Einstellung der Ententegegner war eben eine ganz andere, als sie sich unserer biederen deutschen Gemütsverfassung meist darstellt. Auch diese von Prof. H. Delbrück dankenswerterweise angeschnittene Frage: ‚entscheidungsuchende oder Teilangriffe' ist im Kreise der O.H.L. im Winter 17/18 ganz gründlich durchdacht und auch zum Gedankenaustausch mit einzelnen Oberbefehlshabern, Heeresgruppen- und Armeechefs gemacht worden. Wir waren uns alle darüber einig, daß Teilschläge *niemals* das Ergebnis gehabt, das Prof. Delbrück glaubt, ihnen zusprechen zu dürfen; für jeden *kriegserfahrenen*, klardenkenden *Soldaten* kamen bei der Einstellung und Kraft unserer Gegner nur *entscheidungsuchende Schläge* in Frage!

9. Fortsetzung der Offensive nach dem Märzangriff

Es ist nicht nötig, daß ich mich im einzelnen auf die verschiedenen dem Michael-Angriff folgenden Durchbruchsunternehmungen einlasse, da sie von General von Kuhl ja schon eingehend und erschöpfend behandelt worden sind. Im großen und ganzen trete ich dessen Ausführungen bei. Ich möchte nur einiges noch hervorheben:

Stellten wir nach dem Michael- und St.-Georg-Angriff die aktive angriffs-

weise Kampfführung ein, so war der Zeitpunkt, an dem wir die Initiative wieder an den zwar sehr erschütterten, aber durch die amerikanische Hilfe immer wieder neugestärkten Gegner abtraten, zeitlich genau vorauszusagen. Wollten wir, bevor die amerikanische Hilfe sich maßgebend auswirken konnte, d. h. also vor dem Hochsommer oder Herbst 1918, den Gegnern das militärische Gesetz diktieren und sie damit *politisch friedenswillig* stimmen, so war dies nur durch Fortsetzung der Offensive durch stärkste Angriffsschläge erreichbar. Auch rein militärisch war dies um so mehr geboten, weil durch unsere Erfolge an der englischen Front, die dem Gegner nicht nur einen ungeheuren Verlust an materiellen Kampfmitteln, sondern auch sehr große personeller Art eingebracht hatten, die feindlichen Heeresleitungen wie gebannt auf die Fortsetzung unseres Angriffs an der englischen Front warteten und sich damit an anderen gleich wichtigen Fronten ganz ungewöhnlich schwächten und uns die Möglichkeit boten, dort vielleicht zu durchgreifenderen Ergebnissen zu kommen. Während hinter der englischen Front die Masse der französisch-englischen Reserven stand, war die französische Front vor der 7., 1. und 3. Armee durch abgekämpfte Divisionen in erweiterten Kampfabschnitten besetzt. Die Feindlage forderte hier geradezu den Angriff heraus! Ein starker Angriffsschlag an einer dieser Fronten konnte sich somit überaus weitgehend auswirken und den Gegner in eine vielleicht noch ernstere Lage wie im März oder April bringen, zum mindesten ihm wieder eine kaum ersetzbare Einbuße an Geschützen und an Kampftruppen auferlegen. Daß unsere diesbezüglichen Entschließungen auf richtiger Grundlage aufgebaut waren, zeigt der große Erfolg der Maioffensive am Chemin des dames. Auch hier sah es eine ganze Reihe von Tagen hindurch so aus, als ob uns der große Wurf des Durchbruchs gelingen würde. Nur das Hereinwerfen einiger frischer amerikanischer Divisionen im allerletzten Augenblick in die Lücke zwischen Chateau-Thierry und Villers-Cotterêts-Wald, das damalige ‚Marne-Wunder', hat die Franzosen, wie sie selbst zugeben (Pierrefeu), gerettet.

Es ist bemängelt worden, daß die O.H.L. auch für diesen Angriff sich zu knappe Ziele gesetzt habe. Demgegenüber möchte ich aber doch nochmals hervorheben, daß es nach den Erfahrungen des Weltkrieges — auch der März- und Apriloffensive — richtiger war, die taktischen Ziele kürzer zu setzen, weil erst der Kampfverlauf der Führung ermöglicht, die Feindlage klarer zu übersehen und entsprechende Entschlüsse zu fassen. Vielleicht läßt sich sagen, daß es richtiger gewesen wäre, auch die letzten verfügbaren Divisionen von der Flandernfront dem Maiangriff zuzuführen und den Gedanken des Flandern-Angriffs überhaupt fallen zu lassen. Ich persönlich stand diesem sehr skeptisch gegenüber und vertrat die Ansicht, daß er überhaupt nur ausführbar sei, wenn es uns gelänge, die englisch-französischen Reserven *restlos* an anderen Fronten zu binden, was zu erreichen mir aber höchst unwahrscheinlich erschien.

Aus dem Maiangriff war eine scharfe Ausbauchung der deutschen Front in Richtung auf die Marne entstanden. Sie wird der O.H.L.-Führung meist zum Vorwurf gemacht. Dieses ist aber meines Erachtens nur bei oberflächlicher Betrachtung der Gesamtlage zutreffend; ganz allgemein möchte ich betonen,

daß die solchen feindwärtigen Ausbauchungen zugeschriebenen Schwächen doch nicht von solch entscheidender Bedeutung sind, wie vielfach behauptet wird. Diese Ausbauchungen der Feindfront hatten doch das eine für sich, daß sie die Gegner zwangen, sehr starke Kräfte hier ständig einzusetzen und Reserven dahinterzustellen. Jedenfalls wurden durch sie mehr feindliche als eigene Divisionen festgelegt, weil eben der Gegner, solange wir durch Angriffshandlungen in der Vorhand blieben, immer damit rechnen mußte, daß an diesen Stellen der Angriff erneut aufleben könne. Die Bedrohung von der Flanke her konnte nur dann bedenklich werden, wenn die Initiative an den Gegner überging. Dies zu verhindern, war, wie erwähnt, mit die Ursache der Fortsetzung der deutschen Offensive des Jahres 1918.

Der Marneangriff im Juli 1918

Auch der Marneangriff im Juli findet oft härteste Kritik, mehr im Inland als bei unseren Gegnern! Die bedeutendste gegnerische Persönlichkeit, der französische Generalstabschef Buat, hält ihn für richtig und großzügig angelegt — immerhin ein bemerkenswertes Urteil eines der sachverständigsten Gegner! Ich möchte zu diesem Angriff neben dem, was General von Kuhl schon zutreffend ausgeführt hat, noch einige Worte hinzufügen:

Als der Plan von der O.H.L. gefaßt wurde, die Maioffensive durch einen Reims beiderseits abschließenden Schlag fortzusetzen, um damit die Schwierigkeiten des scharf vorspringenden deutschen Marnestellungsbogens zu beseitigen, standen an der entscheidenden Angriffsfront hinter der Marne nur 4 französische Kavalleriedivisionen. Auch die feindliche Front vor der 1. und 3. Armee war fast ausschließlich durch abgekämpfte Divisionen in breitesten Kampfabschnitten besetzt. Die Aussichten eines Erfolges durch einen einigermaßen überraschenden Schlag schienen hier sehr naheliegend, insbesondere hatten wir die Hoffnung, daß durch die trennende *Marne* die *Überraschung* gerade an dieser Front gewährleistet würde, da es für ausgeschlossen gehalten wurde, daß *hier* der Gegner Einblick in unsere Vorbereitungsmaßnahmen durch Patrouillenunternehmungen usw. gewinnen könnte! Dies ist nun leider nicht der Fall gewesen, sondern gerade hier hat uns das Geschick im Stich gelassen. Hier gerade gelang es den Franzosen, einige deutsche Soldaten, darunter einen Offizier, zu Gefangenen zu machen und im Reimswald lief ein durch sozialistisch-pazifistische Verhetzung angekränkelter sächsischer Fußartillerie-Wachtmeister zu dem Gegner über. Die Franzosen erhielten also an dieser Front schon zu Ende Juni, aber auch an der Front der 1. und 3. Armee frühzeitig Kenntnis von unseren Angriffsvorbereitungsmaßnahmen, so daß sie die entsprechenden Gegenzüge, insbesondere Ersatz der Kavallerie- durch Infanteriedivisionen u. a. m., rechtzeitig tun konnten. Wie weit die durch die Gefangenen erlangten Kenntnisse gingen, ist uns teilweise erst nach dem Kriege bekannt geworden. Auf dem Schlachtfelde selbst wurde ein Bericht eines französischen Nachrichtenoffiziers gefunden, aus dem wir schon am 16. Juli ersahen, daß die Franzosen nicht nur über die *zweimalige Änderung des Angriffstermines*, sondern schließlich genau über den *Angriffstag* und die *Angriffsstunde* unterrichtet waren! Diese Orientierung war

die Ursache, daß die Franzosen die richtigen taktischen Gegenmaßnahmen, vor allem Zurückverlegung des Widerstandes in hintere Linien und weites Zurücknehmen der Kampfartillerie rechtzeitig durchführen konnten! Es lag also nicht an unserem *Angriffsverfahren* an sich, wie so oft behauptet wird, sondern, wie geschildert, an der *Kenntnis* unseres Angriffs auf der Feindseite, die das *Überraschungsmoment* ausschaltete und sein Mißglücken herbeiführte! Ein anderes Angriffsverfahren als das deutscherseits gewählte, d. h. des vor dem Sturmangriff erfolgten Außergefechtsetzens der feindlichen Artillerie und des Niederhaltens der feindlichen Verteidigungsinfanterie in den Stellungsgräben durch die dem Sturm dicht vorauflaufende Artilleriefeuerwalze, gab es überhaupt auf deutscher Seite nicht, da uns die Tankwaffe fehlte! Ich betone aber hierbei ausdrücklich, daß sowohl die Heeresgruppe Kronprinz wie die beteiligten 3 Angriffsarmeen *vor* dem Angriff fest von seinem Erfolg überzeugt waren und von keiner Stelle der O.H.L. nahegelegt wurde, den Angriff zu unterlassen. Es ist ja doch auch bemerkenswert, daß der *schwerste Angriff*, der an der ganzen Westfront vielleicht je geführt worden ist, der über den tiefen Marneabschnitt, trotz feindlichen *Wissens und stärkster feindlicher Gegenwehr*, tatsächlich gelungen ist!

Von Prof. Hans Delbrück ist gesagt worden, daß die Führung sich stets darauf einrichten müsse, daß eine Überraschung sehr schwierig sei und durch Gefangenenaussagen vorher immer gefährdet werden könne. Das ist gewiß richtig und damit hat auch die O.H.L. gerechnet. Nicht nur der Michael-Angriff, sondern auch der Maiangriff ist den Engländern bzw. Franzosen durch deutsche Überläufer, allerdings fast unmittelbar *vor* der Schlacht, bekannt gewesen. Daß aber deutsche gefangene Soldaten und selbst Offiziere, trotz ausdrücklichster Belehrung und schwerster Strafandrohung ihre Kenntnisse dem Feinde *in der Weise* preisgaben, wie es im Juni, d. h. also fast 14 Tage vor dem Angriff, geschah, das kann ich nur auf einen durch heimatliche Verhetzung herbeigeführten traurigen Zustand der Geistesverfassung mancher deutscher Soldaten zurückführen. Bei den Engländern und Franzosen ist etwas Ähnliches nicht vorgekommen! Sie wandten allerdings auch die brutalste Militärstrafgewalt an und jeder Gefangene wußte daher, was ihm einst bei Rückkehr ins Heimatland blühte! Bei uns dagegen folgte, auf Heimatdruck hin, eine Amnestie der andern!

Prof. Delbrück meint dann noch, es sei eine Übertreibung, den Mißerfolg kurzweg auf den Verrat oder die Schwatzhaftigkeit, die irgendwo etwas hätte durchsickern lassen, zurückzuführen. Ich möchte ihm gegenüber hier aus meiner zweijährigen weitgehenden Erfahrung bei der O.H.L. doch erwähnen, daß im Jahre 16 wie 17 die allergeringfügigste Nachricht, woher sie auch kam, über einen beabsichtigten feindlichen Angriff — selbstverständlich nach sorgfältigster Prüfung und Vergleich mit anderen — sofort weitgehendste Gegenmaßnahmen auslöste. Ich will, z. B. dafür, ein besonders prägnantes Beispiel anführen. Die O.H.L. ahnte im Frühjahr 1917 nicht, wo der in Aussicht stehende gewaltigste Angriffsstoß der Franzosen stattfinden würde. Da wurde bei einem Gefangenen in der Champagne ein Brief gefunden, in dem dieser seinen An-

gehörigen mitteilte, daß sein Bataillon an die Angriffsfront verschoben würde. Er bezeichnete auch genau den zukünftigen Unterbringungsort an der Aisne. Auf Grund dieser einzigen Nachricht wurden am gleichen Abend und in den nächsten Tagen 10—12 Divisionen in Marsch gesetzt. Mit einem Schlage war der schwere Alpdruck, der auf der O.H.L. lastete, beseitigt, der darin bestand, daß wir nicht wußten, ob der Angriff der Franzosen an der Verdun-, der Champagne- oder der Aisnefront geführt werden würde. Dieser glückliche Fund bei dem feindlichen Soldaten behob jeden Zweifel. Er war letzten Endes die Ursache, daß es uns gelang, den gewaltigsten Angriffsstoß, den je die Franzosen während des Krieges durchführten, im Frühjahr 17 durch *rechtzeitige* Gegenmaßnahmen endgültig aufzufangen! Die folgende innere Erschütterung der französischen Armee ist ja bekannt.

Ich führe dies hier nur an, um zu zeigen, welch weitgehende Auswirkung geringfügigste Aussagen von Gefangenen u. a. m. haben können. Es ist damit auch bewiesen, daß die Verrätereien vor der letzten großen deutschen Offensive zweifellos ausschlaggebende Bedeutung gehabt haben und es ist keine *falsche* Behauptung, wenn wesentlich darauf der Mißerfolg des Marneangriffs, die nicht gelungene Überraschung, zurückgeführt wird.

Daß bei einem gelungenen Reimsangriff die Franzosen in eine geradezu katastrophale Lage gekommen wären, wird von aufrichtigen Gegnern — so auch von Buat — freimütig anerkannt!

10. Hat die O.H.L. die ihr aus der Villers-Coterettes-Front drohende Gefahr erkannt?

Ich habe schon ausgeführt, daß den durch unsere Offensive feindwärts entstandenen Ausbuchtungen nicht an sich die Gefahren drohten, die ihnen oft zugesprochen werden. Das gilt auch für die Marneausbuchtung. Daß ein Angriff des Gegners aus dem Villers-Coterettes-Wald, südlich der Aisne, günstige Vorbedingungen fand, ist nicht von der Hand zu weisen. Ähnliche Möglichkeiten bestanden aber auch an anderen Frontteilen, so bei Verdun, an der Mihiel-Ecke usw. Ich hob schon hervor, daß diese Gefahr so lange keine ernste wurde, als wir das militärische Gesetz angaben. Der Reimsangriff sollte uns dieses erhalten! Nur in diesem größeren Zusammenhange betrachtet, kann die Auffassung der O.H.L. richtig gewürdigt werden. Gelang uns der Reimsangriff, so mußte der französische oberste Führer seine für einen etwaigen Angriff aus dem Villers-Coterettes-Wald bereitgestellten Kräfte, deren Anwesenheit uns bekannt war, unbedingt an die Durchbruchsfront werfen. In Wirklichkeit war ähnliches ja auch am 15. Juli bereits befohlen, als die französische Heeresleitung, den Mißerfolg unseres Reimsangriffes erkennend, die Ausführung des Befehls anhielt und ihre Divisionen in der Villers-Coterettes-Ecke festhielt, um nun dort, wenige Tage später, zum Gegenschlag auszuholen. Daß wir dort südlich Soissons zeitweise in eine schwierige Lage gerieten, ist darauf zurückzuführen, daß es einmal den Franzosen tatsächlich gelang, durch einen *ohne vorherigen Artilleriekampf* durchgeführten Tankangriff unsere dortigen Kräfte am ersten Kampftage zu *überraschen*, und daß zum anderen manche von der Heeresgruppe

Kronprinz Wilhelm befohlene vorsorgliche Maßnahme — tiefe Aufstellung der Artillerie, Schaffung eines tiefen Maschinengewehr-Widerstandsfeldes, ausreichende flankierende Artillerie aus der Gegend nördlich der Aisne — von den örtlichen Kommandostellen nicht ausreichend durchgeführt worden waren. Daß der französische Angriffsstoß und Erfolg nicht annähernd so groß war, wie er zeitweise, vor allen Dingen aber nachträglich, von den Franzosen aufgebauscht wurde, ergibt sich daraus, daß er in den nächsten Tagen mit nur schwachen deutschen Kräften abgefangen wurde und er die von der O.H.L. befohlene abschnittsweise und geordnete Räumung des Marnebogens keineswegs verhindert hat. Wäre der französische Angriff gegen diese immerhin schwache Stelle in großzügiger Weise gelungen — wie unsere im März, April und Mai —, so hätte kein deutscher Soldat eigentlich den Marnebogen verlassen dürfen. Die deutsche O.H.L. hatte also an sich durchaus recht, den Angriffsgeist der schwer mitgenommenen, nur im Schatten der Tanks vorzubringenden Franzosen nicht allzu hoch zu bewerten, und noch selbst in dieser ernsten Lage des Juli 1918 auf die Widerstandskraft der Truppen und die Geschicklichkeit der Führer volles Vertrauen zu setzen. Das ist die Kehrseite all der unsachlichen Urteile, die so oft gerade über diese Kampfepisode gefällt werden. Nüchtern abgewogen zeigt auch sie noch eine starke innere Kraft der deutschen obersten Führung, mehr aber noch eine solche der durch die verschiedenen Angriffe angespannten und den Reimsmißerfolg seelisch mitgenommenen Truppen.

11. Die O.H.L. und der Angriff der Engländer und Franzosen am 8. August an der Somme

Es wird vielfach behauptet, daß auch der Angriff am 8. August die O.H.L. völlig überrascht hätte. Auch dies ist historisch unzutreffend. Ich habe persönlich in einer Denkschrift, um die Wende des Juli/August 1918, es ausgesprochen, daß, wenn der Generalissimus der Entente sein Geschäft nur einigermaßen verstände, er uns jetzt an der Sommefront angreifen müsse, da es für ihn *dort* am leichtesten sei, die oft gegensätzlichen Belange beider Verbündeten ohne große Schwierigkeit zu einer einheitlichen Kampfhandlung zusammenzubringen. Die Lage war an der Sommefront ähnlich wie vor der Hindenburg-Bewegung im Frühjahr 17. Die O.H.L. hatte auch ihre Sorgen durch Anfragen bei den beiden Heeresgruppen und den örtlichen Oberkommandos wiederholt zum Ausdruck gebracht. Noch wenige Tage vor dem 8. August waren die Heeresgruppe und das örtliche Oberkommando der Ansicht, daß *keine* Anzeichen eines feindlichen Angriffs an dieser Front vorlägen! Gewiß war ein großer Teil der an diesem Frontabschnitt in schlechten Stellungen eingesetzten Divisionen mitgenommen. Das gleiche konnte aber füglich auch von den gegenüberstehenden englischen und französischen Truppen behauptet werden. Die Engländer wie die Franzosen hatten durch die deutschen Erfolge im März, April und Mai nicht nur schwerste Verluste erlitten, sondern auch eine schwere innere Erschütterung ihrer Heere durchgemacht. So mußte die englische Armee, wie General von Kuhl ja berichtet, in dieser Zeit eine völlige Neubildung durch-

führen, und auch in der französischen Armee waren die schweren Schläge insofern von außerordentlicher Bedeutung, weil sie gerade ihre besten Truppen trafen. Der innere Zustand der beiderseitigen Armeen dürfte also ziemlich der gleiche gewesen sein. Allerdings muß zugegeben werden, daß die deutsche Armee schlechter ernährt wurde und der Ersatz nur spärlich lief, während bei den Franzosen und Engländern die Lücken durch das allmähliche Eintreffen amerikanischer Divisionen teilweise ausgeglichen wurden. Andererseits muß aber auch gesagt werden, daß der Geist der Truppen deutscherseits zunächst durch die Erfolge der März-, April- und Maioffensive zweifellos gehoben worden war. Daß diese Stimmung aber derart schnell in ihr Gegenteil umschlug, als uns der Reimsangriff mißglückte, das ist mir, wie wohl so manchem in verantwortlichen Stellungen befindlichen Soldaten, bis zu einem gewissen Grade ein psychologisches Rätsel geblieben. Wenn man damit in Parallele stellt, was die Franzosen und Engländer in den Jahren 15, 16 und 17 bei ihren stets mißglückten, monatelang, trotz gewaltigster Verluste rücksichtslos durchgeführten Angriffen durchmachten und trotzdem in zähem Widerstandswillen den Kopf hochhielten, so kann man den deutschen Stimmungswechsel nur der verheerenden Einwirkung der Heimat u. a. m. zuschreiben. Überraschend für uns war bei dem feindlichen Angriff am 8. August, der durch den im Nebel geglückten Tankangriff wiederum sein Gepräge fand, das Versagen einzelner Divisionen, selbst solcher, die nur wenige Tage vorher aus Ruhelagern in die vorderste Linie eingeschoben worden waren. Diesen Dingen näher nachzugehen, muß ich mir versagen. Zurückzuführen sind sie auf den damals zweifellos schon brüchig gewordenen inneren Kampfwillen des deutschen Volkes und die Zersetzungsarbeit bestimmter Kreise an der Front und in der Heimat. Man hat gesagt, die O.H.L. hätte frühzeitiger die Verteidigung in die schnell wieder herzustellende Hindenburgstellung zurückverlegen sollen. Gewiß, dieser Gedanke war naheliegend und wurde erwogen, nur bestand seit dem Märzangriff keine Hindenburgstellung mehr. Es hätte reichlichster Zeit und nicht vorhandener Arbeitskräfte bedurft, sie wiederherzustellen. Vorhanden waren diese Arbeitskräfte nicht, wenn wir den zur Ruhe und Ausbildungszeit herausgezogenen Divisionen die dringender nötige Gelegenheit hierzu geben wollten, sich für die kommenden Kämpfe ausreichend vorzubereiten. Man kann sogar füglich fragen, ob bei unserer damaligen Kriegführung es noch zweckmäßig gewesen wäre, Truppen zu solchen Stellungsbauten festzulegen. Mit der im Kriege durchgeführten Ausrüstung der Infanterie mit einer gewaltigen Masse von leichten und schweren Maschinengewehren, Selbstladegewehren, Minenwerfern, unterstützt durch die weit hinter die feindlichen Linien reichende Artillerie aller Art, war der Abwehrkampf aus den starren Schützengrabenlinien in die Verteidigung tiefer Widerstandszonen übergegangen. Diese fanden ihr äußeres Gepräge in der Anlage schachbrettförmiger, ungeordneter, kleiner, alle Geländebedeckungen ausnutzender, sich gegenseitig flankierender Widerstandsnester aller Art. Es war ferner zu beachten, daß mit einer frühzeitigen Zurücknahme der deutschen Kräfte, gerade an der Sommefront, die große Masse dort festgelegter französisch-englischer Kräfte für Unternehmungen auch an anderen

Abschnitten frei geworden wären. Es läßt sich sehr darüber streiten, ob nicht in den weiter zurückliegenden Verteidigungslinien die gleichen oder noch größere Gefahren der deutschen Heerführung — z. B. an der Naht zwischen 18. und 7. Armee — drohten. Die O.H.L. glaubte jedenfalls im August und Anfang September, solange ich Operationschef bei der O.H.L. war, daß die deutsche Armee dem Gegner in zähem, abschnittsweisem Verteidigungskampf noch einen derartigen langdauernden Widerstand entgegensetzen könne, daß auch für die Entente eine siegreiche Beendigung des Krieges noch im Jahre 1918 aussichtslos erscheinen müsse. Nach meinen späteren persönlichen Erfahrungen an der von den Amerikanern angegriffenen Verdunfront war diese damalige Auffassung richtig. Allerdings hätte es schon in dieser Zeit unbedingt einer schärferen Mithilfe der Heimat, insbesondere des Herausziehens einer erheblich größeren Zahl vorhandener k. v.-Mannschaften zu Ersatzzwecken und einer rücksichtslosen Unterdrückung des unerhörten Drückebergerwesens in der Heimat durch die örtlichen Behörden und alle dazu verpflichteten Organe und eines engeren Zusammenhaltens dieser Stellen, wie des gesamten deutschen Volkes, einschließlich des Reichstages — mit anderen Worten: einer ausgesprochenen Stärkung des Kampfwillens — bedurft! *Das Gegenteil aber geschah*!

12. Das Waffenstillstandsangebot

Zum Chef des Generalstabes der 5. Armee ernannt, verließ ich etwa um den 10. September die O.H.L. Ich bin deshalb nicht in der Lage, mich über die ursächlichen Zusammenhänge und den Werdegang des Waffenstillstandsangebotes sowie die ihm zugrunde liegende Beurteilung der militärischen Gesamtlage durch die O.H.L. sachlich zu äußern. General Ludendorff hat mir persönlich erst nach erfolgter Entscheidung in einem morgendlichen Telephongespräch davon Mitteilung gemacht. Ich habe bei dieser Gelegenheit meine darüber ganz entgegengesetzte Ansicht zum Ausdruck gebracht.

Am meisten hat mich jedoch in Erstaunen gesetzt und beeindruckt, daß die beiden Feldherrn bei diesem Angebot die psychologische Einschätzung ihrer gewaltigen Führerpersönlichkeit auf der Feindseite nicht ausreichend gewürdigt, d. h. sich selbst derart unterschätzt haben. Selbst wenn die Kriegslage bitter ernst war, so durfte das Waffenstillstandsangebot niemals von den beiden *Feldherren* ausgehen. Das Führerpaar Hindenburg-Ludendorff war in den Augen der mitleidlosen brutalen Gegner der Exponent des deutschen Durchhalte- und Kampfwillens. Vor ihren willensstarken Persönlichkeiten und ihrem Können hatten die Gegner, trotz verschiedenartiger Rückschläge im Sommer 18, immer noch einen uns bekannten heillosen Respekt, wie die Verbündeten anno 1813/15 vor der Persönlichkeit Napoleons!

Die Behauptung des Obersten Schwertfeger, daß man mit diesem Angebot die weiße Flagge aufgezogen habe, kann völlig mißverständlich wirken. Das Aufziehen der ‚weißen Flagge' bedeutet im Kriege Kapitulation! (Vgl. Sedan, Paris 1870/71, Plewna 1878, Port Arthur u. a. m.) Davon war Ende September 1918 nicht die Rede! Daß die Armee noch kämpfen konnte, wenn sie nur tatkräftig geführt wurde, haben die schweren Abwehrkämpfe bei der 3. und

5. Armee gegen die frischen amerikanischen Divisionen bewiesen. Die schwerste Krise war Mitte Oktober überstanden, da entließ man Ludendorff und brachte die größte Unruhe in dem *gefährlichsten Augenblick* in die Führung der Westfront!

Ich konnte mich schon während des Krieges, aber auch nachher des Eindrucks nicht verschließen, daß die beiden willensstarken Feldherren zeitweise den starren Vernichtungswillen unserer Gegner unterschätzten, mehr aber noch sich von den Einflüssen ihrer Umgebung, den unvermeidlichen, meist weit übertriebenen Hilferufen der Front und nicht zuletzt durch die Stimmungsberichte der Heimat haben zu diesem unheilvollen Schritt beeinflussen lassen.

Die politische Leitung mußte allerdings gemahnt werden, alles zu tun, um für eine baldige Beendigung des Krieges die möglichen Unterlagen anzubahnen.

13. Rückwärtige Stellungen und Möglichkeiten der Fortsetzung des Kampfes

Im ‚Entwurf der Resolution' wird im Abschnitt 5 gesagt, daß, nachdem die Offensive gescheitert war, für spätere Abwehr stark ausgebaute und verkürzte Stellungen die Vorbedingung gewesen wären, die O.H.L. es aber unterlassen habe, gegen Ende des Winters 17/18 und im Frühjahr 1918 Divisionen aus dem Osten zum rechtzeitigen Ausbau solcher Stellungen heranzuziehen. Diese Bemängelung stützt sich auf eine Erklärung des Sachverständigen General von Kuhl in der Sitzung des 4. Untersuchungsausschusses vom 21. März 1923, wo er geäußert hat, daß wir Arbeitskräfte im Winter 17/18 noch hätten heranziehen können. Ich muß dieser Auffassung widersprechen. Selbst wenn wir den Ukrainefeldzug nicht geführt und von dort noch mehrere Divisionen von dem Osten für reine Arbeitszwecke nach dem Westen herübergeführt hätten, so konnten sie hier allein für die vielseitigen *Angriffsvorbereitungsarbeiten* eingesetzt werden. *Dem Angriff galt es im Frühjahr 18 die Wege zu bahnen*! Welch ungeheure Arbeit gerade bei diesen Vorbereitungen zu bewältigen war, ist in dem II. Teil des Gutachtens des Generals von Kuhl (Bd. 3, S. 125ff.) in eindringlichster Weise dargetan worden. Ich bemerke dazu, daß es ja nicht allein galt, auf den in Aussicht genommenen St.-Michael- und St.-Georg-Fronten, sondern auch bei allen übrigen Armeen die Angriffsvorbereitungen so zu gestalten, daß der Gegner auf der *ganzen* Westfront mit einem Angriff an den verschiedensten Abschnitten rechnen mußte! Demonstrative Anlagen boten hierzu keine Möglichkeit, nur wirklich ausgeführte Angriffsarbeiten (Munitionierung, Ausbau des Bahn-, Nachrichten- und Wegenetzes usw.) konnten diesen Eindruck bei dem Feinde herbeiführen, insbesondere dann, wenn es ihm, was wahrscheinlich war, gelang, auf diesen Fronten ein oder den anderen Gefangenen zu machen. Dieser Plan ist uns ja auch völlig gelungen. Daß der französische oberste Führer, General Pétain, sich im März sehr schwer und fast zu spät entschloß, den Engländern zu Hilfe zu kommen, ist unseren ausgedehnten Angriffsvorbereitungen an der französischen Front zu danken! Außerdem kamen diese Angriffsvorbereitungsarbeiten aber auch einer etwa notwendigen Abwehr an den Nichtangriffsfronten sehr zu statten. Auch von diesem Gesichtspunkte waren sie notwendig. Der Ausbau unserer vorderen tiefen Kampfzonen im Westen war

Anfang 18 durchaus nicht fertig, sondern zeigte an den verschiedensten Fronten, infolge unseres Mangels an Arbeitskräften, noch vielerlei Schwächen. Sie sind uns später recht schmerzlich vor Augen geführt worden, als wir uns vom August ab auf die reine Verteidigung einstellen mußten.

Wenn von dem Ausbau einer *Antwerpen—Maas—Metz-Linie* in diesem Zusammenhange gesprochen wird, so möchte ich doch betonen, daß diese, selbst wenn wir Hunderttausende überzählige Arbeitskräfte zur Verfügung gehabt hätten, wahrscheinlich ein volles Jahr in Anspruch genommen haben würde, um sie zu einer wirklichen Stellung zu machen — hierzu gehört in erster Linie nicht der Ausbau der Verteidigungslinien, sondern weit mehr alles das, was *hinter* der Stellung auszuführen ist, wie Eisenbahn-, Förderbahn-, Wege-, Nachrichtennetz, Munitionsanlagen, Befehlsstellen usw. usw. Schließlich möchte ich auch in diesem Zusammenhange noch einmal auf den eingetretenen Wechsel in dem Abwehrkampf hinweisen, der aus einer Grabenverteidigung zu einem Kampf in offenem Gelände mit einer Tiefenzone von Schützenlöchern, Maschinengewehrstützpunkten usw. sich umgewandelt hatte. In *dieser* Art ist dann, während der harten September- und Oktoberkämpfe, recht eigentlich die Abwehr gegen den weit überlegenen Feind erfolgreich geführt worden. Es ist also nicht zutreffend, den nicht vorhandenen Stellungen oder Verteidigungslinien die *Unmöglichkeit* der Weiterführung des Kampfes in die Schuhe zu schieben!

Wäre die Armee Ende Oktober hinter die Maas zurückgenommen worden, so wäre noch viel gerettet worden! —

General Ludendorff wollte diesen Schritt tun. Er hatte mir, auf mein diesbezügliches Drängen, bevor er nach Berlin abreiste und dort verabschiedet wurde, zugesagt, diesen Entschluß jetzt unbedingt durchzuführen, sobald er in Berlin die Ergebnisse der bisherigen politischen Schritte klar übersehen könne. Ich war schon im Kriege und bin auch heute noch der Meinung, daß wir durch ein Zurückgehen hinter die Maas Ende Oktober, bevor die großen Angriffe der Amerikaner am 1. November wieder einsetzten, den Zusammenhalt der deutschen Armee völlig gewährleisten konnten. Die *verhängnisvolle und nicht zu verantwortende* Entlassung Ludendorffs, des Mannes, der doch allein die Lage an der Westfront, wie die Gesamtlage, wirklich überschauen konnte, hat die deutsche Armee in eine noch schwierigere Lage gebracht. Der Vorwurf der mangelnden Vorsorge der O.H.L. durch den *unterlassenen Ausbau rückwärtiger Stellungen vom Winter 17/18* ab, ist also in keiner Weise gerechtfertigt! Er deckt sich weder mit dem der gesamten Arbeit der O.H.L. im Frühjahr 1918 zugrunde liegenden Angriffsgedanken, noch mit den wirklichen Tatsachen. Arbeitskräfte *für Verteidigungszwecke* standen der O.H.L. während des Winters 17/18 und der ganzen entscheidungsuchenden offensiven Kriegführung 1918 *nicht* zur Verfügung!

14. Die politische Einstellung der O.H.L.

Ich möchte zum Schluß auch zu diesem Punkte Stellung nehmen, soweit dies mir durch meine militärische dienstliche Tätigkeit bei der O.H.L. und

bei meiner genauen Kenntnis der Persönlichkeiten, insbesondere des Ersten Generalquartiermeisters, möglich ist.

Ich bemerke hierzu, daß es sich dabei nur um die ganz großen Linien der Einstellung handeln kann. Ich hatte bei der mir obliegenden Tätigkeit im Großen Hauptquartier gar nicht die Zeit, mich mit den rein politischen Fragen eingehend zu befassen. Immerhin hatte ich aber doch Gelegenheit, soweit ich dies für meine Stellung für tunlich hielt, mir ein Bild über die politische Lage und der darin wirkenden Kräfte zu machen.

Prof. Hans Delbrück hat geglaubt, dem Offensivgedanken der O.H.L. im Frühjahr 1918 die weitest gesteckten Kriegsziele zugrunde legen zu müssen. Ich muß dieser Auffassung aus meiner persönlichen Kenntnis der beiden Feldherren und der ihren *militärischen* Entschlüssen zugrunde liegenden Gedanken aufs schärfste widersprechen. Bei dem ganz ungewöhnlich weitgehenden Gedankenaustausch über die Offensive bei den verschiedensten Vorbesprechungen im Großen Hauptquartier, den Heeresgruppen und A.O.K.s, sind auch im engsten Kreise die zu erreichenden Kriegsziele *niemals erwähnt*, geschweige denn irgendwie *berücksichtigt* worden! Nur die allernüchternsten, *rein militärischen* Erwägungen bildeten ständig den Gegenstand der Denkarbeit für die im Frühjahr zu führende Offensive!

Die Reichsleitung war mit der Offensive einverstanden!

Die Reichsleitung hatte sich ja auch im Frühjahr 18 durch den Kaiser bestätigen lassen, daß nur *sie allein* für die *politische Führung* die *Verantwortung* trage! General Ludendorff hat sich im Frühjahr 18 bewußt die größte Zurückhaltung gegenüber der Reichsleitung in politischen Fragen auferlegt. Er war schließlich auch von der Wende 17/18 ab durch die militärische Vorbereitung des Westangriffs derart in Anspruch genommen, daß die politische Seite eine nur sekundäre Rolle spielen konnte.

Ich hebe ausdrücklich hervor, daß in den Gedankengängen der beiden Feldherren und der gesamten O.H.L. der *eine* Gesichtspunkt sich klar herausgeschält hatte, daß ein durchschlagender *Erfolg auf der Westseite* nötig sei, um zu einem für Deutschland günstigen Ende dieses gewaltigen Ringens zu kommen. Nur ein weitgehender militärischer Erfolg, der die Fortsetzung des Krieges den Ententemächten, selbst mit Hilfe Amerikas, nicht mehr aussichtsvoll erscheinen ließ, bot nach Ansicht der O.H.L. allein die Möglichkeit, unsere haßerfüllten Gegner wirklich *friedenswillig* zu stimmen. *Dies war das politisch-militärische Ziel der O.H.L. 1918!*

Ich habe schon im Jahre 1917 dem damaligen Oberst von Haeften gegenüber erklärt, daß General Ludendorff, nach meiner genauen Kenntnis seiner Person und Denkart, einen einigermaßen die Würde und Belange des deutschen Sechzigmillionenvolkes wahrenden Frieden, wenn er ihn haben könne, ohne Festhalten an Belgien, annehmen werde! Wenn die O.H.L. sich des öfteren gegen das Aus-der-Hand-Geben des belgischen Faustpfandes verwahrte, so geschah dies meines Erachtens in erster Linie aus rein militärischen Gründen. Nach den reichlichen Erfahrungen, die die O.H.L. mit den verschiedensten

Angeboten, dem Friedensangebot (1916), der Verständigungsresolution (1917) und allen möglichen sonstigen Friedensschritten gemacht hatte, war es doch allzu naheliegend, daß jeder derartige Versuch von den gerissenen Entente-Staatsmännern und deren zielbewußten militärischen Beratern stets als eine deutsche Schwäche ausgelegt wurde und damit also umgekehrt wirkte, wie es tatsächlich beabsichtigt war. Die Mentalität der Gegner war nun halt einmal eine andere als die der Deutschen! Größte Vorsicht war geboten, gerade vom militärischen Gesichtspunkte aus.

Wie unheilvoll das Hervorheben der eigenen schwierigen Lage wirken konnte, hat doch die Czerninsche Denkschrift vom Frühjahr 1917 gezeigt, die durch Erzbergers unverantwortliche Leichtfertigkeit der Entente bekannt wurde. Hat doch in dieser Denkschrift dieser überaus begabte und militärisch wohlunterrichtete Staatsmann sich dahin geäußert, daß Österreich im *Herbst 17* völlig am Ende seiner militärischen und politischen Kraft stände. Tatsache aber wurde, wie bekannt, daß im *Winter* des gleichen Jahres 17 die österreichische Armee mit Hilfe deutscher Truppen einen der glänzendsten Siege des ganzen Krieges in Italien errang und daß Österreich noch ein ganzes Jahr länger, trotz aller Schwierigkeiten, durchhielt. So hat sich der *vielleicht begabteste Staatsmann* der Mittelmächte in diesem Kriege irren können! Der für die österreich-ungarische militärische Lage verantwortliche Chef des österreichischen Generalstabes, General von Arz, war anderer Meinung als Graf Czernin. Der Kaiser Karl charakterisierte das Czerninsche Gutachten dem deutschen Kaiser gegenüber dahin: ‚Czernin übertreibt immer!' Gewiß ein hartes Urteil über einen führenden Staatsmann! Daß also Vorsicht bei der militärischen Unterrichtung gegenüber derart eingestellten Staatsmännern notwendig war, das dürfte dieses Schulbeispiel am klarsten erkennen lassen. Auch der Staatssekretär von Kühlmann hat meines Erachtens nicht klüger gehandelt, als er im Sommer 18 von der Reichstagstribüne davon sprach, daß der Krieg nicht mehr mit militärischen Mitteln zu Ende zu führen sei. Für die Entente hieß das doch nichts anderes, als daß die deutsche Heeresleitung am Ende ihres Lateins angekommen sei. Es mußte also bei unseren zähen Gegnern genau das Umgekehrte des Gewollten bewirken, nämlich die sichere Hoffnung erwecken, nunmehr *ihrerseits* den Krieg mit ihren überlegenen militärischen Mitteln *siegreich zu beenden*! Ich habe noch nie gehört, daß man vor und während eines Kampfes, und sei er selbst geistiger Art, einem Gegner seine eigene Schwäche möglichst offenherzig kund gibt. Das ist ein Geistes- und Gemütszustand, der nur dem Deutschen eigen ist und im Kriege unser Verhängnis wurde! Die Entente hat ihre sämtlichen Mißerfolge propagandistisch derartig umgebogen, daß die gesamte Welt glauben mußte, daß es ihr, selbst in den ernstesten Kriegszeiten, glänzend ginge! Das scheint mir nach den Erfahrungen des Weltkrieges auch das politisch-militärisch *richtigere Verhalten* zu sein! Kein Franzose, Engländer oder Amerikaner hat während des gesamten Krieges jemals die deutschen *Original-Heeresberichte* vor die Augen bekommen! Wenn Clemençeau in der *schwersten Krise* 1918 in die Öffentlichkeit der Welt hinausschrie: ‚Ich kämpfe vor, in und hinter Paris', so zeigt das doch einen

ganz anderen Durchhaltewillen, als er bei uns im Sommer und Herbst 1918 politisch betätigt wurde! Clemençeaus realpolitische Einstellung tritt aber noch schärfer hervor, als er neben diesem offen vor der Welt zur Schau getragenen Kampfwillen im selben Augenblick die staatsmännische Energie findet, Lloyd George vor das drohende Ultimatum zu stellen: entweder stellt England das höchste Ausmaß an Schiffstonnage zum Herüberbringen aller verfügbaren amerikanischen Reserven sofort zur Verfügung, oder Frankreich schließt einen Separatfrieden mit den Deutschen! Der Erfolg ist bekannt!

Was aber taten die deutschen Staatsmänner gerade in dieser, für politisches Handeln geradezu einladenden günstigen Lage der Mittelmächte *vor* und *während* der ganzen Offensive in Frankreich im Frühjahr und Sommer 1918? Völlig Unzureichendes, trotzdem General Ludendorff den Reichskanzler vor der Offensive durch die Denkschrift des Oberst von Haeften vom 14. Januar 1918, aber auch während der Offensive zu einer Friedensoffensive drängte. (Vortrag von Haeftens im Mai bei Kühlmann, am 19. Juni beim Reichskanzler über die Nachgiebigkeit der O.H.L. betreffs Belgiens.) Man hat sich die *Verantwortung* für die *politische Führung* bescheinigen lassen, *führte aber nicht* und schiebt dann, wie immer, die *Schuld* auf die *O.H.L.* und ihre *utopistischen Kriegsziele*! Den einzigen wirklichen, wenn auch vergeblichen, Versuch, an den Verhandlungstisch mit dem Gegner zu kommen, hat Oberst von Haeften, der *Vertreter der O.H.L.*, unternommen. Sein wiederholtes mahnendes Drängen zu politischem Handeln fand bei dem verantwortlichen Staatssekretär von Kühlmann eine ganz unverständliche Abweisung! Ihm fehlte der militärische Instinkt, den ein Staatsmann schon im Frieden, gewiß aber nicht im Kriege entbehren kann, der in so hohem Maße dem Fürsten Bismarck zu eigen war, daß Graf Schlieffen gelegentlich von dem Strategen Bismarck spricht!

Es ist in diesem Zusammenhange der O.H.L. zum Vorwurf gemacht worden, sie habe die politische Leitung nicht hinreichend über die militärische Lage und ihre Ansichten pp. orientiert. Neben den eigenen und feindlichen Original-Heeresberichten — ich hebe nochmals hervor, daß diese nur in Deutschland im Originaltext veröffentlicht wurden, kein Feind tat gleiches — standen der Reichsleitung und dem Auswärtigen Amt in Gestalt der zur O.H.L. und ins Große Hauptquartier entsandten politischen Verbindungsleute, sowie den zu diesen beiden Stellen in Berlin kommandierten Vertretern der O.H.L. weit bessere Quellen, sich einwandfrei auf dem Laufenden zu erhalten, zur Verfügung. Der Vertreter des Auswärtigen Amtes erfuhr durch die täglichen Orientierungen in der Operationsabteilung und durch seine engen Beziehungen zu den verschiedensten Offizieren des Großen Hauptquartiers oft mehr als manchmal tunlich war. Es ist doch ganz selbstredend, daß Erfolg und Mißerfolg auch auf die Mitglieder eines Großen Hauptquartiers sehr schnell abfärbt. Ein politisch denkender Kopf hatte also die günstigste Gelegenheit, sich ein zutreffendes Bild der Lage zu verschaffen. Ich möchte auch bestimmt annehmen, daß die häufige mündliche wie schriftliche Berichterstattung aller Verbindungsleute alles Wesentliche für die in Berlin handelnden verantwortlichen politischen Persönlichkeiten voll erschöpft hat.

Die *nachträglich* erhobene Beschuldigung nicht ausreichender Orientierung erscheint mir als eine allzu dürftige *Entschuldigung* der Untätigkeit und *Unzulänglichkeit* der verantwortlichen politischen Stellen!

Schließlich stand der Reichsleitung noch ein besseres Thermometer für die Beurteilung der militärischen wie politischen Gesamtlage in Gestalt der Berichterstattung der deutschen Gesandten in den neutralen Staaten und der Ausbeutung der feindlichen wie neutralen Presse zu Gebote. Auch auf die sonstigen Informationen durch Agenten usw. will ich nebenbei noch hinweisen.

Welche Schlüsse hat das Auswärtige Amt zu den verschiedensten Zeitpunkten denn hieraus gezogen? Auch die O.H.L. entnahm doch aus solchen Kenntnissen oft auch militärisch recht Schätzenswertes!

Mit anderen Worten: ein Staatsmann von politisch-militärischem Instinkt hatte im Frühjahr und Sommer 1918 wahrhaftig die Fülle der Möglichkeiten, um die *militärische wie politische Gesamtlage* auf beiden Seiten richtig einzuschätzen und im eigenen Interesse danach zweckentsprechend zu handeln!

Die politisch verantwortliche Leitung aber fand keine Gelegenheit, *vor* der Offensive entsprechende Schritte zu tun, um am Verhandlungstisch zu einem Gedankenaustausch mit unseren Gegnern, wenn selbst auf Umwegen, zu kommen? Auch die Zeit *zwischen* den Offensiven bis zum Juli, die uns hintereinander große *Erfolge*, dem Gegner *schwere Erschütterungen* einbrachte, in der auch zur See die U-Boot-Erfolge den Engländern die *schwersten* Sorgen bereiteten, wurden staatsmännisch *nicht hinreichend* ausgenutzt!

Die im Großen Hauptquartier anwesenden Vertreter der Reichsleitung und des Auswärtigen Amtes waren über die einzelnen Vorgänge durchaus im Bilde. Die uns im Großen Hauptquartier zugegangenen Agenten- und anderen Nachrichten über den Feindbund ließen die Schwierigkeiten klar erkennen, in denen sich damals die Entente befand! Ich erwähnte schon Clemençeaus spontanes Eingreifen, das den Ernst der Ententelage charakterisiert und das uns schon im Kriege bekannt wurde. Nach der Erziehung des Generalstabes und der Lehre des Feldmarschalls Graf Moltke war es Sache des *leitenden Staatsmannes*, die *Erfolge des Feldherrn rechtzeitig für seine Zwecke auszunutzen*!

Nichts aber ist in diesem Sinne seitens der politischen Leitung in *dieser* Zeit geschehen, um die günstige deutsche Lage politisch voll auszuwerten! Wie meist, so scheint es, sollte auch hier die O.H.L. den Anstoß geben, trotzdem man zu Beginn des Jahres 18 ihre Einwirkung durch einen Machtspruch des Monarchen ausgeschaltet hatte! Oberst Haeften hatte den Staatssekretär von Kühlmann wiederholt in diesem Sinne gedrängt, doch es geschah nichts. Die politische Arbeit im Osten scheint die gesamte Geisteskraft der Reichsleitung und des Auswärtigen Amtes in Anspruch genommen zu haben (Helfferich, Erinnerungen III.). General Ludendorff hat sich in dem Bewußtsein der ungeheuren Verantwortlichkeit, die er mit dem Generalfeldmarschall für die Zukunft Deutschlands trug, gerade in dieser Zeit öfter über die Untätigkeit der politischen Leitung recht schmerzlich ausgedrückt. Auf wen wartete denn die Reichsleitung eigentlich?

Hätten General Ludendorff und Feldmarschall von Hindenburg bei der poli-

tischen Leitung eine einzige Persönlichkeit gefunden, die im Frühjahr 1918 mit gleich heißem Herzen und durch tatfrohes Handeln — wie die beiden Feldherren auf dem Schlachtfelde — einen für Deutschlands Würde und Zukunft möglichen Frieden anstrebte, so hätte dieser Mann eine gleiche Achtung und Unterstützung gefunden, wie sie zwischen Moltke und Bismarck 1866 und 1870 bestand, trotz der auch bei diesen willensstarken Naturen oft ganz auseinandergehende Meinungen über die politisch-militärisch wahrzunehmenden deutschen Belange.

Wenn in dem Entwurf zur Resolution des Untersuchungsausschusses im 4. Absatz behauptet wird, daß bei den Besprechungen am 28. und 30. Juli die politischen Leiter des Reiches derart aufgeklärt worden seien, daß sie die Überzeugung erhielten, die O.H.L. glaube und stehe damals noch dafür ein, daß der Krieg mit den Waffen gewonnen werden könne, so habe ich keine Erklärung dafür. General Ludendorff wie ich waren uns in der Abendbesprechung des 18. Juli ganz klar darüber, und haben es auch ausgesprochen, daß der Krieg nicht mehr gewonnen werden könne. Es handelte sich nunmehr darum, ‚ihn aber *nicht zu verlieren*', denn zwischen *Gewinn-* und *Verlust-* steht immer noch die Remispartie — auch im Kriege. Unsere Lage glich der Friedrich des Großen am Ende des Siebenjährigen Krieges. Es hieß jetzt, den Krieg derart weiterzuführen, daß er nicht verloren würde. Daß General Ludendorff bei diesen Besprechungen die führenden Persönlichkeiten der Reichsleitung anders über die Lage orientiert haben soll, als wir uns vorher darüber klar geworden waren, kann ich mir einfach nicht vorstellen. Ich bin vielmehr aus so manchen Erfahrungen — und das Beispiel Czernins ist ja wohl das sprechendste — der Ansicht, daß die führenden politischen Persönlichkeiten und die handelnden Feldherrn sich nicht verstanden.

Als Staatssekretär von Hintze Mitte Juli General Ludendorff fragte, ob er sicher wäre, mit der jetzigen Offensive den Feind entscheidend zu schlagen, antwortete dieser mit ‚ja'. Hintze legt dies ‚Ja' dahin aus, daß Ludendorff ‚sicher gewesen' sei, den Gegner zu schlagen! Was sollte ein Feldherr, der vor einer Schlacht stand, anders antworten? Ein Staatsmann aber, der selbst aktiver Marineoffizier gewesen war, mußte wissen, daß es im Kriege nichts gibt, was ‚*sicher*' ist, daß dies, wie Feldmarschall von Moltke sagt, ‚*wider die Natur des Krieges*' ist. Nun glückte die Reimsoffensive am 15. Juli nicht, dagegen trat am 18. Juli und den folgenden Tagen ein ernster Rückschlag an der Westfront ein. Was geschieht jetzt seitens der führenden Staatsmänner? — Nichts!

Admiral von Hintze schreibt, daß er Anfang August zu der klaren Erkenntnis gekommen sei, daß der Krieg zu liquidieren sei. Was geschieht? Am 8. August tritt ein neuer ernster Rückschlag an der Westfront ein! Was geschieht politischerseits?

Wenn General Ludendorff, was ich nicht weiß, sich im Juli des Jahres 1918 insofern hoffnungsvoll ausgesprochen haben sollte, daß wir den Krieg bei richtigem energischen Verhalten in der *Abwehr* durch das Jahr 1918 durchhalten könnten, so hat er militärisch damit jedenfalls recht gehabt. Die Kräfte Frankreichs und Englands, ja selbst die frischen amerikanischen Divisionen, standen im Herbst 1918 vor einer ernsten Krise.

Die deutschen *Rückschläge* an der Westfront vom 15. Juli und 18. August waren der Reichsleitung *bekannt*! Sie hätten ihr meines Erachtens — einerlei, wie die Orientierung des Großen Hauptquartiers lautete — die unbedingte Veranlassung des *unverzüglichen Handelns*, d. h. des sofortigen Heranziehens aller verfügbaren *Ersatzkräfte für* die Armee und des Einleitens *politischer Schritte* mit den Gegnern geben müssen. Von selbständig denkenden und die Verantwortung tragenden Staatsmännern mußte dies meines Erachtens verlangt werden und dem politisch ungeschultesten Kopf mußte es selbstverständlich erscheinen, daß, solange wir noch leidlich fest auf Frankreichs Boden standen, versucht werden mußte, zu Anknüpfungen mit unseren Gegnern in irgendeiner Form zu kommen.

Daß dies im *Sommer* 1918 weit schwieriger sein mußte wie *im ersten Halbjahr 1918*, wo wir wuchtige Schläge verteilt und große Erfolge errungen hatten, war klar. Die Schuld hieran trägt aber die *verantwortliche politische Leitung* und nicht die *militärische Führung*! Es bestand dann vielleicht immer noch die Möglichkeit, wenn die ernstesten Versuche, zum Kriegsende zu kommen, nicht glückten, das deutsche Volk noch einmal aufzurütteln. Man mußte nur bei der verantwortlichen politischen Leitung einen festen Willen und klare politische Ziele, auch gegenüber den beiden Feldherren, haben und danach handeln!

Bei der Besprechung am 13. August sagte General Ludendorff zu Hintze: ‚Mitte Juli habe ich Ihnen gesagt, ich wäre sicher, mit der gegenwärtigen Offensive den Kriegswillen des Feindes zu brechen und ihn zum Frieden zu nötigen; diese Sicherheit habe ich nicht mehr. Wir werden durch eine strategische Defensive den Kriegswillen des Gegners lähmen.‘ Welch ein Wandel in der bisherigen Auffassung des Feldherrn! Ist das keine ausreichende Orientierung für einen *wirklichen Staatsmann*?

Bei dem Kronrat am 14. August führt Admiral von Hintze — ohne Widerspruch der Feldherren — politisch-militärisch aus, ‚daß wir militärisch außerstande sein würden, den Kriegswillen des Gegners zu brechen und daher gezwungen seien, dieser Kriegslage in der Führung unserer Politik Rechnung zu tragen‘. Der Feldmarschall von Hindenburg erklärt anschließend, ‚daß er *hoffe*, daß es dennoch gelingen werde, *auf französischem Boden stehen zu bleiben* und *dadurch schließlich* dem Feinde unseren Willen aufzuzwingen‘.

Das war gewiß keine Fanfare, sondern eine Schamade von seiten des Herrn Feldmarschalls und militärisch doch nur dahin zu verstehen, daß es uns gelingen werde, durch zähen, hinziehenden Abwehrkampf *auf französischem Boden* die Ententeländer friedenswillig zu machen.

Wie aber versteht Admiral von Hintze diese militärische Darlegung? Er stellt in Gegensatz seine Ausführung ‚den Feindwillen nicht brechen‘ mit der des Feldmarschalls ‚dem Gegner den Willen aufzuzwingen‘. Der Schwerpunkt der militärischen Ausführung des Feldmarschalls, ‚daß es gelingen werde, auf *französischem Boden* stehen zu bleiben‘, liegt aber in den beiden folgenden Worten ‚und *dadurch schließlich* dem Gegner den Willen aufzuzwingen‘, d. h. also durch zähen Abwehrkampf auf französischem Boden die Gegner im Sinne des von Admiral von Hintze Vorgetragenen friedenswillig zu machen.

Staatsmann und Feldherr *verstanden einander wieder nicht*!

Kein Feldherr kann im Kriege dem Staatsmann den *Sieg* und ebensowenig die Zeitspanne, *wie lange ein Heer im Abwehrkampfe durchhalten kann, garantieren*! Das ist wider die Natur des Krieges! Das hängt schließlich neben seinem eigenen Willen von vielen, von dem Feldherrn nicht zu bestimmenden, unabhängigen Faktoren, vor allem aber vom *Gegner* ab!

Ein wirklicher *Staatsmann muß das wissen*! Seine Sache ist es, die Siege wie die Niederlagen des Feldherrn politisch auszuwerten. Auch Admiral von Hintze fehlte das klare militärische Verständnis!

Das verblüffende Ergebnis dieser Augustbesprechung war, ‚den nächsten *Erfolg* an der Front abzuwarten und dann politisch zu handeln'.

Der Begriff ‚*Erfolg*' ist aber politischer- wie militärischerseits weitgehendst auslegbar! Was hier damit gemeint war, ist nicht zu verstehen. Im Herbst 1918 war es zweifellos schon ein tagtäglicher *militärischer Erfolg*, wenn es gelang, in den schweren Abwehrkämpfen die deutschen Stellungen und Linien auf *französischem Boden* einigermaßen zu behaupten, was im September leidlich geschah.

Auf keinen Fall durfte von Anfang August ab der verantwortliche Staatsmann eine Minute versäumen, um politisch *durchgreifend* zu handeln. Ist das geschehen? Der Ernst der Lage ist von den verantwortlichen politischen Persönlichkeiten für ihre doch meist nur langsam sich auswirkenden diplomatischen Schritte nicht erkannt worden. Trotz der militärisch ernst und zutreffend geschilderten Lage glaubte man sich Zeit lassen zu können.

Die Schritte, die dann im August und September wirklich unternommen wurden, die dem Ernst der Lage jedoch nicht voll Rechnung trugen, kamen nicht zur Kenntnis der O.H.L. Diese kam hierdurch Ende September, d. h. nach 6 Wochen, zu der nicht unberechtigten Auffassung, es sei politisch nichts geschehen, um der mittlerweile immer schwieriger gewordenen militärischen Lage außenpolitisch zur Hilfe zu kommen. Diese Unterlassung seitens der politischen Leitung trägt mit die Schuld an dem unseligen Waffenstillstandsangebot und macht sie mit dafür verantwortlich. Politische Leitung und militärische Führung haben sich in dieser ernstesten Zeit nicht verstanden!

Die O.H.L. für die Unterlassung der politischen Reichsleitung im *Frühjahr* und *Sommer 1918*, vor, während und schließlich auch nach der Offensive verantwortlich machen zu wollen, ist meines Erachtens unzulässig. Es ist das gleiche Verfahren, das angewandt wurde, um ihr nachträglich den Mißerfolg der von Bethmann-Hollweg in Szene gesetzten Polenpolitik in die Schuhe zu schieben.

Deutschlands politischer Spitze fehlte eben im Kriege der ‚Trommler', wie ihn England in der Person Lloyd Georges fand. Dieser hat ganz recht, wenn er vor kurzem ausrief: ‚Wir haben nicht den Rhein überschritten. Wir waren nicht einmal in der Nähe des Rheins; kein einziges Geschütz der Alliierten hätte auf deutschen Boden schießen können. Trotzdem kapitulierte Deutschland bedingungslos! Es war ihm das Rückgrat gebrochen! Glauben Sie, daß sich dies ereignet hätte, wenn Deutschland einen Clemençeau, einen Gambetta,

einen Pitt — er hätte auch sagen können, einen Lloyd George — gehabt hätte? Deutschland hatte *keine Politiker.*'

Militärische Führer hatte es!

Das ist meines Erachtens die wesentlichste Ursache des Ausganges unseres ungleichmäßigen Kampfes fast mit der ganzen Welt, in dem wir trotz allem *das Höchste* geleistet haben, was je von einem *Volk*, seinem *Heer* und seinen *militärischen Führern* verlangt worden ist.

Wetzell
Generalmajor."

Sitzung, Dienstag, den 10. März 1925

Besprechung des Schriftsatzes des Generals Wetzell

Sachverständiger Dr. *Delbrück*: So sehr ich es bedaure, daß die überaus wertvollen Aufklärungen in dem Kuhlschen und dem Schwertfegerschen Gutachten, zu denen ich das Korreferat geliefert habe, dem deutschen Volke so lange vorenthalten bleiben, so halte ich doch trotz des neuen Zeitverlustes die Hinzufügung der Ausführungen des Generals Wetzell für so bedeutsam, daß der Nachteil der Verzögerung dadurch vielleicht ausgeglichen ist. Das Ergebnis meiner Nachprüfung der Wetzellschen Darlegung ist, daß die Feststellungen Kuhls und Schwertfegers, auf die ich meine Kritik aufgebaut habe, so wenig General Wetzell sich dessen bewußt ist, doch nirgends widerlegt, sondern sogar direkt bestätigt werden.

Ich stelle die wesentlichsten Punkte zusammen:

1. Jede kritische Untersuchung der Katastrophe von 1918 muß ausgehen von dem Bekenntnis des Generals Ludendorff, daß er geglaubt habe, Wilson sei gewillt und fähig, einen Frieden auf Grund seiner 14 Punkte zustande zu bringen. Ich habe in meinem Gutachten den Vorwurf erhoben, daß die deutsche Strategie des Jahres 1918 nicht auf dieses Ziel eingestellt gewesen sei. Eine Strategie ohne politisches Ziel gibt es nicht. Clausewitz, den jeder Kritiker als Sachverständigen ansehen wird, schreibt in seinem Werke vom Kriege (8. Buch, 6. Kapitel), ein großes kriegerisches Ereignis oder ein Plan zu einem solchen lasse eine *rein militärische* Beurteilung *nicht* zu, „ja, es ist ein *widersinniges* Verfahren, bei Kriegsentwürfen Militärs zu Rate zu ziehen, damit sie *rein militärisch* darüber urteilen sollen, was die Kabinette zu tun haben". Wetzell bezeugt uns (S. 336), daß bei den Beratungen auch im engsten Kreise die zu erreichenden Kriegsziele niemals erwähnt, geschweige denn berücksichtigt worden seien. Hält man dieses Zeugnis zusammen mit jenem aus Clausewitz zitierten und in der Kriegswissenschaft anerkannten Grundsatz, daß es, im Unterschied von Manövern und Kriegsspielen, in der Strategie des wirklichen Krieges eine rein militärische Betrachtung nicht geben könne, so ist damit über die Ludendorffsche Strategie prinzipiell schon das Urteil gesprochen. Strategie und Politik sind untrennbar.

2. Ich habe auf Grund der Kuhlschen Feststellungen ausgeführt, daß die

Märzoffensive 1918 trotz ihrer taktischen Ergebnisse ein strategischer Mißerfolg war, weil die Kräfte falsch verteilt waren; trotz des Einspruchs der Heeresgruppe Rupprecht war der Defensivflügel etwa ebenso stark ausgerüstet wie der Offensivflügel. Die Folge war, daß, indem der Defensivflügel (Hutier) durchbrach, der Offensivflügel hängen blieb und nun die deutschen Streitkräfte, statt zusammenzuwirken, nach verschiedenen Seiten auseinanderliefen. Wetzell sucht diese Verteilung der Kräfte zu verteidigen mit der Wendung, daß einige Divisionen mehr der Armee Below auch nichts geholfen haben würden (S. 321). Das hat aber auch General v. Kuhl schon selber gesagt. Das Entscheidende ist die *Verteilung der schweren Artillerie;* wäre der Belowschen Armee soviel schwere Artillerie zugestellt worden, daß sie ihren Angriff von Anfang an nördlich bis an die Scarpe erstrecken konnte, so war damit allerdings noch keineswegs verbürgt, daß der Angriff an dieser Stelle hätte durchdringen müssen; aber es war auch nicht unbedingt nötig: Die Hauptaufgabe wäre gewesen, den Angriff südlich davon, zur Abschnürung des Cambraibogens, nach rechts zu decken, die feindlichen Streitkräfte hier zu fesseln und abzulenken. Daß wir einen ganz unverhältnismäßigen Teil unserer schweren Artillerie an die Stelle brachten, wo, wie wir wußten, der Feind am allerschwächsten war, hat uns zwar hier einen großen Erfolg eingebracht, an der strategisch entscheidenden Stelle aber die Chancen in der allerbedenklichsten Weise verschlechtert. Indem Wetzell über diesen schwachen Punkt der Ludendorffschen Schlachtanlage hinweggleitet, bestätigt er indirekt die von Kuhl und mir geübte Kritik und geht in gewisser Beziehung noch über das von mir Gesagte hinaus, indem er die nachträgliche Verlängerung des Belowschen Flügels nach Norden und den Angriff an der Scarpe aufs allerschärfste kritisiert.

3. Die Heeresgruppe Rupprecht hatte den Vorschlag zu einem Angriff in Flandern eingereicht, der in seinen Zielen bescheidener und deshalb unseren Kräften besser angepaßt war als der nachher von Ludendorff befohlene Angriff in der Picardie. Ich mache darauf aufmerksam, daß die von Wetzell angegebenen Gründe, weshalb die O.H.L. den Rupprechtschen Vorschlag abgelehnt hat, wesentlich andere sind als die, welche Ludendorff selbst in seinen Schriften angibt. Dieser legt das Hauptgewicht auf den Zeitverlust, Wetzell auf die Schwierigkeit des Angriffes selbst; er erklärt ihn direkt für völlig aussichtslos (S. 315). Der Schluß liegt nahe, daß Wetzell ebenso wie mir die Ludendorffschen Gründe nicht stichhaltig erschienen sind. Ob die von ihm angegebenen besser sind, vermag ich nicht zu entscheiden, kann mir aber nicht vorstellen, daß ein so erfahrener und anerkannter Führer, wie General v. Kuhl, einen Angriff vorgeschlagen haben sollte, der von vornherein „völlig aussichtslos" war.

4. Wetzell (S. 330ff.) führt unseren strategischen Mißerfolg einerseits auf die tüchtige Führung der Franzosen, die ungeahnte Leistungsfähigkeit ihres Kraftwagenparks und ihrer motorischen Artillerieverbände, andererseits auf die ungenügende Leistung deutscher Unterführer und der Truppen zurück. Ich halte dem entgegen, daß es Sache des Feldherrn ist, sowohl die Leistungsfähigkeit der eigenen wie der feindlichen Truppen richtig einzuschätzen. Wetzells Urteil

mag sachlich zutreffend sein, aber es ist letztlich ein neues Blatt im Schuldkonto Ludendorffs.

5. Zu den wesentlichen Eigenschaften eines Feldherrn gehört sicherlich das richtige Verständnis für die Psychologie seiner Truppe. In der Wetzellschen Darstellung finden wir nun das Bekenntnis, daß es dem General noch heute bis zu einem gewissen Grade ein psychologisches Rätsel geblieben sei, weshalb die gehobene Stimmung des deutschen Heeres in der März-, April- und Maioffensive so plötzlich in das Gegenteil umgeschlagen sei. Was dem General Wetzell ein psychologisches Rätsel geblieben ist, ist es sicher auch für den General Ludendorff gewesen, mit anderen Worten: wir haben hier ein Zeugnis, daß dieser Feldherr seine eigene Armee nicht gekannt hat.

6. Nicht zum wenigsten ist der Mißerfolg unserer Märzoffensive dadurch herbeigeführt worden, daß die O.H.L. der Heeresgruppe Rupprecht die Disposition über die Armee Hutier entzog und diese der benachbarten Heeresgruppe Kronprinz Wilhelm zuwies. Wäre der Angriff einheitlich in der Hand der Heeresgruppe Rupprecht geblieben, so wäre der Kardinalfehler der falschen Verteilung der schweren Artillerie vermieden worden. General Ludendorff hat für diese Ordnung des Oberkommandos einige Gründe angegeben, die mir nicht ohne Bedeutung, aber doch nicht durchschlagend erschienen sind. Es ist bemerkenswert, daß auch hier wieder General Wetzell andere Motive angibt als Ludendorff selber, was naturgemäß meinen Verdacht, daß hier noch unausgesprochene Motive mitgespielt haben, verstärkt.

7. Ich habe in meinem Gutachten darauf hingewiesen, daß all unsere Hoffnung auf Erfolg auf der Überraschung beruhten, daß aber Überraschungen erfahrungsgemäß immer etwas sehr Unsicheres seien, weil sie gar zu leicht durch Überläufer oder sonstige Zufälligkeiten verraten würden. Wetzell erklärt das für richtig und behauptet, daß die O.H.L. auch damit gerechnet habe, daß aber unser Plan bei dem Reimsangriff in der Weise und schon 14 Tage vorher verraten würde, daß habe man doch nicht erwartet. Diese Unterscheidung zwischen Überläufern, deren Verrat man erwartet, und solchen Überläufern, deren Verrat die Erwartung übersteigt, kann ich nicht gelten lassen, und muß, da Wetzell unsern Niederbruch ausschließlich auf diesen Zwischenfall zurückführt, darin die Bestätigung meiner Anklage erblicken, daß die O.H.L. in unverantwortlicher Weise mit dem Schicksal Deutschlands gespielt hat.

8. Ein Hauptvorwurf für General Ludendorff ist, daß er den Kaiser, den Reichskanzler und das Auswärtige Amt nicht genügend und rechtzeitig über die militärische Lage orientiert hat. In dem Gutachten des Obersten Schwertfeger ist das schlagend nachgewiesen. Wetzell bestätigt zunächst (S. 340), daß er bereits in einer Abendbesprechung am 18. Juli mit dem General Ludendorff übereingekommen sei, daß der Krieg nicht mehr gewonnen werden könne. Wenn nun das Auswärtige Amt darüber nicht klar gewesen ist, so hält Wetzell es für unmöglich, daß es Ludendorff an der rechten *Klarheit habe fehlen lassen, sondern meint*, daß die führenden politischen Persönlichkeiten und die handelnden Feldherren sich nicht verstanden hätten. Diese Erklärung lehne ich ab. Es war die Pflicht des General Ludendorff, sich so deutlich auszudrücken, daß

die Staatsmänner ihn verstanden. Die wahre Erklärung finde ich in der Wetzellschen Aussage, zwei Seiten vorher, wo wir hören, daß bei der *militärischen Unterrichtung der Staatsmänner Vorsicht notwendig gewesen* sei. Vorsicht kann in diesem Zusammenhang nur ein gewisses Zurückhalten der vollen Wahrheit bedeuten; das ist die Bestätigung dessen, was die andern Gutachter und ich über das Verhalten der O.H.L. gegenüber dem Kaiser und der Reichsleitung festgestellt haben *und ich stehe nicht an, eine absichtliche Täuschung* des Obersten Kriegsherrn und seines Reichskanzlers über die Kriegslage als Landesverrat zu bezeichnen.

9. In dem Gutachten des Obersten Schwertfeger ist schlagend nachgewiesen, wie furchtbar die Forderung einer unmittelbaren Bitte um Waffenstillstand gewirkt hat, und wie wenig diese Forderung militärisch berechtigt war. Auch hier bildet die Darstellung des Generals Wetzell eine vollkommene Bestätigung. Er stellt fest, daß wir bei richtigem, energischem Verhalten in der Abwehr den Krieg durch das Jahr 1918 hätten durchhalten können. Die plötzliche Bitte um Waffenstillstand, die der moralischen Haltung des deutschen Volkes den tödlichen Dolchstoß versetzte, war also unberechtigt. Der Reichskanzler, Prinz Max von Baden, war mit seiner verzweifelten Abwehr gegen diese Zumutung der O.H.L. im Recht. General Wetzell sucht die O.H.L. zu verteidigen, in Wirklichkeit sind diese Seiten seiner Darlegung die schwerste Anklage, die jemals gegen die O.H.L. erhoben worden ist.

10. Angesichts dieses tatsächlichen Inhalts der Wetzellschen Darlegung glaube ich auf die Widerlegung der persönlichen Angriffe, die er gegen mich richtet, verzichten zu dürfen. Sie beruhen durchweg auf bloßen Mißverständnissen oder unrichtiger Wiedergabe dessen, was ich gesagt habe. Im besonderen könnte ich sagen, daß ich dem, was General Wetzell (S. 325) über „Papierstrategie" und das „Urteilen am grünen Tisch" sagt, völlig zustimme. Ich habe nämlich nicht geschrieben, wie Wetzell mich sagen läßt (S. 325): daß es dem Feldherrn zum Vorwurf gereicht, wenn er seinen eigenen Plänen nicht konsequent geblieben ist, sondern „*in* seinen eigenen Plänen", was etwas ganz anderes ist: die Ausführung muß sich den Umständen anpassen, ist ein System der Aushilfen; der Plan aber muß in sich konsequent sein. Ferner habe ich nicht geschrieben, wie Wetzell mich sagen läßt: Die gesamte Westfront habe zugunsten des einheitlichen großen Angriffs noch weiter geschwächt werden müssen, sondern ich habe ausdrücklich gesagt, was Wetzell anscheinend überlesen hat (S. 325): „Ich sage *nicht*, daß Ludendorff das hätte tun sollen."

Sachverständiger General *v. Kuhl:* Zu dem, was Herr Geheimrat Prof. Dr. Delbrück eben gesagt hat, brauche ich im einzelnen nicht mehr Stellung zu nehmen. Ich habe meine Stellung jahrelang hier gegenüber dem Geheimrat Delbrück präzisiert und immer wieder festgestellt, daß wir in bezug auf die Beurteilung des Generals Ludendorff als Heerführer auf dem denkbar schärfsten entgegengesetzten Standpunkt stehen. Ich möchte das heute nochmals hier ausdrücklich zur Kenntnis bringen. In einigen Punkten werden sich natürlich Berührungspunkte finden. In der gesamten Beurteilung stehen wir uns auf das schärfste gegenüber. Den Ausdruck, den der Herr Geheimrat heute zum

ersten Mal gebraucht hat, indem er der Obersten Heeresleitung Landesverrat vorwirft

(Sachverständiger *Dr. Delbrück*: Ich habe gesagt: „absichtlich"!)

bin ich nicht berechtigt, hier zu rektifizieren. Ich kann also nur meine persönliche Ansicht aussprechen, wonach ich diesen Ausspruch als eine Entgleisung ansehen muß. Ich habe ja auch in meinem Gutachten immer aufs schärfste dem Vorwurf widersprochen, den der Herr Geheimrat Delbrück dem General Ludendorff gemacht hat, er hätte seinem Ehrgeiz das Vaterland geopfert.

Ich gehe nun zu dem Gutachten des Herrn Generalmajors Wetzell über. Ich bin auch der Ansicht, daß unser verehrter Herr Generalfeldmarschall v. Hindenburg in unserer Untersuchung nicht ausgeschaltet werden darf. Ich habe das hier selbst zur Sprache gebracht und hervorgehoben, daß sich unsere Untersuchung hier im Laufe der Zeit zu einem Streit um die Persönlichkeit General Ludendorffs zusammengezogen hat. Das ist dadurch gekommen, daß die Gutachten des Herrn Geheimrats Dr. Delbrück im wesentlichen doch nur einen scharfen Angriff gegen die Person des Generals Ludendorff bedeuteten. Dem habe ich widersprechen müssen, und so ist denn die Verhandlung im Laufe der Zeit auf die Person Ludendorffs zugespitzt worden. Ich halte das nicht für richtig. Der Feldmarschall ist in erster Linie der Verantwortliche, in zweiter Linie erst der General Ludendorff. Der Feldmarschall hat diese Verantwortung auch übernommen und zu tragen gewußt.

Ich komme nun auf mein Gutachten nochmals zurück. Ich habe in meinem ersten Gutachten in der Vorrede auf die außerordentlich schwierige Aufgabe hingewiesen, die der O.H.L. im Frühjahr 1918 gestellt war — eine der schwersten Aufgaben, die meiner Ansicht nach in der Kriegsgeschichte jemals einem Feldherrn gestellt worden ist. Ich habe daraus den Schluß gezogen, daß wir in der Kritik vorsichtig sein müssen. Es ist ungeheuer schwer, zu sagen: das war richtig, das war falsch. Die Ansichten der militärischen Kritiker gehen in vielen Punkten stark auseinander. Was man daher tun kann und was ich versucht habe, das war, in den einzelnen Fällen, in den einzelnen Fragen ruhig und sachlich gegenüberzustellen, was dafür und was dagegen sprach. Ich habe mich bemüht, möglichst das urkundliche Material auszubreiten, um den Herren Abgeordneten vom Ausschuß zu ermöglichen, sich ein Urteil zu bilden.

Nun hat der Herr Generalmajor Wetzell in manchen Punkten eine andere Ansicht entwickelt als ich. Dagegen ist zweifellos nichts einzuwenden. Wie gesagt, weichen die Ansichten der hervorragendsten Militärkritiker außerordentlich voneinander ab. Ich brauche also nicht näher darauf einzugehen. Ich muß nur auf eine Sache eingehen.

Der Herr Generalmajor Wetzell deutet an, daß ich als Heeresgruppenchef der Westfront während des Krieges die Gesamtlage doch nicht hätte genügend übersehen können. Er tadelt an einer anderen Stelle, daß sich der Untersuchungsausschuß der Ansicht zugeneigt habe, der St.-Georgs-Angriff sei der richtige, der Michael-Angriff der ungünstigere gewesen. Ich muß zu diesen beiden Punkten Stellung nehmen, weil sie mich persönlich betreffen und den Wert meines Gutachtens in Frage stellen.

Zum ersten Punkt ist von mir folgendes zu bemerken. Der General Ludendorff hat die Fragen, wo der Angriff anzusetzen sei, mit den Heeresgruppenchefs eingehend und wiederholt besprochen, also mit dem Grafen v. d. Schulenburg und mit mir. Alles Für und Wider ist eingehend erörtert worden. Die Vorschläge gingen stark auseinander. Die einen schlugen vor, bei Verdun anzugreifen, die anderen in Flandern, die anderen in der Picardie, und es waren auch noch andere Vorschläge zu prüfen. Ich glaube, daß ich über die Verhandlungen darüber so gut unterrichtet bin, wie es nur möglich ist. Der General Ludendorff hat auch während der Offensive jeden Tag ein- bis zweimal mindestens eingehend am Fernsprecher mit mir gesprochen. Ich bin in den kritischen Tagen täglich persönlich bei ihm gewesen, um alles mit ihm zu besprechen. Er hat vieles auch mit mir unter vier Augen ganz allein besprochen. Wir waren alte Bekannte aus der Jugendzeit und haben jahrelang in unserem dienstlichen Leben im Generalstab zusammen gearbeitet, standen also auch in einem sehr guten Vertrauensverhältnis. Ich habe mich ferner bemüht, nach dem Kriege das Studium des Weltkrieges zu meiner Hauptaufgabe zu machen und glaube, die gesamte Literatur gewissenhaft geprüft zu haben, auch die Literatur des Auslandes, die für die Beurteilung unserer Operationen wesentlich ist.

In bezug auf den zweiten Punkt, wonach mein Gutachten die Veranlassung gewesen wäre, daß der Georg-Angriff in Flandern zu günstig gegenüber dem Michael-Angriff gewertet worden sei, kann ich leider nur annehmen, daß dem Herrn Generalmajor Wetzell die Protokolle über die mündlichen Verhandlungen nicht zur Verfügung gestellt worden sind, denn da steht es nicht einmal, sondern mehrere Male, daß ich mich ausdrücklich dagegen verwahrt habe, den Angriff Michael hintanzustellen und für den ungeeigneteren zu halten und den Angriff Georg für den besseren zu erklären. Es ist damals sehr viel darüber verhandelt worden. Ich habe gewiß hier auf Befragen feststellen müssen — es steht ja auch in allen Büchern, und der General Ludendorff hat es ja auch selbst in seinen Büchern erklärt —, daß ich damals allerdings für den Georg-Angriff eingetreten bin. Ich habe ihn vorgeschlagen. Der Angriff ist dann nicht ausgeführt worden. Der Grund dafür ist vorwiegend folgender. Der General Ludendorff fragte mich: „Wann kann der Angriff gemacht werden?“ Ich habe sagen müssen: „Nicht vor April, vielleicht erst im Mai.“ Der General Ludendorff wollte ursprünglich schon Anfang oder Mitte März angreifen und sagte: „Dann ist es zu spät, dann kommen uns die Amerikaner auf den Hals.“ Das ist vorwiegend der Grund, und den muß ich doch wissen, denn wir haben doch dauernd miteinander darüber verhandelt. Der General Ludendorff hat sich der Bedeutung des Georg-Angriffes nicht verschlossen. Er hat es mir persönlich gesagt und in seinem Buch „Kriegführung und Politik“ ausdrücklich anerkannt, daß die strategischen Vorteile sehr groß wären und daß es ihm schwer fiele, den Angriff abzulehnen. Der Angriff hatte also vieles für sich, er hatte aber gegen sich, daß man ihn nicht rechtzeitig machen konnte. Bei beiden Angriffen, Michael-Angriff wie Georg-Angriff, sprach vieles für und gegen, wie das immer im Kriege ist. Jede Operation hat auch ihre Bedenken. Ich habe geglaubt, am besten zu tun, wenn ich das Material ausbreitete und die Ent-

würfe und Vorschläge von der einen und von der anderen Seite möglichst im Wortlaut brächte. Ich habe dann kurz zusammengefaßt: das sprach für den einen, das für den anderen und das sprach dagegen. Ich habe selber aber gesagt: Ich schließe mich dem Urteil des Generals Ludendorff völlig an; der Grund, weshalb er den Michael-Angriff vorgezogen hat, ist unbedingt stichhaltig. Ich habe das damals anerkannt und habe mich, als die Entscheidung gefallen war, mit Begeisterung auf den Angriff vorbereitet, und niemals haben wir bei dem Oberkommando der Heeresgruppe Rupprecht irgendwie den Gedanken gehabt, der Georg-Angriff sei doch besser gewesen, und wir hätten besser getan, ihn zu machen. Ich habe nach dem Kriege hier in meinem Gutachten und vor allem in den mündlichen Verhandlungen stets und immer wieder dasselbe betont. Wenn mir vorgehalten wurde, ich sei doch ursprünglich selbst für den Georg-Angriff gewesen, so ändert das nichts daran.

Ich habe leider dieses Mal von meiner Person sprechen müssen, was ich sonst in der ganzen Untersuchung hier vermieden habe.

Sachverständiger Oberst *Schwertfeger:* Nach den ausführlichen Darlegungen der beiden anderen Herren Sachverständigen kann ich mich kurz fassen. Ich muß aber doch mit einigen Worten auf die Genesis unserer heutigen Sitzung zurückkommen. Die Gutachten der drei Herren Sachverständigen waren fertig, die Drucklegung war beschlossen, die Angelegenheit im großen und ganzen erledigt, als auf einmal durch das Eingreifen eines Kommissars vom Reichswehrministerium eine neue Wendung in die Verhandlungen hineinkam, die nun ein eigentümliches Ergebnis gezeigt hat, nämlich das Ergebnis, daß sich zu den drei eidlich bestellten Sachverständigen, wenn man es recht nimmt, eigentlich nun ein vierter, aber nicht als Sachverständiger berufener, gutachtlich geäußert hat. Ich glaube, daß das zur Geschäftsordnung gehört, und es wird meine Darlegungen wesentlich erleichtern, festzustellen, ob die Herren des Untersuchungsausschusses dem Herrn General Wetzell für die hier erörterten Fragen die Rolle eines selbständigen Gutachters beilegen oder nicht. Wenn es so liegt, daß der Herr General Wetzell als Auskunftsperson gehört worden ist, dann kann ich mich verhältnismäßig kurz fassen. Ich nehme also an, daß ich die Äußerungen des Herrn Generals Wetzell zunächst als die einer Auskunftsperson ansehen darf.

Ich kann mich auf drei Punkte beschränken. Die Verantwortlichkeit der Heerführer habe ich in meinem Gutachten sehr ausführlich behandelt. Auch ich stimme durchaus der Auffassung zu, die Exzellenz v. Kuhl vorhin ausgesprochen hat, daß die Verantwortung des Generalfeldmarschalls v. Hindenburg immer die größere ist. Die Konstruktion, daß bei der Berufung des Feldherrenpaares Hindenburg-Ludendorff eine genaue Zweiteilung der Verantwortlichkeit vorgenommen worden wäre, halte ich für unmöglich und auch unseren bisherigen kriegsgeschichtlichen Erfahrungen widersprechend. Es gibt keine vollständig in zwei gleiche Hälften geteilte Verantwortlichkeit. Wenn wir das zugrunde legen, was Herr General Wetzell über die Gruppierung im Großen Hauptquartier sagte, so bleibt ganz unbestritten dem eigentlichen Generalstabschef der größere Anteil, denn der größere Anteil liegt immer auf den

Schultern desjenigen, der die Hauptverantwortung trägt, der durch sein placet die Dinge geschehen läßt. Die Ratschläge des mehr beratenden ersten Generalquartiermeisters — Herr General Wetzell führt aus, daß er eigentlich der Generalstabschef des Oberbefehlshabers Hindenburg gewesen sei — oder also im Wetzellschen Sinne des Generalstabschefs sind für den Oberbefehlshaber — also hier für den Generalfeldmarschall v. Hindenburg — niemals bindend und verpflichtend gewesen. Wenn der Herr Generalfeldmarschall v. Hindenburg die Entschlüsse und Beschlüsse ausgeführt hat, trägt er vor der Geschichte und vor dem Obersten Kriegsherrn den größeren Teil der Verantwortung. Hierin stimme ich mit dem Herrn General Wetzell und mit Exzellenz v. Kuhl vollständig überein. Auf S. 332 findet sich die Ausführung, die Herr Geheimrat Delbrück vorhin angegriffen hat, daß der plötzliche Umschlag der Stimmung an der Front dem Herrn General Wetzell bis zu einem gewissen Grade ein psychologisches Rätsel geblieben sei. Diese Feststellung möchte auch ich als bedenklich bezeichnen, ohne daß es notwendig ist, näher darauf einzugehen, denn ich habe im Gutachten ausführlich darüber gesprochen.

Nun kommen zwei Punkte, auf die ich noch mit kurzen Worten eingehen muß. Herr General Wetzell behauptet auf S. 333, meine Behauptung in meinem Gutachten, die unvermutete Waffenstillstandsforderung der O.H.L. hätte das Aufziehen der weißen Flagge bedeutet, könne mißverständlich wirken. Dabei bekämpft aber General Wetzell selbst in sehr ausführlicher Weise das Waffenstillstandsangebot als einen schweren Fehler. Ich muß dagegen Einspruch erheben.

Die Darlegungen des Herrn Generals Wetzell unter 13 (über politische Dinge) glaube ich hier nicht besonders behandeln zu müssen. Ich habe mich über diese Dinge in meinem Gutachten sehr ausführlich geäußert und von meinem Standpunkt als Gutachter nichts derartig Gravierendes oder für mich Bestimmendes in den Darlegungen des Herrn Generals Wetzell gefunden, daß ich darauf eingehen müßte.

Eine Bemerkung möchte ich mir noch im Anschluß an die Darlegungen von Exzellenz v. Kuhl erlauben. Ich habe die Darlegungen seines Gutachtens, auch soweit sie nicht in mein eigentliches Ressort der politischen Verantwortlichkeit fielen, wiederholt aufs genaueste gelesen und auf mich wirken lassen. Ich habe niemals gefunden, und ich fühle mich verpflichtet, das als Sachverständiger hier auszusprechen, daß Exzellenz v. Kuhl aus einer gewissen Gebundenheit an seine Dienststellung heraus ein Urteil abgegeben hätte. Ich finde im Gegenteil, daß er seine Stellung als Chef einer Heeresgruppe in sich selbst dahin überwunden hat, daß er nach meinem Dafürhalten in seinen Darlegungen als vollständig objektiv über den Dingen stehend angesehen werden kann und muß.

Vorsitzender Abg. Dr. *Philipp:* Meine Herren! In den Ausführungen der Sachverständigen sind eine Reihe von Fragen angeschnitten worden, auf die ich kurz Antwort geben möchte, soweit ich dazu als Vorsitzender verpflichtet oder berechtigt bin.

Erstens, Herr General v. Kuhl hat gefragt, ob dem General Wetzell auch die

mündlichen Verhandlungsberichte unserer Sitzungen vorgelegen haben. Das ist der Fall gewesen.

Zweitens. Herr Oberst Schwertfeger hat eine Klärung über die Eigenschaft des Generals Wetzell in diesem Untersuchungsausschuß herbeizuführen gewünscht. Herr General Wetzell ist hier zweifelsohne nicht ein Gutachter in dem Sinne, wie wir bisher unsere Gutachter bestellt haben. Er hat lediglich die Rolle einer Auskunftsperson. Er ist gewissermaßen, wenn ich die Dinge grob formulieren darf, der Vertreter des Angeklagten oder wenigstens dessen Verteidiger. Wir haben auch nicht die Absicht gehabt, dem General Wetzell die Rolle eines Sachverständigen im Sinne von Exzellenz v. Kuhl und Oberst Schwertfeger zuzuschieben. Die Entwicklung der Dinge hat doch folgendes ergeben. Es sind schwere Angriffe gegen die O.H.L. erfolgt, namentlich von seiten des einen Sachverständigen, des Herrn Geheimrat Dr. Delbrück. Diese Angriffe haben ihren Niederschlag in der Entschließung des früheren Abg. Dr. Deermann gefunden. Der Ausschuß hatte nun das Bedürfnis, diese Entschließung nicht in die Welt hinausgehen zu lassen, ohne daß von der angeklagten Seite irgendwelche Äußerung vorlag. So ist Herr General Wetzell bei unserer Ausschußberatung in die eigentümliche Rolle gekommen, in der er sich befindet. Die Stellungnahme des Herrn Generals Wetzell zu der Entschließung Dr. Deermanns wird mit in den Akten des Untersuchungsausschusses veröffentlicht werden, aber natürlich nicht als Gutachten, sondern als ein Teil des Verhandlungsberichtes, unter Umständen als Anlage. Selbstverständlich wird es auch dem Herrn General Wetzell freistehen, seiner Stellungnahme nach dem Abschluß dieser Besprechungen noch die endgültige Form zu geben. Das haben wir mit den Herren Sachverständigen und mit der Entschließung des Herrn Dr. Deermann so gemacht, die ja vier- oder fünfmal geändert worden ist, ehe sie für die Veröffentlichung fertig vorlag.

Zweitens. Der Herr Geheimrat Delbrück hat den Vorwurf des Landesverrats gegen den General Ludendorff erhoben.

(Sachverständiger Dr. *Delbrück:* Ich bitte, den Wortlaut zu beachten, Herr Vorsitzender!)

Es ist die Frage angeschnitten worden, ob eine solche Bemerkung von mir als dem Vorsitzenden durchzulassen sei. Ich möchte da an einen früheren Vorgang erinnern. Als der Untersuchungsausschuß 1919 zu einer Vernehmung kam, griff der damalige Vorsitzende, der Abg. Gothein, in die Vernehmung des Generals Ludendorff und des Generalfeldmarschalls v. Hindenburg an einer Stelle ein, indem er erklärte, was die Herren erklärt hätten, seien Werturteile, und Werturteile dürften nicht abgegeben werden, es handle sich im Untersuchungsausschuß lediglich um die Feststellung von Tatsachen. Wenn ich mich auf den Standpunkt des Herrn Gothein im Jahre 1919 gestellt hätte, dann würde ich vielleicht einen begründeten Anlaß gehabt haben, das subjektive Urteil des Herrn Geheimrats Delbrück zu monieren. Ich habe das nicht für möglich gehalten, weil die ganzen Verhandlungen während der letzten sechs Jahre gezeigt haben, daß wir gerade in diesem Unterausschuß mitunter über die Feststellung subjektiver Werturteile nicht hinauskommen werden. Ich glaube, mir als Vor-

sitzendem steht nur das Recht zu, Äußerungen zurückzuweisen, die gegen den parlamentarischen Ton verstoßen oder persönlich verletzend für irgendeinen der Beteiligten sein können. Subjektive Werturteile über führende Personen hier zurückzuweisen, bin ich in meiner Eigenschaft als Vorsitzender nicht in der Lage. Es bleibt aber den Mitgliedern des Ausschusses und den Herren Sachverständigen unbenommen, ihrerseits ihre Auffassung subjektiven Werturteilen gegenüber zum Ausdruck zu bringen.

Sachverständiger Dr. *Delbrück:* Der Herr Vorsitzende hat von einer Anklage gesprochen, gegen die die O.H.L. verteidigt würde. Ich bin vereidigter Sachverständiger und kein Ankläger, und habe mein durchaus auf objektive Forschung begründetes Urteil hier pflichtmäßig ausgesprochen. Wenn man das als ein subjektives Urteil ansehen will, so kann ich natürlich nichts dagegen sagen. Aber ich war verpflichtet, dieses mein Urteil darzustellen.

Zweitens. Wo ich den Ausdruck Landesverrat gebraucht habe, lautet die Äußerung, es sei durch General Wetzell das bestätigt worden, was die anderen Gutachter und ich über das Verhalten der O.H.L. gegenüber dem Kaiser und der Reichsleitung festgestellt haben,

> und ich stehe nicht an, eine absichtliche Täuschung des Obersten Kriegsherrn und seines Reichskanzlers über die Kriegslage als Landesverrat zu bezeichnen.

Das ist also ein prinzipieller Grundsatz. Ich habe nicht ausgesprochen, daß die Absicht bestand. Sollte aber eine absichtliche Täuschung vorgelegen haben, so würde ich das allerdings als Landesverrat bezeichnen. Ich glaube, das ist doch eine wesentliche Differenz, die ich unterstreichen möchte.

(Sachverständiger *Schwertfeger:* Also falls sie erwiesen würde?)

— Jawohl, ich habe das noch nicht definitiv ausgesprochen. Ich habe nur die Tatsache festgestellt und sage: Wir sind darin übereingekommen, daß nicht genügend Klarheit erweckt worden ist. Über die Absichten dabei fallen allerdings verschiedene Zeugenaussagen sehr ins Gewicht; aber ein definitives Urteil ist von mir noch nicht ausgesprochen worden.

Vorsitzender Abg. Dr. *Philipp:* Ich nehme Kenntnis von den Erklärungen des Herrn Geheimrats Dr. Delbrück. Den Vorwurf, daß er gewissermaßen der Ankläger des Generals Ludendorff sei, habe ich meines Wissens nicht erhoben. Aber die Tatsache, daß der Zweck unseres ganzen Untersuchungsausschusses ist, Anklagen gegen die politische und militärische Kriegführung 1918 durch Feststellung von Tatsachen zu prüfen, steht doch meines Erachtens fest. Das ist doch der Sinn unserer ganzen Untersuchungen. Die Entschließung Deermanns enthält doch eine ganze Reihe von Punkten, die, ob sie eine Anklage gegen die O.H.L. sein sollen oder nicht, als eine solche wirken.

Sachverständiger Dr. *Herz:* Ich möchte auf die Stelle hinweisen, wo von der Frage der Offensive die Rede ist. Der Behauptung des Generals Wetzell steht das Schreiben des Generals Hindenburg vom 7. Januar 1918 entgegen, in dem ausdrücklich darauf hingewiesen ist, daß diese Offensive zur Erreichung der Kriegsziele erforderlich ist. (Abgedruckt bei Schwertfeger, 2. Bd., S. 123.)

Nun vergleicht der Generalmajor Wetzell auf S. 332 die Franzosen mit den Deutschen. Ich glaube, daß die Stimmung damals ähnlich war, wie im französischen Heere nach der mißglückten Offensive des Generals Nivelle, als Meutereien im französischen Heere ausbrachen, von denen Painlevé später erzählte, daß im ganzen Heer nur noch zwei Divisionen an der Westfront als zuverlässig angesehen werden konnten. Nachher haben sich die Truppen wieder gut geschlagen. Dieselben Beispiele habe ich aus Äußerungen des Generals Ludendorff oder auch des Generals Hoffmann in der Sitzung der Staatssekretäre festgestellt, wo die bekannte 41. Division, die am 8. August versagt hätte, infolge Kartoffelmangels, Grippe usw., sich jetzt ausgezeichnet geschlagen hätte. Ich glaube, das, was Herr General Wetzell gesprochen hat, kann man nicht aufrecht erhalten.

Nun verlangen Sie, Herr General, daß Stimmung gemacht werden solle. Das war damals sehr schwer für uns, die wir im Heimatlande nach den Karten gelebt und das Elend mitgemacht haben. Es war undenkbar — ich bin selbst im Aufklärungsdienst tätig gewesen — irgendwelche Stimmung zu machen. Nach dem Zusammenbruch der Nivelleschen Offensive, der bekanntlich auch als „Blutsäufer" bezeichnet wurde, kamen 1917 die Amerikaner. Für uns war gar keine Hoffnung mehr vorhanden; denn wir wußten, daß überhaupt alles erledigt war. Wir konnten von keiner Seite mehr etwas erwarten, so daß es tatsächlich unmöglich war, den Leuten zu sagen: Ihr müßt noch weiter durchhalten. Man war allgemein überzeugt, daß der Krieg verloren war und daß möglichst schnell Friede gemacht werden mußte. Ich weiß nicht, ob die Herren, die draußen gewiß sehr viel schwerere Entbehrungen, sehr viel größere Gefahren durchgemacht haben als wir im Inlande, sich von der Stimmung ein Bild machen konnten, die damals in weitesten Kreisen in Deutschland herrschte. Für die Kinder konnten keine Kartoffeln beschafft werden. Bei mir in Harburg hatten 75% der ins Krankenhaus eingelieferten Frauen überhaupt kein Hemd mehr. Da war es unmöglich, namentlich durch Aufstellung irgendwelcher Kriegsziele, Stimmung zu machen.

Nun komme ich zu der Frage, ob man hätte weiterkämpfen können. Ich glaube entschieden, daß das technisch möglich gewesen wäre, aber nachdem die O.H.L. einmal das Waffenstillstandsangebot gemacht hatte, glaubte man nicht mehr an das, was sie sagte. Sie konnte auch nicht sicher irgendwelche Versprechungen geben. Deshalb muß die Frage der Fortsetzung des Kampfes ausscheiden.

Was den Rückzug auf die Maaslinie betrifft, so möchte ich im Gegensatz zu der Ansicht des Generals Wetzell auf das verweisen, was der Kaiser in seinen „Gestalten und Ereignissen" auf S. 235ff. ausführt, daß er damals im wesentlichen ins Hauptquartier zurückgekehrt sei, um seinem Befehl zum Rückzug auf die Maas—Antwerpen-Stellung Nachdruck zu verleihen, der nicht befolgt worden wäre. Die Generäle hätten sich geweigert, diesem Befehl Folge zu leisten, und zwar aus militärpolitischen Gründen. Die Äußerungen sind nicht ganz präzise, scheinen aber dem, was uns General Wetzell gesagt hat, entgegenzustehen.

Nicht erwiesen ist die Behauptung über den Verrat des Czerninschen Berichtes durch Erzberger. Wir haben uns im 2. Unterausschuß lange darüber unterhalten, wie dieser Czerninsche Bericht damals bekannt geworden ist, ohne daß wir zu einem sicheren Resultat hätten kommen können. Namentlich ist nicht erwiesen worden, daß aus der damaligen Zentrumsbesprechung etwas ins Ausland gelangt ist.

Dann erwähnt Herr General Wetzell einmal eine Sache mit Lloyd George. Ich weiß nicht, worauf sich das bezieht und wäre dankbar für eine Auskunft darüber, wo das zu finden ist.

(Zuruf des Generalmajors *Wetzell.*)

Auf S. 338 werden Ausführungen über die Aufklärung durch die O.H.L. gemacht, die von Hintze sowohl wie von Payer entschieden bestritten werden. Hier steht also Aussage gegen Aussage.

Über die Mission Haeften sind uns im 2. Unterausschuß nur zwei Dinge bekannt geworden, einmal die Teilnahme des Generals v. Haeften an der päpstlichen Friedensaktion — darum kann es sich hier kaum handeln — und dann die Mission aus dem Jahre 1918. Wir haben aber festgestellt, daß der General v. Haeften diese Dinge nicht an das Auswärtige Amt weitergegeben hat, weder persönlich noch offiziell, so daß dieser Vorwurf gegen die politische Leitung nicht berechtigt ist. Hier liegt offenbar ein Widerspruch vor zwischen dem Bild, das sich der 2. Untersuchungsausschuß nach den v. Haeftenschen Aussagen von den Hergängen machte und den Andeutungen des Herrn Generals Wetzell, ein Widerspruch, dessen Aufklärung ich für dringend geboten halte.

Generalmajor *Wetzell:* Meine Herren! Ich darf zunächst mein Bedauern darüber aussprechen, daß während der ganzen Tagungen Ihres Untersuchungsausschusses keinem der in der O.H.L. Mitwirkenden Gelegenheit gegeben worden ist, sich zu äußern. Dadurch bin ich, wie der Herr Vorsitzende schon gesagt hat, in eine gewisse schwierige Lage gekommen. Ich kann wohl sagen, daß ich aus den Protokollen und dem Gutachten einzelner Sachverständigen doch ganz subjektiv eine schwere Anklage — wenn ich mich einmal so drastisch ausdrücken soll — gegen die O.H.L. herausgelesen habe. Auf der anderen Seite muß ich sagen, daß Exzellenz v. Kuhl bei verschiedenen Gelegenheiten versucht hat, die Dinge wieder nach seinem besten Wissen zurechtzustellen. Aber in dem Ergebnis, in der Resolution des Herrn Abg. Deermann, sind die Dinge doch so scharf präzisiert, daß ich geglaubt habe, meinerseits darauf in der entsprechenden Weise antworten zu müssen. Ich möchte deshalb die Herren bitten, es mir zugute zu halten, daß ich die einzelnen Sachen ganz scharf herausgearbeitet habe. In der Anlage, die ich diesem Schriftstück beigefügt habe, habe ich ausdrücklich betont, daß es sich um meine durchaus subjektive Meinung handelt. Ob der Herr Generalfeldmarschall oder Exzellenz Ludendorff dieselben Anschauungen haben, wie ich sie dargestellt habe, entzieht sich meiner Kenntnis. Ich stehe seit Jahren in keinerlei Verbindung mehr mit dem General Ludendorff und habe auch mit dem Herrn Generalfeldmarschall nicht darüber gesprochen.

Ich möchte nun auf einzelne Punkte eingehen, die hier erwähnt worden

sind. Herr Geheimrat Delbrück hat von der politischen Einstellung der O.H.L. bei ihren Entschlüssen gesprochen. Ich habe gesagt, daß im engsten Kreise über diese politischen Ziele nicht gesprochen worden ist und kann das nur aufrecht erhalten. Tatsächlich ist bei unseren militärischen Besprechungen darüber nicht gesprochen worden. Meines Erachtens ist das auch nicht das geeignete Gremium dazu. Wir hatten uns um militärische Dinge zu kümmern, die politischen Dinge waren Sache der Reichsleitung. Herr Oberst Schwertfeger hat in seinem Gutachten ausdrücklich betont, daß die Reichsleitung mit der „*Offensive*" einverstanden war. Für den Soldaten handelte es sich nun darum, wie dieses Ziel militärisch zu erreichen sei, für das die Reichsleitung politisch mit verantwortlich war. Nur in diesem Sinne möchte ich die Kriegsziele, die die O.H.L. gehabt hat, mit denen in Parallele stellen, die die Reichsleitung gehabt hat. Die Ziele der O.H.L. waren, den Feind zu schlagen und der Reichsleitung die Möglichkeit zu geeigneten politischen Schritten herbeizuführen, das war ihre Sache.

Nun hat es sich hier im wesentlichen immer darum gedreht, ob das, was die O.H.L. militärisch getan hat, richtig oder falsch gewesen ist. Herr Geheimrat Delbrück war immer der Meinung, daß sie militärisch nicht richtig gehandelt habe. Ich habe den Eindruck, daß die Dinge für die Herren, die nicht Soldat sind, doch ungeheuer schwer zu beurteilen sind, und habe deshalb den Versuch gemacht, auch das Gutachten von Exzellenz v. Kuhl vom Standpunkte der O.H.L. aus zu betrachten. Ich bekenne ausdrücklich, daß ich in manchen Fragen der Offensive eine andere Auffassung als Exzellenz Ludendorff habe und daß ich das pflichtmäßig auch zum Ausdruck gebracht habe. Wenn sich Ludendorff Exzellenz v. Kuhl gegenüber und auch in seinen Büchern knapper gefaßt hat, so besagt das doch nicht, daß die Dinge, die hier niedergelegt worden sind, damals nicht beachtet worden sind. Es steht mir fern, Exzellenz v. Kuhl den Vorwurf zu machen, daß er die Sachlage im Großen nicht überschaut hätte, aber er konnte das doch nur, soweit es ihm in seiner Stellung als Heeresgruppenchef möglich war. Manches konnte ihm gar nicht bekannt sein. Ich will nur darauf hinweisen auf die ganze russische Front, auf die italienische Front und die Palästinafront. Alles das mußte berücksichtigt werden. Gerade die Frage der Heranziehung der Österreicher war viel umstritten. Es ist der Vorwurf erhoben worden, daß die Österreicher nicht im größeren Umfange herangezogen worden sind, als es geschehen ist. Ich glaube, diese Frage in meinen Darlegungen durchaus geklärt zu haben.

Ich glaube, es ist nicht nötig, mich noch einmal in eine Kontroverse darüber einzulassen, ob der Michael-Angriff oder der St.-Georg-Angriff richtig gewesen ist. Das können wir getrost den aktenmäßigen Kriegsgeschichtsschreibungen überlassen. Herr Geheimrat Delbrück hat auch nach meinen Ausführungen nicht geglaubt, sein Urteil revidieren zu müssen. Ich habe in meinem Schriftsatz ausdrücklich darauf hingewiesen, daß der ursprüngliche strategische Gedanke der war, daß die Heeresgruppe Rupprecht in einem konzentrischen Angriff nördlich des Cambraibogens die Front zerschlagen sollte, während die 18. Armee, nördlich gewissermaßen angehängt, vorstoßen sollte. Von einer rein

defensiven Aufgabe dieser Armee ist nichts gesagt worden. Es ist auch gar nicht möglich, dies vorher zu bestimmen. Wir haben gehofft und geglaubt, daß alle drei Armeen gleichmäßig Erfolg haben würden. Warum das nicht eintrat, habe ich ausgeführt. Warum wir den Angriff nicht nach Norden ausgedehnt haben, habe ich eingehend dargelegt. Es würde zu weit führen, wenn ich nochmals darauf zurückkommen wollte. Jedem einzelnen im Kriege daran Beteiligten ist durch monatelange Besprechungen klargemacht worden, wie die Dinge lagen. Für uns draußen war maßgebend, daß der Michael-Angriff, so, wie er angesetzt war, den vollen Erfolg versprach. Exzellenz v. Kuhl gegenüber will ich nochmals hervorheben, daß bei dem anderen Angriff die Schwierigkeiten darin lagen, daß die Engländer diesen Angriff erwarteten und ihre gesamte Kraft dorthin konzentrierten. Das ist auch wiederholt zur Sprache gebracht worden, daß dort die Dinge wesentlich schwieriger lagen als an der anderen Stelle. Für uns jedenfalls stand fest, wie ich in meiner Denkschrift hervorgehoben habe, daß der Michael-Angriff der einzige Erfolg versprechende Angriff war. Wenn man den damaligen Heeresgruppenchef Graf Schulenburg über seinen Verdun-Angriff fragen würde, so würde er sicher dieselben Erfolgsaussichten für seinen Angriffsvorschlag hervorheben. Alles zusammenfassend, bin ich auch heute noch der Meinung, daß die Auswahl der Angriffsfront und die Art der Durchführung des Angriffes, so wie er durch die O.H.L. geschehen ist, das beste gewesen ist.

Bei uns mußte doch immer überlegt werden, was der Gegner tut, wenn wir angreifen. Die nächstliegende Annahme für einen Führer war die, daß ein Gegenangriff aus der Aisnefront erfolgen würde. Deshalb mußte die 7. und die 1. mit der 18. Armee zusammengebracht werden. Wir haben immer die größte Sorge gehabt, daß der Franzose uns unseren Angriff nicht ruhig ausführen ließ, sondern selbst aktiv handelte. Die Franzosen haben diesem Gedanken tatsächlich eine Zeitlang Rechnung getragen. Petain wollte tatsächlich vorstoßen, wenn wir steckengeblieben wären. Dann hätten wir während des Märzangriffs den Angriff aus der Aisnefront gehabt. Das ist mit ein wesentlicher Grund dafür gewesen, die Heeresgruppe Kronprinz für die Offensive mit heranzuziehen.

Ich habe unter anderem auch darauf hingewiesen, welche weitgehenden Schlüsse wir aus *jeder* Nachricht ziehen mußten. Ich habe dabei auf ein Beispiel hingewiesen, das uns im Frühjahr 1917 ermöglichte, den Angriff der Franzosen durch einen einem Gefangenen abgenommenen Brief zu erkennen. Allerdings haben wir nicht vermutet, daß die deutschen Soldaten, die vor der Reimsoffensive gefangengenommen wurden, alles, selbst die Tage und die Zeiten des Angriffs verraten würden. So etwas haben wir bei französischen und englischen Gefangenen niemals erlebt.

Dann ist mir von Geheimrat Delbrück vorgehalten worden, daß ich in bezug auf die Orientierung von Politikern den Ausdruck gebraucht habe, „daß bei derartig eingestellten Staatsmännern Vorsicht bei der Orientierung geboten sei". Das bezog sich auf die Czerninsche Denkschrift. Aus dem Czerninschen Schreiben, das der Kaiser von Österreich an den deutschen Kaiser schickte und das

ich seinerzeit von der militärischen Seite zu beantworten hatte, konnte man doch nur entnehmen, daß es notwendig ist, bei den Staatsmännern, die nicht Soldat gewesen, die Dinge so darzustellen, daß sie absolut sachlich gehalten sind und weder nach der schwarzen noch nach der hellen Seite aufgetragen wird. Das bedeutet in diesem Sinne mein Ausdruck: Vorsicht. Die Beurteilung militärischer Dinge ist allerdings für den Politiker schwierig. Dazu gehört eine gottbegnadete Gabe. Der alte Fürst Bismarck besaß sie. Der preußische Ministerpräsident hat sowohl im Jahre 1866 wie 1870 die militärische politische Lage durchaus richtig erkannt. Bei uns ist das meines Erachtens nicht der Fall gewesen; sowohl bei den österreichischen Staatsmännern wie bei unseren Staatsmännern habe ich immer den Eindruck gehabt, daß sie sich über militärische Fragen nicht klar waren. Das trifft auch für Admiral v. Hintze zu. Er sagt an einer Stelle seiner bei Schwertfeger abgedruckten Denkschrift, General Ludendorff hätte ihm ganz „sicher" versprochen, daß er die Schlacht und damit den Krieg gewinnen würde. Das hat Herr General Ludendorff gar nicht versprechen können. Das ist wider die Natur des Krieges. Wer kann im Kriege „sicher" versprechen, daß er den Krieg gewinnt? Das kann auch kein Admiral versprechen, wenn er mit der Flotte in See geht, daß er die Schlacht gewinnt. Das steht aber an einer hochwichtigen Stelle der Hintzeschen Denkschrift. Der Staatssekretär v. Hintze hebt ausdrücklich „sicher" hervor!

Dies zur Einstellung der Staatsmänner in militärischen Fragen.

Diese militärischen Fragen sind ja, soweit ich wenigstens beurteilen kann, so weitgehend schriftlich und mündlich besprochen, daß es nun nicht mehr nötig ist, im einzelnen darauf einzugehen. Wir werden uns da nie verständigen können. Wenigstens habe ich den Eindruck, daß das nicht möglich ist. Die Ansichten stehen sich so scharf gegenüber, daß meines Erachtens im Untersuchungsausschuß keine Klärung herbeigeführt werden kann.

Was die „*Verantwortung*" anbelangt, so stimme ich durchaus mit dem überein, was Herr Oberst Schwertfeger in seiner Denkschrift ausgeführt hat. Ich habe überhaupt den Eindruck, daß die Herren von der Stellung des Generals Ludendorff doch eine nicht ganz zutreffende Ansicht haben. Der General Ludendorff war nicht der Mann, der alles so machen konnte, wie er wollte. Zwischen ihm und dem Obersten Kriegsherrn stand immer noch die eherne Figur des Feldmarschalls in allen, sowohl in militärischen wie in politischen Dingen. Es ist nicht so, daß der General Ludendorff alles durchgesetzt hätte. Der General Ludendorff ist sich über die Grenzen seiner Macht in jeder Beziehung klar gewesen, und es ist nicht richtig, wenn so getan wird, als ob er — man hat manchmal den Eindruck aus den Protokollen — eine gewisse diktatorische Macht ausgeübt hätte. Ich habe nie verstanden — das kann ich nur hier betonen —, daß die Reichsleitung, die doch auch ihr „Amt" und ihre „Pflicht" hatte, nicht von sich aus ihre Wege gewandelt ist, ganz unabhängig neben der Kriegsleitung. Ich habe das nie begriffen. Ich habe mich allerdings um die Politik nie bekümmert, habe aber an und ab Schlaglichter erlebt! Ich hielt das auch nicht für meine Aufgabe. Ich war nur Soldat. Ich möchte aber doch eines aus meinen Erlebnissen hervorheben: Als ich mich beim General

Ludendorff zum erstenmal meldete, nachdem ich im Herbst 1916 ins Hauptquartier berufen wurde, hat er zu mir die mir ewig in der Erinnerung bleibenden Worte gesagt: „Wir kennen uns von früher, der Feldmarschall und ich sind Soldaten, wir sind keine Politiker."

Dann darf ich noch auf die eine Sache kommen, die Herr Oberst Schwertfeger angezogen hat. Ich habe mit dem Wort „mißverständlich" nur klar herausstellen wollen, daß es doch ein großer Unterschied ist, ein Angebot zu machen oder die weiße Flagge hochzuziehen. Jedenfalls der Soldat, obgleich da gewisse Nuancen vorhanden sind — das will ich zugeben —, versteht im allgemeinen unter dem Hochziehen der weißen Flagge die Kapitulation. Als in Paris die weiße Flagge hochgezogen worden ist, war das die komplette Kapitulation. Ich kenne wenig oder überhaupt kaum Fälle, wo es anders gegangen ist; wo die weiße Flagge hochgezogen worden ist, folgte die Kapitulation. Wenn man gesagt hätte: es war die weiße Flagge des Parlamentärs, so wäre es noch zu verstehen gewesen; aber die weiße Flagge bedeutet eigentlich die Kapitulation. So habe ich es aufgefaßt. Ich bin der Meinung, daß die Armee im September 1918 durchaus noch fechten konnte. Sie hat auch noch im Oktober schwer gekämpft. Ich war damals Armeechef bei der 5. Armee und habe die ganzen ungeheuer schweren Angriffe gegen die Amerikaner mit in verantwortlicher Stelle zu leiten gehabt. Ich bin überzeugt, daß die Armee noch mehr leistungsfähig war, als man so schlechtweg annimmt.

Dann bin ich über die Mängel bei der Truppe gefragt worden. Es ist auch im Untersuchungsausschuß von Exzellenz v. Kuhl an verschiedenen Stellen auf diese hingewiesen worden. Darüber findet sich ja in den Kriegsakten mancherlei. Die Kriegsakten bieten eine Fundgrube über diese Dinge. Es sind tatsächlich innere Mängel auf manchen Gebieten vorhanden gewesen. Es würde mich aber zu weit führen, wenn ich noch mehr auf Einzelheiten eingehe.

Was nun die Stimmung anbelangt, so bin ich der Meinung, daß man doch in einer Beziehung hätte besser auf die Truppe wirken können. All die Briefe und sonstigen Schreibereien, die an die Leute von der Heimat ausgingen, mußten mehr dem Durchhaltewillen und dem Kampfwillen dienen, und nicht, wie es oft geschah, genau das Umgekehrte bewirken.

Abg. Dr. *Quessel:* Meine Herren, zunächst möchte ich in einem gewissen Gegensatz zu dem Herrn Vorsitzenden meine Genugtuung darüber aussprechen, daß Herr Prof. Delbrück als Sachverständiger nicht davor zurückgeschreckt ist, in klarer und einwandfreier Weise seiner Meinung auch in Formen Ausdruck zu geben, die vielleicht für die O.H.L. nicht angenehm sind.

Dann möchte ich noch auf die Frage eingehen, ob die O.H.L. alles getan hat, um die Politiker und die Staatsmänner hinreichend über die schwierige militärische Lage zu orientieren. Ich stelle hier in dieser Beziehung fest, daß, als an den Reichstag die Mitteilung heranging, die O.H.L. verlange die Herausgabe des Friedensangebots, hier eine allgemeine Bestürzung Platz griff. Denn wenn es auch im Reichstage Optimisten und Pessimisten gab wie überall, so hatte doch auch der am skeptischsten Veranlagte nicht erwartet, daß unsere militärische Lage sich so verzweifelt gestalten würde, daß wir uns auf Grund

der fürchterlichen 14 Wilsonschen Friedensbedingungen, die doch den Verlust unserer östlichen Provinzen in sich schlossen, zum Friedensschluß bereit erklären könnten. Denn in ihnen war ganz eindeutig — ich habe das auch in der Fraktionssitzung der Sozialdemokratie betont — die Wiederherstellung des alten Polnischen Reichs mit einem gesicherten Zugang zur See ausgesprochen.

(Sachverständiger Dr. *Delbrück:* Aber nicht den Korridor!)

Gewiß, der Korridor war nicht vorgesehen; ein gesicherter Zugang zur See hätte sich auch auf Grund einer internationalen Regelung der Verkehrsverhältnisse auf den Flüssen erzielen lassen.

Der Eindruck war, wie gesagt, ein niederschmetternder, und nicht nur bei der Sozialdemokratie, sondern auch bei der damaligen konservativen Partei. Jeder Abgeordnete weiß, daß einer der prominentesten Führer dieser Partei, Herr v. Heydebrand und der Lasa, hier in den Gängen des Reichstags herumlief und klagend schrie: „Wir sind belogen und betrogen worden."

(Sachverständiger Dr. *Delbrück:* Das hat Herr v. Heydebrand dementieren lassen, d. h. er hat dementieren lassen, daß es in der Fraktionssitzung gewesen sei!)

Trotzdem wußte das hier jeder Abgeordnete. Die Äußerung Heydebrands ging hier von Mund zu Mund, und sie fand keinen Widerspruch; ihr wurde auch von amtlichen Stellen nicht widersprochen. Die Äußerung ist jedenfalls nicht so vertraulich gefallen, daß sie nicht zur vollständigen Kenntnis des Reichstags gekommen wäre.

Ich mache Sie weiter darauf aufmerksam, daß auch unser verstorbener Reichspräsident Ebert von diesem Szenenwechsel vollständig überrascht worden ist. Auch er gehörte zu den Optimisten, die ein sehr weitgehendes Vertrauen zu den Informationen der O.H.L. hatten, und auch er, der ja als Parteiführer nun wahrlich auch Gelegenheit hatte, mit den führenden Herren in Berührung zu kommen, war vollständig niedergeschlagen. Und wenn Sie sich den Vernandlungsbericht über den Magdeburger Prozeß ansehen, so finden Sie, wie zur Zeit des Munitionsarbeiterstreiks Ebert als sozialdemokratischer Parteiführer noch vollständig überzeugt war, daß an der Westfront nur ein vorübergehender Rückschlag zu verzeichnen wäre und daß man auf eine Wiederherstellung der militärischen Lage bestimmt rechnen könne.

Nun noch einiges zu der Denkschrift des Generals Wetzell selbst. Es wird in der Denkschrift ein Vergleich gezogen zwischen den Heeren unserer Verbündeten und dem deutschen Heere in bezug auf die Kampfkraft und die Moral der Truppen. Zunächst wird gesagt, daß auch im Frühjahr 1918 die Mittelmächte noch einer belagerten großen Festung glichen, aus der ein Ausfall unbedingt notwendig gewesen wäre. Ich bestreite das. Nach der russischen Revolution waren die Mittelmächte nicht mehr in der Lage einer belagerten Festung. Die russische Revolution hatte eine vollständig veränderte Sachlage gebracht. Bei einem Verständigungsfrieden mit dem revolutionären Rußland, wie es Kerenski erstrebte, d. h. ohne Annexionen und Kontributionen, wäre es möglich gewesen, die großen asiatischen Rohstoffgebiete für Deutschland

zu erschließen, so daß eine Heerführung im Sinne des passiven Widerstandes sehr gut möglich gewesen wäre.

Wenn vielleicht hier darauf hingewiesen wird, daß die Zerrüttung des russischen Verkehrsnetzes eine Verproviantierung aus dem großen asiatischen Kontinent nicht zuließ, so sage ich demgegenüber folgendes: Die Zerrüttung des Verkehrswesens war erst die Folge des Bürgerkriegs, die sehr viel später eintrat. Ein Verständigungsfrieden wäre damals nicht nur mit den Bolschewisten, sondern auch mit ihren Vorgängern, mit Kerenski, ja selbst mit Miljukow möglich gewesen, wie ich auf Grund gründlicher Studien der Dokumente versichern kann, allerdings hätte Deutschland einen Verständigungsfrieden ohne Kontributionen und Annexionen, ohne Abtrennungen, ohne neue Staatengründungen erstreben müssen. Wenn diesem Gebote wirklich und ehrlich Folge geleistet worden wäre, so wäre Deutschland aus der Lage der belagerten Festung schnell herausgekommen. Denn man kann unmöglich ein Land, dem sich plötzlich die Rohstoffgebiete eines ganzen Kontinents öffneten, noch als eine belagerte Festung bezeichnen.

Das ist die eine von General Wetzell für die Eröffnung der Frühjahrsoffensive angeführte Voraussetzung, die entschieden falsch ist. Eine sachliche Korrektur scheint mir hier sehr geboten zu sein. Es mußte von General Wetzell wenigstens darauf hingewiesen werden, daß die Ansicht, die Mittelmächte wären noch im Frühjahr 1918 in der Lage einer belagerten Festung gewesen, von Leuten, die von wirtschaftlichen Zusammenhängen auch etwas verstehen, entschieden bestritten wird.

Dann wird weiter über die Moral der Truppen, über den Gemütszustand der Armeen gesprochen. Vorerst noch einmal über die Stärkeverhältnisse. Es ist mir sehr angenehm, einmal aus dem Munde eines Generals zu hören, daß das ewige Gerede, das damals von den offiziösen Stellen ausging, der Gegner wäre in einer furchtbaren zahlenmäßigen Übermacht gewesen, nicht stimmt. Hier heißt es: „trotz der ziemlich gleichen Stärkeverhältnisse". Also auch in bezug auf die vorhandenen Truppenmengen ist das deutsche Volk von den obersten Instanzen belogen und betrogen worden. Hier wird das ausdrücklich von einem so kompetenten Sachverständigen erklärt.

(Generalmajor *Wetzell:* Auf der Westfront im Frühjahr 1918! Das hat Exzellenz v. Kuhl auch betont!)

— Damals wurde öffentlich erklärt, auch dort bestehe eine gewaltige Übermacht der Feinde.

(Generalmajor *Wetzell:* Das hat auch der General Ludendorff erklärt, daß die Verhältnisse sich für uns so gestaltet hatten, daß wir eine Offensive machen könnten!)

— Herr General, das wird auf die Auseinandersetzungen im Reichstagsausschuß zutreffen. Ich habe etwas ganz anderes festzustellen. Ich habe gesagt, daß das deutsche Volk, nicht die unterrichteten Kreise, durch die offiziösen Pressenachrichten in dieser Beziehung immer und in allen Fällen belogen und betrogen wurde. Ich habe darüber ja auch meine eigenen Erfahrungen, die ich hier kurz erwähnen möchte. Als die Marneschlacht geschlagen war und ich

aus den knappen Zeitungsnotizen ersehen konnte, daß sich unsere Armee wohl 30 oder 40 km mit einem Schlage zurückziehen mußte, schrieb ich in meinem Blatte, das deutsche Volk hätte keine Ursache, jetzt Jubelgesänge anzustimmen, in Frankreich hätten sich ernste Vorgänge abgespielt, jetzt komme es darauf an, daß Deutschland seine ganze Seelenstärke beweise. Auf Grund dieser Äußerung wurde ich vor die militärischen Behörden geladen, und es wurde mir gesagt, wenn ich solche oder ähnliche Äußerungen jemals wieder machen würde, mein Blatt für die ganze Kriegsdauer verboten werden würde. So lag es damals mit der wahrheitsmäßigen Unterrichtung unserer deutschen Volksmassen. Von General Wetzell erfahren wir nun, daß die Stärkeverhältnisse im Frühjahr 1918 ziemlich gleich waren, so daß die Ansicht, Deutschland wäre bei der Frühjahrsoffensive einer Übermacht erlegen, sich als eine Legende erweist. Das ist für uns Politiker immerhin eine Überraschung, weil wir aus den offiziösen Nachrichtenfabriken der O.H.L. ungefähr das Gegenteil gehört haben, auch für die Westfront.

Nun wird weiter auch über die Moral der Truppen, über den Seelenzustand der Armeen etwas gesprochen, und da sind die Äußerungen des Herrn Generals auch im höchsten Grade interessant. Er sagt hier an einer Stelle, daß die seelischen Zustände in beiden Armeen ungefähr die gleichen gewesen seien. Die Moral der Truppen wäre hüben und drüben etwa gleich gewesen. Also auch insoweit wäre der Entschluß, eine Offensive zu beginnen, gerechtfertigt gewesen. An einer anderen Stelle, wo er von den feindlichen Armeen spricht, sagt aber General Wetzell, daß die französischen Heerführer gewußt hätten, daß sie ihre Truppen zum Angriff nur „im Schatten der Tanks" vorzuführen vermöchten. Das war der Seelenzustand drüben. Wenn der Seelenzustand nun bei uns ein ähnlicher war, dann ist doch wohl die Frage aufzuwerfen, weshalb wir keine Tanks hatten. Diese Frage ist auch von den Militärs aufgeworfen worden. Es zeigt sich hier, wie wenig vorausschauend unsere O.H.L. in technischen Dingen war. Und daraus erklärt sich am letzten Ende auch unsere Niederlage. Nicht der sog. Dolchstoß, auf den ich hier nur mit einem Wort zu sprechen komme, war die Ursache, sondern es war die Unzulänglichkeit der O.H.L., die nicht begriff, daß für die veränderte Seelenlage auch veränderte Waffen notwendig waren, daß man nach vier Jahren Krieg und Hunger die Leute nicht mehr so in den Tod kommandieren könne wie bisher. Das hatten die feindlichen Heerführer begriffen und hatten sich deshalb eifrig der Tankerfindung bemächtigt, weil sie sich sagten: Bei dem Seelenzustand unserer Armeen können wir sie nur dann zum Sturm vorführen, wenn der Sturm nicht mehr gleichbedeutend mit Lebenseinbuße ist.

Weiter muß ich dann auch hier meiner höchsten Verwunderung Ausdruck geben, daß in den Darlegungen des Herrn General Wetzell die kolossale Einwirkung der russischen Revolution auf die Truppen überhaupt nicht erwähnt ist. Der Herr General nimmt auf die Czerninsche Denkschrift Bezug. Diese Denkschrift — das muß ich hier betonen — ist vor dem Ausbruch der Revolution im Frühjahr 1917 geschrieben worden, als Österreich noch gegen zwei Fronten kämpfen mußte, und jeder, der mit Österreich in Berührung kam,

weiß nun, daß der Wiener die russische Front gegenüber der italienischen als die weit bedrohlichere empfand. Deshalb entgegne ich dem General Wetzell auf die Schlußfolgerung, die er zieht, indem er sagt, Czernin habe absolut unrecht gehabt, die Österreicher hätten ja nachher auch noch ein Jahr Krieg weitergeführt: Es ist ein großer Unterschied auch vom militärischen Standpunkt — insoweit können wir Laien das auch ein wenig begreifen —, ob ein Land gegen zwei Fronten oder gegen eine Front kämpfen muß. Wäre die für Frühjahr 1917 von der Entente angekündigte Generaloffensive auf allen Fronten wirklich losgegangen — sie ging nicht los, weil die Revolution ihr zuvorkam —, dann hätte sich allerdings die Lage so gestaltet, daß sich Österreich — wohlgemerkt im Frühjahr 1917, also vor der russischen Revolution — in der Tat nicht mehr für längere Zeit hätte aufrecht erhalten können. Insoweit hatte — das muß ich hier zur Ehrenrettung des Grafen Czernin anführen — nach meiner Meinung Graf Czernin auch für militärische Dinge einen weit schärferen Blick als unsere so vielgerühmte O.H.L.

Vorsitzender Abg. Dr. *Philipp:* Der Herr General Wetzell hat vorhin seinem Bedauern Ausdruck gegeben, daß die O.H.L. hier in unserem Ausschusse nicht zu Wort gekommen sei. Gewiß, der Ausschuß hat sich aus verschiedenen Gründen während der letzten Jahre nicht dazu entschließen können, die O.H.L. hier zur Auskunfterteilung heranzuziehen. Das ist aber nachgeholt worden. Ich möchte dazu bemerken, daß der General Ludendorff es in einer Mitteilung an den Ausschuß abgelehnt hat, sich zu äußern, mit dem Hinweis darauf, daß seine Auffassungen aus seinen Schriften zu erkennen seien.

Der Herr Abg. Dr. Quessel hat bemerkt, er befinde sich „im gewissen Gegensatz" zu mir in bezug auf meine Stellungnahme zu der Äußerung des Herrn Geheimrats, betreffend den „Landesverrat", wenn ich es so kurz ausdrücken darf, des Generals Ludendorff. Ich nehme an, daß Herr Abg. Dr. Quessel von dem sachlichen Gegensatz gesprochen hat, der natürlich zwischen Herrn Geheimrat Delbrück und mir vorhanden ist, und nicht beabsichtigt hat, mir irgendwie den Vorwurf zu machen, als hätte ich als Vorsitzender hier einen einseitigen Standpunkt gegenüber der Äußerung des Herrn Geheimrats Delbrück eingenommen. Über den sogenannten „Zusammenbruch" des deutsch-konservativen Abgeordneten v. Heydebrand haben wir schon hier im Ausschuß einmal eine größere Auseinandersetzung gehabt. Ich verweise dazu auf die Sitzung vom 5. Februar 1924 (S. 182). Da ist eine kurze Notiz über den „Zusammenbruch" des Herrn v. Heydebrand vorhanden.

Sachverständiger *v. Kuhl:* Zu dem, was der Herr Abg. Dr. Quessel gesagt hatte, möchte ich nur ganz kurz bemerken, daß ja in meinem ersten Gutachten über die Stärkeverhältnisse ganz genaue Angaben enthalten sind, die dem Herrn Abgeordneten wohl noch nicht bekannt sind. Darin ist nachgewiesen, wie wir unsere Kräfte im Westen an der Angriffsstelle so zusammengefaßt haben, daß wir dort stark genug waren. Dann ist ferner statistisch mit den genauesten Zahlenangaben nachgewiesen, wie unsere Stärke im Laufe der nächsten Monate herunterging, wie unser Ersatz abnahm, und wie auf der

Gegenseite die Stärken von Tag zu Tag stiegen. Darüber gibt es gar keine Differenz. Das sind ganz bekannte Sachen, die feststehen.

Desgleichen habe ich mich ganz genau über die Tankfrage ausgesprochen und nachgewiesen, wie es gekommen ist, daß wir nicht rechtzeitig mit den Tanks herausgekommen sind. So, wie es der Herr Abgeordnete dargestellt hat, ist es nicht gewesen, als wenn es eine gänzliche Unterlassung und Unkenntnis der Heeresleitung gewesen sei.

Ich möchte noch wenige Worte zu dem hinzufügen, was der Herr General Wetzell mir gegenüber gesagt hat. Ich möchte doch feststellen, daß ich mich niemals etwa mit dem Bericht und den Thesen des Herrn Abg. Dr. Deermann identifiziert wissen möchte. Im Gegenteil, ich habe fast jeden Satz, den der Herr Abg. Dr. Deermann hier vorgebracht hat, auf das schärfste angegriffen. Wir haben tagelang darum gekämpft, und der Herr Abg. Dr. Deermann hat eine ganze Menge Sätze seines ersten Entwurfes zurückgezogen, weil er zugeben mußte, daß er nicht im Rechte war.

Ich muß auch noch einmal ganz kurz auf meine Kompetenz zurückkommen. Der Herr Generalmajor Wetzell sagt, ich hätte die Verhältnisse auswärts in Italien, Palästina usw. wohl nicht übersehen können. Der Angriff sollte aber doch an der Westfront innerhalb der Heeresgruppe Rupprecht gemacht werden. Was an Truppen, Artillerie usw. verfügbar war, stand fest. Es handelt sich nur darum, ob der Angriff da oder da gemacht werden sollte. Das hat mit Palästina nichts zu tun.

Generalmajor *Wetzell:* Ich wollte nur auf die letzten Ausführungen des Abg. Dr. Quessel bezüglich Czernins Denkschrift mit ein paar Worten eingehen. Diese Denkschrift war im Frühjahr 1917 erschienen, und darin ist alles derartig schwarz gefärbt worden, daß es für uns, die wir doch verpflichtet waren, uns ein ganz klares Urteil zu machen — und wir haben uns auch ein ganz klares Urteil gemacht — ganz überraschend kam. Nun meinen Sie, die Lage wäre doch so gewesen, wie Graf Czernin geschrieben hat. Nein, sage ich Ihnen, die ganze Ostfront war unter dem Oberbefehlshaber Ost befehlsmäßig so zusammengesetzt und die deutschen Kräfte im wesentlichen mit den österreichischen so gegliedert, daß, wenn im Frühjahr 1917 eine russische Offensive gekommen wäre, sie genau so zusammengebrochen wäre wie immer. Die russischen Truppen waren ja durch die vorhergehenden Kämpfe des Herbstes 1916 noch so erschöpft, daß sie keine Gefahr bedeuteten. Sie werden sich erinnern, daß im Jahre 1915 die große Ost-Offensive unter General v. Falkenhayn geführt wurde, und daß der ganze Russenangriff im Sommer und Herbst 1916 völlig zusammenbrach. Unter der dritten O.H.L. wurde dann der Angriff gegen Rumänien geführt, in den sehr starke russische Kräfte hineingeworfen werden mußten. Die Russen waren somit völlig festgelegt. Es wäre also im Frühjahr 1917 gar nicht möglich gewesen, seitens der Russen eine große Offensive zu führen. Dafür hatten wir gesorgt. Kamen doch Angriffe, so waren wir gerüstet, insbesondere dadurch, daß die gesamte Ostfront von Riga bis zum Schwarzen Meer dem deutschen Oberbefehl einheitlich unterstand. Die Österreicher hatten nichts mehr zu befehlen. Die Führung lag in der Hand des Oberbefehlshabers

Ost in Rußland und des Generals v. Mackensen in Rumänien. So lagen die Dinge! Im Frühjahr 1917 brauchten wir militärisch keine Besorgnisse im Osten zu haben.

Abg. Dr. *Schücking:* Es ist hier von der verhängnisvollen Wirkung der Tatsache gesprochen worden, daß die Czerninsche Denkschrift durch Erzberger bekanntgeworden wäre. Ich halte mich für verpflichtet, demgegenüber doch mitzuteilen, daß ich aus den Kreisen unserer deutschen Diplomaten gehört habe, das Verhängnis sei nicht von der Erzberger-Czerninschen Denkschrift ausgegangen, sondern von der Mission des Prinzen Sixtus von Parma. Längst ehe die fragliche Denkschrift im Ausland bekanntgeworden sein könnte, sei man in Paris ganz genau informiert gewesen über die Auffassungen in Österreich infolge des Schrittes, den der Kaiser Karl mit Hilfe von Prinz Sixtus von Parma getan hatte.

Dann möchte ich zum Punkte Hindenburg folgendes sagen. Selbstverständlich liegt die formelle Verantwortung ja auch zum wesentlichen Teil auf dem Feldmarschall. Aber wir müssen doch scharf unterscheiden zwischen der formellen und der materiellen Verantwortung. Ich habe wiederum aus den Kreisen deutscher Diplomaten gehört, daß sie, wenn sie in das Hauptquartier der O.H.L. gekommen wären, dort den Eindruck gewonnen hätten, daß schlechthin Herr General Ludendorff die entscheidende Instanz sei. Der Herr Feldmarschall v. Hindenburg habe den Eindruck eines sehr vornehmen und gütigen Mannes gemacht, der aber außerordentlich müde sei. Es ist dem deutschen Volke ja verheimlicht worden, daß Hindenburg noch während des Krieges eine schwere Krankheit durchgemacht hat.

(Zuruf des Generals *Wetzell:* Im Frühjahr 1917 hat er die Grippe gehabt wie wir alle!)

— Nach meinen Beobachtungen hat es zuerst in der ausländischen Presse gestanden. Jedenfalls habe ich von Leuten, die persönlich dort gewesen sind, verschiedentlich gehört, daß anscheinend Feldmarschall v. Hindenburg zwar aus Vaterlandsliebe seinen Namen, der so großes Vertrauen im deutschen Volke genoß, dieser Sache weiter zur Verfügung stellte, daß aber die tatsächliche militärische Leitung immer mehr auf General Ludendorff übergegangen sei. Ich lasse dahingestellt, wieweit das richtig ist. Ich würde gern darüber noch etwas hören. Daß aber Herr General Ludendorff nur als Stratege und nicht als Politiker den Krieg geführt habe, dafür wird man heute wohl niemand mehr in Deutschland gewinnen können.

Ich kann darauf hinweisen, daß ein Herr aus der nächsten Umgebung von Bethmann-Hollweg, ein alter Schüler von mir, mit dem ich im Vertrauensverhältnisse stehe, mir erzählt hat, daß der Reichskanzler wörtlich zu ihm gesagt hat: „Jetzt haben wir den Falkenhayn ersetzt durch Ludendorff; Ludendorff ist weitaus der bessere Stratege, aber ich fürchte, Herr Ludendorff wird mir die ganze Politik ruinieren." So ist General Ludendorff vom ersten Tage an von einem Mann eingeschätzt worden, der doch immerhin Gelegenheit gehabt hat, sich ein Urteil über seine Persönlichkeit zu bilden. Ich habe wieder aus den Kreisen der deutschen Diplomaten gehört, daß sich General Luden-

dorff, der ja nach der heutigen Darstellung nur militärische Ziele verfolgt hat, ein ganz großes politisches Bureau gebildet hat. Jedesmal, wenn ein deutscher Diplomat von neuem zur O.H.L. hinkam, war dieses politische Bureau unter der Leitung des Generals v. Bartenwerffer größer geworden. Da saß einer, der bearbeitete Rumänien, ein anderer Polen, ein dritter Palästina, wieder ein anderer Mesopotamien, und so sind es nach meinen Informationen in diesem politischen Bureau ungefähr zwanzig gewesen. Aber nach dem, was ich gehört habe, ist unter den zwanzig keiner gewesen, der eine wirkliche Kenntnis von den politischen Verhältnissen des bearbeiteten Landes gehabt hat. Daß General Ludendorff eine eigene Politik gemacht hat, das habe ich persönlich, sozusagen am eigenen Leibe erfahren. Ich erinnere daran, daß sich der deutsche Reichstag in seiner Friedensresolution auf den Boden gestellt hatte, daß auch internationale Rechtsgarantien für den Frieden notwendig seien. Das war gerade das Thema, das mich durch meine Lebensarbeit besonders interessierte. Die Tatsache, ausgesprochen vom deutschen Reichstag mit Billigung des deutschen Reichskanzlers, veranlaßte aber die militärischen Behörden nicht im allergeringsten, ihre Stellung mir gegenüber etwa zu revidieren, denn mir war verboten worden, bei Androhung von Gefängnisstrafe, meine völkerrechtlichen Ideen, die internationale wechselseitige vertragsmäßige Abrüstung, Ausbau von Schiedsgerichten usw., betrafen, in irgendeiner Form zu äußern und auch nur rein theoretisch über diese Dinge als Gelehrter zu schreiben. Monate, nachdem sich die Politik des Deutschen Reiches schon auf diese Dinge festgelegt hatte, wurde ich fortgesetzt mit Gefängnisstrafe bedroht und vorgeladen, wenn ich irgendwelche rein theoretischen Untersuchungen über dieses große Zukunftsproblem angestellt hatte. Ich erinnere auch daran, daß Herr Graf Czernin, der sicher in der Lage war, sich ein Urteil zu bilden, in seinen Memoiren erzählt, wie geringschätzig er in den militärischen Kreisen angesehen wurde, als er in einer großen Rede in Budapest oder Wien solche Ideen geäußert habe, weil er von ihnen erwartete, daß sie den Abschluß des Krieges erleichtern würden. In diesem Zusammenhang fügt Czernin hinzu, daß er den Eindruck gewonnen hätte, daß die preußischen Generale sich nicht auf derartige Zukunftsideen wie eine vertragsmäßige, wechselseitige Abrüstung einlassen würden, bevor Deutschland nicht vollständig besiegt am Boden läge. Er hat so doch geglaubt, einen politischen Willen konstatieren zu können, der sich als höchst verhängnisvoll für das deutsche Volk erwiesen hat. In dem Exposé des Herrn Generals Wetzell ist die Rede davon, es habe uns ein Clemenceau gefehlt, der gesagt habe: ich kämpfe vor Paris, ich kämpfe in Paris, ich kämpfe hinter Paris. Es habe uns die große Persönlichkeit gefehlt, die den Willen des Volkes zur Fortsetzung der Verteidigung bis aufs äußerste aufgerufen habe. Ich möchte doch demgegenüber feststellen: Woher hätte ein Clemenceau, wenn wir ihn gehabt hätten, seine Argumente nehmen können? Clemenceau hatte Argumente, und die lagen eben in der Tatsache, daß Amerika mit Millionen von Soldaten eingriff, dasselbe Amerika, von dem hier im deutschen Reichstag mitgeteilt worden war, daß das Eingreifen der Vereinigten Staaten in den Krieg in seiner militärischen Wirkung gleich Null sein würde. Herr v. Capelle hat es

im Hauptausschuß des deutschen Reichstags gesagt. Wie man nun unter diesen Umständen in Deutschland für eine Fortsetzung des Krieges noch erfolgreich Propaganda machen sollte, das zu begreifen, reicht mein Verstand nicht aus. Das mag vielleicht an der Enge dieses Verstandes liegen. Aber ich glaube, es sind auch noch mancherlei Leute sonst in Deutschland, die sich ein ähnliches Urteil gebildet haben. Ich bin im November 1917 nach erbittertem Kampfe zwischen den politischen Instanzen und der O.H.L. auf einem pazifistischen Kongreß in der Schweiz gewesen. Dort erfuhr ich zu meinem größten Erstaunen, daß es den Amerikanern gelungen war, im November 1917 364 000 Mann — es können aber auch 264 000 gewesen sein — über den Ozean heranzubringen. Jeder Mann in der Schweiz, jedes Kind auf der Straße wußte, daß es im Frühjahr 1918 $^1/_2$ Million und im Herbst 1918 $1^1/_2$ Million sein würden, und daß der Krieg für Deutschland dann definitiv und unter allen Umständen verloren sein würde, wenn es uns nicht gelang, vor dem energischen Eingreifen der Amerikaner zu einem Verständigungsfrieden zu kommen. Das war dort die allgemeine Überzeugung. Als ich im August 1918 in meine westfälische Heimat auf das Land kam, sagten mir die Landleute: „Der Krieg ist absolut verloren, denn die Amerikaner sind ja da." Das hatten deren Söhne aus dem Felde geschrieben. Amerikaner standen zu Tausenden vor ihnen. Damit war eine Stimmung völliger Hoffnungslosigkeit im deutschen Volke eingetreten. Was sollte man den Leuten darauf erwidern? 10 Millionen Amerikaner waren in der Ausbildung begriffen, 20 Millionen Amerikaner waren registriert worden, und in wenigen Monaten kamen Hunderttausende über den Ozean. Wie hätte man unter diesen Umständen in Deutschland noch eine erfolgreiche Propaganda für ein Durchhalten machen sollen? Jeder Tag, um den der Krieg sich verlängerte, war meines Erachtens ein Verbrechen; denn er kostete soundso viele Tausende von Menschenleben. Im geschäftlichen Leben nennt man es einen betrügerischen Bankerott, wenn man Geschäfte noch weiter fortsetzt, von denen man weiß, daß sie schon zusammengebrochen sind, und durch die Fortsetzung dieser Geschäfte noch weitere Leute ins Unglück stürzt.

Wie sah es denn bei der Truppe selber aus? Mir hat neulich jemand aus seiner eigenen Tätigkeit folgendes erzählt: „Ein Fabrikdirektor, der zu dem patriotischen Unterricht verwertet wurde, war auch beauftragt worden, nach dem Scheitern der Frühjahrsoffensive einen Bericht über die Stimmung der Truppen zu machen. Dieser sehr intelligente Mann hatte einen Bericht hergestellt: Die Stimmung bei seiner Truppe sei entsetzlich, denn den Leuten sei immer gesagt worden, diese Frühjahrsoffensive, das sei nun der letzte große Schlag, der zum Siege führen würde; die Leute hätten den Eindruck gewonnen, dieser Schlag sei mißlungen; sie hätten auch Nachrichten aus Österreich, wonach auch dort die Sache nicht voran-, sondern zurückginge. Darauf hatte ihm sein General gesagt: ‚Wie können Sie mir einen solchen Bericht geben?' Er sagte: ‚Ja, ich bin doch beauftragt, über die Stimmung der Truppe zu berichten!' Der General antwortete: ‚Das wollen die Leute aber doch nicht hören bei der O.H.L.!' Darauf hat der General mit einem großen Blaustift den ganzen Bericht durchgestrichen und wörtlich geschrieben, was er dem Offizier zeigte:

‚Die Stimmung bei der Truppe ist im allgemeinen gut, ein wenig mehr strammer Dienst wird die Stimmung noch wesentlich fördern.' "

Ja, wenn man mit diesen Methoden arbeitet und nachher den Zivilinstanzen glaubt vorwerfen zu können, sie hätten nicht genügend für die Belebung des Verteidigungsgeistes im Lande gewirkt, dann ist man meines Erachtens durchaus auf Abwegen.

Ich lasse mich nun nicht in eine Diskussion über die eigentlichen strategischen Fragen ein, weil ich davon gar nichts verstehe. Aber eine politische Frage spielt eine ungeheure Rolle, die in dem Exposé des Generals Wetzell ausführlich erörtert worden ist, nämlich die Frage: Sind die politischen Instanzen rechtzeitig informiert worden? Ich erinnere mich daran, daß ein Herr, der sehr viel weiter rechts von mir im Parlament stand und ganz besonderes Ansehen genoß, nämlich der verstorbene Abg. Dr. Düringer, mir erzählt hat, er sei im August 1918 als badischer Minister im Bundesratsausschuß für Auswärtige Angelegenheiten gewesen. Dort sei ihm mitgeteilt worden, die Situation im Westen sei gegenwärtig schwierig, aber an dem Endsieg des Krieges sei nicht im geringsten zu zweifeln. Diese Berichte sind von dort aus weitergegeben worden. Das ist eine Tatsache von ungeheurer geschichtlicher Bedeutung für unser Volk. Denn gesetzt, man hätte diesen Bundesratsbevollmächtigten die Wahrheit gesagt, dann hätten sie die Verpflichtung gehabt, ihre obersten Instanzen — das waren damals die Fürsten in Deutschland — zu informieren. Die Fürsten in Deutschland hätten vor ihren Staaten die Verpflichtung gehabt, nach Berlin zu fahren und dafür zu sorgen, daß nun aber lieber heute als morgen diese Sache unter allen Umständen liquidiert wurde. Denn selbst wenn wir dann keinen besseren Frieden bekommen hätten als den von Versailles, so wären immer noch Tausende von Menschenleben gerettet worden. Jedes Menschenleben ist nur einmal in der Welt. Das war ein Gesichtspunkt, der schlechterdings hätte entscheidend sein müssen.

Nun lesen wir in der Resolution, die Herr Dr. Deermann entworfen hat, daß in den Besprechungen vom 28. bis 30. Juli die politischen Leiter des Reichs derart aufgeklärt seien, daß sie die Überzeugung erhielten, die O.H.L. glaube und stehe dafür ein, daß der Krieg mit Waffen gewonnen werden könne. Das wäre dann die Basis für das Verhalten der höchsten politischen Instanzen gegenüber den deutschen Bundesstaaten gewesen. In dieser Resolution von Herrn Dr. Deermann lesen wir, daß noch am 9. September der Staatssekretär v. Hintze in Spaa von der O.H.L. auf seinen schriftlichen Fragebogen über die militärische Lage weder mündlich noch schriftlich eine Antwort des Zweifels oder der Warnung erhielt, daß ihm vielmehr nur Zuversicht geäußert wurde.

Da habe ich mich gefragt: Was hat nun Herr General Wetzell gegen die Richtigkeit dieser Sätze, die doch Herr Dr. Deermann nicht so mir nichts dir nichts in die Resolution hineingeschrieben hat, in seiner Denkschrift angeführt? Da finde ich die originelle Betrachtung, daß das militärische Verständnis des Herrn Staatssekretärs v. Kühlmann nicht ausgereicht habe, um ihn ins Bild zu setzen. Kühlmann hätte von militärischen Dingen nichts verstanden. Und

Herr v. Hintze sei ja Seeoffizier gewesen und hätte von Landkriegsangelegenheiten auch nichts verstanden. Herr General Wetzell, damit haben Sie uns, die wir hier im Untersuchungsausschuß arbeiten, die Sache nicht im genügenden Maße aufgeklärt! Ich setze voraus, daß Herr v. Kühlmann von militärischen Sachen nichts verstanden habe. Das mag richtig sein. Ich will einmal die Bedingung setzen, daß auch Exzellenz v. Hintze von militärischen Sachen so wenig verstanden hätte, wie ich von militärischen Dingen verstehe. Daß es aber die O.H.L. trotzdem hätte fertigbringen können, einem Staatssekretär des Deutschen Reichs zu sagen: Der Krieg ist verloren, wir haben keine Aussicht mehr, ihn zu gewinnen, wir müssen lieber heute als morgen Frieden machen, ich habe mich in allen meinen Hoffnungen getäuscht — dazu würde doch auch selbst das Verständnis eines Zivilisten meines Erachtens ausgereicht haben.

Abg. *Graf v. d. Schulenburg:* Meine Herren! Ich werde mich sehr kurz und nur so weit zur Sache äußern, als ich sie im Felde miterlebt habe. Herr Geheimrat Delbrück hat, wenn ich ihn richtig verstanden habe, vorhin damit begonnen, daß er sagte, die Politik wäre von der Strategie nicht zu trennen. Einverstanden. Ich erinnere Sie aber an den vortrefflichen Aufsatz des Grafen Schlieffen „Der Feldherr", wo er zum Schluß ausführt, daß in den letzten Kriegen, die Preußen und Deutschland zu führen hatten, sich ein Triumvirat herausgebildet hatte aus dem obersten Kriegsherrn, dem König, dem politischen und dem militärischen Leiter. So ist es auch in diesem Kriege gewesen. Die politischen Ziele hinzustellen, die politischen Folgerungen aus militärischen Erfolgen oder Mißerfolgen zu ziehen, war nicht Sache der militärischen, sondern der politischen Leitung, wie wir 1866 und 1870 bei Bismarck und Moltke erlebt haben.

Ich gehe noch kurz auf einzelne Einwendungen ein. Meines Erachtens kann eine Trennung der Verantwortung zwischen dem Generalfeldmarschall v. Hindenburg und dem General Ludendorff niemals gemacht werden. Sie tragen vor der Welt und Geschichte nach Recht und Gesetz beide zusammen die volle Verantwortung. Ich kann es aus unzähligen Fällen eines mündlichen und telephonischen Vortrags bei General Ludendorff bestätigen, daß Ludendorff mir erwidert hat: „Die Frage kann ich nicht entscheiden, ich muß sie zur Entscheidung erst dem Feldmarschall vorlegen." Ich habe es erlebt, daß ich persönlich zum Vortrag beim General Ludendorff anwesend war und er, als wir über die Entschließungen in unserer Meinung voneinander abwichen, die Entscheidung des Generalfeldmarschalls einholte.

Auch glaube ich zurückweisen zu müssen, daß die O.H.L. von unten jemals Farbberichte über die Stimmung der Truppen gewünscht und geduldet hätte. Aus meiner ganzen Erfahrung im Felde muß ich pflichtmäßig mitteilen, daß Ludendorff den schärfsten Nachdruck darauf gelegt hat, daß wir ihm einwandfreie Berichte über die Haltung, über die Stimmung usw. der Truppen machten.

Die Einleitung der Offensive im Westen hat sich so dargestellt, wie das auch General v. Kuhl schon hervorgehoben hat. Darüber haben sehr eingehende und häufige mündliche und schriftliche Erörterungen zwischen der O.H.L. und den

beiden Heeresgruppenchefs, dem General v. Kuhl und mir, stattgefunden. Natürlich sind verschiedene Vorschläge zu Angriffen gemacht worden. Einen Punkt stellte der General Ludendorff bei diesen Besprechungen in den Vordergrund. Greifen wir z. B. bei Verdun an, dann ist die sichere Folge dieses Angriffes, daß die Engländer zu einer Gegenoffensive in ihrem Bereich gezwungen werden und umgekehrt, machen wir den Georg-Angriff, so ist es sicher, daß das französische Heer an seiner Front mit großer Stärke zur Gegenoffensive vorgehen wird. General Ludendorff erklärte, es sei für das deutsche Heer in seinem Stärkeverhältnis ausgeschlossen, daß wir gleichzeitig eine große Offensive führen und eine große Abwehrschlacht schlagen können. Mitbestimmend für den Michael-Angriff war auch, daß wir an der Front des Michael-Angriffs die Gewißheit hatten, daß sowohl die Franzosen wie die Engländer dort ihre Reserven zusammenfahren mußten, daß also nach menschlicher Berechnung die Gefahr ausgeschaltet war, daß einer von diesen beiden an einer anderen Stelle angreifen konnte. Selbstverständlich ist auch der Georg-Angriff aus dem Grunde damals zurückgestellt worden, weil man nicht über die Witterungsverhältnisse Gewißheit haben konnte, weil bei der Nässe der Angriff erst im sehr späten Frühjahr gemacht werden konnte. Darauf konnten wir nicht warten.

Ich glaube aber eins betonen zu müssen. Dieser Michael-Angriff ist schließlich doch nach dem Urteil der militärischen Sachverständigen der ganzen Welt ein außerordentlicher Erfolg gewesen, einer der größten Erfolge des ganzen Krieges. Ich bitte Sie, doch einmal an Königgrätz zu denken. Königgrätz ist auch nicht der Erfolg gewesen, den der General von Moltke beabsichtigt hatte. Im Gegenteil, Königgrätz ist weit hinter den Absichten des Generals v. Moltke zurückgeblieben, wie das Herr General Graf v. Schlieffen auch vortrefflich in seiner Schrift „Cannae" zum Ausdruck gebracht hat. So kann man viele Schlachten anführen, Gravelotte, auch Sedan, wo uns ein Teil des gegnerischen Heeres noch entwischt ist. Immerhin waren es militärische Erfolge, aus denen die politische Leitung jedesmal die Schlußfolgerung hat ziehen müssen und auch gezogen hat.

Ich glaube, unsere politische Leitung wäre vielleicht in der Lage gewesen, aus dem großen militärischen Erfolg der Märzoffensive ihre Schlußfolgerung zu ziehen, nämlich, daß ein erdrückender Schlag nicht erreicht war, aber immerhin eine große Niederlage, die auf die Stimmung bei unseren Feinden drückte.

Auf die einzelnen militärischen Sachen hier einzugehen, hat keinen Zweck. Wir werden uns darüber niemals einigen. Über Operationen, Strategie, Aufmärsche, Durchführung eines Kampfes werden die Ansichten immer auseinandergehen, auch zwischen den Generälen, meine Herren, das sage ich ganz offen. Es hat keinen Zweck, darüber zu diskutieren.

Nur eins möchte ich hier noch sagen. Es ist jetzt sehr leicht, sich hier an den grünen Tisch zu setzen und nachzuspüren, wo vielleicht, nachdem man die Verhältnisse auf beiden Seiten kennt, ein Fehler gemacht worden ist. Einen Faktor stellen Sie in diese Berechnung nicht ein: die ungeheure Unsicherheit, das Dunkel, in das der Führer, mag er groß oder klein sein, hineindisponieren

muß, und daß er mit einem Faktor niemals ganz sicher rechnen kann, nämlich mit dem, was der Feind tut, ob der Feind etwas Richtiges oder etwas Falsches tut. Hätte er im Michael-Angriff etwas Richtiges getan, dann wären wir nicht vorwärts gekommen.

Herr Geheimrat Delbrück hat auch angedeutet, daß die Frage zu prüfen wäre, ob vielleicht die O.H.L. — ich habe ihn, glaube ich, richtig verstanden: nicht der General Ludendorff, sondern die O.H.L. — den obersten Kriegsherrn absichtlich über die Kriegslage getäuscht hätte. Aus der ganzen Kenntnis, die ich in einem zweijährigen täglichen regen Verkehr mit den beiden Feldherren gehabt habe, ist es ganz ausgeschlossen, ihnen eine derartige Absicht unterzuschieben.

(Sachverständiger Prof. *Delbrück:* Es sind doch Zeugnisse da!)

— Fehler macht Jeder. Der Behauptung, daß die Absicht einer Täuschung vorgelegen hat, widerspreche ich aufs entschiedenste. Ich glaube, man soll auch nicht vergessen, was das deutsche Volk diesen beiden Feldherren zu danken hat. Wenn sie nicht gewesen wären, meine Herren, säßen wir alle nicht mehr hier!

(Abg. *Dittmann:* Na, na, vielleicht umgekehrt!)

Abg. Dr. Dr. *Bredt:* Meine Herren! Ich bin in diesem Ausschuß erst seit diesem Reichstag anwesend und habe die ganzen vorigen Verhandlungen nicht mitgemacht. Wenn ich meinen Eindruck wiedergeben darf, so bin ich eigentlich überrascht über die fertigen Urteile, die man hier von allen Seiten zu hören bekommt, wie ich sie auch eben aus dem Munde meines altverehrten Fachkollegen aus Marburg gehört habe. Meiner Auffassung nach sind alle diese Dinge doch noch so ungeklärt, daß wir eigentlich nur auf die Zusammenstellung des Materials und Schaffung von Unterlagen hinarbeiten können, die späteren Generationen einmal solche Fachurteile ermöglichen werden.

Dabei möchte ich auf einige Einzelpunkte kommen. Eben war die Rede von den Akten des Auswärtigen Ausschusses. Das Auswärtige Amt behauptet, sie nicht zu besitzen. Bayern hatte den Vorsitz im Auswärtigen Ausschuß des Bundesrats zu führen, und dort scheinen die Akten jetzt zu liegen. Weiter war eben die Rede vom Grafen Czernin. Da möchte ich mir erlauben, folgendes hinzuzufügen. Ich war im Herbst 1917 auf der Durchreise einen Tag in Wien und machte dem Grafen Czernin einen Besuch. Bei der Gelegenheit teilte er mir ganz eingehend den neuesten Bericht des damaligen k. u. k. Botschafters in Washington, Grafen Tarnowski, mit, der damals das Eingreifen der Amerikaner, wenn es kommen würde, so dargestellt hat, daß es mir im Herbst 1917 verblüffend erschien, leider aber nachher nicht mehr verblüffend gewesen ist. Dieser Bericht des Grafen Tarnowski kam mir damals auch merkwürdig vor, er hat aber leider vollkommen gestimmt. Nach diesem Bericht gab es nur zwei Möglichkeiten. Die eine war die, sofort auf passabler Grundlage Frieden zu machen. Es ist mir aber sehr zweifelhaft, ob das damals gelungen wäre, denn das, was der Graf Tarnowski berichten konnte, hatten die Botschafter der Entente sicher schon tausendmal berichtet. Ich halte es also für ausge-

schlossen, daß die Entente damals noch zu einem Verständigungsfrieden bereit war, denn sie wäre dumm gewesen.

(Prof. Dr. *Delbrück:* Aber im Frühjahr 1918!)

— Wenn man zu keinem Verständigungsfrieden kommen konnte, mußte man wenigstens den letzten großen Schlag versuchen; das ist eben die Offensive.

(Prof. Dr. *Delbrück:* Wir haben aber gar nicht erst probiert, den Verständigungsfrieden herbeizuführen!)

— Das ist eine ganz andere Frage. Jedenfalls sind mir die Berichte des Grafen Tarnowski das Interessanteste gewesen, was ich im Kriege jemals erlebt habe.

Nun möchte ich Herrn Dr. Schücking etwas Wasser auf seine Mühle gießen. Als ich an die Ostfront zurückkam, ließ mich mein damaliger Oberbefehlshaber zu sich kommen und fragte, was ich für Eindrücke aus Wien mitgebracht hätte. Als ich ihm darauf von diesen Berichten erzählte, machte er ein sehr ernstes Gesicht und sagte: „Als Abgeordneter kann ich Ihnen nichts verbieten, aber als Offizier verbiete ich Ihnen, im Bereich meiner Armee von diesen Dingen zu reden." Das habe ich damals für sehr verständig gehalten, ich hätte es auch sowieso nicht getan. Wohin wären wir gekommen, wenn man damals solche Fragen in der Armee aufgerollt hätte!

Ich werde mir erlauben, in meinen Resolutionsentwurf hineinzuschreiben, daß viele Punkte noch total ungeklärt sind. Ich beneide Herrn Dr. Deermann um die Sicherheit, mit der er das alles heruntergeschrieben hat. Ich bin demgegenüber der Meinung, daß wir vieles nicht wissen und vieles auch kaum jemals richtig erfahren werden.

Nun möchte ich mir erlauben, an Herrn General Wetzell eine Frage zu stellen. Im Anschluß an das Gutachten des Herrn Oberst Schwertfeger sind verschiedene Urkunden abgedruckt. Eine davon ist unterschrieben: „Ergebnis der Besprechungen in Spaa am 2. und 3. Juli 1918." Sie sind aus den Akten der Reichskanzlei entnommen, und es ist darin von der belgischen Frage die Rede: „Belgien muß unter deutschem Einfluß bleiben."

Die Erklärung, die Graf Hertling am 25. Januar 1918 nach vielem Drängen im Reichstage abgegeben hat, deckt sich inhaltlich mit dem, was hier steht, ist nur anders ausgedrückt: „Ich kann hier nur erklären, wir werden Belgien nicht behalten, was von dieser Stelle schon oft erklärt worden ist." — Ich wüßte nicht, wo das vorher jemals erklärt sein sollte. — Und dann sagte er: „Allerdings ..." und dann kommt beinahe das, was hier steht. Nun erwähnt Herr General Wetzell Besprechungen in Spaa.

Darf ich einmal fragen, was das für Besprechungen in Spaa waren?

Generalmajor *Wetzell:* Darauf kann ich nicht antworten, denn ich bin als Operationschef zu den politischen Auseinandersetzungen nicht herangezogen worden. Vielfach sind mir die ganzen politischen Dinge gar nicht bekannt gewesen, höchstens ab und zu wurde ich vom General Ludendorff über dies und jenes orientiert, aber verhältnismäßig sehr wenig. Ich bin ein einziges Mal bei einer großen Sitzung dabei gewesen, als es sich um den Angriff in Rußland handelte. Ich hatte im allgemeinen viel zuviel zu tun, um mich noch mit politischen Dingen zu beschäftigen.

Abg. Dr. Dr. *Bredt:* Die Besprechungen in Spaa müssen doch in Anwesenheit des Generals Ludendorff stattgefunden haben. Ist denn zwischen dem 2. und 3. Juli einerseits und dem 28. oder 30. Juli andererseits irgend etwas Entscheidendes geschehen, wodurch sich diese Divergenz erklärt?

Generalmajor *Wetzell:* Am 15. Juli war unsere letzte Offensive. Bis zu diesem Zeitpunkt hatte die Reichsleitung die Möglichkeit, politische Anknüpfungen herbeizuführen. Zu diesem politischen Schritte war sie meines Erachtens doch verpflichtet. Wir wissen aus den damaligen Nachrichten, daß es auf der anderen Seite sehr trübe stand. Der Transport der Amerikaner war eine ungeheure Schwierigkeit. Exzellenz v. Kuhl hat gelegentlich ausgeführt, daß wir die Zahl der verwendungsfähigen amerikanischen Divisionen zu hoch eingeschätzt hatten. Sie sind meistens in einem Ausbildungszustand nach Frankreich gekommen, daß sie an der Front kaum verwendungsfähig waren. Sie wurden mit französischer Artillerie ausgerüstet. Sie mußten zunächst an ruhigen Stellen eingesetzt werden, damit sie feuerfest wurden. Die Amerikaner waren in der — von ihnen aus betrachtet — ungünstigen Lage, daß sie spät in den Krieg eintraten. Den Rumänen und Italienern ist es anfangs ähnlich so gegangen, auch den Engländern. Die amerikanischen Angriffe, die im Oktober geführt wurden, waren für sie ungewöhnlich blutig. Sie wurden kampftaktisch nicht geschickt geführt, es fehlte eben die Kriegserfahrung. Die Kampfkraft der amerikanischen Armee darf nicht annähernd so hoch bewertet werden, wie sie rein zahlenmäßig erscheint.

Zwischen der ersten Zusammenkunft in Spaa und dem 28. Juli haben wir nun den schweren Rückschlag an der Marne erlitten. Der Herr Staatssekretär v. Hintze hat die Verhältnisse gekannt. Er war, als er am 28. Juli hinkam, orientiert worden. Am 14. August kam er erneut nach Spaa und hat mit dem General Ludendorff konferiert. Sie finden darüber in dem Schwertfegerschen Gutachten (Band 2, S. 224) den Ausspruch Ludendorffs: „Mitte Juli habe ich Ihnen gesagt, ich wäre sicher, mit der gegenwärtigen Offensive den Kriegswillen des Feindes zu brechen und ihn zum Frieden zu nötigen. Diese Sicherheit habe ich nicht mehr." Dann ist die Zusammenkunft gewesen, und am nächsten Tage hat der Generalfeldmarschall erklärt, er hoffe, daß es gelingen werde, mit der Armee in Frankreich stehenzubleiben und den Gegner zum Frieden zu zwingen. Das ist doch ganz gewiß keine Fanfare, sondern eine höchst bezeichnende Schamade. Die schweren Rückschläge vom 15. Juli und vom 8. August waren den Herren Verbindungsoffizieren der politischen und der militärischen Leitung absolut bekannt.

Was die Orientierung des Kaisers anbetrifft, von der hier so oft und so drastisch behauptet wird, sie sei nicht im genügenden Maß erfolgt, so habe ich schon einmal klipp und klar ausgeführt, daß der Kaiser aufs genaueste orientiert worden ist. Zunächst jeden Morgen von seinem Flügeladjutanten, dann im Hauptquartier bei den täglichen Mittagsvorträgen. Der General Ludendorff war viel zu ernst und gewissenhaft, als daß er ein Blatt vor den Mund genommen hätte. Der Kaiser sah über diese Dinge genau. In seiner Phantasie kam es freilich vor, daß er sie manchmal zu günstig, oft aber auch

zu pessimistisch ansah. Er ist in jeder Beziehung gewissenhaft orientiert worden. Herr v. Hintze scheint Ende Juli und auch noch im August den Ernst der Lage nicht recht übersehen zu haben. Vielleicht konnte er dies auch aus seiner Einstellung heraus nicht verstehen. Er scheint geglaubt zu haben, daß Ludendorff ihm im Juli den Sieg „sicher" garantiert habe! Welcher Feldherr kann das? General Ludendorff hat aber am 14. August Hintze ausdrücklich gesagt, er habe bis dahin geglaubt, dem Gegner den Frieden diktieren zu können; jetzt sei die Lage aber eine ganz andere. Für den verantwortlichen Staatsmann war meines Erachtens nun höchste Eile zum Eingreifen geboten gewesen. Das für die deutsche Seite und Sache überaus günstige erste Halbjahr 1918 hatte man politischerseits nicht ausgenutzt.

Oberst *Schwertfeger:* Die Dinge, über die wir jetzt im einzelnen hin und her sprechen, sind doch durch die Gutachten der Sachverständigen vollständig geklärt, auch die Angelegenheit, über die eben Herr Abg. Dr. Dr. Bredt sprach, die Besprechung in Spaa in Gegenwart des Staatssekretärs v. Hintze. Nachdem die Sache aber einmal angeschnitten worden ist, muß ich eine kleine Ergänzung zu den Worten des Herrn Generals Wetzell hinzufügen. Der Generalfeldmarschall v. Hindenburg sagte bei dieser denkwürdigen Besprechung: „Die O.H.L. *hofft*, daß es gelingen werde ...", Herr General Wetzell hat aber vergessen hinzuzufügen, daß General Ludendorff nachher die wesentlich zuverlässigere Fassung gewählt hat: „Generalfeldmarschall Hindenburg *führt aus, daß es* dennoch gelingen werde ..."

Herr General Wetzell hat uns, glaube ich, den psychologischen Schlüssel zu seinem ganzen Exposé gegeben. Es baut sich, wenn ich ihn jetzt richtig verstanden habe, hauptsächlich auf der Antithese zu der Deermannschen Resolution auf. Diese existiert für uns Sachverständige eigentlich noch gar nicht. Sie war einmal formuliert, bildet aber einstweilen doch eine für den Ausschuß noch nicht bindende Ausarbeitung des Herrn Dr. Deermann, der jetzt dem Reichstage und dem Untersuchungsausschusse nicht mehr angehört. Die Resolution ist noch gar nicht beschlossen und bildet in keiner Weise eine Vorlage, mit der der Untersuchungsausschuß in die Öffentlichkeit geht. Man könnte also die Polemik gegen diese Resolution vielleicht in die zweite Linie schieben.

Zu der Frage, warum die O.H.L. in ihren maßgebenden Faktoren nicht gehört worden ist, kann ich, der ich mich mit der politischen und militärischen Verantwortlichkeit wiederholt befaßt habe, nur sagen, daß das meines Erachtens gar nicht notwendig war, da gerade der Standpunkt des Herrn Generalfeldmarschalls und des Generals Ludendorff in ihren Schriften vollständig eindeutig und unmißverständlich vorliegt. General Ludendorff hat nicht *ein* Kriegsbuch geschrieben, sondern deren drei, und er hat in drei Heften zu der Verantwortungsfrage Stellung genommen, außerdem noch in einer großen Reihe von Zeitungsartikeln. General Ludendorff steht vollständig zu dem, was er geschrieben hat, und es wäre eine zwecklose und außerdem peinliche Belästigung dieser Heerführer, sie noch zu Äußerungen über das hinaus aufzufordern, was sie erschöpfend gesagt haben. Das war keine Illoyalität gegen diese Herren, sondern es wäre meiner Ansicht nach überflüssig gewesen, die

Herren damit zu bemühen, denn die Dinge liegen vollständig klar vor aller Welt. Die Heerführer sind sicherlich nicht geneigt, von dem, was sie haben drucken lassen, ein Wort zurückzunehmen.

Vorsitzender Dr. *Philipp:* Ich glaube, es hat keinen Zweck, darüber zu streiten, inwieweit eine Polemik gegen die Resolution des Herrn Dr. Deermann angebracht ist. Wir haben diese Resolution als Grundlage für unsere Verhandlungen genommen, um wenigstens einen Anhalt zu haben, damit wir in unserer Aussprache nicht ins Uferlose kommen. Selbstverständlich handelt es sich hier nur um den „Entwurf" einer Entschließung, zu der der Ausschuß noch nicht Stellung genommen hat, die wir aber natürlich als ein historisches Stück in unserem Material weiter mit verarbeiten müssen.

Nach kurzer weiterer Beratung stellt der Vorsitzende, Abg. Dr. *Philipp*, als die einstimmige Auffassung des Ausschusses fest, daß die Aussprache über den Schriftsatz des Generals Wetzell vorläufig erledigt ist.

Sitzung, Mittwoch, den 18. März 1925

Vorschläge über eine Resolution des Ausschusses, betreffend die Ursachen des militärischen Zusammenbruchs 1918 (Resolutionsentwurf des Berichterstatters Abg. Dr. Dr. Bredt)

Berichterstatter Abg. Dr. Dr. *Bredt* verliest den von ihm verfaßten neuen Entwurf einer Entschließung, nachdem er einleitend vorausgeschickt hat:

Er sei sich klar, daß das, was er zu Papier gebracht habe, zum Teil für die Entschließung vielleicht nicht brauchbar sein werde. Es sei sehr schwierig, überhaupt etwas zu Papier zu bringen. Herr Dr. Deermann habe bei seinem Bericht den Fehler begangen, daß er zu sehr in die Einzelheiten eingegangen sei. Er, Dr. Dr. Bredt, halte nur eine Behandlung in großen Zügen für möglich. Unter diesem Gesichtspunkt bitte er, seinen Bericht zu betrachten:

Vorbemerkung

Der 4. Unterausschuß des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses hat seine Hauptaufgabe darin gesehen, nach Möglichkeit die Tatsachen aufzuklären, welche als Ursachen des deutschen Zusammenbruchs im Jahre 1918 angesehen werden können. Hierbei ergaben sich Grenzen, welche sich im Verlaufe der Arbeiten immer deutlicher herausstellten. Es war nicht möglich, im Rückblick die inneren Beweggründe der einzelnen leitenden Stellen einwandfrei zu erfassen und darzustellen, zumal die Angaben an zahlreichen Stellen erheblich voneinander abweichen. Es war noch weniger möglich, in der Beurteilung der rein militärischen Maßnahmen zu einem einwandfreien Ergebnis zu gelangen. Hierzu fehlten zunächst dem Untersuchungsausschuß die rein fachlichen Voraussetzungen; sodann aber fehlte jede Möglichkeit zu einer Feststellung, wie eine andere Art militärischen Operierens in der Ausführung gewirkt haben würde. Endlich gingen auch die Meinungen der Ausschußmitglieder und der Sachverständigen unter-

einander in zahlreichen Fragen so weit auseinander, daß hier auf eine einheitliche Stellungnahme verzichtet werden mußte. So konnte der Unterausschuß nicht daran denken, nach irgendeiner Seite hin ein zusammenfassendes Werturteil zu fällen. Er überläßt vielmehr die endgültige Beurteilung den kommenden Geschlechtern und der Geschichtsforschung. Die gewaltigen Geschehnisse des Jahres 1918 soweit als möglich in ihren Zusammenhängen aufzuklären, die Ansichten der führend gewesenen Persönlichkeiten noch zu ihren Lebzeiten tunlichst einwandfrei klarzustellen, endlich eine sachverständige Bearbeitung des vorliegenden Materials vom heutigen Standpunkte aus herbeizuführen, das allein konnte die Aufgabe sein. Die nachfolgenden Ausführungen sollen nur die Gesamtauffassung des Unterausschusses wiedergeben, insoweit sie vorhanden ist, und auf Meinungsverschiedenheiten hinweisen, insoweit sie sich als unüberbrückbar erwiesen.

I. Die Lage im Frühjahr 1918

Um die Wende der Jahre 1917 und 1918 stellte sich die politische und militärische Lage Deutschlands folgendermaßen dar: Im Westen war seit langem die Kriegführung im Stellungskriege erstarrt; wesentliche räumliche Verschiebungen waren seit langem nicht mehr zu verzeichnen. Im Osten war durch den Niederbruch Rußlands Raum gewonnen, und es kam nur noch darauf an, die deutschen Gebiete gegen den Bolschewismus abzusperren und Nahrungsmittel mit anderen Bedarfen aus dem Lande herauszuholen. Es war durch Überführung von Kräften aus dem Osten möglich geworden, im Westen solche Kräfte zu versammeln, daß man eine Überlegenheit der deutschen Kräfte über die feindlichen an der Schlachtfront annehmen kann. Eine weitere Überlegenheit wäre zu erreichen gewesen durch größere Heranziehung österreichisch-ungarischer Streitkräfte; nach den im Osten gemachten Erfahrungen schien es aber bedenklich, eine Hilfe der Bundesgenossen zu erkaufen mit der Gefahr, ihnen einen Teil der Front zur selbständigen Verteidigung anzuvertrauen. Ein Durchbruch durch österreichisch-ungarische Stellungen konnte die Katastrophe des gesamten deutschen Feldheeres bedeuten. Wieweit es möglich gewesen wäre, durch andersartige Organisation der Nahrungsmittelbeschaffung in der Ukraine den dortigen Pferdebestand den westlichen Operationen dienstbar zu machen, erscheint ungeklärt.

Eine Frage ist es, ob es möglich gewesen wäre, im Osten einen solchen Frieden zu erzielen, daß man dort so gut wie gar keine Truppen und Mittel mehr gebraucht hätte. Die eine Ansicht geht dahin, daß Aussicht bestanden habe, schon frühzeitig zu einem wahren Ostfrieden zu gelangen, der auch die Gefahr des Bolschewismus für Deutschland vermieden hätte. Voraussetzung dazu wäre ein völliger Verzicht auf Kriegsziele über die deutschen Grenzen hinaus gewesen, also ein völlig anderer Frieden als der von Brest-Litowsk. Dem steht entgegen die andere Ansicht, welche die Besetzung weiter fruchtbarer Gebiete, namentlich der Ukraine, für unumgänglich notwendig hielt, da andernfalls nicht genügend Nahrungsmittel, auch Pferde und anderes Material, zu beschaffen ge-

wesen wäre. Dieser Ansicht wird wiederum entgegengehalten, daß man im Wege des Handels dies alles ebenfalls hätte beschaffen können.

Eine Frage ist es endlich, ob die Möglichkeit eines solchen Ostfriedens nicht bereits endgültig zunichte gemacht worden war durch die Erklärung der Selbständigkeit Polens.

Diese Meinungsverschiedenheit ist im Ausschuß bestehen geblieben. Als unstreitiges Ergebnis steht nur fest, daß im Osten gewisse Kräfte und Mittel gebunden bleiben mußten, nachdem einmal durch den Frieden von Brest-Litowsk und die Maßnahmen bezüglich der Nahrungsmittel der Weg, so wie geschehen, beschritten war.

Die entscheidende Tatsache lag in dem Erscheinen der Amerikaner auf dem europäischen Boden. Es war klar, daß man mit immer größeren amerikanischen Massen zu rechnen haben werde; ganz abgesehen von dem amerikanischen Kriegsmaterial. Je länger man also eine Offensive hinausschob, um so größer waren die feindlichen Kräfte, mit denen man zu rechnen hatte. Umgekehrt kann es keinem Zweifel unterliegen, daß die Feinde durch das Erscheinen der Amerikaner in ihrer Siegeshoffnung ungemein gestärkt werden mußten, und daß diese Siegeshoffnung mit der Zeit immer größer werden mußte. Insofern also arbeitete die Zeit für die Feinde.

Aus allen diesen Gründen erscheint der Entschluß zu einer letzten großen Offensive seitens der O.H.L. nicht allein verständlich, sondern sogar allein möglich. Die O.H.L. hatte die Aufgabe, den Krieg militärisch zu führen und nach Möglichkeit den Feind durch Niederlagen friedenswillig zu machen. Nachdem dies gegenüber Rußland und Rumänien gelungen war, und nachdem Italien durch schwere Niederlagen zum mindesten einstweilig außer Gefecht gesetzt erschien, war der Versuch, durch Zusammenfassung aller verfügbaren Kräfte den Schlag gegen die Feinde an der Westfront so zeitig zu führen, daß die amerikanische Hilfe erst schwach zur Stelle war, das militärisch Gegebene.

Eine andere Frage ist es, ob angesichts der militärischen Lage der Zeitpunkt gekommen war, in dem man den Versuch zu einem Verständigungsfrieden machen konnte. Die Offensive mußte auf beiden Seiten zu sehr großen Blutopfern führen. Sie konnte für die Franzosen außerdem mit sehr erheblichen Schäden materieller Art verbunden sein, wenn größere Städte in Mitleidenschaft gezogen wurden. Sie konnte endlich für alle Verbündeten sehr starke militärische Verluste herbeiführen, wie die fast völlige Vernichtung der 2. englischen Armee später bewiesen hat. Aus allen diesen Gründen konnte der Gedanke naheliegen, daß nicht nur Deutschland, sondern auch die Entente vielleicht einen Verständigungsfrieden der endgültigen Entscheidung durch die Waffen vorziehen werde. Gewisse Anzeichen derart scheinen vorhanden gewesen zu sein. Hierbei sind allerdings verschiedene Momente zu berücksichtigen. Auf deutscher Seite wußte man, daß niemals so gewaltige Kräfte zur Verfügung gestanden hatten wie im Frühjahr 1918. Niemals schien die Möglichkeit eines wirklichen Sieges an der Westfront derart vorgelegen zu haben wie jetzt. Damit war man zum ersten Male in der Lage, einen Verständigungsfrieden anbieten zu können, der nicht auf der Schwäche, sondern gerade auf der Stärke aufgebaut war, der also

vor der ganzen Welt nicht als Eingeständnis kommender Niederlage, sondern als ehrliche Friedensbereitschaft anerkannt werden mußte. Andererseits liegt es im Wesen des ganzen militärischen Denkens, daß die O.H.L. angesichts ihrer gewaltigen Machtmittel sich in erster Linie einstellte auf die Erkämpfung des vollen Sieges, daß sie also von sich aus nicht die Initiative ergriff zu einem Verständigungsfrieden.

Auf der feindlichen Seite mußte die Tatsache, daß die deutschen Streitkräfte zur damaligen Zeit als überlegen anzusehen waren, daß aber die amerikanische Hilfe erst langsam einsetzte, die Frage nahelegen, ob nicht ein Verständigungsfrieden den gewaltigen Opfern eines Entscheidungskampfes vorzuziehen sei. Andererseits ließ wiederum die einsetzende amerikanische Hilfe auch im Falle einer zunächst erfolgenden Niederlage den endgültigen Sieg erhoffen, wenn nur Zeit gewonnen wurde.

Es kommt aber noch ein Moment hinzu, das nicht überall genügend gewürdigt erscheint: die englische Hungerblockade. Diese konnte durch eine militärische Offensive im Westen nur dann gebrochen werden, wenn Frankreich und England so entscheidend geschlagen wurden, daß sie alsbald zu einem Frieden bereit waren. Andererseits war es wiederum die Hungerblockade, welche große Kräfte und namentlich Pferdematerial im Osten, insbesondere der Ukraine, band. Endlich war es die Hungerblockade, welche bei den Feinden zweifellos dazu beitrug, den Glauben an den endlichen Erfolg auch bei einer Niederlage gegenüber der deutschen Offensive lebendig zu erhalten und die Geneigtheit zu einem Verständigungsfrieden niederzuhalten.

Ob nun ein solcher Verständigungsfrieden vor der großen Offensive oder nach den ersten taktischen Erfolgen im März und April möglich gewesen wäre' bleibt eine offene Frage, und die Ansichten sowohl des Ausschusses wie der Sachverständigen gehen hier auseinander. Hinsichtlich des durch den Oberst v. Haeften unternommenen Versuches wird auf die Verhandlungen des 2. Unterausschusses des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses verwiesen. Hier bleibt nur die Tatsache zu verzeichnen, daß von seiten der deutschen Reichsregierung im Zusammenhang mit der Offensive ein dahingehender Versuch nicht unternommen worden ist, und es ist zu versuchen, die Gründe für diese Tatsache nach Möglichkeit zu erfassen.

II. Militärische und politische Leitung

Kriegführung bedeutet den Versuch, die Politik mit anderen Mitteln fortzusetzen, den Feind mit Gewalt geneigt zu machen, das zuzugestehen, was er freiwillig nicht zugestehen wollte. Zwei Gedanken also gehen nebeneinander her: der eine, den Feind militärisch niederzuwerfen, der andere, das Ziel zu erreichen, um das der Krieg überhaupt geführt wird. Der erste ist der militärische, der zweite der politische Gedanke des Krieges. Der erste Gedanke war im Weltkrieg auf beiden Seiten klar: es konnte sich nur um eine völlige Niederwerfung des Feindes handeln, nicht um eine Ermattung oder um ein bloßes Manövrieren; das war auch der Plan des Feldmarschalls Graf Schlieffen

gewesen, und das hatte der Feldmarschall v. Hindenburg den Russen gegenüber im Enderfolge durchgeführt. Der andere Gedanke ist im Weltkrieg auf seiten Deutschlands niemals klar gewesen. Bei einer Richtung ist der Gedanke des reinen Verteidigungskrieges niemals aufgegeben worden; hier hat daher immer grundsätzliche Bereitwilligkeit zu einem Verständigungsfrieden bestanden. Bei einer anderen Richtung bestand die Meinung, für die ungeheuren Opfer des Krieges müsse ein Ausgleich geschaffen werden durch positive Erfolge und eine Erweiterung der Machtstellung Deutschlands. Zwischen diesen beiden Auffassungen stand die dritte, welche je nach der Lage ihre Ziele enger und weiter stecken zu können glaubte. Eine einheitliche Auffassung in bezug auf die Kriegsziele hat niemals bestanden, und so erklärt sich die Tatsache, daß es keine einheitliche deutsche Politik gab, deren Fortsetzung mit den Mitteln des Krieges erstrebt wurde. So erklärt sich aber auch die Tatsache, daß im Zusammenhange mit der großen Offensive ein Verständigungsfrieden nicht angestrebt worden ist.

Oberster Leiter der militärischen und politischen Operationen war der Kaiser. Er war als oberster Kriegsherr der Vorgesetzte aller militärischen Stellen. Auch der Chef des Generalstabes des Feldheeres wurde nicht nur von ihm ernannt, sondern war ihm untergeben; er war zwar der verantwortliche Berater des Kaisers, aber nach außen hin war der Befehl des Kaisers das Entscheidende. Andererseits war der Kaiser aber auch derjenige, welcher den Reichskanzler ernannte. Auch dieser war dem Kaiser untergeben, solange er bereit war, die Verantwortung zu tragen. Zwischen der Verantwortlichkeit des Chefs des Generalstabes des Feldheeres und der Verantwortlichkeit des Reichskanzlers bestand aber ein weitreichender Unterschied. Die erstere bestand nur gegenüber den Tatsachen und dem Urteil der Weltgeschichte, die letztere war darüber hinaus verankert in der Beziehung zum Reichstag und zum Bundesrate. Allerdings war der Reichskanzler dem Reichstage nicht in der Weise verantwortlich, daß er vom Vertrauen des Reichstags abhängig war. Seine Verantwortlichkeit bestand aber darin, daß er dem Reichstage Rede zu stehen und seine Kritik entgegenzunehmen hatte. Dem Bundesrate war er den Tatsachen nach in derselben Weise verantwortlich, obwohl die verfassungsrechtliche Konstruktion eine andere war. Dem Reichstage gegenüber lag seine Gebundenheit dadurch fest, daß er zu den wichtigsten Maßnahmen die Zustimmung des Reichstags nicht entbehren konnte; dies galt in erster Linie für die Bewilligung der Kriegskredite und für die Genehmigung eines abgeschlossenen Friedensvertrages. Der Reichstag war in der Lage, seinem Willen dadurch Nachdruck zu verleihen, daß er die Bewilligungen von Kriegskrediten an Bedingungen knüpfte, und auch dadurch, daß er erklärte, welche Friedensbedingungen seine Genehmigung finden würden und welche nicht. Der Bundesrat war im wesentlichen zu denselben Mitteln befähigt. Während also der Kaiser in bezug auf die militärischen Operationen formell nach freiem Ermessen entscheiden konnte, war er in bezug auf die politischen Operationen gebunden an die verantwortliche Mitwirkung des Reichskanzlers und damit in letzter Linie an eine etwaige Willenserklärung des Reichstags.

Es besteht kein Zweifel darüber, daß eine festbestimmte Willenserklärung des Reichstages im Frühjahr 1918 nicht vorgelegen hat. Zwar hatte der Reichstag am 19. Juli 1917 seine Friedensresolution gefaßt, aber diese war durch den Frieden von Brest-Litowsk, welcher im Reichstag mit übergroßer Mehrheit angenommen war, überholt und nicht mehr von Bedeutung. Im Volke gingen allerdings die Meinungen erheblich auseinander und die Gegensätze in bezug auf die Friedensziele stellten sich immer stärker heraus. Im Reichstag waren diese Gegensätze ebenfalls vorhanden, aber wechselnde Mehrheiten ließen keine einheitliche Stellungnahme zustande kommen. So hat im Frühjahr 1918 der Reichskanzler seine Entschlüsse fassen können, ohne nach unten hin durch eine feste Haltung des Reichstages gebunden zu sein. Die Stelle, mit der er ernstlich zu rechnen hatte, war nicht die Volksvertretung, sondern die O.H.L.

Die O.H.L. bestand im Frühjahr 1918 aus dem Feldmarschall v. Hindenburg als dem Chef des Generalstabes des Feldheeres und dem General Ludendorff als Erstem Generalquartiermeister, sowie ihren Mitarbeitern im Stabe. Der Kaiser als Person war fast völlig zurückgetreten und als der wahre Oberbefehlshaber des deutschen Heeres erscheint der Feldmarschall v. Hindenburg. Er ist auch derjenige gewesen, der nicht nur durch seine Persönlichkeit nach außen hin die ganze deutsche Heeresmacht einheitlich zusammenfaßte, sondern der auch in letzter Linie die endgültigen Entscheidungen traf. Neben ihm stellte General Ludendorff die eigentliche Arbeitskraft; es war ihm auch bei seiner Ernennung volle Mitverantwortlichkeit zugesichert worden. Durch seine große Leistungsfähigkeit erschien er nach außen hin stark hervortretend, und nicht nur im deutschen Volke, sondern auch bei den Feinden wurde bei ihm mehr und mehr die Quelle für die Entschließungen gesucht. Formell ist er niemals mehr gewesen als der erste Berater des Feldmarschalls, der selbst wieder der Berater des Kaisers war. Wo im einzelnen Falle die Quelle für eine Entschließung lag, ist nicht mehr festzustellen.

In bezug auf die Kriegsziele hat die O.H.L. offenbar bis in den späten Juli hinein daran festgehalten, daß Deutschland Entschädigungen für seine Kriegsopfer erhalten müsse. Im Osten war dies im Frieden von Brest-Litowsk bereits festgelegt worden; im Westen hielt die O.H.L. eine gewisse Angliederung Belgiens für notwendig. Eine bedingungslose Herausgabe Belgiens ist zur Zeit der großen Offensive von der O.H.L. nicht gutgeheißen worden; wenn deshalb der Reichskanzler auf dieser Grundlage versuchen wollte, zu einem Verständigungsfrieden zu kommen, mußte er sich in Gegensatz stellen zur O.H.L. Es ergibt sich aber, daß ein innerer Gegensatz zwischen dem Reichskanzler Grafen v. Hertling und der O.H.L. in bezug auf Belgien damals nicht bestand. Auch der Reichskanzler wollte Belgien nicht herausgeben; er wollte es zunächst als Faustpfand benutzen, sodann aber auch soweit unter deutschen Einfluß bringen, daß es zum mindesten dem Einfluß der Feinde entzogen war.

Daß ein Verständigungsfrieden unmöglich war, solange Deutschland nicht zur bedingungslosen Herausgabe Belgiens bereit war, kann als feststehend angenommen werden. Daß ferner die O.H.L. vor der großen Offensive noch weitgehende Kriegsziele vertrat, erscheint durchaus erklärlich aus dem militärischen

Denken heraus. Daß aber die politische Leitung, insbesondere der Reichskanzler, damals noch solche Kriegsziele vertrat, erscheint als eine Tatsache, die auf verschiedene Ursachen zurückzuführen ist. Er ist von der militärischen Seite in der Weise beeinflußt worden, daß ihm die Aussichten des Sieges als gute hingestellt wurden. Ob dabei die O.H.L. auch den Bedenken und Besorgnissen, die bestehen mußten, immer genügenden Ausdruck gegeben hat, bleibt eine offene Frage, die sehr verschieden beurteilt wird. Festzustellen ist nur, daß die politische Leitung die militärische Lage noch im Juli als hoffnungsvoll ansah auf Grund ihrer Informationen. So scheint es zweifelsfrei, daß der Reichskanzler Graf v. Hertling in seiner Haltung wesentlich beeinflußt worden ist durch die O.H.L. Andererseits fehlte eine tatkräftige Beeinflussung durch den Reichstag fast völlig. Der Reichstag hat allerdings die Fragen der inneren Politik, insbesondere des parlamentarischen Regimentes und des Wahlrechts damals angeschnitten und eingehend behandelt; er hat aber zu den Fragen der auswärtigen Politik eine entschiedene Stellung nicht eingenommen. Von den beiden Faktoren, welche auf die politische Reichsleitung einwirkten, war also die O.H.L. die weitaus stärkere und von hier aus sind demnach im Erfolge die Geschicke des Reiches bestimmt worden. Die Kriegführung war nicht mehr Fortsetzung einer bestimmten Politik mit anderen Mitteln, sondern sie war auf sich selbst gestellt. Man sah keine Politik, welcher die Kriegführung allein zu dienen hatte; man sah nur, daß die politische Leitung sich der militärischen äußerlich unterordnete. Ohne allen Zweifel ist diese Untätigkeit der politischen Reichsleitung damals in weiten Kreisen des deutschen Volkes nicht gutgeheißen worden; es versagte aber das verfassungsmäßige Organ, das berufen war, den Willen des Volkes der Reichsleitung gegenüber zu vertreten. So ist es gekommen, daß die große Offensive unternommen wurde von rein militärischen Gesichtspunkten aus, ohne daß ihre Vorbereitung und ihre ersten Erfolge politisch ausgewertet wurden. Die politische Leitung des Reiches unternahm keinen Versuch, einen Verständigungsfrieden zu jenem Zeitpunkte anzubahnen; der Reichstag hat es unterlassen, die Reichsregierung auf diesen Weg zu zwingen; die O.H.L. fühlte sich weder berufen noch geneigt, von sich aus die Initiative zu ergreifen für einen Verständigungsfrieden; sie sah ihre Aufgabe ganz einfach in der militärischen Niederwerfung des Feindes.

III. Die Offensive

Die Offensive des Frühjahrs 1918 war eine militärische Aktion allergrößten Stiles, bei welcher die verschiedensten Gesichtspunkte sich geltend machten. Hier waren der Beurteilung durch den Untersuchungsausschuß daher auch engere Grenzen gezogen als bei den politischen Ereignissen. Es war nicht möglich, in diesen militärischen Fragen zu einem einheitlichen und abschließenden Urteil zu gelangen; der Untersuchungsausschuß hat dies aber auch nicht als seine Aufgabe angesehen. Er hat vielmehr in den Herren General d. Inf. v. Kuhl, Oberst a. D. Schwertfeger und Geheimrat Prof. Dr. Hans Delbrück sachverständige Bearbeiter bestellt, welche nach bestem Wissen und Gewissen

die ganzen Ereignisse dargestellt und beurteilt haben. Der Ausschuß kann nur auf diese Gutachten verweisen und sich selbst auf die Feststellungen beschränken, welche sich als Ergebnis der ganzen Verhandlungen ohne stärkeren Widerspruch ergaben. Die Offensive war sowohl nach der militärischen wie nach der technischen Seite hin nach aller Möglichkeit vorbereitet worden. Es waren alle Kräfte an der Westfront vereint, welche irgendwie für den großen Zweck freizumachen waren. In der Heimat waren alle Abkömmlichen nach Möglichkeit zum Feldheere eingezogen und aus dem Osten waren ebenfalls alle entbehrlichen Kräfte in den Westen überführt worden.

Die Beschaffung des Materials war nach aller Möglichkeit betrieben worden. Mangel an Munition war nicht entscheidend für den Ausgang der Offensive. Geschütze, insbesondere schwere, waren ebenfalls in genügender Zahl vorhanden. Schwierig war nur die Lage in bezug auf die Mittel zur Fortbewegung. Das Pferdematerial war zu gering an Zahl und zu schwach an Leistungsfähigkeit; hier machte sich die Bindung der Kräfte im Osten am stärksten bemerkbar.

Wesentlich war der Mangel an Tanks. Die große Bedeutung dieser Waffe hat sich erst herausgestellt, als die Feinde über eine große Anzahl verfügten und die deutschen Linien damit angriffen. Es war nicht sowohl die rein technische, als vielmehr die psychologische Wirkung, welche die Tanks gefährlich erscheinen ließ. Wieweit es möglich gewesen wäre, durch Umstellung der deutschen Industrie auf diesem Gebiete den Feinden nachzukommen, ist heute nicht mehr zu sagen. Da bereits rund 2 Millionen Arbeiter für das Kriegsmaterial, insbesondere die Munition beschäftigt waren, unter ihnen 1 Million Kriegsbrauchbare, hätte man entweder weitere Kriegsbrauchbare für diesen Zweck abgeben oder die Munitionsbeschaffung einschränken müssen.

Die Stimmung und Haltung der Truppe vor und bei der Offensive entsprach völlig dem Geiste des deutschen Heeres und kann abschließend dahin beurteilt werden, daß sie die uneingeschränkte Bewunderung der Nachwelt verdient.

Die strategische Vorbereitung der Offensive entzieht sich demgegenüber völlig der Beurteilung des Ausschusses, weil hier lediglich eine fachmännische Beurteilung in Frage kommen kann, auch diese aber offensichtlich verschiedene Ergebnisse zuläßt. Der Ausschuß konnte sich nur auf die Feststellung beschränken, daß falsche Maßnahmen offensichtlich nicht erkennbar sind, und daß irgendwelche Pflichtversäumnisse der O.H.L. sich nirgends herausgestellt haben. Der Ausschuß war sich sogar einig, daß die militärische Vorbereitung der Offensive durch die O.H.L. deren Leistungsfähigkeit nur bewundern läßt.

Äußerlich läßt sich sagen, daß die Offensive den Versuch darstellte, den Feind endgültig zu schlagen, nicht nur ihn durch Niederlagen zu einem Verständigungsfrieden geneigt zu machen. Hierbei sind aber neben diesem Endziele maßgebend gewesen strategische und taktische Rücksichten in bezug auf die Art des Angriffs; es war nicht möglich, lediglich mit Rücksicht auf das Endziel den Ort des Angriffs zu wählen. Daß der Michael-Angriff dem St.-Georg-Angriff vorgezogen wurde, erklärt sich nur aus solchen militärischen Erwägungen heraus. Es fiel auch ins Gewicht, daß man mit dem St.-Georg-

Angriff bis zur fortgeschrittenen Jahreszeit hätte warten müssen, was wegen der immer stärker werdenden Amerikaner nicht ratsam erschien.

Wenn das Endziel der Offensive nicht erreicht wurde, ist der Grund nur darin zu suchen, daß die deutschen Kräfte schließlich nicht mehr ausreichten. Es fehlten die Mittel zu schnellerer Beweglichkeit, insbesondere Pferde. Der Kräftezustand der Truppe war auch nicht mehr derart, daß die zur Erreichung des Zieles erforderlichen ungeheuerlichen Anstrengungen hätten geleistet werden können. Vorwürfe, welche für den Ausgang der Offensive entscheidend sein würden, können gegen die Truppe nicht erhoben werden; dies bezieht sich insbesondere auf den behaupteten Aufenthalt bei Proviantlagern.

Das Moment der Überraschung des Feindes kann nach den heutigen Kenntnissen nicht mehr als entscheidend angesehen werden; der Feind scheint Ort und Zeit des Angriffs gekannt zu haben. Die ersten Erfolge sind vielmehr zurückzuführen auf die mangelhafte Aufstellung und Verteilung von Reserven, welche an der Stelle des Durchbruchs nicht schnell genug zur Verfügung standen. Umgekehrt ist das schließliche Ende der Offensive zurückzuführen auf die Tatsache, daß der Feind diesen Mangel erkannte und durch Schaffung einer einheitlichen Reservearmee unter General Foch hier zu dem Gegenmittel griff, das dem deutschen Heere den endgültigen Erfolg raubte.

Es ist die Frage, zu welchem Zeitpunkte die O.H.L. den Mißerfolg der Offensive und damit die Gefahr des Zusammenbruchs erkannte. Noch im Juli hat sie offensichtlich an einen Erfolg der deutschen Waffen geglaubt und in diesem Sinne auch den Kaiser und den Reichskanzler informiert. Ob sie damit richtig gehandelt hat, ist eine Frage, die vermutlich niemals geklärt werden wird. Es erscheint vollkommen verständlich, daß ein Feldherr selbst an den Sieg glaubt, denn andernfalls könnte er seines Amtes überhaupt nicht walten. Andererseits erscheint es ebenso verständlich, daß eine politische Reichsleitung sich auf die Beurteilung der Lage durch die obersten Militärs verläßt. Die offene Bekanntgabe militärischer Besorgnisse hätte zweifellos die noch vorhandenen Möglichkeiten des Sieges im Heere und in der Heimat ertötet. Es ist auch kein Beweis dafür vorhanden, daß die O.H.L. bis zum August ernstliche Besorgnisse gehabt hat. Es hat sich später als ein Mangel herausgestellt, daß rückwärtige Stellungen an der Maas nicht ausgebaut waren. Es bleibt aber die Frage offen, wie solche Maßnahme auf die Stimmung des deutschen Heeres und den Siegeswillen der Feinde gewirkt haben würde, wenn sie unternommen worden wäre zu der Zeit, als die deutschen Truppen zur entscheidenden Offensive antraten.

Nach dem 8. August hat die O.H.L. sich offensichtlich keinem Zweifel über den Ausgang des Krieges mehr hingegeben. Sie hat aber immer noch den „strategischen Abwehrsieg“ als möglich bezeichnet und insofern den Glauben an einen guten Ausgang des Krieges aufrechterhalten; in diesem Sinne informierte sie sowohl die politische Reichsleitung wie die Presse. Am 29. September war sie aber auf dem Punkte angekommen, daß sie nur noch in einem Waffenstillstand eine Rettungsmöglichkeit erblickte. Daß dieser plötzliche Umschwung nach außen und innen katastrophal gewirkt hat, kann nur als Tatsache be-

zeichnet werden. Welche Folgen aber die frühere Bekanntgabe der gefährlichen Lage gehabt haben würde, ist heute im Rückblick jedenfalls nicht mehr einwandfrei festzustellen.

IV. Der Zusammenbruch

Die Friedensversuche, welche der Staatssekretär v. Hintze von Mitte August 1918 ab unternahm, standen bereits im Zeichen der militärischen Ereignisse. Es ist von seiten der politischen Leitung des Reichs damals alles geschehen, was möglich war; die offenkundige militärische Niederlage ließ den Siegeswillen der Feinde stärker werden als je und machte alle deutschen Bestrebungen nach einer Verständigung zunichte. Auch die jetzt völlig klaren Zusagen des Reichskanzlers in bezug auf bedingungslose Räumung Belgiens machten keinen Eindruck mehr. Die offenbare Aussichtslosigkeit weiteren deutschen Ringens um den Sieg war entscheidend für alle Verhandlungen dieser Zeit. Auch das Fehlen rückwärtiger Stellungen, an denen das deutsche Heer einen Halt hätte finden können, fiel in diesem Zusammenhange ins Gewicht.

In dem Maße, wie dann die deutsche Lage gefährlicher wurde, schwanden auch alle weiteren Möglichkeiten eines erträglichen Friedens. Das Anerbieten, die 14 Punkte Wilsons anzunehmen, hatte keine Wirkung mehr angesichts der Tatsache, daß der General Ludendorff am 29. September die militärische Niederlage Deutschlands offenkundig machte.

Es kam hinzu, daß der Zusammenbruch zuerst der Bulgaren, dann der österreichisch-ungarischen Monarchie den nachfolgenden Zusammenbruch Deutschlands als sicher erscheinen ließ, und so endete der Weltkrieg militärisch mit dem Abkommen im Walde von Compiègne.

Bei diesen letzten Ereignissen erschien es unmöglich, zur Frage eines Verschuldens eine einwandfreie Lösung zu finden. Die O.H.L. hat gekämpft bis zu dem Augenblicke, in dem der Sieg endgültig für sie verloren schien. Die politische Reichsleitung hat der O.H.L. vertraut ebenfalls bis zu diesem Augenblicke. Das Heer hat trotz aller Anzeichen beginnender Zersetzung ruhmvoll gefochten bis zum letzten Augenblick. Die Heimat hat zum Teil die Siegeshoffnung bewahrt bis zum Zusammenbruch, zum Teil hat sie schon vorher den Krieg für verloren gehalten und ihre innerpolitischen Folgerungen daraus gezogen. Die Frage des „Dolchstoßes“ und seiner Bedeutung ist jedoch in diesem Rahmen nicht mit zu behandeln. Es genügt hier die Feststellung, daß die innere Zersetzung der Heimat mit dem militärischen Zusammenbruch Hand in Hand ging.

Die einzige Frage, welche den Ausschuß in bezug auf den letzten endgültigen Zusammenbruch beschäftigen konnte, war die, ob er zu vermeiden gewesen wäre durch anderes Verhalten der militärischen oder der politischen Stellen. Hier war aber eine einheitliche Stellungnahme nicht zu erreichen, denn hier entscheiden weniger bestimmte Tatsachen, als die ganzen politischen Anschauungen.

Hätte die Heeresleitung frühzeitig der politischen Reichsleitung Zweifel an

einem günstigen Ausgang des Krieges geäußert, so kann angenommen werden, daß die letztere alsbald Versuche zu einem Friedensschluß auch unter wenig günstigen Bedingungen gemacht hätte. Hätte aber die O.H.L. so gehandelt, so wäre nicht nur in der Reichsleitung, sondern auch im deutschen Volke der zum Erfolge schlechterdings notwendige Willen zum Sieg gebrochen worden. Es ergeben sich aber auch keine Beweise dafür, daß die O.H.L. zu Anfang des Jahres 1918 ernstlich an einem Siege zweifelte. Man mag dies zurückführen auf eine Überschätzung der eigenen militärischen Fähigkeiten oder auf eine Unterschätzung der Not in der Heimat und der Erschöpfung der Truppe; Tatsache ist es, daß die O.H.L. noch völlig eingestellt war auf den Gedanken des Sieges.

In derselben Lage befand sich in letzter Linie auch der Reichstag. Er war in seiner großen Mehrheit zweifellos eingestellt auf den Gedanken eines Verständigungsfriedens ohne Annexionen und Entschädigungen. Wenn es aber diesen Gedanken offen in den Vordergrund stellte, sah er im Erfolge nur ein stärkeres Aufflammen des Siegeswillens bei den Feinden. So hat der Reichstag sein Verhalten in letzter Linie ebenso wie die Reichsregierung den militärischen Geschehnissen angepaßt. Die Friedensresolution wurde gefaßt in einer Zeit der Sorge um die militärischen Erfolge; der Frieden von Brest-Litowsk wurde genehmigt in einer Zeit, als die Sonne des Sieges wieder durchzubrechen schien. Das große Versäumnis des Reichstags besteht darin, daß er im Frühjahr 1918, als die gewaltigen Vorbereitungen zur Offensive jeden Verdacht der Schwäche ausschlossen, nichts unternommen hat, um die Reichsleitung zum Versuche eines Verständigungsfriedens zu nötigen. Die O.H.L. erwies sich als stärker als die Reichsregierung nur deshalb, weil sie mit festerem Willen auftrat. Gegenüber einer festbestimmten Willensäußerung des Reichstags wäre die Reichsregierung zum Handeln gezwungen gewesen, ohne daß die O.H.L. ein Mittel gehabt hätte, sie zu hindern. Statt dessen hat der Reichstag seine ganze Arbeitskraft verwendet zur Vorbereitung der Verfassungsänderung und zur Erlangung des allgemeinen gleichen Wahlrechts für Preußen. Er hat damit die inneren Geschehnisse nach dem Zusammenbruch schon im voraus bearbeitet, ohne zur brennenden Frage der auswärtigen Politik Stellung zu nehmen. Die Reichsregierung nahm an allen diesen Arbeiten regen Anteil und verließ sich in bezug auf die Kriegslage auf die O.H.L.

Der Kaiser war bei den ganzen Geschehnissen so gut wie ausgeschaltet. Er hat im ganzen Kriege persönlich äußerste Zurückhaltung geübt und niemand wird ihm eigenmächtige Handlungen nachweisen können. Er hat auch zu Anfang versucht, die ihm verfassungsmäßig obliegende wichtigste Funktion auszuüben, nämlich die Vermittlung und Entscheidung zwischen militärischer und politischer Führung. Seine verfassungsrechtliche Stellung trat aber mehr und mehr zurück hinter der tatsächlichen Stellung, welche Feldmarschall v. Hindenburg vom deutschen Volke zugewiesen erhielt. Der Feldherr, dessen Fähigkeiten den deutschen Osten vor der Überflutung durch die Russen gerettet hatten, dessen Gestalt in schwersten Tagen auch im Westen der innere Halt für das ganze Heer gewesen war, trat derart in den Vordergrund, daß

er den eigentlichen Führer Deutschlands darstellte. Bei ihm lag daher auch schließlich die Entscheidung über die Auswahl der führenden Persönlichkeiten, welche an sich die Sache des Kaisers war. General Ludendorff wurde von der Autorität des Feldmarschalls gedeckt und hier liegt im wesentlichen die Quelle seines großen Einflusses; es ist heute nicht mehr zu entscheiden, welcher von beiden Männern in jedem Einzelfalle der entscheidende war. Solange sie zusammenwirkten, war ihnen gegenüber jeder ernstliche Widerstand unmöglich. Schon im Jahre 1917 mußte der Reichskanzler v. Bethmann-Hollweg abgehen, weil die beiden Feldherren sich außerstande erklärten, noch mit ihm zusammen zu arbeiten. Im Juli 1918 mußte der Staatssekretär v. Kühlmann abgehen aus demselben Grunde. Der Kaiser hatte schlechterdings keine Wahl mehr, denn eine Entlassung des Feldmarschalls v. Hindenburg war für ihn eine völlige Unmöglichkeit. Von einem Feldherrn aber, an dessen Ruhe und Zuversicht das deutsche Volk sich in Stunden der Gefahr immer wieder aufgerichtet hatte, konnte man unmöglich erwarten, daß er das Eingeständnis der kommenden Niederlage machte, solange er selbst noch irgendwelche Hoffnung hegte.

So vollendete sich Deutschlands Geschick, und es kann nicht die Aufgabe eines Untersuchungsausschusses sein, gegenüber diesen gewaltigen Geschehnissen einzelne Ereignisse oder Persönlichkeiten als die allein entscheidenden hinzustellen. Die eingehenden Vernehmungen und Untersuchungen, zusammen mit den Arbeiten der Sachverständigen, haben ein wesentlich geklärtes Bild der Entwicklung von 1918 gegeben. Der Ausschuß übergibt dieses Material den kommenden Geschlechtern der Welt in dem festen Vertrauen, daß Deutschland in der späteren Beurteilung die Würdigung und Wertschätzung finden wird, die ihm zukommt. Besser, als wir es heute übersehen können, wird die Nachwelt wissen, gegen welche ungeheuerliche Übermacht Deutschland schließlich zu kämpfen hatte. Die Tatsache, daß die Deutschen überhaupt noch im Jahre 1918 an eine entscheidende Offensive denken konnten, wird deutlicher reden als alle Einzelheiten. Man wird aber auch erkennen, welche ungeheuren Entbehrungen die heimatliche Bevölkerung zu ertragen hatte und man wird auch ihre Leiden besser würdigen als bisher. Dadurch wird man auch die inneren Geschehnisse in Deutschland verstehen lernen und als Teil des großen Schicksals erkennen. Die große Offensive von 1918 war der letzte gewaltige Versuch, dieses Schicksal abzuwenden; es ist nicht gelungen, weil auch die deutsche Kraft schließlich ihre Grenzen fand. Der Ruhm des deutschen Volkes in Waffen wird leben, solange es eine Weltgeschichte gibt.

Abg. *Eichhorn:* Auf der Basis dieses Berichtes können wir zu keinem Beschluß kommen. Das ist ein neues Gutachten, das ist eine ganze Denkschrift mit einer Menge von Urteilen. Es kann meiner Auffassung nach nicht Aufgabe des Untersuchungsausschusses sein, eine Menge von Urteilen zusammenzutragen, über die sich doch nie Einmütigkeit ergeben wird. Ich denke mir die Sache so, daß wir also etwa im Anfang der Entschließung sagen: Der Ausschuß stellt folgendes fest: ... Dann würden die Feststellungen kommen, bei denen Einmütigkeit herrscht. Wo keine Einmütigkeit erzielt wird, muß die Frage offen bleiben. Mehrheitsbeschlüsse scheinen mir in dieser Sache sehr

mißlich. Da müßte man dann auch wieder die Ansicht der Minderheit mitteilen.

Vorsitzender Abg. Dr. *Philipp:* Die Aufgabe des Ausschusses ist es, Tatsachen festzustellen, die unter Umständen die Grundlage für ein Schuldurteil bilden können. Das war der eigentliche Zweck dieses Ausschusses, als er seinerzeit eingesetzt wurde. Der Ausschuß sollte ursprünglich Tatsachen feststellen, auf deren Grundlage eine Anklage bei einem Staatsgerichtshof erfolgen könnte. Im Laufe der Zeit hat sich allerdings die Zielsetzung geändert.

Wir können heute zwei Wege einschlagen. Entweder wir behandeln den Bericht des Herrn Dr. Dr. Bredt wie früher die Vorschläge von Dr. Deermann: die einzelnen Mitglieder oder Gruppen von Mitgliedern würden dann dazu Stellung nehmen müssen und wir lassen es dabei bewenden, oder wir suchen eine Reihe von Tatsachen auszusondern, bei denen wir dieselbe Auffassung haben, und stellen dann fest, in welchen Punkten sich unsere Wege trennen. Es würden sich schließlich eine Reihe von Fragen ergeben, bei denen die allgemeine Auffassung besteht: Wir kommen zu keinem Ergebnis.

Abg. *Schnabrich:* Ich wundere mich, daß die Untersuchung sich lediglich auf die Gründe des Zusammenbruchs aus dem Jahre 1918 erstreckt und lediglich auf Aussagen der politischen Leitung und der Heeresleitung. Ich kann mich mit den Grundzügen nicht eher einverstanden erklären, als ich nicht weiß, was die O.H.L. überhaupt gewollt hat. Darüber schwebt das Dunkel. Sie hat im Jahre 1917 den großen Rückzug gemacht und die Siegfried-Stellung ausgebaut. Auch der einfache Soldat hatte den Eindruck, daß es geschah, um für das Jahr 1918 eine Offensive vorzubereiten. Dieser Punkt fehlt in der ganzen Untersuchung.

Ich frage weiter, warum die Untersuchung sich nicht weiter zurückerstreckt. Die O.H.L. mußte sich von vornherein sagen, daß man, wenn man einen entscheidenden Erfolg herbeiführen wollte, zuerst die Länder niederzwingen mußte, die eine technische Vollkommenheit in der Kriegführung hatten. Wir als einfache Soldaten haben uns gewundert, daß man uns von 1915 bis 1918 im Westen hat eingegraben liegen lassen, um im Osten bis Warschau und weiter vorzudringen, anstatt sich mit bloßem Grenzschutz zu begnügen. Es ist die Schuld der deutschen Heeresleitung und die Ursache des Zusammenbruchs im Jahre 1918, daß man im Westen eine Vorbereitung der Gegner mit einer vollkommeneren Technik bis zum letzten Punkte zuließ. Die Offensive im Frühjahr 1918 kann nur als der letzte Verzweiflungsakt der O.H.L. gewertet werden. Man kann die Ursache nicht, wie es Dr. Schmidt in seinem Buche tut, auf Schnaps und alles mögliche zurückführen.

Wenn man 1917 bei dem Rückzug auf die Siegfried-Stellung schon die Absicht hatte, 1918 eine Offensive zu machen, so ist es absolut unverständlich, weshalb man die erforderlichen Vorbereitungen für diese Offensive unterließ. Wer Frontsoldat war, weiß, daß die Behauptung, der Angriff 1918 sei gut vorbereitet gewesen, nicht zutrifft, weiß, daß dort, wo die erste und zweite Linie abgekämpft waren, keinerlei Reserven zur Verfügung standen. Jeder

von uns hat sich gefragt, ob denn die O.H.L. von allen guten Geistern verlassen sei; man brauchte gar nicht General zu sein.

Deshalb kann ich mich mit der Art, wie die Sache hier aufgezogen ist, nicht einverstanden erklären. Der Ausgang der Niederlage liegt früher, und die O.H.L. kann 1918 die Möglichkeit eines Sieges nicht mehr angenommen haben. Das muß in diesem Gutachten der Nachwelt gegenüber zum Ausdruck kommen.

Vorsitzender Abg. Dr. *Philipp:* Der Ausschuß ist 1919 zur Untersuchung gewisser militärischer und wirtschaftlicher Maßnahmen in den besetzten Gebieten eingesetzt worden. Dann hat man die Tätigkeit räumlich auf Belgien beschränkt, das übrige besetzte Gebiet sollte der 3. Unterausschuß behandeln. Als sich das als nicht durchführbar erwies, sind alle völkerrechtlichen Fragen im Arbeitsgebiet beider Unterausschüsse dem 3. Unterausschuß überwiesen worden, und es blieben für den 4. Unterausschuß nur die militärischen Maßnahmen im besetzten Gebiet. Schließlich setzte auf Anregung des damaligen Abg. Katzenstein der Ausschuß die Aufgabe fest, nur die letzten 6 Monate des Krieges zu untersuchen. Der jetzt bestehende Rahmen unserer Untersuchung ist lediglich die Folge dessen, was wir in den letzten 6 Jahren gemacht haben. Wir können unseren Arbeitsplan nicht mehr umstoßen.

Abg. *Graf v. d. Schulenburg:* Wollten wir dem Gedankengang des Herrn Schnabrich folgen, so müßten wir eine militärische Nachforschung des ganzen Krieges anstellen, ob die Entschlüsse der O.H.L. von Anfang bis zu Ende richtig oder falsch waren. Gewiß ist die erste Ursache des Zusammenbruchs im Jahre 1918 gewesen, daß wir im Herbst 1914 den stärksten Gegner nicht besiegt haben. Das weiß die Welt und das ganze deutsche Volk. Wollten wir aber so verfahren, so kämen wir überhaupt zu keinem Ergebnis. Es handelt sich um militärische, strategische Urteile, zu denen wir sicherlich nicht befähigt sind. Ich kann aber versichern, daß in der ernsten Lage, in der sich das deutsche Westheer im Frühjahr 1917 der gewaltigen Überlegenheit der Engländer und Franzosen gegenüber befand, kein Mensch an die Möglichkeit einer Offensive im Jahre 1918 gedacht hat. Damals war der Abschluß eines Friedens mit Rußland auch noch in weiter Ferne. Die Möglichkeit einer Offensive 1918 ist erst entstanden, nachdem der Friede im Osten abgeschlossen und Kräfte freigeworden waren.

Auch mir erscheint der Bericht des Herrn Dr. Dr. Bredt zu eingehend. Er fällt militärische Urteile, über die man anderer Ansicht sein kann. Ich glaube, daß wir uns in unserer Entschließung von solchen Einzelheiten freihalten müssen, weil wir sie nicht übersehen können.

Der Berichterstatter Abg. Dr. Dr. *Bredt* erklärt sich bereit, den Inhalt seiner Ausführungen in Thesenform zu bringen.

Diese Thesen sollen in der nächsten Sitzung entgegengenommen werden.

Sitzung, Mittwoch, den 1. April 1925

Aussprache über den Entwurf einer Entschließung des Berichterstatters Abg. Dr. Dr. Bredt zur Frage des militärischen Zusammenbruchs im Jahre 1918

Vorsitzender Abg. Dr. *Philipp* schlägt vor, die von Herrn Abg. Dr. Bredt eingereichten Thesen unverbindlich durchzusprechen, damit die Mitglieder des Ausschusses bis zur nächsten Sitzung, die wahrscheinlich Anfang Mai stattfinden werde, Abänderungsvorschläge machen können.

Abg. Dr. *Quessel* hält die Zusammenstellung des Berichterstatters für sehr verdienstvoll; sie könne die Grundlage für die Diskussion bilden. Gegen einzelne Punkte würden zweifellos erhebliche Bedenken geäußert werden. Es empfehle sich, von einer Generaldebatte abzusehen und nur zu bestimmten Punkten Bedenken vorzutragen.

Der Ausschuß wendet sich darauf zu den Thesen des Berichterstatters.

Ziffer 1 — Einleitung —

Vorschlag des Berichterstatters Abg. Dr. Dr. Bredt:	Vorschlag des Geschäftsführers Dr. Fischer:
Einleitung	*Einleitung*
1. Der 4. Unterausschuß des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses hat seine Aufgabe darin gesehen, nach Möglichkeit die Tatsachen aufzuklären, welche als Ursachen des militärischen Zusammenbruchs im Jahre 1918 angesehen werden können. Hierbei ergaben sich Grenzen, welche sich im Verlaufe der Arbeiten immer deutlicher herausstellten. Es war nicht möglich, im Rückblick die inneren Beweggründe der einzelnen leitenden Stellen einwandfrei zu erfassen und darzustellen, zumal die Angaben von zahlreichen Stellen erheblich voneinander abwichen. Es war noch weniger möglich, in der Beurteilung der rein strategischen und taktischen Maßnahmen zu einem einwandfreien Ergebnisse zu gelangen. Hierzu fehlten zunächst im Untersuchungsausschuß die rein fachlichen Voraussetzungen, sodann aber fehlte jede Möglichkeit zu einer Feststellung, wie eine andere Art militärischen Operierens in der Ausführung gewirkt ha-	*Der 4. Unterausschuß des Untersuchungsausschusses hatte die Aufgabe, die Ursachen dse deutschen Zusammenbruchs im Jahre 1918 klarzustellen. Hierbei konnte nicht versucht werden, die strategischen und taktischen Maßnahmen der O.H.L. abschließend zu beurteilen, wenn sich auch über eine Reihe von Punkten auf Grund der Gutachten der Sachverständigen Übereinstimmung im Ausschuß ergab. Das Hauptgewicht der Untersuchung mußte für den Ausschuß des Reichstags in der Klarstellung der politischen Verantwortlichkeiten liegen. Die Prüfung richtete sich zunächst auf die Handlungen und Unterlassungen der politischen wie der militärischen Leitung. Unternehmungen von Einzelnen und von Parteien im annexionistischen oder revolutionären Sinn, die den Ausgang des Krieges beeinflußten, werden in einem zweiten Teil der Untersuchung für sich behandelt.*

ben würde. Endlich gingen auch die Meinungen der Ausschußmitglieder und auch die dem Ausschuß vorgelegten Gutachten der Sachverständigen untereinander in zahlreichen Fällen so weit auseinander, daß hier auf eine einheitliche Stellungnahme verzichtet werden mußte.

Es empfehle sich, von einer Generaldebatte abzusehen uud nur zu bestimmten Punkten Bedenken vorzutragen.

Geschäftsführer Dr. *Fischer*: Die Formulierung Bredt zu Punkt 1 halte ich rein materiell für nicht ganz richtig: „Der 4. Unterausschuß hat seine Aufgabe darin gesehen, nach Möglichkeit die Tatsachen aufzuklären, welche als Ursachen des militärischen Zusammenbruchs im Jahre 1918 angesehen werden können." Das trifft nicht zu; er hat die Aufgabe, die Ursachen des deutschen Zusammenbruchs überhaupt klarzustellen.

(Zuruf: In der Überschrift steht: „Thesen über den militärischen Zusammenbruch 1918!")

Der Leser will aber in der Einleitung doch die Gesamtaufgabe des Unterausschusses kennenlernen.

So allein wird, glaube ich, die Arbeitsmethode und das Arbeitsgebiet dieses Ausschusses richtig umschrieben. Dabei möchte ich mich auf die Einzelheiten meiner Formulierung nicht festlegen; sie soll nur einen Weg zeigen.

Vorsitzender Abg. Dr. *Philipp*: Wenn ich die Vorschläge des Herrn Dr. Fischer richtig verstehe, handelt es sich hier um eine allgemeine These für die gesamten Arbeiten des Unterausschusses, während der Herr Abg. Dr. Bredt sich auftragsgemäß auf das Referat beschränkt hat, das er zu erstatten hatte. Beide Formulierungen schließen sich nicht aus. Ich möchte deshalb vorschlagen, zu versuchen, aus den Formulierungen des Herrn Dr. Fischer und des Herrn Dr. Bredt zwei Sätze zu machen, die wir an die Spitze der Entschließung stellen. Dabei könnten wir es vielleicht in bezug auf die militärischen Maßnahmen, die taktischen Erwägungen und strategischen Handlungen bei dem Vorschlag des Herrn Dr. Bredt belassen.

Abg. Dr. *Quessel*: In den Vorschlägen des Herrn Dr. Fischer bin ich auf einen Satz gestoßen, den wir so nicht unterzeichnen können. Dieser Satz lautet:

„Das Hauptgewicht der Untersuchung mußte für den Ausschuß des Reichstags in der Klarstellung der politischen Verantwortlichkeiten liegen."

Das mag an und für sich richtig sein; aber in unserem Ausschuß sind gerade Sachverständige über die militärischen Verantwortlichkeiten vernommen worden, worüber sehr gegensätzliche Ansichten geäußert wurden. Schließlich sind wir doch auch ein wenig im Bilde darüber, wie die militärischen Dinge lagen. Allerdings können wir uns ein Urteil über die militärischen Dinge immer nur als Politiker, nicht als militärische Sachverständige bilden.

Wir könnten etwa so formulieren: „Obwohl das Kaiserreich im Westen bereits zwei Schlachten verloren hatte, bei denen eine militärische Unterlegenheit

der deutschen Streitkräfte nicht vorhanden war, nämlich die Schlacht an der Marne und die große Durchbruchsschlacht bei Verdun, glaubte Quartiermeister Ludendorff dennoch, das Risiko einer dritten großen Entscheidungsschlacht auf sich nehmen zu können. Dann würden wir weiter etwas darüber zu sagen haben, wieviel ungünstiger die Lage im Frühjahr 1918 gegenüber der Marneschlacht und der Durchbruchsschlacht bei Verdun war und wie gering im Frühjahr 1918 im Grunde die Aussicht war, durch eine Offensive einen *entscheidenden* Sieg herbeizuführen. Einmal stand das Volk im Innern am Rande des Hungertodes. Ich habe Tabellen über die Nahrungsmittelmengen geführt, die mir damals von den Behörden zur Verfügung gestellt wurden. Aus diesen Tabellen ergibt sich eine ungeheure Unterernährung, bei der schwächliche Personen, wie jeder Arzt bestätigen wird, nach einem Jahre weiterer Entbehrung das Zeitliche gesegnet hätten. Die städtische Bevölkerung Deutschlands stand damals tatsächlich schon am Rande des Hungertodes, insbesondere aber litt das Proletariat in den Städten unter einer schrecklichen Unterernährung. Das müßte unter allen Umständen in den Thesen zum Ausdruck kommen. Dann müßte natürlich auch etwas über die Rückwirkungen dieser Aushungerung auf die Seele der deutschen Soldaten gesagt werden, die zu Hause hungernde Kinder oder hungernde Angehörige hatten. Wenn unsere obersten Heerführer diese Dinge nicht berücksichtigt haben, so muß dies allerdings als ein schweres Verschulden angesehen werden. Wenn sie tatsächlich geglaubt haben sollten, mit einem solchen, auch moralisch durch den Hunger zerrütteten Volk noch derartige Schlachten wie 1914 an der Marne und 1915 bei Verdun schlagen zu können, so wäre das für den späteren Betrachter der Dinge einfach unverständlich."

Vorsitzender Abg. Dr. *Philipp*: Es scheint mir erwünscht, daß Vorschläge dieser Art nachher gemacht werden.

Ziffer 2

Hier liegt eine neue Formulierung von Herrn Dr. Fischer vor, die ich für sehr brauchbar halte.

Vorschlag des Berichterstatters Abg. Dr. Dr. Bredt:	Vorschlag des Geschäftsführers Dr. Fischer:
I. Die Lage im Frühjahr 1918	*I. Der Entschluß zur Offensive*
2. Die gesamte militärische, wirtschaftliche und politische Lage drängte im Winter 1917/18 zu einem zielbewußten Versuch, den Krieg im Laufe des Sommers in einer für Deutschland erträglichen Form zu beenden.	*1. Vom 2. Unterausschuß ist festgestellt, daß Friedensmöglichkeiten auf der Grundlage des Status quo für Deutschland niemals bestanden. Die Reichsregierung stand demnach vor der Frage, ob sie versuchen sollte, einen Frieden durch Opfer im Westen zu erkaufen. Sie unterließ diesen Versuch, weil die O.H.L., insbesondere nach dem russischen Zusammenbruch, eine aussichts-*

reiche Offensive für möglich erklärte. Der Entschluß des Kaisers und der Regierung zur Offensive beruhte demnach einerseits auf der Unmöglichkeit, einen Frieden ohne Opfer zu bekommen, andererseits auf der Zuversicht der O.H.L. in einem siegreichen Ausgang des Krieges.

Geschäftsführer Dr. *Fischer*: Bei meiner Formulierung kam es mir nur darauf an, den Zusammenhang zwischen dem 2. und 4. Unterausschuß klarzustellen. Der Entschluß der Regierung zur Offensive kann keinesfalls beurteilt werden, wenn man sich nicht darüber klar ist: unter welchen Bedingungen war ein Friede sonst zu haben? Die Offensive war doch das letzte Mittel, um zum Frieden zu gelangen. Der Ausschuß wird sich also fragen müssen: gab es dazu nicht ein anderes Mittel? Die anderen Mittel, zum Frieden zu kommen, hat der 2. Unterausschuß geprüft und ist dabei zu dem Ergebnis gekommen, daß Friedensmöglichkeiten ohne erhebliche Opfer an deutschem Gebiet nicht angeboten waren. Auf dieser Grundlage hat dann der Kaiser nach dem Vorschlag der O.H.L. und mit Zustimmung des Reichskanzlers den Entschluß zur Offensive gefaßt.

Ich habe so formuliert, daß der Entschluß des Kaisers und der Regierung zur Offensive einerseits auf der Unmöglichkeit beruht, einen Frieden ohne Opfer zu bekommen, andererseits auf der Zuversicht der O.H.L. in einen siegreichen Ausgang des Krieges. Denn hätte die O.H.L. dem Reichskanzler und dem Kaiser etwa vor der Offensive im Jahre 1917 oder im Frühjahr 1918 erklärt, eine Offensive habe höchstens 40 Prozent Wahrscheinlichkeit und hinter der Offensive stehe der absolute Zusammenbruch, dann würde sich die politische Leitung wohl überlegt haben, ob es nicht besser sei, jetzt das Opfer von Metz, will ich einmal sagen, und selbstverständlich der absoluten Räumung und Wiederherstellung Belgiens zu bringen, als das ungeheure Wagnis eines 40prozentigen Sieges, dem eine 60prozentige Wahrscheinlichkeit des absoluten Desastre gegenüberstand, auf sich zu nehmen. Aber die O.H.L. hat sich anders ausgesprochen. Sie hat nicht von einer 40prozentigen Wahrscheinlichkeit des Sieges gesprochen, sondern, wenn man schon Zahlen nennen will, vielleicht von einer 70prozentigen. Diese Zuversicht der Techniker, die an der Maschine standen, und die allein imstande waren, die Dinge zu beurteilen, war doch die Grundlage für den Kaiser und für die Regierung bei ihrer Zustimmung zur Offensive. Das muß meines Erachtens klar herausgestellt werden.

Abg. Dr. *Quessel*: Ich muß Dr. Fischer erwidern, daß ich die Dinge nicht so ansehen kann wie er. Er hat nämlich ganz den Frieden von Brest-Litowsk vergessen, der ein imperialistisches Manöver größten Stiles war, wie es die Weltgeschichte noch nicht gesehen hatte. Es handelte sich um die Aufteilung eines Riesenreiches, das während der ganzen Bismarckschen Zeit als eine notwendige Stütze des europäischen Friedens angesehen worden war und sich als solche auch 50 Jahre hindurch bewährt hatte, 50 Jahre eines Friedens, der zwar der Demokratie in Europa nicht immer gefiel, der aber doch ein Friede

war. Nun kam die große Zerreißung dieses Imperiums, und zwar weniger durch die Politiker als durch die O.H.L. Dieser Umstand müßte doch, wenn auch nur mit einem Nebensatz, erwähnt werden. Darin hat Dr. Fischer freilich recht, daß, nachdem der Friede von Brest-Litowsk einmal geschlossen war, es allerdings unmöglich war, einen Frieden auf dem Status quo herbeizuführen. Denn daß England seine Balance-of-power-doctrin für Europa aufgegeben und einer Neugestaltung des Ostens mit einem starken deutschen Übergewicht, mit deutschen Einflußsphären bis zur Düna und bis zu den großen russischen Sümpfen jemals zugestimmt hätte, war ganz ausgeschlossen. Jeder aber, der die Politik Kerenskis und Lenins kennt, weiß, daß sich damals auch ohne den berühmten Faustschlag des Generals Hoffmann auf den Tisch eine wirkliche Verständigung mit dem Osten hätte herbeiführen lassen; selbst ein Frieden auf der Basis der Narew-Linie wäre zu erreichen gewesen, weil das Land bis zur Narew jeder Russe als so unerheblich behandelte, daß man einen Verständigungsfrieden an dieser Frage nicht hätte scheitern lassen.

Geschäftsführer Dr. *Fischer*: Ich habe nicht gewagt, an den Feststellungen des 2. Unterausschusses Kritik zu üben, auch nicht das Arbeitsgebiet dieses (des 4.) Unterausschusses nach rückwärts zu erweitern. Es wurde doch bestimmt vereinbart, dieser Ausschuß wolle hinter 1918 nicht zurückgehen, also sich nicht ein Urteil darüber bilden, wieweit etwa durch den Frieden von Brest-Litowsk oder andere Ereignisse bis zurück zur Marneschlacht die Möglichkeiten, zum Frieden zu kommen, verdorben wurden. Auch der 2. Unterausschuß hat es abgelehnt, den Frieden von Brest-Litowsk in den Kreis seiner Untersuchungen zu ziehen. Hier klafft in der Arbeit des Gesamtausschusses ersichtlich eine Lücke.

Abg. *Bernstein*: Ich glaube nicht, daß in einem zweiten Lande die Heeresleitung so stark in die politische Leitung eingegriffen hat, wie in Deutschland. Das zu betonen, kann wohl kaum umgangen werden. Die ganze Situation war durch den Friedensschluß von Brest-Litowsk verändert. Es ist gefährlich, wenn wichtige Tatsachen nicht erwähnt werden. Andererseits würde ich beanstanden die Worte: „vom 2. Unterausschuß ist festgestellt".

Das kann man bestreiten; sicher ist nur, daß der 2. Unterausschuß zu der Ansicht gekommen ist. Ob die damalige Reichsregierung auf Grund derselben Beurteilung der Lage gehandelt hat, ist eine andere Frage. Aber ich glaube, daß das für sie mitbestimmend war. Eine Friedensmöglichkeit war ohne bestimmte Opfer Deutschlands im Westen nicht gegeben.

Daß der Friede im Osten immer zu haben war, könnte hier eingefügt werden. Dann würde der ganze Bericht nicht nur die nackten Tatsachen, sondern die wichtigen Tatsachen besser hervorheben.

Abg. Dr. *Spahn* (Berlin): Ich bin mit Herrn Kollegen Bernstein, was die Fassung des Ergebnisses des 2. Unterausschusses betrifft, einverstanden. Welche Verhandlungen im 2. Unterausschuß stattgefunden haben und welches Material dort vorgetragen worden ist, wissen wir nicht.

Abg. Dr. *Quessel*: Zu der sehr wichtigen Bemerkung des Herrn Vorredners möchte ich hinzufügen, daß ein Mangel an Material sich im 2. Unterausschuß

besonders in bezug auf die Persönlichkeit Bethmann Hollwegs ergab. Als wir an die Untersuchungen herantraten, war Bethmann Hollweg schon verstorben. Seine rechte Hand, Herr Riezler, verweigerte vor dem Ausschuß jede Aussage. Er tat das in sehr diplomatischer Form, indem er erklärte, er könne nur über amtliche Gespräche mit Bethmann Hollweg vor dem Ausschuß etwas aussagen, und amtliche Gespräche hätte er mit seinem Vorgesetzten überhaupt nicht geführt. Ich habe an Herrn Riezler noch verschiedene Fragen gestellt, um etwas aus ihm herauszuholen. Aber seine Ablehnung jeder Auskunft war so schroff und eindeutig, daß ich für meine Person unter dem Eindruck einer Zeugnisverweigerung stand. Wir wissen bei weitem nicht alles, was da vorgegangen ist. Im übrigen haben gerade unsere Untersuchungen im 2. Unterausschuß erwiesen — ich betone das Wort: erwiesen —, daß nicht nur das vorgegangen ist, was in den Akten des Auswärtigen Amts steht. Sehr wichtige Dinge haben sich abgespielt, von denen man in den Akten des Auswärtigen Amts kaum eine Andeutung findet. Also die Untersuchung ist nicht so verlaufen, daß wir behaupten könnten: wir wissen nun alles. In unserer Kenntnis der Dinge sind immer noch wesentliche Lücken vorhanden.

Vorsitzender Abg. Dr. *Philipp*: Das ist ja das Unglück, daß wir mit einem äußerst lückenhaften Material arbeiten müssen. Ich möchte in diesem Zusammenhang folgendes mitteilen. Wir haben uns mehrfach über Äußerungen unterhalten, die General Ludendorff angeblich gegenüber dem Major Draudt wegen Belgiens und der Friedensmöglichkeiten gemacht haben soll. Heute während der Sitzung bekomme ich ein Schreiben von dem jetzigen Oberstleutnant Draudt, das für mich eine ganze Reihe interessanter Tatsachen enthält und mir zeigt, wie vorsichtig man sein muß, wenn man zu einer ganz präzisen Formulierung in der Frage der Friedensmöglichkeiten kommen will. Wenn es die Herren interessiert, will ich Ihnen den Brief vorlesen. Ich hatte an Draudt geschrieben, ob er nicht in der Lage wäre, nähere Aufklärung über Äußerungen zu geben, die General Ludendorff 1918 ihm gegenüber über Friedensmöglichkeiten gemacht hätte. Er schreibt u. a.:

„Im Sommer des Jahres 1917 hatten zum erstenmal im Haag unter holländischem Protektorat unmittelbare deutsch-englische Verhandlungen über Kriegsgefangenenfragen stattgefunden. Im Juni und Juli 1918 wurden diese Besprechungen fortgesetzt. Daß diese unmittelbaren offiziellen Verhandlungen, die im Jahre 1917 zum erstenmal seit Kriegsbeginn stattfanden, auch über den Rahmen des eigentlichen Verhandlungsthemas hinausgehendes Interesse erregten, lag auf der Hand. Der Wille zur Nutzbarmachung solcher Verhandlungen für weiteres zeigte sich mehrfach, wenn auch natürlich in sehr verschleierten und vorsichtigen Formen. Näheres hierüber zu sagen, bin ich nicht in der Lage, da sich offiziell verwertbare Einzelheiten meiner Kenntnis entziehen. Immerhin beobachtete ich, daß durch den Rücktritt des Staatssekretärs v. Kühlmann Anfang Juli 1918, der in die Zeit der zweiten Verhandlungen mit den Engländern fiel, bei den Engländern sich eine stärkere Reserve bemerkbar machte als vorher. Nach Abschluß der Verhandlungen im Juli 1918 nach Berlin

zurückgekommen, meldete ich dem damaligen Kriegsminister Exzellenz v. Stein meine Eindrücke. Ich mußte in diesem Zusammenhang auf die Nachteile hinweisen, die sich besonders mit Rücksicht auf den Charakter der Verhandlungen dadurch ergaben, daß ich in keiner Weise über die deutschen Absichten, in welcher Form der Krieg zu beenden sei, orientiert war. Ich fühlte mich um so mehr verpflichtet, den Versuch zu machen, mir Klarheit im angedeuteten Sinne zu verschaffen, als nach Beendigung der Verhandlungen ein unmittelbarer Kontakt zwischen den maßgebenden holländischen Persönlichkeiten wie den englischen Verhandlungskontrahenten und mir bestand. General v. Stein sprach im Anschluß an meinen Vortrag mit Staatssekretär v. Hintze. Darauf empfing mich Exzellenz v. Hintze, zeigte großes Interesse uud riet mir, meine Beobachtungen auch Exzellenz Ludendorff vorzutragen und seine Ansicht zu erbitten. General v. Stein schloß sich dieser Auffassung von Herrn v. Hintze an. In den ersten Augusttagen meldete ich mich bei Exzellenz Ludendorff im Hauptquartier zu Avènes. Trotz größter Inanspruchnahme durch die Kämpfe an der Westfront hörte General Ludendorff meiner Berichterstattung aufmerksam zu. Auf meine Frage, wie der General zu einem Frieden stünde, erwiderte er sofort, er wünsche den Frieden und habe niemals anders gedacht. Wo sich Möglichkeiten fänden, den Krieg unter für Deutschland akzeptablen Bedingungen zu beenden, sollten diese seiner Ansicht nach wahrgenommen werden. Ich fragte dann General Ludendorff, wie er in diesem Zusammenhang zu der Frage Belgiens stände. Exzellenz Ludendorff erwiderte etwa, er habe innerlich niemals an eine Annexion Belgiens in diesem Sinne gedacht. Wenn das Gegenteil von ihm behauptet werde, so solle man bedenken, daß er sich in dem Bewußtsein der deutschen Belange und der bisherigen Kriegsleistungen Deutschlands gewissermaßen als ein Kaufmann im Besitz einer ausgezeichneten Ware fühle, die er keinesfalls zu verschleudern gedenke. Kein Kaufmann werde, wenn er nicht verkaufen müsse, seinen Mindestpreis sagen, ohne danach gefragt zu sein. Ich bat General Ludendorff um sein Einverständnis, von diesen seinen Erklärungen zur gegebenen Zeit den mir geeignet scheinenden Gebrauch machen zu dürfen. Der General erklärte sich hiermit ohne jede Einschränkung einverstanden.

Die Ereignisse überholten die Möglichkeit einer praktischen Auswirkung dieser Unterhaltung.

gez. Draudt,
Oberstleutnant a. D.,
Vizepräsident im Deutschen Roten Kreuz."

Man sieht eben: es ist in diesen Fragen alles eine gummiartige Masse, so daß man zu eindeutigen Feststellungen schwer kommen kann.

Berichterstatter Abg. Dr. Dr. *Bredt*: Ich persönlich habe, gerade was den Frieden von Brest-Litowsk angeht, vielleicht besseres Material als irgend jemand. Ich war damals wegen meiner Verwundung neu operiert und wurde gefragt, ob ich bei den Verhandlungen von Ober-Ost die Verträge machen wollte: eine

Handelskonvention, eine Wirtschaftskonvention, eine Bankkonvention, vor allen Dingen die politische Angliederung, den Entwurf einer kurländischen und einer litauischen Staatsverfassung. Das alles habe ich damals entworfen. Dann mußte ich mit diesen Entwürfen vor den Bundesrat gehen, und dort sind sie entscheidend umgestaltet worden. Während meine Entwürfe nur ein leises Säuseln in annexionistischem Sinne gewesen waren, wurden sie vom Bundesrat so umgestaltet, daß von Kurland und Litauen kaum noch etwas übrig blieb. Mir war damals in der Wilhelmstraße von der Regierung ein besonderes Arbeitszimmer eingeräumt worden. Ende November 1918 bekam ich ein Schreiben von der neuen Regierung, in meinem Arbeitszimmer lägen noch Papiere von mir, ich möchte sie abholen. Ich habe dann das Material an mich genommen und besitze es noch. Es ist historisch außerordentlich interessant.

Sekretär Dr. *Bloch*: Es ist richtig, was Herr Dr. Quessel von der Arbeit des 2. Unterausschusses gesagt hat. Ich bin damals Sekretär auch des 2. Unterausschusses gewesen. Das gesamte Material des Auswärtigen Amtes hat dem Unterausschuß vorgelegen, aber bei fast jeder einzelnen Untersuchung über die Friedensmöglichkeiten wurde festgestellt: das kann nicht das gesamte Material sein, es ist entweder viel mehr Material vorhanden, oder es gab Anregungen, die überhaupt nicht zu den Akten gebracht worden sind, aus denen sich Friedensgespräche und in ihrem Verlauf Friedensmöglichkeiten entwickelt haben. — Vielleicht läßt sich beim Satz 1 um diese Schwierigkeit herumkommen, indem gesagt wird:

„Die Gutachten des 2. Unterausschusses auf Grundlage des dem 2. Unterausschuß vorgelegten Aktenmaterials gehen dahin, daß Friedensmöglichkeiten auf der Basis des Status quo für Deutschland niemals bestanden."
(Zustimmung.)

Ziffer 3—5

Vorschlag des Berichterstatters Abg. Dr. Dr. Bredt:	Vorschlag des Geschäftsführers Dr. Fischer:
3. Es war durch Überführung von Kräften aus dem Osten möglich geworden, im Westen solche Kräfte zu versammeln, daß man eine Überlegenheit der deutschen Kräfte über die feindlichen an der Schlachtfront annehmen kann.	*2. Im einzelnen waren noch folgende Feststellungen möglich:* *a) Obgleich infolge des Friedens von Brest-Litowsk im Osten noch starke militärische Kräfte gebunden blieben, wurde an der Westfront eine Überlegenheit an Mannschaften über den Gegner erzielt.*
4. Eine weitere Heranziehung österreichisch-ungarischer Streitkräfte erschien bedenklich wegen der Gefahr, die darin lag, daß ihnen bedingungsgemäß ein Teil der Front zur selb-	*b) Eine weitere Heranziehung usw.*

ständigen Verteidigung anvertraut werden mußte.

5. *Die immer größer werdenden Massen der auf dem Kriegsschauplatz erscheinenden Amerikaner ließen die Hoffnungen auf einen Erfolg der Offensive immer geringer werden, je weiter die Zeit fortschritt.*

c) *Die O.H.L. hat das Eintreffen amerikanischer Truppen zutreffend vorausberechnet und mit zur Grundlage ihres Offensiventschlusses gemacht.*

Abg. *Graf v. d. Schulenburg*: In Ziffer 3 heißt es, daß im Westen solche Kräfte versammelt waren, daß man eine Überlegenheit der deutschen Kräfte über die feindlichen an der Schlachtfront annehmen konnte. Ich würde vorschlagen, daß man sagt: so viel Kräfte wurden versammelt, „daß eine Überlegenheit *hergestellt* war". An der Schlachtfront war tatsächlich eine Überlegenheit hergestellt.

In Ziffer 4 ist die Auffassung wohl nicht ganz richtig: „Eine weitere Heranziehung österreichisch-ungarischer Streitkräfte erschien bedenklich wegen der Gefahr, die darin lag, daß ihnen bedingungsgemäß ein Teil der Front zur selbständigen Verteidigung anvertraut werden mußte." Das war nicht der Grund, warum wir die österreichischen Kräfte nicht an die Westfront zogen, sondern, wie General Wetzell neulich ausführte, konnten wir die österreichischen Kräfte von der Isonzofront nicht wegziehen, weil dann die Gefahr bestand, daß dort ein Einbruch der Italiener plus englischen und französischen Divisionen, die da noch standen, erfolgte. Zu den ersten Offensiven sind nur einige sehr schwere österreichische Batterien herangezogen worden. Ein Heranziehen der Österreicher kam nicht in Frage, weil sie am Isonzo gebraucht wurden.

Berichterstatter Abg. Dr. Dr. *Bredt*: Dieser Satz stammt aus dem Gutachten des Generals v. Kuhl. Da ihm nicht widersprochen worden ist, habe ich geglaubt, ihn einfügen zu sollen.

Abg. Dr. *Spahn* (Berlin): Ich bitte, den Satz ganz zu streichen.

Der Vorschlag des Abg. Grafen v. d. Schulenburg, in Ziffer 3 zu sagen:

> „Mit Rücksicht auf die gesamte militärische Lage ist es im Frühjahr 1918 der O.H.L. nicht als möglich erschienen, österreichische Kräfte an die Westfront zu bringen"

wird angenommen.

Geschäftsführer Dr. *Fischer*: Ich hatte zu Punkt 3 in dem von mir formulierten Vorschlag unter a) noch vorgeschlagen, zu sagen: „In bezug auf Material und Pferde war das Verhältnis umgekehrt." Wir hatten an der Westfront wohl eine Überlegenheit an Mannschaften, aber eine Unterlegenheit an Material. Das scheint mir sehr wichtig, denn das hat nachher zu dem schlechten Ausgang der Offensive wesentlich beigetragen.

Abg. *Graf v. d. Schulenburg*: Es wird hier von der „Schlachtfront" gesprochen. Das ist etwas anderes. Wir waren dem Feind überlegen auch an Material, wenn natürlich die Pferde auch unter Hafermangel litten und unsere Kraftkolonnen nicht so umfangreich waren wie die der Feinde.

Geschäftsführer Dr. *Fischer*: Dann verzichte ich auf diesen Satz.

Die Fassung der Ziffer 3:

„Es war durch Überführung von Kräften aus dem Osten möglich geworden, im Westen so viel Truppen zu versammeln, daß eine Überlegenheit der deutschen Kräfte über die feindlichen an der Schlachtfront hergestellt war"

wird angenommen.

Ziffer 6

Vorschlag des Berichterstatters Abg. Dr. Dr. Bredt:	Vorschlag des Geschäftsführers Dr. Fischer:
II. Friedensmöglichkeiten.	*II. Friedensmöglichkeit.*
6. *Ein Versuch, angesichts der im Westen bevorstehenden Entscheidungsschlacht zu einem Verständigungsfrieden zu gelangen, ist nicht gemacht worden, weder vor der Offensive, noch nach den ersten Erfolgen.*	*Die taktischen Erfolge der Offensive ließen sich nicht zu einer politischen Friedensaktion ausnützen. Nachdem der erste Schlag des deutschen Heeres sein Ziel nicht erreicht hatte, mußte den Gegnern die Überlegenheit ihrer Position klar sein. Es ist nicht anzunehmen, daß nach dem Versagen des Michael-Angriffes wesentlich günstigere Friedensbedingungen als nach einer vollständigen Niederlage zu erlangen waren. Die Verschlechterung der militärischen und wirtschaftlichen Lage der deutschen Verbündeten konnte den Feinden gleichfalls nicht unbekannt bleiben.*

Abg. *Graf v. d. Schulenburg*: Es ist hier immer von *der Offensive* die Rede. Hier sind doch wohl *die Offensiven* gemeint, und zwar die erfolgreiche im März und dann die sehr erfolgreiche im Mai.

Berichterstatter Abg. Dr. Dr. *Bredt*: Ich stelle mir unter „Offensive" die ganze große Aktion des Jahres 1918 vor, die das Ziel hatte, zum militärischen Siege zu gelangen.

Es wird beschlossen, in Ziffer 6 statt „Offensive" „Offensiven" zu sagen und in Konsequenz davon in Ziffer 5 des Punktes 1 zu sagen: „Die Hoffnungen auf einen Offensiverfolg."

Geschäftsführer Dr. *Fischer:* In der Formulierung des Herrn Berichterstatters ist der Satz geradezu orakelhaft einfach. Es scheint mir unerläßlich, daß der Ausschuß darauf Bezug nimmt, warum der Versuch, zu einem Frieden zu kommen, unterblieben ist, ob sich die politische Leitung irgend etwas gedacht hat und daß die möglicherweise vorhanden gewesenen Gedanken der deutschen Reichsleitung dann als Tatsache konstatiert werden. Hat die Regierung angenommen, die rasche Folge der Offensiven lasse eine Friedensaktion zwischen den Schlachten nicht zu, — hat sie nach dem relativen Mißerfolg des Michael-Angriffs die Position der Gegner für so stark gehalten, daß sie die Neigung zu

einem annehmbaren Frieden nicht mehr voraussetzte? Darüber müßte doch wohl etwas ermittelt und gesagt werden.

Unter II meines Entwurfs habe ich lediglich die Probleme aufgezählt:

„Die taktischen Erfolge der ersten Offensive ließen sich nicht zu einer politischen Friedensaktion ausnützen."

Ich weiß nicht, ob das zutrifft.

„Nachdem der erste Schlag des deutschen Heeres sein Ziel nicht erreicht hatte," —

das ist doch ein Faktum: wir hatten bei Amiens den großen entscheidenden Sieg erfechten wollen —

„mußte den Gegnern die Überlegenheit ihrer Position klar sein."

Ist das richtig oder nicht? Trotz des taktischen Erfolges des Michael-Angriffs wäre ein Friedensfühler damals vielleicht abgelehnt worden. Clemenceau sagte in der französischen Kammer: Ich bin sehr vergnügt! Und er hatte Grund dazu, weil er wissen konnte, was wir gewollt hatten. General Wetzell hat besonders schwere Vorwürfe gegen die Reichsregierung erhoben, weil sie den ersten Erfolg des Michael-Angriffs nicht zur Friedensaktion ausgenutzt habe. Damit ist die Frage gestellt und es muß, wie mir scheint, geprüft werden, ob das überhaupt möglich war.

Abg. Dr. *Quessel*: Der Gedanke, den Herr Dr. Bredt in Punkt 6 vertritt, kann meiner Auffassung nach noch prägnanter zum Ausdruck gebracht werden, wenn wir etwa sagen würden:

„Ein Versuch, unter dem Druck des deutschen Offensivaufmarsches im Westen zu einem Verständigungsfrieden zu gelangen, ist nicht gemacht worden ..."

Der Druck ist natürlich nach der Gegenseite hin gemeint.

Berichterstatter Abg. Dr. Dr. *Bredt*: Der Schlüssel der ganzen Sache ist, wie ich in meinen Untersuchungen festgestellt habe, der, daß Graf Hertling ein geradezu kindliches Vertrauen zu der O.H.L. hatte.

(Abg. Dr. *Quessel*: Er hatte mehr Vertrauen zu Ludendorff als Ludendorff zu sich selbst!)

Ich möchte beinahe sagen: das ist richtig. In meinem ersten Entwurf habe ich gesagt: Was soll ein Heerführer, der seine Truppen zur Offensive aufmarschieren läßt, in einem solchen Moment antworten? Soll er etwa sagen: Ich glaube, wir werden geschlagen? Das ist doch ganz ausgeschlossen. Die O.H.L. hat dem Grafen Hertling immer wieder erklärt: Verlassen Sie sich darauf, wir werden die Sache schon machen. Das ist bis zum 8. August der Schlüssel für die Beurteilung der ganzen Dinge. Nun kommt der große Vorwurf, den ich dem Reichstag mache. Der Reichstag hat unterdessen nur Verfassungsfragen behandelt und hat es nicht verstanden, dem Grafen Hertling vor Augen zu führen, daß er als verantwortlicher Reichskanzler nun auch Friedensmöglichkeiten ausnutzen müsse.

Abg. *Graf v. d. Schulenburg*: Wir an der Front sind entsetzt gewesen über die Reden, die in der Heimat von den berufensten Stellen, von den Präsidenten der verschiedenen Parlamente und vom Reichskanzler usw. vor der Offensive

gehalten worden sind, in denen es hieß: jetzt brauchen wir im Westen nur noch den einen großen siegreichen Schlag, dann ist der Friede da.

Gegenüber Herrn Dr. Fischer möchte ich folgendes bemerken: Ich habe die Kriegsliteratur der Engländer und Franzosen gelesen. Aus ihr geht hervor, daß sie sich nach dem Michael-Angriff, nach diesem ersten großen Schlag, nicht als Sieger und Beherrscher der Lage fühlten. Sie waren im Gegenteil aufs äußerste bedrängt. Aus dieser Stimmung heraus ist der Oberbefehl von Foch über das ganze Heer erwachsen. Man kann den Erfolg des Michael-Angriffs nur vergleichen mit Königgrätz. Auch bei Königgrätz wurde der große strategische Erfolg, den Moltke beabsichtigt hatte, nicht erreicht. Aber es war ein Riesenschlachtenerfolg, und aus diesem Erfolg zog Bismarck auch gegen das Votum aller Generäle die politische Folgerung. Der Erfolg des Michael-Angriffs war gewaltig. Eine ganze englische Armee war vernichtet. In die feindlichen Stellungen war ein großes Loch gerissen. Aus diesem großen taktischen Schlachtenerfolg hätte die politische Leitung wohl ihre Schlüsse ziehen müssen. So haben wir damals an der Front die Sache angesehen.

Abg. Dr. *Spahn* (Berlin): Ich möchte den Grafen Hertling doch gegenüber Herrn Dr. Bredt etwas in Schutz nehmen. So vertrauensselig ist Graf Hertling nicht gewesen, wie Herr Dr. Bredt es dargestellt hat. Aber ich will bemerken, daß z. B. im Preußischen Staatsministerium der Minister v. Stein dieselbe Auffassung vertreten hat. Die militärischen Stellen hatten also dieselbe Auffassung wie Graf Hertling. Er selbst hat das Verhältnis zu Ludendorff mir gegenüber dahin gekennzeichnet, daß er erklärte: Wir wären aus der Schwierigkeit, die vorher zwischen der Zivilverwaltung und der Militärverwaltung bestanden hätte, heraus, sein Verhältnis zu Ludendorff und zur Heeresverwaltung sei gut, es werde mit Offenheit verhandelt.

Abg. Dr. *Quessel*: Sowohl der Reichskanzler Hertling wie auch der Reichstag standen damals sehr stark unter der Drohung, die von konservativer Seite immer wieder im Reichstag zum Ausdruck gebracht wurde und die dahin ging, die Feder dürfe nicht verderben, was das Schwert errungen habe. Sobald die Diplomaten nur irgendwie die Neigung zeigten, selbständig vorzugehen, kam dieser berühmte Satz aus dem Munde des Herrn Grafen v. Westarp.

Ziffer 7

Der vom Obersten v. Haeften im Haag unternommene Versuch einer Anknüpfung mit amerikanischen Kreisen war deswegen ohne Bedeutung, weil er ohne Vorwissen der O.H.L. begonnen wurde und die politische Reichsleitung von ihm überhaupt keine Kenntnis erhielt.

Abg. Dr. *Spahn* (Berlin): Soll überhaupt über die Vermittlung gesprochen werden, die Oberst v. Haeften gemacht hat?

Berichterstatter Abg. Dr. Dr. *Bredt*: In diesem Zusammenhang ist es nicht notwendig, das ist Sache des 2. Unterausschusses.

Abg. Dr. *Quessel*: Die Formulierung hier wirkt wie eine Weißwaschung der O.H.L. Eingeleitet wurde die Sache allerdings ohne das Wissen der O.H.L.; aber im Laufe der Verhandlungen hat sie doch davon erfahren.

Berichterstatter Abg. Dr. Dr. *Bredt*: Ich stehe auf dem Standpunkt, daß die O.H.L. ernsthafte Versuche, zum Frieden zu kommen, nicht gemacht hat. Ich habe das auch nie als Aufgabe der O.H.L. angesehen. Um aber einen Einwand auf Grund der Aktion Haeften auszuschalten, wählte ich den Wortlaut „ohne Bedeutung".

Abg. Dr. *Quessel*: Vielleicht kann man den Satz streichen: „weil er ohne Vorwissen der O.H.L. begonnen wurde" und statt dessen sagen: „weil die politische Reichsleitung von ihm überhaupt keine Kenntnis erhielt".

Abg. *Graf v. d. Schulenburg* schlägt vor zu sagen:

„Der vom Obersten v. Haeften im Haag unternommene Versuch einer Anknüpfung mit amerikanischen Kreisen war ohne Bedeutung. Sie ist ohne Vorwissen der O.H.L. begonnen und nicht weiterverfolgt worden, weil die politische Reichsleitung davon überhaupt keine Kenntnis erhalten hat."

Berichterstatter Abg. Dr. Dr. *Bredt*: So kann man auch sagen. Man stellt damit zwei Tatsachen fest, ohne sie kausal zu verketten.

Es wird beschlossen, aus Ziffer 7 zwei selbständige Sätze zu bilden. Über die Formulierung soll noch gesprochen werden.

Ziffer 8

Dadurch, daß infolge des Friedens von Brest-Litowsk im Osten größere militärische Kräfte gebunden blieben, erfuhren die Kräfte im Westen eine gewisse Beeinträchtigung.

Abg. Dr. *Quessel* bittet, das Wort „gewisse" zu streichen. Bei der großen Ausdehnung der besetzten Gebiete im Osten seien vermutlich nicht bloß Kräfte, sondern auch Köpfe gebunden worden.

Vertreter des Reichswehrministeriums Oberstleutnant *Otto v. Stülpnagel*: Nach seinen „Erinnerungen" hat Ludendorff immer danach gestrebt, möglichst starke Kräfte nach dem Westen zu bringen. Die Kräfte im Osten mußte er nach seiner Meinung wegen der unklaren Friedenslage stehenlassen.

Abg. Dr. *Quessel*: Kein militärischer Sachverständiger wird annehmen, daß ein Gebiet ohne Truppen besetzt gehalten werden kann. Wenn die O.H.L. in Brest-Litowsk einen Frieden schloß, durch den ein Riesengebiet mit mindestens 50 Millionen Einwohnern zu besetztem Gebiet erklärt wurde, so mußte sie sich auch darüber klar sein, daß hierzu mindestens 1 Million Mann notwendig waren.

Abg. *Graf v. d. Schulenburg* schlägt folgende Fassung der Ziffer 8 vor:

„Durch den Frieden von Brest-Litowsk blieben im Osten militärische Kräfte gebunden, die im Westen naturgemäß dadurch ausfielen."

Vertreter des Reichswehrministeriums Oberstleutnant *Otto v. Stülpnagel*: Hätten wir in Brest-Litowsk den Frieden auf der Basis: „keine Annexionen" geschlossen, hätten also nur eine verhältnismäßig kurze Linie mit Truppen zu besetzen brauchen, so wäre nach Ludendorffs Ansicht in Estland und Livland alles drunter und drüber gegangen und die Bolschewisten wären dort einmarschiert. Hätten wir nicht zugegriffen, hätten es die Engländer getan, und englische Truppen, vielleicht zusammen mit französischen, in Estland und

Livland wären eine derartige Bedrohung für uns gewesen, daß man an die Offensive im Westen überhaupt nicht hätte herangehen können. Die Ukraine hat, wie sich aus der Czerninschen Rede im österreichischen Reichsrat ergibt, schon wegen der Lebensmittel besetzt bleiben müssen.

Geschäftsführer Dr. *Fischer*: I 3 und II 8 muß in Einklang kommen. Es fragt sich: genügte die Überlegenheit an der Westfront strategisch und taktisch zum Sieg? War das der Fall, so kann aus dem Stehenbleiben der Truppen im Osten kein Bedenken abgeleitet werden. Ließen sich die beiden Sätze folgendermaßen zusammenziehen?:

„Obgleich nach dem Frieden von Brest-Litowsk im Osten noch starke militärische Kräfte gebunden blieben, wurde an der Schlachtfront im Westen eine Überlegenheit an Mannschaften und Material erzielt."

Abg. Dr. *Quessel*: Wenn von Herrn Oberstleutnant v. Stülpnagel betont wurde, wir hätten mit einer Besetzung von Kurland und Litauen durch die Engländer rechnen müssen, so glaube ich nicht, daß die Engländer ihre Kanalfront zugunsten einer Besetzung im Osten geschwächt hätten. Aber nicht nur das. Wegen der U-Boote in der Ostsee wären Truppenlandungen auch äußerst gefährlich gewesen.

Berichterstatter Abg. Dr. Dr. *Bredt*: Für uns wäre es sehr gut gewesen, wenn die Engländer 1917 versucht hätten, Transportschiffe um das Skagerak herumzubringen; dann hätte unsere Flotte ein Schußziel gehabt. An eine solche Absicht der Engländer glaube ich auch nicht.

Ich schlage vor, Punkt 8 an Punkt 18, 19 oder 23 anzuschließen.

Der Ausschuß stimmt diesem Vorschlage zu.

Ziffer 9

Die englische Hungerblockade ließ bei den Feinden die Geneigtheit zu einem Verständigungsfrieden gering erscheinen, da man durch die Aushungerung einen Erfolg auch bei der militärischen Niederlage erhoffte.

Die Ziffer wird gebilligt mit einer Änderung des letzten Satzes, in dem es heißen soll:

„. . . *einen Erfolg selbst für den Fall einer militärischen Niederlage . . .*'

III. Militärische und politische Leitung

Ziffer 10 und 11

10. Die einheitliche Leitung des Krieges in militärischer und politischer Hinsicht konnte nur gewährleistet werden durch einheitliches Zusammenarbeiten von O.H.L. und Reichsregierung, wobei in Zweifelsfällen der Kaiser die Entscheidung geben mußte.

11. Im Frühjahr 1918 hat sich eine entschiedene Überlegenheit der O.H.L. gegenüber der Reichsregierung in bezug auf die entscheidenden Maßnahmen herausgestellt.

Abg. Dr. *Quessel*: Bei Ziffer 10 müßte meiner Auffassung nach noch schärfer

das Versagen des Kaisers herausgehoben werden. Gegen die vorliegende Fassung habe ich Bedenken.

Berichterstatter Abg. Dr. Dr. *Bredt*: Was den Kaiser angeht, so möchte ich meine Ansicht in folgende Worte kleiden: es ist so lange vom Kaiser verlangt worden, er solle sich zurückhalten, bis er es tat; als er es getan hatte, verlangte man von ihm, er solle hervortreten.

Die Ziffern 10 und 11 werden angenommen.

Ziffer 12

Der Deutsche Reichstag hat zu jener Zeit sich wesentlich mit den inneren Verfassungsfragen beschäftigt und keinen Versuch gemacht, die auswärtige Politik von sich aus entscheidend zu beeinflussen.

Abg. Dr. *Quessel*: Gegen Ziffer 12 muß ich erhebliche Bedenken äußern. Zunächst müssen wir uns darüber klar sein, daß die Stellung des kaiserlichen Reichstags, wenn ich ihn so zur Unterscheidung von dem republikanischen Reichstag nennen darf, in der auswärtigen Politik eine ganz andere war als die des gegenwärtigen Reichstags. Die Mitglieder des Reichstags wurden vollkommen von der politischen Kriegführung ferngehalten. Auch die Parteiführer erfuhren blutwenig über die politische Führung des Krieges; das einfache Mitglied erfuhr gar nichts. Allerdings gab es ja zeitweise auch keine politische Führung; aber selbst in den Zeiten, in denen eine solche vorhanden war, erfuhr man als Mitglied des Reichstags von ihr nichts. Nur einzelne Abgeordnete erfuhren etwas, wenn sie Beziehungen zu informierten Kreisen hatten. Wie soll aber eine total ununterrichtete Körperschaft dazu kommen, eine selbständige Politik im Gegensatz zur Regierung zu entwickeln und durchzusetzen? Das Urteil, das Herr Dr. Bredt über den alten Reichstag fällt, ist in Anbetracht seiner subalternen Stellung in den Fragen der auswärtigen Politik nicht gerechtfertigt. Allerdings hatten sich die Verhältnisse damals so gewandelt, daß etwas zu erreichen gewesen wäre, wenn der Reichstag den Mut gefunden hätte, durch einen kleinen Staatsstreich aus seiner subalternen Stellung herauszukommen. Dieser Staatsstreich hätte lediglich in der Geltendmachung eines stärkeren Machtwillens zu bestehen brauchen, der in außenpolitischen Fragen über die Bestimmungen der Verfassung hinweggegangen wäre und das parlamentarische System sozusagen vorweggenommen hätte.

Berichterstatter Abg. Dr. Dr. *Bredt*: Die ganze Friedensfrage kulminiert in der belgischen Frage. Die Friedensresolution des Reichstags war eine Tat, und der Interfraktionelle Ausschuß zur Überwachung der Friedensresolution, der damals eingesetzt wurde, hat die Reichsregierung in Schrecken versetzt; sie wußte einfach nicht, was sie mit dem Interfraktionellen Ausschuß anfangen sollte. Jetzt kam die Friedensnote des Papstes, in der der Papst die Frage an die deutsche Regierung richtete: was wollt ihr mit Belgien machen? In der Friedensresolution des Reichstags lag mit aller Deutlichkeit ausgesprochen: Belgien wird herausgegeben. Der Reichskanzler Michaelis schrieb nun an den Nuntius Pacelli: In bezug auf Belgien kann ich Ihnen leider keine Erklärung abgeben; was wir

mit Belgien machen werden, müssen wir uns vorbehalten. Damit war natürlich die päpstliche Friedensaktion erledigt. Nun erfolgte die Ernennung des Reichskanzlers Grafen Hertling. Der Reichstag hatte vorher erklärt: wir werden nur einen Reichskanzler akzeptieren, der uns genau Rede und Antwort über Belgien steht, der uns sagt, welches seine Haltung zu unseren Bedingungen ist. Der Chef des Zivilkabinetts fragte: welches sind denn Ihre Bedingungen? Darauf wurde ihm geantwortet: Änderung des Vereinsrechtes, Aufhebung des § 153 der Gewerbeordnung, Änderung der Zensurbestimmungen. Auf die weitere Frage, welche Bedingungen denn in bezug auf die auswärtige Politik gestellt würden, erfolgte die verblüffende Antwort: in bezug auf Belgien muß der Reichskanzler sich streng an das halten, was in der Antwort an den Papst über Belgien gesagt ist. In seinen ersten Reden erklärte denn auch Graf Hertling ganz vertragstreu: In bezug auf Belgien kann ich nur verweisen auf unsere Antwort an den Papst, in der wir gesagt haben, daß wir uns so gut wie alles vorbehalten. Der Reichstag hat daraufhin nichts weiter unternommen, sondern hat geschwiegen. Das ist die Katastrophe des Reichstags gewesen, und das ist das, was mich zu meinem Urteil veranlaßt hat. Man kann dem Grafen Hertling wahrhaftig keinen Vorwurf machen. Er hat seine Meinung in jeder Sitzung wiederholt. Aber kein Abgeordneter hat ihn auf die Friedensresolution hingewiesen.

Abg. Graf *v. d. Schulenburg*: Ich bin auch der Ansicht, der Reichstag hatte mit der Friedensresolution eine gewisse Initiative ergriffen, und er konnte diese Initiative weiter fortsetzen. Ich sehe die geschichtliche Schuld des Reichstags vor allem darin, daß er im Juli 1917 den Kanzler stürzte, der den Verständigungsfrieden machen wollte. Wie Bethmann Hollweg in seinen Erinnerungen sagt: in dem Moment wurde ich gestürzt, als ich die ersten zarten Friedensfühler zum Verständigungsfrieden in der Hand hatte.

Noch eins! Ich entsinne mich, daß im Frühjahr 1918 nach der großen Offensive sozialdemokratische Abgeordnete des Reichstags bei uns waren, die uns unter dem Eindruck dieser Erfolge sagten: ja, mit der Friedensresolution nehmen wir das nun nicht mehr so genau; unsere Ziele sind wieder etwas höher gespannt. Ich glaube, da liegt auch manches Versäumnis vor, das man nicht ableugnen kann.

Berichterstatter Abg. Dr. Dr. *Bredt*: Dann kommt die berühmte Ausschußsitzung vom 24. September 1918, wo Graf Hertling seine Stellungnahme kundgab, nachdem man ihm in Spa reinen Wein eingeschenkt hatte. Er ist damals innerlich ziemlich zerschmettert vor den Ausschuß gegangen; aber er war entschlossen, über die auswärtige Politik Klarheit zu schaffen. Da ist ihm im Ausschuß bedeutet worden, er solle lieber von der Verfassung reden, vom parlamentarischen Regime, und er hatte, wie sein Sohn schreibt, den deprimierenden Eindruck, daß über auswärtige Angelegenheiten niemand recht antwortete. Das Interesse für die innerpolitischen Fragen stand damals vollständig im Vordergrund.

Abg. *Bernstein*: „Reichstag" ist ein Kollektivbegriff von Parteien. Man kann wohl eine Resultante ziehen, die aus dem Zusammenwirken oder auch aus dem Gegeneinanderwirken der Parteien hervorgeht. Man kann aber nicht von einem Versagen des Reichstags sprechen. In England liegen die Verhältnisse

im Parlament ja anders als bei uns. Da hat man im wesentlichen zwei große Parteien, da kann man sagen: die regierende Partei hat damals das und das getan. Im Deutschen Reichstag ist das nicht der Fall. Von den wirklichen Verhandlungen sind wir auch ferngehalten worden und nur einzelnen Parteiführern hat man Mitteilungen gemacht. Wenn nun bei der Rede des Grafen Hertling damals dazwischengerufen wurde, er solle lieber von der Verfassung sprechen, so muß man erstens zugeben, daß das selbst in jenem Augenblick eine Lebensfrage war, sodann aber gehörten diejenigen Abgeordneten, die das dazwischen riefen, z. B. der Abg. Ledebour, nicht einmal zur Mehrheit. Daß der Reichstag als Parlament versagt hat, will ich nicht leugnen; aber das ist ein Resultat starker Gegensätze unter den verschiedenen Fraktionen des Reichstags, von denen doch damals die konservative Fraktion des Reichstags nicht nur eine Partei wie andere war, sondern mitregierende Partei, während die Mehrheit des Reichstags selbst, die die Friedensresulotion gefaßt hatte, nur auf Grund einer gegebenen dynamischen Kraft einen gewissen Einfluß gehabt hat. Die Herren von der konservativen Partei sprachen aus einem ganz anderen Bewußtsein heraus. Ich will nicht das Wort vom ungekrönten König gebrauchen; aber Sie werden mir zugeben, daß der Einfluß des verstorbenen Abgeordneten von Heydebrand und der Lase größer war als der der ganzen sozialdemokratischen Fraktion; denn hinter ihm stand die konservative Partei und dahinter das Militär, die O.H.L. usw. Da kann man das Versagen des Reichstags nicht in der Weise behandeln, wie es hier geschehen ist.

Berichterstatter Abg. Dr. Dr. *Bredt*: Die Friedensresolution ist vom Reichstag gemacht worden. Das war eine Tat der Reichstagsmehrheit gegen eine Minderheit. Warum hat diese selbe Mehrheit ihre Politik nicht festgehalten? Glauben Sie nicht, daß ich hier etwa als Anhänger des alten Regimes den Reichstag verurteilen will! Ich mache aber dem Reichstag den Vorwurf, daß er sich viel zu wenig durchgesetzt hat. Mein Vorwurf richtet sich gegen den Reichstag in dem Sinne, daß er sich nur um innere Verfassungsfragen bekümmert und keinen Versuch gemacht hat, die auswärtige Politik entscheidend zu beeinflussen.

Vorsitzender Abg. Dr. *Philipp*: Es wird das ja einer der umstrittenen Punkte sein.

Abg. Dr. *Quessel*: Wir machen also ein Fragezeichen.

(*Zustimmung.*)

Ziffer 13

In bezug auf die Kriegsziele herrschte in Deutschland keine einheitliche Auffassung. Bei einer Richtung ist der Gedanke des reinen Verteidigungskrieges niemals aufgegeben worden; hier hat daher immer grundsätzliche Bereitwilligkeit zu einem Verständigungsfrieden bestanden. Bei einer anderen Richtung bestand die Meinung, für die ungeheuren Opfer des Krieges müsse ein Ausgleich geschaffen werden durch positive Erfolge und eine Erweiterung der Machtstellung Deutschlands. Zwischen diesen beiden Auffassungen stand die dritte, welche je nach der Lage ihre Ziele enger und weiter stecken zu können glaubte.

Abg. Dr. *Spahn* (Berlin): Es heißt hier: „In bezug auf die Kriegsziele herrschte in Deutschland keine einheitliche Auffassung." Es ist die Frage, ob wir da nicht die Auffassung der Regierung näher präzisieren sollten.

Berichterstatter Abg. Dr. Dr. *Bredt*: Die Stellungnahme der Regierung stellt sich folgendermaßen dar. Die Friedensresolution wird am 19. Juli gefaßt, am 11. September kommt der Kronrat in Spa, und Graf Hertling kommt aus Spa wieder und gibt im Reichstag eine Erklärung ab, die sich mit dem Kronrat in Spa inhaltlich deckt und auf die Friedensresolution überhaupt keine Rücksicht mehr nimmt. Die Auffassung der Regierung hat sich im wesentlichen mit der Auffassung der O.H.L. gedeckt.

Abg. Dr. *Quessel*: Was die O.H.L. für den Osten als einen annehmbaren Frieden ansah, haben wir an dem Frieden von Brest-Litowsk gesehen. Ähnlich hätte, im Falle eines Sieges, der Friede der O.H.L. im Westen wohl auch ausgesehen. Es wäre ein Diktatfriede gewesen, ähnlich dem, den wir in Brest-Litowsk abgeschlossen haben. Und gerade dieser Gedanke ist es ja auch gewesen, der der französischen Seele den furchtbaren Elan bei der Abwehr der Frühjahrsoffensive gab. In Frankreich brauchte man keine Agitation, man brauchte dem einfachen Mann nur die Karte vorzulegen: so hat Deutschland den Osten umgestaltet; dasselbe steht euch bevor! Das erzeugte jenen Elan, und gegenüber diesem Elan im Westen, hervorgerufen durch den Frieden von Brest-Litowsk, konnten wir nicht mehr aufkommen. Frankreich glaubte, für Haus und Herd kämpfen zu müssen.

Vorsitzender Abg. Dr. *Philipp*: Aber die Kriegsziele der O.H.L. waren nicht positiv. Sie richteten sich nach der militärischen Lage.

Berichterstatter Abg. Dr. Dr. *Bredt*: Nein! Im Kronrat vom 11. September 1917 und vom 2. und 3. Juli 1918, beide Male in Spa, also ein ganzes Jahr auseinander, genau dasselbe! Die Kriegsziele richteten sich nicht nach der militärischen Lage.

Vorsitzender Abg. Dr. *Philipp*: Es wird sich empfehlen, zunächst die weiteren Punkte durchzusprechen. (*Zustimmung.*) Wir kommen zu IV: „Die Offensive." Es sind die Ziffern 14—20.

IV. Die Offensive

Ziffer 14—20

14. Es haben sich keine Tatsachen ergeben, aus denen eine Pflichtversäumnis der O.H.L. bei der Vorbereitung und der Durchführung der Offensive hergeleitet werden kann.

15. Für den Verlauf der Offensive ist Mangel an Munition und sonstigem Gefechtsmaterial nicht entscheidend gewesen.

16. Der Bau von Tanks wäre nur möglich gewesen durch Einschränkung der Herstellung von anderem Kriegsmaterial.

17. Der Geist der Truppe berechtigte im Frühjahr 1918 durchaus dazu, die Offensive zu wagen.

18. Die physische Leistungsfähigkeit der Truppe war gegenüber früher vermindert durch die großen Anstrengungen und die knappe Verpflegung.

19. Für die Ausbildung und Ausrüstung der Truppe im Hinblick auf die Offensive war das denkbar Mögliche geschehen.

20. Der Verlauf der Offensive ist durch Aufenthalt der Truppe bei Proviant- und Alkohollagern nicht beeinträchtigt worden.

Ziffer 14

Abg. Dr. *Quessel*: Ich muß Bedenken äußern, daß wir so positiv sagen, eine Pflichtversäumnis der O.H.L. bei der Vorbereitung und der Durchführung der Offensive habe nicht vorgelegen. Ob die Offensive wirklich so vorbereitet worden ist, wie sie bei dem damaligen Stand seelischer und physischer Entkräftung notwendig gewesen wäre, daran kann man füglich doch zweifeln. Ich habe schon, als ich gegenüber General Wetzell sprach, ausgeführt, daß natürlich die Offensivvorbereitung sich auch mit dem Umstande beschäftigen mußte, daß hier ein hungerndes Volk, das schon vier Jahre lang einen Verzweiflungskampf führte, im Kriege stand. Darauf mußte Rücksicht genommen werden. Das hat die Heeresleitung auf der Gegenseite weit besser verstanden als die deutsche. General Wetzell hat in seinem Bericht ganz richtig bemerkt, daß die Herren drüben sich vollkommen klar waren, daß nach vier Jahren Krieg man den französischen Soldaten nur noch im Schatten der Tanks zu Angriffen vorführen könne. In Deutschland scheint das bei der Vorbereitung der Offensive stark vergessen worden zu sein. Man hat die Frühjahrsoffensive nach dem Schema der Verdunschlacht vorbereitet. Daß seit jener Schlacht drei Jahre Krieg und drei Hungerjahre vergangen waren, hat man leider vergessen, obwohl auch ohne dies die Spuren der Verdunschlacht meiner Meinung nach hätten schrecken können.

Vorsitzender Abg. Dr. *Philipp*: Wir kommen zu

Ziffer 15

Abg. Graf *v. d. Schulenburg*: Ich möchte vorschlagen, statt „Gefechtsmaterial" zu sagen „Kriegsmaterial". Als Soldat kennt man nicht das Wort „Gefechtsmaterial".

Vorsitzender Abg. Dr. *Philipp*: Weitere Beanstandungen liegen nicht vor. Wir kommen zu

Ziffer 16

Vertreter des Reichswehrministeriums Oberstleutnant *Otto v. Stülpnagel*: Ich glaube, die Tankfrage ist noch nicht soweit geklärt, daß wir wirklich zu einem richtigen Schluß darüber kommen könnten. Ich habe ein Dokument, eine Äußerung der Firma Friedrich Krupp über die Frage, ob sie mehr Tanks hätte herstellen können, überhaupt Tanks in einigem Umfange. Es lautet im Auszug:

Schreiben der Firma Fried. Krupp A.-G., Gußstahlfabrik

Essen, den 27. Oktober 1921

An den

Herrn Präsidenten des Reichsarchivs

Potsdam

Zum dortigen Schreiben Nr. 12 513 B 2 vom 5. Oktober 1921

„Die Äußerung der O.H.L. vom 4. Oktober 1918 ist, soweit die Firma Krupp

für den Bau von Kampfwagen (Tanks) in Frage kommt, zutreffend. Wir waren bis zum Sommer 1918 infolge der Durchführung des Hindenburg-Programms nicht in der Lage, gleichzeitig mit den verlangten Lieferungen an Artilleriematerial, noch den Bau von Kampfwagen aufzunehmen. Für die Durchführung des Hindenburg-Programms für Artilleriematerial hatten wir uns verpflichtet, in allergrößtem Umfange neue Werkstätten zu bauen und mit den notwendigen Werkzeugmaschinen auszurüsten; sie haben aber wegen Mangel an Arbeitskräften nicht voll in Betrieb genommen werden können, so daß die auf Grund des Hindenburg-Programms von uns übernommenen Lieferungsverpflichtungen infolge des Mangels an Arbeitskräften niemals erreicht worden sind.

Diese Verhältnisse änderten sich jedoch im April 1918, als wir die Mitteilung erhielten, daß ‚in allernächster Zeit der Geschützfertigung zugunsten anderen wichtigen Kriegsmaterials weitere Arbeitskräfte und Betriebsstoffe entzogen werden müßten', und somit mit einer Einschränkung des Hindenburg-Programms gerechnet werden konnte. Nunmehr bot sich uns die Möglichkeit, im Einklang mit einer Anregung der O.H.L., uns auch mit dem Bau von Tanks zu befassen. Die diesbezüglichen Verhandlungen begannen im Frühjahr 1918 und führten zu der Bestellung von 85 Tanks, deren Lieferung Januar 1919 beginnen sollte.

Die Schwierigkeit bei dieser unserer Zusage lag aber in der Beschaffung der für den Antrieb der Tanks notwendigen Motoren, die uns durch Vermittlung der O.H.L. von fremder Firma beigestellt werden sollten. Wir entnehmen aus dieser Tatsache, daß der deutschen Motorenindustrie auch damals noch die Bereitstellung von Motoren über das Lastkraftwagenprogramm hinaus Schwierigkeiten bereitete, so daß die diesbezüglichen Bemerkungen in der Abhandlung der O.H.L. wohl richtig sein dürften, d. h. daß der Tankbau bis zum Sommer 1918 in größerem Maße nicht möglich war, weil die deutsche Industrie die Motoren nicht schaffen konnte. Wir betonen, daß wir für diese Auffassung keinen anderen Grund angeben können, als die eben erwähnten Schwierigkeiten bei der Beschaffung der Motoren im Sommer 1918."

Wir brauchten Motoren für Lastkraftwagen, für die U-Boote, für die Flieger. Über dieses Programm hinaus konnten Motoren nicht hergestellt werden. Die Frage ist mindestens strittig.

Es wird beschlossen, etwa folgende Fassung zu wählen:

„Herstellung von anderem mit Motoren ausgestatteten Kriegsmaterial."

Ziffer 17

Abg. Dr. *Quessel*: Ich bin mit dem Wortlaut nicht ganz einverstanden. Der Geist der Truppe war im Frühjahr 1918 so: alles wollte nach Hause. Die Leute, die aus dem Osten nach dem Westen mußten, gehorchten nur mit bitterem Gefühl. Das gilt auch für die Offiziere.

Abg. *Bernstein* bestätigt diese Auffassung.

Vorsitzender Abg. Dr. *Philipp*: Die Stimmung „nach Hause" war gewiß vorhanden; aber sie ist für viele das Motiv gewesen, sich nun doch mit aller Kraft in die Offensive zu stürzen, weil sie glaubten, dadurch würde eher Schluß.

Abg. Graf *v. d. Schulenburg*: Auch im Kriege 1870 wollte schon nach einem halben Jahre alles nach Hause. Wir haben alle von dem Krieg draußen reichlich genug gehabt. Die Stimmung der Truppe an der Front war im Frühjahr 1918 so, daß sie es unter allen Umständen ablehnte, weiterhin diese furchtbaren Abwehrschlachten zu schlagen. Wenn gefochten werden mußte, konnte nur offensiv gefochten werden. So verstehe ich diesen Satz hier. Für eine solche Offensive war der Geist der Truppe gut. Die Truppen haben in der Offensive auch das Höchste geleistet, was überhaupt zu leisten war.

Sekretär Dr. *Bloch*: Ich kann vom Standpunkt des kleinen Frontoffiziers aus nur das wiederholen, was Herr Abg. Graf v. d. Schulenburg soeben geäußert hat.

Vertreter des Reichswehrministeriums Oberstleutnant *Otto v. Stülpnagel*: Ich habe ganz die gleiche Stimmung bei allen Truppen bei der Armentières-Offensive gefunden. Der Geist war tadellos. Die Auffassung der breitesten Massen der Soldaten war, nachdem die Märzoffensive verloren war: dann wollen wir wenigstens an dieser Stelle, bei Armentières, zum Ziele kommen.

Vorsitzender Abg. Dr. *Philipp*: Es wird wohl nicht schwer fallen, über diesen Punkt zu einer Verständigung zu kommen.

Ziffer 18

Abg. Graf *v. d. Schulenburg*: Ich bin mit dieser Fassung nicht einverstanden. Ich stehe auf dem Standpunkt, daß die physische Leistungsfähigkeit in diesen Angriffsschlachten die höchste Höhe erreicht hat, die damals möglich war. Natürlich war unser Heer 1918 nicht mehr dasselbe wie 1914. Aber trotzdem haben die Truppen Außerordentliches geleistet. Ich würde vorschlagen, die Ziffer 18 so zu formulieren:

> „Die physische Leistungsfähigkeit der Truppe war gegen früher zwar vermindert, besonders durch knappe Verpflegung, hat aber den Erfolg nicht beeinträchtigt."

Berichterstatter Abg. Dr. Dr. *Bredt*: Mein Gesichtspunkt war eigentlich ein anderer. Ich wollte eine Art Entschuldigung vor der Weltgeschichte zum Ausdruck bringen, wenn ich sagte: Eine Grenze gibt es doch einmal, wo etwas aufhört. Ich wollte damit auch sagen: wir sind zwar militärisch geschlagen worden, aber das A und O ist die englische Hungerblockade. Wenn unsere Leute zu Hause und wenn die Truppen genügend zu essen bekommen hätten, hätten wir den Krieg gewonnen.

Abg. Graf *v. d. Schulenburg*: Ich wollte diesen Gesichtspunkt in die Ziffer 21 bringen.

Vorsitzender Abg. Dr. *Philipp*: Vielleicht gehen wir gleich ein paar Ziffern weiter, weil sie eng zusammenhängen.

Gegen Ziffer 19 erhebt sich kein Bedenken.

Ziffer 20

Vertreter des Reichswehrministeriums Oberstleutnant *Otto v. Stülpnagel*: Es gibt Schriften — ich glaube seitens des Temperenzlerbundes —, wo einzelne hierhergehörige Tatsachen stark unterstrichen werden. Ich habe bei Armentières

auch die Erfahrung gemacht, daß Dutzende von Leuten unter dem Einfluß des Alkohols gänzlich erledigt waren. Es war ein Schlaraffenland. Es waren dort die Rotweinfässer angeschlagen, die ganzen Keller waren voll Rotwein gelaufen, eine Menge Leute lagen betrunken daneben. Es können Einzelerscheinungen gewesen sein. Aber wir haben seinerzeit gesagt: bei Armentières ist die Sache zu einem guten Teil daran gescheitert.

Vorsitzender Abg. Dr. *Philipp*: Der Gesamtverlauf ist meines Erachtens durch solche alkoholischen Exzesse nicht beeinträchtigt worden. Die Tatsache gelegentlicher Exzesse findet sich 1918 nicht zum ersten Mal. Schon im August 1914 in Lothringen ist ähnliches vorgekommen.

Abg. Graf *v. d. Schulenburg*: In dem großen Angriff im März gab die O.H.L. Tagesziele. Diese sind von der Truppe an jedem Tage lange vor Abend erreicht worden. In der Maioffensive ist die Truppe an jedem Tage weit über die Tagesziele hinausgegangen. Eine Beeinträchtigung hat also nicht stattgefunden.

Abg. *Bernstein*: In der fraglichen Schrift werden mehrfach Beispiele angeführt, wo bestimmte Truppenteile, die sehr wichtig waren, versagt haben, deren Versagen also entscheidend gewesen ist.

Vorsitzender Abg. Dr. *Philipp*: Der Hauptvorwurf geht ja dahin, daß die Munitionskolonnen den Alkohol zum Teil auf ihre Fahrzeuge mitnehmen konnten und ihren Dienst nicht korrekt verrichteten.

Wir wollen einstweilen fortfahren.

V. Der militärische Zusammenbruch

Ziffer 21

Das Scheitern der Offensive erklärt sich daraus, daß die körperliche Leistungsfähigkeit der Truppe und der Vorrat an Gefechtsmaterial schließlich nicht mehr ausreichte.

Abg. Graf *v. d. Schulenburg* schlägt folgende Fassung des Punktes 21 vor:

„Die Offensiven im März und Mai haben große Erfolge, aber keine Entscheidung gebracht. Sie scheiterten nicht wegen ungenügender Leistungen der Truppen, sondern deshalb, weil bei abnehmender eigener Gefechtskraft die Stärke der Gegner ständig wuchs."

Der Ausschuß stimmt dieser Fassung zu.

Gegen

Ziffer 22

Die deutsche Front war deswegen nicht mehr haltbar, weil nach dem völligen Zusammenbruch Bulgariens und Österreich-Ungarns auch die Lage des deutschen Feldheeres völlig verändert war

wird Widerspruch nicht erhoben.

An

Ziffer 23

Das Fehlen rückwärtiger Stellungen erklärt sich aus dem Fehlen der nötigen Arbeitskräfte und der Zusammenfassung aller verfügbaren Kräfte für die Offensive

soll Punkt 8 (Ostfrieden) angeschlossen werden.

Vorsitzender Abg. Dr. *Philipp*: Hier wäre die Frage zu prüfen, ob man nicht eine Bemerkung über den damaligen Gefechtswert der festen Stellung einfügt. Durch Ausführungen des Generals Wetzell ist klargestellt, daß im Jahre 1918 befestigte Stellungen nicht mehr einen solchen Wert wie 1914 oder 1915 gehabt haben.

Abg. Graf *v. d. Schulenburg*: Das will ich nun doch nicht sagen. Im Winter 1916/17 haben wir namentlich die starke Hindenburg-Stellung gehabt, und wir waren im Jahre 1918 sehr dankbar, daß wir sie hatten; denn wir haben beim Zurücknehmen der einzelnen Armeen wesentlich damit operiert, daß wir wußten: dort ist eine starke Stellung. Bei einer solchen Stellung ist nicht an eine befestigte Linie zu denken, sondern an Zonen, die in sich nach der Tiefe gegliedert sind. Der Ausbau der Hindenburg-Stellung hatte aber ein Jahr gedauert. Später noch einmal eine ähnliche Stellung zu bauen, dazu fehlten die Arbeitskräfte. Die belgischen Arbeiter, die zunächst dazu verwandt wurden, mußten auf einen Protest hin wieder nach Belgien zurücktransportiert werden. Unsere Leistungsfähigkeit in dieser Beziehung hatte mit dem Ausbau der Hindenburg-Stellung und damit, daß im Osten unsere Truppen gebunden waren, ihr Ende.

Ziffer 24

Das Waffenstillstandsangebot vom 29. September bedeutet die Erkenntnis, daß der Krieg mit den Waffen verloren war

bleibt unbeanstandet.

VI. Der Waffenstillstand

Ziffer 25

Die O.H.L. hat noch im Juli 1918 an einen siegreichen Ausgang des Krieges geglaubt und in diesem Sinne sowohl den Kaiser wie den Reichskanzler unterrichtet

bleibt unbeanstandet.

Ziffer 26

Nach dem 8. August 1918 hat die O.H.L. sich keinem Zweifel über den Ausgang des Krieges mehr hingegeben, hat aber immer noch den strategischen Abwehrsieg für möglich gehalten und insofern den Glauben an einen guten Ausgang des Krieges aufrechterhalten. In diesem Sinne unterrichtete sie sowohl die Reichsregierung wie die Presse.

Berichterstatter Abg. Dr. Dr. *Bredt*: Der Ausdruck „strategischer Abwehrsieg" stammt nicht von mir, sondern von Hindenburg oder Ludendorff.

Abg. Dr. *Quessel*: Gegen die Fassung dieses Punktes habe ich Bedenken. Wenn es hier heißt: „Nach dem 8. August 1918 hat die O.H.L. sich keinem Zweifel über den Ausgang des Krieges mehr hingegeben", so mag das an und für sich richtig sein. Aber die Informationen der O.H.L. an die politische Leitung klangen wesentlich anders, als ihre innere Überzeugung. Ich habe mir in mein Notizbuch eingeschrieben:

„31. August. Die O.H.L. berichtet dem Reichskanzler Hertling durch Oberst v. Winterfeldt, daß sie mit Zuversicht dem Entscheidungskampf entgegensehe."

Diese Angabe kann sich, wie ich glaube, auf Dokumente stützen, weil ich mir solche Notizen nur auf Grund von Dokumenten zu machen pflege. Ja, noch mehr! Am 15. September — also 14 Tage später — habe ich folgende Notiz gemacht:

„Die O.H.L. bezeichnet gegenüber dem Reichskanzler (Hertling) die Lage an der Front als zufriedenstellend und die Stimmung der Truppen als ausgezeichnet."

Auch dafür glaube ich, daß sich Dokumente herbeischaffen ließen. Erst am 28. September ergibt sich das Eingeständnis der Niederlage:

„O.H.L. verlangt sofort die Umbildung der Regierung nach links und Friedensangebote an die Entente."

Diesen Wunsch Hindenburgs und Ludendorffs auf Hereinnahme sozialdemokratischer Minister in die kaiserliche Regierung haben wir in unserer Fraktion als das Eingeständnis der völligen militärischen Niederlage aufgefaßt. Wenn Ludendorff Sozialdemokraten als Minister rief, dann war der Krieg verloren. Das wußten wir.

Abg. Graf *v. d. Schulenburg*: Ich habe in jenen Monaten viele persönliche und telephonische Gespräche mit Ludendorff gehabt. Darüber waren wir uns alle klar, daß die Lage für uns an der Westfront außerordentlich ernst geworden war. Sie sehen es schon daraus: es mußten soundso viele Divisionen aufgelöst werden, um überhaupt noch die Gefechtstärke aufzufüllen. In den Bataillonen mußte schließlich die Zahl der Kompagnien von 4 auf 3 eingeschränkt werden. Wir waren uns ganz klar darüber, daß gegen die sich ständig verstärkende überwältigende Übermacht ein Operieren nur im Ausweichen möglich war, d. h., indem man den Feind angreifen ließ und, wo er eingebrochen war oder die Front zurückgedrückt hatte, entsprechend die Nebenarmeen oder die Nebenverbände zurücknahm. Es war ein ständiges langsames Zurückgedrängtwerden und es kam nur darauf an, daß die Linie nicht an einer Stelle auseinandergerissen wurde. Insofern hat die O.H.L. die Lage an der Front als gut oder zuversichtlich bezeichnet, als dieser Unglücksfall nirgends eingetreten und trotz Rückschlägen an einzelnen Stellen immer der große Zusammenhang bis zuletzt gewahrt geblieben ist. Aber daß sich die O.H.L. vom August ab noch irgendwelchen Hoffnungen auf einen — wie soll ich sagen — günstigen Ausgang des Krieges hingegeben haben könnte, ist nach meinen persönlichen Feststellungen auf Grund von dauernden Besprechungen mit General Ludendorff allein und im Beisein von Exzellenz v. Kuhl und anderen ganz ausgeschlossen. Wie weit nun die Auseinandersetzungen zwischen der O.H.L. und der Reichsleitung gegangen sind, das weiß ich nicht. Aber ich glaube, aus der damaligen Situation konnte doch jedermann den Schluß ziehen, daß sich die Aussichten für uns grundlegend geändert hatten.

Berichterstatter Abg. Dr. Dr. *Bredt*: Das einzig große Dokument aus der Zeit zwischen dem 8. August und dem 28. September ist der Bericht über den Kronrat in Spa am 13. und 14. August, in dem Hertling erscheint und fragt: wie denkt

ihr euch die Sache? Es ist das berühmte Protokoll, in dem es heißt: Der Feldmarschall hofft, auf französischem Boden in der Abwehr stehen bleiben zu können, um auf diese Weise zu einem erträglichen Frieden zu kommen; aus dem „hofft" hat dann General Ludendorff „führt aus" gemacht. Ich habe bei der Ausarbeitung der Thesen nur mit diesem Dokument operiert, das bis zum 28. September wirkt. Bis dahin ist eine offizielle Stellungnahme nicht mehr erfolgt.

Abg. Dr. *Quessel*: Zu Ziffer 26 möchte ich auf Grund der Daten, die ich niedergeschrieben habe, und die durch die ganze Presse bekanntgegeben worden sind, zum mindesten hier einen Satz einschalten, der den Zweifel ausdrückt, ob die O.H.L. ihre militärisch-strategische Erkenntnis gegenüber der politischen Leitung auch mit gehörigem Nachdruck vorgetragen hat. Die Bemerkung, daß die Politiker sich einigermaßen auch ohne solche Aufklärung seitens der O.H.L. klar sein mußten, wie die Dinge ständen, kann man nicht unbedingt unterschreiben. Ich möchte Herrn Grafen v. d. Schulenburg nur daran erinnern, daß sich nach der Marneschlacht Dutzende Köpfe fanden, die mit vielem Fleiß Annexionsprogramme ausarbeiteten. Man hat sich also damals durch die Militärs leicht genug täuschen lassen. Die Militärs glaubten, man brauche nicht so klar und nachdrücklich zu sprechen, weil das sonst von der Agitation auf feindlicher Seite gegen uns ausgenutzt würde. Man drückte sich also milde und etwas schleierhaft aus, was aber von unseren Politikern als bare Münze genommen wurde. Wo sich nur ein Hoffnungsschimmer zeigte, griff man mit beiden Händen zu.

Abg. *Bernstein*: Im Oktober war als Abgesandter der O.H.L. Major v. d. Bussche hier in Berlin zu einer Besprechung, zu der die Führer der Fraktionen hinzugezogen wurden. Seine Mitteilungen hatten eine furchtbare Wirkung; am ergriffensten war damals Ebert, wie mir Haase, der für die Unabhängigen damals teilnahm, unmittelbar nach der Sitzung erzählt hat. Herr v. Heydebrand usw. waren durch die Mitteilungen direkt konsterniert, vernichtet. Daß es so stehe, hatten sie nicht geglaubt.

Vorsitzender Abg. Dr. *Philipp*: Es wird gut sein, wenn man die Auslassungen der O.H.L. für die Monate August und September zusammenstellt.

Ziffer 27 und 28

Die nach dem 8. August von der Reichsregierung gemachten Versuche, noch zu einem erträglichen Frieden zu kommen, standen im Zeichen der militärischen Ereignisse. Der Staatssekretär v. Hintze hat das Mögliche versucht, konnte aber angesichts der militärischen Lage zu keinem Erfolge gelangen.

Am 29. September war die O.H.L. auf dem Punkte angelangt, daß sie nur noch in einem tunlichst sofortigen Waffenstillstand die Rettung erblickte. Von da an war jede erfolgreiche Tätigkeit der Reichsregierung in bezug auf Herbeiführung eines erträglichen Friedens unmöglich.

Abg. Graf *v. d. Schulenburg*: Ich habe gegen den Schluß von Ziffer 28 Bedenken, wo es heißt:

„Von da an war jede erfolgreiche Tätigkeit der Reichsregierung in bezug auf Herbeiführung eines erträglichen Friedens unmöglich."

Ich würde sagen: „außerordentlich erschwert". Ich bin mir klar, daß wir damals überhaupt nur noch mit großen Opfern herauskommen konnten, aber doch nicht mit dem Frieden, wie er tatsächlich dann geworden ist.

Abg. Dr. *Quessel*: In den verschiedenen Fraktionen bestand in dieser Frage keine Einmütigkeit. Ich mit einem kleinen Kreis von Freunden vertrat in der Sozialdemokratischen Fraktion den Standpunkt, daß man unter keinen Umständen die furchtbaren Forderungen Wilsons annehmen dürfe. Ich sah keine Möglichkeit für die schnelle Herbeiführung eines Friedens darin, daß man sich gerade an den Feind wandte, der durch den Krieg noch nicht gelitten hatte. Ich hielt es für richtig, daß wir uns mit unserer Friedensbitte an den wandten, dessen Volk vollständig abgekämpft war, an Frankreich. Als Ziel Frankreichs hatten die französischen Staatsmänner die Wiedergewinnung Elsaß-Lothringens, aber nie die Wiederherstellung Polens ausgegeben. Polens Wiederherstellung war eine angelsächsische aber keine französische Forderung. Hätte man damals Frankreich gesagt: wir wollen Elsaß-Lothringen zurückgeben und bauen auch die zerstörten Gebiete wieder auf, so wäre wohl ein Friede nicht über New York, aber über Paris möglich gewesen, und dieser Friede wäre uns billiger gekommen

Berichterstatter Abg. Dr. Dr. *Bredt*: Ich möchte mich den beiden Vorrednern anschließen und den zweiten Satz in Ziffer 28 folgendermaßen fassen:

„Von da an war jede erfolgreiche Tätigkeit der Reichsregierung in bezug auf Herbeiführung eines erträglichen Friedens außerordentlich erschwert."

VII. Zusammenfassung

Ziffer 29

Der Unterausschuß ist zu dem Ergebnis gekommen, daß keine Feststellungen gemacht werden können, welche es rechtfertigen, nach irgendeiner Seite hin zu einem Schuldurteil zu gelangen. Er kann nur die großen leitenden Gesichtspunkte der einzelnen Stellen feststellen.

Abg. Dr. *Quessel*: Gegen Ziffer 29 habe ich starke Bedenken. Diese Ziffer müßte nach meiner Auffassung anders formuliert werden. Daß nun gar kein Mensch irgendwelche Schuld trüge, kann ich doch nicht unterschreiben. Nach meiner Meinung hat die oberste politische Leitung, die in den Händen des Kaisers und des Reichskanzlers lag, versagt. Der Reichstag hat auch nicht immer das geleistet, was er vielleicht den Umständen nach hätte leisten können, wenn er sich über gewisse Kompetenzen hinweggesetzt hätte. Daß die O.H.L. auf der Höhe gewesen wäre, kann ich auch nicht sagen. Auf mich hat schon in meiner Jugend der Ausspruch Moltkes einen starken Eindruck gemacht, er müsse es ablehnen, als großer Feldherr gefeiert zu werden, es sei ihm eben alles geglückt; das Glück kennzeichne aber nicht den großen Feldherrn, sondern der große Feldherr zeige sich erst im Unglück, wenn er ohne sein Verschulden eine Schlacht verloren habe und nun die Aushilfsmittel finde, um diesen Schlag zu kompensieren. In diesem Ausspruch kommt natürlich auch die große Bescheidenheit Moltkes zum Ausdruck, aber etwas Wahres ist daran. Daß unsere O.H.L. jene Merkmale, die Graf Moltke als Kennzeichen großer Feldherren aufstellt, gezeigt habe, habe ich im Verlaufe des Krieges beim besten Willen nicht gefunden.

Berichterstatter Abg. Dr. Dr. *Bredt*: Ich habe in den Thesen das Wort „Schuldurteil" gebraucht. Wenn wirklich ein Feldherr im entscheidenden Moment nicht auf der Höhe ist, so ist das ein persönlicher Mangel, aber keine Schuld. Eine Schuld liegt dann vor, wenn der Betreffende etwas tut, wovon er weiß, daß es schadet. Herr Prof. Delbrück behauptet ja, daß Ludendorff das Vaterland seinem Ehrgeiz geopfert habe. Das wäre ein Schuldurteil. Aber daß der Generalstab, meinethalben auch der Kaiser und der Reichskanzler, im entscheidenden Moment nicht auf der Höhe waren, ist noch keine Schuld. Wir haben zu untersuchen, ob irgend jemand da ist, der zur Verantwortung gezogen werden könnte. Ein Schuldurteil würde ich nur dann abgeben, wenn wir zu dem Ergebnis kämen, der und der gehört — um es einmal drastisch auszudrücken — vor das Reichsgericht.

Vorsitzender Abg. Dr. *Philipp*: Das ist zweifellos der ursprüngliche Sinn unserer Untersuchung. Wenn wir nun die Konsequenzen daraus ziehen, dürfen wir aber nicht sagen, daß wir zu keinem Schuldurteil gelangen, sondern wir können lediglich feststellen, daß die Ergebnisse der Untersuchung nach unserer Ansicht nicht als Grundlage für eine Anklage oder für die Begründung einer Schulduntersuchung dienen können.

Abg. *Bernstein*: So ausschließlich ist der Schuldbegriff nicht, wie Herr Dr. Bredt ihn hinstellt, der von einer Schuld in kriminellem Sinne sprach. Es gibt auch eine andere Schuld, die nicht kriminell ist. Man könnte ein anderes Wort dafür wählen, etwa das Wort „Verantwortung". Aber ich will mich über die militärischen Dinge nicht äußern, weil ich davon nichts verstehe. Jedenfalls können wir in den Thesen über die Verantwortung nicht ohne weiteres hinweggehen.

Ziffer 30

Die O.H.L. hat den Gedanken eines siegreichen Friedens vertreten, solange ihr die Möglichkeit eines militärischen Erfolges an der Westfront zu bestehen schien.

Abg. Dr. *Spahn* (Berlin): Ist die Fassung in Punkt 30 nicht etwas zu allgemein gehalten, namentlich in bezug auf Belgien?

Berichterstatter Abg. Dr. Dr. *Bredt*: Ich glaube nicht. Die Möglichkeit des militärischen Erfolges bestand doch für die O.H.L., wie ich in Punkt 26 gesagt habe, bis zum 8. August 1918. Bis zum 8. August hielt die O.H.L. auch daran fest, daß die Sache schon gut gehen werde. Bis dahin ist offiziell in bezug auf Belgien der bisherige Standpunkt festgehalten worden. Am 8. August gab die O.H.L. den Gedanken einer siegreichen Beendigung des Krieges auf. Am 13. August bekamen der Reichskanzler und der Staatssekretär die Vollmacht, in bezug auf Belgien zu erklären, daß man auf nichts mehr bestehe. Das kommt in dem Protokoll vom 13. August zum Ausdruck.

Ziffer 31

Die Reichsregierung hat sich auf das Urteil der O.H.L. verlassen, bis diese selbst die Unmöglichkeit des Sieges und schließlich die völlige Niederlage zugestand.

Vorsitzender Abg. Dr. *Philipp*: In Ziffer 31 möchte ich den Ausdruck „völlige Niederlage" beanstanden. Die Erkenntnis, daß nichts mehr zu machen war,

war vorhanden; aber zu der völligen militärischen Niederlage ist es nicht gekommen. Denn der Zweck des ganzen Vorstoßes war ja, die völlige Niederlage zu verhüten, also zu der Atempause zu kommen, an die sich nachher vielleicht neue Hoffnungen knüpfen konnten.

Man könnte vielleicht Ziffer 31 folgendermaßen fassen:

„Die Reichsregierung hat sich auf das Urteil der O.H.L. verlassen, bis die Unmöglichkeit des Sieges und schließlich der militärische Verlust des Krieges zu erwarten war."

Abg. Graf *v. d. Schulenburg*: Ich sehe keinen Grund für diese Änderung. Die vorliegende Fassung genügt vollständig.

Vorsitzender Abg. Dr. *Philipp*: Es wird vorgeschlagen, zu sagen:

„Die Reichsregierung hat sich auf das Urteil der O.H.L. verlassen, bis diese selbst die Unmöglichkeit des Sieges zugestand und schließlich die Liquidierung des Krieges verlangte."

Abg. Dr. *Quessel*: Nach meinen Aufzeichnungen und Erinnerungen hatten die Politiker noch Ende September gar keine Vorstellung davon, daß die Lage so schlimm sei, wie sie Graf v. d. Schulenburg als eine bei den Militärs schon vorhandene Einsicht uns geschildert hat. Die Politiker standen unter der Suggestion, daß wir doch noch gut aus der Sache herauskommen würden. Erst im Oktober wurde der Zusammenbruch auch für den Reichstag zur Tatsache.

Ziffer 32

Der Reichstag hat es unterlassen, von sich aus mit der notwendigen Willensstärke auf die Herbeiführung eines Verständigungsfriedens hinzuwirken.

Abg. Dr. *Quessel*: In Ziffer 32 müßte auch etwas darüber gesagt werden, daß es eine Periode gab, in der der Reichstag eine Initiative entwickelte. Das war nach der russischen Revolution, als man eine Offensive der revolutionären russischen Streitkräfte zu erwarten hatte. Die Gefahr dieser Offensive der revolutionären Truppen Rußlands hat den Reichstag stark beeindruckt, und unter diesem Eindruck ist damals die Friedensresolution gefaßt worden, an der meine Partei konsequent festgehalten hat, was von den anderen Parteien nicht gilt; denn diese haben sich von der Friedensresolution späterhin mehr oder weniger losgesagt. Deshalb müßten wir Punkt 32 etwas ergänzen. Man kann nicht sagen, daß die jetzige Fassung falsch wäre; aber sie muß deutlicher werden.

Vorsitzender Abg. Dr. *Philipp*: Ich möchte anregen, daß wir die Frage der Mitwirkung des Reichstags noch einmal besonders nachprüfen. Es ist möglich, daß wir zu dem Ergebnis kommen: wir stellen diese Frage bis zu dem ausführlichen Referat des Herrn Dr. Bredt zurück, begnügen uns hier mit einer allgemeinen Wendung oder lassen die Sache zunächst ganz ausfallen.

(Zustimmung.)

Der Vorsitzende dankt zum Schluß der Sitzung dem an die Front versetzten Oberstleutnant *Otto v. Stülpnagel*, der als Vertreter des Reichswehrministeriums den Untersuchungsausschuß in wirksamster Weise unterstützt habe, für seine außerordentliche, verdienstvolle Mitarbeit.

Sitzung, Mittwoch, den 29. April 1925

Fortsetzung der Aussprache über eine Entschließung zur Frage des militärischen Zusammenbruchs im Jahre 1918

Vorsitzender Abg. Dr. *Philipp*: Es liegen zur Besprechung folgende Entwürfe vor. Zunächst der zweite Entwurf der Thesen des Berichterstatters Dr. Bredt[1]), zweitens ein Entwurf von mir[2]). Ich habe mir erlaubt, in einem „vorläufigen Entwurf" einer Entschließung aus den besprochenen Vorschlägen des Berichterstatters die Fragen, die ohne Zwang im zweiten Teile unserer Untersuchung untergebracht werden können, fortzulassen und eine Reihe von Einschaltungen zu machen, die mir notwendig erschienen. Zu diesen meinen Vorschlägen haben dann die beiden Sekretäre des Ausschusses Dr. Fischer und Dr. Bloch Abänderungsvorschläge[3]) gemacht, mit denen ich mich abfinden könnte. Schließlich steht noch ein weiterer Vorschlag von mir zur Beratung, der unter der Bezeichnung „Deckblätter zu dem vorläufigen Entwurf von Dr. Philipp"[4]) vorliegt. Es handelt sich nun um die Frage, welcher dieser Entwürfe der Beratung zugrunde gelegt werden soll, wobei erwogen werden kann, ob nicht eine Redaktionskommission aus allen Entwürfen etwas Einheitliches zusammenstellt.

Abg. *Eichhorn*: Die beste Grundlage für eine Beratung ist nach meinem Dafürhalten der zweite Entwurf des Berichterstatters Dr. Bredt, und zwar deswegen, weil er sehr knapp gehalten ist. Vielleicht lassen sich einige Umstellungen in formaler Hinsicht vornehmen, zum Beispiel zuerst die militärische und politische Leitung, daran anschließend die Friedensbemühungen, dann die Offensive, der Zusammenbruch, die Frage des Verschuldens und schließlich die Zusammenfassung. Auf dieser Grundlage werden wir wohl zu einem guten Ergebnis kommen. Trotzdem kann man zur Vornahme der endgültigen Redaktion einen kleinen Ausschuß einsetzen. Mit dem dritten Abschnitt der Entschließung Dr. Bredt kann man auch inhaltlich, abgesehen von ganz wenigen Änderungen einverstanden sein. Die Vorschläge der Herren Sekretäre gehen zu sehr in Details ein und scheinen mir außerdem in manchen Stellen an Widersprüchen zu leiden. Ich würde also bitten, den zweiten Entwurf Dr. Bredt zur Grundlage zu nehmen.

Berichterstatter Abg. Dr. Dr. *Bredt*: Der Ausschuß hatte einen Berichterstatter gewählt, der Thesen aufstellen sollte. Das ist geschehen, und darauf haben wir fünf Stunden lang diese Thesen mit einem gewissen Ergebnis durchgenommen. Ich bin erstaunt, daß Herr Dr. Philipp jetzt mit einem ganz neuen Entwurf kommt. Nachdem wir einmal einen Weg eingeschlagen haben, müssen wir ihn auch weiter verfolgen. Wir sollten froh sein, daß wir uns auf einem gangbaren Weg befinden und zu einem Abschluß kommen können. Ich habe nach dem Protokoll

[1]) Anlage 1 S. 419.
[2]) Anlage 2 S. 422.
[3]) Anlage 3 S. 428.
[4]) Anlage 4 S. 434.

der vorigen Sitzung meine Thesen durchgearbeitet und dort, wo Änderungen vorgesehen waren, diese angebracht. Auch den Gegenentwurf Dr. Fischer habe ich nach Möglichkeit hineingearbeitet. Nachdem wir so weit gekommen sind, sollten wir auch auf diesem Weg weitergehen.

Vorsitzender Abg. Dr. *Philipp*: Mein Ziel war, durch eine andere Gruppierung wie durch Ergänzung der Bredtschen Thesen den Abschluß unserer Arbeiten zu erleichtern. Mein Entwurf enthält die Beschlüsse, die wir in der vorigen Sitzung gefaßt haben; sie sind in zeitlicher Folge zusammengestellt. Bei der Durchsicht der Bredtschen Thesen habe ich Lücken vorgefunden; so waren z. B. eine ganze Reihe von Thesen des Oberst Schwertfeger, betr. Staatssekretär v. Hintze, die vom Ausschuß nicht angefochten waren, unberücksichtigt geblieben. Warum sollten die nicht aufgenommen werden? Ich wollte also eine engere Verbindung unserer Ergebnisse mit den Gutachten herbeiführen. Nicht *eine* These von Dr. Bredt ist in meinem Entwurf unter den Tisch gefallen, sofern sie nicht den zweiten Teil unserer Untersuchung betrifft. Ich habe ferner durch meine Einleitung zugleich eine Überleitung zum zweiten Teil unserer Gesamtuntersuchung schaffen wollen, damit der erste nicht isoliert dasteht. Deswegen habe ich vorgeschlagen, den Untersuchungsstoff zu gliedern in 1. Oberste Heeresleitung, Reichsregierung, Kaiser — also die engere Frage der Kriegführung —, 2. Reichstag, Heimatpolitik, Umsturzbewegung. Mein Ziel war, etwas Organisches zu schaffen. Wir haben das Interesse, von dem, was hier als unumstritten anerkannt war, möglichst viel in die Entschließung hineinzunehmen. Es besteht mithin kein sachlicher Gegensatz zu Herrn Dr. Bredt, sondern es handelt sich im wesentlichen um eine Frage der Anordnung unserer zu fassenden Beschlüsse. Mit der Einsetzung eines Redaktionsausschusses bin ich einverstanden.

Berichterstatter Abg. Dr. Dr. *Bredt*: In der letzten Sitzung sind wir zu einem brauchbaren Ergebnis gekommen. Es hat meine Erwartungen weit überstiegen, daß eine so weitgehende Übereinstimmung zwischen Deutschnationalen und Sozialdemokraten zustande gekommen ist. Wenn nun auch Herr Eichhorn die Möglichkeit zu einer Verständigung sieht, dann wäre es angebracht, zuerst seine Einwände noch zu hören und nach Möglichkeit zu berücksichtigen, damit wir evtl. zu einem ganz einheitlichen Ergebnis gelangen. Eine Umgruppierung ist dann eine Äußerlichkeit, wenn wir uns über den materiellen Inhalt geeinigt haben.

Abg. *Eichhorn*: Noch ein paar Worte über den formalen Aufbau. Eine chronologische Ordnung halte ich nicht für richtig, da es sich mehr um den sachlichen Aufbau handelt. Da wir lediglich den Zusammenbruch untersuchen sollen, müssen wir die militärische und die politische Leitung an die Spitze stellen. Dann kommen die Friedensbemühungen, darauf die Offensive, woran sich dann der Zusammenbruch und die Frage des Verschuldens anknüpft. Ich halte es für ein sehr großes Verschulden der Obersten Heeresleitung, daß sie, nachdem bereits am 8. August feststand, daß mit militärischen Mitteln ein Sieg nicht mehr zu erringen ist, bis Ende September gewartet hat, ehe sie das Waffenstillstandsangebot verlangte. Dieses Verschulden hat nicht nur politische, sondern auch moralische Bedeutung, infolge der Opfer, die in der letzten Zeit

noch gefallen sind. Wenn Herr Dr. Bredt mit der Umstellung einverstanden ist, können wir auch den Vorschlag von Dr. Philipp zugrunde legen, wobei manches zu kürzen wäre.

Vorsitzender Abg. Dr. *Philipp*: Die Vorschläge in bezug auf die Anordnung des Stoffes des Herrn Abg. Eichhorn decken sich restlos mit meiner Umgruppierung. Das chronologische Prinzip ist gleichzeitig das logische Prinzip.

Abg. Dr. *Moses*: Ich bitte, den Entwurf Dr. Philipp als Grundlage zu nehmen.

Vorsitzender Abg. Dr. *Philipp*: Wenn der Ausschuß damit einverstanden ist, wird der „Vorläufige Entwurf" von mir als Grundlage genommen.

Der Ausschuß beschließt, den zweiten Entwurf Dr. Bredt, den „Vorläufigen Entwurf" Dr. Philipp und die dazu vorliegenden Abänderungsanregungen Dr. Fischer und Dr. Bloch gemeinsam zur Beratung zu stellen.

Zunächst behandelt der Ausschuß die Einleitung des Entwurfs Dr. Bredt und die Punkte 1 bis 5 des „Vorläufigen Entwurfs" Dr. Philipp.

Abg. Dr. *Quessel*: Wir haben sehr große Bedenken gegen die hier vorliegenden Formulierungen. Wir werden uns erlauben, eine ganz neue Formulierung vorzuschlagen. Ich habe einen Entwurf hier, der allerdings noch einiger redaktioneller Änderungen bedarf. Der Entwurf lautet:

1

Die Untersuchungen des Unterausschusses haben ergeben, daß nach der gesamten wirtschaftlichen Lage Deutschlands, die die Bevölkerung der Städte und industriellen Ortschaften zu einer furchtbaren Unterernährung zwang, sowie angesichts der durch das Hungerdasein von Frauen und Kindern stark erschütterten Moral der Truppen der letzte große Schlag nur gewagt werden durfte mit freiem Rücken nach Osten, d. h. auf Grund eines Friedensvertrages mit Rußland, der nur geringfügige Grenzkorrektionen vorsah und im übrigen dem besetzten Gebiete Rußlands seine volle Freiheit wiedergab.

Eine weitere politische Voraussetzung für einen Erfolg der Offensive im Sinne der Herbeiführung eines Verständigungsfriedens mit den Westmächten war der offene Verzicht Deutschlands auf Belgien.

Selbst bei einem Mißlingen der Offensive wäre unter diesen beiden politischen Voraussetzungen — Verständigungsfrieden im Osten und Freigabe Belgiens — noch ein erträglicher Frieden möglich gewesen, weil es dann den feindlichen Regierungen sehr schwer gewesen wäre, mit ihren kriegsmüden Truppen, die nur noch im Schatten der Tanks zum Angriff vorwärts zu bringen waren, den Kampf länger fortzusetzen.

2

Die Untersuchungen des Unterausschusses haben ferner den Beweis erbracht, daß die Haupthindernisse für die Verwirklichung jener beiden politischen Voraussetzungen General Ludendorff und Generalfeldmarschall von Hindenburg waren. Beide erstrebten eine wirtschaftliche Angliederung Belgiens an Deutschland, wozu sie eine mehrjährige Besetzung der belgischen Gebiete nach dem Friedensschluß als unumgänglich ansahen. Generalfeldmarschall von Hindenburg sah außerdem in der dauernden militärischen Besetzung Lüttichs

eine Notwendigkeit. Wie hartnäckig die beiden Heerführer an ihren Forderungen festhielten, zeigen die Bekundungen des Generals Hoffmann, wonach Ludendorff vom Kaiser seine (Hoffmanns) Entlassung gefordert habe, weil er sich für einen Verständigungsfrieden mit Rußland und für die Freigabe Belgiens als den einzigen Weg zur Rettung Deutschlands eingesetzt hatte.

3

Was die militärtechnische Vorbereitung der Offensive anbetrifft, so macht sich der Unterausschuß hier das Urteil derjenigen militärischen Sachverständigen[1]) zu eigen, die in dem mangelnden Abbau der Ostfront, in dem Verzicht auf die angebotene Heranziehung österreichisch-ungarischer Truppen, in der Unterlassung der Herstellung starker Stellungen für den Fall eines Mißerfolges der Offensive und in dem Verzicht auf den Bau von Tanks für den Angriff wie für die Abwehr 1918 schwere Verfehlungen des Generalfeldmarschalls von Hindenburg und seines Quartiermeisters sehen, denen es zuzuschreiben ist, daß der Mißerfolg der Offensive sich zu einer Katastrophe des deutschen Heeres auswuchs.

Vorsitzender Abg. Dr. *Philipp*: Herr Abg. Dr. Quessel, ich nehme an, daß es, trotzdem Sie an dieser Entschließung festhalten, möglich sein wird, den bisherigen Rahmen beizubehalten. Die abweichenden Ansichten könnten bei den einzelnen Punkten zum Ausdruck gebracht werden, evtl. durch Ablehnung; die Entschließung könnte aber auch als Minderheitsvotum angefügt werden.

Abg. Dr. *Quessel*: Ich bezweifle, ob es möglich ist, diese drei Punkte den einzelnen Punkten der anderen Formulierung ohne weiteres als abweichende Meinung gegenüberzustellen.

Abg. Dr. *Moses*: Ich halte es für zweckmäßig, zunächst den Versuch zu machen, unsere abweichende Meinung in die vorliegenden Entwürfe hineinzuarbeiten. Wenn sich das als nicht möglich herausstellt, bleibt es uns immer noch übrig, nachher eine selbständige Entschließung unserer Fraktion in das Protokoll zu bringen. Ich möchte vorschlagen, daß die drei vorliegenden Entwürfe zunächst einmal zu einem einheitlichen Entwurf zusammengefaßt werden.

Vorsitzender Abg. Dr. *Philipp*: Wir würden dann in der nächsten Sitzung die Besprechung auf Grund einfacher Unterlagen fortsetzen. Wir haben dann außerdem die Vorschläge von Herrn Dr. Quessel vervielfältigt in unsern Händen.

Zweiter Entwurf einer Entschließung über den deutschen Zusammenbruch im Jahre 1918[2])

Vom Berichterstatter Abg. Dr. Dr. Bredt.

Einleitung

1. Der 4. Unterausschuß des Untersuchungsausschusses hatte die Aufgabe, die Tatsachen aufzuklären, welche als Ursachen des Zusammenbruchs im Jahre 1918 anzusehen sind. Hierbei konnte nicht versucht werden, die strategischen und taktischen Maßnahmen der O.H.L. abschließend zu beurteilen,

[1]) Vgl. S. 492 u. 32.

[2]) Dieser, sowie die folgenden Entwürfe lagen in der Sitzung vom 5. Mai vor und wurden für die folgende Sitzung in den Entwurf Dr. Dr. Bredt — Dr. Philipp zusammengefaßt (S. 436).

wenn sich auch über eine Reihe von Punkten auf Grund der Gutachten der Sachverständigen Übereinstimmung im Ausschuß ergab. Für einen Ausschuß des Reichstags mußte der Schwerpunkt der Untersuchung auf einer Klarstellung der *politischen* Verantwortlichkeit liegen. Demnach richtete sich die Prüfung zunächst auf die Handlungen und Unterlassungen der O.H.L. und der Reichsregierung. Sodann aber auch zu behandeln das Verhalten des Reichstags und damit im Zusammenhang das Verhalten einzelner Parteien und Personen im annexionistischen und revolutionären Sinne.

I. Entschluß zur Offensive

2. Die Gutachten des 2. Unterausschusses nach dem ihm vorgelegten Aktenmaterial gehen dahin, daß Friedensmöglichkeiten auf der Grundlage des Status quo niemals erkennbar waren. Die Reichsregierung hätte daher nur versuchen können, durch Opfer im Westen einen Frieden zu erkaufen. Sie unterließ diesen Versuch, weil die O.H.L., insbesondere nach dem russischen Zusammenbruch, eine aussichtsreiche Offensive für möglich erklärte. Der Entschluß des Kaisers zur Offensive und das Einverständnis der Reichsregierung beruhte demnach einerseits auf der Annahme, daß ein Frieden ohne Opfer nicht zu erreichen sei, sodann aber auf der Zuversicht der O.H.L. auf einen durchschlagenden Erfolg der Offensive und damit einen siegreichen Ausgang des Krieges.

3. Es war durch Überführung von Kräften aus dem Osten möglich geworden, im Westen so viel Truppen zu versammeln, daß eine Überlegenheit der deutschen Kräfte über die feindlichen an der Schlachtfront hergestellt war.

4. Mit Rücksicht auf die gesamte militärische Lage ist es im Frühjahr 1918 der O.H.L. nicht als möglich erschienen, weitere österreichisch-ungarische Kräfte, außer den schon vorhandenen schweren Batterien, an die Westfront zu bringen.

5. Die immer größer werdenden Massen der auf dem Kriegsschauplatz erscheinenden Amerikaner, deren Ankunft von der O.H.L. richtig berechnet wurde, ließen die Hoffnungen auf einen Offensiverfolg immer geringer werden, je weiter die Zeit fortschritt.

II. Friedensmöglichkeiten

6. Ein Versuch, angesichts der im Westen bevorstehenden Entscheidungsschlacht zu einem Verständigungsfrieden zu gelangen, ist nicht gemacht worden, weder vor den Offensiven, noch nach den ersten Erfolgen.

7. Als solcher Versuch ist auch nicht die vom Obersten v. Haeften unternommene Annäherung an amerikanische Kreise anzusehen. Sie wurde ohne Vorwissen der O.H.L. begonnen und nicht weiter verfolgt, weil die politische Reichsleitung überhaupt keine Kenntnis von ihr erhalten hat.

8. Die englische Hungerblockade ließ bei den Feinden die Geneigtheit zu einem Verständigungsfrieden gering erscheinen, da man durch die Aushungerung einen Erfolg selbst für den Fall einer militärischen Niederlage erhoffte.

III. Militärische und politische Leitung

9. Die einheitliche Leitung des Krieges in militärischer und politischer Hinsicht konnte nur gewährleistet werden durch einheitliches Zusammenarbeiten

von O.H.L. und Reichsregierung, wobei in Zweifelsfällen der Kaiser die Entscheidung geben mußte.

10. Im Frühjahr 1918 hat sich eine entschiedene Überlegenheit der O.H.L. gegenüber der Reichsregierung in bezug auf die entscheidenden Maßnahmen herausgestellt.

11. Der Deutsche Reichstag hat zu jener Zeit sich wesentlich mit den inneren Verfassungsfragen beschäftigt und keinen Versuch gemacht, die auswärtige Politik von sich aus entscheidend zu beeinflussen.

12. In bezug auf die Kriegsziele herrschte in Deutschland keine einheitliche Auffassung. Bei einer Richtung ist der Gedanke des reinen Verteidigungskrieges niemals aufgegeben worden; hier hat daher immer grundsätzliche Bereitwilligkeit zu einem Verständigungsfrieden bestanden. Bei einer anderen Richtung bestand die Meinung, für die ungeheuren Opfer des Krieges müsse ein Ausgleich geschaffen werden durch positive Erfolge und Erweiterung der Machtstellung Deutschlands. Zwischen diesen beiden Auffassungen stand eine dritte, welche je nach der Lage ihre Ziele enger und weiter stecken zu können glaubte.

IV. Die Offensive

13. Es haben sich keine Tatsachen ergeben, aus denen eine Pflichtversäumnis der O.H.L. bei der Vorbereitung und der Durchführung der Offensive hergeleitet werden könnte.

14. Für den Verlauf der Offensive ist Mangel an Munition oder sonstigem Kriegsmaterial nicht entscheidend gewesen.

15. Der Bau von Tanks wäre nur möglich gewesen durch Einschränkung der Herstellung von anderem mit Motoren ausgestatteten Kriegsmaterial.

16. Der Geist der Truppe berechtigte im Frühjahr 1918 durchaus dazu, die Offersive zu wagen.

17. Die physische Leistungsfähigkeit der Truppe war gegen früher zwar vermindert, besonders durch knappe Verpflegung, hat aber den Erfolg nicht beeinträchtigt.

18. Für die Ausbildung und Ausrüstung der Truppe im Hinblick auf die Offensive war das denkbar Mögliche geschehen.

19. Der Verlauf der Offensive ist durch Aufenthalt der Truppe bei Proviant- und Alkohollagern nicht wesentlich beeinträchtigt worden.

V. Der militärische Zusammenbruch

20. Die Offensiven im März und Mai haben große Erfolge, aber keine Entscheidung gebracht. Sie scheiterten nicht wegen ungenügender Leistungen der Truppen, sondern deshalb, weil bei abnehmender eigener Gefechtskraft die Stärke der Gegner ständig wuchs.

21. Die deutsche Front war deswegen nicht mehr haltbar, weil nach dem völligen Zusammenbruch Bulgariens und Österreich-Ungarns auch die Lage des deutschen Feldheeres völlig verändert war.

22. Das Fehlen rückwärtiger Stellungen erklärt sich aus dem Fehlen der nötigen Arbeitskräfte und der Zusammenfassung aller verfügbaren Kräfte für die Offensive.

23. Dadurch, daß infolge des Friedens von Brest-Litowsk im Osten größere militärische Kräfte gebunden blieben, erfuhren die Kräfte im Westen eine gewisse Beeinträchtigung.

24. Das Waffenstillstandsangebot vom 29. September bedeutet die Erkenntnis, daß der Krieg mit den Waffen verloren war.

VI. Der Waffenstillstand

25. Die O.H.L. hat noch im Juli 1918 an einen siegreichen Ausgang des Krieges geglaubt und in diesem Sinne sowohl den Kaiser wie den Reichskanzler unterrichtet.

26. Nach dem 8. August hat die O.H.L. sich keinem Zweifel über den Ausgang des Krieges mehr hingegeben, hat aber immer noch den strategischen Abwehrsieg für möglich gehalten und insofern den Glauben an einen guten Ausgang des Krieges aufrechterhalten. In diesem Sinne unterrichtete sie sowohl die Reichsleitung wie die Presse.

27. Die nach dem 8. August von der Reichsregierung gemachten Versuche, noch zu einem Verständigungsfrieden zu kommen, standen im Zeichen der militärischen Ereignisse. Der Staatssekretär v. Hintze hat das Mögliche versucht, konnte aber angesichts der militärischen Lage zu keinem Erfolg gelangen.

28. Am 29. September war die O.H.L. auf dem Punkte angelangt, daß sie nur noch in einem tunlichst sofortigen Waffenstillstand die Rettung erblickte. Von da an war jede erfolgreiche Tätigkeit der Reichsregierung in bezug auf Herbeiführung eines erträglichen Friedens unmöglich.

VII. Zusammenfassung

29. Der Unterausschuß ist zu dem Ergebnis gekommen, daß keine Feststellungen gemacht werden können, welche es rechtfertigen, nach irgendeiner Seite hin zu einem Schuldurteil zu gelangen. Er kann nur die großen leitenden Gesichtspunkte der einzelnen Stellen feststellen.

30. Die O.H.L. hat den Gedanken eines siegreichen Friedens vertreten, solange ihr die Möglichkeit eines militärischen Erfolges an der Westfront zu bestehen schien.

31. Die Reichsregierung hat sich auf das Urteil der O.H.L. verlassen, bis diese selbst die Unmöglichkeit des Sieges und schließlich die völlige Niederlage zugestand.

32. Der Reichstag hat es unterlassen, von sich aus mit der notwendigen Willensstärke auf die Herbeiführung eines Verständigungsfriedens hinzuwirken.

Ergebnisse der Untersuchung des 4. Unterausschusses

(vorläufiger Entwurf) vorgeschlagen von Abg. Dr. Philipp

Einleitung

(1) Der 4. Unterausschuß hatte die Aufgabe, die Ursachen des deutschen Zusammenbruchs im Jahre 1918 klarzustellen. Hierbei ergaben sich im Laufe

der Untersuchung für diese bestimmte Grenzen, jenseits deren es nicht möglich war, zu festen Ergebnissen zu kommen.

(2) Es war nicht möglich, im Rückblick die inneren Beweggründe der einzelnen leitenden Stellen einwandfrei zu erkennen und darzustellen; denn die Zeugnisse darüber weichen vielfach voneinander ab, und die handelnden Personen sind teils verstorben oder konnten aus anderen Gründen nicht zu Vernehmungen zugezogen werden.

(3) Noch weniger war es möglich, in der Beurteilung der rein strategischen und taktischen Maßnahmen der deutschen Kriegführung zu einem einwandfreien Ergebnis zu gelangen. Hierzu fehlten zunächst im Untersuchungsausschuß die rein fachlichen Voraussetzungen, sodann aber auch jede Möglichkeit zu einer Feststellung, wie eine andere Art militärischen Operierens gewirkt haben würde. Aus diesen Gründen und da gerade in diesen Fragen auch die Gutachten der Sachverständigen vielfach stark voneinander abweichen, hat der Ausschuß auf eine Stellungnahme zu den strittigen Fragen der Strategie und Taktik verzichtet.

(4) Das Hauptgewicht der Untersuchung mußte der Unterausschuß als Einrichtung einer parlamentarischen Körperschaft auf die Klarstellung der politischen Verantwortlichkeit legen. Die Untersuchung richtete sich daher zunächst auf die Handlungen und Unterlassungen der politischen wie militärischen Leitung. Anschließend wurden das Verhalten des Reichstags und die Vorgänge in der Heimat untersucht. Dabei fanden die Bestrebungen der nichtamtlichen Kreise zur Herbeiführung des Friedens und die Umsturzbewegung (Dolchstoßfrage) besondere Berücksichtigung.

(5) Entsprechend den bestehenden Vorschriften beschränkte sich der Unterausschuß bei seiner Untersuchung auf die Stellungnahme zu bestimmten einzelnen Fragen. Diese sind in folgenden zwei Teilen zusammengefaßt und, soweit das möglich war, nach der zeitlichen Folge der Begebenheiten gruppiert:

Erster Teil: Oberste Heeresleitung, Kriegführung und Reichsleitung.

Zweiter Teil: Reichstag, Heimatpolitik und Umsturzbewegung.

Erster Teil

Oberste Heeresleitung, Kriegführung und Reichsleitung

I. Das Verhältnis der politischen Reichsleitung und der Obersten Heeresleitung zueinander

(1) In höchster Instanz war der Oberste Kriegsherr entscheidend. Unter ihm trugen die politische Verantwortung: der Reichskanzler Graf Hertling, später Prinz Max von Baden, der Stellvertreter des Reichskanzlers v. Payer und der Staatssekretär des Äußeren v. Kühlmann; nach dessen Abgang Staatssekretär v. Hintze.

(2) Die Verantwortung für die militärische Leitung fiel im gleichen Maße dem Generalfeldmarschall v. Hindenburg und dem General Ludendorff zu.

(3) Die wechselseitige Verbindung zwischen dem Obersten Kriegsherrn, der politischen und der militärischen Leitung war durch sorgfältig ausgesuchte

und ihrer Aufgabe gewachsene Persönlichkeiten gewährleistet. Organisatorische Unterlassungen in bezug auf die Verbindung zwischen der politischen Reichsleitung und der O.H.L. konnten nicht festgestellt werden.

(4) Die einheitliche Leitung des Krieges in militärischer und politischer Hinsicht konnte nur gewährleistet werden durch einheitliches Zusammenarbeiten von O.H.L. und Reichsregierung, wobei in Zweifelsfällen der Kaiser die Entscheidung geben mußte.

(5) Seit Frühjahr 1918 hat sich immer mehr eine entschiedene Überlegenheit der O.H.L. gegenüber der Reichsregierung in bezug auf die entscheidenden Maßnahmen herausgebildet.

II. Die deutschen Friedensziele und die Friedensmöglichkeiten Anfang 1918

(1) Mit Bezug auf die Kriegsziele kam in den Äußerungen der verantwortlichen deutschen Kreise ebenso wie bei der deutschen Bevölkerung keine völlig klare und eindeutige Auffassung zum Ausdruck. Grundsätzlich wurde der Gedanke des reinen Verteidigungskrieges und die Bereitwilligkeit zu einem Verständigungsfrieden immer wieder betont. Daneben machte sich je nach der Kriegslage das Bestreben geltend, die Friedensziele enger oder weiter zu stecken.

(2) Der 2. Unterausschuß hat ein Gutachten dahin abgegeben, daß Friedensmöglichkeiten auf der Grundlage des Status quo für Deutschland niemals bestanden haben. Die Reichsregierung stand, wenn dies richtig ist, auch Anfang 1918 vor der Frage, ob sie weiterkämpfen oder versuchen solle, einen Frieden durch Opfer zu erkaufen. Sie hat letzteres im Hinblick auf die damalige Lage abgelehnt.

(3) Der vom Obersten v. Haeften im Haag ohne Wissen der O.H.L. unternommene Versuch einer Anknüpfung mit amerikanischen Kreisen war ohne Bedeutung. Auch die politische Reichsleitung hat davon keine Kenntnis gehabt.

III. Die Lage im Frühjahr 1918

(1) Die gesamte militärische, wirtschaftliche und politische Lage drängte Anfang 1918 zu einem zielbewußten Versuch, den Krieg im Laufe des Sommers in einer für Deutschland erträglichen Form zu beenden.

IV. Der Entschluß zur Offensive 1918

(1) Der Entschluß des Kaisers und der Reichsregierung zur Frühjahrsoffensive 1918 beruhte einerseits auf der Unmöglichkeit, einen Frieden ohne Opfer zu bekommen, andererseits auf dem Glauben der O.H.L. an einen glücklichen Ausgang des Krieges nach einer erfolgreichen Offensive.

(2) Die O.H.L. hat das Eintreffen amerikanischer Truppen zutreffend vorausberechnet und mit zur Grundlage ihres Offensiventschlusses gemacht.

(3) Der Geist der deutschen Truppen im Frühjahr 1918 berechtigte angesichts der Verluste der Abwehrschlachten durchaus dazu, die Offensive zu wagen.

(4) Die O.H.L. hat auch die für den Entschluß zur Offensive maßgebenden Erwägungen dem Kaiser und dem Reichskanzler rechtzeitig unterbreitet. Der Reichskanzler hat nicht nur gegen die Offensive nichts eingewendet, sondern sogar seiner Genugtuung darüber Ausdruck gegeben, daß die Westmächte es abgelehnt hätten, sich an den Friedensverhandlungen auf der Grundlage der russischen Vorschläge zu beteiligen. Der Kaiser hat die Offensive gutgeheißen, so daß sie in seinem Namen befohlen werden konnte.

(5) Mit Bezug auf den Entschluß zur Offensive 1918 ist daher die O.H.L. von jeder politischen Verantwortung frei.

V. Die Vorbereitung der Offensive 1918

(1) Es haben sich keine Tatsachen ergeben, aus denen der Ausschuß eine Pflichtversäumnis der O.H.L. bei der Vorbereitung (und auch bei der Durchführung der Offensive 1918) herleiten kann. Im einzelnen waren folgende Feststellungen möglich.

(2) a) Obgleich infolge des Friedens von Brest-Litowsk im Osten noch starke militärische Kräfte gebunden blieben, wurde an der Westfront eine Überlegenheit an Mannschaften über den Gegner erzielt. In bezug auf Material und Pferde war das Verhältnis umgekehrt. Die weitere Heranziehung von wesentlichen Streitkräften aus dem Osten kam im Hinblick auf die dortigen Schwierigkeiten nicht in Frage.

(3) b) Eine stärkere Verwendung österreichisch-ungarischer Streitkräfte im Westen war bedenklich; da der Gegner für seine Angriffe stets die schwächsten Punkte der deutschen Front suchte, lag in dem Einsetzen österreichisch-ungarischer Verbände, die bedingungsgemäß selbständige Verteidigungsabschnitte übernehmen sollten, eine nicht zu unterschätzende Gefahr.

(4) c) Für die Ausbildung und Ausrüstung der deutschen Truppen im Hinblick auf die Offensive war das denkbar Mögliche geschehen.

(5) d) Die Mangelhaftigkeit der rückwärtigen Stellungen erklärt sich aus dem Fehlen der nötigen Arbeitstruppen und der Zusammenfassung aller verfügbaren Kräfte für die Offensive.

VI. Der Verlauf der Offensive 1918

(1) Für den Verlauf der Offensive ist der Mangel an Munition und an sonstigem Kriegsmaterial bis in den Juli 1918 nicht entscheidend gewesen.

(2) Der Ausbau der Tankwaffe deutscherseits wäre nur möglich gewesen auf Kosten der Herstellung von anderem mit Motoren betriebenem Kriegsmaterial.

(3) Die physische Leistungsfähigkeit der Truppen war gegenüber früher, namentlich durch die knappe Verpflegung, zwar vermindert, der Erfolg ist aber dadurch nicht wesentlich beeinträchtigt worden.

(4) Der Verlauf der Offensive ist durch unzulässigen Aufenthalt einzelner Truppenteile in Proviant- und Alkohollagern wohl beeinträchtigt, aber nicht entscheidend gehemmt worden.

VII. Der Rücktritt des Staatssekretärs v. Kühlmann

(1) Der Rücktritt des Staatssekretärs v. Kühlmann ist unter starker Mitwirkung der O.H.L. erfolgt. Die ausschlaggebende Veranlassung ist die aus der Denkschrift des Obersten v. Haeften entnommene Feststellung gewesen, daß Kühlmann in seiner Reichstagsrede vom 24. Juni 1918 dem Gedanken Ausdruck gab, daß wir mit den Waffen allein den Krieg nicht zu einem günstigen Abschluß werden bringen können. Der Kaiser hat den Staatssekretär nicht gehalten. Ihm verblieb auch bei diesem Wechsel eines so wichtigen Reichspostens die letzte Entscheidung und Verantwortung.

VIII. Die Beurteilung der Lage Mitte Juli 1918

(1) Mitte Juli 1918 vor Antritt seines Postens als Staatssekretär glaubte v. Hintze, auf Grund einer ihm auf Befragen gegebenen Antwort des Generals Ludendorff, es werde gelingen, mit der jetzigen (Reims-) Offensive den Feind endgültig und entscheidend zu besiegen.

IX. Die Beurteilung der Lage durch die O.H.L. nach dem Rückschlage am 8. Juli 1918

(1) Bis 18. Juli 1918 hat die O.H.L., abgesehen von der durch General Ludendorff erfolgten Billigung der Haeftenschen Denkschrift, noch nicht den Standpunkt vertreten, daß der Feldzug mit den Waffen nicht mehr gewonnen werden könne, und daß es daher notwendig sei, sobald wie möglich zum Frieden zu kommen.

(2) Die O.H.L. teilte zwar im großen und ganzen den Standpunkt der Haeftenschen Denkschrift, hielt aber dessen öffentliche Betonung für militärisch und politisch verhängnisvoll.

X. Das Scheitern der Offensive 1918

(1) Das durch die Niederlage vom 8. August deutlich gewordene Scheitern der Offensive erklärt sich daraus, daß nach den unerhörten Kämpfen im Hochsommer 1918 und den Rückschlägen in dieser Zeit die seelische und körperliche Leistungsfähigkeit der Truppen sowie die Vorräte an Kriegsmaterial nicht mehr für große Angriffsschlachten ausreichten.

XI. Die Beurteilung der Lage nach dem 8. August 1918

(1) Aus der Besprechung mit dem General Ludendorff am 13. August 1918 hat Staatssekretär v. Hintze entnommen, daß ein sogenannter strategischer Abwehrsieg für Deutschland immer noch möglich sei.

(2) Graf Hertling hat auch noch nach der Besprechung vom 14. August 1918 an einer optimistischen Auffassung der Gesamtlage festgehalten. Im Sinne der Äußerungen des Generalfeldmarschalls v. Hindenburg als feststehend angenommen, glaubte er, daß es gelingen werde, in Frankreich stehenzubleiben und so den Gegner allmählich friedenswillig zu machen.

(3) Der Stellvertreter des Reichskanzlers v. Payer hatte dagegen eine wesentlich ungünstigere Auffassung der Lage.

(4) Staatssekretär v. Hintze hat — seiner Auffassung der Gesamtlage entsprechend — vom 14. August 1918 ab alle diplomatischen Schritte zur Beendigung des Krieges getan, zu denen er kraft seines Amtes in der Lage war. Der gegen ihn gerichtete Vorwurf einer schuldhaften Versäumnis ist ungerechtfertigt.

XII. Der militärische Zusammenbruch

(1) Der Krieg war militärisch verloren, als während der Rückverlegung der deutschen Westfront im September 1918 der völlige Zusammenbruch Bulgariens und Österreich-Ungarns auch die Lage des deutschen Feldheeres völlig verändert hatte. Von da an erschien jeder Versuch, mit militärischen Mitteln zum Frieden zu kommen, zwecklos.

XIII. Das Scheitern der von Hintzeschen Friedensbemühungen

(1) Die nach dem 8. August von der Reichsregierung gemachten Versuche, zu einem erträglichen Frieden zu kommen, standen im Zeichen der militärischen Ereignisse. Der Staatssekretär v. Hintze hat das Mögliche versucht, konnte aber angesichts der sich ständig verschlechternden militärischen Lage zu keinem Erfolg gelangen.

XIV. Die Waffenstillstandsforderungen vom 29. September 1918

(1) Am 29. September war die O.H.L. auf dem Punkte angelangt, daß sie nur noch in einem tunlichst sofortigen Waffenstillstand die Rettung vor einer militärischen Niederlage erblickte. Die Nachricht davon kam den Männern der Reichsleitung völlig überraschend; sie waren aber außerstande, nachzuprüfen, ob etwa die Beurteilung der militärischen Lage durch die O.H.L. am 29. September 1918 zu ungünstig war. Alle ihnen zugegangenen Mitteilungen bestärkten außerdem das Urteil der O.H.L., auf das sie sich in dieser Beziehung vollständig verlassen mußten.

(2) Für die Waffenstillstandsforderung trägt die O.H.L. die sachliche Verantwortung, wenn auch der Oberste Kriegsherr sich ihrem Urteil angeschlossen hat.

(3) Von da an war jede erfolgreiche Tätigkeit der Reichsregierung in bezug auf die Herbeiführung eines erträglichen Friedens außerordentlich erschwert.

XV. Die Tätigkeit der Staatssekretäre v. Hintze und Grafen Roedern vom 29. September bis 3. Oktober 1918

(1) Die Staatssekretäre v. Hintze und Graf Roedern handelten nach den ihnen vom Kaiser am 29. September 1918 in Spa gegebenen Weisungen und auch im Sinne der O.H.L., wenn sie sich in Berlin um die Bildung der neuen Regierung bemühten, um einen baldigen Abgang der Note an Wilson zu ermöglichen.

XVI. Die Absendung des Friedens- und Waffenstillstandsangebots

(1) Der Reichskanzler Prinz Max von Baden hat alle ihm zur Verfügung stehenden Mittel erschöpft, um den von ihm für falsch erachteten Schritt des sofortigen Waffenstillstandsangebotes nicht tun zu müssen.

XVII. Die Möglichkeit der Fortsetzung des Kampfes nach dem Waffenstillstandsangebot

(1) Die nach Abgang des Waffenstillstandsangebotes verbesserte militärische Lage berechtigte im Hinblick auf die Ermattung des vordringenden Feindes trotz der mangelhaften rückwärtigen Stellungen zu der Hoffnung, noch einige Zeit in der strategischen Abwehr verharren zu können.

(2) Diese Hoffnung wurde vernichtet durch die Entlassung des Generals Ludendorff und die sich militärischerseits immer nachhaltiger machenden Bestrebungen, alsbald um jeden Preis dem Kriege ein Ende zu bereiten.

XVIII. Die Oberste Kriegsleitung und der Kriegsausgang

(1) Die in früheren Kriegen Preußen-Deutschlands bewährte Konstruktion der obersten politischen und militärischen Leitung hat im Weltkrieg auf deutscher Seite ihre personelle Erfüllung nicht gefunden.

(2) Alle Versuche der militärischen und politischen obersten Leitung, sowie einzelner Persönlichkeiten, hierin Wandel zu schaffen, sind an dieser für Deutschland schicksalhaften Tatsache gescheitert.

XIX. Zusammenfassung

(1) Die O.H.L. hat den Gedanken, den Krieg für Deutschland zu gewinnen, solange als möglich vertreten und erst preisgegeben, als keine Möglichkeit mehr für große militärische Erfolge an der Westfront bestand.

(2) Die Reichsregierung hat sich auf das Urteil der O.H.L. verlassen, bis diese selbst die Unmöglichkeit eines deutschen Sieges auch in der Abwehr erkannt und schließlich im Hinblick auf die drohende Gefahr einer militärischen Niederlage die Beendigung des Krieges verlangt hat.

(3) Feststellungen, die entsprechend der Aufgabe des Untersuchungsausschusses als Grundlage für die Bildung eines Schuldurteils oder eine Anklage vor einem Staatsgerichtshof genügen, konnten nicht gemacht werden.

Abänderungsvorschläge des Sekretariats (Dr. Fischer, Dr. Bloch) zu dem „vorläufigen Entwurf über die Ergebnisse der Untersuchung des 4. Unterausschusses“

Vorbemerkung

Im folgenden sind die Stellen, die gegenüber dem „vorläufigen Entwurf“ Abänderungen aufweisen, *Kursiv gesetzt.* Die Numerierung mit arabischen Ziffern ist ganz durchgeführt.

Einleitung

(1) Der 4. Unterausschuß hatte die Aufgabe, die Ursachen des deutschen Zusammenbruchs im Jahre 1918 klarzustellen. *Er will zunächst die Grenzen bezeichnen*, jenseits deren es nicht möglich war, zu festen Ergebnissen zu kommen.

(2) Es war nicht möglich, im Rückblick die inneren Beweggründe der einzelnen leitenden Stellen einwandfrei zu erkennen und darzustellen. Die *urkundlichen* Zeugnisse darüber weichen vielfach voneinander ab; von den handelnden Persönlichkeiten *sind einige verstorben, andere konnten nicht zu Vernehmungen herangezogen werden.*

(3) *Gleich* unmöglich war es, *über die* rein strategischen und taktischen Maßnahmen der deutschen *Heeresleitung* zu einem *Urteil* zu gelangen. Hierzu fehlte *dem Untersuchungsausschuß angesichts der Meinungsverschiedenheiten der Sachverständigen die Grundlage. Er beschränkt sich darauf, die Gutachten, zu deren Ausarbeitung alle amtlichen Archive zur Verfügung standen, samt den Bekundungen der früheren O.H.L. der Öffentlichkeit zu übergeben.*

(4) Das Hauptgewicht der Untersuchung mußte der Unterausschuß als Einrichtung einer parlamentarischen Körperschaft auf die Klarstellung der *politischen* Verantwortlichkeit legen. Die Untersuchung richtete sich *in dieser Hinsicht* zunächst auf die Handlungen und Unterlassungen der politischen wie militärischen *Leitung*. Anschließend wurden das Verhalten des Reichstags und die Vorgänge in der Heimat untersucht. Dabei fanden die Bestrebungen der nichtamtlichen Kreise zur Herbeiführung des Friedens und die Umsturzbewegung („Dolchstoß"-Frage) besondere Berücksichtigung.

(5) Entsprechend den bestehenden Vorschriften beschränkte sich der *Unterausschuß* auf die Stellungnahme zu bestimmten einzelnen Fragen. Diese sind in zwei Teilen zusammengefaßt und, soweit das möglich war, nach der zeitlichen Folge der Begebenheiten *gruppiert*[1]).

Erster Teil

Oberste Heeresleitung, *Reichsregierung, Kaiser*

I. Das Verhältnis der *Reichsregierung*, Obersten Heeresleitung *und des Kaisers* zueinander

(6) In höchster Instanz war der *Kaiser als* Oberster Kriegsherr entscheidend. *Diese Stellung gab, obgleich verfassungsmäßig nicht festgelegt, tatsächlich die politische und militärische Leitung in seine Hand.* Unter ihm *sind politisch verantwortlich zu machen die* Reichskanzler Graf Hertling und Prinz Max von Baden, der Stellvertreter des Reichskanzlers v. Payer und *die* Staatssekretäre des Äußern v. Kühlmann *und* v. Hintze.

(7) Die Verantwortung für die Kriegführung *trugen* der Generalfeldmarschall v. Hindenburg und General Ludendorff *gemeinsam.*

[1]) Der zweite Teil der Untersuchung, Reichstag, Heimatpolitik und Umsturzbewegung betreffend, soll im vierten Bande dieser Reihe erscheinen.

(8) Die wechselseitige Verbindung zwischen dem Obersten Kriegsherrn, der politischen und militärischen Leitung war durch sorgfältig ausgesuchte und ihrer Aufgabe gewachsene Persönlichkeiten gewährleistet. Organisatorische Unterlassungen in bezug auf die Verbindung zwischen der Reichs*regierung* und der O.H.L. *oder einer dieser Stellen mit dem Kaiser sind* nicht festgestellt *worden.*

(*Nr. I.* (4) *bei Philipp fällt weg.*)

(9) Seit Frühjahr 1918 hat sich *in steigendem Maße* eine Überlegenheit der O.H.L. gegenüber der *Reichsregierung herausgebildet.*

II. Die deutschen Friedensziele und die Friedensmöglichkeiten Anfang 1918

(10) *Über die deutschen Friedensbedingungen* kam in den verantwortlichen deutschen Kreisen, *wie auch* bei der deutschen Bevölkerung keine völlig klare und eindeutige Auffassung zum Ausdruck. Grundsätzlich wurde der Gedanke des reinen Verteidigungskrieges und die Bereitwilligkeit zu einem Verständigungsfrieden *immer betont.* Daneben machte sich *unter dem Eindruck der gebrachten Kriegsopfer und der Kampferfolge auch* das Bestreben geltend, *die Friedensziele zu erweitern.*

(11) Der 2. Unterausschuß hat *geurteilt,* daß Friedensmöglichkeiten auf der Grundlage des Status quo für Deutschland niemals bestanden haben. Die Reichsregierung stand, wenn dies richtig ist, auch Anfang 1918 vor der Frage, ob sie weiterkämpfen oder versuchen solle, einen Frieden durch Opfer zu erkaufen. Sie hat letzteres im Hinblick auf die damalige Lage abgelehnt.

(12) Der vom Obersten v. Haeften *März 1918* im Haag ohne Wissen der *Reichsleitung und* O.H.L. unternommene Versuch einer Anknüpfung mit amerikanischen Kreisen *blieb wegen der dem deutschen Unterhändler genannten Bedingungen ohne Erfolg.* Die Reichsregierung hat *übrigens von diesen Bedingungen keine Kenntnis erhalten*[1]).

III. Die Lage im Frühjahr 1918

(13) Die gesamte militärische, wirtschaftliche und politische Lage drängte Anfang 1918 zu einem zielbewußten Versuch, den Krieg im Laufe des Sommers in einer für Deutschland erträglichen Form zu beenden.

IV. Der Entschluß zur Offensive 1918

(14) Der Entschluß des Kaisers und der Reichsregierung zur Frühjahrsoffensive 1918 beruhte einerseits auf der Unmöglichkeit, einen Frieden ohne Opfer zu bekommen, andererseits auf dem Glauben der O.H.L. an *die Erringung des Endsieges.*

(15) Die O.H.L. hat das Eintreffen amerikanischer Truppen zutreffend vorausberechnet und *bei ihrem Entschluß zur Offensive berücksichtigt.*

---

[1]) Die Aussage des Archivdirektors v. Haeften vor dem 2. Unterausschuß wird in der zweiten Reihe des „Werkes" veröffentlicht.

(16) Der Geist der deutschen Truppen, *die weitere Abwehrschlachten nicht ertragen wollten*, berechtigte im Frühjahr 1918 durchaus dazu, die Offensive zu wagen.

(17) Die O.H.L. *hat die* für den Entschluß zur Offensive maßgebenden Erwägungen dem Kaiser und dem Reichskanzler rechtzeitig unterbreitet. Der Reichskanzler hat nicht nur gegen die Offensive nichts eingewendet, sondern sogar seiner Genugtuung darüber Ausdruck gegeben, daß die Westmächte es abgelehnt hätten, sich an den *Verhandlungen zur Herbeiführung des allgemeinen Friedens auf Grund* der russischen Vorschläge zu beteiligen. Der Kaiser hat die Offensive gutgeheißen, so daß sie in seinem Namen befohlen werden konnte.

(18) Mit bezug auf den Entschluß zur Offensive 1918 ist daher die O.H.L. von jeder politischen Verantwortung frei.

V. Die Vorbereitung der Offensive 1918

(19) Es haben sich keine Tatsachen ergeben, aus denen der Ausschuß eine Pflichtversäumnis der O.H.L. bei der Vorbereitung (und auch bei der Durchführung) der Offensiven *des Jahres* 1918 herleiten *könnte*. Im einzelnen waren folgende Feststellungen möglich:

(20) a) Obgleich infolge des Friedens von Brest-Litowsk im Osten noch starke militärische Kräfte gebunden blieben, wurde an der Westfront eine *Überlegenheit* über den Gegner erzielt. *Die Heranziehung weiterer erheblicher* Streitkräfte aus dem Osten kam in Hinblick auf die dortigen Schwierigkeiten nicht in Frage.

(21) b) Eine stärkere Verwendung österreichisch-ungarischer Streitkräfte im Westen war *mit Rücksicht auf den italienischen Kriegsschauplatz nicht zu wagen, Auch hätte*, da der Gegner für seine Angriffe stets die schwächsten Punkte der deutschen Front suchte, *der Einsatz* österreichisch-ungarischer Verbände, die bedingungsgemäß selbständige Verteidigungsabschnitte übernehmen sollten, eine nicht zu unterschätzende Gefahr *in sich geschlossen.*

(22) c) Für die Ausbildung und Ausrüstung der deutschen Truppen im Hinblick auf die Offensive war das denkbar Mögliche geschehen.

(23) d) *Das Fehlen* rückwärtiger Stellungen erklärt sich *aus der Verwendung aller kampffähigen Truppen an der Front und der Unmöglichkeit, der Heimat weitere Arbeitskräfte zu entziehen.*

VI. Der Verlauf der Offensive 1918

(24) Für den Verlauf der Offensive ist der Mangel an Munition und an sonstigem Kriegsmaterial bis in den Juli 1918 nicht entscheidend gewesen.

(25) Der Ausbau der Tankwaffe wäre nur möglich gewesen *bei Zurückstellung von anderem* Kriegsmaterial *mit Motorenbedarf.*

(26) Die physische Leistungsfähigkeit der Truppen war gegenüber früher, namentlich *infolge* der knappen Verpflegung zwar vermindert, *entsprach aber den Erwartungen.*

(27) Der *Fortschritt* der Offensive ist durch unzulässigen Aufenthalt einzelner Truppenteile in Proviant- und Alkohollagern *ohne Zweifel* beeinträchtigt, aber *wohl* nicht entscheidend gehemmt worden.

VII. Der Rücktritt des Staatssekretärs v. Kühlmann

(28) Der Rücktritt des Staatssekretärs v. Kühlmann ist unter starker Mitwirkung der O.H.L. erfolgt. *Den Hauptanlaß gab die* aus der Denkschrift des Obersten *in der O.H.L.* v. Haeften *vom 3. Juli 1918* entnommene *Äußerung* von Kühlmanns in seiner Reichstagsrede vom 24. Juni 1918, daß *der Krieg* mit den Waffen allein *nicht entschieden werden* könne. Der Kaiser, *in dessen Hand* die Entscheidung über einen so wichtigen Reichsposten *letztlich lag*, hat den Staatssekretär nicht gehalten.

VIII. Die Beurteilung der Lage Mitte Juli 1918

(29) Mitte Juli 1918, vor Antritt seines Postens als Staatssekretär, *verstand* Herr v. Hintze eine ihm *auf seine Frage erteilte* Antwort des Generals Ludendorff *dahin*, es werde gelingen, mit der jetzigen (Reims-) Offensive den Feind *endgültig* zu besiegen.

IX. Die Beurteilung der Lage durch die O.H.L. nach dem Rückschlag am 18. Juli 1918

(30) Bis zum 15. Juli 1918 hat die O.H.L., *obgleich* General Ludendorff *den Inhalt der von dieser Voraussetzung ausgehenden* Denkschrift des Obersten v. Haeften *vom 3. Juni 1918* billigte, noch nicht den Standpunkt vertreten, daß der Feldzug mit den Waffen nicht mehr gewonnen werden könne *und keine Anregung gegeben zu Friedensverhandlungen auf der Grundlage eines militärischen „Unentschieden"*. Die O.H.L. hielt jede öffentliche Betonung des Standpunktes der Haeftenschen Denkschrift für militärisch und politisch verhängnisvoll.

X. Das Scheitern der Offensive 1918

(31) *Das Ende* der Gesamtoffensive mit der Niederlage vom 8. August 1918 erklärt sich daraus, daß nach den unerhörten Kämpfen *seit Frühjahr* 1918 die seelische und körperliche Leistungsfähigkeit der Truppen, *deren Lücken nicht mehr voll ergänzt werden konnten*, wie *auch* die Vorräte an Kriegsmaterial für *neue* große Angriffsschlachten nicht ausreichten.

XI. Die Beurteilung der Lage nach dem 8. August 1918

(32) Aus der Besprechung mit dem General Ludendorff am 13. August 1918 *konnte* der Staatssekretär v. Hintze entnehmen, daß ein sogenannter strategischer Abwehrsieg für Deutschland immer noch möglich sei.

(33) Graf Hertling hat auch noch nach der Besprechung vom 14. August 1918 an einer optimistischen Auffassung der Gesamtlage festgehalten. Im Sinne der Äußerungen des Generalfeldmarschalls v. Hindenburg glaubte er, daß es gelingen werde, in Frankreich stehen zu bleiben und so den Gegner allmählich friedenswillig zu machen.

(34) Der Stellvertreter des Reichskanzlers v. Payer hatte dagegen eine wesentlich ungünstigere Auffassung der Lage.

XII. Das Scheitern der Friedensbemühungen des Staatssekretärs v. Hintze

(35) Die nach dem 8. August von der Reichsregierung gemachten Versuche, zu einem erträglichen Frieden zu kommen, standen im Zeichen der militärischen Ereignisse. Staatssekretär v. Hintze hat vom 14. August 1918 ab alle diplomatischen Schritte zur Beendigung des Krieges getan, zu denen er kraft seines Amtes in der Lage war. Die zunehmend sich verschlechternde militärische Lage vereitelte seine Bemühungen. Der gegen ihn erhobene Vorwurf einer schuldhaften Versäumnis ist ungerechtfertigt.

(*Diese Nummer faßt XI. (4) und XIII. (1) des Entwurfs Dr. Philipp zusammen.*)

XIII. Der militärische Zusammenbruch

(36) Der Krieg war militärisch verloren, als während der Rückverlegung der deutschen Westfront im September 1918 der Zusammenbruch Bulgariens und Österreich-Ungarns auch die Lage des deutschen Feldheeres völlig verändert hatte. Von da an erschien jeder Versuch, mit militärischen Mitteln zum Frieden zu kommen, zwecklos.

XIV. Die Waffenstillstandsforderung vom 29. September 1918

(37) Am 29. September war die O.H.L. auf dem Punkte angelangt, daß sie nur noch in einem tunlichst sofortigen Waffenstillstand die Rettung vor einer militärischen Niederlage erblickte. Die Nachricht davon kam der Reichs*regierung* völlig überraschend; sie war aber außerstande nachzuprüfen, ob etwa die Beurteilung der militärischen Lage durch die O.H.L. zu ungünstig *sei*. Alle der Regierung außerdem zugegangenen Mitteilungen bestätigten das Urteil der *O.H.L.*

(38) Für die Waffenstillstandsforderung trägt die O.H.L. die sachliche Verantwortung, wenn auch der Oberste Kriegsherr sich ihrem Urteil angeschlossen hat.

(*Punkt XIV. (3) des Entwurfs Dr. Philipp fällt weg.*)

XV. Die Tätigkeit der Staatssekretäre v. Hintze und Graf Roedern vom 29. September bis 3. Oktober 1918

(39) Die Staatssekretäre v. Hintze und Graf Roedern handelten nach den ihnen vom Kaiser am 29. September 1918 in Spa gegebenen Weisungen und auch im Sinne der O.H.L., wenn sie sich in Berlin um die Bildung *einer* neuen Regierung bemühten, um *den* baldigen Abgang *einer* Note an Wilson zu ermöglichen.

XVI. Die Absendung des Friedens- und Waffenstillstandsangebots

(40) Der Reichskanzler Prinz Max v. Baden hat alle ihm zur Verfügung stehenden Mittel erschöpft, um den von ihm für falsch erachteten Schritt eines sofortigen Waffenstillstandsangebotes nicht tun zu müssen.

XVII. Die Möglichkeit der Fortsetzung des Kampfes nach dem Waffenstillstandsangebot

(41) Die nach Abgang des Waffenstillstandsangebotes verbesserte militärische Lage berechtigte im Hinblick auf die Ermattung des vordringenden Feindes trotz der mangelhaften rückwärtigen Stellungen zu der Hoffnung, noch einige Zeit in der strategischen Abwehr verharren zu können.

(42) Diese Hoffnung wurde zunichte durch die Entlassung des Generals Ludendorff und die sich *in Heer und Volk* immer nachhaltiger geltend machenden Bestrebungen, den Krieg um jeden Preis *zu beendigen.*

XVIII. Der Oberste *Kriegsherr* und der Kriegsausgang

(43) Die in früheren Kriegen Preußens *und* Deutschlands bewährte Konstruktion der obersten politischen und militärischen Leitung hat im Weltkrieg auf deutscher Seite ihre personelle Erfüllung nicht gefunden.

(44) Alle Versuche der militärischen und politischen *Leitung*, sowie einzelner Persönlichkeiten, hierin Wandel zu schaffen, sind an dieser für Deutschland schicksalhaften Tatsache gescheitert.

XIX. Zusammenfassung

(45) Die O.H.L. hat den Gedanken, den Krieg für Deutschland zu gewinnen, *bis zum Augenblick des Niederbruchs festgehalten und der Beilegung des Krieges auf der Grundlage eines militärischen „Unentschieden" zu lange widerstrebt.*

(46) *Die Reichsregierung verfügte über keine Persönlichkeit, die die militärpolitische Lage instinktiv richtig erfaßte und auch gegen den Willen der O.H.L. das Erforderliche durchsetzte. Indem die Reichsleitung halb widerstrebend der O.H.L. sich unterordnete, verursachte sie einen Zustand allgemeiner Unsicherheit und fand sich beim Versagen der militärischen Mittel ohne eigene Gedanken.*

(47) Feststellungen, *die die Grundlage einer* Anklage vor einem Staatsgerichtshof *bilden könnten, glaubt* der Untersuchungsausschuß *in der Frage des deutschen Zusammenbruchs von 1918* nicht gemacht zu haben.

Deckblätter zum „vorläufigen Entwurf der Ergebnisse der Untersuchung des 4. Unterausschusses über die Ursachen des Zusammenbruchs 1918"

Von Abg. Dr. Philipp

I. 2

Die Verantwortung für die militärische Leitung fiel in gleichem Maße dem Generalfeldmarschall v. Hindenburg und General Ludendorff zu. Eine Trennung der Verantwortlichkeit beider Männer ist weder durch die Organisation der Befehlsführung, noch durch die Tatsachen begründet.

I. 5

Seit dem Rücktritt des Reichskanzlers v. Bethmann Hollweg hat sich immer mehr eine entschiedene Überlegenheit der O.H.L. gegenüber der Reichsregierung

in bezug auf die entscheidenden Maßnahmen herausgebildet. Diese blieb auch bestehen, als im Januar 1918 ein Abkommen zwischen der O.H.L. und der Reichsregierung zustande kam, das in politischen Dingen ausdrücklich die verantwortliche Entscheidung der Reichsleitung anerkannte und für die Zukunft festlegte.

III. 1

Die gesamte militärische, wirtschaftliche und politische Lage drängte Anfang 1918 zu einem zielbewußten Versuch, den Krieg baldigst zu beenden.

IV. 2

Die O.H.L. hat das Eintreffen amerikanischer Truppen bis zum Frühjahr 1918 zutreffend vorausberechnet und mit zur Grundlage ihres Offensiventschlusses gemacht.

IV. 3a

Der Geist der deutschen Truppen im Frühjahr 1918 berechtigte durchaus dazu, die Offensive zu wagen.

IV. 3b

Auch die mit den Abwehrschlachten verbundenen Verluste und körperlichen und seelischen Leiden drängten zur Offensive.

IV. 2a

Die schwierige Ersatzlage drängte zu schneller Entscheidung.

V. 2a

Obgleich nach dem Frieden von Brest-Litowsk und durch Besetzung der für die Lebensmittelversorgung nötigen Ukraine im Osten noch starke militärische Kräfte gebunden blieben, wurde an der Westfront eine Überlegenheit an Mannschaften über den Gegner erzielt. Die weitere Heranziehung von wesentlichen für den Angriff geeigneten Streitkräften aus dem Osten kam im Hinblick auf die dortige Lage nicht mehr in Frage.

V. 2aa

Die Versorgung mit Waffen und Munition war für die Offensive ausreichend, an Pferden und Betriebsstoffen war Mangel.

V. 3b

Eine stärkere Verwendung österreichisch-ungarischer Streitkräfte im Westen stieß auf große Widerstände in Wien. Gegen die verlangte Übernahme selbständiger Armeeabschnitte durch die k. u. k. Truppen bestanden die größten Bedenken. Ob es möglich gewesen wäre, noch einige Divisionen rechtzeitig zur Offensive heranzuziehen, muß dahingestellt bleiben.

VI. 1

Der Verlauf der Offensive ist durch einen Mangel an Munition und an sonstigem Kriegsmaterial bis in den Juli 1918 nicht entscheidend beeinflußt worden.

VI. 2

Der Ausbau der Tankwaffen deutscherseits wäre nur möglich gewesen auf Kosten der Herstellung von anderem insbesondere mit Motoren betriebenen Kriegsmaterial.

VI. 4

Der Verlauf der Offensive ist durch unzulässigen Aufenthalt einzelner Truppenteile in Proviant- und Alkohollagern wohl in einzelnen Fällen beeinträchtigt, aber nicht entscheidend gehemmt worden.

X. 1

Das durch die Niederlage vom 8. August deutlich gewordene Scheitern der Offensive erklärt sich daraus, daß durch die unerhörten fortgesetzten Kämpfe die seelische und körperliche Leistungsfähigkeit der Truppen erschöpft wurden und daß die Vorräte an Kriegsmaterial nicht mehr ausreichten.

XII. 1

Der Krieg war militärisch verloren, als während der Rückverlegung der deutschen Westfront im September 1918 der völlige Zusammenbruch Bulgariens, dem der Abfall Österreichs folgte, die Lage des deutschen Feldheeres völlig verändert hatte. Von da an erschien jeder Versuch, mit militärischen Mitteln zum Frieden zu kommen, zwecklos.

XIX. o

Die O.H.L. hat ihre Handlungen stets in dem guten Glauben begangen, damit dem Wohle des gesamten Vaterlandes zu dienen.

XIX. 2a

Die deutsche Armee hat alles geleistet, was in ihren Kräften stand.

Sitzungen vom 5., 6. und 7. Mai 1925

Erste Beratung einer neugestalteten Entschließung zur Frage des militärischen Zusammenbruchs im Jahre 1918

Der auf Grund der gemachten Vorschläge[1]) zusammengestellte „Entwurf einer Entschließung Dr. Bredt—Dr. Philipp" wurde vom Vorsitzenden in den einzelnen Punkten aufgerufen und durchberaten. Außerdem lagen die Entschließung des Abg. Dr. Quessel und eine Reihe von während der Verhandlungen eingereichten Vorschlägen des Abg. Eichhorn zur Beratung mit vor.

Vorsitzender Abg. Dr. *Philipp:*

Ziffer 1

Der 4. Unterausschuß hatte die Aufgabe, die Ursachen des deutschen Zusammenbruchs im Jahre 1918 klarzustellen. Er will zunächst die Grenzen bezeichnen, jenseits deren es nicht möglich war, zu festen Ergebnissen zu kommen.

Die Ziffer wird ohne Aussprache einstimmig *angenommen.*

Vorsitzender Abg. Dr. *Philipp:* Ziffer 2 betrifft die Begrenzung des Aufgabenkreises.

Ziffer 2

Es war nicht möglich, im Rückblick die inneren Beweggründe der einzelnen leitenden Stellen einwandfrei zu erkennen und darzustellen. Die Zeugnisse

[1]) S. 419—436.

darüber weichen vielfach voneinander ab, und die handelnden Personen sind teils verstorben oder konnten aus anderen Gründen nicht zu Vernehmungen zugezogen werden.

Die Ziffer wurde nach kurzer Aussprache durch einstimmigen Beschluß *gestrichen.*

Vorsitzender Abg. Dr. *Philipp:* Ziffer 3 muß nach Streichung der Ziffer 2 lauten:

Ziffer 3

Es war unmoglich, über die rein strategischen und taktischen Maßnahmen der deutschen Kriegführung zu einem Urteil zu gelangen. Hierzu fehlten dem Untersuchungsausschuß die rein fachlichen Voraussetzungen, sodann aber auch jede Möglichkeit zu einer Feststellung, wie eine andere Art militärischen Operierens gewirkt haben würde. Aus diesen Gründen und da gerade in diesen Fragen auch die Gutachten der Sachverständigen vielfach voneinander abweichen, hat der Ausschuß auf eine Stellungnahme zu den strittigen Fragen der Strategie und Taktik verzichtet.

Die Ziffer wurde in folgender Form einstimmig *angenommen:*

Der Untersuchungsausschuß hat auf ein Urteil über die rein technischen Maßnahmen der Kriegführung verzichtet. Hierzu fehlte ihm angesichts der Meinungsverschiedenheiten der Sachverständigen die Unterlage. Der Ausschuß beschränkt sich darauf, die Gutachten, zu deren Ausarbeitung alle amtlichen Archive zur Verfügung standen, sowie die Aussagen von Vertretern der früheren O.H.L. der Öffentlichkeit zu übergeben.

Vorsitzender Abg. Dr. *Philipp:* Ziffer 4 ist die Umreißung der eigentlichen Hauptaufgaben des Unterausschusses.

Ziffer 4

Das Hauptgewicht der Untersuchung mußte der Unterausschuß als Einrichtung einer parlamentarischen Körperschaft auf die Klarstellung der politischen Verantwortlichkeit legen. Die Untersuchung richtete sich in dieser Hinsicht zunächst auf die Handlungen und Unterlassungen der politischen wie militärischen Leitung. Anschließend wurden das Verhalten des Reichstags und die Vorgänge in der Heimat untersucht. Dabei fanden die Bestrebungen der nichtamtlichen Kreise zur Herbeiführung des Friedens und die Umsturzbewegung („Dolchstoß"-Frage) besondere Berücksichtigung.

In der Aussprache wurde vom Berichterstatter hervorgehoben, daß die Untersuchung der Maßnahmen der militärischen Leitung gegenüber denen der politischen, insbesondere dem Verhalten des Reichstags, stark zurücktrete. Die Notwendigkeit, die Untersuchung in dieser Hinsicht zu ergänzen, wurde allgemein anerkannt. Der Vorsitzende hob hervor, daß der Unterausschuß dieses Stoffgebiet nur deshalb in den zweiten Teil der Untersuchung verwiesen habe, um endlich mit dem ersten Teil der Ergebnisse, und zwar über die militärischen Ursachen des Zusammenbruchs, herauszukommen. Die vorliegende Ziffer habe die Bedeutung einer Präambel, die die Öffentlichkeit über das gesamte Arbeits-

gebiet des 4. Unterausschusses unterrichte. Im zweiten Teil der Untersuchung werde durch ein Referat des Abg. Dr. Dr. Bredt die Frage der Verantwortlichkeit des Reichstags genau geprüft werden. In diesem Zusammenhang wies der Abg. Dr. *Spahn* (Berlin) auf die vertraulichen Besprechungen, die zwischen Bethmann Hollweg und Vertretern des Reichstags stattgefunden hätten, und über die der Kanzler sorgfältige Aufzeichnungen gemacht habe, als auf eine wichtige Quelle zur Aufklärung der Motive des Reichstags, hin.

Die Ziffer wurde mit zwei Abänderungsvorschlägen des Abg. *Eichhorn* in folgender Fassung einstimmig angenommen:

Das Hauptgewicht der Untersuchung mußte der Unterausschuß als beauftragtes Organ der Volksvertretung auf die Klarstellung usw. bis Herbeiführung des Friedens und der revolutionären Umgestaltung Deutschlands besondere Berücksichtigung.

Ziffer 5

Entsprechend den bestehenden Vorschriften beschränkte sich der Unterausschuß auf die Stellungnahme zu bestimmten einzelnen Fragen. Diese sind in zwei Teilen zusammengefaßt und, soweit das möglich war, nach der zeitlichen Folge der Begebenheiten gruppiert:

Erster Teil: Der militärische Zusammenbruch.

Zweiter Teil: Heimatpolitik und Umsturzbewegung.

Vorsitzender Abg. Dr. *Philipp:* Das ist die Disposition und soll der Kopf für die beiden Teile der Entschließung sein, in denen die Ergebnisse der Untersuchung zusammengefaßt werden.

Die Ziffer wurde mit einer Abänderung der einleitenden Worte (statt: „Entsprechend den bestehenden Vorschriften" ist zu setzen: „*Dem erhaltenen Auftrag entsprechenden*") einstimmig *angenommen.*

Vorsitzender Abg. Dr. *Philipp.* Wir kommen nun zum ersten Abschnitt des ersten Hauptteils. Die Überschrift lautet:

„Das Verhältnis des Kaisers, der Reichsregierung und der O.H.L. zueinander."

Hier wird im wesentlichen das Kompetenzverhältnis behandelt.

Die Überschrift ist einstimmig *angenommen.*

Ziffer 6

In höchster Instanz war der Kaiser für alle militärischen und politischen Fragen entscheidend. Unter ihm trug die politische Verantwortung der Reichskanzler (Graf v. Hertling, Prinz Max v. Baden) mit seinem ressortmäßigen Stellvertreter, dem Staatssekretär des Äußern (v. Kühlmann, v. Hintze, Dr. Solf) außerdem wurde die Stellung eines verantwortlichen Vizekanzlers (v. Payer) geschaffen.

Nach einigen Bemerkungen über die formelle und tatsächliche Stellung des Vizekanzlers v. Payer wurde die Ziffer mit der Änderung:

. . . außerdem *war* die Stellung eines verantwortlichen Vizekanzlers (v. Payer) geschaffen,
einstimmig *angenommen.*

Ziffer 7

Die Verantwortung für die Kriegführung trugen der Generalfeldmarschall v. Hindenburg und General Ludendorff gemeinsam. Eine Trennung der Verantwortlichkeit beider Männer ist weder durch die Organisation der Befehlsführung noch durch die Tatsachen begründet.

Abg. *Eichhorn:* Es heißt hier: „Eine Trennung der Verantwortung ist weder durch die Organisation noch durch die *Tatsachen* begründet." Ganz im Gegenteil! Die Tatsachen beweisen, daß General Ludendorff im Laufe der Zeit ein außergewöhnliches Übergewicht in der O.H.L. bekommen hat. Es geht aus den Gutachten hervor, daß Ludendorff die Verhandlungen mit der politischen Leitung fast ausschließlich geführt und eigenmächtig auch in die innere Politik eingegriffen hat. Ich erinnere nur an den Brief wegen des preußischen Wahlrechts. Das sind alles Momente, die man hier nicht umgehen darf. Deshalb wäre der Satz folgendermaßen zu fassen: „Eine Trennung der Verantwortlichkeit beider Männer war nach der *Organisation der Befehlsführung* nicht begründet. Aber es steht fest, daß General Ludendorff, der als Vertreter der O.H.L. auch fast ausschließlich die Verhandlungen mit der politischen Reichsleitung führte, ein starkes Übergewicht erlangte und dies besonders in der Absicht politischer Beeinflussung zur Geltung gebracht hat." Es muß hier scharf hervorgehoben werden, welche Rolle General Ludendorff gespielt hat.

Berichterstatter Abg. Dr. Dr. *Bredt:* Formell richtig müßte man im ersten und zweiten Satz sagen:

> Die Verantwortung für die Kriegführung trug der Generalstabschef des Feldheeres (Generalfeldmarschall v. Hindenburg). Ihm war als Mitarbeiter zugeordnet der Erste Generalquartiermeister (General Ludendorff). Diesem war bei seiner Berufung volle Mitverantwortlichkeit neben dem Chef des Generalstabes des Feldheeres zugesichert worden.

Dann kann man in einem dritten Satz hinzufügen, wer von beiden tatsächlich den Ton angegeben hat.

Vertreter des Reichswehrministeriums Oberstleutnant *Koch:* Ich stelle fest, was General Wetzell, der die Entwicklung der Befehlsbefugnisse in der Obersten Heeresleitung mitgemacht hat, in seinem Gutachten hierüber sagt:

> Gewiß ist mit der in der höchsten Not des Krieges im Jahre 1916 erfolgten Ernennung des Generalfeldmarschalls v. Hindenburg und des Generals Ludendorff zum Chef des Generalstabes bzw. Generalquartiermeisters in dem Verhältnis zwischen dem Kaiser, als Oberstem Kriegsherrn, dem Generalfeldmarschall und dem General Ludendorff eine gewisse Änderung in der Rollenverteilung der Obersten Heeresleitung eingetreten, die nicht in dem Titel Chef des Generalstabes und Generalquartiermeister ihren zutreffenden Ausdruck findet. Das Verhältnis läßt sich besser charakterisieren, wenn man den Generalfeldmarschall als neben dem Obersten Kriegsherrn stehenden

Oberbefehlshaber der deutschen Armee und den Generalquartiermeister als seinen und des Heeres Chef des Generalstabes bezeichnet.

So ist die ressortmäßige Einteilung bei der Obersten Heeresleitung, die geschichtliche Entwicklung nach Eintritt des Generalfeldmarschalls und des Generals Ludendorff in die Oberste Heeresleitung gewesen im Gegensatz zu der früheren Obersten Heeresleitung, die nur in einer Person vertreten war.

Berichterstatter Abg. Dr. Dr. *Bredt:* Im Endeffekt ist ein Oberbefehlshaber der Armee nach dem Vorbild des Großfürsten Nikolai in Rußland, des Erzherzogs Friedrich in Österreich und des Generals Schekoff, der vom König in Bulgarien als Oberbefehlshaber eingesetzt war, herausgekommen. Ich würde keine Bedenken haben, in Ziffer 7 hinzuzufügen:

Herausgekommen ist im Enderfolg der Zustand, daß General Hindenburg als Oberbefehlshaber der Armee anzusehen war und General Ludendorff als sein Generalstabschef fungierte.

Das beruhte alles auf ungeschriebenem Herkommen. Der Oberbefehlshaber einer Armee war an sich absolut und konnte befehlen wie er wollte. In der Praxis hatte sich aber ein Zustand herausgebildet, der nicht viel von dem der politischen Verantwortlichkeit des Reichskanzlers entfernt war. Die häufigen Abschiedsgesuche von Hindenburg und Ludendorff sind aufzufassen wie das Abschiedsgesuch eines Reichskanzlers, der erklärt: Wenn der Kaiser das und das machen will, so zeichne ich nicht gegen; ich gehe lieber ab. Das war keine Insubordination. Es ging nicht an, wie Professor Delbrück sagt, daß der Kaiser Ludendorff deswegen vor ein Kriegsgericht stellen sollte. Ludendorff durfte den Dienst nicht quittieren, wohl aber sagen: Ich kann diese Stelle nicht mehr ausfüllen, das geht gegen meine Überzeugung.

Darüber war nirgends etwas geschrieben. Daran, daß es so war, zweifelte kein Mensch.

Abg. Dr. *Schücking:* Der Reichskanzler konnte die Kabinettsfrage stellen, weil er nach der Verfassung dem Parlament gegenüber verantwortlich war. Der Chef des Generalstabes oder der Oberbefehlshaber konnte sie niemals stellen. Denn Offiziere haben keine staatsrechtliche Verantwortung; sie haben zu gehorchen!

Vertreter des Reichswehrministeriums Oberstleutnant *Koch:* Allerdings gibt es keine staatsrechtliche Verantwortung von Offizieren. In der Praxis kam es aber oft vor, daß bei Meinungsverschiedenheiten zwischen Kommandierendem und Stabschef ein Wechsel eintrat. Wir haben das nicht bei der O.H.L., wohl aber bei den unteren Kommandostellen oft erlebt. Der betreffende Offizier bekam ein Truppenkommando oder eine andere Verwendung.

Zur Klärung der Frage, ob General Ludendorff selbständig gewesen ist, möchte ich folgendes hervorheben, daß General Ludendorff täglich dem Feldmarschall Vortrag hielt und ihm alle entscheidenden Fragen vorlegte. In gemeinsamer Beratung wurde dann entschieden, was zu geschehen habe.

Die jetzt vorliegende Fassung der Ziffer 7 trifft meiner Ansicht nach das Richtige und deckt sich mit der Auffassung von Volk und Heer.

Abg. Dr. *Schücking:* Es handelt sich vielleicht um eine dreifach verschiedene Verantwortung. Für den Reichskanzler bestand eine streng juristische Verant-

wortung gegenüber dem Parlament, die auf der Verfassung beruht. Die beiden Feldherren trugen die Verantwortung in militärischem Sinne gegenüber dem Obersten Kriegsherrn, da sie, wie ausdrücklich gesagt ist, zu gleichen Teilen berechtigt sein sollten. Drittens handelt es sich um eine moralische Verantwortung im historischen Sinne. Hier scheint mir nach allem, was ich gehört habe — darin stimme ich Herrn Abg. Eichhorn vollständig zu — die hauptsächliche moralische Verantwortung auf den Schultern des Herrn Ludendorff zu liegen. Denn wer bei der gleichen Verteilung der Rechte zu 50 Prozent in der Ausübung die Rechte bis zu 95 Prozent gehandhabt hat, der trägt vor der Geschichte die größere moralische Verantwortung. Auf Grund aller mir zugänglich gewordenen Quellen, namentlich der Äußerungen von Diplomaten, die im Hauptquartier waren, bin ich zu der Überzeugung gekommen, daß im zweiten Teile des Feldzuges die tatsächliche Führung zu 95 Prozent durch General Ludendorff geschah.

Ich könnte mich damit abfinden, daß von dieser moralischen Verantwortung überhaupt nicht gesprochen wird, sondern nur von der Verantwortung in militärischem Sinne, die tatsächlich für beide Heerführer gleich war. Aber der letzte Passus, in dem gesagt wird, daß durch die Tatsachen keine Trennung der Verantwortlichkeit beider Männer begründet sei, gibt zu Mißdeutungen Anlaß. Beziehen sich diese Tatsachen nur auf die militärische Verantwortlichkeit gegenüber dem Kaiser, dann ist die Fassung richtig. Wird aber die historische und moralische Verantwortung gemeint, dann ist die Fassung meines Erachtens unrichtig.

Berichterstatter Abg. Dr. Dr. *Bredt:* Bisher standen sich zwei Meinungen gegenüber. Die einen sagten: Ludendorff machte alles, der Generalfeldmarschall hatte nichts zu sagen. Die anderen meinten: der Generalfeldmarschall spielte nicht die Figur, die die Gegenseite annimmt; er hat an den Entscheidungen mitgewirkt. Jetzt nach der Wahl von Hindenburg zum Reichspräsidenten ist die Sache, wofür besonders Herr Dr. Quessel Dank verdient, genau in die Mitte gebracht, indem man sagt: wir wollen jetzt den Generalfeldmarschall auch einmal als den Mann hinstellen, der die ganze Sache mitgemacht hat. Das ist eine dritte Version. Wir wissen nun nicht, wie in einem halben Jahr die Weltlage aussieht,

(Heiterkeit)

und ich meine, wir sollten ruhig den ganzen Passus streichen. Denn wir kommen doch heute zu keinem einwandfreien Ergebnis darüber mehr, wer von den beiden Männern die führende Kraft war. Es scheinen da Imponderabilien mitgespielt zu haben, die schwer abwägbar sind.

Vorsitzender Abg. Dr. *Philipp:* Eine Stellungnahme zu der Frage scheint dringend notwendig, weil wir uns sehr oft darüber unterhalten haben, ob man eine Schuld des Generals Ludendorff feststellen könne, während gleichzeitig ein Freispruch für den Generalfeldmarschall v. Hindenburg erfolgen könne. Im allgemeinen wurde der Gedanke der gemeinschaftlichen Verantwortung angefochten. Aber nach den letzten Erklärungen des Herrn Abg. Dr. Quessel scheint doch der Gedanke der gemeinsamen Verantwortung sich etwas mehr

Bahn zu brechen. Gerade im Hinblick auf diese Meinung scheint es mir notwendig, zu diesem Punkte Stellung zu nehmen. — Wenn Herr Abg. Eichhorn eine andere Formulierung vorschlägt, müßte natürlich auch darüber abgestimmt werden.

Ich glaube Übereinstimmung feststellen zu können, soweit die Trennung der Verantwortlichkeit durch die Organisation der Befehlsführung in Frage kommt. Es wird einstimmig anerkannt, daß eine Trennung der Verantwortlichkeit beider Männer durch die Organisation der Befehlsführung nicht begründet ist. Hier ist die Fassung Bredt angenommen.

(Zustimmung.)

Nun ist eine zweite Entscheidung darüber herbeizuführen, ob eine Trennung der Verantwortlichkeit durch die Tatsachen begründet ist. Diese Entscheidung würde ungefähr mit dem Vorschlag Eichhorn auf eine Linie zu stellen sein, daß eben doch Ludendorff letzten Endes alles gemacht hat.

(Abg. *Eichhorn:* Jawohl!)

Diese Entscheidung wäre jetzt zu treffen. Ich bitte diejenigen, die sich dafür aussprechen, daß auch durch die Tatsachen eine Trennung der Verantwortlichkeit nicht begründet ist, zu stimmen.

(Geschieht.)

Ich bitte um die Gegenprobe.

(Sie erfolgt.)

Die Worte „noch durch die Tatsachen" sind also gestrichen. Der zweite Satz ist in der verkürzten Fassung *einstimmig angenommen.*

Ziffer 8

Die wechselseitige Verbindung zwischen dem Kaiser, der politischen und der militärischen Leitung war durch sorgfältig ausgesuchte und ihrer Aufgabe gewachsene Persönlichkeiten gewährleistet. Organisatorische Unterlassungen in bezug auf die Verbindung zwischen der Reichsregierung und der O.H.L., oder einer dieser Stellen mit dem Kaiser, sind nicht festgestellt worden.

Abg. *Eichhorn:* Es ist durch nichts bewiesen, daß die wechselseitige Verbindung zwischen dem Kaiser, der politischen und der militärischen Leitung durch sorgfältig ausgesuchte und ihrer Aufgabe gewachsene Persönlichkeiten gewährleistet gewesen sei. Der zweite Satz kann stehenbleiben; organisatorische Unterlassungen sind nicht festgestellt worden.

Berichterstatter Abg. Dr. Dr. *Bredt:* Auch die Worte „sorgfältig ausgesucht" sind meiner Ansicht nach ohne weiteres aufrechtzuerhalten; aber ob die Persönlichkeiten ihrer Aufgabe gewachsen waren, ist eine andere Frage.

Abg. Freiherr *v. Rheinbaben:* Es handelt sich hier um eine außerordentlich schwierige Materie. Ich müßte doch immerhin für meine Person aus meiner Kenntnis der Dinge im Auswärtigen Amt während des Krieges gegen den ersten Satz stimmen. Die ganze Sache ist ein sehr heißes Eisen, und es ließe sich dazu noch manches sagen.

Der erste Satz wird gegen zwei Stimmen abgelehnt.

Vorsitzender Abg. Dr. *Philipp:* Der zweite Satz ist trotzdem nicht überflüssig. Es handelt sich darum, den Einwand zu widerlegen, als ob durch ungenügende technische Einrichtungen es überhaupt, z. B. der Reichsregierung, nicht möglich gewesen wäre, sich über das ins Bild zu setzen, was im Hauptquartier vor sich gegangen ist. Gerade bei den Fragen, die nach dem Oktober, kurz vor dem Nachsuchen um Waffenstillstand zu entscheiden waren, spielten diese Dinge eine große Rolle. Es sind da doch allerhand Mißverständnisse später bekannt geworden, die Anlaß zu Pressefehden gegeben haben. Es ist infolgedessen doch notwendig festzustellen, daß die organisatorische Lage in Ordnung war. — *Satz 2 von Punkt 8 würde also angenommen sein.*

Ziffer 9 betrifft die praktische Verschiebung der Verantwortlichkeit zwischen Reichsregierung und O.H.L.

Ziffer 9

Seit Frühjahr 1918 hat sich in steigendem Maße eine Überlegenheit der O.H.L. gegenüber der Reichsregierung herausgebildet. Diese blieb auch bestehen, als im Januar 1918 eine Entscheidung des Kaisers zustande kam, die die ausschließliche Leitung der politischen Angelegenheiten durch den Reichskanzler ausdrücklich anerkannte und für die Zukunft festlegte.

Abg. Dr. *Schücking*: Der Kollege Dr. Bredt hat, wenn ich ihn recht verstanden habe, vorhin schon in einer Äußerung angedeutet, daß er in dem Ausscheiden des Reichskanzlers v. Bethmann Hollweg eine schwere Tragik erblicke. Herr v. Bethmann selber hat immer auf dem Standpunkt gestanden, daß, solange er Reichskanzler gewesen sei, die politische Führung von der militärischen Führung unabhängig gewesen sei und daß sein Ausscheiden doch, auch wenn er vom Reichstag nicht genügend unterstützt worden sei — ich stimme darin dem Kollegen Dr. Bredt zu — ins Rollen gekommen sei durch eine Aktion der O.H.L., und daß diese Aktion der O.H.L. auf Sturz des Kanzlers erfolgreich gewesen sei. Damals also hat sich dieser große Umschwung vollzogen. Das müßte meines Erachtens in Satz 9 zum Ausdruck kommen, vielleicht durch folgende Formulierung:

„Wenn schon seit dem Sturz des Reichskanzlers v. Bethmann Hollweg ein Übergewicht der O.H.L. eingetreten war, so hat sich dieses seit dem Frühjahr 1918 noch dauernd verstärkt."

Abg. Dr. *Spahn* (Berlin): Ich weiß nicht, ob man das aussprechen kann: die Entlassung des Reichskanzlers v. Bethmann hat tatsächlich zu einer Entspannung zwischen der politischen und der militärischen Leitung geführt. Die Haltung Hindenburgs und Ludendorffs gegenüber der politischen Leitung war von da ab nicht mehr schroff. Das gespannte Verhältnis zwischen dem Kanzler und den beiden Heerführern hatte sich erst allmählich herausgebildet und war schließlich so, daß kein Verkehr mehr zwischen der militärischen und politischen Leitung bestanden hat. Das fing schon im Jahre 1915 an. Diese Spannung, die eine persönliche Spannung geworden war, ist mit der Ernennung Hertlings zum Reichskanzler weggefallen. Ob aber nun zur Zeit der Kanzlerschaft Hertlings ein Übergewicht der Heeresleitung gegenüber dem Kanzler bestand, ist mir zweifelhaft. Ich weiß daher nicht, ob wir das Urteil so aussprechen können, wie es hier steht. Wir müssen berücksichtigen, daß Herr v. Bethmann Hollweg

auch einseitig in seinem Urteil war, so ruhig und objektiv er an sich die Sache beurteilt haben mag. Eine gewisse Einseitigkeit ergab sich naturgemäß. Ich habe den Eindruck, als ob der vorgeschlagene Satz nicht zuträfe; denn in den wiederholten Besprechungen, die ich in meiner dienstlichen Eigenschaft als preußischer Justizminister mit dem Reichskanzler Hertling geführt habe, habe ich immer den Eindruck gewonnen, daß das Verhältnis zur Heeresleitung günstig geworden war. Graf Hertling hat das selbst als einen großen Vorteil angesehen. Jedenfalls möchte ich mich in der vorgeschlagenen Weise nicht aussprechen.

Berichterstatter Abg. Dr. Dr. *Bredt:* Es ist richtig, was Exzellenz Spahn sagte: das Verhältnis Bethmanns zur O.H.L. war sehr schlecht geworden, das Verhältnis des Grafen Hertling zur O.H.L. ist durchaus gut gewesen. Aber worauf war das zurückzuführen? Ich habe den Brief des Grafen Hertling an Ludendorff aus dem Januar 1918 oder Dezember 1917 sehr beachtet. Es ist ein Brief, den der Reichskanzler Graf Hertling um die Weihnachtszeit an Ludendorff schrieb und in dem er zum Ausdruck brachte, daß die Friedensresolution des Reichstags das Ergebnis einer niedergedrückten Stimmung war; aber sie sei vollkommen erledigt, seitdem es Ludendorff und dem Generalfeldmarschall gelungen sei, die deutschen Waffen wieder zum Siege zu führen. — Wenn man solche Briefe liest, so ist es klar, warum ein gutes Verhältnis bestand. Weiter, als Graf Hertling nach Spa kam und starke Vorwürfe über die Rede des Staatssekretärs v. Kühlmann entgegennehmen mußte, machte er einen schüchternen Versuch, seinen Staatssekretär zu entschuldigen, aber ihm wurde einfach gesagt: das ist unsere Sache, der Staatssekretär muß weg, und Graf Hertling hat sich dem gefügt. Deshalb ist meines Erachtens der zur Verhandlung stehende Satz richtig. Ob man ihn beibehält, ist eine andere Frage.

Abg. *Eichhorn:* Genügt es nicht zu sagen: „seit Frühjahr 1918 hat sich in steigendem Maße *die* Überlegenheit der O.H.L. gegen die Reichsregierung herausgebildet". Das setzt voraus, daß früher schon eine Überlegenheit der O.H.L. über die Reichsregierung vorhanden war.

Vorsitzender Abg. Dr. *Philipp:* Ich würde am liebsten schreiben: „Seit dem Sturz von Bethmann Hollweg hat sich die Überlegenheit in steigendem Maße herausgebildet."

Abg. Dr. *Spahn* (Berlin): Ich trete dieser Fassung bei.

Vorsitzender Abg. Dr. *Philipp:* Es herrscht Übereinstimmung, daß man sagt: „seit dem Abgang des Reichskanzlers v. Bethmann Hollweg hat sich in steigendem Maße die Überlegenheit der O.H.L. gegenüber der Reichsregierung herausgebildet". — Also würde Punkt 9 einstimmig *angenommen* sein. Der zweite Satz ist nicht angefochten.

Abschnitt II

Die deutschen Friedensziele und die Friedensmöglichkeiten Anfang 1918

Ziffer 10

behandelt die Feststellung der verschiedenen Meinungen über die Kriegsziele. Sie lautet:

In bezug auf die Kriegsziele herrschte in Deutschland keine einheitliche Auffassung. Bei einer Richtung ist der Gedanke des reinen Verteidigungskrieges niemals aufgegeben worden; hier hat daher immer grundsätzliche Bereitwilligkeit zu einem Verständigungsfrieden bestanden. Bei einer anderen Richtung bestand die Meinung, für die ungeheuren Opfer des Krieges müsse ein Ausgleich geschaffen werden durch positive Erfolge und Erweiterung der Machtstellung Deutschlands. Zwischen diesen beiden Auffassungen stand eine dritte, welche je nach der Lage ihre Ziele enger und weiter stecken zu können glaubte.

Abg. *Eichhorn:* Da ist eine sehr große Lücke vorhanden. Der erste Absatz bis „Verständigungsfrieden bestanden", der die Anhänger des Verteidigungskrieges behandelt, kann meines Erachtens stehenbleiben. Aber dem müssen wir die annexionistische Richtung gegenüberstellen. Ich habe das ungefähr so formuliert:

Diese Richtung (d. h. die Anhänger des reinen Verteidigungskrieges) blieb völlig einflußlos.

Vorherrschend wurde die extreme annexionistische Bewegung, die von wirtschaftlich einflußreichen Organisationen ausging — Verbände der Großindustrie, Hansabund, Bund der Landwirte usw. Die ausschweifenden Annexionsforderungen dieser Wirtschaftsverbände wurden geteilt und unterstützt von weiten Kreisen der Gelehrtenwelt — Professoreneingabe — und von politischen Parteien — Alldeutscher Verband, Konservative und Nationalliberale Partei.

Das ist im Reichstag oft zum Ausdruck gekommen.

Weiterer Absatz:

Weitere der annexionistischen Richtung nahestehende Auffassungen gingen dahin:

nun kommt der Satz, daß für die Opfer des Kriegs ein Ausgleich durch Erweiterung der Machtstellung Deutschlands geschaffen werden müsse. Endlich:

Andere wollten ihre Kriegsziele je nach der Lage enger oder weiter stecken.

Das ist die Fassung, wie ich sie von „bestanden" ab vorschlage.

Dann ist aber auch notwendig hinzuzufügen:

Die Reichsregierung stand den annexionistischen Forderungen nicht ablehnend gegenüber.

Das ist das Mildeste, was man sagen kann, und weiter:

Die O.H.L. aber förderte und unterstützte sie nachdrücklich. Die Friedensbedingungen von Brest-Litowsk liegen denn auch durchaus in dieser annexionistischen Linie. Die O.H.L. hielt bis unmittelbar vor dem Zusammenbruch an der Angliederung Belgiens an Deutschland fest.

Das alles sind Tatsachen, über die wir nicht hinwegkönnen.

Berichterstatter Abg. Dr. Dr. *Bredt:* Von dem, was Herr Eichhorn sagt, ist sehr vieles richtig, es ist beinahe alles richtig, möchte ich sagen. Aber der Laie staunt, und der Fachmann wundert sich, wie es möglich war, daß der Reichstag

nach der Friedensresolution den Frieden von Brest-Litowsk genehmigte. Da steht man vor einem Rätsel. Denn etwas Größeres an annexionistischer Politik als der Frieden von Brest-Litowsk ist noch niemals in der Weltgeschichte gemacht worden. Die Sozialdemokraten sind wenigstens so konsequent gewesen und haben sich der Stimme enthalten. Wie die Fortschrittler damals für den Frieden von Brest-Litowsk stimmen konnten, ist mir ein Rätsel. Beim Zentrum übrigens auch. Bei den Nationalliberalen nicht; die hatten das so gewollt. Aber wenn die drei Parteien der Friedensresolution wenigstens dieses Papier noch so in der Tasche gehabt hätten, daß sie es einmal vor der Abstimmung hätten durchlesen können, konnten sie doch nicht dafür stimmen. Das Ganze kann man aber nur in das Kapitel Reichstag und nicht in das Kapitel hineinbringen, das von der O.H.L. handelt. Die O.H.L. wollte gewiß alles annektieren. Aber sie war doch nicht die verfassungsmäßige Stelle, die zu entscheiden hatte, sondern der Reichstag hatte es zu entscheiden. Als in Brest-Litowsk die Verhandlungen anfingen, mußte doch eine Deputation des Reichstags nach Brest fahren und den deutschen Vertretern sagen: gebt euch gar keinen Illusionen hin, soviel wird genehmigt und nicht mehr. Statt dessen las man jeden Tag in der Zeitung: jetzt haben wir auch Kurland, Estland, Livland usw., und kein Mensch hat etwas dazu gesagt. Das muß einmal ausgesprochen werden.

Abg. Dr. *Quessel:* Wir bekamen den Friedensvertrag von Brest-Litowsk als eine fertige Sache in zwei mächtigen Bänden auf den Tisch gelegt, und nach acht oder noch weniger Tagen — ich glaube, es war nur ein Zeitraum von zwei bis drei Tagen — mußte darüber abgestimmt werden, so daß der einfache Abgeordnete, der in der Provinz saß, der also hier keine persönlichen Fühlungen unterhalten konnte, sozusagen vor eine vollendete Tatsache gestellt wurde. Wenn wir das nicht im Kapitel Reichstag erörtern, so entlasten wir die Reichsregierung und den Kaiser in einer Weise, die nicht berechtigt ist.

Dann noch eins. Unter dem alten Regime war im Volke ja doch ein außerordentlich großer Fond des Vertrauens zu der Klugheit des Auswärtigen Amts vorhanden. Das stammte noch von Bismarck her. Man hatte ein solches Vertrauen zu der Voraussicht und Klugheit der Herren, die im Auswärtigen Amt sitzen, daß, wenn sich jemand kritisch in dem Sinne geäußert hätte: „Kinder, was euch da auf den Tisch gelegt worden ist, ist ja ein ungeheuerlicher Blödsinn", der Betreffende einfach in jeder Fraktion fertig gewesen wäre. Ein derartiges Urteil über die Weisheit des Auswärtigen Amts hätte man damals noch in keiner Fraktion ertragen. Das müssen wir auch berücksichtigen. Der Reichstag war von jeder außenpolitischen Information auch während des Krieges ausgeschlossen. Eine vollständig uninformierte Körperschaft kann auch kein politisches Urteil fällen.

Nach meiner Meinung sind die Strömungen in Deutschland in der Formulierung des Abg. Eichhorn ganz richtig wiedergegeben, und ich glaube, wir sollten den Anregungen folgen.

Vorsitzender Abg. Dr. *Philipp:* Es handelt sich bei den Anregungen des Herrn Abg. Eichhorn nicht bloß um die Feststellung der Strömungen. Ich nehme an, da werden wir zu einer Übereinstimmung kommen können. Der

Herr Abg. Eichhorn bringt aber Urteile, z. B. die Richtung des Verständigungsfriedens war einflußlos, vorherrschend dagegen war mehr die annexionistische Einstellung. Feststellung und Urteil müßte man jedenfalls trennen.

Berichterstatter Abg. Dr. Dr. *Bredt:* Zu der Ziffer 10 möchte ich nur sagen: ich habe an keinem Punkte so herumgedoktert wie an diesen. Man kann die Kriegsziele nicht feststellen. Es ist gesagt worden, die Kreise, die für einen Verständigungsfrieden eingetreten wären, seien einflußlos gewesen. Die Behauptung ist falsch. Wenn die Friedensresolution wirklich festgehalten worden wäre, dann war die Richtung nicht einflußlos. Die Richtung hat ihren Einfluß nur nicht gebraucht. Die Mehrheit dafür war im Reichstag vorhanden.

Daß der zweite Satz etwas drastischer gefaßt wird, damit bin ich ganz einverstanden. Graf Czernin schreibt, wie ein deutscher Politiker bei ihm gewesen ist und gesagt hat: Belgien müssen wir haben, dazu den ganzen Osten; vor allen Dingen aber müssen wir die restlose Auslieferung der gesamten englischen Kriegsflotte verlangen. Als der Mann hinausgegangen war, sagte Graf Czernin: hier kann nur noch der Irrenarzt helfen. Ich bin damals bei Forstrat Escherich gewesen, und man hat mir alles gezeigt; das waren auch ausschweifende Projekte. Ich bin maßlos erstaunt gewesen. Man wollte Versuche machen, wie wir den Kongo exploitieren könnten. Graf Czernin schreibt weiter: der Kaiser war der einzig Vernünftige, mit dem man über die Dinge reden konnte, er drang aber nicht durch. Als Graf Czernin den Deutschen Kronprinzen bewogen hatte, sich für vernünftige Kriegsziele einzusetzen, kam er acht Tage später ins Große Hauptquartier, und da sagte ihm Ludendorff: „Sie haben ja unsern jungen Herrn schlapp gemacht; wir haben ihn aber wieder aufgepumpt." Also den Satz 2 könnte man sehr wohl energischer fassen. Bei Satz 3 habe ich in erster Linie an den Grafen Hertling gedacht, der in klaren Worten schreibt: „die Friedensresolution ist im Momente niedergedrückter Stimmung gefaßt worden; aber jetzt, wo es besser geht, brauchen wir uns nicht daran zu halten". Anstatt daß man auf dem Höhepunkt der militärischen Erfolge den Frieden anbot, wurden bei militärischen Erfolgen die Friedensziele weit gespannt, und wenn es schlecht ging, dann wurde der Verständigungsfriede angeboten. Also ich möchte nochmals sagen: den zweiten Satz können wir sehr viel drastischer fassen.

Abg. Dr. *Schücking:* Ich bin auch dieser Meinung, ohne daß damit die Absicht besteht, irgendwelche Persönlichkeiten anzugreifen. Die Geschichte fordert, daß wir von diesem ausschweifenden Annexionismus im Sinne der Anregung des Herrn Abg. Eichhorn etwas ausführlicher sprechen und von den Kreisen, die sich auf die verschiedensten Schichten des deutschen Volkes verteilen, die hinter diesem Annexionismus standen. Ich bin auch der Meinung wie der Herr Kollege Bredt, daß der dritte Satz sehr wesentlich ist, daß es so viele schwankende Gestalten gegeben hat. Dazu gehört nicht nur der Graf Hertling. Ich erinnere daran, daß unter den Auspizien der Regierung eine Organisation gegen die Vaterlandspartei gegründet wurde, an deren Spitze u. a. der bekannte Theologe Troeltsch stand. Sobald dieser glaubte, daß die Frühjahrsoffensive Erfolg gehabt hätte, rückte er in aller Öffentlichkeit wieder von dem Verständigungsfrieden ohne Annexionen ab.

Außerdem hat den Abschluß eines Verständigungsfriedens erschwert und zum Zusammenbruch so viel beigetragen die völlige Verständnislosigkeit der in Deutschland entscheidenden Instanzen, namentlich der obersten Heerführer, aber auch lange Zeit hindurch der politischen Instanzen und der weitesten Schichten des deutschen Volkes, gegenüber den pazifistischen Kriegszielen der Gegner. Ich lasse ganz dahingestellt, inwieweit es eine geschickte Taktik der Ententestaaten und wieweit es ihnen damit ernst war, wenn sie von Anfang an in den Vordergrund ihrer Propaganda den Satz gerückt haben: Krieg dem Kriege; dieser Krieg muß der letzte sein; das Ziel des Krieges muß eine internationale Rechtsorganisation mit wechselseitiger vertragsmäßiger Abrüstung sein, die dem Kriege ein für allemal ein Ende setzt, aber nicht einmal für die propagandistische Bedeutung dieser Kriegsziele, die auf ihrem sittlichen Wert, ganz abgesehen von der Ausführbarkeit beruht, war in Deutschland das geringste Verständnis. Ich kann hier aus meiner persönlichen Erfahrung sprechen, weil ich analoge Ideen vertreten habe. Als ich im Jahre 1915 im Auswärtigen Amt war und dort fragte, ob es nicht möglich wäre, daß sich unsere Regierung im Parlament ein einziges Mal positiv in diesem Sinne äußerte, daß Deutschland mit solchen Zielen einverstanden sei, weil daraus ein Fortschritt in den internationalen Beziehungen, eine Annäherung, hervorgehen könne, wurde mir gesagt: was würden unsere Generäle und unsere Marineoffiziere dazu sagen! An der Verständnislosigkeit der Generäle und Marineoffiziere gegenüber diesem großen neuen Kulturideal ist eine rechtzeitige Verständigung in erster Linie gescheitert. Als sich der Reichstag im Jahre 1917 in seiner Friedensresolution auf den Boden dieser Gedankenwelt gestellt hatte, unterdrückte trotzdem das Militär nach wie vor alle Schriften, die auf diesem Gebiet erschienen, und bedrohte die Leute, die diese Gedanken vertraten, mit Gefängnisstrafe. Diese Tatsache, die von ungeheurer Bedeutung ist, muß auch noch für die letzte Epoche des Krieges festgestellt werden. Wenn unsere leitenden Generäle gesagt haben: wir müssen den Krieg à l'outrance weiter fortsetzen, denn der Gegner will keinen Frieden, so hat in ihrem Unterbewußtsein zum mindesten die Erkenntnis eine Rolle gespielt, daß dieser Verständigungsfriede nur auf der Grundlage eines Bruchs mit dem bisherigen System, dem Militarismus, auf der Grundlage einer wechselseitigen vertragsmäßigen Abrüstung zu haben war. Unsere Generäle hätten ihr eigenes System opfern müssen, und das wollten und konnten sie nicht. Nicht zuletzt, weil wir den Gedanken der wechselseitigen Abrüstung, als es noch Zeit war, verschmähten, bekamen wir aus der analogen Mentalität der Gegner heraus im Jahr 1919 einen Frieden mit einseitiger Abrüstung, die wieder einen unmöglichen Zustand schafft. Meines Erachtens ist es dringend notwendig, daß in unserer Resolution auch auf diesen Gesichtspunkt hingewiesen wird.

Abg. *Freiherr v. Rheinbaben:* Man muß bei der Frage der Kriegsziele immer aufs genaueste die Zeit berücksichtigen. Die Eingaben der Wirtschaftsverbände, von denen Herr Abg. Eichhorn sprach, liegen aber weit zurück und haben mit der Stimmung im Jahre 1918 nichts zu tun.

Dann muß man scharf unterscheiden zwischen dem Standpunkt der amtlichen Stellen — das sind wieder politische und militärische Stellen — und den Strö-

mungen im Volke. In der belgischen Frage z. B. hat die O.H.L. nach den Verhandlungen im 2. Unterausschuß den Standpunkt vertreten, daß man zunächst Kriegsziele aufstellen müsse, sich dann aber an den Verhandlungstisch setzen wolle, um im Wege gegenseitiger Konzessionen möglichst viel herauszuhandeln. Man wollte nicht alles erreichen, was man an Kriegszielen formuliert hatte. Die politische Leitung, soweit sie vom Auswärtigen Amt ressortierte, war selbstverständlich bereit, ihre ganzen Bemühungen auf einen einigermaßen guten Abschluß im Wege von gegenseitigen Konzessionen zu richten.

Wenn Sie jetzt der Anregung des Herrn Abg. Eichhorn folgen und in diesem Abschnitt auf Einzelheiten eingehen, dann könnte ich nicht mitstimmen; sondern müßte Reservationen anbringen.

Deshalb möchte ich mir den Vorschlag erlauben, sich an die von Herrn Dr. Bredt vorgeschlagene Fassung zu halten und keine weiteren Details hineinzubringen. Vielleicht kann man die Fassung wählen: „. . . für die ungeheuren Opfer des Krieges müsse ein Ausgleich geschaffen werden durch positive Erfolge und erhebliche Erweiterungen der wirtschaftlichen und politischen Machtstellung Deutschlands."

Abg. Dr. *Moses:* Ich möchte auf die letzten Ausführungen des Herrn Kollegen v. Rheinbaben erwidern, daß diese Eingaben der Professoren usw. zwar 1915 abgefaßt, aber niemals während des Krieges aufgegeben worden sind. Nach dem Krieg ist sogar — ich erinnere an die Schrift von Wehberg — eine Umfrage an einzelne Professoren gerichtet worden, ob sie die Behauptungen der Eingabe noch aufrechterhalten. Ein großer Teil hat sich tatsächlich dazu bekannt.

Vorsitzender Abg. Dr. *Philipp:* Diese Fragen gehören an sich in den 2. Unterausschuß. Hier handelt es sich nur darum, eine organische Verbindung herzustellen, damit wir unsere Sätze betreffend das Jahr 1918 darauf aufbauen können.

Abg. *Eichhorn:* Ich hatte schon hervorgehoben, daß diese annexionistischen Richtungen nach meiner Überzeugung bis zum Zusammenbruch fortgewirkt haben. Die Schuld gebe ich der O.H.L., die die deutsche Öffentlichkeit fortdauernd über die Kriegslage falsch informiert hat. Hätte man zu Beginn des Jahres 1918 der Öffentlichkeit rundweg erklärt, meinetwegen im Sinne Kühlmanns: der Krieg ist mit den Waffen überhaupt nicht mehr zu gewinnen, wir müssen jetzt andere Mittel suchen, dann wären wahrscheinlich auch die ausschweifenden annexionistischen Forderungen aufgegeben worden. Gerade diese Forderungen haben dazu beigetragen, den Kriegswillen der Entente zu stärken.

Ich stimme dem Herrn Vorsitzenden nicht bei, wenn er sagt, das käme für uns nur zur Herstellung einer Überleitung in Betracht.

Die letzten Ursachen des Zusammenbruchs liegen weit vor 1918. Man muß auf den Anfang zurückgehen und die Elemente herausschälen, die sich im Laufe der Zeit ausgewirkt haben. Insbesondere spielt für den Zusammenbruch das Übergewicht, die absolute Diktatur der O.H.L. auch in der inneren Politik eine sehr große Rolle.

Abg. Freiherr *v. Rheinbaben:* Wir haben im 2. Unterausschuß ganz ausführlich über die Friedensmöglichkeiten bis zur Zeit des Friedens von Brest-Litowsk

gesprochen. Darüber hinauszugehen war nicht unsere Aufgabe bzw. es lag eben kein Anhalt für weitere Möglichkeiten vor. Formell könnte der tatsächlich geschlossene Frieden von Brest-Litowsk und seine Folgen hier hereingezogen werden. Was aber die übrigen zu meinem Bedauern auch in der letzten Zeit immer wieder in den politischen Kampf des Tages hineingezogenen angeblichen Friedensmöglichkeiten betrifft — Ministerpräsident Braun hat z. B. in einer großen politischen Rede neulich diesbezügliche Ausführungen gemacht — so liegen doch formulierte Ergebnisse des 2. Unterausschusses vor. In diesen durch Jahre hindurchgegangenen Verhandlungen haben wir gerade über die Kriegs- bzw. Friedensziele, je nachdem, wie man es ausdrücken will, ganz ausführlich Feststellungen gemacht. Formell liegt die Sache so, daß auch die O.H.L. hier durch ihre Vertreter in glaubwürdiger Zeugenvernehmung bezüglich der belgischen Frage Erklärungen abgegeben hat, die ganz anders lauten, als Ihre Formulierungen, aus denen hervorgeht, daß das, was auf dem Papier stand, zwar ihre sog. Kriegsziele waren, daß aber die O.H.L., sobald positive Friedensmöglichkeiten bestanden hätten, durchaus geneigt gewesen wäre, auf gewisse zunächst dem Papier übergebene Kriegsziele zu verzichten. Sie müssen also schon die Ergebnisse des 2. Unterausschusses zugrunde legen, wenn Sie überhaupt weiterkommen wollen. In meiner Formulierung suchte ich durch die Worte: „eine erhebliche Erweiterung der politischen und wirtschaftlichen Machtstellung Deutschlands" den Tatsachen gerecht zu werden.

Abg. Dr. *Schücking:* Die Fassung, die Herr Abg. v. Rheinbaben vorgeschlagen hat, erscheint mir immer noch zu farblos. Was die Professoren angeht, so ist hier eine leichte Verwechslung unterlaufen. Es sind zwei Publikanden gemacht worden. Das eine ist ein Aufruf, der mit den Worten begann: Es ist nicht wahr, daß wir die Neutralität Belgiens verletzt haben. In dieser Hinsicht haben später Rückfragen stattgefunden, ob sich die Herren dazu noch halten wollen oder nicht. Außerdem gibt es aber noch eine Professoreneingabe betr. Annexionen vom Frühjahr 1915. Tatsächlich stammen auch die Eingaben der großen wirtschaftlichen Verbände, die hier erwähnt sind, wie Herr v. Rheinbaben festgestellt hat, aus dem Frühjahr 1915.

Die Ziele, die damals im Frühjahr 1915 vertreten waren, sind aber im Rahmen der Vaterlandspartei auch noch im letzten Jahre des Krieges festgehalten worden. Ich erinnere mich, daß im Auftrage der Vaterlandspartei ein christlicher Pfarrer, nämlich Herr Traub, im Lande umherreiste und erklärte, es sei eine sittlich-religiöse Pflicht, den Sieg auszunutzen. Daß wir den Sieg in der Tasche hatten, war bei der Vaterlandspartei anscheinend selbstverständlich. Das Faktum zeigt, daß diese Leute die Besinnung vollkommen verloren hatten. Ich erinnere mich, daß der Historiker Busch von der Vaterlandspartei in Marburg in einer großen Versammlung im Winter 1918 erklärte, es sei sehr leicht, auch eine enorme Kriegsentschädigung herauszuschlagen. Man müsse es nur so machen wie die Schweden nach dem 30jährigen Krieg; man müsse alle französischen Häfen und die Mündungen großer Ströme auf Jahrzehnte hinaus besetzen. Alle diese Dinge kamen in die Öffentlichkeit und haben unzweifelhaft dazu mitgewirkt, daß im Ausland ein Gedanke an Frieden mit Deutschland

nicht aufkommen konnte. Ich meine, es ist die Aufgabe des Ausschusses, die Dinge doch etwas ausführlicher zu behandeln als in den Fassungen des Herrn Berichterstatters und des Herrn Abg. Freiherrn v. Rheinbaben.

Abg. Dr. *Quessel:* Ich möchte hier nur ganz kurz betonen, daß eine so weitgehende Übereinstimmung, wie sie aus den Worten des Freiherrn v. Rheinbaben hervorzugehen scheint, im 2. Unterausschuß nicht bestanden hat. Vielmehr gingen die Ansichten über die Friedensmöglichkeiten weit auseinander. Es ist richtig, daß hinsichtlich der Friedensschritte, die man etwa als englische bezeichnen könnte, im Untersuchungsausschuß nichts herausgekommen ist. England, das seine großen imperialistischen Ziele Kap—Kairo und Kairo—Kalkutta verwirklichen wollte, konnte natürlich keinen Verständigungsfrieden abschließen. Dazu war das absolute Niederringen der deutschen Wehrmacht unbedingte Voraussetzung.

Ganz anders aber lagen die Dinge im Osten. Herr v. Rheinbaben wird sich erinnern, daß in bezug auf die östlichen Friedensmöglichkeiten von meiner Seite ein Resolutionsvorschlag vorliegt, der gerade in aller Schärfe betont, daß der ausschweifende Annexionismus im Osten die Friedensverhandlungen zwischen dem japanischen Gesandten und dem Vertreter der deutschen Reichsregierung, Herrn Stinnes, in Stockholm zerschlagen hat. Hier waren also Friedensverhandlungen im Gange. Jede Macht hatte ihren bevollmächtigten Vertreter in Stockholm sitzen. Herr Stinnes hat unter Eid vor uns ausdrücklich erklärt, daß er im Auftrag der kaiserlich-deutschen Regierung in Stockholm Friedensverhandlungen mit dem ebenfalls von Tokio aus amtlich beauftragten kaiserlich-japanischen Gesandten geführt hat. Diese Tatsachen sind durch eidliche Aussagen festgestellt worden. Die ganze Angelegenheit wurde nachher zerschlagen und vernichtet durch die Polenproklamation. In bezug auf die Friedensmöglichkeiten, von denen Herr v. Rheinbaben gesprochen hat, liegen die Dinge also wesentlich anders, und es ist besser, wenn wir diese Entschließungen wenigstens so lange beiseite lassen, als der 2. Unterausschuß noch nicht zu einem formellen Abschluß seiner Verhandlungen gekommen ist.

Abg. Freiherr *v. Rheinbaben:* Ich habe selbst bezüglich der Friedensmöglichkeiten während des Krieges ausgeführt: Im allgemeinen ist der 2. Unterausschuß einig gewesen. Nur bezüglich der russischen Friedensmöglichkeiten hat ein Mehrheits- und ein Minderheitsvotum stattgefunden. Das Mehrheitsvotum ist in dem Sinne gehalten, daß eine Friedensmöglichkeit höchstwahrscheinlich nicht vorhanden war; das Minderheitsvotum hat, glaube ich, eine andere Schlußfolgerung im Auge. Was ich im ganzen über Friedensmöglichkeiten gesagt habe, kann ich voll aufrechterhalten.

Berichterstatter Abg. Dr. Dr. *Bredt:* Ich halte eine Einigung für sehr wohl möglich. Es sollen die beiden Richtungen gegenübergestellt werden.

Satz 2 sagt:

> Bei der Einrichtung ist der Gedanke des reinen Verteidigungskrieges niemals aufgegeben worden.

Das ist, wenn ich so sagen darf, die Richtung der Linken. Dahinter ein Semikolon, und dann weiter:

hier hat daher immer eine grundsätzliche Bereitwilligkeit zu einem Verständigungsfrieden bestanden.

Bei einer anderen Seite bestand die Meinung, für die ungeheuren Opfer des Krieges müsse ein Ausgleich geschaffen werden. Nun würde ich vorschlagen, nach einem Semikolon gleich den Kardinalpunkt hineinzunehmen: Hier wurden Annexionsforderungen, man kann sagen der ausschweifendsten, der weitestgehenden Art, vertreten. Das ist eine Tatsache, und die sollten wir aussprechen. Ich nenne als Beispiel nur Herrn Erzberger, der nachher allerdings umschwenkte.

Es würde mir aber zu weit gehen, die einzelnen Verbände hineinzunehmen.

Abg. Dr. *Moses:* Wir sind mit diesem Vorschlag einverstanden.

Abg. Freiherr *v. Rhbeinaben:* Ich glaube, daß der Vorschlag zu weit geht. Man würde aus der Fassung schließen können, daß alle diese Organisationen, im besonderen die Vaterlandspartei, offiziell die weitestgehenden Annexionsforderungen vertreten haben. Ich glaube aber, daß das nicht zutrifft. Es ist möglich — und das möchte ich behaupten — daß gewisse Richtungen innerhalb der Vaterlandspartei tatsächlich weitgehende Annexionsabsichten vertreten haben, daß aber andere Richtungen nur einfach siegen und die Siegesstimmung aufrechterhalten wollten. Darum schlage ich vor zu sagen „zum Teil" oder „von gewissen Richtungen".

Berichterstatter Abg. Dr. Dr. *Bredt*: So können wir unbedenklich sagen:

Hier wurden von gewissen Kreisen Annexionsforderungen der weitestgehenden Art vertreten.

Vorsitzender Abg. Dr. *Philipp*: Wenn wir so weit ins einzelne gehen, sehe ich keine Grenze. Dann müßte man auch darauf zurückgreifen, daß es in Deutschland selbst Meinungen gegeben hat, durch die Preisgabe von Elsaß-Lothringen zum Frieden zu kommen, ehe der Krieg verloren war. Das würde der Gegenpol zu den Auffassungen sein, die hier als übertrieben „annexionistisch" gekennzeichnet sind. Es hat auch Meinungen gegeben, die in bezug auf die Ostgrenzen von Anfang an zu Abtretungen bereit waren.

(Abg. *Eichhorn*: Das liegt in dem Verständigungsfrieden!)

Das glaube ich nicht. Unter „Verständigungsfrieden" haben in Deutschland die weitesten Kreise während des Krieges einen Frieden verstanden, bei dem das Deutsche Reich ohne Verlust an deutschem Sprachgebiet im Westen den Krieg überstand. Ich stelle bei der Mehrheit Übereinstimmung fest hinsichtlich folgender Fassung:

In bezug auf die Kriegsziele herrschte in Deutschland keine einheitliche Auffassung. Bei einer Richtung ist der Gedanke des reinen Verteidigungskrieges niemals aufgegeben worden; hier hat daher immer grundsätzliche Bereitwilligkeit zu einem Verständigungsfrieden bestanden. Bei einer anderen Richtung bestand die Meinung, für die ungeheuren Opfer des Krieges müsse ein Ausgleich geschaffen werden durch positive Erfolge und Erweiterung der Machtstellung Deutschlands. Zwischen diesen beiden Auffassungen stand eine dritte, welche je nach der Lage ihre Ziele enger und weiter stecken zu können glaubte.

Der Antrag des Herrn Abg. *Eichhorn* fährt hier fort:

Diese Richtung blieb völlig einflußlos. Vorherrschend wurde die extrem annexionistische Richtung, die von wirtschaftlich einflußreichen Organisationen ausging (Verbände der Großindustrien, Hansabund, Bund der Landwirte usw.). Die ausschweifenden Annexionsforderungen dieser Wirtschaftsverbände wurden geteilt und unterstützt von weiten Kreisen der Gelehrtenwelt (Professoren-Eingabe) und von politischen Parteien (Alldeutscher Verband, Konservative und Nationalliberale Partei).

Weitere der annexionistischen Richtung nahestehende Auffassungen gingen dahin, daß für die Opfer des Krieges ein Ausgleich durch Erweiterung der Machstellung Deutschlands geschaffen werden müsse. Andere wollten ihre Kriegsziele je nach der Lage enger oder weiter stecken.

Die Reichsregierung stand den annexionistischen Forderungen nicht ablehnend gegenüber. Die O.H.L. aber förderte und stützte sie nachdrücklichst. Die Friedensbedingungen von Brest-Litowsk liegen denn auch durchaus in dieser annexionistischen Linie. Die O.H.L. hielt bis vor dem Zusammenbruch an der Angliederung Belgiens an Deutschland fest.

Ziffer 11

Der 2. Unterausschuß ist zu dem Ergebnis gekommen, daß Friedensmöglichkeiten auf der Grundlage des Status quo für Deutschland niemals erkennbar waren. Die Reichsregierung stand demnach auch Anfang 1918 vor der Frage, ob man weiterkämpfen oder versuchen solle, einen Frieden durch Opfer zu erkaufen. Sie hat letzteres im Hinblick auf die damalige Lage abgelehnt.

Abg. *Eichhorn*: Ich möchte zunächst darauf aufmerksam machen, daß in den Ziffern 11, 12 und 13 ein Widerspruch liegt. Wir sagen:

Der 2. Unterausschuß ist zu dem Ergebnis gekommen, daß Friedensmöglichkeiten auf der Grundlage des Status quo für Deutschland niemals erkennbar waren,

und schließen uns diesem Urteil an. In den Ziffern 12 und 13 aber beschäftigen wir uns wieder selbständig mit solchen Friedensmöglichkeiten. Das ist ein Widerspruch. Entweder nimmt man die Ergebnisse des 2. Unterausschusses ohne weiteres als bindend an; dann hat man nichts weiter dazu zu sagen. Dann brauchen wir auch die beiden Einzelfälle: Bemühungen des Obersten Haeften und die englische Hungerblockade, welche die Geneigtheit zu einem Verständigungsfrieden unterbunden habe, nicht anzuführen. Wenn wir diese Momente herausgreifen, müssen wir viel weiter gehen. Nicht allein die englische Hungerblockade hat die Geneigtheit zu einem Verständigungsfrieden unterbunden, sondern vor allen Dingen die deutschen Annexionsbestrebungen und das ganze Verhalten der deutschen Obersten Heeresleitung. Ich könnte jedenfalls nur sagen: Für den Fall, daß die Ergebnisse des 2. Unterausschusses richtig sind, blieb der Reichsregierung nichts weiter übrig, als den Versuch zu machen, weiter zu kämpfen.

Abg. Dr. *Quessel*: Nach dem Eindruck, den ich von den noch nicht abgeschlossenen Verhandlungen des 2. Unterausschusses habe, besagen sie ungefähr das Gegenteil von dem, was hier als angebliches Ergebnis des 2. Unterausschusses niedergelegt worden ist.

Abg. Freiherr *v. Rheinbaben*: Der 2. Unterausschuß hat in der Hauptsache die Friedensmöglichkeiten des Jahres 1917 untersucht. Ein Hinweis darauf ist jedenfalls erforderlich.

Abg. Dr. *Schücking*: Da sich die Beschlüsse auf das Jahr 1917 beziehen, und wir es hier mit dem Jahre 1918 zu tun haben, will mir die Fassung der Ziffer 11 auch nicht ganz richtig und innerlich logisch erscheinen. 1918 lag die Sache so, daß wir selber durch den Frieden von Brest-Litowsk den Status quo wesentlich verändert hatten. Wir hatten eine ungeheure Machterweiterung nach Osten erreicht, und es hätte in meinen Augen außerordentlich nahe gelegen, daß wir im Westen Konzessionen angeboten hätten, um zum Frieden zu kommen. Das wäre immer noch ein Verständigungsfrieden und meines Erachtens die richtige politische Linie gewesen.

Berichterstatter Abg. Dr. Dr. *Bredt*: Man täte wohl am besten, in einem Satze zu sagen: In bezug auf etwaige Friedensmöglichkeiten — oder wie es heißen soll — wird auf die Verhandlungen des 2. Unterausschusses Bezug genommen.

Über die folgenden Punkte können wir aber nicht hinweggehen. Denn diese betreffen die Frage, warum sich die Reichsregierung mit der Offensive 1918 einverstanden erklärt hat. Der Satz „Die Reichsregierung stand vor der Frage usw." ist materiell richtig. Durch das Angebot des Grafen Czernin waren, wenn ich so sagen darf, die Preise verdorben worden. Man hatte bereits von Österreich aus, soweit man es dort tun konnte, Elsaß-Lothringen und weitgehende italienische Besitzungen angeboten. Die Reichsregierung mußte sich also sagen: es kostet Elsaß-Lothringen.

Zweitens ist in der Öffentlichkeit der Einwand zu erwarten, der Oberst von Haeften habe Friedensverhandlungen geführt. Daraus sehe man, wie geneigt die O.H.L. einem Frieden gewesen sei. Wir müssen also zu der Aktion Haeften Stellung nehmen.

Der dritte Satz von der Hungerblockade kann auch nicht herausbleiben. Das Wort Clemenceaus: „Ich werde kämpfen vor Paris, in Paris und hinter Paris", ist doch nur auf der Grundlage verständlich: „Laßt die Deutschen die Loire überschreiten, sie brechen doch unter dem Hunger zusammen." Wir können die Sätze nicht einfach herausstreichen, sonst fehlt uns die Begründung dafür, weshalb wir zum mindesten verstehen, daß man im Jahre 1918 zu einer Offensive kam.

Abg. Graf *zu Eulenburg*: Auch ich bin der Auffassung des Herrn Dr. Bredt, daß wir die Ziffern 11 bis 12 stehen lassen müssen, weil sonst die Voraussetzung für das Folgende fehlt. Nun hat Herr Dr. Schücking vorhin gesagt, nach seiner Auffassung wäre die richtige politische Linie die gewesen: Verzicht im Westen, Machtzuwachs im Osten. Herr Dr. Bredt hat von einer Preisgabe Elsaß-Lothringens gesprochen. Wie wollen wir denn aber ergründen, ob unsere Gegner darauf eingegangen wären? Das ist gar nicht zu beweisen. Hier steht Ansicht gegen Ansicht.

Abg. Dr. *Spahn* (Berlin): Wir müssen bei der Ziffer 11 in irgendeiner Form sagen, daß wir als feststehend unterstellen, was der 2. Unterausschuß ermittelt hat. Ob der Fall Haeften so viel Bedeutung hat, daß man ihn überhaupt erwähnt, weiß ich nicht. Bei Ziffer 13 hätte ich gern den Gedanken aus der Resolution des Herrn Kollegen Dr. Quessel aufgenommen gesehen, daß die bereits eingetretene Unterernährung von Frauen und Kindern außerhalb des Heeres und die Einwirkungen des Hungers auf die Moral von Frauen und Kindern in Betracht zu ziehen sind.

Abg. Dr. *Schücking:* Gewiß hat Graf Eulenburg recht, wenn er sagt, niemand könne beweisen, daß 1918 der Frieden möglich gewesen wäre. Immerhin steht die Tatsache fest, daß Pierrefeu in seinen Erinnerungen an das französische Hauptquartier mitteilt, man hätte im französischen Hauptquartier davor gezittert, daß wir nach der ungeheuren Machterweiterung im Osten einen Frieden mit Konzessionen im Westen anbieten würden, weil man sich sagte, daß die Stimmung des französischen Volkes dann den Abschluß dieses Krieges verlangt hätte.

Weiter steht fest, daß damals der Prinz Max von Baden im Hauptquartier gewesen ist, die Angelegenheit mit Ludendorff besprochen und gesagt hat, daß jetzt, unmittelbar vor der großen Offensive, der Zeitpunkt wäre, von uns aus einen Frieden mit Konzessionen im Westen anzubieten. Ludendorff hat das mit der Begründung abgelehnt, darauf werde der Gegner nicht eingehen. Prinz Max von Baden hat geantwortet: Das ist möglich, ich weiß nicht, ob der Gegner darauf eingeht; wenn er nicht darauf eingeht, können Sie Ihre Offensive immer noch machen; wenn aber Ihre Offensive nicht zu dem großen Ziele führt, was wird dann aus Deutschland werden? Darauf hat Ludendorff nur geantwortet: Ich bin Soldat, und ein Soldat muß an sein Glück und an seinen Erfolg glauben. Er hat es abgelehnt, sich auf ein offizielles Friedensangebot der deutschen Regierung gegenüber den Westmächten unter Kompensationen einzulassen. Es fragt sich doch, ob hier nicht ein schweres Versäumnis vorliegt.

Berichterstatter Abg. Dr. Dr. *Bredt*: Ich glaube, alle Schwierigkeiten erledigen sich dadurch, daß wir sagen:

> Hinsichtlich der Frage der Friedensmöglichkeiten wird auf die Verhandlungen des 2. Unterausschusses Bezug genommen.

Vorsitzender Abg. Dr. *Philipp*: Der Satz soll demnach lauten:

> *Hinsichtlich der Frage der Friedensmöglichkeiten im Frühjahr 1918 wird auf die Verhandlungen des 2. Unterausschusses Bezug genommen*

(*einstimmig angenommen*).

Der zweite Satz der Ziffer kann in Ziffer 15 wiederaufgenommen werden.

Ziffer 12

Der vom Obersten v. Haeften im März 1918 im Haag unternommene Versuch einer Anknüpfung mit amerikanischen Kreisen war ohne Bedeutung. Er wurde ohne Vorwissen der O.H.L. begonnen und nicht weiterverfolgt, weil die politische Reichsleitung überhaupt keine Kenntnis davon gehabt hat.

Vorsitzender Abg. Dr. *Philipp*: Auch hier handelt es sich im wesentlichen um Übernahme der Ergebnisse von Untersuchungen, die an anderer Stelle gemacht worden sind. *(Einstimmig angenommen).*

Ziffer 13

Die englische Hungerblockade ließ bei den Feinden die Geneigtheit zu einem Verständigungsfrieden gering erscheinen, da man durch die Aushungerung einen Erfolg selbst für den Fall einer militärischen Niederlage erhoffte.

Vorsitzender Abg. Dr. *Philipp*: Herr Abg. Spahn hatte angeregt, hier die Frage der Unterernährung mit hineinzubringen. Ich schlage vor, dies mit zu den inneren Schuldfragen im zweiten Teil unserer Gesamtuntersuchung zu stellen. Hier ist die Hungerblockade nur hineingebracht worden als ein Motiv unserer Feinde, Friedensverhandlungen von sich aus abzulehen (Zustimmung).

Abg. *Eichhorn*: Ich stimme gegen die vorgeschlagene Formulierung. Die Fassung ist viel zu eng. Das sind nicht die einzigen Motive, aus denen die feindlichen Mächte sich gegen einen Frieden wehrten.

Abg. Dr. *Quessel*: Schon bei früherer Gelegenheit habe ich darauf hingewiesen, daß die Bedeutung der Hungerblockade im Frühjahr 1918 für Deutschland deshalb so groß war, weil wir im Osten keinen wirklichen Frieden geschlossen hatten. Hätten wir im Osten mit dem Russischen Reiche ohne Zerreißung des russischen Imperiums in zahllose Stücke einen wirklichen Frieden geschlossen, so hätte der Bolschewismus in Rußland nicht die Erfolge davontragen können. Mit der geringeren Intensität der russischen Revolution wären uns auch die Eisenbahnwege nach Asien offen geblieben, und wir hätten für unsere Versorgung den ganzen asiatischen Kontinent zur Verfügung gehabt, wenigstens in dem Maße, als die sibirische Bahn einen Transport ermöglicht hätte. Deshalb auch der Entschluß des Generals Hoffmann, dem General Ludendorff und dem Generalfeldmarschall v. Hindenburg zu erklären, er könne das nicht mehr mitmachen. Die Möglichkeit, die Hungerblockade um 60 Prozent abzuschwächen, war gegeben. Wenn einem Reiche ein ganzer Kontinent von der Ausdehnung des asiatischen für die Versorgung zur Verfügung steht, wenn keine feindliche Militärmacht vorhanden ist, die Zufuhr von dort her verhindern kann, kann auch von einer so geschlossenen Blockade, wie sie bis zum Frieden von Brest-Litowsk bestand, nicht mehr gesprochen werden. Wir haben uns selbst blockiert, weil wir annektieren wollten. Insofern ist die vorgeschlagene Formulierung entschieden falsch.

Abg. *Graf zu Eulenburg*: Herr Dr. Quessel, mit welchem Reiche wollten Sie denn diesen Frieden im Osten schließen? Mit den Bolschewisten? Dann wären die Hoffnungen, die Sie vielleicht damals darauf gesetzt haben, nicht in Erfüllung gegangen. Die Besetzung der Gebiete im Osten, der Ukraine usw. erfolgte doch gerade, um die Hungerblockade abzuschwächen. Daß die Möglichkeit vorgelegen hätte, von Asien her für uns Lebensmittel und Rohstoffe herbeizuschaffen, wenn dazwischen das Chaos eines bolschewistischen Reiches lag,

halte ich für absolut unmöglich. Hier steht wieder Ansicht gegen Ansicht. Wir werden uns in diesem Punkte nicht einigen können.

Abg. Dr. *Quessel*: Ich möchte Herrn Abg. Grafen zu Eulenburg erwidern, daß die deutsche O.H.L. die Bolschewistenführer im versiegelten, plombierten Eisenbahnwagen ausgesprochen zu dem Zweck nach Rußland brachte, um dort eine vollständige Desorganisation auch in wirtschaftlicher Beziehung herbeizuführen, entsprechend der Parole des Herrn Ludendorff: Rußland muß fallen! während früher deutsche Staatsmänner wie Bismarck und Hohenlohe den Grundsatz vertraten: Deutschland ist ohne Rückhalt an ein starkes Rußland dem Verderben preisgegeben, Deutschland muß sich an ein starkes Rußland anlehnen können! Einen Frieden der Verständigung und Versöhnung hätten wir schon unter Kerensky haben können. Man wollte ihn aber nicht und zerstörte wissentlich die Friedensmöglichkeiten, indem man die bolschewistischen Führer nach Rußland brachte und alle Hebel in Bewegung setzte, sie an die Macht zu bringen.

Vorsitzender Abg. Dr. *Philipp*: Vielleicht wird eine Einigung erzielt, wenn wir das Wort „englische" weglassen. Wir wollen doch nur zum Ausdruck bringen, daß der Hunger in Deutschland der Verbündete unserer Feinde war.

Abg. Dr. *Quessel*: In der Formulierung müßte betont werden, daß der „Hungerring durch den Frieden von Brest-Litowsk von der Kaiserlichen deutschen Regierung wieder fest geschlossen wurde". Ich behalte mir einen entsprechenden Antrag für die zweite Lesung vor.

Berichterstatter Abg. Dr. Dr. *Bredt*: Sollen wir nicht einfach an Ziffer 13 anfügen:

> Es hatte sich herausgestellt, daß die Hungerblockade durch den Frieden von Brest-Litowsk nicht behoben war.

Abg. *Eichhorn*: Die Möglichkeit, die Hungerblockade abzuschwächen, ist durch den Frieden von Brest-Litowsk ausgeschlossen worden.

Vorbehaltlich späterer Anträge möchte ich jetzt beantragen, den Eingang zu Ziffer 13 folgendermaßen zu fassen:

> Neben den deutschen Kriegszielen ließ die Hungerblockade bei den Feinden die Geneigtheit zu einem Verständigungsfrieden gering erscheinen.

Die deutschen Kriegsziele spielen hier eine große Rolle. Dann könnte der Nachsatz in der Formulierung des Herrn Dr. Bredt in bezug auf Brest-Litowsk folgen.

Vorsitzender Abg. Dr. *Philipp*: Ich bitte zunächst zu entscheiden, ob wir an dieser Stelle die Anregung des Herrn Eichhorn, betreffend die Kriegsziele, in der Formulierung aufnehmen. Dann würden wir den Satz 1 erledigen und darauf die Frage entscheiden, ob eine Formulierung im Sinne der Anregung des Herrn Dr. Quessel und Dr. Bredt aufgenommen werden soll oder ob diese ganze Anregung nachher wegen des Satzes 2 zurückgestellt wird.

Herr Eichhorn will mit seinem Antrag eine Verknüpfung mit Ziffer 10 haben.

Abg. *Eichhorn*: Es muß in Ziffer 13 angedeutet werden, daß die deutschen Kriegsziele bei den Feindmächten eine starke Stimmung gegen Friedensunterhandlungen ausgelöst haben.

Abg. Freiherr *v. Rheinbaben*. Die Annahme des Herrn Abg. Eichhorn, daß unsere Kriegsziele die anderen verhindert hätten, zum Frieden zu kommen, ist durch nichts bewiesen. Kennen wir so genau die Lage in Frankreich und England? Wenn Sie betonen wollen: Die öffentlich vertretenen Kriegsziele seien es gewesen, die 1918 den Frieden verhinderten, so sage ich Ihnen: das ist durchaus nicht alles, sondern ich füge zunächst etwas anderes an: die Stimmung in Deutschland. Die Entente hatte in jedem größeren Ort Agenten und wußte auch von manchen innerpolitischen Bestrebungen, die sehr stark geeignet waren, das Zusammenhalten Deutschlands zu gefährden.

Der Antrag des Abg. *Eichhorn* — deutsche Kriegsziele neben Hungerblockade als Friedenshindernisse — wird *abgelehnt.*

Das Wort „englische" wird gestrichen. Ziffer 13 wird in folgender Fassung *angenommen*:

Die zunehmenden Wirkungen der Hungerblockade ließen bei den Feinden die Geneigtheit zu einem Verständigungsfrieden geringer werden, da man durch die Aushungerung einen Erfolg selbst für den Fall einer militärischen Niederlage erhoffte.

Absatz III, Ziffer 14

Die gesamte militärische, wirtschaftliche und politische Lage drängte Anfang 1918 zu einem zielbewußten Versuch, den Krieg baldigst zu beenden.

Die Ziffer wird einschließlich der Überschrift als entbehrlich auf einstimmigen Beschluß *gestrichen.*

IV. Der Entschluß zur Offensive 1918

Ziffer 15

Der Entschluß des Kaisers und der Reichsregierung zur Frühjahrsoffensive 1918 beruhte einerseits auf der Überzeugung, daß ein Friede ohne Opfer nicht zu erlangen sei, andererseits auf dem Glauben der O.H.L. an die Erringung des Endsieges.

Es wird beschlossen, Ziffer 15 unter Wiederaufnahme des 2. Satzes von Ziffer 11 mit Ziffer 18 zusammenzuziehen. Die Fassung soll zur zweiten Beratung vorgelegt werden.

Ziffer 16

Die O.H.L. hat das Eintreffen amerikanischer Truppen für das Frühjahr 1918 zutreffend vorausberechnet und bei ihrem Entschluß zu einer möglichst frühzeitigen Offensive mit berücksichtigt. Die Hoffnungen auf einen Erfolg mußten geringer werden, je weiter die Zeit fortschritt. Auch die schwierige Ersatzlage drängte zu schneller Entscheidung.

Abg. *Eichhorn*: Sind die Ziffern 16 und 17 nicht überflüssig? Sie sind eine nachträgliche Rechtfertigung für den Beschluß zur Offensive. Ich weiß nicht, ob wir sagen können, daß die O.H.L. das Eintreffen der Amerikaner zutreffend vorausberechnet hat.

Vorsitzender Abg. Dr. *Philipp*: Die Ziffern 15 und 18 betrafen die formelle Seite über die Verantwortung zum Entschluß der Offensive, und nun kommen die sachlichen Gesichtspunkte. Hierbei haben wir wieder die Dinge herausgegriffen, die in der Öffentlichkeit vielfach erörtert worden sind. Es wurden Vorwürfe derart gemacht: das Eintreffen der Amerikaner sei nicht richtig berechnet worden, die Truppen wären schon zu weit herunter gewesen, als daß man die Offensive hätte machen sollen usw. Unsere Aufgabe ist, soviel als möglich Konfliktstoff aus der öffentlichen Erörterung auszuschalten, indem wir durch unsere Untersuchung möglichst einwandfreie „Tatsachen" feststellen.

Abg. Dr. *Moses*: Liegen dafür Beweise vor, daß die H.O.L. wirklich das Eintreffen amerikanischer Truppen zutreffend vorausberechnet hat?

Berichterstatter Abg. Dr. Dr. *Bredt*: Es sind Zahlen darüber da, die sich im Endergebnis als richtig herausgestellt haben. Man hat die amerikanischen Transportmöglichkeiten berechnet, man hat, was mir das Auffallende ist, ganz richtig gesehen, daß unsere U-Boote sie nicht herunterbringen würden, und man hat ganz richtig berechnet, wieviel kommen würden. Dann kommt die Pointe, die bei General Wetzell sehr deutlich hervortrat. Es ist ja vor allem von Professor Delbrück die Frage erörtert worden: warum habt ihr den Michaelangriff gemacht und nicht den Georgangriff? Delbrück sagt: Der Michaelangriff war taktisch richtig angelegt, strategisch falsch; man hätte mit dem Georgangriff mehr erreicht und sagt weiter: Es ist das Verbrechen der O.H.L., daß sie den Michaelangriff gemacht hat, nur weil er taktisch größere Erfolge versprach. Der Georgangriff betraf aber das flandrische Überschwemmungsgelände, und dieses Gelände war im Frühjahr 1918 ungangbar, es konnte nicht einmal mit Infanterie begangen werden, mit Artillerie schon gar nicht. Da hat die O.H.L. gesagt: wenn wir noch lange warten, dann gelingt überhaupt kein Angriff mehr, weil dann die Amerikaner zur Stelle sind; den Georgangriff können wir erst in 2 Monaten machen, den Michaelangriff heute schon, darum machen wir den Michaelangriff. Gegen diese Logik ist wahrhaftig nichts zu sagen, und diese Logik wollte ich mit dem Satze zum Ausdruck bringen.

Sekretär Dr. *Bloch*: General v. Kuhl hat in einer der letzten Sitzungen des Unterausschusses besonders betont, daß die O.H.L. das Eintreffen der Amerikaner sogar zu pessimistisch berechnet hat.

Abg. Dr. *Quessel*: Ich stimme den Ausführungen des Kollegen Dr. Bredt über das Eintreffen der amerikanischen Truppen zu. Man könnte der O.H.L. nur den Vorwurf machen, daß sie die psychologische Wirkung des Eintreffens von Truppen aus Amerika auf die Armeen der Gegenseite unterschätzt habe, die sich sagten: jetzt, mit dem Hundertmillionenvolk der Amerikaner im Rücken, kann es uns überhaupt nicht mehr schlecht gehen.

Abg. *Graf zu Eulenburg*: Wie will man beweisen, daß die O.H.L. diese Wirkung unterschätzt hat? Sie ist sich fraglos darüber klar gewesen, daß das dem Gegner einen gewissen moralischen Auftrieb gab. Das wußte ja jeder, der an der Front war.

Abg. Dr. *Quessel*: Den Beweis für die Unterschätzung psychologischer Faktoren sehe ich in der ganzen Haltung der O.H.L. von der ersten Niederlage an der Marne bis zur zweiten.

Ziffer 16 wird *angenommen.*

Ziffer 17

Der Geist der deutschen Truppen im Frühjahr 1918 berechtigte durchaus dazu, die Offensive zu wagen. Auch die mit den Abwehrschlachten verbundenen Verluste und körperlichen und seelischen Leiden drängten zur Offensive.

Abg. *Eichhorn*: Auch hier stimme ich dagegen, weil der Beweis fehlt. Die Ziffern 16 und 17 sind doch eigentlich nur die Präambel für 19. Durch sie soll bewiesen werden, daß die O.H.L. hinsichtlich der Offensive von jeder politischen Verantwortung frei sei. Ich kann mich diesem Votum nicht anschließen und stimme deswegen auch gegen 16 und 17.

Ziffer 17 wird *angenommen*, Ziffer 18 ist durch einen früheren Beschluß erledigt.

Ziffer 19

Mit Bezug auf den Entschluß zur Offensive 1918 ist daher die O.H.L. von jeder politischen Verantwortung frei.

Berichterstatter Abg. Dr. Dr. *Bredt*: Da die O.H.L. nie eine politische Verantwortung gehabt hat, ist sie selbstverständlich davon frei. Wir können also den Satz streichen.

(*Einstimmig gestrichen.*)

V. Die Offensiven des Jahres 1918.

Ziffer 20

Es haben sich keine Tatsachen ergeben, aus denen der Ausschuß eine Pflichtversäumnis der O.H.L. bei der Vorbereitung und Durchführung der Offensiven des Jahres 1918 herleiten könnte. Im einzelnen waren folgende Feststellungen möglich.

Abg. *Eichhorn*: Ich beantrage, die Ziffern 21 bis 29, die rein militärische Fragen behandeln, über die kein Urteil gefällt werden soll, zu streichen. Dann würde in Ziffer 20 der letzte Satz fortfallen.

Berichterstatter Abg. Dr. Dr. *Bredt*: Die Ziffern 20 bis 29 sind von uns wahrhaftig gründlich durchberaten worden, und der Ausschuß hat mit viel Mühe eine Formulierung zustande gebracht. Wenn wir sie jetzt nicht annehmen, dann durften wir auch keine Gutachten von Schwertfeger und Delbrück einfordern.

Abg. Dr. *Quessel*: Ich muß das unterstützen. Wir sind verpflichtet, etwas zu den Gutachten zu sagen, die wir gehört haben, mindestens, daß wir uns des Urteils enthalten. Ich teile nicht die Auffassung, daß wir auf eine Stellungnahme verzichten sollen. Ich bin dafür, daß wir positiv aussprechen, wie wir zu den Sachverständigengutachten stehen. Ich möchte beantragen, die Ziffer 20 durch Punkt 3 meiner Resolution zu ersetzen, die lautet:

Was die militärisch-technische Vorbereitung der Offensive betrifft, so macht sich der Untersuchungsausschuß hier das Urteil derjenigen mili-

tärischen Sachverständigen zu eigen, die in dem mangelnden Abbau der Ostfront, in dem Verzicht auf die angebotene Heranziehung österreichisch-ungarischer Truppen, in der Unterlassung der Herstellung starker Stellungen für den Fall eines Mißerfolges der Offensive und in dem Verzicht auf den Bau von Tanks für den Angriff wie für die Abwehr 1918 schwere Verfehlungen des Generalfeldmarschalls von Hindenburg und seines Generalquartiermeisters sehen, denen es zuzuschreiben ist, daß der Mißerfolg der Offensive sich zu einer Katastrophe des deutschen Heeres auswuchs.

Vorsitzender Abg. Dr. *Philipp*: Wir haben uns mit diesen Fragen vier lange Jahre sehr ausgiebig beschäftigt. Wenn wir sie glattweg unter den Tisch fallen lassen, dann kommen wir als Ausschuß in eine sehr merkwürdige Rolle hinein. Deshalb halte ich es für richtig, wenn wir den Weg des Herrn Abg. Dr. Quessel beschreiten, auch auf die Gefahr hin, daß unsere Meinungen auseinandergehen.

Abg. Dr. *Moses*: Es ist doch ein Gegensatz zu unserem Beschluß vorhanden, daß wir zu den rein militärischen Fragen nicht mehr Stellung nehmen wollen. Entweder müssen wir unsern Beschluß revidieren oder die ganzen Punkte streichen.

Vorsitzender Abg. Dr. *Philipp*: Wir haben uns früher darauf geeinigt, über „Fragen der Strategie und Taktik" nicht zu beschließen. Wir dürfen aber z. B. Fragen prüfen, ob genügend Ersatzmannschaften zur Verfügung standen, ob das Kriegsministerium funktioniert hat usw. Ich sehe keinen andern Weg, als daß wir bei der zweiten Lesung unsern Beschluß dahin verbessern, daß wir uns darauf beschränken, die Stellungnahme zu rein „strategischen und taktischen Fragen" auszuscheiden. Die Dinge, um die es sich hier handelt, greifen in die Politik über. Warum sollten wir darüber nicht zu einem Urteil kommen können?

Abg. Dr. *Quessel*: Unser Beschluß ging nicht so weit, wie Herr Eichhorn gemeint hat. Über Fragen, wo z. B. der Angriff angesetzt werden sollte, wollten wir nicht zu einem Urteil kommen. Aber die Frage, ob wir durchaus auf die Hilfe der österreichisch-ungarischen Truppen verzichten mußten, ist wesentlich einfacher. Im allgemeinen begreift ja auch schon ein Unteroffizier, daß, je mehr Truppen zur Abwehr des Feindes herangezogen werden können, um so besser die Situation für ein Land ist. Die Frage des Ausbaues von Stellungen im Falle eines Mißerfolges oder über den Wert von Tanks sind gleichfalls von jedermann zu beurteilen. Es scheint mir nicht zu weit gegangen, hier schwere Verfehlungen der O.H.L. festzustellen.

Berichterstatter Abg. Dr. Dr. *Bredt*: Ich gebe Herrn Dr. Quessel zu: es war ein Mangel, daß wir keine Tanks hatten, daß wir keine rückwärtigen Stellungen hatten. Es war bedauerlich, daß wir keine starken österreichisch-ungarischen Kräfte an der Westfront hatten. Das gebe ich alles zu. Aber es ist doch festgestellt worden, wenn wir Tanks bauten, konnten wir nicht mehr Flugzeuge in dem Maße bauen oder mußten uns in anderen unentbehrlichen Kampfmitteln einschränken. Andererseits hätten wir rückwärtige Stellungen bauen können, wenn wir die entsprechenden Kräfte aus der Front herausnahmen und zum Bau von Stellungen ansetzten. Wäre das richtig gewesen?

Schließlich kommen die Österreicher und Ungarn in Betracht. In dieser Beziehung ist meiner Ansicht nach das Gutachten von Herrn General v. Kuhl durchschlagend. Ich gebe zu: wenn man zurückgeht bis vor Brest-Litowsk, kann man zu anderen Konstruktionen kommen; aber aus der Lage des Jahres 1918 heraus können wir nicht anders als zu dem negativen Urteil kommen: wir finden nichts, was einen Vorwurf in diesem Zusammenhang rechtfertigt.

Der Antrag Dr. Quessel wird *abgelehnt.* Ziffer 20 wird *angenommen.*

Ziffer 21—27

Obgleich infolge des Friedens von Brest-Litowsk und durch Besetzung der für die Lebensmittelversorgung nötigen Ukraine im Osten noch starke militärische Kräfte gebunden blieben, wurde an der Schlachtfront im Westen eine Überlegenheit an Mannschaften über den Gegner erzielt. Die weitere Heranziehung von wesentlichen, für den Angriff geeigneten Streitkräften aus dem Osten kam in Hinblick auf die dortigen Schwierigkeiten nicht mehr in Frage.

Die Versorgung mit Waffen und Munition war für die Offensive ausreichend. An Pferden und Betriebsstoffen bestand Mangel.

Mit Rücksicht auf die gesamte militärische Lage ist es im Frühjahr 1918 der O.H.L. nicht als möglich erschienen, weitere österreichisch-ungarische Kräfte außer den schon vorhandenen schweren Batterien an die Westfront zu bringen.

Für die Ausbildung und Ausrüstung der deutschen Truppen im Hinblick auf die Offensive war das denkbar Mögliche geschehen.

Das Fehlen rückwärtiger Stellungen erklärt sich aus der Verwendung aller kampffähigen Truppen an der Front und der Unmöglichkeit, der Heimat weitere Arbeitskräfte zu entziehen.

Für den Verlauf der Offensive ist der Mangel an Munition und an sonstigem Kriegsmaterial bis in den Juli 1918 nicht entscheidend gewesen.

Der Ausbau der Tankwaffe wäre 1918 nur möglich gewesen bei Zurückstellung von anderem Kriegsmaterial, insbesondere von solchem mit Motorenbedarf.

Die Ziffern 21 bis 27 werden *angenommen.*

Ziffer 28

Die physische Leistungsfähigkeit der Truppen war gegenüber früher namentlich infolge der knappen Verpflegung zwar vermindert, entsprach aber den Erwartungen.

Vorsitzender Abg. Dr. *Philipp:* Es handelt sich hier um die Stellungnahme zu der Auffassung, wir hätten mit so ausgehungerten Truppen die Offensive gar nicht machen sollen. Selbstverständlich ist jede Truppe im vierten Kriegsjahr körperlich nicht mehr so auf der Höhe gewesen wie 1914. Aber zu Beginn unserer Verhandlungen ist gerade festgestellt worden, daß die Truppen mehr geleistet haben als man annehmen konnte. In vielen Punkten sind die durch die Befehle gesteckten Ziele überholt worden.

Punkt 28 wird *angenommen.*

Ziffer 29

Der Fortschritt der Offensive ist durch unzulässigen Aufenthalt einzelner Truppenteile in Proviant- und Alkohollagern ohne Zweifel in einzelnen Fällen beeinträchtigt, aber nicht entscheidend gehemmt worden.

Vorsitzender Abg. Dr. *Philipp:* Ich würde vorschlagen, daß wir zuletzt schreiben:

Der Fortschritt der Offensive ist wohl beeinträchtigt, aber im ganzen nicht entscheidend gehemmt worden.

Denn an einzelnen Stellen ist ja doch unter Umständen eine entscheidende Hemmung eingetreten.

Ziffer 29 wird mit dieser Abänderung *angenommen.*

VI. Der Rücktritt des Staatssekretärs v. Kühlmann

Ziffer 30

Der Rücktritt des Staatssekretärs v. Kühlmann ist unter starker Mitwirkung der O.H.L. erfolgt. Den Hauptanlaß gab die aus der Denkschrift des Obersten v. Haeften vom 3. Juni 1918 entnommene Äußerung des Staatssekretärs v. Kühlmann in dessen Reichstagsrede vom 24. Juni 1918, daß der Krieg mit den Waffen allein nicht entschieden werden könne. Der Kaiser, in dessen Hand die Entscheidung über einen so wichtigen Reichsposten schließlich lag, hat den Staatssekretär nicht gehalten.

Ziffer 30 wird einstimmig *angenommen.*

VII. Die Beurteilung der Lage Mitte Juli 1918

Ziffer 31

Mitte Juli 1918, vor Antritt seines Postens als Staatssekretär, verstand Herr v. Hintze eine ihm auf seine Frage erteilte Antwort des Generals Ludendorff dahin, es werde gelingen, mit der jetzigen (Reims-) Offensive den Feind endgültig zu besiegen.

Vorsitzender Abg. Dr. *Philipp:* Der Gang ist der: Seitens der O.H.L. ist Herrn v. Hintze der Vorwurf gemacht worden: du hast die ganze Lage nicht richtig erfaßt, du hättest selbständig handeln müssen! Da ist durch Oberst Schwertfeger der Nachweis erbracht worden, daß Hintze eigentlich über seinen Antrag hinaus sich für den Frieden bemüht hat, als nach außen hin noch der Gedanke des sicheren Sieges zur Schau getragen wurde.

Ziffer 31 wird einstimmig *angenommen.*

VIII. Die Beurteilung der Lage durch die O.H.L. nach dem Rückschlag am 18. Juli 1918

Ziffer 32

Bis zum 15. Juli 1918 hat die O.H.L., obgleich General Ludendorff den Inhalt der von dieser Voraussetzung ausgehenden Denkschrift des Obersten v. Haeften vom 3. Juni 1918 billigte, noch nicht den Standpunkt vertreten,

daß der Feldzug mit den Waffen nicht mehr gewonnen werden könne und keine Anregung gegeben zu Friedensverhandlungen auf der Grundlage eines militärischen „Unentschieden". Die O.H.L. hielt jede öffentliche Betonung des Standpunktes der Haeftenschen Denkschrift für militärisch und politisch verhängnisvoll.

Ziffer 32 wird einstimmig *angenommen.*

IX. Das Scheitern der Offensiven 1918

Ziffer 33

Das durch die Niederlage vom 8. August deutlich gewordene Scheitern der Gesamtoffensive erklärt sich daraus, daß durch die unerhörten fortgesetzten Kämpfe die seelische und körperliche Leistungsfähigkeit der Truppen erschöpft wurde und daß die Vorräte an Kriegsmaterial nicht mehr ausreichten.

Vorsitzender Abg. Dr. *Philipp:* Hier ist der große Streit, ob die militärische entscheidende Wendung in den Juli oder August fällt. Die Meinungen gehen auseinander. Das eine steht fest, daß nach dem 8. August die Offensive offenkundig gescheitert war, weiterhin, daß dieses Scheitern nicht durch irgendwelche Mängel der Truppe verschuldet wurde.

Ziffer 33 wird einstimmig *angenommen.*

X. Die Beurteilung der Lage nach dem 8. August 1918

Ziffer 34

Aus der Besprechung des Staatssekretärs v. Hintze mit dem General Ludendorff am 13. August 1918 geht hervor, daß der General damals noch einen strategischen Abwehrsieg für Deutschland für möglich gehalten und insofern den Glauben an einen guten Ausgang des Krieges aufrecht erhalten hat. In diesem Sinne unterrichtete die O.H.L. sowohl die Reichsleitung wie die Presse.

Ziffer 35

Graf v. Hertling hat auch noch nach der Besprechung vom 14. August 1918 an einer optimistischen Auffassung der Gesamtlage festgehalten. Im Sinne der Äußerungen des Generalfeldmarschalls v. Hindenburg glaubte er, daß es gelingen werde, in Frankreich stehenzubleiben und so den Gegner allmählich friedenswillig zu machen.

Vertreter des Reichswehrministeriums Oberstleutnant *Koch*: Über das Wort „Abwehrsieg" habe ich mit General Wetzell gesprochen. General Ludendorff hat sich tatsächlich dahin ausgedrückt: Wir werden durch eine strategische Defensive den Gegner lähmen. Das Wort „Abwehrsieg" trifft nicht das Richtige. An den Sieg selbst hat man doch nicht mehr geglaubt, sondern durch eine strategische Defensive glaubte man den Kampfwillen der Gegner zu lähmen.

Abwehrsieg ist ein schiefer Begriff. Der Feldmarschall sagte, er hoffe, daß es gelingen werde, auf französischem Boden stehenzubleiben und — nun kommt das Entscheidende — *dadurch* schließlich dem Feinde unseren Willen aufzuzwingen.

Berichterstatter Abg. Dr. Dr. *Bredt*: Wir sollten auf den Kronrat vom 14. August Bezug nehmen und nicht auf die vorhergehende private Besprechung. Denn der Kronrat ist das offizielle Dokument, und da Besprechung und Kronrat übereinstimmen, würde ich vorschlagen, den Kronrat zu nennen.

Abg. Dr. *Quessel*: Ich habe starke Bedenken gegen die Formulierung der Ziffer 34, weil sie den Tatbestand nicht klarstellt, sondern verwischt. Wenn wir das Ergebnis unserer Aussprache hier feststellen wollen, so müßte es etwa so formuliert werden: Obwohl infolge der Niederlage vom 8. August die kaiserliche Armee als völlig besiegt angesehen werden mußte, behauptete General Ludendorff usw. Die uns vorliegende Formulierung dagegen läßt es so erscheinen, als ob wir immer noch eine siegreiche Armee gehabt hätten, deren Kampffähigkeit für eine Offensive bis zu einem gewissen Grade noch vorhanden gewesen sei.

Abg. Graf *zu Eulenburg*: Es besteht doch ein Unterschied zwischen einer siegreichen Armee und einer völlig besiegten. Die Armee war nicht mehr siegreich, aber sie war nicht völlig besiegt. Wenn wir den Ausdruck „völlig besiegt" hineinarbeiten, entspricht das nicht den Tatsachen.

Abg. Dr. *Moses*: Ich möchte vorschlagen, die Worte Hindenburgs und Ludendorffs wörtlich zu zitieren. Es handelte sich nicht mehr um eine Schlacht, sondern um die Frage, ob wir in Frankreich stehen bleiben konnten, um politisch etwas mehr zu erreichen oder nicht.

Vorsitzender Abg. Dr. *Philipp*: Das erscheint mir auch zweckmäßig, weil damit die berühmte angebliche Protokollfälschung des Generals Ludendorff zusammenhängen soll.

Wir kommen damit zu einer neuen Fassung der Ziffer 34, deren materieller Inhalt wohl übereinstimmend gebilligt wird. Die Frage ist noch zu prüfen, ob man den ersten Satz stehen läßt, betreffend das Ergebnis der Sonderbesprechung zwischen Hintze und Ludendorff vor dem großen Kronrat am 14. August. Ich habe mich dafür ausgesprochen, diesen Satz stehenzulassen, weil Herr von Hintze dort zum erstenmal eine ausführlichere vertrauliche Information bekommen hat und dort vielleicht mehr gesagt worden ist, als nachher im Kronrat in der offiziellen Stellungnahme der Reichsregierung erkennbar wurde.

Berichterstatter Abg. Dr. Dr. *Bredt*: Über die Besprechung vom 13. August haben wir nur ganz vage Andeutungen. Danach ist damals dasselbe gesagt worden wie am 14. August. Deshalb möchte ich den Satz gestrichen haben.

(Zustimmung)

Vorsitzender Abg. Dr. *Philipp*: Die Meinung des Ausschusses geht einstimmig dahin, aus Ziffer 34 und 35, die nicht angefochten werden, einen Satz zu prägen, in dessen Mittelpunkt der Beschluß der Kronratssitzung gestellt wird.

Ziffer 36

Die nach dem 8. August von der Reichsregierung gemachten Versuche, noch zu einem Verständigungsfrieden zu kommen, standen im Zeichen der militärischen Ereignisse. Staatssekretär v. Hintze hat — seiner Auffassung der Gesamtlage entsprechend — vom 14. August 1918 ab alle diplomatischen Schritte zur Beendigung des Krieges getan. Er hat das Mögliche versucht, konnte aber angesichts der militärischen Lage zu keinem Erfolg gelangen.

Einstimmig *angenommen.*

XI. Der militärische Zusammenbruch

Ziffer 37

Die Offensiven im März und Mai hatten zwar große Erfolge, aber keine Entscheidung gebracht. Sie scheiterten nicht wegen ungenügender Leistungen der Truppen, sondern deshalb, weil bei abnehmender eigener Gefechtskraft die Stärke der Gegner ständig wuchs.

Abg. *Eichhorn*: Hier scheint mir ein Widerspruch vorzuliegen. Es heißt im zweiten Satz: „Die Offensiven scheiterten nicht wegen ungenügender Leistungen der Truppen, sondern deshalb, weil bei abnehmender eigener Gefechtskraft die Stärke der Gegner ständig wuchs." Es ist aber ausgeführt worden, daß man den Zustrom der Amerikaner zu pessimistisch berechnet hatte.

Vertreter des Reichswehrministeriums Oberstleutnant *Koch*: Im Anfang hatte die Offensive große Erfolge, weil wir zum Teil auf schwache Stellen des Feindes stießen und dadurch schnell vorwärtskamen. Allmählich zog der Gegner von anderen Fronten Kräfte heran, so daß der Gegendruck und die Überlegenheit des Feindes immer größer wurden.

Man könnte sagen: „. . . hatten zwar große taktische Erfolge." Es waren Erfolge, die nachher nicht ausgenutzt werden konnten.

Hier ist von zwei Offensiven die Rede. Die zweite, im Mai, war die am Chemin des Dames, die dem Feind völlig überraschend gekommen ist. Sie ist gleich am ersten Tag weit über ihr Ziel hinausgekommen. Man kam bis an die Marne und mit dem rechten Flügel bis vor den Wald von Villers—Coterettes. Man kann also sehr wohl von *großen taktischen* Erfolgen, die keine operative Entscheidung brachten, sprechen.

Vorsitzender Abg. Dr. *Philipp*: Sachlich würden wir das, was die Herren wollen, vollkommen treffen, wenn wir den Satz des Herrn Oberstleutnant Koch aufgreifen und sagen: „Zwar große taktische Erfolge, aber keine operative Entscheidung."

Berichterstatter Abg. Dr. Dr. *Bredt*: Man könnte im zweiten Satz sagen: „. . . weil bei abnehmender eigener Gefechtskraft die Stärke der Gegner an der Schlachtfront ständig wuchs."

Vorsitzender Abg. Dr. *Philipp*: Ziffer 37 wird mit diesen Änderungen einstimmig *angenommen.*

Ziffer 38

Der Krieg war militärisch verloren, als während der Rückverlegung der deutschen Westfront im September 1918 der Zusammenbruch Bulgariens, dem der Österreich-Ungarns folgte, auch die Lage des deutschen Feldheeres völlig verändert hatte. Von da erschien jeder Versuch, mit militärischen Mitteln zum Frieden zu kommen, zwecklos.

Abg. *Eichhorn*: Hätte man im August, als die Offensive gescheitert war, sofort eingelenkt, dann wären Österreich-Ungarn und Bulgarien vielleicht nicht zusammengebrochen. Deshalb scheint mir der ganze Satz ein wenig ungereimt. Ich halte den Zusammenbruch der beiden Staaten für eine Folge des Vorgehens der O.H.L.

Abg. Dr. *Quessel*: Die Dinge lagen doch in Wirklichkeit so: Die Kampfkraft der bulgarischen und österreichischen Truppen brach zusammen infolge des deutschen Zusammenbruchs. Die Beziehungen zwischen den Fronten waren, wenn auch nicht militärisch, so doch psychologisch äußerst eng. Ich erinnere mich an einen Vormittag, wo ich am Bahnhof in Halle mit bulgarischen Offizieren zusammentraf, die eben mit irgendeiner Mission aus ihrer Heimat nach Deutschland gekommen waren. Wir kamen in ein Gespräch, und da die Offiziere in mir einen Menschen entdeckten, der mit den osteuropäischen Verhältnissen vertraut war, so wurden sie sehr offenherzig und sagten, daß unter dem niederschmetternden Eindruck der deutschen Niederlagen an der Westfront in Bulgarien die Offiziere keine Macht mehr über ihre Truppen hätten. Die Kriegsberichte über den Kampf an der Westfront wurden in Bulgarien nicht nur in der Aufmachung unseres Generalquartiermeisters bekannt, sondern auch in der französischen und englischen Fassung. Die waren entscheidend für den Seelenzustand der bulgarischen Truppen. Sie sagten sich: Deutschland ist geschlagen, es hat keinen Zweck mehr, den Kampf fortzusetzen.

Vorsitzender Abg. Dr. *Philipp*: Daß Zusammenhänge zwischen dem Scheitern der Offensive und den Vorgängen an der bulgarischen Front bestanden haben, wird wohl von keiner Seite bestritten. Hier handelt es sich aber um etwas anderes.

Abg. Dr. *Quessel*: Ich schlage folgende Fassung vor: „Der Krieg war militärisch verloren, als unter dem Eindruck der Rückverlegung der deutschen Westfront . . ."

Dieser Antrag wird abgelehnt, Ziffer 38 wird in der vorgeschlagenen Fassung *angenommen*.

XII. Die Waffenstillstandsforderung vom 29. September 1918

Ziffer 39

Am 29. September war die O.H.L. auf dem Punkte angelangt, daß sie nur noch in einem tunlichst sofortigen Waffenstillstand die Rettung vor einer militärischen Niederlage erblickte.

Ziffer 39 wird einstimmig *angenommen*.

Ziffer 40

Die Nachricht davon kam der Reichsregierung völlig überraschend; sie war aber außerstande nachzuprüfen, ob etwa die Beurteilung der militärischen Lage durch die O.H.L. zu ungünstig sei. Alle der Regierung außerdem zugegangenen Mitteilungen bestätigten das Urteil der O.H.L. Von da an war jede erfolgreiche Tätigkeit der Reichsregierung in bezug auf die Herbeiführung eines erträglichen Friedens unmöglich.

Ziffer 40 wird einstimmig *angenommen.*

Ziffer 41

Für die Waffenstillstandsforderung trägt die O.H.L. die Verantwortung, wenn auch der Kaiser als Oberster Kriegsherr sich ihrem Urteil angeschlossen hat.

Ziffer 41 wird einstimmig *angenommen.*

XIII. Die Tätigkeit der Staatssekretäre v. Hintze und Graf Roedern vom 29. September bis 3. Oktober 1918

Ziffer 42

Die Staatssekretäre v. Hintze und Graf Roedern handelten nach den ihnen vom Kaiser am 29. September 1918 in Spa gegebenen Weisungen und auch im Sinne der O.H.L., wenn sie sich in Berlin um die Bildung einer neuen Regierung bemühten, um den baldigen Abgang dieser Note an Wilson zu ermöglichen.

Abg. Dr. *Quessel*: Ich bin der Auffassung, daß Ziffer 42 den Sachverhalt nicht richtig wiedergibt. Es handelte sich damals nicht nur um eine Umbildung der Regierung, sondern um die Annahme des parlamentarischen Systems. Das war der Sinn der Unterhandlungen hier im Reichstag. Das alte politische System brach zusammen, und an seine Stelle sollte nun das parlamentarische System treten, weil sich auch Generalfeldmarschall v. Hindenburg und General Ludendorff darin einig waren, daß die Entente unter dem alten System überhaupt keinen Frieden mit Deutschland schließen würde, sondern nur mit einem demokratischen, d. h. parlamentarisch regierten Deutschland. Auch von den Regierungsvertretern sind uns diese Dinge klar geschildert worden. Gerade Ludendorff legte Wert darauf, daß nun auch Sozialdemokraten in die Regierung kämen. Dafür liegen Dokumente vor. Das muß irgendwie zum Ausdruck gebracht werden.

Vorsitzender Abg. Dr. *Philipp*: Ich würde gar keine Bedenken dagegen haben, zu sagen: „. . . wenn sie sich in Berlin um die Bildung einer neuen Regierung *auf der Grundlage des parlamentarischen Systems* bemühten . . ."

Ziffer 42 wird in dieser Fassung einstimmig *angenommen.*

XIV. Die Absendung des Friedens- und Waffenstillstandsangebots

Ziffer 43

Der Reichskanzler Prinz Max v. Baden hat alle ihm zur Verfügung stehenden Mittel erschöpft, um den von ihm als falsch erachteten Schritt eines sofortigen Waffenstillstandsangebots nicht tun zu müssen.

Ziffer 43 wird einstimmig *angenommen.*

XV. Die Möglichkeit der Fortsetzung des Kampfes nach dem Waffenstillstandsangebot

Ziffer 44

Die nach Abgang des Waffenstillstandsangebots verbesserte militärische Lage berechtigte im Hinblick auf die Ermattung des vordringenden Feindes trotz der mangelhaften rückwärtigen Stellungen zu der Hoffnung, an der Westfront noch einige Zeit in der Abwehr verharren zu können.

Abg. Dr. *Moses*: War denn nach Abgang des Waffenstillstandsangebots die militärische Lage wirklich verbessert? Man kann doch höchstens sagen, daß Ludendorff sie jetzt anders angesehen hat.

Vorsitzender Abg. Dr. *Philipp*: Wir haben uns über diese Frage sehr ausführlich unterhalten, sie ist auch in den Gutachten erörtert worden. Man ist dort ziemlich sicher zu dem Ergebnis gekommen, daß es uns möglich gewesen wäre, die Front im Westen noch einige Zeit zu halten. Es ist immer darauf hingewiesen worden, daß auch unsere Gegner nicht weiter konnten, daß sie uns eine Atempause hätten gewähren müssen. Ob diese nun ein halbes Jahr oder 2—3 Monate gedauert hätte, läßt sich freilich nicht entscheiden, weil nichts veränderlicher ist als das Kriegsglück. Allgemein ist in militärischen und auch in politischen Kreisen die Auffassung geltend gemacht worden, daß der Entschluß der O.H.L. am 29. September vielleicht übereilt gewesen ist.

Abg. Dr. *Schücking*: Die Meinungen darüber gehen sehr auseinander. Auf Ententeseite habe ich immer wieder gehört, daß die militärischen und auch die politischen Instanzen der Entente es außerordentlich bedauerten, sich auf das Waffenstillstandsangebot eingelassen zu haben. Sie waren der Überzeugung, daß sie uns ein Sedan bereiten könnten, wie es in der Geschichte noch nicht dagewesen ist. Aber selbst gesetzt, jene Auffassung sei irrig und die Auffassung gewisser militärischer Instanzen bei uns, daß die Kriegslage in gewisser Hinsicht besser geworden sei als in dem Moment der Absendung des Waffenstillstandsangebotes, sei richtig, so spricht subjektiv doch ein Element dafür, daß in Wirklichkeit die Fortsetzung des Kampfes unmöglich gewesen wäre.

Nachdem nämlich das Waffenstillstandsangebot einmal hinausgegangen war, wollte niemand mehr sein Leben drangeben, weil alle damit rechneten, daß in wenigen Tagen der Frieden komme. Das ist ein Eindruck, den ich immer wieder aus den mündlichen Erzählungen der Soldaten gehabt habe. In den Äußerungen, die nach dem Waffenstillstandsangebot von militärischen Stellen gemacht worden sind, ist dieses psychologische Element vollständig unter den Tisch gefallen. Unter diesen Umständen glaube ich, daß, wenn man das Gesamtbild der Situation sich vor Augen führt, von einer wirklichen Verbesserung der Situation nicht die Rede sein kann.

Berichterstatter Abg. Dr. Dr. *Bredt*: Ich glaube, der Schlüssel zur Erkenntnis der ganzen Lage liegt in dem Tagesbefehl des Generalfeldmarschalls von Hindenburg von Mitte Oktober, über den die Reichsregierung so ungehalten war: Wir kämpfen weiter, bis wir den Sieg erringen. Hindenburg und Ludendorff hatten beim Angebot des Waffenstillstandes gedacht, wenn wir einen Frieden auf dem

Boden des Status quo anbieten, Belgien herausgeben und auf Longwy und Briey verzichten, dann ist die ganze Sache gemacht. Nun kam die Nachricht, daß Präsident Wilson gar nicht anbiß; nun wurden Bedingungen gestellt, auf die man gar nicht gefaßt war, nun zeigte sich: die Feinde wollen gar keinen Waffenstillstand. Da kommt für den Generalfeldmarschall die furchtbare Enttäuschung und der Entschluß: dann muß eben weitergefochten werden. Die militärische Lage ist, glaube ich, weder besser noch schlechter gewesen. Aber als die Enttäuschung kam, sah die O.H.L. nur die einzige Möglichkeit, weiter zu kämpfen.

Ich möchte also „die nach dem Waffenstillstandsangebot verbesserte militärische Lage" auch nicht stehen lassen, weil mir nicht klar ist, wodurch sie verbessert gewesen sein soll.

Herrn Kollegen Dr. Schücking möchte ich aber widersprechen, daß unsere Truppen nicht mehr geneigt waren, ihr Leben einzusetzen. Daß unsere Truppen gewillt waren, sich noch zu verteidigen, scheint mir keinem Zweifel zu unterliegen. In der Verteidigung konnte man sich noch eine ganze Zeitlang halten. Ob man damit noch weiter Krieg führen konnte im alten Sinne, ist eine andere Frage.

Abg. *Eichhorn*: Es ist doch eigentlich eine beweislose Annahme, die in Ziffer 44 als Behauptung aufgestellt wird. Die Sache hat aber noch andere Konsequenzen. Wenn wir das in dieser Form stehen lassen, bildet es dann die Grundlage für die sog. Dolchstoßlegende. Man wird sagen, die militärische Lage hat sich verbessert, wir konnten unter Umständen den Feinden noch unseren Willen aufzwingen, der Dolchstoß ist schuld daran, daß das alles in die Brüche ging. Deshalb muß man sehr vorsichtig sein gegenüber solchen Behauptungen.

Ich verstehe auch nicht recht, um gleich auf Ziffer 45 überzugehen, warum die Hoffnung längeren Durchhaltens zunichte gemacht worden sein soll durch Entlassung Ludendorffs. Die beiden Punkte 44 und 45 gehören ja doch zusammen.

Vorsitzender Abg. Dr. *Philipp*:

Ziffer 45

kann gleich mitberaten werden. Sie lautet:

Diese Hoffnung wurde zunichte durch die Entlassung des Generals Ludendorff und die damals immer nachhaltiger hervortretenden Bestrebungen, den Krieg um jeden Preis zu beendigen.

Durch den Personenwechsel war ein großer Teil der moralischen Kraft innerhalb der kämpfenden Armee gebrochen. Sodann hatte ja doch der Nachfolger des Generals Ludendorff den ganz bestimmten Auftrag, Schluß zu machen.

Abg. Graf *zu Eulenburg*: Ich bin dafür, es bei der Fassung der Ziffer 44 zu belassen. Die militärische Lage hatte sich insofern verbessert, als wider Erwarten der Feind seinen Erfolg nicht so ausnutzte, wie er es im ersten Moment hätte tun können. Es gelang der fechtenden Truppe, sich wieder zu setzen und dem Feind nachdrücklich entgegenzutreten. Insofern war eine Verbesserung

tatsächlich eingetreten. Die Auffassung des Herrn Dr. Schücking, daß niemand mehr sein Leben riskieren wollte, ist nicht zutreffend. Die Fronttruppen hatten den festen Willen, bis zum letzten zu kämpfen.

Abg. Dr. *Moses*: Ich habe das dicke Werk von Hanslian über den *chemischen Krieg* und die Vorträge von Haber durchstudiert. Daraus entnahm ich, daß wir damals vor einer vollständig neuen Phase des Krieges gestanden haben und von einem Halten der Front keine Rede sein konnte. Die Amerikaner hatten, glaube ich, 450 000 Gasgranaten hinübergeschafft, die erst jetzt angewandt werden sollten. Es wäre ein ganz kurzer Krieg gewesen. Wir hatten gar nichts zur Abwehr. Aber auch unabhängig davon habe ich die Überzeugung, daß man müde war, daß man überall eingesehen hat, es hat doch keinen Zweck mehr. Selbst wenn eine größere Anzahl von Offizieren und Soldaten erklärt haben, wir kämpfen weiter, war das Heer als solches nicht mehr kampffähig. Ich glaube nicht, daß wir von einer verbesserten militärischen Lage reden können.

Vertreter des Reichswehrministeriums Oberstleutnant *Koch*: Ich möchte besonders auf das Gutachten von General v. Kuhl und die Aussagen von General Wetzell hinweisen, die sich über die Möglichkeit des Standhaltens ausgesprochen haben. General v. Kuhl hat ausgeführt, daß man im feindlichen Lager sich nicht darüber klar gewesen ist, ob man scharfe oder mildere Bedingungen stellen sollte. Man wollte teilweise keine zu scharfen Bedingungen stellen, weil man fürchtete, sie würden von uns dann nicht angenommen, und der Kampf müßte fortgesetzt werden.

Was Herr Dr. Moses soeben über die Entwicklung eines chemischen Gaskrieges auf Grund der amerikanischen Literatur sagte, trifft zu auf die Zeit *nach* dem Kriege. 450 000 Gasgranaten sind keine große Zahl. Es wurden an einer Abwehrfront täglich Millionen Geschosse verschossen. Die Amerikaner haben ihren großen Angriff gegen die Front der Heeresgruppe Gallwitz ausgeführt, aber mit keinem Erfolg. Das lag daran, daß die Amerikaner ohne ausreichende Ausbildung in Massen vorgeführt wurden, was am Ende des Krieges gegenüber der ungeheueren Feuerwirkung geradezu verbrecherisch war.

Vorsitzender Abg. Dr. *Philipp*: Es war der Sinn der ganzen Oktoberreform, die Widerstandskraft der Truppe zu erhöhen. Damit wurde ja doch die O.H.L. dazu gebracht, die Sache mitzumachen. Man sagte: Ihr bekommt hier einen großen inneren Fundus; die nationale Verteidigung auf demokratischer Grundlage kommt euch dann zu Hilfe, um den Feind von den deutschen Grenzen fernzuhalten. Deshalb liegt es durchaus auch in den Gedankengängen der im wesentlichen demokratisch eingestellten Herren, wenn man sagt: Eine große moralische Kraft war jetzt in die Truppe neu hineingekommen. Das ist zweifelsohne bei vielen der Fall gewesen, wenn diese innere Reform im Sinne der Versteifung des Widerstandes auch nicht bei allen die erwartete Wirkung gehabt hat: Ein großer Teil der Frontsoldaten hat ja zweifelsohne aus den inneren Reformen andere Folgerungen gezogen als diejenigen geglaubt haben, die diese Entwicklung in Deutschland begünstigten.

Abg. Dr. *Spahn* (Berlin): Ich habe Bedenken gegen die Ziffer 45. Ich halte es für falsch zu sagen, daß es anders geworden wäre, wenn man Ludendorff

gelassen hätte. Denn Ludendorff war gerade der, der darauf drängte und an der Auffassung festgehalten hat, es müsse sofort Waffenstillstand geschlossen werden. Ein Gegensatz zwischen Ludendorff und Hindenburg scheint damals vorgelegen zu haben. Hindenburg hielt die Eile nicht für geboten. Er hat sich aber Ludendorff gefügt. Und Ludendorff hat verlangt, daß unmittelbar der Waffenstillstand geschlossen werde. Das war der Druck, der auf die Reichsregierung ausgeübt wurde und dem sie entsprochen hat. Ludendorff hatte nicht die Absicht, eine Verzögerung zuzulassen. Deshalb geht m. E. Ziffer 45 nicht.

Abg. *Eichhorn*: Ich werde für die Streichung der Ziffern 44/45 stimmen, wenn sie der Berichterstatter beantragt. Denn die Diskussion, die bisher geführt worden ist, kommt wieder in das Fahrwasser, das wir vermeiden wollten. Auch hier handelt es sich um eine rein militärische Frage.

Was der Herr Berichterstatter über die Gedanken der Heerführer beim Angebot des Waffenstillstandes ausführte, ist eigentlich ein recht schlechtes Zeugnis für die O.H.L., der nachgesagt wird, daß sie mit Spekulationen operierte und glaubte, sie könne durch Bluff etwas erreichen.

Zur Stütze der Aufführungen des Herrn Abg. Dr. Schücking und gegenüber der Bezugnahme des Vertreters des Reichswehrministeriums auf das Gutachten v. Kuhl verweise ich darauf, daß in dem Schwertfegerschen Gutachten verwiesen ist auf das Werk von Schwarte: „Der große Krieg 1914 bis 1918". Dort befindet sich ein Aufsatz von Generalleutnant v. Altrock, in dem wiederholt darauf hingewiesen wird, daß nach dem Waffenstillstandsangebot von einem Kampfwillen der Masse der Soldaten gar nicht mehr die Rede sein konnte. In dem Aufsatz v. Altrocks wird eingangs auf den Hunger hingewiesen. Dann heißt es:

> Als aber 1918 schließlich die Hoffnung auf Erfolg immer mehr schwand, als die Überlegung allgemein wurde: es nützt doch alles nichts, da ließ auch die Spannkraft der Seele nach. Krieg und Nerven hatten einst die wunderbare Kraft der Truppen geschaffen. Als es aber dauernd „über die Kraft" ging, da wurde die Nervenkraft der Truppen schließlich zerbrochen.

Das muß unabhängig von allen politischen Einflüssen festgestellt werden. Am Schluß heißt es dann:

> Die Wirkung des Schrittes auf Regierung und Abgeordnete war aber nicht mehr zu beseitigen, zumal von einer Geheimhaltung leider keine Rede sein konnte. Die Nachricht gelangte tatsächlich auch schnell zur Front, die spätere Abschwächung konnte ihren tiefen Eindruck nicht wieder ausgleichen. Der Inhalt der Forderung mußte bei den Truppen die Hoffnungslosigkeit weiteren Kämpfens steigern.

Angesichts dieses Zeugnisses eines Generalleutnants, der seine Erfahrungen auch an der Front geschöpft hat, kann man nicht davon reden, daß eine Verbesserung der militärischen Lage eingetreten sei.

Abg. Dr. *Moses*: Ich möchte zu Punkt 44 „verbesserte militärische Lage und Entlassung des Generals Ludendorff" eine Frage an den Herren Kollegen Grafen zu Eulenburg richten. Er wandte sich gegen die Ausführungen

Dr. Schückings. Ich selbst habe zugestanden, daß tatsächlich eine große Zahl Offiziere und Soldaten weiter kämpfen wollte. Hat die Bekanntgabe der Entlassung Ludendorffs als Person auf den Kampfwillen der Offiziere und des Heeres großen Einfluß ausgeübt? Hätte nach der Entlassung Ludendorffs eine große Anzahl von Offizieren und Soldaten trotzdem weiter gekämpft, oder hing das lediglich von der Person des Generals Ludendorff ab?

Abg. Graf *zu Eulenburg*: Selbstverständlich hat die Entlassung Ludendorffs Eindruck gemacht. Trotzdem bin ich der Auffassung, daß auch nach der Entlassung bei den Truppen, in denen der Geist noch gut war, die Auffassung bestand: es muß unter allen Umständen weitergekämpft werden. Deswegen bin ich der Auffassung des Herrn Kollegen Dr. Schücking entgegengetreten. Seine Behauptung, daß niemand mehr fechten wollte, entspricht nicht den Tatsachen. Ich bin bis zu den letzten Kriegsmonaten an der Front gewesen und glaube darüber ein Urteil zu haben.

Vorsitzender Abg. Dr. *Philipp*: Ludendorff ist entlassen worden, weil Berlin und die politischen Kreise ihm nicht glaubten, als er auf einmal erklärte: Die militärische Lage hat sich zu unseren Gunsten verschoben. General Groener wurde sein Nachfolger mit dem Auftrage, mit dem Krieg Schluß zu machen. Das ist wenigstens mein Eindruck. Das hat auf die Truppen lähmend gewirkt. Sie kennen vielleicht die Vorgänge in dem Lager Beverlo. Hinten in der Etappe zeigten sich gewisse Zersetzungserscheinungen. Die gab es vorher auch schon. Es handelt sich aber um das Ausmaß. Danach ist die Wirkung zu beurteilen. Die betreffende Armee versuchte, durch Flieger, die über dem Lager Bervelo kreisten und ein paar Kampfdivisionen das Lager zu umstellen. Das wurde durch General Groener rückgängig gemacht. Wer das als Soldat miterlebt hat, mußte in bezug auf den Willen zu kämpfen, zu ganz anderen Ergebnissen kommen als der Fernerstehende. Deswegen ist die Entlassung Ludendorffs für den Willen weiter zu kämpfen von weitgehender Bedeutung gewesen. Etwas anderes will Punkt 45 nicht sagen.

Berichterstatter Abg. Dr. Dr. *Bredt*: Ludendorff wurde entlassen, weil nach Einführung des parlamentarischen Regimes die neuen Minister einen General verlangten, mit dem sie glaubten arbeiten zu können. Nicht so sehr die Entlassung Ludendorffs als der Sieg des parlamentarischen Gedankens hat auf die Truppe gewirkt. Es findet sich die merkwürdige Erscheinung, daß der einzige, der im Plenum des Reichstages zur Organisation der nationalen Verteidigung aufgerufen hat, Herr Abg. Herold gewesen ist. Alle anderen, selbst Stresemann, sagten verblümt: Jetzt wird eben Schluß gemacht. Das hat natürlich auf die Truppe gewirkt. Die Entlassung Ludendorffs ist nur ein Symptom, nicht der Ursprung des Umschwungs.

Vorsitzender Abg. Dr. *Philipp*: Niemand bestreitet, daß das die tieferen Gründe sind. Ich wollte nur den Anlaß klarstellen, aus dem Ludendorff beseitigt wurde. Die Einführung des paralamentarischen Systems dauerte immerhin ein paar Wochen. Es fragt sich hier, ob es richtig war, während der Liquidierung des Kampfes, unmittelbar vor dem Schluß des Krieges eine Personalveränderung bei der O.H.L. vorzunehmen, die die gesamte Lage und den Waffenstillstand

unendlich erschweren mußte. Durch die Entfernung des Generals wurde in die Kampffront, die bis dahin immer noch eine Macht gebildet hatte, ein Moment der Unsicherheit hineingetragen, das moralisch geradezu verwüstend wirken mußte.

Vertreter des Reichswehrministeriums Oberstleutnant *Koch*: Die Unsicherheit, die mit dem Wechsel in die Führung kam, wurde ohne Zweifel in allen Kommandostäben empfunden. Der bisher leitende Mann wurde durch jemand ersetzt, der in der Heimat gewesen war und die schwierige Lage zunächst gar nicht meistern konnte, in der es stündlich zu handeln galt. Insofern trifft der Herr Vorsitzende das Richtige.

Abg. Graf *zu Eulenburg*: Könnten wir uns nicht so einigen, daß wir diese Worte „nach Abgang des Waffenstillstandsangebots" entfernen und sagen:

> Die militärische Lage berechtigte im Hinblick auf die Ermattung des vordringenden Feindes trotz der mangelhaften rückwärtigen Stellungen zu der Hoffnung, an der Westfront noch einige Zeit in der Abwehr beharren zu können.

Das ist doch nicht bestritten worden.

Vorsitzender Abg. Dr. *Philipp*: Auch Herr Dr. Moses hat das nicht bestritten. Er hat gesagt, wir wären „in kurzer Zeit" unterlegen; darin liegt immerhin ein gewisses Anerkenntnis, daß die Möglichkeit eines Moratoriums bestand.

Die Frage, ob weitergekämpft werden konnte, ist in einer Besprechung der Generale v. Gallwitz und v. Mudra ausführlich erörtert worden, über die ein Protokoll vorliegt. Darauf werden wir in Zusammenhang mit der Tätigkeit des Reichstags in dieser Zeit noch einmal kommen müssen. In dieser Besprechung ist ziffernmäßig geprüft worden, was an Truppen noch herauszukämmen war. Herr Abg. Scheidemann hat dabei Bemerkungen des Inhalts gemacht, die Qualität der vorhandenen Reserven sei nicht so, daß die O.H.L. daran irgendwelche Hoffnungen knüpfen könnte. Nach den letzten Anregungen würde der erste Satz im Falle der Annahme lauten müssen:

> Nach Abgang des Waffenstillstandsangebots berechtigte die militärische Lage im Hinblick auf die Ermattung des vordringenden Feindes trotz der mangelhaften rückwärtigen Stellung zu der Hoffnung, an der Westfront noch einige Zeit in der Abwehr verharren zu können.

Berichterstatter Abg. Dr. Dr. *Bredt*: Die Worte „trotz Ermattung des vordringenden Feindes" würde ich streichen. Er war nicht so „ermattet".

Vertreter des Reichswehrministeriums Oberstleutnant *Koch*: Der Feind mußte folgen, kam dabei aber durch das ganze Kampfgebiet, wo keinerlei rückwärtige Verbindungen bestanden. Weil diese fehlten, ging ihm der Atem aus. Der Feind kam aus technischen Gründen nicht weiter. Wir hätten jedenfalls Zeit genug gehabt, unsere Verteidigung zu organisieren.

Abg. Graf *zu Eulenburg*: Es stellte sich auch eine gewisse Ermattung beim Feinde heraus, die durchaus zu merken war. Setzte nach einem Angriff des Feindes ein Gegenstoß von uns ein, so hatten wir überraschende Erfolge. Der Kampfwille des Gegners war stark vermindert. Der Ausdruck „Ermattung" trifft schon das Richtige. Wird ein besserer gefunden, stimme ich auch zu.

Vorsitzender Abg. Dr. *Philipp*: Man könnte sagen:

Im Hinblick auf die Schwierigkeiten, mit denen der vordringende Feind zu kämpfen hatte.

Es handelt sich um Vorstöße im leeren Raum. Die Truppen hatten sich vielfach voneinander gelöst, was an und für sich bei uns eine große strategische Leistung war, und der Feind mußte die Fühlung mit den deutschen Truppen wieder gewinnen.

Es würde also heißen:

Nach dem Waffenstillstandsangebot berechtigte die militärische Lage im Hinblick auf die Schwierigkeiten, mit denen der vordringende Feind zu kämpfen hatte, trotz der mangelhaften rückwärtigen Stellung zu der Hoffnung, an der Westfront noch einige Zeit in der Abwehr verharren zu können.

Die Ziffer wird in vorliegender Fassung *abgelehnt*.

Ziffer 45 wird gleichfalls *abgelehnt*.

Vorsitzender Abg. Dr. *Phillipp*: Wir kommen jetzt zur Zusammenfassung. Hier handelt es sich darum, die Dinge unter dem Gesichtspunkt der Schuldfrage in deutlicher Form zusammenzufassen. Herr Abg. Eichhorn hat folgenden vollständig neuen Vorschlag gebracht:

„Die Ursachen des deutschen Zusammenbruchs im Jahre 1918 sind nicht allein in dem Fehlschlagen der Offensiven im Frühjahr und Sommer 1918 zu suchen. Es mußten schwere, in den damaligen politischen und militärischen Zuständen wurzelnde Fehler dazu kommen, um die Katastrophe herbeizuführen.

Als solche Fehler sind festzustellen:

1. Die vollständige Ausschaltung der politischen Reichsleitung durch die O.H.L.
2. Das Festhalten der O.H.L. an Eroberungsplänen, wie sie sich auch im Frieden von Brest-Litowsk dokumentierten und die bei den feindlichen Mächten jeden Gedanken an Verständigungsfrieden ertöten mußten.
3. Der im Wesen des Militarismus liegende Starrsinn, eine Entscheidung durch die Waffen auch dann noch herbeiführen zu wollen, als die O.H.L. selbst nicht mehr an eine solche Möglichkeit glaubte.
4. Die systematische Täuschung der politischen Reichsleitung über die tatsächliche militärische Lage.
5. Die Täuschung des gesamten deutschen Volkes durch Beeinflussung der Presse im Sinne der O.H.L. Jeder Versuch, die Öffentlichkeit über die wahre Lage aufzuklären, wurde durch schärfste militärische Zensur und polizeiliche Zwangsmaßnahmen unterdrückt.
6. Die Schwäche der Regierung, die über schüchterne Versuche einer Auflehnung gegen die Diktatur der O.H.L. nicht hinauskam.
7. Die absolute Unfähigkeit des Reichstags, der die Verantwortung, die besonders in dieser Zeit auch auf ihm lastete, nicht begriff und sich damit begnügte, hinter der O.H.L. und der Regierung einherzutrotten.

Die Verantwortung für den Zusammenbruch im Jahre 1918 trifft demnach in erster Linie die O.H.L., sodann aber auch die Reichsregierung und den Reichstag in gleichem Maße."

Abg. *Eichhorn*: Ich bin der Auffassung, daß wir mit der in der Vorlage gegebenen Zusammenfassung nicht auskommen. Wir müssen das Ergebnis schon etwas positiver fassen, wie ich das in den einzelnen Punkten meines Antrags versucht habe.

Zunächst sind, wie ich eingangs sage, die Ursachen des Zusammenbruchs nicht allein im Fehlschlagen der Offensiven zu suchen, sondern auch in einer Reihe politischer und militärischer Fehler. Ich habe eine Anzahl aufgeführt; sie sind nicht erschöpfend. Wir werden bei den in unserem Ausschuß wie im Plenum bestehenden politischen Gegensätzen zu einem einmütigen Beschluß nicht kommen können. Es wird sich nicht vermeiden lassen, daß man seine Stellung in einer eigenen Resolution präzisiert. Ich stehe auf dem Standpunkt, daß der Rahmen der Untersuchung zu eng gespannt ist. Der Zusammenbruch fällt in das Jahr 1918, aber die Ursachen gehen auf eine viel frühere Zeit zurück. Wir haben im Verlauf des Krieges verschiedene Schlappen erlitten, ohne daß es zu einem völligen Zusammenbruch kam. Auch die gescheiterte Offensive des Jahres 1918 hätte nicht notwendig zu einem Zusammenbruch zu führen brauchen, wenn nicht andere schwere Fehler dazugetreten wären. Man muß vor allem berücksichtigen, daß in der inneren Politik die Unselbständigkeit der Regierung gegenüber der O.H.L. die Unterdrückung der öffentlichen Meinung, der Hunger, wesentlich zum schließlichen Zusammenbruch beigetragen haben. Ich habe auch schon hervorgehoben, daß die annexionistischen Forderungen der O.H.L., die in keinem Verhältnis zur tatsächlichen Kriegslage standen, eine Rolle spielen. In alledem liegt die Schuld der O.H.L. begründet, sie hat den schließlichen Zusammenbruch zu verantworten. Im übrigen spricht mein Antrag für sich selbst.

Vorsitzender Abg. Dr. *Philipp*: Es besteht eine gewisse Schwierigkeit, das organisch in den Rahmen einzufügen. Läßt es sich nicht ermöglichen, daß Sie, was den militärischen Zusammenbruch betrifft, herausgreifen, damit wir es an diese Entschließung ketten? Die innerpolitischen Fragen kommen später.

Abg. *Eichhorn*: Ich bin bereit, die Punkte 5 und 7 vorerst zurückzuziehen!

Vorsitzender Abg. Dr. *Philipp*: So paßt Ihre Entschließung als Parallelantrag zu Ziffer 46—48. Wir werden zu gegebener Zeit darüber abstimmen.

XVI. Zusammenfassung

Ziffer 46

Die in früheren Kriegen Preußens und Deutschlands bewährte Verbindung der obersten politischen und militärischen Gewalten in der Hand des Königs und Kaisers hat im Weltkriege in der Person des Kaisers ihre personelle Erfüllung nicht gefunden.

Berichterstatter Abg. Dr. Dr. *Bredt*: Das einzige, was man dem Kaiser vorwerfen kann ist: er hat sich nicht gewaltsam durchsetzen können. Ich möchte nur darauf

hinweisen, daß Graf Czernin schreibt: Der einzige Vernünftige, mit dem man im deutschen Hauptquartier reden konnte, war der Kaiser. Und auch der General Hoffmann hat Zustimmung für seine wirklich vernünftigen Pläne nur beim Kaiser gefunden. Der Kaiser hat in diesem Kriege eine nicht viel andere Rolle gespielt als der alte Kaiser 1866, nur war damals Bismarck der Stärkere gegenüber Moltke. Ich möchte bitten, Ziffer 46 zu streichen.

Vorsitzender Abg. Dr. *Philipp*: Der Satz ist hineingekommen aus dem Schwertfegerschen Gutachten. Das ist die Quintessenz von dessen zweibändiger Darstellung, die mit dem Hinweis schließt: es war unser Unglück, daß in vieler Hinsicht nicht die persönlichen Voraussetzungen vorhanden waren, um das bestehende System reibungslos arbeiten zu lassen. Man müßte den Gedanken selbstverständlich ebenso anwenden auf die Träger der Reichspolitik. Ich weine der Ziffer von meinem politischen Standpunkt aus keine Träne nach. Ich hielt mich aber nicht für berechtigt, diesen Gesichtspunkt zu unterschlagen, über den wir uns lange unterhalten haben und für den nachher diese Formel gefunden wurde.

Abg. Dr. *Moses*: Gerade über diesen Punkt haben wir früher nicht wochen-, sondern monatelang diskutiert. Wenn wir das einfach unter den Tisch fallen lassen, würde das eine nicht gerechtfertigte Kritik des Schwertfegerschen Gutachtens sein, der sagt: da sitzt der eigentlich Verantwortliche. Wir müssen dies doch in irgendeiner Form zum Ausdruck bringen.

Vorsitzender Abg. Dr. *Philipp*: Ich habe es nicht als meine Ansicht vorgeschlagen, sondern lediglich als gewissenhafter Vorsitzender, der nicht unerledigte frühere Anregungen ohne weiteres unter den Tisch fallen lassen kann. Dieses Verfahren ist teilweise der Anlaß zu gewissen Konflikten mit dem Herrn Berichterstatter gewesen. Aber ich halte es für richtig.

Ziffer 46 wird *angenommen*.

Ziffer 47

Die O.H.L. hat ihre Handlungen stets in dem guten Glauben begangen, damit dem Wohl des gesamten Vaterlandes zu dienen. Sie hat entsprechend ihrer militärischen Anschauungsweise den Gedanken, den Krieg für Deutschland zum guten Ende zu führen, solange als möglich festgehalten. Die deutsche Kampffront hat bis zuletzt alles geleistet, was in ihren Kräften stand.

Abg. Dr. *Quessel*: Wir können die Ziffer 47 wirklich nicht annehmen. Nach unserer Meinung hat die O.H.L. nicht für das Wohl des deutschen Volkes gekämpft. Maßgebend waren für sie imperialistische und dynastische Gesichtspunkte.

Berichterstatter Abg. Dr. Dr. *Bredt*: Ich glaube, das stimmt nicht. Die O.H.L. hat ganz einfach dafür gefochten, den Sieg zu erringen. Erst als es wirklich nicht mehr möglich war, zu gewinnen, hat sie diesen Gedanken aufgegeben.

Vorsitzender Abg. Dr. *Philipp*: Die Tatsache, daß Behauptungen aufgestellt worden sind, die O.H.L. habe für ihre Handlungen dynastische Interessen entscheidend sein lassen, oder der andere Vorwurf, Ludendorff habe sich ledig-

lich von persönlichem Ehrgeiz leiten lassen, zwingt dazu, hier eine solche allgemeine Erklärung zu bringen. Es wird nur von „dem guten Glauben" gesprochen, in dem die O.H.L. ihre Maßnahmen getroffen hat. Damit ist noch nicht gesagt, daß diese Maßnahmen für das Vaterland überall objektiv dienlich gewesen sein müssen. Ich glaube, wir sind es der O.H.L. schuldig, daß wir ihr die bona fides für ihre Handlungen zusprechen. Dann kommt die Anwendung dieser allgemeinen These für den Ausgang des Krieges, und dann schien es mir notwendig, noch eine Bemerkung hineinzubringen über die Truppen. Auch hier sind in der Öffentlichkeit vielfach Vorwürfe erhoben worden. Der Sinn des dritten Satzes bedeutet eine gewisse Rehabilitation der Frontarmee gegen Angriffe, denen auch sie in der Öffentlichkeit ausgesetzt war. Ich muß immer daran erinnern, daß unsere Aufgabe ursprünglich gewesen ist, soweit als möglich Konfliktstoff durch Feststellung von Tatsachen aus den öffentlichen Erörterungen zu beseitigen. Deswegen werden alle Mitglieder des Ausschusses diesem dritten Satz mit gutem Gewissen zustimmen können. Ich bitte, es daher bei diesem Zusammenhang zu lassen. Die drei Sätze der Ziffer 47 gehören organisch zusammen.

Abg. Dr. *Moses*: Wir haben gegen den letzten Satz keinen Einwand. Es handelt sich nur um die ersten beiden Sätze.

Bei der Abstimmung werden Satz 1 und 2 mit Mehrheit, Satz 3 einstimmig *angenommen.*

Ziffer 48

Die Reichsregierung hat sich auf das Urteil der O.H.L. verlassen, bis diese selbst die Unmöglichkeit des Sieges zugestand. Sie verfügte über keine Persönlichkeit, die die militärpolitische Lage intuitiv erfaßte und sich auch gegen den Willen der O.H.L. durchsetzte, Indem die Reichsleitung halb widerstrebend der O.H.L. sich unterordnete, ließ sie eine allgemeine Unsicherheit über die Fragen des Krieges und Friedens aufkommen und sah sich nach dem Versagen der militärischen Mittel außerstande, die Lage zu meistern. Die Versuche, auf Grund eines militärischen „Unentschieden" mit den politischen Mitteln zum Frieden zu kommen, haben zu spät eingesetzt.

Abg. Dr. *Moses*: Auch hier können wir dem letzten Satz beistimmen: „Die Versuche, auf Grund eines militärischen ‚Unentschieden' mit den politischen Mitteln zum Frieden zu kommen, haben zu spät eingesetzt."

Vorsitzender Abg. Dr. *Philipp*: Es sind vier Sätze. Ich lasse getrennt darüber abstimmen. Satz 1 ist einstimmig *angenommen.*

Ich rufe auf Satz 2.

Abg. Dr. *Quessel*: Ich möchte einiges gegen diese Formulierung einwenden, obwohl an und für sich sachlich alles richtig wiedergegeben ist. Es fragt sich nur, ob der Kaiser nicht schwere Verfehlungen in dem Sinne begangen hat, daß er nicht Leute, die intuitiv die Lage richtig erfaßten, zur Leitung der Reichsgeschäfte berief. An diesem Punkte entsteht das große Verschulden des Kaisers: nicht solche Leute zur Führung der Geschäfte, besonders zu dem Amt des

Reichskanzlers berufen zu haben, die Fähigkeiten besaßen, intuitiv zu erkennen: General Ludendorff ist im Unrecht, wenn er uns Hoffnungen auf Besiegung der ganzen Welt macht. Der Kaiser hat Männer berufen wie Michaelis und den Grafen v. Hertling, die einfach blindlings den Angaben der kaiserlichen Heerführer Vertrauen schenkten. Das muß zur Charakterisierung der Herrscherpersönlichkeit Wilhelms I. hervorgehoben werden, daß er ein Mann von kleinen Gaben war, aber doch die Fähigkeit hatte, wirklich Leute von großer Begabung an die verantwortliche Stelle zu setzen, während Wilhelm II. eben diese Fähigkeit abging. Er hatte manche Einsichten, die anderen abgingen, aber die Gabe, wirklich befähigte Leute herauszufinden und an die richtige Stelle zu setzen, hatte er nicht.

Vorsitzender Abg. Dr. *Philipp*: Es handelt sich darum, festzustellen, daß ein großer Teil der Schuld an den Schwierigkeiten, die entstanden sind, den Mangel an geeigneten Persönlichkeiten betrifft. Es waren eben einfach die Männer nicht da, die die ganzen Voraussetzungen erfüllten. Was wurde von einem Reichskanzler verlangt? Er sollte das Vertrauen des Reichstags haben — wir hatten ja damals schon ein kryptoparlamentarisches System —, er sollte das Vertrauen der O.H.L., und er sollte das Vertrauen des Kaisers haben. Infolge dieses Übermaßes von Bedingungen wurde eine Reihe von Persönlichkeiten, denen man eine größere Initiative hätte zutrauen können, von vornherein ausgeschieden, und ich muß heute noch sagen, daß ich in der Berufung des Grafen Hertling die einzige Möglichkeit gesehen habe, diese ganzen Schwierigkeiten zu bannen. Andere Leute, die genannt wurden, waren doch vollständig indiskutabel: Tirpitz, Helfferich usw. Und wenn von der anderen Seite jemand gekommen wäre, Scheidemann oder sonst wer, dann wären die Schwierigkeiten auch nicht zu vermeiden gewesen.

Abg. *Eichhorn*: Ich kann dem Kollegen Quessel nicht ganz zustimmen, wenn er dem Kaiser ein besonderes Verschulden zuschreibt, daß er die richtigen Männer nicht gefunden habe. Man muß sich doch fragen: Wer hätte kommen sollen, wer hätte sich der O.H.L. gegenüber durchsetzen können und durchsetzen wollen? Von den *für den Kaiser* diskutablen politischen Persönlichkeiten, die damals eine Rolle in Deutschland spielten, kann ich mir keine denken, die die Kraft gehabt hätte, sich gegen die O.H.L. durchzusetzen. Man müßte sich auch hier wieder auf das schöne Wort des Herrn Schwertfeger zurückziehen, daß es eine „schicksalshafte Tatsache" ist, daß wir keine großen politischen Männer in Deutschland hatten. Aber es ist überhaupt ein falscher Standpunkt, die Frage der Persönlichkeiten in den Vordergrund zu stellen. Die Machtstellung der O.H.L. beruhte auf dem militaristischen System, das wir gehabt haben. Und dahinter stand der Kaiser. Seit 1866 war alles militaristisch aufgezogen, der Militarismus hat auch im Frieden in Deutschland eine gewaltige Rolle gespielt. Darum habe ich in meiner Resolution auch der O.H.L. die größte Schuld zugemessen.

Berichterstatter Abg. Dr. Dr. *Bredt*: Es steht hier: „Sie verfügte über keine Persönlichkeit, die die militärpolitische Lage intuitiv erfaßte." Das bezieht sich vielleicht auf die Äußerung des Generals Wetzell: Staatssekretär v. Hintze

hätte nicht die Fähigkeit gehabt, die Meldungen der O.H.L. so richtig zu verstehen, wie es notwendig gewesen wäre. Der erste, der die militärpolitische Lage vollkommen richtig erfaßt hatte, war der Reichskanzler v. Bethmann Hollweg, der sich gar keiner Illusion über den Krieg hingegeben hat. Der Kaiser hat ihn gehalten, solange er ihn halten konnte. Als der Kaiser vor die Frage gestellt wurde: einer muß abgehen, Feldmarschall Hindenburg oder Reichskanzler v. Bethmann Hollweg, hat sich der Kaiser sehr bitter geäußert. Wenn er Hindenburg abgehen ließ, war er fertig, bereits im Jahre 1917. Das konnte er einfach nicht. Bethmann mußte gehen. Der zweite, der die militärpolitische Lage erfaßt hatte, ist Staatssekretär v. Kühlmann gewesen. Er mußte auch abgehen, weil die O.H.L. ihn stürzte. Und der dritte, der die militärpolitische Lage absolut erfaßt hat, war Staatssekretär v. Hintze. Es stimmt nicht, daß wir keine Persönlichkeiten hatten, die die Lage erfassen konnten. Graf Hertling ist übrigens nicht vom Kaiser ausgesucht worden, sondern vom Interfraktionellen Ausschuß.

(Abg. Dr. Spahn (Berlin): Vom König von Bayern!)

Jedenfalls werden Sie mir zustimmen, wenn ich verneine, daß der Kaiser diktiert hätte: Jetzt wird Hertling Reichskanzler. Davon ist keine Rede gewesen. Er ist der erste parlamentarische Reichskanzler gewesen, der mit Zustimmung des Interfraktionellen Ausschusses ausgesucht wurde.

Vorsitzender Abg. Dr. *Philipp*: Ich nehme an, Herr Kollege Bredt regt an, die Worte „die militärpolitische Lage intuitiv erfaßte" zu streichen, so daß stehen bleibt: Sie verfügte über keine Persönlichkeit, die sich gegen den Willen der O.H.L. durchsetzte.

(Berichterstatter Abg. Dr. Dr. *Bredt*: durchzusetzen vermochte!)

Abg. Dr. *Moses*: Ein Teil der Schwierigkeiten ist durch die letzte Fassung behoben. Es würde ja komisch aussehen, wenn man sagte: Die Reichsregierung verfügte über keine Persönlichkeit, die die militärpolitische Lage intuitiv erfaßte. Der Satz: „Sie verfügte über keine Persönlichkeit, die sich gegen den Willen der O.H.L. durchzusetzen vermochte" hat viel für sich, da schließlich das ganze Volk während des Krieges blindlings allem vertraute, was die O.H.L. tat.

Vorsitzender Abg. Dr. *Philipp*: Wir kommen zur Abstimmung über Satz 2 in der Fassung:

> Sie verfügte über keine Persönlichkeit, die sich gegen den Willen der O.H.L. durchzusetzen vermochte.

Der Satz wird *angenommen.*

Wir kommen zu Satz 3.

Abg. Dr. *Spahn* (Berlin): Sollte es nicht genügen mit dem Worte: „vermochte"? Dann kann das, was noch kommt, gestrichen werden. (Zustimmung.)

Vorsitzender Abg. Dr. *Philipp*: Satz 3 wird einstimmig *gestrichen.*

Der 4. Satz hängt etwas in der Luft, nachdem der vorhergehende gefallen ist.

Abg. Graf *zu Eulenburg*: Dann streichen wir ihn auch. (Zustimmung.)

Vorsitzender Abg. Dr. *Philipp*: Der Satz 4 ist einstimmig *gestrichen.* Jetzt fügt sich zwanglos Satz 32 des Entwurfes Dr. Bredt an. Er lautet:

Der Reichstag hat es unterlassen, von sich aus mit der notwendigen Willensstärke auf die Herbeiführung eines Verständigungsfriedens hinzuwirken.

Wir kommen in eine gewisse Schwierigkeit. Wenn wir diesen Satz aufnehmen, dann präjudizieren wir doch die Ergebnisse des Referats der Herrn Abg. Dr. Bredt über die Haltung des Reichstages. Ich glaube, es ist ein Vorzug, wenn wir uns die Möglichkeit offen lassen, auf gewisse Dinge nachher in einem anderen Zusammenhang zurückzukommen. Es ist zweifellos vom demokratisch-parlamentarischen Standpunkte eine große Schuld des Reichstags, wenn er sich nicht durchgesetzt hat. Das gehört aber zur Behandlung der inneren Schuldfrage, die wir nachher erörtern wollen.

Der Satz Bredt wird vorläufig *zurückgestellt*. Mit den Beschlüssen zu Ziffer 46 bis 48 ist der Antrag Eichhorn, diese Ziffern durch den von ihm vorgeschlagenen Wortlaut zu ersetzen, *abgelehnt*.

XVII. Schluß

Ziffer 49

Feststellungen, die die Grundlage zu einer Eröffnung eines Anklageverfahrens zu bilden geeignet sind, konnten mit bezug auf die behandelten Fragen des deutschen militärischen Zusammenbruchs 1918 nicht getroffen werden.

Vorsitzender Abg. Dr. *Philipp*:

Die erste Fassung des Herrn Berichterstatters lautete: Der Unterausschuß ist zu dem Ergebnis gekommen, daß keine Feststellungen gemacht werden können, welche es rechtfertigen, nach irgendeiner Seite hin zu einem Schuldurteil zu gelangen. Er kann nur die großen leitenden Gesichtspunkte der einzelnen Stellen feststellen.

Hier soll die Quintessenz gezogen werden, ob die Ergebnisse der Untersuchung zu einem Verfahren gegen bestimmte mutmaßliche Schuldige Anlaß geben.

Abg. *Eichhorn*: Ich beantrage Streichung der Ziffer 49. Der Ausschuß hat nicht die Aufgabe, eine Feststellung zu treffen, ob ein Anklageverfahren möglich ist oder nicht. Diese Aufgabe haben andere Instanzen. Der Ausschuß gibt sein Urteil über Verfehlungen und Schuld ab. Damit ist die Sache erledigt. Einer formellen Freisprechung bedarf es nicht.

Abg. Dr. *Quessel*: Wir lehnen diese Formulierung unbedingt ab, wenn wir auch vielleicht nicht so weit gehen wollen, jetzt das Gegenteil zu formulieren. Selbst wenn noch viel schwereres Anklagematerial vorhanden wäre, scheint mir eine Anklage gegen Hindenburg nach der ganzen Mentalität des deutschen Volkes für unmöglich. Deshalb verzichten wir auf eine Gegenformulierung.

Vorsitzender Abg. Dr. *Philipp*: Es ist richtig, nach der ganzen Mentalität geht das nicht. Aber wir kommen nicht darum herum, zu diesen Dingen in irgendeiner Form Stellung zu nehmen; diese Verpflichtung haben wir mit dem Auftrag, die Untersuchung zu führen, auf uns genommen. Ich bin aber damit einverstanden, die Abstimmung über den „Schluß" bis zur zweiten Beratung zurückzustellen.

Anlage

Fassung der Entschließung nach den Beschlüssen der ersten Beratung

Einleitung

(1) Der 4. Unterausschuß hatte die Aufgabe, die Ursachen des deutschen Zusammenbruches im Jahre 1918 klarzustellen. Er stellt zunächst die Grenzen fest, jenseits deren es nicht möglich war, zu klaren Ergebnissen zu kommen.

(2) Der Unterausschuß hat auf ein Urteil über die rein technischen Maßnahmen der deutschen Kriegführung verzichtet. Hierzu fehlte angesichts der Meinungsverschiedenheiten der Sachverständigen die Grundlage. Er beschränkt sich darauf, die Gutachten, zu deren Ausarbeitung alle amtlichen Archive zur Verfügung standen, sowie die Aussagen von Vertretern der früheren O.H.L. der Öffentlichkeit zu übergeben.

(3) Das Hauptgewicht der Untersuchung mußte der Unterausschuß als beauftragtes Organ der Volksvertretung auf die Klarstellung der *politischen* Verantwortlichkeit legen. Die Untersuchung richtete sich in dieser Hinsicht zunächst auf die Handlungen und Unterlassungen der politischen wie militärischen *Leitung*. Anschließend wurden das Verhalten des *Reichstags* und die Vorgänge in der Heimat untersucht. Dabei fanden die Bemühungen der *nichtamtlichen* Kreise zur Herbeiführung des Friedens und die Bestrebungen zur revolutionären Umgestaltung Deutschlands („*Dolchstoß* "-Frage) besondere Berücksichtigung.

(4) Entsprechend dem erhaltenen Auftrag beschränkte sich der Unterausschuß auf die Stellungnahme zu *bestimmten* einzelnen Fragen. Diese sind in zwei Teile zusammengefaßt und, soweit das möglich war, nach der zeitlichen Folge der Begebenheiten gruppiert:

Erster Teil: Der militärische Zusammenbruch.

Zweiter Teil: Heimatpolitik und Umsturzbewegung.

Erster Teil

Der militärische Zusammenbruch

I. Das Verhältnis des Kaisers, der Reichsregierung und der O.H.L. zueinander

(5) In höchster Instanz war der Kaiser für alle militärischen und politischen Fragen entscheidend. Unter ihm trug die *politische* Verantwortung der Reichskanzler (Graf v. Hertling, Prinz Max v. Baden) mit seinem ressortmäßigen Stellvertreter, dem Staatssekretär des Äußeren (v. Kühlmann, v. Hintze, Dr. Solf); außerdem war die Stellung eines verantwortlichen Vizekanzlers (v. Payer) geschaffen.

(6) Die Verantwortung für die Kriegführung trug der Chef des Generalstabes des Feldheeres (Generalfeldmarschall v. Hindenburg); ihm war als Mitarbeiter beigegeben der Erste Generalquartiermeister (General Ludendorff); diesem

war bei seiner Berufung volle Mitverantwortlichkeit neben dem Chef des Generalstabes des Feldheeres zugesichert.

(7) Organisatorische Unterlassungen in bezug auf die Verbindung zwischen der Reichsregierung und der O.H.L. oder einer dieser Stellen mit dem Kaiser sind nicht festgestellt worden.

(8) Seit dem Abgang des Reichkanzlers v. Bethmann Hollweg hat sich in steigendem Maße die Überlegenheit der O.H.L. gegenüber der Reichsregierung herausgebildet. Diese blieb auch bestehen, als im Januar 1918 eine Entscheidung des Kaisers zustande kam, die die ausschließliche Leitung der politischen Angelegenheiten durch den Reichskanzler anerkannte und für die Zukunft festlegte.

II. Die deutschen Friedensziele und die Friedensmöglichkeiten Anfang 1918

(9) In bezug auf die Kriegsziele herrschte in Deutschland keine einheitliche Auffassung. Bei einer Richtung ist der Gedanke des reinen Verteidigungskrieges niemals aufgegeben worden; hier hat daher immer grundsätzliche Bereitwilligkeit zu einem Verständigungsfrieden bestanden. Bei einer anderen Richtung bestand die Meinung, für die ungeheuren Opfer des Krieges müsse ein Ausgleich geschaffen werden durch positive Erfolge und erhebliche Erweiterung der politischen und wirtschaftlichen Machtstellung Deutschlands; hier wurden von gewissen Kreisen Annexionsforderungen der weitgehendsten Art vertreten. Zwischen diesen beiden Auffassungen stand eine dritte, welche je nach der Lage ihre Ziele enger und weiter stecken zu können glaubte.

(10) Hinsichtlich der Frage der Friedensmöglichkeiten im Frühjahr 1918 wird auf die Verhandlungen des 2. Unterausschusses Bezug genommen[1]).

(11) Der vom Obersten v. Haeften im März 1918 im Haag unternommene Versuch einer Anknüpfung mit amerikanischen Kreisen war ohne Bedeutung. Er wurde ohne Vorwissen der O.H.L. begonnen und nicht weiter verfolgt, weil die politische Reichsleitung überhaupt keine Kenntnis davon gehabt hat.

(12) Die zunehmenden Wirkungen der Hungerblockade ließen bei den Feinden die Geneigtheit zu einem Verständigungsfrieden geringer werden, da man durch die Aushungerung einen Erfolg selbst für den Fall einer militärischen Niederlage erhoffte.

III. Der Entschluß zur Offensive 1918

(13) Die Reichsregierung stand Anfang 1918 vor der Frage, ob man weiterkämpfen oder versuchen solle, einen Frieden durch Opfer zu erkaufen. Sie hat letzteres im Hinblick auf die damalige Lage abgelehnt. Der Entschluß der O.H.L. zur Frühjahrsoffensive 1918, dem sich die Reichsregierung anschloß, beruhte also einerseits auf der Überzeugung, daß ein Friede ohne Opfer im Westen nicht zu erlangen sei, andererseits auf der Zuversicht der O.H.L., den Endsieg zu erringen. Der Reichskanzler hat seiner Genugtuung darüber Ausdruck gegeben, daß die Westmächte es abgelehnt hätten, sich an den Friedens-

[1]) Die Ergebnisse des 2. Unterausschusses werden in Reihe II dieses Werkes veröffentlicht.

verhandlungen auf Grund der russischen Vorschläge[1]) zu beteiligen. Der Kaiser hat die Offensive gutgeheißen, so daß sie in seinem Namen befohlen werden konnte.

(14) Die O.H.L. hat das Eintreffen amerikanischer Truppen für das Frühjahr 1918 zutreffend vorausberechnet und bei ihrem Entschluß zu einer möglichst frühzeitigen Offensive mitberücksichtigt. Die Hoffnungen auf einen Erfolg mußten geringer werden, je weiter die Zeit fortschritt. Auch die schwierige Ersatzlage drängte zu schneller Entscheidung.

(15) Der Geist der deutschen Truppen im Frühjahr 1918 berechtigte durchaus dazu, die Offensive zu wagen. Auch die mit den Abwehrschlachten verbundenen Verluste sowie körperlichen und seelischen Leiden drängten zur Offensive.

IV. Die Offensiven des Jahres 1918

(16) Es haben sich keine Tatsachen ergeben, aus denen der Ausschuß eine Pflichtversäumnis der O.H.L. bei der Vorbereitung und Durchführung der Offensive des Jahres 1918 herleiten könnte. Im einzelnen waren folgende Feststellungen möglich.

(17) Obgleich infolge des Friedens von Brest-Litowsk und durch die Besetzung der Ukraine im Osten noch starke militärische Kräfte gebunden blieben, wurde an der Schlachtfront im Westen eine Überlegenheit an Mannschaften über den Gegner erzielt. Die weitere Heranziehung von wesentlichen für den Angriff geeigneten Streitkräften aus dem Osten kam in Hinblick auf die dortigen Schwierigkeiten nicht mehr in Frage.

(18) Die Versorgung mit Waffen und Munition war für die Offensive ausreichend. An Pferden und Betriebsstoff bestand Mangel.

(19) Mit Rücksicht auf die gesamte militärische Lage ist es im Frühjahr 1918 der O.H.L. nicht als möglich erschienen, weitere österreichisch-ungarische Kräfte außer den schon vorhandenen schweren Batterien an die Westfront zu bringen.

(20) Für die Ausbildung und Ausrüstung der deutschen Truppen im Hinblick auf die Offensive war das denkbar Mögliche geschehen.

(21) Das Fehlen rückwärtiger Stellungen erklärt sich aus der Verwendung aller kampffähigen Truppen an der Front und der Unmöglichkeit, der Heimat weitere Arbeitskräfte zu entziehen.

(22) Für den Verlauf der Offensive ist der Mangel an Munition und sonstigem Kriegsmaterial bis in den Juli 1918 nicht entscheidend gewesen.

(23) Der Ausbau der Tankwaffe wäre 1918 nur möglich gewesen bei Zurückstellung von anderem Kriegsmaterial, insbesondere von solchem mit Motorenbedarf.

---

[1]) Nach Abschluß des Waffenstillstandsvertrages der verbündeten Mittelmächte mit Rußland sind auf Vorschlag Rußlands die Verhandlungen über den Frieden vom 25. Dezember 1917 bis zum 4. Januar 1918 einschließlich unterbrochen worden, um allen im Kriege befindlichen Mächten Gelegenheit zu geben, sich an den Friedensverhandlungen zu beteiligen.

(24) Die physische Leistungsfähigkeit der Truppen war gegenüber früher namentlich infolge der knappen Verpflegung zwar vermindert, entsprach aber den Erwartungen.

(25) Der Fortschritt der Offensive ist durch unzulässigen Aufenthalt einzelner Truppenteile in Proviant- und Alkohollagern ohne Zweifel in einigen Fällen beeinträchtigt, aber im ganzen nicht entscheidend gehemmt worden.

V. Der Rücktritt des Staatssekretärs v. Kühlmann [1])

(26) Der Rücktritt des Staatssekretärs v. Kühlmann ist unter starker Mitwirkung der O.H.L. erfolgt. Den Hauptanlaß gab die aus der Denkschrift des Obersten v. Haeften vom 3. Juni 1918 entnommene Äußerung des Staatssekretärs v. Kühlmann in dessen Reichstagsrede vom 24. Juni 1918, daß der Krieg mit den Waffen allein nicht entschieden werden könne. Der Kaiser, in dessen Hand die Entscheidung über einen so wichtigen Reichsposten schließlich lag, hat den Staatssekretär nicht gehalten.

VI. Die Beurteilung der Lage Mitte Juli 1918

(27) Mitte Juli 1918, vor Antritt seines Postens als Staatssekretär, verstand Herr v. Hintze eine ihm auf seine Frage erteilte Antwort des Generals Ludendorff dahin, es werde gelingen, mit der jetzigen (Reims-)Offensive den Feind endgültig zu besiegen.

VII. Die Beurteilung der Lage durch die O.H.L. nach dem Rückschlag am 18. Juli 1918

(28) Bis zum 15. Juli 1918 hat die O.H.L., obgleich General Ludendorff den Inhalt der von dieser Voraussetzung ausgehenden Denkschrift des Obersten v. Haeften vom 3. Juni 1918 billigte, noch nicht den Standpunkt vertreten, daß der Feldzug mit den Waffen nicht mehr gewonnen werden könne und keine Anregung gegeben zu Friedensverhandlungen auf der Grundlage eines militärischen „Unentschieden". Die O.H.L. hielt jede öffentliche Betonung des Standpunktes der Haeftenschen Denkschrift für militärisch und politisch verhängnisvoll.

VIII. Das Scheitern der Offensive 1918

(29) Das durch die Niederlage vom 8. August deutlich gewordene Scheitern der Gesamtoffensive erklärt sich daraus, daß durch die unerhörten fortgesetzten Kämpfe die seelische und körperliche Leistungsfähigkeit der Truppen erschöpft wurde und daß die Vorräte an Kriegsmaterial nicht mehr ausreichten.

---

[1]) Zu V, VI und VII soll eine gemeinsame Überschrift formuliert werden, bei etwaiger Umstellung der Thesen 26, 27 und 28.

IX. Die Beurteilung der Lage nach dem 8. August 1918

(30) Graf v. Hertling hat auch noch nach der Besprechung in dem Kronrat vom 14. August 1918, die sich an eine vertrauliche Aussprache zwischen General Ludendorff und Staatssekretär v. Hintze am 13. August anschloß, an einer optimistischen Auffassung der Gesamtlage festgehalten. Im Sinne der in diesem Kronrat gemachten Äußerung des Generalfeldmarschalls v. Hindenburg, „daß er hoffe, daß es dennoch gelingen werde, auf französischem Boden stehen zu bleiben und dadurch schließlich den Feinden unseren Willen aufzuzwingen", glaubte er auch damals noch an einen für Deutschland günstigen Kriegsausgang und bewirkte dementsprechend die Aufklärung der Öffentlichkeit.

(31) Die nach dem 8. August von der Reichsregierung gemachten Versuche, noch zu einem Verständigungsfrieden zu kommen, standen im Zeichen der militärischen Ereignisse. Staatssekretär v. Hintze hat — *seiner* Auffassung der Gesamtlage entsprechend — vom 14. August 1918 ab alle diplomatischen Schritte zur Beendigung des Krieges getan. Er hat das Mögliche versucht, konnte aber angesichts der militärischen Lage zu keinem Erfolge gelangen.

X. Der militärische Zusammenbruch

(32) Die Offensiven im März und Mai hatten zwar große taktische Erfolge, aber keine operative Entscheidung gebracht. Sie scheiterten nicht wegen ungenügender Leistungen der Truppen, sondern deshalb, weil bei abnehmender eigener Gefechtskraft die Stärke der Gegner an der Schlachtfront ständig wuchs.

(33) Der Krieg war militärisch verloren, als während der Rückverlegung der deutschen Westfront im September 1918 der Zusammenbruch Bulgariens, dem der Österreich-Ungarns folgte, auch die Lage des deutschen Feldheeres völlig verändert hatte. Von da an erschien jeder Versuch, mit militärischen Mitteln zum Frieden zu kommen, zwecklos.

XI. Die Waffenstillstandsforderung vom 29. September 1918

(34) Am 29. September war die O.H.L. auf dem Punkte angelangt, daß sie nur noch in einem tunlichst sofortigen Waffenstillstand die Rettung vor einer militärischen Niederlage erblickte.

(35) Die Nachricht davon kam der Reichsregierung völlig überraschend; sie war aber außerstande nachzuprüfen, ob etwa die Beurteilung der militärischen Lage durch die O.H.L. zu ungünstig sei. Alle der Regierung außerdem zugegangenen Mitteilungen bestätigten das Urteil der O.H.L. Von da an war jede erfolgreiche Tätigkeit der Reichsregierung in bezug auf die Herbeiführung eines erträglichen Friedens unmöglich.

(36) Für die Waffenstillstandsforderung trägt die O.H.L. die Verantwortung, wenn auch der Kaiser als Oberster Kriegsherr sich ihrem Urteil angeschlossen hat.

XII. Die Tätigkeit der Staatssekretäre v. Hintze und Graf Roedern vom 29. September bis 3. Oktober 1918

(37) Die Staatssekretäre v. Hintze und Graf Roedern handelten nach den ihnen vom Kaiser am 29. September 1918 in Spa gegebenen Weisungen und auch im Sinne der O.H.L., wenn sie sich in Berlin um die Bildung einer neuen Regierung auf der Grundlage des parlamentarischen Systems bemühten, um den baldigen Abgang einer Note an Wilson zu ermöglichen.

XIII. Die Absendung des Friedens- und Waffenstillstandsangebots

(38) Der Reichskanzler Prinz Max v. Baden hat alle ihm zur Verfügung stehenden Mittel erschöpft, um den von ihm als falsch erachteten Schritt eines sofortigen Waffenstillstandsangebotes nicht tun zu müssen.

XIV. Zusammenfassung

(39) Die in früheren Kriegen Preußens und Deutschlands bewährte Verbindung der obersten militärischen und politischen Gewalten in der Hand des Königs und Kaisers hat im Weltkriege ihre personelle Erfüllung nicht gefunden.

(40) Die O.H.L. hat ihre Handlungen stets in dem guten Glauben begangen, damit dem Wohle des gesamten Vaterlandes zu dienen. Sie hat entsprechend ihrer militärischen Anschauungsweise den Gedanken, den Krieg für Deutschland zu gutem Ende zu führen, solange als möglich festgehalten. Die deutsche Kampffront hat bis zuletzt alles geleistet, was in ihren Kräften stand.

(41) Die Reichsregierung hat sich auf das Urteil der O.H.L. verlassen, bis diese selbst die Unmöglichkeit des Sieges zugestand. Sie verfügte über keine Persönlichkeit, die sich gegen den Willen der O.H.L. durchzusetzen vermochte.

XV. Schluß

(42) Feststellungen, die die Grundlage zur Eröffnung eines Anklageverfahrens zu bilden geeignet sind, konnten mit Bezug auf die behandelten Fragen des deutschen militärischen Zusammenbruches 1918 nicht getroffen werden. (Zurückgestellt für die zweite Lesung.)

Antrag Dr. Dr. *Bredt*

Der Unterausschuß ist zu dem Ergebnis gekommen, daß keine Feststellungen gemacht werden können, welche es rechtfertigen, nach irgendeiner Seite hin zu einem Schuldurteil zu gelangen. Er kann nur die großen leitenden Gesichtspunkte der einzelnen Stellen feststellen. (Zurückgestellt für die zweite Lesung.)

Sitzungen vom 25. u. 26. Mai 1925

Zweite Beratung der Entschließung über den militärischen Zusammenbruch

Vorsitzender Abg. Dr. *Philipp*: Ich habe Sie gebeten, Anregungen bezüglich Abänderung der Beschlüsse erster Lesung an unser Büro gehen zu lassen. Solche Änderungsvorschläge sind nicht erfolgt. Infolgedessen nehme ich an, daß es sich bei etwaigen Wünschen auf Änderung nur um Fragen von untergeordneter Bedeutung oder um die Wiederaufnahme bereits früher gestellter Anträge handelt.

Abg. *Eichhorn*: Der Entwurf der Entschließung über die Ursachen des militärischen Zusammenbruchs von 1918 ist für mich in der Gestalt, die er in der ersten Lesung erhalten hat, nicht annehmbar. Bei dem Stimmenverhältnis, mit dem die einzelnen Sätze beschlossen worden sind, erscheint mir eine grundsätzliche Umgestaltung der Entschließung ausgeschlossen. Ich verzichte deshalb darauf, erneute Abänderungsanträge zu stellen, und begnüge mich damit, eine Erklärung zu der ganzen Frage zu Protokoll zu geben, die ich dem Vorsitzenden überreiche.

Vorsitzender Abg. Dr. *Philipp*: Soweit die Erklärung nicht Ihr Verhalten bei der zweiten Lesung betrifft, sondern sachlichen Inhaltes ist, ist es wohl richtig, sie als Minderheitsvotum hinter dem Antrag der Mehrheit des Ausschusses einzufügen.

Abg. Dr. *Moses*: Wir werden uns an der zweiten Lesung beteiligen. Am Schluß werden wir eine Erklärung abgeben, die die Quesselsche Erklärung noch etwas modifiziert.

Berichterstatter Abg. Dr. Dr. *Bredt*: Ich hatte mir als Berichterstatter die größte Mühe gegeben, den Entwurf so zu fassen, daß eine Einstimmigkeit wenigstens möglich wurde. Haben wir nun Aussicht, Herr Dr. Moses, daß wir uns mit Ihnen verständigen, oder stimmen Sie nachher doch gegen das Ganze und geben dafür eine Erklärung Quessel ab?

Abg. Dr. *Moses*: Es sind eine ganze Reihe von Punkten, bei denen ich glaube, daß wir eine Übereinstimmung erzielen werden. Einige wenige bleiben übrig, deren Annahme von unserer Seite unmöglich ist. Um unsere abweichende Ansicht *in diesen Fragen* zum Ausdruck zu bringen, legen wir dann eine Minderheitsresolution vor.

Vorsitzender Abg. Dr. *Philipp*: Es steht selbstverständlich jedem Mitglied des Unterausschusses das Recht zu, nach den Beschlüssen der zweiten Lesung seine und seiner Freunde Stellung, wo es notwendig ist, noch in einer Zusatzerklärung zu präzisieren.

Wir kommen nun zum Aufruf der einzelnen Punkte. Die Herren haben die Beschlüsse erster Lesung in der Hand, ich brauche den Wortlaut der Ziffern nicht zu wiederholen[1]).

---

[1]) Siehe Anlage zur vorigen Sitzung, S. 482.

Einleitung. Ziffer 1

Einstimmig *angenommen*[1]).

Bei Ziffer 2 ist angeregt worden, zu der alten Fassung bezüglich der „rein strategischen und taktischen Maßnahmen" zurückzukehren. Wir haben im Verlauf der ersten Beratung die Schwierigkeiten gesehen, die die Anregung des Herrn Kollegen Eichhorn, von „rein technischen Maßnahmen" zu sprechen, verursachte. Es würde dann so lauten:

> ... rein strategischen und taktischen Maßnahmen der deutschen Kriegführung ...
>
> Er beschränkt sich in dieser Hinsicht darauf, auf die anbei veröffentlichten Gutachten hinzuweisen, zu deren Ausarbeitung alle amtlichen Archive zur Verfügung standen, sowie auf die Aussagen von Vertretern der früheren O.H.L., die im Verhandlungsbericht wiedergegeben sind.

Das ist gewissermaßen ein Quellennachweis; die ursprüngliche Fassung wirkte etwas zu roh.

Einstimmig *angenommen.*

Es folgt Ziffer 3. Hier habe ich die beiden Begriffe „Bemühungen" und „Bestrebungen" aus stilistischen Gründen gebracht.

Einstimmig *angenommen.*

Ziffer 4

Einstimmig *angenommen.*

Ziffer 5

Einstimmig *angenommen.*

Ziffer 6

Einstimmig *angenommen.* — Der Antrag Eichhorn wird nicht wiederholt, sondern gilt auf Grund der vorher abgegebenen Erklärung als erledigt.

Ziffer 7

Einstimmig *angenommen.*

Ziffer 8

Einstimmig *angenommen.*

II. Ziffer 9

Abg. Dr. *Quessel*: Auf Verlangen des Herrn Abg. Dr. *Schücking*[2]), der heute nicht anwesend sein kann, möchte ich folgenden Antrag verlesen:

Ergänzungantrag des Abg. Dr. *Schücking* zu II Ziffer 9 der Beschlüsse erster Lesung der Entschließung betr. Zusammenbruch 1918:

> Die von der gegnerischen Propaganda in den Vordergrund geschobenen Kriegsziele der vertragsmäßigen wechselseitigen Abrüstung und des Aus-

---

[1]) Der Abgeordnete Eichhorn hat sich seiner Erklärung gemäß während der ganzen Beratung der Stimme enthalten. Der Vermerk der Einstimmigkeit schließt also seine Stimme nicht mit ein.

[2]) Abgeordneter Dr. Schücking nahm als Vorsitzender des Gesamtausschusses in der Regel an den Sitzungen teil, ohne aber im 4. Unterausschuß stimmberechtigt zu sein.

baus einer internationalen Rechtsordnung im Sinne des organisatorischen Pazifismus stieß bei einem großen Teile des deutschen Volkes, der sich in seinem Denken von der militärischen Auffassung dieser Probleme beeinflussen ließ, auf scharfe Ablehnung. Die militärischen Instanzen taten auch nach der Friedensresolution des Reichstags mit ihrer Forderung internationaler Rechtsgarantien das ihrige, um die Ausbreitung solcher Ideen, die vielleicht einen Boden für einen Verständigungsfrieden hätten schaffen können, zu verhindern, und so stand die große Menge des deutschen Volkes solchen Gedanken bis zu dem unglücklichen Ausgang des Krieges mehr oder weniger verständnislos gegenüber.

Vorsitzender Abg. Dr. *Philipp*: Wir stimmen zweckmäßig zunächst über Punkt 9 und dann über den beantragten Zusatz zu Punkt 9 ab.

Abg. *Graf zu Eulenburg*: Auf Antrag des Herrn Abg. v. Rheinbaben ist schon eingeschaltet „erhebliche" Erweiterung. Dann ist der spätere Satz:

> Hier wurden von gewissen Kreisen Annexionsforderungen der weitgehendsten Art vertreten

überflüssig. Ich bin daher für Streichung.

Abg. *Freiherr v. Rheinbaben*: Ich wollte gerade mit der Einschaltung des Wortes „erheblichen" die Debatte vereinfachen. Ich muß auch meinerseits gegen den eben genannten Satz protestieren. Es trifft nicht zu, daß „Annexionsforderungen der weitgehendsten Art" vertreten wurden. Formalrechtlich dachte man weder bei den östlichen Randstaaten noch bei Belgien an eine Annexion, sondern an Pufferstaaten mit mehr oder weniger Autonomie.

Berichterstatter Abg. Dr. Dr. *Bredt*: Die ganze Ziffer bezieht sich nicht auf die Regierung und auf die offiziellen Stellen. Bei der Regierung sind die Annexionsforderungen nicht gestellt worden. In den Kreisen aber, von denen wir sprechen, wurde von Annexionen geredet.

Abg. *Graf zu Eulenburg*: Ich gebe Herrn Dr. Bredt darin recht, daß das gemeint sein soll. Es ist aber mißverständlich; darum bin ich für die Streichung.

Abg. Dr. *Moses*: Streichen können wir das nicht, sonst würde ein schiefes Bild von den Verhältnissen herauskommen. Das Wort „erheblich" kann gestrichen werden. Daß aber Annexionsforderungen weitgehendster Art namentlich von bestimmten Verbänden, z. B. der Vaterlandspartei, gestellt worden sind, ist eine Tatsache.

Vorsitzender Abg. Dr. *Philipp*: Der Antrag, den Satz

> hier wurden von gewissen Kreisen Annexionsforderungen der weitgehendsten Art vertreten

zu streichen, ist *angenommen*.

Der Antrag, in Punkt 9 vor dem Worte „Erweiterung" das Wort „erhebliche" zu streichen, ist *abgelehnt*.

Ich stelle zur Beratung den vom Abg. Dr. Quessel vorgebrachten Antrag Dr. *Schücking*.

Abg. Dr. *Quessel*: Unseren Anschauungen entspricht dieser Antrag nicht ganz, weil wir die in ihm enthaltenen Gedanken in unserer Gesamtresolution zum

Ausdruck bringen wollen. Ich glaubte aber, den Antrag aus Billigkeitsgründen aufnehmen zu müssen.

Abg. *Freiherr v. Rheinbaben*: Ich wäre keineswegs in der Lage, diesen Zusatz anzunehmen, weil er von unrichtigen Annahmen ausgeht. Z. B. ließ sich unser Volk nicht nur von einer militärischen Auffassung, sondern auch von wirtschaftlichen Gedanken beeinflussen.

Berichterstatter Abg. Dr. Dr. *Bredt* äußert sich in demselben Sinn.

Vorsitzender Abg. Dr. *Philipp*: Der Ergänzungsantrag Dr. Schücking wird einstimmig *abgelehnt.*

Ziffer 10

Angenommen.

Ziffer 11

Der mit „weil" beginnende Nebensatz wird gestrichen, sonst die Ziffer einstimmig *angenommen.*

Ziffer 12

Abg. Dr. *Quessel*: An sich haben wir gegen Ziffer 12 nichts einzuwenden. Es kommt darin aber nicht genügend zum Ausdruck, daß wir von der Möglichkeit, die Hungerblockade im Osten zu beseitigen, keinen Gebrauch gemacht haben, sondern Rußland einen Frieden auferlegt haben, durch den wir uns von neuem blockierten.

Abg. *Graf zu Eulenburg*: Ich bin hier anderer Ansicht. Wir hatten die Kornkammer Rußlands, die Ukraine, in der Hand; aus dem Innern Rußlands, aus Asien, war bei den dortigen chaotischen Zuständen nichts zu erwarten.

Abg. Dr. *Quessel*: Ich lehne Ziffer 12 nicht ab, enthalte mich aber aus dem angegebenen Grund der Stimme, da ein Antrag, ihn neu zu formulieren, aussichtslos ist.

Ziffer *12* wird *angenommen.*

III. Ziffer 13

Abg. Dr. *Spahn* (Berlin): Ich bin für Streichung des letzten Satzes, der beginnt: „Der Kaiser usw.". Er spricht eine Selbstverständlichkeit aus.

Vorsitzender Abg. Dr. *Philipp*: Damit sollte auf den Vorwurf geantwortet werden, daß die O.H.L. eigenmächtig vorgegangen sei.

Ziffer *14* wird unter Streichung des letzten Satzes einstimmig *angenommen.*

Die Ziffern *14* und *15* werden *angenommen.*

IV. Ziffer 16

Vorsitzender Abg. Dr. *Philipp*: Ich wiederhole, daß bei der Veröffentlichung der Entschließung, wie sie durch Mehrheitsbeschluß zustandekommt, die abgelehnten Minderheitsanträge in einer geeigneten Formulierung angefügt werden.

Abg. Dr. *Quessel*: Dann verzichten wir jetzt auf Wiederaufnahme unserer Anträge.

Abg. Dr. *Moses*: Wir können den Antrag der ersten Lesung nicht korrigieren, möchten aber bemerken, daß wir den Satz über die Heranziehung der österreichischen Truppen lieber aufrechterhalten hätten und daß es statt der Worte „dem Verzicht auf den Bau von Tanks" besser hieße „dem Mangel an Tanks".

— Wir würden diese Fassung für richtiger halten, verzichten aber auf eine Wiedereinbringung des Antrages.

Vorsitzender Abg. Dr. *Philipp*: Herr Abg. Dr. Quessel erklärt in seiner Minderheitsentschließung, sich die Urteile derjenigen militärischen Sachverständigen zu eigen gemacht zu haben, die so, wie er es feststellt, sich ausgesprochen haben sollen[1]). Ich habe die Akten noch einmal durchgesehen, bin aber nicht zu der Ansicht gekommen, daß die militärischen Sachverständigen Behauptungen im Sinne des Antrags Dr. Quessel aufgestellt haben, weder v. Kuhl, noch Delbrück, noch Schwertfeger. Das könnte Anlaß zur Kritik geben.

Abg. Dr. *Quessel*: Vor allem in der Memoirenliteratur haben eine ganze Reihe militärischer Sachverständiger die von mir wiedergegebene Auffassung zum Ausdruck gebracht. Ich erinnere z. B. an das Buch von General Hoffmann. Der Mangel an Tanks ist von verschiedenen militärischen Sachverständigen hervorgehoben worden.

Abg. Dr. *Moses*: Man müßte zum Ausdruck bringen, daß es sich nicht um die hier vernommenen Sachverständigen handelt.

Vorsitzender Abg. Dr. *Philipp*: Ich setze Ihr Einverständnis voraus, wenn wir bei dem Antrag Dr. Quessel einen Verweis machen, daß dort ganz allgemein auf die Auffassung der militärischen Sachverständigen, die Veröffentlichungen gemacht haben, Bezug genommen ist, nicht speziell auf die Auffassung der militärischen Sachverständigen des Ausschusses.

Der Abg. Dr. *Quessel* stimmt dem zu.

Vorsitzender Abg. Dr. *Philipp*. In Verfolg der Anregung Dr. *Spahn* (Berlin) ist der letzte Satz der Ziffer 16 folgendermaßen gefaßt:

> Es waren auf Grund der Gutachten der Sachverständigen des Ausschusses folgende Feststellungen möglich.

Die Ziffern *17*, *18*, *19* und *20* werden *angenommen*.

In Ziffer *21* werden hinter den Worten „kampffähigen Truppen" die Worte „und aller militärischen Arbeitskräfte" eingeschaltet. Mit dieser Änderung wird Ziffer *21 angenommen*.

Ziffer 22

wird *angenommen*.

In Ziffer *23* werden die Worte „bei Zurückstellung" ersetzt durch die Worte „unter Einschränkung der Herstellung". Mit dieser Änderung ist Ziffer 23 *angenommen*.

Ziffer 23 und 24

werden *angenommen*.

V. Ziffer 26

Abg. *Graf zu Eulenburg*: Der Grund, warum Staatssekretär v. Kühlmann gehen mußte, lag in der Wirkung, die seine Rede an der Front auslöste. Die Rede hat verheerend gewirkt, zumal die Franzosen sie in ihren Flugblättern nicht ungeschickt ausnutzten.

[1]) S. 419

Abg. Dr. *Quessel*: Wenn an der Ziffer *26* Änderungen vorgenommen werden, können wir nicht mehr für sie stimmen.

Berichterstatter Abg. Dr. Dr. *Bredt*: Der letzte Satz ist formal richtig. Man könnte ihn aber doch streichen, oder man müßte ihn etwa so fassen: „Der Kaiser hat ihn nach dem Votum des Grafen Hertling nicht gehalten." Wäre Graf Hertling für Kühlmann eingetreten, so hätte er eine starke Position gehabt.

Der letzte Satz der Ziffer *26* wird gestrichen. Ziffer *26* wird mit dieser Änderung *angenommen*.

VI und VII. Ziffer 27

Berichterstatter Abg. Dr. Dr. *Bredt*: Ich möchte den Satz streichen. Er mag stimmen, ist aber ein Augenblicksbild, das in das Ganze nicht hineingehört.

Abg. *Freiherr v. Rheinbaben*: Ziffer 27 hat nur dann einen Sinn, wenn man hinzufügt: *und richtete darauf seine politische Tätigkeit ein.* — Man hat ja bekanntlich nachher den Vorwurf erhoben, im Auswärtigen Amt seien keinerlei Vorbereitungen getroffen werden, es sei nichts geschehen.

Vorsitzender Abg. Dr. *Philipp*: Es werden also drei Meinungen vertreten. Die einen wünschen eine Ergänzung des Punktes, die anderen seine Erhaltung in der vorliegenden Form und die dritten Streichung.

Der Antrag auf Streichung wird abgelehnt. Der Antrag des Abg. Freiherrn v. Rheinbaben, den erwähnten Zusatz anzufügen und damit Ziffer *27*, ist einstimmig *angenommen*.

Ziffer 28

Einstimmig *angenommen*.

VIII. Ziffer *29*

Abg. *Graf zu Eulenburg*: Ich schlage vor, der Ziffer folgende Fassung zu geben:

> Das durch die Niederlage vom 8. August deutlich gewordene Scheitern der Gesamtoffensive erklärt sich daraus, *daß der Mannschaftsersatz nicht mehr in ausreichendem Maße herankam*, so daß durch die unerhörten fortgesetzten Kämpfe die seelische und körperliche Leistungsfähigkeit der Truppen erschöpft wurde und die Vorräte an Kriegsmaterial nicht mehr ausreichten.

Abgeordneter Dr. *Spahn* (Berlin): Seinerzeit ist gesagt worden, wenn man noch einmal auskämme, wären noch 600 000 Mann an die Front zu bringen. Kann der Herr Vertreter des Reichswehrministeriums darüber Auskunft geben?

Vertreter des Reichswehrministeriums Oberstleutnant *Koch*: Mannschaftsersatz war vorhanden, aber in geringem Maße. Man hat deshalb draußen Divisionen aufgelöst, um andere aufzufüllen. Die Bataillone wurden statt zu 4 zu 3 Kompagnien zusammengesetzt. Über die Ersatzlage in der Heimat kann ich ohne weiteres keine genauen Angaben machen.

Vorsitzender Abg. Dr. *Philipp*: Im Oktober sollen noch 300 000 Mann dagewesen sein. Im August sind es entsprechend mehr gewesen.

Abg. Dr. *Spahn* (Berlin): Im August und September wurde der Gedanke einer

levé en masse im Kriegsministerium erörtert. Man hat also damit gerechnet, noch eine erhebliche Truppenzahl aufbringen zu können.

Abg. Dr. *Moses*: Ich kann nicht beurteilen, ob Mannschaftsersatz zur Verfügung gestanden hat. In dem Kronrat vom 14. August, der als einzigen Gegenstand der Tagesordnung hatte „Die ungeschminkte Bilanz des Krieges" ist General Ludendorff auf den Mannschaftsersatz nur unter einem Gesichtspunkt eingegangen. Er hat die Forderungen gestellt: erstens sofortige Verhaftung des Fürsten Lichnowsky, zweitens Auskämmung des noch jungen Judentums. Das findet man in der Bekundung von Hintze. Irgendwelchen Ersatz, der in größerem Maße zur Verfügung stehe, hat Ludendorff mit keinem Worte erwähnt. Der Gedanke einer levé en masse ist erst später in Erwägung gezogen worden.

Vorsitzender Abg. Dr. *Philipp*: Ich schlage vor, Ziffer 29 folgendermaßen zu fassen:

> ... erschöpft war und daß an der Front der Mannschaftsersatz und die Vorräte an Kriegsmaterial nicht mehr ausreichten.

In dieser Fassung wird Ziffer 29 einstimmig *angenommen.*

IX. Ziffer 30

Einstimmig *angenommen.*

Ziffer 31

Einstimmig *angenommen.*

X. Ziffer 32

Abg. Dr. *Moses*: Früher ist festgestellt, daß die Heeresleitung das Eintreffen der amerikanischen Truppen richtig berechnet hat. Hier heißt es: „... weil bei abnehmender eigener Gefechtskraft die Stärke der Gegner an der Schlachtfront ständig wuchs". Darin scheint mir ein Widerspruch zu liegen.

Vorsitzender Abg. Dr. *Philipp*: Die O.H.L. hat in der Tat das Eintreffen der amerikanischen Truppen richtig berechnet. Das bezog sich auf die Monate März, April, Mai. Aber in der zweiten Hälfte des Sommers hat unsere Gefechtskraft abgenommen; infolgedessen ist das Übergewicht der Gegner gewachsen, ohne daß deshalb Truppen über die Berechnung hinaus hinzugekommen zu sein brauchen.

Berichterstatter Abg. Dr. Dr. *Bredt*: Die erste Offensive hat man ja eben deshalb so früh gemacht, weil die Amerikaner noch nicht zur Stelle waren. Beim Georgs-Angriff ist die Sache schon schwieriger gewesen, weil inzwischen mehr Amerikaner gekommen waren, bei der darauf folgenden Reims-Offensive lagen die Dinge noch schlechter.

Vertreter des Reichswehrministeriums Oberstleutnant *Koch*: Wenn gesagt wird, die Stärke der Gegner an der Schlachtfront sei ständig gewachsen, so ist das auch so zu verstehen, daß während unseres Angriffes, der zuerst mit großem Erfolge vor sich ging, der Feind einen Riegel vorbaute, indem er Reserven aus andern Abschnitten, wo ein Angriff von uns vorgetäuscht war, aber nicht ausgeführt wurde, heranbrachte. Auf diese Weise ist allmählich eine feste feindliche Front entstanden. Mit dem „Wachsen" sind also nicht nur die Amerikaner gemeint, sondern auch die französischen und englischen Reserven.

Vorsitzender Abg. Dr. *Philipp*: Ich schlage für Ziffer 32 folgende Fassung vor:

Die Offensiven, die im März, April und Mai große taktische Erfolge, aber keine operative Entscheidung gebracht hatten, scheiterten seit Juli 1918 nicht wegen ungenügender Leistungen der Truppen, sondern deshalb, weil bei abnehmender eigener Gefechtskraft die Stärke der Gegner an der Schlachtfront ständig wuchs.

In dieser Fassung wird Ziffer 32 einstimmig *angenommen.*

Ziffer 33

wird in der Fassung:

... Von da an erschien jeder Versuch, mit *nur* militärischen Mitteln zum Frieden zu kommen, zwecklos

einstimmig *angenommen.*

XI. Ziffer 34

wird in der Fassung:

Am 29. September war die O.H.L. auf dem Punkt angelangt, *daß sie zur* Rettung vor militärischer Niederlage einen tunlichst sofortigen Waffenstillstand *forderte.*

einstimmig *angenommen.*

Ziffer 35

wird mit der Änderung von „unmöglich" in „aussichtslos" einstimmig *angenommen.*

Ziffer 36

wird *gestrichen.*

XII. Die Tätigkeit der Staatssekretäre v. Hintze und Graf Roedern vom 29. September bis 3. Oktober 1918

wird *gestrichen.*

Ziffer 37

einstimmig *angenommen.*

XIII. Die Absendung des Friedens- und Waffenstillstandsangebots

wird *gestrichen.*

Ziffer 38

Abg. Dr. *Spahn* (Berlin): Hat es einen Zweck, diesen Satz auszusprechen?

Abg. Dr. *Moses*: Wir sind für die Aufrechterhaltung. Sollte man aber nicht sagen „das Kabinett", statt „Prinz Max von Baden"?

Abg. Dr. *Spahn* (Berlin): Das ganze Kabinett hat diese Auffassung nicht geteilt. Es war die persönliche Auffassung des Prinzen Max von Baden.

Vorsitzender Abg. Dr. *Philipp*: Gerade die Tatsache, daß das Kabinett nicht einig gewesen ist, läßt es zweckmäßig erscheinen, die Ziffer aufrecht zu erhalten. —

Die Ziffer wird *angenommen.* Statt der Schlußworte „nicht tun zu müssen" wird gesetzt „zu vermeiden".

XIV. Ziffer 39—41

Ziffer 39

wird in Fortsetzung früherer Streichungen *gestrichen.*

Ziffer 40

Der erste Satz wird *angenommen.*

Zweiter Satz.

Abg. Dr. *Schücking*: Ich habe Bedenken, daß der Wille „den Krieg für Deutschland zu gutem Ende zu führen", hier als Äußerung einer militärischen Anschauungsweise hingestellt werden soll. Jeder Deutsche hat selbstverständlich den Wunsch gehabt, den Krieg zu einem guten Ende zu führen. Das Charakteristische der militärischen Anschauungsweise — was wohl auch gemeint ist — war, daß die O.H.L. den Krieg nur durch einen *Sieg* zum guten Ende führen zu können glaubte. Zweitens habe ich materielle Bedenken, ob die O.H.L. an dem Ziel, durch einen Siegesfrieden den Krieg zu Ende zu führen, nicht länger festgehalten hat, als dafür laut nachträglicher Beurteilung der Ereignisse eine praktische Möglichkeit gegeben gewesen ist.

Abg. *Freiherr v. Rheinbaben*: Ich schlage vor: „Sie hat den Gedanken, den Krieg für Deutschland militärisch zu gutem Ende zu führen, so lange, als ihr das möglich erschien, festgehalten."

Abg. Dr. *Moses*: Dann käme der Einwand des Abg. Dr. Schücking nicht zum Ausdruck, daß die O.H.L. länger an dem Gedanken eines Siegesfriedens festgehalten hat, als nach nachträglicher Beurteilung der Ereignisse dafür eine praktische Möglichkeit gegeben war.

Abg. Dr. *Schücking*: Der Vorschlag des Herrn Abg. Frh. v. Rheinbaben scheint mir eine Selbstverständlichkeit auszusprechen. Solange ein General glaubt, daß er den Krieg durch militärische Niederzwingung beendigen könne, hält er auch daran fest.

Vorsitzender Abg. Dr. *Philipp*: Ich schlage vor: „Sie hat entsprechend ihrer militärischen Anschauungsweise an dem Gedanken, den Krieg für Deutschland zu einem siegreichen Ende zu führen, solange als möglich festgehalten."

Berichterstatter Abg. Dr. Dr. *Bredt* schlägt vor, den zweiten Satz überhaupt zu streichen.

Abg. *Freiherr v. Rheinbaben*: Ich empfehle die Fassung: „zu einem guten oder wenigstens erträglichen Ende". Der Satz ist wichtig und sollte nicht gestrichen werden, weil das Wort vom Hasardeur, vom Vabanquespieler, gegen General Ludendorff gefallen sei.

Vorsitzender Abg. Dr. *Philipp*: Es herrscht Übereinstimmung, zu betonen, daß die O.H.L. an dem Gedanken eines siegreichen Endes und späterhin an der Hoffnung einer Remispartie solange als möglich festgehalten hat. Nun will aber Herr Dr. Schücking sagen, vom politischen Gesichtspunkt habe die O.H.L. *zu lange* an dem Gedanken eines siegreichen Endes festgehalten und später noch an eine Remispartie geglaubt, als das Spiel bereits verloren gewesen sei.

Abg. Dr. *Spahn* (Berlin): Mit solchen Gedankengängen würde sich der Ausschuß die Anschauungen von Prof. Delbrück zu eigen machen. Bei aller Wertschätzung der Delbrückschen Ausführungen trage ich dagegen doch große Bedenken. Wir können die Gutachten der militärischen Sachverständigen nicht übergehen, indem wir den Standpunkt des Historikers, der nicht im eigentlichen Sinn militärischer Sachverständiger ist, akzeptieren.

Abg. *Freiherr v. Rheinbaben*: Mit einem Zusatz im Sinne des Abg. Dr. Schücking würde die ganze Diskussion über die Kernfrage wieder aufgerollt: War ein Friedensschluß möglich, wenn man den Krieg früher abgebrochen hätte? Ich halte es für zu früh, auf Grund des unvollkommenen Materials, das uns vorliegt, in diesem Kreise zu einem abschließenden Votum hierüber zu kommen.

Abg. Dr. *Spahn* (Berlin): In Ziffer 30 ist eigentlich schon ausgesprochen, was man hier sagen will. Ich schlage deshalb vor, den zweiten Satz zu streichen.

Die Streichung wird beschlossen. Der *dritte Satz* wird einstimmig *angenommen.*

Ziffer 43

Der erste Satz wird einstimmig, der zweite Satz mit Mehrheit *angenommen.*

XV. Ziffer 44

Vorsitzender Abg. Dr. *Philipp*: Ich habe die Akten der Nationalversammlung über die Einsetzung des Untersuchungsausschusses eingesehen. Ursprünglich herrschte das Bestreben, gegen die Vertreter der O.H.L. eine förmliche Schulduntersuchung einzuleiten. Am 26. März 1919 hat in der Nationalversammlung Ministerpräsident Scheidemann im Hinblick auf gewisse Vorgänge in Berlin anläßlich der Rückkehr Ludendorffs aus Schweden die Einsetzung eines Staatsgerichtshofes zur Aburteilung der Kriegsschuldigen angekündigt. Er führte aus:

> ... „Wir gehen noch weiter und tiefer. Die Anwesenheit des Generals Ludendorff bei diesen Vorgängen soll nicht leichthin aus dem Handgelenk beurteilt werden. Ob Schuld oder Unschuld: die eine wie die andere kann sich nur aus seinem Verhalten während des Krieges beurteilen lassen. Er hat bei seiner Rückkehr aus Schweden das Urteil eines Staatsgerichtshofs verlangt. Er soll es haben!
>
> Namens der Reichsregierung erkläre ich, daß wir schnellstens den Gesetzentwurf zur Errichtung eines Staatsgerichtshofes bei diesem Hohen Hause einbringen werden, um auch nach dieser Seite zu dokumentieren: das neue Deutschland kennt für sich und für andere, für innere und äußere Gegensätze nur das eine: die Gesetze des Rechts und nur des Rechts! Dann, nur dann kann uns aus der heutigen in Feind und Freund zerrissenen Welt die Losung zurücktönen, auf der sich die neue Staatengesellschaft aufbauen muß: das Friedensecho der Gerechtigkeit."

Es ist dann am 6. Juni 1919 (Drucksache Nr. 355) eine Vorlage zur Schaffung eines Staatsgerichtshofs an die Nationalversammlung gekommen und am 28. Juli beraten worden. In dieser Vorlage ist die Einsetzung eines parlamen-

tarischen Untersuchungsausschusses gefordert und dabei die Bestimmung vorgeschlagen worden: § 2. „Hält der Ausschuß eine Person, die vermöge ihrer Stellung im öffentlichen Leben in der Lage war, Einfluß auf die Politik des Reichs zu nehmen, für verdächtig, zu dem Ausbruch, der Verlängerung oder dem Verlust des Krieges schuldhaft beigetragen zu haben, so eröffnet er gegen sie das Verfahren vor dem Staatsgerichtshof." Es ist auch die Möglichkeit vorgesehen gewesen, daß eine Person, um sich vor Anschuldigungen zu reinigen, selber beim Staatsgerichtshof das Verfahren gegen sich beantragen konnte.

Diese Vorlage hat wenig Gegenliebe gefunden. Der Abg. v. Payer hat sich in der Nationalversammlung dagegen ausgesprochen. In dieser Richtung wurde er von dem Abg. Schultz (Bromberg) unterstützt. Darauf hat die Deutsche Volkspartei die Anregung gegeben, man solle die ganzen Kriegsschuldfragen einer gemischten Kommission von Gelehrten und Politikern zur Feststellung überweisen. Dieser Antrag Dr. Heinze[1]) ist am 29. Juli an den Verfassungsausschuß gegangen. Am 18. August ist dann der Antrag herausgekommen (Drucksache Nr. 946, Antrag des 8. Ausschusses, Berichterstatter Dr. Sinzheimer), einen parlamentarischen Untersuchungsausschuß einzusetzen. Dieser sollte untersuchen, welche Vorgänge zum Ausbruch des Krieges geführt, seine Verlängerung veranlaßt und seinen Verlust zur Folge gehabt haben. Man hatte inzwischen in der Reichsverfassung die parlamentarischen Untersuchungsausschüsse gesetzlich verankert (Artikel 34). Am 22. Oktober 1920 ist der Gedanke des Staatsgerichtshofs in einer neuen Vorlage (Drucksache Nr. 713) wieder aufgetaucht. Dabei ist aber der Plan fallen gelassen worden, die sog. Kriegsschuldigen vor dem Staatsgerichtshof zur Verantwortung zu ziehen. Damit war auch die Aufgabe des Untersuchungsausschusses verändert: er hat seitdem nur Tatsachen festzustellen und lediglich die historische und moralische Schuld der sog. Kriegsschuldigen zu prüfen.

Die im Hinblick darauf notwendigen Schlußworte der Entschließung bedeuten, daß eine moralische Verurteilung der O.H.L. auf Grund der gemachten Untersuchungen nach bestem Wissen und Gewissen sich nicht feststellen läßt.

Abg. Dr. *Moses*: Meine Parteifreunde können der Schlußfassung weder in der einen, noch in der anderen Form zustimmen. Wir wollen aber keine große Debatte darüber entfesseln, werden aber ein gesondertes Votum abgeben.

Abg. Dr. *Spahn* (Berlin) schlägt vor, die Fassung:

Der Unterausschuß hat in bezug auf die von ihm behandelten Fragen des deutschen militärischen Zusammenbruchs 1918 keine Feststellungen

---

[1]) Die Nationalversammlung wolle beschließen:
Die Reichsregierung zur beschleunigten Vorlage eines Gesetzentwurfs aufzufordern, durch den ein aus einigen, keinem Parlament angehörigen, namhaften Historikern und publizistisch geschulten Juristen zusammengesetzter Ausschuß zur Aufklärung der die Entstehung, Führung und Beendigung des Krieges betreffenden Vorgänge mit dem Auftrag berufen wird, das gesamte amtliche Urkundenmaterial nach objektiv wissenschaftlicher Methode zu ordnen, alle sachdienlichen Erhebungen durch eidliche Zeugenvernehmungen und Akteneinsicht zu pflegen, sowie freiwillig angebotene Erklärungen protokollarisch entgegenzunehmen, endlich seine Feststellungen unter Autorität der Reichsregierung alsbald der Öffentlichkeit zu übergeben.

getroffen, welche es rechtfertigen, nach irgendeiner Seite hin zu einem Schuldurteil zu gelangen,

anzunehmen.

Der Schluß wird in dieser Fassung *angenommen.*

Vorsitzender Abg. Dr. *Philipp*:

Ich schlage Ihnen weiter vor, folgenden Antrag anzunehmen:

Der 4. Unterausschuß des 20. (Untersuchungs-) Ausschusses hat mit der Beschlußfassung über die Ergebnisse der Untersuchung über die Ursachen des militärischen Zusammenbruchs im Jahre 1918 den ersten Teil seiner Arbeiten in sachlicher Hinsicht beendet.

Er empfiehlt dem Gesamtausschuß, beim Reichstag zu beantragen:

Der Reichstag wolle beschließen:

Die Veröffentlichungen des 4. Unterausschusses des 20. (Untersuchungs-) Ausschusses werden zur Kenntnis genommen.

Ich stelle die *einstimmige Annahme* dieses Antrages fest. Der erste Teil der Arbeiten des 4. Unterausschusses ist damit abgeschlossen.

Register zu Band 1

Alfons XIII., König von Spanien. S. 138.
Arnstadt, konservativer Reichstagsabgeordneter. S. 182.
v. Altrock, Generalleutnant, Schriftleiter des Militärwochenblatts. S. 472.
v. Arz, k. u. k. Generaloberst, Chef des k. u. k. Oberkommandos seit Februar 1917. S. 53. 312. 337.
Asquith, Lord, englischer Ministerpräsident von 1908—1916. Führer der Liberalen Partei. S. 73. 220.

v. Bartenwerffer, Generalmajor, Chef der Politischen Abteilung beim Chef des Generalstabes des Feldheeres. S. 251. 365.
Bauer, Oberst, Chef der Abteilung IIb der Operationsabteilung des Chefs des Generalstabes des Feldheeres. S. 137. 144. 146. 218. 229. 242. 263. 277. 281.
v. Below, Otto, General d. Inf., Oberbefehlshaber der 17. Armee. S. 231. 344.
v. Benedeck, Ritter, österreichischer Feldzeugmeister, Oberkommandant d. österreichischen Nordarmee 1866. S. 152.
Benedikt XV., Papst. S. 402. 403.
v. Bernhardi, General der Kavallerie, Militärschriftsteller. S. 142.
Bernstein, sozialdemokratischer Reichstagsabgeordneter. S. 392. 403. 408. 412. 414.
v. Bernstorff, Graf, deutscher Botschafter in Washington bis 1917, im Jahre 1918 Botschafter in Konstantinopel. S. 104. 105.
Berthier, Fürst von Wagram, französischer Marschall, Generalstabschef unter Napoleon I. S. 126.
v. Bethmann Hollweg, Dr., Deutscher Reichskanzler von 1909 bis 13. Juli 1917. S. 122. 145. 193. 219. 257. 264. 267.269. 270. 271. 291. 342. 364. 385. 393. 403. 435. 438. 443. 444. 480. 483.
v. Bismarck, Otto, Fürst, deutscher Reichskanzler 1871—1890. S. 123.148. 258. 266. 338. 340. 357. 368. 446. 477.
Bloch, Dr., Sekretär des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses. S. 7. 11. 14. 156. 407. 459.
— Friedensmöglichkeiten. S. 395.
— Vorläufiger Entschließungsentwurf d. Ausschusses, Abänderungsvorschlag. S. 416. 418. 428ff.
v. Blücher, Fürst, preußischer Feldmarschall in den Freiheitskriegen. S. 129.
v. Bockelberg, Major, Chef der Abteilung Ib der Operationsabteilung beim Chef des Generalstabes des Feldheeres. S. 242.
Braun, preußischer Ministerpräsident. S. 450.
Bredt, D. Dr. Dr., Reichstagsabgeordneter (Wirtschaftspartei). S. 10. 11.
— Eingreifen der Amerikaner. S. 370.
— Belgien. S. 379. 383.
— Berichterstatter zur Frage des Zusammenbruchs. S. 305.
— Friedensresolution und Brest-Litowsk. S. 379.
— Tagesbefehl Hindenburgs Mitte Oktober 1918. S. 469. 470.
— Verteidigung des Kaisers. S. 476. 477.
— Zwangslage des Kaisers gegenüber Hindenburg. S. 384. 385.
— Kriegsziele. S. 447. 451. 452. 490.
— Besprechung und Kronrat am 13. u. 14. August 1918 in Spa. S. 411. 414. 465.
— Entwurf der Staatsverfassungen von Kurland und Litauen. S. 395.
— Entlassung Ludendorffs. S. 473.
— Offensive. S. 380ff.
— Friedensnote des Papstes und deren Beantwortung. S. 402.
— Reichstag und Außenpolitik. S. 299. 300. 301. 302. 303. 379. 380. 384. 402. 403. 404. 437. 446. 447.
— Stellungnahme bei der ersten Resolutionsberatung. S. 436ff.
— Stellungnahme bei der zweiten Resolutionsberatung. S. 488ff.
— Resolutionsentwurf über die Ursachen des militärischen Zusammenbruchs. S. 374ff.

Bredt, D. Dr. Dr., Schuldfrage. S. 303. 383. 453.
— Siegeseinstellung der O.H.L.S.384.
— „Strategischer Abwehrsieg". S.410.
— Bericht des Grafen Tarnowski an Czernin. S. 370. 371.
— Thesen (erster Entwurf). S. 388ff.
— Thesen (zweiter Entwurf). S. 419ff.
— Überlegenheit der O.H.L. gegenüber der Reichsregierung. S. 444.
— Verantwortlichkeit der leitenden Stellen. S. 378. 399.
Buat, General, Chef des französischen Generalstabes, Schriftsteller. S. 328. 330.
v. Bülow, Fürst, deutscher Reichskanzler 1900—1909. S. 151.
Burian, Graf, k. u. k. Minister des Äußeren von 1915 bis 22. November 1916 und vom 16. April bis 24. Oktober 1918. S. 138.
Busch, Dr., Professor der Geschichte an der Universität Marburg. S. 450.
v. d. Bussche, Freiherr, Major in der Operationsabteilung beim Chef des Generalstabes des Feldheeres. S. 250. 412.

Cadorna, Graf, von Mai 1915 bis November 1917 Oberbefehlshaber der italienischen Armee. S. 312.
v. Capelle, Staatsekretär des Reichsmarineamtes von 1916—1918. S. 365.
v. Clausewitz, preußischer General und Militärschriftsteller. S. 45. 210. 343.
Clemenceau, französischer Ministerpräsident seit 15. November 1917. S. 46. 48. 99. 104. 111. 112. 157. 267. 282. 337. 338. 339. 365. 454.
Conrad, Freiherr v. Hötzendorff, bis Februar 1917 Chef des Generalstabes des k. u. k. Oberkommandos, später Oberbefehlshaber der k. u. k. Truppen in Tirol. S. 57. 58. 62. 63. 64. 217. 224. 255.
v. Cramon, Generalmajor, deutscher Bevollmächtigter beim k. u. k. Oberkommando. S. 53. 61. 62. 313.
v. Cumberland, Herzog. S. 141.
v. Czernin, Ottokar, Graf, k. u. k. Minister des Äußeren vom 22. November 1916 bis 14. April 1918. S. 73. 310. 337. 340. 354. 356. 361. 362. 363. 364. 365. 370. 401. 447. 454. 477.

Davidsohn, sozialdemokratischer Reichtagsabgeordneter. S. 181.
Deermann, Dr., Reichstagsabgeordneter (Hospitant der Bayerischen Volkspartei). S. 8. 9. 10. 40. 41. 42. 58. 59. 60. 63—70. 73. 150. 173. 174. 176—179. 184—188. 194—200. 205. 206. 207. 209. 214. 215. 216. 224. 225. 226. 229. 230. 249. 265. 269. 273. 274. 276—281. 300—305. 367. 374. 376.
Deermann, Aussprache über Bericht zum Gutachten Schwertfeger. S. 262ff.
— Bericht über Gutachten v. Kuhl, Teil I und Fragen an Kuhl. S. 50ff.
— Bericht über Gutachten v. Kuhl, Teil II und Besprechung des Berichts. S. 157ff.
— Bericht über Gutachten Schwertfeger, Teil II. S. 233ff.
— Bericht über Korreferat Delbrück, Teil II zu Kuhl und Schwertfeger Teil II. S. 216ff.
— Widerspruch im Verhalten der O.H.L. bei der v. Haeftenschen Friedensoffensive. S. 275.
— Kriegsziele der O.H.L. S. 202.
— Ententeangriff gegen Lothringen November 1918? S. 201.
— Schuld Ludendorffs. S. 193. 270.
— Stellungnahme zum Resolutionsentwurf Philipp. S. 293ff.
— Erster Resolutionsentwurf. S. 283.
— Zweiter Resolutionsentwurf. S. 284ff.
— Stellungnahme von Oberst Schwertfeger zum Resolutionsentwurf Deermann. S. 373.
v. Deimling, General d. Inf., Führer des 15. Reservekorps bis Mai 1917. S. 203.
Delbrück, Hans, Dr. Professor, Sachverständiger im Parlamentarischen Untersuchungsausschuß des Reichstags. S. 8. 9. 13. 40. 41. 42.
— Falsche Einstellung der Aufklärungsarbeit der O.H.L. S. 203.
— Ausschaltung der politischen Leitung durch die O.H.L. S. 266.
— Ludendorffs „Doppeltes Gesicht". S. 211.
— Möglichkeit der Entsendung von Truppen nach Italien. S. 63.
— Vergewaltigung des Kaisers durch Ludendorff. S. 266.
— Bedingter Vorwurf des Landesverrats gegen Ludendorff. S. 346. 352.
— Ludendorff, Deutschlands Verderber. S. 147.
— Zweifel am sittlichen Verantwortungsbewußtsein Ludendorffs. S. 69, 148. 150. 211.
— Ziel der Offensive für ihre Beurteilung wesentlich. S. 74. 173. 210. 343.
— Unsicherheit des Erfolges der Offensive. S. 109.
— Fehler in der Offensive. S. 106ff. 179. 226ff. 231. 273ff. 344ff.
— Täuschung der politischen Leitung durch Ludendorff. S. 345 u. 346.

Delbrück, Dr. Hans, Professor. Möglichkeit eines Verständigungsfriedens. S. 104ff. 110ff. 149. 210.
— Erklärungen gegen Denkschrift von General Wetzell. S. 343. 344.
Denikin, russischer General, 1917 Oberbefehlshaber der russischen Südwestfront, Führer der antibolschewistischen Freiwilligenarmee. S. 310.
Deutelmoser, vom 15. Oktober bis 1. November 1916 Leiter des Kriegspresseamtes, dann Ministerialdirektor der Nachrichtenabteilung des Auswärtigen Amtes bis Januar 1919. S. 132. 133. 140. 238. 253.
Diez, Reichstagsabgeordneter des Zentrums. S. 37.
Dittmann, sozialdemokratischer Reichstagsabgeordneter. S. 299. 370.
Draudt, Oberstleutnant a. D., Vizepräsident des deutschen Roten Kreuzes. S. 393. 394.
Drews, Dr., preußischer Minister des Innern vom 5. August 1917 bis zum Zusammenbruch. S. 135.
Düringer, Dr., badischer Minister. S. 367.

Ebert, sozialdemokratischer Reichstagsabgeordneter. S. 359. 412.
Eggert, Oberstleutnant a. D., Militärschriftsteller. S. 50.
Eichhorn, kommunistischer Reichstagsabgeordneter. S. 17. 299. 302. 304. 305. 417. 442. 444—447. 452. 456. 457. 460. 466. 470. 472. 476. 481. 488.
— Ludendorffs Verantwortung am Zusammenbruch. S. 439.
— Antrag betreffend Kriegsziele. S. 453.
— Verantwortlich am Zusammenbruch des militaristischen Systems. S. 479.
— Minderheitsentschließung über die Ursachen des militärischen Zusammenbruchs im Jahre 1918. S. 27 bis 29.
— Zusammenbruch Österreich-Ungarns und Bulgariens Folge des Scheiterns der deutschen Offensive. S. 467.
— Ursachen des Zusammenbruchs vor 1918 liegend. S. 449.
— Vorschlag für „Zusammenfassung". S. 475. 476.
Erzberger, Reichstagsabgeordneter des Zentrums, später Staatssekretär ohne Portefeuille. S. 74. 271. 297. 337. 354. 364. 452.
zu Eulenburg, Graf, deutschnationaler Reichstagsabgeordneter. S. 454. 459. 465. 470. 474. 480. 490. 491. 493.
— Gründe für die Besetzung der Gebiete im Osten. S. 456.
Eulenburg, Graf, Entlassung Kühlmanns. S. 492.
— Entlassung Ludendorffs. S. 473.

Facholle, französischer General, Oberbefehlshaber der englisch-französischen Streitkräfte in Oberitalien 1917/1918. S. 312.
v. Falkenhayn, Generaloberst, Kriegsminister, Chef des Generalstabes des Feldheeres vom September 1914—1916 S. 119. 268. 363. 364.
Fehr, Major im Generalstab, später Reichsarchivrat, Verfasser von „Die Märzoffensive — Strategie oder Taktik?" S. 229. 230. 324.
Fehrenbach, Reichstagsabgeordneter d. Zentrums, Reichstagspräsident. S. 282.
Fischer, Dr., Geschäftsführer des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses. S. 11. 14.
— Vorschlag und Begründung einer Entschließung. S. 388ff.
— Vorläufiger Entschließungsentwurf des Ausschusses. Abänderungsvorschläge. S. 416. 418. 428ff.
Foch, Marschall, Generalissimus der französischen Armee, Oberbefehlshaber der alliierten Truppen seit 22. März 1918. S. 48. 72. 112. 114. 115. 116. 177. 201. 205. 315. 316.
Foerster, Wolfgang, Oberstleutnant a. D. und Militärschriftsteller, Oberarchivrat im Reichsarchiv. S. 180. 218. 229.
Franz, sozialdemokratischer Reichstagsabgeordneter. S. 113. 140.
Friedrich der Große. S. 68. 148. 161. 183. 184. 325.
— Erzherzog von Österreich, Feldmarschall, Oberbefehlshaber der k. u. k. Truppen von August 1914 bis Februar 1917. S. 440.

Gädke, Oberst a. D., Militärschriftsteller. S. 116.
Galle, Direktor beim Reichstag. S. 4.
v. Gallwitz, General der Artillerie, Oberbefehlshaber der Heeresgruppe v. Gallwitz. S. 118. 474.
Gambetta, französischer Staatsmann. S. 342.
v. Gleich, Generalmajor, Militärschriftsteller. S. 75.
v. Gneisenau, Graf, preußischer Generalfeldmarschall, Reorganisator Preußens nach 1806, 1813 Generalstabschef Blüchers. S. 107.
Gothein, Reichstagsabgeordneter der Fortschrittlichen Volkspartei. S. 181. 351.
v. Graefe, konservativer Reichstagsabgeordneter. S. 181.

Grey, Lord, von 1905—1916 englischer Minister des Äußeren. S. 153.
Groener, Generalleutnant, seit 28. Oktober 1918 Generalquartiermeister b. Chef des Generalstabes des Feldheeres. S. 61. 473.
v. Grünau, Freiherr, Wirklicher Legationsrat, seit 4. Oktober 1916 Vertreter des Auswärtigen Amtes beim Kaiser. S. 128.

Haas, Dr., Reichstagsabgeordneter der Fortschrittlichen Volkspartei. S. 181.
Haase, Reichstagsabgeordneter der U.S.P.D. S. 252. 412.
Haber, Dr. Prof., Leiter des Kaiser-Wilhelm-Instituts für physikalische Chemie. S. 471.
v. Haeften, Generalmajor, seit 8. Juli 1916 Leiter der militärischen Abteilung des Auswärtigen Amtes.
— Aufklärung über den Ernst der militärischen Lage durch Ludendorff am 12. und 13. August 1918. S. 303.
— Befürwortung seiner Denkschrift vom 3. Juni 1918 durch Ludendorff. S. 131. 274. 275. 468. 485.
— Vortrag bei Kühlmann Mai 1918 wegen Belgien. S. 338.
— Denkschrift vom 14. Januar 1918. S. 338.
— Ludendorffs „Doppeltes Gesicht". S. 102. 103. 111. 148.
— Friedensgespräche im Haag März 1918. S. 156. 354. 377. 399. 400. 420. 424. 430. 453—456. 483.
— Friedensoffensive. S. 130. 131. 132. 133. 205. 237. 239. 288.
— Teilnahme an der päpstlichen Friedensaktion. S. 354.
— Aussage vor dem 2. Unterausschuß des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses. S. 430.
— Ludendorffs Stellung zum Verständigungsfrieden. S. 102. 103. 111.
— Vertreter des Verständigungsfriedens. S. 211.
— Unkenntnis vor dem 29. September 1918 von der Notwendigkeit eines sofortigen Waffenstillstandes. S. 140. 253.
Haig, Sir Douglas, englischer Oberkommandierender im Weltkrieg. S. 48. 74. 96. 112. 113. 174. 184. 185. 186. 216.
Hanslian, Verfasser von „Der chemische Krieg". S. 471.
v. Hardenberg, Fürst, Preußischer Staatsmann, Staatskanzler von Preußen. S. 150.
Heine, Wolfgang, Sozialdemokratischer Reichstagsabgeordneter. S. 282.
Heinze, Dr., Reichstagsabgeordneter der Deutschen Volkspartei. S. 498.
Helfferich, Dr., Staatssekretär des Innern, ab. 5. August 1917 Stellvertreter des Reichskanzlers, vom 22. Juli bis 17. September 1918 diplomatischer Vertreter des Deutschen Reiches in Moskau. S. 239. 242. 253. 479.
Hellmann, Sozialdemokratischer Reichstagsabgeordneter. S. 40.
Henke, Reichstagsabgeordneter der U.S.P.D. S. 40.
Hentsch, Oberst, Chef des Generalstabes der Militärverwaltung in Rumänien. S. 123.
Herold, Reichstagsabgeordneter des Zentrums. S. 473.
v. Hertling, Dr. Graf, Deutscher Reichskanzler vom 2. November 1917 bis 3. Oktober 1918.
— Gegnerschaft des Obersten Bauer. S. 145.
— Befürwortungsschreiben Ludendorffs vom 8. Juni 1918 zur Haeftenschen Denkschrift. S. 131. 132. 236.
— Unterbleiben der absoluten Verzichterklärung auf Belgien. S. 222. 292. 371. 379. 403. 405. 444. 447.
— Entlassung Kühlmanns gegen Hertlings Willen. S. 240. 251. 444. 493.
— Stellung zur Friedensresolution des Reichstags. S. 235.
— Einleitung von Friedensverhandlungen. S. 93. 214.
— Beurteilung der Gesamtlage. S. 276.
— Sitzung des Haushaltausschusses vom 24. September 1918. S. 403.
— Fragebogen Hintzes vom 7. September 1918. S. 139.
— Besprechung vom 13. August, Kronrat vom 14. August 1918 in Spa. S. 136. 243. 244. 245.
— Einverständnis mit der Offensive. S. 125.
— Berufung zum Reichskanzler. S. 479. 480.
— Schreiben des Kronprinzen Rupprecht von Bayern vom 1. Juni 1918 an Hertling und dessen Beantwortung. S. 153. 238. 239. 241. 287.
— Schreiben vom 7. Januar 1918 an Hindenburg. S. 120. 121. 262. 263.
— Übereinstimmung oder Unterordnung unter die O.H.L.? S. 120—122. 127. 130. 145. 146. 169. 221. 235. 236. 239. 256. 263. 266. 291. 379. 386. 389. 399. 443. 444.
— Glauben an die Unbesiegbarkeit der Westfront S. 426. 432. 464. 486.
— Verbindung zur O.H.L. S. 128.
— Verständigungsfrieden. S. 73.
— Wirkung der Ludendorffschen Waf-

fenstillstandsforderung auf ihn. S. 139. 249.
v. Hertling, Karl, Graf, Rittmeister und persönlicher Adjutant des Reichskanzlers Grafen v. Hertling. S. 151. 245. 403.
Herz, Dr., Geschäftsführer des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses bis 31. Dezember 1923, dann Sachverständiger des 4. Unterausschusses. S. 9. 13. 14. 42. 74. 111. 114. 115. 118. 176. 200. 265.
— Mängel des Aufklärungsdienstes. S. 151.
— Friedensresolution im Auslande kein Zeichen der Schwäche. S. 104.
— Gesetz des Handelns beim Feinde. S. 233.
— Ablehnung Kühlmanns von seiten der O.H.L. S. 276.
— Unpopularität Ludendorffs. S. 150.
— Keine Besprechung zwischen O.H.L. und der Reichsleitung über die Aussichten der Offensive. S. 152.
— Tankfrage. S. 59.
— Bemerkung zur Denkschrift des Generals Wetzell. S. 152 ff.
v. Heydebrand und der Lase, Dr., Konservativer Reichs- und Landtagsabgeordneter. S. 182. 215. 359. 362. 404. 412.
v. Hindenburg, Generalfeldmarschall, Chef des Generalstabes des Feldheeres.
— Abhängigkeit von Ludendorff (nach Delbrück). S. 148.
— Annexion von Briey und Longwy. S. 251.
— Schreiben an den Generaloberst v. Arz vom 21. Juni 1918. S. 53.
— Wirtschaftliche Angliederung Belgiens, dauernde militärische Besetzung Lüttichs. S. 418.
— Spannung zwischen O.H.L. und Bethmann seit 1915. S. 443.
— „Exponent des Durchhaltewillens mit Ludendorff" (nach Wetzell) S. 333.
— Verleihung des E.K. mit goldenen Strahlen am 25. März 1918. S. 129. 237.
— Entlassung Hindenburgs eine Unmöglichkeit. S. 385. 480.
— Erkrankung. S. 364.
— Erlaß vom 22. Oktober 1918 für das Offizierkorps. S. 84.
— Gegensatz zu Ludendorff hinsichtlich der Beschleunigung des Waffenstillstandsangebotes (nach Spahn). S. 472.
— Hauptverantwortlichkeit (nach Kuhl, Schwertfeger, Wetzell). S. 347. 349. 350. 357.
v. Hindenburg, Generalfeldmarschall, Schreiben Hertlings vom 7. Januar 1918 an Hindenburg. S. 120.
— Rücksprache mit Hintze am 29. Juli 1918 in Avesnes. S. 135.
— Schreiben vom 7. Januar 1918 an den Kaiser. S. 352.
— Schreiben nach dem Kronrat vom 11. September 1917. S. 59.
— Besprechung am 13. und Kronrat am 14. August 1918 in Spa. S. 93. 94. 108. 136. 137. 171. 243. 244. 245. 246. 288. 341. 372. 373. 426. 432. 464. 465.
— Memoiren Hindenburgs. S. 165. 263. 268.
— Zusammenarbeit und Mitverantwortlichkeit mit General Ludendorff. S. 294. 305. 307. 325. 339. 364. 368. 379. 423. 429. 439. 441. 442. 486.
— „Vollstrecker des nationalen Willens für die Kriegsführung" (nach Schwertfeger). S. 281. 282.
— Übernahme der Leitung der O.H.L. S. 119.
— Erfolge im Osten. S. 378. 384.
— Wahl zum Reichspräsidenten. S. 441.
— Für Siegfrieden (nach Wolfgang Foerster). S. 218.
— Sitzung vom 3. Oktober 1918. S. 253. 255.
— Wunsch auf Hereinbeziehen sozialdemokratischer Abgeordneter in die Regierung. S. 410. 411. 468.
— Gedanken über Strategie. S. 196. 373.
— Unpolitische Natur. S. 234. 263. 358.
— Vernehmung vor dem 2. Unterausschuß des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses. S. 351.
— Widerstand gegen Verabschiedung Ludendorffs. S. 150.
— „Schwere Verfehlungen Hindenburgs und Ludendorffs in der militärtechnischen Vorbereitung der Offensive" (nach Quessel). S. 419.
— Volkstümlichkeit. S. 364. 384. 385.
— Annahme der Waffenstillstandsbedingungen durch Hindenburg. S. 114.
— Zuversicht über die militärische Lage am 24. August 1918. S. 247.
v. Hintze, Staatssekretär des Äußeren vom 16. Juli bis 7. Oktober 1918.
— Aufzeichnungen. S. 138. 397.
— Duellforderung an Ludendorff. S. 134. 147.
— Fragebogen Hintzes an die O.H.L. S. 139. 247. 407.
— Versuche, zum Frieden zu kommen.

S. 246. 247. 248. 255. 277. 279. 422. 427. 486.
v. Hintze, Beurteilung der Gesamtlage in bezug auf Friedensmöglichkeiten. S.50. 135. 138. 171. 212. 241. 277. 340. 380. 408.
— Mitteilungen im Haushaltausschuß des Reichstages. S. 139.
— Besprechung am 13. und Kronrat am 14. August 1918. S. 93. 135. 136. 137. 243. 244. 245. 246. 261. 341. 381. 382. 412. 413. 426. 464.
— Verhältnis zu General Ludendorff und zur O.H.L. S. 248.
— Verhandlungen mit Österreich-Ungarn. S. 138. 139.
— Parlamentarisierung. S. 249.
— Ernennung zum Staatssekretär. S. 49. 133. 134. 411.
— Wirkung der sofortigen Waffenstillstandsforderung auf ihn. S. 139. 249. 250.
Hobohm, Dr. Professor, Sachverständiger im Parlamentarischen Untersuchungsausschuß des Reichstags bis 24. Juni 1921. S. 7. 8. 13.
Hoff, Dr., Reichstagsabgeordneter der Deutschen Volkspartei. S. 299. 304.
Hoffmann, Generalmajor, Chef des Generalstabes des Oberbefehlshabers Ost. S. 166. 217. 224. 353. 392. 418. 456. 477.
v. Holstein, Freiherr, Vortragender Legationsrat im Auswärtigen Amt. S. 152.
House, amerikanischer Oberst, persönlicher Vertreter Präsident Wilsons bei den europäischen Regierungen. S. 104. 105.
v. Hutier, General d. Inf., Oberbefehlshaber der 18. Armee. S. 231. 344. 345.

Jekow, Oberbefehlshaber der bulgarischen Truppen. S. 440.

Kahl, D. Dr., Reichstagsabgeordneter der Deutschen Volkspartei. S. 9. 38. 40. 42. 58. 59. 63. 72. 97. 112. 140. 141. 142. 150. 167. 174. 209. 230. 232. 234. 263. 266. 276. 278. 283.
— Antrag: Fragen 2 und 3 aus dem Aufgabenkreis des 4. Unterausschusses auszuscheiden. S. 181.
— Hauptfrage: Persönliche Schuld oder Nichtschuld Ludendorffs. S. 156.
— Bemerkungen zum Resolutionsentwurf Deermann. S. 283.
— Schuldproblem. S. 191. 192. 210. 274.
Kahmann, sozialdemokratischer Reichstagsabgeordneter. S. 37.
Kaiser, sozialdemokratischer Reichstagsabgeordneter. S. 10.
Kant, Philosoph. S. 82.
Kantorowicz, Dr., Professor. S. 181.
Karl I., Kaiser von Österreich, König von Ungarn. S. 63. 337. 356. 364.
Katzenstein, sozialdemokratischer Reichstagsabgeordneter, später Sachverständiger im Parlamentarischen Untersuchungsausschuß des Reichstags. S. 8. 9. 13. 37. 39. 40. 42. 110. 180. 181. 191. 387.
— Entwurf eines Gutachtens. S. 76 ff.
— Geringe Schonung des Menschenmaterials. S. 75.
— Militarismus und absolutes Regiment. S. 266. 282.
— Fehlen des Verständnisses für Technik bei militärischen Stellen. S. 75.
Kawerau, österreichischer General. S. 60.
Kerenski, von März bis November 1917 russischer Minister, Juli 1917 Ministerpräsident. S. 224. 310. 359. 360. 392. 457.
Koch, Oberstleutnant, Vertreter des Reichswehrministeriums beim Parlamentarischen Untersuchungsausschuß. S. 13. 439. 440. 466. 471. 493. 494.
— Entwicklung des Gaskrieges. S. 471.
— Entlassung Ludendorffs. S. 474.
Koltschak, russischer Admiral, Führer der antibolschewistischen Bewegung. S. 310.
Korell, demokratischer Reichstagsabgeordneter. S. 212. 271.
— Wirkung der Annexionspolitik der Kölnischen Volkszeitung auf die Truppen. S. 204.
— Wirkung der Rückzugsverzögerung auf die Truppen. S. 204.
— Ludendorff für eine schwache politische Leitung. S. 269.
Köster, Dr., früher Reichsminister, jetzt Gesandter, Schriftsteller. S. 115. 116.
Krupp, Friedr., Aktiengesellschaft. S. 406. 407.
v. Kuhl, Dr. h. c., General d. Inf., Chef des Generalstabes der Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht von Bayern, Sachverständiger im Parlamentarischen Untersuchungsausschuß des Reichstags. S. 8. 9. 13. 40. 41. 42.
— Charakter Ludendorffs. Sittliches Verantwortungsbewußtsein. S. 213. 327.
— „Doppeltes Gesicht" Ludendorffs. S. 102. 103. 111. 213.
— Einheitlicher Oberbefehl, Rettung für die Entente. S. 72. 74. 102.
— Friedensangebot und Friedensresolution des Reichstags im Auslande als Schwächezeichen gewertet. S. 99. 104. 223.

v. Kuhl, Dr. h. c., Gegensatz zu Delbrück. S. 261. 326. 327.
— Georgangriff oder Michaelangriff. S. 85. 86. 106. 178. 226. 314. 315. 322. 348. 349.
— Bericht und Aussprache über Gutachten Teil I. S. 50 ff.
— Gutachten Teil II und Aussprache. S. 84 ff.
— Angriffsmöglichkeiten in Italien. S. 64. 65. 101. 223.
— Kriegszielerörterung für die Front ungeeignet. S. 203.
— Besprechung am 13. und Kronrat am 14. August 1918 in Spa. Politische Leitung nicht genau unterrichtet. S. 93. 94. 107. 108. 206. 207. 214.
— Militärischer Gedanke: Sieg oder Niederlage. S. 70. 156. 157. 160.
— Protest gegen die Auffassung von Katzenstein bezüglich Mißstände im Heere. S. 84. 191.
— Hauptgrund der Niederlage vom 8. August 1918: Tanks. S. 174.
— Verlauf und Kritik der Offensive. S. 88 ff. 117. 308. 320. 321. 326. 368. 380.
— Zweck der Offensive: Sieg; Teilschläge keinen Erfolg. S. 45. 46. 48. 100. 168. 302.
— Beantwortung von Spezialfragen betreffend Offensive. S. 182 ff.
— Offensive notwendig, durchführbar und operativ gedacht, aber in der Ausführung Fehler. S. 46. 47. 48. 67. 86. 87. 100. 213. 225. 272. 273.
— Glänzende Organisation der Offensive. S. 71. 88. 107. 184. 459. 462.
— Pierrefeu. S. 177.
— Revolutionäre Wühlarbeit. S. 96. 202.
— Frage des Standhaltens oder Rückzugs in vorbereitete Stellungen. S. 94. 200. 201.
— Feldzugsplan des Grafen Schlieffen. S. 154. 155.
— Tankfrage. S. 66. 67. 363.
— Truppe im Jahre 1918 nicht mehr den Geist von 1914. S. 88.
— maßgebender Faktor bei der Offensive: seelische Einstellung der Truppe. S. 198. 199.
— Scheitern des Juliangriffs hauptsächlich infolge Fehlens der Überraschung. S. 92.
— Ludendorff erst in zweiter Linie nach Hindenburg verantwortlich. S. 327. 329. 336.
— Verpflegung der Truppe. S. 67. 68.
v. Kuhl, Dr. h. c., Ludendorff grundsätzlich für Verständigungsfrieden. S. 223.
— Entente im Jahre 1918 für keinen Verständigungsfrieden. S. 70. 98. 99. 160. 183. 184. 223.
— Weiterkämpfen im Herbst 1918 noch möglich, nicht um den Sieg, aber um bessere Waffenstillstandsbedingungen. S. 96. 97. 107. 112. 113. 114. 116. 117. 118. 216. 471. 472.
— zur Wetzellschen Denkschrift S. 327 ff.
— Zustimmung der O.H.L. zu den Waffenstillstandsbedingungen erst bei Nachricht vom Ausbruch der Revolution. S. 114.
v. Kühlmann, Dr., Staatssekretär des Äußeren vom 7. August 1917 bis 9. Juli 1918.
— Artikel der Berliner Börsenzeitung. S. 124.
— Brest-Litowsk. S. 120. 130.
— Bukarest. S. 130.
— Denkschrift Kühlmanns vom Januar 1918. S. 130.
— Zurückhaltung Englands infolge Rücktritts von Kühlmanns. S. 394.
— Stellung zur Haeftenschen Denkschrift vom 3. Juni 1918. S. 132. 236. 239. 338.
— „Drängen zum politischen Handeln" von seiten Haeftens, durch Kühlmann abgewiesen (nach Wetzell). S. 338. 339.
— „Kein militärisches Verständnis" (nach Wetzell). S. 367.
— „Erfassung der militärpolitischen Lage" (nach Bredt). S. 480.
— Kampf der O.H.L. gegen Kühlmann. S. 123. 236. 239. 240. 269. 275. 284.
— Reichstagsreden Juni 1918. S. 133. 150. 271. 275. 337.
— Antwort auf Smuts. S. 154. 276.
— Sturz, erzwungen durch die O.H.L. S. 133. 254. 264. 267. 270. 275. 276. 287. 291. 292. 296. 426. 432. 463. 485. 492. 493.
— Haltung gegenüber einem Verständigungsfrieden. S. 73. 221. 236. 239.

Lambach, deutschnationaler Reichstagsabgeordneter, Vorsitzender des deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes. S. 84. 181.
Landsberg, sozialdemokratischer Reichstagsabgeordneter. S. 37.
Ledebour, Reichstagsabgeordneter der U.S.P.D. S. 404.
Lenin, russischer Volkskommissar. S. 392.
v. Lersner, Dr. Freiherr, Legationsrat,

Vertreter des Auswärtigen Amtes seit März 1917 bei der O.H.L. S. 128. 248.
v. Lichnowsky, Fürst, Botschafter in London bis Kriegsausbruch, Verfasser der Lichnowskyschen Denkschrift. S. 494.
Lloyd George, englischer Ministerpräsident seit Dezember 1916. S. 45. 48. 53. 73. 98. 110. 149. 218. 221. 235. 254. 338. 342. 354.
Löbe, Präsident des Reichstags. S. 4. 299.
Ludendorff, General d. Inf., Erster Generalquartiermeister beim Chef des Generalstabes des Feldheeres.
— Abschiedsdrohung. S. 47. 120. 121. 150. 219. 266.
— Kaiserliche Anerkennung. S. 129. 237.
— Duellforderung Hintzes an Ludendorff. S. 134. 147.
— Bedeutung als Feldherr. S. 127. 150. 165. 191. 241. 255. 257. 259. 319ff.
— Haltung am 13. und 14. August 1918 in Spa. S. 93. 94. 107. 108. 114. 135. 136. 137. 171. 214. 223. 224. 226. 231. 255. 261. 288. 341. 465.
— Besprechung mit Hertling Juli 1918. S. 134. 135. 241. 242. 340. 372ff.
— Möglichkeit einer Offensive in Italien. S. 57. 63. 216. 217. 224.
— Ludendorff und O.H.L. S. 56. 119. 125. 128. 132. 158. 294. 305ff. 347. 349. 357. 364. 368. 439ff.
— Grundeinstellung zur Offensive. S. 45. 46. 47. 85. 86. 87. 90. 91. 92. 93. 98. 100. 106. 107. 109. 117. 126. 162. 163. 166. 167. 168. 169. 172. 173. 178. 179. 196. 197. 198. 205. 209. 217. 222. 225. 226. 227. 229. 231. 234. 273. 305ff. 314. 326. 343. 355. 369.
— Aufklärung der Öffentlichkeit. S. 289. 359ff. 365. 410ff. 491.
— Einflußnahme auf die Politik. S. 159. 169. 170. 182. 219. 235. 240. 248. 250. 259. 263. 266. 270. 271. 272. 277. 335ff. 357. 364. 392. 443. 479.
— Aufklärung der Reichsregierung und des Kaisers. S. 285. 288. 289. 340. 346. 367. 370. 372. 399. 410ff. 414.
— Schriften über Ludendorff. S. 50. 151. 218. 229.
— Rechtliche oder moralische Schuld? S. 287. 294. 296. 298. 338. 347. 351. 359. 364. 406. 413. 419. 475. 481. 497ff.
— Vernehmung vor dem Untersuchungsausschuß. S. 299ff. 305.
— Verantwortungsgefühl. S. 68. 69. 72. 73. 103. 105. 147—150. 156. 157. 165. 166. 168. 169. 183. 193. 200. 210—213. 219. 223. 237. 241. 242. 248. 251. 259. 260. 261. 325.
Ludendorff, General d. Inf., Stellung zum Verständigungsfrieden. S. 70. 72. 73. 76. 102. 103. 111. 131. 132. 133. 156. 158. 159. 160. 169. 173. 193. 204. 210. 211. 217. 218. 219. 221. 235—240. 247. 275. 284. 287. 327ff. 393. 461ff. 493.
— Vorbereitung der Offensive. S. 65. 71. 88. 117. 150. 162. 165. 175. 177. 206. 217. 237. 286.
— Waffenstillstandsangebot vom 29. September 1918 und seine Folgen. S. 139. 172. 213. 214. 250. 252. 253. 256. 297. 333. 346. 350. 358. 469ff.
— Wille zum Weiterkämpfen nach dem 8. August 1918 und nach dem 29. September 1918. S. 94. 171. 243. 287. 290. 297. 332ff. 465. 471ff. 496.
Ludwig III., König von Bayern. S. 480.

v. Mackensen, Generalfeldmarschall, Oberbefehlshaber der Heeresgruppe Mackensen und des Besatzungsheeres in Rumänien. S. 122. 364.
Mangin, französischer General, Oberbefehlshaber der 10. französischen Armee. S. 106. 115.
Marmont, Herzog von Ragusa, Marschall, Befehlshaber unter Napoleon I. S. 148.
v. d. Marwitz, General der Kavallerie, Oberbefehlshaber der 2., später der 5. Armee. S. 174.
Maurice, englischer General. S. 202.
Max v. Baden, Prinz, deutscher Reichskanzler vom 7. Oktober bis 10. November 1918. S. 141. 146. 182. 252. 253. 255. 256. 279. 280. 297. 346. 423. 428. 429. 433. 438. 455. 468. 482. 495.
Maxse, englischer Schriftsteller. S. 73. 149.
Meerfeld, Dr., sozialdemokratischer Reichstagsabgeordneter. S. 37.
v. Mertz, Ritter von Querheimb, Oberst, Chef B der Operationsabteilung beim Chef des Generalstabes des Feldheeres. S. 243. 248. 250. 288. 289.
Michaelis, Dr., deutscher Reichskanzler vom 13. Juli bis 2. November 1917. S. 59. 75. 104. 122. 159. 161. 219. 222. 235. 264. 265. 291. 292. 402. 479.
Miljukow, russischer Historiker und liberaler Politiker, Führer der Kadetten, vom März bis Mai 1917 Minister des Äußeren. S. 360.
v. Moltke, Graf, Generalfeldmarschall, Chef des Generalstabes. S. 47. 68. 109. 155. 319. 325. 339. 340. 348. 399. 413. 477.

v. Moser, Generalleutnant, Führer des 14. Reservekorps, Schriftsteller. S. 166.
Moses, Dr., sozialdemokratischer Reichstagsabgeordneter. S. 65. 185. 199. 209. 210. 214. 278. 300. 304. 305. 417. 419. 452. 459. 461. 465. 469. 472. 477. 478. 480. 488. 490—496.
— Entwicklung des Gaskrieges. S. 471.
— Professoreneingabe. S. 449.
— Sondervotum der sozialdemokratischen Mitglieder des Ausschusses. S. 499.
— „Untersuchungsausschuß ist kein militärisches Tribunal." S. 191. 231. 232. 303.
— Stellvertretender Vorsitzender des 4. Unterausschusses. S. 299.
— Ungenügende Verpflegung des Heeres. S. 60.
v. Mudra, General d. Inf., seit Oktober 1918 Oberbefehlshaber der 17., vorher der 1. Armee. S. 118. 474.

Napoleon I. S. 48. 68. 71. 109. 126. 148. 183. 184. 225. 281. 333.
Nehbel, konservativer Reichstagsabgeordneter. S. 181.
Nicolai, Oberstleutnant, Leiter der Abteilung IIIb beim Chef des Generalstabes des Feldheeres. S. 299.
Niemann, Major, seit 2. August 1918 Vertreter des Chefs des Generalstabes des Feldheeres beim Kaiser. S. 50. 128. 137. 143. 151. 153. 211. 241. 242. 245. 246. 247. 251. 288.
Nikolai Nikolajewitsch, Großfürst, Oberbefehlshaber der russischen Armee von 1914—1916. S. 440.
Nivelle, General, 1916—1917 Oberbefehlshaber der französischen Armee. S. 353.
Nowack, Schriftsteller. S. 150. 151. 276.

Oberste Heeresleitung (O.H.L.).
— Abtrennung der 18. Armee von der Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht. S. 207. 477.
— Vorwurf des betrügerischen „Bankrotts". S. 366.
— Ausdehnung des politischen Büros unter General v. Bartenwerffer. S. 365.
— Belgien. S. 138. 160. 204. 217. 218. 219. 221. 222. 236. 238. 240. 247. 249. 265. 287. 302. 339. 449. 450. 453.
— Transport der Bolschewistenführer durch Deutschland. S. 457.
— Friedensverhandlungen von Brest-Litowsk. S. 51. 219. 285. 405. 445.
— Czerninsche Denkschrift. S. 363.
Oberste Heeresleitung (O.H.L.).
— „Doppeltes Gesicht." S. 240.
— Vorwürfe des Abg. Eichhorn gegen die O.H.L. S. 475. 476.
— Beherrschender Einfluß auch in der Politik. S. 219. 220. 223. 233—236. 239. 248. 249. 254. 257. 259. 262. 264. 266. 267. 282. 287. 289. 291. 302. 420. 427. 433. 434. 443. 444. 449. 468. 478. 479. 480. 483. 485. 487.
— Erlaß vom 22. Oktober 1918. S. 84.
— Ersatzlage. S. 54. 485.
— „Farbberichte" über die Stimmung der Truppen. S. 366. 368.
— Friedensresolution des Reichstags. S. 235. 264.
— Haeftensche Friedensoffensive. S. 132. 133. 241. 426. 432. 464. 486.
— Heeresberichte. S. 142. 143.
— O.H.L. und Hertling. S. 120. 121. 122. 145. 146. 291. 398. 405. 410. 414. 415. 420. 431. 444. 478.
— Abhängigkeit des Kaisers von der O.H.L. in bezug auf politische Personalfragen. S. 218. 234. 240. 241. 246. 253. 264. 269. 275. 276. 287. 291. 426. 432. 443. 480.
— Herbeiziehung k. u. k. Truppen nach dem Westen. S. 53. 56. 286. 310. 311. 312. 396. 420. 462. 484.
— Ablehnung der Kühlmannschen Reichstagsreden. S. 133. 239. 240. 275. 426. 432. 467. 485.
— Grenzen: militärische Angelegenheiten. S. 125. 236. 249. 400.
— Erste und Zweite O.H.L. S. 119. 268.
— Offensive. S. 85. 89. 92. 100. 163. 164. 165. 167. 169. 170. 221. 308ff. 391. 405. 406. 458. 459.
— Überragende Stellung in der öffentlichen Meinung. S. 127. 135. 319. 351. 391.
— Belassung deutscher Streitkräfte im Osten. S. 52. 54. 290. 310.
— Stellung zum Pazifismus. S. 365.
— „Keine Pflichtversäumnis", sondern guter Glaube, dem Wohle des Vaterlandes zu dienen. S. 421. 431. 436. 460. 477. 478. 484. 487.
— Aufklärung der Reichsleitung über die Lage? S. 171. 182. 241. 247. 248. 250. 251. 255. 288. 289. 292. 296. 338. 339. 352. 358. 411. 422. 425. 431. 449. 463. 464.
— Gegensatz zur Reichsleitung. S. 84. 122. 238. 250. 298.
— Artikel von Repington. S. 101.
— Keine Geländeaufgabe beim Rückzuge. S. 95. 298. 332. 333.
— Sieg mit hohen Kriegszielen. S. 51. 52. 222. 233. 238. 244. 247. 249. 264. 265. 284. 287. 295. 296. 379. 384.

414. 422. 428. 430. 434. 445. 446. 450. 453. 458. 496.
Oberste Heeresleitung (O.H.L).
— Tankfrage. S. 55. 56. 75.
— Ukraine. S. 48.
— Vaterländischer Unterricht. S. 203. 204.
— Verantwortung. S. 149. 212. 240. 253. 255. 256. 257. 262. 263. 266. 277. 281. 289. 290. 486.
— Verbindungsmänner. S. 128. 242. 252. 412. 424. 430. 442. 483.
— Vorwurf der mangelnden Einsicht im Erfassen der strategischen und politischen Probleme. S. 56. 218.
— Waffenstillstandsangebot. S. 139. 172. 215. 250. 253. 254. 256. 277. 290. 297. 333. 353. 382. 410. 412. 422. 427. 433. 467. 472. 486.

Pacelli, päpstlicher Nuntius. S. 402.
v. Parma, Sixtus, Prinz. S. 364.
v. Payer, Stellvertreter des Reichskanzlers. S. 135. 219. 239. 241. 247. 276. 423. 427. 429. 432. 438. 439. 482.
Pétain, General, Oberbefehlshaber des französischen Heeres, Nachfolger Nivelles. S. 45. 48. 96. 99. 157. 177. 216. 324. 334. 356.
Philipp, Dr., deutschnationaler Reichstagsabgeordneter, Vorsitzender des 4. Unterausschusses. S. 9. 10. 11. 104. 181. 265. 278. 301. 374. 386—390. 404—409. 412. 414—419. 436. 437. 438. 441—447. 449. 452. 453. 455 bis 462. 465—470. 475—478. 480. 481. 488ff.
— Alkoholische Exzesse von Truppen nicht entscheidend für den Gesamtverlauf der Offensive. S. 408. 409.
— Deckblätter zu einem vorläufigen Resolutionsentwurf des Ausschusses. S. 434ff.
— Stellung zum Resolutionsentwurf Deermann. S. 293ff.
— Friedensmöglichkeiten: Schreiben des Oberstleutnant Draudt. S. 393ff.
— Berufung von Hertling zum Reichskanzler einzige Möglichkeit, die vorhandenen Schwierigkeiten zu beseitigen. S. 479.
— Dementi einer angeblichen Äußerung des Abg. v. Heydebrand. S. 182. 362.
— Anfrage wegen der Möglichkeit eines Angriffs der Entente November 1918 in Lothringen. S. 115. 116.
— Entlassung Ludendorffs. S. 473ff.
— Sinn der politischen Oktoberreform: Erhöhung der Widerstandskraft der Truppe. S. 471.
Philipp, Dr., Schlußantrag. S. 499.
— Verantwortung für Sturz Bethmanns und Kühlmanns nicht gleichliegend. S. 270. 271.
— Vorbericht. S. 37—42.
— Vorwort. S. 1—5.
— Bemerkungen zur Denkschrift General Wetzells. S. 350ff.
de Pierrefeu, Journalist, Kriegsberichterstatter, Redakteur der französischen Heeresberichte. S. 159. 176. 177.
Pitt, William der Jüngere, englischer Staatsmann und Minister. S. 343.

Quessel, Dr., sozialdemokratischer Reichstagsabgeordneter. S. 17. 30. 31. 299. 389. 398. 399. 400. 401. 405. 406. 407. 411. 412. 413. 415. 459. 460. 461. 465. 467. 468. 481. 489. 490. 491. 492.
— Transport der Bolschewistenführer durch Deutschland auf Veranlassung der O.H.L. S. 457.
— Brest-Litowsk. S. 391. 400. 405. 406.
— Bulgariens Zusammenbruch Folge der deutschen Niederlage. S. 467.
— Kampf der O.H.L. für Herstellung dynastischer Interessen, nicht für Volkswohl. S. 477.
— Friedensresolution des Reichstags. S. 415.
— Tätigkeit des Reichstags. S. 402.
— Vorläufiger Resolutionsentwurf. S. 418. 419.
— Stellung der Sozialdemokratie zu Wilsons Waffenstillstandsbedingungen. S. 412.
— Verhandlungen des 2. Unterausschusses. S. 393. 451. 454.
— Wirkung der Waffenstillstandsbitte. S. 358ff.
— Bemerkung zur Denkschrift von General Wetzell. S. 359ff.
— Wilhelm I. und Wilhelm II. S. 478. 479.
Quidde, Dr., Professor. S. 303.

v. Radowitz, seit 20. November 1917 Unterstaatssekretär in der Reichskanzlei. S. 128, 239.
v. Ranke, Professor, Historiker. S. 303.
Rathenau, Dr. Walter, S. 141.
Repington, englischer Oberstleutnant a. D. und Militärschriftsteller. S. 101. 109. 110. 316.
v. Rheinbaben, Freiherr, Reichstagsabgeordneter der Deutschen Volkspartei. S. 442. 451. 454. 493. 496.

v. Rheinbaben, Freiherr, Friedensmöglichkeiten. S. 449. 450. 497.
— Kriegsziele. S. 448 ff. 458. 490.
Riezler, Dr., 1915 Vortragender Rat in der Reichskanzlei. S. 393.
v. Roedern, Graf, Staatssekretär des Reichsschatzamtes seit 1. Juni 1916. S. 279. 427. 433. 468. 487.
Rosemann, sozialdemokratischer Reichstagsabgeordneter. S. 112. 113.
Rosen, Dr., Gesandter. S. 156.
Rupprecht, Kronprinz von Bayern, Generaloberst, Oberbefehlshaber der Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht. S. 126. 151. 153. 162. 164. 237. 238. 241. 285. 287.

Sadoul, französischer Hauptmann. S. 310.
Schäfer, Dietrich, Dr. Prof., Historiker. S. 211.
Scheidemann, sozialdemokratischer Reichstagsabgeordneter, später Staatssekretär ohne Portefeuille. S. 474. 479. 497.
Scheüch, Generalleutnant, Chef des Kriegsamtes im Kriegsministerium, später Preußischer Kriegsminister. S. 147.
v. Schlieffen, Graf, Generaloberst mit dem Range eines Generalfeldmarschalls, Chef des Generalstabes von 1891 bis 1. Januar 1906. S. 154. 155. 218. 338. 369. 377.
Schnabrich, sozialdemokratisch. Reichstagsabgeordneter. Rückzug auf die Siegfriedstellung. S. 386.
Schwarz (Hessen-Nassau), Reichstagsabgeordneter des Zentrums. S. 37.
v. d. Schulenburg, Graf, Generalmajor, deutschnationaler Reichstagsabgeordneter, früher Chef des Generalstabes der Heeresgruppe Deutscher Kronprinz. S. 86. 299. 400. 406. 411. 412. 414.
— Keine Beeinträchtigung der Offensive durch alkoholische Exzesse. S. 408.
— Frage des Heranziehens von k. u. k. Truppen nach dem Westen. S. 396.
— Für Anhören eines Vertreters der O.H.L. im Untersuchungsausschuß. S. 300.
— Höchstleistung der Truppen bei der Offensive. S. 407. 408.
— Offensive erst durch Frieden im Osten ermöglicht. S. 387.
— Schuld des Reichstages am Sturze Bethmann Hollwegs. S. 403.
— Rückwärtige Stellungen. S. 410.
— Sozialdemokratische Kriegsziele. S. 403.
— Überlegenheit an Anzahl der Divisionen. S. 396.
v. d. Schulenburg, Graf, Vergleich des Erfolges des Michaelangriffes und Königgrätz. S. 399.
— Bemerkungen zur Denkschrift von General Wetzell. S. 368 ff.
— Zusammenarbeit Hindenburgs und Ludendorffs. S. 368.
Schücking, Dr., demokratischer Reichstagsabgeordneter. S. 440. 443. 447. 473.
— Ungenügende Aufklärung der politischen Instanzen. S. 366 ff.
— Behandlung durch Militärbehörden. S. 365.
— Erkrankung Hindenburgs. S. 364.
— Kriegsziele und Friedensmöglichkeiten. S. 450 ff. 455.
— Ludendorff Träger der Verantwortlichkeit. S. 441.
— Ergänzungsantrag betreffend Pazifismus. S. 489, 490.
— Verständnislosigkeit Deutschlands gegenüber pazifistischen Kriegszielen der Gegner. S. 448.
— Verteilung der Verantwortung. S. 441.
— Bemerkungen zur Denkschrift von General Wetzell. S. 364 ff.
Schultz (Bromberg), deutschnationaler Reichstagsabgeordneter. S. 498.
Schwarte, Generalleutnant und Militärschriftsteller. S. 472.
v. Schweinitz, Major, Militärattaché im Haag. S. 145. 153. 259. 262.
Schwertfeger, Oberst a. D., Sachverständiger im Parlamentarischen Untersuchungsausschuß des Reichstages. S. 8. 9. 13. 40. 41, 42.
— Erklärungen gegen den Korreferenten Delbrück. S. 261.
— „Der Irrtum des Marschalls Foch". S. 116.
— Fragebogen statt Vernehmungen. S. 41.
— Schwäche des Kaisers. S. 123. 152. 258. 262. 270.
— Entlassung von Kühlmann. S. 276.
— Ludendorffs „wahres soldatisches Empfinden" (Auseinandersetzung mit Delbrück). S. 260.
— Bedeutung der Marneschlacht 1914. S. 118 ff.
— Prinz Max von Baden „Konkursverwalter". S. 141.
— Nichtvernehmung der O.H.L. S. 373.
— „Friedensoffensive" der O.H.L. S. 131.
— „Freibrief" der Reichsregierung an die O.H.L. für Offensive im Juli 1918. S. 121. 125. 145.
— Behandlung der öffentlichen Meinung durch die O.H.L. S. 142 ff.
— Seine Aufgabe als Sachverständiger. S. 40.

Schwertfeger, Oberst a. D., Kollektiv- nicht Einzelleistung bei der Strategie im Weltkrieg. S. 126. 152. 259.
— Verteidigung seiner Thesen. S. 262 ff.
— Vortrag des Gutachtens, II. Teil. S. 118 ff.
— Waffenstillstandsforderung vom 29. September 1918. S. 139 ff.
Seyda, polnischer Reichstagsabgeordneter. S. 252.
Sinzheimer, Dr., sozialdemokratischer Reichstagsabgeordneter. S. 303. 498.
Smuts, General, seit 1915 Verteidigungsminister, bevollmächtigter Vertreter für Südafrika im englischen Kriegskabinett. S. 151. 218. 221. 276.
Solf, Dr., Staatssekretär des Äußeren seit Oktober 1918. S. 438. 482.
Spahn, Dr., Reichstagsabgeordneter des Zentrums. S. 152. 155. 181. 213. 274. 280. 283. 299. 392. 396. 399. 404. 414. 438. 444. 455. 480. 491. 492. 495. 497. 499.
— Frage des Durchmarsches durch Belgien im Haushaltsausschuß zwei Jahre vor dem Kriege. S. 153.
— Gegensatz zwischen Hindenburg und Ludendorff bei Absendung des Waffenstillstandsangebotes. S. 471. 472.
— Verhalten Hertlings gegenüber der O.H.L. S. 127. 145. 146. 399. 443. 444.
— Abschiebung der Verantwortung für die Offensive von der O.H.L. auf den Kaiser nicht möglich. S. 271. 272.
Spickernagel, Dr., Schriftsteller S. 151.
v. Stein, Generalleutnant, preußischer Kriegsminister vom 29. Oktober 1916 bis 9. Oktober 1918. S. 113. 146. 154. 237. 394. 399.
Stinnes, Großindustrieller. S. 3. 451.
Stresemann, Dr., nationalliberaler Reichstagsabgeordneter. S. 212. 473.
Stücklen, sozialdemokratischer Reichstagsabgeordneter. S. 181.
v. Stülpnagel, Otto, Oberstleutnant, Vertreter des Reichswehrministeriums beim Parlamentarischen Untersuchungsausschuß des Reichstages, im Felde Erster Generalstabsoffizier der 6. Armee, dann Heeresgruppe Herzog Albrecht. S. 13. 44. 175. 178. 179. 227. 232. 415.
— Aufstellung über die artilleristischen Stärken bei der Märzoffensive. S. 207 ff. 228.
— Verteidigung des Charakters Ludendorffs. S. 212.
— Georgangriff. S. 177.
— Verteidigung der Strategie Ludendorffs. S. 229. 230.
— Eintreten für Vernehmungen. S. 301. 302. 303.
v. Tarnowski, Graf, k. u. k. Botschafter in Washington. S. 370.
v. Tirpitz, Großadmiral, Staatssekretär des Reichsmarineamtes bis 1916. S. 479.
Traub, D., Vorsitzender der Vaterlandspartei. S. 450.
v. Treitschke, Dr. Prof., Historiker und Politiker. S. 303.
Troeltsch, Dr. Prof., Theologe und Philosoph. S. 448.

v. Valentini, Dr., Geheimer Kabinettsrat, Chef des Geheimen Zivilkabinetts des Kaisers bis Januar 1918. S. 145. 264. 267.

v. Waldow, seit August 1917 Staatssekretär des Kriegersnährungsamtes. S. 48. 49. 52.
Wallraff, Präsident des Reichstages. S. 299.
Webster, Professor, Leiter des Intelligence Departements des englischen Generalstabes. S. 159. 160.
v. Wellington, Herzog, englischer Heerführer 1813. S. 107.
v. Westarp, Graf, konservativer, später deutschnationaler Reichstagsabgeordneter. S. 133. 182. 275. 399.
Wetzell, Generalmajor, im Kriege Chef der Operationsabteilung beim Chef des Generalstabes des Feldheeres. S. 10. 13. 85. 90. 126. 148. 162. 188. 189. 222. 229. 300. 302. 303. 304. 305. 459.
— O.H.L. und der Angriff der Entente am 8. August 1918. S. 331—333.
— Artillerie. S. 313.
— Besprechung der Denkschrift Wetzells durch Delbrück, Kuhl, Schwertfeger, Herz, die Abgeordneten Quessel, Schücking, Graf Schulenburg, Bredt und General Wetzell. S. 343 ff.
— gegen Delbrück. S. 323. 324.
— keine dynastischen Gründe maßgebend für die Abtrennung der 18. Armee von der Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht vor der Offensive. S. 207.
— Bekundung zum Gutachten Schwertfegers betreffend Abfassung der Heeresberichte. S. 142. 143.
— Angriffsmöglichkeiten in Italien. S. 313.
— Verwendung von k. u. k. Truppen an der Westfront. S. 311. 312.
— Marneangriff vom 15. Juli 1918. S. 328—330.
— Verbreiterung und Durchführung des Michaelangriffes. S. 316—323.
— Michael- oder Georgangriff. S. 314.
— O.H.L. und der 18. Juli 1918. S. 330. 331.

Wetzell, Generalmajor, Politische Einstellung der O.H.L. S. 335—343.
— Grundeinstellung der O.H.L. zur Offensive 1918. S. 307 ff.
— Fortsetzung der Offensive nach dem Märzangriff. S. 326—328.
— Belassung deutscher Kräfte im Osten. S. 310.
— Pferdefrage. S. 311.
— Rückwärtige Stellungen und Möglichkeiten der Fortsetzung des Kampfes. S. 334. 335.
— Ukraine. S. 310. 311.
— Verantwortlichkeit von Hindenburg und Ludendorff für die Offensive von 1918. S. 305 ff.
— Waffenstillstandsangebot. S. 333. 334.
Wilhelm I., Deutscher Kaiser. S. 123. 267. 479.
Wilhelm II., Deutscher Kaiser.
— Ausschaltung. S. 123. 124.
— Auszeichnung der Generäle. S. 129 ff.
— Versuch Oberst Bauers, den Rücktritt des Kaisers herbeizuführen. S. 145. 281.
— Berichterstattung an ihn. S. 27. 128.
— Äußerung Czernins über den Kaiser. S. 477.
— Formelle Verantwortung für Waffenstillstandsangebot. S. 251.
— Abhängigkeit des Friedensangebotes von der militärischen Lage. S. 244.
— Gespräch Ludendorffs mit dem Kaiser behufs Bildung der parlamentarischen Regierung. S. 151.
— „Seiner Aufgabe nicht gewachsen" nach Schwertfeger. S. 152.
— Haltung des Kaisers im Kronrat am 14. August 1918. S. 93.
— „Machtanmaßung" nach Katzenstein. S. 267. 293.
— Machtlosigkeit gegenüber der O.H.L. und der öffentlichen Meinung. S. 240. 246. 385.
— Veranlassen des Prinzen Max zur Zustimmung zum Waffenstillstandsangebot. S. 279.
— Wirkung der Niederlage und des Waffenstillstandswillens der O.H.L. auf ihn. S. 247. 249.
Wilhelm II., Deutscher Kaiser,
— Politisches Verständnis der O.H.L. S. 122.
- Orientierung über die militärische Lage. S. 372 ff.
- Pflicht zur Beherrschung und zum Ausgleich der inneren Gegensätzlichkeit der politischen und militärischen Führer (nach Deermann). S. 234. 262. 384.
— „Politische Unfähigkeit des Kaisers" nach Deermann. S. 257.
— Unstetigkeit. S. 161.
— Sachliche Verantwortlichkeit. S. 263. 264. 293.
— Hält den Krieg für verloren. S. 171.
— Kein Verschulden. S. 476. 477. 479.
— Zurückhaltung. S. 384. 401. 402. 477.
Wilhelm, Deutscher Kronprinz, Führer der Heeresgruppe Deutscher Kronprinz. S. 50. 142. 143. 145. 170. 215. 241. 251. 280. 281. 447.
Wilhelmine, Königin von Holland. S. 138. 248.
v. Willisen, Freiherr, Major, Erster Generalstabsoffizier der 17. Armee vom 28. Januar bis 23. April 1918. S. 230.
Wilson, Präsident der Vereinigten Staaten von Nordamerika. S. 73. 95. 98. 99. 105. 111. 158. 160. 218. 220. 221. 235. 249. 250. 254. 295. 359. 412. 427. 470.
v. Winterfeldt, Generalmajor, Verbindungsoffizier der O.H.L. zum Reichskanzler. S. 128. 132. 247. 410.
Wolff, Theodor, Schriftleiter des „Berliner Tageblattes". S. 282.
Wright, englischer Kriegsberichterstatter. S. 316.
v. Wrisberg, Generalmajor, Direktor des Allgemeinen Kriegsdepartements im Preußischen Kriegsministerium. S. 181.
Würz, Major, Chef des Kriegspresseamtes. S. 132. 140. 253.
York v. Wartenburg, Graf, Preußischer Heerführer in den Freiheitskriegen. S. 68.

Druck der Spamerschen Buchdruckerei in Leipzig

DATE DUE